



Rheinland-Pfalz
STATISTISCHES LANDESAMT

2015

STATISTISCHES JAHRBUCH



Impressum

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Mainzer Straße 14-16

56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0

Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de

Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Referat Veröffentlichungen

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Erscheinungsfolge: Jährlich

Redaktionsschluss: Oktober 2015

Erschienen: Dezember 2015

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

ISSN 1863-9100

Bestellnummer: Z2101

Preis: 18 EUR

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2015

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.



Die amtliche Statistik ist unverzichtbar, um die Welt um uns herum zu verstehen, Handlungsbedarfe und Gestaltungsmöglichkeiten aufzuzeigen und die Wirkung von politischen Maßnahmen, die das Leben der Menschen verbessern sollen, zu überprüfen. Das Statistische Jahrbuch deckt die gesamte Bandbreite der amtlichen

Statistik ab: Es enthält die Ergebnisse von mehr als 300 Statistiken und Rechenwerken. Es ist damit eine Momentaufnahme der Strukturen und Entwicklungen in unserem Land.

Unser großes Anliegen ist es, die Statistiken und Rechenwerke verständlich und anschaulich aufzubereiten. Daher ist das Jahrbuch so aufgebaut, dass es den Nutzerinnen und Nutzern nicht nur Datentabellen mit den Ergebnissen der Erhebungen bietet, sondern darüber hinaus auch bei der Interpretation unterstützt. Dazu dienen einheitliche Vergleichszeiträume, Indikatoren und Kennzahlen in den Tabellen sowie Kernaussagen, Grafiken und Karten, und zwar nicht nur für Rheinland-Pfalz, sondern auch für die anderen Bundesländer und für Deutschland. Um den Informationsgehalt noch weiter zu erhöhen, ergänzen wir ab dieser Ausgabe die Karten durch knappe textliche Kommentierungen.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen, Institutionen und Verwaltungen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Hauses bedanken, die durch die Bereitstellung von Daten und durch ihre Mithilfe bei den Erhebungen und der Auswertung der Statistiken zu diesem Statistischen Jahrbuch beigetragen haben. Ohne sie könnte das Statistische Landesamt seiner Rolle als moderner Informationsdienstleister nicht gerecht werden.

Bad Ems, im Dezember 2015

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Jörg Berres'.

(Jörg Berres)

Präsident des Statistischen Landesamtes



Vorwort	3
Inhalt	5
Grundlagen	6
Allgemeine Hinweise	7
Abkürzungen	8
Zeichenerklärung	9
Veröffentlichungsprogramm	10
Internetangebot	12
Auskunftsdienst	12
Gesellschaft und Staat	
1 Geografie und Klima	13
2 Bevölkerung	35
3 Familien und Lebensformen	75
4 Bildung	109
5 Gesundheit	167
6 Soziales	207
7 Finanzen	235
8 Steuern	267
9 Wahlen	309
10 Justiz	337
Gesamtwirtschaft und Umwelt	
11 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	353
12 Erwerbstätigkeit	375
13 Verdienste, Arbeitskosten und -zeiten	421
14 Preise	439
15 Außenhandel	457
16 Umwelt	469
Wirtschaftsbereiche	
17 Landwirtschaft	503
18 Verarbeitendes Gewerbe	529
19 Energie	549
20 Baugewerbe	581
21 Bautätigkeit	601
22 Handwerk	625
23 Binnenhandel und Gastgewerbe	647
24 Tourismus	663
25 Sonstige Dienstleistungen	683
26 Unternehmen	693
27 Verkehr	721
Anhang	741
Stichwortverzeichnis	754
Fotonachweis	766

Grundlagen

Amtliche Statistik

Im Rahmen der amtlichen Statistik werden von 251 EU- und Bundesstatistiken sowie 61 Landesstatistiken Informationen über den Zustand und die Entwicklung von Gesellschaft, Staat, Wirtschaft und Umwelt erstellt. Gesetzliche Aufgabe der amtlichen Statistik ist es, Massenerscheinungen zu erheben, aufzubereiten, darzustellen und zu analysieren. Damit ist sie ein Spiegel der gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und staatlichen Verhältnisse und liefert Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung fundierte Daten zur Vorbereitung und Überprüfung von Entscheidungen. Zugleich deckt sie den Informationsbedarf der Bürgerinnen und Bürger.

Neutralität, Objektivität und wissenschaftliche Unabhängigkeit sind dabei die Grundpfeiler der amtlichen Statistik, die so unentbehrlich für eine demokratische Willensbildung und wesentliche Handlungsgrundlage für eine am Sozialstaatsprinzip orientierte staatliche Politik ist. Der aus 15 Grundsätzen bestehende Verhaltenskodex für europäische Statistiken (Code of Practice) stellt eine weitere Leitlinie der Aufgabenerfüllung dar. Dazu gehört u. a. die Verpflichtung zur Qualität, eine solide Methodik, die Vermeidung übermäßiger Belastung der Auskunftsgibenden, die Wirtschaftlichkeit und die Relevanz, Genauigkeit und Aktualität der statistischen Produkte.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Die Durchführung der amtlichen Statistik obliegt in Rheinland-Pfalz dem Statistischen Landesamt. Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz ist eine obere Landesbehörde im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur. Seit mehr als 65 Jahren werden hier Daten aus den Bereichen Bevölkerung und Gesellschaft, Wirtschaft, Landwirtschaft, Umwelt, Finanzen und Steuern aufbereitet und die Ergebnisse der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Hierzu unterhält das Statistische Landesamt ein vielfältiges Angebot im Internet und in gedruckter Form und beantwortet jährlich rund 7 000 Anfragen von Unternehmen, Behörden, Verbänden, Universitäten, Bürgerinnen und Bürgern. Für die wissenschaftliche Forschung stellt es anonymisierte Daten in einem eigenen Forschungsdatenzentrum bereit. Als größter statistischer Informationsdienstleister des Landes stellt das Statistische Landesamt allen interessierten Nutzerinnen und Nutzern die erhobenen Ergebnisse sowie Auswertungen zur Verfügung.

Der Statistische Landesausschuss mit seinen Vertretern und Nutzern aus den Ministerien, der Wissenschaft, den Kommunen und den Tarifpartnern berät das Statistische Landesamt bei der Erfüllung seiner Aufgaben.

Statistik über Grenzen

Der föderale Aufbau der Bundesrepublik Deutschland spiegelt sich auch in der amtlichen Statistik wider. So sind für die Durchführung

von Landesstatistiken inklusive ihrer methodischen, technischen und organisatorischen Vorbereitung die Statistischen Ämter der Länder selbst zuständig.

An der Durchführung von Bundesstatistiken sind das Statistische Bundesamt und die Statistischen Ämter der Länder hingegen gemeinschaftlich beteiligt. Während das Statistische Bundesamt die einzelnen Bundesstatistiken methodisch und technisch vorbereitet, werden die Erhebungen, Aufbereitungen und Veröffentlichungen auf Landesebene grundsätzlich dezentral durch die Statistischen Ämter der Länder in eigener Angelegenheit durchgeführt. Die Ergebnisse auf Bundesebene werden demgegenüber zentral durch das Statistische Bundesamt veröffentlicht.

Die gemeinschaftliche Aufgabe der amtlichen Statistik reicht über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland hinaus. Im Europäischen Statistischen System obliegt dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Ämtern der Länder gemeinsam die Durchführung von statistischen Erhebungen, die durch unmittelbar geltende Rechtsakte der Europäischen Union angeordnet sind.

Statistische Rechtsgrundlagen

Der Bund besitzt über die Statistik für Bundeszwecke die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz. Auf Grundlage dieser Zuständigkeiten regelt der Bundesgesetzgeber mit dem Bundesstatistikgesetz umfassend das Organisations- und Verfahrensrecht sowie das materielle Recht der Bundesstatistik. Für die Einrichtung und Aufgabenstellung der Statistischen Ämter der Länder sowie das Verfahren der von ihnen durchzuführenden Landesstatistiken gelten ergänzende landesrechtliche Regelungen. Auch in Rheinland-Pfalz hat der Landesgesetzgeber ein entsprechendes Landesstatistikgesetz erlassen. Der Rechtsrahmen für europäische Statistiken wird durch die europäische Statistikverordnung vorgegeben.

Da statistische Erhebungen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der Auskunftsgibenden berühren, dürfen sie nur durchgeführt werden, wenn und soweit der Gesetzgeber sie erlaubt. Dieser hat den wesentlichen Rahmen einer Erhebung wie Erhebungsmerkmale, Berichtskreis, Periodizität und Auskunftspflicht detailliert in entsprechenden Rechtsnormen zu regeln.

Statistik und Datenschutz

Die statistische Geheimhaltung ist das Fundament der amtlichen Statistik. Sie ist im Bundesstatistikgesetz ausdrücklich normiert und besagt, dass die erhobenen Einzeldaten zum Schutz des Einzelnen nur für statistische Zwecke genutzt werden und grundsätzlich nicht an Dritte weitergegeben werden dürfen. Ausnahmen hiervon bedürfen einer ausdrücklichen Zulassung durch besondere Rechtsvorschriften.

Dem Schutz des Einzelnen dient entsprechend das sogenannte Trennungsgebot, wonach die zur Identifizierung der Befragten geeig-

neten Merkmale wie z. B. Name und Anschrift zum frühestmöglichen Zeitpunkt von den sonstigen Erhebungsmerkmalen zu trennen und zu löschen sind.

Auch bei der Veröffentlichung statistischer Ergebnisse achten die Statistischen Ämter genau darauf, dass ein Rückschluss auf die Befragten oder einzelne Personen nicht möglich ist.

Dem heutigen Stand der Technik entsprechend wird ein Großteil der statistischen Erhebungen inzwischen auf elektronischem Wege

durchgeführt. Hierfür wird den Auskunftsgibenden ein entsprechendes Online-Portal zur Verfügung gestellt, dessen Integrität durch die Umsetzung aller erforderlichen organisatorischen, personellen und technischen Maßnahmen nach den Standards des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) sichergestellt wird. Zu diesen Maßnahmen gehören u. a. moderne Verschlüsselungsverfahren, die eine abhörsichere Authentisierung und Übertragung der Daten im Online-Verfahren gewährleisten.

Allgemeine Hinweise

Struktur

Das Jahrbuch ist thematisch aufgebaut und gliedert sich in 27 Kapitel. Neben ausführlichen Tabellen mit Zeitreihen, Kennziffern, Grafiken und Karten enthält es Übersichten, die die Statistiken und Zusammenhänge erklären.

Die Kapitel sind dabei – soweit möglich – einheitlich aufgebaut:

- Verzeichnis
- Kernaussagen
- Kerngrafik
- Kennzahlen-Tabelle für Rheinland-Pfalz im Deutschland-Vergleich
- Bundesländervergleiche in Form von Tabellen und Grafiken
- fachlich tief gegliederte Ergebnisse für Rheinland-Pfalz in Form von Tabellen und Grafiken
- regional tief gegliederte Ergebnisse für Rheinland-Pfalz in Form von Tabellen und Karten
- Metadaten.

Datenstand

In dieser Publikation werden die zum Redaktionsschluss Anfang Oktober 2015 verfügbaren aktuellen Daten verwendet. Da Statistiken unterschiedliche Erhebungsperiodizitäten und Aufbereitungspraktiken haben, können die aktuellen Jahre von Statistik zu Statistik variieren.

Bis Redaktionsschluss lagen weder endgültige Ergebnisse aus der laufenden Fortschreibung des Bevölkerungsstandes zum 31. Dezember 2014, noch zur durchschnittlichen Bevölkerung des Jahres 2014 vor. In dieser Ausgabe des Statistischen Jahrbuchs wurden deshalb i. d. Regel ersatzweise Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung zum 30. November 2014 sowie – bei der Ermittlung ausgewählter Kennzahlen – Ergebnisse der Durchschnittsbevölkerung 2013 herangezogen. Ausnahmefälle sind mit Fußnoten gekennzeichnet.

Die Zeitreihen-Tabellen beginnen i. d. R. zehn Jahre vor dem aktuellen Jahr. Eine Ausnahme bilden die Kennzahlentabellen, die Anfang der 90er-Jahre beginnen. Sollten die Daten damals noch nicht erhoben worden sein, so ist das mit einem Punkt gekennzeichnet. Bei aktuellen Jahren ist es möglich, dass bereits Werte für Rheinland-Pfalz, jedoch noch nicht für Deutschland vorliegen. Um aktuell zu sein und dennoch vergleichbare Daten vorzulegen, sind in diesen Fällen die Zellen für Deutschland mit drei Punkten frei gehalten. Sobald die Werte verfügbar sind, wird die Internetversion aktualisiert.

Kennzahlen

Die Kennzahlen sollen eine direkte Einordnung der Werte und den Vergleich zwischen den Regionen erleichtern.

Datenquellen

Für alle Tabellen, Grafiken und Karten werden die Datenquellen in einer zusammenfassenden Übersicht am Anfang der Metadaten aufgelistet.

Aufgliederung von Summen

davon: vollständige Gliederung einer Summe

darunter: unvollständige Gliederung einer Summe

und zwar: Zergliederung einer Summe, d. h., die Gliederungspositionen beinhalten in der Summe Mehrfachzählungen

Wird die Untergliederung in der Vorspalte einer Tabelle nicht benannt, handelt es sich um die vollständige Gliederung einer Summe.

Größenklassen

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 – 100“ verwendet.

Gebietsstand

Die Ergebnisdarstellung erfolgt nach dem jeweils zum Berichtszeitpunkt geltenden Gebietsstand.

Rundungen

Rundungsdifferenzen sind möglich. Einzelwerte in Tabellen und Grafiken werden in der Regel ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Vorläufige Bevölkerungszahlen

Bis Redaktionsschluss lagen weder endgültige Ergebnisse aus der laufenden Fortschreibung des Bevölkerungsstandes zum 31. Dezember 2014, noch zur durchschnittlichen Bevölkerung des Jahres 2014 vor. In dieser Ausgabe des Statistischen Jahrbuchs wurden deshalb i. d. Regel ersatzweise Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung zum 30. November 2014 sowie – bei der Ermittlung ausgewählter Kennzahlen – Ergebnisse der Durchschnittsbevölkerung 2013 herangezogen. Ausnahmefälle sind mit Fußnoten gekennzeichnet.

Abkürzungen

AfD	Alternative für Deutschland	KS	Kreisfreie Stadt
a. n. g.	anderweitig nicht genannt	kWh	Kilowattstunde
BIP	Bruttoinlandsprodukt	l	Liter
°C	Celsius	LF	Landwirtschaftlich genutzte Fläche
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands	LK	Landkreis
CSU	Christlich-Soziale Union	Lkw	Lastkraftwagen
CO ₂	Kohlendioxid	m	Meter
D	Durchschnitt	min	Minute
DIE LINKE	Die Partei DIE LINKE	m ²	Quadratmeter
DRP	Deutsche Reichspartei	m ³	Kubikmeter
dt	Dezitonne	mm	Millimeter
EAV	Europäisches Abfallverzeichnis	MWh	Megawattstunde
ESP	Elektronisches Stabilitätsprogramm	Mill.	Millionen
EUR	Euro	Mrd.	Milliarden
FdIN	Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung	NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
FDP	Freie Demokratische Partei	NN	Normal-Null
FEU	Sonstige öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen	NST	Einheitliches Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik
FKW	Fluorkohlenwasserstoffe	PEV	Primärenergieverbrauch
fm	Festmeter	Pkw	Personenkraftwagen
ggf.	gegebenenfalls	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
GJ	Gigajoule	SGB	Sozialgesetzbuch
GRÜNE	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	SS	Sommersemester
GV	Gemeindeverbände	St.	Kreisfreie Stadt
h	Stunde	SVB	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
ha	Hektar	t	Tonne
H-FKW	teilhalogenierte Fluorkohlenwasserstoffe	TJ	Terajoule
hl	Hektoliter	TZB	Teilzeitbeschäftigte
ICD	Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme (International Statistical Classification of Diseases and Related Health Problems)	WGK	Wassergefährdungsklasse
ISCED	Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen (International Standard Classification of Education)	VZÄ	Vollzeitäquivalente
Kfz	Kraftfahrzeug	VZB	Vollzeitbeschäftigte
kg	Kilogramm	WHO	Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization)
km ²	Quadratkilometer	WS	Wintersemester
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands		

Zeichenerklärungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	x	Nachweis nicht sinnvoll
–	nichts vorhanden	p	vorläufig
•	Zahl unbekannt oder geheim	r	berichtigt
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher	s	geschätzt
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug	%	Prozent
...	Zahl fällt später an	°	Grad

Verkürzte Schreibweisen

In einigen Kapiteln werden vereinfachte Bezeichnungen in den Tabellen und Grafiken verwendet (z. B. für Wirtschaftszweige), um die Lesbarkeit zu vereinfachen. Die vollständigen Bezeichnungen können Sie den Metadaten entnehmen.

Veröffentlichungsprogramm

Statistisches Jahrbuch

Das Jahrbuch ist eine umfassende Querschnittsveröffentlichung, die Daten aus allen Bereichen der Statistik enthält und so das Land in Zahlen widerspiegelt. Das Jahrbuch ist in gedruckter Form erhältlich. Die Gesamtdatei und die einzelnen Kapitel stehen als PDF im Internet zum kostenfreien Download zur Verfügung. Dort finden Sie auch die Ausgaben der vergangenen Jahre.

www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistisches-jahrbuch

Statistisches Monatsheft

Das Monatsheft enthält aktuelle Informationen aus allen Bereichen der Statistik. In der Rubrik „kurz+aktuell“ werden neueste Ergebnisse der Statistiken übersichtlich zusammengefasst. In Aufsätzen werden ausführliche Informationen zu ausgewählten Themen gegeben. In einem Beitrag und zahlreichen Grafiken wird jeden Monat über die Konjunktur in Rheinland-Pfalz berichtet. Der Zahlenspiegel gibt einen Überblick über wichtige Ergebnisse monatlicher bzw. vierteljährlicher Statistiken.

Das Statistische Monatsheft liegt in gedruckter Form vor, kann aber auch kostenfrei als PDF-Datei abonniert werden. Die einzelnen Rubriken stehen im Internet zum kostenfreien Download bereit.

www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

Statistische Analysen

In dieser Reihe werden ausgewählte Themen vertieft. Sie sind als Print-Veröffentlichung und im Internet als PDF erhältlich. Im Jahr 2015 sind folgende Analysen erschienen:

- Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2014
- Rheinland-Pfalz 2060 – Vierte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung.

Alle bisher erschienen Statistischen Analysen stehen im Internet zum kostenfreien Download zur Verfügung.

www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-analysen

Rheinland-Pfalz regional

Die Publikation "Kreisfreie Städte und Landkreise – Ein Vergleich in Zahlen" ermöglicht für ausgewählte Merkmale einen Vergleich der kreisfreien Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz. Die Veröffentlichung wird jährlich aktualisiert. Sie wird als Print-Publikation und im Internet im PDF-Format angeboten.

www.statistik.rlp.de/regionaldaten/regionen-im-vergleich/kreisebene/kreisfreie-staedte-und-landkreise

Die „Datenkompass“ enthalten für jede kreisfreie Stadt und jeden Landkreis zu den Themen Bevölkerung und Gebiet, Haushalte und Familien, Wirtschaft, Tourismus, Arbeitsmarkt, wirtschaftliche

Entwicklungspotenziale, Soziales und Gesundheit sowie Erziehung und Bildung Informationen zu einer Reihe von wichtigen Merkmalen.

Jedem Merkmalswert des Kreises werden die Vergleichswerte für das Land und für die entsprechende Planungsregion gegenübergestellt.

Die Datenkompass werden regelmäßig aktualisiert und im Internet im PDF-Format angeboten.

www.statistik.rlp.de/regionaldaten/regionen-im-vergleich/kreisebene/datenkompass

Das „Kommunaldatenprofil“ ist eine neue Querschnittsveröffentlichung, bei der ausgewählte Daten für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden eines Landkreises im Überblick dargestellt werden. Darstellungsformen sind Tabellen mit anschaulichen Datenbalken sowie zahlreiche Grafiken. Dadurch werden Vergleiche zwischen den verbandsfreien Gemeinden bzw. Verbandsgemeinden sowie mit den Durchschnittswerten des jeweiligen Kreises, der Landkreise insgesamt und des Landes ermöglicht.

Das Kommunaldatenprofil deckt die Themen Bevölkerung, Wahlen, Bildung, Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit, Wirtschaft, Tourismus, soziale Sicherung und Einrichtungen, Flächennutzung, Wohnen, Infrastruktur und kommunale Finanzen ab.

www.statistik.rlp.de/regionaldaten/regionen-im-vergleich/verbandsgemeindeebene

Statistische Berichte

Die Statistischen Berichte enthalten fachlich und regional tief gegliederte Ergebnisse der amtlichen Statistiken. Insbesondere Fachleute fragen diese Daten nach. Zurzeit erscheinen regelmäßig etwa 180 Statistische Berichte.

Diese Reihe wird ausschließlich elektronisch veröffentlicht.

www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/gesamtverzeichnis

Statistische Bände

In den Statistischen Bänden werden die Ergebnisse von Großzählungen zusammengefasst. Im Jahr 2015 sind folgende Bände erschienen

- Zensus 2011 – Gemeindeergebnisse Gebäude und Wohnungen
- Zensus 2011 – Gemeindeergebnisse Haushalte und Familien
- Zensus 2011 – Gemeindeergebnisse Bevölkerung
- Die Landwirtschaft 2014

Der Band präsentiert die Ergebnisse der laufenden Agrarstatistiken.

Die Bände sind in gedruckter Form und als PDF im Internet erhältlich.

www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-baende

Faltblätter und Broschüren

Faltblätter und Broschüren geben zu ausgewählten Themen einen Schnellüberblick über die Situation in Rheinland-Pfalz. Derzeit gibt es

„Faltblätter“ zu den Themen Frauen, Bildung, Mikrozensus, Tourismus, Umwelt und Energie, Unternehmen, Branchen, Außenhandel, Bauen und Wohnen, Landwirtschaft sowie Weinbau.

Die Broschüre „Rheinland-Pfalz heute“ enthält interessante Daten zu vielen Lebensbereichen der Menschen in Rheinland-Pfalz.

Faltblätter und Broschüren werden regelmäßig aktualisiert und stehen in gedruckter Form und als PDF im Internet zur Verfügung.

www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/faltblaetter-und-broschueren

Aktuell

In der Reihe „Aktuell“ werden die Ergebnisse zu einem Themengebiet kurzfristig übersichtlich aufbereitet und kommentiert. Regelmäßig wird in der Publikation „Tourismus aktuell“ über die Entwicklungen im rheinland-pfälzischen Tourismus berichtet.

Die Veröffentlichung „Wahlen Aktuell“ wurde erstmals bei der Europawahl 2014 erstellt, und zwar noch in der Wahlnacht. Sie gibt in ausführlichen Tabellen, Grafiken und Karten sowie in kurzen Texten einen kompakten Überblick über die Ergebnisse der Europawahl.

Die Reihe „Aktuell“ ist ausschließlich als Online-Version verfügbar.

Auftragsarbeiten

Das Statistische Landesamt übernimmt auch Auftragsarbeiten.

Für das Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung (MWKEL) wurden

- die „Energie- und CO₂-Bilanz 2013“ berechnet und zum „11. Energiebericht Rheinland-Pfalz“ umfangreiche Beiträge beigesteuert,
- für die Publikation „Perspektiven für Rheinland-Pfalz – Nachhaltigkeitsstrategie des Landes“ der „Indikatorenbericht 2015“ verfasst
- und erstmals ein umfangreicher Beitrag zum „Industriekompass Rheinland-Pfalz 2015“ erstellt.

Im Auftrag des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen (MIFKJF) wurde im Herbst der „Fünfte Bericht zur Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes“ abgeschlossen, für den in zwei Erhebungen (2012 und 2014) die erforderlichen Daten eingesammelt wurden.

Für die Mindestentgelt-Kommission Rheinland-Pfalz wurde im Auftrag des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie (MSAGD) ein „Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Rheinland-Pfalz im Jahr 2014“ verfasst (abgeschlossen im April 2015).

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte und die Reihe „Aktuell“ gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.



Internet-Angebot

Das Internetangebot www.statistik.rlp.de liefert umfassende, auf verschiedene Zielgruppen zugeschnittene Informationen über das gesamte Themenspektrum der amtlichen Statistik. Grundsätzlich ist der Einstieg in die Suche auf zwei Hauptwegen möglich: fachlich und regional.

Die fachliche Suche

Die Themenfelder, zu denen die amtliche Statistik Informationen liefert, sind auf der Startseite in die zwei Blöcke „Wirtschaft“ sowie „Gesellschaft und Staat“ gegliedert. Auf der nächsten Ebene werden die einzelnen Themen in alphabetischer Reihenfolge dargestellt. Zu jedem Thema wiederum gibt es ein umfangreiches Angebot, das folgende Elemente, soweit verfügbar, enthält:

- Pressemitteilungen
- Kurzpräsentationen
- Basisdaten für das Land
- Zeitreihen für das Land
- Basisdaten auf regionaler Ebene
- Zeitreihen auf regionaler Ebene
- Statistische Berichte
- Karten
- Monatsheftbeiträge
- Statistische Analysen

Die regionale Suche

Das Regionaldatenangebot ist an unterschiedliche Nutzerinteressen angepasst. Wer sich einen Überblick verschaffen möchte wird ebenso fündig wie derjenige, der sich eingehend über eine einzelne Kommune informieren möchte.

Ein Element im Regionaldatenangebot ist das datenbankgestützte Portal „Meine Heimat“. Dort gibt es für alle Ebenen – von der Ortsgemeinde über die Verbandsgemeinde und den Landkreis bis zum Land – Zahlen zu allen Themenbereichen, für die Regionaldaten verfügbar sind. Entwicklungen lassen sich anhand von Zeitreihen darstellen; Vergleiche mit Kommunen gleicher Größenklasse ermöglichen eine erste Einschätzung über die Situation der betrachteten Gemeinde.

Darüber hinaus sind hier die Datenkompass und das Kommunaldatenprofil zu finden.

Newsletter, RSS-Feeds und Twitter

Wer sich laufend über aktuelle Ergebnisse informieren möchte, hat die Möglichkeit, Newsletter oder RSS-Feeds zu abonnieren. Alternativ kann dem Statistischen Landesamt auch über Twitter gefolgt werden. Über alle neu erschienenen Veröffentlichungen wird einmal wöchentlich informiert, der Newsletter zu den Pressemitteilungen wird direkt nach Erscheinen einer neuen Meldung versendet. Der RSS-Feed ist derzeit noch auf die Pressemitteilungen beschränkt, wird aber zukünftig auf weitere Inhalte ausgeweitet werden. Sowohl bei den Newslettern als auch beim RSS-Feed haben Interessierte die Möglichkeit, sich über alle oder nur über ausgewählte Themen informieren zu lassen.

Auskunftsdienst

Kompetent, schnell, freundlich: Der zentrale Auskunftsdienst des Statistischen Landesamtes kümmert sich um die Wünsche der Kunden. Durchschnittlich gehen dort Tag für Tag mehr als 30 Anfragen ein, pro Jahr sind es rund 7 000.

Vor allem Dank des Landesinformationssystems LIS können vier von fünf Anfragen in weniger als einer Stunde beantwortet werden, viele binnen weniger Minuten. Dieses Datenbanksystem ermöglicht dem Team des Auskunftsdienstes den raschen Zugriff auf nahezu alle statistischen Bereiche.

Der Auskunftsdienst ist erreichbar:

Montag bis Donnerstag	8:00 bis 16:30 Uhr
Freitag	8:00 bis 14:00 Uhr
unter	
Telefon: 02603 71-4444	
Telefax: 02603 71-194444	
E-Mail: info@statistik.rlp.de	



1. Geografie und Klima



Inhaltsverzeichnis

Tabellen

T 1: Ausgewählte Kennzahlen zur Flächennutzung, zum Gebietsnaturschutz und zu den klimatischen Verhältnissen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1992–2014	18
T 2: Geländeerhebungen nach Naturräumen	19
T 3: Fließgewässer	20
T 4: Stehende Gewässer	20
T 5: Naturparke 2014	21
T 6: Naturschutzgebiete 1994–2014	21
T 7: Die zehn größten Naturschutzgebiete 2014	21
T 8: Ausgewählte Klimadaten von Wetterstationen 2014 nach Naturräumen	24
T 9: Nutzung der Bodenfläche 2013 nach Bundesländern	26
T 10: Nutzung der Bodenfläche 2004–2014	27
T 11: Nutzung der Bodenfläche 2014 nach Verwaltungsbezirken	28
T 12: Gemeinden in den Landkreisen 2014 nach Größenklassen	30

Grafiken

G 1: Flächennutzung 1992–2013 nach ausgewählten Nutzungsarten	17
G 2: Naturschutzgebiete 2014 nach Verwaltungsbezirken	23
G 3: Jahresmitteltemperatur 1881–2014	24
G 4: Jahresniederschlag 1881–2014	24
G 5: Siedlungs- und Verkehrsfläche 2013 nach Bundesländern	26
G 6: Flächennutzung 2014 nach Nutzungsarten	27

Karten

K 1: Landnutzung, gemeinsame Grenzen mit den Nachbarländern und äußerste Grenzpunkte von Rheinland-Pfalz	15
K 2: Kreisfreie Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz 2014	16
K 3: Ausgewählte Geländeerhebungen in Rheinland-Pfalz 2014 nach Naturräumen	19
K 4: Ausgewählte Gewässer in Rheinland-Pfalz 2014	20
K 5: Die rheinland-pfälzischen Naturschutzgebiete und Naturparke 2014	22
K 6: Ausgewählte rheinland-pfälzische Wetterstationen 2014	25
K 7: Waldfläche 2014 nach Verwaltungsbezirken	29

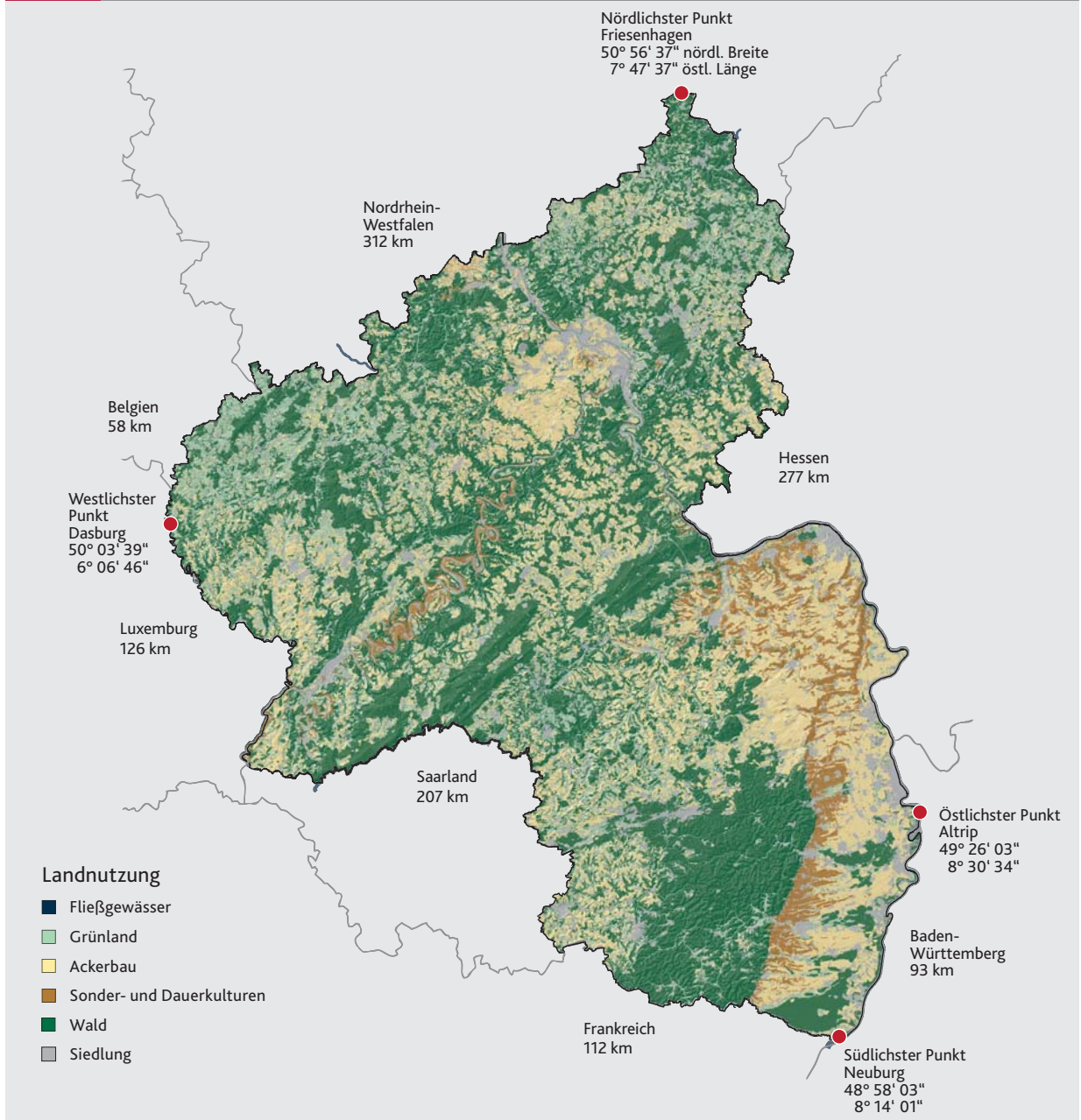
Metadaten

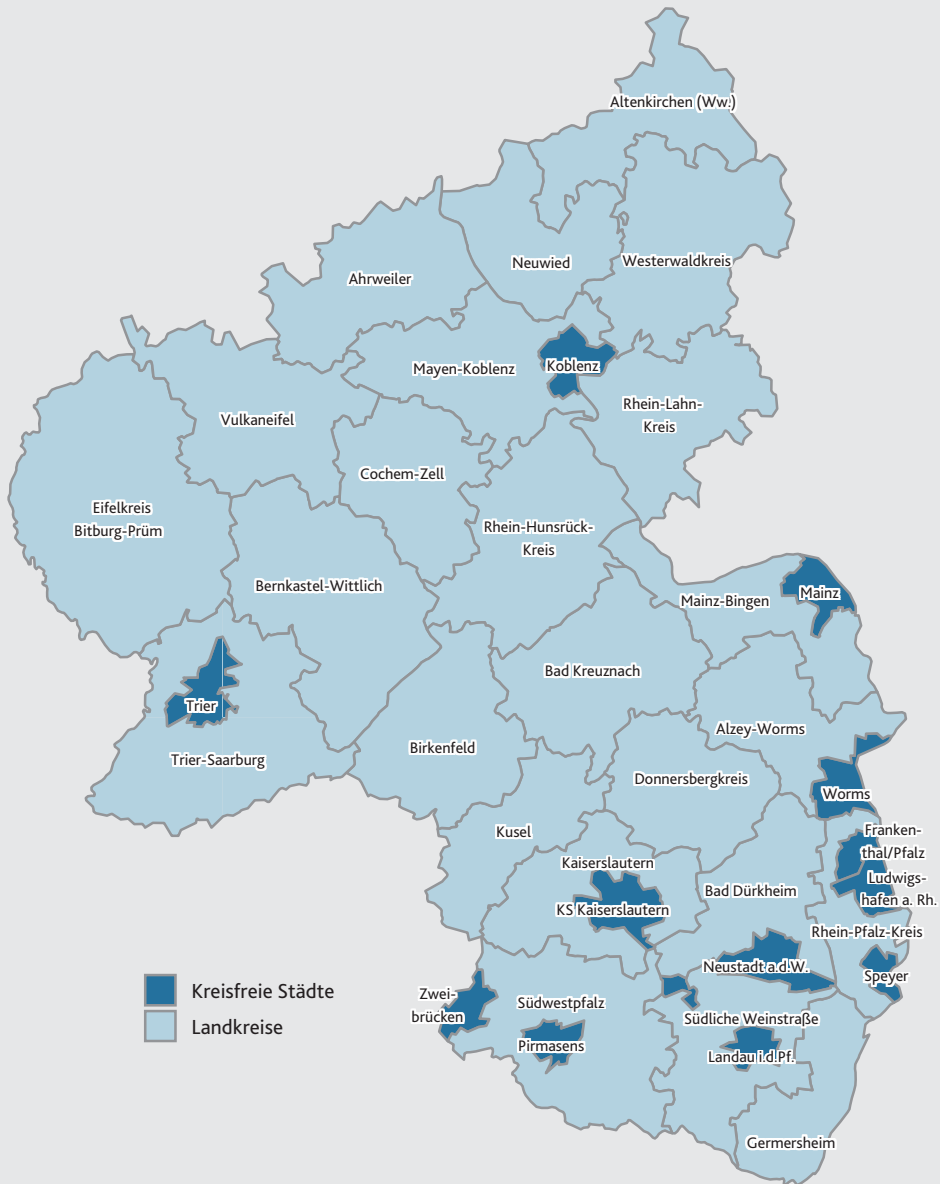
Datenquellen	31
Statistiken	31
Glossar	31
Internet	33

K 1

Landnutzung, gemeinsame Grenzen mit den Nachbarländern und äußerste Grenzpunkte von Rheinland-Pfalz

1

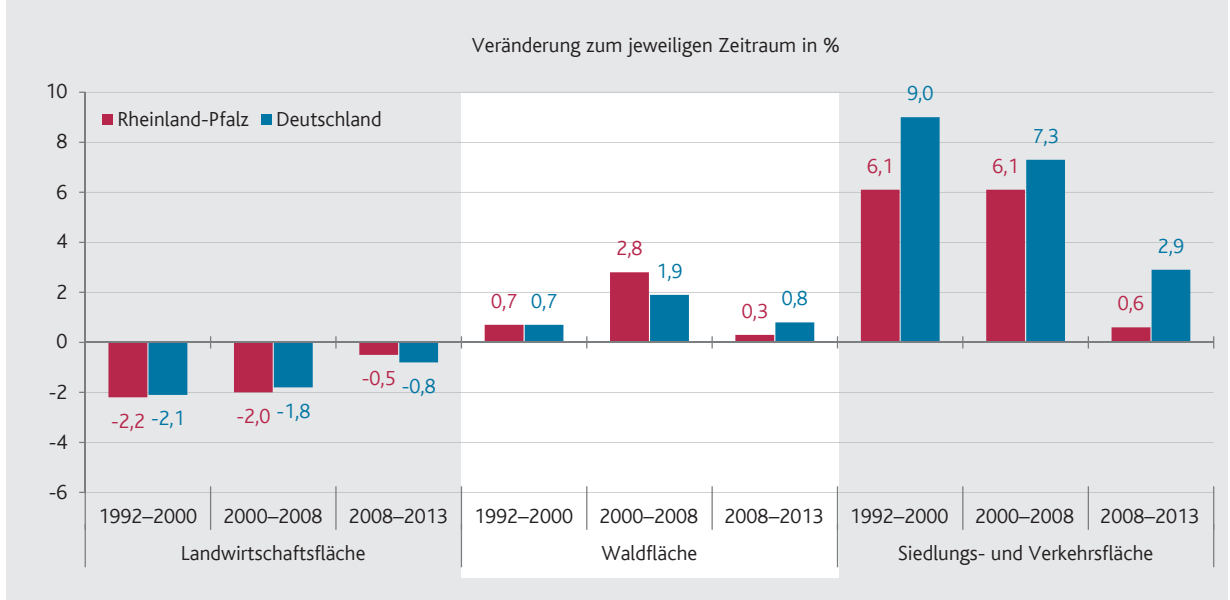




- Rheinland-Pfalz gliedert sich in zwölf kreisfreie Städte und 24 Landkreise.
- Mit sieben Nachbarn gibt es gemeinsame Grenzen, die längste mit Nordrhein-Westfalen (312 Kilometer).
- Auf etwa einem Viertel seiner Gesamtlänge fließt der Rhein in Rheinland-Pfalz (290 Kilometer).
- Der Laacher See ist mit 3,3 Quadratkilometern das größte stehende Gewässer im Land. Hier befindet sich auch das größte Naturschutzgebiet des Landes (21 Quadratkilometer).
- Der Landkreis Germersheim hat den höchsten Anteil an Naturschutzgebieten (7,3 Prozent seiner Fläche).
- In den letzten 133 Jahren stieg der lineare Trend der Jahresdurchschnittstemperatur um 1,3 Grad Celsius.
- Von der gesamten rheinland-pfälzischen Bodenfläche sind 42 Prozent mit Wald bedeckt. Damit nimmt das Land die Spitzenposition in Deutschland ein.
- Unter den Flächenländern ist Rheinland-Pfalz das einzige Bundesland, in dem die Waldfläche einen höheren Anteil an der Landesfläche hat als die Landwirtschaftsfläche.

G 1

Flächennutzung 1992–2013 nach ausgewählten Nutzungsarten



Ausgewählte Kennzahlen zur Flächennutzung, zum Gebietsnaturschutz und zu den klimatischen Verhältnissen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1992–2014

Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz						Deutschland	
		1992	2000	2005	2010	2013	2014	2013	2014
Flächennutzung									
Siedlungs- und Verkehrsfläche	km ²	2 504	2 656	2 770	2 823	2 837	2 840	48 482	...
Anteil an der Gesamtfläche	%	12,6	13,4	14,0	14,2	14,3	14,3	13,6	...
Entwicklung	1992=100	100	106,1	110,6	112,7	113,3	113,4	120,3	...
je Einwohner/-in	m ²	650	659	682	704	711	...	601	...
Versiegelungsgrad	%	.	5,9	6,2	6,3	6,3	...	6,1	...
Landwirtschaftsfläche	km ²	8 693	8 501	8 445	8 317	8 288	8 267	186 193	...
Anteil an der Gesamtfläche	%	43,8	42,8	42,5	41,9	41,7	41,6	52,1	...
Entwicklung	1992=100	100	97,8	97,2	95,7	95,3	95,1	95,4	...
je Einwohner/-in	m ²	2 256	2 109	2 080	2 075	2 076	...	2 309	...
Waldfläche	km ²	8 046	8 098	8 254	8 330	8 348	8 367	108 162	...
Anteil an der Gesamtfläche	%	40,5	40,8	41,6	42,0	42,0	42,1	30,3	...
Entwicklung	1992=100	100	100,7	102,6	103,5	103,8	104,0	103,5	...
je Einwohner/-in	m ²	2 088	2 009	2 033	2 079	2 091	...	1 341	...
Wasserfläche	km ²	272	270	272	273	274	276	8 671	...
Anteil an der Gesamtfläche	%	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	2,4	...
je Einwohner/-in	m ²	71	67	67	68	69	...	108	...
Klimatische Verhältnisse									
Jahresmitteltemperatur	°C	9,6	10,1	9,6	8,4	9,0	10,7	8,7	10,3
Abweichung vom langjährigen Mittel ¹	°C	1,0	1,5	1,0	-0,2	0,4	2,1	0,5	2,1
Jahresniederschlag	mm	804	966	695	820	825	780	781	729
Abweichung vom langjährigen Mittel ¹	mm	-3	159	-113	13	18	-27	-8	-60
Station mit den meisten Sonnenstunden	h/Jahr	.	2 036	2 123	2 132	2 006	2 074	1 950	...
Abweichung vom langjährigen Mittel ²	h/Jahr	.	-74	12	21	-104	-36	.	.
Station mit den wenigsten Sonnenstunden	h/Jahr	.	1 571	1 819	1 689	1 480	1 609	1 197	...
Abweichung vom langjährigen Mittel ²	h/Jahr	.	-170	78	-52	-299	-170	.	.
		1994	1999	2004	2010	2013	2014	2013	2014
Gebietsnaturschutz									
Naturparke	Anzahl	6	6	6	8	8	8	105	...
Fläche	km ²	4 255	4 255	4 255	6 281	6 277	6 302	97 936	...
Anteil an der Gesamtfläche	%	21,4	21,4	21,4	31,6	31,6	31,7	27,5	...
Naturschutzgebiete	Anzahl	435	490	510	512	517	520	8 679	...
Fläche	km ²	260	341	368	378	382	386	13 524	...
Anteil an der Gesamtfläche	%	1,3	1,7	1,8	1,9	1,9	1,9	3,8	...
1 1961 bis 1990. – 2 1998 bis 2014.									

1 1961 bis 1990. – 2 1998 bis 2014.

K 3

Ausgewählte Geländeerhebungen in Rheinland-Pfalz 2014 nach Naturräumen



T 2

Geländeerhebungen nach
Naturräumen

Erhebung	Höhe (m) über NN	Gemeinde	Naturraum
1 Erbeskopf	816	Hilscheid	Hunsrück
2 Steingerüttelkopf	757	Morbach	Hunsrück
3 Hohe Acht	747	Adenau	Osteifel
4 Idarkopf	746	Stipshausen	Hunsrück
5 Rösterkopf	708	Osburg	Hunsrück
6 Schwarzer Mann	697	Buchet	Westeifel
7 Donnersberg	687	Dannenfels	Saar-Nahe-Bergland
8 Kalmit	673	Maikammer	Haardtgebirge (Pfälzerwald)
9 Ellerspring	657	Winterbach	Hunsrück
10 Fuchskaute	656	Willingen	Westerwald
11 Stegskopf	654	Emmerzhausen	Westerwald
12 Salzkopf	628	Weiler bei Bingen	Hunsrück
13 Aremberg	623	Aremberg	Osteifel
14 Eschkopf	608	Wilgartswiesen	Haardtgebirge (Pfälzerwald)
15 Hartkopf	597	Rommersheim	Westeifel
16 Hohe Derst	561	Oberotterbach	Haardtgebirge (Pfälzerwald)
17 Montabaurer Höhe	545	Montabaur	Westerwald
18 Windhahn	517	Kirchen (Sieg)	Bergisch-Sauerländisches Gebirge
19 Großer Dachskopf	457	Osterspai	Taunus

K 4 Ausgewählte Gewässer in Rheinland-Pfalz 2014

T 3 Fließgewässer

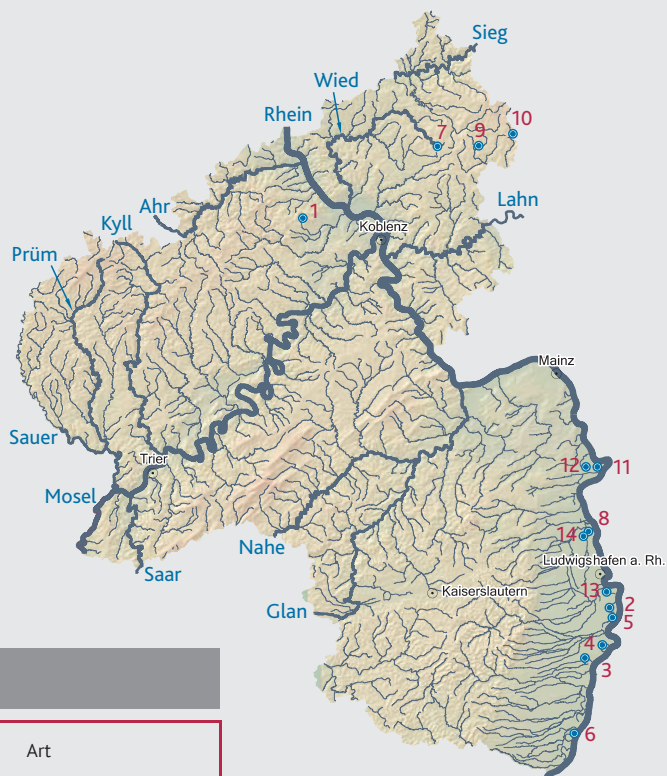
Fließ- gewässer	Gesamt- länge	Länge in Rheinland- Pfalz	Oberirdisches Einzugsgebiet in Rheinland-Pfalz
	km		km ²

Bundeswasserstraßen

Rhein	1 239	290	7 269
Mosel	520	231	5 747
Lahn	246	58	988
Saar	222	27	1 210

Weitere wasserwirtschaftlich bedeutende Flüsse

Sauer	173	44	1 341
Sieg	155	45	602
Kyll	127	112	756
Nahe	125	110	3 929
Wied	102	102	766
Prüm	95	95	889
Glan	90	88	1 217
Ahr	83	68	682



T 4 Stehende Gewässer

Stehendes Gewässer	Fläche	Tiefe	Art
	ha	m	
1 Laacher See	332	52	Natürlicher See vulkanischen Ursprungs
2 Otterstädter Altrhein	262	20	Altrheinarm, ausgebaggert
3 Lingenfelder Altrhein	157	14	Altrheinarm, mit Rheinanbindung und Baggersee
4 Berghäuser Altrhein	150	17	Altrheinarm, ausgebaggert
5 Angelhofer Altrhein	147	15	Altrheinarm, ausgebaggert
6 Landeshafen Wörth	140	22	Altrheinarm, ausgebaggert
7 Dreifelder Weiher	123	6	Künstlich angelegter Weiher
8 Silbersee	117	15	Baggersee
9 Wiesensee	82	6	Künstlich angelegter Weiher
10 Krombachtalsperre	67	10	Talsperre
11 Eicher See	63	25	Baggersee mit Rheinanbindung
12 Altrheinsee Eich	60	30	Baggersee
13 Neuhofer Altrhein	55	11	Altrheinarm, ausgebaggert
14 Roxheimer Altrhein	50	13	Altrheinarm, ausgebaggert

T 5 Naturparke 2014

Naturpark	Fläche	Anteil an der Landesfläche	Gründungs-jahr	Kurzcharakterisierung
	ha	%		
Pfälzerwald	178 497	9,0	1959	Sehr hoher Waldanteil (76%) in vielgestaltiger Buntsandsteinlandschaft, bodensaure Buchen- und Kiefernwälder, Felsen
Vulkaneifel	97 983	4,9	2010	Vom Vulkanismus geprägte Mittelgebirgslandschaft mit Buchen(misch)wäldern, Maaren und Kraterseen
Saar-Hunsrück ¹	92 144	4,6	1978	Landschaftsmosaik aus vor allem fichtendominierten Nadelwäldern, Grünland, Felsbiotopen, Weinbauflächen, Magerrasen, Hangmooren
Soonwald-Nahe	73 496	3,7	2005	Laubwälder, Flussauen, Bachtäler, Moore, Wacholderheiden, Weinbau, Streuobstwiesen
Nassau	56 110	2,8	1961	Buchen- und Schluchtwälder, wärmeliebende Eichenwälder
Rhein-Westerwald	47 047	2,4	1962	Landschaft des Rheinischen Schiefergebirges mit Mischwald, Fließgewässern, Weinbau
Südeifel	44 331	2,2	1958	Buchenwälder und Fichtenforste, Grünland, Fließgewässer, Trockenbiotope
Nordeifel ¹	40 551	2,0	1960	Mittelgebirgslandschaft mit Grünland und fichtendominierten Wäldern

1 Rheinland-pfälzischer Anteil. – Quelle: SGD Nord – Bundesamt für Naturschutz

T 6 Naturschutzgebiete 1994–2014

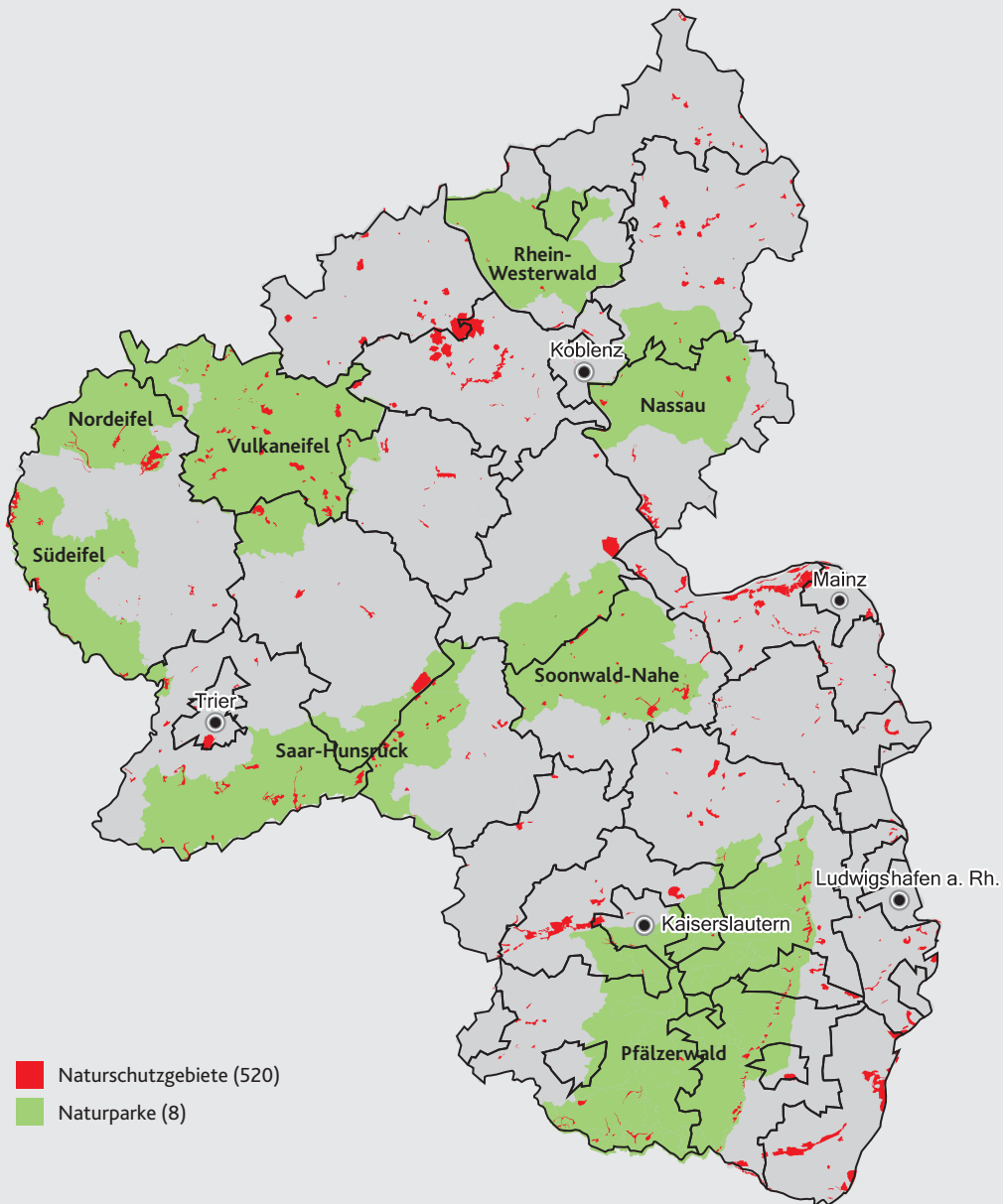
Jahr	Insgesamt	Davon mit einer Fläche von ... ha				Fläche		
		unter 10	10 – 50	50 – 100	100 und mehr	zusammen	mittlere Größe	Anteil an der Landesfläche
	Anzahl	Anteile in %				ha		%
1994	435	25,7	49,7	12,6	12,0	25 981	60,0	1,3
1999	490	23,5	48,2	13,1	15,3	34 118	70,0	1,7
2004	510	22,5	47,5	13,7	16,3	36 752	72,0	1,8
2008	511	22,5	47,0	13,5	17,0	37 830	74,0	1,9
2011	515	22,7	46,8	13,4	17,1	37 841	73,5	1,9
2012	517	22,6	46,4	13,7	17,2	38 226	74,0	1,9
2013	517	22,6	46,6	13,5	17,2	38 191	73,9	1,9
2014	520	22,5	46,5	13,5	17,5	38 612	74,3	1,9

Quelle: SGD Nord

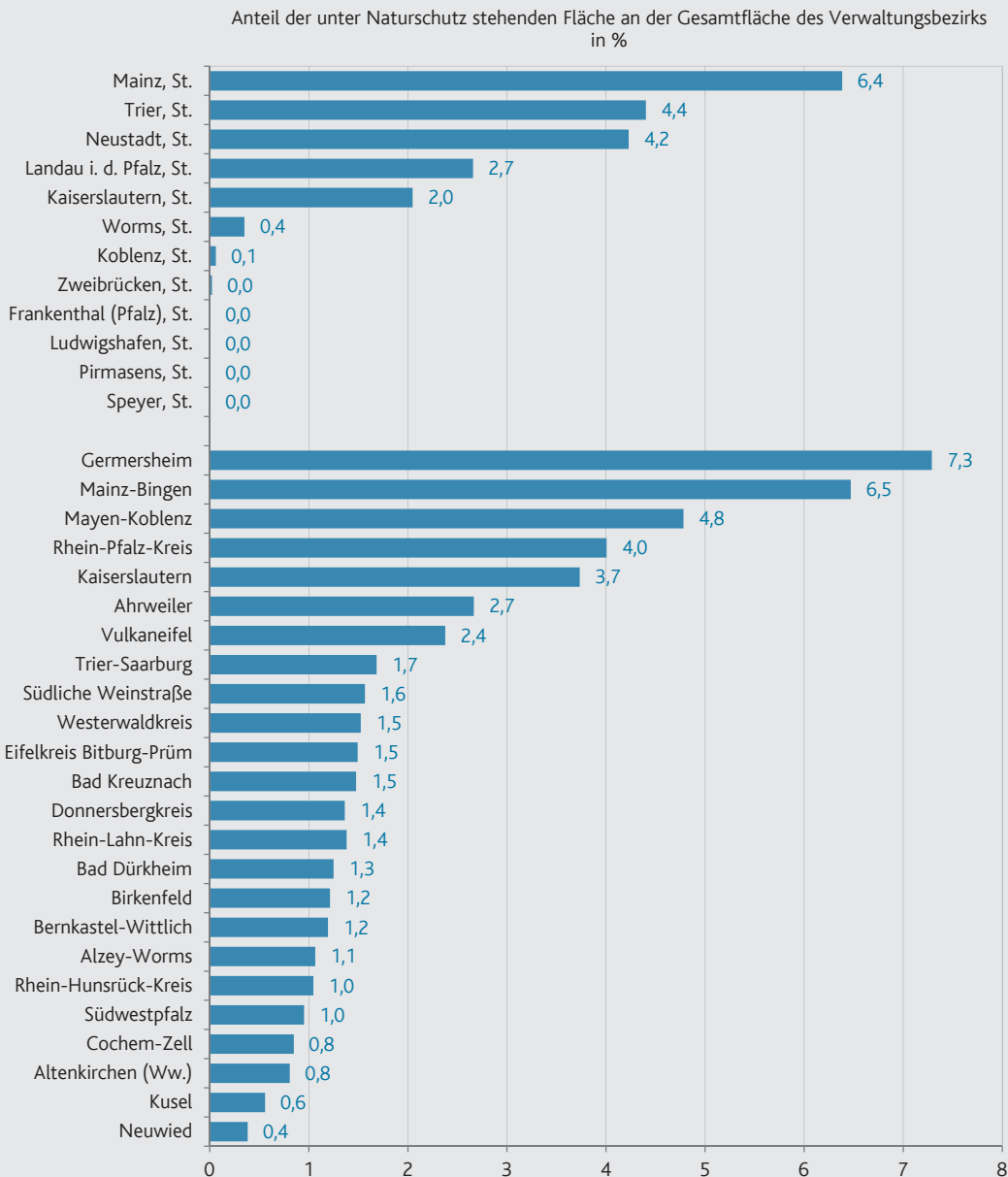
T 7 Die zehn größten Naturschutzgebiete 2014

Rang	Gebiet	Fläche in ha	Verwaltungsbezirke
1	Laacher See	2 090	Landkreis Ahrweiler, Landkreis Mayen-Koblenz
2	Bruchbach-Otterbachniederung	1 541	Landkreis Germersheim, Landkreis Südliche Weinstraße
3	Östliche Pfälzer Moorniederung	1 386	Landkreis Kaiserslautern, kreisfreie Stadt Kaiserslautern
4	Schönecker Schweiz	904	Eifelkreis Bitburg-Prüm
5	Struth	870	Rhein-Hunsrück-Kreis
6	Hördter Rheinaue	850	Landkreis Germersheim
7	Lennebergwald	792	Landkreis Mainz-Bingen, kreisfreie Stadt Mainz
8	Hangbrücher bei Morbach	738	Landkreis Bernkastel-Wittlich
9	Nettetal	723	Landkreis Mayen-Koblenz
10	Rheinhänge von Burg Gutenfels bis zur Loreley	626	Rhein-Lahn-Kreis

Quelle: SGD Nord



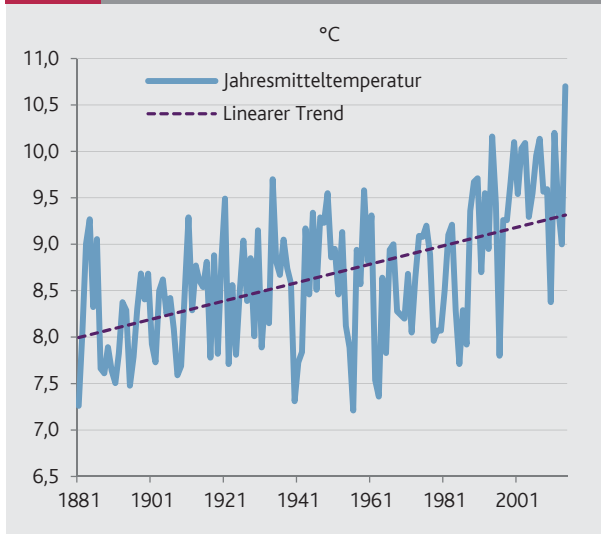
G 2 Naturschutzgebiete 2014 nach Verwaltungsbezirken



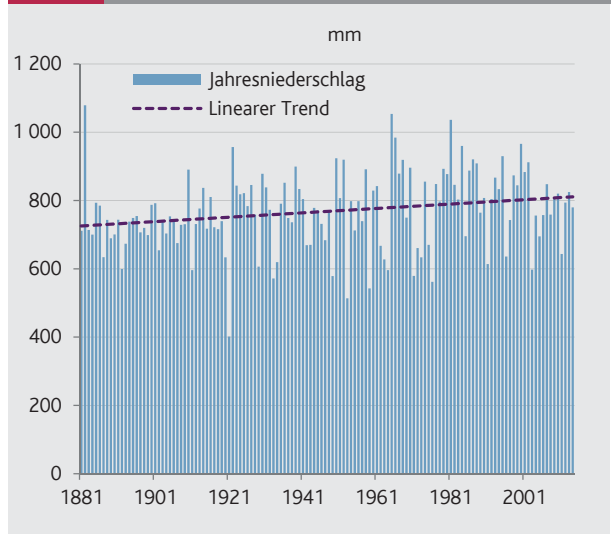
Naturraum	Wetterstation	Höhe über NN	Zeit- raum	Lufttemperatur					Regen- tage	Nieder- schlag	Sonnen- stunden
				Tages- mittel	Eis- tage	Frost- tage	Sommer- tage	Heiße Tage			
		m		°C	Anzahl						
Westerwald	1 Iser	312	2014	10,5	1	26	19	2	191	815	1 943
			D 1998–2013	9,3	17	72	27	5	199	987	1 728
Osteifel	2 Dreis-Brück	527	2014	9,1	5	57	12	-	202	824	1 952
			D 1998–2013	8,1	24	86	19	3	194	856	1 855
Moseltal	3 Wittlich	197	2014	10,9	1	59	40	7	171	715	1 786
			D 1998–2013	9,8	11	80	49	12	178	730	1 866
Moseltal	4 Riöl	143	2014	11,4	-	46	38	7	186	779	1 609
			D 1998–2013	10,6	9	66	52	13	178	759	1 790
Hunsrück	5 Wahlbach	418	2014	10,1	3	39	21	5	190	664	1 934
			D 1998–2013	8,9	22	79	28	5	189	682	1 859
Saar-Nahe-Bergland	6 Morlautern	307	2014	11,1	3	32	29	5	180	688	1 930
			D 1998–2013	9,9	16	72	45	11	177	781	1 856
Nördliches Oberheintiefland	7 Rommers- heim	245	2014	11,4	1	24	34	5	178	602	2 074
			D 1998–2013	10,2	17	67	45	10	168	562	2 113
Nördliches Oberheintiefland	8 Eich	95	2014	12,0	1	37	58	11	168	621	1 946
			D 1998–2013	11,0	11	65	62	17	170	597	1 960
Nördliches Oberheintiefland	9 Schiffer- stadt	110	2014	12,3	2	17	58	10	175	565	2 062
			D 1998–2013	11,3	11	58	61	17	161	554	1 991

Quelle: Dienstleistungszentrum ländlicher Raum (DLR) Rheinhessen-Nahe-Hunsrück

G 3 Jahresmitteltemperatur 1881–2014



G 4 Jahresniederschlag 1881–2014



K 6

Ausgewählte rheinland-pfälzische Wetterstationen 2014

1

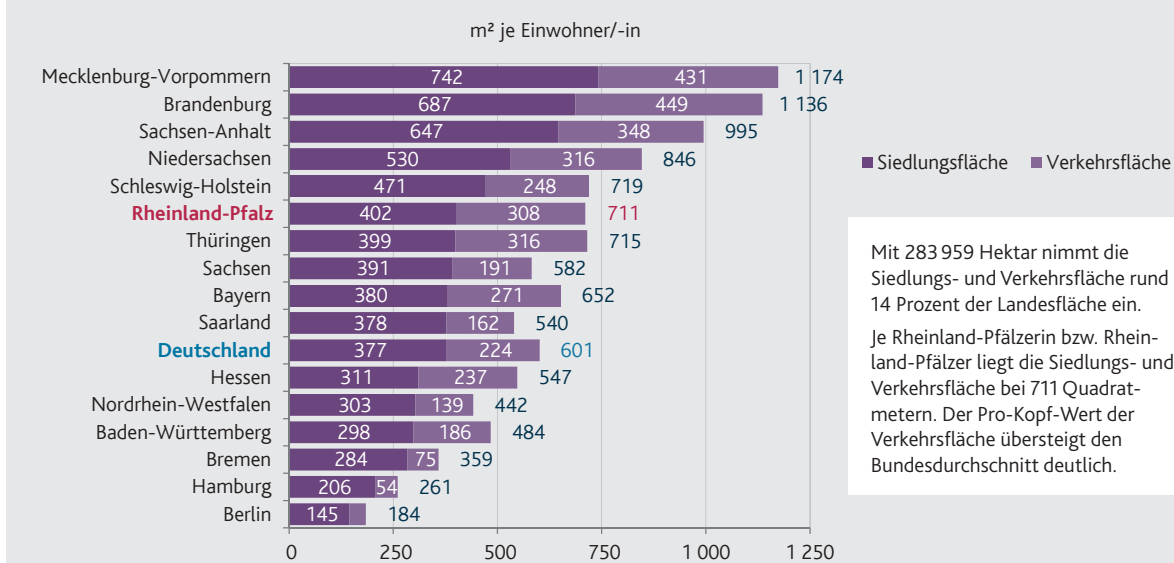


T 9 Nutzung der Bodenfläche 2013¹ nach Bundesländern

Bundesland	Boden- fläche insgesamt	Siedlungs- und Verkehrsfläche				Land- wirtschafts- fläche	Wald- fläche	Wasser- fläche	Sonstige Flächen
		zu- sammen	darunter						
			Gebäude- und Freifläche	Erholungs- fläche	Verkehrs- fläche				
	ha	Anteile an der Bodenfläche in %							
Baden-Württemberg	3 575 132	14,3	7,7	0,9	5,5	45,5	38,3	1,1	0,8
Bayern	7 055 019	11,6	6,0	0,6	4,8	49,0	35,1	2,0	2,3
Berlin	89 168	70,2	41,5	12,0	14,9	4,4	18,3	6,7	0,4
Brandenburg	2 965 416	9,4	4,4	0,9	3,7	49,3	35,5	3,4	2,4
Bremen	41 939	56,1	33,2	8,1	11,7	28,3	2,0	12,4	1,2
Hamburg	75 522	60,0	37,8	7,8	12,5	24,6	6,4	8,0	1,0
Hessen	2 111 493	15,6	7,4	1,0	6,8	42,0	40,2	1,4	0,8
Mecklenburg-Vorpommern	2 321 105	8,1	3,5	1,4	3,0	62,4	21,9	6,1	1,5
Niedersachsen	4 761 407	13,8	7,4	1,0	5,2	60,0	22,0	2,3	1,9
Nordrhein-Westfalen	3 411 026	22,8	12,8	2,0	7,1	48,7	25,8	2,0	0,7
Rheinland-Pfalz ²	1 985 421	14,3	6,0	1,7	6,2	41,7	42,0	1,4	0,6
Saarland ²	256 976	20,8	12,5	1,0	6,2	42,9	34,0	1,0	1,3
Sachsen	1 842 015	12,8	6,9	1,3	4,2	54,8	27,2	2,1	3,1
Sachsen-Anhalt	2 045 158	11,0	4,3	2,6	3,8	61,5	24,7	2,3	0,5
Schleswig-Holstein	1 580 007	12,8	6,9	1,1	4,4	69,9	10,5	5,1	1,7
Thüringen	1 617 256	9,6	4,5	0,5	4,2	54,4	32,1	1,2	2,7
Deutschland ²	35 734 061	13,6	7,0	1,2	5,1	52,1	30,3	2,4	1,6

1 31.12. – 2 Einschließlich des gemeinschaftlichen deutsch-luxemburgischen Hoheitsgebietes.

G 5 Siedlungs- und Verkehrsfläche 2013 nach Bundesländern

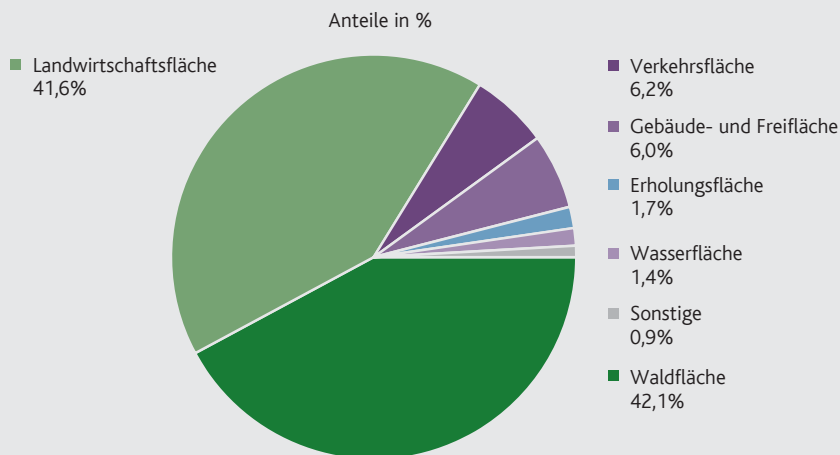


T 10 Nutzung der Bodenfläche 2004–2014¹

Nutzungsart	2004	2005	2013	2014				
				insgesamt	Veränderung zu 2004		Anteil an insgesamt	je Einwoh- ner/-in ² m ²
					ha	%		
Siedlungs- und Verkehrsfläche	274 061	277 024	283 734	283 959	9 898	3,6	14,3	710
Gebäude- und Freifläche	113 444	114 797	118 165	118 678	5 234	4,6	6,0	297
darunter								
Wohnen	56 201	57 180	61 128	61 592	5 392	9,6	3,1	154
Gewerbe, Industrie	13 149	13 308	14 442	14 578	1 429	10,9	0,7	36
Betriebsfläche ohne Abbau- und	5 960	5 989	6 156	6 251	290	4,9	0,3	16
Erholungsfläche	30 950	31 619	34 317	34 360	3 410	11,0	1,7	86
Verkehrsfläche	121 755	122 663	123 133	122 708	953	0,8	6,2	307
darunter: Straße, Weg, Platz	100 308	100 579	98 491	98 011	-2 298	-2,3	4,9	245
Friedhof	1 952	1 956	1 962	1 963	11	0,6	0,1	5
Landwirtschaftsfläche	846 489	844 527	828 834	826 741	-19 748	-2,3	41,6	2 066
Waldfläche	823 612	825 391	834 806	836 726	13 114	1,6	42,1	2 091
Wasserfläche	27 112	27 161	27 441	27 612	500	1,8	1,4	69
Sonstige Flächen	14 063	11 219	10 606	10 398	-3 665	-26,1	0,5	26
darunter: Unland	4 802	4 756	4 326	4 179	-624	-13,0	0,2	10
Bodenfläche insgesamt ³	1 985 337	1 985 321	1 985 421	1 985 436	99	0,0	100	4 963

1 31.12. – 2 30.06.2014. – 3 Einschließlich des gemeinschaftlichen deutsch-luxemburgischen Hoheitsgebietes.

G 6 Flächennutzung 2014 nach Nutzungsarten



Von der gesamten rheinland-pfälzischen Bodenfläche sind 42 Prozent mit Wald bedeckt. Damit nimmt das Land die Spitzenposition in Deutschland ein.

Der Anteil der Landwirtschaftsfläche liegt mit knapp 42 Prozent geringfügig niedriger. Hervorzuheben ist die große Bedeutung des Weinbaus: Fast zwei Drittel der gesamten deutschen Rebfläche liegt in Rheinland-Pfalz.

T 11 Nutzung der Bodenfläche 2014¹ nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Boden- fläche insgesamt	Siedlungs- und Verkehrsfläche				Land- wirtschafts- fläche	Wald- fläche	Wasser- fläche	Sonstige Flächen
		zu- sammen	darunter						
	Gebäude- und Freifläche		Erholungs- fläche	Verkehrs- fläche					
	ha	Anteile an der Bodenfläche in %							
Frankenthal (Pfalz), St.	4 376	36,4	20,0	4,6	10,8	59,2	2,1	2,0	0,3
Kaiserslautern, St.	13 974	28,0	16,9	2,3	8,0	9,2	62,0	0,6	0,3
Koblenz, St.	10 513	36,5	19,7	4,9	10,5	23,6	33,7	5,2	0,9
Landau i. d. Pfalz, St.	8 296	23,7	11,9	2,5	8,6	43,7	31,7	0,5	0,4
Ludwigshafen a. Rh., St.	7 755	61,2	35,1	8,9	14,8	29,3	3,8	5,3	0,5
Mainz, St.	9 774	50,3	27,9	6,1	15,0	41,2	3,6	3,5	1,4
Neustadt a. d. Weinstr., St.	11 710	19,6	9,6	3,0	6,4	35,7	43,7	0,8	0,3
Pirmasens, St.	6 137	32,3	15,6	6,1	9,1	28,3	38,7	0,4	0,3
Speyer, St.	4 260	44,5	25,9	5,5	11,4	19,6	23,1	8,8	4,0
Trier, St.	11 713	31,5	15,9	5,4	9,6	21,2	43,4	3,3	0,6
Worms, St.	10 873	29,9	14,1	4,5	10,3	61,2	3,8	4,3	0,7
Zweibrücken, St.	7 064	28,2	15,6	2,7	8,3	47,2	23,3	0,9	0,4
Ahrweiler	78 698	13,6	4,7	1,6	7,0	32,0	52,3	1,6	0,5
Altenkirchen (Ww.)	64 201	15,7	8,1	1,3	5,9	31,3	51,8	0,9	0,2
Alzey-Worms	58 814	15,1	5,8	1,7	7,3	77,7	5,2	1,4	0,5
Bad Dürkheim	59 479	12,9	5,9	1,8	4,8	34,1	52,2	0,5	0,3
Bad Kreuznach	86 371	14,0	5,9	1,6	6,1	45,0	39,4	1,0	0,7
Bernkastel-Wittlich	116 760	11,2	3,7	1,3	5,9	36,9	50,1	1,4	0,4
Birkenfeld	77 657	11,1	5,0	1,1	4,7	33,2	54,6	0,5	0,4
Cochem-Zell	69 236	11,4	3,6	1,4	6,1	37,1	49,5	1,7	0,3
Donnersbergkreis	64 549	10,8	4,0	1,2	5,3	55,1	33,0	0,6	0,5
Eifelkreis Bitburg-Prüm	162 626	9,7	3,0	1,2	5,3	53,4	36,1	0,6	0,2
Germersheim	46 335	15,9	8,4	1,4	5,5	38,3	40,2	4,9	0,7
Kaiserslautern	63 988	14,7	6,8	1,4	6,1	34,5	50,0	0,5	0,2
Kusel	57 334	12,2	4,4	1,4	5,7	51,1	35,6	0,7	0,4
Mainz-Bingen	60 574	18,7	8,2	2,3	7,7	61,5	16,2	3,1	0,5
Mayen-Koblenz	81 726	16,9	7,7	1,7	6,8	48,1	31,6	1,8	1,6
Neuwied	62 688	18,5	9,2	2,1	6,5	33,1	45,7	2,1	0,7
Rhein-Hunsrück-Kreis	99 110	12,0	4,1	1,1	6,4	41,3	45,7	0,9	0,2
Rhein-Lahn-Kreis	78 232	12,1	4,5	1,4	5,9	38,6	46,8	1,7	0,8
Rhein-Pfalz-Kreis	30 494	22,2	11,4	3,1	7,0	54,4	17,1	5,2	1,1
Südliche Weinstraße	63 984	12,3	5,1	1,6	5,4	41,4	45,4	0,7	0,2
Südwestpfalz	95 365	9,9	3,8	1,5	4,3	26,2	63,3	0,5	0,1
Trier-Saarburg	110 150	12,6	3,7	2,5	6,0	38,3	47,6	1,2	0,3
Vulkaneifel	91 104	11,1	3,1	1,5	6,2	42,3	45,3	0,7	0,6
Westerwaldkreis	98 898	16,4	7,6	1,7	6,6	38,2	42,7	1,4	1,3
Rheinland-Pfalz ²	1 985 436	14,3	6,0	1,7	6,2	41,6	42,1	1,4	0,5
kreisfreie Städte	106 445	33,9	18,3	4,5	10,0	33,3	29,3	2,7	0,7
Landkreise	1 878 371	13,2	5,3	1,6	6,0	42,1	42,9	1,3	0,5

1 31.12. – 2 Einschließlich des gemeinschaftlichen deutsch-luxemburgischen Hoheitsgebietes.

Von der gesamten rheinland-pfälzischen Bodenfläche sind fast 837 000 Hektar bzw. 42 Prozent mit Wald bedeckt. Der überwiegende Teil der Waldfläche ist Mischwald, gefolgt von Laub- und Nadelwäldern.

Mit einem Anteil von 63 Prozent der Bodenfläche ist der Landkreis Südwestpfalz am stärksten bewaldet. Auf Rang zwei liegt die kreisfreie Stadt Kaiserslautern (62 Prozent). Den geringsten Waldanteil aller Landkreise hat Alzey-Worms (5,2 Prozent), die am geringsten bewaldete kreisfreie Stadt ist Frankenthal (2,1 Prozent).

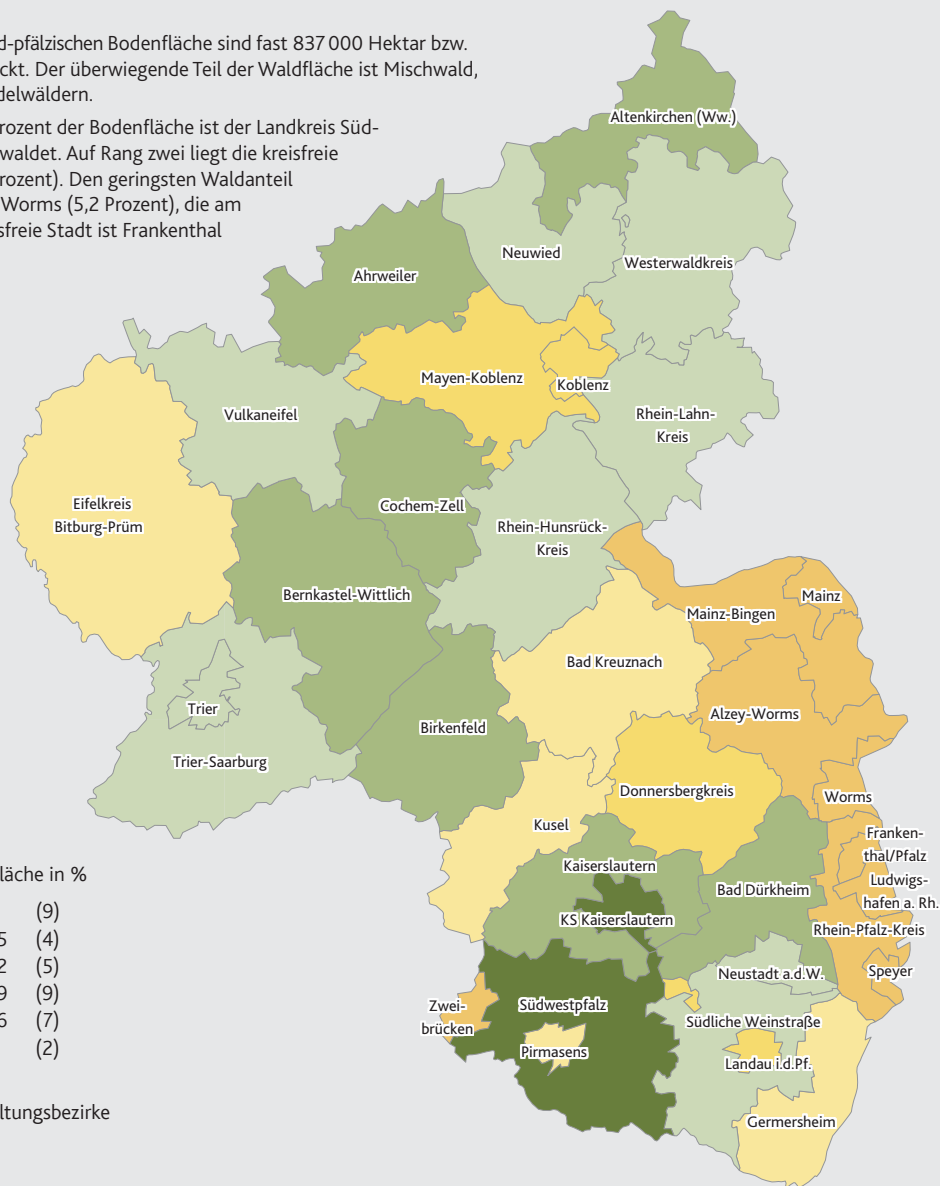
Anteil an der Bodenfläche in %

unter 28	(9)
28 bis unter 35	(4)
35 bis unter 42	(5)
42 bis unter 49	(9)
49 bis unter 56	(7)
56 und mehr	(2)

Landeswert: 42

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

1 31.12.



T 12 Gemeinden in den Landkreisen 2014¹ nach Größenklassen

Landkreis	Verbandsfreie Gemeinden	Verbands- gemeinden	Orts- gemeinden	Verbandsfreie Gemeinden und Ortsgemeinden mit ... bis unter ... Einwohner/-innen				
				unter 500	500 – 1 000	1 000 – 5 000	5 000 – 10 000	10 000 und mehr
Ahrweiler	4	4	70	37	18	14	1	4
Altenkirchen (Ww.)	-	8	119	54	33	26	6	-
Alzey-Worms	1	6	68	11	23	31	3	1
Bad Dürkheim	3	6	45	4	11	30	-	3
Bad Kreuznach	2	8	116	56	27	32	2	1
Bernkastel-Wittlich	2	4	105	55	23	25	2	2
Birkenfeld	1	4	95	66	22	6	1	1
Cochem-Zell	-	4	89	49	24	15	1	-
Donnersbergkreis	-	6	81	42	23	13	3	-
Eifelkreis Bitburg-Prüm	1	5	234	186	31	16	1	1
Germersheim	2	6	29	1	2	20	6	2
Kaiserslautern	-	7	50	8	10	27	5	-
Kusel	-	6	98	55	28	13	2	-
Mainz-Bingen	3	7	63	3	20	33	8	2
Mayen-Koblenz	3	7	84	27	17	33	6	4
Neuwied	1	8	61	9	15	31	6	1
Rhein-Hunsrück-Kreis	1	6	136	97	23	14	2	1
Rhein-Lahn-Kreis	1	7	136	85	25	24	1	2
Rhein-Pfalz-Kreis	5	5	20	-	1	11	9	4
Südliche Weinstraße	-	7	75	14	35	21	4	1
Südwestpfalz	-	7	84	26	28	29	1	-
Trier-Saarburg	-	7	104	31	26	43	3	1
Vulkaneifel	-	5	109	80	17	10	2	-
Westerwaldkreis	-	10	192	67	76	42	6	1
Rheinland-Pfalz	30	150	2 263	1 063	558	559	81	32
1 30.11.								

Datenquellen

Statistik	Tabelle	Grafik	Karten	Übersicht
Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation; Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht	-	-	K 1	-
Statistik der Bevölkerungsfortschreibung, Verwaltungsbezirke	T 12	-	K 2	-
Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation; Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht	T 2	-	K 3	-
Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht; Bundesanstalt für Gewässerkunde; Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen	T 3, T 4	-	K 4	-
Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord; Bundesamt für Naturschutz	T 1, T 5 bis T 7	G 2	K 5	-
Dienstleistungszentrum ländlicher Raum; Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht	T 1, T 8	G 3, G 4	K 6	-
Flächenerhebung	T 1, T 9 bis T 11	G 1, G 5 und G 6	K 7	-

Statistiken

Die **Flächenerhebung** stellt auf der Grundlage des Automatisierten Liegenschaftsbuches der Vermessungs- und Katasterverwaltung seit 1978 Angaben über die tatsächliche Nutzung der Bodenfläche der Gemeinden nach einem bundeseinheitlichen Katalog von etwa 20 Nutzungsarten zur Verfügung. Die Daten werden seit 1998 jährlich zum Stichtag 31. Dezember aktualisiert. Der Nutzungsartenkatalog

beruht auf dem Nutzungsartenverzeichnis der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Bundesländer. Dieses Verzeichnis ist hierarchisch gegliedert.

Bei zeitlichen und räumlichen Vergleichen sind Änderungen in der Erhebungsmethodik und dem Merkmalkatalog zu beachten.

Glossar

Betriebsfläche

Unbebaute Flächen, die gewerblich, industriell oder für Zwecke der Ver- und Entsorgung genutzt werden.

Bodenfläche

Beim flächenstatistischen Nachweis der Bodenfläche insgesamt für Rheinland-Pfalz (und für das Saarland) ist das gemeinschaftliche deutsch-luxemburgische Hoheitsgebiet als Besonderheit zu beachten. Der rheinland-pfälzisch/luxemburgische Teil des Hoheitsgebiets – etwa 620 Hektar Grenzflüsse einschließlich Inseln – wird in seiner Gesamtheit in der Landesfläche nachgewiesen, bei den betroffenen Grenzkreisen und -gemeinden dagegen nicht. Dadurch besteht zwischen den aufaddierten Bodenflächen der Verwaltungsbezirke und der Landesfläche eine Differenz von 620 Hektar.

Eistag

Tag, an dem das Maximum der Lufttemperatur unter 0 °C liegt, d. h. es herrscht durchgehend Frost. Die Zahl der Eistage ist eine Teilmenge

der Zahl der Frosttage. Die Zahl der Eistage beschreibt sehr gut die Härte eines Winters.

Erholungsfläche

Unbebaute Flächen, die dem Sport und der Erholung dienen.

Frosttag

Tag, an dem das Minimum der Lufttemperatur (ohne Beachtung des Lufttemperatur-Maximums) unter 0 °C liegt.

Gebäude- und Freifläche

Flächen mit Gebäuden (Gebäudeflächen) und unbebaute Flächen (Freiflächen), die Zwecken der Gebäude untergeordnet sind (Vorgärten, Hausgärten usw.).

Heißer Tag

Tag, an dem das Maximum der Lufttemperatur mindestens 30 °C beträgt. Die Zahl der heißen Tage ist ein Maß für die Güte eines Sommers.

Metadaten

1

Jahresmitteltemperatur

Errechnet sich aus dem Durchschnitt der zwölf Monatsmitteltemperaturen. Diese ergibt sich wiederum aus dem Durchschnitt der Tagesmitteltemperaturen des jeweiligen Monats. Die Tagesmitteltemperatur wird aus den zu jeder vollen Stunde gemessenen, addierten und durch 24 geteilten Temperaturwerten des Tages ermittelt. Gemessen wird die Temperatur der Luft in zwei Metern Höhe.

Landwirtschaftsfläche

Unbebaute Flächen, die dem Ackerbau, der Wiesen- und Weidewirtschaft, dem Gartenbau, dem Obstbau oder dem Weinbau dienen. Hierzu rechnen ferner die unkultivierten Moor- und Heideflächen, Brachland und unbebaute Flächen, die dem landwirtschaftlichen Betrieb dienen.

Naturpark

Einheitlich zu entwickelnde und zu pflegende, großräumige Gebiete, die

- überwiegend Landschaftsschutzgebiete oder Naturschutzgebiete sind,
- sich wegen ihrer landschaftlichen Voraussetzungen für die Erholung besonders eignen und in denen ein nachhaltiger Tourismus angestrebt wird,
- nach den Erfordernissen der Raumordnung für Erholung vorgesehen sind,
- der Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung einer durch vielfältige Nutzung geprägten Landschaft und ihrer Arten- und Biotopvielfalt dienen und in denen zu diesem Zweck eine dauerhaft umweltgerechte Landnutzung angestrebt wird,
- besonders dazu geeignet sind, eine nachhaltige Regionalentwicklung zu fördern.

Naturraum

Gebietsabgrenzung aus der naturräumlichen Gliederung Deutschlands. In der Geografie wird unter Naturraum eine durch Geofaktoren (Klima, Relief, Wasserhaushalt, Geologie, Boden, Vegetation usw.) charakterisierte landschaftliche Einheit verstanden. Die Landesfläche von Rheinland-Pfalz ist naturräumlich in 16 übergeordnete Naturraumeinheiten (Haupteinheitengruppen) gegliedert. Traditionelle Landschaftsnamen wie z.B. Hunsrück, Taunus, Westerwald finden sich als Haupteinheitengruppen in der naturräumlichen Gliederung wieder.

Naturschutzgebiet

Rechtsverbindlich festgesetztes Gebiet, in dem ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft in ihrer Ganzheit oder in einzelnen Teilen erforderlich ist, und zwar zur Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung von Lebensstätten, Biotopen oder Lebensgemeinschaften bestimmter wild lebender Tier- und Pflanzenarten, aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen oder landeskundlichen Gründen oder wegen ihrer Seltenheit, besonderen Eigenart oder hervorragenden Schönheit.

Niederschlag

Die Niederschlagshöhe gibt an, wie hoch flüssiger Niederschlag eine horizontale Erdbodenfläche in einer Betrachtungszeitspanne bedecken würde, wenn nichts von dieser Fläche abfließen, verdunsten oder versickern könnte. Fester Niederschlag wird zur Angabe der Niederschlagshöhe geschmolzen, um danach die Wasserhöhe zu messen.

Regentag

Tag mit einer 24-stündigen gemessenen Regenhöhe von mindestens 0,1 Millimeter bzw. 0,1 Liter je Quadratmeter.

Siedlungs- und Verkehrsfläche

Zusammenfassung der Nutzungsarten Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche (ohne Abbauand), Erholungsfläche, Verkehrsfläche und Friedhof.

Sommertag

Tag, an dem das Maximum der Lufttemperatur größer oder gleich 25°C beträgt.

Sonnenstunden

Die tatsächliche Sonnenscheindauer ist die Zeitspanne, während der die direkte Sonnenstrahlung senkrecht zur Sonnenrichtung mindestens 120 Watt je Quadratmeter beträgt. Die Sonnenscheindauer wird herkömmlich mit dem sogenannten Sonnenscheinautograf gemessen. Alternativ gibt es eine Reihe von elektronischen Sensoren, die eine automatische Aufzeichnung ermöglichen.

Sonstige Flächen

Abbauand und Flächen anderer Nutzung (Übungsgelände, Schutzflächen, historische Anlagen, Unland).

Unland

Land- und forstwirtschaftliche Betriebsflächen, die auch bei geordneter Bewirtschaftung keinen Ertrag abwerfen.

Verkehrsfläche

Unbebaute Flächen, die dem Straßen-, Schienen- oder Luftverkehr sowie Landflächen, die dem Verkehr auf den Wasserstraßen dienen.

Waldfläche

Unbebaute Flächen, die mit Bäumen und Sträuchern bewachsen sind einschließlich Waldblößen, Pflanzschulen, Wildäusungsflächen und dergleichen bis zu etwa 0,1 Hektar.

Wasserfläche

Flächen, die ständig oder zeitweilig mit Wasser bedeckt sind, gleichgültig, ob das Wasser in natürlichen oder künstlichen Betten abfließt oder steht. Hierzu gehören in der Regel auch Böschungen, Uferbefestigungen und dergleichen.

Internet

Pressemitteilungen

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/bevoelkerung-und-gebiet/pressemitteilungen

Statistische Berichte

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/bevoelkerung-und-gebiet/statistische-berichte

Beiträge in den Statistischen Monatsheften

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/bevoelkerung-und-gebiet/monatsheftbeitraege

Statistische Ämter des Bundes und der Länder

www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Wirtschaftsbereiche/LandForstwirtschaftFischerei/Flaechennutzung/

www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_jb09_jahrtaf1.asp

www.ugrdl.de

Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

www.lvermgeo.rlp.de

Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht Rheinland-Pfalz, Mainz

www.luwg.rlp.de

Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Koblenz

www.naturschutz.rlp.de

<http://map1.naturschutz.rlp.de>

Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück, Oppenheim

www.agrarinfo.rlp.de

www.kwis-rlp.de

www.dwd.de





2. Bevölkerung



Inhaltsverzeichnis

Tabellen

T 1:	Ausgewählte Kennzahlen zur Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1991–2014	40
T 2:	Bevölkerung 1991–2013 nach Bundesländern	41
T 3:	Bevölkerungsbewegung 2013 nach Bundesländern	42
T 4:	Bevölkerung 1950–2014 nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Altersgruppen	43
T 5:	Bevölkerungsbewegung 1950–2014	46
T 6:	Geborene 1950–2014	48
T 7:	Gestorbene 1950–2014	48
T 8:	Lebendgeborene je 1 000 Frauen 1950–2014 nach Alter der Mutter	49
T 9:	Gestorbene 1990–2014 nach Altersgruppen und Geschlecht	50
T 10:	Periodensterbetafel 2010–2012 nach Geschlecht	51
T 11:	Lebenserwartung 1960–2012 nach Alter und Geschlecht	52
T 12:	Wanderungen innerhalb des Landes und über die Landesgrenze 1950–2014	52
T 13:	Wanderungen über die Landesgrenze 2003–2013 nach Herkunfts- und Zielgebieten	53
T 14:	Bevölkerung, Bevölkerungsdichte, Jugend- und Altenquotient 2004–2014 nach Verwaltungsbezirken	54
T 15:	Geborene, Gestorbene und natürlicher Saldo 2014 nach Verwaltungsbezirken	56
T 16:	Zugezogene und Fortgezogene sowie Wanderungssaldo 2013 nach Verwaltungsbezirken	58
T 17:	Bevölkerung am Hauptwohnsitz 2013 nach Migrationshintergrund, Altersgruppen und Geschlecht	60
T 18:	Ausländer/-innen 1990–2014 nach Kontinenten und ausgewählten Staaten	61
T 19:	Ausländer/-innen 2014 nach Aufenthaltsdauer, Kontinenten, ausgewählten Staaten und Geschlecht	62
T 20:	Einbürgerungen 2014 nach Art der Einbürgerung, ausgewählter vorheriger Staatsangehörigkeit und Geschlecht	63
T 21:	Ausländer/-innen 2014 nach ausgewählter Staatsangehörigkeit und Verwaltungsbezirken	64
T 22:	Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen	66
T 23:	Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen, Jugend- und Altenquotient sowie Medianalter	67
T 24:	Bevölkerung, Jugend- und Altenquotient 2013–2060 nach Verwaltungsbezirken	68

Grafiken

G 1:	Bevölkerung 2014 nach Altersjahren und Geschlecht	39
G 2:	Bevölkerung 2013 nach Bundesländern	41
G 3:	Lebenserwartung 2010–2012 nach Geschlecht und Bundesländern	42
G 4:	Geborene und Gestorbene 1950–2014	44
G 5:	Zugezogene und Fortgezogene über die Landesgrenze 1950–2013	44
G 6:	Salden der Bevölkerungsbewegung 1950–2013	45
G 7:	Bevölkerung 1950–2014	45
G 8:	Geburtenrate 1950–2013	47
G 9:	Frauen im gebärfähigen Alter und Bevölkerung insgesamt 1950–2014	47
G 10:	Lebenserwartung bei der Geburt 1949/51 – 2010/12 nach Geschlecht	52
G 11:	Eingebürgerte Personen 2014 nach Altersjahren und Geschlecht	63
G 12:	Jugend-, Alten- und Gesamtquotient 1950–2060	67

Karten

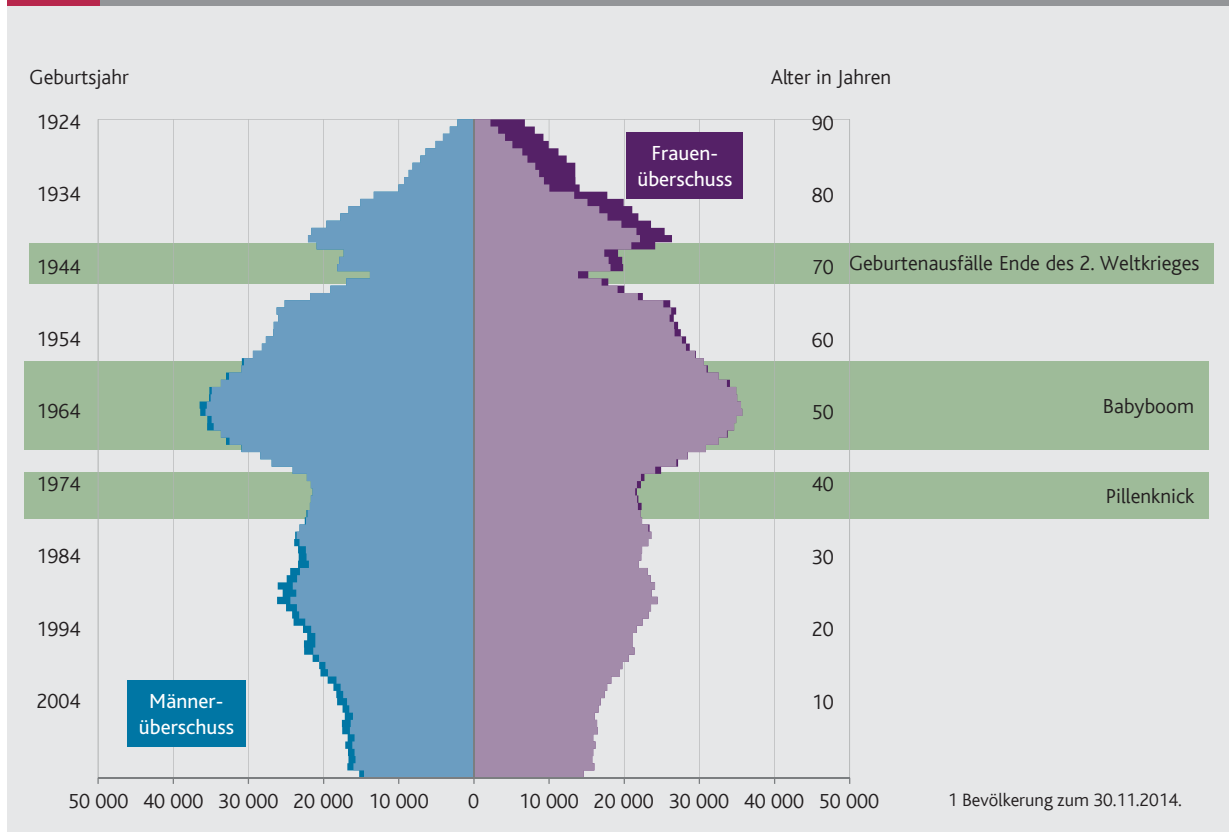
K 1: Bevölkerungsdichte 2014 nach Verwaltungsbezirken	55
K 2: Natürliche Bevölkerungsbewegung 2014 nach Verwaltungsbezirken	57
K 3: Räumliche Bevölkerungsbewegung 2013 nach Verwaltungsbezirken	59
K 4: Ausländer/-innen 2014 nach Verwaltungsbezirken	65
K 5: Bevölkerungsentwicklung 2013–2035 nach Verwaltungsbezirken	69

Metadaten

Datenquellen	70
Statistiken	70
Glossar	71
Internet	73

- Ende November 2014 lebten 4,01 Millionen Menschen in Rheinland-Pfalz. Hohe Wanderungsgewinne führten zu einem leichten Bevölkerungswachstum gegenüber dem Vorjahr (+0,4 Prozent).
- Rund acht Prozent der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer haben keine deutsche Staatsangehörigkeit. Durch Einbürgerung erhielten 2014 rund 5 600 Ausländerinnen und Ausländer einen deutschen Pass.
- Das Durchschnittsalter der rheinland-pfälzischen Bevölkerung lag 2014 bei 46 Jahren und damit neun Jahre höher als 1990.
- Die Geburtenrate befindet sich mit durchschnittlich 1,4 Kindern je Frau auf einem niedrigen Niveau.
- Nach der mittleren Variante der vierten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung wird die Bevölkerungszahl bis 2035 auf 3,8 Millionen und bis 2060 auf 3,4 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner sinken.

G 1 Bevölkerung 2014 nach Altersjahren und Geschlecht¹



T 1

Ausgewählte Kennzahlen zur Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1991–2014¹

Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz						Deutschland	
		1991	2000	2005	2010	2013	2014	2013	2014
Bevölkerung	Anzahl	3 821 235	4 034 557	4 058 843	4 003 745	3 994 366	4 010 994	80 767 463	...
Bevölkerungsdichte (Einwohner/-innen je km ²)	Anzahl	193	203	204	202	201	202	226	...
männlich	Anzahl	1 858 846	1 976 814	1 990 248	1 967 106	1 958 936	1 970 178	39 557 079	...
	Anteil in %	48,6	49,0	49,0	49,1	49,0	49,1	49,0	...
weiblich	Anzahl	1 962 389	2 057 743	2 068 595	2 036 639	2 035 430	2 040 816	41 210 384	...
	Anteil in %	51,4	51,0	51,0	50,9	51,0	50,9	51,0	...
ohne Migrationshintergrund	1 000	.	.	3 351	3 258	3 201	...	64 698	...
	Anteil in %	.	.	82,5	81,3	80,2	...	80,3	...
mit Migrationshintergrund	1 000	.	.	709	747	790	...	15 913	...
	Anteil in %	.	.	17,5	18,7	19,8	...	19,7	...
Deutsche	Anzahl	3 568 288	3 732 121	3 745 917	3 695 136	3 688 506	3 681 155	73 755 652	...
	Anteil in %	93,4	92,5	92,3	92,3	92,3	91,8	91,3	...
Ausländer/-innen	Anzahl	252 947	302 436	312 926	308 609	305 860	329 839	7 011 811	...
	Anteil in %	6,6	7,5	7,7	7,7	7,7	8,2	8,7	...
unter 20 Jahre	Anteil in %	21,1	21,8	20,8	19,1	18,3	18,1	18,1	...
20 – 65 Jahre	Anteil in %	63,0	60,8	59,5	60,4	61,1	60,9	61,0	...
65 Jahre und älter	Anteil in %	15,9	17,4	19,7	20,6	20,6	21,0	20,8	...
Durchschnittsalter	Jahre	37	39	41	44	45	46	45	...
Jugendquotient	Anzahl	33,4	35,8	34,9	31,6	29,9	29,8	29,7	...
Altenquotient	Anzahl	25,2	28,6	33,0	34,1	33,7	34,5	34,1	...
Lebendgeborene	Anzahl	42 311	37 826	32 592	31 574	31 989	33 427	682 069	...
je 1 000 Einwohner/-innen ²	Anzahl	11,2	9,4	8,0	7,9	8,0	8,4	8,5	...
Geburtenrate (zusammengefasste Geburtenziffer)	Anzahl	1,4	1,4	1,3	1,4	1,4	...	1,4	...
Gestorbene	Anzahl	43 560	42 088	42 784	43 465	45 532	44 307	893 825	...
je 1 000 Einwohner/-innen ²	Anzahl	11,5	10,4	10,5	10,8	11,4	11,1	11,1	...
Natürlicher Saldo	Anzahl	-1 249	-4 262	-10 192	-11 891	-13 543	-10 880	-211 756	...
je 1 000 Einwohner/-innen ²	Anzahl	-0,3	-1,0	-2,5	-3,0	-3,4	-2,7	-2,6	...
Zugezogene ³	Anzahl	141 305	108 973	100 168	97 050	119 547	...	1 226 493	...
je 1 000 Einwohner/-innen ²	Anzahl	37,3	27,0	24,7	24,2	29,9	...	15,2	...
Fortgezogene ³	Anzahl	82 349	100 927	92 313	94 211	102 455	...	797 886	...
je 1 000 Einwohner/-innen ²	Anzahl	21,7	25,0	22,7	23,5	25,7	...	9,9	...
Wanderungssaldo ³	Anzahl	58 956	8 046	7 855	2 839	17 092	...	428 607	...
je 1 000 Einwohner/-innen ²	Anzahl	15,6	2,0	1,9	0,7	4,3	...	5,3	...

¹ Für Rheinland-Pfalz 2014 Bevölkerung zum 30.11. mit Ausnahme der Daten zum Migrationshintergrund; für Deutschland in der Untergliederung nach Geschlecht, Alter und Nationalität vorläufig. – ² Durchschnittliche Bevölkerung 2013. – ³ Für Rheinland-Pfalz über die Landesgrenze, Deutschland nur Auslandsbewegungen.

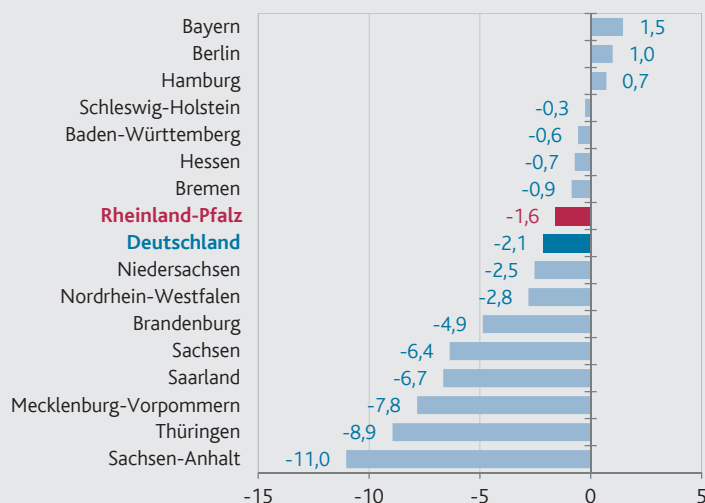
T 2 Bevölkerung 1991–2013¹ nach Bundesländern

Bundesland	1991	2000	2005	2010	2013					
	insgesamt					Veränderung zu		männlich	weiblich	Ausländer/ -innen
						2003	2012			
	1 000					%				
Baden-Württemberg	10 001,8	10 524,4	10 735,7	10 753,9	10 631,3	-0,6	0,6	49,2	50,8	11,9
Bayern	11 596,0	12 230,3	12 468,7	12 538,7	12 604,2	1,5	0,7	49,2	50,8	9,6
Berlin	3 446,0	3 382,2	3 395,2	3 460,7	3 421,8	1,0	1,4	48,8	51,2	13,4
Brandenburg	2 542,7	2 602,0	2 559,5	2 503,3	2 449,2	-4,9	-0,0	49,2	50,8	2,2
Bremen	683,7	660,2	663,5	660,7	657,4	-0,9	0,4	48,9	51,1	12,5
Hamburg	1 668,8	1 715,4	1 743,6	1 786,4	1 746,3	0,7	0,7	48,5	51,5	13,4
Hessen	5 837,3	6 068,1	6 092,4	6 067,0	6 045,4	-0,7	0,5	49,0	51,0	12,3
Mecklenburg-Vorpommern	1 891,7	1 775,7	1 707,3	1 642,3	1 596,5	-7,8	-0,2	49,3	50,7	2,2
Niedersachsen	7 475,8	7 926,2	7 993,9	7 918,3	7 790,6	-2,5	0,1	49,1	50,9	6,1
Nordrhein-Westfalen	17 509,9	18 009,9	18 058,1	17 845,2	17 571,9	-2,8	0,1	48,7	51,3	9,9
Rheinland-Pfalz	3 821,2	4 034,6	4 058,8	4 003,7	3 994,4	-1,6	0,1	49,0	51,0	7,7
Saarland	1 076,9	1 068,7	1 050,3	1 017,6	990,7	-6,7	-0,4	48,7	51,3	7,4
Sachsen	4 678,9	4 425,6	4 273,8	4 149,5	4 046,4	-6,4	-0,1	48,9	51,1	2,5
Sachsen-Anhalt	2 823,3	2 615,4	2 469,7	2 335,0	2 244,6	-11,0	-0,7	48,9	51,1	2,2
Schleswig-Holstein	2 648,5	2 789,8	2 833,0	2 834,3	2 816,0	-0,3	0,3	48,7	51,3	4,8
Thüringen	2 572,1	2 431,3	2 334,6	2 235,0	2 160,8	-8,9	-0,4	49,2	50,8	2,0
Deutschland	80 276,6	82 259,5	82 438,0	81 751,6	80 767,5	-2,1	0,3	49,0	51,0	8,7

¹ Fortschreibung auf Basis der jeweils vorangegangenen Volkszählung; 2013 in der Untergliederung nach Geschlecht und Nationalität vorläufig. Zum Berechnungsstand siehe Metadaten.

G 2 Bevölkerung 2013¹ nach Bundesländern

Veränderung zu 2003 in %



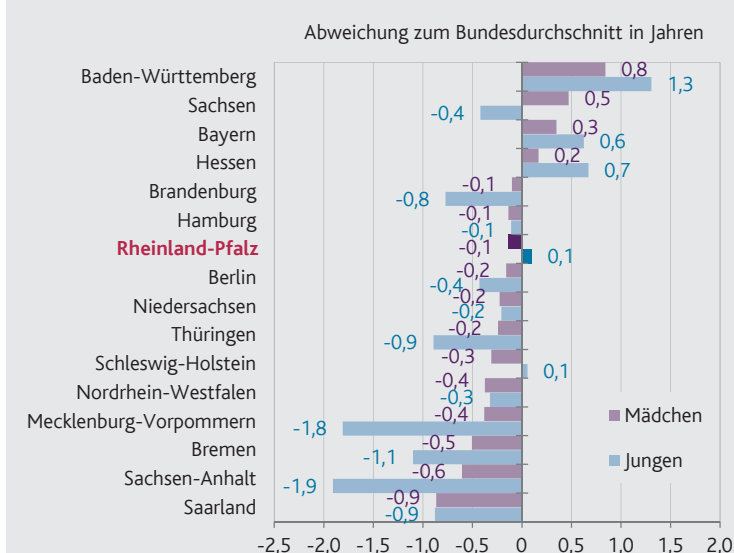
Ende 2013 lebten in Rheinland-Pfalz 3,99 Millionen und damit 64 000 Menschen weniger als zehn Jahre zuvor. Mit –1,6 Prozent fiel der Rückgang etwas geringer aus als im Bundesdurchschnitt (–2,1 Prozent). Von den Bundesländern konnten nur Bayern, Berlin und Hamburg in diesem Zeitraum einen Bevölkerungszuwachs verzeichnen. Die stärksten Verluste mussten Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern mit Rückgängen zwischen acht und elf Prozent hinnehmen.

¹ Fortschreibung auf Basis der jeweils vorangegangenen Volkszählung.

T 3 Bevölkerungsbewegung 2013 nach Bundesländern¹

Land	Lebend- geborene	Gestorbene	Natürlicher Saldo	Zugezogene über die Landesgrenze	Fortgezogene	Wanderungs- saldo	Bevölkerungs- veränderung insgesamt ²
	[1]	[2]	[3]=[1]-[2]	[4]	[5]	[6]=[4]-[5]	[7]=[3]+[6]
	je 1 000 Einwohner/-innen						
Baden-Württemberg	8,6	9,6	-1,0	31,8	25,2	6,6	5,9
Bayern	8,7	10,1	-1,4	29,2	21,4	7,8	6,7
Berlin	10,3	9,6	0,7	49,9	37,5	12,3	13,7
Brandenburg	7,5	12,1	-4,6	28,3	24,0	4,3	-0,1
Bremen	8,8	12,0	-3,3	53,8	46,9	6,9	4,0
Hamburg	10,4	9,9	0,5	55,6	48,7	6,9	6,9
Hessen	8,7	10,6	-1,9	33,9	27,7	6,2	4,8
Mecklenburg-Vorpommern	7,9	12,4	-4,5	23,6	21,9	1,8	-2,4
Niedersachsen	8,1	11,6	-3,6	29,9	25,2	4,7	1,5
Nordrhein-Westfalen	8,3	11,4	-3,1	21,8	18,1	3,7	1,0
Rheinland-Pfalz	8,0	11,4	-3,4	29,9	25,7	4,3	1,0
Saarland	6,9	12,9	-6,0	23,6	21,3	2,3	-3,6
Sachsen	8,6	13,1	-4,5	20,1	16,8	3,3	-0,9
Sachsen-Anhalt	7,5	13,9	-6,5	19,6	19,9	-0,4	-6,6
Schleswig-Holstein	7,8	11,6	-3,9	31,3	24,9	6,4	3,4
Thüringen	8,0	12,7	-4,7	20,1	20,1	0,1	-4,4
Deutschland	8,5	11,1	-2,6	28,9	23,6	5,3	3,0

1 Einschließlich gemeldeter Bevölkerungsbewegungen vor dem Zensusstichtag 09.05.2011. – 2 Unter Berücksichtigung sonstiger Veränderungen.

G 3 Lebenserwartung¹ 2010–2012 nach Geschlecht und Bundesländern

Die durchschnittliche Lebenserwartung gibt die Lebensjahre an, die eine Person in einem bestimmten Alter nach den im Beobachtungszeitraum geltenden Sterblichkeitsverhältnissen voraussichtlich noch leben wird. Derzeit liegt die Lebenserwartung eines neu geborenen Mädchens hierzulande bei 82,7 Jahren. Ein im gleichen Zeitraum geborener Junge erreicht statistisch ein Alter von 77,8 Jahren. Damit liegt die Lebenserwartung der rheinland-pfälzischen Jungen minimal über und die der Mädchen minimal unter dem Bundesdurchschnitt.

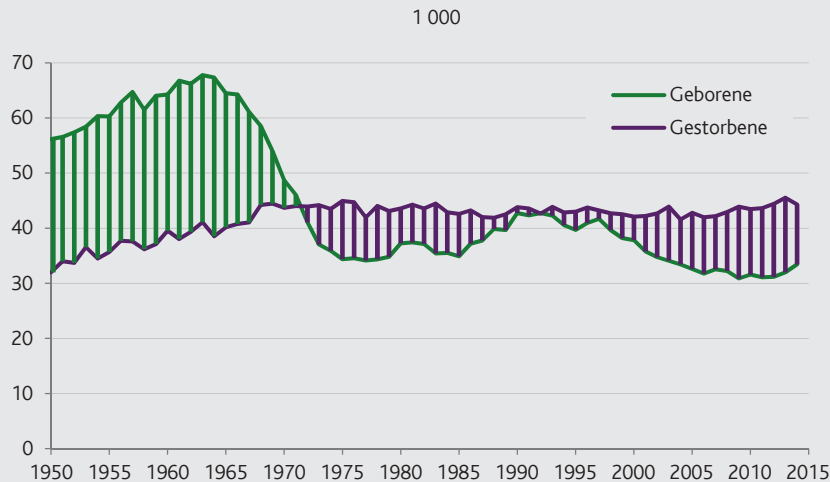
1 Lebenserwartung im Durchschnitt des angegebenen Zeitraums.

T 4 Bevölkerung 1950–2014¹ nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Altersgruppen

Merkmal	1950		1970		1990		2013		2014		
	ins- gesamt	Anteil	ins- gesamt	Anteil	ins- gesamt	Anteil	ins- gesamt	Anteil	ins- gesamt	Veränderung zu 2013	Anteil
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Bevölkerung	3 004 752	100	3 658 932	100	3 763 510	100	3 994 366	100	4 010 994	0,4	100
männlich	1 400 896	46,6	1 746 339	47,7	1 825 328	48,5	1 958 936	49,0	1 970 178	0,6	49,1
weiblich	1 603 856	53,4	1 912 593	52,3	1 938 182	51,5	2 035 430	51,0	2 040 816	0,3	50,9
Deutsche	x	x	3 566 418	97,5	3 544 556	94,2	3 688 506	92,3	3 681 155	-0,2	91,8
Ausländer/-innen	x	x	92 514	2,5	218 954	5,8	305 860	7,7	329 839	7,8	8,2
unter 3 Jahre	145 711	4,8	156 205	4,3	126 775	3,4	95 903	2,4	95 220	-0,7	2,4
3 – 6 Jahre	104 357	3,5	183 661	5,0	119 836	3,2	97 884	2,5	98 583	0,7	2,5
6 – 15 Jahre	457 164	15,2	555 724	15,2	343 111	9,1	322 931	8,1	320 152	-0,9	8,0
15 – 20 Jahre	230 867	7,7	270 008	7,4	201 767	5,4	213 929	5,4	213 356	-0,3	5,3
20 – 25 Jahre	235 394	7,8	225 810	6,2	293 873	7,8	239 460	6,0	237 469	-0,8	5,9
25 – 30 Jahre	226 104	7,5	210 023	5,7	322 865	8,6	235 067	5,9	240 692	2,4	6,0
30 – 35 Jahre	149 880	5,0	282 707	7,7	296 305	7,9	229 991	5,8	232 435	1,1	5,8
35 – 40 Jahre	218 902	7,3	234 228	6,4	271 414	7,2	217 037	5,4	220 206	1,5	5,5
40 – 45 Jahre	239 334	8,0	240 915	6,6	238 091	6,3	265 066	6,6	248 813	-6,1	6,2
45 – 50 Jahre	232 456	7,7	232 589	6,4	220 053	5,8	345 264	8,6	335 228	-2,9	8,4
50 – 55 Jahre	195 698	6,5	157 487	4,3	283 678	7,5	346 148	8,7	352 263	1,8	8,8
55 – 60 Jahre	155 576	5,2	210 746	5,8	225 892	6,0	296 056	7,4	305 002	3,0	7,6
60 – 65 Jahre	131 706	4,4	218 737	6,0	222 572	5,9	266 257	6,7	269 761	1,3	6,7
65 – 70 Jahre	111 762	3,7	193 180	5,3	201 476	5,4	187 077	4,7	198 658	6,2	5,0
70 – 75 Jahre	89 102	3,0	137 971	3,8	121 108	3,2	218 835	5,5	205 712	-6,0	5,1
75 – 80 Jahre	51 715	1,7	84 443	2,3	129 144	3,4	192 991	4,8	202 684	5,0	5,1
80 – 85 Jahre	21 943	0,7	43 137	1,2	90 608	2,4	117 236	2,9	121 846	3,9	3,0
85 Jahre und älter	7 081	0,2	21 361	0,6	54 942	1,5	107 234	2,7	112 914	5,3	2,8
unter 20 Jahre	938 099	31,2	1 165 598	31,9	791 489	21,0	730 647	18,3	727 311	-0,5	18,1
20 – 65 Jahre	1 785 050	59,4	2 013 242	55,0	2 374 743	63,1	2 440 346	61,1	2 441 869	0,1	60,9
65 Jahre und älter	281 603	9,4	480 092	13,1	597 278	15,9	823 373	20,6	841 814	2,2	21,0
Jugendquotient	52,6	x	57,9	x	33,3	x	29,9	x	29,8	-0,4	x
Altenquotient	15,8	x	23,8	x	25,2	x	33,7	x	34,5	2,3	x
Durchschnittsalter	32	x	33	x	37	x	45	x	46	2,2	x
Bevölkerungsdichte	151	x	184	x	190	x	201	x	202	0,5	x

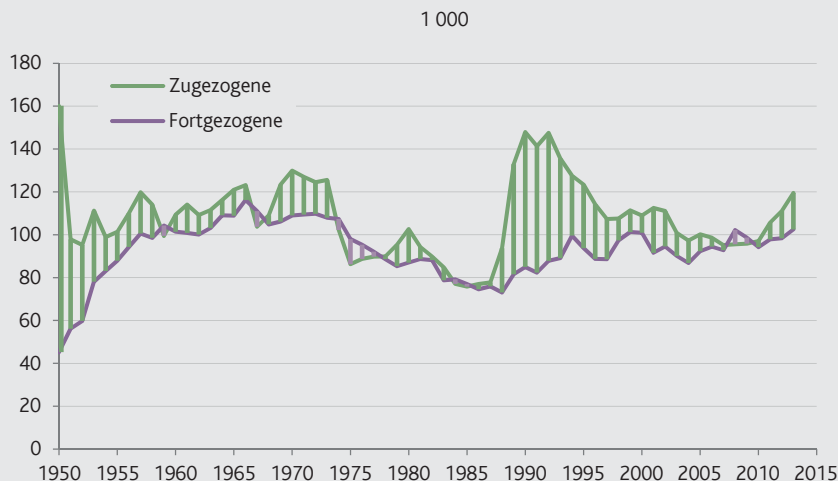
¹ Fortschreibung auf Basis der jeweils vorangegangenen Volkszählung, 2014 Ergebnisse zum 30.11.

G 4 Geborene und Gestorbene 1950–2014



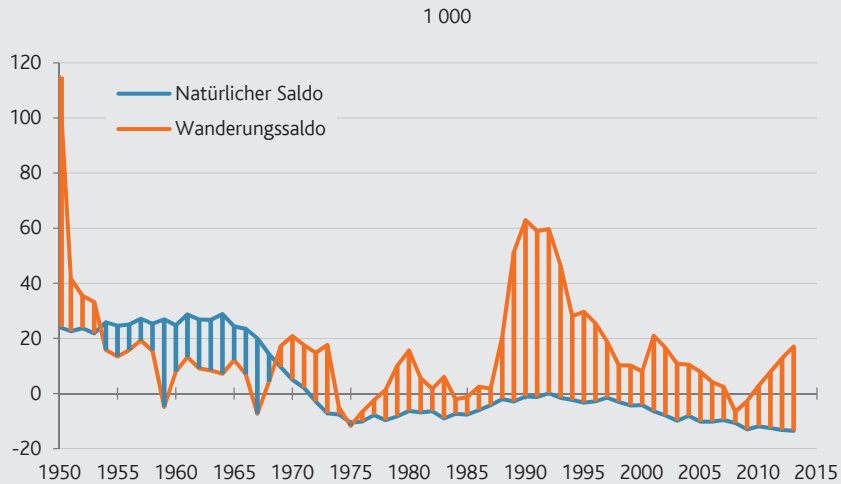
Im Jahr 2014 wurden in Rheinland-Pfalz 33 400 Kinder geboren, 44 300 Menschen starben. Bereits seit den frühen 70er-Jahren ist die Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung negativ, d.h. seitdem sterben mehr Menschen als Kinder geboren werden. Neben der zunehmenden Zahl Älterer ist hierfür das seit Längerem veränderte Geburtenverhalten ausschlaggebend. In den 50er- und 60er-Jahren waren die Geburtenzahlen noch doppelt so hoch wie heute.

G 5 Zugezogene und Fortgezogene über die Landesgrenze 1950–2013

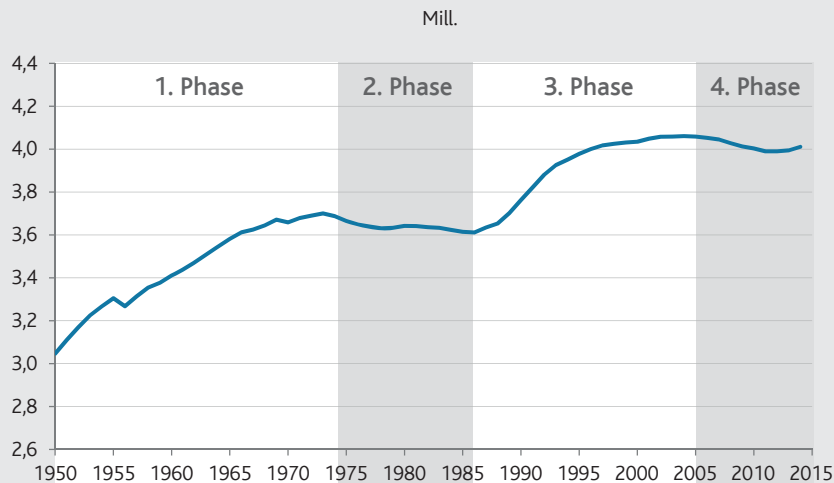


Seit Bestehen des Landes Rheinland-Pfalz sind mehr Menschen zugezogen als fortgezogen. Im Jahr 2013 sind mit 119 500 Zuzügen über die Landesgrenzen so viele Menschen zugewandert wie seit Mitte der 90er-Jahre nicht mehr. Die Zahl der Fortzüge lag bei 102 500 und unterschritt die Zuzüge damit um 17 100. Der Wanderungssaldo wies daher ein deutlich größeres Plus auf als in den Jahren zuvor.

G 6 Salden der Bevölkerungsbewegung 1950–2013



Seit 1972 ist der jährliche Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung negativ. Weit stärker als die Geburten und Sterbefälle prägen jedoch die Zuzüge und Fortzüge die Entwicklung der Bevölkerungszahl. Im letzten Jahr konnten die Wanderungsgewinne den negativen Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung nicht nur ausgleichen, sondern führten sogar wieder zu einem leichten Bevölkerungswachstum.

G 7 Bevölkerung 1950–2014¹

Die erste Phase der demografischen Entwicklung wurde durch Geburten- und Wanderungsüberschüsse geprägt. In der zweiten Phase setzte ein Bevölkerungsrückgang ein, da die Wanderungsüberschüsse nur gering bzw. negativ ausfielen und es gleichzeitig zu hohen Geburtendefiziten kam. Hohe Wanderungsgewinne und ein daraus resultierendes Bevölkerungswachstum kennzeichneten die dritte Phase. Mit Beginn der vierten Phase verringerten sich die Wanderungsüberschüsse und die Geburtendefizite stiegen. In der Folge stagnierte bzw. sank die Bevölkerungszahl. Seit 2012 nimmt sie wieder zu.

¹ Fortschreibung auf Basis der jeweils vorangegangenen Volkszählungen, 2014: Bevölkerung zum 30.11.2014.

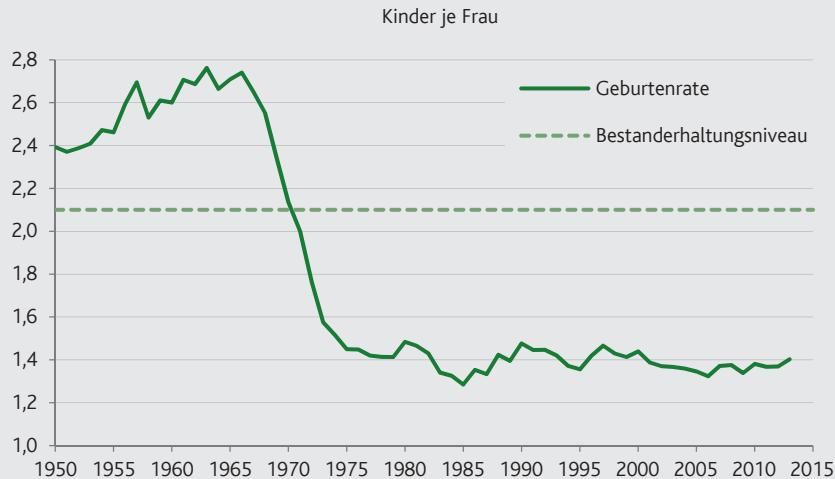
T 5

Bevölkerungsbewegung 1950–2014¹

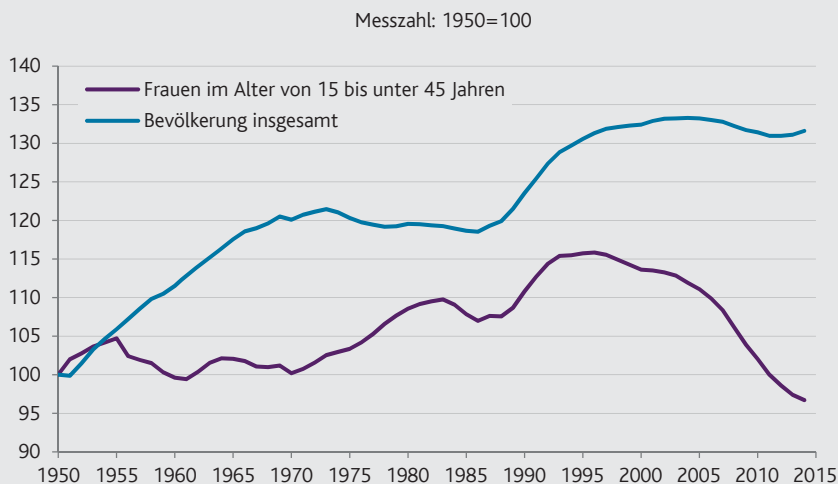
Jahr	Lebend- geborene	Gestorbene	Natürlicher Saldo	Zugezogene über die Landesgrenze	Fortgezogene	Wanderungs- saldo	Bevölkerungsveränderung insgesamt ²
	[1]	[2]	[3]=[1]-[2]	[4]	[5]	[6]=[4]-[5]	[7]=[3]+[6]
	Anzahl						
1950	56 147	31 958	24 189	160 144	45 219	114 925	139 114
1970	48 706	43 694	5 012	129 860	109 011	20 849	25 861
1990	42 732	43 811	-1 079	147 870	84 942	62 928	61 849
2000	37 826	42 088	-4 262	108 973	100 927	8 046	3 784
2004	33 421	41 563	-8 142	97 285	86 840	10 445	2 423
2005	32 592	42 784	-10 192	100 168	92 313	7 855	-2 262
2006	31 755	41 973	-10 218	98 637	94 454	4 183	-5 983
2007	32 536	42 165	-9 629	95 169	92 803	2 366	-7 217
2008	32 223	42 932	-10 709	95 561	102 206	-6 645	-17 292
2009	30 881	43 903	-13 022	95 871	98 684	-2 813	-15 676
2010	31 574	43 465	-11 891	97 050	94 211	2 839	-8 930
2011	31 081	43 645	-12 564	105 680	97 833	7 847	-4 628
2012	31 169	44 404	-13 235	111 147	98 364	12 783	245
2013	31 989	45 532	-13 543	119 547	102 455	17 092	4 088
2014	33 427	44 307	-10 880
je 1 000 Einwohner/-innen ³							
1950	18,9	10,8	8,1	53,9	15,2	38,7	46,7
1970	13,4	12,0	1,4	35,6	29,9	5,7	7,1
1990	11,4	11,7	-0,3	39,6	22,7	16,9	16,6
2000	9,4	10,4	-1,0	27,0	25,0	2,0	0,9
2004	8,2	10,2	-2,0	24,0	21,4	2,6	0,6
2005	8,0	10,5	-2,5	24,7	22,7	1,9	-0,6
2006	7,8	10,4	-2,5	24,3	23,3	1,0	-1,5
2007	8,0	10,4	-2,4	23,5	22,9	0,6	-1,8
2008	8,0	10,6	-2,7	23,7	25,3	-1,6	-4,3
2009	7,7	10,9	-3,2	23,9	24,6	-0,7	-3,9
2010	7,9	10,8	-3,0	24,2	23,5	0,7	-2,2
2011	7,8	10,9	-3,1	26,5	24,5	2,0	-1,2
2012	7,8	11,1	-3,3	27,9	24,7	3,2	0,1
2013	8,0	11,4	-3,4	29,9	25,7	4,3	1,0
2014	8,4	11,1	-2,7

¹ Einschließlich gemeldeter Bevölkerungsbewegungen vor dem Zensusstichtag 09.05.2011. – ² Unter Berücksichtigung sonstiger Veränderungen. –

³ Fortschreibung auf Basis der jeweils vorangegangenen Volkszählung.

G 8 Geburtenrate¹ 1950–2013

¹ Zusammengefasste Geburtenziffer der 15- bis unter 45-jährigen Frauen. Zur Fortschreibung siehe Metadaten und allgemeine Hinweise.

G 9 Frauen im gebärfähigen Alter und Bevölkerung insgesamt 1950–2014¹

¹ Zur Fortschreibung siehe Metadaten und allgemeine Hinweise, 2014: Bevölkerung zum 30.11.2014.

T 6 Geborene 1950–2014

Jahr	Lebendgeborene						Totgeborene	
	insgesamt	Mädchen	Jungen	Jungen auf 1 000 lebendgeborene Mädchen	Eltern nicht miteinander verheiratet		Anzahl	je 1 000 Geborene
	Anzahl	%	Anzahl		je 1 000 Lebendgeborene			
1950	56 147	48,1	51,9	1 077	4 242	75,6	1 146	20,0
1970	48 706	48,4	51,6	1 065	2 331	47,9	514	10,4
1990	42 732	48,6	51,4	1 057	3 705	86,7	139	3,2
2000	37 826	49,0	51,0	1 043	6 442	170,3	154	4,1
2004	33 421	48,1	51,9	1 079	6 867	205,5	149	4,4
2005	32 592	48,7	51,3	1 053	7 327	224,8	107	3,3
2006	31 755	48,3	51,7	1 069	7 337	231,1	121	3,8
2007	32 536	48,4	51,6	1 068	7 781	239,2	104	3,2
2008	32 223	48,7	51,3	1 053	8 161	253,3	107	3,3
2009	30 881	48,6	51,4	1 057	8 125	263,1	129	4,2
2010	31 574	48,7	51,3	1 052	8 387	265,6	115	3,6
2011	31 081	48,8	51,2	1 050	8 414	270,7	95	3,0
2012	31 169	48,6	51,4	1 056	8 623	276,7	115	3,7
2013	31 989	48,8	51,2	1 048	9 088	284,1	106	3,3
2014	33 427	48,8	51,2	1 049	9 555	285,8	140	4,2

T 7 Gestorbene 1950–2014

Jahr	Ingesamt	Mädchen	Jungen	Im 1. Lebensjahr		In den ersten 7 Lebenstagen	
	Anzahl	%		Anzahl	je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	je 1 000 Lebendgeborene
1950	31 958	49,5	50,5	2 950	52,8	1 482	26,4
1970	43 694	49,2	50,8	1 241	25,2	902	18,5
1990	43 811	53,5	46,5	345	8,2	133	3,1
2000	42 088	53,3	46,7	192	5,1	90	2,4
2004	41 563	53,3	46,7	139	4,1	68	2,0
2005	42 784	53,2	46,8	124	3,8	50	1,5
2006	41 973	53,0	47,0	138	4,3	66	2,1
2007	42 165	52,6	47,4	150	4,6	72	2,2
2008	42 932	52,6	47,4	99	3,1	54	1,7
2009	43 903	53,0	47,0	124	4,0	69	2,2
2010	43 465	52,1	47,9	97	3,1	44	1,4
2011	43 645	52,2	47,8	107	3,4	52	1,7
2012	44 404	52,3	47,7	130	4,2	67	2,1
2013	45 532	51,8	48,2	99	3,1	49	1,5
2014	44 307	51,5	48,5	100	3,0	58	1,7

T 8 Lebendgeborene je 1 000 Frauen¹ 1950–2014² nach Alter der Mutter

Alter in Jahren	1950	1970	1990	2000	2013	2014
15	-	1,2	1,2	0,9	1,1	...
16	1,9	6,2	3,7	3,2	3,2	...
17	9,0	28,2	7,9	7,4	5,8	...
18	26,3	60,7	16,8	14,3	11,1	...
19	50,6	98,3	28,2	26,4	19,0	...
20	73,0	123,5	41,8	37,0	22,2	...
21	97,2	137,4	47,1	46,9	31,9	...
22	113,6	147,5	55,9	57,8	34,9	...
23	126,4	147,0	70,4	66,2	43,0	...
24	144,3	146,5	88,2	74,3	51,7	...
25	149,8	137,1	105,4	83,5	60,5	...
26	152,0	134,0	112,4	88,1	73,1	...
27	149,0	121,5	118,9	97,3	81,5	...
28	149,1	112,5	121,8	98,7	90,8	...
29	142,1	103,3	115,9	101,3	99,5	...
30	137,0	90,6	103,1	101,1	105,7	...
31	125,2	83,8	91,6	92,6	105,5	...
32	110,6	75,8	77,6	84,6	97,7	...
33	100,5	65,6	66,1	80,5	92,7	...
34	93,9	58,0	51,0	71,4	84,0	...
35	84,1	52,4	42,2	54,9	74,2	...
36	73,8	44,6	33,8	43,5	62,4	...
37	67,1	39,4	24,1	34,3	49,9	...
38	55,0	34,1	18,3	26,1	36,1	...
39	46,3	26,6	12,4	18,3	28,4	...
40	39,7	21,4	8,1	12,1	19,8	...
41	30,1	15,5	5,7	8,0	11,7	...
42	21,5	12,0	3,7	5,0	6,4	...
43	15,3	6,9	2,3	2,7	4,3	...
44	9,0	4,1	1,1	1,3	1,8	...

Zusammengefasste Geburtenziffer	2 393,4	2 135,7	1 476,7	1 439,7	1 410,0	...
------------------------------------	---------	---------	---------	---------	---------	-----

¹ Frauen des gleichen Alters der durchschnittlichen Jahresbevölkerung. – ² Fortschreibung auf Basis der jeweils vorausgegangenen Volkszählung. Zum Berechnungsstand siehe Metadaten.

T 9 Gestorbene 1990–2014 nach Altersgruppen und Geschlecht

Alter in Jahren	1990	2000	2013	2014	1990	2000	2013	2014
	Anzahl				je 1 000 Einwohner/-innen der jeweiligen Altersgruppe ¹			
Männlich								
Unter 1	196	116	59	58	9,2	5,9	3,6	3,6
1 – 10	51	42	16	19	0,3	0,2	0,1	0,1
10 – 20	99	78	30	51	0,5	0,3	0,1	0,2
20 – 25	160	96	53	50	1,0	0,9	0,4	0,4
25 – 30	161	108	54	68	1,0	0,9	0,5	0,6
30 – 35	201	161	81	76	1,4	1,0	0,7	0,7
35 – 40	222	217	101	109	1,6	1,2	0,9	1,0
40 – 45	270	358	190	162	2,3	2,2	1,4	1,2
45 – 50	541	511	434	408	4,5	3,5	2,5	2,3
50 – 55	1 034	688	725	699	7,3	5,8	4,2	4,1
55 – 60	1 306	1 109	1 103	1 078	11,7	9,6	7,6	7,4
60 – 65	2 057	1 967	1 550	1 519	19,6	14,7	11,9	11,7
65 – 70	2 251	2 317	1 611	1 566	28,8	23,7	17,9	17,4
70 – 75	1 899	3 099	2 944	2 695	45,0	37,8	28,0	25,7
75 – 80	3 381	3 081	3 635	3 794	76,1	60,0	43,8	45,7
80 – 85	3 442	2 124	3 998	3 815	127,6	99,0	85,0	81,1
85 – 90	2 230	2 300	3 438	3 420	204,9	161,9	148,9	148,1
90 und älter	883	1 288	1 928	1 914	305,3	207,5	270,0	268,0
Zusammen	20 384	19 660	21 950	21 501	11,3	9,9	11,2	11,0
Weiblich								
Unter 1	149	76	40	42	7,4	4,1	2,6	2,7
1 – 10	39	27	16	16	0,2	0,1	0,1	0,1
10 – 20	41	32	26	27	0,2	0,1	0,1	0,1
20 – 25	44	30	18	17	0,3	0,3	0,2	0,1
25 – 30	67	53	24	24	0,4	0,5	0,2	0,2
30 – 35	83	83	46	45	0,6	0,5	0,4	0,4
35 – 40	143	116	49	55	1,1	0,7	0,4	0,5
40 – 45	140	190	137	126	1,3	1,2	1,0	0,9
45 – 50	264	310	266	220	2,3	2,2	1,5	1,3
50 – 55	445	318	462	432	3,2	2,8	2,7	2,5
55 – 60	548	544	663	614	4,9	4,7	4,5	4,2
60 – 65	1 030	930	843	895	8,8	6,8	6,4	6,7
65 – 70	1 792	1 196	947	924	14,6	11,2	9,9	9,7
70 – 75	1 794	2 083	1 734	1 631	24,5	19,7	14,5	13,7
75 – 80	4 084	3 525	2 730	2 819	46,6	35,7	26,4	27,2
80 – 85	5 485	3 305	4 113	3 779	87,3	67,4	57,7	53,0
85 – 90	4 614	5 197	5 663	5 370	155,8	127,1	113,0	107,2
90 und älter	2 665	4 413	5 805	5 770	261,5	219,0	230,0	228,7
Zusammen	23 427	22 428	23 582	22 806	12,2	10,9	11,6	11,2

¹ Fortschreibung auf Basis der jeweils vorausgegangenen Volkszählung; 2014 durchschnittliche Bevölkerung des Jahres 2013. Zum Berechnungsstand siehe Metadaten.

T 10 Periodensterbetafel 2010–2012¹ nach Geschlecht

Alter in Jahren	Lebenserwartung		Alter in Jahren	Lebenserwartung		Alter in Jahren	Lebenserwartung	
	männlich	weiblich		männlich	weiblich		männlich	weiblich
0	77,82	82,66	35	43,85	48,35	70	13,78	16,52
1	77,12	81,94	36	42,88	47,37	71	13,08	15,72
2	76,14	80,95	37	41,92	46,39	72	12,39	14,93
3	75,15	79,97	38	40,96	45,42	73	11,72	14,15
4	74,16	78,98	39	40,00	44,44	74	11,06	13,37
5	73,17	77,99	40	39,04	43,47	75	10,42	12,61
6	72,18	76,99	41	38,08	42,50	76	9,81	11,87
7	71,19	76,00	42	37,13	41,53	77	9,22	11,14
8	70,20	75,01	43	36,18	40,57	78	8,66	10,44
9	69,21	74,01	44	35,24	39,60	79	8,11	9,75
10	68,21	73,02	45	34,30	38,64	80	7,59	9,09
11	67,22	72,02	46	33,37	37,69	81	7,08	8,46
12	66,23	71,03	47	32,44	36,74	82	6,60	7,85
13	65,24	70,04	48	31,53	35,79	83	6,13	7,28
14	64,24	69,04	49	30,62	34,85	84	5,69	6,74
15	63,25	68,05	50	29,72	33,92	85	5,27	6,23
16	62,27	67,06	51	28,83	32,99	86	4,88	5,76
17	61,29	66,07	52	27,95	32,07	87	4,52	5,32
18	60,31	65,08	53	27,07	31,15	88	4,19	4,91
19	59,33	64,10	54	26,20	30,24	89	3,88	4,53
20	58,36	63,11	55	25,34	29,34	90	3,61	4,18
21	57,39	62,12	56	24,49	28,44	91	3,36	3,87
22	56,43	61,14	57	23,65	27,55	92	3,13	3,58
23	55,46	60,15	58	22,82	26,67	93	2,92	3,32
24	54,49	59,17	59	22,00	25,79	94	2,73	3,08
25	53,53	58,18	60	21,19	24,92	95	2,57	2,86
26	52,56	57,20	61	20,40	24,05	96	2,41	2,66
27	51,59	56,21	62	19,62	23,19	97	2,26	2,48
28	50,62	55,23	63	18,85	22,34	98	2,14	2,31
29	49,65	54,24	64	18,10	21,49	99	2,02	2,17
30	48,68	53,26	65	17,36	20,65	100	1,91	2,04
31	47,72	52,27	66	16,63	19,81			
32	46,75	51,29	67	15,91	18,98			
33	45,78	50,31	68	15,20	18,15			
34	44,81	49,33	69	14,48	17,33			

¹ Lebenserwartung im Durchschnitt des angegebenen Zeitraumes.

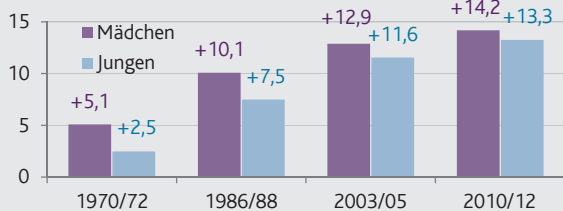
T 11 Lebenserwartung 1960–2012¹ nach Alter und Geschlecht

Alter in Jahren	Männlich				Weiblich			
	1960–1962	1970–1972	1986–1988	2010–2012	1960–1962	1970–1972	1986–1988	2010–2012
0	66,84	67,04	72,04	77,82	72,34	73,57	78,56	82,66
10	59,86	59,41	62,94	68,21	64,87	65,46	69,33	73,02
20	50,31	49,99	53,25	58,36	55,11	55,72	59,47	63,11
30	41,11	40,82	43,77	48,68	45,48	46,06	49,70	53,26
40	31,87	31,62	34,32	39,04	36,03	36,51	40,05	43,47
50	23,06	22,94	25,37	29,72	26,94	27,42	30,71	33,92
60	15,45	15,26	17,46	21,19	18,42	18,89	21,85	24,92
70	9,55	9,35	10,74	13,78	11,05	11,41	13,78	16,52
80	5,19	5,33	5,90	7,59	5,77	6,01	7,44	9,09
90	2,69	2,87	3,25	3,61	3,03	3,05	3,77	4,18
100	.	1,58	2,04	1,91	.	2,10	2,17	2,04

¹ Lebenserwartung im Durchschnitt der angegebenen Zeiträume, allgemeine Sterbetafeln. Ermittelt auf Grundlage der jeweils vorangegangenen Volkszählung.

G 10 Lebenserwartung bei der Geburt 1949/51–2010/12¹ nach Geschlecht

Veränderung gegenüber dem Bundeswert 1949/51 in Jahren



Die durchschnittliche Lebenserwartung ist erheblich gestiegen. Sie lag Anfang der 50er-Jahre für ein neugeborenes Mädchen bei 68,5 Jahren, für einen Jungen bei 64,6 Jahren. Für Mädchen und Jungen der Geburtenjahrgänge 2010 bis 2012 liegt die Lebenserwartung statistisch bei 82,7 bzw. 77,8 Jahren.

¹ Ermittelt auf der Grundlage der jeweils vorangegangenen Volkszählung.

T 12 Wanderungen innerhalb des Landes und über die Landesgrenze 1950–2014

Jahr	Wanderungen innerhalb des Landes	Wanderungen über die Landesgrenze			Wanderungen innerhalb des Landes	Wanderungen über die Landesgrenze		
		Zugezogene	Fortgezogene	Saldo		Zugezogene	Fortgezogene	Saldo
	Anzahl				je 1 000 Einwohner/-innen ¹			
1950	104 637	160 144	45 219	114 925	35,2	53,9	15,2	38,7
1960	114 880	109 356	101 410	7 946	33,9	32,2	29,9	2,3
1970	122 942	129 860	109 011	20 849	33,7	35,6	29,9	5,7
1980	134 106	102 613	87 003	15 610	36,9	28,2	23,9	4,3
1990	130 061	147 870	84 942	62 928	34,8	39,6	22,7	16,9
2000	161 956	108 973	100 927	8 046	40,2	27,0	25,0	2,0
2010	150 913	97 050	94 211	2 839	37,7	24,2	23,5	0,7
2013	163 108	119 547	102 455	17 092	40,9	29,9	25,7	4,3
2014

¹ Fortschreibung auf Basis der jeweils vorangegangenen Volkszählung. Zur Abgrenzung und zum Berechnungsstand siehe Metadaten.

T 13 Wanderungen über die Landesgrenze 2003–2013 nach Herkunfts- und Zielgebieten

Herkunfts- bzw. Zielgebiet	2003–2013			2012			2013		
	Zugezogene	Fortgezogene	Saldo	Zugezogene	Fortgezogene	Saldo	Zugezogene	Fortgezogene	Saldo
Deutschland	725 774	715 938	9 836	66 280	69 202	-2 922	67 891	70 891	-3 000
Ausland ¹	391 210	334 289	56 921	44 867	29 162	15 705	51 656	31 564	20 092
Europa	286 730	231 443	55 287	35 417	22 487	12 930	40 099	24 726	15 373
EU-Staaten	238 969	187 135	51 834	29 847	17 641	12 206	34 087	19 899	14 188
Bulgarien	14 370	8 088	6 282	2 713	1 485	1 228	2 960	1 507	1 453
Frankreich	10 668	11 627	- 959	965	893	72	1 025	885	140
Italien	13 322	13 684	- 362	2 020	1 147	873	2 566	1 317	1 249
Luxemburg	13 507	8 555	4 952	1 242	946	296	1 428	1 010	418
Polen	79 719	56 676	23 043	8 634	4 855	3 779	9 074	5 190	3 884
Rumänien	22 545	13 200	9 345	4 168	2 127	2 041	4 910	2 613	2 297
Spanien	9 393	7 855	1 538	1 306	706	600	1 669	740	929
Ungarn	21 280	16 988	4 292	2 629	1 481	1 148	3 098	1 936	1 162
Russische Föderation	8 372	5 585	2 787	661	384	277	1 052	435	617
Schweiz	4 484	9 504	-5 020	548	930	-382	532	943	-411
Serbien	3 826	3 284	542	847	769	78	1 072	724	348
Türkei	13 287	13 310	-23	1 018	1 248	-230	897	1 296	-399
übriges Europa	17 792	12 625	5 167	2 496	1 515	981	2 459	1 429	1 030
außereuropäisches Ausland	88 634	76 070	12 564	9 450	6 675	2 775	11 555	6 835	4 720
Afrika	13 399	8 881	4 518	1 248	660	588	2 223	718	1 505
Amerika	32 310	36 068	-3 758	3 059	3 213	-154	3 315	3 156	159
Kanada	2 062	3 875	-1 813	209	271	-62	233	204	29
Vereinigte Staaten	19 913	24 103	-4 190	1 939	2 143	-204	2 031	2 136	-105
Asien	40 779	28 378	12 401	4 888	2 539	2 349	5 797	2 679	3 118
China	5 937	5 724	213	644	447	197	692	497	195
Australien und Ozeanien	2 146	2 743	-597	255	263	-8	220	282	-62

Insgesamt	1 116 984	1 050 227	66 757	111 147	98 364	12 783	119 547	102 455	17 092
-----------	-----------	-----------	--------	---------	--------	--------	---------	---------	--------

¹ Einschließlich Gebietszuordnung unbekannt, ungeklärt und ohne Angabe.

T 14 Bevölkerung, Bevölkerungsdichte, Jugend- und Altenquotient¹ 2004–2014² nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	2004	2005	2013	2014						
	Bevölkerung insgesamt				Veränderung zu		Anteil am Land	Bevölkerungs- dichte	Jugend- quotient	Alten- quotient
	Anzahl				2004	2013				
					%			je km ²		
Frankenthal (Pfalz), St.	47 516	47 225	47 332	47 661	0,3	0,7	1,2	1 089,2	30,5	38,0
Kaiserslautern, St.	99 182	98 372	97 162	97 452	-1,7	0,3	2,4	697,4	25,9	31,8
Koblenz, St.	107 039	106 501	110 643	111 358	4,0	0,6	2,8	1 059,2	26,1	35,0
Landau i. d. Pfalz, St.	41 821	42 028	43 825	44 430	6,2	1,4	1,1	535,5	27,2	30,2
Ludwigshafen a. Rh., St.	163 383	163 343	161 518	163 583	0,1	1,3	4,1	2 109,4	31,7	32,0
Mainz, St.	186 061	194 372	204 268	206 881	11,2	1,3	5,2	2 116,6	24,8	27,0
Neustadt a. d. Weinstr., St.	53 894	53 628	52 400	52 551	-2,5	0,3	1,3	448,8	29,6	39,9
Pirmasens, St.	43 637	43 137	40 101	40 061	-8,2	-0,1	1,0	652,8	28,5	44,0
Speyer, St.	50 347	50 501	49 740	49 877	-0,9	0,3	1,2	1 170,9	30,5	35,8
Trier, St.	100 163	99 843	107 233	108 387	8,2	1,1	2,7	925,4	24,2	26,8
Worms, St.	81 250	81 545	80 296	81 036	-0,3	0,9	2,0	745,3	30,9	32,8
Zweibrücken, St.	35 499	35 219	34 084	34 009	-4,2	-0,2	0,8	481,5	29,0	37,6
Ahrweiler	130 976	130 467	126 102	126 605	-3,3	0,4	3,2	160,9	30,1	40,7
Altenkirchen (Ww.)	136 892	136 425	128 373	128 230	-6,3	-0,1	3,2	199,7	31,5	35,6
Alzey-Worms	126 814	126 328	125 213	126 044	-0,6	0,7	3,1	214,3	31,1	29,9
Bad Dürkheim	135 061	135 116	131 041	131 600	-2,6	0,4	3,3	221,3	29,6	38,7
Bad Kreuznach	158 746	158 319	155 297	155 912	-1,8	0,4	3,9	180,5	30,5	37,1
Bernkastel-Wittlich	113 269	112 849	110 643	110 970	-2,0	0,3	2,8	95,0	29,9	36,0
Birkenfeld	88 755	87 783	80 673	80 586	-9,2	-0,1	2,0	103,8	28,7	39,7
Cochem-Zell	64 800	65 732	63 202	62 070	-4,2	-1,8	1,5	89,6	30,1	39,4
Donnersbergkreis	79 317	78 825	75 192	74 954	-5,5	-0,3	1,9	116,1	31,4	33,0
Eifelkreis Bitburg-Prüm	95 762	95 982	96 158	96 352	0,6	0,2	2,4	59,2	31,3	32,9
Germersheim	125 348	125 268	125 434	126 266	0,7	0,7	3,1	272,5	30,6	30,0
Kaiserslautern	109 637	109 202	104 117	104 268	-4,9	0,1	2,6	162,9	31,2	34,2
Kusel	77 184	76 541	71 098	70 883	-8,2	-0,3	1,8	123,6	28,4	36,9
Mainz-Bingen	200 112	200 486	203 338	204 436	2,2	0,5	5,1	337,5	31,6	31,9
Mayen-Koblenz	213 963	213 667	209 785	210 465	-1,6	0,3	5,2	257,5	30,2	34,6
Neuwied	186 046	185 259	179 454	179 403	-3,6	-0,0	4,5	286,2	32,3	36,6
Rhein-Hunsrück-Kreis	107 343	105 705	100 770	102 070	-4,9	1,3	2,5	103,0	30,4	35,8
Rhein-Lahn-Kreis	129 022	128 095	121 375	121 395	-5,9	0,0	3,0	155,2	29,8	38,1
Rhein-Pfalz-Kreis	148 718	148 902	149 068	150 061	0,9	0,7	3,7	492,1	30,2	36,8
Südliche Weinstraße	110 938	110 639	109 026	109 681	-1,1	0,6	2,7	171,4	29,8	36,0
Südwestpfalz	104 018	103 309	96 599	96 398	-7,3	-0,2	2,4	101,1	27,4	39,3
Trier-Saarburg	140 733	141 043	144 337	145 129	3,1	0,5	3,6	131,8	31,3	32,0
Vulkaneifel	63 934	63 646	60 765	60 770	-4,9	0,0	1,5	66,7	31,0	39,9
Westerwaldkreis	203 925	203 541	198 704	199 160	-2,3	0,2	5,0	201,4	31,6	33,4
Rheinland-Pfalz	4 061 105	4 058 843	3 994 366	4 010 994	-1,2	0,4	100	202,0	29,8	34,5
kreisfreie Städte	1 009 792	1 015 714	1 028 602	1 037 286	2,7	0,8	25,9	974,5	27,6	32,1
Landkreise	3 051 313	3 043 129	2 965 764	2 973 708	-2,5	0,3	74,1	158,3	30,6	35,3

¹ Zur Abgrenzung siehe Metadaten. – ² Fortschreibung auf Basis der jeweils vorangegangenen Volkszählung, 2014 Bevölkerung zum 30.11. Zum Berechnungsstand siehe Metadaten.

K 1 Bevölkerungsdichte 2014¹ nach Verwaltungsbezirken

2

Ende 2014 lebten in Rheinland-Pfalz auf einer Fläche von insgesamt 1 985 Quadratkilometern gut vier Millionen Menschen. Daraus ergibt sich eine Bevölkerungsdichte von 202 Einwohnerinnen und Einwohner je Quadratkilometer.

In den kreisfreien Städten ist die Bevölkerungsdichte deutlich höher (975) als im Landkreismittel (158). Mit jeweils über 2 000 Einwohnerinnen und Einwohnern je Quadratkilometer ist die Bevölkerungsdichte in der Landeshauptstadt Mainz und in Ludwigshafen am höchsten. Der niedrigste Wert wurde mit 59 im Eifelkreis Bitburg-Prüm registriert.

Einwohner/-innen je km²

- unter 100 (4)
- 100 bis unter 150 (6)
- 150 bis unter 200 (6)
- 200 bis unter 250 (3)
- 250 bis unter 300 (3)
- 300 und mehr (14)

Landeswert: 202

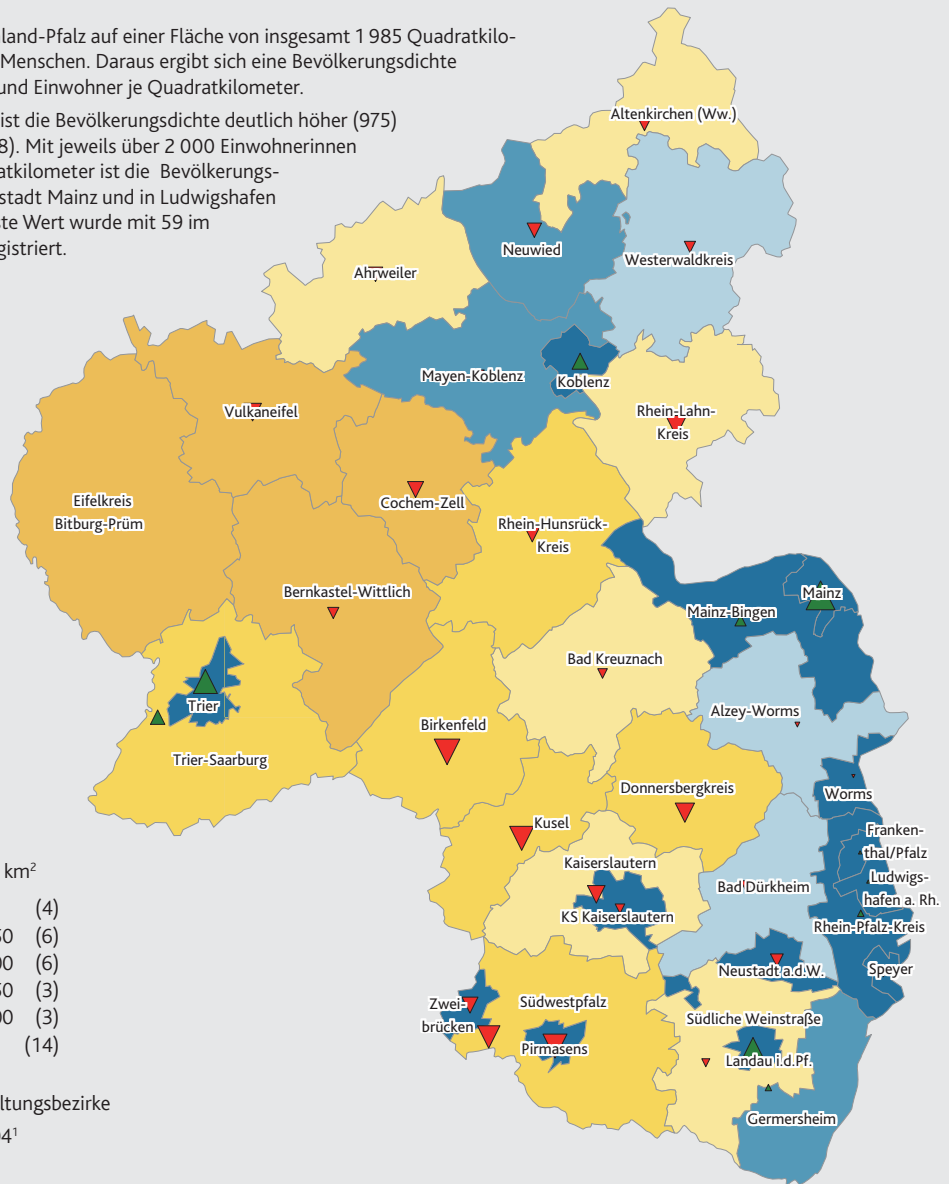
() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2004¹

▲ Zunahme

▼ Abnahme

¹ Fortschreibung auf Basis der jeweils vorangegangenen Volkszählung; 2014 Bevölkerung zum 30.11.



T 15 Geborene, Gestorbene und natürlicher Saldo 2014 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Geborene			Gestorbene			Natürlicher Saldo		
	Anzahl	je 1 000 Einwohner/-innen ¹	Veränderung zu 2004 in %	Anzahl	je 1 000 Einwohner/-innen ¹	Veränderung zu 2004 in %	Anzahl	je 1 000 Einwohner/-innen ¹	Veränderung zu 2004 in %
Frankenthal (Pfalz), St.	459	9,7	18,9	561	11,9	10,2	-102	-2,2	17,1
Kaiserslautern, St.	852	8,8	9,2	1 124	11,6	0,7	-272	-2,8	19,0
Koblenz, St.	1 027	9,3	12,9	1 320	12,0	4,8	-293	-2,7	16,0
Landau i. d. Pfalz, St.	352	8,0	-10,4	448	10,2	11,7	-96	-2,2	-1 100,0
Ludwigshafen a. Rh., St.	1 754	10,9	17,2	1 620	10,1	2,4	134	0,8	257,6
Mainz, St.	2 042	10,0	19,8	1 742	8,6	1,8	300	1,5	3 850,0
Neustadt a. d. Weinstr., St.	470	9,0	2,8	613	11,7	7,4	-143	-2,7	-25,4
Pirmasens, St.	299	7,4	-7,7	640	15,9	1,3	-341	-8,5	-10,7
Speyer, St.	397	8,0	-4,8	566	11,4	6,6	-169	-3,4	-48,2
Trier, St.	976	9,1	13,4	1 129	10,6	1,4	-153	-1,4	39,3
Worms, St.	780	9,7	8,0	874	10,9	4,2	-94	-1,2	19,7
Zweibrücken, St.	273	8,0	-0,7	434	12,7	14,5	-161	-4,7	-54,8
Ahrweiler	960	7,6	-6,3	1 534	12,2	4,0	-574	-4,6	-27,6
Altenkirchen (Ww.)	1 006	7,8	-7,9	1 536	11,9	7,5	-530	-4,1	-57,3
Alzey-Worms	1 051	8,4	-0,9	1 228	9,8	7,1	-177	-1,4	-105,8
Bad Dürkheim	977	7,5	-2,1	1 489	11,4	10,0	-512	-3,9	-43,8
Bad Kreuznach	1 290	8,3	1,0	1 773	11,4	5,9	-483	-3,1	-21,7
Bernkastel-Wittlich	925	8,4	-4,4	1 205	10,9	7,0	-280	-2,5	-77,2
Birkenfeld	580	7,2	-18,9	1 100	13,6	-2,2	-520	-6,4	-26,8
Cochem-Zell	426	6,8	-21,3	828	13,3	10,7	-402	-6,5	-94,2
Donnersbergkreis	604	8,0	-14,2	931	12,4	11,8	-327	-4,3	-153,5
Eifelkreis Bitburg-Prüm	776	8,1	-6,7	1 100	11,5	18,2	-324	-3,4	-227,3
Germersheim	1 126	9,0	6,9	1 145	9,1	5,0	-19	-0,2	48,6
Kaiserslautern	821	7,9	-6,0	1 107	10,6	-7,8	-286	-2,7	12,5
Kusel	497	7,0	-10,0	877	12,3	-6,3	-380	-5,3	1,0
Mainz-Bingen	1 782	8,8	6,6	1 868	9,2	20,9	-86	-0,4	-168,3
Mayen-Koblenz	1 730	8,2	-3,3	2 354	11,2	4,3	-624	-3,0	-33,6
Neuwied	1 391	7,7	-11,9	2 182	12,1	10,8	-791	-4,4	-102,3
Rhein-Hunsrück-Kreis	793	7,8	-13,1	1 223	12,0	10,7	-430	-4,2	-124,0
Rhein-Lahn-Kreis	1 003	8,2	-0,8	1 544	12,7	9,3	-541	-4,4	-34,6
Rhein-Pfalz-Kreis	1 275	8,6	22,2	1 552	10,4	17,9	-277	-1,9	-1,5
Südliche Weinstraße	840	7,7	-4,2	1 143	10,5	7,7	-303	-2,8	-64,7
Südwestpfalz	640	6,6	-7,6	1 154	11,9	9,4	-514	-5,3	-42,0
Trier-Saarburg	1 198	8,3	5,2	1 476	10,2	9,3	-278	-1,9	-31,8
Vulkaneifel	462	7,6	-10,1	733	12,0	-1,7	-271	-4,4	-16,8
Westerwaldkreis	1 593	8,0	-10,3	2 154	10,8	5,8	-561	-2,8	-116,6
Rheinland-Pfalz	33 427	8,4	0,0	44 307	11,1	6,6	-10 880	-2,7	-33,6
kreisfreie Städte	9 681	9,4	10,9	11 071	10,8	4,0	-1 390	-1,4	27,5
Landkreise	23 746	8,0	-3,8	33 236	11,2	7,5	-9 490	-3,2	-52,5

1 Durchschnittliche Bevölkerung des Jahres 2013.

K 2

Natürliche Bevölkerungsbewegung 2014 nach Verwaltungsbezirken

2

Im Jahr 2014 wurden in Rheinland-Pfalz 33 400 Kinder geboren. Im gleichen Zeitraum starben 44 300 Menschen. Die Zahl der Sterbefälle überstieg also die der Geborenen um 10 880. Bezogen auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner ergibt sich ein Gestorbenenüberschuss von 2,7 Personen.

Lediglich für die Landeshauptstadt Mainz und die kreisfreie Stadt Ludwigshafen ergibt sich auf Grundlage der Geborenen- und Gestorbenen Zahlen ein Bevölkerungszuwachs. Alle anderen kreisfreien Städte und alle Landkreise weisen negative natürliche Bevölkerungssalden auf.

je 1 000 Einwohner/-innen¹

Gestorbenenüberschuss

4,4 und mehr	(10)
3,4 bis unter 4,4	(4)
2,4 bis unter 3,4	(11)
unter 2,4	(9)

Geborenenüberschuss (2)

Landeswert: -2,7

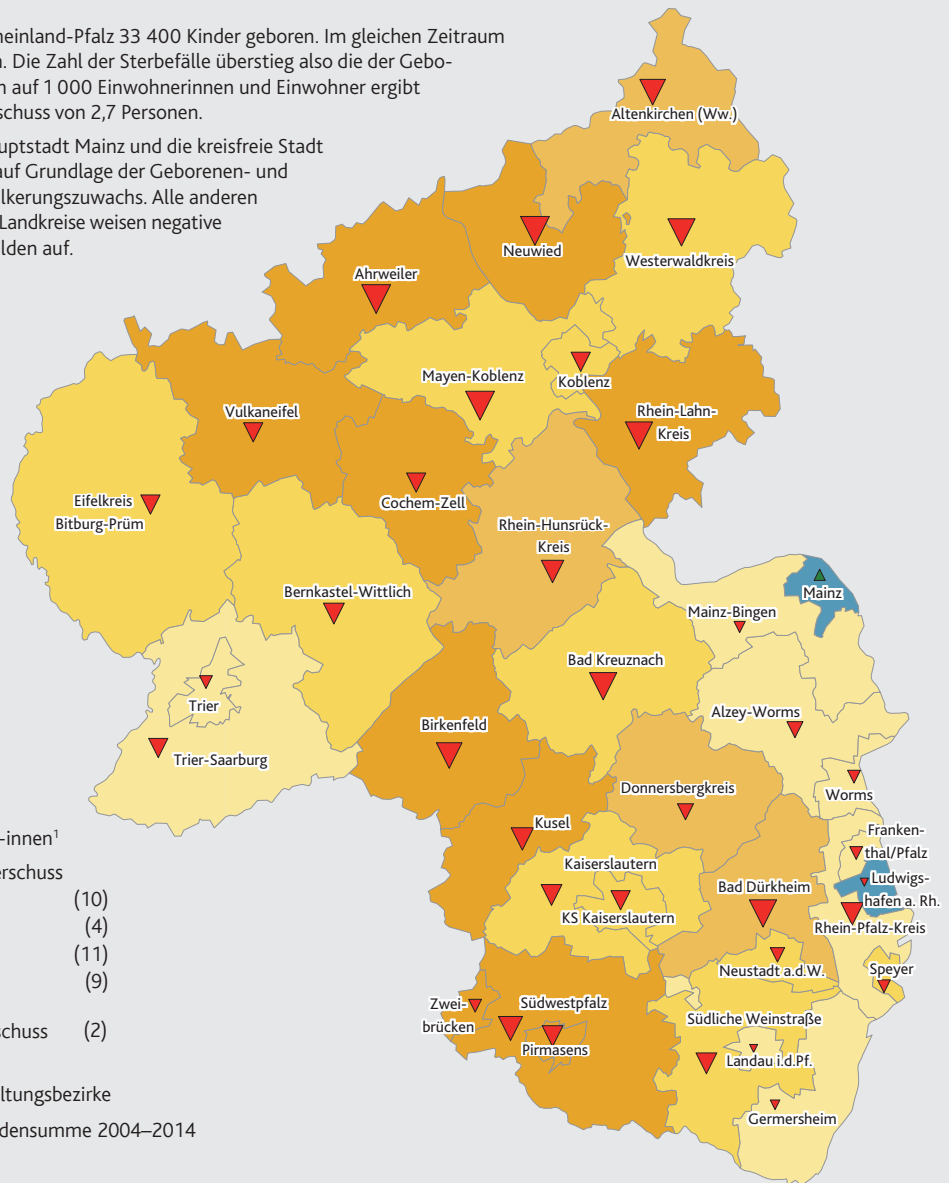
() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung der Saldensumme 2004–2014

▲ Zunahme

▼ Abnahme

¹ Bezogen auf die durchschnittliche Bevölkerung des Jahres 2013.



T 16 Zugezogene und Fortgezogene sowie Wanderungssaldo 2013 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Zugezogene			Fortgezogene			Wanderungssaldo		
	Anzahl	je 1 000 Einwohner/-innen ¹	Veränderung zu 2003 in %	Anzahl	je 1 000 Einwohner/-innen ¹	Veränderung zu 2003 in %	Anzahl	je 1 000 Einwohner/-innen ¹	Veränderung zu 2003 in %
Frankenthal (Pfalz), St.	3 193	67,7	21,2	2 793	59,2	6,8	400	8,5	2 122,2
Kaiserslautern, St.	7 340	75,6	28,2	6 934	71,4	20,0	406	4,2	928,6
Koblenz, St.	8 561	77,7	30,7	7 391	67,1	13,8	1 170	10,6	2 027,3
Landau i. d. Pfalz, St.	3 304	75,5	28,0	3 017	69,0	26,6	287	6,6	44,2
Ludwigshafen a. Rh., St.	10 739	66,8	25,1	9 407	58,5	17,9	1 332	8,3	119,8
Mainz, St.	15 750	77,4	34,3	14 362	70,6	17,5	1 388	6,8	379,8
Neustadt a. d. Weinstr., St.	3 202	61,2	21,0	2 903	55,5	19,0	299	5,7	44,4
Pirmasens, St.	2 109	52,5	9,0	1 851	46,1	-7,2	258	6,4	537,3
Speyer, St.	2 886	58,0	-0,5	2 750	55,3	1,2	136	2,7	-26,1
Trier, St.	13 806	129,2	118,1	12 987	121,5	109,6	819	7,7	515,8
Worms, St.	5 080	63,5	26,3	4 386	54,8	14,0	694	8,7	298,9
Zweibrücken, St.	1 911	56,1	20,7	1 759	51,6	1,2	152	4,5	198,1
Ahrweiler	5 707	45,3	3,4	4 885	38,8	0,8	822	6,5	21,8
Altenkirchen (Ww.)	4 644	36,1	-7,2	4 913	38,2	5,1	-269	-2,1	-182,5
Alzey-Worms	5 949	47,5	2,5	5 637	45,0	10,0	312	2,5	-54,1
Bad Dürkheim	6 544	50,0	14,4	5 695	43,5	8,5	849	6,5	79,5
Bad Kreuznach	6 166	39,7	11,6	5 570	35,9	19,0	596	3,8	-29,5
Bernkastel-Wittlich	4 407	39,8	25,9	4 164	37,6	25,0	243	2,2	44,6
Birkenfeld	3 061	37,8	10,7	2 932	36,2	4,4	129	1,6	400,0
Cochem-Zell	2 517	40,4	9,3	2 399	38,5	19,1	118	1,9	-59,0
Donnersbergkreis	2 991	39,7	-13,8	2 982	39,6	-1,8	9	0,1	-97,9
Eifelkreis Bitburg-Prüm	3 679	38,3	33,4	3 164	32,9	15,5	515	5,4	2 929,4
Germersheim	6 231	49,8	24,8	5 487	43,8	16,2	744	5,9	175,6
Kaiserslautern	5 026	48,2	10,4	5 007	48,0	16,6	19	0,2	-92,6
Kusel	2 420	33,9	5,9	2 615	36,6	10,5	-195	-2,7	-140,7
Mainz-Bingen	10 406	51,3	5,7	8 964	44,2	1,6	1 442	7,1	41,9
Mayen-Koblenz	8 407	40,1	-3,7	7 886	37,6	-1,0	521	2,5	-31,6
Neuwied	7 254	40,4	-2,6	6 814	37,9	-3,2	440	2,4	7,8
Rhein-Hunsrück-Kreis	3 840	37,7	6,4	3 672	36,0	12,5	168	1,6	-51,3
Rhein-Lahn-Kreis	5 335	43,9	-1,4	5 171	42,5	1,2	164	1,3	-45,5
Rhein-Pfalz-Kreis	8 250	55,5	20,9	6 879	46,3	10,8	1 371	9,2	122,9
Südliche Weinstraße	5 377	49,4	5,5	4 930	45,3	8,1	447	4,1	-16,6
Südwestpfalz	3 501	36,1	-4,8	3 577	36,9	-5,1	-76	-0,8	18,3
Trier-Saarburg	6 604	45,8	24,4	5 778	40,1	25,3	826	5,7	18,2
Vulkaneifel	2 385	39,1	-2,1	2 433	39,9	10,0	-48	-0,8	-121,5
Westerwaldkreis	7 658	38,5	1,0	7 054	35,5	5,0	604	3,0	-30,5
Rheinland-Pfalz	206 240	51,7	16,3	189 148	47,4	13,5	17 092	4,3	58,2
kreisfreie Städte	77 881	75,9	36,1	70 540	68,8	25,1	7 341	7,2	798,5
Landkreise	128 359	43,3	6,8	118 608	40,0	7,7	9 751	3,3	-2,4

1 Durchschnittliche Bevölkerung des Jahres 2013.

T 17 Bevölkerung am Hauptwohnsitz 2013 nach Migrationshintergrund, Altersgruppen und Geschlecht¹

Migrationshintergrund	Insgesamt		Unter 20 Jahre		20 – 65 Jahre		65 Jahre und älter	
	1 000	Anteil in %	1 000	Anteil in %	1 000	Anteil in %	1 000	Anteil in %
Insgesamt								
Ohne Migrationshintergrund	3 200,6	80,2	496,5	68,4	1 917,1	79,7	787,0	91,7
Mit Migrationshintergrund	789,9	19,8	229,6	31,6	488,5	20,3	71,7	8,4
Zugewanderte ²	529,9	13,3	34,2	4,7	427,1	17,8	68,6	8,0
Deutsche	282,4	7,1	13,5	1,9	226,4	9,4	42,5	4,9
Ausländer/-innen	247,5	6,2	20,8	2,9	200,6	8,3	26,1	3,0
nicht Zugewanderte ³	260,0	6,5	195,4	26,9	61,3	2,5	/	/
Deutsche	209,8	5,3	175,1	24,1	33,1	1,4	/	/
Ausländer/-innen	50,3	1,3	20,3	2,8	28,2	1,2	/	/
Insgesamt	3 990,6	100	726,1	100	2 405,7	100	858,6	100
Männlich								
Ohne Migrationshintergrund	1 560,5	79,8	251,5	67,2	964,2	80,1	344,8	91,2
Mit Migrationshintergrund	395,5	20,2	122,9	32,8	239,3	19,9	33,2	8,8
Zugewanderte ²	253,5	13,0	16,8	4,5	205,0	17,0	31,6	8,4
Deutsche	132,7	6,8	(6,1)	(1,6)	110,2	9,2	16,4	4,3
Ausländer/-innen	120,8	6,2	10,8	2,9	94,8	7,9	15,2	4,0
nicht Zugewanderte ³	142,0	7,3	106,1	28,3	34,2	2,8	/	/
Deutsche	113,1	5,8	94,4	25,2	18,0	1,5	/	/
Ausländer/-innen	29,0	1,5	11,7	3,1	16,3	1,4	/	/
Zusammen	1 956,1	100	374,5	100	1 203,6	100	378,0	100
Weiblich								
Ohne Migrationshintergrund	1 640,1	80,6	244,9	69,6	952,9	79,3	442,2	92,0
Mit Migrationshintergrund	394,4	19,4	106,8	30,4	249,2	20,7	38,5	8,0
Zugewanderte ²	267,5	13,1	17,5	5,0	222,1	18,5	36,9	7,7
Deutsche	149,8	7,4	(7,5)	(2,1)	116,3	9,7	26,0	5,4
Ausländer/-innen	126,7	6,2	(9,9)	(2,8)	105,7	8,8	10,9	2,3
nicht Zugewanderte ³	118,0	5,8	89,3	25,4	27,2	2,3	/	/
Deutsche	96,7	4,8	80,8	23,0	15,1	1,3	/	/
Ausländer/-innen	21,3	1,0	(8,5)	(2,4)	12,0	1,0	/	/
Zusammen	2 034,5	100	351,7	100	1 202,2	100	480,6	100

¹ Siehe Metadaten. – ² Menschen mit eigener Migrationserfahrung. – ³ Menschen ohne eigene Migrationserfahrung.

T 18 Ausländer/-innen 1990–2014 nach Kontinenten und ausgewählten Staaten

Herkunftsgebiet	1990	2000	2005	2013	2014		
	Anzahl					Veränderung zu 2013	Anteil an insgesamt
						%	
Europa	167 147	235 602	230 156	265 127	281 825	6,3	79,9
EU-Staaten	84 058	108 142	109 682	158 013	172 894	9,4	49,0
Polen	13 114	12 552	16 800	33 770	36 817	9,0	10,4
Italien	25 847	30 292	27 751	27 617	28 538	3,3	8,1
Rumänien	2 034	3 415	2 832	11 695	15 805	35,1	4,5
Bulgarien	731	1 316	1 815	8 284	10 926	31,9	3,1
Kroatien	-	7 288	7 243	7 770	8 668	11,6	2,5
Griechenland	7 438	8 761	7 685	7 889	8 263	4,7	2,3
Frankreich	8 294	8 577	7 923	8 074	8 159	1,1	2,3
Ungarn	1 966	2 930	2 784	7 179	8 005	11,5	2,3
Portugal	3 871	7 271	6 916	7 739	7 997	3,3	2,3
Luxemburg	1 249	1 588	2 659	6 219	6 627	6,6	1,9
Niederlande	3 764	4 267	4 534	5 867	6 028	2,7	1,7
Österreich	5 327	5 659	5 401	5 284	5 193	-1,7	1,5
Spanien	4 106	4 073	3 847	4 656	5 099	9,5	1,4
Vereinigtes Königreich	3 338	4 003	3 760	4 242	4 314	1,7	1,2
Litauen	101	411	940	2 473	2 686	8,6	0,8
Belgien	1 111	1 387	1 543	2 028	2 104	3,7	0,6
Tschechische Republik	-	733	1 052	1 548	1 693	9,4	0,5
Slowakei	-	733	1 111	1 508	1 563	3,6	0,4
Lettland	165	288	421	1 149	1 249	8,7	0,4
Slowenien	-	482	559	701	745	6,3	0,2
Kosovo	-	-	-	8 363	9 159	9,5	2,6
Russische Föderation	-	4 994	8 734	9 422	9 503	0,9	2,7
Serbien	-	-	-	5 613	6 696	19,3	1,9
Türkei	59 932	78 200	71 332	61 239	60 159	-1,8	17,1
Ukraine	-	4 330	6 080	5 171	5 151	-0,4	1,5
übriges Europa	21 796	38 426	32 860	24 200	25 943	7,2	7,4
Außereuropäisches Ausland	38 311	61 474	62 019	63 656	70 910	11,4	20,1
Afrika	7 731	12 276	11 204	11 861	13 478	13,6	3,8
Amerika	9 511	11 662	12 289	12 587	12 840	2,0	3,6
Kanada	430	464	511	502	510	1,6	0,1
Vereinigte Staaten	7 127	7 420	7 276	7 501	7 737	3,1	2,2
Asien	18 988	35 530	36 689	37 400	42 497	13,6	12,0
China	657	2 480	3 154	2 884	3 195	10,8	0,9
Australien und Ozeanien	249	309	343	370	378	2,2	0,1
staatenlos, ungeklärt, ohne Angabe	1 832	1 697	1 494	1 438	1 717	19,4	0,5
Insgesamt	205 458	297 076	292 175	328 783	352 735	7,3	100

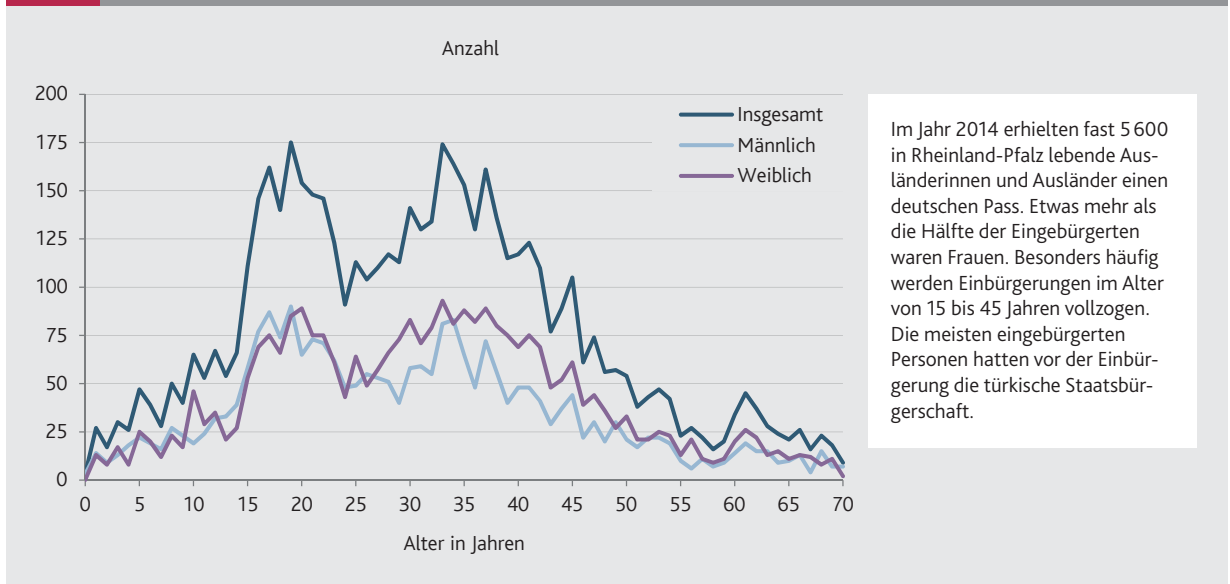
T 19 Ausländer/-innen 2014 nach Aufenthaltsdauer, Kontinenten, ausgewählten Staaten und Geschlecht

Herkunftsgebiet	Ins- gesamt	Verän- derung zu 2013	Männ- lich	Weib- lich	Aufenthaltsdauer in Jahren						
					unter 1	1 – 5	5 – 10	10 – 20	20 – 30	30 – 40	40 und mehr
	Anzahl	%									
Europa	281 825	6,3	52,1	47,9	8,9	19,7	11,6	20,4	16,1	9,5	13,8
EU-Staaten	172 894	9,4	54,1	45,9	11,6	26,5	14,2	14,7	11,9	7,4	13,7
Polen	36 817	9,0	53,0	47,0	12,4	35,8	24,7	17,2	8,3	1,2	0,5
Italien	28 538	3,3	58,6	41,4	4,7	8,4	3,2	14,4	19,3	18,7	31,4
Rumänien	15 805	35,1	55,5	44,5	29,0	46,1	14,2	6,8	3,7	0,1	0,1
Bulgarien	10 926	31,9	54,0	46,0	24,2	47,8	16,7	8,4	2,6	0,1	0,1
Kroatien	8 668	11,6	50,6	49,4	11,3	9,2	3,4	11,1	23,0	13,3	28,8
Griechenland	8 263	4,7	55,7	44,3	6,4	18,9	3,4	15,2	19,5	10,0	26,6
Frankreich	8 159	1,1	48,5	51,5	4,4	12,3	10,8	17,6	17,6	15,3	22,0
Ungarn	8 005	11,5	68,0	32,0	16,7	42,8	16,8	12,6	8,6	1,7	0,8
Portugal	7 997	3,3	55,0	45,0	5,3	15,5	8,1	25,3	19,7	8,3	17,8
Luxemburg	6 627	6,6	53,0	47,0	9,6	31,0	35,3	13,5	3,9	2,2	4,5
Niederlande	6 028	2,7	53,9	46,1	5,6	18,6	19,7	16,8	11,5	8,7	19,1
Österreich	5 193	-1,7	51,6	48,4	2,0	7,6	8,0	13,0	13,5	14,4	41,5
Spanien	5 099	9,5	50,6	49,4	11,5	26,3	6,3	10,1	7,0	8,3	30,6
Vereinigtes Königreich	4 314	1,7	56,4	43,6	5,8	18,6	13,1	18,4	17,6	15,3	11,2
Litauen	2 686	8,6	35,2	64,8	12,8	44,3	20,5	20,1	1,9	-	0,3
Belgien	2 104	3,7	50,7	49,3	7,7	22,2	16,4	17,5	12,4	10,2	13,5
Tschechische Republik	1 693	9,4	41,3	58,7	15,8	27,6	18,4	26,3	8,7	2,0	1,2
Slowakei	1 563	3,6	46,8	53,2	11,6	35,4	24,2	23,0	4,7	0,9	0,1
Lettland	1 249	8,7	42,5	57,5	16,3	51,1	15,8	14,4	1,8	-	0,6
Slowenien	745	6,3	56,0	44,0	13,4	19,5	7,4	9,5	10,5	7,8	31,9
Kosovo	9 159	9,5	50,9	49,1	10,2	15,6	12,4	32,1	26,0	1,3	2,4
Russische Föderation	9 503	0,9	35,5	64,5	4,9	18,3	17,5	55,3	3,9	0,1	0,1
Serbien	6 696	19,3	49,2	50,8	13,9	21,6	5,5	19,0	22,7	4,7	12,6
Türkei	60 159	-1,8	52,0	48,0	0,9	3,4	5,0	24,8	25,6	20,7	19,6
Ukraine	5 151	-0,4	33,1	66,9	5,4	13,8	14,3	62,6	3,7	-	0,1
übriges Europa	25 943	7,2	50,3	49,7	9,8	13,5	8,9	27,2	28,3	4,2	8,1
außereuropäisches Ausland	70 910	11,4	50,6	49,4	15,8	26,3	14,3	24,8	12,6	3,3	2,9
Afrika	13 478	13,6	59,3	40,7	16,7	30,0	16,7	20,4	11,2	2,6	2,4
Amerika	12 840	2,0	50,2	49,8	10,0	21,1	14,4	20,2	16,7	8,1	9,5
Kanada	510	1,6	46,9	53,1	10,6	20,6	12,5	16,3	16,9	7,5	15,7
Vereinigte Staaten	7 737	3,1	62,0	38,0	9,6	18,8	10,7	15,8	20,3	11,4	13,5
Asien	42 497	13,6	47,5	52,5	17,4	26,9	13,7	27,7	11,6	2,0	0,7
China	3 195	10,8	44,5	55,5	18,2	34,3	18,1	23,0	5,9	0,5	0,1
Australien und Ozeanien	378	2,2	54,2	45,8	12,2	24,9	11,9	17,7	13,8	5,6	14,0
staatenlos, ungeklärt, ohne Angabe	1 717	19,4	59,9	40,1	15,0	19,3	11,2	22,9	18,1	5,2	8,2
Insgesamt	352 735	7,3	51,8	48,2	10,3	21,0	12,2	21,2	15,4	8,3	11,6

T 20 Einbürgerungen 2014 nach Art der Einbürgerung, ausgewählter vorheriger Staatsangehörigkeit und Geschlecht

Gebiet der vorherigen Staatsangehörigkeit	Ins-gesamt	Verän-derung zu 2013	Davon		Davon		Davon	
			männlich	weiblich	Anspruchs-einbürgerungen	Ermessens-einbürgerungen	Voll-jährige	Minder-jährige
	Anzahl		%					
Insgesamt	5 566	3,4	45,6	54,4	82,2	17,8	81,5	18,5
darunter								
Türkei	1 083	-16,2	56,0	44,0	94,3	5,7	77,7	22,3
Polen	367	8,6	27,0	73,0	83,9	16,1	87,7	12,3
Kosovo	260	21,5	49,6	50,4	72,3	27,7	67,7	32,3
Irak	227	30,5	48,9	51,1	65,2	34,8	70,9	29,1
Italien	215	22,2	56,7	43,3	96,7	3,3	92,1	7,9
Ukraine	204	-15,4	36,3	63,7	84,8	15,2	88,2	11,8
Kroatien	174	74,0	47,7	52,3	96,0	4,0	92,5	7,5
Russische Föderation	141	-10,2	34,8	65,2	78,0	22,0	81,6	18,4
Vietnam	134	1,5	53,7	46,3	89,6	10,4	64,2	35,8
Marokko	130	-2,3	54,6	45,4	66,9	33,1	95,4	4,6
Rumänien	117	17,0	29,9	70,1	77,8	22,2	89,7	10,3
Serbien	112	10,9	43,8	56,3	91,1	8,9	63,4	36,6
Griechenland	99	4,2	58,6	41,4	86,9	13,1	83,8	16,2
Kasachstan	97	-4,9	37,1	62,9	83,5	16,5	83,5	16,5
Bulgarien	77	-23,0	27,3	72,7	80,5	19,5	84,4	15,6

G 11 Eingebürgerte Personen 2014 nach Altersjahren und Geschlecht



T 21 Ausländer/-innen 2014 nach ausgewählter Staatsangehörigkeit und Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Ausländer/-innen		Gebiet der vorherigen Staatsangehörigkeit									
			Bulgarien		Italien		Polen		Rumänien		Türkei	
	Anzahl	je 1 000 Einwohner/-innen ¹	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Frankenthal (Pfalz), St.	7 011	147,1	288	4,1	1 355	19,3	751	10,7	365	5,2	1 581	22,6
Kaiserslautern, St.	11 519	118,2	227	2,0	705	6,1	633	5,5	242	2,1	954	8,3
Koblenz, St.	11 352	101,9	622	5,5	578	5,1	981	8,6	407	3,6	1 559	13,7
Landau i. d. Pfalz, St.	3 723	83,8	98	2,6	249	6,7	408	11,0	242	6,5	380	10,2
Ludwigshafen a. Rh., St.	40 175	245,6	2 130	5,3	6 257	15,6	2 794	7,0	1 526	3,8	9 717	24,2
Mainz, St.	32 988	159,5	1 383	4,2	3 874	11,7	1 581	4,8	521	1,6	5 908	17,9
Neustadt a. d. Weinstr., St.	4 291	81,7	149	3,5	207	4,8	569	13,3	256	6,0	798	18,6
Pirmasens, St.	2 740	68,4	101	3,7	226	8,2	264	9,6	101	3,7	304	11,1
Speyer, St.	5 617	112,6	35	0,6	442	7,9	517	9,2	196	3,5	847	15,1
Trier, St.	11 883	109,6	379	3,2	479	4,0	950	8,0	456	3,8	363	3,1
Worms, St.	11 954	147,5	552	4,6	632	5,3	1 301	10,9	1 140	9,5	3 334	27,9
Zweibrücken, St.	2 339	68,8	41	1,8	187	8,0	213	9,1	174	7,4	109	4,7
Ahrweiler	10 678	84,3	187	1,8	543	5,1	1 059	9,9	311	2,9	1 528	14,3
Altenkirchen (Ww.)	7 107	55,4	87	1,2	503	7,1	716	10,1	245	3,4	2 140	30,1
Alzey-Worms	9 074	72,0	406	4,5	568	6,3	1 312	14,5	557	6,1	2 003	22,1
Bad Dürkheim	9 717	73,8	178	1,8	610	6,3	2 095	21,6	548	5,6	1 428	14,7
Bad Kreuznach	12 888	82,7	321	2,5	734	5,7	1 517	11,8	608	4,7	3 321	25,8
Bernkastel-Wittlich	7 806	70,3	256	3,3	233	3,0	1 281	16,4	686	8,8	667	8,5
Birkenfeld	5 122	63,6	92	1,8	210	4,1	483	9,4	257	5,0	151	2,9
Cochem-Zell	3 278	52,8	27	0,8	120	3,7	484	14,8	326	9,9	140	4,3
Donnersbergkreis	4 595	61,3	100	2,2	245	5,3	469	10,2	243	5,3	1 345	29,3
Eifelkreis Bitburg-Prüm	8 906	92,4	134	1,5	234	2,6	1 319	14,8	591	6,6	112	1,3
Germersheim	12 805	101,4	332	2,6	611	4,8	1 295	10,1	635	5,0	3 730	29,1
Kaiserslautern	6 317	60,6	92	1,5	413	6,5	601	9,5	303	4,8	537	8,5
Kusel	3 009	42,5	24	0,8	159	5,3	296	9,8	114	3,8	243	8,1
Mainz-Bingen	16 256	79,5	510	3,1	1 809	11,1	2 267	13,9	436	2,7	2 168	13,3
Mayen-Koblenz	11 996	57,0	190	1,6	789	6,6	1 090	9,1	397	3,3	2 186	18,2
Neuwied	13 618	75,9	207	1,5	918	6,7	1 198	8,8	467	3,4	2 945	21,6
Rhein-Hunsrück-Kreis	6 004	58,8	152	2,5	250	4,2	695	11,6	440	7,3	761	12,7
Rhein-Lahn-Kreis	7 546	62,2	213	2,8	589	7,8	697	9,2	357	4,7	1 185	15,7
Rhein-Pfalz-Kreis	12 431	82,8	267	2,1	1 504	12,1	1 869	15,0	606	4,9	2 643	21,3
Südliche Weinstraße	6 168	56,2	166	2,7	362	5,9	1 307	21,2	482	7,8	644	10,4
Südwestpfalz	3 062	31,8	29	0,9	194	6,3	327	10,7	216	7,1	117	3,8
Trier-Saarburg	11 553	79,6	168	1,5	374	3,2	1 199	10,4	670	5,8	332	2,9
Vulkaneifel	3 230	53,2	51	1,6	142	4,4	533	16,5	260	8,0	207	6,4
Westerwaldkreis	13 977	70,2	732	5,2	1 233	8,8	1 746	12,5	424	3,0	3 772	27,0
Rheinland-Pfalz	352 735	87,9	10 926	3,1	28 538	8,1	36 817	10,4	15 805	4,5	60 159	17,1
kreisfreie Städte	145 592	140,4	6 005	4,1	15 191	10,4	10 962	7,5	5 626	3,9	25 854	17,8
Landkreise	207 143	69,7	4 921	2,4	13 347	6,4	25 855	12,5	10 179	4,9	34 305	16,6

¹ Bevölkerung zum 30.11.

K 4 Ausländer/-innen 2014 nach Verwaltungsbezirken

2

Im Jahr 2014 lebten gut 352 700 Ausländerinnen und Ausländer in Rheinland-Pfalz. Auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen im Landesdurchschnitt 87,9 Ausländerinnen und Ausländer. In den kreisfreien Städten ist der Anteil doppelt so hoch wie in den Landkreisen (140 bzw. 70 Ausländerinnen und Ausländer je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner).

Zwischen den Verwaltungsbezirken gibt es deutliche Unterschiede: Während Ludwigshafen mit 246 Ausländerinnen und Ausländern an der Spitze der Rangliste steht, liegt die Südwestpfalz mit 32 am Ende der Skala.

je 1 000 Einwohner/-innen¹

- unter 48 (2)
- 48 bis unter 68 (10)
- 68 bis unter 88 (14)
- 88 bis unter 108 (3)
- 108 bis unter 128 (3)
- 128 und mehr (4)

Landeswert: 87,9

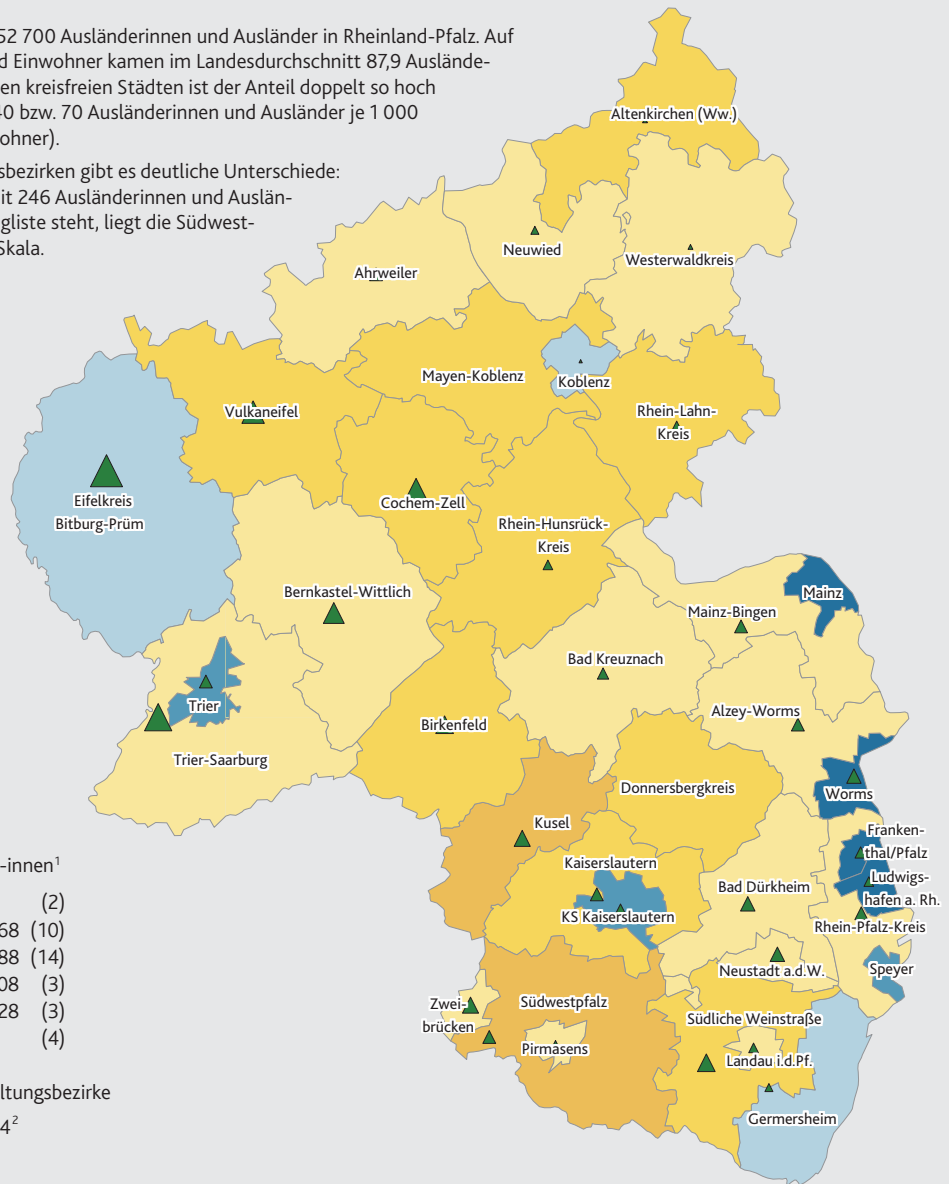
() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2004²

▲ Zunahme

▼ Abnahme

¹ Bevölkerung zum 30.11. – ² Fortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987.



T 22 Bevölkerung 2013–2060¹ nach Altersgruppen

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante					Obere Variante	
		2035	2060	2020	2025	2030	2035	2060	2035	2060
1 000										
Unter 3	96,0	80,2	63,6	98,9	95,0	89,3	84,2	71,4	86,6	76,5
3 – 6	98,6	84,6	66,5	100,9	99,2	94,2	88,6	74,5	91,0	79,7
6 – 10	134,9	119,5	92,5	135,4	135,6	131,6	124,6	103,2	127,5	110,1
10 – 16	230,3	193,6	146,8	208,0	207,1	206,1	199,9	162,7	203,4	172,8
16 – 20	173,0	136,6	103,6	150,3	142,1	141,0	140,2	114,3	142,3	121,2
20 – 35	703,2	552,9	441,1	707,2	654,2	611,2	582,9	498,2	601,5	535,3
35 – 50	826,1	664,1	505,7	727,5	728,3	721,4	697,5	571,7	717,2	614,3
50 – 65	908,9	727,8	588,0	979,1	912,0	813,8	748,9	652,2	760,8	693,4
65 – 80	599,0	817,7	610,5	624,6	709,1	795,7	824,4	650,2	827,8	674,6
80 und älter	224,4	349,3	456,1	299,3	298,6	312,5	350,5	469,0	351,1	476,4
Unter 20	732,8	614,5	473,1	693,4	679,0	662,3	637,5	526,1	650,8	560,2
20 – 65	2 438,1	1 944,9	1 534,7	2 413,8	2 294,6	2 146,4	2 029,2	1 722,1	2 079,4	1 843,0
65 und älter	823,4	1 167,0	1 066,6	923,9	1 007,7	1 108,2	1 174,8	1 119,2	1 178,9	1 151,0
Insgesamt	3 994,4	3 726,4	3 074,4	4 031,1	3 981,2	3 916,8	3 841,6	3 367,4	3 909,1	3 554,2
Anteile in %										
Unter 3	2,4	2,2	2,1	2,5	2,4	2,3	2,2	2,1	2,2	2,2
3 – 6	2,5	2,3	2,2	2,5	2,5	2,4	2,3	2,2	2,3	2,2
6 – 10	3,4	3,2	3,0	3,4	3,4	3,4	3,2	3,1	3,3	3,1
10 – 16	5,8	5,2	4,8	5,2	5,2	5,3	5,2	4,8	5,2	4,9
16 – 20	4,3	3,7	3,4	3,7	3,6	3,6	3,6	3,4	3,6	3,4
20 – 35	17,6	14,8	14,3	17,5	16,4	15,6	15,2	14,8	15,4	15,1
35 – 50	20,7	17,8	16,4	18,0	18,3	18,4	18,2	17,0	18,3	17,3
50 – 65	22,8	19,5	19,1	24,3	22,9	20,8	19,5	19,4	19,5	19,5
65 – 80	15,0	21,9	19,9	15,5	17,8	20,3	21,5	19,3	21,2	19,0
80 und älter	5,6	9,4	14,8	7,4	7,5	8,0	9,1	13,9	9,0	13,4
Unter 20	18,3	16,5	15,4	17,2	17,1	16,9	16,6	15,6	16,6	15,8
20 – 65	61,0	52,2	49,9	59,9	57,6	54,8	52,8	51,1	53,2	51,9
65 und älter	20,6	31,3	34,7	22,9	25,3	28,3	30,6	33,2	30,2	32,4
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100										
Unter 3	100	83,5	66,2	103,0	98,9	93,0	87,7	74,3	90,2	79,6
3 – 6	100	85,8	67,5	102,3	100,6	95,5	89,9	75,6	92,3	80,8
6 – 10	100	88,6	68,6	100,3	100,5	97,5	92,3	76,5	94,4	81,6
10 – 16	100	84,1	63,8	90,3	89,9	89,5	86,8	70,6	88,3	75,0
16 – 20	100	79,0	59,9	86,9	82,2	81,5	81,1	66,1	82,3	70,1
20 – 35	100	78,6	62,7	100,6	93,0	86,9	82,9	70,9	85,5	76,1
35 – 50	100	80,4	61,2	88,1	88,2	87,3	84,4	69,2	86,8	74,4
50 – 65	100	80,1	64,7	107,7	100,3	89,5	82,4	71,8	83,7	76,3
65 – 80	100	136,5	101,9	104,3	118,4	132,8	137,6	108,5	138,2	112,6
80 und älter	100	155,6	203,2	133,3	133,0	139,3	156,2	209,0	156,4	212,3
Unter 20	100	83,9	64,6	94,6	92,6	90,4	87,0	71,8	88,8	76,4
20 – 65	100	79,8	62,9	99,0	94,1	88,0	83,2	70,6	85,3	75,6
65 und älter	100	141,7	129,5	112,2	122,4	134,6	142,7	135,9	143,2	139,8
Insgesamt	100	93,3	77,0	100,9	99,7	98,1	96,2	84,3	97,9	89,0

¹ Annahmen zur Modellrechnung siehe Metadaten.

T 23

Bevölkerung 2013–2060¹ nach Altersgruppen, Jugend- und Altenquotient sowie Medianalter

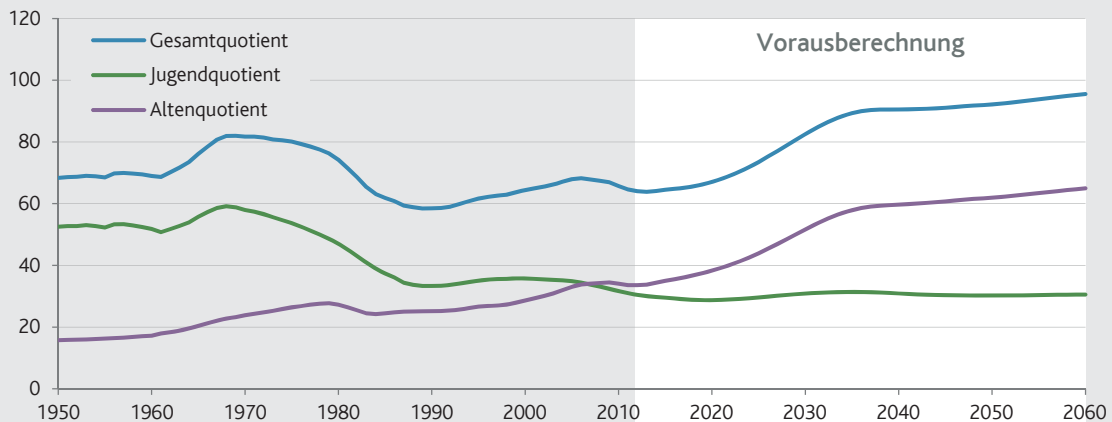
Jahr	Bevölkerung				Jugend- quotient	Alten- quotient	Median- alter ²
	insgesamt	Alter in Jahren					Jahre
		unter 20	20 – 65	65 und älter			
	Anzahl	Anteile in %					
2013	3 994 366	18,3	61,0	20,6	30,1	33,8	46
2020	4 031 085	17,2	59,9	22,9	28,7	38,3	47
2025	3 981 201	17,1	57,6	25,3	29,6	43,9	48
2030	3 916 834	16,9	54,8	28,3	30,9	51,6	49
2035	3 841 610	16,6	52,8	30,6	31,4	57,9	50
2060	3 367 364	15,6	51,1	33,2	30,6	65,0	52

1 Mittlere Variante, siehe Metadaten. – 2 Siehe Metadaten.

G 12

Jugend-, Alten- und Gesamtquotient 1950–2060¹

Unter 20-Jährige bzw. 65-Jährige und Ältere je 100 Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren



1 1950–2013: Ergebnisse der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes; ab 2014: Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung.

- Der Jugend- bzw. der Altenquotient messen die Relation der jüngeren (unter 20-Jährige) bzw. der älteren Bevölkerung (65-Jährige und Ältere) zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20- bis 65-Jährige). Der Gesamtquotient errechnet sich als Summe des Jugend- und des Altenquotienten und gibt an, wie viele noch nicht bzw. nicht mehr Erwerbstätige auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter kommen.
- Im Jahr 2007 übertraf der Altenquotient erstmals seit der Gründung des Landes den Jugendquotienten. Nach den Ergebnissen der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung wird sich die Schere zwischen dem Jugend- und dem Altenquotienten in Zukunft immer weiter öffnen. Bis zum Ende des Projektionszeitraums führt dies zu einer kontinuierlichen Erhöhung des Gesamtquotienten auf 97 im Jahr 2060. D. h., auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter kommen dann fast genauso viele noch nicht bzw. nicht mehr Erwerbstätige.

T 24 Bevölkerung, Jugend- und Altenquotient 2013–2060¹ nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Bevölkerung					Jugendquotient			Altenquotient		
	Basisjahr 2013	2035	2060	2035	2060	Basisjahr 2013	2035	2060	Basisjahr 2013	2035	2060
	1 000			Messzahl: 2013=100							
Frankenthal (Pfalz), St.	47,3	47,9	43,6	101,1	92,1	30,9	33,2	32,6	37,9	53,7	62,3
Kaiserslautern, St.	97,2	94,6	83,2	97,4	85,7	26,2	27,5	26,5	31,2	45,2	50,0
Koblenz, St.	110,6	108,1	95,8	97,7	86,6	26,4	29,5	28,5	34,8	48,7	56,0
Landau i. d. Pfalz, St.	43,8	44,3	39,6	101,1	90,4	27,5	29,7	28,7	30,0	51,3	58,4
Ludwigshafen a. Rh., St.	161,5	169,8	156,5	105,1	96,9	31,7	33,5	33,1	31,8	43,2	53,3
Mainz, St.	204,3	210,1	191,3	102,8	93,6	24,9	27,6	26,9	26,9	36,5	45,4
Neustadt a. d. Weinstr., St.	52,4	50,9	45,0	97,1	85,8	29,3	32,1	31,3	38,8	62,8	68,8
Pirmasens, St.	40,1	34,0	28,3	84,9	70,6	28,6	31,2	30,1	43,6	69,4	72,1
Speyer, St.	49,7	50,3	45,7	101,2	91,9	30,7	33,3	32,8	34,5	58,2	68,3
Trier, St.	107,2	111,2	101,8	103,7	94,9	24,0	26,0	25,5	26,8	38,7	48,4
Worms, St.	80,3	80,9	72,9	100,7	90,8	31,3	32,7	32,0	32,3	51,5	60,4
Zweibrücken, St.	34,1	30,8	26,3	90,3	77,2	29,5	30,5	29,6	37,1	58,6	62,3
Ahrweiler	126,1	120,1	104,4	95,2	82,8	30,6	31,2	30,3	39,9	70,1	76,6
Altenkirchen (Ww.)	128,4	114,5	96,8	89,2	75,4	31,9	31,9	31,0	34,9	61,1	66,3
Alzey-Worms	125,2	123,0	108,3	98,2	86,5	31,4	32,9	32,0	29,1	58,6	65,5
Bad Dürkheim	131,0	127,0	112,3	96,9	85,7	29,8	31,3	30,4	37,5	67,2	74,1
Bad Kreuznach	155,3	149,7	130,6	96,4	84,1	30,8	33,5	32,6	36,0	65,7	73,3
Bernkastel-Wittlich	110,6	103,5	88,8	93,5	80,2	30,3	30,7	29,7	35,1	64,6	72,8
Birkenfeld	80,7	68,8	56,9	85,3	70,5	28,9	30,8	30,3	38,7	70,5	72,9
Cochem-Zell	62,1	55,4	46,7	89,2	75,1	30,5	29,3	28,3	38,6	72,4	80,0
Donnersbergkreis	75,2	67,9	57,6	90,2	76,6	31,8	32,2	31,4	32,1	64,7	70,4
Eifelkreis Bitburg-Prüm	96,2	93,0	81,7	96,7	85,0	31,8	31,7	30,4	32,3	56,2	65,5
Germersheim	125,4	124,4	110,5	99,1	88,1	30,9	31,4	30,5	29,2	54,5	63,3
Kaiserslautern	104,1	94,4	80,5	90,7	77,3	31,6	33,4	32,4	33,4	60,6	63,7
Kusel	71,1	61,2	50,1	86,1	70,4	28,8	31,8	31,2	35,9	70,5	71,1
Mainz-Bingen	203,3	209,5	188,7	103,0	92,8	31,5	32,9	32,2	30,9	57,4	67,1
Mayen-Koblenz	209,8	198,6	171,6	94,7	81,8	30,5	31,9	30,7	33,9	60,6	66,5
Neuwied	179,5	167,1	144,0	93,1	80,2	32,8	33,7	32,5	36,0	62,8	69,2
Rhein-Hunsrück-Kreis	101,9	91,5	77,2	89,8	75,8	30,8	30,6	29,7	34,9	66,2	72,8
Rhein-Lahn-Kreis	121,4	109,9	93,9	90,6	77,3	29,8	30,0	29,3	37,2	64,1	69,0
Rhein-Pfalz-Kreis	149,1	152,4	138,2	102,2	92,7	30,3	33,5	32,8	35,9	60,6	69,3
Südliche Weinstraße	109,0	107,9	95,0	99,0	87,2	30,1	32,4	31,3	35,1	65,3	71,2
Südwestpfalz	96,6	84,1	68,8	87,1	71,3	27,8	30,4	29,4	38,2	74,3	75,1
Trier-Saarburg	144,3	147,1	132,4	101,9	91,7	31,5	32,3	31,3	31,2	56,3	67,0
Vulkaneifel	60,8	53,9	45,3	88,7	74,5	31,6	31,5	30,4	39,1	71,0	76,2
Westerwaldkreis	198,7	183,8	157,1	92,5	79,1	32,1	31,9	31,0	32,5	60,4	67,7
Rheinland-Pfalz	3 994,4	3 841,6	3 367,4	96,2	84,3	30,1	31,4	30,6	33,8	57,9	65,0
kreisfreie Städte	1 028,6	1 032,8	930,0	100,4	90,4	27,8	29,9	29,2	31,8	46,1	54,3
Landkreise	2 965,8	2 808,8	2 437,4	94,7	82,2	30,9	32,0	31,1	34,5	62,7	69,5

1 Mittlere Variante. Siehe Metadaten.

K 5 Bevölkerungsentwicklung 2013–2035 nach Verwaltungsbezirken

2

Nach der mittleren Variante der vierten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung könnte die Bevölkerungszahl des Landes bis 2035 gegenüber dem Basisjahr 2013 um 3,8 Prozent sinken (–153 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner). Während für die kreisfreien Städte im Durchschnitt mit einem geringen Zuwachs gerechnet wird (+0,4 Prozent), geht die Bevölkerung in den Landkreisen der Vorausberechnung zufolge um 5,3 Prozent zurück. Der höchste Zuwachs wird mit +5,1 Prozent für die kreisfreie Stadt Ludwigshafen erwartet, der stärkste Rückgang mit jeweils –15 Prozent im Landkreis Birkenfeld sowie in der kreisfreien Stadt Pirmasens.

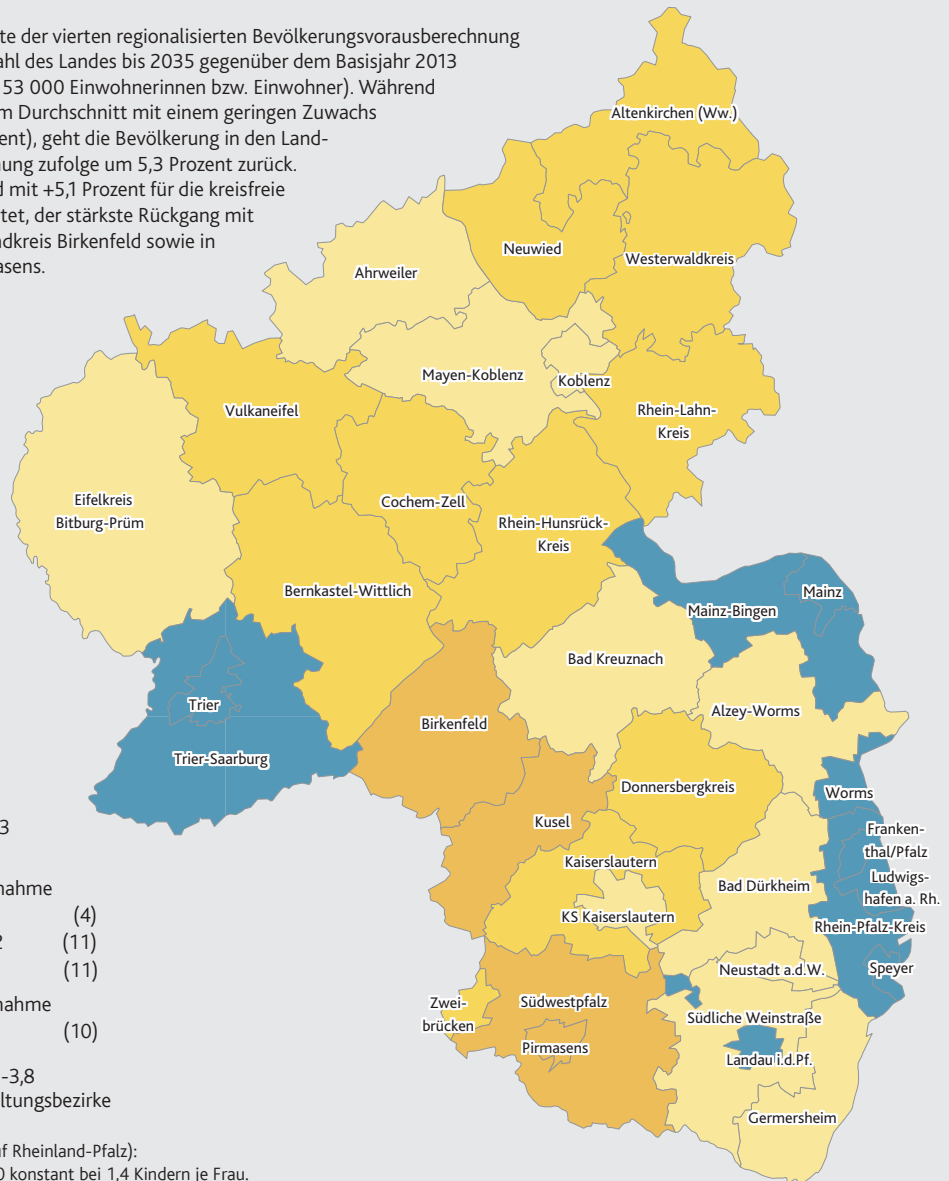
Veränderung zu 2013
in %

Bevölkerungsabnahme		
12 und mehr	(4)	
6 bis unter 12	(11)	
unter 6	(11)	
Bevölkerungszunahme		
unter 6	(10)	

Landesdurchschnitt: –3,8
() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz):

- Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau.
- Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre.
- Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei +24 000; 2016 bis 2021 Rückgang in der mittleren Variante auf +6 000; danach bis 2060 konstant.



Datenquellen

2

Statistik	Tabelle	Grafik	Karte	Übersicht
Bevölkerungsfortschreibung	T 1 bis T 5, T 8 bis T 12, T 14 bis T 16, T 21	G 1, G 2, G 3, G 7 bis G 10	K 1	-
Statistik der Geborenen	T 3, T 5 bis T 8, T 15	G 4, G 6, G 8	K 2	-
Statistik der Sterbefälle	T 3, T 5, T 7, T 9 bis T 11, T 15	G 3, G 4, G 6, G 10	K 2	-
Wanderungsstatistik	T 3, T 5, T 12, T 13, T 16	G 5, G 6	K 3	-
Ausländerstatistik – Ausländerzentralregister des Bundesverwaltungsamts	T 18, T 19, T 21	-	K 4	-
Einbürgerungsstatistik	T 20	G 11	-	-
Mikrozensus	T 1, T 17	-	-	-
„Rheinland-Pfalz 2060 – Vierte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2013)“	T 22 bis 24	G 12	K 5	-

Statistiken

Volkszählungen wurden in Rheinland-Pfalz in den Jahren 1950, 1961, 1970, 1987 und 2011 durchgeführt. Sie dienen der Feststellung amtlicher Einwohnerzahlen zum jeweiligen Erhebungsstichtag und liefern darüber hinaus flächendeckend differenzierte demografische Strukturdaten, die beispielsweise als Ausgangsbasis für die laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstands zwischen zwei Zählungen sowie als Auswahlgrundlage und Hochrechnungsrahmen u. a. für den Mikrozensus genutzt werden.

Die **Bevölkerungsfortschreibung** weist ausgehend von den Daten der jeweils letzten Volkszählung monatlich die Zahl und die Zusammensetzung der Bevölkerung sowie deren Veränderungen nach. Die Fortschreibung erfolgt im Wesentlichen auf der Grundlage der in den Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung sowie der in der Wanderungsstatistik erhobenen Daten. Ferner berücksichtigt werden Staatsangehörigkeitswechsel, sonstige Bestandskorrekturen und – zum Nachweis des Familienstandes – die Ergebnisse der Statistiken der Eheschließungen und Ehelösungen sowie ab dem Berichtsjahr 2011 zusätzlich die Statistiken der Begründungen und Aufhebungen gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften.

Zur Bevölkerung zählen alle meldepflichtigen Personen einschließlich der Ausländer/-innen am Ort der alleinigen bzw. Hauptwohnung. Nicht zur Bevölkerung gehören hingegen die Angehörigen der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familien.

Die Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung umfassen Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen sowie ab dem Berichtsjahr 2011 zusätzlich die Begründungen gleichgeschlechtlicher Lebens-

partnerschaften. Die **Statistiken der Geburten und Sterbefälle** beruhen auf Angaben von Standesbeamten/-innen, die das jeweilige Ereignis beurkundeten.

Die **Wanderungsstatistik** (räumliche Bevölkerungsbewegung) ermittelt auf Grundlage von Datenlieferungen der Meldebehörden die über Gemeindegrenzen erfolgenden Wechsel der alleinigen Wohnung bzw. der Hauptwohnung. Als Zu- bzw. Fortzug gelten dabei sowohl das Beziehen bzw. die Aufgabe der alleinigen Wohnung oder Hauptwohnung als auch die Änderung des Wohnungsstatus von Nebenwohnung in Hauptwohnung. Statistisch nicht erfasst werden Umzüge innerhalb der Gemeinden, An- und Abmeldungen von Nebenwohnungen sowie Umzüge von Personen, die nicht der Meldepflicht unterliegen (Angehörige der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familien).

Die Wanderungsstatistik weist die Wanderungsfälle, nicht aber die wandernden Personen nach. Damit kann die Zahl der Wanderungsfälle in einer Periode höher ausfallen als die Zahl der zu- bzw. abgewanderten Personen.

In unregelmäßigen Zeitabständen werden Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung auf der Grundlage der jeweils aktuellen fortgeschriebenen Bevölkerung erstellt. Die vierte regionalisierte **Bevölkerungsvorausberechnung** mit dem Basisjahr 2013 hat einen zeitlichen Horizont bis zum Jahr 2060. Die Ergebnisse wurden im Juli 2015 veröffentlicht. Die Berechnungen beziehen sich auf die Bevölkerungsfortschreibung zum 31. Dezember 2013 auf der Grundlage des Zensus 2011. Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung zeigen, wie sich die Zahl und die

Altersstruktur der Bevölkerung unter verschiedenen Annahmen zu den Einflussgrößen Geburtenrate, Lebenserwartung und Wanderungssaldo verändern. Folgende Annahmen liegen den aktuellen Modellrechnungen zugrunde:

- Die Geburtenrate bleibt bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau.
- Die Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre.
- Der Wanderungssaldo liegt 2014 und 2015 bei etwa 24 000 Nettozuzügen. Von 2016 bis 2021 wird in allen Varianten ein Rückgang des Wanderungssaldos unterstellt, der danach bis 2060 konstant ist. Bei der unteren Variante ist er ausgeglichen, bei der mittleren Variante liegt er bei +6 000 und bei der oberen Variante bei +10 000 Nettozuzügen pro Jahr.

In der **Statistik der Einbürgerungen** wird der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch ausländische Personen auf Grundlage von Meldungen der Ausländerbehörden erfasst. Unberücksichtigt bleibt der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt gemäß § 4 Abs.3 StAG (im Inland geborenes Kind ausländischer Eltern).

Grundvoraussetzung für eine Einbürgerung ist der legale, auf Dauer angelegte Aufenthalt einer Ausländerin bzw. eines Ausländers gemäß den üblichen ausländerrechtlichen Bestimmungen.

Die **Ausländerstatistik** basiert auf Auswertungen des beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geführten Ausländerzentralregisters (AZR). In diesem Register sind u. a. alle Ausländer/-innen erfasst, die sich nicht nur vorübergehend in Deutschland aufhalten. Die Meldung der Daten an das AZR erfolgt durch Ausländerbehörden, die in den Verwaltungen der kreisfreien Städte und Landkreise angesiedelt sind. In der Ausländerstatistik werden die Ausländer/-innen, die am Ende des jeweiligen Berichtsjahres in Deutschland ansässig waren, ausgewiesen.

Der **Mikrozensus** ist die größte jährliche Haushaltsbefragung in Europa. Befragt wird ein Prozent der Bevölkerung. Grundlage für diese Erhebung ist das Mikrozensusgesetz 2005 und die EU-Verordnung zur EU-Arbeitskräfteerhebung. In Deutschland liefert der Mikrozensus bereits seit 1957 (in den neuen Ländern seit 1991) statistische Informationen über die Bevölkerungsstruktur, die Entwicklung des Arbeitsmarktes, Aus- und Weiterbildung, Gesundheit und Wohnsituation sowie zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung, Familien, Lebensgemeinschaften und Haushalte.

Glossar

Altenquotient

Zahl der 65-jährigen und älteren Personen bezogen auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren. Da die über 65-Jährigen in der Regel nicht mehr erwerbstätig sind, zeigt diese Kennzahl das Verhältnis der nicht mehr erwerbstätigen Personen zu den erwerbsfähigen und in der Regel erwerbstätigen Generation zwischen 20 und 65 Jahren auf.

Ausländer/-innen

Alle Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG sind, d. h. nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Zu ihnen gehören somit auch Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Deutsche, die zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, gehören nicht zu den Ausländer/-innen. Die Mitglieder der Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen unterliegen mit ihren Familienangehörigen nicht den Bestimmungen des Ausländergesetzes. Sie werden somit statistisch nicht erfasst.

Bevölkerung

Zur Bevölkerung zählen alle meldepflichtigen Personen einschließlich der Ausländer/-innen am Ort der alleinigen bzw. Hauptwohnung. Nicht zur Bevölkerung gehören Angehörige der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie ausländischer diplomatischer und konsularischer Vertretungen mit ihren Familien.

Die **Bevölkerungsentwicklung** beschreibt die Entwicklung der Zahl

der Personen für ein bestimmtes Gebiet und ihre Veränderung.

Der **Bevölkerungsstand** umfasst die Anzahl der Personen und die Struktur der Bevölkerung, die zu einem bestimmten Zeitpunkt in einem bestimmten Gebiet leben. Er wird anhand der Bevölkerungsfortschreibung ermittelt.

Die **Bevölkerungsveränderung** (Saldo) stellt die Differenz zwischen dem Bevölkerungsstand am Ende und am Anfang eines Betrachtungszeitraums dar. Sie ergibt sich aus der Differenz zwischen den Geburten und Sterbefällen (natürlicher Saldo), Zu- und Abwanderungen über die Gebietsgrenze hinweg (Wanderungssaldo) sowie sonstigen bestandsrelevanten Korrekturen.

Durchschnittsalter (Medianalter)

Kennzahl zur Beschreibung der Altersstruktur einer Bevölkerung. Die Bevölkerung wird in zwei gleich große Gruppen geteilt: 50 Prozent sind jünger und 50 Prozent älter als das Medianalter. Die Zunahme des Medianalters einer Bevölkerung bedeutet, dass sie demografisch altert, eine Abnahme, dass sie sich demografisch verjüngt.

Einbürgerungen

Ein Anspruch auf den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung entsteht, wenn folgende Voraussetzungen vorliegen:

- Unbefristetes Aufenthaltsrecht der Aufenthaltserlaubnis zum Zeitpunkt der Einbürgerung.
- Seit acht Jahren gewöhnlicher und rechtmäßiger Aufenthalt in Deutschland.

Metadaten

- Lebensunterhaltssicherung (auch für unterhaltsberechtigten Familienangehörigen) ohne Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II („Hartz IV“).
- Ausreichende Deutschkenntnisse.
- Kenntnisse über die Rechts- und Gesellschaftsordnung sowie die Lebensverhältnisse in Deutschland („Einbürgerungstest“).
- Keine Verurteilung wegen einer Straftat.
- Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.
- Verlust bzw. Aufgabe der alten Staatsangehörigkeit.

Darüber hinaus besteht die Option, die deutsche Staatsangehörigkeit durch Ermessenseinbürgerung zu erwerben. Dabei beruht die Einbürgerung nicht auf einem durch Gesetz eingeräumten Anspruch, sondern auf einer Entscheidung, die der Gesetzgeber durch die Formulierung „kann“ in das Ermessen der Behörde gestellt hat.

Geburtenziffer

Die allgemeine Geburtenziffer bezieht die Zahl der Lebendgeborenen auf 1000 Einwohner/-innen. Die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer ist die Zahl der Lebendgeborenen bezogen auf 1000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren. Die altersspezifische Geburtenziffer beschreibt die Zahl der Lebendgeborenen von Müttern eines bestimmten Alters je 1000 Frauen gleichen Alters. Die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern ergibt die zusammengefasste Geburtenziffer (Fertilitätsrate, Geburtenrate).

Gestorbene

Bei der Erfassung der Gestorbenen sind Totgeborene, standesamtlich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen nicht berücksichtigt.

Hauptwohnung

Gemäß § 12 Abs. 2 des am 12. März 1994 inkraft getretenen Ersten Gesetzes zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes ist die Hauptwohnung die vorwiegend benutzte Wohnung der Einwohnerin bzw. des Einwohners. Hauptwohnung eines/-r verheirateten Einwohners/-in, der oder die nicht dauernd getrennt von seiner Familie lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie. Hauptwohnung eines/-r minderjährigen Einwohners/-in ist die vorwiegend benutzte Wohnung des Personensorgeberechtigten. Hauptwohnung einer behinderten Person, die in einer Behinderteneinrichtung untergebracht ist, bleibt auf Antrag dieser Person bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres ebenfalls die vorwiegend benutzte Wohnung des Personensorgeberechtigten. In Zweifelsfällen ist die vorwiegend benutzte Wohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen der Einwohnerin bzw. des Einwohners liegt.

Jugendquotient

Zahl der unter 20-Jährigen bezogen auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren. Da die unter 20-Jährigen häufig noch nicht erwerbstätig sind, zeigt diese Kennzahl das Verhältnis der noch nicht

erwerbstätigen Personen zu den erwerbsfähigen und in der Regel erwerbstätigen Bevölkerung zwischen 20 und 65 Jahren auf.

Lebendgeborene

Lebendgeborene sind Kinder, bei denen nach der Trennung vom Mutterleib entweder das Herz geschlagen, die Nabelschnur pulsiert oder die natürliche Lungenatmung eingesetzt hat. Die übrigen Kinder gelten als Totgeborene oder Fehlgeburten.

Lebenserwartung

Die durchschnittliche Lebenserwartung gibt die Zahl der weiteren Lebensjahre an, die eine Person in einem bestimmten Alter nach den im jeweiligen Beobachtungszeitraum geltenden Sterblichkeitsverhältnissen voraussichtlich noch leben könnte.

Migrationshintergrund

Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen nach definitiver Abgrenzung im Mikrozensus alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer/-innen und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer/-in in Deutschland geborenen Elternteil.

Natürlicher Saldo

Differenz aus Geburten und Sterbefällen.

Periodensterbetafel

Die Periodensterbetafel stellt ein mathematisches Modell der Sterblichkeitsverhältnisse einer Bevölkerung während eines bestimmten Beobachtungszeitraums dar. Sie dient insbesondere zur Berechnung altersspezifischer Sterbe- und Überlebenswahrscheinlichkeiten sowie der durchschnittlichen Lebenserwartung. Die nachgewiesene Lebenserwartung würde sich ergeben, wenn sich die Sterblichkeit in Zukunft nicht verändern würde. Die nachgewiesenen Altersangaben beziehen sich auf Personen, die das angegebene Lebensjahr gerade vollendet haben.

Sterbeziffern

Die Sterbeziffern nach Alter und Geschlecht beschreiben die Gestorbenen bestimmten Alters und Geschlechts je 1000 Lebende gleichen Alters und Geschlechts.

Totgeborene

Zu den Totgeborenen zählen nur Kinder, deren Geburtsgewicht mindestens 500 Gramm beträgt.

Wanderungen

Die Wanderungen ergeben sich aus der Gesamtheit der Wanderungsfälle, d.h. der Zu- oder Fortzüge über die Gemeindegrenzen. Als Wanderungsfall gilt also jedes Beziehen einer Wohnung als alleinige Wohnung oder Hauptwohnung und

jeder Auszug aus einer alleinigen Wohnung oder Hauptwohnung (Wohnungswechsel). Auch die Umwandlung eines Nebenwohnsitzes

in einen Hauptwohnsitz gilt als Wanderungsfall (Änderung des Wohnungsstatus).

Internet

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/bevoelkerung-und-gebiet
www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/demografischer-wandel

Pressemitteilungen

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/bevoelkerung-und-gebiet/pressemitteilungen

Statistische Berichte

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/bevoelkerung-und-gebiet/statistische-berichte

Beiträge in den Statistischen Monatsheften

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/bevoelkerung-und-gebiet/monatsheftbeitraege

Karten

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/bevoelkerung-und-gebiet/karten
www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/demografischer-wandel/karten

Übersichtstabellen

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/bevoelkerung-und-gebiet/basisdaten-regional

Analysen

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/bevoelkerung-und-gebiet/analysen

Regionalergebnisse

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/demografischer-wandel/regionalergebnisse

Regionaldatenbanken

www.statistik.rlp.de/regionaldaten/meine-heimat

Kurzpräsentationen

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/bevoelkerung-und-gebiet/kurzpraesentationen

Vorträge

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/demografischer-wandel/vortraege/

Gemeinschaftsveröffentlichungen

www.statistik-portal.de





3. Familien und Lebensformen



Inhaltsverzeichnis

Tabellen

T 1:	Ausgewählte Kennzahlen zu Familien und Haushalten in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1991–2014	80
T 2:	Familien 2013 nach Familientypen und Bundesländern	81
T 3:	Privathaushalte 2013 nach Haushaltsgröße und Bundesländern	82
T 4:	Familien 2005–2014 nach Familientypen und Zahl der Kinder	83
T 5:	Lebensformen und Familien 2005–2014 nach Zahl der Kinder und Erwerbsbeteiligung	84
T 6:	Lebensformen und Familien 2005–2014 nach Zahl der Kinder und Nettoeinkommen	85
T 7:	Kinder 2005–2014 nach Erwerbsbeteiligung der Eltern	86
T 8:	Kinder 2005–2014 nach Familien-Nettoeinkommen	86
T 9:	Kinder in Kindertagesbetreuung 2006–2015 nach Einrichtungsart und Alter	87
T 10:	Einrichtungen und Personal der Kindertagesbetreuung 2006–2015 nach ausgewählten Merkmalen	88
T 11:	Durchschnittliches Heiratsalter 2004–2014 nach Geschlecht und Familienstand vor Eheschließung	89
T 12:	Ehescheidungen 2004–2014 nach ausgewählten Merkmalen	89
T 13:	Privathaushalte 2004–2014 nach ausgewählten Merkmalen	90
T 14:	Haushalte insgesamt, Eigentümerhaushalte und Hauptmieterhaushalte 2002 und 2010 nach ausgewählten Merkmalen	91
T 15:	Privathaushalte und monatliche Bruttokaltmiete der Privathaushalte 2010 nach ausgewählten Merkmalen	92
T 16:	Armutsgefährdungsschwellen der Bevölkerung in Privathaushalten 2005–2013 nach ausgewählten Merkmalen	93
T 17:	Armutsgefährdungsquote der Bevölkerung in Privathaushalten 2005–2013 nach ausgewählten Merkmalen	94
T 18:	Beratene Personen in Schuldnerberatung 2013 nach ausgewählten Merkmalen	95
T 19:	Privathaushalte, Nettoeinkommen, Konsumausgaben und Ersparnis der Haushalte 1998 und 2008 nach ausgewählten Merkmalen	96
T 20:	Ausgewählte Einkommensarten und Abzüge von Privathaushalten 1998 und 2008 nach Stellung im Beruf des/der Haupteinkommensbeziehers/-in	97
T 21:	Konsumausgaben von Privathaushalten 1998 und 2008 nach Stellung im Beruf des/der Haupteinkommensbeziehers/-in	97
T 22:	Konsumausgaben von Privathaushalten 1998 und 2008 nach Lebensform	98
T 23:	Ausstattung von Privathaushalten mit ausgewählten Gebrauchsgütern 2003 und 2013 nach Stellung im Beruf des/der Haupteinkommensbeziehers/-in	99
T 24:	Informations- und Kommunikationstechnologienutzung in Privathaushalten 2014	99
T 25:	Kinder in Kindertagesbetreuung am 1. März 2015 nach Alter und Verwaltungsbezirken	100
T 26:	Eheschließungen und Ehescheidungen 2004–2014 nach Verwaltungsbezirken	102

Grafiken

G 1:	Armutsgefährdungsquote 2013 nach Bundesländern	79
G 2:	Kinder 2013 nach Bundesländern	81
G 3:	Durchschnittliche Haushaltsgröße 2013 nach Bundesländern	82
G 4:	Familien 2014 nach Zahl der Kinder	83
G 5:	Kinder 2014 nach Erwerbsbeteiligung der Eltern	86
G 6:	Unter 3-Jährige in Kindertagesbetreuung 2006–2015	88
G 7:	Gesamtscheidungsquoten der Heiratsjahrgänge 1950–2014	89
G 8:	Bewohnte Wohnungen 2010 nach Wärmeenergiemix	93
G 9:	Online-Käufe in Privathaushalten 2014 nach Art der gekauften Waren und Dienstleistungen	98

Karten

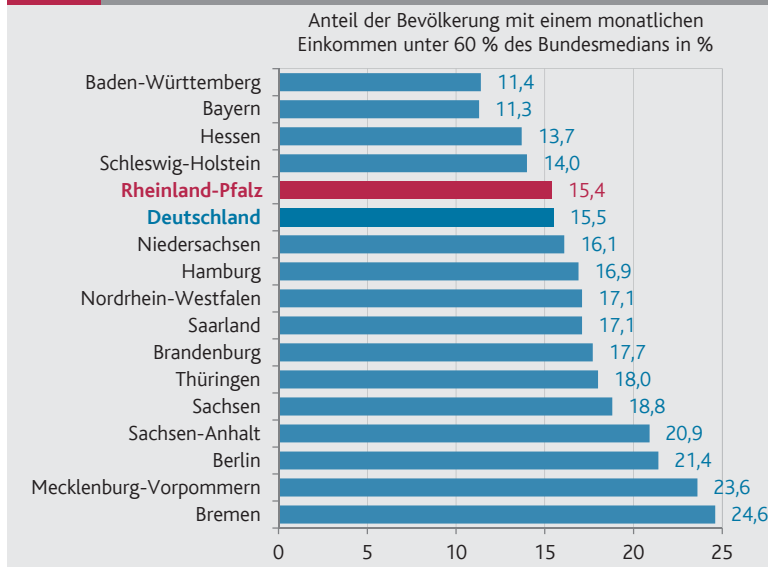
K 1: Betreuungsquote der unter 3-Jährigen in Kindertagesbetreuung am 1. März 2015 nach Verwaltungsbezirken	101
K 2: Ehescheidungen 2014 nach Verwaltungsbezirken	103

Metadaten

Datenquellen	104
Statistiken	104
Glossar	105
Internet	108

- Immer weniger Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer leben in Familien mit Kindern. Ihr Anteil lag 2014 bei 50 Prozent im Jahr 2000 waren es noch 56 Prozent.
- Der Anteil der Bevölkerung in Lebensformen ohne Kinder, also Alleinstehende oder Paare ohne Kinder, ist 2014 auf 50 Prozent gestiegen.
- Im selben Jahr lebten 952 100 Kinder in rheinland-pfälzischen Familien. Der Anteil der Kinder an der Bevölkerung in Familien lag bei gut 24 Prozent
- Die Zahl der Privathaushalte belief sich auf gut 1,9 Millionen. Mehr als ein Drittel davon waren Einpersonenhaushalte.
- Die durchschnittliche Haushaltsgröße lag bei 2,1 Haushaltsmitgliedern.
- Im Jahr 2014 wurden 19 630 Ehen geschlossen. Frauen heirateten mit durchschnittlich 34,4 Jahren, ihre Ehepartner waren im Durchschnitt 3,1 Jahre älter.
- Die Betreuung von Kindern außerhalb des Elternhauses nimmt zu: Fast jedes dritte Kind unter 3 Jahren ist in Tagesbetreuung (32 Prozent), bei den 3- bis unter 6-Jährigen sind es 98 Prozent.

G 1 Armutsgefährdungsquote 2013 nach Bundesländern



Die Armutsgefährdungsquote misst die relative Einkommensarmut in Privathaushalten. Personen, die weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung haben, sind demnach von Armut bedroht. Im Jahr 2013 traf dies auf 15,4 Prozent der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz zu. Lediglich vier Länder verzeichneten eine niedrigere Armutsgefährdungsquote. Bundesweit lag die Armutsgefährdungsquote bei 15,5 Prozent, wobei Bremen mit rund 25 Prozent und Mecklenburg-Vorpommern mit rund 24 Prozent mehr als doppelt so hohe Werte aufwiesen wie Baden-Württemberg und Bayern mit jeweils gut elf Prozent.

T 1 Ausgewählte Kennzahlen zu Familien und Haushalten in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1991–2014

Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz						Deutschland	
		1991	2000	2005	2010	2013	2014	2013	2014
Bevölkerung in Familien/Lebensformen	1 000	.	4 007,3	4 027,2	3 971,3	3 943,5	3 953,8	79 773,0	...
Familien mit Kindern	1 000	.	2 260,1	2 212,4	2 048,1	1 998,3	1 985,6	38 910,0	...
Anteil an der Bevölkerung insgesamt	%	.	56,4	54,9	51,6	50,7	50,2	48,8	...
Lebensformen ohne Kinder	1 000	.	1 747,1	1 814,8	1 923,2	1 945,2	1 968,1	40 863,0	...
Anteil an der Bevölkerung insgesamt	%	.	43,6	45,1	48,4	49,3	49,8	51,2	...
Kinder	1 000	.	1 072,1	1 060,9	986,8	956,2	952,1	18 649,0	...
Eheschließungen	Anzahl	24 796	22 129	20 265	20 172	19 223	19 627	373 655	...
	je 1 000 der Bevölkerung ¹	6,5	5,5	5,0	5,0	4,8	4,9	4,6	...
Durchschnittliches Heiratsalter									
Frauen	Jahre	28,2	31,4	32,9	33,6	34,3	34,4	34,7	...
Männer	Jahre	31,1	34,7	36,3	36,9	37,5	37,5	37,8	...
Ehescheidungen	Anzahl	8 132	10 416	10 653	10 483	9 377	9 022	169 833	166 199
	je 1 000 bestehende Ehen	8,8	10,5	11,3	11,6	9,9	9,6
Bevölkerung in Privathaushalten ²	1 000	3 817,6	4 069,5	4 071,5	4 005,2	3 968,9	3 982,8	80 508	...
Privathaushalte	1 000	1 619,8	1 834,5	1 872,1	1 892,9	1 887,5	1 901,4	39 933,0	...
Einpersonenhaushalte	Anteile in %	30,3	33,6	35,5	35,9	36,3	35,9	40,5	...
Mehrpersonenhaushalte	Anteile in %	69,7	66,4	64,5	64,1	63,7	62,9	59,5	...
durchschnittliche Haushaltsgröße	Anzahl	2,4	2,2	2,2	2,1	2,1	2,1	2,0	...
Haushaltsnettoeinkommen									
bis 1 500 EUR	Anteile in %	.	.	40,3	33,5	30,3	29,3	33,2	...
1 500 – 2 600 EUR	Anteile in %	.	.	30,9	32,0	30,5	30,3	31,6	...
2 600 – 3 200 EUR	Anteile in %	.	.	10,4	11,1	11,8	11,9	11,0	...
3 200 – 4 500 EUR	Anteile in %	.	.	11,8	13,8	15,8	16,1	14,0	...
4 500 EUR und mehr	Anteile in %	.	.	6,6	9,5	11,6	12,4	10,2	...
Armutsgefährdungsquote ³	%	.	.	15,2	15,7	16,7	...	15,5	...
Alleinstehende	%	.	.	24,7	25,7	27,1	...	26,4	...
Alleinerziehende	%	.	.	44,6	42,1	50,6	...	43,0	...
Paare ohne Kind(er)	%	.	.	11,1	10,8	11,6	...	9,3	...
Paare mit einem Kind	%	.	.	10,2	10,1	10,7	...	9,5	...
Paare mit zwei Kindern	%	.	.	11,3	11,1	11,4	...	10,8	...
Paare mit drei und mehr Kindern	%	.	.	25,3	28,5	28,0	...	24,3	...
Einkommensreichumsquote ³	%	.	.	7,3	8,4	8,0	...	8,2	...

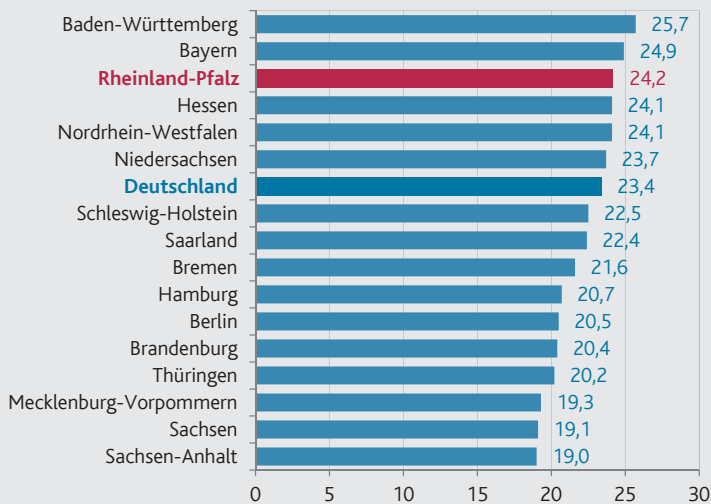
¹ Bis 2010 Fortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987, in den Folgejahren des Zensus 2011; 2014 durchschnittliche Bevölkerung des Jahres 2013. – ² Am Haupt- und Nebenwohnsitz. – ³ Ergebnisse für Rheinland-Pfalz gemessen am Landesmedian, für Deutschland gemessen am Bundesmedian.

T 2 Familien 2013 nach Familientypen und Bundesländern

Bundesland	Insgesamt	Ehepaare	Lebens- gemeinschaften	Alleinerziehende			Mitglieder je Familie
				insgesamt	Mütter	Väter	
	1 000	%		1 000	%		Anzahl
Baden-Württemberg	1 588	74,4	5,2	324	84,8	15,2	3,5
Bayern	1 873	73,3	5,4	397	84,2	15,8	3,4
Berlin	431	50,6	14,6	150	87,3	12,7	3,3
Brandenburg	344	54,4	17,2	98	87,8	12,2	3,2
Bremen	84	59,5	8,3	27	92,6	7,4	3,4
Hamburg	227	60,5	8,8	69	87,1	12,9	3,3
Hessen	895	72,3	6,9	186	85,5	14,5	3,4
Mecklenburg-Vorpommern	207	56,5	15,9	57	87,7	12,3	3,2
Niedersachsen	1 088	71,0	6,9	240	85,4	14,6	3,5
Nordrhein-Westfalen	2 513	71,4	6,0	569	86,0	14,0	3,4
Rheinland-Pfalz	586	72,8	5,1	130	82,9	17,1	3,4
Saarland	144	69,2	5,6	37	80,6	19,4	3,3
Sachsen	513	55,6	18,1	135	85,9	14,1	3,2
Sachsen-Anhalt	289	54,4	18,1	82	87,8	12,2	3,1
Schleswig-Holstein	379	67,5	8,2	92	87,0	13,0	3,4
Thüringen	299	55,9	15,7	85	87,1	12,9	3,2
Deutschland	11 470	68,7	8,0	2 679	85,6	14,4	3,4

G 2 Kinder¹ 2013 nach Bundesländern

Anteil an der Bevölkerung in Familien/Lebensformen in %



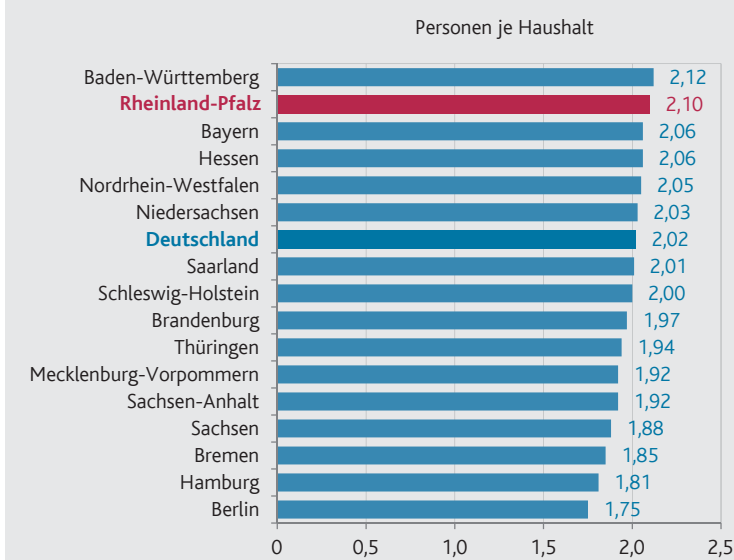
Als Kinder werden im Mikrozensus alle ledigen Personen ohne Lebenspartnerin bzw. Lebenspartner und ohne eigene Kinder im Haushalt gezählt, die mit mindestens einem Elternteil in einer Familie leben. Eine Altersbegrenzung besteht nicht. Der Anteil der Kinder an der Bevölkerung in Familien lag 2013 in Rheinland-Pfalz bei gut 24 Prozent und damit über dem Bundesdurchschnitt. Den geringsten Anteil an Kindern gibt es in Sachsen-Anhalt mit 19 Prozent, den höchsten Wert erreicht Baden-Württemberg mit knapp 26 Prozent.

1 Ledige Kinder ohne Altersbegrenzung.

T 3 Privathaushalte 2013 nach Haushaltsgröße und Bundesländern

Bundesland	Insgesamt		Einpersonenhaushalte		Mehrpersonenhaushalte				
	insgesamt	Veränderung zu 2003			zusammen	davon mit ... Personen			
			2	3		4	5 und mehr		
	1 000	%	1 000	%	1 000	%			
Baden-Württemberg	5 014	3,1	1 929	38,5	3 086	33,1	12,6	11,4	4,4
Bayern	6 123	7,8	2 459	40,2	3 664	32,7	12,8	10,6	3,8
Berlin	1 934	2,7	1 048	54,2	885	28,1	9,6	5,7	2,3
Brandenburg	1 238	3,0	463	37,4	775	39,3	14,3	7,2	1,8
Bremen	353	0,3	171	48,4	183	32,0	10,2	6,2	3,1
Hamburg	965	4,1	494	51,2	471	29,3	10,2	6,9	2,4
Hessen	2 937	2,7	1 149	39,1	1 788	34,0	13,1	10,4	3,4
Mecklenburg-Vorpommern	828	1,0	336	40,6	492	37,9	13,0	6,5	1,9
Niedersachsen	3 828	2,6	1 549	40,5	2 279	34,4	12,1	9,4	3,7
Nordrhein-Westfalen	8 519	1,1	3 334	39,1	5 185	35,1	12,3	9,6	3,7
Rheinland-Pfalz	1 887	0,9	686	36,4	1 202	36,0	14,0	10,0	3,8
Saarland	493	-3,3	194	39,4	299	35,9	13,8	8,5	2,6
Sachsen	2 146	0,1	915	42,6	1 231	37,3	12,0	6,3	1,8
Sachsen-Anhalt	1 154	-4,5	455	39,4	700	38,9	14,0	6,2	1,4
Schleswig-Holstein	1 403	4,0	554	39,5	849	36,7	11,8	8,8	3,2
Thüringen	1 109	-0,4	441	39,8	668	37,5	14,0	6,9	1,8
Deutschland	39 933	2,5	16 176	40,5	23 757	34,4	12,5	9,2	3,3

G 3 Durchschnittliche Haushaltsgröße 2013 nach Bundesländern



In keinem anderen Bundesland leben weniger Menschen allein als in Rheinland-Pfalz. Der Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Haushalten reichte 2013 von 36 Prozent in Rheinland-Pfalz bis 54 Prozent in Berlin.

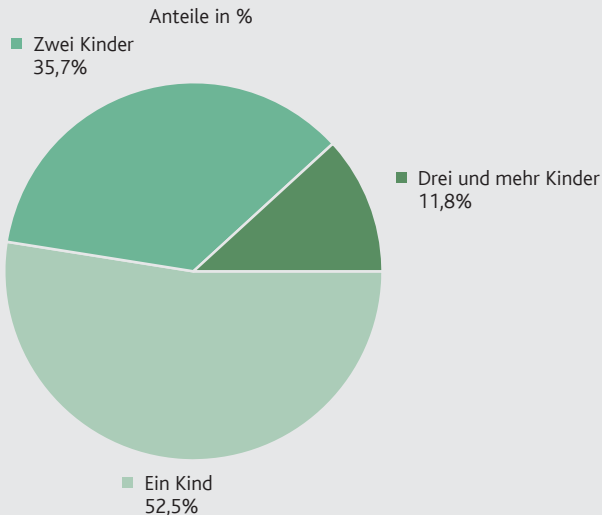
In einem rheinland-pfälzischen Haushalt leben durchschnittlich 2,1 Personen. Nur in Baden-Württemberg fällt die durchschnittliche Haushaltsgröße höher aus (2,12 Personen). Am kleinsten sind die Haushalte in den drei Stadtstaaten mit Werten zwischen 1,75 und 1,85 Personen je Haushalt. Bundesweit betrug die durchschnittliche Haushaltsgröße 2,2 Personen.

T 4 Familien 2005–2014 nach Familientypen und Zahl der Kinder

Familientyp Zahl der Kinder	2005	2010	2013	2014			
				insgesamt	Anteil an insgesamt	Veränderung zu	
						2005	2013
	1 000				%	Prozentpunkte	
Familien insgesamt	637,0	597,4	586,0	583,6	100		
mit einem Kind	315,7	302,2	307,8	306,1	52,5	2,9	-0,1
mit zwei Kindern	243,0	224,5	209,1	208,5	35,7	-2,4	0,0
mit drei und mehr Kindern	78,3	70,8	69,0	69,0	11,8	-0,5	0,0
Ehepaare	485,0	434,2	426,2	418,4	100		
mit einem Kind	218,8	195,0	201,5	193,7	46,3	1,2	-1,0
mit zwei Kindern	199,6	181,7	165,6	167,5	40,0	-1,1	1,2
mit drei und mehr Kindern	66,6	57,4	59,0	57,1	13,6	-0,1	-0,2
Lebensgemeinschaften	29,5	29,8	29,9	31,6	100		
mit einem Kind	17,9	18,3	19,8	21,0	66,5	5,8	0,2
mit zwei Kindern	(9,0)	(8,8)	(8,2)	(7,7)	(24,4)	(-6,1)	(3,1)
mit drei und mehr Kindern	/	/	/	/	/	/	/
Alleinerziehende	122,5	133,5	129,9	133,6	100		
mit einem Kind	78,9	88,8	86,5	91,4	68,4	4,0	1,8
mit zwei Kindern	34,5	34,0	35,3	33,2	24,9	-3,3	-2,3
mit drei und mehr Kindern	(9,1)	(10,7)	(8,1)	(8,9)	(6,7)	(-0,8)	(0,4)

3

G 4 Familien 2014 nach Zahl der Kinder



Im Jahr 2014 lebten in Rheinland-Pfalz 583 600 Familien mit Kindern. In mehr als der Hälfte der Familien gab es nur ein Kind. Rund 36 Prozent der Familien haben zwei Kinder, in knapp zwölf Prozent der Familien wohnten drei oder mehr Kinder im gemeinsamen Haushalt.

Die klassische Familie aus einem Ehepaar mit Kind bzw. Kindern ist nach wie vor der vorherrschende Familientyp in Rheinland-Pfalz. Fast drei Viertel der Familien bestehen aus einem Ehepaar mit einem bzw. mehreren Kindern. Rund 23 Prozent der Familien sind Alleinerziehende mit Kind bzw. Kindern.

T 5

Lebensformen und Familien 2005–2014 nach Zahl der Kinder und Erwerbsbeteiligung

3

Lebensform/Familien Erwerbstätigkeit	2005	2010	2013	2014			
				ins- gesamt	Anteil an insgesamt	Veränderung zu	
						2005	2013
1 000				%			
Lebensformen ohne Kinder ¹							
Beide Partner/-innen erwerbstätig	178,2	206,2	206,2	218,2	37,9	5,6	1,6
Ein/e Partner/-in erwerbstätig	110,9	104,2	111,0	113,9	19,8	-0,3	0,3
Beide Partner/-innen nicht erwerbstätig	262,8	273,1	252,4	243,4	42,3	-5,3	-1,9
Familien mit einem ledigen Kind unter 18 Jahren							
Beide Partner/-innen bzw. Elternteil ² erwerbstätig	144,0	146,3	147,1	150,9	72,4	9,6	1,0
Ein/e Partner/-in erwerbstätig	62,1	42,8	42,5	39,5	19,0	-8,1	-1,7
Beide Partner/-innen bzw. Elternteil ² nicht erwerbstätig	23,0	16,8	16,4	18,0	8,6	-1,4	0,7
Familien mit zwei ledigen Kindern unter 18 Jahren							
Beide Partner/-innen bzw. Elternteil ² erwerbstätig	102,1	99,9	102,1	100,4	71,6	12,1	1,1
Ein/e Partner/-in erwerbstätig	56,1	39,9	33,8	30,4	21,7	-11,0	-1,7
Beide Partner/-innen bzw. Elternteil ² nicht erwerbstätig	13,7	11,8	(9,0)	(9,5)	(6,8)	(-1,2)	(0,6)
Familien mit drei ledigen Kindern unter 18 Jahren							
Beide Partner/-innen bzw. Elternteil ² erwerbstätig	19,5	19,6	21,5	22,4	51,4	13,6	1,6
Ein/e Partner/-in erwerbstätig	25,2	18,6	17,8	15,5	35,6	-13,3	-5,7
Beide Partner/-innen bzw. Elternteil ² nicht erwerbstätig	(7,0)	(5,7)	/	5,6	12,8	(-0,7)	/
Familien mit ledigen Kindern unter 18 Jahren insgesamt							
Beide Partner/-innen bzw. Elternteil ² erwerbstätig	265,6	265,8	270,7	273,8	69,8	11,1	1,1
Ein/e Partner/-in erwerbstätig	143,3	101,4	94,1	85,4	21,8	-9,9	-2,1
Beide Partner/-innen bzw. Elternteil ² nicht erwerbstätig	43,7	34,3	29,1	33,0	8,4	-1,2	1,0
1 Ledige Kinder ohne Altersbegrenzung. – 2 Alleinerziehendes Elternteil.							

T 6 Lebensformen und Familien 2005–2014 nach Zahl der Kinder und Nettoeinkommen¹

Lebensform/Familien Nettoeinkommen	2005	2010	2013	2014			
				ins- gesamt	Anteil an insgesamt	Veränderung zu	
						2005	2013
	1 000	%	Prozentpunkte				
Lebensformen ohne Kinder ²	1 163,5	1 253,4	1 262,7	1 280,5	100	x	x
unter 1 500 EUR	633,7	581,7	528,8	523,3	40,9	-13,6	-1,0
1 500 – 2 600 EUR	333,7	403,5	413,1	422,8	33,0	4,3	0,3
2 600 – 3 200 EUR	79,6	103,1	115,3	119,1	9,3	2,5	0,2
3 200 – 4 500 EUR	75,9	103,6	129,0	129,5	10,1	3,6	-0,1
4 500 und mehr	40,6	61,6	76,6	86,0	6,7	3,2	0,6
Familien mit einem Kind ³	204,6	192,2	188,5	(193,5)	100	x	x
unter 1 500 EUR	47,7	37,4	32,5	33,4	17,3	-6,0	0,0
1 500 – 2 600 EUR	74,2	57,2	51,5	51,9	26,8	-9,4	-0,5
2 600 – 3 200 EUR	29,3	27,2	28,7	29,5	15,3	0,9	0,0
3 200 – 4 500 EUR	34,0	41,5	42,6	46,1	23,8	7,2	1,2
4 500 und mehr	19,5	29,0	33,1	32,4	16,8	7,2	-0,8
Familien mit zwei Kindern ³	155,1	143,3	132,1	130,8	100	x	x
unter 1 500 EUR	21,9	16,8	16,2	12,0	9,2	-4,9	-3,1
1 500 – 2 600 EUR	57,2	47,6	32,0	33,4	25,5	-11,3	1,3
2 600 – 3 200 EUR	27,7	23,7	23,6	21,3	16,3	-1,6	-1,6
3 200 – 4 500 EUR	33,4	33,6	32,6	34,5	26,4	4,8	1,7
4 500 und mehr	14,7	21,7	27,7	29,6	22,6	13,2	1,7
Familien mit drei und mehr Kindern ³	45,6	41,4	39,4	39,5	100	x	x
unter 1 500 EUR	(6,6)	/	/	/	/	/	/
1 500 – 2 600 EUR	16,7	16,5	11,0	11,7	29,6	-7,0	1,7
2 600 – 3 200 EUR	(9,7)	(6,8)	(7,5)	(7,0)	(17,7)	(-3,6)	(-1,3)
3 200 – 4 500 EUR	(8,0)	(6,5)	(9,3)	(10,1)	(25,6)	(8,0)	(2,0)
4 500 und mehr	/	(6,9)	(8,4)	(8,2)	(20,8)	/	(-0,6)
Familien mit Kindern ³ insgesamt	405,3	337,0	360,0	363,7	100	x	x
unter 1 500 EUR	76,2	58,9	52,0	47,7	13,1	-5,7	-1,3
1 500 – 2 600 EUR	148,3	121,4	94,5	97,2	26,7	-9,9	0,5
2 600 – 3 200 EUR	66,6	57,7	59,8	57,8	15,9	-0,5	-0,7
3 200 – 4 500 EUR	75,4	81,5	84,4	90,7	24,9	6,3	1,5
4 500 und mehr	38,8	57,5	69,2	70,3	13,3	9,8	0,1

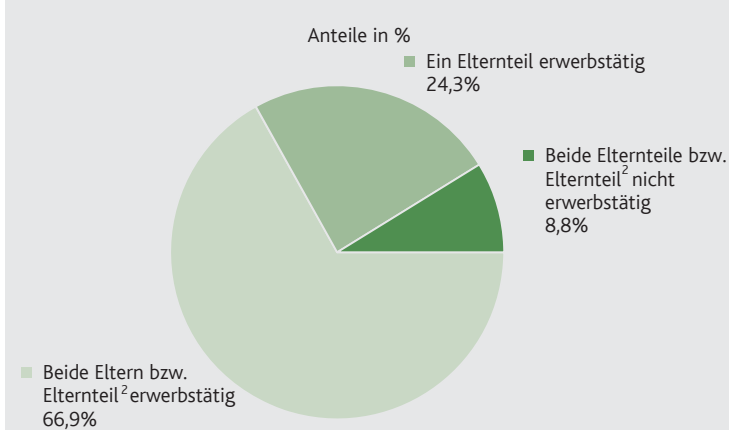
1 Bevölkerung in Familien/Lebensformen mit Angaben zum Nettoeinkommen. – 2 Ledige Kinder ohne Altersbegrenzung. – 3 Ledige Kinder unter 18 Jahren.

T 7 Kinder¹ 2005–2014 nach Erwerbsbeteiligung der Eltern

Erwerbstätigkeit der Eltern	2005	2010	2013	2014			
				insgesamt	Anteil an insgesamt	Veränderung zu	
						2005	2013
		1 000			%	Prozentpunkte	
Beide Eltern bzw. Elternteil ² erwerbstätig	409,2	407,9	419,1	422,8	66,9	11,7	1,3
Ein Elternteil erwerbstätig	258,5	185,9	171,4	153,5	24,3	-10,6	-2,6
Beide Elternteile bzw. Elternteil ² nicht erwerbstätig	73,1	60,4	47,9	55,6	8,8	-1,1	1,3

1 Ledige Kinder unter 18 Jahren. – 2 Alleinerziehendes Elternteil.

G 5 Kinder¹ 2014 nach Erwerbsbeteiligung der Eltern



Gut zwei Drittel der rheinland-pfälzischen Kinder unter 18 Jahren lebten 2014 in Familien mit zwei erwerbstätigen Eltern-teilen bzw. einem alleinerziehenden erwerbstätigen Elternteil. Im Vergleich zu 2005 ist der Anteil um zwölf Prozent-punkte gestiegen.

Bei 24 Prozent der Kinder unter 18 Jahren war nur ein Elternteil erwerbstätig. Der Anteil der Kinder mit ausschließlich erwerbslosen Eltern bzw. alleinerziehendem erwerbslosen Elternteil lag zuletzt bei 8,8 Prozent.

1 Ledige Kinder unter 18 Jahren. – 2 Alleinerziehendes Elternteil.

T 8 Kinder¹ 2005–2014 nach Familien-Nettoeinkommen

Familien-Nettoeinkommen	2005	2010	2013	2014			
				ins- gesamt	Anteil an insgesamt	Veränderung zu	
						2005	2013
		1 000			%	Prozentpunkte	
Unter 1 500 EUR	151,1	111,9	94,4	84,1	9,6	-5,9	-1,3
1 500 – 2 600 EUR	334,6	278,0	211,4	212,8	24,4	-10,0	-0,1
2 600 – 3 200 EUR	161,1	140,4	139,7	135,9	15,6	-1,0	-0,6
3 200 – 4 500 EUR	206,5	214,7	214,0	229,5	26,3	5,1	1,5
4 500 und mehr	119,6	172,9	202,7	210,4	24,1	11,8	0,6

1 Ledige Kinder ohne Altersbegrenzung.

T 9 Kinder in Kindertagesbetreuung 2006–2015 nach Einrichtungsart und Alter

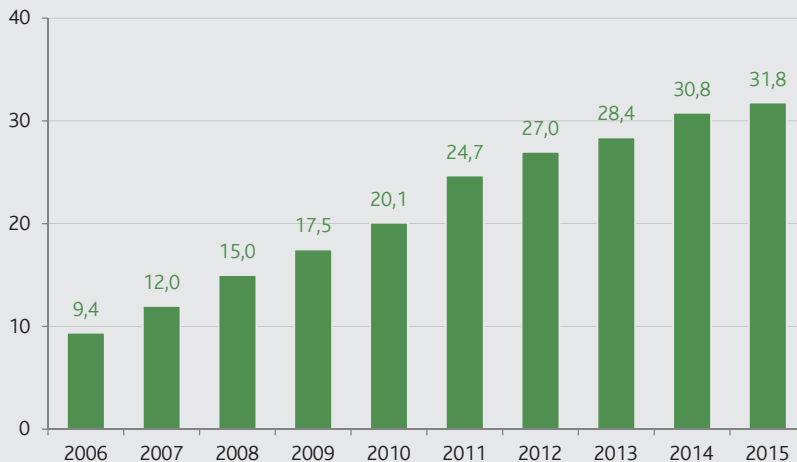
Alter	2006	2010	2014	2015		
				ins- gesamt	Veränderung zu	
					2006	2014
	Tagesbetreuung insgesamt (Tageseinrichtungen und Tagespflege)					
	Anzahl				%	
Insgesamt	144 899	141 427	150 722	151 344	4,4	0,4
unter 3 Jahre	9 527	19 365	29 617	30 286	217,9	2,3
3 – 6 Jahre	104 633	96 053	95 624	96 066	-8,2	0,5
6 – 14 Jahre	30 739	26 009	25 481	24 992	-18,7	-1,9
	Anteil an allen Kindern entsprechenden Alters in %				Prozentpunkte	
unter 3 Jahre	9,4	20,1	30,9	31,8	22,4	0,9
3 – 6 Jahre	93,6	96,6	97,7	97,4	3,8	-0,3
6 – 14 Jahre	9,0	8,3	9,0	8,9	-0,1	-0,1
	In Einrichtungen betreute Kinder					
	Anzahl				%	
Zusammen	143 680	138 683	147 683	148 609	3,4	0,6
unter 3 Jahre	8 949	17 702	27 483	28 393	217,3	3,3
3 – 6 Jahre	104 534	95 910	95 473	95 961	-8,2	0,5
6 – 14 Jahre	30 197	25 071	24 727	24 255	-19,7	-1,9
	Anteil an allen Kindern entsprechenden Alters in %				Prozentpunkte	
unter 3 Jahre	8,8	18,4	28,7	29,8	21,0	1,1
3 – 6 Jahre	93,5	96,5	97,5	97,3	3,8	-0,2
6 – 14 Jahre	8,8	8,0	8,7	8,7	-0,1	-0,0
	In Tagespflege betreute Kinder					
	Anzahl				%	
Zusammen	1 761	3 836	4 709	4 409	150,4	-6,4
unter 3 Jahre	618	1 832	2 361	2 056	232,7	-12,9
3 – 6 Jahre	390	746	959	863	121,3	-10,0
6 – 14 Jahre	753	1 258	1 389	1 490	97,9	7,3
	Anteil an allen Kindern entsprechenden Alters in %				Prozentpunkte	
unter 3 Jahre	0,6	1,9	2,5	2,2	1,6	-0,3
3 – 6 Jahre	0,3	0,8	1,0	0,9	0,5	-0,1
6 – 14 Jahre	0,2	0,4	0,5	0,5	0,3	0,0

T 10 Einrichtungen und Personal der Kindertagesbetreuung 2006–2015 nach ausgewählten Merkmalen

Merkmal	2006	2010	2014	2015		
				ins- gesamt	Veränderung zu	
					2006	2014
	Anzahl				%	
Träger der Einrichtungen	2 348	2 418	2 472	2 495	6,3	0,9
Öffentliche Träger	1 067	1 067	1 140	1 158	8,5	1,6
Caritasverband	722	722	699	703	-2,6	0,6
Diakonisches Werk	419	421	416	423	1,0	1,7
Sonstige Träger	140	208	217	211	50,7	-2,8
Personal						
in Tageseinrichtungen	24 013	27 872	34 237	35 616	48,3	4,0
pädagogisches Leitungs- und Verwaltungspersonal	19 527	22 636	27 731	28 919	48,1	4,3
hauswirtschaftliches und technisches Personal	4 486	5 236	6 506	6 697	49,3	2,9
Tagesmütter und -väter	1 198	1 890	1 793	1 800	50,3	0,4
Tagesmütter	1 165	1 834	1 757	1 762	51,2	0,3
Tagesväter	33	56	36	38	15,2	5,6

G 6 Unter 3-Jährige in Kindertagesbetreuung 2006–2015

Anteil an allen Kindern dieser Altersgruppen in %



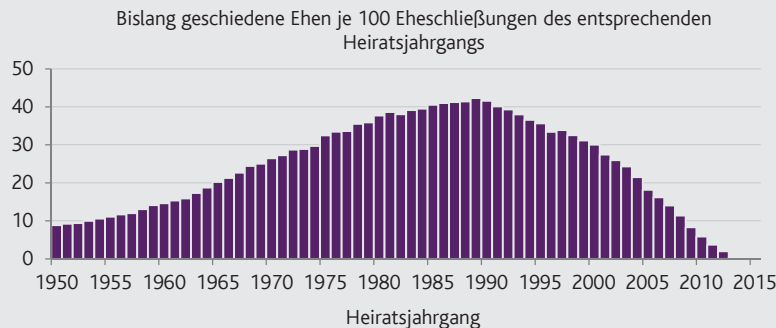
Die Zahl der Kinder unter drei Jahren, die tagsüber außerhalb des Elternhauses betreut werden, hat in Rheinland-Pfalz im Zeitverlauf deutlich zugenommen. Im März 2015 waren es fast 30 300 Kinder, die Betreuungsquote belief sich auf 31,8 Prozent. Im Jahr 2006 waren erst 9 500 Kinder in der Obhut einer Tageseinrichtung oder Tagesmutter; der Anteil der betreuten Kinder lag damals bei 9,4 Prozent.

T 11 Durchschnittliches Heiratsalter 2004–2014 nach Geschlecht und Familienstand vor Eheschließung

Geschlecht Familienstand vor Eheschließung	2004	2005	2010	2013	2014		
					insgesamt	Veränderung zu	
						2004	2013
durchschnittliches Alter in Jahren					in Jahren		
Frauen insgesamt	32,7	32,9	33,6	34,3	34,4	1,7	0,1
ledig	28,6	28,9	29,5	30,1	30,3	1,7	0,2
verwitwet	49,9	50,5	52,3	55,3	54,1	4,2	-1,2
geschieden	41,1	41,5	43,7	45,3	45,6	4,5	0,3
Männer insgesamt	36,2	36,3	36,9	37,5	37,5	1,3	-
ledig	31,9	32,1	32,5	32,9	33,0	1,1	0,1
verwitwet	59,7	61,4	62,7	64,1	63,3	3,6	-0,8
geschieden	44,6	45,0	47,0	48,5	48,8	4,2	0,3

T 12 Ehescheidungen 2004–2014 nach ausgewählten Merkmalen

Merkmal	2004	2005	2010	2013	2014		
					insgesamt	Veränderung zu	
						2004	2013
	Anzahl					%	
Ehescheidungen insgesamt	11 298	10 653	10 483	9 377	9 022	-20,1	-3,8
je 1 000 bestehende Ehen	11,7	11,1	11,6	9,9	9,6	-17,9	-3,0
	Jahre					Veränderung in Jahren	
Durchschnittliche Ehedauer bis zur Scheidung	12,6	12,9	13,5	14,1	14,1	1,5	-0,0
Durchschnittliches Alter der geschiedenen							
Frauen	38,9	39,4	41,0	42,1	42,2	3,3	0,1
Männer	41,7	42,3	44,0	45,2	45,4	3,7	0,2

G 7 Gesamtscheidungsquoten der Heiratsjahrgänge 1950–2014

Bis Ende 2014 wurde von den vor zehn Jahren geschlossenen Ehen jede fünfte bereits wieder endgültig getrennt. Nahezu 40 Prozent der Paare, die in den 80er-Jahren den „Bund fürs Leben“ eingingen, haben sich wieder getrennt. Die höchste Gesamtscheidungsquote weist der Heiratsjahrgang 1989 auf: 42 Prozent der in jenem Jahr geschlossenen Ehen wurden bisher beendet.

T 13 Privathaushalte 2004–2014 nach ausgewählten Merkmalen

Merkmal	2004	2005	2010	2013	2014			
					insgesamt	Anteil an insgesamt	Veränderung zu	
							2004	2013
	1 000				%	Prozentpunkte		
Zahl der ledigen Kinder ¹ im Haushalt								
Ohne Kinder	1 235,9	1 236,1	1 295,8	1 302,4	1 318,4	77,1	3,9	0,3
Mit Kindern	453,5	452,5	401,6	393,4	392,2	22,9	-3,9	-0,3
einem Kind	224,4	228,2	205,5	204,1	207,3	12,1	-1,4	0,1
zwei Kindern	172,5	172,6	152,0	145,8	141,2	8,3	-2,0	-0,3
drei Kindern	45,9	42,2	34,0	34,4	34,9	2,0	-0,5	0,0
vier und mehr Kindern	10,8	(9,6)	10,0	(9,1)	(8,8)	(0,5)	(-0,1)	0,0
Zahl der Erwerbstätigen im Haushalt								
Ohne Erwerbstätige	.	698,8	666,9	638,1	645,0	33,9	.	0,1
Ein/e Erwerbstätiger/e	.	635,5	643,1	646,3	637,6	33,5	.	-0,7
Zwei Erwerbstätige	.	444,3	477,7	496,7	513,9	27,0	.	0,7
Drei und mehr Erwerbstätige	.	93,5	105,1	106,3	104,9	5,5	.	-0,1
Nur Erwerbstätige	.	526,8	622,7	640,9	655,7	34,5	.	0,5
Zahl der Personen im Rentenalter im Haushalt								
Ohne Personen im Rentenalter	.	1 297,2	1 293,6	1 288,1	1 301,6	68,5	.	0,2
Eine Person im Rentenalter	.	371,2	361,8	371,4	372,4	19,6	.	-0,1
Zwei und mehr Personen im Rentenalter	.	203,8	237,6	227,9	227,4	12,0	.	-0,1
Nur Personen im Rentenalter	.	440,2	473,0	466,8	469,8	24,7	.	0,0
Überwiegender Lebensunterhalt der/des Haupteinkommensbezieherin/s im Haushalt								
Eigene Erwerbstätigkeit	.	1 054,7	1 096,9	1 107,8	1 122,4	59,0	.	0,3
Arbeitslosengeld I/Leistungen nach Hartz IV	.	98,8	98,4	72,3	70,0	3,7	.	-0,1
Rente, Pension	.	619,2	625,1	612,6	608,5	32,0	.	-0,5
Einkünfte von Angehörigen	.	51,3	33,0	36,8	40,2	2,1	.	0,2
Sonstiges ²	.	48,2	39,4	58,1	60,4	3,2	.	0,1
1 Ledige Kinder unter 18 Jahren. – 2 Eigenes Vermögen, Sozialhilfe, Elterngeld, sonstige Unterstützungen.								

T 14

Haushalte insgesamt, Eigentümerhaushalte und Hauptmieterhaushalte 2002 und 2010
nach ausgewählten Merkmalen

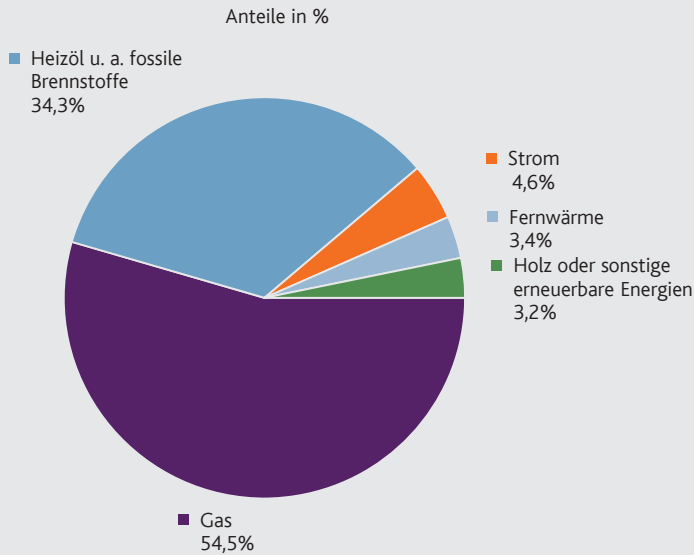
Merkmal	Privathaushalte									
	insgesamt		Eigentümerhaushalte				Hauptmieterhaushalte			
	2002	2010	2002	2010	2002	2010	2002	2010	2002	2010
	1 000				%		1 000		%	
Haushaltsgröße										
Einpersonenhaushalte	541,6	597,5	211,1	245,1	39,0	41,0	330,5	352,4	61,0	59,0
Mehrpersonenhaushalte	1 131,1	1 129,1	732,5	743,9	64,8	65,9	398,6	385,2	35,2	34,1
zwei Personen	582,1	638,6	373,5	405,1	64,2	63,4	208,6	233,5	35,8	36,6
drei Personen	264,5	235,5	164,3	152,1	62,1	64,6	100,2	83,4	37,9	35,4
vier und mehr Personen	284,5	255,0	194,7	186,7	58,4	73,2	89,8	68,3	31,6	26,8
Zahl der Kinder im Haushalt										
Ohne Kinder	1 254,1	1 356,7	702,5	761,9	56,0	56,2	551,6	594,8	44,0	43,8
Mit Kindern	418,5	369,8	241,0	227,0	57,6	61,4	177,5	142,8	42,4	38,6
einem Kind	205,6	189,6	110,9	109,3	53,9	57,6	94,7	80,3	46,1	42,4
zwei und mehr Kindern	212,9	180,1	130,1	117,8	61,1	65,4	82,8	62,3	38,9	34,6
Haushaltsnettoeinkommen										
Unter 1 500 EUR	609,9	517,3	255,2	200,1	49,3	38,7	354,7	317,2	58,2	61,3
1 500 – 2 300 EUR	251,8	256,8	130,7	131,6	50,9	51,2	121,1	125,2	48,1	48,8
2 300 – 3 200 EUR	388,6	448,0	246,0	276,8	54,9	61,8	142,6	171,2	36,7	38,2
3 200 – 4 500 EUR	158,3	229,1	119,9	171,4	52,3	74,8	38,4	57,7	24,3	25,2
4 500 und mehr	94,3	156,5	76,7	131,0	49,0	83,7	17,6	25,5	18,7	16,3
Zahl der Einkommensbezieher im Haushalt										
Ein Einkommensbezieher	788,2	747,7	365,3	342,0	46,3	45,7	422,9	405,7	53,7	54,3
Zwei und mehr Einkommensbezieher	840,7	897,2	552,7	597,1	65,7	66,6	288,0	300,1	34,3	33,4
Erwerbsbeteiligung des/der Haupteinkommensbeziehers/-in im Haushalt										
Erwerbsperson	1 001,6	1 094,6	520,5	582,3	52,0	53,2	481,1	512,3	48,0	46,8
Erwerbstätige/r	936,1	1 047,8	503,1	573,5	53,7	54,7	433,0	474,3	46,3	45,3
Erwerbslose/r	65,5	46,9	17,4	(8,8)	26,6	18,8	48,1	38,1	73,4	81,2
Nichterwerbsperson	671,0	631,9	423,0	406,7	63,0	64,4	248,0	225,2	37,0	35,6
Alter des/der Haupteinkommensbeziehers/-in im Haushalt										
Unter 25 Jahre	46,9	59,0	/	(7,0)	/	(11,9)	45,0	52,0	95,9	88,1
25 – 40 Jahre	382,4	346,4	133,4	113,5	34,9	32,8	249,0	232,9	65,1	67,2
40 – 65 Jahre	753,1	806,1	484,4	504,8	64,3	62,6	268,7	301,3	35,7	37,4
65 Jahre und älter	490,2	515,0	323,7	363,7	66,0	70,6	166,5	151,3	34,0	29,4
Privathaushalte insgesamt	1 672,5	1 726,4	943,4	988,9	56,4	57,3	729,1	737,5	43,6	42,7

T 15

Privathaushalte und monatliche Bruttokaltmiete der Privathaushalte 2010 nach ausgewählten Merkmalen¹

Merkmal	Hau- shalte ins- gesamt	Monatliche Bruttokaltmiete von ... bis unter EUR							Durchschnittliche Bruttokaltmiete je Wohnung
		unter 200	200 – 300	300 – 400	400 – 500	500 – 600	600 – 750	750 und mehr	
	1 000	%							EUR
Haushaltsgröße									
Einpersonenhaushalte	296,1	6,5	24,9	34,1	20,3	8,1	4,0	(2,1)	371
Mehrpersonenhaushalte	331,8	1,9	6,7	21,5	25,4	20,8	14,6	9,0	.
zwei Personen	201,0	/	9,2	25,3	25,9	19,0	11,6	6,7	479
drei Personen	71,2	/	/	20,8	26,8	22,5	14,7	(10,1)	525
vier Personen	39,9	/	/	/	(21,3)	(24,3)	(24,8)	(15,0)	590
fünf und mehr Personen	59,6	/	/	/	/	(25,2)	/	/	590
Zahl der Kinder ²									
Ohne Kinder	505,4	4,7	18,1	29,5	22,3	12,9	7,9	4,6	424
Mit Kindern	122,5	/	/	18,8	26,1	22,5	16,9	10,4	528
einem Kind	68,4	/	/	24,4	27,2	19,7	13,5	(8,6)	501
zwei Kindern	54,2	/	/	(11,6)	(24,7)	(26,2)	(21,2)	(12,7)	560
drei Kindern	12,0	/	/	/	/	/	/	/	558
vier und mehr Kindern	/	-	-	/	/	/	/	/	611
Haushaltsnettoeinkommen									
Unter 1 500 EUR	266,9	6,7	25,1	36,5	20,8	6,9	(3,1)	/	.
1 500 – 2 000 EUR	106,9	/	11,1	30,3	31,0	16,0	(8,0)	/	430
2 000 – 3 200 EUR	146,5	/	(6,6)	18,5	25,8	24,9	14,8	7,6	503
3 200 – 4 500 EUR	50,0	/	/	(11,4)	(15,6)	23,0	22,8	20,2	598
4 500 – 6 000 EUR	17,1	/	/	/	/	/	/	/	753,0
6 000 – 7 500 EUR	1,0	/	/	/	/	/	/	/	875,0
7 500 und mehr	1,0	/	/	/	/	/	/	/	816
Zahl der Einkommensbezieher/-innen im Haushalt									
Ein Einkommensbezieher/-in	342,8	5,7	21,9	33,1	21,8	9,7	5,0	(2,7)	388
Zwei und mehr Einkommensbezieher/-innen	258,0	(2,0)	6,4	20,1	24,5	21,5	15,4	10,2	518
Erwerbsbeteiligung des/der Haupteinkommensbeziehers/-in im Haushalt									
Erwerbsperson	435,0	/	13,9	25,7	23,0	16,2	10,9	7,1	462
Erwerbstätige/r	402,2	/	12,9	25,2	23,2	16,8	11,4	7,6	469
Erwerbslose/r	32,8	/	(25,6)	32,0	(20,7)	/	/	/	375
Nichterwerbsperson	192,9	(6,1)	18,5	31,4	23,1	11,7	6,7	(2,6)	404
Privathaushalte insgesamt	672,9	1,0	15,3	27,5	23,0	14,8	9,6	5,8	444
1 Haushalte mit Angaben zur Bruttokaltmiete. – 2 Ledige Kinder unter 18 Jahren.									

G 8 Bewohnte Wohnungen 2010 nach Wärmeenergiemix



Im Wärmeenergiemix dominieren fossile Brennstoffe. Rund 55 Prozent der bewohnten Wohnungen wurden 2010 ausschließlich mit Gas beheizt. Der Anteil der mit Heizöl oder anderen fossilen Brennstoffen beheizten bewohnten Wohnungen lag bei 34 Prozent. Es folgten Strom mit 4,6 Prozent und Fernwärme mit 3,4 Prozent. Holz oder sonstige erneuerbare Energien wurden in 3,2 Prozent der bewohnten Wohnungen zur Erzeugung von Wärmeenergie genutzt.

T 16 Armutsgefährdungsschwellen¹ der Bevölkerung in Privathaushalten 2005–2013 nach ausgewählten Merkmalen

Merkmal	2005	2010	2012	2013		
	insgesamt			Veränderung zu		
				2005	2012	
	EUR					
Haushalte ohne Kinder						
Einpersonenhaushalt	755	843	894	920	165	26
Zwei Erwachsene ohne Kinder	1 133	1 265	1 341	1 380	247	39
Haushalte mit Kindern						
Ein/e Erwachsener/e und ein Kind	982	1 096	1 162	1 196	214	34
Zwei Erwachsene und ein Kind	1 359	1 517	1 609	1 656	297	47
Zwei Erwachsene und zwei Kindern	1 585	1 771	1 878	1 932	347	54
Zwei Erwachsene und drei Kindern	1 812	2 023	2 146	2 208	396	62
1 Zur Berechnung siehe Metadaten.						

T 17

Armutsgefährdungsquote der Bevölkerung in Privathaushalten 2005–2013 nach ausgewählten Merkmalen¹

Merkmal	2005	2010	2012	2013		
	insgesamt			Veränderung zu		
				2005	2012	
	%			Prozentpunkte		
Haushalte ohne Kinder						
Einpersonenhaushalte	24,7	25,7	26,6	27,1	2,4	0,5
Zwei Erwachsene ohne Kinder	11,1	10,8	11,0	11,6	0,5	0,6
Sonstiger Haushalt ohne Kinder	9,0	8,5	9,3	9,7	0,7	0,4
Haushalte mit Kindern						
Ein/e Erwachsener/e mit Kind/ern	44,6	42,1	47,5	50,6	6,0	3,1
Zwei Erwachsene und ein Kind	10,2	10,1	9,1	10,7	0,5	1,6
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	11,3	11,1	11,7	11,4	0,1	-0,3
Zwei Erwachsene und drei und mehr Kinder	25,3	28,5	23,5	28,0	2,7	4,5
Sonstiger Haushalt mit Kindern	16,1	20,5	19,7	17,9	1,8	-1,8
Erwerbsbeteiligung						
Erwerbstätige	7,1	8,0	8,3	8,8	1,7	0,5
Selbstständige	9,6	8,8	10,8	11,3	1,7	0,5
Abhängig Erwerbstätige	6,8	8,0	8,0	8,6	1,8	0,6
Erwerbslose	47,8	54,7	52,0	52,9	5,1	0,9
Nichterwerbspersonen	19,8	21,1	22,1	23,4	3,6	1,3
Renter/-innen, Pensionäre/-innen	16,0	16,7	18,7	19,7	3,7	1,0
Personen unter 18 Jahre	19,3	20,6	20,0	21,3	2,0	1,3
Sonstige Nichterwerbspersonen	27,4	31,1	32,6	35,2	7,8	2,6
Qualifikationsniveau des/der Haupteinkommensbeziehers/-in						
Niedrig (ISCED 0 bis 2)	34,4	38,4	38,7	39,9	5,5	1,2
Mittel (ISCED 3 und 4)	13,4	13,9	14,5	15,4	2,0	0,9
Hoch (ISCED 5 und 6)	4,5	4,6	5,2	5,6	1,1	0,4
Migrationshintergrund						
Mit Migrationshintergrund	29,8	28,2	27,2	28,8	-1,0	1,6
Ohne Migrationshintergrund	12,3	12,8	13,1	13,5	1,2	0,4
nachrichtlich:						
Einkommensreichumsquote	7,3	8,4	8,2	8,0	0,7	-0,2
1 Zur Berechnung siehe Metadaten.						

T 18 Beratene Personen in Schuldnerberatung 2013 nach ausgewählten Merkmalen¹

Merkmal	Ins- gesamt	Zahl der Gläubiger					Höhe der Forderungen in EUR				
		1	2 – 5	5 – 10	10 – 20	20 und mehr	unter 10 000	10 000 – 25 000	25 000 – 50 000	50 000 – 100 000	100 000 und mehr
	Anzahl	Anteil an beratenen Personen insgesamt in %									
Haushaltsgröße											
Einpersonenhaushalte	3 794	18,9	21,7	25,9	22,7	10,8	37,9	26,6	17,5	9,2	8,8
Mehrpersonenhaushalte	4 798	9,2	20,4	27,7	27,6	15,1	28,8	26,2	19,4	11,6	13,9
zwei Personen	2 115	9,9	21,3	29,2	26,0	13,7	28,7	26,2	18,2	11,8	15,0
drei Personen	1 257	8,8	20,0	27,6	29,4	14,2	31,1	25,7	19,6	10,9	12,5
vier Personen	878	9,5	19,1	26,0	28,7	16,7	26,5	26,8	21,5	10,9	14,2
fünf und mehr Personen	548	6,9	20,3	25,2	27,9	19,7	27,0	26,1	20,4	13,7	12,8
Haushaltstyp											
Alleinlebende	3 790	18,9	21,7	25,9	22,7	10,8	37,9	26,6	17,5	9,2	8,8
Alleinerziehende	1 284	11,3	19,2	26,3	26,7	16,6	34,7	25,3	18,0	11,4	10,6
mit einem Kind	730	10,5	19,7	27,6	26,8	15,4	35,8	24,1	17,9	11,2	10,9
mit zwei Kindern	365	10,2	17,7	23,4	27,7	21,1	31,9	27,0	17,7	12,4	11,0
mit drei und mehr Kindern	189	16,4	19,6	26,7	24,7	12,5	35,5	26,7	19,1	10,1	8,6
Paare ohne Kinder	1 433	11,3	21,0	29,4	24,6	13,6	22,8	23,7	20,6	14,6	18,3
Paare mit Kindern	1 847	7,6	19,9	26,7	29,8	16,0	26,7	26,9	21,4	11,1	13,8
mit einem Kind	798	7,3	20,2	27,6	29,9	15,0	28,2	27,2	21,8	10,7	12,2
mit zwei Kindern	621	8,1	18,7	25,8	31,7	15,8	24,5	26,7	23,8	9,7	15,3
mit drei und mehr Kindern	428	7,5	21,0	26,4	26,9	18,2	27,3	26,6	17,3	14,0	14,7
Geschlecht											
Frauen	4 391	13,9	22,6	26,6	23,5	13,4	36,7	27,1	16,3	9,2	10,7
Männer	4 201	13,0	19,3	27,3	27,5	12,9	28,8	25,6	20,9	12,0	12,7
Familienstand											
Ledig	2 536	12,2	18,9	27,3	27,5	14,1	47,3	29,9	14,3	5,0	3,5
Verheiratet	2 504	10,2	22,2	27,5	26,4	13,7	22,5	24,0	21,7	13,8	18,0
Verheiratet getrennt lebend	1 114	24,5	20,6	23,7	19,3	11,8	29,5	22,2	18,0	15,1	15,3
Verwitwet	362	17,1	28,7	27,6	19,9	6,6	30,7	25,1	17,1	11,6	15,5
Geschieden	2 076	12,3	20,9	27,4	26,1	13,3	29,8	27,4	20,6	10,7	11,5
Altersgruppen											
Unter 25 Jahre	433	7,6	17,1	32,5	29,5	13,2	72,7	20,8	4,8	0,2	1,3
25 – 35 Jahre	1 911	9,3	14,6	26,5	30,5	19,1	43,6	33,4	13,9	5,4	3,6
35 – 45 Jahre	2 173	11,1	19,1	25,4	28,3	16,1	28,5	27,4	22,5	11,3	10,3
45 – 55 Jahre	2 281	14,8	23,1	28,6	23,3	10,1	24,9	23,1	21,0	13,9	17,1
55 – 65 Jahre	1 262	17,7	26,9	26,4	20,5	8,5	25,0	23,2	20,5	13,9	17,4
65 Jahre und älter	532	27,1	31,2	24,2	13,2	4,3	32,1	22,4	15,6	11,8	18,1
Beratene Personen insgesamt	8 952	13,5	21,0	26,9	25,5	13,2	32,8	26,4	18,6	10,5	11,7

¹ Nur Personen, die sich mit der statistischen Verwendung ihrer Angaben einverstanden erklärt haben.

T 19

Privathaushalte, Nettoeinkommen, Konsumausgaben und Ersparnis der Haushalte 1998 und 2008 nach ausgewählten Merkmalen

Merkmal	Haushalte		Nettoeinkommen		Konsumausgaben		Ersparnis	
	1998	2008	1998	2008	1998	2008	1998	2008
	1 000		je Haushalt und Monat in EUR					
Haushaltstyp								
Alleinlebende	577	692	1 546	1 686	.	1 432	.	73
Frauen	364	440	1 514	1 779	1 315	1 407	75	126
Männer	213	252	1 589	4 052	1 345	2 952	149	574
Alleinerziehende mit Kindern ¹	45	66	.	1 950	1 661	1 877	.	.
Paare ohne Kinder	525	550	2 932	3 772	2 328	2 796	333	481
Paare mit Kindern ¹	337	292	3 495	4 577	2 710	3 245	516	750
Monatliches Haushaltsnettoeinkommen								
Unter 900 EUR	.	141	.	690	.	828	.	(-133)
900 – 1 300 EUR	.	193	.	1 105	.	1 186	.	(-142)
1 300 – 1 500 EUR	.	(89)	.	(1 399)	.	(1 379)	.	(-112)
1 500 – 2 000 EUR	.	252	.	1 734	.	1 601	.	-15
2 000 – 2 600 EUR	.	255	.	2 311	.	2 055	.	1
2 600 – 3 600 EUR	.	331	.	3 086	.	2 472	.	253
3 600 – 5 000 EUR	.	303	.	4 226	.	3 130	.	470
5 000 – 18 000 EUR	.	306	.	6 954	.	4 211	.	1 685
Erwerbsstatus des/der Haupteinkommensbeziehers/-in im Haushalt								
Erwerbstätige								
Selbstständige	89	111	4 203	4 316	.	3 064	1 105	684
abhängig Beschäftigte	941	913	3 162	3 583	.	3 597	494	512
Beamte/-innen	105	92	4 311	4 908	3 133	3 444	692	1
Angestellte	461	592	3 228	3 786	2 405	2 622	543	613
Arbeiter/-innen	375	322	2 758	3 210	2 187	2 552	379	328
Erwerbslose	(81)	(86)	.	(1 125)	.	(1 100)	.	(-21)
Nichterwerbstätige	650	667	2 031	2 378	1 807	1 985	39	98
darunter								
Rentner/-innen	481	453	1 911	2 122	1 754	1 844	14	24
Pensionäre/-innen	77	122	3 714	4 198	2 992	3 057	210	519
Privathaushalte insgesamt	1 760	1 870	2 725	3 150	2 154	2 380	342	365
1 Ledige Kinder unter 18 Jahren.								

T 20

**Ausgewählte Einkommensarten und Abzüge von Privathaushalten 1998 und 2008
nach Stellung im Beruf des/der Haupteinkommensbeziehers/-in**

Merkmal	Haushalte insgesamt		Darunter							
			Beamte/-innen		Angestellte		Arbeiter/-innen		Nicht- erwerbstätige	
	1998	2008	1998	2008	1998	2008	1998	2008	1998	2008
	1 000									
Privathaushalte	1 760	1 870	105,0	92,0	461,0	592,0	375,0	322,0	650,0	667,0
	je Haushalt und Monat in EUR									
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	1 886	2 180	3 828	4 369	3 612	4 177	2 971	3 190	106	142
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	730	839	4 471	426	304	318	278	348	1 346	1 673
Haushaltsbruttoeinkommen	3 421	3 978	5 228	5 898	4 544	5 260	3 780	4 183	2 162	2 579
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	338	387	139	160	621	660	584	606	82	128
Einkommen-, Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag	358	441	779	830	694	814	438	367	50	73
Haushaltsnettoeinkommen	2 725	3 150	4 311	4 908	3 228	3 786	2 758	3 210	2 031	2 378
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	2 781	3 202	4 388	5 003	3 307	3 865	2 802	3 276	2 074	2 402

T 21

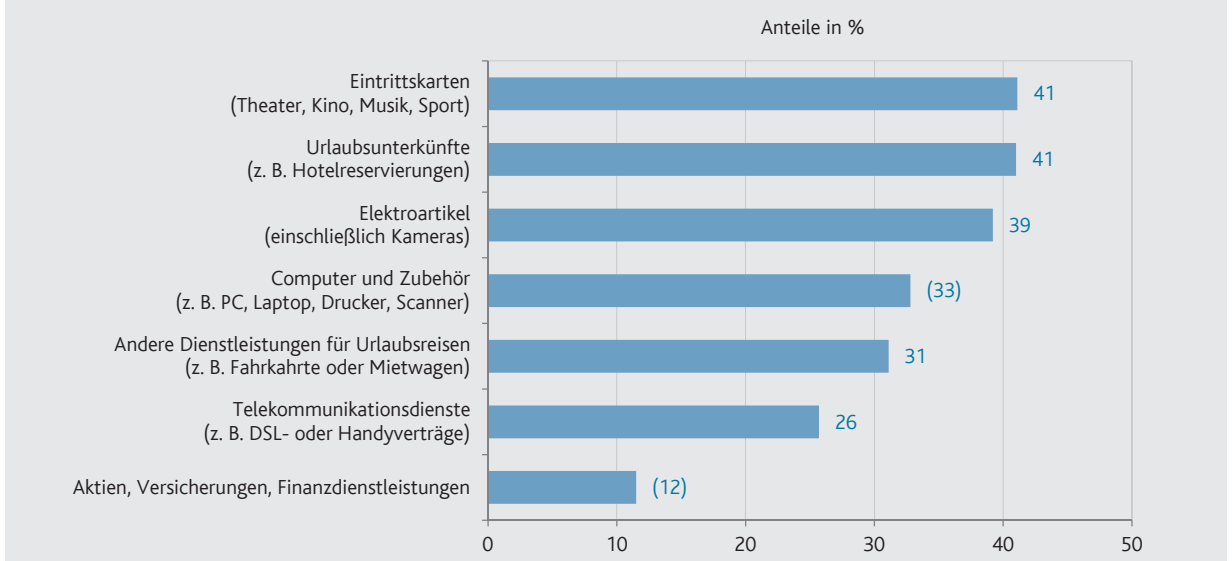
**Konsumausgaben von Privathaushalten 1998 und 2008 nach Stellung im Beruf
des/der Haupteinkommensbeziehers/-in**

Merkmal	Haushalte insgesamt		Darunter							
			Beamte/-innen		Angestellte		Arbeiter/-innen		Nicht- erwerbstätige	
	1998	2008	1998	2008	1998	2008	1998	2008	1998	2008
	1 000									
Privathaushalte	1 760	1 870	105,0	92,0	461,0	592,0	375,0	322,0	650,0	667,0
	je Haushalt und Monat in EUR									
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	299	337	382	427	325	351	352	418	231	274
Bekleidung und Schuhe	121	108	194	174	157	140	121	109	81	72
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	722	780	868	960	723	810	694	795	710	723
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und Haushaltsgegenstände	132	120	215	160	161	146	129	137	102	94
Gesundheitspflege	83	105	274	283	54	77	40	58	96	143
Verkehr	321	377	454	578	390	463	421	502	209	214
Nachrichtenübermittlung	53	66	65	84	58	73	57	75	42	49
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	231	255	384	402	279	296	209	246	188	215
Bildungswesen	9	15	17	29	17	20	8	21	3	5
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	99	116	161	193	136	140	80	103	76	94
Andere Waren und Dienstleistungen	84	102	116	153	105	106	77	89	70	101
Konsumausgaben insgesamt	2 154	2 380	3 133	3 444	2 405	2 622	2 187	2 552	1 807	1 985

T 22 Konsumausgaben von Privathaushalten 1998 und 2008 nach Lebensform

Merkmal	Alleinlebende Frau		Alleinerziehende		Paare					
					insgesamt		ohne Kind		mit Kind(ern)	
	1998	2008	1998	2008	1998	2008	1998	2008	1998	2008
	1 000									
Privathaushalte insgesamt	364	440	45	66	862	843	525	550	337	292
	je Haushalt und Monat in EUR									
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	159	181	265	270	351	419	299	376	432	500
Bekleidung und Schuhe	76	62	108	88	140	136	124	118	165	171
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	561	555	563	626	796	913	772	878	832	978
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und Haushaltsgegenstände	77	62	75	191	161	162	156	148	167	188
Gesundheitspflege	49	59	25	25	98	149	112	175	74	100
Verkehr	86	195	257	328	394	471	350	419	461	571
Nachrichtenübermittlung	39	46	45	64	53	70	51	63	57	82
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	151	147	183	137	266	332	255	324	284	347
Bildungswesen	3	5	15	21	9	16	6	5	14	36
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	49	53	51	58	115	154	117	160	112	143
Andere Waren und Dienstleistungen	64	67	74	69	97	130	88	130	111	129
Konsumausgaben insgesamt	1 315	1 432	1 661	1 877	2 478	2 952	2 328	2 796	2 710	3 245

G 9 Online-Käufe in Privathaushalten 2014 nach Art der gekauften Waren und Dienstleistungen



T 23

**Ausstattung von Privathaushalten mit ausgewählten Gebrauchsgütern 2003 und 2013
nach Stellung im Beruf des/der Haupteinkommensbeziehers/-in**

Merkmal	Haushalte insgesamt		Darunter							
			Beamte/-innen		Angestellte		Arbeiter/-innen		Nichterwerbstätige	
	2003	2013	2003	2013	2003	2013	2003	2013	2003	2013
Anteil an allen Haushalten der jeweiligen Gruppe in %										
Personenkraftwagen	84,1	85,3	98,4	98,5	94,3	92,6	94,0	93,4	69,1	75,8
Krafttrad (einschließlich Mofa und Roller)	13,3	12,8	21,7	19,2	16,1	15,9	22,2	20,7	3,3	6,3
Fahrrad	72,5	76,0	87,9	90,0	86,6	86,4	77,4	79,7	55,1	61,2
Flachbildfernseher	.	66,3	.	81,3	.	70,5	.	75,1	.	59,4
Satelliten-Empfangsgerät	49,2	61,8	45,2	67,4	48,2	61,5	64,9	73,2	42,2	57,2
Kabelanschluss	39,7	36,1	46,7	32,0	43,1	36,8	29,3	27,3	41,4	40,4
DVD-Player/Recorder (auch im PC)	28,4	71,7	41,6	88,8	42,6	82,2	36,1	83,0	9,6	54,3
Camcorder (analog oder digital)	21,4	17,8	33,6	28,9	27,3	20,4	27,7	22,0	10,6	11,5
Fotoapparat, analog oder digital	79,4	83,6	91,1	94,9	89,3	92,6	86,0	87,7	64,5	71,8
MP3-Player	.	43,5	.	68,0	.	60,5	.	55,3	.	18,2
CD-Player	61,5	84,7	82,6	95,8	75,1	92,6	72,0	92,4	38,2	72,3
Spielkonsole	.	28,2	.	38,2	.	38,9	.	46,1	.	7,3
PC stationär	57,9	56,8	86,2	66,0	78,1	61,4	71,1	67,7	27,7	43,5
PC mobil (Notebook, Laptop, Palmtop)	10,0	63,9	15,0	86,3	15,7	80,4	5,5	75,2	3,8	38,5
Internetzugang, Internetanschluss	45,7	79,5	74,6	94,6	66,4	92,3	51,7	91,9	18,1	58,0
Telefon stationär (auch schnurlos)	92,6	92,6	97,8	96,2	95,2	93,8	93,4	92,9	91,2	92,7
Telefon mobil (Handy, Autotelefon)	74,2	92,5	90,5	97,4	88,2	97,4	89,9	98,1	48,8	83,8
Anrufbeantworter	43,1	.	52,2	.	56,2	.	41,9	.	29,5	.
Navigationssystem	.	51,6	.	71,9	.	60,9	.	63,4	.	35,8
Kühlschrank	98,2	99,7	99,6	100,0	99,2	99,8	99,6	100,0	96,3	99,6
Gefrierschrank, Gefriertruhe	72,2	61,6	77,8	66,7	71,5	61,6	71,0	67,8	71,2	61,3
Geschirrspülmaschine	62,5	74,0	81,7	89,3	74,8	80,3	68,1	78,2	46,1	64,5
Mikrowellengerät	64,2	72,9	74,6	75,2	71,7	75,9	73,0	81,8	50,7	66,8
Wäschetrockner	48,1	53,4	57,6	64,7	55,6	57,6	56,3	60,9	35,6	44,9

T 24

Informations- und Kommunikationstechnologienutzung in Privathaushalten 2014

Online-Käufe in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung	1 000	Anteile in %
Computer und Zubehör (z. B. PC, Laptop, Drucker, Scanner)	774	33
Elektroartikel (einschließlich Kameras)	925	39
Telekommunikationsdienste (z. B. DSL- oder Handyverträge)	607	26
Aktien, Versicherungen, Finanzdienstleistungen	(271)	(12)
Urlaubsunterkünfte (z. B. Hotelreservierungen)	967	41
Andere Dienstleistungen für Urlaubsreisen (z. B. Fahrkarten oder Mietwagen)	733	31
Eintrittskarten (Theater, Kino, Musik, Sport)	969	41

T 25 Kinder in Kindertagesbetreuung am 1. März 2015 nach Alter und Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Ins- gesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
		unter 3		3 – 6		6 – 14	
		zusammen	Betreuungs- quote ¹	zusammen	Betreuungs- quote ¹	zusammen	Betreuungs- quote ¹
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Frankenthal (Pfalz), St.	1 702	252	20,8	1 179	95,9	271	8,2
Kaiserslautern, St.	3 590	741	33,0	2 209	97,7	640	10,9
Koblenz, St.	4 206	852	30,7	2 498	96,0	856	12,6
Landau i. d. Pfalz, St.	1 816	399	39,3	1 086	100,5	331	11,3
Ludwigshafen a. Rh., St.	7 430	1 277	26,3	4 492	93,8	1 661	13,7
Mainz, St.	8 226	1 668	30,3	4 986	97,0	1 572	12,3
Neustadt a. d. Weinstr., St.	1 967	399	31,4	1 237	100,3	331	9,3
Pirmasens, St.	1 378	223	26,2	873	95,5	282	11,2
Speyer, St.	2 321	429	34,6	1 258	95,2	634	17,9
Trier, St.	4 334	919	34,6	2 385	94,7	1 030	16,1
Worms, St.	3 132	456	20,7	2 053	96,9	623	10,4
Zweibrücken, St.	1 341	250	32,6	749	94,7	342	15,0
Ahrweiler	4 206	910	33,1	2 831	97,5	465	5,5
Altenkirchen (Ww.)	4 300	794	26,7	2 908	92,8	598	6,4
Alzey-Worms	4 833	1 041	33,1	3 123	97,1	669	7,1
Bad Dürkheim	4 887	979	34,8	3 003	98,8	905	10,2
Bad Kreuznach	5 750	1 145	30,9	3 783	97,3	822	7,5
Bernkastel-Wittlich	3 940	783	31,1	2 675	101,2	482	6,2
Birkenfeld	2 573	502	29,0	1 785	99,3	286	5,4
Cochem-Zell	2 031	422	33,0	1 358	100,1	251	5,8
Donnersbergkreis	2 649	533	31,4	1 799	98,4	317	5,6
Eifelkreis Bitburg-Prüm	3 633	719	31,7	2 437	98,8	477	6,8
Germersheim	5 411	1 024	32,4	3 229	99,7	1 158	12,3
Kaiserslautern	4 119	881	36,2	2 766	106,3	472	6,1
Kusel	2 252	409	27,4	1 529	95,5	314	6,7
Mainz-Bingen	9 257	2 120	41,9	5 455	99,1	1 682	10,8
Mayen-Koblenz	7 880	1 556	31,7	4 935	97,1	1 389	9,2
Neuwied	6 178	1 110	26,5	4 187	93,3	881	6,6
Rhein-Hunsrück-Kreis	3 521	692	30,6	2 349	97,9	480	6,6
Rhein-Lahn-Kreis	4 283	866	31,8	2 758	99,9	659	7,9
Rhein-Pfalz-Kreis	5 972	1 316	35,8	3 650	97,4	1 006	9,7
Südliche Weinstraße	3 860	807	33,0	2 567	98,5	486	6,4
Südwestpfalz	3 409	733	38,6	1 953	98,4	723	12,0
Trier-Saarburg	5 924	1 427	40,2	3 820	97,3	677	6,3
Vulkaneifel	1 962	359	26,9	1 322	98,8	281	6,7
Westerwaldkreis	7 071	1 293	27,8	4 839	96,2	939	6,2
Rheinland-Pfalz	151 344	30 286	31,8	96 066	97,4	24 992	8,9
kreisfreie Städte	41 443	7 865	29,6	25 005	96,2	8 573	12,6
Landkreise	109 901	22 421	32,7	71 061	97,9	16 419	7,7

1 Bezogen auf die jeweilige Bevölkerung am 30.11.2014.

K 1

Betreuungsquote der unter 3-Jährigen in Kindertagesbetreuung am 1. März 2015¹ nach Verwaltungsbezirken

Zum Stichtag 1. März 2015 besuchten fast 30 300 Mädchen und Jungen im Alter bis zu drei Jahren eine Kindertageseinrichtung bzw. wurden von Tagesmüttern oder -vätern betreut. Damit wird durchschnittlich für 32 Prozent der Kinder dieser Altersgruppe ein Betreuungsangebot in Anspruch genommen.

Die höchste Betreuungsquote wurde im Landkreis Mainz-Bingen registriert, hier befinden sich 42 Prozent der unter 3-Jährigen in Kindertagesbetreuung. In der kreisfreien Stadt Frankfurt liegt die Betreuungsquote mit 21 Prozent deutlich niedriger.

Anteil an allen unter 3-Jährigen
in %

unter 30	(10)
30 bis unter 31	(4)
31 bis unter 32	(6)
32 bis unter 33	(3)
33 bis unter 34	(4)
34 und mehr	(9)

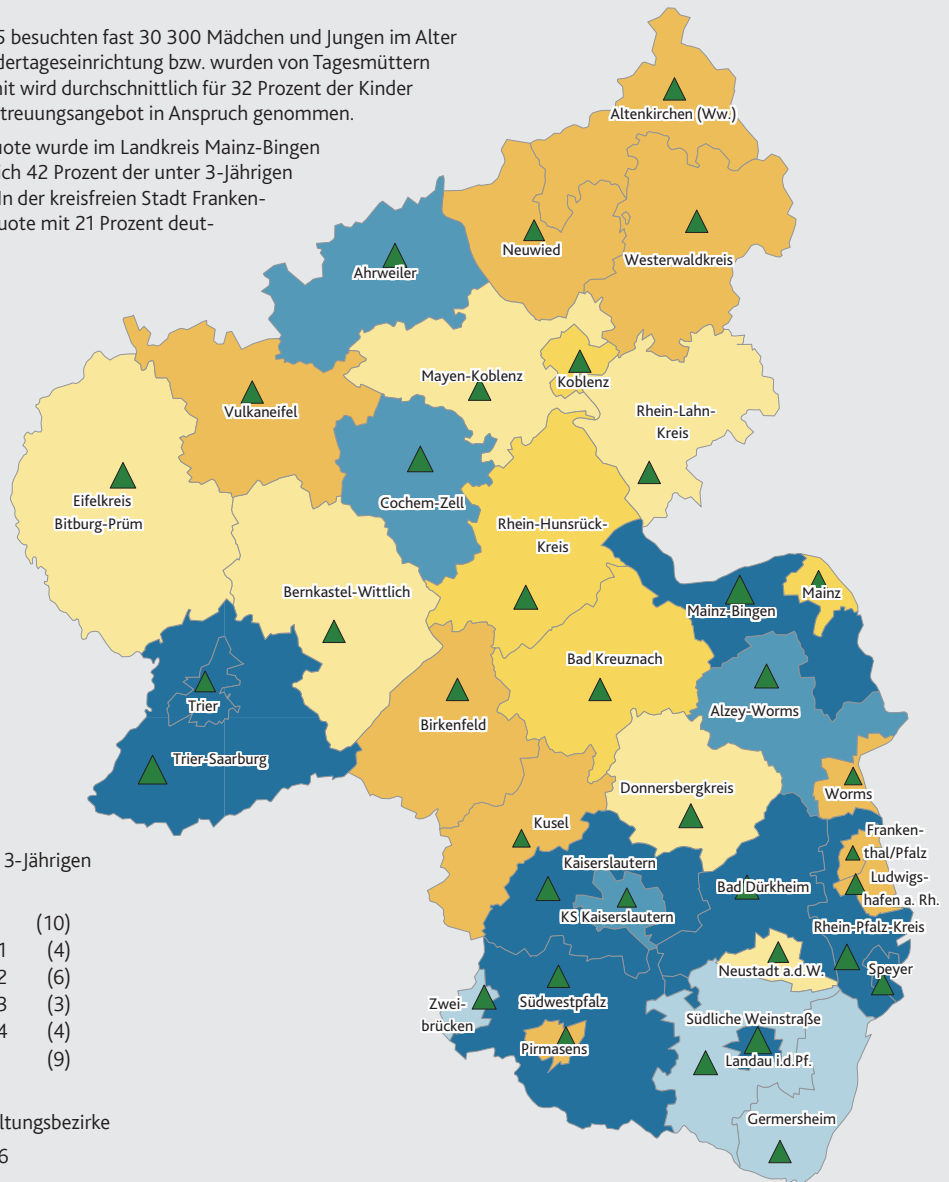
Landeswert: 31,8

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2006

▲ Zunahme

¹ Bezogen auf die jeweilige Bevölkerung am 30.11.2014.



3

T 26 Eheschließungen und Ehescheidungen 2004–2014 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Eheschließungen je 1 000 Einwohner/-innen ¹				Ehescheidungen je 1 000 bestehende Ehen ¹			
	2004	2013	2014	Veränderung zu 2004	2004	2013	2014	Veränderung zu 2004
	insgesamt				insgesamt			
	Anzahl							
Frankenthal (Pfalz), St.	5,4	4,4	4,7	-0,7	10,2	9,2	8,4	-1,8
Kaiserslautern, St.	5,3	3,9	3,2	-2,1	14,5	10,9	11,7	-2,8
Koblenz, St.	4,9	5,2	5,5	0,6	12,8	9,7	7,8	-5,0
Landau i. d. Pfalz, St.	6,6	5,5	5,3	-1,3	15,0	10,5	9,8	-5,2
Ludwigshafen a. Rh., St.	4,0	3,6	3,5	-0,5	13,8	9,9	9,2	-4,6
Mainz, St.	4,4	3,9	3,8	-0,6	12,2	8,8	7,7	-4,5
Neustadt a. d. Weinstr., St.	6,8	6,0	5,9	-0,9	10,5	9,1	9,7	-0,8
Pirmasens, St.	5,4	3,7	4,6	-0,8	15,2	10,9	9,9	-5,2
Speyer, St.	7,3	8,7	7,4	0,1	9,0	9,9	10,5	1,5
Trier, St.	7,2	5,4	5,6	-1,6	12,6	11,1	8,4	-4,2
Worms, St.	4,8	3,6	4,0	-0,8	14,8	10,9	10,6	-4,2
Zweibrücken, St.	5,9	5,7	6,0	0,1	12,8	7,9	8,1	-4,8
Ahrweiler	4,7	4,9	5,2	0,5	11,6	10,2	9,4	-2,3
Altenkirchen (Ww.)	4,7	4,4	4,6	-0,1	10,4	9,2	9,6	-0,8
Alzey-Worms	5,5	5,3	5,1	-0,4	11,0	9,6	9,1	-1,9
Bad Dürkheim	5,9	5,9	5,7	-0,2	11,4	11,0	9,5	-1,9
Bad Kreuznach	5,2	5,0	5,0	-0,2	10,5	8,5	9,1	-1,4
Bernkastel-Wittlich	5,7	5,0	5,4	-0,3	11,9	9,2	8,7	-3,2
Birkenfeld	5,2	4,2	4,6	-0,6	11,4	10,9	10,8	-0,7
Cochem-Zell	6,9	5,2	6,3	-0,6	8,6	7,4	8,0	-0,6
Donnersbergkreis	4,6	4,7	5,0	0,4	11,3	11,7	10,8	-0,5
Eifelkreis Bitburg-Prüm	5,5	4,5	4,7	-0,8	10,5	7,6	9,0	-1,5
Germersheim	5,1	4,2	4,4	-0,7	11,1	11,0	8,0	-3,1
Kaiserslautern	5,1	5,0	4,3	-0,8	12,2	12,3	12,7	0,5
Kusel	4,7	4,9	5,0	0,3	8,8	6,8	5,6	-3,2
Mainz-Bingen	5,4	5,2	5,3	-0,1	14,5	11,9	11,3	-3,1
Mayen-Koblenz	5,6	5,5	5,9	0,3	12,5	10,0	10,2	-2,3
Neuwied	4,8	4,5	4,4	-0,4	12,5	10,7	10,4	-2,1
Rhein-Hunsrück-Kreis	4,9	5,1	5,0	0,1	10,9	9,9	12,1	1,2
Rhein-Lahn-Kreis	5,2	5,2	5,4	0,2	11,9	9,9	9,2	-2,7
Rhein-Pfalz-Kreis	4,6	4,3	4,8	0,2	12,5	10,9	11,1	-1,4
Südliche Weinstraße	5,6	5,8	5,7	0,1	9,3	8,9	8,3	-1,0
Südwestpfalz	5,5	4,9	5,3	-0,2	10,0	8,3	9,1	-1,0
Trier-Saarburg	4,4	4,4	4,8	0,4	11,3	10,8	9,6	-1,7
Vulkaneifel	5,0	4,7	4,8	-0,2	10,2	7,1	8,5	-1,7
Westerwaldkreis	4,6	4,2	4,5	-0,1	10,8	9,8	10,1	-0,7
Rheinland-Pfalz	5,2	4,8	4,9	-0,3	11,7	9,9	9,6	-2,1
kreisfreie Städte	5,3	4,6	4,6	-0,7	12,9	9,9	9,1	-3,8
Landkreise	5,2	4,9	5,0	-0,2	11,4	10,8	9,8	-1,6

¹ 2004 Fortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987, in den Folgejahren des Zensus 2011, 2014 durchschnittliche Bevölkerung des Jahres 2013.

K 2

Ehescheidungen 2014¹ nach Verwaltungsbezirken

Im Jahr 2014 wurden vor den rheinland-pfälzischen Familiengerichten 9 020 Ehen geschieden. Von 1 000 bestehenden Ehen wurden landesweit 9,6 geschieden, das entspricht knapp einem Prozent. Die Scheidungsziffer in den kreisfreien Städten lag mit 9,1 etwas unter der der Landkreise (9,8). Die höchsten Scheidungsraten weist der Landkreis Kaiserslautern mit 12,7 Ehescheidungen je 1 000 bestehender Ehen auf. Im Landkreis Kusel scheinen dagegen die besten Voraussetzungen für eine lebenslange Ehedauer gegeben zu sein, hier lag die Scheidungsziffer nur bei 5,6.

je 1 000 bestehender Ehen

- | | |
|---------------------|------|
| unter 7,6 | (1) |
| 7,6 bis unter 8,6 | (9) |
| 8,6 bis unter 9,6 | (11) |
| 9,6 bis unter 10,6 | (7) |
| 10,6 bis unter 11,6 | (5) |
| 11,6 und mehr | (3) |

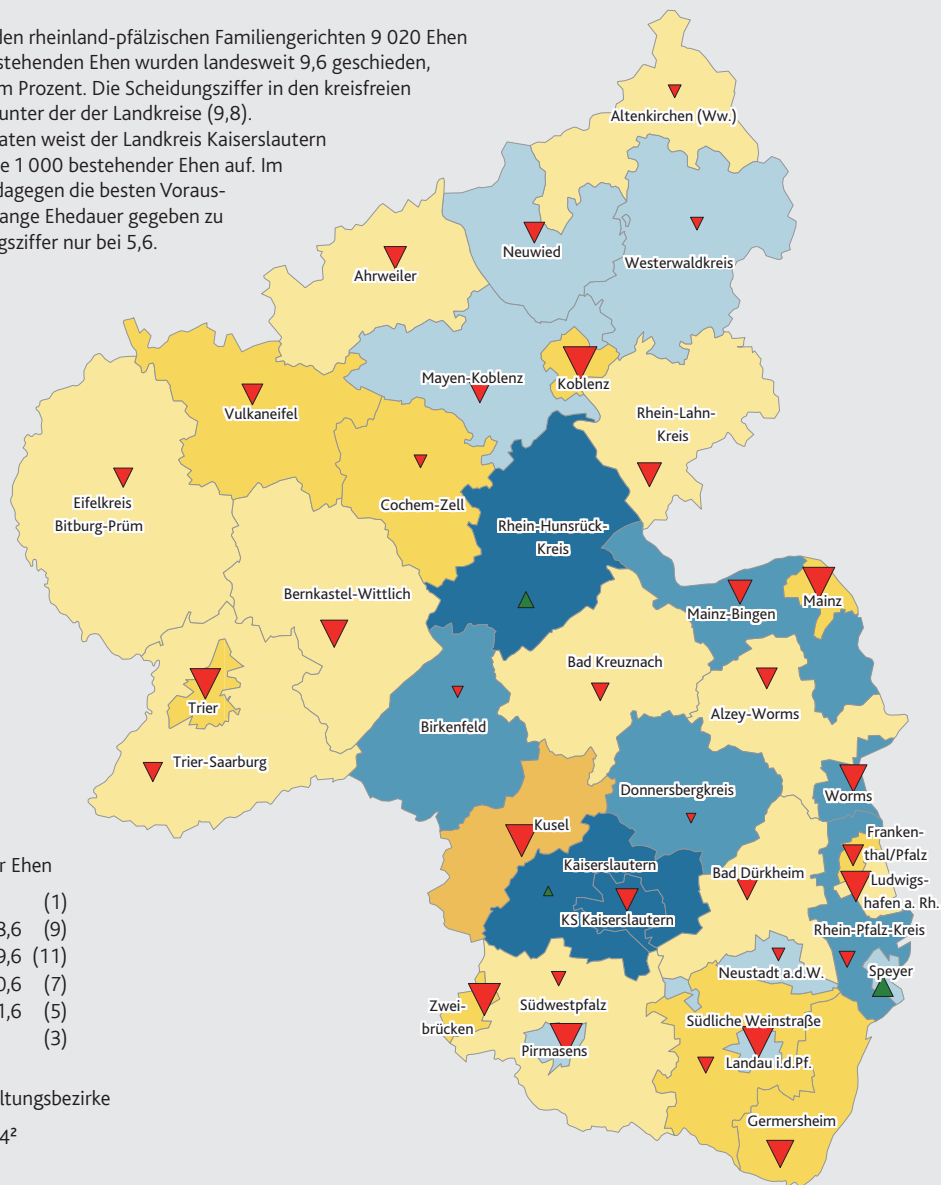
Landeswert: 9,6

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2004²

- ▲ Zunahme
▼ Abnahme

1 Durchschnittliche Bevölkerung des Jahres 2013. – 2 2004 Fortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987.



Datenquellen

Statistik	Tabelle	Grafik	Karte	Übersicht
Mikrozensus	T 1 bis T 8, T 13, T 16, T 17	G 1 bis G 5	-	-
Mikrozensus – Zusatzerhebung zur Wohnsituation privater Haushalte	T 14, T 15	G 8	-	-
Statistik der Kinder und tätigen Personen in Tageseinrichtungen	T 9, T 10, T 25	G 6	K 1	-
Statistik der Kinder und tätigen Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege	T 9, T 10, T 25	G 6	-	-
Statistik der Eheschließungen	T 1, T 11, T 26	-	-	-
Statistik der Ehescheidungen	T 1, T 12	G 7	K 2	-
Basisstatistik zur Überschuldung privater Haushalte	T 18	-	-	-
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe	T 19 bis T 24	-	-	-
Erhebung über die private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie	-	G 9	-	-

Statistiken

Der **Mikrozensus** wird als laufende Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt seit 1957 durchgeführt. Sein Fragenprogramm ist hinsichtlich der in den einzelnen Jahren zu erhebenden Inhalte festgelegt. Neben dem jährlichen Grundprogramm gibt es eine Reihe von Merkmalen, die nur im Abstand von vier Jahren zu erheben sind. Diese Zusatzprogramme stellen Fragen zur Wohnsituation, zur Gesundheit, zu den Versicherungen und zum Pendelverhalten der Bevölkerung.

Der Mikrozensus ist eine Stichprobenerhebung mit einem Auswahlsatz von einem Prozent der Haushalte. Mit einer Hochrechnung erfolgt eine Anpassung an die durch die laufende Bevölkerungsfortschreibung ermittelten Bevölkerungszahlen. Grundlage für die Auswahl der zu befragenden Haushalte sind seit dem Mikrozensus 1990 die Ergebnisse der Volkszählung vom 25. Mai 1987. Mit dem Zensus 2011 (Stichtag: 9. Mai 2011) haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder aktuelle Zahlen für die Fortschreibung des „Bevölkerungsstandes/ Wohngebäude- und Wohnungsbestandes“ erhoben. Ergebnisse für Rheinland-Pfalz bis 2011, die übrigen Bundesländer und Deutschland insgesamt basieren auf der Volkszählung 1987 mit den jährlich fortgeschriebenen Veränderungen. Ergebnisse für Rheinland-Pfalz ab 2012 basieren auf dem Zensus 2011 mit den jährlich fortgeschriebenen Veränderungen.

Im Jahr 2004 wurde das bis dahin geltende Berichtswochenkonzept auf unterjährige Erhebung umgestellt. Seitdem wird das gesamte Befragungsvolumen gleichmäßig auf alle Kalenderwochen des Jahres verteilt, wobei die letzte Woche vor der Befragung die Berichtswoche darstellt. Aufgrund dieser und anderer Verbesserungen ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse ab 2005 mit denen davor eingeschränkt.

Wie jede Stichprobenerhebung ist auch der Mikrozensus mit Zufallsfehlern behaftet. Das sind Ungenauigkeiten, die dadurch ent-

stehen, dass nicht alle Einheiten der Grundgesamtheit, sondern nur eine Stichprobe für die Statistik herangezogen werden. Die Stichprobenfehler sind umso größer, je geringer die Häufigkeit der erfragten Merkmalsausprägungen ist. Aus diesem Grund werden in den Tabellen Werte unter 5 000 – das sind weniger als 50 Fälle in der Stichprobe – nicht nachgewiesen, da sie infolge zu geringer Besetzungszahlen statistisch unsicher sind. Sie werden durch einen Schrägstrich (/) ersetzt. Werte zwischen 5 000 und 10 000 sind wegen der geringen Feldbesetzung in ihrer Aussagekraft eingeschränkt und werden mit einer Klammer () versehen.

Die **Statistik der Eheschließungen** und der Begründung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften gehört zur Gruppe der Bevölkerungsstatistiken (siehe Kapitel Bevölkerung). Sie beruht – wie die Statistiken der Geburten und Sterbefälle – auf Angaben der Standesbeamten/-innen, die das jeweilige Ereignis beurkunden. Für die **Statistik der Ehelösungen**, vor allem Ehescheidungen, sowie Aufhebungen gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften werden die Meldungen zu rechtskräftigen Beschlüssen der zuständigen Gerichte ausgewertet.

Die **Statistik der Kinder und tätigen Personen in Tageseinrichtungen** werden seit 2006 jährlich bei allen Kindertageseinrichtungen durchgeführt. Bis zu diesem Zeitpunkt fand die Statistik nur alle vier Jahre in einer deutlich weniger differenzierten Form statt. Rechtsgrundlage ist das Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII), Neuntes Kapitel (Kinder- und Jugendhilfestatistik) §§ 98 – 103.

Die Betreuung der Kinder in Tageseinrichtungen wird ergänzt durch ein Betreuungsangebot von Tagesmüttern oder auch -vätern. Die **Statistik der Kinder und tätigen Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege** erfasst alle öffentlich geförderten Tagespflegeverhältnisse und erhebt Angaben zu den

Betreuungspersonen und den betreuten Kindern. Rein privat organisierte Betreuungsverhältnisse werden nicht erfasst.

Die **Statistik zur Überschuldung privater Haushalte** ist eine freiwillige Erhebung, die bei den Schuldnerberatungsstellen der Verbraucher- und Wohlfahrtsverbände bzw. der Kommunen durchgeführt wird. Erhoben werden nur Angaben von Personen, die sich auf freiwilliger Basis zur Teilnahme bereit erklärt haben.

Schuldnerberatungsstellen haben die Aufgabe, Menschen in sozialer, wirtschaftlicher oder existenzieller Not in wirtschaftlicher und rechtlicher Hinsicht zu beraten. Ziel ist die Sanierung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Betroffenen. Da einerseits nicht alle überschuldeten Personen die Dienste der Beratungsstellen in Anspruch nehmen und andererseits beratene Personen nicht zwangsläufig überschuldet sein müssen, kann die Statistik keine Aussagen über die Gesamtzahl der überschuldeten Personen oder Haushalte treffen.

Glossar

Alleinerziehende

Mütter und Väter, die ohne Ehe- oder Lebenspartner/-in mit ihren minder- oder volljährigen Kindern in einem Haushalt zusammen leben. Elternteile mit Lebenspartner/-in im Haushalt zählen zu den Lebensgemeinschaften mit Kindern.

Alleinstehende

Ledige, verheiratet getrennt lebende, geschiedene und verwitwete Personen, die im Ein- oder Mehrpersonenhaushalt ohne Ehe- oder Lebenspartner/-in und ohne ledige Kinder leben. Sie können sich den Haushalt mit ausschließlich familienfremden Personen (Nichtverwandten) teilen, z. B. in einer Studenten-Wohngemeinschaft oder mit einem befreundeten Ehepaar. Ebenso können sie in einem Haushalt mit (nicht geradlinig bzw. seitenverwandt) verwandten Haushaltsmitgliedern leben, beispielsweise als Onkel, Tante, Geschwister, Cousine/Cousin. Der Familienstand ist dabei unerheblich.

Alter

Die Angaben beziehen sich auf das Alter am Erhebungstag.

Armutsgefährdungsquote

Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut. Sie wird – entsprechend dem EU-Standard – definiert als Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten) beträgt. Das Äquivalenzeinkommen ist ein auf Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnetes bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied.

Armutsgefährdungsschwelle

Grundlage der Berechnungen der Armutsgefährdungsquote ist die Armutsgefährdungsschwelle des Bundes. Diese wird anhand des mitt-

Mit der jährlichen **Erhebung über die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien privater Haushalte (IKT)** werden Daten zur Ausstattung und zur Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien, insbesondere Computer und Internet, erhoben. Berichtszeitraum der Erhebung ist jeweils das erste Quartal eines Jahres. In Rheinland-Pfalz werden rund 760 Haushalte befragt.

Alle fünf Jahre werden private Haushalte in Deutschland im Rahmen der **Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)** zu ihren Einnahmen und Ausgaben, zur Vermögensbildung, zur Ausstattung mit Gebrauchsgütern und zur Wohnsituation befragt. Bei der EVS handelt es sich um eine Stichprobenerhebung bei etwa 0,2 Prozent aller privaten Haushalte. In der Erhebung sind nur solche Haushalte vertreten, die sich freiwillig zur Teilnahme bereit erklärt haben. Mit der Hochrechnung erfolgt eine Anpassung an die Eckwerte des Mikrozensus hinsichtlich Haushaltstyp, sozialer Stellung und Haushaltsnettoeinkommen.

leren Einkommens (Median) im gesamten Bundesgebiet errechnet. Den Armutsgefährdungsquoten für Bund und Länder liegt somit eine einheitliche Armutsgefährdungsschwelle zugrunde. Personen, deren Äquivalenzeinkommen unter diesem Schwellenwert liegt, werden als (relativ) einkommensarm eingestuft.

Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz

Alle Mitglieder einer Familie/Lebensform, deren Bezugsperson am Ort der Hauptwohnung lebt. Leben einzelne Mitglieder der Familie/Lebensform selbst an einem Nebenwohnsitz, zählen sie dennoch – entsprechend dem Wohnsitz der Bezugsperson ihrer Familie/Lebensform – zur „Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz“ dazu. Mehrfachzählungen von Personen mit mehreren Wohnsitzen werden somit vermieden. Zugleich kann die Familie/Lebensform als eine zusammengehörige Einheit abgebildet werden, auch wenn einzelne Mitglieder zeitweise abwesend sind. Lebensformen mit Kindern werden als „Familien“ bezeichnet. Haushaltsgemeinschaften ohne Kinder sowie Alleinstehende sind „Lebensformen ohne Kinder“.

Bevölkerung in Privathaushalten

Alle Personen, die am Haupt- oder Nebenwohnsitz allein (Einpersonenhaushalt) oder zusammen mit anderen Personen (Mehrpersonenhaushalt) eine wirtschaftliche Einheit (Privathaushalt) bilden. Sie werden auch als Haushaltsmitglieder bezeichnet. Die Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften (z. B. Alten- oder Pflegeheime) wird nicht berücksichtigt. Falls eine Person an ihrem Hauptwohnsitz und an ihrem Nebenwohnsitz befragt wird und jeweils einen Haushalt führt, werden Person und Haushalt doppelt gezählt.

Bezugsperson der Familie/Lebensform

Seit dem Mikrozensus 2005 ist die Bezugsperson bei Ehepaaren der Ehemann, bei nichtehelichen (gemischtgeschlechtlichen)

Metadaten

Lebensgemeinschaften der männliche Lebenspartner, bei gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften der/die ältere Lebenspartner/-in, bei Alleinerziehenden der allein erziehende Elternteil und bei Alleinstehenden die befragte Person selbst.

3

Ehepaare

Verheiratet zusammen lebende Personen. Hält sich ein Ehegatte zum Zeitpunkt der Erhebung zeitweilig oder dauerhaft außerhalb des befragten Haushalts auf und erteilt der befragte Ehegatte für ihn keinerlei Angaben, so gelten die Ehepartner zwar als verheiratet, aber getrennt lebend.

Eheschließungen, Begründungen von Lebenspartnerschaften

Als Eheschließungen werden die standesamtlichen Trauungen gezählt, auch die von Ausländer/-innen.

Ehescheidungen

Gemäß § 1564 BGB kann eine Ehe nur durch gerichtlichen Beschluss auf Antrag eines oder beider Ehegatten geschieden werden. Die Ehe ist mit Rechtskraft des Urteils aufgelöst. Eine Ehe kann geschieden werden, wenn sie gescheitert ist, d. h., wenn die Lebensgemeinschaft der Ehegatten nicht mehr besteht und nicht erwartet werden kann, dass sie sie wieder herstellen. Die regionale Zuordnung erfolgt nach dem für den Gerichtsstand maßgeblichen Wohnort.

Eingetragene Lebenspartnerschaften

Das Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) vom 16. Februar 2001 ermöglicht es zwei Menschen gleichen Geschlechts, ihrer Beziehung einen rechtlichen Rahmen zu geben. Die Lebenspartner/-innen sind einander zur Fürsorge und Unterstützung sowie zur gemeinsamen Lebensgestaltung verpflichtet.

Eigentümer/-innen

Als Eigentümer/-in eines Gebäudes gilt, wem das Eigentum an einem Gebäude rechtlich ganz oder teilweise (Grundbucheintragung) zusteht. Als Eigentümer/-in einer Wohnung gilt, wem das Eigentum an einer Wohnung rechtlich ganz (Grundbucheintragung) zusteht.

Eigentümerhaushalte

Haushalte, die in Eigentümerwohneinheiten, also in von Eigentümer/-innen selbst genutzten Wohnungen in Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäusern sowie Eigentümern selbst genutzten Eigentumswohnungen wohnen.

Erwerbsbeteiligung

Nach dem Labour-Force-Konzept der ILO gliedert sich die Bevölkerung nach ihrer Beteiligung am Erwerbsleben in Erwerbstätige, Erwerbslose und Nichterwerbspersonen.

Erwerbslose

Personen, die normalerweise erwerbstätig sind und zurzeit nur vorübergehend aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind sowie

Schulentlassene, die sich um eine Lehr-/Arbeitsstelle bemühen. Die Bezeichnung „erwerbslos“ ist unabhängig davon, ob jemand beim Arbeitsamt als Arbeitsloser oder als Arbeitsuchender gemeldet ist. Personen, die normalerweise keinem Erwerb nachgehen, z. B. nicht berufstätige Ehepartner/-innen, gelten nicht als erwerbslos.

Erwerbstätige

Personen ab 15 Jahren, die in der Berichtswoche zumindest eine Stunde gegen Entgelt (Lohn, Gehalt) oder als Selbstständige/r bzw. als mithelfende/r Familienangehörige/r gearbeitet haben oder in einem Ausbildungsverhältnis stehen. Keine Rolle spielt dabei, ob es sich bei der Tätigkeit um eine regelmäßig oder nur gelegentlich ausgeübte Tätigkeit handelt. Darüber hinaus gelten auch solche Personen als Erwerbstätige, bei denen zwar eine Bindung zu einem Arbeitgeber besteht, die in der Berichtswoche jedoch nicht gearbeitet haben, weil sie z. B. Urlaub (auch Sonderurlaub) hatten oder sich in der Elternzeit befanden. Auch Personen mit einer geringfügigen Beschäftigung im Sinne der Sozialversicherungsregelungen sind als erwerbstätig erfasst; ebenso Soldaten/-innen.

Familien

Im „statistischen Sinn“ im Mikrozensus seit 2005 alle Eltern-Kind-Gemeinschaften: Ehepaare, nichteheliche (gegengeschlechtliche) und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften sowie alleinerziehende Mütter und Väter mit ledigen Kindern. Einbezogen sind in diesen Familienbegriff – neben leiblichen Kindern – auch Stief-, Pflege- und Adoptivkinder ohne Altersbegrenzung. Eltern-Kind-Beziehungen, die über Haushaltsgrenzen hinweg bestehen, bleiben unberücksichtigt. Kinder, die noch gemeinsam mit den Eltern in einem Haushalt leben, dort aber bereits eigene Kinder versorgen, zählen als eigene Familie. Dies gilt auch für Kinder, die nicht mehr ledig sind oder mit einer Partnerin/einem Partner in einer Lebensgemeinschaft leben.

Fernwärme

Fernwärme (auch Industrie-Abwärme) ist eine Heizenergie, die von einem außerhalb des eigenen Grundstücks liegenden Betriebs-, Block- oder Fernheizwerk geliefert wird.

Gläubiger

Person (oder Firma, Kommune, Land), die einen Anspruch (z. B. auf Leistungen durch Kauf, Rückzahlung usw.) gegen den/die Schuldner/-in hat. Der Gläubiger ist derjenige, der eine Leistung fordern kann.

Haupteinkommensbezieher/-in

Person mit dem höchsten monatlichen Nettoeinkommen im Haushalt.

Kinder

Ledige Personen ohne Lebenspartner/-in und ohne eigene Kinder im Haushalt, die mit mindestens einem Elternteil in einer Familie leben. Als Kinder gelten im Mikrozensus neben leiblichen Kindern auch Stief-, Adoptiv- und Pflegekinder, sofern die zuvor genannten Voraussetzungen vorliegen. Eine Altersbegrenzung für die Zählung als Kind im Mikrozensus besteht prinzipiell nicht.

Kinder- und Jugendhilfe

Nach dem achten Buch Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) – gelten alle Hilfen für junge Menschen, die außerhalb von Schule und Beruf zur Erziehung beitragen und der Entfaltung der Persönlichkeit dienen. Statistisch erfasst werden vor allem die Leistungen der öffentlichen Jugendhilfe, aber auch bestimmte Aktivitäten der Träger der freien Jugendhilfe.

Lebensformen

Grundlage für die Bestimmung der Lebensform sind soziale Beziehungen zwischen den Mitgliedern eines Haushalts. Die Lebensformen werden im Mikrozensus anhand der Elternschaft und anhand der Partnerschaft erfasst. Lebensformen mit Kindern werden als Familien bezeichnet. Zu den Lebensformen ohne Kinder zählen verheiratete und unverheiratete, gleich- oder gegengeschlechtliche Paare, soweit sie in einem Haushalt leben, sowie Alleinstehende.

Lebensgemeinschaften

Gleich- und gegengeschlechtliche Paare ohne Kinder.

Miete

Die Miete (Bruttokaltmiete) setzt sich aus der Grundmiete und den „kalten“ Betriebskosten zusammen. Die Grundmiete ist der monatliche Betrag, der mit dem Vermieter als Entgelt für die Überlassung der ganzen Wohneinheit zum Zeitpunkt der Befragung vereinbart war. „Kalte“ Betriebskosten sind die monatlich aufzuwendenden Beträge für Wasser, Kanalisation, Abwasserbeseitigung, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Hausreinigung und -beleuchtung, Schornsteinreinigung, Hauswart und Hausverwaltung.

Hauptmieterhaushalte

Privathaushalte ohne Untermieter, die in Wohnungen in Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäusern sowie Eigentumswohnungen wohnen, die nicht von den Eigentümer/-innen selbst bewohnt werden, sondern ihnen zu Wohnzwecken vermietet worden sind.

Migrationshintergrund

Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderte sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer/-innen und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer/-in in Deutschland geborenen Elternteil.

Nettoeinkommen

Im Mikrozensus wird für jedes Haushaltsmitglied die Höhe des persönlichen Nettoeinkommens im letzten Monat (Summe aller Einkunftsarten ohne Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) erfragt. Dazu müssen sich die Befragten in vorgegebene Einkommensklassen einstufen. Bei Selbstständigen in der Landwirtschaft und mithelfenden Familienangehörigen wird das Nettoeinkommen nicht erfragt. Neben dem persönlichen Nettoeinkommen der Haushaltsmitglieder

wird für jeden Haushalt bzw. jede Familie/Lebensform die Summe der persönlichen Nettoeinkommen aller Mitglieder gebildet.

Nichterwerbspersonen

Personen, die keine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen und somit weder erwerbstätig noch erwerbslos gelten.

Nichterwerbstätige

Erwerbslose und Nichterwerbspersonen. Als nicht erwerbstätig gelten im Mikrozensus alle Personen, die in der Berichtswoche keiner Erwerbstätigkeit nachgingen.

Paare/Lebensgemeinschaften

Unverheiratete Paare, bei der beide Lebenspartner in einem Haushalt zusammen leben und gemeinsam wirtschaften. Unerheblich ist, ob die Partnerschaft als eingetragene Lebenspartnerschaft registriert wurde.

ISCED-Klassifikation

Die ISCED-Klassifikation (International Standard Classification of Education) ist eine internationale Klassifikation des Bildungswesens, die ursprünglich von der UNESCO entwickelt wurde. Die ISCED-Bildungsstufen gelten als Standard für internationale Vergleiche von Bildungssystemen und -abschlüssen. Nach ISCED-1997 lässt sich differenzieren zwischen:

Niedrig:

- ISCED 1: ohne allgemeinen oder beruflichen Abschluss oder Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch
- ISCED 2: Haupt-/Realschulabschluss ohne beruflichen Abschluss oder Haupt-/Realschulabschluss mit Anlernausbildung, beruflichem Praktikum oder Berufsvorbereitungsjahr oder ohne allgemeinen Schulabschluss, aber mit Anlernausbildung, beruflichem Praktikum oder Berufsvorbereitungsjahr

Mittel:

- ISCED 3a: Hoch-/Fachhochschulreife
- ISCED 3b: Abschluss einer Lehrausbildung oder berufsqualifizierender Abschluss an einer Berufsfachschule, Kollegscheule oder einjährigen Schule des Gesundheitswesens
- ISCED 3c: Abschluss des Vorbereitungsdienstes für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung
- ISCED 4ab: Hoch-/Fachhochschulreife und Abschluss einer Lehrausbildung/berufsqualifizierender Abschluss an einer Berufsfachschule, Kollegscheule oder einjährigen Schule des Gesundheitswesens

Hoch:

- ISCED 5a: Fachhochschul-/Hochschulabschluss
- ISCED 5b: Meister-/Techniker- oder gleichwertiger Fachschulabschluss, Abschluss einer zwei- oder dreijährigen Schule des Gesundheitswesens, Abschluss einer Fach- oder Berufsakademie

Metadaten

oder Abschluss der Fachschule der ehemaligen DDR oder Abschluss einer Verwaltungsfachhochschule

■ ISCED 6: Promotion

Sonstige erneuerbare Energien

Unter sonstigen erneuerbaren Energien werden Sonnen-, Windenergie, Wärmepumpe und andere nichtfossile Energieträger verstanden.

Stellung im Beruf

Zugehörigkeit zu einer der folgenden Kategorien:

- Selbstständige: Personen, die ein Unternehmen, einen Betrieb oder eine Arbeitsstätte gewerblicher oder landwirtschaftlicher Art wirtschaftlich und organisatorisch als Eigentümer/-innen oder Pächter/-innen leiten (einschließlich selbstständige Handwerker/-innen) sowie alle freiberuflich Tätigen, Hausgewerbetreibenden, Zwischenmeister/-innen.
- Mithelfende Familienangehörige: Haushaltsmitglieder, die, ohne Lohn oder Gehalt zu empfangen, in einem landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betrieb des Haushaltsvorstands oder eines anderen Haushaltsmitglieds mitarbeiten und auch keine

Sozialversicherungspflichtbeiträge entrichten. Hierzu gehören ferner Personen, die im Betrieb eines nicht im gleichen Haushalt wohnenden Familienangehörigen arbeiten.

- Beamte/-innen: Beamte/-innen des Bundes, der Länder, der Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts. Den Beamten/-innen werden neben den Richtern/-innen auch die Soldaten/-innen (Berufs- und Zeitsoldaten) zugeordnet.
- Angestellte: Alle Gehaltsempfänger/-innen im Arbeitnehmerverhältnis. Angestellte arbeiten überwiegend in kaufmännischen, technischen und Verwaltungsberufen.
- Arbeiter/-innen: Alle Lohnempfänger/-innen, unabhängig von der Lohnzahlungs- und Lohnabrechnungsperiode. Dazu zählen Facharbeiter/-innen, angelernte Arbeiter/-innen oder Hilfsarbeiter/-innen sowie Heimarbeiter/-innen und Hausgehilfen/-innen.

Überwiegender Lebensunterhalt

Unterhaltsquelle, aus der die Mittel für den Lebensunterhalt überwiegend bezogen werden.

Internet

[www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/
bevoelkerung-und-gebiet/
haushalte-und-familien/
rechtspflege/
soziales](http://www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/bevoelkerung-und-gebiet/haushalte-und-familien/rechtspflege/soziales)

Pressemitteilungen

[www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/
bevoelkerung-und-gebiet/pressemitteilungen/
haushalte-und-familien/pressemitteilungen/
rechtspflege/pressemitteilungen/
soziales/pressemitteilungen](http://www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/bevoelkerung-und-gebiet/pressemitteilungen/haushalte-und-familien/pressemitteilungen/rechtspflege/pressemitteilungen/soziales/pressemitteilungen)

Statistische Berichte

[www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/
bevoelkerung-und-gebiet/statistische-berichte/
haushalte-und-familien/statistische-berichte/
rechtspflege/statistische-berichte/
soziales/statistische-berichte](http://www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/bevoelkerung-und-gebiet/statistische-berichte/haushalte-und-familien/statistische-berichte/rechtspflege/statistische-berichte/soziales/statistische-berichte)

Beiträge in den Statistischen Monatsheften

www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

Karten

[www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/
bevoelkerung-und-gebiet/karten](http://www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/bevoelkerung-und-gebiet/karten)

Übersichtstabellen

[www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/
bevoelkerung-und-gebiet/basisdaten-regional/
haushalte-und-familien/basisdaten-regional/
rechtspflege/tabellen/
soziales/tabellen](http://www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/bevoelkerung-und-gebiet/basisdaten-regional/haushalte-und-familien/basisdaten-regional/rechtspflege/tabellen/soziales/tabellen)

Regionaldatenbanken

www.statistik.rlp.de/regionaldaten/meine-heimat

Kurzpräsentationen

[www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/
bevoelkerung-und-gebiet/kurzpraesentationen/
haushalte-und-familien/kurzpraesentationen](http://www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/bevoelkerung-und-gebiet/kurzpraesentationen/haushalte-und-familien/kurzpraesentationen)

Gemeinschaftsveröffentlichungen

www.statistik-portal.de



4. Bildung



Inhaltsverzeichnis

Tabellen

T 1:	Ausgewählte Kennzahlen zum Bildungsstand der Bevölkerung ab 15 Jahren in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1990–2014	114
T 2:	Bevölkerung ab 25 Jahren mit hohem Bildungsstand 2005–2013 nach Bundesländern	115
T 3:	Bevölkerung ab 25 Jahren 2013 nach Bildungsstand, Altersgruppen und Geschlecht	116
T 4:	Bevölkerung ab 15 Jahren 2013 nach Bildungsstand, Erwerbsbeteiligung und Geschlecht	117
T 5:	Ausgewählte Kennzahlen zu allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1990–2014	118
T 6:	Einschulungen 2003–2013 nach Bundesländern	119
T 7:	Allgemeinbildende Schulen in den Schuljahren 2009/10 und 2014/15	120
T 8:	Zugänge aus Grundschulen in die 5. Klassenstufe weiterführender Schulen im Schuljahr 2014/15 nach Schularten, Migrationshintergrund und Geschlecht	121
T 9:	Schulentlassene aus allgemeinbildenden Schulen und Nichtschülerprüfungen 2013 nach Abschlussarten und Bundesländern.....	122
T 10:	Schulentlassene aus allgemeinbildenden Schulen 2004–2014 nach Abschlussarten, Geschlecht, Migrationshintergrund und Staatsangehörigkeit	123
T 11:	Schulentlassene aus allgemeinbildenden Schulen und Nichtschülerprüfungen 2014 nach Schularten und Abschlussarten	124
T 12:	Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2014/15 nach Schularten, Schulformen und Beschäftigungsverhältnissen	124
T 13:	Unterrichtsstunden je Schüler/-in 2003/04–2013/14 nach Bundesländern	125
T 14:	Schüler/-innen im Schuljahr 2014/15 nach Schularten und Verwaltungsbezirken	126
T 15:	Schüler/-innen im Schuljahr 2014/15 nach Schulstufen und Verwaltungsbezirken	128
T 16:	Schulische Ganztagsbetreuung im Schuljahr 2014/15 nach Verwaltungsbezirken	130
T 17:	Ausgewählte Kennzahlen zu berufsbildenden Schulen und Schulen des Gesundheitswesens in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1990–2014	132
T 18:	Berufsbildende Schulen in den Schuljahren 2009/10 und 2014/15	133
T 19:	Schulentlassene aus berufsbildenden Schulen 2014 ohne Nichtschülerprüfungen nach Schulformen und Abschlussarten.....	133
T 20:	Schüler/-innen an berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2014/15 nach Verwaltungsbezirken	134
T 21:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2013 nach Bundesländern	136
T 22:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2004–2014 nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht	138
T 23:	Auszubildende 2004–2014 nach Ausbildungsbereichen, Ausbildungsjahr und Geschlecht	139
T 24:	Bestandene Abschlussprüfungen 2004–2014 nach Ausbildungsbereichen	141
T 25:	Ausgewählte Kennzahlen zur Hochschulbildung in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1990–2014	142
T 26:	Studienanfänger/-innen 2004–2013 nach Bundesländern	143
T 27:	Studienanfänger/-innen, Studierende, Absolventen/-innen sowie wissenschaftliches und künstlerisches Personal 2014 nach Hochschulen	144
T 28:	Studierende im Wintersemester 2013/14 nach dem Ort des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung und dem Land des Studienortes	146
T 29:	Studierende, Studienanfänger/-innen, Ausländer/-innen und Absolvent/-innen 2014 nach Fächergruppen und Geschlecht	146
T 30:	Bestandene Abschlussprüfungen 2014 nach Fächergruppen	147
T 31:	Hochschulpersonal 2004 und 2014	147
T 32:	Betreuungsrelationen im Wintersemester 2014/15 nach Fächergruppen und Hochschularten	148
T 33:	Bevölkerung ab 15 Jahren 2004 und 2014 nach Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen und Geschlecht	148
T 34:	Sachgebiete der Weiterbildung 2013 nach Veranstaltungen, Weiterbildungsstunden und Teilnehmenden	149
T 35:	Weiterbildung 2013 nach Verwaltungsbezirken	150
T 36:	Öffentliche Ausgaben des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände für Bildung 2004–2014	152

T 37: Ausgaben je Schüler/-in an öffentlichen Schulen 2012 nach Schulart und Bundesländern	153
T 38: Kennzahlen zur Finanzierung von Lehre, Forschung und Entwicklung 2012 nach Bundesländern	154
T 39: Laufende Ausgaben (Grundmittel) der Hochschulen je Student/-in in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2002–2012 nach Fächergruppen	155
T 40: Drittmiteinnahmen je Professor/in in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2002–2012 nach Fächergruppen	155
T 41: Studierende mit Deutschlandstipendium 2011–2014 nach Fächergruppen und Geschlecht	156
T 42: Eckdaten zu Leistungen nach dem BAföG und dem AFBG 2004–2014	157

Grafiken

G 1: Studienberechtigtenquote in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2003–2013	113
G 2: Frühe Schulabgänger/-innen 2013 nach Bundesländern	115
G 3: Bevölkerung im Alter ab 25 Jahren in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2005 und 2013 nach Bildungsstand	117
G 4: Einschulungen 2013 nach Bundesländern	119
G 5: Zugänge aus Grundschulen in die 5. Klassenstufe der Schuljahre 2004/05–2014/15 nach Schularten	121
G 6: Schulentlassene allgemeinbildender Schulen ohne Berufsreife 2013 nach Bundesländern	122
G 7: Durchschnittliche Klassengröße im Schuljahr 2013/14 nach Bundesländern	125
G 8: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2013 nach Bundesländern	136
G 9: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den 15 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen 2014 nach Geschlecht	137
G 10: Studienanfängerquote nach Ort des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung 2013 nach Bundesländern	143
G 11: Ausgaben für öffentliche Schulen 2012 nach Bundesländern	153
G 12: Laufende Ausgaben (Grundmittel) für Lehre und Forschung 2012 nach Bundesländern	154
G 13: Drittmiteinnahmen der Hochschulen 2002–2012	156

Übersichten

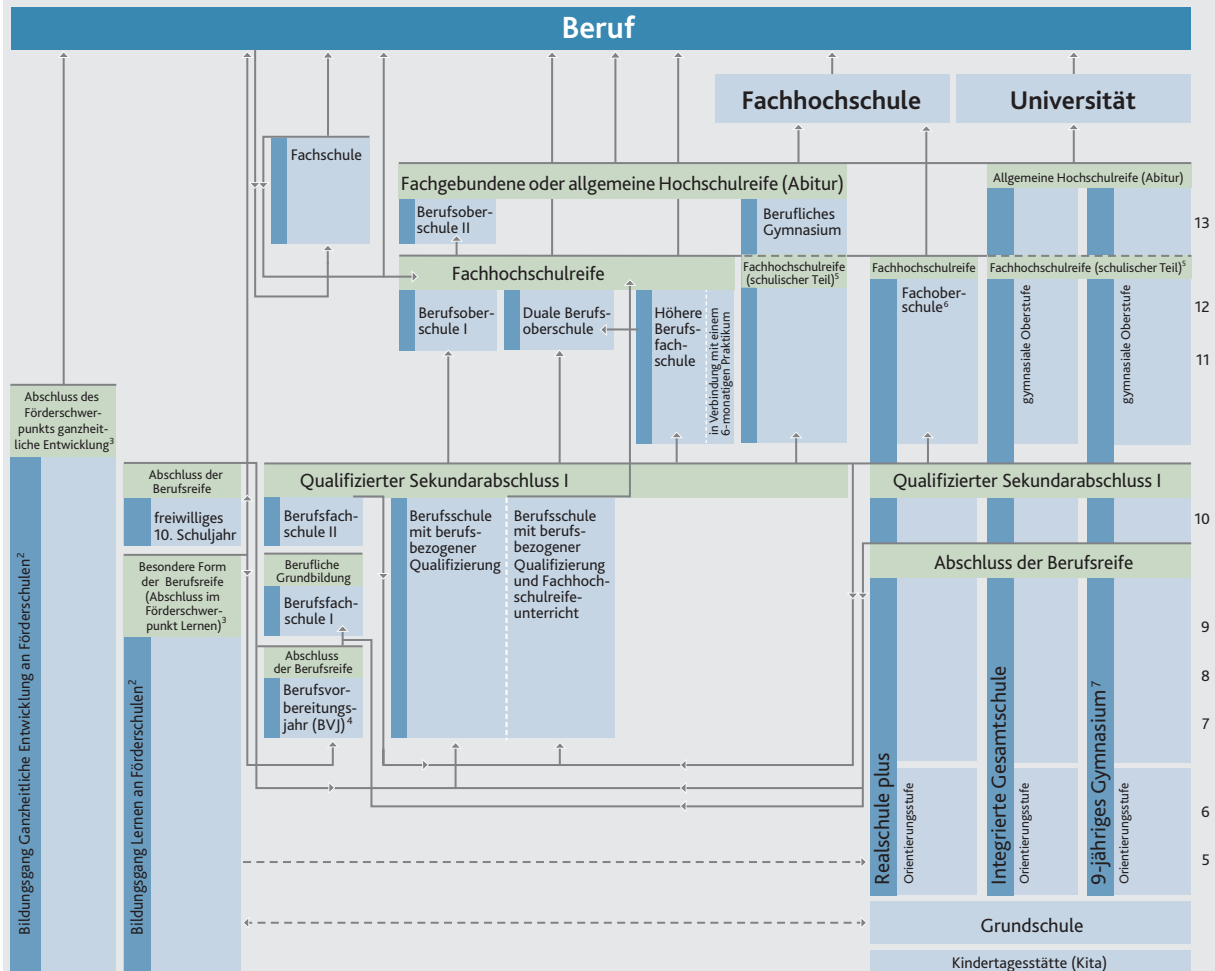
Ü 1: Bildungswesen in Rheinland-Pfalz	112
Ü 2: Anfänger/-innen 2014 nach Sektoren, Teilbereichen und Konten der Integrierten Ausbildungsberichterstattung	140

Karten

K 1: Eingeschulte mit Migrationshintergrund an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2014/15 nach Verwaltungsbezirken	127
K 2: Schüler/-innen in der Primarstufe im Schuljahr 2014/15 nach Verwaltungsbezirken	129
K 3: Schüler/-innen mit Teilnahme am Ganztagsangebot an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2014/15 nach Verwaltungsbezirken	131
K 4: Standorte der berufsbildenden Schulen 2015 in Rheinland-Pfalz	135
K 5: Hochschulstandorte in Rheinland-Pfalz 2014	145
K 6: Teilnehmer/-innen an Weiterbildungsmaßnahmen 2013 nach Verwaltungsbezirken	151

Metadaten

Datenquellen	158
Statistiken	158
Glossar	160
Internet	165



1 Auf die Darstellung von Kollegs, Abendgymnasien, Nichtschülerprüfungen etc. wird in dieser Grafik verzichtet, die Größe der Darstellungen bildet keine Wertigkeiten ab.

2 Im Bereich der Förderschulen gibt es weitere Bildungsgänge, die auch den Abschluss der Berufsreife oder den Qualifizierten Sekundarabschluss I ermöglichen.

3 Sonderpädagogische Förderung ist auch in anderen allgemeinbildenden Schularten möglich.

4 Angebot für schulpflichtige Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss.

5 Fachhochschulreife nur mit mindestens 1-jährigem Praktikum oder Berufsausbildung.

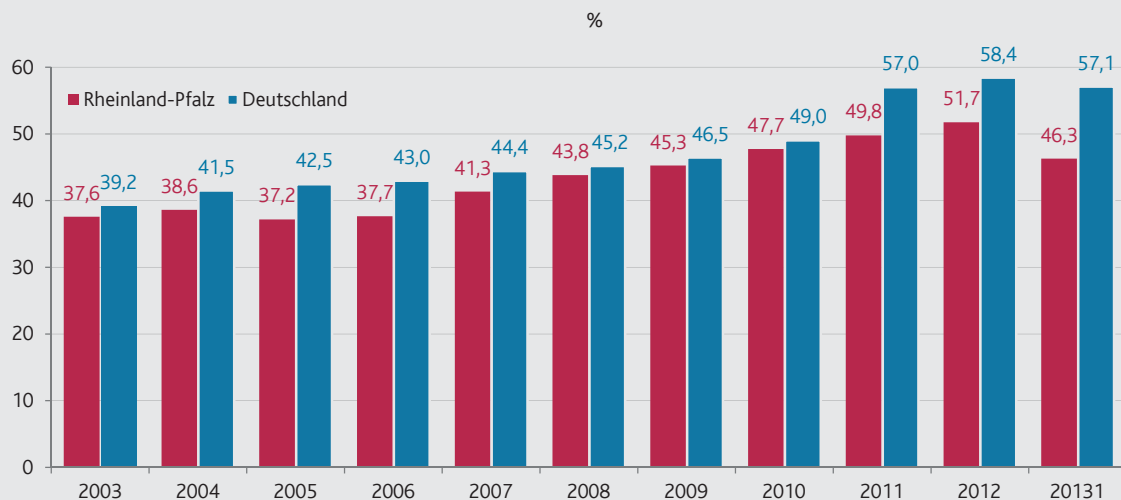
6 Die Fachoberschule wird nicht an allen Standorten angeboten; sie ist eine Schulform des berufsbildenden Bereichs.

7 In Rheinland-Pfalz gibt es an ausgewählten Standorten 8-jährige Gymnasien in Verbindung mit einer verpflichtenden Ganztagschule. Dort kann die Allgemeine Hochschulreife (Abitur) bereits nach insgesamt 12 Jahren Schulzeit erworben werden.

Quelle: Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur

- Rund 418 500 Schülerinnen und Schüler besuchten zu Beginn des Schuljahres 2014/15 eine allgemeinbildende Schule in Rheinland-Pfalz.
- Jede siebte Schülerin bzw. jeder siebte Schüler hatte einen Migrationshintergrund.
- Vier von zehn Kindern wechselten 2014 nach der Grundschule auf ein Gymnasium, drei von zehn auf eine Realschule plus.
- Ein Fünftel aller Schülerinnen und Schüler besucht ein schulisches Ganztagsangebot.
- 5,4 Prozent aller Schulentlassenen allgemeinbildender Schulen gingen ohne Hauptschulabschluss ab.
- Die meisten neuen Ausbildungsverträge von Frauen wurden für die Ausbildung zur Kauffrau für Büromanagement abgeschlossen, bei Männern für den Beruf des Kraftfahrzeugmechatronikers.
- Die Hochschulabsolventenquote stieg 2013 auf 34 Prozent.
- Jede fünfte Professur wird von einer Frau ausgeübt.
- Im Durchschnitt wurden 6 000 Euro je Schülerin bzw. Schüler an öffentlichen Schulen ausgegeben.

G 1 Studienberechtigtenquote in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2003–2013



1 Ohne Fachhochschulreife schulischer Teil.

T 1

Ausgewählte Kennzahlen zum Bildungsstand der Bevölkerung ab 15 Jahren in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1990–2014

Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz						Deutschland	
		1990	2000	2005	2010	2013	2014	2013	2014
Bevölkerung insgesamt									
Allgemeiner Schulabschluss									
Insgesamt	1 000	.	3 414,3	3 463,0	3 473,3	3 472,8	3 483,1	69 996,0	...
mit allgemeinem Schulabschluss	Anteil in %	.	88,1	92,4	92,1	92,1	92,4	92,3	...
Messzahl	2000=100	.	100,0	101,4	101,7	101,7	102,0	100,6	...
Hauptschulabschluss (Berufsreife)	Anteil in %	.	60,3	54,9	49,7	46,6	45,1	39,2	...
Mittlerer Abschluss (Realschulabschluss)	Anteil in %	.	21,4	22,5	24,4	25,3	25,7	30,2	...
Hochschulreife	Anteil in %	.	17,9	21,8	25,4	28,0	29,2	30,4	...
ohne allgemeinen Schulabschluss	Anteil in %	.	2,4	3,2	4,4	3,8	3,5	3,8	...
Beruflicher Bildungsabschluss									
Insgesamt	1 000	.	3 414,3	3 463,0	3 473,3	3 472,8	3 483,1	69 996,0	...
mit beruflichem Bildungsabschluss	Anteil in %	.	66,5	64,2	67,2	68,6	69,8	73,2	...
Messzahl	2000=100	.	100,0	100,3	104,9	105,0	107,0	113,0	...
Lehre, Berufsausbildung	Anteil in %	.	62,9	74,7	72,3	69,8	68,8	68,3	...
Fachschulabschluss einschließlich Meister- oder Techniker Ausbildung	Anteil in %	.	14,5	8,6	9,3	11,2	11,9	11,4	...
Hochschulabschluss	Anteil in %	.	12,0	15,5	17,7	17,4	19,0	18,6	...
ohne beruflichen Bildungsabschluss	Anteil in %	.	30,8	34,3	31,4	30,9	29,6	26,2	...
Darunter: Bevölkerung mit Migrationshintergrund									
Allgemeiner Schulabschluss									
Insgesamt	1 000	.	.	537,4	577,3	611,7	...	12 411,0	...
mit allgemeinem Schulabschluss	Anteil in %	.	.	71,3	80,0	82,1	...	81,2	...
Messzahl	2000=100	-	...
Hauptschulabschluss (Berufsreife)	Anteil in %	.	.	50,5	42,1	40,1	...	37,0	...
Mittlerer Abschluss (Realschulabschluss)	Anteil in %	.	.	23,9	28,0	28,6	...	26,5	...
Hochschulreife	Anteil in %	.	.	24,9	29,9	31,4	...	35,7	...
ohne allgemeinen Schulabschluss	Anteil in %	.	.	10,7	14,1	11,7	...	12,6	...
Beruflicher Bildungsabschluss									
Insgesamt	1 000	.	.	537,4	577,3	607,0	...	12 411,0	...
mit beruflichem Bildungsabschluss	Anteil in %	.	.	49,5	49,9	50,3	...	52,7	...
Messzahl	2000=100	-	...
Lehre, Berufsausbildung	Anteil in %	.	.	69,3	71,7	62,4	...	59,5	...
Fachschulabschluss einschließlich Meister- oder Techniker Ausbildung	Anteil in %	.	.	6,9	7,2	14,8	...	13,0	...
Hochschulabschluss	Anteil in %	.	.	17,6	21,1	22,8	...	26,2	...
ohne beruflichen Bildungsabschluss	Anteil in %	.	.	42,5	41,6	35,7	...	32,8	...

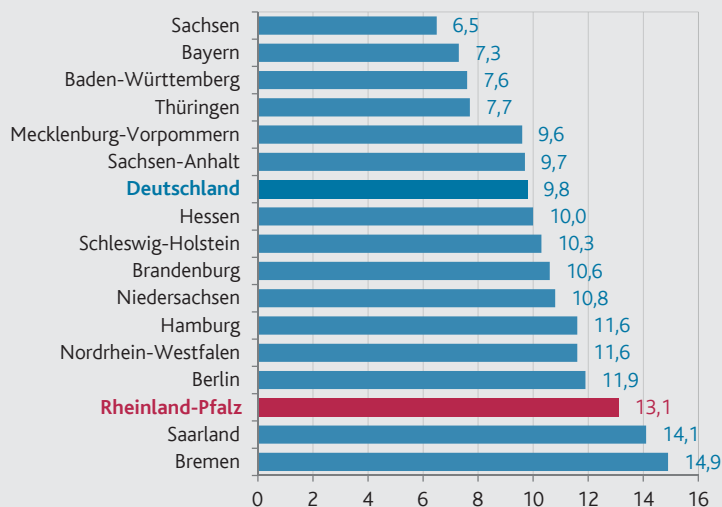
T 2 Bevölkerung ab 25 Jahren mit hohem Bildungsstand 2005–2013 nach Bundesländern

Bundesland	2005	2013						
	insgesamt	Frauen	Männer	Altersgruppen in Jahren				Anteil an der jeweiligen Bevölkerungs- bzw. Altersgruppe in %
				25 – 35	35 – 45	45 – 55	55 – 65	
	1 000							
Baden-Württemberg	1 507	1 681	21,5	35,7	32,0	30,4	27,3	25,3
Bayern	1 655	1 959	22,5	33,5	32,6	30,1	27,0	22,7
Berlin	693	717	35,2	34,4	36,3	36,5	32,3	34,2
Brandenburg	446	384	26,9	26,8	16,0	25,6	29,3	32,8
Bremen	77	87	22,6	25,9	27,6	22,3	23,3	23,5
Hamburg	252	313	29,3	30,2	33,0	32,6	26,5	25,4
Hessen	885	965	23,1	33,7	29,0	31,5	27,6	25,8
Mecklenburg-Vorpommern	251	219	24,7	22,3	18,1	20,1	24,7	28,7
Niedersachsen	848	949	17,8	26,6	22,1	23,7	21,4	21,9
Nordrhein-Westfalen	2 058	2 196	18,2	27,0	23,5	23,8	22,3	20,9
Rheinland-Pfalz	468	512	17,4	29,8	23,6	25,9	23,1	22,0
Saarland	106	113	14,4	26,2	22,1	22,3	19,4	18,4
Sachsen	772	627	27,9	28,0	26,3	27,9	27,2	30,2
Sachsen-Anhalt	350	293	24,1	22,2	15,6	19,9	24,9	29,4
Schleswig-Holstein	322	329	18,2	25,9	21,0	22,4	22,9	21,3
Thüringen	388	338	28,4	25,9	21,4	24,6	28,4	32,1
Deutschland	11 078	11 682	21,9	29,9	26,9	27,2	25,3	24,6

4

G 2 Frühe Schulabgänger/-innen 2013 nach Bundesländern

Anteil der 18- bis unter 25-Jährigen ohne Abschluss, die sich weder in schulischer noch in beruflicher Ausbildung befinden, in %



Der Anteil der frühen Schulabgänger, also der 18- bis 24-Jährigen ohne Abschluss, die sich weder in schulischer noch in beruflicher Ausbildung befinden, lag 2013 in Rheinland-Pfalz bei 13 Prozent.

Mit sieben Prozent lag der Wert in Sachsen am niedrigsten und mit 15 Prozent in Bremen am höchsten. Im Bundesdurchschnitt lag der Anteil der frühen Schulabgänger bei 9,8 Prozent und damit nahe an der Zehn-Prozent-Zielmarke, die in der EU-2020-Strategie vorgesehen ist.

T 3 Bevölkerung ab 25 Jahren 2013 nach Bildungsstand, Altersgruppen und Geschlecht

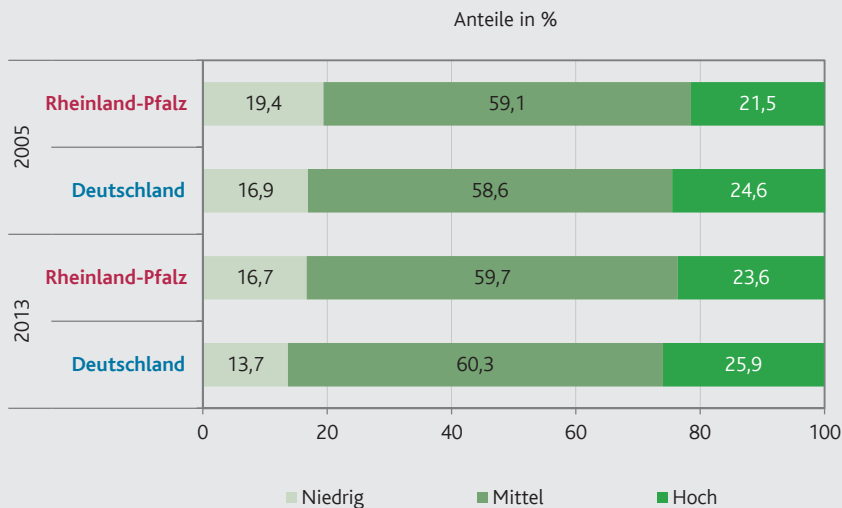
Bildungs- stand	Insgesamt		Altersgruppen in Jahren									
			25 – 35		35 – 45		45 – 55		55 – 65		65 und älter	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt												
Niedrig	672,2	22,5	69,0	15,2	76,9	15,3	105,6	16,0	110,2	20,0	310,5	37,8
Mittel	1686,6	56,4	278,1	61,2	296,6	58,8	401,0	60,8	319,5	58,0	391,4	47,6
Hoch	632,0	21,1	107,4	23,6	130,5	25,9	152,6	23,1	121,4	22,0	120,1	14,6
Insgesamt	2990,9	100	454,5	100	504,0	100	659,2	100	551,1	100	822,0	100
Und zwar												
Frauen												
Niedrig	454,7	29,7	38,1	16,7	41,7	16,8	61,5	18,7	75,1	27,2	238,4	52,9
Mittel	861,8	56,3	140,3	61,5	154,4	62,1	216,8	66,1	165,7	59,9	184,6	41,0
Hoch	215,2	14,0	49,8	21,8	52,5	21,1	49,6	15,1	35,9	13,0	27,4	6,1
Zusammen	1531,8	100	228,3	100	248,6	100	327,9	100	276,7	100	450,3	100
Männer												
Niedrig	217,5	14,9	30,8	13,6	35,2	13,8	44,2	13,3	35,1	12,8	72,2	19,4
Mittel	824,8	56,5	137,8	60,9	142,2	55,7	184,2	55,6	153,8	56,0	206,9	55,7
Hoch	416,8	28,6	57,6	25,5	78,0	30,6	103,0	31,1	85,6	31,2	92,7	24,9
Zusammen	1459,1	100	226,2	100	255,4	100	331,3	100	274,5	100	371,7	100
Bevölkerung mit Migrationshintergrund												
Niedrig	185,5	37,0	31,9	27,6	44,0	35,2	40,0	37,5	32,2	39,1	37,4	52,2
Mittel	218,4	43,6	60,0	51,8	57,5	46,0	46,6	43,7	32,0	39,0	22,3	31,1
Hoch	97,4	19,4	23,8	20,6	23,4	18,7	20,0	18,8	18,2	22,0	12,0	16,8
Zusammen	501,2	100	115,7	100	124,9	100	106,6	100	82,3	100	71,6	100

Bildungsstand

Die Kategorisierung des Bildungsstandes basiert auf der internationalen Bildungsklassifikation ISCED. Als „hohes“ Bildungsniveau gilt beispielsweise der Abschluss eines Hochschulstudiums oder einer Meisterausbildung (ISCED 5 und 6). Ein mittleres Bildungsniveau setzt das Abitur oder den Abschluss einer Berufsausbildung voraus (ISCED 3 und 4). Personen, die weder über eine Berufsausbildung noch über die Hochschulreife verfügen, fallen in die Kategorie „niedriger Bildungsstand“ (ISCED 1 und 2). Personen ohne Angabe zum Bildungsabschluss werden in den Auswertungen zum Bildungsstand nicht berücksichtigt.

G 3

Bevölkerung im Alter ab 25 Jahren in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2005 und 2013 nach Bildungsstand



Der Anteil der Bevölkerung ab 25 Jahren mit hohem Bildungsstand ist in Rheinland-Pfalz von 2005 bis 2013 um 2,1 Prozentpunkte auf rund 24 Prozent gestiegen. Im gleichen Zeitraum stieg der Wert im Bundesdurchschnitt um 1,3 Prozentpunkte.

T 4

Bevölkerung ab 15 Jahren 2013 nach Bildungsstand, Erwerbsbeteiligung und Geschlecht

Bildungsstand	Insgesamt		Erwerbspersonen						Nichterwerbspersonen	
			zusammen		Erwerbstätige		Erwerbslose			
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt										
Niedrig	873,3	25,8	340,6	16,7	308,9	15,8	31,7	39,3	532,7	39,6
Mittel	1 797,5	53,1	1 159,2	56,8	1 119,0	57,1	40,2	49,8	638,3	47,5
Hoch	714,5	21,1	541,6	26,5	532,9	27,2	(8,8)	10,9	172,9	12,9
Insgesamt	3 385,3	100	2 041,4	100	1 960,8	100	80,7	100	1 343,9	100
Frauen										
Niedrig	556,8	32,0	168,0	17,9	153,6	17,0	14,5	39,8	388,7	48,6
Mittel	896,6	51,6	552,7	58,9	534,5	59,2	18,2	50,0	343,9	43,0
Hoch	285,6	16,4	218,0	23,2	214,3	23,8	/	/	67,5	8,4
Zusammen	1 738,9	100	938,7	100	902,3	100	36,4	100	800,2	100
Männer										
Niedrig	316,6	19,2	172,6	15,7	155,3	14,7	17,2	38,8	144,0	26,5
Mittel	900,9	54,7	606,5	55,0	584,5	55,2	22,1	49,9	294,4	54,1
Hoch	429,0	26,1	323,6	29,3	318,6	30,1	(5,0)	11,3	105,3	19,4
Zusammen	1 646,4	100	1 102,7	100	1 058,4	100	44,3	100	543,7	100
Quelle: Mikrozensus										

T 5

Ausgewählte Kennzahlen zu allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
1990–2014

Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz						Deutschland	
		1990	2000	2005	2010	2013	2014	2013	2014
Schulen (Verwaltungseinheiten)	Anzahl	1 584	1 663	1 620	1 557	1 519	1 510	28 462	...
Einschulungen	Anzahl	38 772	44 498	41 253	34 541	33 249	34 502	689 736	...
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	10	11	10	9	8	9
Schüler/-innen	Anzahl	396 454	488 805	487 990	451 008	423 788	418 512	8 420 111	...
Messzahl	1990=100	100	123	123	114	107	106
Schul- und Förderkindergärten	%	0,4	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1	0,3	...
Primarstufe	%	40,2	38,4	35,6	33,3	32,4	32,9	32,9	...
Sekundarstufe I	%	51,1	53,5	54,9	54,9	54,8	53,7	50,6	...
Sekundarstufe II	%	7,6	7,1	8,6	10,8	11,9	12,4	12,1	...
Unter-, Mittel-, Ober-, Werkstufe	%	0,6	0,6	0,7	0,9	0,9	1,0	4,1	...
Ganztagsschüler/-innen	%	.	.	.	16,6	19,6	20,0	.	.
Primarstufe	%	.	.	.	5,9	7,1	7,6	.	.
Sekundarstufe I	%	.	.	.	9,5	11,0	11,0	.	.
Sekundarstufe II	%	.	.	.	0,3	0,5	0,4	.	.
Nichtversetztenquote	%	.	2,5	1,9	1,7	1,5	1,4	.	.
Schüler/-innen mit Migrationshintergrund	Anzahl	.	.	.	56 755	58 254	62 551	.	.
Messzahl	2008=100	.	.	.	98,1	100,7	108,1	.	.
Anteil an allen Schüler/-innen	%	.	.	.	12,6	13,7	14,9	.	.
Schüler/-innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf	Anzahl	.	.	.	18 199	18 876	19 285	485 744	...
Anteil an allen Schüler/-innen	%	.	.	.	4,0	4,5	4,6	5,8	...
an Regelschulen	%	.	.	.	0,7	1,0	1,1	1,7	...
an Förderschulen	%	.	.	.	3,3	3,5	3,5	4,1	...
Schulentlassene ¹	Anzahl	38 094	44 198	46 692	44 369	44 272	43 020	895 334	...
Messzahl	1990=100	100	116	123	116	116	113
ohne Hauptschulabschluss	%	9,2	9,7	7,5	5,8	5,3	5,5	5,2	...
darunter: Abschluss- oder Abgangszeugnis in einem Förderschwerpunkt	%	3,8	3,8	4,3	3,4	3,3	3,4	2,9	...
mit Berufsreife	%	36,2	31,0	30,2	20,7	18,7	18,6	16,9	...
mit qualifiziertem Sekundarabschluss I ²	%	28,6	36,3	39,1	42,7	43,5	44,3	42,3	...
darunter: mit Fachhochschulreife ³	%	.	.	1,1	1,6	1,8	1,9	0,1	...
mit Hochschulreife	%	26,0	23,0	23,2	30,8	32,5	31,7	35,7	...
Hauptamtliche/-berufliche Lehrkräfte	Anzahl	27 024	31 423	34 300	36 271	35 006	35 068	664 659	...
Schüler/-innen je Vollzeitlehreereinheiten	Anzahl	15	17	17	14	14	14

1 In Rheinland-Pfalz ohne Nichtschülerprüfungen; Deutschland einschließlich Externen. - 2 Deutschland ab 2013 mit Fachhochschulreife schulischer Teil. -

3 Deutschland ab 2013 ohne Fachhochschulreife schulischer Teil.

T 6 Einschulungen 2003–2013 nach Bundesländern

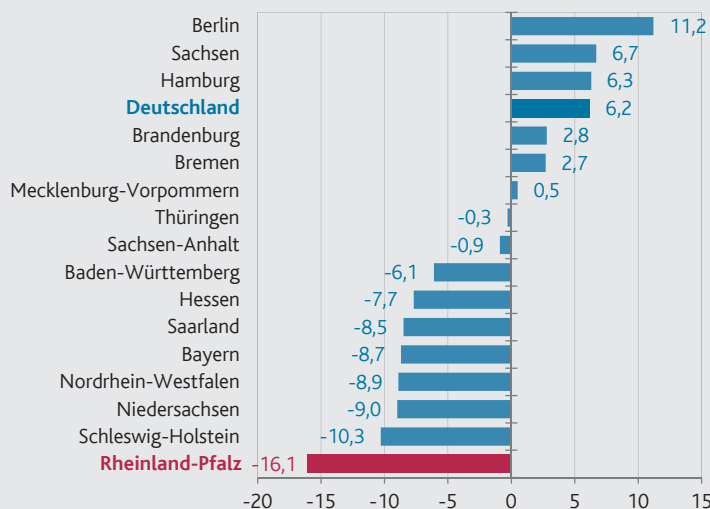
Bundesland	2003	2008	2012 ¹	2013 ¹						
				ins- gesamt	Veränderung zu		davon			
					2003	2008	vorzeitig	frist- gemäß	verspätet	geistig behindert
	Anzahl	%								
Baden-Württemberg	121 763	102 527	95 560	96 321	-20,9	-6,1	2,3	87,4	9,8	0,6
Bayern	135 114	117 518	106 556	107 328	-20,6	-8,7	2,1	85,4	12,0	0,6
Berlin	27 992	26 942	28 639	29 967	7,1	11,2	0,8	87,8	10,1	0,6
Brandenburg	18 276	19 197	19 417	19 725	7,9	2,8	1,6	86,1	11,4	0,9
Bremen	6 585	5 080	5 229	5 218	-20,8	2,7	15,7	82,7	1,6	-
Hamburg	15 874	14 248	14 792	15 146	-4,6	6,3	9,2	87,5	2,9	0,3
Hessen	64 466	54 456	49 468	50 252	-22,0	-7,7	6,8	82,8	9,8	0,5
Mecklenburg-Vorpommern	12 137	12 459	12 334	12 521	3,2	0,5	2,6	90,1	6,3	1,0
Niedersachsen	90 600	76 237	73 003	69 380	-23,4	-9,0	1,8	90,3	6,4	1,5
Nordrhein-Westfalen	203 483	167 560	154 029	152 710	-25,0	-8,9	2,6	94,8	1,9	0,6
Rheinland-Pfalz	44 943	39 524	32 647	33 158	-26,2	-16,1	4,1	90,8	4,4	0,7
Saarland	10 712	8 428	7 556	7 710	-28,0	-8,5	6,5	88,4	4,6	0,5
Sachsen	28 089	30 925	31 933	33 008	17,5	6,7	0,2	93,1	6,3	0,5
Sachsen-Anhalt	16 324	17 080	16 431	16 923	3,7	-0,9	1,7	95,1	2,2	1,0
Schleswig-Holstein	31 246	26 396	23 909	23 681	-24,2	-10,3	5,4	91,7	1,9	1,0
Thüringen	16 209	16 739	16 292	16 688	3,0	-0,3	1,9	90,1	7,2	0,8
Deutschland	843 813	735 316	687 795	689 736	-18,3	-6,2	2,9	89,5	6,8	0,7

1 Ohne wiederholt eingeschulte Schüler/-innen.

4

G 4 Einschulungen 2013 nach Bundesländern

Veränderung zu 2008 in %



Die Zahl der Einschulungen entwickelte sich in den Bundesländern unterschiedlich. Im Jahr 2013 wurden in Rheinland-Pfalz 16 Prozent weniger Kinder eingeschult als 2008. In Schleswig-Holstein betrug der Rückgang gut zehn Prozent. Zuwächse verzeichneten insbesondere die Länder Berlin (+11 Prozent), Sachsen (+6,7 Prozent) und Brandenburg (+6,3 Prozent).

T 7

Allgemeinbildende Schulen in den Schuljahren 2009/10 und 2014/15

Schuljahr	Schulen ¹	Klassen/ Gruppen ²	Schüler/-innen					Hauptamtliche/ -berufliche Lehrkräfte ³	
			insgesamt	je Klasse/ Gruppe ²	Schülerinnen	mit Migrations- hintergrund	Ausländer/ -innen	insgesamt	Frauen
Anzahl			%			Anzahl	%		
Schul- und Förderschulkindergärten									
2009/10	59	61	712	11,7	32,3	.	6,2	58	98,3
2014/15	20	20	228	11,4	36,8	.	12,7	19	100,0
Grundschulen ³									
2009/10	983	7 193	150 969	21,0	48,4	16,6	5,9	10 686	87,6
2014/15	969	7 312	133 707	18,3	48,4	23,0	6,0	10 510	89,5
Hauptschulen ³									
2009/10	125	1 186	23 272	19,6	44,0	27,0	17,7	2 284	60,8
2014/15	4	30	476	15,9	39,7	3,8	3,8	56	66,1
Realschulen									
2009/10	83	1 772	46 143	26,0	50,2	12,8	7,7	3 010	67,0
2014/15	10	148	4 187	28,3	74,9	2,7	1,6	288	73,3
Realschulen plus ³									
2009/10	-	-	-	-	-	-	-	-	-
2014/15	198	3 956	88 636	22,4	45,2	18,1	9,2	7 508	65,2
Gymnasien									
2009/10	146	3 532	138 652	x	53,6	5,8	3,3	9 773	53,1
2014/15	150	3 407	133 757	x	53,1	6,6	3,2	10 034	56,7
Integrierte Gesamtschulen									
2009/10	35	793	24 526	x	49,3	11,1	6,0	2 052	62,0
2014/15	55	1 299	39 769	x	48,5	12,0	4,8	3 286	62,7
Freie Waldorfschulen									
2009/10	8	89	2 416	27,1	51,2	1,9	1,7	215	61,9
2014/15	8	90	2 454	27,3	52,7	1,9	1,1	233	63,9
Förderschulen									
2009/10	139	1 611	15 545	9,6	37,3	13,4	9,9	2 940	72,4
2014/15	135	1 510	14 614	9,7	35,6	12,9	6,7	3 068	77,1
Kollegs und Abendgymnasien									
2009/10	3	-	669	x	48,3	5,2	4,9	73	54,8
2014/15	4	-	684	x	44,6	7,6	4,1	85	60,0
Insgesamt									
2009/10	1 590	18 793	460 014	x	49,2	12,5	6,2	35 663	68,4
2014/15	1 510	17 772	418 512	x	49,0	15,0	5,6	35 087	70,9

1 Bei insgesamt wird die Summe der Verwaltungseinheiten dargestellt, sonst Zahl der einzelnen Schularten. – 2 Bei Schul- und Förderschulkindergärten: Gruppen; bei Gymnasien und Integrierte Gesamtschulen ohne Sekundarstufe II. – 3 Zur Abgrenzung siehe Metadaten.

T 8

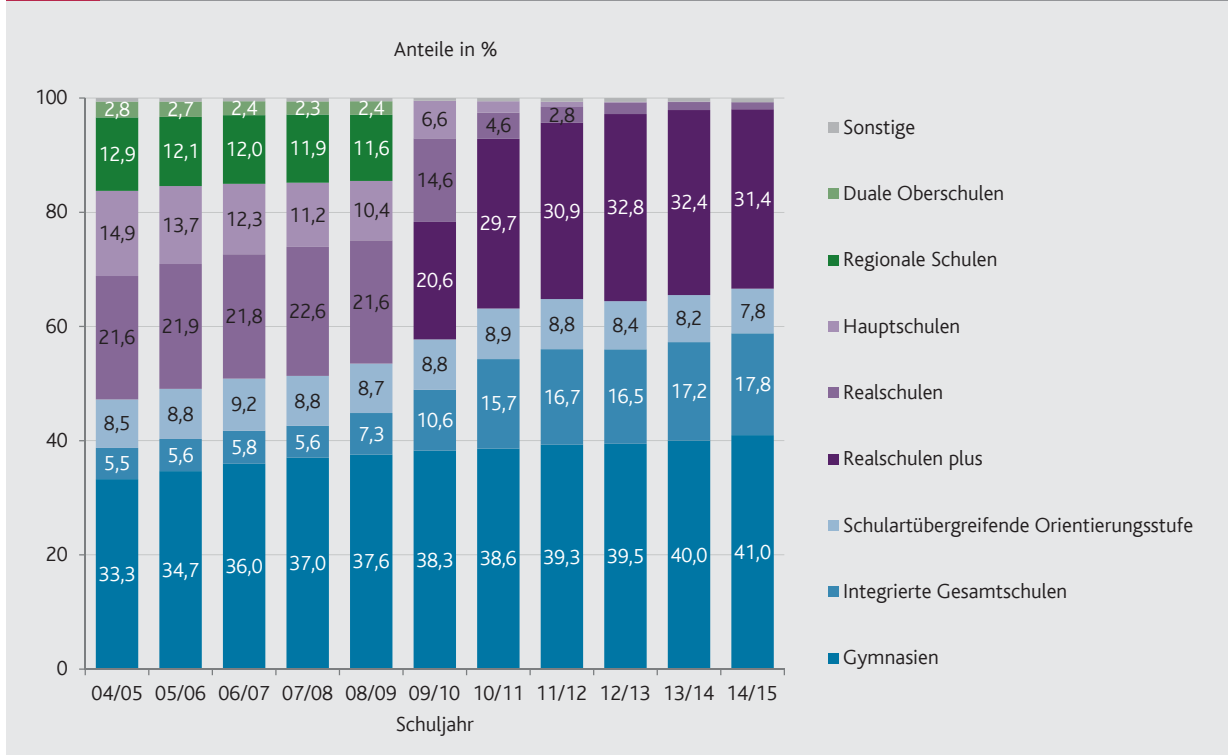
Zugänge aus Grundschulen in die 5. Klassenstufe weiterführender Schulen im Schuljahr 2014/15 nach Schularten, Migrationshintergrund und Geschlecht

Schulart	Insgesamt		Schülerinnen		Mit Migrationshintergrund		Ausländer/-innen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Gymnasien	13 685	41,0	6 858	42,7	1 050	26,0	404	26,1
Integrierte Gesamtschulen	5 954	17,8	2 789	17,4	827	20,5	290	18,7
Schulartübergreifende Orientierungsstufen	2 613	7,8	1 337	8,3	166	4,1	74	4,8
Realschulen plus	10 500	31,4	4 636	28,9	1 935	48,0	750	48,4
Realschulen	417	1,2	321	2,0	16	0,4	11	0,7
Hauptschulen	9	-	2	-	-	-	-	-
Sonstige	230	0,7	110	0,7	41	1,0	21	1,4
Freie Waldorfschulen	12	-	8	-	-	-	-	-
Förderschulen	218	0,7	102	0,6	41	1,0	21	1,4
Insgesamt	33 408	100	16 053	100	4 035	100	1 550	100

4

G 5

Zugänge aus Grundschulen in die 5. Klassenstufe der Schuljahre 2004/05–2014/15 nach Schularten



T 9

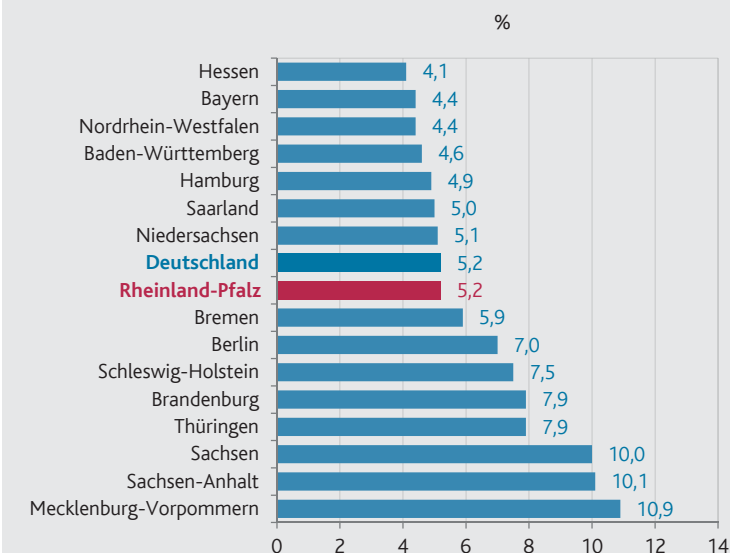
Schulentlassene aus allgemeinbildenden Schulen und Nichtschülerprüfungen 2013
nach Abschlussarten und Bundesländern

Bundesland	Ins- gesamt	Ohne Berufsreife		Mit Berufsreife		Mit Sekundarabschluss I ¹		Mit Hochschulreife	
		Anteil in %	Veränderung zu 2003 in Prozentpunkten	Anteil in %	Veränderung zu 2003 in Prozentpunkten	Anteil in %	Veränderung zu 2003 in Prozentpunkten	Anteil in %	Veränderung zu 2003 in Prozentpunkten
Baden-Württemberg	120 845	4,6	-2,7	19,8	-13,2	47,6	9,6	28,0	6,3
Bayern	137 150	4,4	-4,3	22,7	-12,4	45,5	8,2	27,5	8,6
Berlin	30 400	7,0	-4,1	19,5	-3,3	33,3	-2,3	40,2	9,7
Brandenburg	18 019	7,9	-0,4	15,0	-4,6	39,7	-4,2	37,3	9,2
Bremen	7 614	5,9	-3,2	20,7	-0,8	37,0	-2,2	36,4	6,3
Hamburg	14 155	4,9	-6,6	10,7	-14,0	26,5	-5,2	57,9	25,9
Hessen	74 394	4,1	-5,2	15,8	-10,7	42,0	3,5	38,2	12,3
Mecklenburg-Vorpommern	10 553	10,9	0,7	12,7	-6,1	44,8	-4,7	31,5	10,2
Niedersachsen	86 469	5,1	-5,5	14,0	-10,3	51,1	6,0	29,8	9,9
Nordrhein-Westfalen	255 240	4,4	-2,5	13,5	-9,6	35,9	-8,4	46,2	20,5
Rheinland-Pfalz	44 859	5,2	-3,8	19,5	-11,5	43,2	5,6	32,1	9,7
Saarland	10 137	5,0	-4,1	26,4	-7,2	37,5	2,3	31,1	9,0
Sachsen	26 057	10,0	0,1	11,3	-1,3	50,5	-2,9	28,2	4,1
Sachsen-Anhalt	14 594	10,1	-4,0	11,7	-0,6	51,5	1,8	26,7	2,8
Schleswig-Holstein	29 974	7,5	-2,3	21,7	-14,3	40,3	6,5	30,5	10,2
Thüringen	14 874	7,9	-1,4	15,0	-5,1	46,6	2,3	30,5	4,1
Deutschland	895 334	5,2	-3,7	16,9	-9,1	42,3	0,6	35,7	12,2

¹ Einschließlich Fachhochschulreife schulischer Teil.

G 6

Schulentlassene allgemeinbildender Schulen ohne Berufsreife 2013 nach Bundesländern



Im Jahr 2013 verließen in Rheinland-Pfalz 5,2 Prozent der Schülerinnen und Schüler die allgemeinbildenden Schulen ohne zumindest den Hauptschulabschluss erreicht zu haben. Deutlich mehr waren es in Mecklenburg-Vorpommern (elf Prozent) sowie Sachsen-Anhalt und Sachsen jeweils zehn Prozent. Den kleinsten Anteil an Schulentlassenen ohne allgemeinen Schulabschluss gab es mit 4,1 Prozent in Hessen.

T 10

Schulentlassene aus allgemeinbildenden Schulen 2004–2014 nach Abschlussarten, Geschlecht, Migrationshintergrund und Staatsangehörigkeit

Abschluss	2004		2013		2014		
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Veränderung zu 2004 in Prozentpunkten
Insgesamt							
Insgesamt	46 059	100	44 859	100	43 020	100	x
ohne Berufsreife	3 709	8,1	2 346	5,2	2 357	5,5	-2,6
darunter: mit Abgangs- oder Abschlusszeugnis in einem	1 744	3,8	1 263	2,8	1 475	3,4	-0,4
mit Berufsreife	14 199	30,8	8 754	19,5	8 001	18,6	-12,2
mit qualifiziertem Sekundarabschluss I	17 700	38,4	19 367	43,2	19 038	44,3	5,8
darunter: Fachhochschulreife (schulischer Teil)	605	1,3	775	1,7	808	1,9	0,6
mit allgemeiner Hochschulreife	10 451	22,7	14 392	32,1	13 624	31,7	9,0
Frauen							
Insgesamt	23 111	.	21 942	100	21 193	100	x
ohne Berufsreife	1 368	.	852	3,9	891	4,2	-1,7
darunter: mit Abschlusszeugnis der Förderschule	617	.	505	2,3	559	2,6	-0,1
mit Berufsreife	6 302	.	3 455	15,7	3 150	14,9	-12,4
mit qualifiziertem Sekundarabschluss I	9 472	.	9 629	43,9	9 525	44,9	4,0
darunter: Fachhochschulreife (schulischer Teil)	329	.	401	1,8	418	2,0	0,5
mit allgemeiner Hochschulreife	5 969	.	8 006	36,5	7 627	36,0	10,2
Schulentlassene mit Migrationshintergrund							
Insgesamt	.	.	5 006	100	5 052	100	.
ohne Berufsreife	.	.	438	8,7	497	9,8	.
darunter: mit Abschlusszeugnis der Förderschule	.	.	192	3,8	231	4,6	.
mit Berufsreife	.	.	1 661	33,2	1 594	31,6	.
mit qualifiziertem Sekundarabschluss I	.	.	2 136	42,7	2 194	43,4	.
darunter: Fachhochschulreife (schulischer Teil)	.	.	81	1,6	73	1,4	.
mit allgemeiner Hochschulreife	.	.	771	15,4	767	15,2	.
Ausländer/-innen							
Insgesamt	3 491	100	3 162	100	3 108	100	x
ohne Berufsreife	750	21,5	327	10,3	355	11,4	-10,1
darunter: mit Abschlusszeugnis der Förderschule	256	7,3	145	4,6	158	5,1	-2,2
mit Berufsreife	1 580	45,3	1 146	36,2	1 040	33,5	-11,8
mit qualifiziertem Sekundarabschluss I	855	24,5	1 275	40,3	1 285	41,3	16,9
darunter: Fachhochschulreife (schulischer Teil)	44	1,3	43	1,4	37	1,2	-0,1
mit allgemeiner Hochschulreife	306	8,8	414	13,1	428	13,8	5,0

T 11

Schulentlassene aus allgemeinbildenden Schulen und Nichtschülerprüfungen 2014 nach Schularten und Abschlussarten

Schulart	Ins- gesamt	Davon				
		ohne Berufsreife	mit Berufsreife	mit qualifiziertem Sekundarabschluss I		mit allgemeiner Hochschulreife
				zusammen	darunter: Fach- hochschulreife	
	Anzahl	Anteil an allen Schulentlassenen und Nichtschülerprüfungen in %				
Hauptschulen	134	0,1	0,2	0,1	.	.
Förderschulen	1 905	3,1	1,2	0,0	.	.
Realschulen	779	-	0,0	1,8	.	.
Realschulen plus	20 026	1,8	14,2	29,8	.	.
Gymnasien	14 325	0,0	0,3	4,3	1,3	28,1
Integrierte Gesamtschulen	5 524	0,4	2,4	7,2	0,4	2,6
Freie Waldorfschulen	156	-	0,0	0,2	0,0	0,2
Kollegs und Abendgymnasien	171	.	.	0,1	0,1	0,3
Externe	738	-	1,2	0,4	-	0,0
Insgesamt	43 758	5,4	19,5	43,9	1,8	31,1

T 12

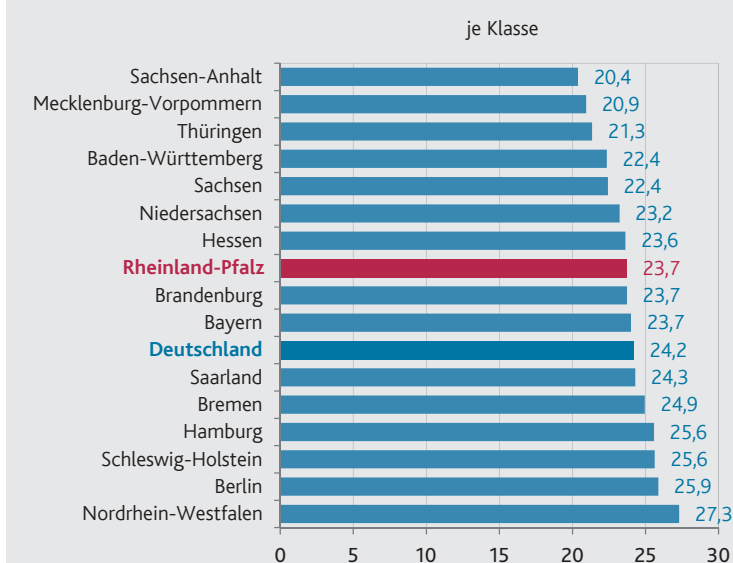
Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2014/15 nach Schularten, Schulformen und Beschäftigungsverhältnissen

Schulart Schulform ¹	Hauptamtliche und -berufliche Lehrkräfte ²				Nebenamtliche und -berufliche Lehrkräfte ²	Vollzeitäquivalente		
	ins- gesamt	und zwar				ins- gesamt	Veränderung zu	
		Vollzeit	Teilzeit	Frauen			2009/10	2013/14
	Anzahl	Anteil in %				Anzahl	Anzahl	%
Grundschulen	10 510	51,5	48,5	89,5	2 439	9 111	1,0	1,7
Hauptschulen	56	64,3	35,7	66,1	2	53	-97,3	-13,1
Förderschulen	3 068	62,0	38,0	77,1	272	2 414	-5,4	0,1
davon mit Förderschwerpunkt								
Lernen	1 941	63,6	36,4	77,9	138	.	.	.
ganzheitliche Entwicklung	294	58,5	41,5	78,9	57	.	.	.
Blinde und Sehbehinderte	52	48,1	51,9	86,5	2	.	.	.
Gehörlose und Schwerhörige	162	55,6	44,4	82,7	18	.	.	.
Sprache	98	51,0	49,0	85,7	22	.	.	.
motorische Entwicklung	227	49,3	50,7	80,2	23	.	.	.
sozial-emotionale Entwicklung	189	79,9	20,1	50,8	9	.	.	.
Förderzentren	105	64,8	35,2	76,2	3	.	.	.
Realschulen	288	41,3	58,7	73,3	23	223	-91,2	942,2
Realschulen plus	7 508	64,3	35,7	65,2	784	6 568	66,7	-2,5
Gymnasien	10 034	60,2	39,8	56,7	1 342	8 872	3,2	-2,6
Integrierte Gesamtschulen	3 286	66,5	33,5	62,7	413	3 011	69,3	-38,2
Freie Waldorfschulen	233	40,3	59,7	63,9	5	203	25,3	-15,2
Kollegs und Abendgymnasien	85	69,4	30,6	60,0	43	79	27,4	-16,2
Insgesamt	35 068	59,0	41,0	70,9	5 323	30 535	-0,3	0,5
1 Ohne angeschlossene Schulkindergärten. – 2 Ohne pädagogische Fachkräfte.								

T 13 Unterrichtsstunden je Schüler/-in 2003/04–2013/14 nach Bundesländern

Bundesland	Erteilte Unterrichtsstunden je Schüler/-in				Schüler/-innen je Klasse			
	2003/04	2007/08	2013/14	Veränderung 2013/14 zu 2007/08	2003/04	2007/08	2013/14	Veränderung 2013/14 zu 2007/08
	Anzahl			%	Anzahl			%
Baden-Württemberg	1,5	1,6	1,8	10,5	23,7	23,6	22,4	-5,4
Bayern	1,4	1,5	1,6	10,6	24,9	25,1	24,0	-4,5
Berlin	1,7	1,7	1,8	3,1	25,6	26,3	25,9	-1,5
Brandenburg	1,7	1,7	1,8	0,7	24,3	24,6	23,7	-3,4
Bremen	1,6	1,6	1,8	13,1	24,3	24,7	24,9	1,1
Hamburg	1,5	1,5	1,7	15,9	25,9	26,7	25,6	-4,0
Hessen	1,5	1,5	1,7	11,2	24,2	24,3	23,6	-2,7
Mecklenburg-Vorpommern	1,6	1,8	1,7	-3,6	21,5	21,0	20,9	-0,3
Niedersachsen	1,5	1,5	1,6	10,5	23,0	23,4	23,2	-0,9
Nordrhein-Westfalen	1,3	1,4	1,5	8,4	26,2	26,7	27,3	2,4
Rheinland-Pfalz	1,4	1,5	1,6	9,3	24,4	24,5	23,7	-3,3
Saarland	1,4	1,5	1,7	13,4	23,8	24,7	24,3	-1,7
Sachsen	1,7	1,8	1,7	-6,0	21,8	21,4	22,4	4,8
Sachsen-Anhalt	1,7	1,8	1,8	-1,6	20,7	19,5	20,4	4,6
Schleswig-Holstein	1,4	1,4	1,5	6,7	22,8	23,8	25,6	7,5
Thüringen	1,8	1,8	1,8	-2,2	20,2	20,1	21,3	6,3
Deutschland	1,5	1,5	1,7	8,2	24,2	24,5	24,2	-1,2

G 7 Durchschnittliche Klassengröße im Schuljahr 2013/14 nach Bundesländern



Große Unterschiede gibt es zwischen den Bundesländern bei der Zahl der Schülerinnen und Schüler pro Klasse. Deutschlandweit liegt die durchschnittliche Klassengröße bei 24,2 Schülerinnen und Schülern, in Rheinland-Pfalz beläuft sich der Wert auf 23,7. Die Spannweite liegt zwischen 20,4 Schülerinnen und Schülern in Sachsen-Anhalt und 27,3 in Nordrhein-Westfalen.

T 14 Schüler/-innen im Schuljahr 2014/15 nach Schularten und Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Einschulungen ¹	Darunter: mit Migrations- hintergrund	Schüler/ -innen ²	Darunter an					
	Anzahl	%	Anzahl	Grund- schulen	Realschulen plus	Integrierten Gesamt- schulen	Gym- nasien	Förder- schulen	Freien Waldorf- schulen
				%					
Frankenthal (Pfalz), St.	477	35,6	6 956	21,7	19,2	8,2	36,2	8,9	5,8
Kaiserslautern, St.	775	26,1	12 359	24,4	10,5	14,5	45,6	1,9	-
Koblenz, St.	884	29,6	13 142	26,0	14,0	5,8	45,7	2,4	-
Landau i. d. Pfalz, St.	419	25,1	8 227	19,9	11,7	12,0	43,3	7,9	-
Ludwigshafen a. Rh., St.	1 596	58,0	18 226	33,4	17,6	14,7	28,9	5,5	-
Mainz, St.	1 766	44,5	22 415	29,0	10,3	13,8	41,1	1,7	1,8
Neustadt a. d. Weinstr., St.	447	24,2	5 369	31,4	11,1	-	53,5	2,6	1,4
Pirmasens, St.	306	24,2	4 638	27,2	21,9	-	44,3	5,7	-
Speyer, St.	413	40,0	8 182	20,9	10,3	8,6	51,0	2,7	-
Trier, St.	794	19,4	12 064	25,4	14,3	5,0	43,1	4,1	3,5
Worms, St.	727	34,4	9 057	32,7	22,8	7,8	34,9	1,8	-
Zweibrücken, St.	270	30,4	4 582	24,2	27,3	-	46,0	2,5	-
Ahrweiler	1 028	16,6	12 913	29,8	21,6	1,5	40,8	3,0	-
Altenkirchen (Ww.)	1 136	16,9	13 448	33,7	23,0	17,3	24,0	2,0	-
Alzey-Worms	1 105	18,3	13 417	33,3	27,0	11,9	25,9	1,9	-
Bad Dürkheim	1 067	14,1	11 426	36,7	18,8	11,6	29,1	3,8	-
Bad Kreuznach	1 369	21,1	17 064	31,3	19,5	8,6	32,5	3,3	-
Bernkastel-Wittlich	894	17,7	11 665	31,2	26,7	9,3	28,4	4,4	-
Birkenfeld	630	10,6	7 171	34,3	21,8	7,4	31,3	5,2	-
Cochem-Zell	533	11,8	5 542	37,1	30,2	11,8	16,1	4,8	-
Donnersbergkreis	658	16,1	8 883	30,1	18,7	18,6	27,9	4,8	-
Eifelkreis Bitburg-Prüm	845	13,6	10 748	31,4	29,9	-	35,2	3,1	-
Germersheim	1 216	25,7	12 212	37,7	16,8	22,2	21,0	2,4	-
Kaiserslautern	918	20,3	10 145	35,7	12,9	22,7	18,1	3,2	3,6
Kusel	533	12,8	5 770	39,1	25,3	10,7	21,0	3,9	-
Mainz-Bingen	1 950	14,7	22 410	33,7	16,2	12,9	34,8	2,4	-
Mayen-Koblenz	1 708	16,8	20 431	33,8	27,4	5,9	29,9	3,0	-
Neuwied	1 701	25,6	19 658	31,5	28,9	3,6	25,8	8,2	2,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	876	23,3	10 672	32,2	20,9	17,9	21,6	3,1	0,8
Rhein-Lahn-Kreis	1 037	12,9	12 467	31,2	25,4	5,0	33,2	2,9	2,3
Rhein-Pfalz-Kreis	1 298	22,1	11 061	45,2	29,9	7,8	16,3	0,8	-
Südliche Weinstraße	831	9,1	10 410	32,3	28,2	-	36,4	3,0	-
Südwestpfalz	668	4,0	6 837	41,2	19,9	30,5	8,1	0,4	-
Trier-Saarburg	1 339	9,0	12 821	38,8	20,2	5,0	30,8	4,3	-
Vulkaneifel	438	9,1	6 525	29,9	32,8	-	34,3	3,0	-
Westerwaldkreis	1 765	18,3	20 363	34,5	32,7	2,7	26,6	3,6	-
Rheinland-Pfalz	34 417	22,0	418 512	32,0	21,2	9,5	32,0	3,5	0,6
kreisfreie Städte	8 874	37,0	124 453	27,1	14,7	9,5	41,3	3,7	1,1
Landkreise	25 543	16,8	294 059	34,1	23,9	9,5	28,0	3,4	0,4

1 Ohne wiederholt Eingeschulte. – 2 Einschließlich Schul- und Förderkindergärten.

T 15 Schüler/-innen im Schuljahr 2014/15 nach Schulstufen und Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Insgesamt			Darunter					
	Anzahl	Veränderung zu 2004/05	mit Migrations- hintergrund ¹	Primarstufe		Sekundarstufe I		Sekundarstufe II	
				Anzahl	Veränderung zu 2004/05	Anzahl	Veränderung zu 2004/05	Anzahl	Veränderung zu 2004/05
		%			%		%		%
Frankenthal (Pfalz), St.	6 956	-7,9	22,0	1 901	-12,8	4 036	-8,5	947	12,7
Kaiserslautern, St.	12 154	-12,9	13,6	2 985	-19,0	6 875	-14,9	2 183	6,5
Koblenz, St.	12 956	-8,6	16,8	3 403	-14,7	6 976	-13,4	2 467	19,5
Landau i. d. Pfalz, St.	8 219	-4,7	9,1	1 789	-14,6	4 876	-5,6	1 353	16,9
Ludwigshafen a. Rh., St.	18 222	-4,9	42,0	6 232	-4,5	9 439	-12,8	2 226	46,3
Mainz, St.	22 425	-5,0	26,9	6 759	-4,8	11 190	-15,5	4 367	42,5
Neustadt a. d. Weinstr., St.	5 360	-17,2	12,4	1 764	-14,0	2 667	-24,3	929	3,7
Pirmasens, St.	4 511	-23,4	10,4	1 256	-30,1	2 504	-25,5	638	0,6
Speyer, St.	8 167	-4,4	17,6	1 722	-14,8	4 650	-7,4	1 702	19,4
Trier, St.	11 947	-12,6	11,5	3 280	-7,2	6 582	-20,1	1 922	10,0
Worms, St.	9 097	-9,2	24,3	2 980	-6,3	4 952	-14,5	1 100	11,6
Zweibrücken, St.	4 439	-19,4	13,1	1 092	-22,8	2 591	-22,6	712	3,8
Ahrweiler	12 913	-19,0	11,6	3 929	-32,1	6 864	-21,6	2 051	56,8
Altenkirchen (Ww.)	13 448	-18,9	12,9	4 568	-28,9	7 149	-23,4	1 654	127,8
Alzey-Worms	13 417	-15,8	12,9	4 517	-23,7	7 103	-18,3	1 719	38,4
Bad Dürkheim	11 426	-22,1	9,4	4 261	-27,2	5 724	-25,4	1 308	29,1
Bad Kreuznach	17 064	-14,0	13,9	5 379	-20,9	9 237	-17,1	2 178	38,6
Bernkastel-Wittlich	11 665	-17,5	13,0	3 748	-22,2	6 621	-18,5	1 146	11,6
Birkenfeld	7 171	-23,7	10,3	2 566	-28,0	3 844	-25,6	692	20,3
Cochem-Zell	5 542	-19,9	8,8	2 071	-25,1	2 885	-23,0	427	81,7
Donnersbergkreis	8 883	-17,6	11,6	2 744	-23,9	4 999	-20,9	1 049	29,0
Eifelkreis Bitburg-Prüm	10 748	-18,6	8,8	3 458	-24,3	5 713	-22,9	1 487	30,9
Germersheim	12 212	-14,5	20,6	4 760	-18,5	6 400	-16,1	1 052	33,8
Kaiserslautern	10 145	-15,7	16,5	3 794	-24,2	5 107	-15,5	1 115	30,7
Kusel	5 770	-33,5	10,2	2 309	-29,9	2 984	-38,1	422	-12,1
Mainz-Bingen	22 410	0,7	12,0	7 635	-14,5	11 727	4,7	2 840	51,9
Mayen-Koblenz	20 431	-15,0	11,8	7 020	-24,4	11 530	-13,2	1 813	36,4
Neuwied	19 658	-20,1	16,2	6 717	-24,9	10 592	-22,4	1 785	23,2
Rhein-Hunsrück-Kreis	10 672	-19,8	13,8	3 508	-27,1	6 050	-19,5	1 008	17,5
Rhein-Lahn-Kreis	12 467	-19,5	9,4	4 073	-26,1	6 743	-21,9	1 527	29,3
Rhein-Pfalz-Kreis	11 061	-15,4	18,3	5 029	-20,0	5 358	-14,7	674	39,3
Südliche Weinstraße	10 410	-12,4	7,4	3 396	-24,6	5 482	-14,6	1 404	68,5
Südwestpfalz	6 837	-24,9	3,2	2 818	-33,3	3 631	-22,8	388	110,9
Trier-Saarburg	12 821	-15,3	7,2	5 106	-18,1	6 585	-18,6	1 005	43,8
Vulkaneifel	6 525	-26,5	5,7	1 983	-35,4	3 713	-26,9	758	17,9
Westerwaldkreis	20 363	-17,5	14,0	7 203	-25,2	11 333	-17,0	1 663	39,0
Rheinland-Pfalz	418 512	-14,9	14,9	137 755	-21,4	224 712	-17,5	51 711	30,7
kreisfreie Städte	124 453	-9,3	21,3	35 163	-11,1	67 338	-14,8	20 546	20,3
Landkreise	294 059	-17,1	12,2	102 592	-24,4	157 374	-18,6	31 165	38,6

1 Ohne Schul- und Förderkindergärten.

K 2

Schüler/-innen in der Primarstufe im Schuljahr 2014/15 nach Verwaltungsbezirken

Im Schuljahr 2014/15 besuchten 137 800 Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz die Primarstufe. Dieser Bildungsabschnitt umfasst die Klassenstufen 1 bis 4. Hier werden die Kinder in das schulische Lernen eingeführt und damit die Grundlagen für die weitere schulische Bildung geschaffen. Bezogen auf 100 Einwohnerinnen und Einwohner kamen im Landesdurchschnitt 3,4 Primarschülerinnen und Schüler. Am höchsten war der Wert in Landau in der Pfalz (vier Schülerinnen und Schüler), am niedrigsten im Landkreis Südwestpfalz (2,9 Schülerinnen und Schüler).

je 100 Einwohner/-innen¹

- unter 3,0 (1)
- 3,0 bis unter 3,2 (7)
- 3,2 bis unter 3,4 (11)
- 3,4 bis unter 3,6 (7)
- 3,6 bis unter 3,8 (7)
- 3,8 und mehr (3)

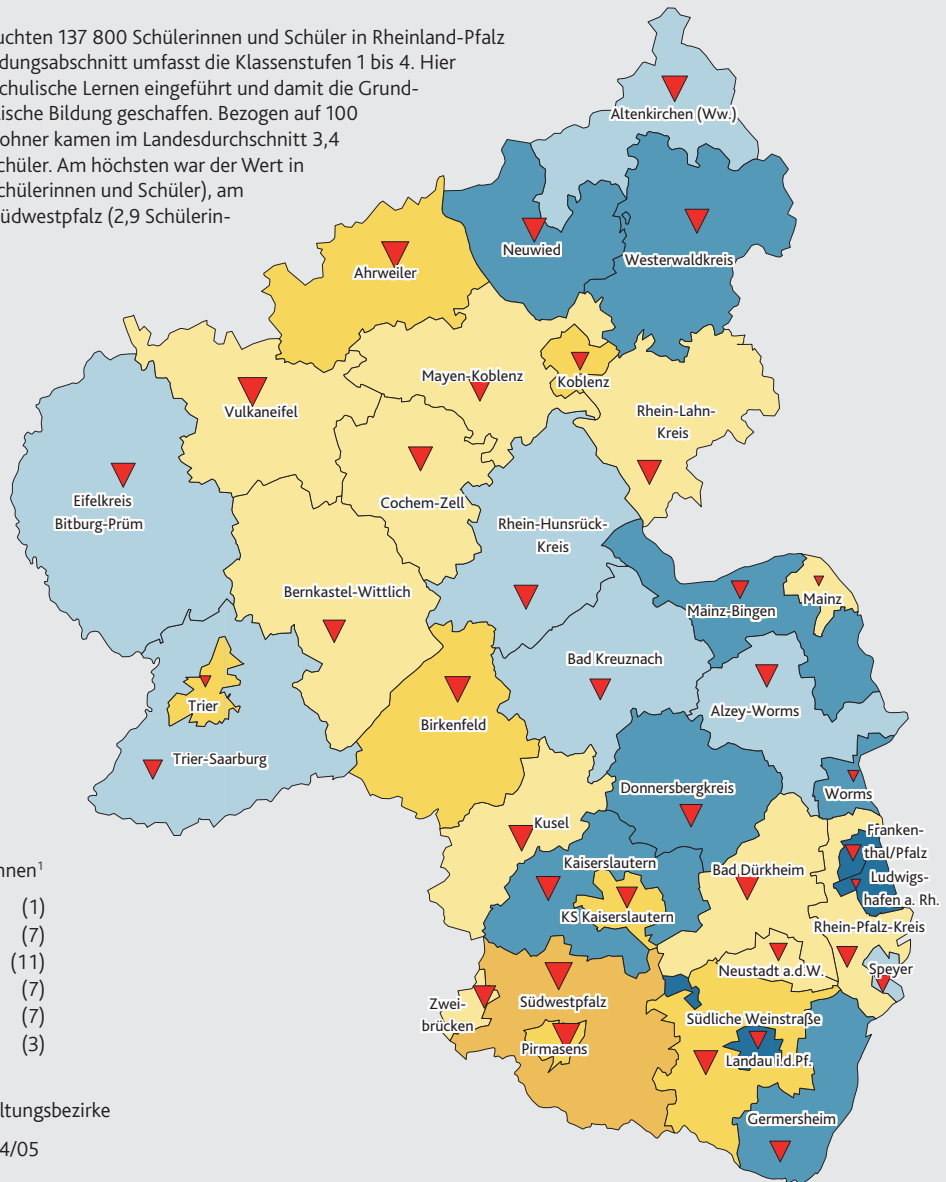
Landeswert: 3,4

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2004/05

▼ Abnahme

¹ Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011.



T 16 Schulische Ganztagsbetreuung im Schuljahr 2014/15 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Schüler/-innen in Ganztagsbetreuung		Anteil der Ganztagsschüler/-innen					
	Anzahl	Veränderung zu 2013/14	ins-gesamt	Veränderung zu		Primarstufe	Sekundar-stufe I	Sekundar-stufe II
		%		2008/09	2013/14			
Frankenthal (Pfalz), St.	1 772	9,0	25,5	7,6	1,8	40,7	52,2	3,6
Kaiserslautern, St.	1 933	0,3	15,9	-1,2	0,3	27,1	51,9	16,0
Koblenz, St.	1 445	0,3	11,2	1,8	0,2	43,8	44,5	4,1
Landau i. d. Pfalz, St.	2 040	-6,2	24,8	6,4	-1,6	34,9	55,2	-
Ludwigshafen a. Rh., St.	3 112	1,8	17,1	3,3	0,3	9,9	71,9	8,3
Mainz, St.	6 055	0,2	27,0	12,3	0,0	30,0	61,5	7,1
Neustadt a. d. Weinstr., St.	502	15,1	9,4	2,0	1,2	51,2	48,8	-
Pirmasens, St.	988	-0,8	22,0	5,2	0,4	57,9	31,9	-
Speyer, St.	1 290	5,3	15,8	4,8	0,8	49,6	44,7	-
Trier, St.	2 615	0,3	21,9	4,9	0,3	40,2	52,8	0,8
Worms, St.	1 108	4,7	12,2	2,1	0,5	32,1	65,0	0,1
Zweibrücken, St.	292	-6,1	6,6	2,3	-0,2	54,8	30,1	-
Ahrweiler	2 903	2,2	22,5	15,6	1,0	28,4	63,3	5,9
Altenkirchen (Ww.)	1 739	-8,2	12,9	3,6	-0,9	53,2	42,3	0,1
Alzey-Worms	2 744	-5,9	20,5	5,5	-0,9	41,3	55,8	-
Bad Dürkheim	2 178	2,7	19,1	9,0	0,8	38,4	55,9	-
Bad Kreuznach	3 876	6,1	22,8	8,6	1,6	36,2	58,3	-
Bernkastel-Wittlich	2 372	-4,8	20,3	7,7	-0,5	36,7	57,0	-
Birkenfeld	1 693	1,1	23,6	10,9	0,9	46,0	50,0	-
Cochem-Zell	996	1,7	18,0	4,0	0,6	45,3	40,1	0,4
Donnersbergkreis	2 824	-3,4	31,8	6,7	-0,5	27,7	56,3	12,8
Eifelkreis Bitburg-Prüm	1 827	1,6	17,0	6,6	0,7	45,2	50,1	-
Germersheim	2 962	-0,7	24,3	8,3	-0,0	37,2	62,8	-
Kaiserslautern	1 779	-2,0	17,5	4,9	-0,3	49,7	39,6	3,4
Kusel	1 078	-3,1	18,7	4,1	0,2	68,4	26,5	-
Mainz-Bingen	4 345	-0,3	19,4	7,3	-0,2	40,4	55,2	-
Mayen-Koblenz	2 279	7,7	11,2	2,5	0,9	43,7	53,7	-
Neuwied	3 873	-2,2	19,7	2,4	0,0	46,4	38,4	0,6
Rhein-Hunsrück-Kreis	1 870	-0,5	17,5	4,3	0,2	45,2	49,8	-
Rhein-Lahn-Kreis	2 667	2,4	21,4	12,0	0,8	37,8	55,5	2,1
Rhein-Pfalz-Kreis	3 141	1,6	28,4	11,0	0,6	43,1	56,9	-
Südliche Weinstraße	1 372	-2,1	13,2	-3,0	0,1	39,3	51,4	-
Südwestpfalz	2 405	11,3	35,2	17,4	4,0	35,3	64,7	-
Trier-Saarburg	2 710	-3,7	21,1	5,1	-0,8	40,6	54,8	-
Vulkaneifel	1 218	-7,4	18,7	10,4	-0,8	44,0	50,8	-
Westerwaldkreis	5 611	7,1	27,6	13,3	2,4	30,6	62,1	4,4
Rheinland-Pfalz	83 614	0,7	20,0	6,6	0,4	38,0	54,6	2,5
kreisfreie Städte	23 152	1,1	18,6	4,9	0,3	33,5	56,1	4,9
Landkreise	60 462	0,5	20,6	7,3	0,4	39,8	54,1	1,5

K 3

Schüler/-innen mit Teilnahme am Ganztagsangebot an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2014/15 nach Verwaltungsbezirken

Im Schuljahr 2014/15 nutzten insgesamt 83 600 rheinland-pfälzische Schülerinnen und Schüler ein schulisches Ganztagsangebot. Das waren mehr als doppelt so viele wie im Schuljahr 2005/06, dem Zeitpunkt der erstmaligen Erhebung des Merkmals. Jede bzw. 20 Prozent der Schülerinnen bzw. Schüler nahmen im Schuljahr 2014/15 an einem Ganztagsschulangebot teil.

Den höchsten Ganztagsschüleranteil gab es im Landkreis Südwestpfalz mit 35 Prozent. Demgegenüber lag der Anteil der Ganztagsschülerinnen und -schüler in der kreisfreien Stadt Zweibrücken nur bei 6,6 Prozent.

Anteil an allen Schüler/-innen
in %

unter 10	(2)
10 bis unter 15	(5)
15 bis unter 20	(12)
20 bis unter 25	(11)
25 bis unter 30	(4)
30 und mehr	(2)

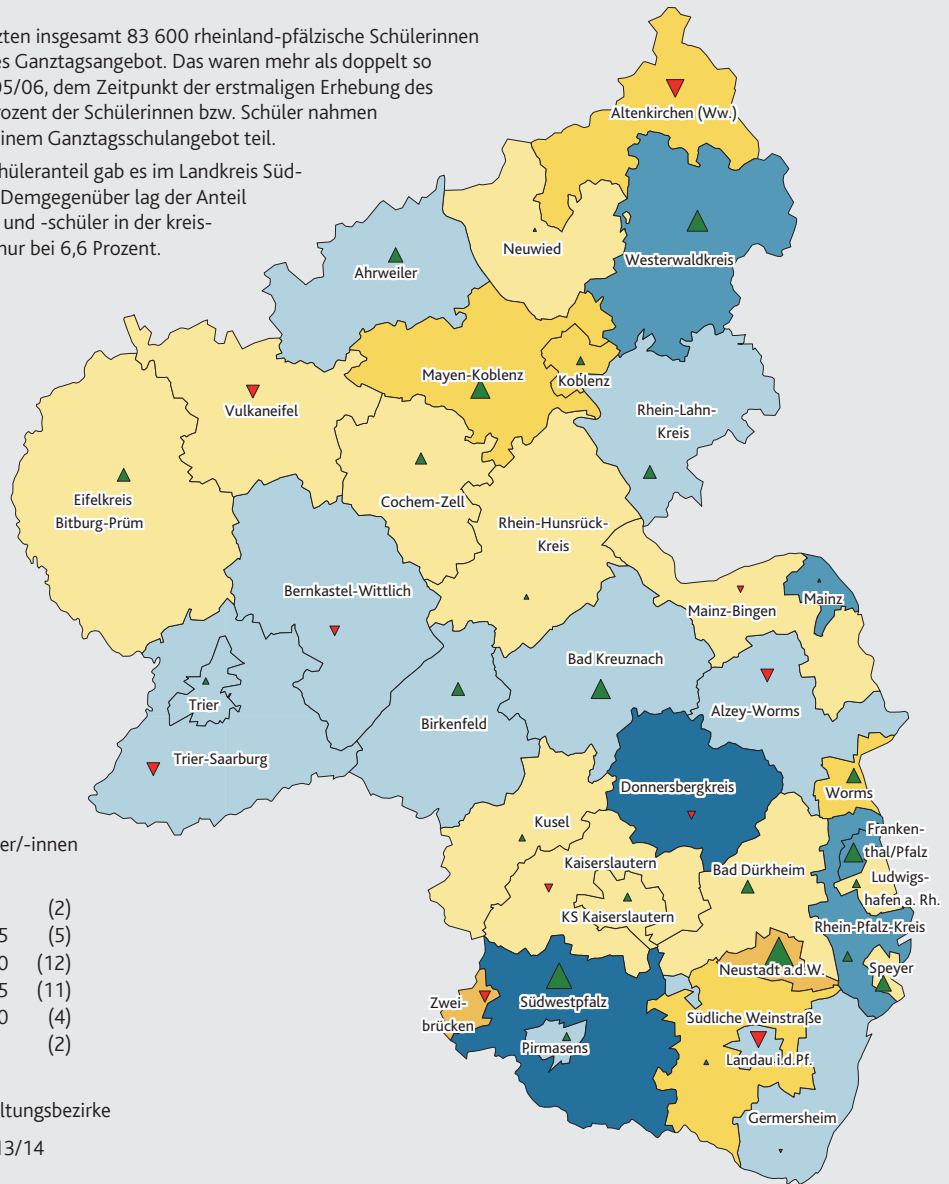
Landeswert: 20

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2013/14

▲ Zunahme

▼ Abnahme



4

T 17

Ausgewählte Kennzahlen zu berufsbildenden Schulen und Schulen des Gesundheitswesens in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1990–2014

Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz						Deutschland	
		1990	2000	2005	2010	2013	2014	2013	2014
Berufsbildende Schulen ¹									
Schulen	Anzahl	131	110	105	103	129	135	3 446	...
Klassen	Anzahl	5 912	6 077	6 312	6 221	5 965	5 891	119 338	...
Schüler/-innen	Anzahl	119 439	123 538	126 833	129 098	123 859	123 160	2 530 586	...
Messzahl	1990=100	100,0	103,4	106,2	108,1	103,7	103,1
Frauen	%	44,3	43,6	43,1	42,9	43,0	43,1	44,8	...
mit Migrationshintergrund	%	.	.	.	13,7	11,9	11,4
Ausländer/-innen	%	5,4	6,3	6,3	6,8	7,0	7,1	8,4	...
Anfänger/-innen	Anzahl	46 394	50 826	61 219	59 018	55 806	56 354	1 112 545	...
je Klasse ²	Anzahl	20,2	20,3	20,1	19,4	19,2	19,2	19,7	...
je Vollzeitlehreereinheit	Anzahl	.	.	25,8	24,0	22,9	22,7
Schulentlassene	Anzahl	49 359	45 985	58 243	52 130	47 387	47 265	1 055 428	...
Messzahl	1990=100	100,0	93,2	118,0	105,6	96,0	95,8
mit beruflichem Abschluss	%	62,0	52,1	51,9	58,2	57,5	58,3	53,2	...
mit allgemeinbildendem Abschluss	%	20,3	25,4	19,9	26,7	28,5	28,9	27,5	...
Hauptamtliche/-berufliche Lehrkräfte	Anzahl	4 642	4 989	5 496	5 879	5 823	5 809	122 424	...
weiblich	%	30,4	34,8	39,6	43,3	45,6	46,7	49,3	...
teilzeitbeschäftigt	%	18,5	25,0	34,2	34,4	32,6	32,9	30,7	...
50 Jahre und älter	%	28,5	37,4	46,1	50,1	50,9	50,9	48,5	...
Nebenamtliche/-berufliche Lehrkräfte	Anzahl	1 332	1 063	1 301	1 356	1 380	1 442	29 282	...
Schulen des Gesundheitswesens ³									
Schulen	Anzahl	102	108	100	130	135	137	1 795	...
Klassen	Anzahl	278	331	321	437	459	540	7 619	...
Schüler/-innen	Anzahl	5 696	6 335	5 987	7 587	7 438	7 662	149 619	...
Frauen	%	84,1	82,6	80,1	77,0	77,5	78,6	77,0	...
Ausländer/-innen	%	3,5	4,7	4,3	4,4	6,6	7,5	7,8	...
Anfänger/-innen	Anzahl	2 285	2 366	2 423	3 213	3 095	3 202	64 278	...
je Klasse	Anzahl	20,5	19,1	18,7	17,4	16,2	14,2	19,6	...
darunter: in den Bildungsgängen Gesundheits-, Kranken- und Kinderkrankenpflege	%	72,3	59,0	50,3	48,4	50,4	52,5	42,9	...
Abschlussprüfung	Anzahl	2 210	2 173	2 033	2 553	2 715	2 682	52 817	...
bestanden	%	96,7	95,7	96,6	87,9	88,0	85,8	88,3	...
nicht bestanden	%	3,3	4,3	3,4	12,1	12,0	14,2	11,7	...

1 Ohne Schulen des Gesundheitswesens. – 2 Ab 2010 ohne berufliche Gymnasien. – 3 Ab 2010 besteht eine gesetzliche Auskunftspflicht.

T 18 Berufsbildende Schulen in den Schuljahren 2009/10 und 2014/15

Schuljahr	Schulen (Verwaltungs- einheiten)	Klassen ¹	Schüler/-innen				
			insgesamt	je Klasse ¹	Schülerinnen	mit Migrations- hintergrund	Ausländer/-innen
	Anzahl			%			
Berufsschulen							
2009/10	74	4 517	84 320	18,7	38,6	13,3	5,8
2014/15 ^p	74	4 057	73 039	18,0	36,6	10,8	6,9
Berufsfachschulen							
2009/10	85	1 058	24 313	23,0	52,2	18,1	10,5
2014/15 ^p	84	917	20 363	22,2	50,7	14,5	10,5
Duale Berufsoberschulen							
2009/10	45	114	2 426	21,3	38,4	12,7	4,0
2014/15 ^p	47	97	1 606	16,6	38,0	10,0	4,9
Fachoberschulen an Realschulen plus							
2009/10	-	-	-	-	-	-	-
2014/15 ^p	30	97	1 916	19,8	49,6	5,3	2,6
Berufsoberschulen							
2009/10	51	117	2 791	23,9	39,4	12,5	4,3
2014/15 ^p	44	92	2 188	23,8	38,5	12,2	6,9
Berufliche Gymnasien							
2009/10	32	x	7 572	x	46,6	15,8	7,6
2014/15 ^p	40	x	9 852	x	48,2	10,3	6,2
Fachschulen							
2009/10	66	509	10 998	21,6	57,4	10,8	4,2
2014/15 ^p	71	631	14 196	22,5	62,6	11,8	4,8
Insgesamt							
2009/10	103	6 315	132 420	19,8	43,1	14,1	6,5
2014/15 ^p	135	5 891	123 160	19,2	43,1	11,4	7,1

1 Insgesamt ab Schuljahr 2009/10 ohne berufliche Gymnasien.

T 19 Schulentlassene aus berufsbildenden Schulen 2014 nach Schulformen und Abschlussarten

Schulform	Ins- gesamt	Davon		Darunter: allgemeinbildende (Erst- und Zweit-)Abschlüsse				
		ohne	mit	Berufsreife	qualifizierter Sekundar- abschluss I	Fachhochschulreife		allgemeine und fachgebundene Hochschulreife
		Abschlusszeugnis				vollständig	nur schulischer Teil	
	Anzahl	Anzahl						
Berufsschulen	25 043	3 380	21 663	1 248	401	49	-	-
Berufsfachschulen	12 364	2 151	10 213	-	2 142	613	2 679	-
Duale Berufsoberschulen	760	42	718	-	-	682	36	-
Berufsoberschulen	1 768	146	1 622	-	-	989	-	633
Berufliche Gymnasien	2 456	23	2 433	-	-	-	219	2 214
Fachschulen	4 315	298	4 017	-	-	1 227	-	-
Fachoberschulen	559	15	544	-	-	544	-	-
Insgesamt	47 265	6 055	41 210	1 248	2 543	4 104	2 934	2 847

T 20 Schüler/-innen an berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2014/15^p nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Insgesamt			Darunter					
	Anzahl	Veränderung zu 2009/10	mit Migra- tionshinter- grund	an Berufsschulen		an Berufsfachschulen		an Fachschulen	
		%		Anzahl	Veränderung zu 2009/10 %	Anzahl	Veränderung zu 2009/10 %	Anzahl	Veränderung zu 2009/10 %
Frankenthal (Pfalz), St.	1 408	-17,3	17,5	926	-10,4	313	-37,6	102	3,0
Kaiserslautern, St.	6 748	-9,0	9,8	4 161	-14,5	1 094	1,4	647	6,2
Koblenz, St.	9 601	-5,4	13,2	6 390	-11,3	959	-20,5	1 011	39,4
Landau i. d. Pfalz, St.	2 763	-9,3	8,5	1 440	-15,6	415	-21,6	263	9,6
Ludwigshafen a. Rh., St.	12 608	-4,7	16,4	8 476	-7,6	1 586	-5,0	1 257	18,4
Mainz, St.	9 739	-10,4	15,8	5 657	-18,7	1 456	-11,7	1 253	42,4
Neustadt a. d. Weinstr., St.	3 109	-19,8	10,8	2 115	-22,6	291	-22,0	291	-28,5
Pirmasens, St.	1 658	-19,2	11,6	1 139	-25,9	135	-10,0	35	25,0
Speyer, St.	1 988	-8,0	17,5	1 155	-11,2	419	-20,0	334	67,0
Trier, St.	8 510	-3,4	7,6	4 664	-13,3	976	-7,6	1 705	25,6
Worms, St.	2 951	-11,8	16,8	1 985	-13,9	541	-10,9	357	8,2
Zweibrücken, St.	1 530	-11,8	11,8	490	-27,8	816	-3,4	138	64,3
Ahrweiler	2 744	1,9	10,3	1 484	-12,5	559	-20,1	384	77,8
Altenkirchen (Ww.)	3 524	-6,7	9,8	1 987	-18,8	616	-27,1	563	73,2
Alzey-Worms	1 333	5,9	11,9	520	-18,4	441	7,6	239	78,4
Bad Dürkheim	1 599	-4,4	10,4	1 042	-5,4	363	-16,4	75	63,0
Bad Kreuznach	5 244	-7,2	12,1	3 124	-11,5	625	-24,2	869	17,1
Bernkastel-Wittlich	2 766	-11,1	7,5	1 929	-16,5	368	-23,0	75	108,3
Birkenfeld	2 302	-14,2	11,2	1 395	-15,2	366	-24,7	222	6,2
Cochem-Zell	1 201	-23,8	6,8	714	-20,9	233	-44,7	89	-4,3
Donnersbergkreis	1 511	-5,9	10,9	574	-19,7	343	-17,7	316	15,8
Eifelkreis Bitburg-Prüm	2 798	-6,5	6,6	1 809	-10,0	404	-32,0	384	20,4
Germersheim	1 990	-9,3	15,7	1 175	-6,9	345	-32,4	297	23,2
Kaiserslautern	1 372	-4,7	8,2	308	-5,5	570	-15,4	494	12,3
Kusel	902	-13,6	7,9	361	-22,0	255	-23,9	-	-
Mainz-Bingen	2 680	-9,7	9,2	1 522	-10,8	862	-13,5	46	-43,2
Mayen-Koblenz	3 928	-2,6	5,2	2 290	-13,2	679	-22,2	203	18,0
Neuwied	7 594	-5,5	8,5	5 006	-8,0	932	-21,0	715	13,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	3 386	2,2	11,2	1 824	-12,9	755	4,7	464	82,0
Rhein-Lahn-Kreis	2 469	-6,7	11,6	1 351	-11,7	602	-13,0	26	-33,3
Rhein-Pfalz-Kreis	74	x	5,4	-	-	-	-	-	-
Südliche Weinstraße	1 554	14,3	11,5	633	-10,6	355	-20,8	379	189,3
Südwestpfalz	1 205	-2,6	8,5	488	-16,7	468	-14,3	92	-
Trier-Saarburg	1 324	7,7	10,3	656	-14,5	294	-15,5	160	88,2
Vulkaneifel	1 736	-8,6	11,3	1 048	-12,2	335	-23,7	130	32,7
Westerwaldkreis	5 311	-5,4	9,8	3 201	-14,3	592	-21,2	581	42,4
Rheinland-Pfalz	123 160	-7,0	11,4	73 039	-13,4	20 363	-16,2	14 196	29,1
kreisfreie Städte	62 613	-8,4	13,1	38 598	-14,0	9 001	-11,7	7 393	22,8
Landkreise	60 547	-5,4	9,7	34 441	-12,7	11 362	-19,5	6 803	36,7

In Rheinland-Pfalz gibt es 135 berufsbildende Schulen. Diese Schulart umfasst mehrere Schulformen. An berufsbildenden Schulen können sowohl berufsbildende als auch allgemeinbildende Abschlüsse erlangt werden – letztere sowohl eigenständig, als auch zusätzlich zu einer beruflichen Qualifikation.

Mit zehn berufsbildenden Schulen ist Mainz der größte Standort in Rheinland-Pfalz, gefolgt von Trier (neun Schulen) und Ludwigshafen am (acht Schulen). Im Vergleich der Landkreise befinden sich die meisten berufsbildenden Schulen im Kreis Neuwied (acht Schulen).



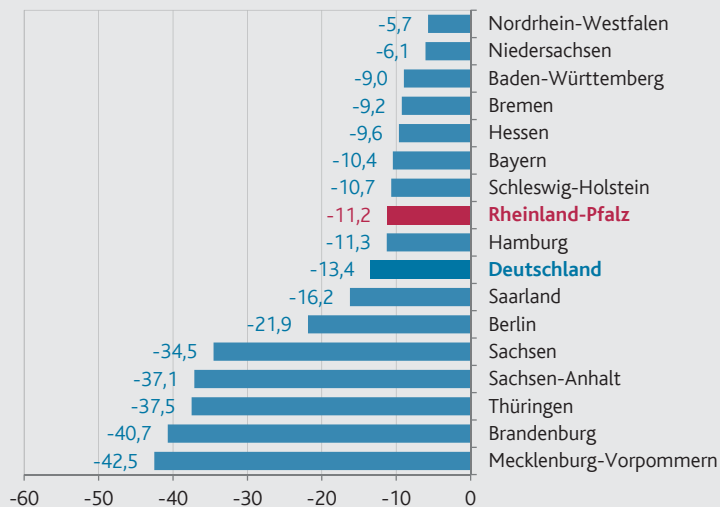
T 21 Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2013 nach Bundesländern

Land	Insgesamt			Darunter in den Ausbildungsbereichen					
	Anzahl ¹	Veränderung zu		Industrie und Handel ²	Handwerk	Landwirtschaft	Öffentlicher Dienst ²	Freie Berufe	Hauswirtschaft
		2008	2012						
		%							
Baden-Württemberg	74 475	-9,0	-3,9	61,4	26,0	2,0	2,6	7,4	0,6
Bayern	92 826	-10,4	-3,0	59,1	28,6	2,2	1,6	8,2	0,4
Berlin	16 173	-21,9	-9,4	59,7	24,2	1,3	4,3	9,9	0,6
Brandenburg	10 278	-40,7	-9,4	61,3	24,7	4,5	3,7	5,2	0,7
Bremen	5 724	-9,2	-4,1	67,8	20,2	1,0	2,0	8,0	1,0
Hamburg	12 855	-11,3	-4,2	70,9	17,9	0,9	2,0	8,2	0,1
Hessen	37 737	-9,6	-5,0	62,0	25,6	1,9	2,8	7,7	-
Mecklenburg-Vorpommern	8 016	-42,5	-3,3	63,9	22,0	4,4	2,8	5,7	1,1
Niedersachsen	56 166	-6,1	-3,8	55,9	29,4	3,7	2,2	8,1	0,7
Nordrhein-Westfalen	120 144	-5,7	-3,1	61,7	25,1	2,1	2,2	8,4	0,4
Rheinland-Pfalz	26 514	-11,2	-5,3	57,1	29,6	2,6	2,1	7,7	0,8
Saarland	6 993	-16,2	-7,7	57,3	30,8	2,3	1,2	7,6	0,9
Sachsen	17 847	-34,5	-3,6	63,1	24,1	4,0	3,1	5,0	0,8
Sachsen-Anhalt	10 695	-37,1	-7,3	64,0	23,4	4,1	3,0	4,7	0,9
Schleswig-Holstein	19 299	-10,7	-4,8	53,6	31,9	4,3	2,1	8,1	-
Thüringen	10 152	-37,5	-7,1	64,4	24,0	3,7	2,5	4,2	1,3
Deutschland	525 897	-13,4	-4,2	60,4	26,5	2,5	2,3	7,8	0,5

1 Aus Geheimhaltungsgründen sind alle Daten (Absolutwerte) jeweils auf ein Vielfaches von Drei gerundet. – 2 Erläuterungen zur Abgrenzung der Ausbildungsbereiche siehe Metadaten.

G 8 Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2013 nach Bundesländern

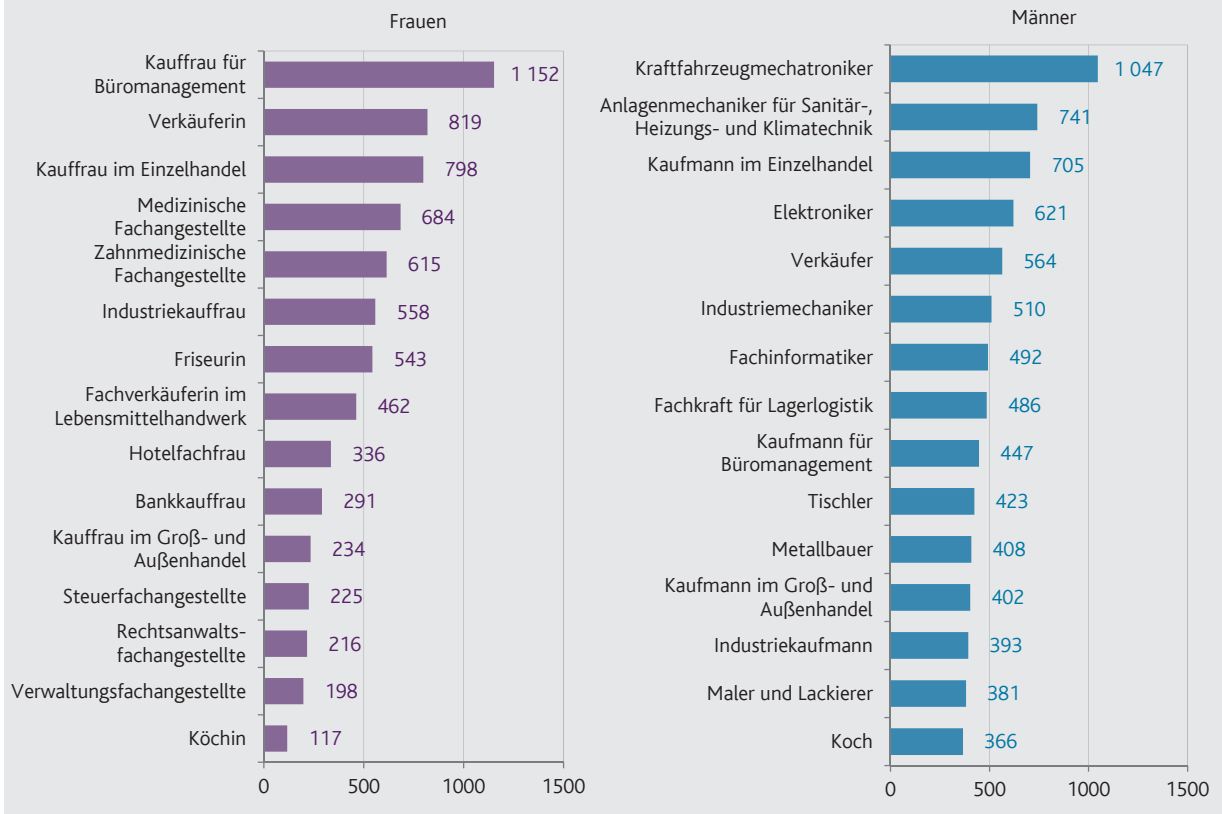
Veränderung zu 2008 in %



In allen Bundesländern nahm die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in den letzten fünf Jahren ab. Am stärksten waren die Rückgänge in den östlichen Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern (-42,5 Prozent) und Brandenburg (-41 Prozent). Vergleichsweise geringe Rückgänge gab es in Nordrhein-Westfalen (-5,7 Prozent) und Niedersachsen (-6,1 Prozent). Rheinland-Pfalz lag mit einem Minus von elf Prozent im Mittelfeld.

G 9

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den 15 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen 2014^P nach Geschlecht



4

T 22

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge¹ 2004–2014 nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht

Merkmal	Einheit	2004	2010	2013	2014 ^p	Einheit	Veränderung 2014 zu 2004
Industrie und Handel ²							
Insgesamt	Anzahl	14 280	15 873	15 138	15 075	%	5,6
Frauen	%	42,5	42,3	39,1	39,2	Prozentpunkte	-3,3
Ausländer/-innen	%	.	4,1	3,9	5,2	Prozentpunkte	.
Vertragsauflösungsquote	%	.	21,8	21,7	21,6	Prozentpunkte	.
Handwerk							
Insgesamt	Anzahl	9 591	9 084	7 860	7 770	%	-19,0
Frauen	%	24,8	25,5	24,0	23,7	Prozentpunkte	-1,1
Ausländer/-innen	%	.	5,7	7,8	8,0	Prozentpunkte	.
Vertragsauflösungsquote	%	.	32,6	36,9	36,1	Prozentpunkte	.
Öffentlicher Dienst ²							
Insgesamt	Anzahl	757	648	567	594	%	-21,5
Frauen	%	53,8	58,3	59,8	58,6	Prozentpunkte	4,8
Ausländer/-innen	%	.	1,4	0,5	1,0	Prozentpunkte	.
Vertragsauflösungsquote	%	.	9,8	7,4	8,8	Prozentpunkte	.
Freie Berufe ²							
Insgesamt	Anzahl	2 336	2 031	2 052	2 109	%	-9,7
Frauen	%	95,3	94,4	94,0	92,5	Prozentpunkte	-2,8
Ausländer/-innen	%	.	7,5	10,2	11,1	Prozentpunkte	.
Vertragsauflösungsquote	%	.	18,3	22,2	24,4	Prozentpunkte	.
Landwirtschaft							
Insgesamt	Anzahl	688	774	696	672	%	-2,3
Frauen	%	22,4	20,5	21,6	23,2	Prozentpunkte	0,8
Ausländer/-innen	%	.	1,2	0,9	1,8	Prozentpunkte	.
Vertragsauflösungsquote	%	.	28,3	25,9	27,3	Prozentpunkte	.
Hauswirtschaft							
Insgesamt	Anzahl	288	276	201	174	%	-39,6
Frauen	%	93,1	94,6	92,5	94,8	Prozentpunkte	1,7
Ausländer/-innen	%	.	1,1	6,0	5,2	Prozentpunkte	.
Vertragsauflösungsquote	%	.	36,0	36,2	32,9	Prozentpunkte	.
Insgesamt							
Insgesamt	Anzahl	27 940	28 683	26 514	26 394	%	-5,5
Frauen	%	41,2	41,0	39,3	39,3	Prozentpunkte	-1,9
Ausländer/-innen	%	.	4,7	5,4	6,3	Prozentpunkte	.
Vertragsauflösungsquote	%	.	25,0	26,4	26,2	Prozentpunkte	.

¹ Aus Geheimhaltungsgründen sind alle Daten (Absolutwerte) ab 2007 jeweils auf ein Vielfaches von Drei gerundet. – ² Erläuterungen zur Abgrenzung der Ausbildungsbereiche siehe Metadaten.

T 23 Auszubildende¹ 2004–2014 nach Ausbildungsbereichen, Ausbildungsjahr und Geschlecht

Merkmal	Einheit	2004	2010	2013	2014 ^p	Einheit	Veränderung 2014 zu 2004
Industrie und Handel ²							
Insgesamt	Anzahl	36 798	40 818	39 246	38 334	%	4,2
im 1. Ausbildungsjahr	Anzahl	11 754	12 915	12 333	12 399	%	5,5
Frauen	%	39,0	38,9	36,7	36,4	Prozentpunkte	-2,6
Ausländer/-innen	%	3,3	3,5	3,6	4,1	Prozentpunkte	0,8
Handwerk							
Insgesamt	Anzahl	26 813	24 873	21 624	20 829	%	-22,3
im 1. Ausbildungsjahr	Anzahl	8 048	7 200	6 300	6 348	%	-21,1
Frauen	%	21,7	22,3	21,2	21,0	Prozentpunkte	-0,7
Ausländer/-innen	%	5,2	5,1	6,5	6,6	Prozentpunkte	1,4
Öffentlicher Dienst ²							
Insgesamt	Anzahl	2 035	1 911	1 677	1 668	%	-18,0
im 1. Ausbildungsjahr	Anzahl	725	633	564	585	%	-19,3
Frauen	%	54,2	59,3	58,0	58,1	Prozentpunkte	3,9
Ausländer/-innen	%	2,0	1,4	1,3	0,9	Prozentpunkte	-1,1
Freie Berufe ²							
Insgesamt	Anzahl	7 157	5 799	5 520	5 565	%	-22,2
im 1. Ausbildungsjahr	Anzahl	2 303	1 887	1 914	1 890	%	-17,9
Frauen	%	95,7	95,3	94,2	93,4	Prozentpunkte	-2,3
Ausländer/-innen	%	7,6	7,9	9,8	10,5	Prozentpunkte	2,9
Landwirtschaft							
Insgesamt	Anzahl	1 780	2 007	1 860	1 797	%	1,0
im 1. Ausbildungsjahr	Anzahl	544	663	567	549	%	0,9
Frauen	%	21,9	20,0	20,8	21,7	Prozentpunkte	-0,2
Ausländer/-innen	%	2,1	1,8	1,3	1,3	Prozentpunkte	-0,8
Hauswirtschaft							
Insgesamt	Anzahl	890	750	567	486	%	-45,4
im 1. Ausbildungsjahr	Anzahl	259	261	183	165	%	-36,3
Frauen	%	93,0	94,8	93,7	93,2	Prozentpunkte	0,2
Ausländer/-innen	%	4,3	3,6	5,3	4,9	Prozentpunkte	0,6
Insgesamt							
Insgesamt	Anzahl	75 473	76 155	70 491	68 673	%	-9,0
im 1. Ausbildungsjahr	Anzahl	23 633	23 562	21 864	21 933	%	-7,2
Frauen	%	38,9	38,3	37,0	36,9	Prozentpunkte	-2,0
Ausländer/-innen	%	4,3	4,3	4,9	5,2	Prozentpunkte	0,9

¹ Aus Geheimhaltungsgründen sind alle Daten (Absolutwerte) ab 2007 jeweils auf ein Vielfaches von Drei gerundet. – ² Erläuterungen zur Abgrenzung der Ausbildungsbereiche siehe Metadaten.

Ü 2

Anfänger/-innen 2014 nach Sektoren, Teilbereichen und Konten der Integrierten Ausbildungsberichterstattung

Sektoren	Teilbereiche	Konten	Insgesamt	Frauen
			Anzahl	%
I Berufsausbildung	Betriebliche Ausbildung	Duales System (an Berufsschulen)	25 440	38,7
		Beamtenausbildung im mittleren Dienst ¹	299	57,5
	Schulische Ausbildung	3-jährige Berufsfachschulen gemäß BBiG/HwO	206	41,3
		Höhere Berufsfachschulen, die neben dem Berufsabschluss zur Hochschulzugangsberechtigung führen (Assistenten)	4 533	44,4
		Schulen des Gesundheitswesens	3 202	75,4
		Höhere Berufsfachschule (Sozialassistenten)	1 640	83,0
		Fachschulen für Sozialwesen (einschließlich Erzieher/-innen)	3 868	83,7
	Zusammen		39 188	49,8
II Übergangsbereich	Schulabschluss	Berufsfachschulen II	2 350	52,0
		Berufsvorbereitungsjahr (an Berufsschulen)	2 308	35,8
	Berufliche Grundbildung	Berufsfachschulen I	5 936	45,2
		Berufsschulen (Schüler ohne Ausbildungsvertrag)	177	27,7
		Berufsvorbereitende Programme der Bundesagentur für Arbeit	2 630	38,3
		Einstiegsqualifizierung der Bundesagentur für Arbeit	722	32,5
		nachrichtlich: Maßnahmen der BA an beruflichen Schulen	90	25,6
	Zusammen		14 123	42,7
III Erlangung der Hochschulreife	Fachhochschulreife	Fachoberschulen	1 082	49,4
	Allgemeine Hochschulreife	Berufliche Gymnasien	3 778	51,4
		Sekundarstufe II an allgemeinbildenden Schulen	18 651	54,9
	Zusammen		23 511	54,1
IV Berufliche Fortbildung		Fachschulen (ohne Sozialwesen)	1 896	29,0
		Berufsoberschule I	1 160	30,3
		Berufsoberschule II	938	48,0
		Duale Berufsoberschule	950	40,8
	Zusammen		4 944	35,2
nachrichtlich: IV Studium	Zusammen		22 906	52,7

1 Vorjahresdaten.

T 24 Bestandene Abschlussprüfungen¹ 2004–2014 nach Ausbildungsbereichen

Abschluss	2004	2010	2013	2014 ^p	Veränderung 2014 zu 2004
	Anzahl				%
Industrie und Handel ²					
Ausbildungsabschluss	12 088	13 908	12 918	12 900	6,7
Meisterprüfung	227	237	345	294	29,5
Übrige Fortbildungsprüfungen	1 095	1 080	1 014	1 155	5,5
Handwerk					
Ausbildungsabschluss	6 709	5 793	5 934	5 571	-17,0
Meisterprüfung	1 158	1 374	1 398	1 419	22,5
Übrige Fortbildungsprüfungen	491	426	402	429	-12,6
Öffentlicher Dienst ²					
Ausbildungsabschluss	662	645	564	579	-12,5
Meisterprüfung	20	27	18	30	50,0
Übrige Fortbildungsprüfungen	10	9	6	9	-10,0
Freie Berufe ²					
Ausbildungsabschluss	2 178	1 878	1 650	1 584	-27,3
Meisterprüfung	-	-	-	-	-
Übrige Fortbildungsprüfungen	176	123	210	381	116,5
Landwirtschaft					
Ausbildungsabschluss	468	609	585	564	20,5
Meisterprüfung	83	102	57	69	-16,9
Übrige Fortbildungsprüfungen	-	-	-	-	-
Hauswirtschaft					
Ausbildungsabschluss	389	237	207	189	-51,4
Meisterprüfung	17	18	30	12	-29,4
Übrige Fortbildungsprüfungen	-	-	-	-	-
Insgesamt					
Ausbildungsabschluss	22 494	23 067	21 858	21 390	-4,9
Meisterprüfung	1 505	1 755	1 848	1 827	21,4
Übrige Fortbildungsprüfungen	1 772	1 635	1 632	1 974	11,4

¹ Aus Geheimhaltungsgründen sind alle Daten (Absolutwerte) ab 2007 jeweils auf ein Vielfaches von Drei gerundet. – ² Erläuterungen zur Abgrenzung der Ausbildungsbereiche siehe Metadaten.

T 25 Ausgewählte Kennzahlen zur Hochschulbildung in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1990–2014¹

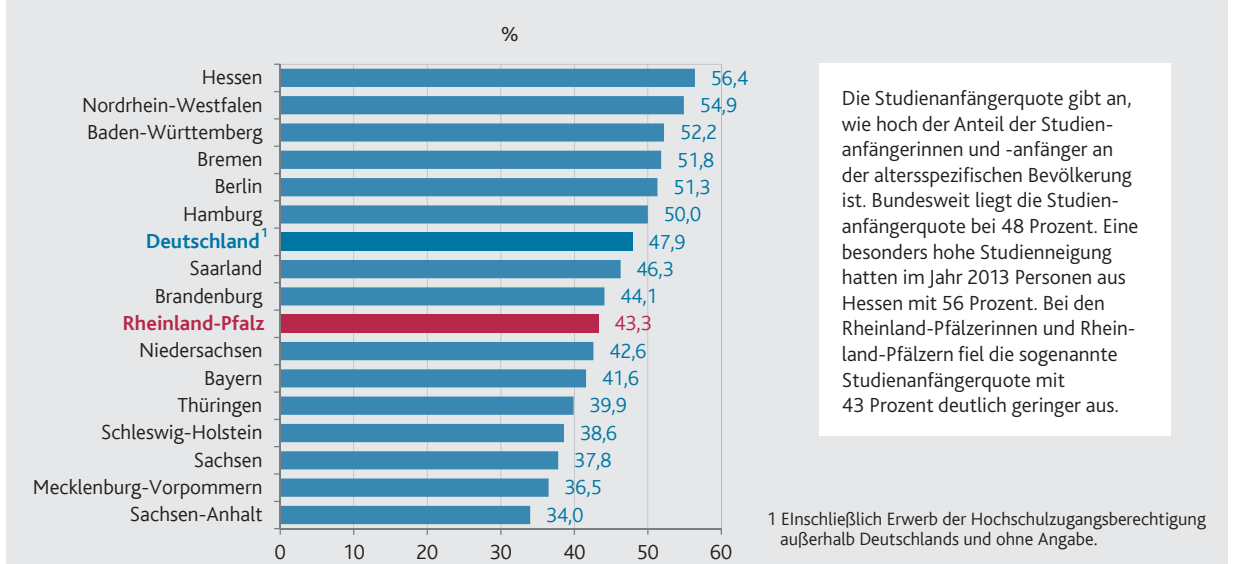
Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz						Deutschland	
		1990	2000	2005	2010	2013	2014	2013	2014
Hochschulen	Anzahl	15	20	20	19	19	19	423	...
Universitäten	Anzahl	4	4	4	4	4	4	106	...
Fachhochschulen	Anzahl	3	9	9	8	8	8	212	...
Verwaltungsfachhochschulen	Anzahl	4	3	3	3	3	3	29	...
übrige wissenschaftliche und theologische Hochschulen	Anzahl	4	4	4	4	4	4	76	...
Studienberechtigte	Anzahl	14 204	15 267	16 861	22 967	20 876	20 575	476 475	...
Studienberechtigtenquote	%	28,0	34,7	36,4	47,7	46,3	46,7	57,1	...
Frauen	%	25,9	38,3	39,6	53,0	50,9	51,9	62,3	...
Männer	%	30,0	31,2	33,3	42,8	42,0	41,7	52,3	...
Studienanfänger/-innen	Anzahl	13 533	14 652	17 535	22 161	23 387	22 906	508 621	...
Studienanfängerquote ²	%	.	26,8	30,4	38,0	43,3	...	57,4	...
Frauen	%	.	25,9	29,6	38,2	44,1	...	59,0	...
Männer	%	.	27,8	31,2	37,8	42,6	...	56,0	...
MINT-Anteil	%	37,1	32,8	35,3	35,3	36,5	37,0	38,8	...
bei Frauen	%	20,4	21,7	23,4	23,3	23,8	24,9	23,7	...
bei Männern	%	48,6	44,6	47,7	48,6	50,0	50,4	53,7	...
Studierende	Anzahl	72 545	82 008	101 845	113 069	122 646	122 676	2 616 881	...
Frauen	%	40,3	48,3	49,9	50,8	50,2	50,5	47,6	...
Männer	%	59,7	51,7	50,1	49,2	49,8	49,5	52,4	...
Bildungsausländer/-innen	%	.	7,5	8,8	7,6	6,8	7,0	8,4	...
Bildungsinländer/-innen	%	.	3,0	2,7	2,8	3,1	3,1	3,2	...
MINT-Anteil	%	37,6	30,4	31,3	33,5	33,6	33,8	38,3	...
bei Frauen	%	22,4	20,3	21,3	22,5	21,6	21,7	23,2	...
bei Männern	%	47,9	39,8	41,2	44,8	45,7	46,1	51,9	...
Absolventen/-innen	Anzahl	8 098	10 732	12 847	16 051	22 089	23 690	436 420	...
(Erst-)Absolventenquote	%	.	18,0	21,9	28,1	33,8	...	30,4	...
Frauen	%	.	18,6	23,7	31,2	38,3	...	32,1	...
Männer	%	.	17,5	20,2	25,0	29,4	...	28,8	...
MINT-Anteil	%	33,9	29,7	26,1	31,4	30,8	30,3	36,5	...
bei Frauen	%	18,1	18,9	17,5	20,8	21,5	20,5	22,4	...
bei Männern	%	44,3	39,9	35,5	43,5	42,2	42,3	51,1	...
Abschluss in der Regelstudienzeit	%	.	25,1	30,0	31,0	30,0	31,1	39,5	...
Habilitationen	Anzahl	37	68	67	48	43	45	1 567	...
Frauen	%	10,8	19,1	29,9	39,6	14,0	26,7	27,4	...
Männer	%	89,2	80,9	70,1	60,4	86,0	73,3	72,6	...

¹ Studierende im 1. Hochschulse semester: Kalenderjahr; Studierende: Wintersemester; Absolventen/-innen: Prüfungsjahr. – ² Nach Land des Erwerbs der Studienberechtigung (Herkunft).

T 26 Studienanfänger/-innen 2004–2013 nach Bundesländern

Bundesland	2004	2005	2010	2012	2013			
	Studienanfängerquote nach Ort des Erwerbs der Studienberechtigung (Herkunft)				Studienanfänger/- innen	Anteil an Deutschland	Studienanfängerquote am Hochschulstandort	
	%							Anzahl
Baden-Württemberg	31,7	32,3	42,9	53,2	52,2	78 024	15,3	62,0
Bayern	27,4	28,0	37,3	41,8	41,6	73 655	14,5	51,4
Berlin	32,1	32,9	42,3	53,1	51,3	31 877	6,3	86,1
Brandenburg	28,6	27,4	37,5	47,9	44,1	8 280	1,6	44,5
Bremen	34,6	34,5	42,1	54,8	51,8	6 612	1,3	86,7
Hamburg	33,4	33,5	47,7	49,8	50,0	16 459	3,2	81,7
Hessen	36,0	36,1	44,8	49,9	56,4	43 109	8,5	64,1
Mecklenburg-Vorpommern	26,0	24,5	30,6	35,1	36,5	6 580	1,3	52,9
Niedersachsen	30,3	30,0	37,6	43,8	42,6	36 331	7,1	40,4
Nordrhein-Westfalen	33,1	33,9	40,0	48,9	54,9	128 483	25,3	62,1
Rheinland-Pfalz	30,6	30,4	38,0	41,6	43,3	23 387	4,6	50,8
Saarland	32,8	35,0	47,5	45,6	46,3	5 453	1,1	49,5
Sachsen	28,9	28,0	32,5	35,6	37,8	20 605	4,1	65,7
Sachsen-Anhalt	29,8	28,1	31,3	34,3	34,0	9 874	1,9	56,7
Schleswig-Holstein	28,7	29,0	34,8	36,7	38,6	10 024	2,0	31,9
Thüringen	30,4	30,7	37,7	39,3	39,9	9 868	1,9	60,3
Deutschland	31,0	31,1	38,9	45,9	47,9	508 621	100	57,4

G 10 Studienanfängerquote nach Ort des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung 2013 nach Bundesländern



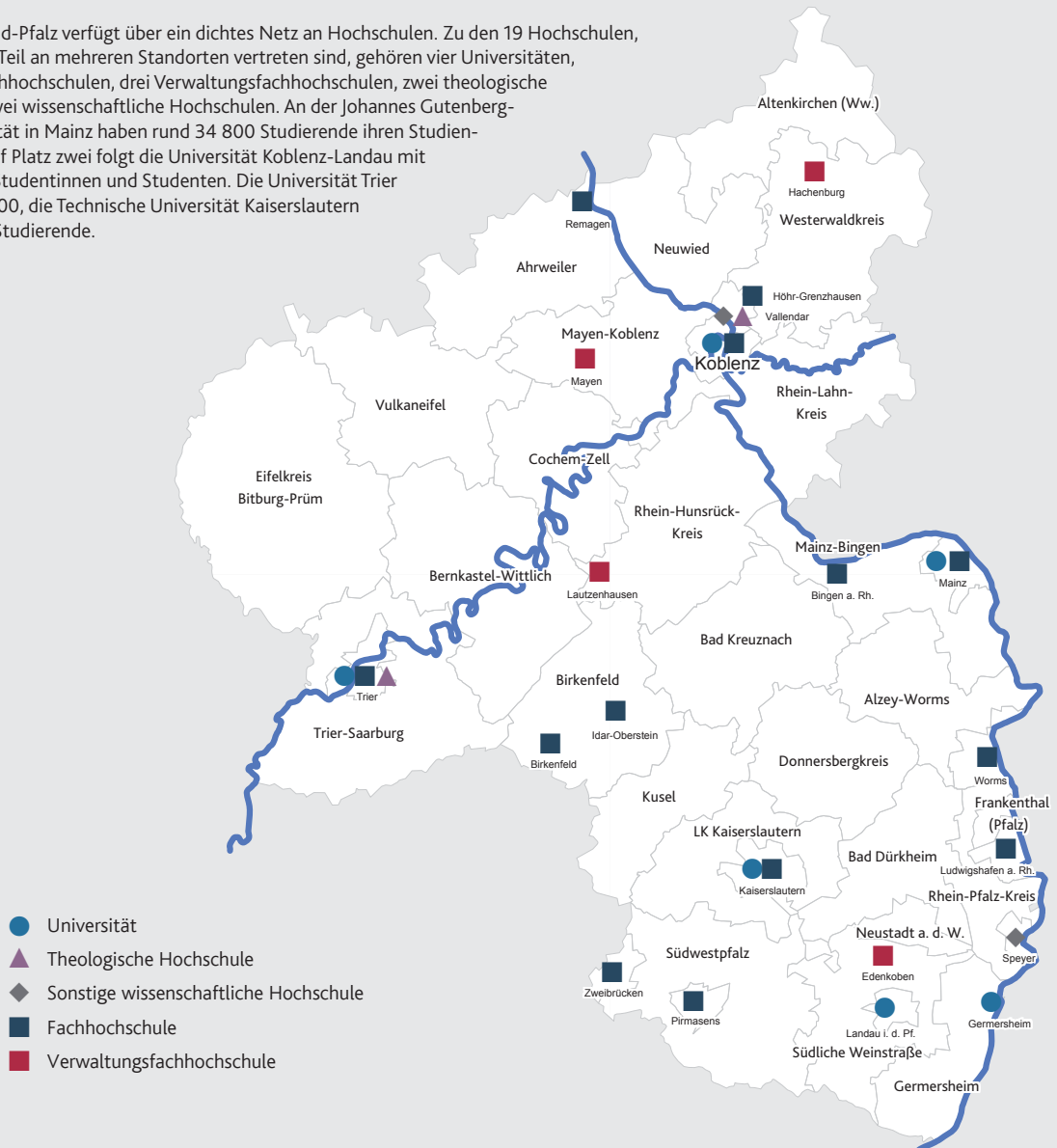
T 27

Studienanfänger/-innen, Studierende, Absolventen/-innen sowie wissenschaftliches und künstlerisches Personal 2014¹ nach Hochschulen

Hochschule	Studierende im 1. Hochschulsemester		Studierende		Absolventen/-innen		Wissenschaftliches und künstlerisches Personal	
	Anzahl	Veränderung zu 2013 in %	Anzahl	Veränderung zu 2013 in %	Anzahl	Veränderung zu 2013 in %	Anzahl	Veränderung zu 2013 in %
Johannes Gutenberg-Universität Mainz	5 426	-3,7	34 777	-3,2	6 961	5,7	4 125	0,4
Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz	-	-	-	-	-	-	1 726	1,0
Technische Universität Kaiserslautern	2 144	-3,9	14 034	0,5	2 268	6,3	1 999	8,2
Universität Trier	2 610	-4,9	14 306	-3,3	2 709	9,9	1 519	-4,3
Universität Koblenz-Landau	2 761	4,0	15 576	3,5	3 294	10,8	1 203	-1,1
Theologische Fakultät Trier	28	-37,8	308	-12,0	5	-54,5	29	-12,1
Philosophisch-Theologische Hochschule Vallendar	24	-	278	19,8	18	12,5	50	-5,7
Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer	-	- 100	371	4,5	72	71,4	146	-5,8
Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung, Vallendar	263	1,5	981	-0,5	427	14,5	232	5,9
Fachhochschule Bingen	544	-8,4	2 628	-1,2	456	3,2	180	9,1
Hochschule Kaiserslautern	1 403	4,2	5 828	2,5	954	-2,8	481	-4,2
Hochschule Koblenz	2 074	-1,0	8 925	4,4	1 504	8,6	638	1,4
Hochschule Ludwigshafen am Rhein	938	3,0	4 293	0,3	1 006	4,7	427	8,9
Hochschule Mainz	1 218	2,5	5 116	3,2	1 040	6,1	548	21,5
Hochschule Trier	1 599	-11,8	8 006	1,4	1 226	15,1	555	-0,7
Hochschule Worms	790	-	3 362	4,6	601	-3,2	216	-10,7
Katholische Hochschule Mainz	282	2,2	1 239	4,9	244	16,7	162	6,6
Hochschule der Deutschen Bundesbank, Hachenburg	98	-8,4	323	3,2	97	-1,0	129	3,2
Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Rheinland-Pfalz, Mayen	527	5,0	1 813	1,3	562	10,2	139	-6,1
Fachhochschule für Finanzen, Edenkoben	177	9,9	512	6,7	143	7,5	34	6,3
Sonstige deutsche Hochschulen ²	-	-	-	-	79	-8,1	-	-
Hochschulen im Ausland ²	-	-	-	-	24	9,1	-	-
Insgesamt	22 906	-2,1	122 676	0,0	23 690	7,2	14 538	1,5

¹ Studierende im 1. Hochschulsemester: Kalenderjahr; Studierende: Wintersemester; Absolventen/-innen: Prüfungsjahr. – ² In der Prüfungsstatistik wird die Hochschule der Letztmatrikulation erhoben.

Rheinland-Pfalz verfügt über ein dichtes Netz an Hochschulen. Zu den 19 Hochschulen, die zum Teil an mehreren Standorten vertreten sind, gehören vier Universitäten, acht Fachhochschulen, drei Verwaltungsfachhochschulen, zwei theologische sowie zwei wissenschaftliche Hochschulen. An der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz haben rund 34 800 Studierende ihren Studienplatz. Auf Platz zwei folgt die Universität Koblenz-Landau mit 15 600 Studentinnen und Studenten. Die Universität Trier hat 14 300, die Technische Universität Kaiserslautern 14 000 Studierende.



T 28

Studierende im Wintersemester 2013/14 nach dem Ort des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung¹ und dem Land des Studienortes

Studienort	Erwerb der HZB in Rheinland-Pfalz		In Rheinland-Pfalz studieren aus		Wanderungsüberschuss (+), -defizit (-) ²	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	Rang
Innerhalb des Bundesgebietes	112 896	100	114 237	93,1	x	x
Baden-Württemberg	14 661	13,0	11 197	9,1	- 25 815	15
Bayern	3 715	3,3	3 102	2,5	- 6 743	12
Berlin	2 213	2,0	901	0,7	30 937	1
Brandenburg	369	0,3	522	0,4	- 14 155	13
Bremen	255	0,2	224	0,2	9 414	5
Hamburg	1 216	1,1	507	0,4	29 363	2
Hessen	11 410	10,1	15 604	12,7	3 913	6
Mecklenburg-Vorpommern	343	0,3	346	0,3	1 497	8
Niedersachsen	1 399	1,2	2 667	2,2	- 52 859	16
Nordrhein-Westfalen	16 382	14,5	12 190	9,9	29 065	3
Rheinland-Pfalz	55 470	49,1	55 470	45,2	1 341	9
Saarland	2 917	2,6	8 830	7,2	- 6 396	11
Sachsen	1 100	1,0	770	0,6	15 757	4
Sachsen-Anhalt	432	0,4	484	0,4	2 376	7
Schleswig-Holstein	389	0,3	738	0,6	- 15 707	14
Thüringen	625	0,6	685	0,6	- 1 988	10
Außerhalb des Bundesgebietes ³	.	.	8 409	6,9	x	x
Insgesamt	112 896	100	122 646	100	x	x

1 Einschließlich Feststellungsprüfung an einem deutschen Studienkolleg. – 2 Erläuterungen zum Wanderungssaldo siehe Metadaten. – 3 Einschließlich ohne Angaben; Angaben zu deutschen Studierenden im Ausland werden nicht erfasst.

T 29

Studierende, Studienanfänger/-innen, Ausländer/-innen und Absolventen/-innen 2014¹ nach Fächergruppen und Geschlecht

Fächergruppe	Studierende	Darunter: Frauen	Studierende im 1. Hochschulsemester	Darunter: Frauen	Ausländische Studierende	Darunter: Frauen	Absolventen/-innen	Darunter: Frauen
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Sprach- und Kulturwissenschaften	28 758	72,5	4 591	78,0	2 785	74,3	6 193	78,2
Sport	1 501	26,6	162	34,6	31	22,6	400	29,0
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	40 922	50,6	8 120	53,4	3 792	57,8	7 979	52,0
Mathematik, Naturwissenschaften	22 890	38,9	4 632	42,7	2 326	39,4	4 085	44,6
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	5 915	67,9	855	75,8	476	56,5	1 082	66,7
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	468	32,7	114	26,3	43	23,3	86	30,2
Ingenieurwissenschaften	18 551	24,5	3 840	26,8	2 474	28,9	3 098	27,5
Kunst, Kunstwissenschaft	3 671	64,3	592	68,2	438	73,7	767	64,9
Insgesamt	122 676	50,5	22 906	52,7	12 365	52,6	23 690	55,0

1 Studierende im 1. Hochschulsemester: Kalenderjahr; Studierende: Wintersemester; Absolventen/-innen: Prüfungsjahr.

T 30 Bestandene Abschlussprüfungen 2014 nach Fächergruppen

Fächergruppe	Bestandene Prüfungen	Darunter ¹						
		universitärer Abschluss	Fachhochschulabschluss	Lehramtsabschluss	Bachelor	Master	Promotion	sonstige
	Anzahl	%						
Sprach- und Kulturwissenschaften	6 193	14,7	-	46,1	25,9	11,3	2,0	-
Sport	400	15,5	-	64,0	17,5	1,0	2,0	-
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	7 979	11,6	2,5	3,4	55,8	24,2	2,1	0,5
Mathematik, Naturwissenschaften	4 085	12,8	0,3	25,9	35,7	15,2	9,8	0,3
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	1 082	42,7	0,1	-	14,6	11,6	31,1	-
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	86	-	-	-	88,4	11,6	-	-
Ingenieurwissenschaften	3 098	8,7	1,9	1,5	56,7	27,1	2,4	1,7
Kunst, Kunstwissenschaft	767	13,3	0,3	14,5	57,0	12,6	1,2	1,2
Insgesamt	23 690	13,7	1,2	19,4	42,3	18,2	4,7	0,5

1 Hinweise zur Abgrenzung der Hochschulabschlüsse siehe Metadaten.

T 31 Hochschulpersonal 2004 und 2014

Personal	2004				2014				Veränderung zu 2004
	insgesamt	Teilzeit	Frauen	Vollzeit-äquivalente ¹	insgesamt	Teilzeit	Frauen	Vollzeitäquivalente ¹	
	Anzahl	%		Anzahl	Anzahl	%		Anzahl	%
Wissenschaftliches und künstlerisches Personal									
Hauptberuflich	6 554	30,1	28,5	5 567,5	8 798	41,4	37,7	6 977,0	25,3
Professor/-innen	1 699	3,9	12,4	1 665,5	2 031	6,9	20,6	1 960,5	17,7
Dozenten/-innen und Assistenten/-innen	257	9,3	22,2	245,0	11	45,5	36,4	8,5	-96,5
wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter/-innen	4 182	41,9	34,3	3 306,0	6 359	51,5	42,0	4 721,5	42,8
Lehrkräfte für besondere Aufgaben	416	31,3	40,4	351,0	397	55,7	55,2	286,5	-18,4
Nebenberuflich	2 844	100	35,4	568,8	5 740	100	42,1	1 148,0	101,8
Gastprofessoren/-innen, Emeriti	11	100	-	2,2	59	100	16,9	11,8	436,4
Lehrbeauftragte	2 490	100	33,9	498,0	3 529	100	38,5	705,8	41,7
wissenschaftliche Hilfskräfte (ohne studentische Hilfskräfte)	343	100	47,5	68,6	2 152	100	48,6	430,4	527,4
Insgesamt	9 398	51,3	30,6	6 136,3	14 538	64,5	39,4	8 125,0	32,4
Verwaltungspersonal, technisches und sonstiges Personal									
Hauptberuflich	10 075	37,7	71,7	8 175,5	11 748	40,6	69,9	9 362,0	14,5
Nebenberuflich	121	100,0	63,6	24,2	102	100	53,9	20,4	-15,7
Insgesamt	10 196	38,4	71,6	8 199,7	11 850	40,3	69,8	9 382,4	14,4

1 Definition siehe Metadaten.

T 32 Betreuungsmöglichkeiten¹ im Wintersemester 2014/15 nach Fächergruppen und Hochschularten

Fächergruppe	Hochschulen insgesamt ²			Wissenschaftliche Hochschulen			Fachhochschulen ²		
	Studierende								
	ins- gesamt	je Lehr- person ³	je Profes- sor/-in	zusammen	je Lehr- person ³	je Profes- sor/-in	zusammen	je Lehr- person ³	je Profes- sor/-in
Sprach- und Kulturwissenschaften	28 758	25,9	96,1	28 168	25,6	95,4	590	67,0	147,5
Sport	1 501	28,6	128,3	1 501	28,6	128,3	-	-	-
Rechts-, Wirtschafts- und Sozial- wissenschaften	38 274	29,4	71,5	21 094	29,5	94,2	17 180	29,3	55,1
Mathematik, Naturwissenschaften	22 890	18,7	57,3	18 064	16,5	59,2	4 826	36,3	51,0
Humanmedizin/ Gesundheits- wissenschaften	5 915	5,1	68,8	4 551	4,1	68,4	1 364	37,5	69,9
Agrar-, Forst- und Ernährungs- wissenschaften	468	18,7	36,0	-	-	-	468	18,7	36,0
Ingenieurwissenschaften	18 551	22,7	44,8	5 125	18,9	62,5	13 426	24,5	40,5
Kunst, Kunstwissenschaft	3 671	14,3	33,8	2 128	12,5	37,3	1 543	17,8	30,0
Insgesamt	120 028	18,8	63,0	80 631	16,5	76,6	39 397	26,1	46,2

1 Hinweise zur Abgrenzung siehe Metadaten. – 2 Ohne Verwaltungsfachhochschulen. – 3 Wissenschaftliches/künstlerisches Hochschulpersonal in Vollzeitäquivalenten (ohne drittmittelfinanziertes Personal) nach der organisatorischen Zugehörigkeit.

T 33 Bevölkerung ab 15 Jahren 2003 und 2013 nach Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen und Geschlecht

Teilnahme an einer allgemeinen oder beruflichen Weiterbildung innerhalb der letzten 12 Monate vor der Befragung	2003			2013						
	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer	Veränderung zu 2003			
							insgesamt	Frauen	Männer	
	1 000	%		1 000	%		Prozentpunkte			
Keine Teilnahme	3 112,9	90,9	88,8	3 045,8	87,7	88,8	86,5	-2,2	-2,1	-2,3
Teilnahme	350,2	9,1	11,2	425,8	12,3	11,2	13,4	2,2	2,1	2,2
beruflich	291,3	7,0	9,9	369,0	10,6	9,3	12,1	2,2	2,2	2,2
privat	31,4	1,1	0,7	25,9	0,7	0,9	0,6	-0,2	-0,2	-0,1
beruflich und privat	27,5	0,9	0,6	31,0	0,9	1,0	0,8	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	3 463,1	100	100	3 472,8	100	100	100	x	x	x

T 34

**Sachgebiete der Weiterbildung 2013 nach Veranstaltungen, Weiterbildungsstunden
und Teilnehmenden**

Sachgebiete	Veranstaltungen		Weiterbildungsstunden		Teilnehmende		Darunter: Frauen
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Geisteswissenschaften, Eltern- und Familienbildung, Erziehungswissenschaften	2 705	6,4	28 362	4,0	45 748	7,1	83,0
Gesundheit, Hauswirtschaft, Ernährung	13 889	33,0	166 318	23,5	195 831	30,2	84,4
Kunst, kreatives Gestalten, Freizeitbildung	6 487	15,4	83 158	11,8	89 542	13,8	76,4
Nachholen von Schulabschlüssen	110	0,3	25 745	3,6	1 625	0,3	49,0
Philosophie, Theologie, Religion, Weltanschauung	2 982	7,1	14 148	2,0	61 473	9,5	74,8
Politik, Gesellschaft, Gleichstellung	2 653	6,3	24 714	3,5	58 317	9,0	67,4
Sachgebietsübergreifende Maßnahmen	1 680	4,0	85 250	12,1	24 459	3,8	67,0
Sprachen	5 939	14,1	215 452	30,5	60 842	9,4	68,5
Umwelt, Technik, Naturwissenschaften	1 482	3,5	17 661	2,5	21 577	3,3	60,4
Wirtschaft, kaufmännische Praxis	1 561	3,7	32 798	4,6	25 833	4,0	57,4
Zeitgeschichte, Geschichte, Länderkunde	2 570	6,1	13 138	1,9	63 060	9,7	69,3
Insgesamt	42 058	100	706 744	100	648 307	100	75,2

T 35 Weiterbildung 2013 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Teilnehmer/-innen					Veranstaltungen	Weiterbildungsstunden	
	insgesamt	Veränderung zu 2008	Frauen		je 100 Einwohner/-innen	Anzahl	Veränderung zu 2008	
	Anzahl	%	Anzahl	%				%
Frankenthal (Pfalz), St.	5 389	-38,4	4 179	77,5	11,4	386	6 568	-23,3
Kaiserslautern, St.	19 440	-17,1	13 191	67,9	20,0	1 312	27 634	-9,4
Koblenz, St.	29 288	-6,0	18 982	64,8	26,5	1 941	33 995	-0,1
Landau i. d. Pfalz, St.	10 047	-7,3	7 777	77,4	22,9	775	12 641	26,1
Ludwigshafen a. Rh., St.	22 526	-32,0	15 269	67,8	13,9	1 289	39 615	-19,9
Mainz, St.	46 352	-7,0	32 846	70,9	22,7	3 005	78 000	11,8
Neustadt a. d. Weinstr., St.	7 928	-38,7	6 226	78,5	15,1	519	12 714	-33,7
Pirmasens, St.	5 716	-8,7	4 096	71,7	14,3	378	7 157	-1,8
Speyer, St.	10 653	-24,5	7 753	72,8	21,4	708	18 675	7,7
Trier, St.	22 243	-25,3	12 942	58,2	20,7	1 548	35 120	12,8
Worms, St. ¹	12 661	5,5	9 375	74,0	15,8	803	13 635	-2,7
Zweibrücken, St.	5 506	5,0	3 826	69,5	16,2	345	8 840	7,8
Ahrweiler	13 876	-14,3	10 488	75,6	11,0	996	18 684	2,3
Altenkirchen (Ww.)	20 562	-11,1	16 787	81,6	16,0	1 188	13 992	-16,3
Alzey-Worms ¹	25 495	-2,7	21 187	83,1	20,4	1 448	15 137	-11,5
Bad Dürkheim	20 673	-14,4	17 380	84,1	15,8	1 456	20 471	-12,8
Bad Kreuznach	32 468	-22,5	25 072	77,2	20,9	2 026	24 352	-4,7
Bernkastel-Wittlich	13 314	-21,3	10 194	76,6	12,0	920	12 404	-13,7
Birkenfeld	11 212	-18,8	9 142	81,5	13,9	761	10 965	-24,1
Cochem-Zell	5 717	-3,8	4 410	77,1	9,0	404	6 089	-34,6
Donnersbergkreis	15 228	-30,9	12 284	80,7	20,3	809	10 168	-27,9
Eifelkreis Bitburg-Prüm	17 856	-13,7	14 326	80,2	18,6	1 177	18 348	2,9
Germersheim	15 252	-3,6	12 227	80,2	12,2	1 109	17 082	7,9
Kaiserslautern	13 255	-13,9	5 751	43,4	12,7	814	6 279	-37,7
Kusel	17 529	-21,2	15 392	87,8	24,7	981	6 545	-13,1
Mainz-Bingen	42 992	-7,9	33 095	77,0	21,1	2 435	40 286	7,2
Mayen-Koblenz	23 117	-3,0	14 793	64,0	11,0	1 444	30 827	-11,1
Neuwied	22 988	3,1	17 955	78,1	12,8	1 606	24 826	5,2
Rhein-Hunsrück-Kreis	20 222	-22,2	16 303	80,6	20,1	1 367	20 805	-16,6
Rhein-Lahn-Kreis	17 604	-4,8	13 455	76,4	14,5	1 200	13 600	-10,4
Rhein-Pfalz-Kreis	25 487	-5,0	20 225	79,4	17,1	1 740	28 165	-11,5
Südliche Weinstraße	19 070	-10,3	16 180	84,8	17,5	1 152	11 729	-3,8
Südwestpfalz	16 007	-24,2	13 510	84,4	16,6	872	10 838	-25,3
Trier-Saarburg	12 772	-43,4	9 098	71,2	8,8	1 048	16 671	-43,9
Vulkaneifel	6 355	-19,2	4 815	75,8	10,5	486	7 281	2,5
Westerwaldkreis	21 507	-1,6	16 916	78,7	10,8	1 610	26 606	-4,0
Rheinland-Pfalz	648 307	-14,8	487 447	75,2	16,2	42 058	706 744	-7,4
kreisfreie Städte	197 749	-16,7	136 462	69,0	19,2	13 009	294 594	-1,6
Landkreise	450 558	-13,9	350 985	77,9	15,2	29 049	412 150	-11,1

¹ Bei der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung Rheinland-Pfalz sind in den Angaben zum Landkreis Alzey-Worms auch die Daten der Stadt Worms enthalten, da jeweils ein getrennter Nachweis nicht möglich war.

K 6

Teilnehmer/-innen an Weiterbildungsmaßnahmen 2013 nach Verwaltungsbezirken

Im Jahr 2013 besuchten 648 300 Personen die Angebote der Volkshochschulen oder anderer anerkannter Weiterbildungsträger. Damit nahmen 16 von 100 Einwohnerinnen bzw. Einwohnern an einer Weiterbildungsveranstaltung teil. In der kreisfreien Stadt Koblenz kamen 26 Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmer auf 100 Einwohnerinnen und Einwohner. Der niedrigste Wert wurde im Kreis Trier-Saarburg mit 8,8 Personen registriert.

je 100 Einwohner/-innen

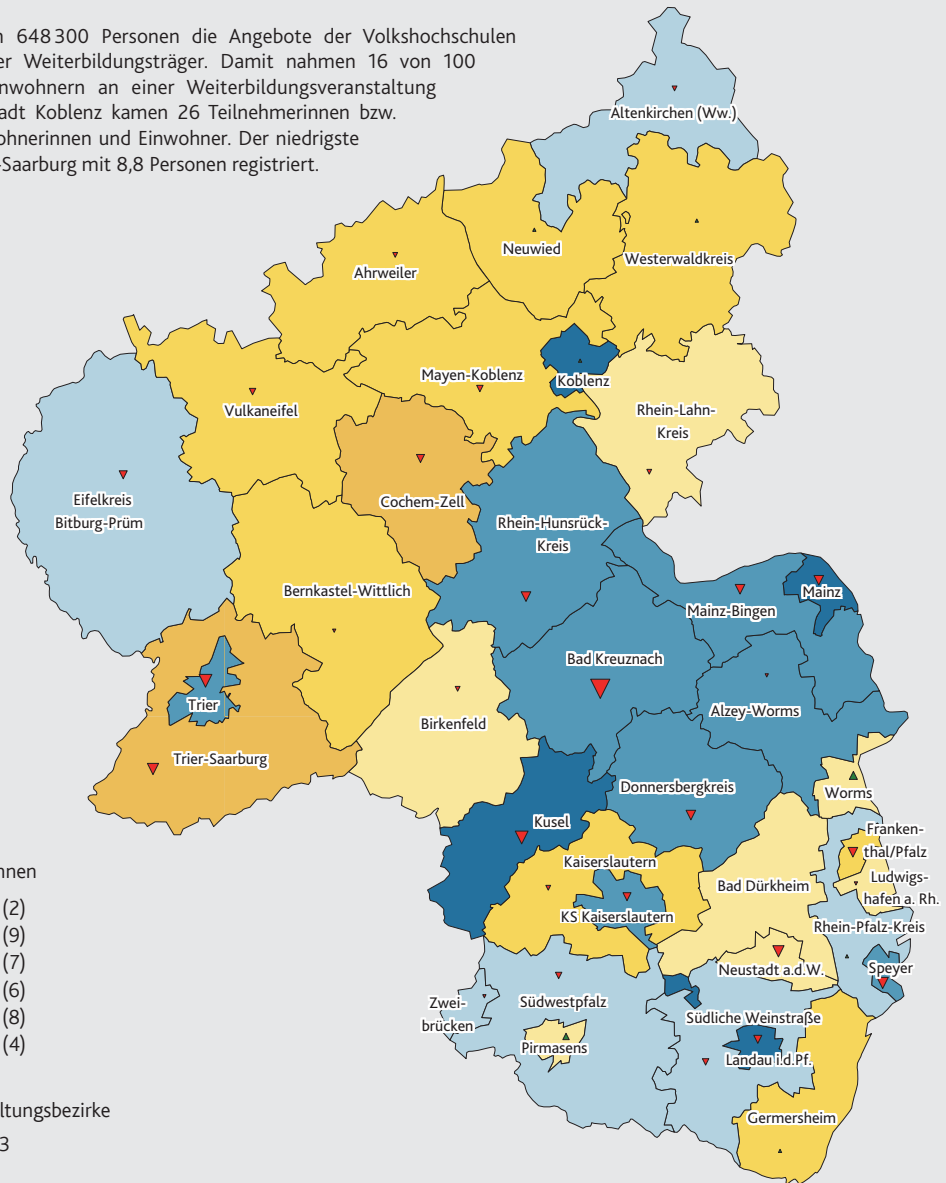
- unter 10 (2)
- 10 bis unter 13 (9)
- 13 bis unter 16 (7)
- 16 bis unter 19 (6)
- 19 bis unter 22 (8)
- 22 und mehr (4)

Landeswert: 16,2

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2003

- ▲ Zunahme
- ▼ Abnahme



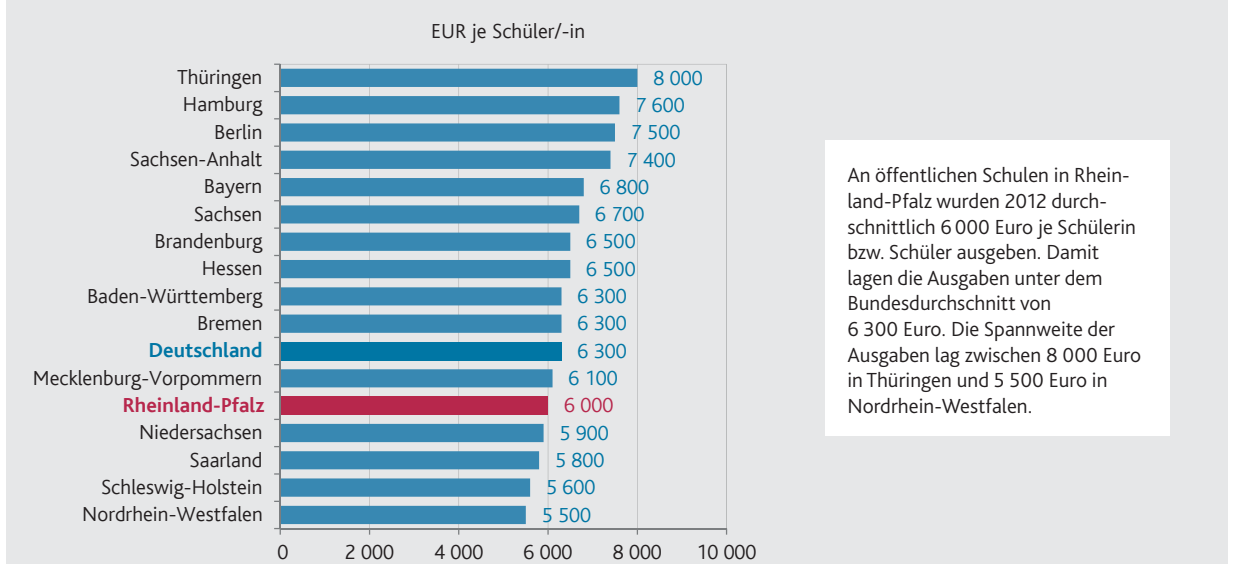
T 36 Öffentliche Ausgaben des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände für Bildung 2004–2014

Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz			Deutschland		Einheit	Rheinland-Pfalz	Deutschland
		2004	2013	2014	2013	2014		Veränderung 2014 zu 2004	
Bildungsausgaben									
Grundmittel	Mill. EUR	3 599,4	5 101,7	5 203,6	108 188,3	112 391,6	%	44,6	37,2
Kindertageseinrichtungen	%	15,1	20,1	20,3	18,0	18,2	Prozentpunkte	5,3	5,7
Schulen	%	62,5	59,7	59,1	56,0	55,3	Prozentpunkte	- 3,4	- 5,5
Hochschulen	%	14,8	15,3	15,2	20,1	20,6	Prozentpunkte	0,4	0,7
Förderung von Schüler/-innen und Studierenden	%	3,7	2,0	2,6	3,4	3,4	Prozentpunkte	- 1,1	0,1
sonstiges Bildungswesen	%	2,5	1,8	1,7	1,0	1,1	Prozentpunkte	- 0,8	- 0,9
Jugendarbeit	%	1,5	1,1	1,1	1,5	1,5	Prozentpunkte	- 0,4	-0,0
Anteil am öffentlichen Gesamthaushalt	%	23,1	26,4	25,7	26,0	25,9	Prozentpunkte	2,6	2,3
Anteil am Bruttoinlandsprodukt	%	3,7	4,2	4,1	3,9	3,9	Prozentpunkte	0,4	0,3

T 37 Ausgaben je Schüler/-in an öffentlichen Schulen 2012 nach Schulart und Bundesländern

Bundesland	Insgesamt		Allgemeinbildende Schulen		Berufliche Schulen		Darunter: Duales System	
	EUR	Veränderung zu 2001	EUR	Veränderung zu 2001	EUR	Veränderung zu 2001	EUR	Veränderung zu 2001
		%		%		%		%
Baden-Württemberg	6 300	35	6 700	40	5 000	30	2 800	25
Bayern	6 800	50	7 600	50	4 300	40	2 800	25
Berlin	7 500	45	8 200	50	4 700	45	3 100	40
Brandenburg	6 500	70	7 000	65	4 300	95	3 400	90
Bremen	6 300	30	7 400	35	3 800	10	2 600	10
Hamburg	7 600	20	8 500	25	5 000	5	3 300	10
Hessen	6 500	50	7 100	50	4 600	35	2 900	25
Mecklenburg-Vorpommern	6 100	55	6 800	50	3 600	45	2 700	50
Niedersachsen	5 900	30	6 500	35	4 000	25	2 300	30
Nordrhein-Westfalen	5 500	30	6 000	30	3 800	25	2 400	20
Rheinland-Pfalz	6 000	40	6 600	45	4 100	30	2 600	30
Saarland	5 800	40	6 700	55	3 600	5	2 400	5
Sachsen	6 700	70	7 200	65	4 900	95	3 100	80
Sachsen-Anhalt	7 400	70	8 200	70	4 300	60	3 000	75
Schleswig-Holstein	5 600	25	6 100	35	4 000	20	2 800	15
Thüringen	8 000	70	8 500	65	6 200	115	4 100	115
Deutschland	6 300	40	6 800	40	4 300	35	2 700	30

G 11 Ausgaben für öffentliche Schulen 2012 nach Bundesländern



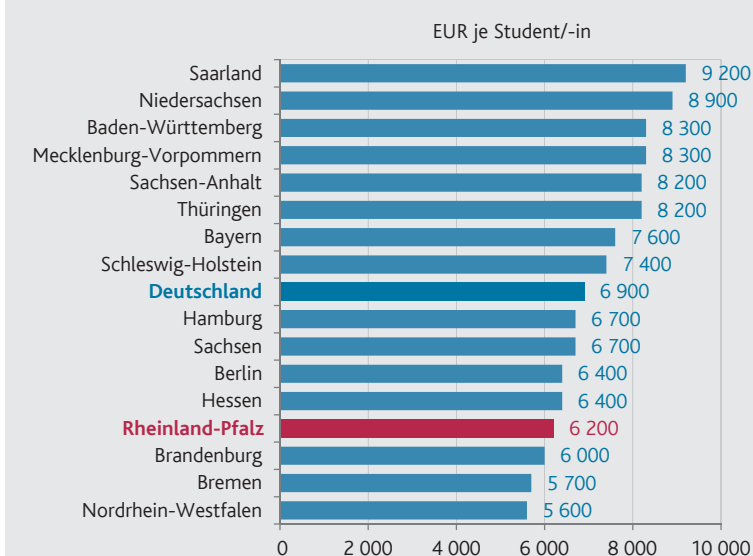
T 38

Kennzahlen zur Finanzierung von Lehre, Forschung und Entwicklung 2012 an Hochschulen nach Bundesländern

Bundesland	Laufende Ausgaben (Grundmittel) je Student/-in		Drittmittel je Professor/-in		Ausgaben für Forschung und Entwicklung		
	EUR	Veränderung zu 2002	EUR	Veränderung zu 2002	Mill. EUR	Veränderung zu 2002	Anteil am BIP
		%		%		%	‰
Baden-Württemberg	8 300	-3,8	177 000	60,5	2 205	69,7	5,3
Bayern	7 600	-9,5	170 000	72,6	2 085	61,0	4,2
Berlin	6 400	-15,3	196 000	79,6	936	44,4	8,6
Brandenburg	6 000	-0,8	134 000	113,1	207	59,6	3,5
Bremen	5 700	-3,7	192 000	77,8	202	39,3	6,9
Hamburg	6 700	3,9	169 000	219,4	497	97,3	5,1
Hessen	6 400	8,7	145 000	92,3	1 068	86,7	4,5
Mecklenburg-Vorpommern	8 300	-3,7	131 000	152,7	247	57,6	6,7
Niedersachsen	8 900	-2,1	175 000	79,6	1 208	45,4	5,0
Nordrhein-Westfalen	5 600	-20,2	162 000	71,1	2 902	43,2	4,9
Rheinland-Pfalz	6 200	0,4	103 000	47,3	502	57,5	4,1
Saarland	9 200	6,5	132 000	63,3	155	49,8	4,8
Sachsen	6 700	-14,1	232 000	181,5	771	61,5	7,6
Sachsen-Anhalt	8 200	-7,4	114 000	77,0	256	14,7	4,8
Schleswig-Holstein	7 400	-0,6	156 000	80,1	295	48,1	3,7
Thüringen	8 200	-1,2	154 000	149,3	328	39,1	6,3
Deutschland	6 900	-7,9	166 000	84,9	13 980	54,0	5,1

G 12

Laufende Ausgaben (Grundmittel) für Lehre und Forschung 2012 an Hochschulen nach Bundesländern



Die deutschen Hochschul-träger stellen im Semester je Studentin bzw. Student durchschnittlich 6900 Euro für Forschung und Lehre bereit. Die Spannweite liegt zwischen 9200 Euro im Saarland und 5600 Euro in Nordrhein-Westfalen. Rheinland-Pfalz liegt mit 6200 Euro unter dem Bundesdurchschnitt.

T 39

Laufende Ausgaben (Grundmittel) der Hochschulen je Student/-in in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2002–2012 nach Fächergruppen

Fächergruppe	Rheinland-Pfalz					Deutschland	
	2002	2005	2010	2012	Veränderung zu 2002	2012	Veränderung zu 2002
	EUR				%	EUR	%
Sprach- und Kulturwissenschaften	2 700	2 600	4 000	4 100	49,7	4 900	77,3
Sport	3 000	2 600	4 700	4 800	60,8	6 600	84,0
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	2 500	2 400	4 600	4 700	89,4	3 800	86,9
Mathematik, Naturwissenschaften	5 900	4 800	7 600	8 600	45,5	8 700	43,7
Humanmedizin/ Gesundheitswissenschaften	22 300	17 400	14 700	19 700	-11,6	22 800	-23,2
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	6 200	5 200	7 600	6 400	3,9	9 700	35,3
Ingenieurwissenschaften	4 900	3 800	6 000	5 900	18,6	6 600	17,3
Kunst, Kunstwissenschaft	3 600	4 100	6 800	7 100	98,0	9 200	64,7
Insgesamt	6 200	5 500	5 800	6 200	0,4	6 900	-7,8

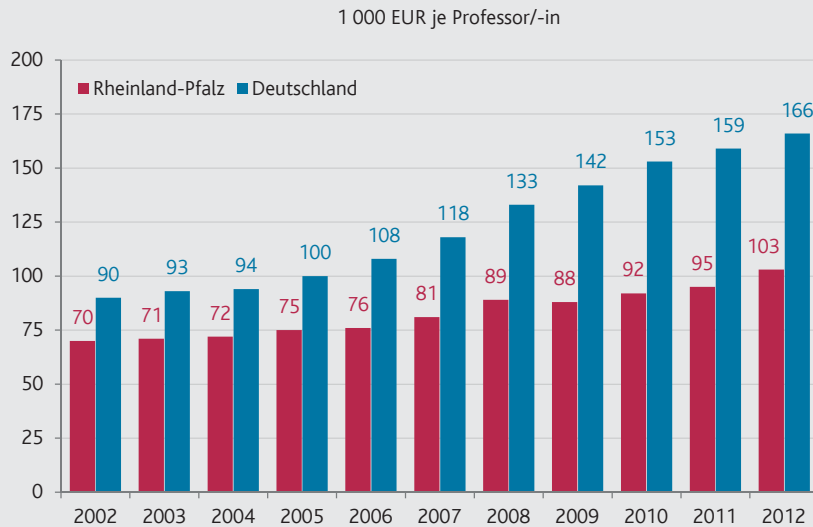
T 40

Drittmittleinnahmen je Professor/-in¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2002–2012 nach Fächergruppen

Fächergruppe	Rheinland-Pfalz					Deutschland	
	2002	2005	2010	2012	Veränderung zu 2002	2012	Veränderung zu 2002
	EUR				%	EUR	%
Sprach- und Kulturwissenschaften	40 000	39 000	54 000	53 000	31,5	103 000	159,3
Sport	16 000	20 000	52 000	96 000	489,0	188 000	178,2
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	20 000	27 000	34 000	37 000	88,2	53 000	119,2
Mathematik, Naturwissenschaften	136 000	115 000	168 000	188 000	38,7	245 000	117,5
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	290 000	310 000	411 000	422 000	45,6	516 000	86,8
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	7 000	5 000	10 000	7 000	-2,4	168 000	103,5
Ingenieurwissenschaften	31 000	37 000	64 000	81 000	158,9	182 000	129,2
Kunst, Kunstwissenschaft	13 000	16 000	17 000	19 000	46,2	25 000	288,4
Insgesamt	70 000	75 000	92 000	103 000	47,2	166 000	85,1

¹ Ohne drittmittelfinanzierte und nebenberufliche Kräfte.

G 13 Drittmiteleinahmen der Hochschulen 2002–2012



In Laufe der letzten zehn Jahre stiegen die Drittmittel je Professorin bzw. Professor sowohl in Rheinland-Pfalz als auch im Bundesdurchschnitt deutlich. Da sich die Drittmiteleinahmen bundesweit jedoch kräftiger als in Rheinland-Pfalz erhöht haben, ist der Abstand zwischen dem rheinland-pfälzischen und dem bundesweiten Wert erheblich gestiegen. Die Höhe der Drittmittel je Professorin bzw. Professor liegt in Rheinland-Pfalz bei 103 000 Euro und im Bundesmittel bei 166 000 Euro.

T 41 Studierende mit Deutschlandstipendium 2011–2014 nach Fächergruppen und Geschlecht

Fächergruppe	2011	2013	2014					Nachrichtlich: Studierende ¹ im WS 2014/15	
			insgesamt		Veränderung zu 2013	Frauen			
	Anzahl			%			Anzahl	%	Anzahl
Sprach- und Kulturwissenschaften, Sport	41	115	121	13,5	5,2	91	19,2	30 259	24,6
Rechts-, Wirtschafts- und Sozial- wissenschaften	78	267	306	34,2	14,6	174	36,7	40 922	33,4
Mathematik, Naturwissenschaften	64	200	218	24,3	9,0	94	19,8	22 890	18,7
Humanmedizin/Gesundheits- wissenschaften	17	19	27	3,0	42,1	21	4,4	5 915	4,8
Agrar-, Forst- und Ernährungs- wissenschaften	-	1	8	0,9	-	4	0,8	468	0,4
Ingenieurwissenschaften	36	157	187	20,9	19,1	66	13,9	18 551	15,1
Kunst, Kunstwissenschaft	13	18	29	3	61,1	24	5	3 671	3
Insgesamt	249	777	896	100	15,3	474	100	122 676	100

¹ Hinweise zur Abgrenzung siehe Metadaten.

T 42 Eckdaten zu Leistungen¹ nach dem BAföG und dem AFBG 2004–2014

Ausbildungs-/ Fortbildungsstätte	2004	2010	2013	2014						
	Geförderte				Frauen	finanzieller Aufwand			durchschnittlicher Förderbetrag pro Kopf	
						insgesamt	darunter			
	Anzahl				%		1 000 EUR		Zuschuss	bewilligte Darlehen
Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz – BAföG – ²										monatlich
Gymnasien	738	639	505	476	64,9	2 042	2 042	-	600	
Berufsfachschulen ³	5 876	8 941	8 689	8 175	64,5	20 548	20 548	-	341	
Fachschulen ³	904	785	626	594	34,7	2 139	2 139	-	481	
Fachhochschulen	8 520	9 187	10 514	10 172	45,6	34 342	17 477	16 865	450	
Wissenschaftliche Hochschulen	13 956	18 576	20 586	19 901	62,2	63 945	32 542	31 404	432	
Übrige Ausbildungsstätten	2 841	3 500	3 296	3 174	46,0	9 209	9 102	107	464	
Insgesamt	32 835	41 628	44 216	42 492	57,1	132 225	83 850	48 375	423	
Ausbildungsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) – Meister-BAföG –										jährlich
Maßnahmen an öffentlichen Schulen	1 910	2 083	2 159	2 329	18,2	10 037	3 292	6 745	4 337	
Maßnahmen an privaten Schulen	384	345	495	549	32,6	2 026	640	1 386	3 745	
Lehrgänge an öffentlichen Instituten	2 196	2 982	2 967	2 899	21,6	8 731	2 704	6 027	3 095	
Lehrgänge an privaten Instituten	879	963	1 105	990	36,5	2 858	886	1 972	2 989	
Fernlehrgänge an öffentlichen Instituten	
Fernlehrgänge an privaten Instituten	155	206	164	152	42,8	221	70	150	1 532	
Auslandsfall (§ 5 Abs. 2)	
Insgesamt	5 551	6 639	6 961	6 983	23,9	23 966	7 622	16 344	3 505	
1 Differenzen zur Summe ergeben sich aus dem Runden der Einzelwerte. – 2 Geförderte in Fernunterrichtsinstituten können keiner der aufgeführten Ausbildungsgruppen zugeordnet werden. – 3 Hinweise zur Abgrenzung siehe Metadaten.										

Datenquellen

Statistik	Tabelle	Grafik	Karten	Übersicht
Mikrozensus	T 1 bis T 4, T 33	G 2, G 3	-	-
Statistik der allgemeinbildenden Schulen	T 5 bis T 16	G 1, G 4 bis G 7, G 11	K 1 bis K 3	-
Statistik der berufsbildenden Schulen	T 17 bis T 20	G 1, G 11	K 4	Ü 2
Statistik über die Schulen des Gesundheitswesens	T 17	-	-	Ü 2
Berufsbildungsstatistik	T 21 bis T 24	G 8, G 9	-	Ü 2
Studierendenstatistik	T 25 bis T 29, T 32	G 10, G 12	K 5	Ü 2
Hochschulprüfungsstatistik	T 25, T 27, T 29, T 30	-	-	-
Habilitationsstatistik	T 25	-	-	-
Hochschulpersonalstatistik	T 31 bis T 32	-	-	-
Statistik nach dem Landesweiterbildungsgesetz	T 34, T 35	-	K 6	-
Hochschulfinanzstatistik	T 38 bis T 40	G 12, G 13,	-	-
Statistik zum Deutschlandstipendium	T 41	-	-	-
Statistik zum Aufstiegsfortbildungsgesetz	T 42	-	-	-
Statistik zum Bundesausbildungsförderungsgesetz	T 42	-	-	-
Bevölkerungsfortschreibung	-	G 1	-	-
Statistisches Bundesamt, Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft	T 36, T 37	-	-	-

Statistiken

Die Zahlen zur Berufsausbildung werden von den Kammern und den übrigen für die duale Berufsausbildung zuständigen Stellen jährlich zum 31. Dezember an das Statistische Landesamt gemeldet. Seit 2007 erfolgt die Lieferung der Zahlen zu den Auszubildenden und zu Ausbildungsabschlussprüfungen auf der Basis von Einzeldaten. Neben den Zahlen zu Auszubildenden werden im Rahmen der **Berufsbildungsstatistik** auch Daten zu Ausbilder/-innen sowie zu Ausbildungsberater/-innen erfasst. Als Datenquelle für die duale Berufsausbildung dient neben der Berufsbildungsstatistik auch die Statistik über die berufsbildenden Schulen. Aufgrund der unterschiedlichen Stichtage und der teilweise unterschiedlichen regionalen Zuordnung der Auszubildenden in der Berufsbildungs- und in der Schulstatistik sind die Ergebnisse der beiden Erhebungen nur bedingt vergleichbar. Aus Gründen der Geheimhaltung entsprechend § 16 des Bundesstatistikgesetzes werden die Daten (Absolutwerte) der Berufsbildungsstatistik ab dem Berichtsjahr 2010 gerundet ausgewiesen. Hierzu wird jeder Zellwert auf ein Vielfaches von drei gerundet. Bei dem angewendeten Rundungsverfahren mit der Basis drei beträgt die Abweichung vom Originalwert je ausgewiesener Datenzeile maximal eins. Auch die Summe der gerundeten Einzelwerte kann folglich von der tatsächlichen (und von der gerundeten) Gesamtsumme abweichen. Die Abweichung entspricht maximal der Summe der ausgewiesenen Merkmalausprägungen.

Die **Habilitationsstatistik** wird jährlich an allen Hochschulen mit Habilitationsrecht erhoben. Erfasst werden alle an der jeweiligen Hochschule im Berichtsjahr abgeschlossenen Habilitationsverfahren nach Fachgebieten. Außerdem werden für die Neuhabilitierten soziodemografische Merkmale sowie Angaben zur Art des Beschäftigungsverhältnisses zum Zeitpunkt der Habilitation und zur fachlichen und organisatorischen Zugehörigkeit erhoben.

Im Rahmen der **Hochschulfinanzstatistik** werden jährlich an allen rheinland-pfälzischen Hochschulen die Einnahmen und Ausgaben erhoben. Sie liefert somit wichtige Informationen über die Struktur der Einnahmen und Ausgaben und zeigt Unterschiede in der Finanzausstattung zwischen den einzelnen Fächergruppen und Hochschulen.

Die Daten der Personalstatistik werden von den Hochschulen und der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz jährlich an das Statistische Landesamt gemeldet. Die **Hochschulpersonalstatistik** umfasst das gesamte am Erhebungsstichtag haupt- und nebenberuflich an den Hochschulen tätige Personal, auch wenn kein Anstellungsverhältnis zum Land oder zur Hochschule besteht. Erhoben werden von den Beschäftigten soziodemografische Merkmale, Hochschule, fachliche und organisatorische Zugehörigkeit, Einstufung, Art der Finanzierung sowie bei Professor/-innen das Jahr der Berufung.

Die Daten zur **Hochschulprüfungsstatistik** werden in jedem Semester von den Prüfungsämtern an das Statistische Landesamt gemeldet. Erhoben werden u.a. soziodemografische Merkmale der Prüfungskandidaten/-innen, Monat und Jahr der Prüfung, Prüfungserfolg und Gesamtnote, Hochschule, Studienfach, Art des Abschlusses und Fachsemester. Die Veröffentlichung der Daten erfolgt nach Prüfungsjahren.

Der **Mikrozensus** ist die größte jährliche Haushaltsbefragung in Europa. Befragt wird ein Prozent der Bevölkerung. Grundlage für diese Erhebung ist das Mikrozensusgesetz in der jeweils gültigen Fassung. In Deutschland liefert der Mikrozensus bereits seit 1957 (in den neuen Ländern seit 1991) statistische Informationen über die Bevölkerungsstruktur, die Entwicklung des Arbeitsmarktes, Aus- und Weiterbildung, Gesundheit und Wohnsituation sowie zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung, Familien, Lebensgemeinschaften und Haushalte. Die Ergebnisse für Rheinland-Pfalz bis 2012 sowie die übrigen Bundesländer und Deutschland wurden auf Basis der Volkszählung 1987 mit den jährlich fortgeschriebenen Veränderungen hochgerechnet. Die Ergebnisse für Rheinland-Pfalz ab 2012 wurden auf Basis des Zensus 2011 mit den jährlich fortgeschriebenen Veränderungen hochgerechnet.

Bis zum Jahr 2008 wurden die Daten für die **Statistik der Schulen des Gesundheitswesens** auf freiwilliger Basis erhoben. Infolge der Einführung einer gesetzlichen Berichtspflicht zum Schuljahr 2009/10 ist ein Vergleich mit den gemeldeten Schülerzahlen der Vorjahre nur bedingt möglich.

In Studienseminaren absolvieren angehende Lehrer/-innen – aufbauend auf einem Hochschulstudium – den zweiten Teil ihrer Ausbildung. Studienseminare dienen der pädagogischen Qualifizierung und führen zur zweiten Staatsprüfung beziehungsweise zur Erlangung der Lehrbefähigung. Für die **Statistik der Studienseminare** werden von den Studienseminaren zweimal jährlich – zum 1. März und zum 1. Oktober – Daten zu den Teilnehmenden sowie zu den Lehrkräften an das Statistische Landesamt gemeldet.

Im Rahmen der **Schulstatistik** werden jährlich zu Schuljahresbeginn an allen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz Informationen zu Schüler/-innen, zu Schulentlassenen und zu Lehrkräften erfragt.

Im Rahmen der **Hochschulpersonalstatistik** werden alle am Erhebungstichtag (1. Dezember) an Hochschulen haupt- und nebenberuflich tätigen Personen erfasst. Unterschieden wird zwischen dem wissenschaftlichen und künstlerischen Personal sowie dem nichtwissenschaftlichen Personal. In den Angaben sind die studentischen wissenschaftlichen Hilfskräfte nicht enthalten. Für die Personalstellenstatistik werden zudem alle zum Erhebungstichtag besetzten und nichtbesetzten Personalstellen der Hochschule für das hauptberuflich tätige Personal gemäß Stellenplan oder Wirtschaftsplan einschließlich der Stellen aus Überlast- und Hochschulsonderprogrammen erfasst.

Im Rahmen der Statistik zum **Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)** werden bei den Ämtern für Ausbildungsförderung jährlich Angaben zu sozioökonomischen Merkmalen der Geförderten sowie zum finanziellen Aufwand, zur Art und zum Umfang der Förderung erfragt. Unterschieden wird zwischen bewilligten Fördermitteln.

Die staatlichen Leistungen nach dem **Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)** sind Gegenstand einer jährlichen Statistik. Erfragt werden sozioökonomische Merkmale der Geförderten, Angaben zur finanziellen Situation der Eltern beziehungsweise des Ehepartners, die Höhe und Zusammensetzung der finanziellen Bedarfe sowie die festgesetzten Förderbeträge.

Im Rahmen der 2012 erstmals durchgeführten **Statistik zum Deutschlandstipendium** werden bei den Hochschulen jährlich Eckdaten zu den Stipendiat/-innen sowie zu den Mittelgeber/-innen erfragt. Da die Stipendien zum Sommersemester 2011 das erste Mal vergeben wurden, beträgt der Förderzeitraum im ersten Berichtsjahr (2011) nicht zwölf, sondern lediglich neun Monate.

Daten zu Studierenden an Hochschulen werden im Rahmen der **Studierendenstatistik** jährlich zu Beginn des Wintersemesters an allen rheinland-pfälzischen Hochschulen erhoben. Erfragt werden u.a. soziodemografische Merkmale, der Ort des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung, die Hochschule, die Zahl der Hochschul- und Fachsemester, das Studienfach, der angestrebte Abschluss, die Studiendauer sowie die Studiengänge und der Studienort des vorangegangenen Semesters. Die von den Studierenden abgelegten akademischen Abschlussprüfungen werden in der **Prüfungsstatistik** erfasst.

In der **Weiterbildungsstatistik nach dem Weiterbildungsgesetz (WBG)** wird ausschließlich die Arbeit der sieben staatlich anerkannten Landesorganisationen der Weiterbildung erfasst. Weiterbildungsaktivitäten anderer Anbieter sind in dieser Statistik nicht enthalten. Die statistische Erfassung der Daten für die Weiterbildungsstatistik erfolgt über den Landesbeirat für Weiterbildung bei den Spitzenorganisationen der Weiterbildungsträger. Die einzelnen Spitzenorganisationen erheben ihrerseits die Daten bei den ihnen angeschlossenen Einrichtungen. Die Aufbereitung der Ergebnisse erfolgt beim Statistischen Landesamt. Neben der Landesweiterbildungsstatistik existieren noch vielfältige weitere Datenquellen zur Weiterbildung. Ergänzende Daten liefern beispielsweise die Statistik über die Gasthörer an Hochschulen, die Berufsbildungsstatistik und der Mikrozensus. Auch die Bundesagentur für Arbeit erhebt regelmäßig Daten zu den von ihr geförderten Weiterbildungsmaßnahmen. Umfangreiche statistische Informationen zur betrieblichen Weiterbildung werden zudem alle fünf Jahre im Rahmen der „Europäischen Erhebung über die betriebliche Weiterbildung in Unternehmen“ erhoben.

Glossar

Absolventenquote, Hochschulen

Die (Netto-)Absolventenquote gibt an, wie hoch der Anteil der Absolventen/-innen eines Erststudiums an der altersspezifischen Bevölkerung ist. Die Berechnung erfolgt, wie bei der Studienanfängerquote, nach dem Quotensummenverfahren.

Allgemeinbildende Schulen

Zu den allgemeinbildenden Schulen zählen Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen plus, Gymnasien, Integrierte Gesamtschulen, Freie Waldorfschulen und Förderschulen. Eine Sonderstellung nehmen Kollegs und Abendgymnasien ein. Dies sind Einrichtungen des zweiten Bildungswegs, an denen nach dreijähriger Ausbildung die allgemeine Hochschulreife (Abitur) im Ganztags- oder Teilzeitunterricht (berufsbegleitend) erlangt werden kann. Haupt- und Realschulen gibt es infolge der 2009 begonnenen Schulstrukturreform seit dem 1. August 2013, bis auf wenige Ausnahmen, nicht mehr.

Ausbildungsbereiche

In der Berufsbildungsstatistik werden die Ausbildungsbereiche Industrie und Handel (einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe), Handwerk, Landwirtschaft, öffentlicher Dienst, Freie Berufe und Hauswirtschaft unterschieden. Die Zuordnung der Auszubildenden richtet sich entsprechend dem Berufsbildungsgesetz vielfach nach der Art des Ausbildungsberufs und nicht nach der Zugehörigkeit des Ausbildungsbetriebs zu einem bestimmten Wirtschaftsbereich. Dies führt bei den Freien Berufen im öffentlichen Dienst dazu, dass die nachgewiesene Zahl an Auszubildenden nicht das vollständige Ausbildungsvolumen dieses Bereichs abbildet. Ein/-e für den Beruf des Gärtners Auszubildende/-r bei einer Stadtverwaltung wird beispielsweise dem Bereich Landwirtschaft zugeordnet, weil die Landwirtschaftskammer die für seine Ausbildung zuständige Stelle ist.

Auszubildende

Personen, die auf der Grundlage eines Berufsausbildungsvertrages in einem nach dem Berufsbildungsgesetz oder der Handwerksordnung anerkannten Lehrberuf ausgebildet werden.

Bachelor

Der Bachelor ist der erste berufsqualifizierende Studienabschluss. Die Regelstudienzeit beträgt üblicherweise sechs Semester. Eingeführt wurde der Bachelor in Deutschland im Zuge der Bologna-Reform Ende der 1990er-Jahre.

Berufsbereiche

Die Berufsbereiche fassen als oberste Einheit der Klassifikation der Berufe 2010 (KldB 2010) jene Berufe zusammen, die sich nach

den Arbeitsaufgaben und der allgemeinen Art der Tätigkeit ähneln. Die zehn Berufsbereiche können weiter untergliedert werden in 37 Berufshauptgruppen, 144 Berufsgruppen, 700 Berufsuntergruppen und 1286 Berufsgattungen.

Berufsbildende Schulen

Diese Schulart umfasst mehrere Schulformen. An berufsbildenden Schulen können sowohl berufsbildende als auch allgemeinbildende Abschlüsse erlangt werden – letztere sowohl eigenständig, als auch zusätzlich zu einer beruflichen Qualifikation. Auf einen eigenständigen allgemeinbildenden Abschluss ausgerichtet sind die Bildungsgänge in den Schulformen: Berufsfachschule II, Berufsoberschule I und II, duale Berufsoberschule, Fachoberschule und berufliches Gymnasium sowie die Bildungsgänge an den Schulen des Gesundheitswesens, die eine Sonderrolle einnehmen.

Primär einen berufsbildenden Abschluss vermitteln die Berufsschule (einschließlich Berufsvorbereitungsjahr), die Berufsfachschule I, die dreijährige Berufsfachschule, die höhere Berufsfachschule (HBF) sowie die Fachschulen. Hier kann durch zusätzlichen Unterricht (gleichzeitig neben der beruflichen Qualifikation) ein höherer allgemeinbildender Abschluss (Zweitabschluss) erreicht werden.

Betreuerrelation, Hochschulen

Diese Kennzahl beschreibt das zahlenmäßige Verhältnis der Studierenden zum wissenschaftlich/künstlerischen Personal in Vollzeitäquivalenten. Nicht berücksichtigt wird hierbei das drittmittelfinanzierte Personal. Die Berechnung erfolgt zudem ohne Verwaltungsfachhochschulen.

Bildungsausländer/-innen, Bildungsinländer/-innen

Bildungsausländer/-innen sind ausländische Studierende, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland oder an einem Studienkolleg erlangt haben. Als Bildungsinländer/-innen werden ausländische Studierende bezeichnet, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland, aber nicht an einem Studienkolleg erworben haben.

Bologna-Reform

In der sogenannten Bologna-Erklärung aus dem Jahr 1999 brachten 29 europäische Staaten ihren Willen zum Ausdruck, bis zum Jahr 2010 einen einheitlichen europäischen Hochschulraum zu schaffen. Zu den Zielen gehörte die Etablierung eines einheitlichen Systems gestufter Studiengänge, dessen erste Stufe der berufsqualifizierende Bachelor ist, an den sich ein Masterstudium anschließen kann. Die Reform sollte zu einer Steigerung der innereuropäischen Mobilität der Studierenden und zur besseren Vergleichbarkeit der Hochschulabschlüsse beitragen. Zudem soll die internationale Attraktivität europäischer Hochschulen erhöht werden.

Drittmittel

Drittmittel sind Mittel, die von den Hochschulen zusätzlich zum regulären Hochschulhaushalt (Grundausrüstung) bei öffentlichen oder privaten Stellen eingeworben werden. Sie können der Förderung von Forschung, Entwicklung und Lehre sowie der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses dienen.

Erwerbstätige

Alle Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die als Arbeitnehmer/-in oder als Selbstständige/-r bzw. als mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit, der Regelmäßigkeit und der Bedeutung dieser Tätigkeit für den Lebensunterhalt. Im Falle mehrerer Tätigkeiten wird der Erwerbstätige nur einmal gezählt (Personenkonzept).

Erwerbslose

Nach dem Mikrozensus sind es Personen, die normalerweise erwerbstätig und zurzeit nur vorübergehend aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, sowie Schulentlassene, die sich um eine Lehr-/Arbeitsstelle bemühen. Die Bezeichnung erwerbslos ist unabhängig davon, ob jemand als Arbeitsloser oder Arbeitsuchender gemeldet ist. Personen, die normalerweise keinem Erwerb nachgehen, beispielsweise nicht berufstätige Ehefrauen, gelten nicht als erwerbslos.

Fächergruppen

Ein Studienfach ist die in Prüfungsordnungen festgelegte Bezeichnung für eine wissenschaftliche oder künstlerische Disziplin, in der ein Studienabschluss möglich ist. Mehrere verwandte Fächer werden zu Studienbereichen und diese wiederum zu Fächergruppen zusammengefasst.

Fachsemester

Fachsemester sind die in einem Studiengang absolvierten Semester. Die Fachsemesterzahl kann von der Zahl der Hochschulsemester abweichen, da Hochschulsemester nicht an einen bestimmten Studiengang gebunden sind.

Fachstudienanfänger/-innen

Fachstudienanfänger/-innen sind Studierende im ersten Semester eines bestimmten Studiengangs. Hierzu zählen auch jene Studierenden, die vor Aufnahme dieses Studiums bereits in einem anderen Studiengang eingeschrieben waren. Die Zahl der Fachstudienanfänger/-innen eines Studienjahrs ergibt sich aus den Studienanfänger/-innen eines Sommersemesters und des darauffolgenden Wintersemesters.

Fach- und Gesamtstudiendauer

Die Fachstudiendauer gibt die Zahl der Ausbildungssemester an, die in einem bestimmten Studiengang bis zum Abschluss verbracht werden. Die Gesamtstudiendauer bezieht sich auf die Zahl der Semester, die insgesamt im Hochschulsystem belegt werden.

Ganztagsschulangebote

Zurzeit gibt es in Rheinland-Pfalz drei verschiedene Formen der Ganztagschule: die Angebotsform, die verpflichtende Form und die offene Form. Darüber hinaus werden für Schulkinder auch Betreuungsmöglichkeiten in Kindertageseinrichtungen und in Form der öffentlich geförderten Kindertagespflege angeboten. Aufgrund der unterschiedlichen Zuständigkeit werden diese Angebote in der Kinder- und Jugendhilfestatistik erfasst. Zur Vermeidung von Doppelzählungen werden diese bei der Anteilsberechnung zur Nutzung von Ganztagsangeboten nicht berücksichtigt.

Gaststudium

Das Gasthörerstudium wird von vielen Hochschulen angeboten. Es ermöglicht interessierten Personen – auch ohne Hochschulzugangsberechtigung – den Besuch einzelner Lehrveranstaltungen und Kurse. Gasthörer haben jedoch keinen Studierendenstatus und können keine Prüfungen ablegen. Seit dem Wintersemester 2004/05 können Hochschulen in Rheinland-Pfalz für die Teilnahme an einem Gaststudium bis 250 Euro Gebühren verlangen. Die an den Hochschulen immatrikulierten Gasthörer/-innen werden jährlich im Rahmen der Gasthörerstatistik erfasst.

Hochschulabschlüsse

Abschlussprüfungen werden in folgende Kategorien unterteilt:

- Universitärer Abschluss,
- Fachhochschulabschluss,
- Lehramtsabschluss,
- Bachelor,
- Master,
- Promotion und
- sonstige Abschlussprüfungen.

Der universitäre Abschluss beinhaltet Magister, Lizentiat, Kirchliche Prüfungen, 1. Staatsexamen (ohne Lehramtsprüfungen), Diplom an Universitäten (einschließlich Dipl.-Lehrkräfte, Dipl.-Dolmetscher/-innen und Dipl.-Übersetzer/-innen, jedoch ohne Dipl.-Handelslehrer/-innen), akademisch geprüfte Übersetzer/-innen und Abschlussprüfungen ohne akademischen Grad.

Fachhochschulabschlussprüfungen sind das Diplom (FH) und sonstiger FH-Abschlüsse. Zu den Lehramtsabschlüssen gehören auch Dipl.-Handelslehrer/-innen, Lehramt Bachelor (ohne Diff.) sowie Bachelor (U) und Master (U) in Wirtschaftspädagogik und Lehramt Master.

Bachelor und Masterabschlüsse verstehen sich ohne Lehramt Bachelor, Bachelor/Master in Wirtschaftspädagogik (Lehramt) und Lehramt Master.

Unter "sonstigen Abschlussprüfungen" werden Privatmusiklehrerprüfungen, Kirchenmusikprüfungen A + B, Abschlusszeugnisse und Zertifikate zusammengefasst.

Hochschularten

Als Hochschulen werden alle nach Landesrecht anerkannten Hochschulen bezeichnet. Die Hochschularten dienen der

Metadaten

Zusammenfassung gleichartiger Hochschulen. In Rheinland-Pfalz gibt es:

- Universitäten,
- Theologische Hochschulen,
- sonstige wissenschaftliche Hochschulen,
- Fachhochschulen und
- Verwaltungsfachhochschulen.

Hochschulzugangsberechtigung

Hochschulzugangsberechtigung (HZB) ist ein Sammelbegriff für alle Bildungsabschlüsse, die zur Aufnahme eines Hochschulstudiums berechtigen. In Deutschland existieren drei Arten der HZB:

- die Fachhochschulreife,
- die fachgebundene Hochschulreife und
- die allgemeine Hochschulreife.

Die HZB kann auf verschiedensten Bildungswegen u. a. auch durch berufliche Qualifizierung erreicht werden. Studienbewerber/-innen aus dem Ausland ohne anerkannte HZB können diese an einem Studienkolleg erlangen.

Integrierte Ausbildungsberichterstattung

Mit der „Integrierten Ausbildungsberichterstattung“ haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder eine länderübergreifende Systematik zur Darstellung des Ausbildungsgeschehens nach der Sekundarstufe I entwickelt. Hierfür wurden die einzelnen Bildungsgänge entsprechend ihres Bildungsziels und ihrer Zugangsvoraussetzungen zu verschiedenen Sektoren und Konten zusammengefasst. Bezogen auf den Kernbereich der Systematik werden drei Sektoren unterschieden:

- I. Berufsausbildung:
In diesem Sektor werden alle vollqualifizierenden Bildungsgänge nachgewiesen, die zu einem anerkannten Berufsabschluss führen, unabhängig davon, ob es sich um eine betriebliche Ausbildung im Dualen System oder um eine vollschulische Ausbildung handelt.
- II. Übergangsbereich:
Dem „Übergangsbereich“ sind jene Bildungsgänge zugeordnet, die Jugendliche auf die Aufnahme einer schulischen oder beruflichen Ausbildung vorbereiten, aber nicht zu einem anerkannten Berufsabschluss führen. Hierzu zählen das Berufsvorbereitungsjahr, die ein- und zweijährigen Bildungsgänge der Berufsfachschulen sowie die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit.
- III. Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung:
Dieser Sektor beinhaltet die gymnasiale Oberstufe der allgemeinbildenden Schulen und der beruflichen Gymnasien sowie die Fachoberschulen. Nicht enthalten sind die Bildungsgänge der Berufsoberschulen, die dem Sektor Weiterbildung zugeordnet sind.

ISCED-Klassifikation

Die ISCED-Klassifikation (International Standard Classification of Education) ist eine internationale Klassifikation des Bildungswesens,

die ursprünglich von der UNESCO entwickelt wurde. Die ISCED-Bildungsstufen gelten als Standard für internationale Vergleiche von Bildungssystemen und -abschlüssen. Nach ISCED-1997 lässt sich differenzieren zwischen:

Niedrig:

- ISCED 1: ohne allgemeinen oder beruflichen Abschluss oder Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch,
- ISCED 2: Haupt-/Realschulabschluss ohne beruflichen Abschluss oder Haupt-/Realschulabschluss mit Anlernausbildung, beruflichem Praktikum oder Berufsvorbereitungsjahr oder ohne allgemeinen Schulabschluss, aber mit Anlernausbildung, beruflichem Praktikum oder Berufsvorbereitungsjahr.

Mittel:

- ISCED 3a: Hoch-/Fachhochschulreife,
- ISCED 3b: Abschluss einer Lehrausbildung oder berufsqualifizierender Abschluss an einer Berufsfachschule, Kollegscheule oder einjährigen Schule des Gesundheitswesens,
- ISCED 3c: Abschluss des Vorbereitungsdienstes für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung,
- ISCED 4a/b: Hoch-/Fachhochschulreife und Abschluss einer Lehrausbildung/berufsqualifizierender Abschluss an einer Berufsfachschule, Kollegscheule oder einjährigen Schule des Gesundheitswesens.

Hoch:

- ISCED 5a Fachhochschul-/Hochschulabschluss,
- ISCED 5b Meister-/Techniker- oder gleichwertiger Fachschulabschluss, Abschluss einer zwei- oder dreijährigen Schule des Gesundheitswesens, Abschluss einer Fach- oder Berufsakademie oder Abschluss der Fachschule der ehemaligen DDR oder Abschluss einer Verwaltungsfachhochschule,
- ISCED 6: Promotion.

Juniorprofessur

Die Juniorprofessur wurde 2002 mit der Novelle des Hochschulrahmengesetzes eingeführt. Sie ermöglicht jungen Wissenschaftlern/-innen mit hervorragender Promotion einen direkten Einstieg in Forschung und Lehre, um sich auf diesem Wege ohne die bisher übliche Habilitation für die Berufung auf eine Lebenszeitprofessur zu qualifizieren.

Laufende Ausgaben für ein Studium

Bei dieser Kennzahl werden die laufenden Ausgaben (Grundmittel), welche die Hochschulträger für Forschung und Lehre je Student/-in pro Semester bereitstellen, entsprechend der durchschnittlichen Fachstudiendauer summiert. Die laufenden Ausgaben für Zentrale Einrichtungen sind anteilig enthalten.

Lehrkräfte an Schulen

Als hauptamtliche beziehungsweise hauptberufliche Lehrkräfte werden beamtete und nicht beamtete Personen in Voll- oder Teilzeitbeschäftigung (einschließlich gemäß § 87 a LBG unterhelf-

tig Teilzeitbeschäftigten) nur an ihrer Stammschule gezählt. Zu den nebenamtlichen beziehungsweise nebenberuflichen Kräften zählen neben den „reinen“ nebenamtlich oder -beruflich Tätigen auch Lehrkräfte, die außerhalb ihrer Stammschule unterrichten, beispielsweise als abgeordnete oder teilabgeordnete Lehrkräfte. Da diese bereits an ihrer Stammschule als hauptamtliche Lehrkräfte gezählt werden, zählen sie beim Einsatz an weiteren Schulen dort zur Gruppe „nebenamtliche/nebenberufliche/sonstige Kräfte“.

Mainzer Studienstufe

Mitte der 70er-Jahre wurde, einer Vereinbarung der Kultusministerkonferenz folgend, in allen Bundesländern die gymnasiale Oberstufe reformiert. Mit Beginn des Schuljahres 1975/76 führte auch Rheinland-Pfalz ein reformiertes Oberstufenmodell für die Klassenstufen 11 bis 13 an allen Gymnasien ein. Dieses Modell ist auch für den Oberstufenunterricht an Integrierten Gesamtschulen bindend. In den Jahrgangsstufen 11 bis 13 wird der Unterricht ausschließlich in einem Kurssystem erteilt, das den Schüler/-innen innerhalb eines vorgegebenen Rahmens Wahlfreiheit bei der Bestimmung von drei Hauptfächern (Leistungskursen) und von Grundfächern (Grundkursen) zugesteht. Durch die Verkürzung der 13. Jahrgangsstufe erhalten die Schüler/-innen ihr Abiturzeugnis spätestens am 31. März eines jeden Jahres.

Master

Der Master ist ein akademischer Abschluss, der nach einem zwei- bis viersemestrigen Studium erreicht werden kann. Masterstudiengänge setzen üblicherweise einen ersten Hochschulabschluss voraus und dienen der beruflichen und akademischen Weiterqualifizierung. Zu unterscheiden sind:

- konsekutive (weiterführende) Masterstudiengänge, die auf einem speziellen Bachelorstudiengang aufbauen,
- nicht-konsekutive Masterstudiengänge, die inhaltlich nicht auf ein vorangegangenes Bachelorstudium aufbauen und
- weiterbildende Masterstudiengänge, die neben einem Hochschulabschluss eine qualifizierte berufspraktische Tätigkeit von nicht unter einem Jahr voraussetzen.

Eingeführt wurde der Master in Deutschland im Zuge der Bologna-Reform Ende der 90er-Jahre. Der Master ist den „klassischen“ Hochschulabschlüssen wie Diplom und Magister gleichgestellt und berechtigt zur Promotion.

Migrationshintergrund

Personen mit Migrationshintergrund sind im Mikrozensus wie folgt definiert: Alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem nach 1949 zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil. Dieses weite Migrationsverständnis berücksichtigt neben der Staatsangehörigkeit auch die individuelle (1. Generation) und familiäre Migrationserfahrung (2. und gegebenenfalls weitere Generation/en) einer Person.

In der Schulstatistik wird ein Migrationshintergrund nach der Definition der Kultusministerkonferenz bei Schüler/-innen angenommen, wenn mindestens eines der folgenden Merkmale zutrifft:

- keine deutsche Staatsangehörigkeit,
- nichtdeutsches Geburtsland oder
- nichtdeutsche Verkehrssprache in der Familie bzw. im häuslichen Umfeld.

MINT-Fächer

MINT ist eine Abkürzung für die Fachgebiete Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. In der Studierendenstatistik entsprechen die MINT-Fächer den Fächergruppen Ingenieurwissenschaften sowie Mathematik/Naturwissenschaften (einschließlich Informatik).

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge

Als neu abgeschlossene Ausbildungsverträge werden solche Verträge gezählt, die im Berichtsjahr geschlossen und bis zum 31. Dezember nicht vorzeitig gelöst wurden. Es werden demnach die Fälle (neu abgeschlossene Ausbildungsverträge) und nicht die Personen gezählt. Dies hat zur Folge, dass die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse keine Teilmenge der Zahl der Auszubildenden am 31. Dezember des Berichtsjahres ist. In der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge sind auch Anschlussverträge enthalten. Diese Anschlussverträge beziehen sich auf Personen, die bereits eine zweijährige Berufsausbildung abgeschlossen hatten und die Berufsausbildung in einem drei- bzw. dreieinhalbjährigen Ausbildungsberuf fortführen, also keine „Ausbildungsanfänger/-innen“ sind.

Nichterwerbspersonen

Personen, die keine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen und somit weder erwerbstätig, noch erwerbslos einzustufen sind.

Nichtversetzte, Nichtversetztenquote

Nichtversetzte sind die Schüler/-innen, die zum Ende des Schuljahres das Klassenziel nicht erreicht haben. Die Nichtversetztenquote gibt den Anteil der Nichtversetzten an allen Schüler/-innen an. Zu unterscheiden sind Nichtversetzte von den sogenannten Wiederholern. Als Wiederholer gelten Schüler/-innen, die eine Klassenstufe wegen Nichtversetzung oder freiwillig zum wiederholten Mal durchlaufen.

Prüfungsjahr

Hochschulabsolventen/-innen werden in der amtlichen Statistik üblicherweise nach Prüfungsjahren ausgewiesen. Ein Prüfungsjahr setzt sich aus einem Wintersemester und dem folgenden Sommersemester zusammen.

Quotensummenverfahren

Die Studienanfängerquote wird wie die Studienberechtigtenquote und die Absolventenquote im Quotensummenverfahren errechnet. Hierfür wird zunächst für jeden einzelnen Altersjahrgang der Bevölkerung der

Metadaten

Anteil der Studienanfänger/-innen berechnet. Diese Anteile werden anschließend addiert und ergeben so die Studienanfängerquote für die Gesamtbevölkerung.

Regelstudienzeit

Die Regelstudienzeit eines Studiengangs ist in der Prüfungsordnung festgelegt und bestimmt die Anzahl von Semestern, innerhalb derer ein Studiengang üblicherweise abgeschlossen werden soll.

Schulen des Gesundheitswesens

Die Schulen des Gesundheitswesens vermitteln eine Ausbildung für nichtakademische Gesundheitsberufe. Die Schulen des Gesundheitswesens nehmen eine Sonderstellung zwischen der bundeseinheitlich geregelten betrieblichen Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz bzw. der Handwerksordnung und dem rein länderechtlich geregelten schulischen Ausbildungsteil des dualen Ausbildungssystems ein. Sie können als staatlich anerkannte Privatschulen organisiert, aber auch an ein Krankenhaus angegliedert und über dessen Pflegesätze finanziert werden. Die Abschlüsse sind staatlich anerkannt. Die Ausbildung der Gesundheitsfachberufe erfolgt fast vollständig an diesen Schulen. Bis zum Schuljahr 2008/09 wurde die Erhebung auf freiwilliger Basis durchgeführt. Seit dem Schuljahr 2009/10 besteht eine gesetzliche Auskunftspflicht.

Schullaufbahneempfehlung

In Rheinland-Pfalz erhalten Grundschüler/-innen zum Ende des vierten Schuljahres eine Empfehlung zur weiteren Schullaufbahn. Die Empfehlung der Grundschule ist in Rheinland-Pfalz nicht bindend.

Schulstrukturreform

Am 22. Dezember 2008 verabschiedete der rheinland-pfälzische Landtag mit Artikel 7 des „Landesgesetzes zur Änderung der Schulstruktur“ das „Landesgesetz zur Einführung der neuen Schulstruktur im Bereich der Sekundarstufe I“ (Schulstruktur-EinfG). Dieses Gesetz regelt u.a. das Errichtungsverfahren für Realschulen plus sowie die Überführung der Haupt- und Realschulen, der Regionalen Schulen und der Dualen Oberschulen in diese Schulart. Durch die Schulstrukturreform wurden zum 1. August 2009 alle bis dahin noch bestehenden Regionalen Schulen und Dualen Oberschulen in Realschulen plus überführt. Für die Haupt- und Realschulen wurde eine schrittweise Überführung in die Realschulen plus zum 31. Juli 2013 angestrebt.

Schulstufen

Durch Schulstufen wird das allgemeinbildende Schulwesen in Bildungsabschnitte gegliedert. Nach dieser Einteilung werden Vorklassen und Schulkindergärten zum Elementarbereich gezählt. Die Klassenstufen 1 bis 4 sind dem Primarbereich (Grundstufe), die Klassenstufen 5 bis 10 in der Regel dem Sekundarbereich I und die Jahrgangsstufen 11 bis 13 grundsätzlich dem Sekundarbereich II zugeordnet. Schüler/-innen der Jahrgangsstufe 10 an achtjährigen Gymnasien werden, anders als bei den übrigen Schularten, nicht zum

Sekundarbereich I gezählt, sondern der Sekundarstufe II zugeordnet. Klassen mit Schüler/-innen mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung werden den Kategorien "Grundstufe", "Mittelstufe", "Oberstufe" und "Werkstufe" zugeordnet.

Schul- und Förderschulkindergärten

Diese Einrichtungen werden bzw. wurden an Grund- oder Förderschulen geführt. Die Fördermaßnahmen beschränken sich vorzugsweise auf Kinder, die vom Schulbesuch zurückgestellt wurden.

Sonderpädagogischer Förderbedarf

Ein sonderpädagogischer Förderbedarf wird von der Schulbehörde festgestellt, wenn Kinder und Jugendliche in ihren Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten soweit beeinträchtigt sind, dass sie sonderpädagogischer Förderung für einen erfolgreichen Schulabschluss bedürfen. Nachgewiesen wird hier der im Fördergutachten festgestellte individuelle sonderpädagogische Förderschwerpunkt der Schülerin beziehungsweise des Schülers. In Rheinland-Pfalz werden sieben Förderschwerpunkte unterschieden, und zwar in Bezug auf:

- Sozial-emotionale Entwicklung,
- ganzheitliche Entwicklung,
- Gehörlose und Schwerhörige,
- motorische Entwicklung,
- Lernen,
- Blinde und Sehbehinderte sowie
- Sprache.

Die Förderquote entspricht dem prozentualen Anteil der Schüler/-innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf an den Schüler/-innen mit Vollzeitschulpflicht (1. bis 10. Jahrgangsstufe und Förderschulen).

Studienanfänger/-innen

Als Studienanfänger/-innen werden Studierende bezeichnet, die im ersten Hochschulsemester an einer deutschen Hochschule eingeschrieben sind. Die Zahl der Studienanfänger/-innen eines Studienjahres ergibt sich aus den Studienanfänger/-innen eines Sommersemesters und des darauffolgenden Wintersemesters.

Die Studienanfängerquote gibt an, wie hoch der Anteil der Studienanfänger/-innen an der altersspezifischen Bevölkerung ist. Als regionale Bezugsgröße kann entweder das Bundesland, in dem die Studienberechtigung erworben wurde, oder das Bundesland, in dem der Studienort liegt, gewählt werden. Die Berechnung erfolgt nach dem sogenannten Quotensummenverfahren.

Studienberechtigtenquote

Die Studienberechtigtenquote gibt den Anteil der Abgänger/-innen allgemeinbildender und berufsbildender Schulen mit Hochschulreife an der Bevölkerung im entsprechenden Alter an. Bis zum Berichtsjahr 2005 wurde dieser Wert mit Bezug auf die 18- bis unter 21-jährigen ermittelt. Ab dem Berichtsjahr 2006 erfolgt die Berechnung – wie

auch bei der Studienanfänger- und der Absolventenquote – nach dem Quotensummenverfahren. Seit dem Jahr 2013 wird der ausschließlich schulische Teil der Fachhochschulreife nicht mehr als Hochschulzugangsberechtigung gezählt.

Studienjahr

Studienanfänger/-innen werden in der amtlichen Statistik üblicherweise nach Studienjahren ausgewiesen. Ein Studienjahr setzt sich aus einem Sommer- und dem darauffolgenden Wintersemester zusammen.

Studierende

Studierende sind in einem Fachstudium als Haupt- und Nebenhörer/-innen eingeschriebene Personen ohne Beurlaubte, Gasthörer/-innen und Studienkollegiaten/-innen. Die Zahl der Studierenden wird jährlich zu Beginn des Wintersemesters erhoben.

Unterrichtsstunden je Schüler/-in

Die Relation der wöchentlich erteilten Unterrichtsstunden (ohne Anrechnungen und Ermäßigungen) je Schüler/-in bietet einen Hinweis auf die Unterrichtsversorgung. Sie drückt aus, wie viele Stunden jede/-r Schülerin/-r wöchentlich erteilt bekommen könnte, wenn ausschließlich Einzelunterricht gegeben würde.

Bei der Interpretation der Kennzahl ist zu beachten, dass für die individuelle Unterrichtsversorgung auch die Klassengröße eine Rolle spielt. So kann eine gegebene Zahl von Unterrichtsstunden je Schüler/-in in großen Klassen erteilt werden, sodass jede Klasse jeweils viele

Stunden empfängt, oder es werden kleine Klassen gebildet, die jeweils weniger Unterrichtsstunden erhalten.

Vertragslösungsquote

Die Vertragslösungsquote ist nach dem sogenannten „Schichtenmodell“ berechnet. Hierfür werden die Vertragslösungen eines Kalenderjahres exakt den zugehörigen Neuabschlussjahren zugeordnet.

Vollzeitäquivalente, Vollzeitlehrereinheiten

Vollzeitäquivalente sind standardisierte Vergleichsgrößen, auf deren Grundlage Personalkapazitäten beurteilt werden können. Bei der Berechnung der Vollzeitäquivalente an Hochschulen wird das vollzeitbeschäftigte hauptberufliche Personal mit dem Faktor 1, das teilzeitbeschäftigte mit 0,5 und das nebenberufliche Personal mit 0,2 gewichtet. Für den Schulbereich werden sogenannte „Vollzeitlehrereinheiten“ errechnet. Hierzu werden die Wochenstunden der hauptamtlichen/hauptberuflichen Teilzeitkräfte und der nebenamtlichen/nebenberuflichen Lehrkräfte in sogenannte Vollzeitlehrerfälle umgerechnet und zu den tatsächlich vorhandenen Vollzeitlehrkräften hinzu addiert.

Wanderungssaldo nach der Studierendenstatistik

Der Wanderungssaldo errechnet sich aus dem Verhältnis der ab- und zuwandernden Studierenden. Er gibt an, in welchem Ausmaß die Länder Bildungsleistungen für Studierende erbringen, die ihre Hochschulreife in einem anderen Bundesland erworben haben. Ein positiver Wanderungssaldo bedeutet, dass ein Land mehr Studierende anderer Bundesländer aufnimmt, als es „exportiert“.

Internet

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/bildung

Pressemitteilungen

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/bildung/pressemitteilungen

Statistische Berichte

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/bildung/statistische-berichte

Beiträge in den Statistischen Monatsheften

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/monatsheftbeitraege

Karten

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/bildung/karten

Übersichtstabellen

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/bildung/basisdaten-regional

Analysen

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/bildung/analysen

Regionaldatenbanken

www.statistik.rlp.de/regionaldaten/meine-heimat
www.bildungsmonitoring.de

Kurzpräsentationen

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/bildung/kurzpraesentationen

Gemeinschaftsveröffentlichungen

www.statistik-portal.de





5. Gesundheit



Inhaltsverzeichnis

Tabellen

T 1:	Ausgewählte Kennzahlen zur Gesundheit in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1991–2013	172
T 2:	Grunddaten zu Krankenhäusern 2014 nach Bundesländern	173
T 3:	Body-Mass-Index 2013 nach Bundesländern	174
T 4:	Rauchgewohnheiten 2013 nach Bundesländern	175
T 5:	In Krankenhäusern vollstationär behandelte Patienten/-innen mit Wohnort in Rheinland-Pfalz 2003–2013 nach Krankheiten	177
T 6:	In Krankenhäusern vollstationär behandelte Patienten/-innen mit Wohnort in Rheinland-Pfalz 2013 nach Alter und Geschlecht	178
T 7:	Gestorbene 2004–2014 nach ausgewählten Todesursachen	179
T 8:	Gestorbene 2014 nach Geschlecht und ausgewählten Todesursachen	180
T 9:	Gestorbene 2013 nach ausgewählten Todesursachen und Verwaltungsbezirken	182
T 10:	Schwangerschaftsabbrüche 2014 nach dem rechtlichen Grund und Ort des Abbruchs sowie dem Alter und Familienstand der Frauen	184
T 11:	Schwangerschaftsabbrüche 2014 nach dem Alter der Frauen und der Zahl der im Haushalt lebenden minderjährigen Kinder	184
T 12:	Stationäre Pflege 2003–2013 nach ausgewählten Merkmalen	186
T 13:	Ambulante Pflege und Pflegegeldempfänger/-innen 2003–2013 nach ausgewählten Merkmalen	187
T 14:	Pflegebedürftige in ambulanter und stationärer Pflege 2013 nach Alter, Pflegestufe und Geschlecht	188
T 15:	Pflegebedürftige, ambulante Pflegedienste und Pflegeheime 2013 nach Verwaltungsbezirken	190
T 16:	Schwerbehinderte Menschen 2013 nach Ursache, schwerwiegendster Art und Grad der Behinderung	192
T 17:	Allgemeine und psychiatrische Krankenhäuser 2014 nach Fachabteilungen, Zahl der Betten und Auslastung	194
T 18:	In Krankenhäusern zu versorgende Fälle (Personalbelastungszahl) 2004–2014 nach ausgewählten Personalgruppen.....	195
T 19:	Hauptamtliche Ärzte/-innen und nichtärztliches Personal in Krankenhäusern 2004–2014	196
T 20:	Kosten der Krankenhäuser 2013 nach ausgewählten Kostenarten	196
T 21:	Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 2014 nach Zahl der Betten, Personal und Verwaltungsbezirken	197
T 22:	Ausgewählte Merkmale der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 2004–2014	198
T 23:	Zu versorgende Fälle (Personalbelastungszahl) 2004–2014 in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen nach ausgewählten Personalgruppen	199
T 24:	Berufstätige Ärzte/-innen und Zahnärzte/-innen 2009–2014 nach Fachgebieten	200
T 25:	Freipraktizierende Ärzte/-innen und Zahnärzte/-innen sowie öffentliche Apotheken am 31. Dezember 2014 nach Verwaltungsbezirken	201

Grafiken

G 1:	Kosten in allgemeinen Krankenhäusern 2003–2013 nach Kostenarten	171
G 2:	Grunddaten zu Krankenhäusern 2014 nach Bundesländern	173
G 3:	Stark übergewichtige Menschen 2013 nach Bundesländern	174
G 4:	Regelmäßige Raucher/-innen 2013 nach Bundesländern	175
G 5:	Body-Mass-Index der Bevölkerung ab 18 Jahren 2013	176
G 6:	Rauchgewohnheiten der Bevölkerung ab 15 Jahren 2013 nach Geschlecht	176
G 7:	Gestorbene 2014 nach Todesursache und Geschlecht	181
G 8:	Schwangerschaftsabbrüche 2014 nach dem Alter der Frauen	185
G 9:	Pflegebedürftige 2003–2013 nach Art der Pflegeleistung	186
G 10:	Pflegebedürftige 1999–2013 nach Geschlecht und Pflegestufe	189
G 11:	Pflegebedürftige 1999–2013 nach Pflegestufen	189

G 12: Schwerbehinderte Menschen 2013 nach Alter und Geschlecht	193
G 13: Behandlungsfälle und durchschnittliche Verweildauer in allgemeinen Krankenhäusern 2004–2014	193
G 14: Frei praktizierende Ärzte/-innen nach den zehn häufigsten Fachgebieten 2014	198

Übersichten

Ü 1: Krankenhausdiagnosen und Todesursachen nach der ICD10-Klassifikation	205
---	-----

Karten

K 1: Gestorbene 2013 nach Verwaltungsbezirken	183
K 2: Pflegebedürftige 2013 nach Verwaltungsbezirken	191
K 3: Ärzte/-innen für Allgemeinmedizin am 31. Dezember 2014 nach Verwaltungsbezirken	201

Metadaten

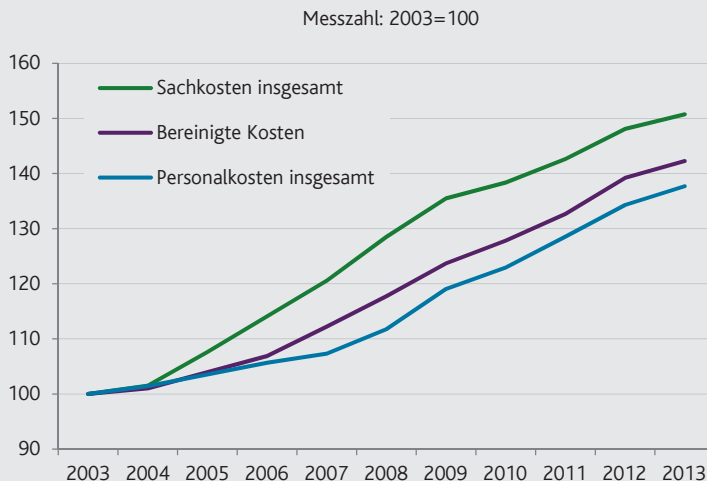
Datenquellen	202
Statistiken	202
Glossar	203
Internet	206



- Mehr als jeder zweite Erwachsene in Rheinland-Pfalz hat Übergewicht.
- Drei Viertel der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer rauchen nicht. Jeder vierte Mann gibt an, regelmäßiger Raucher zu sein.
- Im Jahr 2014 beendeten 3 816 Frauen eine Schwangerschaft durch Abbruch. Gegenüber dem Vorjahr ging die Zahl zwar absolut zurück, dennoch wurde jede zehnte Schwangerschaft vorzeitig durch Abbruch beendet.
- Ein Viertel der mehr als 310 300 schwerbehinderten Menschen hat den höchsten Grad der Behinderung von 100.
- In Rheinland-Pfalz gab es rund 119 700 pflegebedürftige Menschen; mehr als 80 Prozent von ihnen sind älter als 70 Jahre, fast 60 Prozent sogar älter als 80 Jahre.
- In 91 Krankenhäusern wurden 2013 rund 940 000 Patientinnen und Patienten behandelt. Häufigste Ursachen für eine vollstationäre Behandlung waren Herzinsuffizienz (21 320 Fälle) sowie die Geburt eines Kindes (21 140 Fälle). Fast 14 800 Patientinnen und Patienten wurden aufgrund erhöhten Alkoholkonsums in ein Krankenhaus eingeliefert.
- Im Jahr 2014 verstarben die meisten Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer an einer koronaren Herzkrankheit (3 978 Personen). Zweithäufigste Todesursache war mit 2 545 Fällen der Herzinfarkt, gefolgt vom Lungenkrebs mit 2 361 Verstorbenen.

G 1

Kosten in allgemeinen Krankenhäusern 2003–2013 nach Kostenarten



Die Kosten in allgemeinen Krankenhäusern sind in den vergangenen Jahren beträchtlich gestiegen. Seit 2003 haben die Personalkosten um mehr als ein Drittel und die Sachkosten um mehr als 50 Prozent zugenommen.

Bereinigte Kosten sind pflegesatzfähige Kosten für allgemeine voll- und teilstationäre Krankenhausleistungen. Sie sind um Positionen bereinigt, die zwar zu den allgemeinen Krankenhausleistungen gehören, aber nicht über die Pflegesätze verrechnet werden.

T 1

Ausgewählte Kennzahlen zur Gesundheit in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1991–2013

Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz						Deutschland	
		1991	2001	2005	2010	2012	2013	2012	2013
Vollstationäre Behandlungsfälle									
Krankheiten des Atmungssystems	Anzahl	.	60 211	57 603	56 552	59 614	65 484	1 166 669	1 260 584
	standardisiert ¹	.	1 563	1 426	1 390	1 410	1 523	1 333	1 434
Krankheiten des Kreislaufsystems	Anzahl	.	152 130	134 819	144 666	149 921	146 433	2 849 807	2 806 703
	standardisiert ¹	.	2 798	2 295	2 284	2 313	2 214	2 147	2 633
Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems	Anzahl	.	67 967	72 520	88 691	93 925	93 292	1 760 085	1 741 983
	standardisiert ¹	.	1 453	1 460	1 712	1 791	1 778	1 636	1 829
Krankheiten des Verdauungssystems	Anzahl	.	89 744	90 222	94 497	97 909	100 759	1 848 127	1 897 175
	standardisiert ¹	.	1 975	1 866	1 896	1 941	1 997	1 798	2 061
Neubildungen	Anzahl	.	102 483	95 298	95 399	93 639	93 525	1 829 428	1 810 370
	standardisiert ¹	.	2 070	1 828	1 754	1 678	1 668	1 590	1 817
Psychische Krankheiten und Verhaltensstörungen	Anzahl	.	43 005	48 956	57 061	59 425	60 005	1 214 551	1 217 004
	standardisiert ¹	.	1 014	1 144	1 356	1 420	1 435	1 415	1 510
Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	Anzahl	.	52 410	45 979	46 045	45 352	46 518	932 047	944 037
	standardisiert ¹	.	1 399	1 310	1 394	1 378	1 409	x	x
Verletzungen und Vergiftungen	Anzahl	.	83 481	84 513	96 598	96 894	99 104	1 897 702	1 902 535
	standardisiert ¹	.	1 943	1 889	2 106	2 090	2 111	1 982	2 121
Grunddaten zu Krankenhäusern									
Krankenhäuser	Anzahl		115	109	93	95	91	91	2 017
Betten	Anzahl		28 978	26 549	25 604	25 451	25 377	25 360	501 475
Stationär Behandelte	Anzahl		694 957	811 324	817 238	878 578	908 228	921 358	18 620 442
Durchschnittliche Verweildauer	Tage		13,2	9,3	8,3	7,7	7,5	7,4	7,6
Gestorbene nach Todesursache									
Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	Anzahl	.	1 250	1 330	1 307	1 737	1 818	30 605	31 197
	standardisiert ¹	.	18,5	18,4	16,5	20,3	20,8	18,3	18,9
Krankheiten des Atmungssystems	Anzahl	.	2 966	3 836	3 334	2 786	2 971	60 454	64 918
	standardisiert ¹	.	42,9	49,6	39,3	31,8	34,1	35,2	38,5
Krankheiten des Kreislaufsystems	Anzahl	.	19 501	18 993	18 571	18 427	18 511	349 217	354 493
	standardisiert ¹	.	276,6	244,4	211,5	194,3	191,6	195,2	199,7
Krankheiten des Verdauungssystems	Anzahl	.	1 804	1 973	2 067	1 959	2 050	40 094	40 112
	standardisiert ¹	.	29,8	29,7	28,0	26,1	27,1	27,5	27,9
Krankheiten des Nervensystems	Anzahl	.	818	773	997	1 368	1 415	24 287	25 792
	standardisiert ¹	.	13,0	11,4	12,8	17,1	17,1	15,4	16,3
Neubildungen	Anzahl	.	10 794	10 985	11 365	11 613	11 914	228 289	230 840
	standardisiert ¹	.	182,7	174,2	164,7	162,7	164,3	158,8	161,2
Psychische Krankheiten und Verhaltensstörungen	Anzahl	.	776	602	1 441	1 919	2 124	30 890	36 117
	standardisiert ¹	.	12,5	9,3	16,5	19,3	21,4	18,2	21,3
Verletzungen und Vergiftungen	Anzahl	.	1 353	1 428	1 263	1 459	1 652	32 931	34 133
	standardisiert ¹	.	28,7	28,8	23,5	25,6	26,8	26,9	27,7

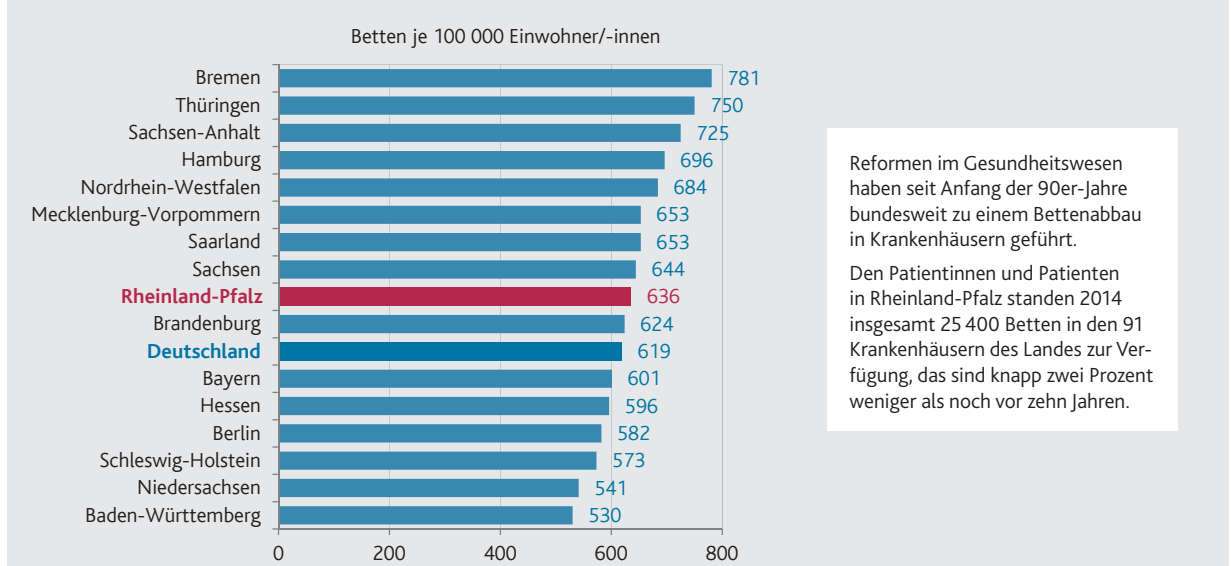
1 Je 100 000 Personen der Standardbevölkerung (siehe Metadaten).

T 2 Grunddaten zu Krankenhäusern 2014 nach Bundesländern

Bundesland	Kranken- häuser	Betten		Stationär Behandelte		Berechnungs- tage	Betten- auslastung	Durch- schnittliche Verweildauer
	Anzahl	1 000	je 100 000 Ein- wohner/-innen	1 000	je 100 000 Ein- wohner/-innen	1 000	%	Tage
Baden-Württemberg	270	57	530	2 129	19 952	15 867	76,8	7,5
Bayern	364	76	601	2 947	23 319	21 436	77,4	7,3
Berlin	80	20	582	814	23 650	6 068	83,0	7,5
Brandenburg	56	15	624	563	22 986	4 405	78,9	7,8
Bremen	14	5	781	212	32 169	1 460	77,9	6,9
Hamburg	51	12	696	489	27 974	3 752	84,4	7,7
Hessen	167	36	596	1 363	22 469	10 244	77,7	7,5
Mecklenburg-Vorpommern	39	10	653	411	25 706	2 906	76,3	7,1
Niedersachsen	196	42	541	1 685	21 565	12 237	79,4	7,3
Nordrhein-Westfalen	364	120	684	4 524	25 717	33 418	76,1	7,4
Rheinland-Pfalz	91	25	636	942	23 539	6 811	73,4	7,2
Saarland	22	6	653	276	27 845	2 054	87,2	7,5
Sachsen	79	26	644	1 004	24 816	7 491	78,8	7,5
Sachsen-Anhalt	48	16	725	615	27 479	4 402	74,3	7,2
Schleswig-Holstein	95	16	573	595	21 104	4 507	76,4	7,6
Thüringen	44	16	750	581	26 937	4 477	75,8	7,7
Deutschland	1 980	501	619	19 149	23 662	141 534	77,4	7,4

5

G 2 Grunddaten zu Krankenhäusern 2014 nach Bundesländern



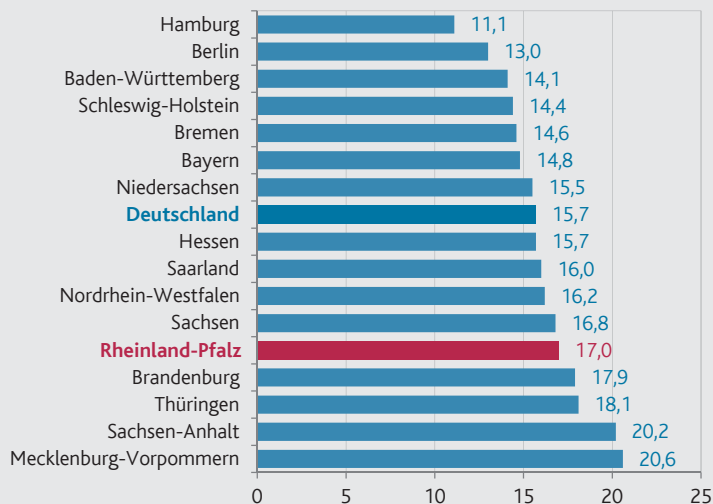
T 3 Body-Mass-Index 2013 nach Bundesländern

Bundesland	Body-Mass-Index							
	unter 18,5	18,5 – 25	25 – 30	30 und mehr	unter 18,5	18,5 – 25	25 – 30	30 und mehr
	Anteil an insgesamt ¹ in %				Veränderung zu 2003			
					Prozentpunkte			
Baden-Württemberg	2,3	48,0	35,6	14,1	-0,2	-3,2	1,1	2,3
Bayern	2,2	47,1	35,9	14,9	-0,1	-2,1	0,1	2,2
Berlin	2,4	50,3	34,3	13,0	-0,6	-3,2	2,0	1,9
Brandenburg	1,2	41,3	39,6	17,9	-0,7	-3,4	1,2	2,8
Bremen	2,0	47,2	36,1	14,6	-0,6	-4,2	1,7	3,1
Hamburg	2,6	55,0	31,3	11,1	-0,4	-0,1	-1,0	1,4
Hessen	2,2	45,7	36,5	15,7	-0,1	-3,3	0,4	3,1
Mecklenburg-Vorpommern	1,6	38,5	39,4	20,6	-0,5	-3,4	1,9	2,1
Niedersachsen	1,7	45,4	37,5	15,5	-0,4	-3,8	0,1	4,1
Nordrhein-Westfalen	2,1	45,1	36,6	16,2	-0,2	-3,0	-0,3	3,4
Rheinland-Pfalz	2,1	44,2	36,7	17,0	-0,3	-2,7	-0,5	3,4
Saarland	1,8	44,0	38,2	16,0	-0,6	-8,6	4,4	4,8
Sachsen	1,5	43,1	38,6	16,8	-0,4	-1,7	0,5	1,7
Sachsen-Anhalt	1,5	39,1	39,2	20,2	-0,7	-4,2	1,8	3,2
Schleswig-Holstein	1,8	46,8	37,0	14,4	-0,9	-2,0	-0,4	3,2
Thüringen	1,5	40,6	39,8	18,1	-0,6	-2,9	1,0	2,5
Deutschland	2,0	45,5	36,7	15,7	-0,3	-2,9	0,4	2,8

1 Bevölkerung mit Angaben zu Körpergröße und Körpergewicht.

G 3 Stark übergewichtige Menschen 2013 nach Bundesländern

Anteil der Personen mit einem Body-Mass-Index von 30 und mehr an der Bevölkerung in %



Übergewicht wird nach dem sogenannten Body-Mass-Index (BMI) bestimmt. Der Index wird errechnet, indem das Körpergewicht (in Kilogramm) durch das Quadrat der Körpergröße (in Metern) geteilt wird. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stuft Erwachsene mit einem Body-Mass-Index über 25 als übergewichtig ein, Werte über 30 gelten als starkes Übergewicht.

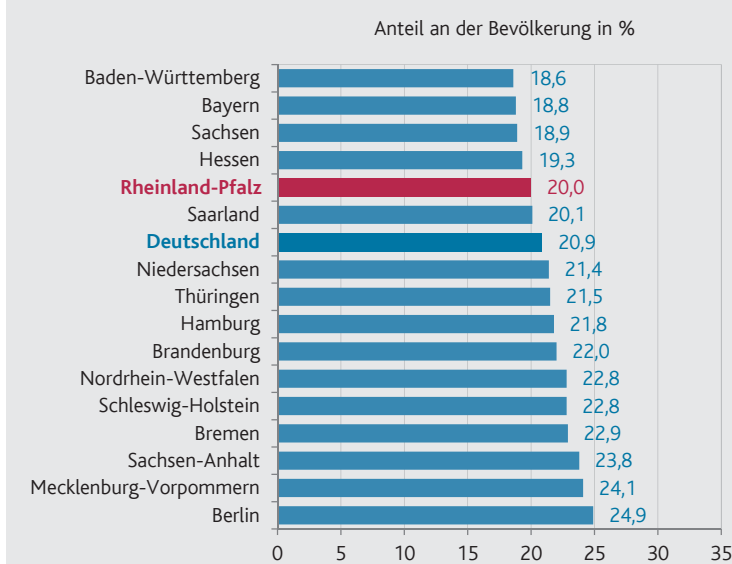
Im Jahr 2013 lag der durchschnittliche Body-Mass-Index in Rheinland-Pfalz bei 26. Insgesamt 17 Prozent der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer hatten einen Body-Mass-Index von 30 und mehr und galten damit als stark übergewichtig.

T 4 Rauchgewohnheiten 2013 nach Bundesländern

Bundesland	Raucher/-innen					
	insgesamt	gelegentlich	regelmäßig	insgesamt	gelegentlich	regelmäßig
	Anteil an der Bevölkerung in %			Veränderung zu 2001		
				Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	22,2	3,7	18,6	-3,3	0,1	-3,5
Bayern	22,1	3,4	18,8	-3,0	-	-3,0
Berlin	28,9	3,9	24,9	-5,3	-	-5,3
Brandenburg	25,8	3,8	22,0	-4,6	-0,6	-4,0
Bremen	27,8	4,8	22,9	-6,1	1,9	-8,0
Hamburg	25,6	3,8	21,8	-5,3	0,5	-5,8
Hessen	23,4	4,1	19,3	-3,8	0,8	-4,6
Mecklenburg-Vorpommern	28,2	4,1	24,1	-2,4	0,6	-3,0
Niedersachsen	24,7	3,3	21,4	-3,8	0,6	-4,3
Nordrhein-Westfalen	25,9	3,1	22,8	-1,7	0,5	-2,2
Rheinland-Pfalz	23,9	3,8	20,0	-3,7	0,9	-4,7
Saarland	23,5	3,4	20,1	-1,7	1,6	-3,3
Sachsen	22,7	3,9	18,9	-2,2	0,1	-2,3
Sachsen-Anhalt	27,8	4,1	23,8	0,6	1,8	-1,2
Schleswig-Holstein	25,9	3,0	22,8	-4,4	-0,7	-3,7
Thüringen	26,1	4,6	21,5	-0,8	0,3	-1,0
Deutschland	24,5	3,6	20,9	-2,9	0,4	-3,3

5

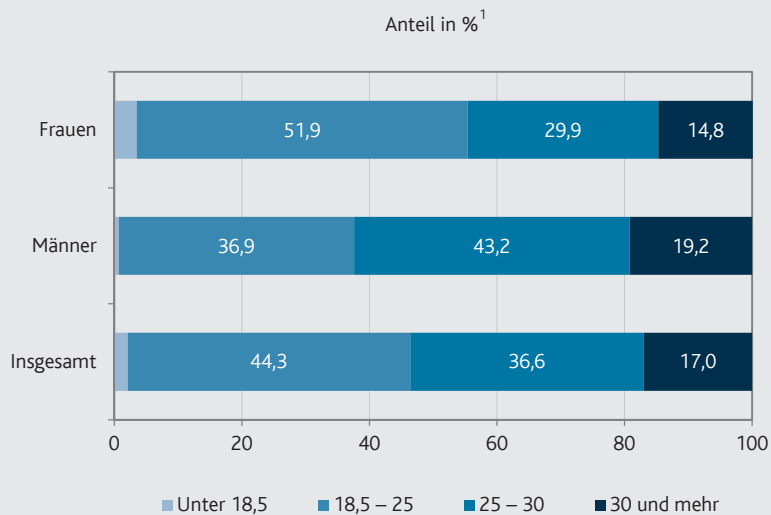
G 4 Regelmäßige Raucher/-innen 2013 nach Bundesländern



Im Rahmen der Zusatzerhebung im Mikrozensus im Jahr 2013 gaben 20 Prozent der Befragten an, regelmäßig zu rauchen, 3,8 Prozent griffen gelegentlich zur Zigarette. Von den aktiven Raucherinnen und Rauchern quantifizierte der Großteil (80 Prozent) den täglichen Konsum mit fünf bis 20 Zigaretten.

G 5

Body-Mass-Index der Bevölkerung ab 18 Jahren 2013



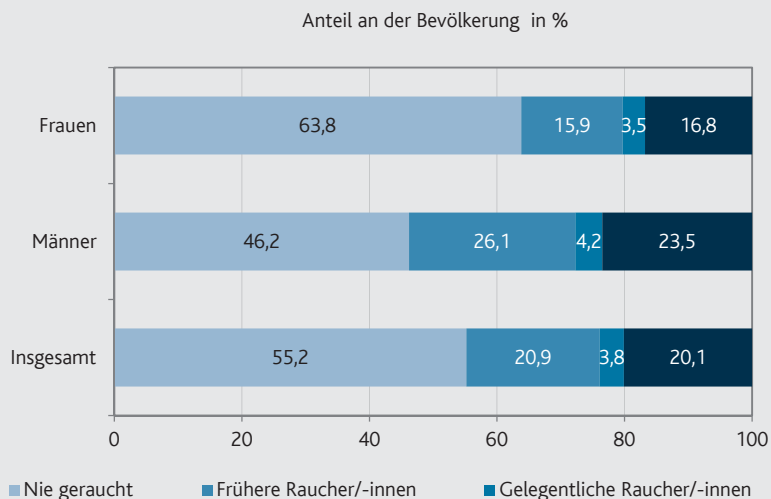
Mehr als die Hälfte der Erwachsenen in Rheinland-Pfalz hatte 2013 Übergewicht. So wiesen 45 Prozent der Frauen und 62 Prozent der Männer einen Body-Mass-Index von 25 oder mehr auf.

Übergewicht ist bereits bei jungen Erwachsenen weit verbreitet, wobei der Anteil der Übergewichtigen mit zunehmendem Alter steigt.

¹ Bevölkerung mit Angaben zu Körpergröße und Körpergewicht.

G 6

Rauchgewohnheiten der Bevölkerung ab 15 Jahren 2013 nach Geschlecht



In Rheinland-Pfalz waren 2013 drei Viertel der Einwohnerinnen und Einwohner über 15 Jahren Nichtraucher. Gut 55 Prozent haben noch nie geraucht, knapp 21 Prozent waren ehemalige Raucher.

Bei den Frauen liegt der Anteil der Nichtraucher mit 80 Prozent etwas höher als bei den Männern mit 72 Prozent. Fast jeder vierte Mann gab an, regelmäßiger Raucher zu sein.

T 5

In Krankenhäusern vollstationär behandelte Patienten/-innen mit Wohnort in Rheinland-Pfalz
2003–2013 nach Krankheiten

Diagnose	2003	2005	2010	2012	2013		
					insgesamt	Veränderung zu	
						2003	2012
Anzahl					%		
Infektiöse Krankheiten	22 849	22 966	30 063	32 056	33 019	44,5	3,0
Neubildungen	99 762	95 298	95 399	93 639	93 525	-6,3	-0,1
darunter: bösartige Neubildungen der Verdauungsorgane	18 596	18 420	17 813	17 305	16 210	-12,8	-6,3
Krankheiten des Blutes	5 533	5 587	6 279	6 395	6 350	14,8	-0,7
Stoffwechselkrankheiten	21 688	20 776	22 131	22 710	23 583	8,7	3,8
Psychische Krankheiten und Verhaltensstörungen	44 720	48 956	57 061	59 425	60 005	34,2	1,0
darunter: psychische Störungen durch Alkohol	11 862	13 018	14 932	15 310	14 771	24,5	-3,5
Krankheiten des Nervensystems	36 058	38 022	40 175	41 869	42 787	18,7	2,2
darunter: Schlafstörungen	9 407	10 386	10 630	11 042	11 431	21,5	3,5
Krankheiten des Auges	18 415	15 093	15 504	15 845	15 262	-17,1	-3,7
Krankheiten des Ohres	8 090	7 045	7 482	8 114	8 334	3,0	2,7
Krankheiten des Kreislaufsystems	147 458	134 819	144 666	149 921	146 433	-0,7	-2,3
Hypertonie	11 955	11 479	13 586	15 214	15 592	30,4	2,5
ischämische Herzkrankheiten	47 250	40 371	35 950	35 359	33 526	-29,0	-5,2
Vorhofflimmern und Vorhofflattern	8 941	9 699	12 977	14 464	14 342	60,4	-0,8
Herzinsuffizienz	14 391	16 532	20 487	21 219	21 318	48,1	0,5
zerebrovaskuläre Krankheiten	19 293	16 945	17 622	17 498	17 765	-7,9	1,5
Krankheiten des Atmungssystems	59 680	57 603	56 552	59 614	65 484	9,7	9,8
darunter: Grippe und Pneumonie	14 391	15 586	14 406	15 675	17 414	21,0	11,1
Krankheiten des Verdauungssystems	94 020	90 222	94 497	97 909	100 759	7,2	2,9
darunter: Krankheiten der Gallenblase	16 673	16 207	17 222	17 362	17 556	5,3	1,1
Krankheiten der Haut	11 458	10 882	13 044	13 852	14 343	25,2	3,5
Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems	70 984	72 520	88 691	93 925	93 292	31,4	-0,7
darunter: Krankheiten der Wirbelsäule und des Rückens	21 603	24 170	34 124	36 348	37 094	71,7	2,1
Krankheiten des Urogenitalsystems	57 455	45 966	50 597	52 271	52 751	-8,2	0,9
Schwangerschaft, Geburt	49 920	45 979	46 045	45 352	46 518	-6,8	2,6
Perinatale Zustände	5 181	8 476	9 332	9 062	9 557	84,5	5,5
Angeborene Fehlbildungen	5 839	5 379	5 249	4 894	5 129	-12,2	4,8
Symptome	30 643	35 868	45 837	52 725	54 293	77,2	3,0
Verletzungen und Vergiftungen	86 898	84 513	96 598	96 894	99 104	14,0	2,3
Kopfverletzungen	16 417	15 813	18 045	19 588	20 277	23,5	3,5
Komplikationen bei chirurgischen Eingriffen und medizinischer Behandlung	9 857	10 524	15 090	15 772	15 287	55,1	-3,1
Sonstige Faktoren	14 094	30 477	28 167	27 144	26 696	89,4	-1,7
gesunde Neugeborene	.	22 532	21 817	21 485	21 136	x	-1,6
Diagnose unbekannt	202	175	512	253	759	275,7	200,0
Insgesamt	890 947	876 622	953 881	983 869	997 983	12,0	1,4

5

T 6

In Krankenhäusern vollstationär behandelte Patienten/-innen mit Wohnort in Rheinland-Pfalz 2013
nach Alter und Geschlecht

Diagnose	Ins- gesamt	Alter in Jahren					Männlich	Weiblich	Durchschnitt- liche Verweil- dauer
		unter 15	15 – 45	45 – 65	65 – 75	75 und älter			
	Anzahl	Anteile in %							Tage
Infektiöse Krankheiten	33 019	21,4	19,1	17,5	12,9	29,1	48,0	52,0	7,3
Neubildungen	93 525	2,0	9,2	37,2	25,6	26,0	50,2	49,8	8,0
darunter: bösartige Neubildungen der Verdauungsorgane	16 210	0,0	2,4	33,7	30,7	33,3	60,3	39,7	10,2
Krankheiten des Blutes	6 350	7,5	10,6	19,6	16,9	45,4	40,4	59,6	6,8
Stoffwechselkrankheiten	23 583	3,5	12,9	25,5	16,3	41,7	42,1	57,9	7,6
Psychische Krankheiten und Verhaltensstörungen	60 005	4,8	42,9	34,7	7,5	10,2	52,6	47,4	18,8
darunter: psychische Störungen durch Alkohol	14 771	1,3	45,6	46,4	5,1	1,7	72,4	27,6	6,0
Krankheiten des Nervensystems	42 787	5,3	18,6	34,9	18,2	23,0	55,6	44,4	5,9
darunter: Schlafstörungen	11 431	2,6	12,7	52,5	20,7	11,5	75,5	24,5	1,8
Krankheiten des Auges	15 262	3,7	8,3	26,7	26,6	34,7	48,7	51,3	3,6
Krankheiten des Ohres	8 334	9,4	21,0	36,4	16,6	16,6	45,7	54,3	4,8
Krankheiten des Kreislaufsystems	146 433	0,5	5,1	26,5	24,4	43,5	52,6	47,4	7,9
Hypertonie	15 592	0,3	6,2	28,8	23,8	40,9	33,3	66,7	4,9
ischämische Herzkrankheiten	33 526	0,0	3,0	34,1	28,2	34,8	66,6	33,4	5,9
Vorhofflimmern und Vorhofflattern	14 342	0,0	3,1	26,1	30,7	40,0	51,3	48,7	5,3
Herzinsuffizienz	21 318	0,0	0,7	9,9	18,6	70,8	47,9	52,1	10,5
zerebrovaskuläre Krankheiten	17 765	0,1	3,3	23,3	22,9	50,4	52,7	47,3	11,6
Krankheiten des Atmungssystems	65 484	19,0	17,3	19,6	15,0	29,0	54,5	45,5	7,2
darunter: Grippe und Pneumonie	17 414	16,6	6,3	15,2	16,3	45,6	56,5	43,5	9,4
Krankheiten des Verdauungssystems	100 759	4,0	22,1	31,6	16,6	25,6	50,6	49,4	6,0
darunter: Krankheiten der Gallenblase	17 556	0,4	21,3	35,6	17,3	25,4	42,9	57,1	7,3
Krankheiten der Haut	14 343	9,3	35,0	26,3	11,1	18,4	53,9	46,1	7,4
Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems	93 292	1,5	16,5	40,3	20,8	20,8	44,7	55,3	8,1
darunter: Krankheiten der Wirbelsäule und des Rückens	37 094	0,4	17,7	40,6	19,5	21,8	44,9	55,1	8,6
Krankheiten des Urogenitalsystems	52 751	3,7	25,6	29,3	16,5	25,0	44,9	55,1	5,5
Schwangerschaft, Geburt	46 518	0,0	99,8	0,2	-	-	-	100	4,1
Perinatale Zustände	9 557	100	-	-	0,0	0,0	55,5	44,5	9,2
Angeborene Fehlbildungen	5 129	62,4	21,6	11,6	2,7	1,6	55,4	44,6	5,7
Symptome	54 293	8,5	25,9	25,3	13,9	26,4	46,4	53,6	3,9
Verletzungen und Vergiftungen	99 104	10,6	23,7	23,1	13,3	29,3	49,7	50,3	7,1
Kopfverletzungen	20 277	27,9	27,9	14,1	7,9	22,3	55,4	44,6	3,5
Komplikationen bei chirurgischen Eingriffen und medizinischer Behandlung	15 287	2,4	14,5	30,1	23,3	29,7	50,6	49,4	10,1
Sonstige Faktoren	26 696	83,2	4,1	5,2	3,0	4,7	50,0	50,0	3,3
gesunde Neugeborene	21 136	100,0	-	-	-	-	49,6	50,4	3,4
Diagnose unbekannt	759	1,6	83,0	10,4	1,4	3,6	48,0	52,0	3,6
Insgesamt	997 983	8,9	21,8	27,0	16,5	25,8	47,6	52,4	7,4

T 7 Gestorbene 2004–2014 nach ausgewählten Todesursachen

Todesursache	2004	2005	2010	2013	2014
Anzahl					
Insgesamt	41 563	42 784	43 465	45 532	44 307
darunter					
bösartige Neubildungen	10 501	10 746	10 958	11 391	11 572
Stoffwechselkrankheiten	1 226	1 330	1 307	1 818	1 768
psychische Krankheiten und Verhaltensstörungen	581	602	1 441	2 124	1 960
Krankheiten des Nervensystems	810	773	997	1 415	1 441
Krankheiten des Kreislaufsystems	18 989	18 993	18 571	18 511	17 748
darunter: ischämische Herzkrankheiten	7 017	6 991	6 807	7 135	6 625
Krankheiten des Atmungssystems	3 456	3 836	3 334	2 971	2 739
Krankheiten des Verdauungssystems	1 875	1 973	2 067	2 050	2 016
Krankheiten des Urogenitalsystems	837	913	887	869	903
Verletzungen, Vergiftungen und bestimmte andere Folgen äußerer Ursachen	1 345	1 428	1 263	1 652	1 688
je 100 000 der Standardbevölkerung ¹					
Insgesamt	610,0	608,4	555,6	542,7	...
darunter					
bösartige Neubildungen	169,4	171,2	159,7	158,3	...
Stoffwechselkrankheiten	17,5	18,4	16,5	20,8	...
psychische Krankheiten und Verhaltensstörungen	9,8	9,3	16,5	21,4	...
Krankheiten des Nervensystems	11,7	11,4	12,8	17,1	...
Krankheiten des Kreislaufsystems	253,3	244,4	211,5	191,6	...
darunter: ischämische Herzkrankheiten	98,0	134,2	116,9	111,0	...
Krankheiten des Atmungssystems	47,2	49,6	39,3	34,1	...
Krankheiten des Verdauungssystems	29,6	29,7	28,0	27,1	...
Krankheiten des Urogenitalsystems	10,9	11,5	9,6	8,6	...
Verletzungen, Vergiftungen und bestimmte andere Folgen äußerer Ursachen	27,7	28,8	23,5	26,8	...

1 Siehe Metadaten.

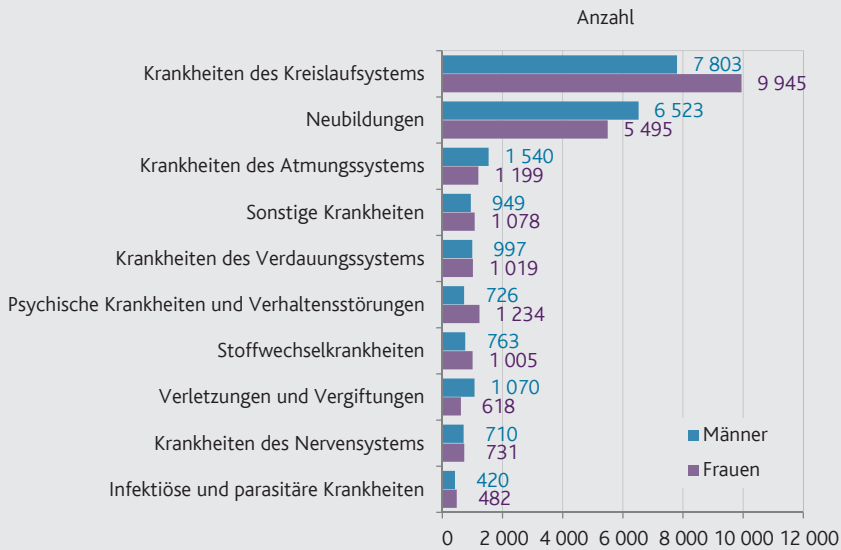
T 8

Gestorbene 2014 nach Geschlecht und ausgewählten Todesursachen

Todesursache	Ins- gesamt	Männlich	Weiblich	Ins- gesamt	Männlich	Weiblich	Veränderung zu 2004		
							ins- gesamt	männlich	weiblich
	Anzahl		Anteil in %				%		
Insgesamt	44 307	21 501	22 806	100	48,5	51,5	6,6	10,8	3,0
darunter									
bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten	902	420	482	2,0	46,6	53,4	47,9	48,9	47,0
bösartige Neubildungen	11 572	6 293	5 279	26,1	54,4	45,6	10,2	12,7	7,4
darunter der									
Verdauungsorgane	3 552	1 928	1 624	8,0	54,3	45,7	1,8	6,6	-3,4
Bronchien und Lunge	2 361	1 548	813	5,3	65,6	34,4	10,6	-2,2	47,5
Brustdrüse	923	7	916	2,1	0,8	99,2	-1,9	-41,7	-1,4
weiblichen Genitalorgane	531	-	531	1,2	-	100	10,6	-	10,6
männlichen Genitalorgane	750	750	-	1,7	100	-	26,3	26,3	-
Harnorgane	759	512	247	1,7	67,5	32,5	30,0	36,2	18,8
Diabetes mellitus	1 343	577	766	3,0	43,0	57,0	26,6	47,6	14,3
Demenz	1 429	423	1 006	3,2	29,6	70,4	676,6	1 108,6	575,2
Krankheiten des Kreislaufsystems	17 748	7 803	9 945	40,1	44,0	56,0	-6,5	-0,8	-10,6
darunter									
Hypertonie	1 898	578	1 320	4,3	30,5	69,5	30,5	13,8	39,5
ischämische Herzkrankheiten	6 625	3 514	3 111	15,0	53,0	47,0	-5,6	0,8	-11,9
Vorhofflattern, Vorhofflimmern	998	324	674	2,3	32,5	67,5	206,1	179,3	221,0
Herzinsuffizienz	1 806	597	1 209	4,1	33,1	66,9	-35,6	-30,7	-37,8
zerebrovaskuläre Krankheiten	3 151	1 295	1 856	7,1	41,1	58,9	-17,3	-3,4	-24,9
Krankheiten des Atmungssystems	2 739	1 540	1 199	6,2	56,2	43,8	-20,7	-16,1	-26,0
darunter									
Grippe und Pneumonie	652	353	299	1,5	54,1	45,9	-56,1	-50,4	-61,3
chronische Krankheiten der unteren Atemwege	1 655	949	706	3,7	57,3	42,7	29,7	19,4	46,8
Krankheiten des Verdauungssystems	2 016	997	1 019	4,6	49,5	50,5	7,5	8,0	7,0
darunter: Krankheiten der Leber	736	475	261	1,7	64,5	35,5	-2,8	-4,2	-
Verletzungen, Vergiftungen und bestimmte andere Folgen äußerer Ursachen	1 688	1 070	618	3,8	63,4	36,6	25,5	18,6	39,5
darunter									
Transportmittelunfall	191	140	51	0,4	73,3	26,7	-31,8	-35,5	-19,0
Stürze	556	274	282	1,3	49,3	50,7	132,6	122,8	143,1
vorsätzliche Selbstbeschädigung	509	413	96	1,1	81,1	18,9	-4,1	6,2	-32,4

G 7

Gestorbene 2014 nach Todesursache und Geschlecht



Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind mit einem Anteil von 40 Prozent die mit Abstand häufigste Todesursache. Hierzu zählen insbesondere solche Krankheiten, an den Menschen im fortgeschrittenen Alter versterben. Da der Anteil der Frauen unter der älteren Bevölkerung höher als der Anteil der Männer ist, sterben entsprechend mehr Frauen als Männer an Krankheiten des Kreislaufsystems.

Zweithäufigste Todesursache sind mit 27 Prozent Neubildungen. Hierzu zählen überwiegend bösartige Neubildungen (Krebs). An Neubildungen sterben mehr Männer als Frauen.

5

T 9

Gestorbene 2013 nach ausgewählten Todesursachen und Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Gestorbene insgesamt		Darunter: Erkrankung des/an					
			Kreislauf-systems	bösartigen Neubildungen	Atmungs-systems	Verdauungs-systems	Stoff-wechsels	Verletzungen/ Vergiftungen
	Anzahl	je 100 000 der Standardbevölkerung ¹						
Frankenthal (Pfalz), St.	526	503,1	149,1	153,2	23,2	30,5	21,6	21,3
Kaiserslautern, St.	1 132	594,8	207,1	160,7	49,1	34,2	24,8	30,5
Koblenz, St.	1 353	566,7	207,9	163,2	35,8	28,9	15,6	27,6
Landau i. d. Pfalz, St.	446	516,3	175,1	144,7	31,0	36,6	21,8	29,9
Ludwigshafen a. Rh., St.	1 738	545,0	162,4	168,8	36,6	31,2	22,7	28,1
Mainz, St.	1 845	514,0	166,2	150,7	33,3	28,9	20,7	30,9
Neustadt a. d. Weinstr., St.	625	489,3	159,9	157,7	21,5	33,3	12,9	25,6
Pirmasens, St.	714	793,9	257,1	216,8	46,9	55,5	47,1	33,0
Speyer, St.	640	612,2	211,8	173,4	30,9	43,9	31,3	15,6
Trier, St.	1 052	554,8	178,1	183,1	32,6	25,0	21,9	23,2
Worms, St.	918	561,3	207,0	155,5	32,7	21,5	27,7	39,4
Zweibrücken, St.	382	512,9	187,0	165,2	31,4	32,5	7,4	21,3
Ahrweiler	1 498	478,0	165,5	136,9	30,4	19,1	16,9	19,2
Altenkirchen (Ww.)	1 554	564,0	214,9	170,9	30,4	23,7	15,7	18,0
Alzey-Worms	1 316	554,0	212,4	159,4	34,2	25,0	22,8	22,6
Bad Dürkheim	1 627	554,3	205,6	152,9	38,5	28,2	19,0	25,3
Bad Kreuznach	1 925	568,9	195,1	168,9	39,6	26,6	20,9	34,0
Bernkastel-Wittlich	1 309	529,9	184,1	161,4	27,5	27,4	17,1	25,5
Birkenfeld	1 143	600,9	199,0	176,0	42,2	35,5	25,8	33,0
Cochem-Zell	829	553,3	201,4	147,1	35,9	29,2	21,6	27,2
Donnersbergkreis	880	599,9	229,8	169,3	36,5	24,7	22,9	23,5
Eifelkreis Bitburg-Prüm	1 102	554,0	213,5	163,7	37,9	22,6	15,6	34,1
Germersheim	1 197	539,6	198,5	148,5	33,0	36,8	27,9	27,6
Kaiserslautern	1 187	544,3	203,0	151,8	43,4	32,1	18,0	28,3
Kusel	985	612,0	219,3	179,3	38,5	22,5	23,6	24,7
Mainz-Bingen	1 929	504,2	164,2	152,2	31,1	24,3	23,2	23,1
Mayen-Koblenz	2 379	540,2	189,1	165,2	36,2	24,1	17,0	26,1
Neuwied	2 275	590,3	194,9	171,3	39,9	32,2	20,6	32,1
Rhein-Hunsrück-Kreis	1 133	501,7	183,5	144,6	27,7	18,0	17,5	22,4
Rhein-Lahn-Kreis	1 486	540,8	204,7	148,3	35,9	29,2	20,9	24,7
Rhein-Pfalz-Kreis	1 541	476,2	175,2	137,0	25,4	24,4	20,1	23,8
Südliche Weinstraße	1 177	492,0	173,8	142,0		29,4	25,7	30,0
Südwestpfalz	1 156	511,9	190,3	162,0	24,6	20,6	24,4	22,6
Trier-Saarburg	1 542	523,1	192,4	158,1	33,1	20,4	21,6	20,8
Vulkaneifel	728	505,2	175,0	144,3	31,0	17,0	13,0	35,4
Westerwaldkreis	2 263	566,6	218,2	151,5	38,9	24,2	17,8	34,6
Rheinland-Pfalz	45 532	542,7	191,6	158,3	34,1	27,1	20,8	26,8
kreisfreie Städte	11 371
Landkreise	34 161

¹ Siehe Metadaten.

K 1 Gestorbene 2013 nach Verwaltungsbezirken

Im Jahr 2013 starben in Rheinland-Pfalz 45 532 Menschen. Bezogen auf 100 000 der Standardbevölkerung waren dies 543 Verstorbene. Häufigste Todesursache war eine Erkrankung des Kreislaufsystems; 192 Verstorbene je 100 000 der Standardbevölkerung erlagen einer solchen Krankheit.

Die niedrigste Sterbeziffer ergibt sich für den Rhein-Pfalz-Kreis; hier starben 476 Personen bezogen auf 100 000 der Standardbevölkerung. Deutlich höher war der Wert mit 794 Todesfällen in der kreisfreien Stadt Pirmasens.

je 100 000 der
Standardbevölkerung

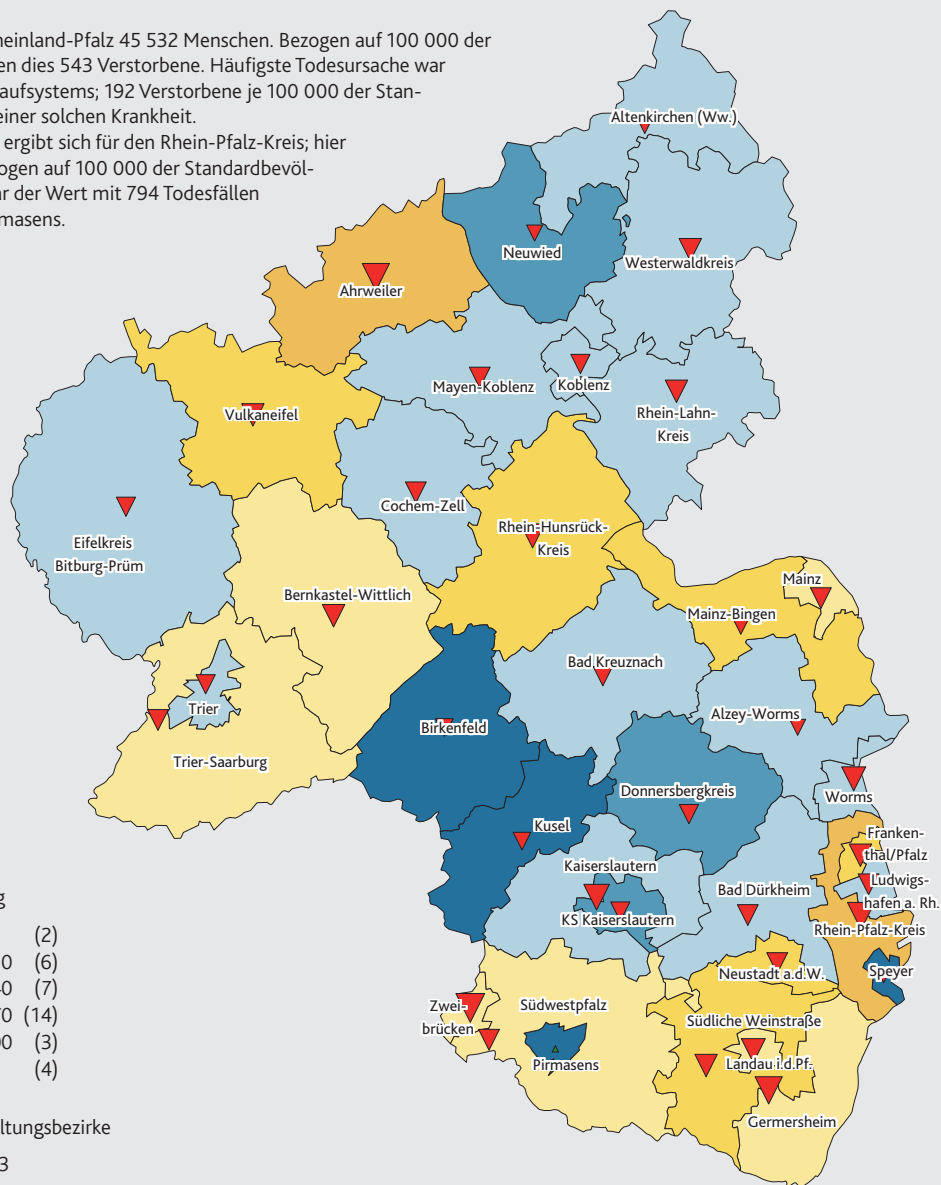
- unter 480 (2)
- 480 bis unter 510 (6)
- 510 bis unter 540 (7)
- 540 bis unter 570 (14)
- 570 bis unter 600 (3)
- 600 und mehr (4)

Landeswert: 542,7

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2003

- ▲ Zunahme
- ▼ Abnahme



T 10

Schwangerschaftsabbrüche¹ 2014 nach dem rechtlichen Grund und Ort des Abbruchs sowie dem Alter und Familienstand der Frauen

Alter der Frau in Jahren Familienstand	Ins- gesamt		Rechtliche Begründung			Der Eingriff wurde vorgenommen in		
			Beratungs- regelung	medizinische	kriminologische	ambulanten Einrichtungen	Krankenhäusern	
				Indikation			ambulant	stationär
	Anzahl	%	Anzahl					
Unter 15	16	0,4	15	-	1	12	4	-
15 – 18	118	3,1	114	4	-	99	18	1
18 – 20	214	5,6	210	4	-	174	35	5
20 – 25	904	23,7	890	14	-	710	178	16
25 – 30	920	24,1	891	28	1	739	156	25
30 – 35	776	20,3	734	42	-	601	137	38
35 – 40	575	15,1	541	34	-	443	97	35
40 – 45	267	7,0	248	19	-	211	41	15
45 und älter	26	0,7	24	2	-	21	4	1
Ledig	2 101	55,1	2 058	42	1	1 702	364	35
Verheiratet	1 494	39,2	1 392	101	1	1 128	268	98
Verwitwet	2	0,1	2	-	-	1	1	-
Geschieden	219	5,7	215	4	-	179	37	3
Insgesamt	3 816	100	3 667	147	2	3 010	670	136

¹ Von Frauen mit Wohnort in Rheinland-Pfalz.

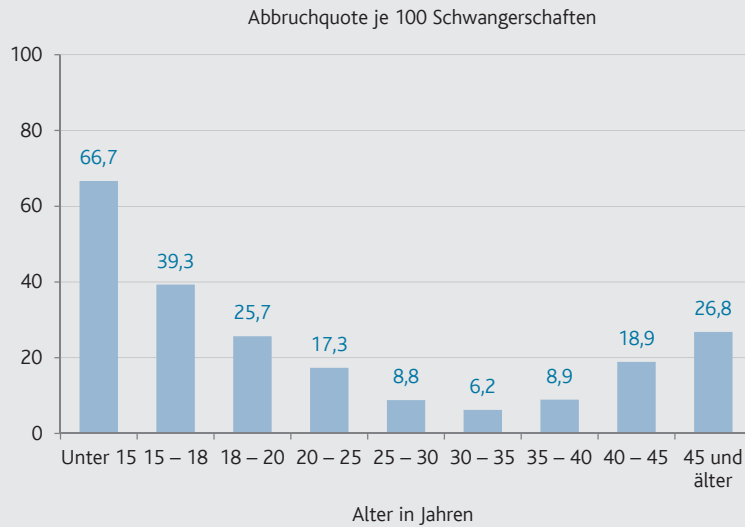
T 11

Schwangerschaftsabbrüche¹ 2014 nach dem Alter der Frauen und der Zahl der im Haushalt lebenden minderjährigen Kinder

Alter der Frau in Jahren	Ins- gesamt	Darunter: von Frauen mit Kindern im Haushalt					
		zusammen	davon mit ... Kind(ern)				
			1	2	3	4	5 und mehr
	Anzahl	%					
Unter 15	16	-	-	-	-	-	-
15 – 18	118	5	60,0	20,0	20,0	-	-
18 – 20	214	43	72,1	25,6	-	-	2,3
20 – 25	904	362	68,8	24,6	5,5	0,6	0,6
25 – 30	920	556	47,5	36,3	12,8	2,7	0,7
30 – 35	776	605	32,2	43,0	17,7	4,1	3,0
35 – 40	575	495	27,3	46,7	17,6	5,7	2,8
40 – 45	267	219	28,8	46,1	15,1	5,9	4,1
45 und älter	26	23	39,1	39,1	8,7	8,7	4,3
Insgesamt	3 816	2 308	41,1	39,2	13,9	3,7	2,1

¹ Von Frauen mit Wohnort in Rheinland-Pfalz.

G 8 Schwangerschaftsabbrüche 2014 nach dem Alter der Frauen



Im Jahr 2014 entschieden sich mehr als 3 800 rheinland-pfälzische Frauen zu einem Schwangerschaftsabbruch. In den meisten Fällen war der Abbruch medizinisch indiziert.

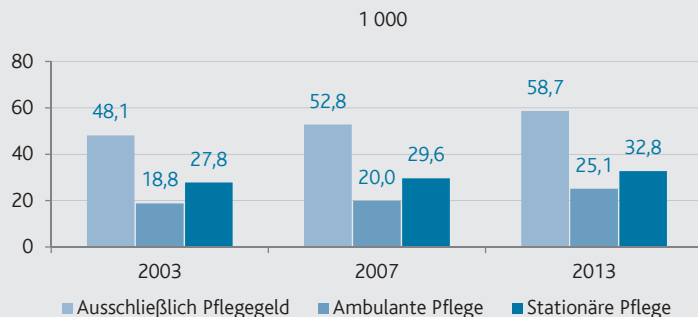
Die Abbruchquote ist bei sehr jungen und bei älteren Frauen überdurchschnittlich hoch. Insgesamt wurden zehn von 100 Schwangerschaften abgebrochen.

T 12 Stationäre Pflege 2003–2013¹ nach ausgewählten Merkmalen

Merkmal	2003	2005	2007	2011	2013		
					insgesamt	Veränderung zu 2011	Anteile
					Anzahl	%	
Pflegeheime	410	421	435	472	492	4,2	100
private Träger	150	152	164	185	193	4,3	39,2
freigemeinnützige Träger	252	263	264	277	290	4,7	59,0
öffentliche Träger	8	6	7	10	9	-10,0	1,8
Verfügbare Plätze für vollstationäre Pflege	34 174	34 666	36 019	39 991	41 103	2,8	x
je Pflegeheim	83	82	83	85	84	-1,2	x
je 1 000 Einwohner/-innen	8	9	9	10	10	0,0	x
je 1 000 Einwohner/-innen ab 65 Jahren	45	43	44	49	50	2,0	x
Verfügbare Plätze für teilstationäre Pflege	1 057	1 003	1 226	1 525	2 172	42,4	x
Personal ²	24 693	25 805	26 523	30 900	31 509	2,0	100
vollzeitbeschäftigt	9 607	8 953	8 578	9 652	9 215	-4,5	29,2
teilzeitbeschäftigt	12 629	14 156	15 172	18 368	18 906	2,9	60,0
Frauen	21 494	22 516	23 718	26 963	27 475	1,9	87,2
Männer	3 199	3 289	3 405	3 937	4 034	2,5	12,8
Pflegebedürftige ³	27 829	28 998	29 611	32 758	35 923	9,7	100
Pflegestufe I	10 199	10 848	11 120	13 742	14 596	6,2	40,6
Pflegestufe II	12 383	12 332	12 568	13 634	14 372	5,4	40,0
Pflegestufe III	5 045	5 436	5 508	5 248	5 725	9,1	16,0
bisher noch keiner Pflegestufe zugeordnet	202	382	415	134	1 230	817,9	3,4
je Pflegeheim	68	69	68	69	73	5,8	x
je 1 000 Einwohner/-innen	7	7	7	8	9	12,5	x
je 1 000 Einwohner/-innen ab 65 Jahren	37	35	35	38	44	15,8	x
Frauen	22 192	22 685	22 934	24 671	26 326	6,7	73,3
Männer	5 637	6 313	6 677	8 087	9 597	18,7	26,7

1 15.12. – 2 Einschließlich Praktikanten/-innen, Helfer/-innen usw. – 3 Einschließlich Pflegebedürftige von nur Tages- oder Nachtpflege.

G 9 Pflegebedürftige 2003–2013 nach Art der Pflegeleistung



Die Zahl pflegebedürftiger Menschen ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen.

Der überwiegende Teil der Pflegebedürftigen erhält ausschließlich Pflegegeld und wird damit zu Hause – hauptsächlich durch Angehörige – betreut. Mehr als die Hälfte der Pflegegeldempfänger ist der Pflegestufe I zugeordnet.

T 13 Ambulante Pflege und Pflegegeldempfänger/-innen 2003–2013¹ nach ausgewählten Merkmalen

Merkmal	2003	2005	2007	2011	2013		
					insgesamt	Veränderung zu 2011	Anteile
Anzahl					%		
Ambulante Pflege							
Pflegedienste	376	372	390	446	451	1,1	100
private Träger	189	188	213	265	274	3,4	60,8
freigemeinnützige Träger	184	180	174	178	174	-2,2	38,6
öffentliche Träger	3	4	3	3	3	0,0	0,7
Personal	7 883	8 369	9 467	11 667	12 600	8,0	100
vollzeitbeschäftigt	2 339	2 138	2 343	3 125	3 376	8,0	26,8
teilzeitbeschäftigt	5 286	5 944	6 828	8 117	8 511	4,9	67,5
Frauen	7 036	7 519	8 527	10 494	11 205	6,8	88,9
Männer	847	850	940	1 173	1 395	18,9	11,1
Pflegebedürftige	18 804	19 367	19 991	23 284	25 125	7,9	100
Pflegestufe I	8 510	9 129	9 544	12 310	13 491	9,6	53,7
Pflegestufe II	7 501	7 595	7 758	8 363	8 936	6,9	35,6
Pflegestufe III	2 793	2 643	2 689	2 611	2 698	3,3	10,7
je Pflegedienst	50	52	51	52	56	7,7	x
je 1 000 Einwohner/-innen	5	5	5	6	6	0,0	x
je 1 000 Einwohner/-innen ab 65 Jahren	25	22	22	26	31	19,2	x
Frauen	12 907	13 001	13 354	15 253	16 432	7,7	65,4
Männer	5 897	6 366	6 637	8 031	8 693	8,2	34,6
Pflegegeldempfänger/-innen ²							
Pflegegeldempfänger/-innen	58 485	61 736	62 901	67 380	69 938	3,8	100
Pflegestufe I	31 357	33 573	35 439	39 557	41 961	6,1	60,0
Pflegestufe II	21 152	21 906	21 441	21 875	22 270	1,8	31,8
Pflegestufe III	5 976	6 257	6 021	5 948	5 707	-4,1	8,2
Frauen	36 723	38 377	39 740	40 942	42 159	3,0	60,3
Männer	21 762	23 359	23 161	26 438	27 779	5,1	39,7

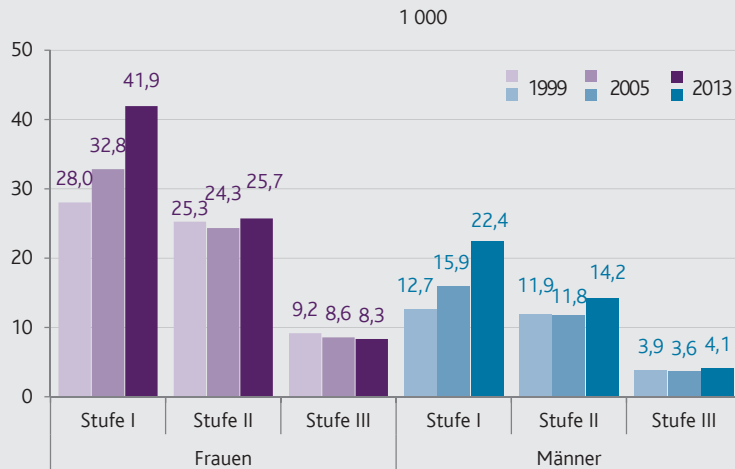
¹ 15.12. (ambulante Pflegedienste) bzw. 31.12. (Pflegegeldempfänger/-innen). – ² Einschließlich Empfänger/-innen von Kombinationsleistungen nach § 38 SGB XI, die bereits bei der ambulanten und stationären Pflege berücksichtigt sind.

T 14 Pflegebedürftige in ambulanter und stationärer Pflege 2013¹ nach Alter, Pflegestufe und Geschlecht

Alter in Jahren	Insgesamt ²	Ambulante Pflege				Stationäre Pflege			
		zusammen	Pflegestufe			zusammen ²	Pflegestufe		
			I	II	III		I	II	III
	Anzahl	%			Anzahl	%			
Insgesamt									
Unter 15	174	169	36,1	29,6	34,3	5	80,0	20,0	-
15 – 60	2 418	1 541	41,5	36,0	22,5	877	28,7	39,2	25,4
60 – 65	1 553	678	51,5	35,3	13,3	875	37,8	38,2	17,1
65 – 70	1 979	819	50,3	38,6	11,1	1 160	41,0	38,8	13,7
70 – 75	4 619	1 917	51,4	36,6	11,9	2 702	40,1	38,5	15,0
75 – 80	8 945	4 050	52,6	36,9	10,4	4 895	39,7	40,7	14,9
80 – 85	12 291	5 392	57,6	34,1	8,3	6 899	42,1	39,5	14,8
85 – 90	15 822	6 197	56,5	34,7	8,8	9 625	42,4	39,1	15,0
90 – 95	10 737	3 617	54,1	35,9	10,0	7 120	41,3	40,9	14,9
95 und älter	2 510	745	47,1	39,1	13,8	1 765	32,9	45,7	19,3
Insgesamt	61 048	25 125	53,7	35,6	10,7	35 923	40,6	40,0	15,4
Frauen									
Unter 15	73	70	35,7	25,7	38,6	3	66,7	33,3	-
15 – 60	1 200	836	42,3	37,7	20,0	364	27,7	40,1	28,0
60 – 65	730	344	52,6	34,0	13,4	386	36,8	38,6	19,9
65 – 70	956	426	54,0	36,6	9,4	530	38,9	39,1	16,4
70 – 75	2 600	1 129	53,9	35,2	10,9	1 471	40,4	37,4	17,6
75 – 80	5 548	2 396	57,6	33,9	8,5	3 152	39,1	40,6	16,6
80 – 85	8 403	3 445	61,4	30,8	7,8	4 958	42,6	38,9	15,4
85 – 90	12 094	4 368	59,0	32,1	8,9	7 726	42,2	38,9	16,1
90 – 95	8 990	2 832	55,3	34,4	10,3	6 158	40,7	41,2	15,6
95 und älter	2 164	586	46,6	38,9	14,5	1 578	31,9	45,6	20,8
Zusammen	42 758	16 432	56,7	33,3	10,0	26 326	40,5	40,0	16,5
Männer									
Unter 15	101	99	36,4	32,3	31,3	2	100,0	-	-
15 – 60	1 218	705	40,6	34,0	25,4	513	29,4	38,6	24,4
60 – 65	823	334	50,3	36,5	13,2	489	38,7	37,8	16,4
65 – 70	1 023	393	46,3	40,7	13,0	630	42,9	38,6	12,7
70 – 75	2 019	788	47,8	38,7	13,5	1 231	39,7	39,9	13,7
75 – 80	3 397	1 654	45,3	41,4	13,3	1 743	40,8	40,8	14,5
80 – 85	3 888	1 947	50,8	40,0	9,2	1 941	40,7	41,0	15,1
85 – 90	3 728	1 829	50,5	40,9	8,6	1 899	43,1	40,1	12,8
90 – 95	1 747	785	49,7	41,4	8,9	962	45,2	39,2	12,4
95 und älter	346	159	49,1	39,6	11,3	187	41,2	46,5	9,1
Zusammen	18 290	8 693	48,1	39,8	12,1	9 597	41,0	40,1	14,4

1 15.12. – 2 Einschließlich Pflegebedürftiger, die noch keiner Pflegestufe zugeordnet sind, sowie die Pflegebedürftigen von nur Tages- oder Nachtpflege.

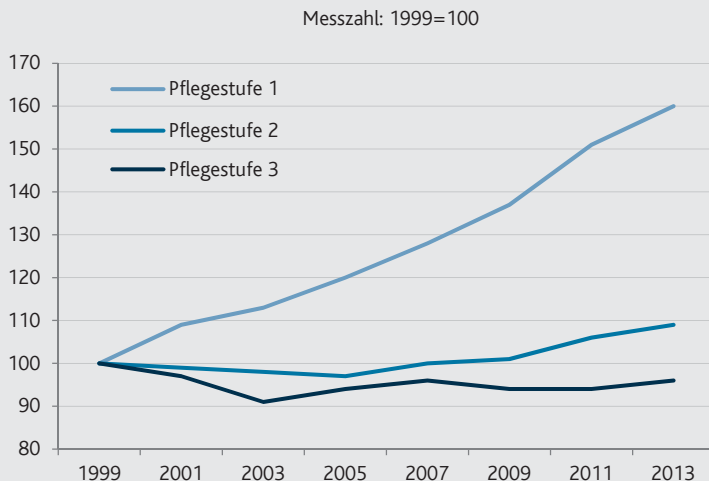
G 10 Pflegebedürftige 1999–2013 nach Geschlecht und Pflegestufe



Pflegebedürftige werden nach dem Ausmaß der Hilfebedürftigkeit einer von drei Pflegestufen zugeordnet. Mehr als die Hälfte der Pflegebedürftigen (55 Prozent) ist in Pflegestufe I und 34 Prozent in Stufe II. Der höchsten Pflegestufe III sind elf Prozent der Pflegebedürftigen zugeordnet.

Insgesamt sind weit mehr Frauen als Männer pflegebedürftig. Ursache hierfür ist der höhere Anteil der Frauen in der älteren Bevölkerung.

G 11 Pflegebedürftige 1999–2013 nach Pflegestufen



Im Jahr 2013 waren rund 65 200 Personen der Pflegestufe I zugeordnet. Im Vergleich zu 1999 ist die Zahl der Pflegebedürftigen dieser Stufe um 60 Prozent gestiegen. Deutlich niedriger war der Anstieg der Pflegebedürftigen in Pflegestufe II mit +9 Prozent auf 40 700 Personen.

Fast 12 600 Menschen wurden 2013 in die höchste Pflegestufe III eingestuft, 3,5 Prozent weniger als im Jahr 1999.

T 15 Pflegebedürftige, ambulante Pflegedienste und Pflegeheime 2013 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Pflegebedürftige					Ambulante Pflegedienste		Pflegeheime	
	ins- gesamt	je 1 000 Personen ab 70 Jahren	ambulant versorgt ¹	stationär versorgt ²	Pflegegeld- empfänger/-innen ³	ins- gesamt	Beschäf- tigte	ins- gesamt	Beschäf- tigte
	Anzahl		%			Anzahl			
Frankenthal (Pfalz), St.	1 245	149	14,5	36,4	49,1	7	132	6	378
Kaiserslautern, St.	2 279	153	13,4	41,4	45,2	9	206	10	853
Koblenz, St.	3 588	192	19,6	40,6	39,7	15	565	15	1 305
Landau i. d. Pfalz, St.	1 463	226	36,6	29,7	33,7	7	332	5	320
Ludwigshafen a. Rh., St.	3 786	156	19,3	30,3	50,4	20	549	14	906
Mainz, St.	4 285	155	21,1	34,7	44,1	25	825	16	1 318
Neustadt a. d. Weinstr., St.	1 511	158	29,3	25,2	45,5	7	187	5	358
Pirmasens, St.	1 665	204	24,7	33,6	41,7	6	282	6	541
Speyer, St.	1 525	192	15,3	48,2	36,5	11	226	8	658
Trier, St.	2 430	162	20,7	38,1	41,2	12	284	11	895
Worms, St.	2 326	192	24,3	33,5	42,2	9	225	13	711
Zweibrücken, St.	1 187	197	23,1	27,3	49,6	3	102	4	328
Ahrweiler	4 667	204	20,6	28,7	50,7	21	459	20	1 321
Altenkirchen (Ww.)	4 458	214	17,0	27,1	55,9	15	391	19	1 128
Alzey-Worms	3 223	190	27,3	23,1	49,5	13	285	13	675
Bad Dürkheim	3 576	160	18,7	33,3	47,9	11	323	15	976
Bad Kreuznach	5 035	195	24,7	24,8	50,5	17	607	19	1 137
Bernkastel-Wittlich	3 318	181	29,3	26,8	43,9	19	450	18	985
Birkenfeld	2 736	186	16,7	33,2	50,1	9	194	15	807
Cochem-Zell	2 706	243	27,2	28,2	44,6	9	349	14	757
Donnersbergkreis	2 214	195	18,1	34,6	47,4	5	147	12	724
Eifelkreis Bitburg-Prüm	3 020	204	27,4	21,9	50,8	10	397	16	759
Germersheim	3 199	184	17,0	25,3	57,7	8	258	13	744
Kaiserslautern	3 039	186	28,6	22,9	48,4	10	325	14	755
Kusel	2 209	182	22,3	24,9	52,9	5	245	8	535
Mainz-Bingen	4 437	153	18,3	28,5	53,1	18	333	15	1 103
Mayen-Koblenz	7 207	217	18,8	24,3	57,0	25	657	25	1 714
Neuwied	6 677	225	19,1	29,1	51,8	25	528	28	1 701
Rhein-Hunsrück-Kreis	3 570	214	25,4	25,9	48,7	8	323	15	928
Rhein-Lahn-Kreis	3 656	177	18,1	30,1	51,8	11	250	14	1 040
Rhein-Pfalz-Kreis	3 740	151	23,6	25,3	51,1	15	351	12	737
Südliche Weinstraße	2 633	147	19,4	20,8	59,9	7	273	11	463
Südwestpfalz	2 984	170	18,4	18,3	63,3	7	219	8	431
Trier-Saarburg	3 769	174	22,5	31,6	45,9	14	316	16	1 177
Vulkaneifel	2 366	217	20,3	27,2	52,5	10	178	12	598
Westerwaldkreis	6 181	206	20,0	29,5	50,5	28	827	27	1 743
Rheinland-Pfalz	117 910	185	21,3	28,9	49,8	451	12 600	492	31 509
kreisfreie Städte	27 290	172	21,2	35,3	43,5	131	3 915	113	8 571
Landkreise	90 620	190	21,3	27,0	51,7	320	8 685	379	22 938

¹ Regionale Zuordnung nach dem Sitz des Pflegedienstes/Heims. – ² Ohne Tages- und Nachtpflege. – ³ Ohne Empfänger/-innen von Kombinationsleistungen, die bereits bei der ambulanten und stationären Pflege berücksichtigt sind; regionale Zuordnung nach dem Wohnort.

K 2

Pflegebedürftige 2013 nach Verwaltungsbezirken

Im Jahr 2013 waren 117 910 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer pflegebedürftig. Rund die Hälfte davon erhielten ausschließlich finanzielle Unterstützung, 21 Prozent befanden sich in ambulanter und 29 Prozent in stationärer Pflege.

Bezogen auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner ab 70 Jahren kamen im Landesdurchschnitt 185 Pflegebedürftige. Der niedrigste Wert wurde im Landkreis Südliche Weinstraße registriert (147), der höchste im Landkreis Cochem-Zell (243).

Leistungsempfänger/-innen
je 1 000 Einwohner/-innen ab 70 Jahren

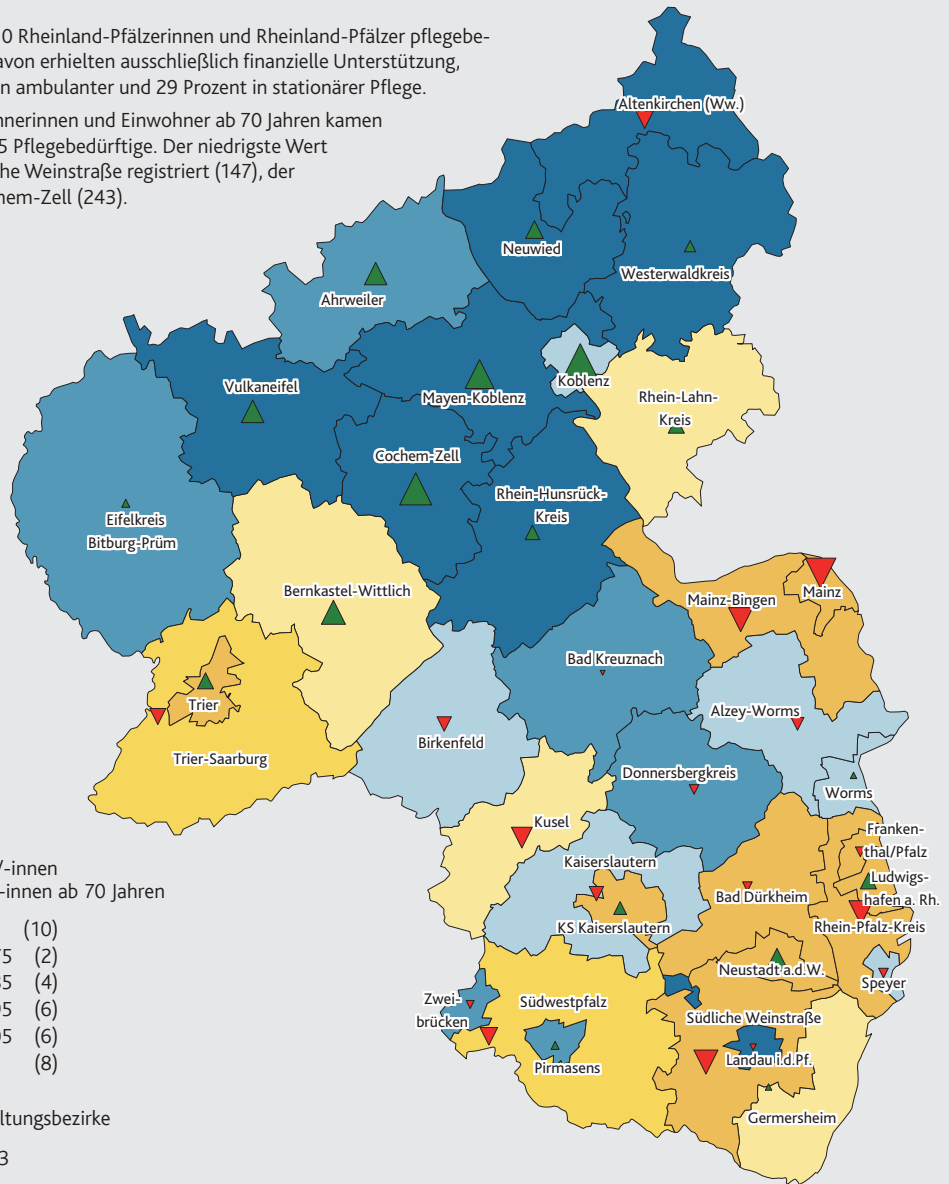
unter 165	(10)
165 bis unter 175	(2)
175 bis unter 185	(4)
185 bis unter 195	(6)
195 bis unter 205	(6)
205 und mehr	(8)

Landeswert: 185

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2003

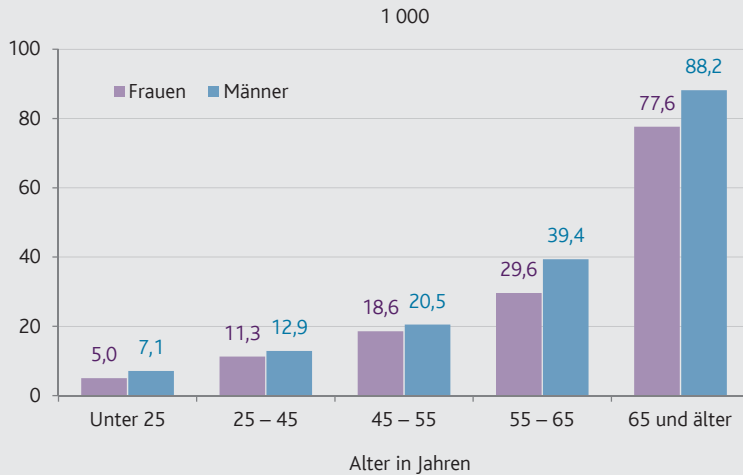
- ▲ Zunahme
- ▼ Abnahme



T 16 Schwerbehinderte Menschen 2013¹ nach Ursache, schwerwiegendster Art und Grad der Behinderung

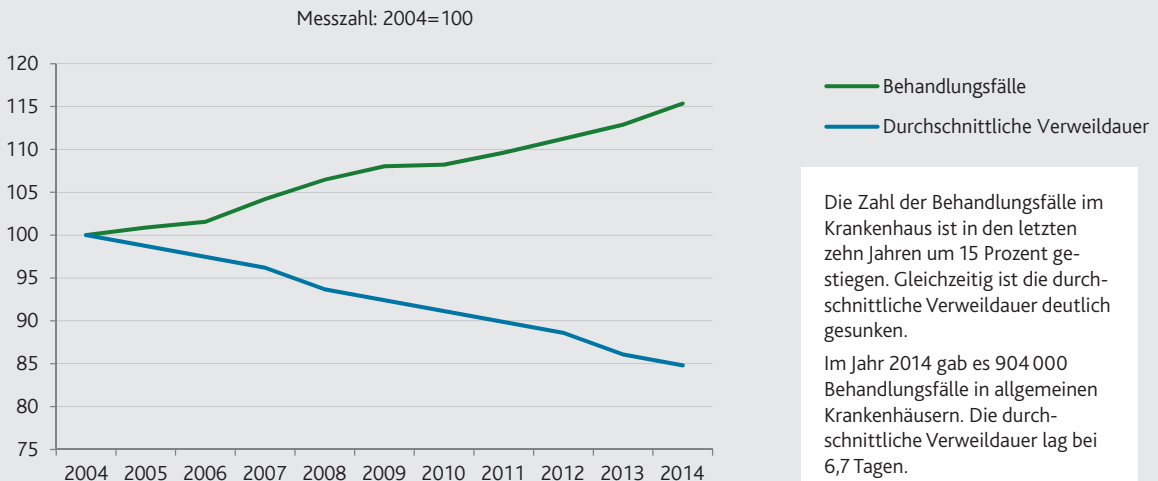
Ursache Art der schwersten Behinderung	Ins- gesamt	Davon mit einem Grad der Behinderung von						Veränderung zu 2009 ²
		50	60	70	80	90	100	
	Anzahl	%						
Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen	3 257	18,8	11,1	13,7	13,0	9,5	33,9	-12,7
Funktionseinschränkungen								
der Gliedmaßen	41 813	31,4	17,8	12,4	10,9	6,1	21,4	22,8
der Wirbelsäule	93 700	38,6	18,7	12,0	9,1	5,4	16,2	35,6
Sonstige Einschränkungen der Stützfunktionen des Rumpfes	5 420	31,1	18,2	13,2	11,0	6,4	20,1	-11,7
Blindheit	3 272	-	-	-	-	-	100	-13,6
Hochgradige Sehbehinderung	957	-	-	-	-	-	100	-14,6
Sonstige Sehbehinderung	10 834	19,5	12,4	12,6	12,1	10,0	33,4	4,9
Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit	2 667	3,4	1,8	2,2	10,3	4,2	78,1	-10,6
Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörungen	7 973	31,9	17,6	16,1	10,1	5,4	18,9	-16,4
Verlust einer Brust oder beider Brüste, Kleinwuchs, Entstellungen und anderes	6 331	43,3	19,0	5,3	13,4	2,9	16,2	-29,9
Beeinträchtigung der Funktion								
von Herz und Kreislauf	14 563	35,0	19,0	13,0	10,1	5,2	17,8	-47,4
der Atemwege	8 395	30,8	15,8	10,5	13,3	5,8	23,8	-27,2
der Verdauungsorgane	8 909	26,2	12,8	7,8	18,9	5,1	29,2	-25,5
der Harnorgane	6 718	23,6	13,4	6,4	12,5	3,1	41,0	-20,7
der Geschlechtsorgane	8 089	41,1	14,8	5,1	18,0	3,7	17,3	9,0
der inneren Sekretion, des Stoffwechsels	8 279	57,3	14,8	7,4	5,9	2,7	11,9	-9,4
des Blutes	2 113	29,1	14,6	7,0	14,2	3,6	31,5	-0,1
Querschnittlähmung	790	0,9	1,3	1,3	4,3	1,4	90,9	-15,4
Hirnorganische Störungen	18 404	16,2	8,5	9,1	13,4	5,5	47,2	-30,6
Störungen der geistigen Entwicklung, Schizophrenie, affektive Psychosen	17 620	20,6	7,4	7,1	14,3	2,6	48,0	-15,4
Neurosen, Suchtkrankheiten	6 700	50,6	13,5	9,5	11,0	2,5	13,0	-18,8
Sonstige Behinderungen	33 495	35,9	13,2	9,1	13,1	4,0	24,6	1,5
Insgesamt	310 299	32,7	15,3	10,4	11,2	5,0	25,4	-2,2

1 31.12. – 2 Vergleichbarkeit aufgrund von Veränderungen in der Zuordnung der Behinderungsarten eingeschränkt.

G 12 Schwerbehinderte Menschen 2013 nach Alter und Geschlecht


Insgesamt 310 300 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer sind schwerbehindert. Bei rund einem Viertel der schwerbehinderten Menschen wurde der höchste Behinderungsgrad (100) festgestellt. Häufigste Ursache ist eine Funktionseinschränkung der Wirbelsäule.

Betroffen sind überwiegend ältere Menschen. Rund 53 Prozent sind 65 Jahre und älter. Die Zahl schwerbehinderter Männer ist größer als die der Frauen.

G 13 Behandlungsfälle und durchschnittliche Verweildauer in allgemeinen Krankenhäusern 2004–2014


Die Zahl der Behandlungsfälle im Krankenhaus ist in den letzten zehn Jahren um 15 Prozent gestiegen. Gleichzeitig ist die durchschnittliche Verweildauer deutlich gesunken.

Im Jahr 2014 gab es 904 000 Behandlungsfälle in allgemeinen Krankenhäusern. Die durchschnittliche Verweildauer lag bei 6,7 Tagen.

T 17 Allgemeine und psychiatrische Krankenhäuser 2014 nach Fachabteilungen, Zahl der Betten und Auslastung

Fachabteilung	Kranken- häuser	Betten	Berechnungs-/ Belegungstage	Stationär behandelte Patienten/-innen ¹	Betten- auslastung	Durch- schnittliche Verweildauer
	Anzahl				%	Tage
Allgemeine Krankenhäuser						
Augenheilkunde	19	216	47 422	13 887	60,1	3,4
Chirurgie	64	5 715	1 420 378	238 503	68,1	6,0
darunter						
Gefäßchirurgie	15	518	131 133	19 290	69,4	6,8
Unfallchirurgie	20	1 205	340 766	49 195	77,5	6,9
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	52	1 831	338 516	84 254	50,7	4,0
Geriatrie	7	334	94 822	6 985	77,8	13,6
Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde	42	591	123 131	28 626	57,1	4,3
Herzchirurgie	4	224	72 720	6 453	88,9	11,3
Innere Medizin	65	7 935	2 216 287	383 031	76,5	5,8
darunter						
Gastroenterologie	9	707	188 865	30 849	73,2	6,1
Hämatologie und internistische Onkologie	4	347	92 625	11 775	73,1	7,9
Kardiologie	10	860	278 473	55 122	88,7	5,1
Nephrologie	4	251	78 945	11 605	86,2	6,8
Kinderheilkunde	16	853	190 168	45 363	61,1	4,2
darunter: Neonatologie	6	93	25 073	2 311	73,9	10,9
Kinder- und Jugendpsychiatrie	4	90	29 838	971	90,8	30,7
Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie	11	70	15 896	3 442	62,2	4,6
Neurochirurgie	7	274	73 858	9 372	73,9	7,9
Neurologie	12	831	250 140	33 561	82,5	7,5
Nuklearmedizin	5	36	6 579	1 764	50,1	3,7
Orthopädie	21	1 209	333 927	37 911	75,7	8,8
Plastische Chirurgie	7	173	45 293	6 777	71,7	6,7
Psychiatrie und Psychotherapie	11	871	284 601	14 611	89,5	19,5
Psychotherapeutische Medizin	7	340	111 029	4 433	89,5	25,0
Strahlentherapie	7	109	25 796	3 006	64,8	8,6
Urologie	36	871	197 202	41 362	62,0	4,8
Sonstige Fachbereiche	35	736	205 235	42 855	77,5	4,8
Fachabteilungen insgesamt	74	23 309	6 082 838	904 288	71,5	6,7
Psychiatrische Krankenhäuser						
Kinder- und Jugendpsychiatrie, -psychotherapie	4	173	62 671	1 928	99,2	32,5
Neurologie	3	213	66 043	7 432	84,9	8,9
Psychiatrie und Psychotherapie (einschließlich Geriatrie)	13	1 736	599 555	28 090	94,6	21,3
Fachabteilungen insgesamt	14	2 122	728 269	37 443	94,0	19,5

¹ Mehrfachzählungen durch Verlegungen innerhalb der Krankenhäuser möglich.

T 18

In Krankenhäusern¹ zu versorgende Fälle (Personalbelastungszahl) 2004–2014 nach ausgewählten Personalgruppen

Personal	2004	2010	2013	2014	Veränderung zu 2004
	je Vollzeitkraft zu versorgende Fälle				%
Hauptamtliche Ärzte/-innen	159	147	141	142	-10,7
Nicht ärztliches Personal					
Pflegepersonal	55	58	59	60	9,0
medizinisch-technischer Dienst	151	158	149	150	-0,8
Funktionsdienst	220	203	194	197	-10,4
Verwaltungsdienst	306	314	310	318	4,0
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	273	356	368	395	44,9
klinisches Hauspersonal	740	1 166	1 285	1 373	85,5
1 Krankenhäuser, ohne Tages- und Nachtkliniken.					

T 19

Hauptamtliche Ärzte/-innen und nichtärztliches Personal in Krankenhäusern 2004–2014

Personal	Einheit	2004	2010	2013	2014	Einheit	Veränderung zu 2004
Hauptamtliche Ärzte/-innen	Anzahl	5 637	6 609	7 355	7 580	%	34,5
Ärztinnen	Anteile in %	36	42	45	45	Prozentpunkte	8,5
Ärzte	Anteile in %	64	58	55	55	Prozentpunkte	-8,5
Vollzeitäquivalente	Anzahl	5 086	5 958	6 530	6 639	Anzahl	30,5
nichtärztliches Personal	Anzahl	43 183	46 380	48 573	48 612	%	12,6
Frauen	Anteile in %	81	82	82	82	Prozentpunkte	1,0
Männer	Anteile in %	19	18	18	18	Prozentpunkte	-1,0
Vollzeitäquivalente	Anzahl	32 470	33 125	34 816	34 829	Anzahl	7,3

T 20 Kosten der Krankenhäuser 2013 nach ausgewählten Kostenarten

Kostenart	Ins- gesamt	Darunter: allgemeine Krankenhäuser					
		zusammen	mit ... Betten				
			unter 100	100 – 200	200 – 300	300 – 600	600 und mehr
	1 000 EUR						
Personalkosten	2 636 283	2 472 145	30 682	243 999	269 843	845 422	1 082 201
darunter							
ärztlicher Dienst	777 208	741 706	9 240	63 674	78 615	255 584	334 592
Pflegedienst	839 811	768 467	8 117	88 049	91 355	286 303	294 642
medizinisch-technischer Dienst	365 496	341 405	4 364	27 628	27 772	86 264	195 377
Funktionsdienst	262 561	255 611	2 876	24 857	31 858	94 353	101 667
Sachkosten	1 400 366	1 354 376	16 948	124 635	136 657	445 708	630 428
darunter							
Lebensmittel	74 216	68 216	1 638	9 558	10 581	27 009	19 430
medizinischer Bedarf	702 481	692 966	6 103	55 434	64 245	205 555	361 628
Wasser, Energie, Brennstoffe	105 485	100 289	1 140	11 228	11 854	34 656	41 411
pflegesatzfähige Instandhaltung	147 135	140 392	1 372	12 271	13 021	52 749	60 979
Bereinigte Kosten	3 695 821	3 493 445	46 800	365 820	396 549	1 250 538	1 433 739
	EUR						
je aufgestelltes Bett	145 734	150 346	90 174	112 215	128 126	139 866	193 200
je Behandlungsfall	4 011	3 947	3 347	3 197	3 270	3 673	4 862
je Berechnungs-/Belegungstag	545	577	432	485	520	531	690
	Anteile in % ¹						
Personalkosten	63,4	62,7	62,3	64,2	64,1	63,5	61,5
darunter							
ärztlicher Dienst	18,7	18,8	18,8	16,7	18,7	19,2	19,0
Pflegedienst	20,2	19,5	16,5	23,2	21,7	21,5	16,8
medizinisch-technischer Dienst	8,8	8,7	8,9	7,3	6,6	6,5	11,1
Funktionsdienst	6,3	6,5	5,8	6,5	7,6	7,1	5,8
Sachkosten	33,7	34,4	34,4	32,8	32,5	33,5	35,8
darunter							
Lebensmittel	1,8	1,7	3,3	2,5	2,5	2,0	1,1
medizinischer Bedarf	16,9	17,6	12,4	14,6	15,3	15,4	20,6
Wasser, Energie, Brennstoffe	2,5	2,5	2,3	3,0	2,8	2,6	2,4
pflegesatzfähige Instandhaltung	3,5	3,6	2,8	3,2	3,1	4,0	3,5

¹ Berechnet auf Brutto-Gesamtkosten.

T 21

Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 2014 nach Zahl der Betten, Personal und Verwaltungsbezirken¹

Verwaltungsbezirk	Vorsorge- oder Rehabilitations- einrichtungen	Betten	Hauptamtliche Ärzte/-innen ²	Nicht ärztliches Personal ²		
				insgesamt	Pflegepersonal	
					insgesamt	je 100 Betten
Anzahl						
Landau i. d. Pfalz, St.	1	30	1	19	3	10,0
Ludwigshafen a. Rh., St.	1	50	2	31	3	6,0
Mainz, St.	1	15	4	21	6	40,0
Trier, St.	1	80	8	102	47	58,8
Ahrweiler	6	830	58	549	152	18,3
Altenkirchen (Ww.)	1	61	2	47	7	11,5
Bad Dürkheim	4	621	46	355	71	11,4
Bad Kreuznach	9	1 435	95	981	233	16,2
Bernkastel-Wittlich	6	1 123	63	616	190	16,9
Birkenfeld	2	192	18	182	50	26,0
Cochem-Zell	3	432	21	232	55	12,7
Donnersbergkreis	2	81	4	71	2	2,5
Mayen-Koblenz	2	201	12	78	16	8,0
Neuwied	1	206	16	180	57	27,7
Rhein-Hunsrück-Kreis	1	178	18	154	23	12,9
Rhein-Lahn-Kreis	6	905	48	569	95	10,5
Südliche Weinstraße	4	428	30	405	112	26,2
Südwestpfalz	2	65	4	38	12	18,5
Vulkaneifel	2	352	19	191	35	9,9
Westerwaldkreis	2	272	7	189	28	10,3
Rheinland-Pfalz	57	7 557	476	5 010	1 197	15,8
kreisfreie Städte	4	175	15	173	59	33,7
Landkreise	53	7 382	461	4 837	1 138	15,4

¹ Es werden nur Verwaltungsbezirke mit Sitz einer Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung dargestellt. – 2 31.12.

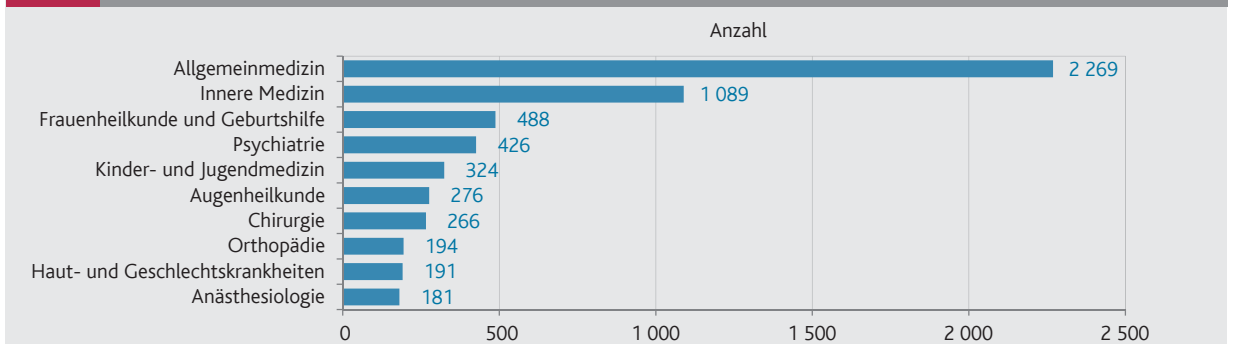
T 22 Ausgewählte Merkmale der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 2004–2014

Merkmal	Einheit	2004	2010	2013	2014	Einheit	Veränderung zu 2004
Einrichtungen	Anzahl	68	62	59	57	%	-16,2
Aufgestellte Betten	Anzahl	8 393	7 995	7 700	7 557	%	-10,0
Berechnungs-/Belegungstage	Anzahl	2 391 651	2 470 232	2 392 347	2 398 225	%	0,3
Behandlungsfälle	Anzahl	85 214	88 567	86 096	88 208	%	3,5
Bettenauslastung	%	77,9	84,6	85,1	86,9	Prozentpunkte	9,0
Durchschnittliche Verweildauer	Tage	28,1	27,9	27,8	27,2	%	-3,2

T 23 Zu versorgende Fälle (Personalbelastungszahl) 2004–2014 in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen nach ausgewählten Personalgruppen

Merkmal	2004	2010	2013	2014	Veränderung zu 2004
	je Vollzeitkraft zu versorgende Fälle				%
Hauptamtliche Ärzte/-innen	203	219	218	219	7,7
Nicht ärztliches Personal					
Pflegepersonal	86	90	94	99	14,8
medizinisch-technischer Dienst	74	75	75	78	5,9
Funktionsdienst	273	296	318	350	28,1
Verwaltungsdienst	189	192	191	201	6,4
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	136	155	158	172	26,6
klinisches Hauspersonal	355	486	490	523	47,3

G 14 Freipraktizierende Ärzte/-innen 2014 nach den zehn häufigsten Fachgebieten



T 24 Berufstätige Ärzte/-innen und Zahnärzte/-innen 2009–2014¹ nach Fachgebieten

Tätigkeit/Fachgebiet	2009	2010	2013	2014		
				insgesamt	Veränderung zu 2009	Anteile an insgesamt
Ärzte/-innen						
Frei praktizierende Ärzte/-innen	6 261	6 277	6 370	6 470	3,3	38,4
davon mit Fachgebietsbezeichnung für						
Allgemeinmedizin (allgemeine und praktische Ärzte/-innen)	2 321	2 327	2 262	2 269	-2,2	13,5
Anästhesiologie	149	150	167	181	21,5	1,1
Arbeitsmedizin	11	15	19	19	72,7	0,1
Augenheilkunde	260	262	275	276	6,2	1,6
Chirurgie	235	247	252	266	13,2	1,6
Diagnostische Radiologie	161	158	170	171	6,2	1,0
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	459	471	478	488	6,3	2,9
Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde	175	171	171	169	-3,4	1,0
Haut- und Geschlechtskrankheiten	182	184	200	191	4,9	1,1
Innere Medizin	1 002	988	1 058	1 089	8,7	6,5
Kinder- und Jugendmedizin	307	311	318	324	5,5	1,9
Kinder- und Jugend- psychiatrie, -psychotherapie	28	28	34	35	25,0	0,2
Laboratoriumsmedizin	19	18	18	17	-10,5	0,1
Lungen- und Bronchialheilkunde	13	12	11	10	-23,1	0,1
Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie	39	40	38	38	-2,6	0,2
Neurochirurgie	18	19	22	21	16,7	0,1
Nuklearmedizin, Strahlentherapie	21	45	58	58	176,2	0,3
Orthopädie	237	228	203	194	-18,1	1,2
Pathologie	26	28	28	30	15,4	0,2
Psychiatrie (einschließlich Nervenheilkunde und Neurologie)	397	392	414	426	7,3	2,5
Urologie	140	137	138	144	2,9	0,9
sonstige	61	46	36	54	-11,5	0,3
Krankenhausärzte/-innen	7 144	7 376	7 969	8 232	15,2	48,8
Ärzte/-innen bei Behörden/Körperschaften	724	760	785	808	11,6	4,8
Ärzte/-innen in sonstiger Tätigkeit	980	1 026	1 287	1 354	38,2	8,0
Insgesamt	15 109	15 439	16 411	16 864	11,6	100
Zahnärzte/-innen						
Frei praktizierende Zahnärzte/-innen	2 229	2 213	2 208	2 189	-1,8	100
davon mit Fachgebietsbezeichnung für						
Zahnmedizin	2 091	2 069	2 062	2 040	-2,4	93,2
Kieferorthopädie	138	144	146	149	8,0	6,8
Krankenhauszahnärzte/-innen	60	77	93	83	38,3	3,7
Insgesamt	2 289	2 290	2 301	2 272	-0,7	100
1 31.12.						

T 25

Frei praktizierende Ärzte/-innen und Zahnärzte/-innen sowie öffentliche Apotheken am 31. Dezember 2014¹
nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Frei praktizierende						Öffentliche Apotheken	
	Ärzte/-innen				Zahnärzte/-innen			
	ins- gesamt	allgemeine und praktische	sonstige Fachrichtungen	Einwohner/ -innen je Ärztin/Arzt	ins- gesamt	Einwohner/-innen je Zahnärztin/-arzt	ins- gesamt	Einwohner/- innen je Apotheke
Frankenthal (Pfalz), St.	102	23	79	466	32	1 484	18	2 638
Kaiserslautern, St.	237	52	185	410	66	1 473	30	3 241
Koblenz, St.	331	66	265	335	100	1 108	33	3 358
Landau i. d. Pfalz, St.	119	26	93	370	30	1 466	18	2 444
Ludwigshafen a. Rh., St.	391	79	312	415	108	1 503	53	3 062
Mainz, St.	541	144	397	380	172	1 194	62	3 312
Neustadt a. d. Weinstr., St.	138	33	105	381	33	1 593	17	3 093
Pirmasens, St.	94	23	71	427	26	1 543	14	2 866
Speyer, St.	146	28	118	341	36	1 383	14	3 555
Trier, St.	291	60	231	369	87	1 235	38	2 829
Worms, St.	153	53	100	527	53	1 521	28	2 880
Zweibrücken, St.	59	9	50	575	25	1 357	11	3 084
Ahrweiler	206	73	133	613	67	1 885	31	4 073
Altenkirchen (Ww.)	137	64	73	937	55	2 334	27	4 754
Alzey-Worms	163	79	84	771	55	2 285	28	4 488
Bad Dürkheim	176	76	100	745	61	2 150	29	4 523
Bad Kreuznach	238	79	159	654	77	2 022	32	4 865
Bernkastel-Wittlich	156	65	91	711	53	2 092	26	4 265
Birkenfeld	114	52	62	707	40	2 014	18	4 476
Cochem-Zell	74	44	30	838	26	2 385	18	3 445
Donnersbergkreis	91	40	51	825	34	2 209	17	4 418
Eifelkreis Bitburg-Prüm	108	41	67	891	37	2 600	24	4 008
Germersheim	155	60	95	810	57	2 203	30	4 186
Kaiserslautern	140	65	75	744	49	2 126	30	3 472
Kusel	87	41	46	814	28	2 529	19	3 727
Mainz-Bingen	293	117	176	696	130	1 568	51	3 997
Mayen-Koblenz	286	119	167	734	106	1 981	49	4 285
Neuwied	277	101	176	648	101	1 776	47	3 817
Rhein-Hunsrück-Kreis	139	65	74	733	48	2 123	24	4 245
Rhein-Lahn-Kreis	167	74	93	727	63	1 927	29	4 185
Rhein-Pfalz-Kreis	168	77	91	890	72	2 078	41	3 648
Südliche Weinstraße	128	66	62	855	47	2 329	32	3 421
Südwestpfalz	82	60	22	1 176	33	2 923	27	3 572
Trier-Saarburg	164	75	89	883	53	2 732	31	4 670
Vulkaneifel	85	35	50	715	28	2 169	15	4 049
Westerwaldkreis	234	105	129	851	101	1 971	42	4 739
Rheinland-Pfalz	6 470	2 269	4 201	618	2 189	1 828	1 053	3 799
kreisfreie Städte	2 602	596	2 006	397	768	1 343	336	3 071
Landkreise	3 868	1 673	2 195	768	1 421	2 089	717	4 141
1 31.12.								

K 3

Ärzte/-innen für Allgemeinmedizin am 31. Dezember 2014 nach Verwaltungsbezirken

In Rheinland-Pfalz praktizierten Ende 2014 rund 2 270 Ärztinnen und Ärzte für Allgemeinmedizin. Bezogen auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner waren dies 56,7 Allgemeinmedizinerinnen und -mediziner.

Die höchste Arztdichte verzeichneten der Landkreis Cochem-Zell (71 Ärztinnen und Ärzte) und die kreisfreie Stadt Mainz (70 Ärztinnen und Ärzte). Am niedrigsten lag der Versorgungsgrad in der kreisfreien Stadt Zweibrücken mit 27 Ärztinnen und Ärzten je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner.

je 100 000 Einwohner/-innen

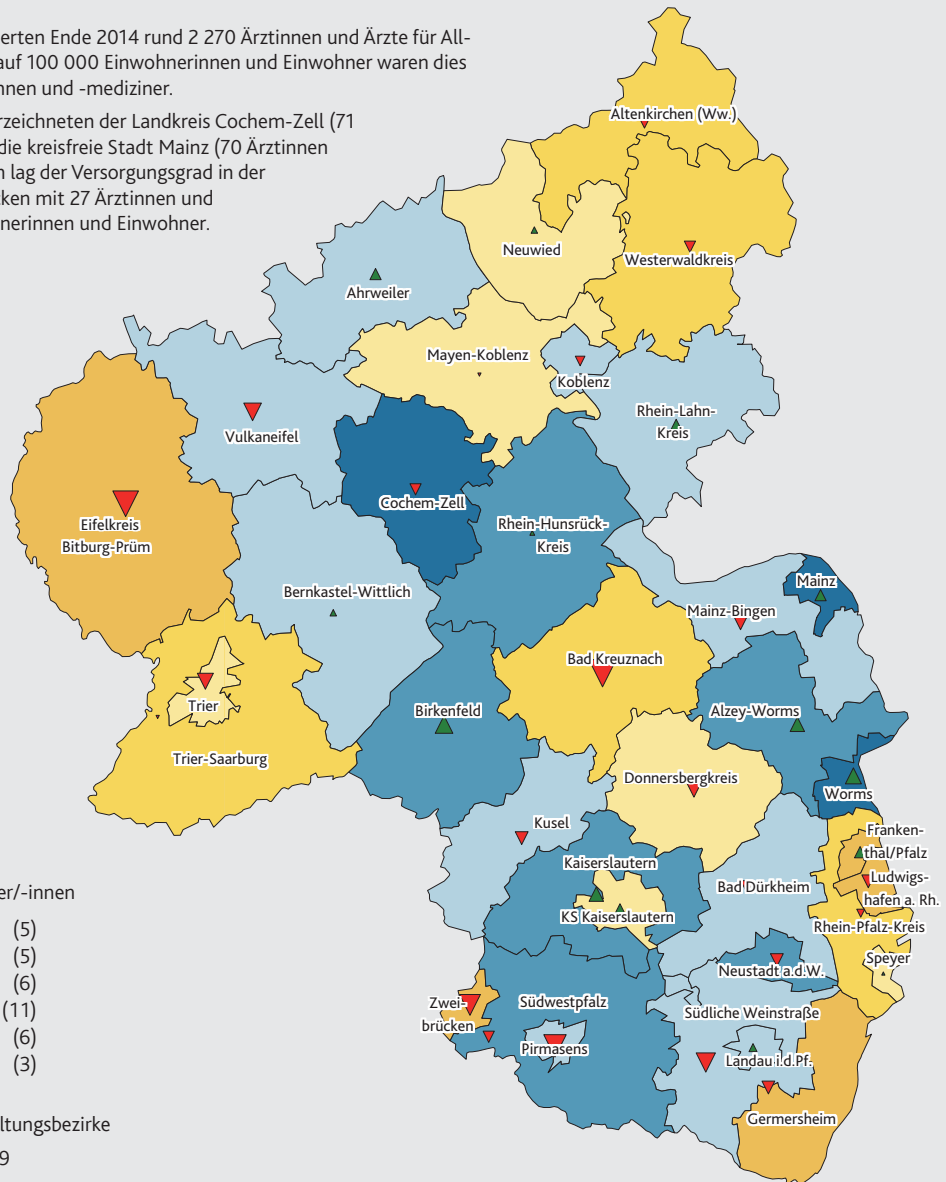
unter 49	(5)
49 bis unter 53	(5)
53 bis unter 57	(6)
57 bis unter 61	(11)
61 bis unter 65	(6)
65 und mehr	(3)

Landeswert: 56,7

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2009

- ▲ Zunahme
- ▼ Abnahme



Datenquellen

Statistik	Tabelle	Grafik	Karte	Übersicht
Grunddaten der Krankenhäuser	T 1, T 2, T 20, T 24,	G 2, G 13	-	-
Grunddaten der Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen	T 21	-	K 4	-
Kostennachweis der Krankenhäuser	T 20	G 1	-	-
Diagnosen der Krankenhauspatienten	T 1, T 5, T 6	-	-	-
Todesursachenstatistik	T 1, T 7, T 8, T 9	G 7	-	-
Statistik der Sterbefälle	-	-	K 1	-
Statistik der Schwangerschaftsabbrüche	T 10, T 11	G 8	-	-
Berufe des Gesundheitswesens	T 24, T 25	-	K 3	-
Mikrozensus	T 3, T 4	G 3, G 4, G 5, G 6	-	-
Statistik über ambulante Pflegeeinrichtungen (Pflegedienste)	T 13, T 14, T 15	G 9, G 10, G 11	K 2	-
Statistik über stationäre Pflegeeinrichtungen (Pflegeheime)	T 12, T 14, T 15	G 9, G 10, G 11	K 2	-
Statistik über die Empfänger von Pflegegeldleistungen	T 13, T 15	G 9, G 10, G 11	K 2	-
Statistik der schwerbehinderten Menschen	T 16	G 12	-	-

Statistiken

Krankenhausstatistik

Gegenstand der Krankenhausstatistik ist die strukturelle Situation der Krankenhäuser und der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen sowie die Nutzung dieser Einrichtungen durch ihre Patienten/-innen. Sie ist in drei Erhebungsteile untergliedert – Grunddaten, Kostennachweis und Diagnosedaten. Die Daten der Krankenhausstatistik werden seit 1991 auf einer bundeseinheitlichen Rechtsgrundlage erhoben. Aufgrund mehrfacher Anpassungen der Rechtsgrundlagen ist die zeitliche Vergleichbarkeit einzelner Ergebnisse eingeschränkt.

■ Grunddaten der Krankenhäuser:

Im Rahmen der Grunddaten werden die sachliche und personelle Ausstattung wie Betten, medizinische Großgeräte, ärztliches und nichtärztliches Personal der Krankenhäuser sowie ihrer organisatorischen Einheiten (Fachabteilungen) statistisch abgebildet.

■ Grunddaten der Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen:

Die für die Krankenhäuser ermittelten Daten werden in gleicher Weise auch bei den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen erhoben.

■ Kostennachweis der Krankenhäuser:

Die Krankenhäuser erbringen darüber hinaus einen Nachweis ihrer Sach- und Personalkosten.

■ Diagnosen der Krankenhauspatienten:

Zu den patientenbezogenen Merkmalen, den Diagnosedaten, gehören u. a. Hauptdiagnose, Alter, Geschlecht, Behandlungsort, Wohnort und die Fachabteilung, in der der/die Patient/-in am längsten gelegen hat. Die Diagnosedaten, die Auskunft über die Morbiditätsentwicklung geben, werden bei allen Krankenhäusern erhoben.

■ Diagnosen der Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen:

Die Diagnosedaten werden seit 2003 auch von den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit mehr als 100 Betten erhoben.

■ Fallpauschalenbezogene Krankenhausstatistik (DRG-Statistik):

Die fallpauschalenbezogene Krankenhausstatistik stellt eine Ergänzung der Diagnosestatistik dar (DRG: Diagnosis Related Groups). Sie ist eine Sekundärstatistik und basiert auf Daten, die im Rahmen der Leistungsabrechnung der Krankenhäuser anfallen.

Todesursachenstatistik

Die Todesursachenstatistik stellt eine Vollerhebung aller Todesfälle in Deutschland dar. Sie basiert auf den Todesbescheinigungen, die von den Ärzten/-innen im Zusammenhang mit der Feststellung des Todes einer Person ausgefüllt wurden. Aus den verschiedenen Angaben der Todesbescheinigung wird das sogenannte Grundleiden ermittelt, das als Todesursache in die Statistik eingeht. Rechtsgrundlage ist das Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes.

Statistik der Schwangerschaftsabbrüche

Die Schwangerschaftsabbruchstatistik vermittelt einen Überblick über die Größenordnung, Struktur und Entwicklung der Schwangerschaftsabbrüche sowie über ausgewählte Lebensumstände der betroffenen Frauen. Rechtsgrundlage ist das Gesetz zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten. Die Daten werden von Ärzten/-innen bzw. Krankenhäusern übermittelt, von denen Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen wurden.

Mikrozensus

Stichprobe, die jährlich bei einem Prozent aller Haushalte durchgeführt wird. Im Abstand von vier Jahren werden auch Angaben zur Gesundheit erfragt. Dabei geht es u. a. um das Rauchverhalten sowie um Fragen zu Körpergröße und Gewicht.

Pflegestatistik

Die Statistik ermittelt Zahlen zum Angebot und zur Nachfrage pflegerischer Versorgung. Es werden Daten über die versorgten Pflegebedürftigen sowie über ambulante Pflegedienste und Pflegeheime einschließlich des Personals erhoben. Die Statistik wird seit 1999 alle zwei Jahre durchgeführt und besteht aus drei Erhebungsteilen:

- Statistik über ambulante Pflegeeinrichtungen (Pflegedienste),
- Statistik über stationäre Pflegeeinrichtungen (Pflegeheime),
- Statistik über die Empfänger von Pflegegeldleistungen.

Diese Informationen liefern die Spitzenverbände der Pflegekassen und der Verband der privaten Krankenversicherung zentral an das Statistische Bundesamt.

Statistik der schwerbehinderten Menschen

Die Schwerbehindertenstatistik liefert Angaben zu Personen mit einer amtlich registrierten Behinderung bei einem Grad der Behinderung von 50 und mehr. Die Angaben werden durch die Versorgungsämter zur Verfügung gestellt. Die Statistik wird seit 1985 alle zwei Jahre durchgeführt.

Glossar**Altersstandardisierung**

Die Anzahl der Gestorbenen wird wesentlich durch die Alters- und Geschlechtsstruktur bestimmt. Um einen Vergleich der Sterblichkeit im Zeitverlauf oder zwischen verschiedenen Gebieten zu ermöglichen, ist es sinnvoll, solche Einflüsse zu eliminieren. Das Verfahren der Altersstandardisierung bezieht die Sterberaten der Teilperioden bzw. der Regionen auf eine einheitliche Bevölkerung, die sogenannte Standardbevölkerung. Auf diese Weise werden beispielsweise die Sterberaten der kreisfreien Städte und Landkreise auf die Standardbevölkerung umgerechnet, das heißt, es wird unterstellt, in allen Gebieten hätte die gleiche Bevölkerung vorgelegen.

Bereinigte Krankenhauskosten

Pflegesatzfähige Kosten für allgemeine voll- und teilstationäre Krankenhausleistungen. Sie sind um Positionen bereinigt, die zwar zu den allgemeinen Krankenhausleistungen gehören, aber nicht über die Pflegesätze verrechnet werden. Diese Abzüge im Kostennachweis umfassen zum einen nichtstationäre Kosten (z. B. für Ambulanz, Forschung und Lehre oder auch Personalunterkunft), zum anderen nicht pflegesatzfähige Kosten wie z. B. für vor- und nachstationäre Behandlung und beleg- oder wahlärztliche Leistungen.

Betten

Alle aufgestellten, betriebsbereiten Betten des Krankenhauses, die zur vollstationären Behandlung von Patienten/-innen bestimmt sind (einschließlich Belegbetten). Ihre Zahl wird als Jahresdurchschnittswert der Bettenzahlen zum Monatsende errechnet.

Behandelte Patienten/-innen

Die Meldungen zur Diagnosestatistik beziehen sich auf alle im Laufe des Berichtsjahres entlassenen vollstationären Patienten/-innen. Zeitpunkt für die Erfassung ist die Entlassung aus dem Krankenhaus. Bei mehrfach im Jahr vollstationär behandelten Patienten/-innen wird jeder Krankenhausaufenthalt jeweils als Fall gezählt

(Fallzahlenstatistik). Erfasst wird die ununterbrochene vollstationäre Behandlung im Krankenhaus, unabhängig von der Zahl der dabei durchlaufenen Fachabteilungen.

Belegärzte/-innen

Niedergelassene und andere nicht in der Einrichtung angestellte Ärzte/-innen, die berechtigt sind, ihre Patienten/-innen (Belegpatient/-innen) in der Einrichtung unter Inanspruchnahme der hierfür bereitgestellten Dienste zu behandeln.

Berechnungs- und Belegungstag

Alle Tage, an denen ein aufgestelltes Bett vollstationär belegt wurde. Die Zahl der Berechnungs- und Belegungstage entspricht der Summe der an den einzelnen Tagen des Berichtsjahres um 24:00 Uhr vollstationär untergebrachten Patienten/-innen (Summe der Mitternachtsbestände). Entlassungs- und Verlegungstage werden nicht mitgezählt.

Diagnose

Bei der Diagnose handelt es sich um die nach Analyse festgestellte Erkrankung, die hauptsächlich für die Veranlassung des stationären Krankenhausaufenthaltes der Patienten/-innen verantwortlich ist (Hauptdiagnose). Der Begriff „nach Analyse“ bezeichnet die Evaluation der Befunde am Ende des stationären Aufenthalts.

Durchschnittliche Verweildauer

Die Verweildauer gibt die Zahl der Tage an, die ein/e Patient/-in durchschnittlich in vollstationärer Behandlung verbracht hat. Sie errechnet sich aus den Berechnungs- und Belegungstagen und der Patientenzahl der jeweiligen Fachabteilung bzw. Einrichtung.

Fachärzte/-innen

Ärzt/-innen mit abgeschlossener Weiterbildung für ein bestimmtes Fachgebiet. Ein Gebiet wird als definierter Teil in einer Fachrichtung der Medizin beschrieben (Facharztbezeichnung). Ein Schwerpunkt

Metadaten

wird durch eine auf der Facharztweiterbildung aufbauenden Spezialisierung im Gebiet definiert (Schwerpunktbezeichnung). In den Jahren 2002 bis 2008 wurden die Ärzte/-innen von der Landesärztekammer sowohl nach der Facharzt- als auch nach der Schwergebietsbezeichnung gezählt. Ärzte/-innen, die neben ihrer Facharztausbildungen weitere Zusatzausbildungen absolviert hatten, wurden entsprechend mehrfach berechnet. Ab 2009 erfolgt wieder (wie bereits vor 2002) eine Nachweisung nur für Facharztbezeichnungen.

Hauptamtliche Ärzte/-innen in Krankenhäusern

Alle in der Einrichtung fest angestellten Ärzte/-innen. Gast-, Konsiliar- und hospitierende Ärzte/-innen sind nicht enthalten.

ICD 10

Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme (10. Revision - WHO-Ausgabe, siehe Übersicht).

Körpermaße (Größe, Gewicht und Body-Mass-Index)

Hier sind die Größe in Zentimetern und das Gewicht in Kilogramm angegeben. Der Body-Mass-Index errechnet sich, indem das Gewicht (in Kilogramm) durch die Größe (in Metern, quadriert) geteilt wird. Die Weltgesundheitsorganisation stuft Erwachsene mit einem Body-Mass-Index von unter 18,5 als untergewichtig ein, mit einem Wert von über 25 als übergewichtig und mit einem Wert über 30 als stark übergewichtig. Das Geschlecht und das Alter bleiben bei dieser Einteilung unberücksichtigt.

Krankenhäuser

Allgemeine Krankenhäuser haben ein in der Regel breites Spektrum an Fachabteilungen für die vollstationäre Behandlung. Sie unterscheiden sich von den sonstigen Krankenhäusern, die ausschließlich psychiatrische oder psychiatrisch/neurologische geriatrische Fachabteilungen vorhalten. Reine Tages- und Nachtkliniken haben keine Betten zur vollstationären Behandlung und werden daher hier nicht nachgewiesen.

Pflegebedürftige

Menschen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für ihre gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen des täglichen Lebens auf Dauer in erheblichem oder höherem Maße Hilfe benötigen. Die Pflegebedürftigkeit bezieht sich auf die Körperpflege, die Ernährung, die Mobilität und die hauswirtschaftliche Versorgung.

Pflegebedürftige im Sinne dieser Statistik sind Personen, die von den stationären Pflegeeinrichtungen oder den ambulanten Pflegediensten betreut und somit Sachleistungen oder kombinierte Leistungen nach dem Pflege-Versicherungsgesetz (SGB XI) erhalten. Weiterhin gehören hierzu die Personen, die in häuslicher Pflege leben und die Pflegegeldleistungen in Anspruch nehmen. Derartige Leistungen

erhält ein Betroffener auf Grund seiner Mitgliedschaft in der sozialen Pflegeversicherung und nur auf Antragstellung bei der gesetzlichen oder privaten Pflegekasse. Nicht erfasst sind hier Pflegebedürftige, die keine Leistungen von der Pflegeversicherung jedoch vom Sozialamt „Hilfe zur Pflege“ erhalten, und Pflegebedürftige, die Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz, aus der Kranken- und Unfallversicherung beziehen oder Selbstzahler sind.

Die Pflegebedürftigen sind nach dem Grad der Pflegebedürftigkeit verschiedenen Pflegestufen zugeordnet. Je nach Pflegestufe bestehen unterschiedliche Leistungsansprüche:

- Pflegestufe I – erhebliche Pflegebedürftigkeit, der Hilfebedarf beträgt mindestens 90 Minuten pro Tag,
- Pflegestufe II – schwere Pflegebedürftigkeit, der Hilfebedarf liegt bei mindestens 180 Minuten pro Tag,
- Pflegestufe III – schwerste Pflegebedürftigkeit, der Hilfebedarf beträgt mindestens 300 Minuten pro Tag. Wenn der Pflegeaufwand das Maß der Pflegestufe III weit übersteigt, kann ein sogenannter Härtefall vorliegen. Die Pflegekasse kann in diesem Fall weitere Leistungen gewähren.

Pflegegeldempfänger/-innen

Alle pflegebedürftigen Personen, die in häuslicher Pflege (durch Angehörige oder andere Personen) leben und ausschließlich ein Pflegegeld in Anspruch nehmen oder sogenannte Kombinationsleistungen erhalten (d.h. ein Teil der Pflege erfolgt durch Dienstleistungen professioneller Pflegeeinrichtungen).

Rauchgewohnheiten

In die Auswertung der Fragen zu den Rauchgewohnheiten wurden nur Personen ab 15 Jahre einbezogen. Unter regelmäßigem Rauchen wird tägliches Rauchen verstanden, auch wenn es sich um geringe Tabakmengen handelt. Als starke Raucher werden entsprechend den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) Raucher mit einem täglichen Zigarettenkonsum ab 20 Stück bezeichnet. Als Alter bei Rauchbeginn ist das Alter angegeben, in dem erstmals mit dem regelmäßigen Rauchen angefangen wurde. Die Anzahl der täglich gerauchten Zigaretten wurde in den Klassen unter 5, 5 bis 20, 21 bis 40 und 41 und mehr erfragt. Aus diesen Ergebnissen wurde auch die tagesdurchschnittliche Zahl der gerauchten Zigaretten geschätzt. Bei der Ermittlung dieser Werte wurde aufgrund des Fehlens genauer Angaben unterstellt, dass die exakte Zahl der gerauchten Zigaretten innerhalb der Grenzen der angegebenen Größenklasse gleich verteilt ist, und dass die offene obere Klasse bei einem Wert von 60 geschlossen wird. Als frühere Raucher sind nur Personen ausgewiesen, die heute nicht mehr rauchen.

Standardbevölkerung

Standardbevölkerung ist die bei der Altersstandardisierung zugrunde gelegte Bevölkerung. Die Wahl der Standardbevölkerung ist grundsätzlich beliebig – so auch in diesem Jahrbuch – wird auf die

Ü 1

Krankenhausdiagnosen und Todesursachen nach der ICD 10-Klassifikation

Todesursachen und Diagnosen werden nach einem international vergleichbaren System verschlüsselt. Diese „Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme“ wird von der Weltgesundheitsorganisation herausgegeben. Seit 1998 findet die zehnte revidierte Fassung (ICD 10) Anwendung. Die Übersicht gibt die ICD-Codes zu den in den Tabellen und der Grafik angegebenen – teilweise verkürzten – Texten an.

Diagnose Todesursache	Code	noch: Diagnose Todesursache	Code
Insgesamt	A00-T98	Krankheiten des Atmungssystems	J00-J99
Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten	A00-B99	darunter	
Neubildungen	C00-D48	Grippe und Pneumonie	J09-J18
bösartige Neubildungen	C00-C97	chronische Krankheiten der unteren Atemwege	J40-J47
darunter der/des		Krankheiten des Verdauungssystems	K00-K93
Verdauungsorgane	C15-C26	darunter der	
Lunge, Bronchien	C34	Leber	K70-K77
Brustdrüse (Mamma)	C50	Gallenblase	K80-K87
weiblichen Genitalorgane	C51-C58	Krankheiten der Haut	L00-L99
männlichen Genitalorgane	C60-C63	Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems	M00-M99
Harnorgane	C64-C68	darunter: der Wirbelsäule und des Rückens	M40-M54
Krankheiten des Blutes	D50-D90	Krankheiten des Urogenitalsystems	N00-N99
Stoffwechselkrankheiten	E00-E90	Schwangerschaft, Geburt	O00-O99
darunter: Diabetes mellitus	E10-E14	Perinatale Zustände	P00-P96
Psychische Krankheiten und Verhaltensstörungen	F00-F99	Angeborene Fehlbildungen	Q00-Q99
darunter	F03	Symptome	R00-R99
Demenz	F03	Verletzungen, Vergiftungen und bestimmte andere Folgen äußerer Ursachen	S00-Y98
psychische Störungen durch Alkohol	F10	darunter	
Krankheiten des Nervensystems	G00-G99	Kopfverletzungen	S00-S09
darunter: Schlafstörungen	G47	Komplikationen bei chirurgischen Eingriffen und medizinischer Behandlung	T80-T88
Krankheiten des Auges	H00-H59	Transportmittelunfall	V01-V99
Krankheiten des Ohres	H60-H95	Stürze	W10-W19
Krankheiten des Kreislaufsystems	I00-I99	vorsätzliche Selbstbeschädigung	X60-X84
darunter		Sonstige Faktoren	Z00-Z99
Hypertonie	I10-I15	darunter: gesunde Neugeborene	Z38
ischämische Herzkrankheiten	I20-I25		
Vorhofflimmern und Vorhofflattern	I48		
Herzinsuffizienz	I50		
zerebrovaskuläre Krankheiten	I60-I69		

5

Metadaten

von der WHO verwendete „alte Europäische Standardbevölkerung“ zurückgegriffen. Diese wendet die gleiche Bevölkerungsstruktur auf beide Geschlechter an und ermöglicht damit eine Vergleichbarkeit der standardisierten Raten auch zwischen den Geschlechtern.

Schwerbehinderte Menschen

Menschen, die nicht nur vorübergehende Funktionsbeeinträchtigung aufgrund eines körperlichen, geistigen oder seelischen Zustandes aufweisen, der von dem für das Lebensalter typischen Zustand länger als

sechs Monate abweicht und einen Grad der Behinderung von 50 und mehr zur Folge hat. Statistisch erfasst werden die schwerbehinderten Menschen, die am Erhebungsstichtag im Besitz eines gültigen amtlichen Schwerbehinderten-Ausweises sind.

Todesursache

Die Todesursachenstatistik wird nach den Regeln der WHO unikausal erstellt. Als Todesursache gilt das sogenannte Grundleiden, jenes Leiden, das den Ablauf der zum Tode führenden Ereignisse ausgelöst hat.

5

Internet

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/gesundheit

Gesundheitsberichterstattung

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/gesundheit/gesundheitsberichterstattung

Pressemitteilungen

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/gesundheit/pressemitteilungen

Statistische Berichte

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/gesundheit/statistische-berichte

Beiträge in den Statistischen Monatsheften

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/gesundheit/monatsheftbeitraege

Übersichtstabellen

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/gesundheit/tabellen

Regionaldatenbanken

www.statistik.rlp.de/regionaldaten/meine-heimat

Kurzpräsentationen

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/gesundheit/kurzpraesentationen

Gemeinschaftsveröffentlichungen

www.statistikportal.de



6. Soziales



Inhaltsverzeichnis

Tabellen

T 1:	Ausgewählte Kennzahlen zu sozialen Leistungen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1990–2014	210
T 2:	Soziale Mindestsicherung 2007–2013 nach Bundesländern	211
T 3:	Empfänger/-innen von Leistungen der sozialen Mindestsicherung 2007–2014	212
T 4:	Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2006–2014 nach Geschlecht	213
T 5:	Empfänger/-innen von sozialen Leistungen und Bruttoausgaben der Sozialhilfe 2009–2014	214
T 6:	Empfänger/-innen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz 2009–2014	215
T 7:	Bruttoausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz 2009–2014	217
T 8:	Haushalte mit allgemeinem Wohngeld 2004–2014 nach der Haushaltsgröße	218
T 9:	Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls 2014 nach Alter und Geschlecht des/der Minderjährigen und dem Ergebnis des Verfahrens	219
T 10:	Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II am 31. Dezember 2014 nach Verwaltungsbezirken	220
T 11:	Sozialhilfe (SGB XII, 5.–9. Kapitel) 2014 nach Hilfearten und Verwaltungsbezirken	222
T 12:	Bruttoausgaben für die Sozialhilfe 2014 nach Hilfearten und Verwaltungsbezirken	224
T 13:	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2014 nach Verwaltungsbezirken	226
T 14:	Jugendhilfe am 31. Dezember 2014 nach ausgewählten Hilfen und Verwaltungsbezirken	228
T 15:	Ausgaben und Einnahmen der Jugendhilfe 2013 nach Verwaltungsbezirken	230

Grafiken

G 1:	Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2014 nach Geschlecht	209
G 2:	Empfänger/-innen von Leistungen der sozialen Mindestsicherung 2013 nach Bundesländern	211
G 3:	Empfänger/-innen von Leistungen der sozialen Mindestsicherung 2007–2014	212
G 4:	Erwerbsfähige Empfänger/-innen von Grundsicherung für Arbeitsuchende am 31.12.2014 nach Altersgruppen und Geschlecht	213
G 5:	Empfänger/-innen von Ausgaben für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2007–2014	215
G 6:	Empfänger/-innen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz 2004–2014	217
G 7:	Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls 2014 nach dem Ergebnis des Verfahrens	219

Übersichten

Ü 1:	Soziale Leistungen der Mindestsicherung im Überblick 2014	216
------	---	-----

Karten

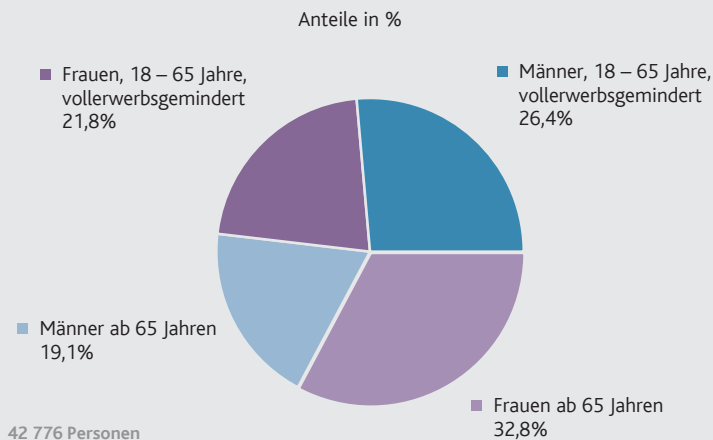
K 1:	SGB II-Quote am 31. Dezember 2014 nach Verwaltungsbezirken	221
K 2:	Bruttoausgaben örtlicher Träger für die Sozialhilfe (SGB XII, 5.–9. Kapitel) 2014 nach Verwaltungsbezirken	223
K 3:	Bruttoausgaben örtlicher Träger für die Sozialhilfe (SGB XII) 2014 nach Verwaltungsbezirken	225
K 4:	Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2014 nach Verwaltungsbezirken	227
K 5:	Erziehungsberatung 2014 nach Verwaltungsbezirken	229
K 6:	Bruttoausgaben für die Jugendhilfe 2013 nach Verwaltungsbezirken	231

Metadaten

Datenquellen	232
Statistiken	232
Glossar	233
Internet	234

- Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Sozialgesetzbuch II, das sogenannte Hartz IV, ist die am häufigsten gewährte soziale Unterstützung.
- Mehr als 221 400 Menschen und damit rund sieben Prozent der rheinland-pfälzischen Bevölkerung unter 65 Jahren erhielten Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld.
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhalten Hilfebedürftige ab 65 Jahren oder Menschen zwischen 18 und 65 Jahren, die in vollem Umfang dauerhaft erwerbsgemindert sind. Dies betrifft 42 800 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer.
- Sozialleistungen, die aus einem besonderen Anlass gewährt werden, beinhalten überwiegend die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen.
- Rund 23 000 rheinland-pfälzische Haushalte erhalten Wohngeld, darunter sind etwa 3 000 Eigentümerhaushalte.
- Rheinland-pfälzische Jugendämter haben 2014 insgesamt 6 400 Verfahren zur Einschätzung der Kindeswohlgefährdung durchgeführt. In mehr als einem Drittel der Fälle wurde eine akute oder latente Kindeswohlgefährdung erkannt.
- Die Summe der rheinland-pfälzischen Sozialhilfeausgaben nach dem SGB XII belief sich 2014 auf fast 1,4 Milliarden Euro. Dies entspricht einer Steigerung um 41 Prozent gegenüber dem Jahr 2006.

G 1 Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2014 nach Geschlecht



Ende 2014 erhielten 42 800 Menschen in Rheinland-Pfalz staatliche Unterstützung in Form von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Anspruch darauf haben Personen, deren Einkommen oder Vermögen nicht ausreicht, um den grundsätzlichen Bedarf für den Lebensunterhalt zu sichern, wenn sie entweder das 65. Lebensjahr vollendet haben oder zwischen 18 und 65 Jahre alt und in vollem Umfang dauerhaft erwerbsgemindert sind.

T 1

Ausgewählte Kennzahlen zu sozialen Leistungen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1990–2014

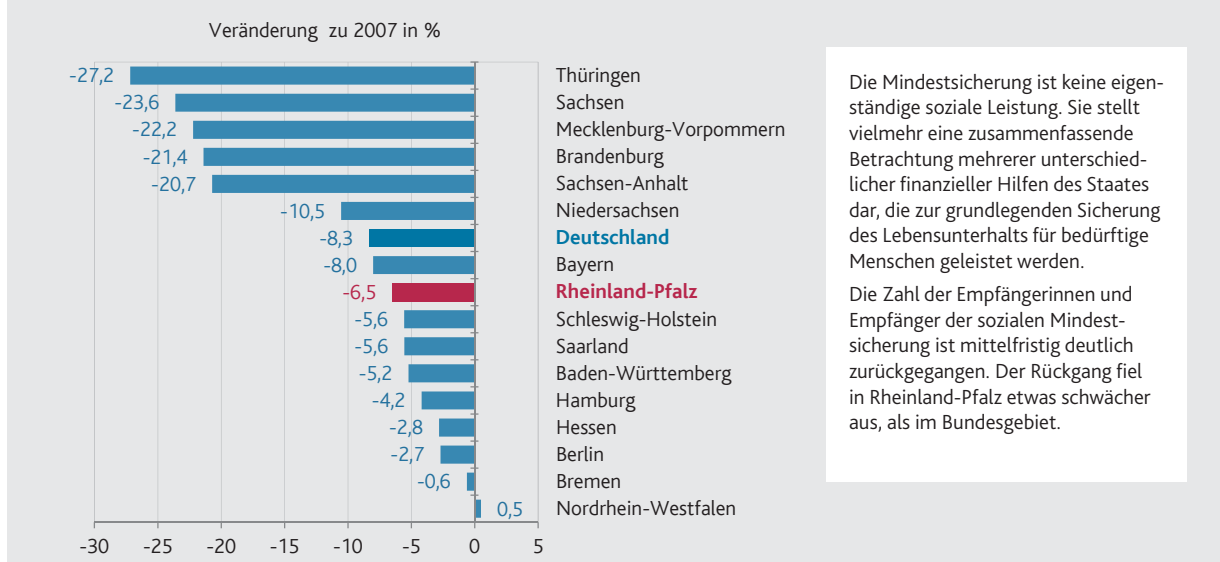
Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz						Deutschland	
		1990	2000	2006	2010	2013	2014	2013	2014
Mindestsicherung									
Empfänger/-innen	Anzahl	.	.	304 471	277 901	274 075	286 987	7 384 947	...
Mindestsicherungsquote (je 100 Einwohner/-innen)	Quote	.	.	7,5	6,9	6,9	7,2	9,1	...
Sozialhilfe (Hilfearten nach SGB XII)									
Bruttoausgaben									
Hilfe zum Lebensunterhalt	1 000 EUR	.	.	29 195	38 981	46 264	51 060	1 371 696	...
je 100 Einwohner/-innen	EUR	.	.	720	974	1 158	1 279	1 698	...
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	1 000 EUR	.	.	155 753	178 092	220 789	234 151	5 447 249	...
je 100 Einwohner/-innen	EUR	.	.	4 690	5 343	6 592	7 004	6 744	...
Hilfearten nach 5.-9. Kapitel	1 000 EUR	.	.	808 320	938 108	1 052 998	1 113 612	20 622 708	...
je 100 Einwohner/-innen	EUR	.	.	19 944	23 431	26 362	27 894	25 533	...
Empfänger/-innen									
Hilfe zum Lebensunterhalt	Anzahl	.	.	8 874	12 673	15 014	15 617	370 275	...
je 100 Einwohner/-innen	Anzahl	.	.	0,2	0,3	0,4	0,4	0,5	...
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	Anzahl	.	.	31 834	35 719	41 626	42 776	962 187	...
je 100 Einwohner/-innen ab 18 Jahren	Anzahl	.	.	1,0	1,1	1,2	1,3	1,3	...
Hilfearten nach 5.-9. Kapitel	Anzahl	.	.	36 602	42 172	46 428	47 466	1 074 704	...
je 100 Einwohner/-innen	Anzahl	.	.	0,9	1,1	1,2	1,2	1,3	...
Allgemeines Wohngeld									
Empfängerhaushalte	Anzahl	.	.	25 807	42 427	29 495	25 438	664 724	...
je Einwohner/-in	Anzahl	.	.	0,6	1,1	0,7	0,6	0,8	...
Gezahltes Wohngeld	Mill. EUR	.	.	46,1	72,0	42,9	36,3	984,9	...
je Einwohner/-in	EUR	.	.	1 137,4	1 798,0	1074,0	908,8	1 219,4	...
Mietzuschuss	Mill. EUR	.	.	39,1	61,1	35,9	30,1
Lastenzuschuss	Mill. EUR	.	.	7,0	10,9	7,0	6,1

T 2 Soziale Mindestsicherung 2007–2013 nach Bundesländern

Bundesland	2007		2012		2013			
	Mindestsicherung ¹	darunter: SGB II ²	Mindestsicherung ¹	darunter: SGB II ²	Mindestsicherung ¹	darunter: SGB II ²	Veränderung zu 2007	
	Anteile in %						Mindestsicherung ¹	darunter: SGB II ²
							Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	5,4	5,5	5,0	4,9	5,1	5,0	-0,3	-0,5
Bayern	5,0	5,0	4,4	4,1	4,5	4,1	-0,5	-0,9
Berlin	19,9	21,7	19,5	20,7	19,4	20,3	-0,5	-1,4
Brandenburg	13,9	16,4	11,5	13,3	11,3	13,0	-2,6	-3,4
Bremen	17,0	18,6	16,7	17,6	17,1	17,7	0,1	-0,9
Hamburg	13,6	14,0	13,1	12,8	13,2	12,6	-0,4	-1,4
Hessen	8,8	9,1	8,3	8,3	8,6	8,4	-0,2	-0,7
Mecklenburg-Vorpommern	16,8	19,7	13,7	15,6	13,7	15,3	-3,1	-4,4
Niedersachsen	10,0	10,8	9,0	9,4	9,2	9,3	-0,8	-1,5
Nordrhein-Westfalen	10,7	11,5	10,7	11,2	11,0	11,4	0,3	-0,1
Rheinland-Pfalz	7,2	7,7	6,6	6,7	6,9	6,8	-0,3	-0,9
Saarland	9,6	10,4	9,1	9,5	9,4	9,8	-0,2	-0,6
Sachsen	13,6	16,8	11,0	13,3	10,8	12,9	-2,8	-3,9
Sachsen-Anhalt	16,3	19,8	14,0	16,7	13,9	16,3	-2,4	-3,5
Schleswig-Holstein	10,1	11,0	9,5	9,9	9,6	9,9	-0,5	-1,1
Thüringen	12,2	14,5	9,6	11,2	9,4	10,8	-2,8	-3,7
Deutschland	9,8	10,7	9,0	9,4	9,1	9,4	-0,7	-1,3

1 Je 100 der Bevölkerung. – 2 Je 100 der Bevölkerung unter 65 Jahren.

G 2 Empfänger/-innen von Leistungen der sozialen Mindestsicherung 2013 nach Bundesländern

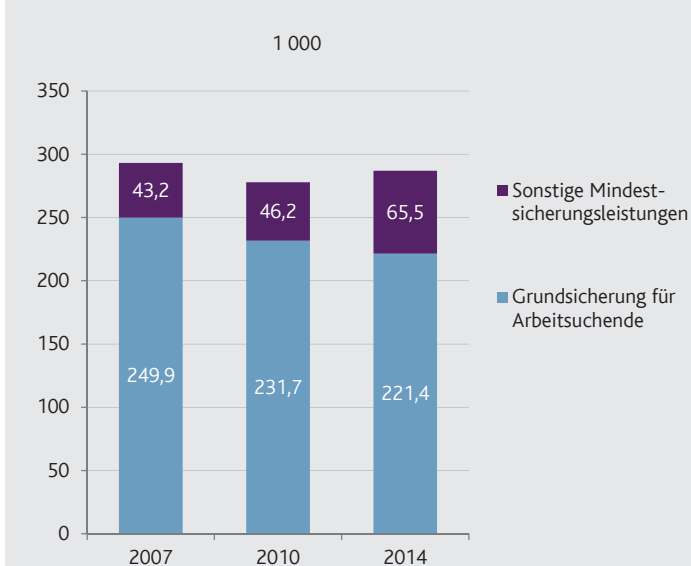


T 3 Empfänger/-innen von Leistungen der sozialen Mindestsicherung 2007–2014

Leistungsart	2007	2011	2013	2014			
	insgesamt			Anteil	Veränderung zu		
					2007	2013	
	Anzahl				%		
Leistungen nach dem SGB II ¹ insgesamt	249 911	216 744	217 290	221 444	77,2	-11,4	1,9
Arbeitslosengeld II	174 925	153 795	153 520	156 170	54,4	-10,7	1,7
Sozialgeld	74 986	62 949	63 770	65 274	22,8	-13,0	2,4
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	32 047	37 729	41 626	42 776	14,9	33,5	2,8
Grundsicherung bei dauerhaft voller Erwerbsminderung	14 867	18 296	19 886	20 593	7,2	38,5	3,6
Grundsicherung im Alter	17 180	19 433	21 740	22 183	7,7	29,1	2,0
Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen	2 981	3 841	4 486	4 959	1,7	66,4	10,5
Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	5 368	5 974	9 572	16 804	5,9	213,0	75,6
Laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge ²	2 824	1 602	1 101	1 004	0,3	-64,4	-8,8
Insgesamt	293 131	265 890	274 075	286 987	100	-2,0	4,7

1 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. – 2 2007 bis 2013: Werte aus dem Vorjahr, zweijährliche Erhebung.

G 3 Empfänger/-innen von Leistungen der sozialen Mindestsicherung 2007–2014



Die Mindestsicherung umfasst die Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II (Hartz IV), die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie die Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII, die Asylbewerberleistungen und die Kriegsopferfürsorge.

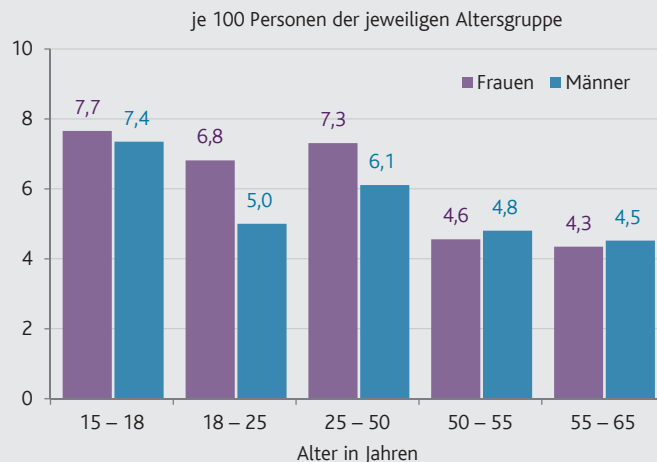
Die Grundsicherung für Arbeitsuchende macht den größten Teil der sozialen Mindestsicherung aus (77 Prozent der Empfängerinnen und Empfänger). Die Empfängerzahlen von Hartz IV-Leistungen sind deutlich gesunken – seit 2007 um mehr als elf Prozent. Dagegen gibt es bei den sonstigen Mindestsicherungsleistungen (überwiegend Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) eine Steigerung um 52 Prozent.

T 4 Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2006–2014 nach Geschlecht

Merkmal	2006	2010	2013	2014			
	insgesamt				Anteil	Veränderung zu	
						2006	2013
	Anzahl				%		
Empfänger/-innen	31 834	35 719	41 626	42 776	100	34,4	2,8
Frauen	18 446	20 223	23 312	23 326	54,5	26,5	0,1
Männer	13 388	15 496	18 314	19 450	45,5	45,3	6,2
je 1 000 Einwohner/-innen ab 18 Jahren	9,6	10,7	12,4	12,7	x	32,3	2,4
außerhalb von Einrichtungen	23 761	27 697	32 795	33 911	79,3	42,7	3,4
Deutsche	28 259	31 476	36 652	37 454	87,6	32,5	2,2
Ältere (65 Jahre und älter)	17 109	18 377	21 740	22 183	100	29,7	2,0
Frauen	11 713	12 261	14 200	14 022	63,2	19,7	-1,3
Männer	5 396	6 116	7 540	8 161	36,8	51,2	8,2
je 1 000 Einwohner/-innen ab 18 Jahren	5,2	5,5	6,5	6,6	x	26,9	1,5
außerhalb von Einrichtungen	14 108	15 410	18 219	18 661	84,1	32,3	2,4
Deutsche	14 407	15 298	18 159	18 330	82,6	27,2	0,9
Dauerhaft Erwerbsgeminderte	14 725	17 342	19 886	20 593	100	39,9	3,6
Frauen	6 733	7 962	9 112	9 304	45,2	38,2	2,1
Männer	7 992	9 380	10 774	11 289	54,8	41,3	4,8
je 1 000 Einwohner/-innen ab 18 Jahren	4,4	5,2	5,9	6,1	x	38,6	3,4
außerhalb von Einrichtungen	9 653	12 287	14 576	15 250	74,1	58,0	4,6
Deutsche	13 852	16 178	18 493	19 124	92,9	38,1	3,4

6

G 4 Erwerbsfähige Empfänger/-innen von Grundsicherung für Arbeitsuchende am 31.12.2014 nach Altersgruppen und Geschlecht



Die Grundsicherung für Arbeitsuchende löste 2005 die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe ab. Die Leistung ist im SGB II geregelt und setzt sich zusammen aus dem Arbeitslosengeld II und dem Sozialgeld. Sie wird erwerbsfähigen Personen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren sowie deren Angehörigen gewährt, die über kein ausreichendes Einkommen zur Absicherung ihrer materiellen Grundbedürfnisse verfügen.

Von den 221 400 Leistungsempfängerinnen und -empfängern bezogen 71 Prozent Arbeitslosengeld II; 29 Prozent wurde Sozialgeld bezahlt.

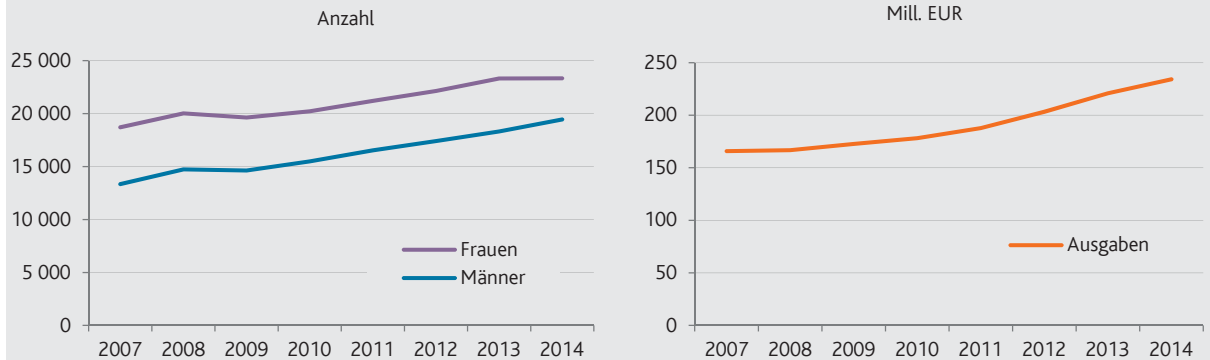
T 5 Empfänger/-innen von sozialen Leistungen und Bruttoausgaben der Sozialhilfe 2009–2014

Jahr	Hilfe zum Lebensunterhalt		Grundsicherung ¹		Hilfearten nach SGB XII 5.-9. Kapitel	
	zusammen	in Einrichtungen	zusammen	in Einrichtungen	zusammen	in Einrichtungen
Anzahl der Empfänger/-innen						
2009	11 814	8 496	34 265	7 989	40 357	32 128
2010	12 673	9 147	35 719	8 022	42 172	32 683
2011	12 995	9 154	37 729	8 287	43 910	33 879
2012	13 427	9 451	39 545	8 552	45 483	34 338
2013	15 014	10 528	41 626	8 831	46 428	34 699
2014	15 617	10 658	42 776	8 865	47 466	35 177
Messzahl: 2009=100						
2009	100	100	100	100	100	100
2010	107,3	107,7	104,2	100,4	104,5	101,7
2011	110,0	107,7	110,1	103,7	108,8	105,5
2012	113,7	111,2	115,4	107,0	112,7	106,9
2013	127,1	123,9	121,5	110,5	115,0	108,0
2014	132,2	125,4	124,8	111,0	117,6	109,5
Anzahl je 1 000 Einwohner/-innen						
2009	2,9	2,1	10,3	2,4	10,1	8,0
2010	3,2	2,3	10,7	2,4	10,5	8,2
2011	3,2	2,3	11,3	2,5	11,0	8,5
2012	3,4	2,4	11,8	2,6	11,4	8,6
2013	3,8	2,6	12,4	2,6	11,6	8,7
2014	3,9	2,7	12,7	2,6	11,9	8,8
Bruttoausgaben (1 000 EUR)						
2009	40 691	21 948	172 703	44 221	896 566	784 632
2010	38 981	21 813	178 092	45 251	938 108	818 408
2011	42 981	24 683	187 763	45 978	974 182	849 888
2012	44 448	25 079	203 283	51 404	1 017 345	860 806
2013	46 264	25 414	220 789	56 109	1 052 998	905 288
2014	51 060	27 111	234 151	53 965	1 113 612	956 318
Messzahl: 2009=100						
2009	100	100	100	100	100	100
2010	95,8	99,4	103,1	102,3	104,6	104,3
2011	105,6	112,5	108,7	104,0	108,7	108,3
2012	109,2	114,3	117,7	116,2	113,5	109,7
2013	113,7	115,8	127,8	126,9	117,4	115,4
2014	125,5	123,5	135,6	122,0	124,2	121,9
EUR je Fall						
2009	3 444,29	2 583,31	5 040,22	5 535,24	22 215,87	24 422,06
2010	3 075,89	2 384,75	4 985,92	5 640,81	22 244,80	25 040,79
2011	3 307,53	2 696,42	4 976,62	5 548,24	22 185,88	25 085,99
2012	3 310,31	2 653,55	5 140,54	6 010,81	22 367,60	25 068,62
2013	3 081,40	2 413,98	5 304,12	6 353,66	22 680,23	26 089,75
2014	3 269,51	2 543,68	5 473,90	6 087,40	23 461,26	27 185,89

1 Im Alter und bei Erwerbsminderung.

G 5

Empfänger/-innen von Ausgaben für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2007–2014



T 6

Empfänger/-innen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz 2009–2014

Jahr	Insgesamt	Davon					Darunter
		Grundleistungs- empfänger/-innen	nach der Form der Leistung			Empfänger/-innen von Hilfe zum Lebensunterhalt	Empfänger/-innen ausschließlich besonderer Leistungen
			Sachleistung	Wertgutschein	Geldleistung		
Anzahl							
2009	4 560	3 551	1 161	526	3 051	1 009	10
2010	5 328	4 397	1 437	784	3 765	931	7
2011	5 974	4 918	1 639	543	4 212	1 056	-
2012	6 847	5 816	2 041	338	4 935	1 031	2
2013	9 572	8 675	3 264	494	7 336	897	3
2014	16 804	15 942	6 327	1 010	13 125	862	10
Messzahl: 2009=100							
2009	100	100	100	100	100	100	100
2010	116,6	123,8	123,8	149,0	123,4	92,3	70,0
2011	130,7	138,5	141,2	103,2	138,1	104,7	-
2012	149,8	163,8	175,8	64,3	161,8	102,2	20,0
2013	209,5	244,3	281,1	93,9	240,4	88,9	30,0
2014	367,7	448,9	545,0	192,0	430,2	85,4	100
je 10 000 Einwohner/-innen							
2009	11,4	8,8	2,9	1,3	7,6	2,5	0,0
2010	13,3	11,0	3,6	2,0	9,4	2,3	0,0
2011	14,9	12,3	4,1	1,4	10,5	2,6	-
2012	17,1	14,5	5,1	0,8	12,3	2,6	0,0
2013	24,0	21,7	8,2	1,2	18,4	2,2	0,0
2014	41,9	39,7	15,8	2,5	32,7	2,1	0,0

Ü 1 Soziale Leistungen der Mindestsicherung im Überblick 2014
Soziale Leistungen im Rahmen der Mindestsicherung

287 000 Personen (=100%)

Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II

221 500 Personen (=77%)

Arbeitslosengeld II

 Erwerbsfähige Personen im Alter von
15 bis unter 65 Jahren

156 200 Personen

Sozialgeld

 Nichterwerbsfähige Personen unter 65 Jahren, die mit
erwerbsfähigen Personen in einer Bedarfsgemeinschaft
wohnen

65 300 Personen

Sozialhilfe nach SGB XII

47 800 Personen (=16%)

Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

 Kinder und zeitweise Erwerbsgeminderte unter 65 Jahren,
die nicht mit erwerbsfähigen Personen in einer
Bedarfsgemeinschaft leben

5 000 Personen

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

 Personen ab 18 Jahren, die dauerhaft erwerbsgemindert
sind und Personen ab 65 Jahren

42 800 Personen

Asylbewerberleistungen

16 800 Personen (=6%)

Asylbewerber/-innen und sonstige nach dem Asylbewerberleistungsgesetz berechtigte Personen

Kriegsopferfürsorge

1 000 Personen (=1%)

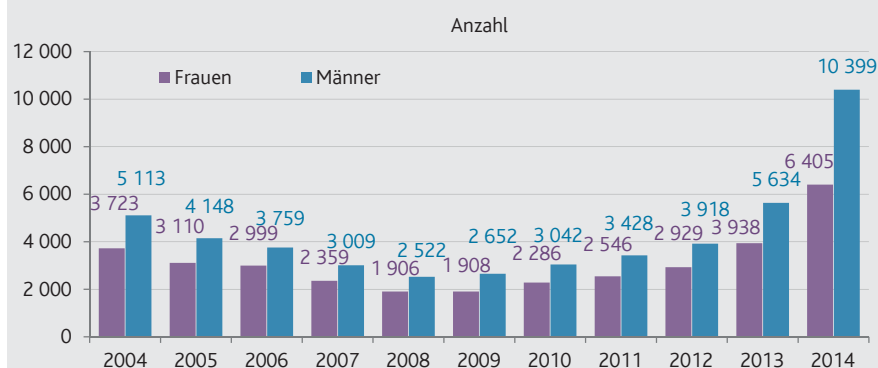
 Personen, die bei militärischen Diensten beschädigt wurden, ihre Familienmitglieder bzw. Angehörige sowie weitere
Personen mit einem sozialen Entschädigungsrecht wie Zivildienstleistende und Opfer von Gewalttaten

T 7 Bruttoausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz 2009–2014

Jahr	Insgesamt		Davon					
	Gesamt-leistungen	je Einwoh-ner/-in	Leistungen in besonderen Fällen (§ 2)		Grundleistungen (§ 3)		andere Leistungen (§ 4-6)	
			zusammen	darunter: in Einrichtungen	zusammen	darunter: in Einrichtungen	zusammen	darunter: in Einrichtungen
	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR					
2009	26 054	6,49	4 957	2	14 826	1 442	6 272	818
2010	30 198	7,54	5 329	1	17 644	1 954	7 225	1 353
2011	34 812	8,70	5 430	-	20 743	2 045	8 639	1 478
2012	41 783	10,47	5 805	-	25 827	3 813	10 152	2 143
2013	63 620	15,94	6 055	-	41 934	7 025	15 631	3 400
2014	105 217	26,23	6 513	56	72 104	15 845	26 599	7 295
	Messzahl: 2009=100							
2009	100	100	100	100	100	100	100	100
2010	115,9	116,2	107,5	69,0	119,0	135,5	115,2	165,3
2011	133,6	134,1	109,5	-	139,9	141,8	137,7	180,6
2012	160,4	161,3	117,1	-	174,2	264,3	161,9	261,9
2013	244,2	245,6	122,1	-	282,8	487,0	249,2	415,5
2014	403,8	404,2	131,4	2 592,6	486,3	1 098,6	424,1	891,4
	je Einwohner/-in							
2009	6,5	x	1,2	0,0	3,7	0,4	1,6	0,2
2010	7,5	x	1,3	-	4,4	0,5	1,8	0,3
2011	8,7	x	1,4	-	5,2	0,5	2,2	0,4
2012	10,5	x	1,5	-	6,5	1,0	2,5	0,5
2013	15,9	x	1,5	-	10,5	1,8	3,9	0,9
2014	26,2	x	1,6	0,0	18,0	4,0	6,6	1,8

6

G 6 Empfänger/-innen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz 2004–2014



Zur Bestreitung ihres täglichen Lebensunterhalts erhalten Asyl-begehrende Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Form von Sachleistungen, Wert-gutscheinen und Geldleistungen. Die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger dieser Leistungen ist in den vergangenen Jahren kon-tinuierlich gestiegen. Ende 2014 wurden 16 800 Personen unter-stützt; das ist gegenüber 2013 ein Plus von 75 Prozent.

T 8 Haushalte mit allgemeinem Wohngeld 2004–2014 nach der Haushaltsgröße¹

Haushaltsgröße	2004	2012	2013	2014			
	insgesamt				Anteil	Veränderung zu	
						2004	2013
Haushalte mit allgemeinem Wohngeld	Anzahl				%		
1 Person	35 439	16 041	13 929	11 950	51,3	-66,3	-14,2
2 Personen	15 084	4 047	3 375	2 824	12,1	-81,3	-16,3
3 Personen	10 031	2 443	2 001	1 796	7,7	-82,1	-10,2
4 Personen	10 073	3 734	3 184	2 773	11,9	-72,5	-12,9
5 Personen	5 595	2 651	2 382	2 120	9,1	-62,1	-11,0
6 Personen und mehr	4 223	2 032	1 894	1 817	7,8	-57,0	-4,1
Insgesamt	80 445	30 948	26 765	23 280	100	-71,1	-13,0
Durchschnittlicher monatlicher Anspruch	EUR				%		
1 Person	82	81	78	77	x	-6,1	-1,3
2 Personen	103	107	106	105	x	1,9	-0,9
3 Personen	127	127	125	125	x	-1,6	-
4 Personen	158	153	150	148	x	-6,3	-1,3
5 Personen	183	185	184	180	x	-1,6	-2,2
6 Personen und mehr	244	271	272	269	x	10,2	-1,1
Insgesamt	117	118	117	117	x	-	-
Haushalte mit Mietzuschuss	Anzahl				%		
1 Person	33 528	14 952	12 952	11 098	54,8	-66,9	-14,3
2 Personen	14 196	3 619	2 987	2 496	12,3	-82,4	-16,4
3 Personen	9 346	2 173	1 769	1 617	8,0	-82,7	-8,6
4 Personen	8 778	3 088	2 669	2 329	11,5	-73,5	-12,7
5 Personen	4 454	1 944	1 769	1 615	8,0	-63,7	-8,7
6 Personen und mehr	2 782	1 180	1 103	1 096	5,4	-60,6	-0,6
Insgesamt	73 084	26 956	23 249	20 251	100	-72,3	-12,9
Haushalte mit Lastenzuschuss ²	Anzahl				%		
1 Person	1 911	1 089	977	852	28,1	-55,4	-12,8
2 Personen	888	428	388	328	10,8	-63,1	-15,5
3 Personen	685	270	232	179	5,9	-73,9	-22,8
4 Personen	1 295	646	515	444	14,7	-65,7	-13,8
5 Personen	1 141	707	613	505	16,7	-55,7	-17,6
6 Personen und mehr	1 441	852	791	721	23,8	-50,0	-8,8
Insgesamt	7 361	3 992	3 516	3 029	100	-58,9	-13,9
1 Ohne wohngeldrechtliche Teilhaushalte. – 2 Für Eigentümer/-innen.							

T 9

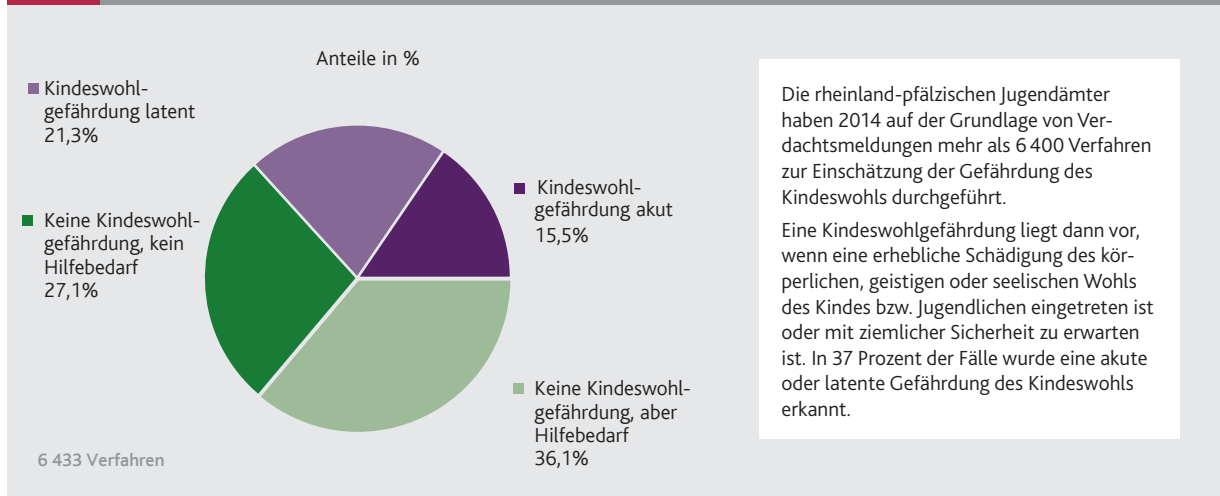
Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls 2014 nach Alter und Geschlecht des/der Minderjährigen und dem Ergebnis des Verfahrens

Altersgruppen	Verfahren insgesamt		Kindeswohlgefährdung		Keine Kindeswohlgefährdung	
			akut	latent	aber Hilfebedarf	kein Hilfebedarf
	Anzahl		%			
Insgesamt	6 433	100	18,0	24,7	42,0	31,5
unter 3 Jahre	1 593	100	18,0	21,6	40,1	36,3
3 – 6 Jahre	1 255	100	12,9	22,9	39,3	31,2
6 – 10 Jahre	1 400	100	15,8	24,9	43,3	32,2
10 – 14 Jahre	1 202	100	21,7	26,7	42,5	27,7
14 – 17 Jahre	983	100	24,7	30,0	46,6	27,0
männlich	3 299	100	18,1	26,2	42,6	31,7
unter 3 Jahre	861	100	18,5	23,0	40,2	36,9
3 – 6 Jahre	682	100	13,4	24,3	40,8	33,3
6 – 10 Jahre	755	100	15,3	26,0	42,8	28,9
10 – 14 Jahre	604	100	23,6	29,3	41,7	28,3
14 – 17 Jahre	397	100	24,0	33,4	53,3	27,5
weiblich	3 134	100	18,0	23,1	41,4	31,2
unter 3 Jahre	732	100	17,5	20,1	40,0	35,5
3 – 6 Jahre	573	100	12,3	21,4	37,7	29,1
6 – 10 Jahre	645	100	16,4	23,4	43,9	36,2
10 – 14 Jahre	598	100	20,0	24,2	43,4	27,3
14 – 17 Jahre	586	100	25,1	28,0	42,6	26,7

6

G 7

Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls 2014 nach dem Ergebnis des Verfahrens



T 10

Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II am 31. Dezember 2014 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Bedarfsgemeinschaften		Empfänger/-innen					
	insgesamt	je 1 000 Einwohner/-innen	insgesamt	je 1 000 Einwohner/-innen	Frauen	SGB II-Quote ¹	Arbeitslosen-geld II	Sozialgeld
	Anzahl		Anzahl		Anzahl	Quote	Anzahl	
Frankenthal (Pfalz), St.	2 012	42,2	3 967	83,2	2 118	10,8	2 736	1 231
Kaiserslautern, St.	6 039	62,0	10 742	110,2	5 493	13,8	7 862	2 880
Koblenz, St.	4 596	41,3	8 936	80,2	4 522	10,3	6 278	2 658
Landau i. d. Pfalz, St.	1 379	31,0	2 499	56,2	1 253	7,0	1 816	683
Ludwigshafen a. Rh., St.	9 898	60,5	20 564	125,7	10 597	15,8	14 198	6 366
Mainz, St.	7 875	38,1	15 379	74,3	7 706	9,1	10 801	4 578
Neustadt a. d. Weinstr., St.	1 887	35,9	3 586	68,2	1 888	8,9	2 569	1 017
Pirmasens, St.	2 753	68,7	5 118	127,8	2 534	17,0	3 697	1 421
Speyer, St.	1 906	38,2	3 559	71,4	1 850	9,0	2 570	989
Trier, St.	3 455	31,9	6 288	58,0	3 164	7,1	4 515	1 773
Worms, St.	4 080	50,3	8 145	100,5	4 320	12,6	5 598	2 547
Zweibrücken, St.	1 397	41,1	2 552	75,0	1 293	9,6	1 852	700
Ahrweiler	2 829	22,3	5 446	43,0	2 707	5,6	3 806	1 640
Altenkirchen (Ww.)	3 615	28,2	6 720	52,4	3 513	6,6	4 818	1 902
Alzey-Worms	2 624	20,8	5 288	42,0	2 542	5,1	3 686	1 602
Bad Dürkheim	2 750	20,9	5 071	38,5	2 559	5,0	3 665	1 406
Bad Kreuznach	5 556	35,6	10 537	67,6	5 414	8,6	7 442	3 095
Bernkastel-Wittlich	1 915	17,3	3 653	32,9	1 970	4,2	2 542	1 111
Birkenfeld	2 777	34,5	5 250	65,1	2 682	8,4	3 709	1 541
Cochem-Zell	1 066	17,2	2 009	32,4	1 058	4,1	1 420	589
Donnersbergkreis	2 006	26,8	3 939	52,6	2 065	6,5	2 714	1 225
Eifelkreis Bitburg-Prüm	1 279	13,3	2 522	26,2	1 313	3,3	1 727	795
Germersheim	2 980	23,6	5 810	46,0	3 060	5,6	4 053	1 757
Kaiserslautern	2 721	26,1	5 239	50,2	2 754	6,3	3 700	1 539
Kusel	2 055	29,0	4 005	56,5	2 019	7,2	2 902	1 103
Mainz-Bingen	4 453	21,8	8 443	41,3	4 365	5,1	5 943	2 500
Mayen-Koblenz	5 486	26,1	10 498	49,9	5 470	6,3	7 382	3 116
Neuwied	5 481	30,6	10 681	59,5	5 508	7,5	7 531	3 150
Rhein-Hunsrück-Kreis	2 080	20,4	3 899	38,2	2 087	4,9	2 729	1 170
Rhein-Lahn-Kreis	2 900	23,9	5 463	45,0	2 853	5,8	3 778	1 685
Rhein-Pfalz-Kreis	2 578	17,2	4 985	33,2	2 599	4,3	3 558	1 427
Südliche Weinstraße	2 030	18,5	3 859	35,2	1 974	4,5	2 713	1 146
Südwestpfalz	1 533	15,9	2 808	29,1	1 402	3,8	2 024	784
Trier-Saarburg	2 004	13,8	3 753	25,9	1 896	3,2	2 649	1 104
Vulkaneifel	1 252	20,6	2 382	39,2	1 249	5,1	1 696	686
Westerwaldkreis	4 169	20,9	7 849	39,4	4 111	4,9	5 491	2 358
Rheinland-Pfalz	115 416	28,8	221 444	55,2	114 112	7,0	156 170	65 274
kreisfreie Städte	47 277	45,6	91 335	88,1	46 738	11,0	64 492	26 843
Landkreise	68 139	22,9	130 109	43,8	67 374	5,6	91 678	38 431

1 Je 100 Einwohner/-innen unter 65 Jahren.

K 1 SGB II-Quote¹ am 31. Dezember 2014 nach Verwaltungsbezirken

Die SGB II-Quote bezieht die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II auf 100 Personen im Alter unter 65 Jahren. Ende 2014 waren von 100 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern sieben auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen.

In den kreisfreien Städten (elf je 100 Einwohnerinnen und Einwohner) lag die Hilfequote doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Landkreise (5,6).

Die höchste SGB II-Quote wurde in Pirmasens registriert (17), die niedrigste im Landkreis Trier-Saargau (3,2).

je 100 Einwohner/-innen
bis unter 65 Jahre

- unter 5 (9)
- 5 bis unter 6 (7)
- 6 bis unter 7 (4)
- 7 bis unter 8 (4)
- 8 bis unter 9 (3)
- 9 und mehr (9)

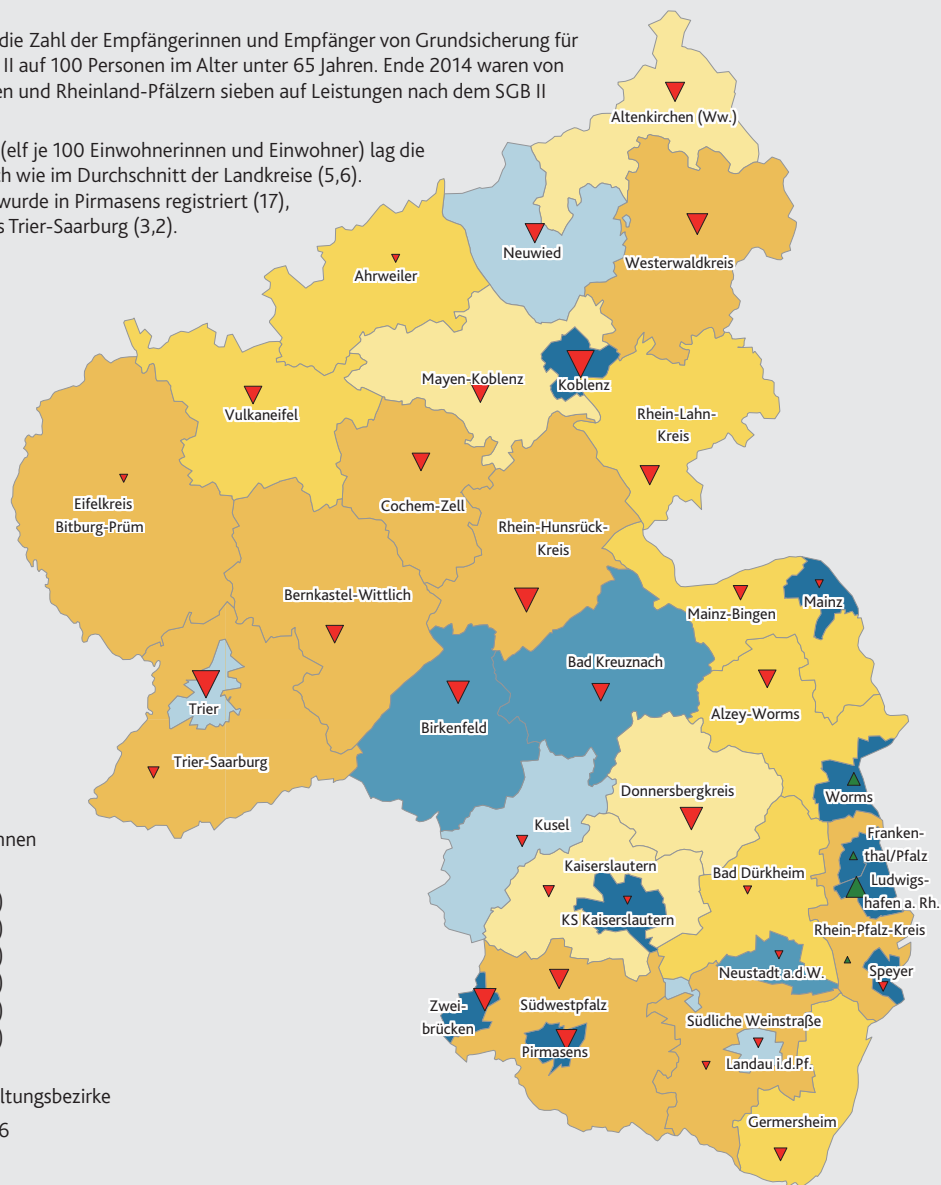
Landeswert: 7,0

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2006

- ▲ Zunahme
- ▼ Abnahme

¹ Empfänger/-innen von Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II.



T 11 Sozialhilfe (SGB XII, 5.–9. Kapitel) 2014¹ nach Hilfearten und Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Empfänger/-innen ²		Bruttoausgaben			
	insgesamt	in Einrichtungen	Hilfen zur Gesundheit ²	Eingliederungshilfe für Behinderte	Hilfe zur Pflege	sonstige Hilfearten
	Anzahl	%	1 000 EUR			
Frankenthal (Pfalz), St.	147	37,4	446	533	489	31
Kaiserslautern, St.	589	5,1	1 456	2 167	1 477	321
Koblenz, St.	408	-	2 703	613	3 462	104
Landau i. d. Pfalz, St.	215	-	191	1 172	621	27
Ludwigshafen a. Rh., St.	256	10,2	1 329	3 249	1 307	182
Mainz, St.	1 378	1,0	1 305	7 985	5 677	200
Neustadt a. d. Weinstr., St.	131	6,9	135	128	73	52
Pirmasens, St.	184	8,7	230	1 755	299	54
Speyer, St.	380	0,8	611	116	1 228	117
Trier, St.	933	1,0	681	3 610	3 521	430
Worms, St.	220	12,7	10	141	1 056	217
Zweibrücken, St.	111	1,8	208	972	450	25
Ahrweiler	174	5,2	493	554	244	249
Altenkirchen (Ww.)	737	69,5	202	4 264	321	86
Alzey-Worms	222	1,8	137	783	411	102
Bad Dürkheim	143	1,4	52	2 314	527	67
Bad Kreuznach	95	48,4	546	3 129	1 403	78
Bernkastel-Wittlich	322	63,4	291	2 872	603	15
Birkenfeld	125	-	37	1 541	107	154
Cochem-Zell	72	54,2	291	1 192	253	39
Donnersbergkreis	104	30,8	10	882	140	30
Eifelkreis Bitburg-Prüm	66	13,6	53	198	251	120
Germersheim	206	6,3	2	1 394	556	59
Kaiserslautern	262	-	275	773	387	89
Kusel	171	0,6	245	1 767	359	25
Mainz-Bingen	292	19,5	344	7 484	1 231	194
Mayen-Koblenz	541	5,2	878	3 668	844	68
Neuwied	281	3,9	500	3 844	792	137
Rhein-Hunsrück-Kreis	119	5,0	145	1 225	539	9
Rhein-Lahn-Kreis	271	5,5	339	1 293	297	15
Rhein-Pfalz-Kreis	28	-	189	529	285	27
Südliche Weinstraße	209	2,4	240	3 147	528	46
Südwestpfalz	201	37,3	89	1 841	109	2
Trier-Saarburg	816	2,3	160	3 042	422	70
Vulkaneifel	165	-	75	2 263	255	14
Westerwaldkreis	226	3,1	139	2 376	708	29
Überörtliche Träger	36 666	92,4	9 978	791 131	176 333	11 601
Rheinland-Pfalz	47 466	74,1	25 014	865 947	207 564	15 086
kreisfreie Städte	4 952	3,9	9 305	22 440	19 660	1 760
Landkreise	5 848	18,7	5 731	52 376	11 571	1 725

1 31.12.2014. – 2 Einschließlich Erstattungen an Krankenkassen für die Übernahme der Krankenbehandlung.

K 2

Bruttoausgaben örtlicher Träger für die Sozialhilfe (SGB XII, 5.-9. Kapitel) 2014 nach Verwaltungsbezirken

Ende 2014 erhielten 47 400 Menschen in Rheinland-Pfalz Sozialhilfe nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII. Die Bruttoausgaben hierfür beliefen sich auf 1,1 Milliarden Euro. Zu den Leistungen zählen neben der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen auch Hilfen zur Pflege, zur Gesundheit sowie sonstige Hilfen.

Im Landesdurchschnitt beliefen sich die Ausgaben örtlicher Träger auf 31 Euro je Einwohnerinnen und Einwohner. Die rechnerisch höchsten Ausgaben hatte 2014 die Stadt Mainz mit 75 Euro, die niedrigsten der Eifelkreis Bitburg-Prüm mit sieben Euro.

EUR je Einwohner/-in

unter 11	(3)
11 bis unter 21	(9)
21 bis unter 31	(7)
31 bis unter 41	(7)
41 bis unter 51	(5)
51 und mehr	(5)

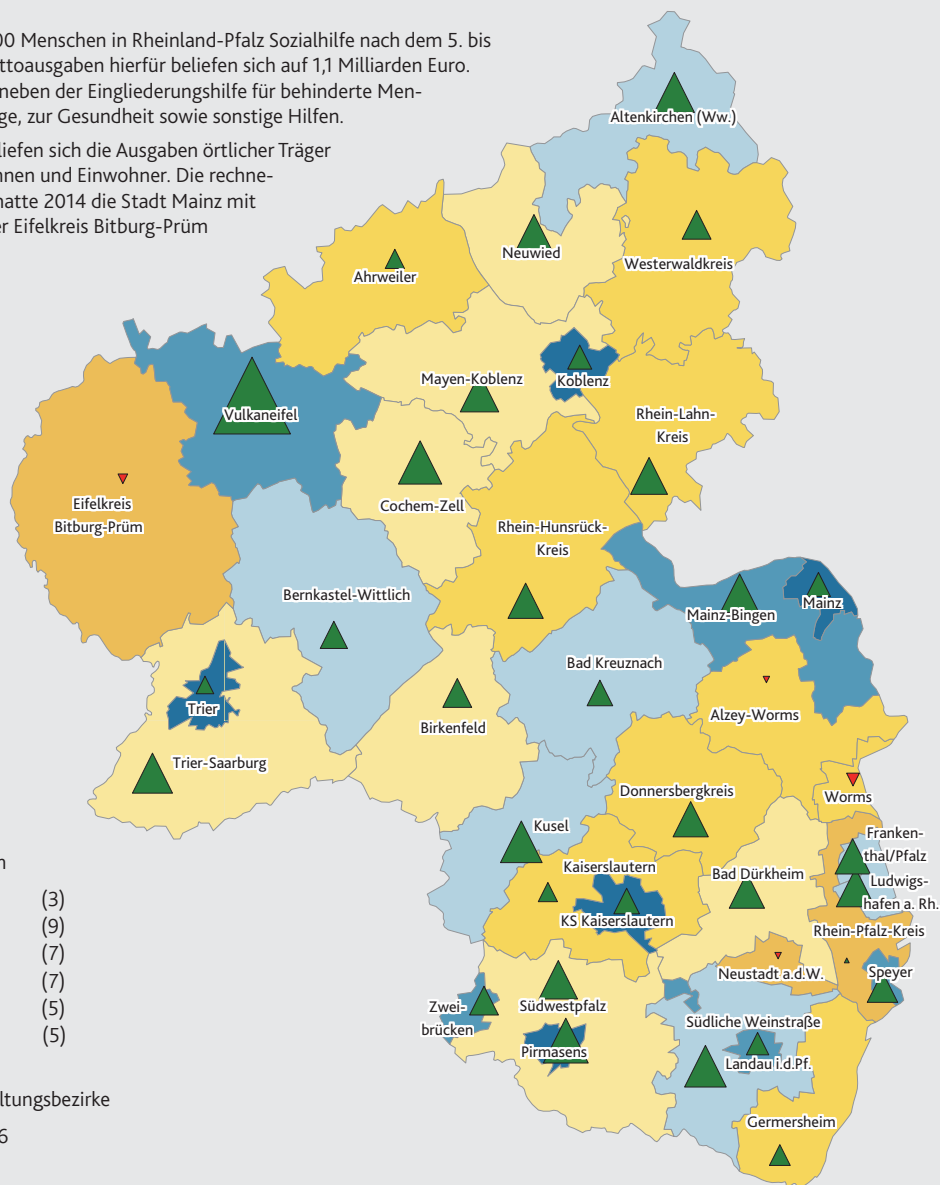
Landeswert: 31,20¹

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2006

- ▲ Zunahme
- ▼ Abnahme

¹ Ohne Ausgaben, die die kreisfreien Städte und Landkreise sowie das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung als überörtliche Träger leisten.



T 12 Bruttoausgaben für die Sozialhilfe 2014¹ nach Hilfearten und Verwaltungsbezirken

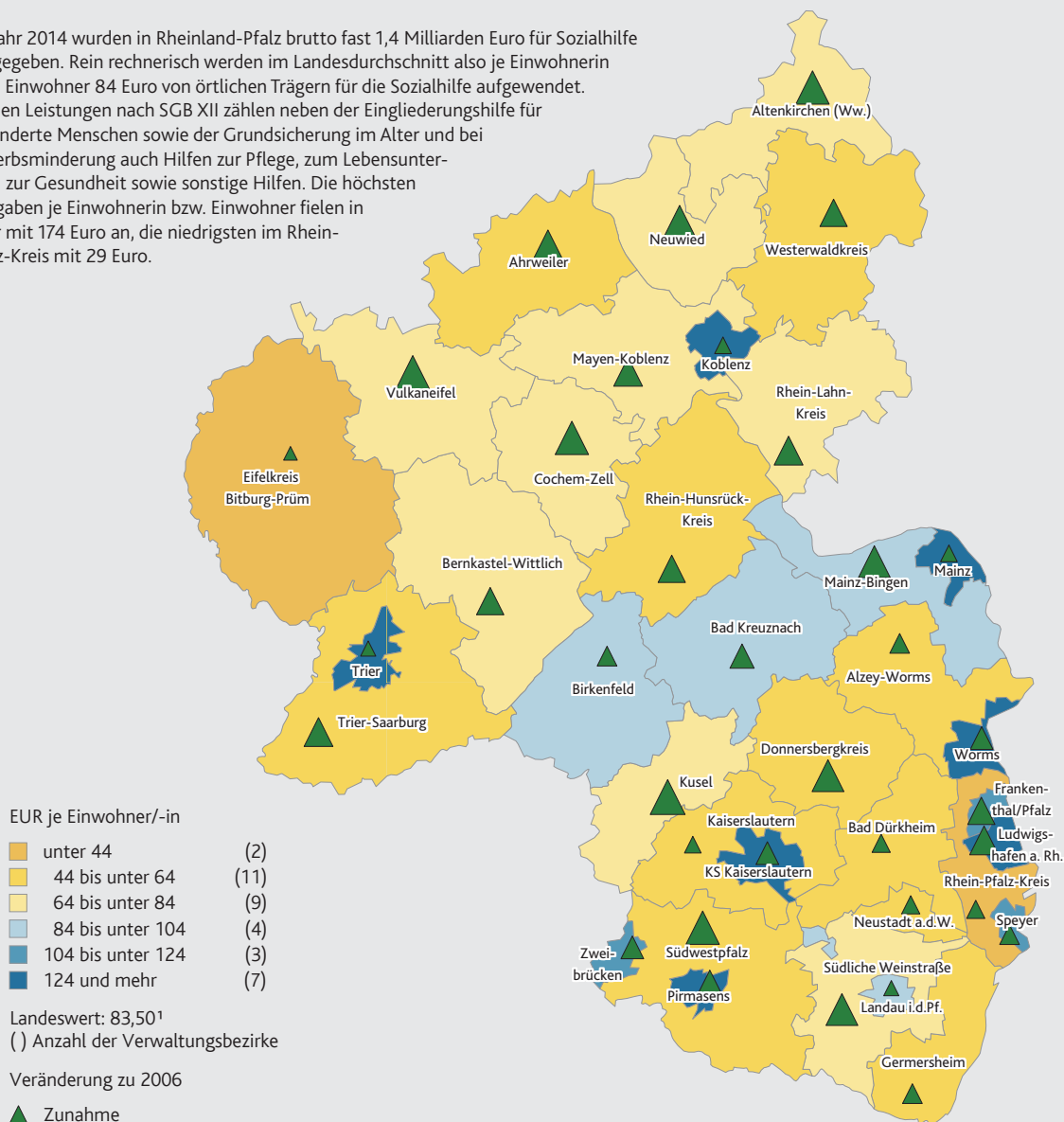
Verwaltungsbezirk	Insgesamt	An Empfänger/-innen in Einrichtungen	Je Einwohner/-in	Hilfe zum Lebensunterhalt	Grundsicherung ²	Hilfearten nach SGB XII 5.-9. Kapitel
	1 000 EUR	%	EUR	EUR je Einwohner/-in ³		
Frankenthal (Pfalz), St.	5 116	11,9	108,37	7,68	82,28	31,76
Kaiserslautern, St.	15 515	3,5	159,69	14,54	104,45	55,79
Koblenz, St.	18 790	5,0	170,44	6,51	118,65	62,42
Landau i. d. Pfalz, St.	4 296	-	98,18	7,16	53,31	45,96
Ludwigshafen a. Rh., St.	20 584	0,8	127,95	7,69	99,74	37,71
Mainz, St.	32 559	0,7	159,97	7,35	91,39	74,52
Neustadt a. d. Weinstr., St.	3 001	1,4	57,32	5,75	52,34	7,40
Pirmasens, St.	5 901	-	146,75	11,89	89,84	58,14
Speyer, St.	5 309	2,0	106,65	8,00	68,32	41,62
Trier, St.	18 577	1,1	173,76	11,44	98,89	77,10
Worms, St.	10 609	20,0	132,55	18,99	115,33	17,79
Zweibrücken, St.	3 854	5,4	113,03	8,97	65,74	48,54
Ahrweiler	6 874	6,1	54,56	6,09	43,05	12,22
Altenkirchen (Ww.)	9 667	0,3	75,06	5,58	38,07	37,83
Alzey-Worms	6 291	1,4	50,24	6,85	38,69	11,45
Bad Dürkheim	7 299	1,2	55,71	3,62	35,04	22,59
Bad Kreuznach	14 440	6,2	92,97	10,91	58,46	33,20
Bernkastel-Wittlich	7 383	1,2	66,65	4,73	33,14	34,15
Birkenfeld	7 282	12,8	89,99	18,01	58,14	22,72
Cochem-Zell	4 002	-	64,27	2,80	39,24	28,51
Donnersbergkreis	4 370	-	57,97	10,40	40,50	14,07
Eifelkreis Bitburg-Prüm	3 487	0,3	36,29	3,31	32,00	6,47
Germersheim	6 867	0,0	54,85	4,76	41,07	16,06
Kaiserslautern	4 691	0,1	44,97	2,09	34,02	14,62
Kusel	4 748	-	66,45	5,85	32,00	33,53
Mainz-Bingen	17 144	1,3	84,54	7,11	38,50	45,62
Mayen-Koblenz	16 449	2,4	78,35	5,36	56,26	26,00
Neuwied	15 069	2,1	83,88	6,97	57,45	29,35
Rhein-Hunsrück-Kreis	5 608	0,2	54,98	4,69	37,70	18,81
Rhein-Lahn-Kreis	7 925	2,1	65,16	9,33	47,34	15,97
Rhein-Pfalz-Kreis	4 315	0,3	29,04	1,78	24,25	6,94
Südliche Weinstraße	7 576	0,3	69,56	3,42	35,50	36,37
Südwestpfalz	4 892	14,4	50,48	3,52	30,38	21,06
Trier-Saarburg	8 185	2,0	56,79	3,55	33,33	25,63
Vulkaneifel	4 826	0,8	79,19	3,27	39,64	42,77
Westerwaldkreis	9 991	1,1	50,26	5,80	33,99	16,35
Überörtlicher Träger	1 065 331	96,5	266,84	6,02	15,63	247,73
Rheinland-Pfalz	1 398 823	74,2	350,38	12,79	70,04	278,94
kreisfreie Städte	144 110	3,6	140,48	9,52	93,47	51,82
Landkreise	189 382	2,5	63,84	5,82	40,68	24,07

1 Ohne Ausgaben für Asylbewerber/-innen. – 2 Im Alter und bei Erwerbsminderung. – 3 Grundsicherung ab 18 Jahren.

K 3

Bruttoausgaben örtlicher Träger für die Sozialhilfe (SGB XII) 2014 nach Verwaltungsbezirken

Im Jahr 2014 wurden in Rheinland-Pfalz brutto fast 1,4 Milliarden Euro für Sozialhilfe ausgegeben. Rein rechnerisch werden im Landesdurchschnitt also je Einwohnerin bzw. Einwohner 84 Euro von örtlichen Trägern für die Sozialhilfe aufgewendet. Zu den Leistungen nach SGB XII zählen neben der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen sowie der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung auch Hilfen zur Pflege, zum Lebensunterhalt, zur Gesundheit sowie sonstige Hilfen. Die höchsten Ausgaben je Einwohnerin bzw. Einwohner fielen in Trier mit 174 Euro an, die niedrigsten im Rhein-Pfalz-Kreis mit 29 Euro.



T 13 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2014 nach Verwaltungsbezirken

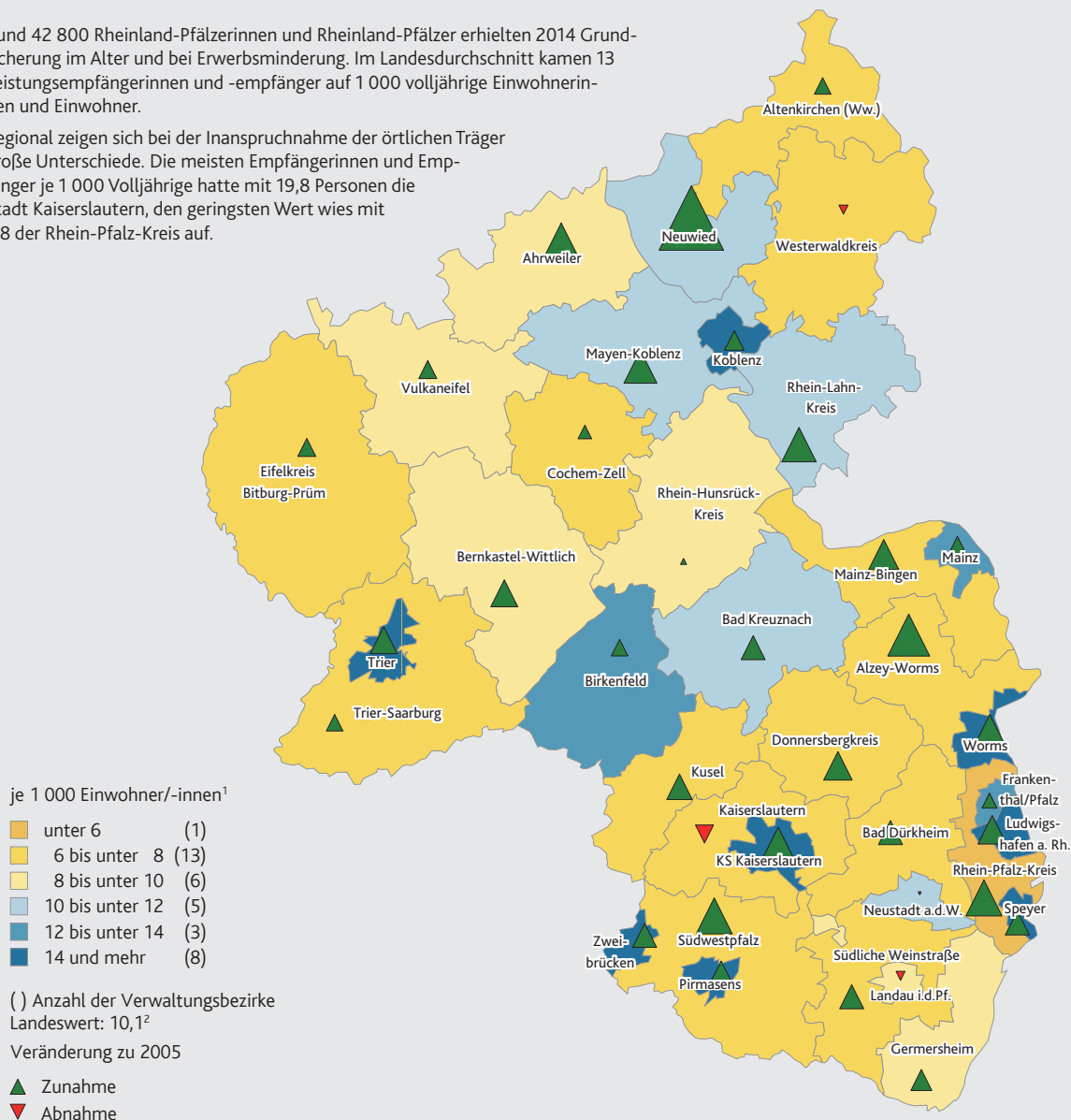
Verwaltungsbezirk	Empfänger/-innen				Bruttoausgaben		
	insgesamt	vollerwerbsgemindert	ab 65 Jahren	je 1 000 Einwohner/-innen ¹	insgesamt	je Einwohner/-in ¹	je Fall
	Anzahl				1 000 EUR	EUR	
Frankenthal (Pfalz), St.	550	214	336	13,7	3 254	82,28	5 916
Kaiserslautern, St.	1 660	602	1 058	19,8	8 682	104,45	5 230
Koblenz, St.	1 841	618	1 223	19,3	11 191	118,65	6 079
Landau i. d. Pfalz, St.	361	172	189	9,6	1 971	53,31	5 461
Ludwigshafen a. Rh., St.	2 175	903	1 272	16,1	13 280	99,74	6 106
Mainz, St.	2 202	844	1 358	12,4	15 897	91,39	7 219
Neustadt a. d. Weinstr., St.	456	191	265	10,3	2 313	52,34	5 073
Pirmasens, St.	517	225	292	15,1	3 085	89,84	5 967
Speyer, St.	632	284	348	15,1	2 839	68,32	4 492
Trier, St.	1 663	667	996	17,8	9 111	98,89	5 479
Worms, St.	1 051	458	593	15,6	7 665	115,33	7 293
Zweibrücken, St.	471	254	217	16,3	1 893	65,74	4 019
Ahrweiler	912	395	517	8,5	4 567	43,05	5 008
Altenkirchen (Ww.)	766	416	350	7,2	4 075	38,07	5 320
Alzey-Worms	813	385	428	7,8	4 000	38,69	4 920
Bad Dürkheim	761	368	393	6,8	3 865	35,04	5 079
Bad Kreuznach	1 381	619	762	10,6	7 590	58,46	5 496
Bernkastel-Wittlich	761	339	422	8,2	3 077	33,14	4 043
Birkenfeld	841	422	419	12,3	3 987	58,14	4 740
Cochem-Zell	385	165	220	7,3	2 053	39,24	5 332
Donnersbergkreis	497	275	222	8,0	2 525	40,50	5 081
Eifelkreis Bitburg-Prüm	568	320	248	7,1	2 546	32,00	4 483
Germersheim	842	368	474	8,0	4 261	41,07	5 061
Kaiserslautern	535	244	291	6,2	2 948	34,02	5 511
Kusel	369	201	168	6,1	1 935	32,00	5 243
Mainz-Bingen	1 237	569	668	7,3	6 449	38,50	5 214
Mayen-Koblenz	1 894	941	953	10,7	9 866	56,26	5 209
Neuwied	1 752	730	1 022	11,7	8 543	57,45	4 876
Rhein-Hunsrück-Kreis	690	319	371	8,1	3 211	37,70	4 653
Rhein-Lahn-Kreis	1 040	556	484	10,1	4 847	47,34	4 660
Rhein-Pfalz-Kreis	737	418	319	5,8	3 020	24,25	4 097
Südliche Weinstraße	648	315	333	7,0	3 242	35,50	5 003
Südwestpfalz	506	338	168	6,1	2 510	30,38	4 960
Trier-Saarburg	746	347	399	6,2	3 979	33,33	5 333
Vulkaneifel	426	207	219	8,3	2 020	39,64	4 743
Westerwaldkreis	1 204	593	611	7,3	5 586	33,99	4 640
Überörtlicher Träger	8 886	5 311	3 575	2,6	52 269	15,63	5 882
Rheinland-Pfalz	42 776	20 593	22 183	12,7	234 151	70,04	5 474
kreisfreie Städte	13 579	5 432	8 147	15,4	81 181	93,47	5 978
Landkreise	20 311	9 850	10 461	8,2	100 702	40,68	4 958
1 Ab 18 Jahren.							

K 4

Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2014 nach Verwaltungsbezirken

Rund 42 800 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer erhielten 2014 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Im Landesdurchschnitt kamen 13 Leistungsempfängerinnen und -empfänger auf 1 000 volljährige Einwohnerinnen und Einwohner.

Regional zeigen sich bei der Inanspruchnahme der örtlichen Träger große Unterschiede. Die meisten Empfängerinnen und Empfänger je 1 000 Volljährige hatte mit 19,8 Personen die Stadt Kaiserslautern, den geringsten Wert wies mit 5,8 der Rhein-Pfalz-Kreis auf.



T 14 Jugendhilfe am 31. Dezember 2014 nach ausgewählten Hilfen und Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Beistandschaften	Amtsvormundschaften	Ampfleg-schaften	Hilfen zur Erziehung				je 1 000 unter 27-jährige	Adoptierte Kinder und Jugendliche
				insgesamt	darunter				
					Erziehungsberatung	Familienhilfe ¹	Hilfe zur Erziehung ²		
	Anzahl			%			Anzahl		
Frankenthal (Pfalz), St.	386	5	21	340	21,8	32,6	24,1	26,7	2
Kaiserslautern, St.	1 019	71	47	1 230	42,3	15,9	23,3	42,6	2
Koblenz, St.	411	58	61	943	15,2	41,3	21,6	30,8	7
Landau i. d. Pfalz, St.	568	27	9	538	44,6	20,8	13,0	40,3	1
Ludwigshafen a. Rh., St.	3 174	78	96	2 274	35,2	17,3	15,3	48,4	8
Mainz, St.	1 445	71	73	1 286	19,1	24,7	28,0	20,9	7
Neustadt a. d. Weinstr., St.	280	24	23	572	31,3	23,3	30,8	43,2	4
Pirmasens, St.	967	43	42	793	46,9	22,6	17,4	81,4	1
Speyer, St.	626	21	30	492	29,1	27,4	19,3	38,2	1
Trier, St.	1 340	28	93	991	25,5	21,4	27,7	29,3	8
Worms, St.	647	59	111	794	3,0	37,5	34,6	34,7	2
Zweibrücken, St.	364	10	27	241	14,5	19,1	35,7	27,2	1
Ahrweiler	902	54	44	661	11,6	28,6	21,2	20,8	2
Altenkirchen (Ww.)	961	55	66	834	10,3	33,6	28,9	24,2	6
Alzey-Worms	1 336	53	89	1 093	26,7	25,2	24,0	32,2	5
Bad Dürkheim	810	36	72	892	14,5	45,6	28,7	27,8	6
Bad Kreuznach	1 426	73	110	1 340	22,2	37,1	26,9	33,4	9
Bernkastel-Wittlich	1 206	57	104	1 029	15,0	43,8	20,2	36,1	1
Birkenfeld	661	87	116	849	6,1	49,5	28,9	42,7	10
Cochem-Zell	513	17	36	374	21,4	22,7	28,3	23,8	2
Donnersbergkreis	754	51	69	965	31,3	36,0	21,0	48,7	4
Eifelkreis Bitburg-Prüm	921	47	80	713	11,9	50,5	31,8	27,0	8
Germersheim	1 257	65	50	859	22,0	36,6	17,8	24,6	12
Kaiserslautern	611	53	65	452	-	29,4	45,1	16,3	1
Kusel	566	36	48	586	17,7	27,3	20,5	33,5	1
Mainz-Bingen	1 288	86	125	1 425	6,8	33,8	23,1	26,4	9
Mayen-Koblenz	2 191	78	68	1 112	8,3	32,5	32,6	20,3	30
Neuwied	2 322	109	82	1 854	11,0	41,4	21,1	38,3	5
Rhein-Hunsrück-Kreis	789	51	57	818	11,6	23,0	21,0	31,1	3
Rhein-Lahn-Kreis	715	49	39	673	15,6	28,4	31,9	22,0	2
Rhein-Pfalz-Kreis	1 230	42	90	789	2,9	39,5	26,7	20,8	2
Südliche Weinstraße	542	56	55	575	3,3	35,5	28,0	20,6	5
Südwestpfalz	1 203	55	45	405	3,2	25,2	37,8	17,7	6
Trier-Saarburg	1 494	76	106	1 008	12,4	15,7	27,9	26,3	5
Vulkaneifel	661	40	36	611	18,8	37,2	21,3	39,1	-
Westerwaldkreis	1 910	36	65	955	23,7	36,8	21,6	17,8	9
Rheinland-Pfalz	37 496	1 857	2 350	31 366	19,1	31,2	24,7	29,3	187
kreisfreie Städte	11 227	495	633	10 494	28,9	24,0	22,8	35,5	44
Landkreise	26 269	1 362	1 717	20 872	14,2	34,8	25,6	27,0	143

1 Sozialpädagogisch. – 2 Außerhalb des Elternhauses.

K 5 Erziehungsberatung 2014 nach Verwaltungsbezirken

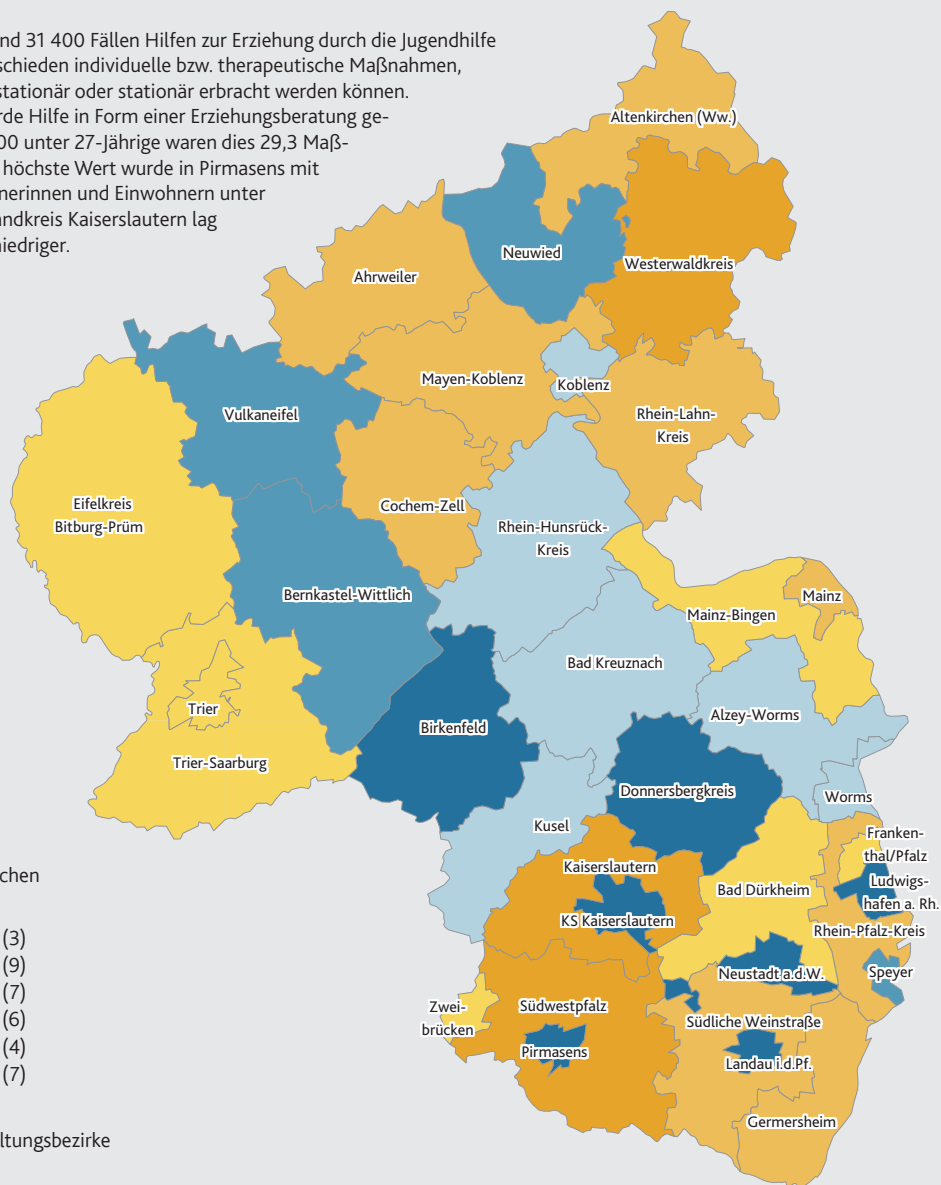
Im Jahr 2014 wurden in rund 31 400 Fällen Hilfen zur Erziehung durch die Jugendhilfe geleistet. Dazu zählen verschieden individuelle bzw. therapeutische Maßnahmen, die sowohl ambulant, teilstationär oder stationär erbracht werden können. In 19 Prozent der Fälle wurde Hilfe in Form einer Erziehungsberatung geleistet. Bezogen auf je 1 000 unter 27-Jährige waren dies 29,3 Maßnahmen. Der mit Abstand höchste Wert wurde in Pirmasens mit 81 Hilfen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohnern unter 27 Jahren registriert. Im Landkreis Kaiserslautern lag der Wert mit 16 deutlich niedriger.

je 1 000 junge Menschen
unter 27 Jahren

- unter 20 (3)
- 20 bis unter 25 (9)
- 25 bis unter 30 (7)
- 30 bis unter 35 (6)
- 35 bis unter 40 (4)
- 40 und mehr (7)

Landeswert: 29,3

() Anzahl der Verwaltungsbezirke



T 15 Ausgaben und Einnahmen der Jugendhilfe 2013 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Bruttoausgaben aus öffentlichen Mitteln					Ein- nahmen	Reine Ausgaben
	insgesamt ¹	je Einwohner/in	Einzel- und Gruppenhilfen	darunter: Hilfen zur Erziehung	Einrichtungen		
	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR				
Frankenthal (Pfalz), St.	18 083	383	8 021	5 417	10 061	1 164	16 919
Kaiserslautern, St.	39 772	409	18 679	16 092	21 093	2 003	37 769
Koblenz, St.	46 691	424	17 110	13 596	29 581	1 857	44 834
Landau i. d. Pfalz, St.	21 923	501	7 258	5 587	14 666	1 034	20 890
Ludwigshafen a. Rh., St.	77 722	483	36 465	24 287	41 256	3 259	74 463
Mainz, St.	95 397	469	29 026	23 794	66 371	8 620	86 777
Neustadt a. d. Weinstr., St.	20 918	400	11 483	9 523	9 435	1 436	19 481
Pirmasens, St.	15 271	380	9 135	8 227	6 135	-	15 271
Speyer, St.	30 204	607	12 469	8 964	17 734	1 891	28 313
Trier, St.	62 538	585	24 455	18 694	38 083	1 195	61 343
Worms, St.	32 451	406	15 834	13 833	16 617	375	32 076
Zweibrücken, St.	15 214	447	4 908	3 948	10 306	392	14 822
Ahrweiler	50 578	402	16 708	14 309	33 869	1 734	48 843
Altenkirchen (Ww.)	79 402	617	18 798	15 491	60 604	5 248	74 154
Alzey-Worms	73 513	587	17 410	13 829	56 103	2 664	70 849
Bad Dürkheim	52 342	400	15 391	13 573	36 951	2 257	50 085
Bad Kreuznach	64 616	416	19 291	15 085	45 325	2 689	61 927
Bernkastel-Wittlich	58 492	528	14 383	11 951	44 109	2 446	56 046
Birkenfeld	31 341	387	12 120	10 332	19 221	1 286	30 056
Cochem-Zell	24 288	390	5 248	4 256	19 041	829	23 459
Donnersbergkreis	28 248	375	7 082	5 971	21 165	2 197	26 051
Eifelkreis Bitburg-Prüm	40 356	420	12 074	10 827	28 283	1 043	39 314
Germersheim	57 443	459	16 615	13 510	40 829	4 427	53 017
Kaiserslautern	46 989	451	16 479	13 383	30 509	1 845	45 144
Kusel	27 839	390	8 719	7 701	19 121	939	26 901
Mainz-Bingen	105 482	520	30 200	24 034	75 282	6 694	98 788
Mayen-Koblenz	82 151	391	23 097	17 780	59 053	4 128	78 023
Neuwied	83 200	463	29 347	23 832	53 853	3 720	79 479
Rhein-Hunsrück-Kreis	37 574	368	10 401	8 138	27 173	1 103	36 471
Rhein-Lahn-Kreis	50 047	412	15 240	13 817	34 807	1 558	48 490
Rhein-Pfalz-Kreis	65 367	440	16 224	12 421	49 143	2 125	63 242
Südliche Weinstraße	37 922	348	13 191	9 486	24 731	1 613	36 309
Südwestpfalz	34 819	359	7 878	5 531	26 940	1 790	33 029
Trier-Saarburg	68 083	472	16 153	12 908	51 930	2 808	65 276
Vulkaneifel	36 573	600	9 413	7 295	27 160	992	35 581
Westerwaldkreis	66 443	334	11 089	8 247	55 354	4 343	62 100
Überörtlicher Träger	39 141	10	20 081	2 001	18 493	695	38 446
Rheinland-Pfalz	1 818 432	456	577 478	447 667	1 240 387	84 397	1 734 034
kreisfreie Städte	476 183	464	194 843	151 962	281 339	23 226	452 957
Landkreise	1 303 108	439	362 553	293 704	940 555	60 477	1 242 631

¹ Einschließlich kreisangehörige Gemeinden, Gemeindeverbände ohne eigenes Jugendamt sowie Zweckverbände.

K 6

Bruttoausgaben für die Jugendhilfe 2013 nach Verwaltungsbezirken

Die Bruttoausgaben für die Jugendhilfe beliefen sich 2013 auf insgesamt 1,8 Milliarden Euro. Knapp ein Drittel der Ausgaben entfielen auf Einzel- oder Gruppenhilfen, rund zwei Drittel auf Einrichtungen der Jugendhilfe.

Rechnerisch lagen die Ausgaben im Landesdurchschnitt bei 456 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner. Im Landkreis Altenkirchen wurden 617 Euro pro Kopf aus öffentlichen Mitteln für die Jugendhilfe aufgewendet, im Westerwaldkreis lag der Wert mit 334 Euro deutlich niedriger.

EUR je Einwohner/-in

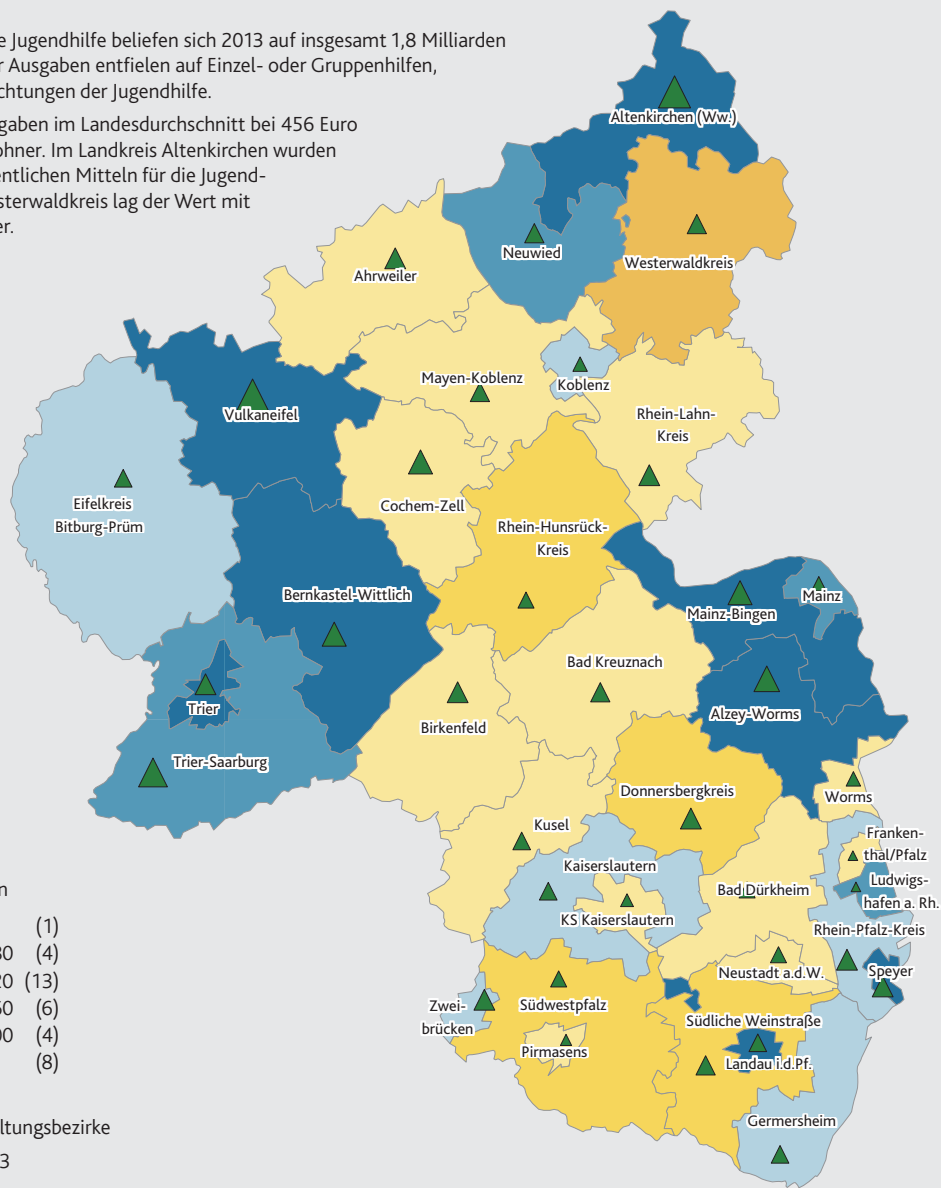
- unter 340 (1)
- 340 bis unter 380 (4)
- 380 bis unter 420 (13)
- 420 bis unter 460 (6)
- 460 bis unter 500 (4)
- 500 und mehr (8)

Landeswert: 456

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2003

▲ Zunahme



Datenquellen

Statistik	Tabelle	Grafik	Karten	Übersicht
Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe	T 1, T 5, T 11, T 12	G 5	K 2, K 3	-
Statistik der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt	T 1, T 11, T 12	-	-	-
Statistik der Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII	T 1, T 12	-	-	-
Statistik der Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	T 1, T 4, T 13	G 1, G 5	K 4	-
Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II	T 10	G 4	K 1	-
Statistik der Ausgaben und Einnahmen für Asylbewerberleistungen	T 7	-	-	-
Statistik der Empfänger von Asylbewerberleistungen	T 6	-	-	-
Wohngeldstatistik	T 1, T 8	G 6	-	-
Sozialberichterstattung in der amtlichen Statistik	T 1, T 2, T 3	G 2, G 3	-	Ü 1
Statistik der erzieherischen Hilfe, der Eingliederungshilfe für seelisch Behinderte und der Hilfe für junge Volljährige	T 14	-	K 5	-
Statistik über den Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung	T 9	G 7	-	-
Statistik der Adoptionen	T 14	-	-	-
Statistik der Pflegeerlaubnis, Pflege-, Vormund, Beistandschaften, Sorgerecht, Sorgeerklärungen	T 14	-	-	-
Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Kinder- und Jugendhilfe	T 15	-	K 6	-

Statistiken

Das Sozialhilfesystem hat mit den sogenannten „Hartz-IV-Reformen“ einschneidende Strukturänderungen erfahren. Die frühere Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe für erwerbsfähige Hilfebedürftige und deren Familienangehörige wurden zu einer neuen Sozialleistung nach dem Sozialgesetzbuch Teil II (SGB II) zusammengefasst. Dieser Personenkreis erhält seit dem 1. Januar 2005 Grundsicherung für Arbeitsuchende (Arbeitslosengeld II), deren Familienangehörige haben Anspruch auf Sozialgeld.

Die Zahl der Empfänger/-innen der Hilfeart „Hilfe zum Lebensunterhalt“ hat sich durch die Einführung des Arbeitslosengeldes II erheblich verringert. Zudem hat es Verschiebungen in der Bewilligungspraxis zwischen den Hilfearten nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) gegeben. Zeitreihen in einer vergleichbaren Abgrenzung können erst nach dem Jahr 2005 dargestellt werden.

Die rechtlichen Grundlagen für die Durchführung der Sozialhilfestatistiken finden sich im Wesentlichen im SGB XII. Die Angaben werden durch die örtlichen Träger (kreisfreie Städte und Landkreise) und überörtlichen Träger (Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung) bereitgestellt. Die verschiedenen Sozialhilfestatistiken untergliedern sich wie folgt:

- **Statistik der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt:** Gegenstand der Statistik sind im Wesentlichen Personen, die keine Ansprüche auf Leistungen anderer Sozialleistungssysteme haben.

- **Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung:** Es handelt sich um eine eigenständige soziale Leistung zur Sicherstellung des grundlegenden Bedarfs für den Lebensunterhalt für Ältere und Personen mit einer dauerhaften Minderung der Erwerbsfähigkeit. Diese Sozialleistung gibt es seit 2003.

- **Statistik der Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII:** Hierbei geht es um Hilfen, die aus einem besonderen Anlass gewährt werden, u. a. um Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Hilfen zur Pflege oder Hilfen zur Gesundheit.

- **Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe.**

Im Rahmen der „Hartz IV-Reformen“ wurde die vorherige Arbeitslosen- und Sozialhilfe für erwerbsfähige Hilfebedürftige zur Grundsicherung für Arbeitsuchende zusammengefasst. Für die Durchführung der **Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende** ist die Bundesagentur für Arbeit zuständig.

Die **Asylbewerberleistungsstatistiken** liefert Daten über die sozialen und finanziellen Auswirkungen des Asylbewerberleistungsgesetzes sowie über den Personenkreis der Leistungsempfänger/-innen. Die jährlich durchgeführte Statistik umfasst die

- Statistik der Empfänger von Asylbewerberleistungen (Regelleistungen und besondere Leistungen) und die
- Statistik der Ausgaben und Einnahmen für Asylbewerberleistungen.

Gegenstand der **Wohngeldstatistik** sind Zahl und Struktur der Haushalte, die Wohngeld beziehen, sowie über die mit den Wohngeldleistungen verbundenen finanziellen Aufwendungen. Die Rechtsgrundlage ist im Wohngeldgesetz geregelt. Auskunftspflichtig sind die Wohngeldbehörden. Zu beachten ist, dass Personen mit Grundsicherung für Arbeitsuchende auch in diesem Zusammenhang Kosten für die Unterkunft erhalten.

Die **Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe** umfassen ein breites Spektrum der im Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) geregelten Aufgaben. Die Erhebungen liefern u. a. Ergebnisse über die Zahl der erzieherischen Hilfen, die Situation der Hilfeempfänger/-innen sowie über die finanziellen Auswirkungen. Das neunte Kapitel des SGB VIII bestimmt in den §§ 98 – 103 u. a. den Zweck und den Umfang der Erhebung, die Erhebungsmerkmale und die Periodizität der Statistiken. Im Einzelnen sind dies:

- Statistik der erzieherischen Hilfe, der Eingliederungshilfe für seelisch Behinderte und der Hilfe für junge Volljährige
- Statistik über den Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung

- Statistik über Adoptionen
- Statistik der Pflegeerlaubnis, Pfleg-, Vormund-, Beistandschaften, Sorgerecht, Sorgeerklärungen
- Statistik der vorläufigen Schutzmaßnahmen
- Statistik der Maßnahmen der Jugendarbeit
- Statistik der Kinder und tätigen Personen in Tageseinrichtungen
- Statistik der Einrichtungen und tätigen Personen – ohne Tageseinrichtungen
- Statistik der Kinder und tätigen Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege
- Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Kinder- und Jugendhilfe

Die Statistiken werden zum größten Teil jährlich, teilweise aber auch in mehrjährigen Abständen durchgeführt. Die Ergebnisse zu den Statistiken der Kindertagesbetreuung (Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege), werden in dem Kapitel Familien und Lebensformen dieser Veröffentlichung dargestellt.

Glossar

Asylbewerber/-innen

Auf der Grundlage des Gesetzes zur Neuordnung der Leistungen an Asylbewerber/-innen – Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) – werden die Asylbewerber/-innen seit dem Berichtsjahr 1994 anstatt in der Sozialhilfestatistik in einer eigenständigen Statistik nachgewiesen. Der Personenkreis erhält seit dieser Zeit ausschließlich Leistungen gemäß dem AsylbLG.

Grundsicherung für Arbeitsuchende

Einheitliche Leistung für alle erwerbsfähigen Menschen, die hilfebedürftig sind, weil sie entweder keine Arbeit haben oder das Arbeitseinkommen nicht ausreicht. Sie können damit ihren eigenen Lebensunterhalt und den ihrer Familie bestreiten.

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Eigenständige, bedürftigkeitsabhängige Sozialleistung, die zum 1. Januar 2003 eingeführt wurde und älteren (Menschen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben) bzw. dauerhaft voll erwerbsgeminderten Menschen (volljährige Personen im Sinne des § 43 Abs. 2 des Sechsten Buches SGB) zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes dienen soll. Dieser Personenkreis erhält bei Bedürftigkeit keine Sozialhilfe mehr, sondern seit 2005 Leistungen nach dem SGB XII, Viertes Kapitel. Hintergrund ist die Tatsache, dass vor allem ältere Menschen bestehende Sozialhilfeansprüche oftmals nicht geltend machen, weil sie den Rückgriff auf ihre unterhaltsverpflichteten Kinder fürchten. Die Vorschriften des Vierten Kapitels sehen in der Regel keinen Unterhaltsrückgriff auf Kinder und Eltern vor. Der Nachweis der Empfänger/-innen erfolgt zum Stichtag 31. Dezember, die Ausgaben und Einnahmen enthalten die Werte des gesamten Jahres.

Kinder- und Jugendhilfe

Im SGB VIII sind alle Hilfen für junge Menschen zusammengefasst, die außerhalb von Schule und Beruf zur Erziehung beitragen und der Entfaltung der Persönlichkeit dienen. Statistisch erfasst werden vor allem die Leistungen der öffentlichen Jugendhilfe, aber auch bestimmte Aktivitäten der Träger der freien Jugendhilfe und privat gewerblicher Träger. Die verschiedenen Teilstatistiken geben Aufschluss über die auf Grund des SGB VIII getroffenen behördlichen Maßnahmen (erzieherische Hilfen) und den Kreis der betreuten jungen Menschen, die Angebote der Jugendarbeit, die von den verschiedenen Trägern geführten Einrichtungen der Jugendhilfe sowie die aus öffentlichen Mitteln geleisteten Aufwendungen. Nach einer Reform der Statistiken zur Kindertagesbetreuung werden seit dem Erhebungsjahr 2006 jährlich Angaben über die betreuten Kinder – einschließlich der in öffentlich geförderter Tagespflege betreuten Kinder – erhoben.

Mindestsicherung

Die Mindestsicherung ist keine eigenständige soziale Leistung. Sie stellt vielmehr eine zusammenfassende Betrachtung mehrerer unterschiedlicher finanzieller Hilfen des Staates dar, die zur grundlegenden Sicherung des Lebensunterhalts für bedürftige Menschen geleistet werden. Die Mindestsicherung umfasst die Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie die Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII, die Asylbewerberleistungen und die Kriegsopferfürsorge.

Metadaten

Sozialhilfe

Anspruch auf Sozialhilfe hat, wer sich in einer Notlage befindet, die nicht aus eigenen Kräften und mit eigenen Mitteln behoben werden kann. Die Sozialhilfe greift ein, wenn andere Personen, andere Sozialleistungssysteme oder sonstige Stellen keine Leistungen vorsehen oder keine zusätzlichen Hilfen erbringen. Die Sozialhilfe SGB XII ist im Wesentlichen wie folgt strukturiert:

- Hilfe zum Lebensunterhalt (3. Kapitel)
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel)
- Leistungen nach den Kapiteln 5 bis 9; diese Leistungen (bis Ende 2004 nach dem Bundessozialhilfegesetz Hilfe in besonderen Lebenslagen) untergliedern sich wie folgt:
 - Hilfen zur Gesundheit (5. Kapitel)
 - Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (6. Kapitel)
 - Hilfe zur Pflege (7. Kapitel)
 - Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (8. Kapitel)
 - Hilfe in anderen Lebenslagen (9. Kapitel)

Überörtlicher Träger

Soweit in den Regionaltabellen zu den Sozialleistungen und der Jugendhilfe nicht regionalisierte Positionen aufgeführt sind, handelt es sich um Aufgaben, die dem Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung in Rheinland-Pfalz als überörtliche zuständige Stelle obliegen. Es werden in den Tabellen auch seitens des Landesamtes an die Kommunalebene delegierte Aufgaben beim überörtlichen Träger nachgewiesen.

Wohngeld

Mit der Gewährung von Wohngeld soll einkommensschwächeren Haushalten ein angemessenes und familiengerechtes Wohnen gesichert werden. Die Höhe des bewilligten Betrags hängt für die nach dem allgemeinen Wohngeld berechneten Fälle u.a. von der Haushaltsgröße, dem Familieneinkommen und den monatlichen Wohnkosten ab. Das Wohngeld wird als Mietzuschuss an Mieterhaushalte und als Lastenzuschuss an Wohnraumeigentümer gewährt. Mit den im Zuge der "Hartz IV-Reformen" vorgenommenen Änderungen werden seit 2005 Kosten für die Unterkunft überwiegend im Zusammenhang mit der Grundsicherung für Arbeitsuchende gewährt und sind daher in der Wohngeldstatistik nicht mehr enthalten.

Internet

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/soziales

Sozialberichterstattung

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/soziales/sozialberichterstattung

Pressemitteilungen

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/soziales/pressemitteilungen

Statistische Berichte

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/soziales/statistische-berichte

Beiträge in den Statistischen Monatsheften

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/soziales/monatsheftbeitraege

Übersichtstabellen

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/soziales/tabellen

Regionaldatenbanken

www.statistik.rlp.de/regionaldaten/meine-heimat

Analysen

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/soziales/analysen

Kurzpräsentationen

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/soziales/kurzpraesentationen

Gemeinschaftsveröffentlichungen

www.statistik-portal.de



7. Finanzen



Inhaltsverzeichnis

Tabellen

T 1: Ausgewählte Kennzahlen zur Finanzsituation der öffentlichen Haushalte in Rheinland-Pfalz und in den Bundesländern 1992–2014	238
T 2: Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte 2010–2014 nach Bundesländern	239
T 3: Gesamteinnahmen der öffentlichen Haushalte in Rheinland-Pfalz und in den Bundesländern 2010–2014 nach Einnahmearten	240
T 4: Nettoausgaben der öffentlichen Haushalte in Rheinland-Pfalz und in den Bundesländern 2010–2014 nach Aufgabenbereichen	241
T 5: Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte in Rheinland-Pfalz und in den Bundesländern 2010–2014 nach Ausgabearten	242
T 6: Gesamteinnahmen der Kernhaushalte 2012–2014 nach Einnahmearten und Körperschaftsgruppen	243
T 7: Nettoausgaben der Kernhaushalte 2012–2014 nach Aufgabenbereichen und Körperschaft	244
T 8: Gesamtausgaben der Kernhaushalte 2012–2014 nach Ausgabearten und Körperschaftsgruppen	245
T 9: Gesamteinnahmen der Kernhaushalte der kommunalen Gebietskörperschaften 2013 und 2014 nach Einnahmearten und Körperschaftsgruppen	246
T 10: Nettoausgaben der Kernhaushalte der kommunalen Gebietskörperschaften 2013 und 2014 nach Aufgabenbereichen und Körperschaftsgruppen	247
T 11: Gesamtausgaben der Kernhaushalte der kommunalen Gebietskörperschaften 2013 und 2014 nach Ausgabearten und Körperschaftsgruppen	248
T 12: Bruttoeinnahmen der laufenden Rechnung der Kernhaushalte der Kommunen 2014 nach ausgewählten Einnahmearten und Verwaltungsbezirken	250
T 13: Bruttoausgaben der laufenden Rechnung der Kernhaushalte der Kommunen 2014 nach ausgewählten Ausgabearten und Verwaltungsbezirken	252
T 14: Schulden der öffentlichen Gesamthaushalte 2014 nach Bundesländern	254
T 15: Schulden der öffentlichen Gesamthaushalte des Landes und der Kommunen 2014	255
T 16: Schulden des öffentlichen Bereichs des Landes und der Kommunen 2014	255
T 17: Schulden der öffentlichen Gesamthaushalte der Kommunen 2014 nach Verwaltungsbezirken	258
T 18: Schulden des öffentlichen Bereichs der Kommunen 2014 nach Verwaltungsbezirken	260

Grafiken

G 1: Verschuldung der öffentlichen Gesamthaushalte in Rheinland-Pfalz und in den Bundesländern 2004–2014	237
G 2: Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte 2014 nach Bundesländern	239
G 3: Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben der Kernhaushalte der Kommunen 2004–2014	249
G 4: Verteilung der Nettoausgaben zwischen den Gebietskörperschaften 2013 nach ausgewählten Aufgabenbereichen	249
G 5: Schulden der öffentlichen Gesamthaushalte 2014 nach Bundesländern	254
G 6: Schulden der öffentlichen Gesamthaushalte 2004–2014 nach Körperschaften	255
G 7: Schulden und Liquiditätskredite der öffentlichen Gesamthaushalte 2014 nach Verwaltungsbezirken	257

Übersichten

Ü 1: Schuldenherkunft und Schuldenberechnung 2014	256
---	-----

Karten

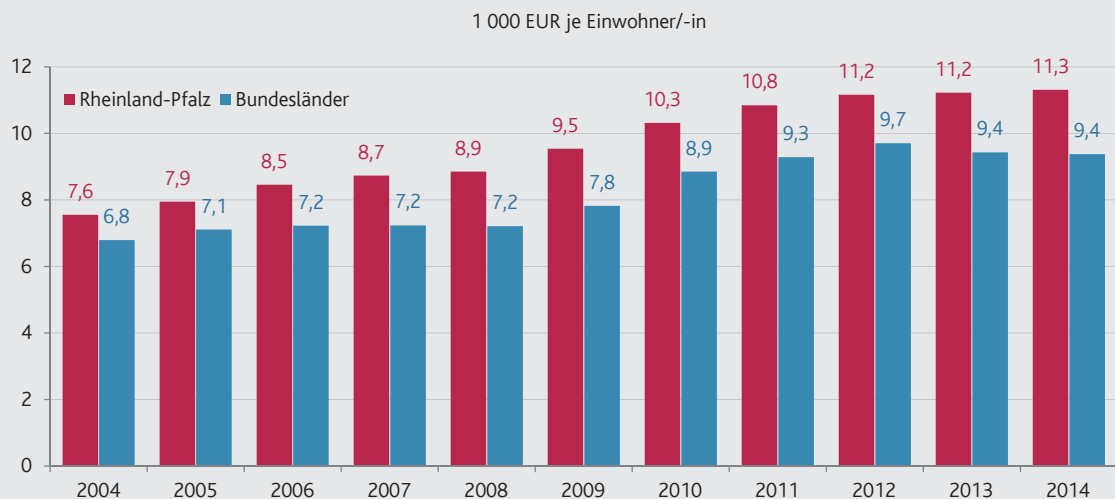
K 1: Bruttoeinnahmen der Kernhaushalte 2014 nach Verwaltungsbezirken	251
K 2: Bruttoausgaben der Kernhaushalte 2014 nach Verwaltungsbezirken	253
K 3: Schulden der öffentlichen Gesamthaushalte am 31. Dezember 2014 nach Verwaltungsbezirken	259
K 4: Liquiditätskredite der öffentlichen Gesamthaushalte am 31. Dezember 2014 nach Verwaltungsbezirken	261

Metadaten

Datenquellen	262
Statistiken	262
Glossar	263
Internet	265

- Die Gesamteinnahmen der öffentlichen Haushalte in Rheinland-Pfalz stiegen 2014 auf einen historischen Höchststand von 21,3 Milliarden Euro. Die meisten Einnahmen wurden durch Steuereinnahmen erzielt (14,3 Milliarden Euro).
- Gleichzeitig wuchsen auch die Gesamtausgaben auf ein neues Allzeithoch (22,3 Milliarden Euro). Die höchsten Ausgaben entstanden in den Bereichen der sozialen Sicherung sowie im Bereich der Schulen.
- Die Differenz zwischen den Gesamteinnahmen und den Gesamtausgaben fiel 2014 höher aus als im Jahr zuvor: Die Gesamteinnahmen stiegen um 3,4 Prozent, die Gesamtausgaben jedoch um 3,7 Prozent.
- Die Verschuldung der öffentlichen Gesamthaushalte in Rheinland-Pfalz wuchs um 1,1 Prozent auf 45,2 Milliarden Euro. Mit 11 300 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner (+0,8 Prozent) lag die Verschuldung deutlich über dem Durchschnittswert der Bundesländer (9 400 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner).
- Drei Viertel der Schulden entfallen auf die Landesebene. Die Kommunen vereinen ein Viertel der Schulden auf sich. Während die Schulden des Landes 2014 leicht sanken (–0,4 Prozent) wuchsen die Schulden der Kommunen weiter (+5,2 Prozent).
- In den Kommunen sind die Verschuldungssituationen extrem unterschiedlich.

G 1 Verschuldung der öffentlichen Gesamthaushalte in Rheinland-Pfalz und in den Bundesländern 2004–2014



T 1

Ausgewählte Kennzahlen zur Finanzsituation der öffentlichen Haushalte in Rheinland-Pfalz und in den Bundesländern 1992–2014

Merkmal ¹	Einheit	Rheinland-Pfalz						Bundesländer	
		1992	2000	2005	2010	2013	2014	2013	2014
Gesamteinnahmen									
Insgesamt	Mrd. EUR	13,3	14,7	14,5	16,3	20,6	21,3	457,8	475,8
Messzahl	1992=100	100	110,5	109,0	122,7	155,2	160,3	162,5	168,9
je Einwohner/-in	EUR	3 453	3 649	3 572	4 072	5 176	5 329	5 681	5 879
Des Landes	Mrd. EUR	9,2	10,8	10,7	12,0	15,4	16,0	329,2	342,7
Messzahl	1992=100	100	117,7	116,6	130,4	167,8	174,7	185,7	193,3
je Einwohner/-in	EUR	2 382	2 681	2 636	2 986	3 861	4 006	4 086	4 235
Der Kommunen	Mrd. EUR	6,1	6,3	6,7	7,9	9,5	10,3	205,8	217,0
Messzahl	1992=100	100	102,6	109,2	128,5	154,2	167,2	134,7	142,0
je Einwohner/-in	EUR	1 593	1 564	1 650	1 968	2 373	2 566	2 553	2 681
Gesamtausgaben									
Insgesamt	Mrd. EUR	14,1	15,3	15,8	19,0	21,5	22,3	457,4	475,1
Messzahl	1992=100	100	108,4	111,9	134,6	152,5	157,9	150,6	156,5
je Einwohner/-in	EUR	3 665	3 798	3 892	4 740	5 397	5 570	5 676	5 871
Des Landes	Mrd. EUR	9,7	11,2	11,6	13,9	16,0	16,6	329,9	341,4
Messzahl	1992=100	100	115,2	119,3	142,8	164,7	170,7	173,4	179,5
je Einwohner/-in	EUR	2 525	2 780	2 857	3 466	4 017	4 149	4 094	4 219
Der Kommunen	Mrd. EUR	6,4	6,5	7,1	8,6	9,7	10,7	204,7	217,6
Messzahl	1992=100	100	101,6	110,9	135,1	152,0	166,4	126,8	134,8
je Einwohner/-in	EUR	1 661	1 614	1 749	2 158	2 438	2 663	2 540	2 689
Schulden									
Insgesamt	Mrd. EUR	16,1	23,5	32,3	41,3	44,8	45,2	760,0	758,9
Messzahl	1992=100	100	146,0	200,9	257,3	278,6	281,6	273,4	273,0
je Einwohner/-in	EUR	4 171	5 824	7 950	10 316	11 223	11 309	9 431	9 378
Des Landes	Mrd. EUR	12,1	18,4	24,7	30,5	32,9	32,8	624,9	619,5
Messzahl	1992=100	100	151,8	203,8	251,9	271,3	270,2	313,8	311,0
je Einwohner/-in	EUR	3 147	4 568	6 088	7 623	8 246	8 188	7 755	7 655
Der Kommunen	Mrd. EUR	3,9	5,1	7,6	10,8	11,9	12,5	135,1	139,4
Messzahl	1992=100	100	128,3	191,7	273,6	301,1	316,6	171,5	176,9
je Einwohner/-in	EUR	1 024	1 256	1 862	2 692	2 977	3 121	1 807	1 857

1 Zur Abgrenzung siehe Erläuterungen.

T 2

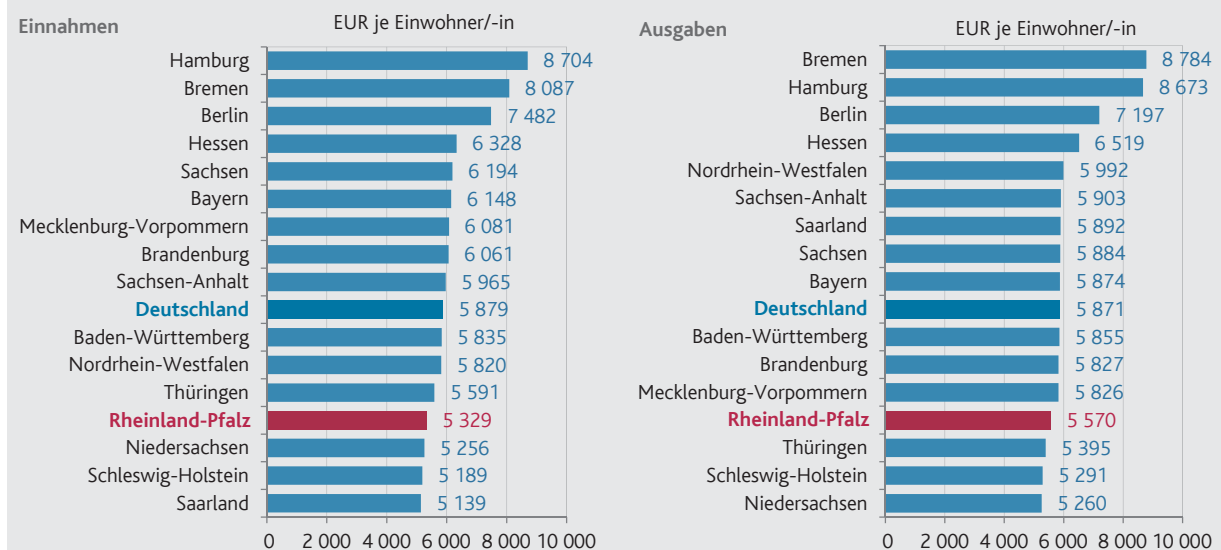
Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte 2010–2014 nach Bundesländern

Bundesland	2010		2011				2013		2014			
	rechnungsmäßige Erfassung						kassenmäßige Erfassung (vorläufig)					
	Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben	Veränderung zu 2009		Ein- nahme	Aus- gaben	Ein- nahme	Aus- gaben	Veränderung zu 2011	
	EUR je Einwohner/-in				%		EUR je Einwohner/-in				%	
Baden-Württemberg	4 528	4 673	4 960	4 838	13,5	2,8	5 721	5 770	5 835	5 855	10,9	13,3
Bayern	4 976	5 102	5 267	5 128	9,5	-6,2	5 868	5 586	6 148	5 874	14,8	12,3
Berlin	6 045	6 420	6 129	6 413	4,9	2,4	7 227	6 997	7 482	7 197	16,8	7,6
Brandenburg	4 955	5 159	5 223	5 189	6,7	2,5	6 087	5 694	6 061	5 827	9,8	6,2
Bremen	5 059	6 900	5 991	6 896	17,1	7,4	7 302	8 115	8 087	8 784	18,9	8,1
Hamburg	5 744	6 252	6 201	6 423	15,4	9,3	7 914	8 686	8 704	8 673	24,8	20,6
Hessen	4 815	5 500	5 081	5 652	9,0	6,3	5 996	6 299	6 328	6 519	15,2	5,9
Mecklenburg-Vorpommern	5 098	5 134	5 544	5 326	4,8	6,7	5 938	5 670	6 081	5 826	7,4	4,8
Niedersachsen	4 160	4 466	4 360	4 643	7,0	4,6	5 156	5 106	5 256	5 260	14,4	7,4
Nordrhein-Westfalen	4 387	4 779	4 713	4 947	11,2	5,6	5 648	5 781	5 820	5 992	8,2	5,2
Rheinland-Pfalz	4 072	4 740	4 269	4 909	4,4	4,3	5 176	5 397	5 329	5 570	17,6	9,0
Saarland	3 932	5 161	4 423	5 028	23,6	9,0	4 976	5 760	5 139	5 892	14,4	7,1
Sachsen	5 028	5 073	5 471	4 927	12,1	1,9	5 784	5 498	6 194	5 884	12,6	16,8
Sachsen-Anhalt	4 956	5 163	5 289	5 303	4,9	4,8	5 749	5 584	5 965	5 903	4,4	3,2
Schleswig-Holstein	4 056	4 629	4 442	4 715	11,1	6,1	5 237	5 241	5 189	5 291	11,3	7,1
Thüringen	4 739	5 017	5 010	5 058	5,2	4,2	5 511	5 278	5 591	5 395	9,6	3,8
Bundesländer	4 576	4 913	4 897	5 022	10,0	3,0	5 681	5 676	5 879	5 871	11,9	8,3

7

G 2

Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte 2014 nach Bundesländern



T 3

Gesamteinnahmen der öffentlichen Haushalte in Rheinland-Pfalz und in den Bundesländern 2010–2014
nach Einnahmearten¹

Einnahmeart ²	2010		2011				2013		2014		
	rechnungsmäßige Erfassung						kassenmäßige Erfassung ^p				
	Rhein- land- Pfalz	Bundes- länder	Rhein- land- Pfalz	Veränderung zu		Bundes- länder	Rhein- land- Pfalz	Bundes- länder	Rhein- land- Pfalz	Verän- derung zu 2011	Bundes- länder
				2001	2009						
	EUR je Einwohner/-in			%		EUR je Einwohner/-in			%		EUR Je Einwohner/- in
Laufende Rechnung											
Steuern, steuerähnliche Abgaben	2 847	3 095	3 042	32,3	8,5	3 337	3 483	3 744	3 576	7,6	3 886
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	149	166	145	-0,7	8,4	177	216	221	207	-1,4	236
Zinseinnahmen vom öffentlichen Bereich	3	1	3	1,0	-21,0	1	39	8	28	-31,7	9
Zinseinnahmen von anderen Bereichen	57	22	50	129,6	-48,6	24	38	56	40	2,7	43
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	2 024	1 964	2 092	32,9	8,0	2 018	2 640	2 633	2 984	20,2	2 786
Sonstige laufende Einnahmen	184	327	192	-7,3	3,9	339	500	530	507	8,0	554
Bruttoeinnahmen der laufenden Rechnung	5 264	5 575	5 522	30,0	7,0	5 897	6 915	7 193	7 342	11,8	7 513
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	1 420	1 290	1 490	46,2	9,5	1 318	1 964	1 788	2 213	19,3	1 935
Einnahmen der laufenden Rechnung	3 844	4 284	4 032	24,8	6,2	4 578	4 951	5 405	5 129	8,9	5 578
Kapitalrechnung											
Veräußerung von Vermögen	45	64	59	-37,3	36,7	66	71	72	58	-15,3	100
Vermögensübertragungen	250	319	248	15,1	21,7	329	192	276	186	-3,9	285
Darlehensrückflüsse	43	36	43	4,0	-69,1	37	79	79	65	-17,0	79
Schuldenaufnahme vom öffentlichen Bereich	13	18	13	275,3	480,6	25	1	16	1	-80,6	11
Bruttoeinnahmen der Kapitalrechnung	351	437	363	2,5	-6,7	456	342	444	310	-10,0	475
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	123	145	126	27,8	26,7	138	117	168	110	-9,7	174
Einnahmen der Kapitalrechnung	228	292	237	-7,2	-18,3	319	225	276	200	-10,2	301
Summe der Einnahmen der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung	4 072	4 576	4 269	22,5	4,4	4 897	5 176	5 681	5 329	8,0	5 879

1 Zur Abgrenzung siehe Metadaten. – 2 Eine detaillierte Darstellung einzelner Steuereinnahmen finden Sie im Kapitel „Steuern“.

T 4

Nettoausgaben der öffentlichen Haushalte in Rheinland-Pfalz und in den Bundesländern 2010–2014 nach Aufgabenbereichen¹

Aufgabenbereich	2010		2011				2013		2014		
	rechnungsmäßige Erfassung						kassenmäßige Erfassung ^{p2}				
	Rhein- land- Pfalz	Bundes- länder	Rhein- land- Pfalz	Veränderung zu		Bundes- länder	Rhein- land- Pfalz	Bundes- länder	Rhein- land- Pfalz	Verän- derung zu 2011	Bundes- länder
				2001	2009						
	EUR je Einwohner/-in		%			EUR je Einwohner/-in			%	EUR je Einwohner/- in	
Soziale Sicherung	854	936	891	66,9	9,6	959
Allgemeinbildende und berufliche Schulen	731	716	768	13,0	10,6	723
Öffentliche Sicherheit und Ordnung; Rechtsschutz	397	410	413	35,7	8,6	418
Allgemeine Finanzwirtschaft	623	456	704	59,3	7,0	473
Politische Führung und zentrale Verwaltung	396	358	394	92,6	-17,5	369
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	241	175	239	19,0	-13,4	178
Wissenschaft, Forschung und Entwicklung	242	296	259	33,4	13,7	307
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	163	173	158	25,3	3,1	163
Finanzverwaltung	83	91	84	-14,7	-0,7	90
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	59	94	63	-34,4	5,6	98
Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung	89	80	84	-8,5	-6,0	76
Kultur, kirchliche Angelegenheiten	84	107	85	15,6	7,4	107
Wirtschaftsunternehmen	59	84	73	16,7	23,5	82
Förderung von Schüler/-innen, Studierenden, sonstiges Bildungswesen	62	61	55	-0,8	-9,4	63
Kommunale Gemeinschaftsdienste	33	152	29	-61,5	-23,0	149
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	70	45	73	29,0	12,9	46
Allgemeines Grund- und Kapital- vermögen, Sondervermögen	6	44	6	-91,8	-67,9	39
Insgesamt	4 192	4 278	4 375	30,1	3,4	4 340

¹ Zur Abgrenzung siehe Metadaten. – ² Eine kassenmäßige Erfassung der Folgejahre liegt nicht vor. In der Kassenstatistik werden die dafür notwendigen Merkmale nicht erhoben.

7

T 5

Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte in Rheinland-Pfalz und in den Bundesländern 2010–2014
nach Ausgabearten¹

Ausgabeart	2010		2011				2013		2014		
	rechnungsmäßige Erfassung						kassenmäßige Erfassung ^p				
	Rhein- land- Pfalz	Bundes- länder	Rhein- land- Pfalz	Veränderung zu		Bundes- länder	Rhein- land- Pfalz	Bundes- länder	Rhein- land- Pfalz	Verän- derung zu 2011	Bundes- länder
				2001	2009						
	EUR je Einwohner/-in		%				EUR je Einwohner/-in		%		EUR je Einwohner/- in
Laufende Rechnung											
Personalausgaben	1 880	1 822	1 951	19,9	7,8	1 870	2 243	2 246	2 328	6,6	2 342
Laufender Sachaufwand	798	813	816	43,6	-1,1	827	982	1 076	1 168	23,3	1 135
Zinsausgaben innerhalb des öffentlichen Bereichs	6	3	6	61,7	-7,2	3	41	7	30	-30,7	7
Zinsausgaben an andere Bereiche (insbesondere an Banken, Kreditinstitute, Investmentfonds)	345	294	334	-0,1	-12,2	289	342	296	328	-2,3	272
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	2 599	2 611	2 749	56,5	11,4	2 694	3 070	3 102	3 247	13,9	3 261
Bruttoausgaben der laufenden Rechnung	5 629	5 542	5 857	36,5	6,7	5 682	6 678	6 728	7 102	11,6	7 017
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	1 420	1 290	1 490	46,2	9,5	1 318	1 964	1 788	2 213	19,3	1 935
Ausgaben der laufenden Rechnung	4 208	4 251	4 366	33,5	5,8	4 363	4 715	4 940	4 889	8,5	5 082
Kapitalrechnung											
Baumaßnahmen	227	301	233	-21,3	15,6	292	239	295	259	1,1	330
Erwerb von Sachvermögen	87	84	81	-30,8	-7,2	78	101	119	87	-4,0	121
Vermögensübertragung an öffentlichen Bereich	159	182	162	23,0	24,7	180	147	177	137	-0,4	176
Vermögensübertragung an andere Bereiche	128	170	128	44,5	19,9	166	79	140	75	-10,3	156
Darlehen an öffentliche Bereiche	17	1	20	-12,4	226,6	2	3	16	6	-73,3	13
Darlehen an andere Bereiche	18	29	16	-42,5	-87,7	32	191	69	183	-25,9	69
Erwerb von Beteiligungen	12	24	19	207,2	29,4	30	15	67	30	329,2	81
Tilgungsausgaben an öffentlichen Bereich	7	16	10	125,9	73,6	16	24	21	15	-16,9	17
Bruttoausgaben der Kapitalrechnung	654	807	668	-3,7	-1,5	796	800	904	791	-8,1	963
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	123	145	126	27,8	26,7	138	117	168	110	-9,7	174
Ausgaben der Kapitalrechnung	532	662	543	-8,8	-6,3	658	683	736	681	-7,8	790
Summe der Ausgaben der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung	4 740	4 913	4 909	27,0	4,3	5 022	5 397	5 676	5 570	6,2	5 871
1 Zur Abgrenzung siehe Metadaten.											

T 6

Gesamteinnahmen der Kernhaushalte 2012–2014 nach Einnahmearten und Körperschaftsgruppen¹

Einnahmeart ²	2012			2013			2014		
	rechnungsmäßige Erfassung						kassenmäßige Erfassung ^p		
	ins- gesamt	Land	Gemeinden/ Gemeinde- verbände	ins- gesamt	Land	Gemeinden/ Gemeinde- verbände	ins- gesamt	Land	Gemeinden/ Gemeinde- verbände
	Mill. EUR	%		Mill. EUR	%		Mill. EUR	%	
Laufende Rechnung									
Steuern, steuerähnliche Abgaben	13 309,7	73,1	26,9	13 929,9	73,6	26,4	14 308,4	74,1	25,9
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	563,0	17,8	82,2	595,4	16,9	83,1	551,1	17,5	82,5
Zinseinnahmen vom öffentlichen Bereich	11,4	0,1	99,9	11,1	0,1	99,9	7,4	-	100,0
Zinseinnahmen von anderen Bereichen	173,7	91,1	8,9	151,6	90,6	9,4	111,8	89,4	10,6
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	8 632,0	30,4	69,6	9 513,3	31,5	68,5	9 801,2	30,7	69,3
Sonstige laufende Einnahmen	781,5	45,3	54,7	821,2	49,1	50,9	844,6	46,1	53,9
Bruttoeinnahmen der laufenden Rechnung	23 471,3	55,2	44,8	25 022,4	55,5	44,5	25 624,5	55,4	44,6
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	5 774,0	x	x	6 311,2	x	x	6 814,9	x	x
Einnahmen der laufenden Rechnung	17 697,3	61,5	38,5	18 711,2	61,9	38,1	18 809,6	62,1	37,9
Kapitalrechnung									
Veräußerung von Vermögen	254,5	14,5	85,5	277,6	20,7	79,3	225,2	17,7	82,3
Vermögensübertragungen	698,9	31,9	68,1	702,5	32,0	68,0	658,8	32,6	67,4
Darlehensrückflüsse	227,0	89,7	10,3	237,5	90,3	9,7	202,1	88,3	11,7
Schuldenaufnahme vom öffentlichen Bereich	13,5	-	100	1,9	-	100	0,5	-	100
Bruttoeinnahmen der Kapitalrechnung	1 193,9	38,8	61,2	1 219,4	40,7	59,3	1 086,6	39,8	60,2
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	407,4	x	x	390,6	x	x	357,0	x	x
Einnahmen der Kapitalrechnung	786,5	39,9	60,1	828,8	41,8	58,2	729,6	41,5	58,5
Summe der Einnahmen der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung	18 483,8	60,3	39,7	19 540,0	60,9	39,1	19 539,2	61,2	38,8

1 Zur Abgrenzung siehe Metadaten. – 2 Eine detaillierte Darstellung einzelner Steuereinnahmen finden Sie im Kapitel "Steuern".

T 7

Nettoausgaben der Kernhaushalte 2012–2014 nach Aufgabenbereichen und Körperschaft^{1,2}

Aufgabenbereich	2012			2013			2014		
	rechnungsmäßige Erfassung						kassenmäßige Erfassung ²		
	ins- gesamt	Land	Gemeinden/ Gemeinde- verbände	ins- gesamt	Land	Gemeinden/ Gemeinde- verbände	ins- gesamt	Land	Gemeindn/ Gemeinde- verbände
	Mill. EUR	%		Mill. EUR	%		Mill. EUR	%	
Soziale Sicherung	3 700,6	34,7	65,3	3 867,0	33,9	66,1	.	.	.
Allgemeinbildende und berufliche Schulen	4 004,8	85,2	14,8	4 095,2	85,9	14,1	.	.	.
Öffentliche Sicherheit und Ordnung; Rechtsschutz	2 018,5	79,9	20,1	2 062,9	79,4	20,6	.	.	.
Allgemeine Finanzwirtschaft	703,5	x	x	734,7	x	x	.	.	.
Politische Führung und zentrale Verwaltung	1 681,0	30,8	69,2	1 698,3	30,7	69,3	.	.	.
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	903,6	41,9	58,1	911,2	38,9	61,1	.	.	.
Wissenschaft, Forschung und Entwicklung	1 002,6	97,8	2,2	1 030,0	97,8	2,2	.	.	.
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	627,4	60,0	40,0	642,0	59,5	40,5	.	.	.
Finanzverwaltung	613,9	69,6	30,4	633,4	68,6	31,4	.	.	.
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	602,8	71,2	28,8	206,4	39,5	60,5	.	.	.
Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung	422,2	49,7	50,3	382,9	43,1	56,9	.	.	.
Kultur, kirchliche Angelegenheiten	341,0	47,6	52,4	346,4	46,7	53,3	.	.	.
Wirtschaftsunternehmen	281,8	38,7	61,3	257,9	32,3	67,7	.	.	.
Förderung von Schüler/-innen, Studierenden, sonstiges Bildungswesen	226,7	66,7	33,3	235,4	67,5	32,5	.	.	.
Kommunale Gemeinschaftsdienste	241,0	17,2	82,8	230,1	11,9	88,1	.	.	.
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	146,0	100	-	137,1	100	-	.	.	.
Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	61,8	39,8	60,2	180,5	51,9	48,1	.	.	.
Insgesamt	17 579,3	67,7	32,3	17 651,6	67,5	32,5	.	.	.

1 Zur Abgrenzung siehe Metadaten. – 2 Eine kassenmäßige Erfassung der Folgejahre liegt nicht vor. In der Kassenstatistik werden die dafür notwendigen Merkmale nicht erhoben.

T 8

Gesamtausgaben der Kernhaushalte 2012–2014 nach Ausgabearten und Körperschaftsgruppen¹

Ausgabeart	2012			2013			2014		
	rechnungsmäßige Erfassung						kassenmäßige Erfassung ^p		
	ins- gesamt	Land	Gemeinden/ Gemeinde- verbände	ins- gesamt	Land	Gemeinden/ Gemeinde- verbände	ins- gesamt	Land	Gemeinden/ Gemeinde- verbände
	Mill. EUR	%		Mill. EUR	%		Mill. EUR	%	
Laufende Rechnung									
Personalausgaben	7 903,9	68,4	31,6	8 081,2	67,8	32,2	8 321,9	67,6	32,4
Laufender Sachaufwand	2 951,3	38,5	61,5	3 071,9	39,3	60,7	3 225,6	38,6	61,4
Zinsausgaben innerhalb des öffentlichen Bereichs	20,2	22,7	77,3	20,2	22,7	77,3	14,6	28,1	71,9
Zinsausgaben an andere Bereiche (insbesondere an Banken, Kreditinstitute, Investmentfonds)	1 273,3	75,9	24,1	1 283,2	76,6	23,4	1 234,7	76,6	23,4
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	10 939,7	48,3	51,7	11 832,5	48,8	51,2	12 758,1	50,9	49,1
Bruttoausgaben der laufenden Rechnung	23 088,3	55,4	44,6	24 288,9	55,4	44,6	25 554,9	56,0	44,0
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	5 774,0	x	x	6 311,2	x	x	6 814,9	x	x
Ausgaben der laufenden Rechnung	17 314,3	61,7	38,3	17 977,7	61,9	38,1	18 740,0	62,8	37,2
Kapitalrechnung									
Baumaßnahmen	861,9	4,0	96,0	784,5	3,6	96,4	833,9	3,9	96,1
Erwerb von Sachvermögen	290,9	19,6	80,4	288,8	18,0	82,0	247,1	19,7	80,3
Vermögensübertragung an öffentlichen Bereich	471,7	95,1	4,9	521,9	94,8	5,2	480,4	94,7	5,3
Vermögensübertragung an andere Bereiche	407,1	74,7	25,3	381,1	73,7	26,3	360,7	76,4	23,6
Darlehen an öffentliche Bereiche	84,8	99,8	0,2	11,0	97,5	2,5	22,6	96,5	3,5
Darlehen an andere Bereiche	836,2	97,8	2,2	623,5	92,9	7,1	15,1	.	.
Erwerb von Beteiligungen	25,6	49,4	50,6	56,0	-	100,0	119,8	66,9	33
Tilgungsausgaben an öffentlichen Bereich	54,9	41,9	58,1	79,1	56,6	43,4	60,2	48,5	51,5
Bruttoausgaben der Kapitalrechnung	3 033,1	58,8	41,2	2 745,9	54,3	45,7	2 139,8	43,6	56,4
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	407,4	x	x	390,6	x	x	357,0	x	x
Ausgaben der Kapitalrechnung	2 625,7	59,4	40,6	2 355,2	54,9	45,1	1 782,8	44,5	55,5
Summe der Ausgaben der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung	19 940,0	61,4	38,6	20 332,9	61,1	38,9	20 522,8	61,2	38,8
1 Zur Abgrenzung siehe Metadaten.									

T 9

**Gesamteinnahmen der Kernhaushalte der kommunalen Gebietskörperschaften 2013 und 2014
nach Einnahmearten und Körperschaftsgruppen¹**

Einnahmeart	2013						2014					
	rechnungsmäßige Erfassung						kassenmäßige Erfassung					
	ins- gesamt	darunter					ins- gesamt	darunter				
		Kreis- freie Städte	Land- kreise	verbands- freie	Ver- bands-	Orts-		Kreis- freie Städte	Land- kreise	verbands- freie	Ver- bands-	Orts-
				Gemeinden						Gemeinden		
Mill. EUR	%					Mill. EUR	%					
Laufende Rechnung												
Steuern, steuerähnliche Abgaben	3 674,8	34,2	0,1	18,6	0,3	46,7	3 701,0	33,5	0,1	20,5	0,4	45,6
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	494,8	27,9	6,4	11,2	2,1	50,4	454,6	26,2	5,0	12,5	2,3	52,0
Zinseinnahmen vom öffentlichen Bereich	11,0	0,8	0,0	0,1	80,6	18,5	7,4	1,4	-	1,4	82,4	14,9
Zinseinnahmen von anderen Bereichen	14,2	15,5	9,4	47,3	16,4	11,3	12,0	15,0	3,3	57,5	12,5	12,5
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	6 345,2	16,1	52,5	4,2	17,0	9,4	6 708,3	16,3	52,3	4,3	16,8	9,5
Sonstige laufende Einnahmen	585,3	29,6	22,5	10,1	18,3	18,2	585,1	28,7	22,7	11,0	18,2	17,9
Bruttoeinnahmen der laufenden Rechnung	11 125,5	23,3	31,5	9,6	10,9	24,0	11 468,5	22,9	32,0	10,2	11,0	23,3
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	2 568,3	1,3	51,4	4,7	33,0	8,8	2 746,4	1,7	52,6	4,2	32,8	7,8
Einnahmen der laufenden Rechnung	8 557,2	30,0	25,5	11,1	4,3	28,6	8 722,1	29,5	25,5	12,1	4,2	28,1
Kapitalrechnung												
Veräußerung von Vermögen	224,3	31,5	2,4	11,8	1,7	52,5	185,3	21,4	1,8	19,3	2,3	55,2
Vermögensübertragungen	477,6	22,0	15,6	10,2	8,5	43,6	444,3	16,8	14,3	10,6	11,3	46,8
Darlehensrückflüsse	23,1	40,5	3,7	31,6	10,4	13,7	23,7	32,9	20,3	16,9	16,5	13,5
Schuldenaufnahme vom öffentlichen Bereich	1,9	5,3	-	30,2	19,1	45,4	0,5	-	-	-	-60,0	160,0
Bruttoeinnahmen der Kapitalrechnung	726,8	25,5	11,1	11,5	6,5	45,4	653,8	18,7	11,0	13,3	8,9	48,1
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	31,9	0,6	24,9	14,2	24,6	35,6	44,2	0,5	18,1	9,5	28,1	43,9
Einnahmen der Kapitalrechnung	695,0	26,6	10,5	11,3	5,6	45,9	609,6	20,0	10,5	13,5	7,5	48,4
Summe der Einnahmen der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung	9 252,1	29,7	24,4	11,1	4,4	29,9	9 331,7	28,9	24,5	12,2	-	29,4

¹ Zur Abgrenzung siehe Metadaten.

T 10

Nettoausgaben der Kernhaushalte der kommunalen Gebietskörperschaften 2013 und 2014 nach Aufgabenbereichen und Körperschaftsgruppen¹

Aufgabenbereich	2013						2014					
	rechnungsmäßige Erfassung						kassenmäßige Erfassung ²					
	ins- gesamt	darunter					ins- gesamt	darunter				
		kreis- freie Städte	Land- kreise	verbands- freie	Ver- bands-	Orts-		kreis- freie Städte	Land- kreise	verbands- freie	Ver- bands-	Orts-
				Gemeinden						Gemeinden		
Mill. EUR	%					Mill. EUR	%					
Soziale Sicherung	2 556,2	33,3	52,5	3,9	3,3	7,0
Allgemeinbildende und berufliche Schulen	578,7	18,0	42,4	5,3	24,3	5,4
Öffentliche Sicherheit und Ordnung; Rechtsschutz	424,1	38,1	17,6	10,1	33,5	0,7
Allgemeine Finanzwirtschaft	x	x	x	x	x	x
Politische Führung und zentrale Verwaltung	1 177,0	29,7	14,4	13,6	24,5	17,7
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	556,9	26,9	4,5	14,9	1,2	52,5
Wissenschaft, Forschung und Entwicklung	22,6	65,2	3,0	5,0	0,2	0,8
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	259,8	32,5	11,2	13,8	21,0	21,4
Finanzverwaltung	199,1	29,1	14,1	14,3	41,3	1,2
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	124,9	25,7	12,6	11,7	27,2	22,6
Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung	218,0	32,0	11,4	12,1	19,3	25,3
Kultur, kirchliche Angelegenheiten	184,5	50,0	10,9	13,5	4,1	16,8
Wirtschaftsunternehmen	174,5	8,2	12,4	8,2	4,6	62,5
Förderung von Schüler/-innen, Studierenden, sonstiges Bildungswesen	76,5	29,2	57,1	6,1	4,9	1,1
Kommunale Gemeinschaftsdienste	202,6	14,9	2,8	9,8	5,3	67,2
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	-	-	-	-	-	-
Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	86,8	75,0	0,7	8,4	12,7	3,2
Insgesamt	5 734,5	33,2	6,8	15,2	2,7	41,7

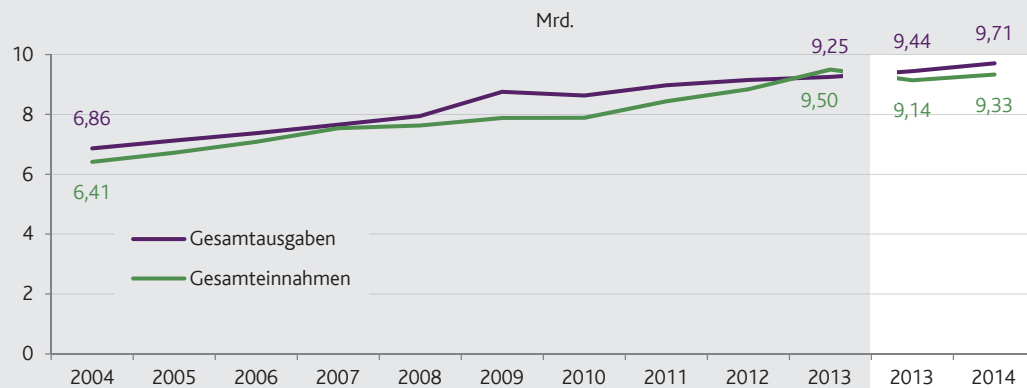
¹ Zur Abgrenzung siehe Metadaten. – ² Eine kassenmäßige Erfassung der Folgejahre liegt nicht vor. In der Kassenstatistik werden die dafür notwendigen Merkmale nicht erhoben.

T 11

Gesamtausgaben der Kernhaushalte der kommunalen Gebietskörperschaften 2013 und 2014
nach Ausgabearten und Körperschaftsgruppen¹

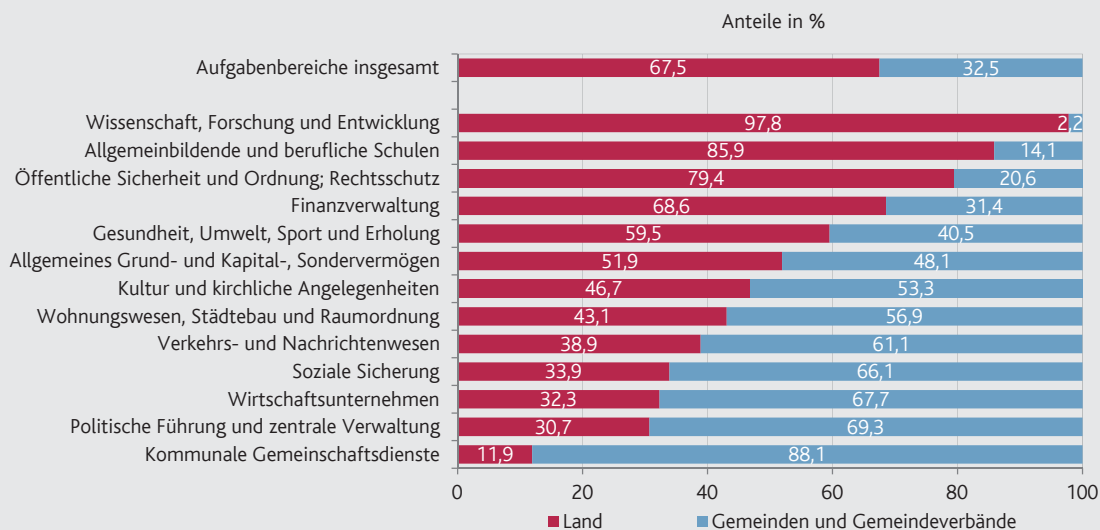
Ausgabeart	2013						2014					
	rechnungsmäßige Erfassung						kassenmäßige Erfassung					
	ins- gesamt	darunter					ins- gesamt	darunter				
		kreis- freie Städte	Land- kreise	verbands- freie	Ver- bands- Gemeinden	Orts-		kreis- freie Städte	Land- kreise	verbands- freie	Ver- bands- Gemeinden	Orts-
Mill. EUR	%					Mill. EUR	%					
Laufende Rechnung												
Personalausgaben	2 604,2	30,0	17,7	11,2	22,6	16,7	2 697,0	29,5	17,6	11,8	22,8	16,5
Laufender Sachaufwand	1 865,4	28,9	21,6	10,5	14,1	24,3	1 980,5	31,4	20,7	11,0	13,8	22,5
Zinsausgaben innerhalb des öffentlichen Bereichs	15,6	1,0	17,6	4,3	17,6	59,5	10,5	1,9	6,7	1,0	16,2	75,2
Zinsausgaben an andere Bereiche (insbesondere an Banken, Kreditinstitute, Investmentfonds)	300,4	38,4	20,0	10,7	14,7	15,8	288,8	38,9	20,4	11,6	14,1	14,8
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	6 054,1	19,4	41,8	8,0	3,5	27,2	6 312,9	18,6	41,5	8,8	3,6	27,5
Bruttoausgaben der laufenden Rechnung	10 839,7	24,1	31,9	9,3	10,2	23,9	11 289,7	23,9	31,6	10,0	10,2	23,7
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	2 568,3	1,3	51,4	4,7	33,0	8,8	2 746,4	1,7	52,6	4,2	32,8	7,8
Ausgaben der laufenden Rechnung	8 271,4	31,2	25,9	10,7	3,2	28,6	8 543,3	31,1	24,8	11,8	3,0	28,8
Kapitalrechnung												
Baumaßnahmen	760,4	17,8	15,4	11,4	9,7	45,4	801,0	18,3	14,5	13,2	10,8	42,9
Erwerb von Sachvermögen	236,7	28,2	14,2	11,8	16,4	29,1	198,5	18,4	11,8	13,8	18,9	36,6
Vermögensübertragung an öffentlichen Bereich	27,1	0,0	70,8	1,4	18,3	9,4	25,5	3,9	69,8	1,2	10,6	14,5
Vermögensübertragung an andere Bereiche	100,3	28,8	18,1	9,4	7,9	35,5	85,1	24,3	20,0	12,8	11,3	31,4
Darlehen an öffentliche Bereiche	0,3	-	73,5	-	5,5	21,0	0,8	-	87,5	-	12,5	-
Darlehen an andere Bereiche	44,0	19,8	1,4	20,2	28,8	29,8	25,2	35,7	31,3	13,9	12,7	6,3
Erwerb von Beteiligungen	56,0	65,6	13,1	14,4	0,9	6,1	39,7	23,7	37,3	30,5	5,0	3,3
Tilgungsausgaben an öffentlichen Bereich	34,4	17,6	24,1	6,6	34,1	17,6	31,0	19,0	27,1	7,4	29,4	16,8
Bruttoausgaben der Kapitalrechnung	1 259,1	22,4	16,2	11,4	11,9	37,7	1 206,8	19,0	17,1	13,4	12,5	37,7
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	31,9	0,6	24,9	14,2	24,6	35,6	44,2	0,5	18,1	9,5	28,1	43,9
Ausgaben der Kapitalrechnung	1 227,3	23,0	16,0	11,3	11,6	37,8	1 162,7	19,7	17,0	13,6	11,9	37,5
Summe der Ausgaben der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung	9 498,6	30,1	24,6	10,8	4,2	29,8	9 705,9	29,7	23,9	12,0	4,1	29,8
1 Zur Abgrenzung siehe Metadaten.												

G 3 Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben der Kernhaushalte der Kommunen 2004–2014



Bis 2012 rechnungsmäßige Erfassung, ab 2013 kassenmäßige Erfassung.

G 4 Verteilung der Nettoaussgaben zwischen den Gebietskörperschaften 2013 nach ausgewählten Aufgabenbereichen



T 12

Bruttoeinnahmen der laufenden Rechnung der Kernhaushalte der Kommunen 2014 nach ausgewählten Einnahmearten und Verwaltungsbezirken¹

Verwaltungsbezirk	Insgesamt ²				Darunter		
	Mill. EUR	Veränderung zu		je Einwohner/-in	Zuweisungen und Zuschüsse	Steuern	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit
		2004	2013				
		%		EUR		%	
Frankenthal (Pfalz), St.	104,1	82,2	10,4	2 193	46,5	44,5	3,7
Kaiserslautern, St.	277,1	84,9	7,1	2 850	46,8	38,1	4,2
Koblenz, St.	287,5	41,9	-12,0	2 594	34,5	53,3	5,4
Landau i. d. Pfalz, St.	102,8	64,0	-4,6	2 337	45,4	41,2	3,5
Ludwigshafen a. Rh., St.	488,4	61,2	14,9	3 009	38,3	53,1	3,4
Mainz, St.	479,7	50,0	-4,4	2 336	37,7	53,5	5,0
Neustadt a. d. Weinstr., St.	106,0	41,0	4,8	2 015	41,3	46,7	4,9
Pirmasens, St.	108,5	51,8	9,5	2 704	52,9	37,1	3,2
Speyer, St.	125,5	62,7	3,1	2 520	34,2	51,5	5,7
Trier, St.	274,7	50,4	8,7	2 556	48,3	37,4	6,6
Worms, St.	185,1	56,7	4,2	2 296	47,9	44,4	3,2
Zweibrücken, St.	81,7	53,0	11,4	2 408	44,4	43,8	5,3
Ahrweiler	352,2	65,7	6,3	2 789	63,6	27,8	3,9
Altenkirchen (Ww.)	366,8	62,0	5,4	2 858	66,8	27,1	2,4
Alzey-Worms	322,0	62,6	4,1	2 562	65,4	27,7	2,5
Bad Dürkheim	378,9	51,1	2,0	2 889	61,3	28,4	4,0
Bad Kreuznach	458,9	55,9	1,5	2 947	68,4	24,5	2,8
Bernkastel-Wittlich	365,7	77,1	5,0	3 298	63,7	25,4	5,0
Birkenfeld	236,5	46,1	4,5	2 936	67,2	24,2	3,6
Cochem-Zell	195,1	65,4	7,6	3 146	65,5	21,4	4,4
Donnersbergkreis	233,7	62,8	0,5	3 111	65,9	25,6	2,9
Eifelkreis Bitburg-Prüm	295,5	66,6	2,8	3 072	67,4	23,1	4,5
Germersheim	367,5	68,4	8,5	2 927	59,5	32,8	3,2
Kaiserslautern	304,3	55,0	2,1	2 921	68,0	22,8	3,7
Kusel	205,2	37,7	2,0	2 897	72,6	18,0	3,9
Mainz-Bingen	863,5	119,7	8,9	4 236	56,5	37,9	1,8
Mayen-Koblenz	609,4	72,5	4,2	2 902	62,3	30,2	2,7
Neuwied	491,2	44,7	2,4	2 738	61,2	31,7	3,6
Rhein-Hunsrück-Kreis	313,1	56,6	1,4	3 073	60,2	27,3	7,3
Rhein-Lahn-Kreis	344,4	55,8	2,6	2 838	64,0	25,2	4,7
Rhein-Pfalz-Kreis	358,1	56,0	4,2	2 394	57,7	33,8	3,3
Südliche Weinstraße	309,0	60,1	26,2	2 823	61,5	27,9	5,2
Südwestpfalz	267,7	63,4	6,5	2 776	68,2	23,9	3,8
Trier-Saarburg	389,0	66,4	6,7	2 687	69,1	21,6	3,9
Vulkaneifel	204,1	39,7	1,1	3 361	65,6	21,1	8,1
Westerwaldkreis	545,2	50,6	2,1	2 739	60,5	31,6	4,0
Rheinland-Pfalz	11 468,5	61,2	4,5	2 867	58,5	32,3	4,0
kreisfreie Städte	2 621,0	56,7	3,2	2 540	41,7	47,2	4,5
Landkreise	8 777,2	62,9	4,9	2 956	63,4	28,1	3,7

¹ Zur Abgrenzung siehe Metadaten. – ² Aus vorläufiger Kassenstatistik.

K 1

Bruttoeinnahmen der Kernhaushalte 2014 nach Verwaltungsbezirken

Die Kernhaushalte der rheinland-pfälzischen Kommunen verzeichneten im Jahr 2014 Bruttoeinnahmen in Höhe von insgesamt 11,47 Milliarden Euro. Je Einwohnerin bzw. Einwohner ergab sich ein Wert in Höhe von 2 867 Euro.

Die höchsten Pro-Kopf-Einnahmen wurden im Landkreis Mainz-Bingen mit 4 236 Euro registriert. Am niedrigsten waren die Einnahmen in der kreisfreien Stadt Neustadt an der Weinstraße mit 2 015 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner.

EUR je Einwohner/-in

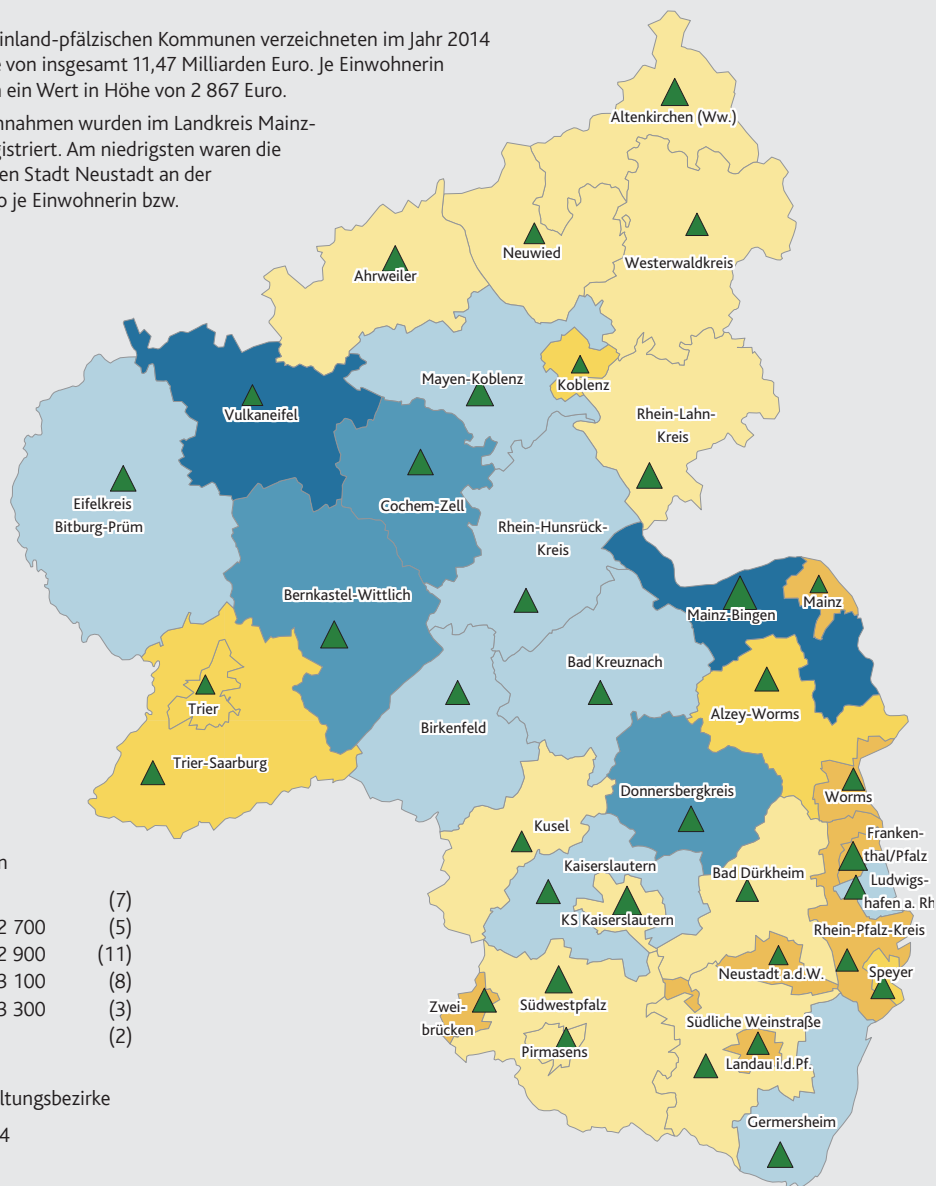
unter 2 500	(7)
2 500 bis unter 2 700	(5)
2 700 bis unter 2 900	(11)
2 900 bis unter 3 100	(8)
3 100 bis unter 3 300	(3)
3 300 und mehr	(2)

Landeswert: 2 867

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2004

▲ Zunahme



T 13

Bruttoausgaben der laufenden Rechnung der Kernhaushalte der Kommunen 2014 nach ausgewählten Ausgabearten und Verwaltungsbezirken¹

Verwaltungsbezirk	Insgesamt ²				Darunter		
	Mill. EUR	Veränderung zu		je Einwohner/-in	Personal	laufender Sachaufwand	Zinsausgaben
		2004	2013				
		%		EUR			
Frankenthal (Pfalz), St.	105,2	50,2	6,7	2 215	31,8	25,3	4,4
Kaiserslautern, St.	272,2	41,1	0,5	2 799	29,9	21,9	3,3
Koblenz, St.	295,8	44,8	3,1	2 669	27,3	25,1	4,0
Landau i. d. Pfalz, St.	101,4	49,5	-5,3	2 304	22,8	29,3	1,8
Ludwigshafen a. Rh., St.	485,3	37,7	1,8	2 990	29,6	34,1	7,3
Mainz, St.	510,6	28,9	12,6	2 486	29,4	14,5	3,2
Neustadt a. d. Weinstr., St.	103,7	44,6	4,2	1 973	33,0	25,0	2,4
Pirmasens, St.	116,7	31,4	2,0	2 909	32,9	16,7	3,9
Speyer, St.	131,5	61,1	7,1	2 641	33,8	17,8	4,3
Trier, St.	294,5	42,4	5,7	2 740	29,8	22,0	2,6
Worms, St.	196,4	50,8	6,3	2 436	26,5	19,9	3,4
Zweibrücken, St.	89,3	37,7	3,3	2 632	29,4	22,1	7,2
Ahrweiler	340,0	60,5	6,8	2 692	20,6	15,1	1,8
Altenkirchen (Ww.)	360,3	53,1	7,0	2 807	21,5	14,8	3,0
Alzey-Worms	316,1	53,5	5,2	2 516	22,5	15,5	2,7
Bad Dürkheim	371,6	44,6	2,8	2 833	24,1	15,5	2,5
Bad Kreuznach	458,0	54,3	3,9	2 942	22,4	15,0	2,0
Bernkastel-Wittlich	358,0	72,4	4,5	3 228	22,6	15,6	1,9
Birkenfeld	242,9	38,8	3,5	3 015	23,8	15,4	3,3
Cochem-Zell	185,5	57,5	4,5	2 992	22,1	16,6	1,9
Donnersbergkreis	239,4	67,8	6,1	3 187	21,9	14,6	3,7
Eifelkreis Bitburg-Prüm	276,3	43,2	3,7	2 872	21,9	16,5	2,9
Germersheim	359,9	69,9	3,6	2 865	23,7	17,4	1,2
Kaiserslautern	313,0	52,5	4,6	3 005	24,2	14,2	4,4
Kusel	211,2	34,4	1,2	2 983	24,5	14,9	3,1
Mainz-Bingen	778,2	104,2	12,0	3 818	19,9	14,1	1,0
Mayen-Koblenz	597,5	62,7	4,7	2 846	21,5	14,2	2,8
Neuwied	492,8	43,3	3,1	2 747	19,6	18,0	2,2
Rhein-Hunsrück-Kreis	293,3	51,9	3,4	2 879	21,3	18,5	0,8
Rhein-Lahn-Kreis	340,6	50,6	4,3	2 806	20,0	16,0	2,3
Rhein-Pfalz-Kreis	344,9	55,6	4,3	2 306	23,1	16,3	1,7
Südliche Weinstraße	292,4	59,2	8,2	2 671	21,1	16,1	1,6
Südwestpfalz	265,0	58,7	3,2	2 747	23,2	14,3	1,8
Trier-Saarburg	378,9	59,0	5,2	2 617	20,6	16,7	2,6
Vulkaneifel	200,7	41,5	0,3	3 305	19,9	19,2	2,5
Westerwaldkreis	503,7	45,9	3,2	2 531	21,0	17,6	1,1
Rheinland-Pfalz	11 289,7	52,5	4,9	2 822	23,9	17,5	2,7
kreisfreie Städte	2 702,6	40,2	4,7	2 619	29,4	23,0	4,2
Landkreise	8 520,3	57,0	4,9	2 870	21,8	15,8	2,2

1 Zur Abgrenzung siehe Metadaten. – 2 Aus vorläufiger Kassenstatistik.

K 2

Bruttoausgaben der Kernhaushalte 2014 nach Verwaltungsbezirken

Die Kernhaushalte der rheinland-pfälzischen Kommunen verzeichneten im Jahr 2014 Bruttoausgaben in Höhe von insgesamt 11,29 Milliarden Euro. Je Einwohnerin bzw. Einwohner ergab sich ein Wert in Höhe von durchschnittlich 2 822 Euro.

Die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben wurden im Landkreis Mainz-Bingen mit 3 818 Euro registriert. Am niedrigsten waren die Ausgaben in der kreisfreien Stadt Neustadt an der Weinstraße mit 1 973 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner.

EUR je Einwohner/-in

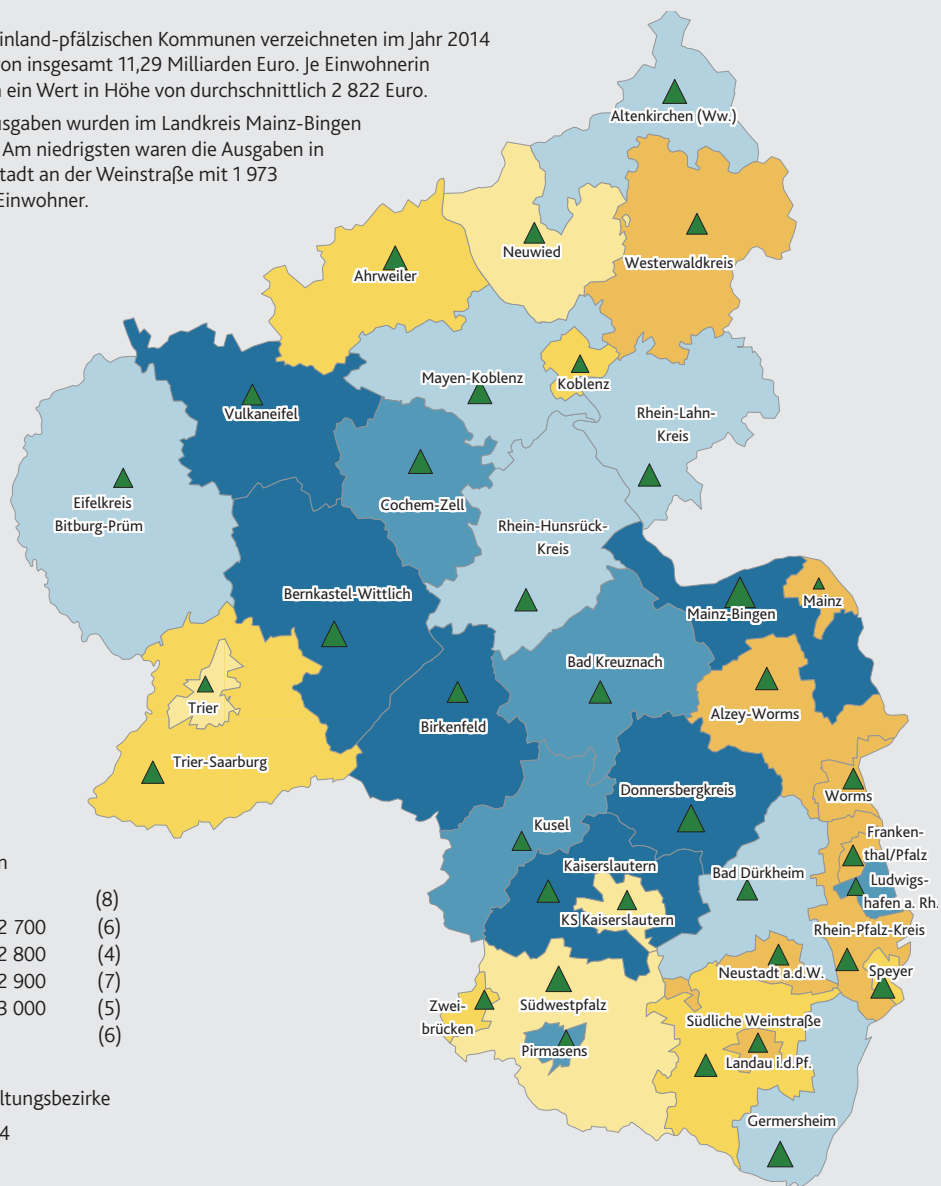
unter 2 600	(8)
2 600 bis unter 2 700	(6)
2 700 bis unter 2 800	(4)
2 800 bis unter 2 900	(7)
2 900 bis unter 3 000	(5)
3 000 und mehr	(6)

Landeswert: 2 822

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2004

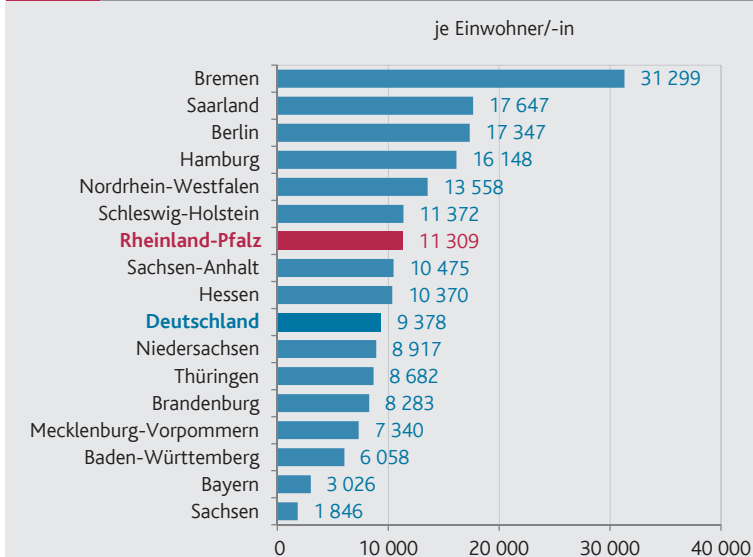
▲ Zunahme



T 14 Schulden der öffentlichen Gesamthaushalte 2014 nach Bundesländern

Bundesland	Insgesamt				Davon		Schulden- quote
	Mrd. EUR	EUR je Einwohner/-in	Veränderung zu		Land	Kommunen	Anteil am BIP
			2004	2013			
			%				
Baden-Württemberg	64,7	6 058	45,2	-8,4	88,9	11,1	14,8
Bayern	38,2	3 026	2,2	-4,8	63,0	37,0	7,3
Berlin	59,7	17 347	10,8	-1,2	100	-	50,9
Brandenburg	20,3	8 283	11,5	-2,7	89,7	10,3	32,8
Bremen	20,6	31 299	82,7	2,8	100	-	68,1
Hamburg	28,2	16 148	38,7	12,6	100	-	27,4
Hessen	62,9	10 370	69,5	7,8	70,1	29,9	25,1
Mecklenburg-Vorpommern	11,7	7 340	-5,0	-0,8	83,1	16,9	30,5
Niedersachsen	69,7	8 917	27,4	1,1	82,1	17,9	27,5
Nordrhein-Westfalen	238,5	13 558	82,2	-0,6	78,2	21,8	38,2
Rheinland-Pfalz	45,2	11 309	61,7	1,1	72,4	27,6	35,5
Saarland	17,5	17 647	111,3	4,4	79,2	20,8	52,0
Sachsen	7,5	1 846	-57,1	-11,4	42,1	57,9	6,9
Sachsen-Anhalt	23,4	10 475	9,6	0,5	86,6	13,4	42,1
Schleswig-Holstein	32,1	11 372	45,7	1,3	87,0	13,0	38,2
Thüringen	18,7	8 682	10,1	-1,9	84,1	15,9	34,5
Deutschland	758,9	9 378	41,9	-0,1	81,6	18,4	26,1

G 5 Schulden der öffentlichen Gesamthaushalte 2014 nach Bundesländern



Das Land Rheinland-Pfalz und seine Kommunen waren Ende 2014 zusammen mit 45,2 Milliarden Euro verschuldet. Damit stiegen die Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts im Vorjahresvergleich um 1,1 Prozent bzw. 480 Millionen Euro. Die rechnerische Pro-Kopf-Verschuldung erhöhte sich auf rund 11 300 Euro (+0,8 Prozent).

Zwischen den Bundesländern gibt es große Niveauunterschiede. Im Bundesdurchschnitt betragen die Schulden je Einwohnerin bzw. Einwohner 9 400 Euro (-0,6 Prozent). Ein deutlich überdurchschnittlicher Schuldenstand zeigt sich bei den Stadtstaaten und dem Saarland.

T 15 Schulden der öffentlichen Gesamthaushalte des Landes und der Kommunen 2014¹

Gebiet	Insgesamt			Davon				Darunter ²			
	Mrd. EUR	EUR je Einwohner/-in	Veränderung zu 2013	Kern-	Extra-	Veränderung zu 2013		Investitions-	Liquiditäts-	Veränderung zu 2013	
						Kern-	Extra-			Investitionskredite	Liquiditätskredite
				haushalt				%			
Rheinland-Pfalz	45,2	11 309	1,1	98,8	1,2	0,6	54,5	36,5	13,5	-1,9	1,9
Land	32,8	8 189	-0,4	99,8	0,2	-0,4	-11,7	31,7	0,1	-6,0	-1,7
Gemeinde und Gemeindeverbände	12,5	3 121	5,2	96,3	3,7	3,5	76,8	49,1	48,7	6,0	1,9
kreisfreie Städte	6,0	5 785	6,0	95,8	4,2	3,7	123,4	36,9	58,5	9,6	-0,1
Landkreisbereiche	6,3	2 130	3,7	99,2	0,8	3,4	55,4	59,2	40,8	3,1	4,6

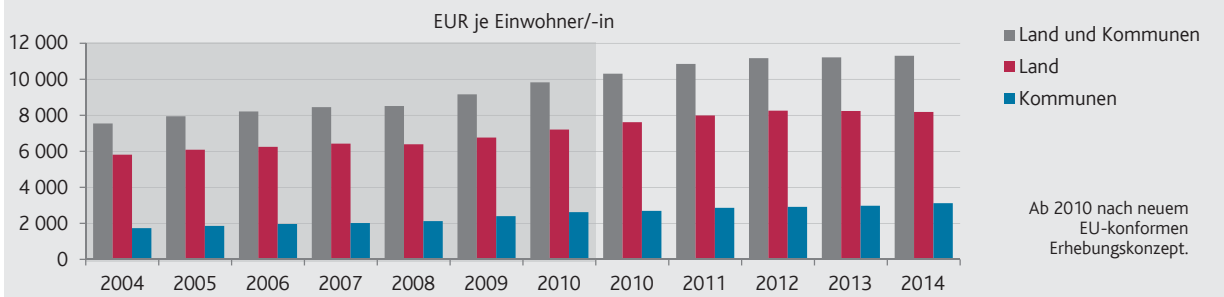
1 Zur Abgrenzung siehe Metadaten. – 2 Zusätzlich zu den Liquiditäts- und Investitionskrediten haben folgende Körperschaften Wertpapierschulden: Land (22,3 Mrd. EUR; +2,4 %); Kfr. St. Mainz (125 Mio. EUR; +0,0 %); Kfr. St. Ludwigshafen (150 Mio. EUR; +100 %).

T 16 Schulden des öffentlichen Bereichs des Landes und der Kommunen 2014

Gebiet	Schulden des öffentlichen Bereichs ¹			Davon					
				Kern- haushalt	Extra- haushalt	sonstige FEU ¹	Veränderung zu 2013		
	Mrd. EUR	EUR je Einwoh- ner/-in	Veränderung zu 2013				Kern- haushalt	Extra- haushalt	sonstige FEU ¹
Rheinland-Pfalz	52,8	13 203	-0,0	84,6	1,0	14,3	0,6	54,5	-6,2
Land	33,4	8 348	-0,3	97,9	0,2	1,9	-0,4	-11,7	4,1
Gemeinden und Gemeindeverbände	19,4	4 855	0,5	61,9	2,4	35,7	3,5	76,8	-7,0
kreisfreie Städte	7,0	6 745	3,6	82,2	3,6	14,2	3,7	123,4	-9,0
Landkreisbereiche	8,5	2 869	1,8	73,7	0,6	25,8	3,4	55,4	-3,2

1 Zur Abgrenzung siehe Metadaten.

G 6 Schulden der öffentlichen Gesamthaushalte 2004–2014 nach Körperschaften



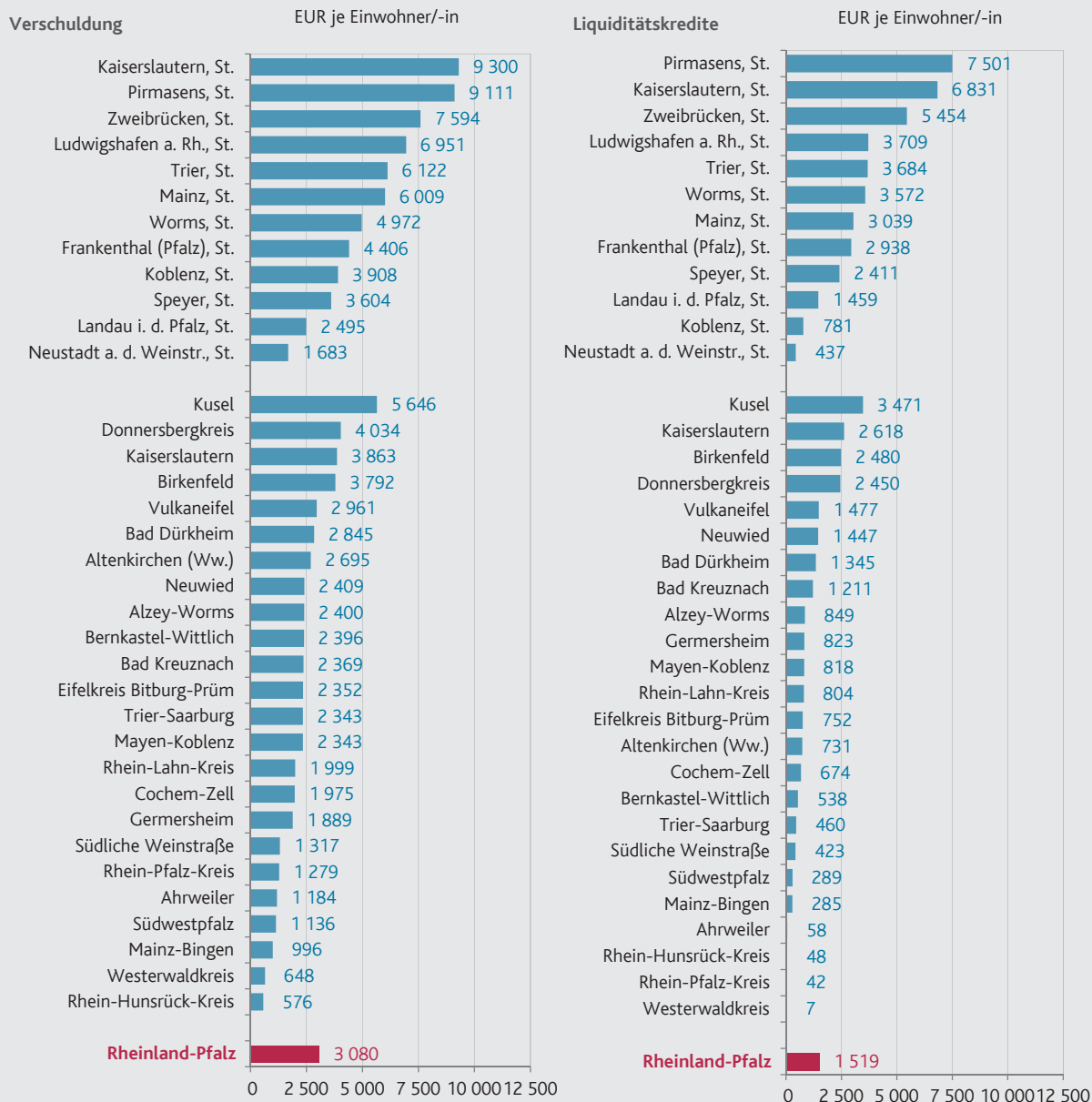
Ü 1 Schuldenherkunft und Schuldenberechnung 2014

Schuldner	Höhe	Schuldenart	Gläubigerbereich
Schulden der Kernhaushalte			
▫ Land	32,7 Mrd. EUR	▫ Investitionskredite (35,8%)	Gläubiger aus dem
▫ kommunale Gebietskörperschaften	12,0 Mrd. EUR	▫ Liquiditätskredite (13,7%)	nichtöffentlichen Bereich
		Wertpapiersschulden (50,5%)	▫ Banken, Kreditinstitute
			▫ Privatanleger, Investmentfonds
+			
Schulden der Extrahaushalte			
▫ Landesbetriebe	0,1 Mrd. EUR	▫ Investitionskredite (98,8%)	Gläubiger aus dem
▫ öffentliche Hochschulen	0,0 Mrd. EUR	▫ Liquiditätskredite (1,2%)	nichtöffentlichen Bereich
▫ Eigenbetriebe (Nichtmarktproduzenten)	0,2 Mrd. EUR		▫ Banken
▫ Weitere ...	0,3 Mrd. EUR		▫ Kreditinstitute
=			
Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes in Rheinland-Pfalz			
45,2 Mrd. EUR			
+			
Schulden der sonstigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen u. Unternehmen			
▫ Krankenhäuser	0,4 Mrd. EUR	▫ Investitionskredite (97,7%)	Gläubiger aus dem
▫ Verkehrsunternehmen	0,1 Mrd. EUR	und Wertpapiersschulden	nichtöffentlichen Bereich
▫ Wohn- u. Immobilienunternehmen	1,8 Mrd. EUR	▫ Liquiditätskredite (1,3%)	▫ Banken
▫ Ver-/Entsorgungsunternehmen	3,4 Mrd. EUR		▫ Kreditinstitute
▫ Weitere ...	1,9 Mrd. EUR		
=			
Schulden des öffentlichen Bereichs in Rheinland-Pfalz			
52,8 Mrd. EUR			

G 7

Schulden und Liquiditätskredite der öffentlichen Gesamthaushalte 2014 nach Verwaltungsbezirken

7



T 17 Schulden der öffentlichen Gesamthaushalte¹ der Kommunen 2014 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Insgesamt			Davon				Darunter ²			
	Mill. EUR	EUR je Einwohner/-in	Veränderung zu 2013	Kern-	Extra-	Veränderung zu		Investitions-	Liquiditäts-	Veränderung zu 2013	
						Kern-	Extra-			Investitions-	Liquiditäts-
				haushalt						kredite	
%											
Frankenthal (Pfalz), St.	209,2	4 406	5,8	98,7	1,3	4,4	x	33,3	66,7	14,9	1,8
Kaiserslautern, St.	904,3	9 300	11,1	90,7	9,3	0,7	x	26,5	73,5	54,7	0,8
Koblenz, St.	433,1	3 908	14,1	92,4	7,6	5,4	x	80,0	20,0	14,6	12,3
Landau i. d. Pfalz, St.	109,7	2 495	22,6	81,6	18,4	0,0	x	41,5	58,5	112,4	-5,8
Ludwigshafen a. Rh., St.	1 128,2	6 951	4,6	100	-	4,6	-	33,3	53,4	3,6	-15,8
Mainz, St.	1 233,9	6 009	3,3	91,1	8,9	3,9	-1,7	39,3	50,6	3,6	3,8
Neustadt a. d. Weinstr., St.	88,5	1 683	-2,9	100	-	-2,9	-	74,0	26,0	-1,7	-6,1
Pirmasens, St.	365,6	9 111	3,1	100	-	3,1	-	17,7	82,3	-3,1	4,5
Speyer, St.	179,4	3 604	1,8	100	-	1,8	-	33,1	66,9	0,9	2,2
Trier, St.	658,0	6 122	2,4	100	0,0	2,3	x	39,8	60,2	-4,7	7,6
Worms, St.	400,9	4 972	7,4	100	-	7,4	-	28,2	71,8	17,2	4,0
Zweibrücken, St.	257,6	7 594	8,6	100	-	8,6	-	28,2	71,8	0,6	12,1
Ahrweiler	149,5	1 184	7,4	100	-	7,4	-	95,1	4,9	8,0	-3,3
Altenkirchen (Ww.)	346,0	2 695	6,5	100	-	6,5	-	72,9	27,1	6,5	6,7
Alzey-Worms	301,6	2 400	2,8	99,6	0,4	2,8	5,9	64,6	35,4	4,2	0,5
Bad Dürkheim	373,1	2 845	2,9	99,8	0,2	2,9	-	52,7	47,3	4,6	1,2
Bad Kreuznach	368,8	2 369	4,2	98,3	1,7	4,5	-8,8	48,9	51,1	1,7	6,7
Bernkastel-Wittlich	265,7	2 396	6,6	99,4	0,6	6,0	x	77,5	22,5	6,5	6,8
Birkenfeld	305,5	3 792	7,1	98,9	1,1	7,0	8,9	34,6	65,4	0,8	10,7
Cochem-Zell	122,5	1 975	0,8	100	-	0,8	-	65,9	34,1	3,9	-4,7
Donnersbergkreis	303,0	4 034	6,6	96,0	4,0	5,8	32,7	39,3	60,7	0,9	10,7
Eifelkreis Bitburg-Prüm	226,2	2 352	1,8	98,7	1,3	0,5	x	68,0	32,0	2,1	1,4
Germersheim	237,2	1 889	7,1	100	-	7,1	-	56,5	43,5	10,9	2,5
Kaiserslautern	402,4	3 863	7,0	100	-	7,0	-	32,2	67,8	4,6	8,2
Kusel	399,8	5 646	8,9	99,9	0,1	8,7	x	38,5	61,5	0,2	15,1
Mainz-Bingen	203,0	996	1,7	99,3	0,7	1,0	x	71,4	28,6	-1,0	9,0
Mayen-Koblenz	492,0	2 343	1,2	99,0	1,0	1,3	-5,3	65,1	34,9	0,3	3,0
Neuwied	432,1	2 409	3,6	100,0	0,0	3,5	x	39,9	60,1	1,5	5,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	58,7	576	-6,1	100	-	-6,1	-	91,7	8,3	3,1	-52,6
Rhein-Lahn-Kreis	242,7	1 999	-0,2	99,8	0,2	-0,1	-11,3	59,8	40,2	1,2	-2,1
Rhein-Pfalz-Kreis	191,4	1 279	-3,7	97,1	2,9	-6,5	x	96,7	3,3	4,1	-70,0
Südliche Weinstraße	144,2	1 317	1,8	100	-	1,8	-	67,9	32,1	-1,3	9,2
Südwestpfalz	109,6	1 136	9,3	100	-	9,3	-	74,5	25,5	6,1	19,8
Trier-Saarburg	339,3	2 343	1,1	99,7	0,3	0,7	x	80,4	19,6	6,2	-15,7
Vulkaneifel	179,8	2 961	0,9	100	0,0	0,8	125,7	50,1	49,9	-2,3	4,2
Westerwaldkreis	128,9	648	-2,9	94,7	5,3	-4,5	38,3	99,0	1,0	-2,4	-34,1
Rheinland-Pfalz	12 485,1	3 121	5,2	96,3	3,7	3,5	76,8	49,1	48,7	6,0	1,9
kreisfreie Städte	5 968,3	5 785	6,0	95,8	4,2	3,7	123,4	36,9	58,5	9,6	-0,1
Landkreisbereiche	6 323,0	2 130	3,7	99,2	0,8	3,4	55,4	59,2	40,8	3,1	4,6
Bezirksverband Pfalz	31,9	23	4,5	100	-	4,5	-	100	100,0	4,5	-

¹ Zur Abgrenzung siehe Metadaten. – ² Zusätzlich zu den Liquiditäts- und Investitionskrediten haben folgende Kommunen auch Wertpapierschulden: Mainz (125 Millionen Euro); Ludwigshafen (150 Millionen Euro).

K 3

Schulden der öffentlichen Gesamthaushalte am 31. Dezember 2014 nach Verwaltungsbezirken

Ende 2014 waren die Gesamthaushalte der rheinland-pfälzischen Kommunen mit insgesamt fast 12,5 Milliarden Euro verschuldet. Die rechnerische Pro-Kopf-Verschuldung betrug rund 3 100 Euro.

Die höchsten Schulden je Einwohnerin bzw. Einwohner wurden in den kreisfreien Städten Kaiserslautern (9 300 Euro) und Pirmasens (9 100 Euro) registriert. Am niedrigsten war der Schuldenstand im Rhein-Hunsrück-Kreis mit rechnerisch 580 Euro pro Kopf.

EUR je Einwohner/-in

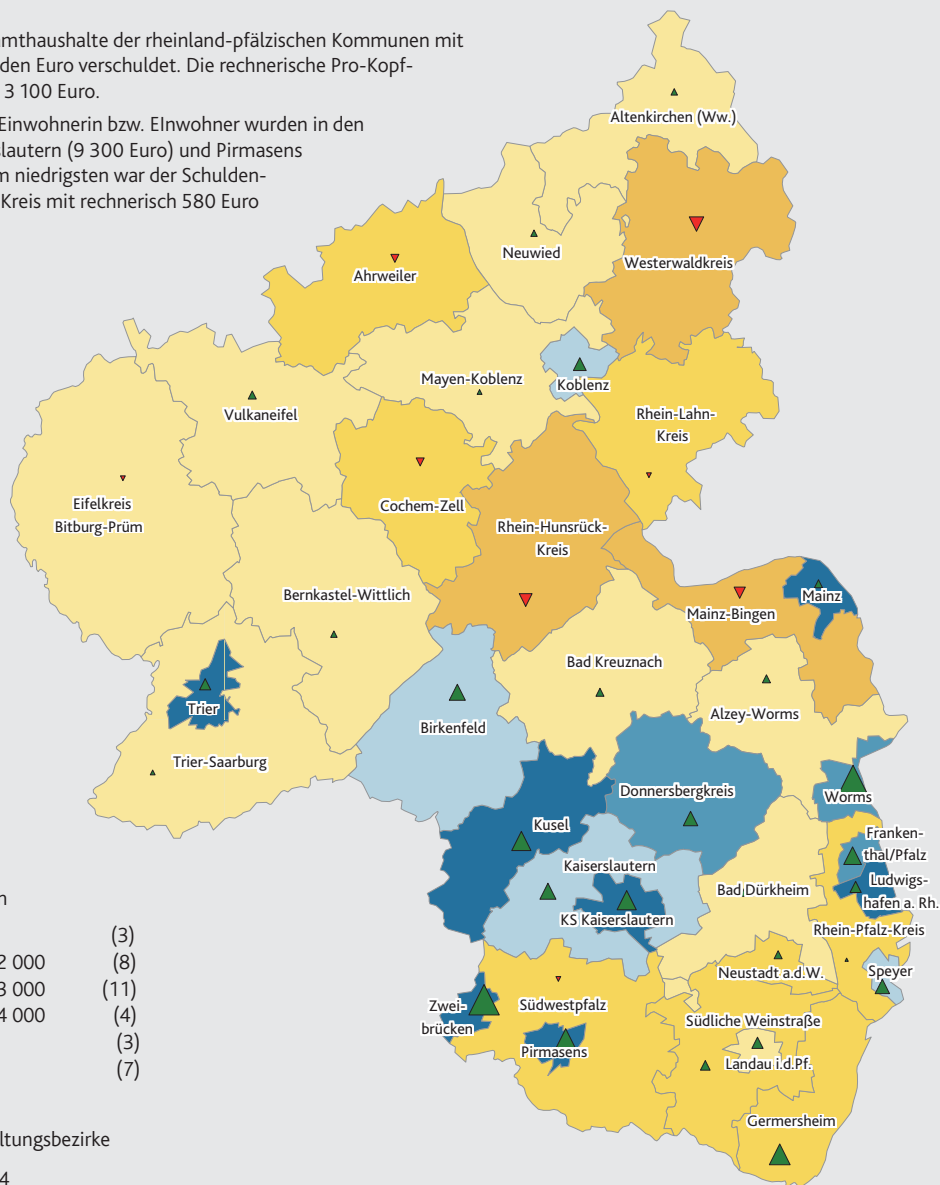
unter 1 000	(3)
1 000 bis unter 2 000	(8)
2 000 bis unter 3 000	(11)
3 000 bis unter 4 000	(4)
4 000 bis 5 000	(3)
5 000 und mehr	(7)

Landeswert: 3 121

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2004

- ▲ Zunahme
- ▼ Abnahme



T 18

Schulden des öffentlichen Bereichs der Kommunen 2014 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Schulden des öffentlichen Bereichs ¹			Davon					
	Mill. EUR	EUR je Einwoh- ner/-in	Veränderung zu 2013	Kern- haushalt	Extra- haushalt	sonstige FEU ¹	Veränderung zum Vorjahr		
							Kern- haushalt	Extra- haushalt	sonstige FEU ¹
				%					
Frankenthal (Pfalz), St.	222,0	4 676	5,3	93,0	1,3	5,8	4,4	x	-3,0
Kaiserslautern, St.	1 015,5	10 444	-1,2	80,7	8,3	11,0	0,7	x	-48,0
Koblenz, St.	532,2	4 802	8,8	75,2	6,2	18,6	5,4	x	-9,6
Landau i. d. Pfalz, St.	110,2	2 506	-1,2	81,3	18,3	0,4	0,0	x	-97,7
Ludwigshafen a. Rh., St.	1 311,2	8 078	3,2	86,0	-	14,0	4,6	-	-4,8
Mainz, St.	1 453,3	7 077	1,4	77,3	7,6	15,1	3,9	-1,7	-8,0
Neustadt a. d. Weinstr., St.	101,2	1 925	-11,5	87,4	-	12,6	-2,9	-	-45,1
Pirmasens, St.	415,0	10 341	2,7	88,1	-	11,9	3,1	-	-0,3
Speyer, St.	264,1	5 306	33,9	67,9	-	32,1	1,8	-	303,1
Trier, St.	779,9	7 256	3,9	84,4	0,0	15,6	2,3	x	13,2
Worms, St.	497,1	6 166	6,1	80,6	-	19,4	7,4	-	1,0
Zweibrücken, St.	257,6	7 594	7,3	100	-	-	8,6	-	-100,0
Ahrweiler	267,4	2 118	3,0	55,9	-	44,1	7,4	-	-2,0
Altenkirchen (Ww.)	453,4	3 532	1,4	76,3	-	23,7	6,5	-	-12,3
Alzey-Worms	339,2	2 700	2,3	88,6	0,4	11,1	2,8	5,9	-1,5
Bad Dürkheim	419,7	3 200	1,3	88,7	0,2	11,1	2,9	-	-10,0
Bad Kreuznach	450,6	2 894	2,6	80,5	1,4	18,2	4,5	-8,8	-3,9
Bernkastel-Wittlich	350,6	3 162	4,8	75,4	0,4	24,2	6,0	x	-0,3
Birkenfeld	401,6	4 984	3,6	75,2	0,8	23,9	7,0	8,9	-5,9
Cochem-Zell	205,9	3 320	2,2	59,5	-	40,5	0,8	-	4,5
Donnersbergkreis	336,8	4 485	4,6	86,3	3,6	10,0	5,8	32,7	-10,4
Eifelkreis Bitburg-Prüm	320,1	3 328	-0,3	69,8	0,9	29,3	0,5	x	-5,1
Germersheim	280,9	2 237	6,6	84,4	-	15,6	7,1	-	3,8
Kaiserslautern	490,9	4 713	6,2	82,0	-	18,0	7,0	-	2,4
Kusel	480,5	6 785	6,3	83,1	0,1	16,8	8,7	x	-4,7
Mainz-Bingen	290,3	1 424	1,9	69,5	0,5	30,1	1,0	x	2,2
Mayen-Koblenz	652,6	3 108	-0,9	74,7	0,7	24,6	1,3	-5,3	-6,9
Neuwied	689,6	3 844	0,8	62,6	0,0	37,3	3,5	x	-3,5
Rhein-Hunsrück-Kreis	102,6	1 006	-7,2	57,2	-	42,8	-6,1	-	-8,8
Rhein-Lahn-Kreis	378,9	3 121	0,8	64,0	0,1	35,9	-0,1	-11,3	2,5
Rhein-Pfalz-Kreis	229,1	1 532	-6,9	81,1	2,4	16,5	-6,5	x	-20,1
Südliche Weinstraße	177,5	1 621	-0,0	81,3	-	18,7	1,8	-	-7,4
Südwestpfalz	173,1	1 794	5,3	63,3	-	36,7	9,3	-	-0,9
Trier-Saarburg	448,2	3 096	0,1	75,5	0,2	24,3	0,7	x	-2,6
Vulkaneifel	209,0	3 442	0,5	86,0	0,0	14,0	0,8	125,7	-1,6
Westerwaldkreis	369,4	1 856	-0,6	33,0	1,9	65,1	-4,5	38,3	0,8
Rheinland-Pfalz	19 425,1	4 855	0,5	61,9	2,4	35,7	3,5	76,8	-7,0
kreisfreie Städte	6 959,3	6 745	3,6	82,2	3,6	14,2	3,7	123,4	-9,0
Landkreisbereiche	8 517,9	2 869	1,8	73,7	0,6	25,8	3,4	55,4	-3,2
Bezirksverband Pfalz	68,6	49	9,9	46,4	-	53,6	4,5	-	15,0

¹ Zur Abgrenzung siehe Metadaten.

K 4

Liquiditätskredite der öffentlichen Gesamthaushalte am 31. Dezember 2014 nach Verwaltungsbezirken

Um kurzfristige Kassenanspannungen zu überbrücken, haben die öffentlichen Gesamthaushalte die Möglichkeit, Kredite zur Liquiditätssicherung aufzunehmen. Im Jahr 2014 wurden von den öffentlichen Gesamthaushalten Liquiditätskredite in Höhe von insgesamt 6,1 Mrd. Euro aufgenommen. Je Einwohner bzw. Einwohnerin ergibt sich rechnerisch ein Wert von rund 1 500 Euro.

Am stärksten wurde dieses Instrument in den kreisfreien Städten Pirmasens (7 500 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner) und Kaiserslautern (6 800 Euro) genutzt, das sind auch die Städte mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung. Am niedrigsten war der Wert im Westerwaldkreis mit nur sieben Euro.

EUR je Einwohner/-in

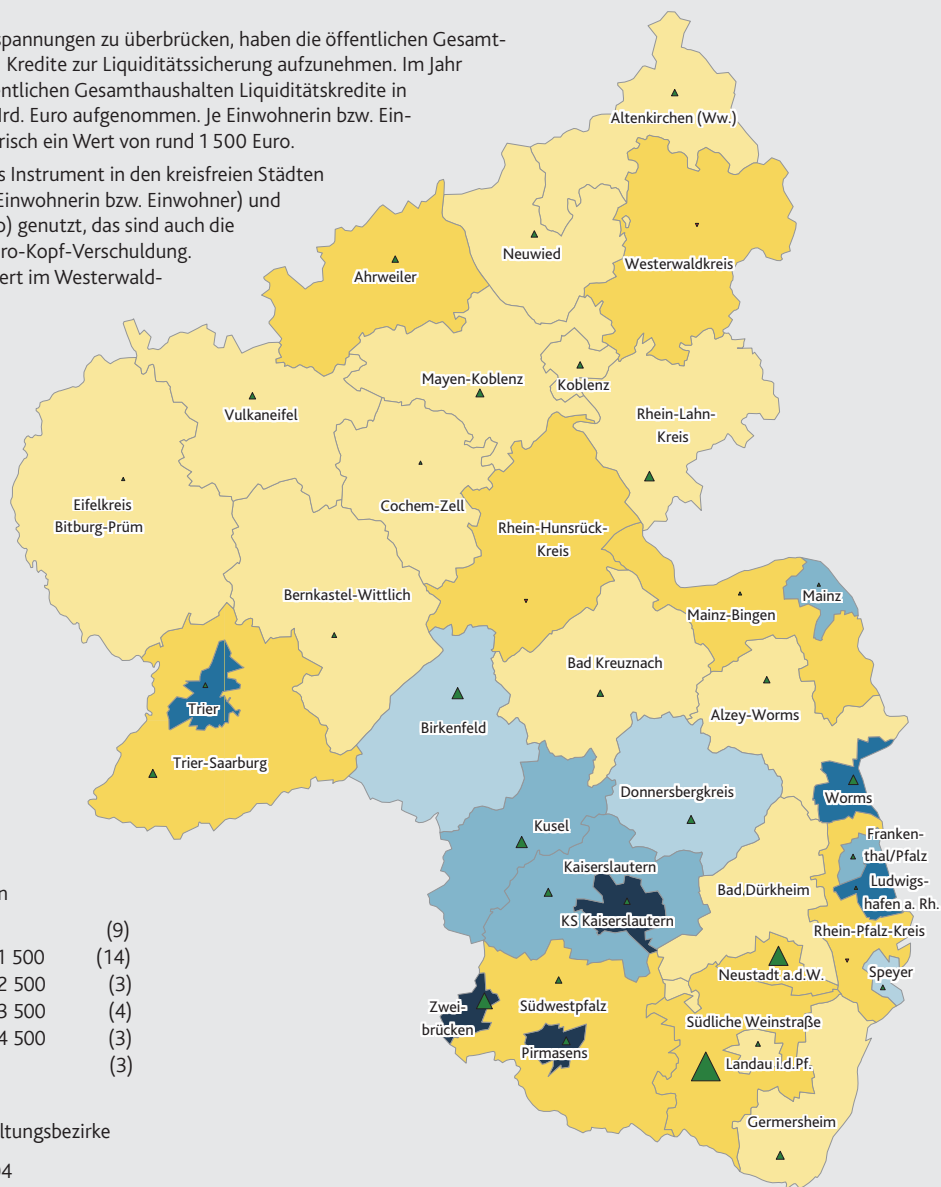
unter 500	(9)
500 bis unter 1 500	(14)
1 500 bis unter 2 500	(3)
2 500 bis unter 3 500	(4)
3 500 bis unter 4 500	(3)
4 500 und mehr	(3)

Landeswert: 1 519

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2004

- ▲ Zunahme
▼ Abnahme



Datenquellen

Statistik	Tabelle	Grafik	Karten	Übersicht
Haushaltsrechnungsstatistik	T 1 bis T 13	G 2 bis G 5	K 1, K 2	-
Vierteljährliche Kassenstatistik	T 2 bis T 11	-	-	-
Schuldenstatistik (jährlich)	T 14 bis T 18	G 6 bis G 8	K 3, K 4	Ü 1

Statistiken

7

Kernstück der Darstellung der öffentlichen Finanzen ist die Haushaltsrechnungsstatistik. Sie wird ergänzt durch die Statistik über die Schulden sowie vierteljährlichen Erhebungen. Zum Berichtskreis gehören neben den Gebietskörperschaften auch die staatlichen und kommunalen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die kommunalen Zweckverbände und die Sozialversicherungsträger. Das Finanz- und Personalstatistikgesetz (FPStatG) bildet in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) die Rechtsgrundlage für alle Statistiken der öffentlichen Finanzen.

Die **Haushaltsrechnungsstatistik** (Jahresrechnungsstatistik) erhebt die gesamten Ist-Ausgaben und Ist-Einnahmen des Landes Rheinland-Pfalz inklusive seiner kameral buchenden Fonds, Einrichtungen und Unternehmen sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände inklusive ihrer doppisch buchenden Zweckverbände für das jeweilige Haushaltsjahr. Die Daten werden separat zum einen für das Land Rheinland-Pfalz und zum anderen für die Gemeinden und Gemeindeverbände erhoben. Als Basis dienen die Rechnungsabschlüsse der Berichtseinheiten. Von allen Gemeinden und Gemeindeverbänden werden die Daten bereits in doppischer Form übermittelt. Die Daten des Landes stammen noch aus der kameralen Buchführung. Zur Darstellung werden die doppischen Daten der Gemeinden und Gemeindeverbände in ihre kameraler Entsprechung überführt und teilweise in die Daten des Landes integriert. Der Berichtszeitraum der Jahresstatistik erstreckt sich vom 1. Januar bis 31. Dezember des Berichtsjahrs.

In der **Schuldenstatistik** werden die Schulden des Landes, die unter der Landesaufsicht stehenden Sozialversicherungsträger sowie die Gemeinden und Gemeindeverbände inklusive ihrer öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen und Unternehmen erfasst. Erhoben werden insbesondere Investitionskredite, Wertpapierkredite und Liquiditätskredite. Die Schuldenabgrenzung erfolgt in Analogie zum "Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt" sowie "Europäischen Fiskalpakt". Der Berichtszeitpunkt dieser Jahresstatistik ist jeweils der 31. Dezember des Berichtsjahrs.

Die **Vierteljährlichen Erhebungen** der Kassenstatistik, der Schulden sowie der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen erzeugen mit einem verringerten Merkmalkatalog unterjährige Ergebnisse.

Hinweise zur zeitlichen Vergleichbarkeit

Die intertemporale Vergleichbarkeit der **Gesamtausgaben bzw. der Gesamteinnahmen** ist eingeschränkt. Der Grund liegt in der Verwendung unterschiedlich aktueller Statistiken sowie der im Zeitablauf angepassten Methodik innerhalb der verschiedenen Statistiken. Die Finanzstatistik zu den Gesamtausgaben/Gesamteinnahmen ist zweigeteilt: Die Jahresrechnungsstatistik (rechnungsmäßige Erfassung) liefert mit zeitlichem Verzug sehr genaue und ausführlich plausibilisierte Ergebnisse. Die vierteljährliche Kassenstatistik (kassenmäßige Erfassung) erzeugt hingegen sehr aktuelle, jedoch etwas ungenauere und im Grundkonzept in einigen Details von der Jahresrechnungsstatistik abweichende vorläufige Ergebnisse.

Bei Redaktionsschluss des Jahrbuches lagen bundesweit vergleichbare Länderergebnisse aus der Jahresrechnungsstatistik nur bis einschließlich 2011 vor. Für die Jahre 2012 bis 2014 gab es bundeseinheitliche Ergebnisse nur aus der Kassenstatistik. Daher enthalten die Tabellen T1 bis T5 bis 2011 Ergebnisse aus der Jahresrechnungsstatistik und ab 2012 Ergebnisse aus der Kassenstatistik. Die Werte für 2013 und 2014 sind daher lediglich dazu geeignet, die ungefähre Entwicklung der Einnahmen/Ausgaben für diese Jahre zu verdeutlichen. Dafür wurden in den Tabellen T2, T3 und T5 zusätzlich die Veränderungsraten innerhalb der Kassenstatistik zum Basisjahr 2011 bzw. in T1 zum Basisjahr 1992 dokumentiert. Wird hingegen lediglich das Bundesland Rheinland-Pfalz separat betrachtet, so lagen durchführungsbedingt bei Redaktionsschluss des Jahrbuchs bereits Ergebnisse für 2013 aus der (genaueren) Jahresrechnungsstatistik vor. Daher zeigen die reinen rheinland-pfälzischen Ländertabellen bzw. Ländergrafiken (T7 bis T11; G3 bis G5) für 2013 bereits Ergebnisse aus der Jahresrechnungsstatistik. Lediglich das Jahr 2014 stammt hier aus der (vorläufigen) Kassenstatistik.

Zudem bestehen innerhalb und zwischen den beiden Statistiken Unterschiede. Die bundesweit vergleichbaren Länderergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik beinhalten ab 2011 den öffentlichen Gesamthaushalt (d.h. Kernhaushalte sowie Extrahaushalte). Die Jahresrechnungsstatistik erfasst bis 2013 hingegen nur die Kernhaushalte sowie alle kameral buchenden Zweckverbände. Ab dem Folgejahr werden bundesweit jedoch nicht nur die Zweckverbände, sondern auch die sogenannten Extrahaushalte erhoben. In den reinen rheinland-pfälzischen Ländertabellen bzw. Ländergrafiken (T7

bis T11; G3 bis G5) werden aus Gründen der Verfügbarkeit und der Vergleichbarkeit sowohl bei der rechnungsmäßigen Erfassung als auch bei der kassenmäßigen Erfassung nur die Kernhaushalte abgebildet.

Erst mit Beginn des Jahres 2010 wurden die **Schulden** getrennt nach den Schulden gegenüber dem öffentlichen und dem nicht-öffentlichen Bereich erfasst. Für längerfristige Vergleiche wurden die vorherigen

Erfassungsbestandteile jedoch möglichst nahe an der aktuellen Erfassungsmethode neu ausgewertet (Rückrechnung). Eine vollständige Übertragung der aktuellen Methode auf frühere Erhebungen war jedoch nicht möglich. In der Grafik 6 wird das Ergebnis für das „Umbruchjahr“ 2010 daher sowohl nach der neuen, als auch nach der alten Erfassungsmethode separat ausgewiesen.

Glossar

Aufgabenbereich

Die Untergliederung der Ausgaben und Einnahmen des Landes erfolgt nach sogenannten Funktionsziffern, bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden nach Gliederungsnummern. Bei der zusammenfassenden Darstellung von Land und Kommunen werden Funktionsziffern und Gliederungsnummern (gegebenenfalls übergeleitet aus doppischen Produkten) zu vergleichbaren Aufgabenbereichen zusammengefasst. Die Aufgabenbereiche stellen den Zweck der Ausgaben/Einnahmen bezogen auf die Aufgaben des staatlichen/kommunalen Handelns geordnet nach fachlichen Themenkomplexen (z. B. soziale Sicherung) dar. Die Aufgabenbereiche werden nur in der Jahresrechnungsstatistik (rechnerische Erfassung), nicht jedoch in der aktuelleren Kassenstatistik (kassenmäßige Erfassung) ermittelt.

Ausgabeart/Einnahmeart

Die Darstellung der Ausgabeart/Einnahmeart folgt den rheinland-pfälzischen Gruppierungsvorschriften für das Land und die Kommunen (gegebenenfalls nach Überleitung aus doppischen Konten). Die Ausgabeart/Einnahmeart gruppiert unabhängig von den Aufgaben des staatlichen/kommunalen Handelns (siehe Aufgabenbereiche) die Ausgaben/Einnahmen nach ihrer realen Entstehung (z. B. Personalausgaben, Sachaufwand).

Bruttoausgaben

Summe der Ausgaben in finanzstatistischer Abgrenzung (im Unterschied zur Abschlusssumme der Haushalte). Die Ausgaben werden um haushaltstechnische Verrechnungen bereinigt.

Bruttoeinnahmen

Summe der Einnahmen in finanzstatistischer Abgrenzung (im Unterschied zur Abschlusssumme der Haushalte). Die Einnahmen werden um haushaltstechnische Verrechnungen bereinigt.

Extrahaushalte

Zu den Extrahaushalten zählen alle öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach den Kriterien des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen dem Sektor Staat zuzurechnen sind. Vereinfacht ausgedrückt muss es sich um eine Einheit handeln, die von der öffentlichen Hand mehrheitlich kontrolliert und wahlweise entweder mehrheitlich öffentlich finanziert wird (Eigenfinanzierungsgrad < 50 Prozent) und/oder einen wesentlichen Teil ihres Umsatzes mit staatlichen Marktteilnehmern erwirtschaftet (Umsatzanteil > 20 Prozent; sogenannter „Hilfsbetrieb des Staats“).

Der statistische Verbund veröffentlicht jährlich eine Liste der betroffenen Einheiten (Stichwort: Liste der Extrahaushalte). Aufgrund aktueller Zuordnungsunsicherheiten werden in den Tabellen 17 und 18 für die einzelnen Gebietskörperschaften/Verwaltungsbezirke nur Extrahaushalte ausgewiesen, die zu 100 Prozent und unmittelbar einer einzigen Gemeinde/Gemeindeverband zugeordnet werden können. In den Landessummen für Rheinland-Pfalz sind hingegen wieder alle Extrahaushalte enthalten.

Gesamtausgaben

Bruttoausgaben abzüglich der Zahlungen von Gebietskörperschaften und öffentlichen Verwaltungen, die in der jeweiligen Darstellungseinheit eingeschlossen sind (Verwaltungen gleicher Ebene). Die Haushalte der Sozialversicherungen werden nicht berücksichtigt. Die zeitliche Vergleichbarkeit ist eingeschränkt.

Gesamteinnahmen

Bruttoeinnahmen abzüglich der Zahlungen von Gebietskörperschaften und öffentlichen Verwaltungen, die in der jeweiligen Darstellungseinheit eingeschlossen sind (Verwaltungen gleicher Ebene). Die Haushalte der Sozialversicherungen werden nicht berücksichtigt. Die zeitliche Vergleichbarkeit ist eingeschränkt.

Kapitalrechnung

Ausgaben bzw. Einnahmen, die eine Vermögensveränderung herbeiführen oder der Finanzierung von Investitionen anderer Träger dienen und keine besonderen Finanzierungsvorgänge darstellen.

Kassenmäßige Erfassung

Basiert auf der vierteljährlichen Kassenstatistik, bei der unbereinigte Einzahlungen/Auszahlungen bzw. Einnahmen/Ausgaben unterjährig erfasst werden. Die kassenmäßige Erfassung ist aktueller als die rechnungsmäßige Erfassung. Sie beruht jedoch auf vorläufigeren Daten, die im Rahmen des Jahresabschlusses noch korrigiert werden können (rechnungsmäßige Erfassung mit Abschlussbuchungen und Umbuchungen).

Kernhaushalte

Haushalte des Landes sowie sämtlicher kommunaler Gebietskörperschaften (Gemeinden/Gemeindeverbände).

Laufende Rechnung

Ausgaben bzw. Einnahmen, die im Rahmen des Verwaltungsvollzugs meistens regelmäßig anfallen und nicht vermögenswirksam sind.

Metadaten

7

Liquiditätskredite (Kassenkredite)

Nach dem Haushaltsrecht ist zwischen der Aufnahme von Krediten zur Finanzierung von Investitionen, Investitionsförderungsmaßnahmen sowie Umschuldungen und der Aufnahme von Liquiditätskrediten zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben zu unterscheiden. Liquiditätskredite sind Kassenmittel und dienen nicht der Deckung von Ausgaben des Haushalts, sondern sind zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit bestimmt. Liquiditätskredite werden vor allem von den Kommunen infolge der Fehlbetragsentwicklung in den Haushalten zur Vor- und Zwischenfinanzierung von Ausgaben genutzt. Die Aufnahme von Liquiditätskrediten ist auf den in der Haushaltssatzung festgesetzten Höchstbetrag begrenzt. Im Rahmen ihres Zinsmanagements nutzen die Kommunen die vielfältigen Möglichkeiten der Geld- und Kapitalmärkte, durch Aufnahme kurzfristiger Kassenmittel ihre Zinslast zu minimieren.

Nettoausgaben

Bruttoausgaben abzüglich der Zahlungen vom öffentlichen Bereich (Bereinigung nach dem Belastungsprinzip). Die Nettoausgaben zeigen den Umfang der Ausgaben, den die betreffende Körperschaft selbst ausgibt, um Dienstleistungen oder Güter für den laufenden Betrieb oder für Investitionen zu erwerben.

Öffentlicher Gesamthaushalt

Der öffentliche Gesamthaushalt umfasst die Kernhaushalte sowie die öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Sektors Staat (Extrahaushalte).

Rechnungsmäßige Erfassung

Die rechnungsmäßige Erfassung erfolgt durch die Jahresrechnungsstatistik auf Grundlage der Jahresabschlüsse. Im Unterschied zur kassenmäßigen Erfassung können die Körperschaften im Rahmen des Jahresabschlusses korrigierende Abschluss- und Umbuchungen durchführen (z. B. zur periodengerechten Abgrenzung). Somit kommt es zwischen der rechnungsmäßigen und der kassenmäßigen Erfassung zu unterschiedlichen Ergebnissen. Im direkten Vergleich sind beispielsweise für 2012 für die Kommunen die Gesamteinnahmen gemäß der rechnungsmäßigen Erfassung rund ein Prozent und die Gesamtausgaben rund 0,3 Prozent höher als in der dementsprechenden kassenmäßigen Erfassung des gleichen Jahres.

Schulden des öffentlichen Bereichs

Sollen unabhängig von der EU-Betrachtung (siehe „Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts“) alle Schulden der öffentlichen Hand ermittelt werden, müssen zu den Schulden der Kernhaushalte und der Extrahaushalte zusätzlich auch die Schulden der „Sonstigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen“ hinzugerechnet werden. Die zeitliche Vergleichbarkeit ist eingeschränkt (siehe „Hinweise zur zeitlichen Vergleichbarkeit“).

Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts

Die Schulden des Kernhaushalts und der Extrahaushalte bilden zusammen die sogenannten „Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts“ (siehe Übersicht 1). Diese sind Grundlage für den europäischen Vergleich und für die vereinbarten Schuldenbremsen in Deutschland bzw. der EU. Bei der Ermittlung der Schulden der Extrahaushalte der einzelnen Gebietskörperschaften/Verwaltungsbezirke werden von den Schulden der Eigenbetriebe und -gesellschaften nur diejenigen einbezogen, die den Extrahaushalten zuzuordnen sind. Die zeitliche Vergleichbarkeit ist eingeschränkt (siehe Hinweise zur zeitlichen Vergleichbarkeit).

Schulden

Der Nachweis der Schulden orientiert sich an der Schuldendefinition des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie des 2012 zusätzlich unterzeichneten „Europäischen Fiskalpakts“. Die Schulden umfassen demnach nur noch die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich (z. B. gegenüber Banken). Schulden innerhalb des öffentlichen Bereichs, wie beispielsweise die Verschuldung einer Ortsgemeinde gegenüber ihrer Verbandsgemeinde, bleiben unberücksichtigt. Die Schulden lassen sich unterscheiden nach den Schulden im engeren Sinne (siehe „Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts“) sowie Schulden im weiteren Sinne (siehe „Schulden des öffentlichen Bereichs“).

Sonstige öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU)/ sonstige FEU

Im Unterschied zu den Extrahaushalten wird diese öffentlich kontrollierte Einheit nicht überwiegend vom Staat finanziert (Eigenfinanzierungsgrad > 50 Prozent). Sie erwirtschaftet zudem ihren Umsatz nicht größtenteils mit dem Staat, sondern mit sonstigen nicht-staatlichen Marktteilnehmern (Faustregel mindestens 80 Prozent des Umsatzes mit nicht-staatlichen Marktteilnehmern).

Internet

[www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/
finanzen-steuern-personal](http://www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/finanzen-steuern-personal)

[www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/
finanzen-steuern-personal/kommunale-doppik](http://www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/finanzen-steuern-personal/kommunale-doppik)

Pressemitteilungen

[www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/
finanzen-steuern-personal/pressemitteilungen](http://www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/finanzen-steuern-personal/pressemitteilungen)

Statistische Berichte

[www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/
finanzen-steuern-personal/statistische-berichte](http://www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/finanzen-steuern-personal/statistische-berichte)

Beiträge in den Statistischen Monatsheften

[www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/
finanzen-steuern-personal/monatsheftbeitraege](http://www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/finanzen-steuern-personal/monatsheftbeitraege)

Übersichtstabellen

[www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/
finanzen-steuern-personal/tabellen](http://www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/finanzen-steuern-personal/tabellen)

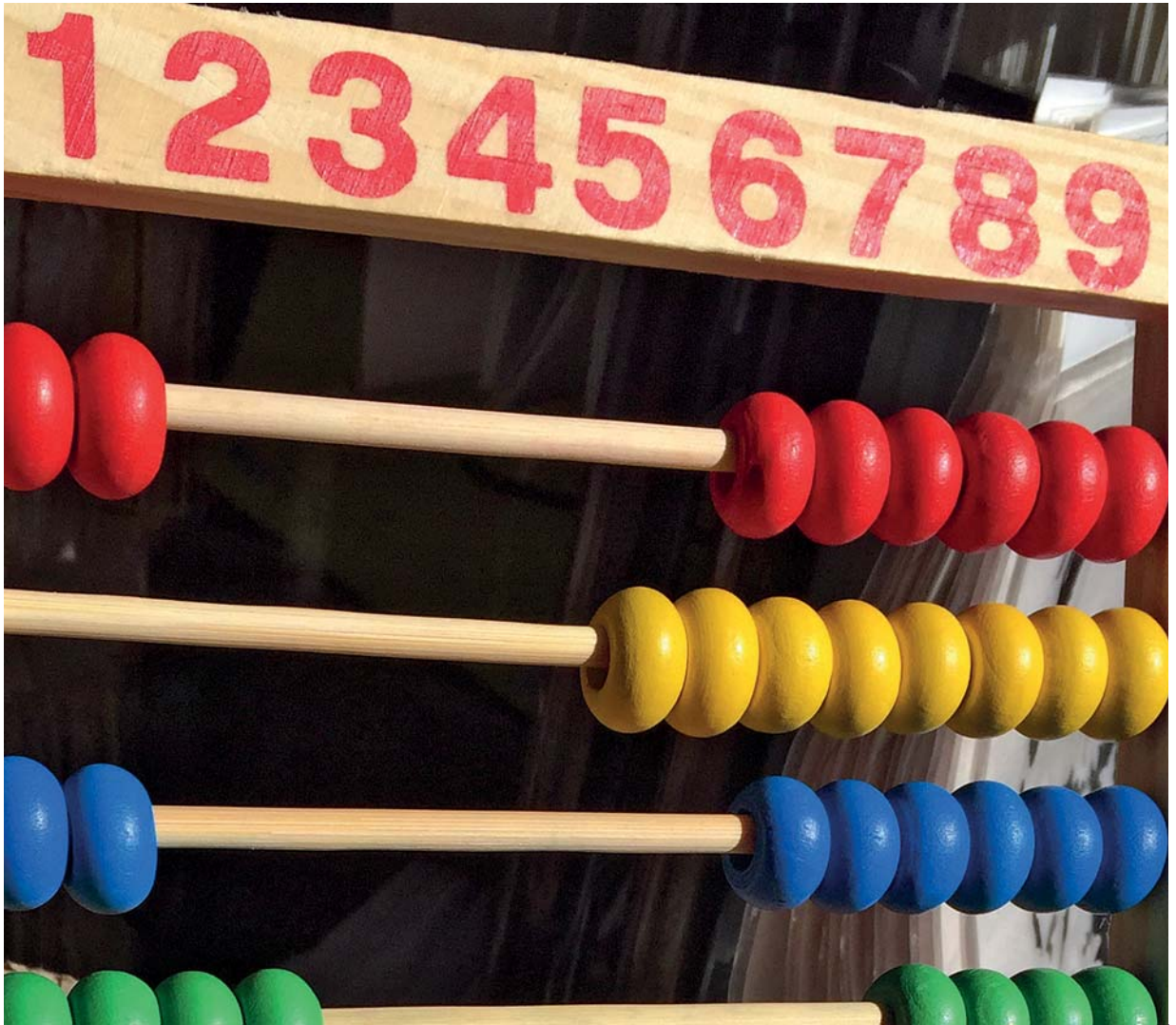
Regionaldatenbanken

www.statistik.rlp.de/regionaldaten/meine-heimat

Kurzpräsentationen

[www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/
finanzen-steuern-personal/kurzpraesentationen](http://www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/finanzen-steuern-personal/kurzpraesentationen)





8. Steuern



Inhaltsverzeichnis

Tabellen

T 1: Steuereinnahmen und Steuerfestsetzungen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1995–2014	272
T 2: Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder und der Gemeinden und Gemeindeverbände vor und nach der Steuerverteilung 2014 nach Bundesländern	273
T 3: Kassenmäßiges Steueraufkommen und Steuerverteilung 2004–2014	274
T 4: Ausgewählte Steuerarten 2004–2014	275
T 5: Steuerfestsetzungen 1998–2010 nach ausgewählten Steuerarten	275
T 6: Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände 2013 und 2014 nach Verwaltungsbezirken	276
T 7: Gesamtbetrag der Einkünfte und festgesetzte Einkommensteuer 2010 nach Bundesländern	278
T 8: Berechnungsschema der Finanzverwaltung zur Besteuerung der unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen 2001–2010	280
T 9: Einkünfte der unbeschränkt freiberuflich Tätigen 2007 und 2010 nach ausgewählten freien Berufen	281
T 10: Personengesellschaften und Gemeinschaften mit Einkünften aus Gewerbebetrieb 2010 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen	281
T 11: Steuerpflichtige, Gesamtbetrag der Einkünfte und festgesetzte Einkommensteuer der unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen 2010 nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte	282
T 12: Gesamtbetrag der Einkünfte und festgesetzte Einkommensteuer der unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen 2010 nach Verwaltungsbezirken	284
T 13: Gesamtbetrag der Einkünfte, zu versteuerndes Einkommen und positive festgesetzte Körperschaftsteuer der unbeschränkt Steuerpflichtigen 2010 nach Bundesländern	286
T 14: Steuerpflichtige, Gesamtbetrag der Einkünfte und festgesetzte Körperschaftsteuer der unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen 2010 nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte	287
T 15: Steuerpflichtige, Gesamtbetrag der Einkünfte und festgesetzte Körperschaftsteuer der unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen 2010 nach Wirtschaftszweigen	289
T 16: Steuerpflichtige, Gesamtbetrag der Einkünfte und festgesetzte Körperschaftsteuer der unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen 2010 nach Verwaltungsbezirken	290
T 17: Festsetzung und Zerlegung des Gewerbesteuermessbetrags 2010 nach Bundesländern	292
T 18: Steuerpflichtige Gewerbebetriebe, deren Gewerbebetrag und Steuermessbetrag 2010 nach Größenklassen des Gewerbeertrags	293
T 19: Steuerpflichtige Gewerbebetriebe, deren Gewerbebetrag und Steuermessbetrag 2010 nach Wirtschaftszweigen und Rechtsformen	295
T 20: Gewerbesteuerpflichtige mit positivem Steuermessbetrag 2010 nach Verwaltungsbezirken	296
T 21: Vorangemeldete Umsätze aus Lieferungen und Leistungen sowie Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer 2013 nach Bundesländern	298
T 22: Vorangemeldete Umsätze aus Lieferungen und Leistungen 2010–2013 nach Umsatzgrößenklassen	299
T 23: Vorangemeldete Umsätze aus Lieferungen und Leistungen 2010–2013 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen	299
T 24: Vorangemeldete Umsätze aus Lieferungen und Leistungen sowie Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer 2013 nach Verwaltungsbezirken	300
T 25: Nachlassgegenstände, Nachlassverbindlichkeiten und Reinnachlass 2014 nach Größenklassen des Reinnachlasses	302
T 26: Unbeschränkt steuerpflichtige Erwerbe von Todes wegen und Schenkungen 2014 nach Größenklassen des steuerpflichtigen Erwerbs	302

Grafiken

G 1: Kassenmäßige Steuereinnahmen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2014 nach Steuerarten	271
G 2: Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder und der Gemeinden und Gemeindeverbände nach der Verteilung 2014 nach Bundesländern	273
G 3: Gesamtbetrag der Einkünfte 2010 nach Bundesländern	278
G 4: Einkünfte der unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen 2010 nach Einkunftsarten	280

G 5: Unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtige und deren festgesetzte Einkommen-/Jahreslohnsteuer 2010 nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte	283
G 6: Festgesetzte positive Körperschaftsteuer der unbeschränkt Steuerpflichtigen 2010 nach Bundesländern	286
G 7: Unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtige und deren festgesetzte Körperschaftsteuer 2010 nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte	288
G 8: Gewerbesteuerfestsetzungen und Zerlegungen 2010 nach Bundesländern	292
G 9: Steuerpflichtige Gewerbebetriebe und Gewerbeertrag 2010 nach Größenklassen des Gewerbeertrags	294
G 10: Vorangemeldete Umsätze aus Lieferungen und Leistungen 2013 nach Bundesländern	298
G 11: Unbeschränkt steuerpflichtige Erwerbe von Todes wegen und Schenkungen 2014 nach Größenklassen des steuerpflichtigen Erwerbs	303

Übersichten

Ü 1: Ermittlung des zu versteuernden Einkommens 2010	279
--	-----

Karten

K 1: Gewerbesteuereinnahmen (netto) der Gemeinden und Gemeindeverbände 2014 nach Verwaltungsbezirken	277
K 2: Durchschnittlicher Gesamtbetrag der Einkünfte der unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen 2010 nach Verwaltungsbezirken	285
K 3: Durchschnittlicher Gesamtbetrag der Einkünfte der unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen 2010 nach Verwaltungsbezirken	291
K 4: Gewerbesteuermessbetrag 2010 nach Verwaltungsbezirken	297
K 5: Vorangemeldete Umsätze aus Lieferungen und Leistungen 2013 nach Verwaltungsbezirken	301

Metadaten

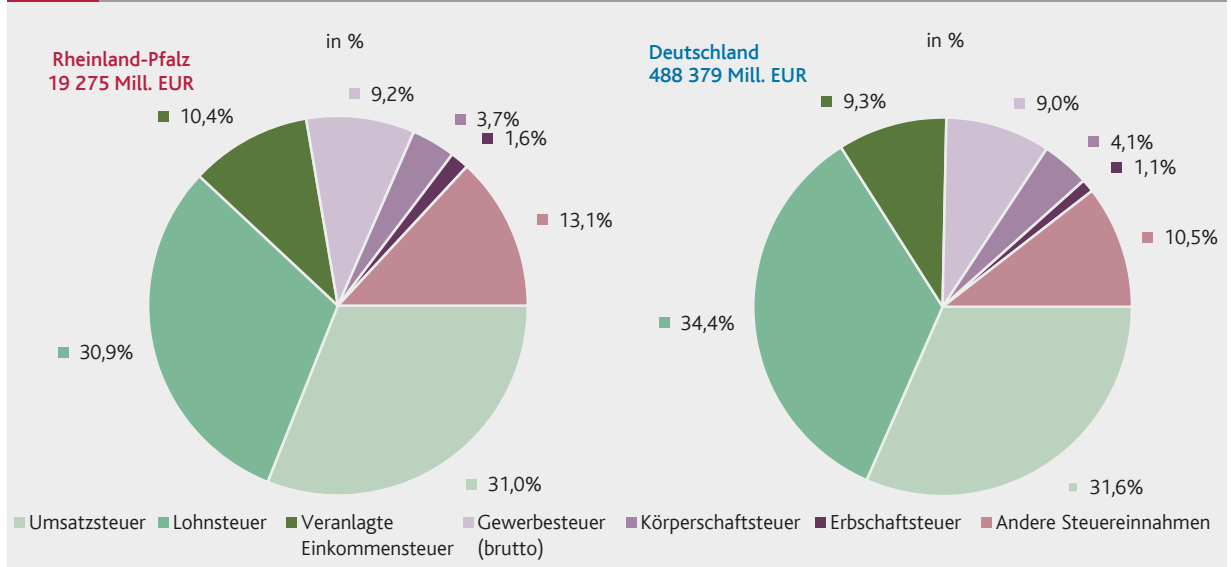
Datenquellen	304
Statistiken	304
Glossar	306
Internet	308



- Die Steuereinnahmen sowohl des Landes als auch der Kommunen erreichten 2014 einen historischen Höchststand.
- Mehr als ein Drittel der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen erzielte 2010 einen Gesamtbetrag der Einkünfte von weniger als 15 000 Euro. Die für diese Steuerpflichtigen festgesetzte Steuer machte nicht einmal ein Prozent der insgesamt festgesetzten Steuer aus.
- Die höchsten Steuereinnahmen stammen aus der Umsatzsteuer und der Einkommensteuer.
- Die steuerlich vorangemeldeten Umsätze der rheinland-pfälzischen Unternehmen stiegen 2013 im vierten Jahr in Folge und übertrafen damit den bisherigen Höchststand aus dem Jahr 2012.
- Die Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von einer Million Euro und mehr (die sogenannten Einkommensmillionäre) hatten einen Anteil von weniger als ein Promille an allen Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen. Die festgesetzte Steuer machte hingegen 6,4 Prozent der insgesamt festgesetzten Steuer aus.
- Die mit weitem Abstand höchsten steuerlich vorangemeldeten Umsätze wurden 2013 mit fast 94 Milliarden Euro im Wirtschaftsabschnitt „Verarbeitendes Gewerbe“ erzielt. Dahinter folgte mit 56 Milliarden Euro der Wirtschaftsabschnitt „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“.

G 1

Kassenmäßige Steuereinnahmen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2014 nach Steuerarten



T 1

Steuereinnahmen und Steuerfestsetzungen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1995–2014

Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz						Deutschland	
		1995	2004	2007	2010	2013	2014	2013	2014
Steuereinnahmen									
Vor der Steuerverteilung									
Lohnsteuer	1995=100	100	104,7	80,5	76,7	97,3	103,4	109,4	116,2
veranlagte Einkommensteuer	1995=100	100	31,7	401,3	522,3	690,5	730,9	590,8	637,3
Körperschaftsteuer	1995=100	100	80,8	153,2	137,4	189,0	132,0	210,4	216,2
Umsatzsteuer	1995=100	100	104,1	122,8	126,5	136,9	142,2	146,1	152,0
Erbschaftsteuer	1995=100	100	511,7	320,7	210,1	310,3	444,7	255,4	300,5
Gewerbesteuer	1995=100	100	123,1	168,3	154,8	193,8	188,5	199,6	203,0
Nach der Steuerverteilung									
Steuereinnahmen des Landes	1995=100	100	113,7	135,4	134,5	159,4	166,0	152,7	159,0
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1995=100	100	103,3	130,9	129,3	159,0	162,8	174,5	181,0
Anteil an der Gewerbesteuer	%	32,0	38,0	42,1	39,5	41,5	39,9	42,7	41,9
Gemeindeanteile an den Gemeinschaftsteuern	%	48,0	43,2	42,3	43,8	43,5	43,7	41,3	42,1
Steuerfestsetzungen									
Einkommensteuer	1995=100	100	130,3	163,6	146,0	x	x	x	x
Körperschaftsteuer	1995=100	100	89,0	99,2	115,2	x	x	x	x
Umsatzsteuer (Veranlagungen)	2006=100	x	x	115,2	120,9	x	x	x	x
Erbschaftsteuer	2002=100	x	x	223,6	174,6	325,9	344,3	168,9	x
Gewerbesteuer ¹	1995=100	100,0	130,8	160,5	171,1	x	x	x	x
1 Festsetzungen und Zerlegungen des Steuermessbetrags.									

T 2

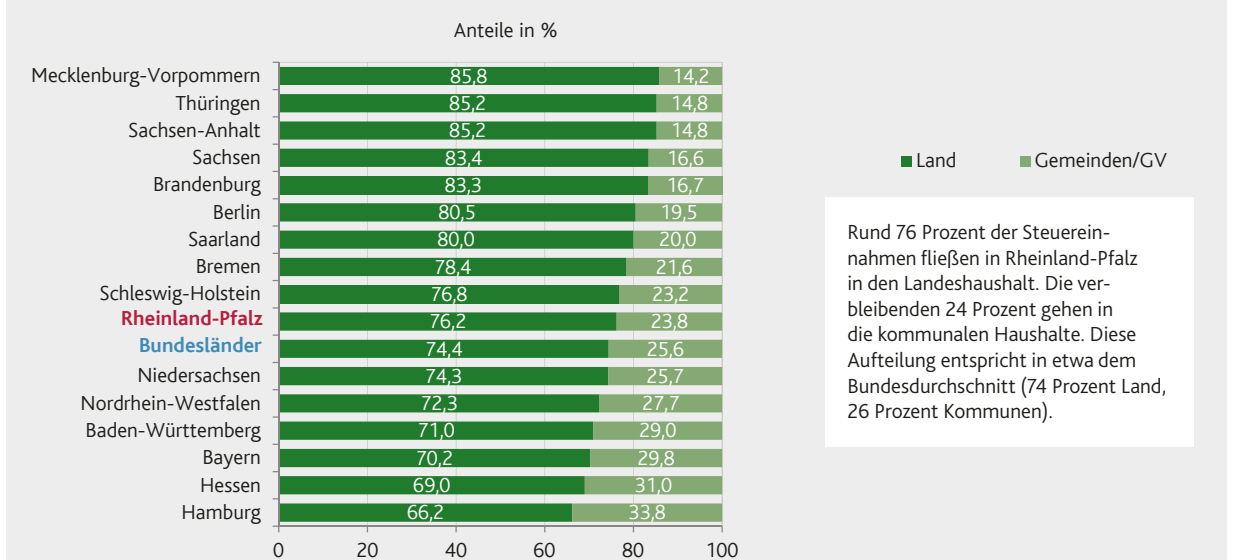
Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder und der Gemeinden und Gemeindeverbände vor und nach der Steuerverteilung 2014 nach Bundesländern

Bundesland	Vor der Steuerverteilung		Nach der Steuerverteilung entfallen auf					
	Landes- steuern	Gemeinde- steuern	Länder			Gemeinden		
			insgesamt	Anteil an insgesamt	Veränderung zu 2013	insgesamt	Anteil an insgesamt	Veränderung zu 2013
	Mill. EUR	Mill. EUR		%		Mill. EUR	%	
Baden-Württemberg	2 509,4	8 217,6	31 284,4	71,0	5,2	12 793,6	29,0	1,5
Bayern	3 250,7	10 339,0	37 375,4	70,2	4,3	15 862,5	29,8	5,0
Berlin	1 090,9	2 394,1	15 615,3	80,5	4,2	3 785,9	19,5	8,3
Brandenburg	269,0	1 060,3	8 742,6	83,3	1,6	1 756,1	16,7	6,0
Bremen	154,1	619,0	3 006,4	78,4	3,4	826,3	21,6	8,1
Hamburg	741,3	2 537,1	6 709,3	66,2	7,0	3 423,0	33,8	3,7
Hessen	1 808,9	5 481,4	18 071,9	69,0	5,9	8 106,8	31,0	10,5
Mecklenburg-Vorpommern	214,4	603,3	5 924,2	85,8	1,5	983,2	14,2	4,0
Niedersachsen	1 227,1	5 212,1	22 386,4	74,3	4,9	7 730,8	25,7	3,9
Nordrhein-Westfalen	3 810,9	13 084,8	50 925,3	72,3	4,5	19 475,6	27,7	1,0
Rheinland-Pfalz	903,6	2 388,7	11 860,9	76,2	4,1	3 700,9	23,8	1,8
Saarland	180,0	524,8	3 326,7	80,0	3,2	830,6	20,0	3,8
Sachsen	424,7	1 896,6	14 454,6	83,4	1,8	2 869,7	16,6	5,6
Sachsen-Anhalt	201,8	922,5	8 344,3	85,2	1,3	1 445,7	14,8	3,9
Schleswig-Holstein	582,5	1 582,4	8 405,8	76,8	4,3	2 539,3	23,2	1,2
Thüringen	186,2	857,1	7 842,2	85,2	1,3	1 358,6	14,8	0,9
Bundesländer	17 555,6	57 720,8	254 275,6	74,4	4,1	87 488,5	25,6	3,7

8

G 2

Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder und der Gemeinden und Gemeindeverbände nach der Verteilung 2014 nach Bundesländern



T 3

Kassenmäßiges Steueraufkommen und Steuerverteilung 2004–2014

Merkmal	2004	2005	2010	2013	2014		
					insgesamt	Veränderung zu	
						2004	2013
Mill. EUR							
Steueraufkommen nach Steuerarten							
Gemeinschaftsteuern ¹	11 735,3	12 176,2	12 757,4	15 300,0	15 982,2	36,2	4,5
Landessteuern ¹	1 183,9	1 102,7	543,3	791,3	903,6	-23,7	14,2
Gemeindesteuern	1 619,2	1 741,3	1 960,4	2 410,8	2 388,7	47,5	-0,9
Insgesamt	15 528,2	15 020,3	15 261,0	18 502,1	19 274,5	24,1	4,2
Steuerverteilung							
Steuereinnahmen des Bundes	12 930,1	14 266,6	19 721,2	22 143,8	22 574,5	74,6	1,9
darunter							
Bundesanteil an den Steuern vom Einkommen	3 763,7	4 037,2	4 815,7	5 764,8	6 054,7	60,9	5,0
Bundesanteil an den Steuern vom Umsatz	7 998,3	9 133,2	13 489,0	14 952,3	15 415,5	92,7	3,1
Bundesanteil an der Gewerbesteuerumlage	58,2	66,0	52,7	72,1	65,9	13,2	-8,6
Steuereinnahmen des Landes	7 181,5	7 169,0	8 372,1	10 206,4	10 558,4	47,0	3,4
darunter							
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	3 126,4	3 262,6	4 014,6	5 014,5	5 303,4	69,6	5,8
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	2 692,2	2 589,3	3 608,8	4 129,5	4 103,6	52,4	-0,6
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	58,2	66,0	52,6	72,1	65,9	13,2	-8,6
Gewerbesteuerumlage	103,7	127,6	130,9	169,1	154,5	49,0	-8,6
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	17,3	20,7	21,9	29,8	27,3	57,8	-8,6
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ²	2 386,9	2 530,3	2 989,3	3 675,2	3 672,6	53,9	-0,1
darunter							
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	916,7	956,7	1 164,8	1 438,7	1 515,4	65,3	5,3
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	114,6	115,9	145,1	159,3	162,3	41,7	1,9
Gewerbesteuer nach Abzug der Gewerbesteuerumlage und der Gewerbesteuerumlage-Anhebung	906,0	995,6	1 180,6	1 497,2	1 456,7	60,8	-2,7
1 Zur Vergleichbarkeit siehe Metadaten. – 2 Ergebnisse der Schlussabrechnung.							

T 4 Ausgewählte Steuerarten 2004–2014

Steuerart	2004	2005	2010	2013	2014		
					insgesamt	Veränderung zu	
						2004	2013
						%	
Mill. EUR							
vor Steuerverteilung							
Lohnsteuer	6 037,1	5 861,9	4 423,1	5 607,4	5 959,9	-1,3	6,3
Veranlagte Einkommensteuer	86,4	590,6	1 425,8	1 884,8	1 995,1	x	5,9
Körperschaftsteuer	441,8	601,3	751,7	1 033,8	722,2	63,4	-30,1
Gewerbsteuer	1 164,5	1 274,3	1 463,3	1 830,5	1 780,5	52,9	-2,7
Umsatzsteuer	4 380,1	4 491,7	5 318,3	5 758,0	5 982,2	36,6	3,9
Erbschaft- und Schenkungsteuer	354,4	240,3	145,5	214,9	307,9	-13,1	43,3
nach Steuerverteilung							
Realsteuern	1 319,2	1 420,6	1 644,7	2 015,9	1 994,9	51,2	-1,0
Grundsteuer A	18,2	18,2	18,1	18,8	19,2	5,5	2,1
Grundsteuer B	395,0	406,8	445,9	499,9	519,0	31,4	3,8
Gewerbsteuer (netto)	906,0	995,6	1 180,6	1 497,2	1 456,7	60,8	-2,7
Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern							
an der Einkommensteuer	916,7	956,7	1 164,8	1 438,7	1 515,4	65,3	5,3
an der Umsatzsteuer	114,6	115,9	145,1	159,3	162,3	41,7	1,9
Andere Steuern und steuerähnliche Einnahmen der Kommunen	36,5	37,1	34,5	61,9	70,2	92,3	13,4

8

T 5 Steuerfestsetzungen 1998–2010 nach ausgewählten Steuerarten

Steuerart	1998	2001	2004	2007	2010		
					insgesamt	Veränderung zu	
						1998	2007
					Mill. EUR		%
Einkommensteuer	7 958	8 423	8 810	11 062	9 872	24,0	-10,8
Körperschaftsteuer	1 569	1 102	910	1 014	1 178	-24,9	16,2
Gewerbsteuer ¹	274	264	334	410	437	59,5	6,6
Umsatzsteuer (Veranlagungen)	x	x	x	5 050	5 298	x	4,9
Erbschaft- und Schenkungsteuer	x	x	x	193	151	x	-21,7
1 Steuermessbetrag.							

T 6

Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände 2013 und 2014
nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	2013	2014						
		ins- gesamt	davon					
			Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbe- steuer (netto)	Gemeindeanteil Einkommensteuer	Umsatzsteuer	andere Steuern ¹
	Mill. EUR					%		
Frankenthal (Pfalz), St.	43,1	46,8	0,2	15,8	38,4	38,0	4,8	2,7
Kaiserslautern, St.	100,8	99,3	-	19,3	39,0	31,9	5,8	3,9
Koblenz, St.	186,1	155,0	0,1	12,6	52,7	27,0	5,6	2,1
Landau i. d. Pfalz, St.	44,3	46,2	0,4	14,3	41,5	37,8	4,7	1,3
Ludwigshafen a. Rh., St.	243,2	253,0	-	11,7	56,4	22,9	7,3	1,7
Mainz, St.	275,7	252,6	0,1	13,4	41,8	36,1	6,6	2,0
Neustadt a. d. Weinstr., St.	46,5	50,1	0,4	15,2	34,8	44,2	3,9	1,5
Pirmasens, St.	35,2	40,5	0,1	17,1	44,3	27,9	6,6	4,2
Speyer, St.	65,8	64,5	-	13,3	45,8	33,6	4,3	2,9
Trier, St.	99,4	108,3	0,1	15,0	47,6	29,4	5,3	2,7
Worms, St.	80,2	82,5	0,4	15,5	40,0	35,6	4,7	3,7
Zweibrücken, St.	32,9	34,9	0,1	14,1	44,4	34,0	5,3	2,1
Ahrweiler	93,5	99,7	0,4	17,4	29,9	46,8	3,1	2,3
Altenkirchen (Ww.)	93,7	101,6	0,4	15,1	36,2	42,9	4,0	1,4
Alzey-Worms	90,8	93,7	2,1	14,9	22,0	56,5	2,8	1,7
Bad Dürkheim	103,6	110,5	1,0	14,8	24,0	55,1	2,8	2,3
Bad Kreuznach	113,1	118,9	0,8	15,2	30,4	46,9	4,5	2,3
Bernkastel-Wittlich	89,5	96,1	1,1	13,3	42,4	37,6	4,0	1,5
Birkenfeld	56,1	59,2	0,5	15,9	34,0	41,7	5,7	2,1
Cochem-Zell	40,4	42,2	1,3	16,4	30,3	46,3	3,9	1,9
Donnersbergkreis	67,6	62,3	1,1	12,9	36,0	45,3	3,2	1,6
Eifelkreis Bitburg-Prüm	67,3	68,4	1,8	15,8	37,5	38,0	4,6	2,3
Germersheim	102,0	122,5	0,4	11,5	39,3	43,1	3,7	2,0
Kaiserslautern	70,7	72,7	0,5	19,5	24,2	51,9	2,8	1,1
Kusel	38,9	39,5	0,8	16,9	16,0	60,6	4,1	1,5
Mainz-Bingen	322,1	320,5	0,5	6,4	57,9	32,1	2,6	0,6
Mayen-Koblenz	183,8	186,6	0,4	13,4	37,7	43,0	3,9	1,6
Neuwied	161,0	156,0	0,2	15,2	35,0	42,9	4,8	1,9
Rhein-Hunsrück-Kreis	81,5	87,1	0,8	14,5	37,2	41,8	3,8	1,8
Rhein-Lahn-Kreis	93,0	88,4	0,6	14,8	28,6	50,9	3,7	1,5
Rhein-Pfalz-Kreis	114,7	125,7	0,4	15,6	22,8	58,0	2,4	0,8
Südliche Weinstraße	85,7	87,4	1,5	14,3	28,3	50,5	3,2	2,2
Südwestpfalz	63,0	66,4	0,6	17,4	25,5	52,3	3,2	1,0
Trier-Saarburg	79,3	84,7	1,2	17,1	23,4	53,6	2,9	1,8
Vulkaneifel	44,5	43,6	1,1	13,6	34,7	43,7	4,2	2,7
Westerwaldkreis	166,2	175,5	0,3	13,2	39,3	41,6	3,9	1,6
Rheinland-Pfalz	3 675,2	3 742,8	0,5	13,9	38,9	40,5	4,3	1,9
kreisfreie Städte	1 253,1	1 233,6	0,1	14,0	46,3	31,3	5,9	2,4
Landkreise	2 422,1	2 509,1	0,7	13,8	35,3	45,0	3,6	1,6

1 Und steuerähnliche Einnahmen.

K 1

Gewerbsteuereinnahmen (netto) der Gemeinden und Gemeindeverbände 2014 nach Verwaltungsbezirken

Die kassenmäßigen Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände lagen 2014 bei 3,74 Milliarden Euro. Knapp 39 Prozent bzw. 1,46 Milliarden Euro entfielen auf die Gewerbesteuer.

Im Landesdurchschnitt nahmen die Kommunen 364 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner aus der Gewerbesteuer ein. Die höchsten Pro-Kopf-Einnahmen wurden mit 910 Euro im Landkreis Mainz-Bingen erzielt, während im Landkreis Kusel Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von nur 89 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner erzielt wurden.

EUR je Einwohner/-in

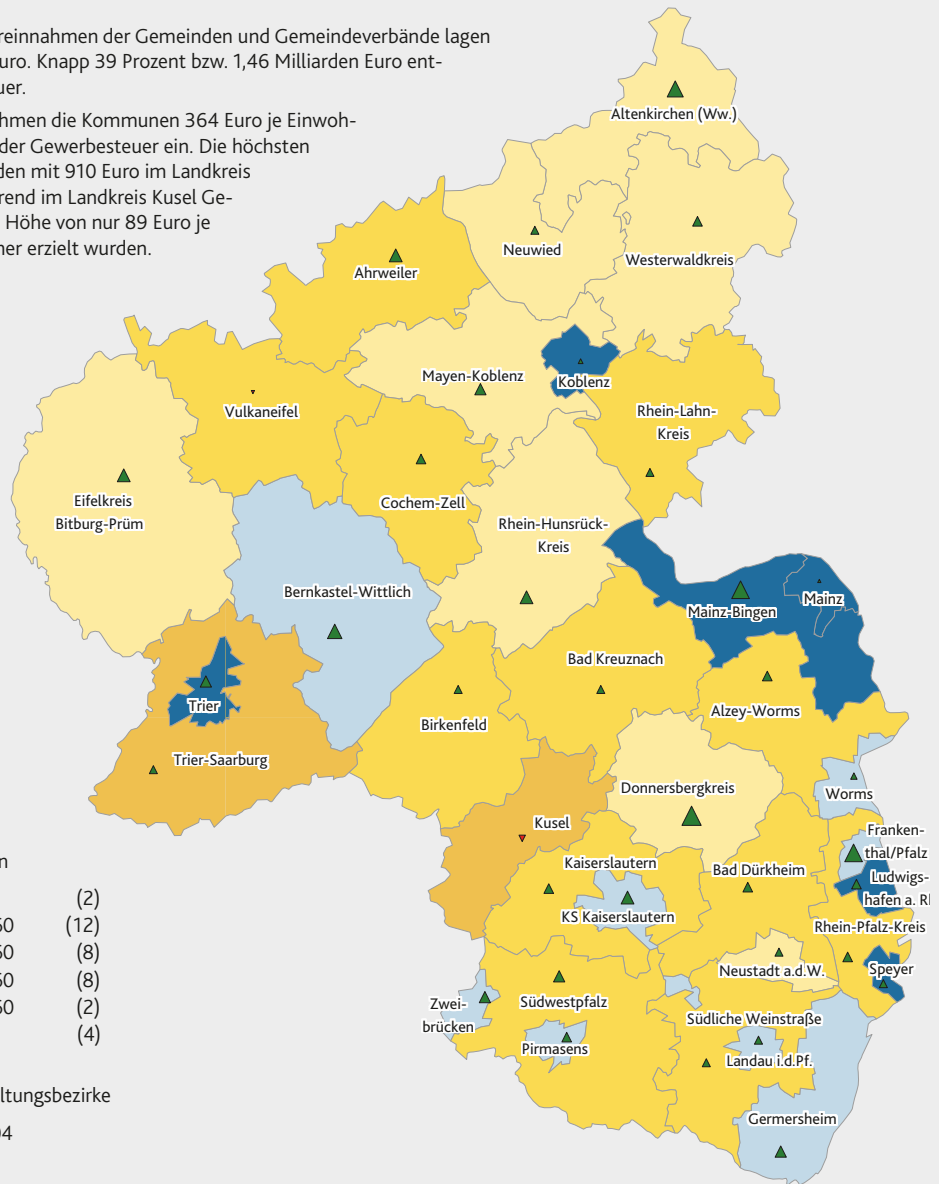
unter 160	(2)
160 bis unter 260	(12)
260 bis unter 360	(8)
360 bis unter 460	(8)
460 bis unter 560	(2)
560 und mehr	(4)

Landeswert: 364

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2004

- ▲ Zunahme
- ▼ Abnahme



T 7

Gesamtbetrag der Einkünfte und festgesetzte Einkommensteuer 2010 nach Bundesländern

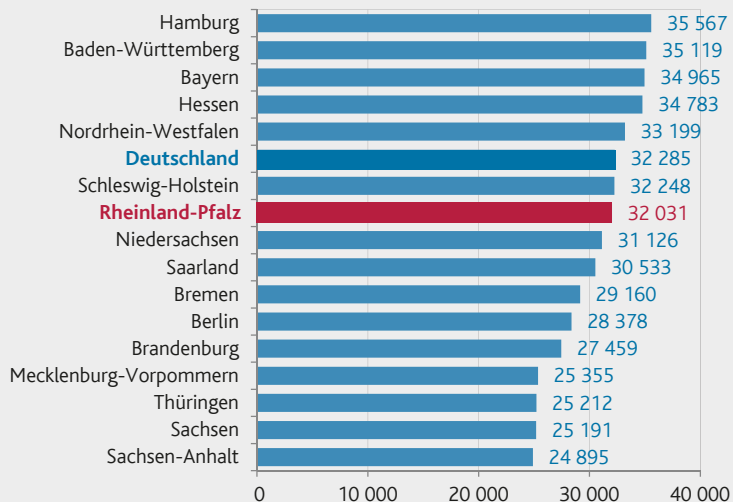
Bundesland	Gesamtbetrag der Einkünfte			Festgesetzte Einkommensteuer				
	insgesamt	Veränderung zu 2007	je Steuer- pflichtige/-n	insgesamt	Veränderung zu 2007	je Steuer- pflichtige/-n	Veränderung zu 2007	Durchschnitts- steuersatz ¹
	Mill. EUR	%	EUR	Mill. EUR	%	EUR	%	
Baden-Württemberg	185 426	2,0	35 118	31 551	-4,1	8 270	-6,0	20,3
Bayern	221 315	2,9	34 965	38 144	-2,4	8 281	-5,4	20,7
Berlin	45 014	5,6	28 378	7 556	0,9	6 761	-6,2	19,9
Brandenburg	30 430	7,7	27 459	4 431	4,2	5 540	-2,8	17,4
Bremen	9 180	1,5	29 160	1 527	-3,8	7 074	-7,3	19,6
Hamburg	32 568	1,9	35 567	6 393	-1,7	9 639	-6,6	23,0
Hessen	103 539	1,9	34 783	18 302	-3,8	8 657	-6,9	21,1
Mecklenburg-Vorpommern	17 369	5,3	25 355	2 364	3,1	4 883	-0,8	16,3
Niedersachsen	115 286	2,5	31 126	18 033	-1,9	6 862	-3,8	18,6
Nordrhein-Westfalen	275 604	2,8	33 199	46 258	-1,6	7 898	-4,0	20,0
Rheinland-Pfalz	61 650	-2,0	32 031	9 871	-10,8	7 213	-11,9	19,1
Saarland	14 135	2,3	30 532	2 142	-2,7	6 457	-4,9	18,1
Sachsen	45 273	8,0	25 191	6 127	4,5	4 954	-2,6	16,4
Sachsen-Anhalt	24 680	6,2	24 895	3 282	3,2	4 689	-2,0	15,9
Schleswig-Holstein	43 342	3,7	32 248	6 959	-0,5	7 161	-4,3	19,1
Thüringen	24 809	6,6	25 212	3 283	4,0	4 670	-1,5	15,9
Deutschland	1 249 618	2,9	32 285	206 223	-2,2	7 468	-5,4	19,7

1 (Festzusetzende Einkommensteuer / zu versteuerndes Einkommen) x 100.

G 3

Gesamtbetrag der Einkünfte 2010 nach Bundesländern

je Steuerpflichtigen in EUR



Die Steuerpflichtigen mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz erzielten 2010 einen Gesamtbetrag der Einkünfte in Höhe von 61,7 Milliarden Euro. Je Steuerpflichtigem – zusammenveranlagte Ehepaare werden jeweils als ein Steuerpflichtiger gezählt – ergeben sich durchschnittlich 32 031 Euro. Damit liegt Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich an siebter Stelle.

Die festgesetzte Steuer lag bei durchschnittlich 7 200 Euro, was einer durchschnittlichen Steuerbelastung von 19 Prozent entspricht.

Ü 1

Ermittlung des zu versteuernden Einkommens 2010

Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft 637 Mill. EUR	Summe der Einkünfte 61 963 Mill EUR	+ Altersentlastungsbetrag + Entlastungsbetrag für Alleinerziehende + Freibetrag für Land- und Forstwirte 314 Mill. EUR	
(+)		(-)	
Einkünfte aus Gewerbebetrieb 5 966 Mill. EUR		Gesamtbetrag der Einkünfte 61 650 Mill. EUR	+ Sonderausgaben + Außergewöhnliche Belastungen + Altersvorsorgebeiträge + Steuerbegünstigungen + Verlustabzug 9 150 Mill. EUR
(+)			
Einkünfte aus selbstständiger Arbeit 2 944 Mill. EUR			
(+)		Einkommen 52 627 Mill. EUR	+ Kinderfreibetrag + Härteausgleich 1 057 Mill. EUR
Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit 48 777 Mill. EUR			
(+)			
Einkünfte aus Kapitalvermögen 512 Mill. EUR		Einkommen 52 627 Mill. EUR	+ Kinderfreibetrag + Härteausgleich 1 057 Mill. EUR
(+)			
Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung 914 Mill. EUR			
(+)		Zu versteuerndes Einkommen 51 570 Mill. EUR	
Sonstige Einkünfte im Sinne des § 22 EStG 2 214 Mill. EUR			

T 8

Berechnungsschema der Finanzverwaltung zur Besteuerung der unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen 2001–2010

Merkmal	2001	2004	2007	2010			
				insgesamt	Veränderung zu		je Steuerpflichtige/-n
					2001	2007	
	Mill. EUR				%		EUR
Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft	562,9	570,6	681,7	637,0	13,2	-6,6	18 394
Einkünfte aus Gewerbebetrieb	42 211,1	4 698,0	8 061,8	5 965,6	-85,9	-26,0	24 593
Einkünfte aus selbstständiger Arbeit	2 299,2	2 456,7	2 805,7	2 944,1	28,0	4,9	35 368
Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit	39 036,6	43 636,5	47 747,7	48 776,5	25,0	2,2	30 642
Einkünfte aus Kapitalvermögen	1 546,2	780,1	1 366,6	512,4	-66,9	-62,5	4 046
Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	1 000,3	1 140,2	677,0	913,9	-8,6	35,0	3 295
Sonstige Einkünfte ¹	866,0	962,5	1 859,7	2 213,9	155,6	19,0	7 704
Summe der Einkünfte	48 149,3	53 145,7	63 200,4	61 963,4	28,7	-2,0	34 725
– Altersentlastungsbetrag	153,7	162,2	221,4	221,2	43,9	-0,1	1 510
– Entlastungsbetrag für Alleinerziehende	x	50,4	51,5	70,8	x	37,5	1 247
– Freibetrag für Land- und Forstwirte	30,5	27,5	23,6	21,6	-29,2	-8,5	1 003
Gesamtbetrag der Einkünfte	47 965,1	52 905,6	62 903,6	61 649,8	28,5	-2,0	32 031
– Verlustabzug	83,7	239,7	235,8	216,7	158,9	-8,1	18 731
– Sonderausgaben	5 519,6	5 459,9	5 939,8	8 024,7	45,4	35,1	4 485
– Außergewöhnliche Belastungen	493,1	461,7	485,3	554,7	12,5	14,3	1 760
– Altersvorsorgebeiträge	x	56,2	184,7	340,1	x	84,1	1 222
– Steuerbegünstigungen	328,4	38,7	34,9	14,1	-95,1	-59,6	8 128
Einkommen	41 336,4	45 819,1	56 107,2	52 626,5	27,3	-6,2	29 453
Kinderfreibetrag	506,5	926,1	889,2	1 042,9	105,9	-17,3	8 775
Härteausgleich	10,8	11,3	13,4	13,9	1290,0	3,7	211
Zu versteuerndes Einkommen	40 648,9	44 881,7	55 204,6	51 569,8	26,9	-6,6	28 861

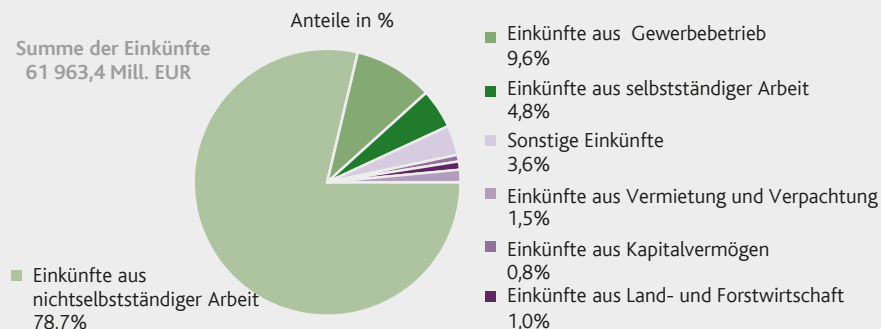
1 Im Sinne des § 22EStG.

1 Im Sinne des § 22EStG.

G 4

Einkünfte der unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen 2010 nach Einkunftsarten

Summe der Einkünfte
61 963,4 Mill. EUR



Vier Fünftel der gesamten Einkünfte der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen entfallen auf Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit. Die Steuerpflichtigen mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte ab einer Million Euro beziehen hingegen den größten Teil ihrer Einkünfte aus Gewerbebetrieben.

1 Im Sinne des § 22EStG.

T 9

Einkünfte der unbeschränkt freiberuflich Tätigen 2007 und 2010 nach ausgewählten freien Berufen

Freier Beruf	2007	2010				
		insgesamt	je Fall	Veränderung zu 2007	darunter: überwiegende Einkünfte	
					insgesamt	je Fall
	1 000 EUR		EUR	%	1 000 EUR	EUR
Zahnärzte/-innen, ohne Zahntechniker/-innen	253 611	286 473	148 740	13,0	285 882	153 783
Ärzte für Allgemeinmedizin, praktische Ärzte/innen und Fachärzte/-innen	713 882	753 874	104 011	5,6	724 669	131 257
Steuerberater/-innen und Steuerbevollmächtigte	158 073	161 270	72 514	2,0	157 169	86 120
Rechtsanwälte/-innen, Notare/-innen	178 491	192 003	57 229	7,6	188 051	69 187
Technische, physikalische und chemische Untersuchung	9 109	4 540	28 373	-50,2	4 124	54 264
Tierärzte/-innen	24 803	26 852	54 800	8,3	26 345	61 989
Wirtschaftsprüfer/-innen und vereidigte Buchprüfer/ -innen	7 193	8 509	60 351	18,3	8 164	82 468
Lotsen	638	283	17 711	-55,6	271	24 644
Ingenieure/innen für technische Fachplanung und Ingenieurdesign	74 957	62 993	41 145	-16,0	60 048	54 342
Sonstige Wirtschaftsberater/-innen	102 468	99 203	34 845	-3,2	88 938	51 350
Sonstige freiberuflich Tätige	667 695	1 249 389	20 640	87,1	1 173 559	34 081
Insgesamt	2 190 920	2 845 389	35 360	29,9	2 717 220	54 557

8

T 10

Personengesellschaften und Gemeinschaften mit Einkünften aus Gewerbebetrieb 2010
nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig ¹	Einkünfte aus Gewerbebetrieb			Summe der Einkünfte		
	insgesamt	je Gesell- schaft	Anteil an insgesamt	insgesamt	je Gesell- schaft	Anteil an insgesamt
	Mill. EUR	EUR	%	Mill. EUR	EUR	%
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	1 548,2	2 256 840	28,1	1 617,5	2 357 818	28,8
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	812,6	781 346	14,8	815,4	784 009	14,5
Verarbeitendes Gewerbe	1 651,2	703 850	30,0	1 651,6	704 005	29,5
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	573,2	132 649	10,4	573,7	132 778	10,2
Baugewerbe	176,1	93 956	3,2	176,4	94 129	3,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	339,1	92 133	6,2	345,5	93 886	6,2
Gastgewerbe	36,9	24 364	0,7	37,4	24 694	0,7
Information und Kommunikation	111,7	134 622	2,0	111,9	134 794,0	2,0
Sonstige	252,5	37 086	4,6	278,4	40 889	5,0
Insgesamt	5 501,5	238 150	100	5 607,8	242 750	100
1 WZ 2008.						

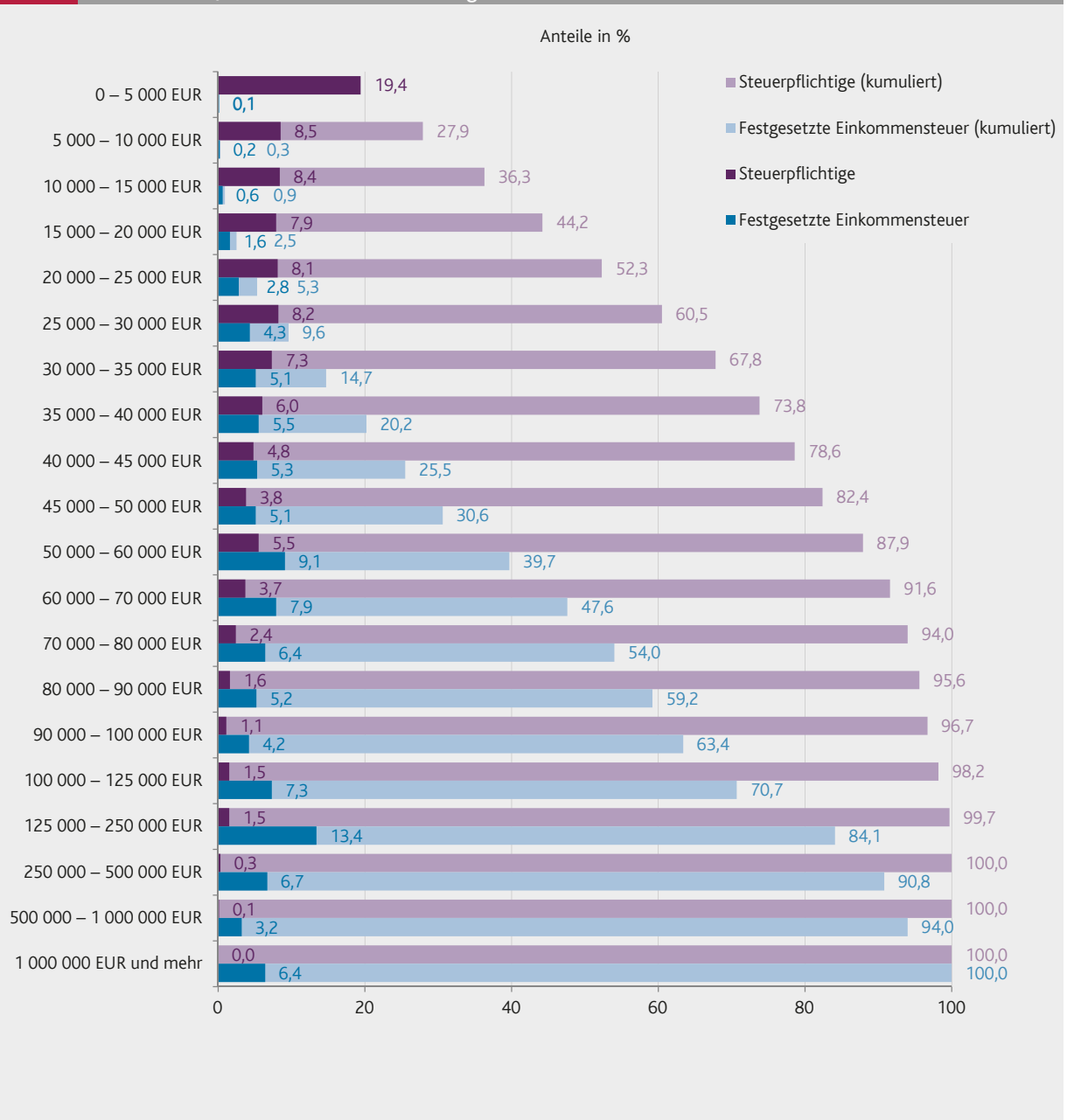
T 11

Steuerpflichtige, Gesamtbetrag der Einkünfte und festgesetzte Einkommensteuer der unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen 2010 nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte

Gesamtbetrag der Einkünfte	Steuerpflichtige		Gesamtbetrag der Einkünfte			Festgesetzte Einkommensteuer	
	insgesamt	Anteil an insgesamt	insgesamt	je Steuerpflichtige/-n	Veränderung zu 2007	insgesamt	je Steuerpflichtige/-n
	Anzahl	%	1 000 EUR	EUR	%	1 000 EUR	EUR
0 – 5 000 EUR	373 785	19,4	488 611	1 307	-32,4	8 745	165
5 000 – 10 000 EUR	163 405	8,5	1 229 662	7 525	-9,8	18 305	443
10 000 – 15 000 EUR	161 743	8,4	2 012 795	12 444	-1,9	56 069	519
15 000 – 20 000 EUR	152 363	7,9	2 663 500	17 481	-1,7	154 318	1 315
20 000 – 25 000 EUR	155 804	8,1	3 505 925	22 502	-3,0	273 728	1 969
25 000 – 30 000 EUR	157 343	8,2	4 324 905	27 487	-4,0	420 534	2 749
30 000 – 35 000 EUR	139 642	7,3	4 527 290	32 421	-3,5	508 306	3 675
35 000 – 40 000 EUR	115 666	6,0	4 325 560	37 397	0,1	539 315	4 688
40 000 – 45 000 EUR	91 748	4,8	3 890 807	42 408	-1,3	525 930	5 753
45 000 – 50 000 EUR	73 499	3,8	3 484 510	47 409	0,7	501 012	6 835
50 000 – 60 000 EUR	105 354	5,5	5 758 716	54 661	1,7	893 855	8 504
60 000 – 70 000 EUR	70 631	3,7	4 567 889	64 673	6,4	778 087	11 039
70 000 – 80 000 EUR	46 202	2,4	3 448 444	74 638	9,1	634 007	13 752
80 000 – 90 000 EUR	30 533	1,6	2 585 039	84 664	11,9	508 477	16 684
90 000 – 100 000 EUR	20 734	1,1	1 963 329	94 691	15,5	409 843	19 818
100 000 – 125 000 EUR	28 539	1,5	3 160 598	110 747	15,9	717 643	25 205
125 000 – 250 000 EUR	29 604	1,5	4 847 587	163 748	11,6	1 318 297	44 682
250 000 – 500 000 EUR	6 150	0,3	2 038 740	331 502	4,2	658 224	107 694
500 000 – 1 000 000 EUR	1 394	0,1	926 354	664 529	-1,4	316 148	229 259
1 000 000 EUR und mehr	543	0,0	1 899 536	3 498 225	-57,1	630 619	1 165 654
Insgesamt	1 924 682	100	61 649 798	32 031	-2,0	9 871 463	7 213

G 5

Unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtige und deren festgesetzte Einkommen-/Jahreslohnsteuer 2010 nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte



8

T 12

Gesamtbetrag der Einkünfte und festgesetzte Einkommensteuer der unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen 2010 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Steuer- pflichtige	Gesamtbetrag der Einkünfte			Festgesetzte Einkommensteuer			Steuer- belastungs- quote ¹
		ins- gesamt	je Steuer- pflichtige/-n	Veränderung zu 2007	ins- gesamt	je Steuer- pflichtige/-n	Veränderung zu 2007	
	Anzahl	1 000 EUR	EUR	%	1 000 EUR	EUR	%	
Frankenthal (Pfalz), St.	22 990	674 350	29 332	0,5	104 872	6 710	-5,3	15,6
Kaiserslautern, St.	46 043	1 301 581	28 269	5,3	203 879	6 477	3,3	15,7
Koblenz, St.	53 687	1 689 323	31 466	3,4	274 245	6 897	-0,1	16,2
Landau i. d. Pfalz, St.	21 473	707 335	32 941	4,7	116 750	7 427	1,7	16,5
Ludwigshafen a. Rh., St.	79 086	2 146 329	27 139	-44,8	328 809	6 232	-69,5	15,3
Mainz, St.	103 430	3 599 831	34 805	3,1	663 208	8 947	-1,6	18,4
Neustadt a. d. Weinstr., St.	27 514	938 112	34 096	1,8	168 567	8 694	1,4	18,0
Pirmasens, St.	18 321	499 548	27 266	3,5	79 288	6 540	8,9	15,9
Speyer, St.	24 751	912 718	36 876	6,7	172 775	9 500	10,9	18,9
Trier, St.	48 079	1 346 079	27 997	3,5	220 804	6 751	2,3	16,4
Worms, St.	38 747	1 158 420	29 897	0,8	180 955	6 641	-4,0	15,6
Zweibrücken, St.	16 040	466 775	29 101	-0,2	70 286	6 294	-3,4	15,1
Ahrweiler	62 266	1 949 313	31 306	4,2	293 025	6 678	0,5	15,0
Altenkirchen (Ww.)	60 586	1 779 636	29 374	0,6	256 325	6 015	-4,0	14,4
Alzey-Worms	59 996	2 065 361	34 425	3,0	330 252	7 528	-1,7	16,0
Bad Dürkheim	66 275	2 392 228	36 095	1,3	422 327	9 080	-3,1	17,7
Bad Kreuznach	73 809	2 298 671	31 144	1,8	353 752	6 737	-3,4	15,4
Bernkastel-Wittlich	52 605	1 639 360	31 164	4,1	244 974	6 415	0,4	14,9
Birkenfeld	37 548	1 071 241	28 530	-0,3	148 961	5 563	-6,2	13,9
Cochem-Zell	29 908	875 563	29 275	2,3	119 884	5 725	-4,6	13,7
Donnersbergkreis	35 845	1 098 732	30 652	-1,1	163 778	6 424	-8,0	14,9
Eifelkreis Bitburg-Prüm	40 051	1 118 624	27 930	2,9	160 184	5 698	2,2	14,3
Germersheim	63 193	2 007 118	31 762	2,3	308 252	6 816	-3,9	15,4
Kaiserslautern	49 696	1 522 539	30 637	4,0	226 367	6 383	0,8	14,9
Kusel	33 345	943 944	28 308	0,9	126 421	5 367	-5,3	13,4
Mainz-Bingen	101 710	4 526 039	44 499	-11,1	885 843	11 590	-21,1	19,6
Mayen-Koblenz	99 812	3 223 027	32 291	1,3	495 490	6 787	-3,1	15,4
Neuwied	85 613	2 728 161	31 866	-2,6	436 679	7 264	-9,7	16,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	48 367	1 510 803	31 236	1,8	220 782	6 320	-3,4	14,6
Rhein-Lahn-Kreis	59 641	1 833 943	30 750	1,1	275 397	6 516	-3,0	15,0
Rhein-Pfalz-Kreis	79 497	2 765 918	34 793	3,0	482 655	8 662	-1,2	17,5
Südliche Weinstraße	52 607	1 759 592	33 448	2,2	275 494	7 267	-3,1	15,7
Südwestpfalz	46 209	1 378 638	29 835	0,1	197 132	6 085	-5,1	14,3
Trier-Saarburg	62 332	1 827 847	29 324	0,8	274 212	6 277	-2,6	15,0
Vulkaneifel	28 698	828 261	28 861	1,6	114 994	5 684	-3,9	13,9
Westerwaldkreis	94 912	3 064 840	32 291	1,6	473 849	6 928	-3,4	15,5
Rheinland-Pfalz	1 924 682	61 649 798	32 031	-2,0	9 871 463	7 213	-10,8	16,0
kreisfreie Städte	500 161	15 440 401	30 871	-8,0	2 584 438	7 378	-22,2	16,7
Landkreise	1 424 521	46 209 399	32 439	0,2	7 287 029	7 157	-5,9	15,8

1 Anteil der festzusetzenden Einkommensteuer am Gesamtbetrag der Einkünfte.

T 13

Gesamtbetrag der Einkünfte, zu versteuerndes Einkommen und positive festgesetzte Körperschaftsteuer der unbeschränkt Steuerpflichtigen 2010 nach Bundesländern

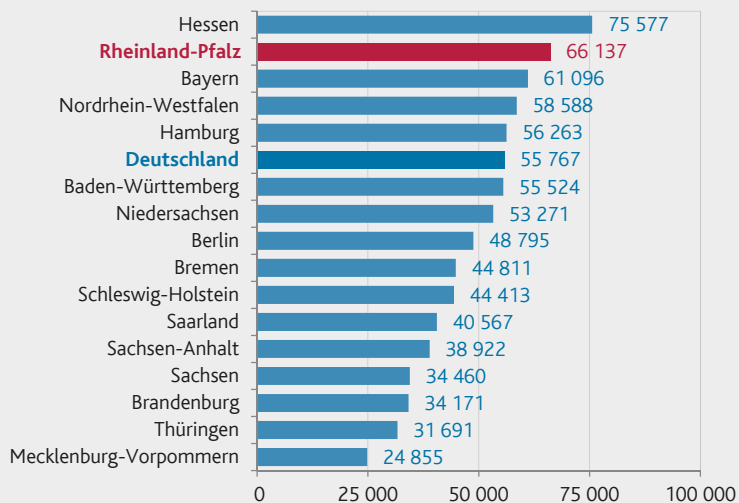
Bundesland	Gesamtbetrag der Einkünfte		Zu versteuerndes Einkommen		Positive festgesetzte Körperschaftsteuer ¹		
	insgesamt	je Steuerpflichtige/-n	positiv	negativ	insgesamt	Veränderung zu 2007	je Steuerpflichtige/-n
	Mill. EUR	EUR	Mill. EUR			%	EUR
Baden-Württemberg	20 246,2	158 683	22 343,6	-4 861,7	3 189,9	-41,3	55 524
Bayern	24 355,4	137 437	31 149,4	-12 552,7	4 612,1	-8,7	61 096
Berlin	4 071,7	70 159	5 648,4	-2 909,5	845,5	-17,3	48 795
Brandenburg	1 677,5	63 191	1 997,8	-745,1	299,4	-21,2	34 171
Bremen	1 050,7	107 493	1 307,9	-436,5	194,7	-28,8	44 811
Hamburg	3 092,8	79 751	6 311,3	-4 424,3	928,6	-34,6	56 263
Hessen	13 071,7	160 544	17 694,3	-7 013,7	2 441,1	-25,5	75 577
Mecklenburg-Vorpommern	591,0	38 215	1 022,2	-689,1	146,7	-1,7	24 855
Niedersachsen	13 181,7	151 874	14 855,3	-2 939,2	2 181,4	10,5	53 271
Nordrhein-Westfalen	32 375,7	150 980	38 652,4	-12 436,6	5 702,2	-21,3	58 588
Rheinland-Pfalz	7 442,7	180 608	7 971,9	-1 124,0	1 177,7	16,1	66 137
Saarland	799,8	64 433	1 288,2	-612,0	192,2	-43,5	40 567
Sachsen	2 474,3	58 132	3 279,2	-1 317,4	491,1	-21,8	34 460
Sachsen-Anhalt	1 469,7	75 006	1 864,1	-765,6	278,9	-20,0	38 922
Schleswig-Holstein	4 383,5	128 489	4 606,2	-820,1	688,1	-17,7	44 413
Thüringen	1 277,1	60 245	1 595,2	-632,5	238,1	-30,5	31 691
Deutschland	131 561,8	130 628	161 587,4	-54 279,8	23 607,7	-20,6	55 767

¹ Änderung des einheitlichen Steuersatzes von 25 auf 15% ab dem VZ 2008.

G 6

Festgesetzte positive Körperschaftsteuer der unbeschränkt Steuerpflichtigen 2010 nach Bundesländern

je Steuerpflichtige/-n in EUR



Eine unbeschränkt steuerpflichtige Körperschaft, für die eine positive Körperschaftsteuer festgesetzt wurde, hatte in Rheinland-Pfalz für das Jahr 2010 im Durchschnitt 66 100 Euro zu entrichten. Dies ist deutlich mehr als im bundesdeutschen Durchschnitt.

Die Spannweite reicht von 75 600 Euro in Hessen bis zu 24 900 Euro in Mecklenburg-Vorpommern.

T 14

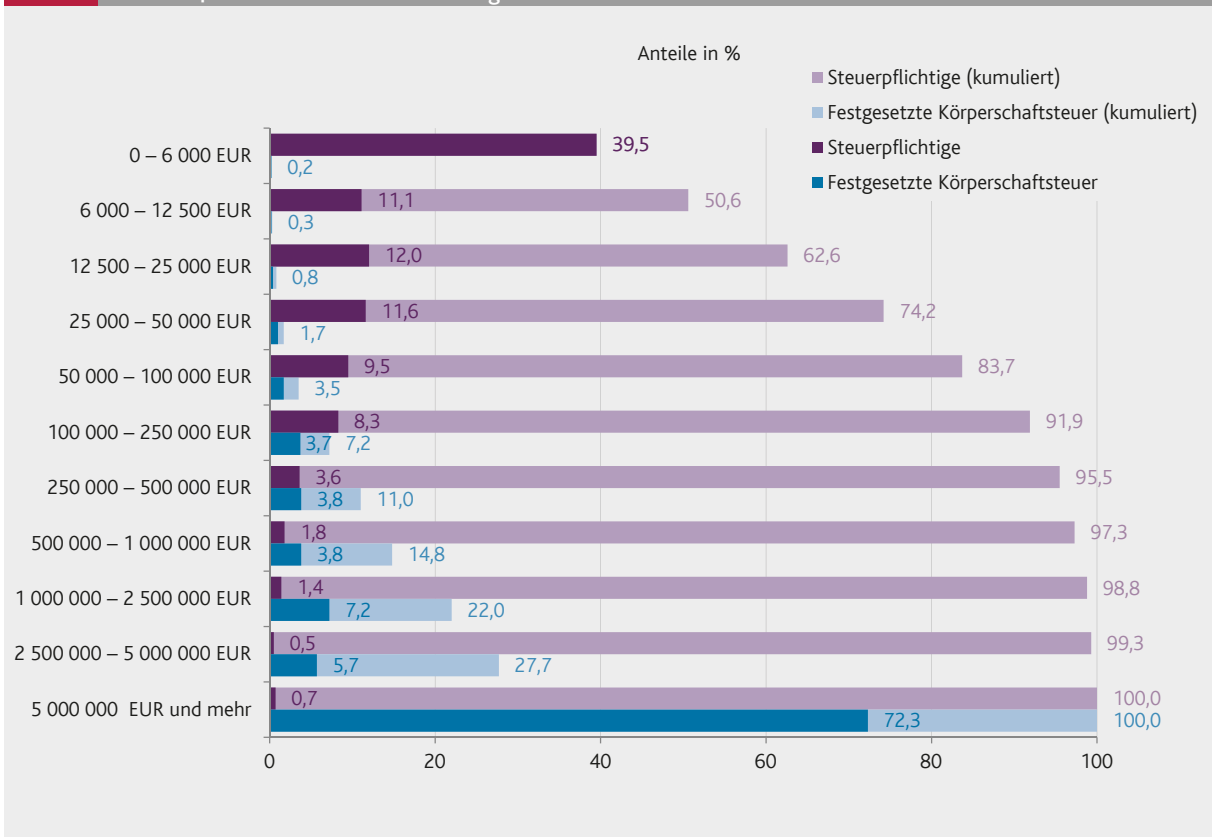
**Steuerpflichtige, Gesamtbetrag der Einkünfte und festgesetzte Körperschaftsteuer der unbeschränkt
Körperschaftsteuerpflichtigen 2010 nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte**

Gesamtbetrag der Einkünfte von ... bis unter ...	Steuerpflichtige		Gesamtbetrag der Einkünfte			Festgesetzte Körperschaftsteuer ¹	
	insgesamt	Anteil an insgesamt	insgesamt	je Steuer- pflichtige/-n	Veränderung zu 2007	insgesamt	je Steuer- pflichtige/-n
	Anzahl	%	1 000 EUR	EUR	%	1 000 EUR	EUR
0 – 6 000 EUR	10 887	39,5	20 116	1 848	1,8	1 777	329
6 000 – 12 500 EUR	3 053	11,1	27 398	8 974	3,1	2 191	1 180
12 500 – 25 000 EUR	3 314	12,0	59 886	18 071	10,2	5 122	2 415
25 000 – 50 000 EUR	3 183	11,6	113 473	35 650	11,9	11 269	4 859
50 000 – 100 000 EUR	2 610	9,5	184 227	70 585	17,7	20 394	9 791
100 000 – 250 000 EUR	2 274	8,3	355 635	156 392	21,4	43 517	22 294
250 000 – 500 000 EUR	978	3,6	343 022	350 738	13,3	44 712	50 694
500 000 – 1 000 000 EUR	504	1,8	355 281	704 923	7,3	45 273	100 831
1 000 000 – 2 500 000 EUR	396	1,4	616 822	1 557 631	27,2	84 333	214 588
2 500 000 – 5 000 000 EUR	144	0,5	500 365	3 474 757	35,0	67 138	466 236
5 000 000 EUR und mehr	199	0,7	5 992 585	30 113 492	139,8	851 843	4 280 618
Insgesamt	27 542	100	8 568 810	311 118	84,7	1 177 568	66 148

¹ Änderung des einheitlichen Steuersatzes von 25 auf 15% ab dem VZ 2008.

G 7

Unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtige und deren festgesetzte Körperschaftsteuer 2010 nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte



T 15

**Steuerpflichtige, Gesamtbetrag der Einkünfte und festgesetzte Körperschaftsteuer der unbeschränkt
Körperschaftsteuerpflichtigen 2010 nach Wirtschaftszweigen**

Wirtschaftszweig ¹	Steuerpflichtige		Gesamtbetrag der Einkünfte		Festgesetzte Körperschaftsteuer ²	
	insgesamt	Anteil an insgesamt	insgesamt	je Steuer- pflichtige/-n	insgesamt	je Steuerpflichtige/-n
	Anzahl	%	1 000 EUR		1 000 EUR	EUR
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	114	0,4	4 677	41 026	515	4 518
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	60	0,2	14 976	249 600	1 928	32 133
Verarbeitendes Gewerbe	3 832	13,9	3 645 207	951 254	509 786	133 034
Energieversorgung	247	0,9	223 370	904 332	30 391	123 040
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen	270	1,0	82 517	305 619	10 677	39 544
Baugewerbe	3 275	11,9	261 203	79 757	29 256	8 933
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	5 253	19,1	858 633	163 456	112 245	21 368
Verkehr und Lagerei	837	3,0	87 267	104 262	11 525	13 769
Gastgewerbe	856	3,1	28 608	33 421	3 069	3 585
Information und Kommunikation	1 308	4,7	227 952	174 275	30 009	22 943
Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen	1 951	7,1	2 273 912	1 165 511	330 521	169 411
Grundstücks- und Wohnungswesen	1 538	5,6	138 603	90 119	14 642	9 520
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	5 252	19,1	497 914	94 805	63 677	12 124
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	1 126	4,1	106 899	94 937	13 970	12 407
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-
Erziehung und Unterricht	130	0,5	5 160	39 692	640	4 923
Gesundheits- und Sozialwesen	355	1,3	39 791	112 087	5 409	15 237
Kunst, Unterhaltung und Erholung	314	1,1	24 191	77 041	2 904	9 248
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	824	3,0	47 931	58 169	6 406	7 774
Insgesamt	27 542	100	8 568 810	311 118	1 177 568	42 755

1 WZ 2008. – 2 Änderung des einheitlichen Steuersatzes von 25 auf 15% ab dem VZ 2008.

T 16

Steuerpflichtige, Gesamtbetrag der Einkünfte und festgesetzte Körperschaftsteuer der unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen 2010 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Steuerpflichtige	Gesamtbetrag der Einkünfte				Festgesetzte Körperschaftsteuer ¹		
		insgesamt	je Steuerpflichtige/-n	Veränderung zu 2007	Anteil an insgesamt	insgesamt	je Steuerpflichtige/-n	Veränderung zu 2007
	Anzahl	1 000 EUR	EUR	%		1 000 EUR	EUR	%
Frankenthal (Pfalz), St.	256	101 422	396 180	41,3	1,2	14 174	55 367	-5,9
Kaiserslautern, St.	827	212 986	257 541	64,7	2,5	28 547	34 519	16,2
Koblenz, St.	1 025	845 711	825 084	96,6	9,9	117 433	114 569	20,2
Landau i. d. Pfalz, St.	353	105 344	298 425	33,5	1,2	14 146	40 074	-22,8
Ludwigshafen a. Rh., St.	916	1 785 984	1 949 764	299,4	20,8	262 494	286 566	162,5
Mainz, St.	1 831	725 975	396 491	70,4	8,5	87 868	47 989	-6,1
Neustadt a. d. Weinstr., St.	444	74 885	168 660	26,5	0,9	10 025	22 579	-20,4
Pirmasens, St.	372	63 188	169 860	95,3	0,7	8 870	23 844	49,1
Speyer, St.	465	171 988	369 867	109,0	2,0	24 468	52 619	33,4
Trier, St.	909	222 032	244 260	63,1	2,6	30 134	33 151	-
Worms, St.	562	148 577	264 372	16,9	1,7	20 565	36 593	-27,4
Zweibrücken, St.	221	27 904	126 262	-53,4	0,3	3 703	16 756	-69,5
Ahrweiler	935	163 592	174 965	80,7	1,9	23 058	24 661	24,0
Altenkirchen (Ww.)	872	130 567	149 733	17,6	1,5	17 807	20 421	-24,5
Alzey-Worms	783	111 014	141 780	1,3	1,3	15 322	19 568	-37,7
Bad Dürkheim	816	92 986	113 953	47,7	1,1	12 519	15 342	4,0
Bad Kreuznach	1 002	141 727	141 444	21,8	1,7	18 567	18 530	-25,8
Bernkastel-Wittlich	742	116 847	157 476	32,8	1,4	15 640	21 078	-20,6
Birkenfeld	532	71 199	133 833	25,9	0,8	9 617	18 077	-26,7
Cochem-Zell	459	42 543	92 686	24,5	0,5	4 941	10 765	-36,9
Donnersbergkreis	369	52 947	143 488	35,9	0,6	6 914	18 737	-22,6
Eifelkreis Bitburg-Prüm	770	159 413	207 030	114,1	1,9	22 805	29 617	37,0
Germersheim	621	71 266	114 760	1,1	0,8	9 726	15 662	-37,1
Kaiserslautern	493	58 520	118 702	45,1	0,7	7 748	15 716	-8,5
Kusel	219	26 265	119 932	12,5	0,3	3 381	15 438	-29,6
Mainz-Bingen	1 328	1 025 771	772 418	213,5	12,0	135 990	102 402	80,8
Mayen-Koblenz	1 526	272 816	178 779	76,0	3,2	38 414	25 173	21,5
Neuwied	1 534	368 604	240 289	34,1	4,3	50 205	32 728	-20,6
Rhein-Hunsrück-Kreis	847	111 672	131 844	59,0	1,3	14 387	16 986	-8,2
Rhein-Lahn-Kreis	703	184 940	263 073	24,0	2,2	25 661	36 502	-0,1
Rhein-Pfalz-Kreis	824	89 308	108 383	30,9	1,0	12 095	14 678	-18,5
Südliche Weinstraße	654	97 591	149 222	2,8	1,1	13 834	21 153	-28,6
Südwestpfalz	501	68 999	137 723	59,2	0,8	7 462	14 894	2,4
Trier-Saarburg	744	55 720	74 892	15,3	0,7	7 505	10 087	-28,1
Vulkaneifel	418	85 378	204 254	45,4	1,0	12 125	29 007	-11,3
Westerwaldkreis	1 669	483 128	289 472	37,0	5,6	69 419	41 593	-15,0
Rheinland-Pfalz	27 542	8 568 810	311 118	84,7	100	1 177 568	42 755	16,1
kreisfreie Städte	8 181	4 485 996	548 343	115,6	52,4	622 426	76 082	36,3
Landkreise	19 361	4 082 814	210 878	59,5	47,6	555 143	28 673	-0,4

¹ Änderung des einheitlichen Steuersatzes von 25 auf 15% ab dem VZ 2008.

K 3

Durchschnittlicher Gesamtbetrag der Einkünfte der unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen 2010 nach Verwaltungsbezirken

Die 27 540 unbeschränkt Körperschaftssteuerpflichtigen in Rheinland-Pfalz erzielten 2010 einen Gesamtbetrag der Einkünfte in Höhe von insgesamt 8,57 Milliarden Euro. Je Steuerpflichtige bzw. Steuerpflichtigen ergab sich ein Betrag von durchschnittlich 311 120 Euro.

Die mit Abstand höchsten durchschnittlichen Gesamtbeträge der Einkünfte Steuerpflichtige bzw. Steuerpflichtigen wurden in der kreisfreien Stadt Ludwigshafen mit 1,95 Millionen Euro erzielt. Der niedrigste Wert war im Landkreis Trier-Saargurg mit 74 890 Euro festzustellen.

EUR je Steuerpflichtige/-n

unter 190 000	(21)
190 000 bis unter 250 000	(4)
250 000 bis unter 310 000	(5)
310 000 bis unter 370 000	(1)
370 000 bis unter 340 000	(2)
340 000 und mehr	(3)

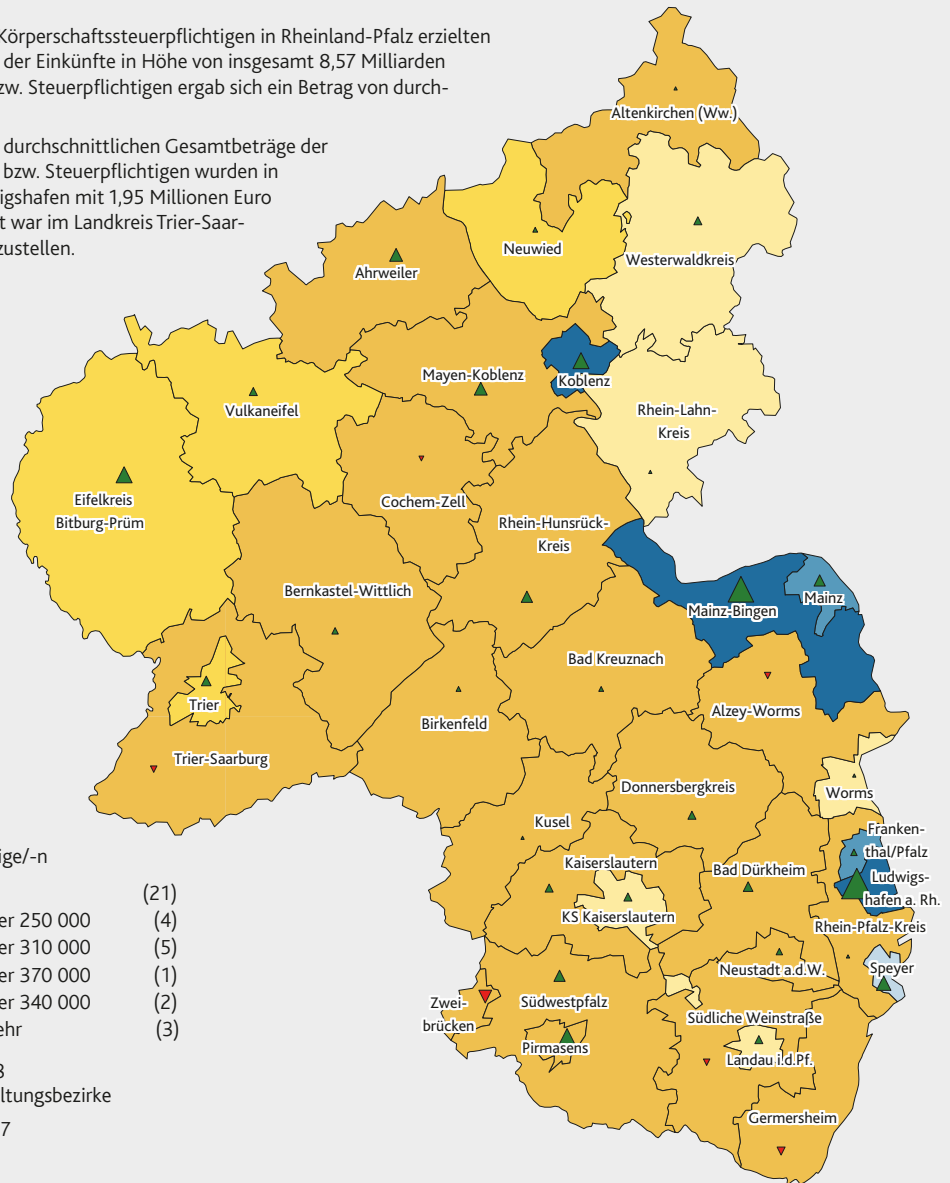
Landeswert: 311 118

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2007

▲ Zunahme

▼ Abnahme



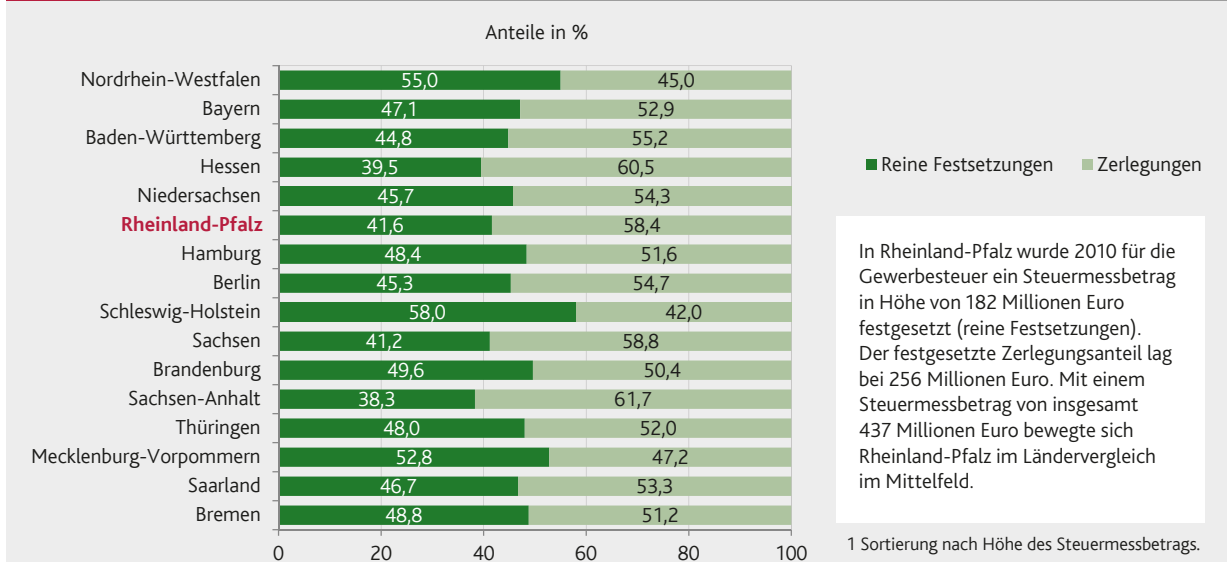
T 17

Festsetzung und Zerlegungen des Gewerbesteuermessbetrags 2010 nach Bundesländern¹

Bundesland	Festsetzungen und Zerlegungen ²			Reine Festsetzungen ³			Zerlegungen ⁴		
	Fälle ⁵	Steuer- messbetrag	je Fall	Gewerbe- betriebe	Steuermessbetrag		Betriebs- stätten	Zerlegungsanteil	
					insgesamt	Veränderung zu 2007		insgesamt	Veränderung zu 2007
	Anzahl	Mill. EUR	EUR	Anzahl	Mill. EUR	%	Anzahl	Mill. EUR	%
Baden-Württemberg	467 698	1 429	6 637	164 377	640	-18,7	50 937	788	-19,3
Bayern	632 981	1 731	6 100	212 444	815	-4,1	71 329	916	-9,1
Berlin	166 240	284	6 008	41 696	129	-0,8	5 575	155	6,9
Brandenburg	113 054	195	4 837	26 695	97	-8,5	13 616	98	-8,4
Bremen	27 321	77	7 197	8 357	38	-17,4	2 342	40	-14,9
Hamburg	102 543	345	9 111	32 167	167	-15,2	5 700	178	-12,7
Hessen	294 773	924	7 895	88 906	365	-26,3	28 131	559	6,9
Mecklenburg-Vorpommern	99 671	92	3 231	18 438	48	-5,9	10 034	43	7,5
Niedersachsen	288 668	837	6 044	102 920	383	-59,1	35 568	454	-8,3
Nordrhein-Westfalen	798 207	2 061	6 588	251 183	1 133	-6,4	61 647	927	-12,8
Rheinland-Pfalz	163 320	437	5 643	57 582	182	-5,7	19 860	256	18,0
Saarland	53 387	83	5 230	11 923	39	-9,3	3 946	44	-37,1
Sachsen	197 253	270	4 064	45 150	111	-12,6	21 283	159	-5,4
Sachsen-Anhalt	95 077	160	4 504	22 593	61	-26,5	12 928	99	-9,2
Schleswig-Holstein	132 595	276	4 867	41 808	160	-12,6	14 900	116	-2,5
Thüringen	111 525	134	3 691	23 983	64	-17,9	12 318	69	-12,7
Deutschland	3 744 313	9 335	6 140	1 150 222	4 432	-19,6	370 114	4 903	-8,7

1 Sitz des Betriebs bzw. der Betriebsstätte. – 2 Mit positivem Steuermessbetrag/Zerlegungsanteil. – 3 Mit positivem Steuermessbetrag. – 4 Mit positivem Zerlegungsanteil. – 5 Gewerbebetriebe/Betriebsstätten.

G 8

Gewerbesteuerfestsetzungen und Zerlegungen 2010 nach Bundesländern¹

T 18

**Steuerpflichtige Gewerbebetriebe, deren Gewerbeertrag und Steuermessbetrag 2010
nach Größenklassen des Gewerbeertrags**

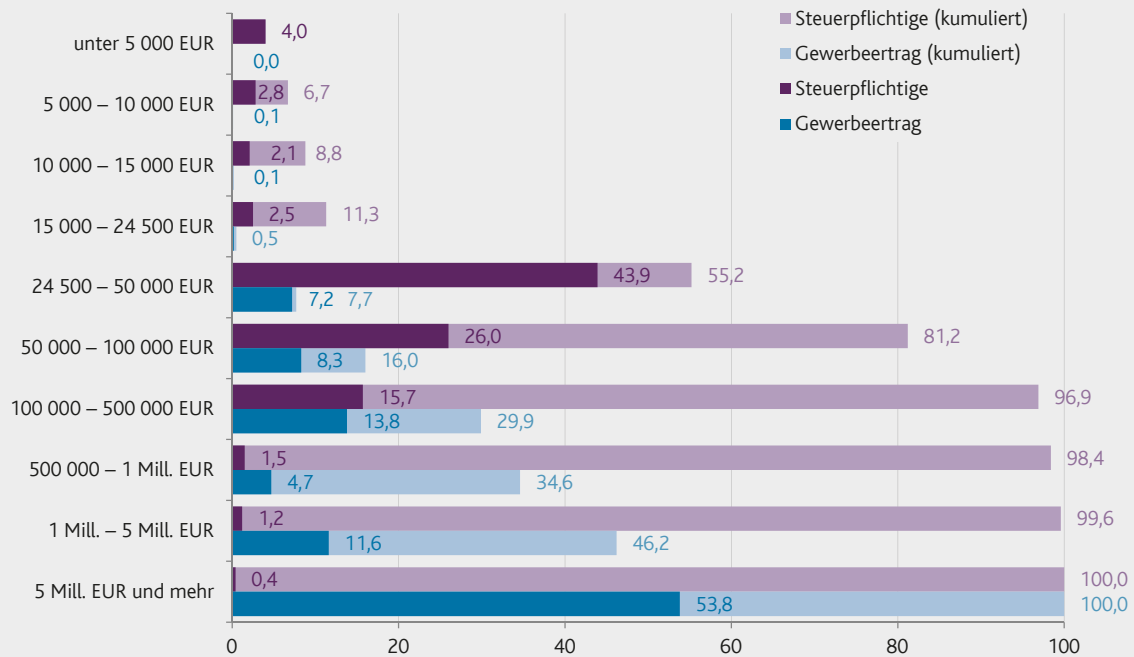
Gewerbeertrag	Steuerpflichtige ¹		Abgerundeter Gewerbeertrag		Steuermessbetrag	
	insgesamt	Anteil an insgesamt	insgesamt	je Steuerpflichtige/-n	insgesamt	je Steuerpflichtige/-n
	Anzahl	%	1 000 EUR		1 000 EUR	
Unter 5 000 EUR	2 467	4,0	5 017	2 034	175	71
5 000 – 10 000 EUR	1 707	2,8	12 415	7 273	393	230
10 000 – 15 000 EUR	1 271	2,1	15 586	12 263	524	412
15 000 – 24 500 EUR	1 528	2,5	29 541	19 333	1 017	666
24 500 – 50 000 EUR	27 170	43,9	958 860	35 291	12 186	449
50 000 – 100 000 EUR	16 104	26,0	1 108 834	68 855	26 657	1 655
100 000 – 500 000 EUR	9 724	15,7	1 837 193	188 934	58 234	5 989
500 000 – 1 Mill. EUR	908	1,5	629 800	693 612	21 635	23 827
1 Mill. EUR – 5 Mill. EUR	770	1,2	1 540 148	2 000 192	53 673	69 705
5 Mill. EUR und mehr	243	0,4	7 153 842	29 439 679	250 316	1 030 107
Insgesamt	61 892	100	13 291 236	214 749	424 809	6 864
1 Mit positivem Steuermessbetrag.						

8

G 9

Steuerpflichtige Gewerbebetriebe und Gewerbeertrag 2010 nach Größenklassen des Gewerbeertrags

Anteile in %



T 19

Steuerpflichtige, abgerundeter Gewerbeertrag und Steuermessbetrag 2010 nach Wirtschaftszweigen und Rechtsformen

Wirtschaftszweig ¹ Rechtsform	Steuerpflichtige ²		Abgerundeter Gewerbeertrag		Steuermessbetrag	
	insgesamt	Anteil an insgesamt	insgesamt	je Steuer- pflichtiger/-m	insgesamt	je Steuer- pflichtige/-n
	Anzahl	%	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR
Wirtschaftszweige						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 829	1,3	38 426	21 009	1 019	557
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	185	0,1	45 776	247 438	1 763	9 530
Verarbeitendes Gewerbe	15 289	11,1	5 309 407	347 270	194 420	12 716
Energieversorgung	3 377	2,5	155 290	45 985	7 764	2 299
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen	492	0,4	96 113	195 352	3 830	7 785
Baugewerbe	17 395	12,7	679 541	39 065	19 514	1 122
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	31 977	23,3	1 658 520	51 866	56 105	1 755
Verkehr und Lagerei	4 797	3,5	186 004	38 775	6 468	1 348
Gastgewerbe	10 873	7,9	243 385	22 384	5 284	486
Information und Kommunikation	4 952	3,6	561 815	113 452	19 758	3 990
Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen	7 625	5,6	1 974 351	258 931	68 320	8 960
Grundstücks- und Wohnungswesen	7 869	5,7	- 66 231	- 8 417	7 317	930
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	12 807	9,3	380 204	29 687	16 109	1 258
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	7 533	5,5	310 296	41 192	9 323	1 238
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-
Erziehung und Unterricht	659	0,5	12 116	18 385	441	669
Gesundheits- und Sozialwesen	1 028	0,7	21 840	21 245	1 402	1 364
Kunst, Unterhaltung und Erholung	2 331	1,7	67 943	29 148	2 802	1 202
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	6 308	4,6	143 263	22 711	3 167	502
Rechtsformen						
Einzelgewerbetreibende	80 722	58,8	2 696 747	33 408	56 056	694
Personengesellschaften u. Ä.	15 218	11,1	2 731 437	179 487	105 242	6 916
Kapitalgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften	38 786	28,2	5 893 657	151 953	245 039	6 318
Übrige juristische Personen	2 600	1,9	496 218	190 853	18 471	7 104
Insgesamt	137 326	100	11 818 058	86 058	424 809	3 093
1 WZ 2008. – 2 Mit positivem Steuermessbetrag.						

8

T 20 Gewerbesteuerpflichtige mit positivem Steuermessbetrag 2010 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Betriebe/Betriebsstätten				Steuermessbetrag		
	ins- gesamt	darunter: mit positivem Steuermessbetrag	Veränderung zu 2007	Anteil an insgesamt	ins- gesamt	je Steuer- pflichtige/-n	Veränderung zu 2007
	Anzahl		%		1 000 EUR	EUR	%
Frankenthal (Pfalz), St.	1 633	775	10,8	1,0	4 575	2 802	11,2
Kaiserslautern, St.	3 775	1 848	11,2	2,4	10 960	2 903	2,1
Koblenz, St.	4 729	2 200	8,3	2,8	23 005	4 865	-5,1
Landau i. d. Pfalz, St.	1 860	996	5,1	1,3	4 445	2 390	-4,4
Ludwigshafen a. Rh., St.	4 521	2 291	9,7	3,0	74 175	16 407	163,5
Mainz, St.	9 038	3 468	10,8	4,5	23 846	2 638	-9,1
Neustadt a. d. Weinstr., St.	2 271	1 098	7,7	1,4	3 765	1 658	-6,4
Pirmasens, St.	1 868	846	4,6	1,1	3 935	2 107	13,2
Speyer, St.	2 247	1 104	11,3	1,4	6 834	3 041	-0,5
Trier, St.	3 989	2 029	9,6	2,6	12 324	3 089	-23,6
Worms, St.	3 138	1 472	10,6	1,9	8 208	2 616	-9,1
Zweibrücken, St.	1 458	675	9,5	0,9	10 081	6 914	53,8
Ahrweiler	5 637	2 637	14,4	3,4	8 999	1 596	24,6
Altenkirchen (Ww.)	5 388	2 570	10,2	3,3	8 361	1 552	-13,3
Alzey-Worms	5 016	2 504	9,2	3,2	7 811	1 557	11,0
Bad Dürkheim	5 782	2 606	9,5	3,4	6 989	1 209	2,4
Bad Kreuznach	6 397	2 887	9,8	3,7	10 106	1 580	-7,9
Bernkastel-Wittlich	4 371	2 397	2,2	3,1	11 548	2 642	2,6
Birkenfeld	4 010	1 766	6,5	2,3	5 521	1 377	-5,6
Cochem-Zell	2 759	1 399	9,8	1,8	3 609	1 308	10,6
Donnersbergkreis	2 996	1 322	11,5	1,7	5 839	1 949	-10,2
Eifelkreis Bitburg-Prüm	4 197	2 077	8,8	2,7	7 554	1 800	2,6
Germersheim	4 511	2 188	12,7	2,8	8 720	1 933	1,3
Kaiserslautern	4 060	2 017	6,9	2,6	5 696	1 403	0,9
Kusel	2 363	1 064	-3,1	1,4	2 171	919	-16,7
Mainz-Bingen	8 386	3 898	11,4	5,0	48 070	5 732	-18,1
Mayen-Koblenz	8 268	4 142	6,6	5,3	19 551	2 365	6,6
Neuwied	8 266	3 633	7,9	4,7	19 658	2 378	-11,6
Rhein-Hunsrück-Kreis	4 566	2 176	13,2	2,8	8 076	1 769	-17,7
Rhein-Lahn-Kreis	5 030	2 342	9,6	3,0	8 770	1 744	8,1
Rhein-Pfalz-Kreis	5 228	2 516	6,6	3,2	9 119	1 744	19,9
Südliche Weinstraße	4 427	2 264	9,6	2,9	5 895	1 332	-18,4
Südwestpfalz	3 708	1 710	7,9	2,2	4 656	1 256	21,4
Trier-Saarburg	4 850	2 362	13,8	3,1	6 064	1 250	-15,0
Vulkaneifel	2 554	1 333	6,4	1,7	5 520	2 161	-7,7
Westerwaldkreis	10 023	4 830	5,6	6,2	23 020	2 297	-4,6
Rheinland-Pfalz	163 320	77 442	8,9	100	437 476	2 679	6,7
kreisfreie Städte	40 527	18 802	9,5	24,3	186 153	4 593	29,1
Landkreise	122 793	58 640	8,7	75,7	251 323	2 047	-5,5

K 4 Gewerbesteuermessbetrag 2010 nach Verwaltungsbezirken

Im Jahr 2010 gab es in Rheinland-Pfalz insgesamt 163 320 gewerbesteuerpflichtige Betriebe bzw. Betriebsstätten, darunter waren 77 440 mit positivem Steuermessbetrag. Der Steuermessbetrag, der als Berechnungsgrundlage für die Gewerbesteuer dient, lag bei insgesamt 437,5 Millionen Euro.

Je Steuerpflichtige bzw. Steuerpflichtigen ergab sich durchschnittlich ein Wert von 2 680 Euro. Der höchste Steuermessbetrag je Steuerpflichtige bzw. Steuerpflichtigen wurde mit 16 410 Euro in der kreisfreien Stadt Ludwigshafen registriert, der niedrigste im Landkreis Kusel mit 920 Euro.

EUR je Steuerpflichtigen

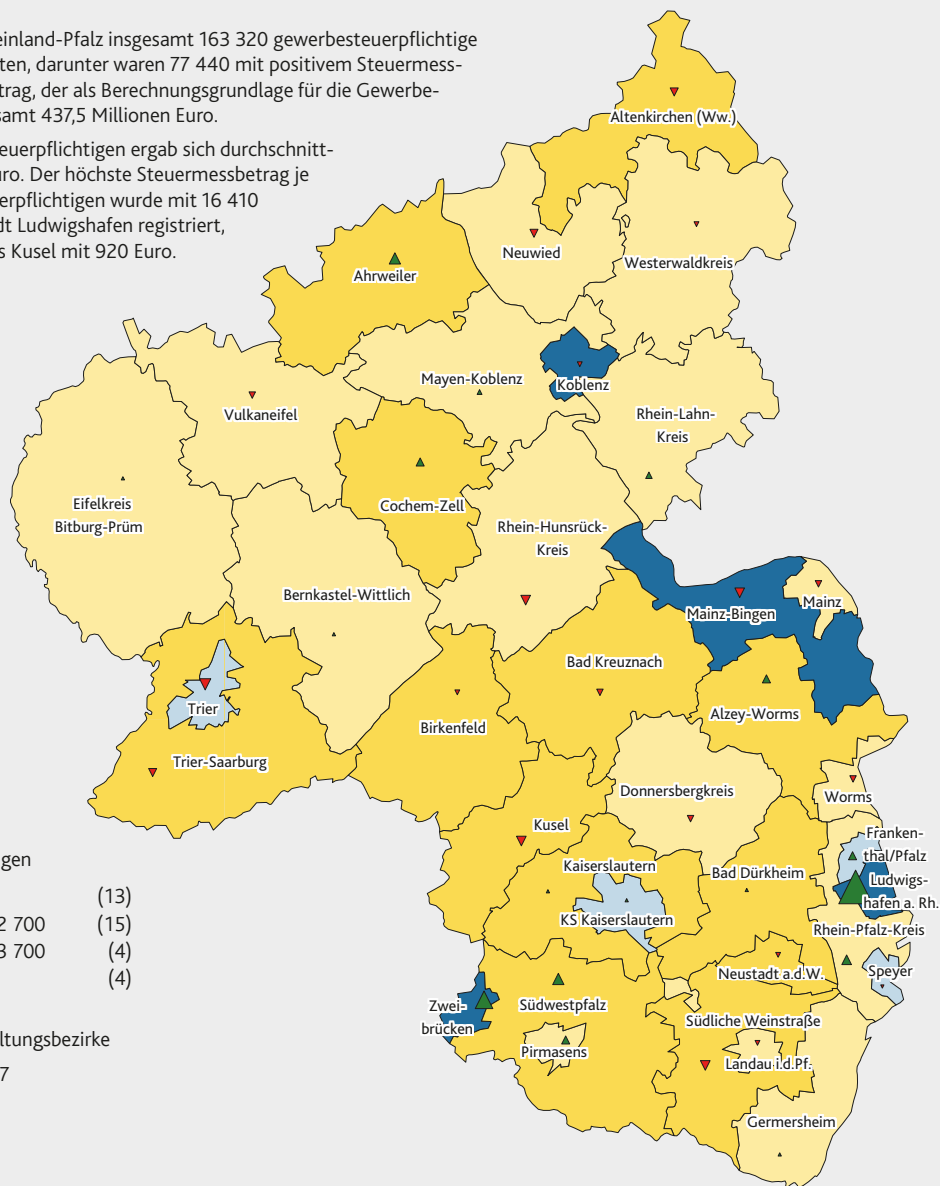
unter 1 700	(13)
1 700 bis unter 2 700	(15)
2 700 bis unter 3 700	(4)
3 700 und mehr	(4)

Landeswert: 2 679

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2007

- ▲ Zunahme
- ▼ Abnahme



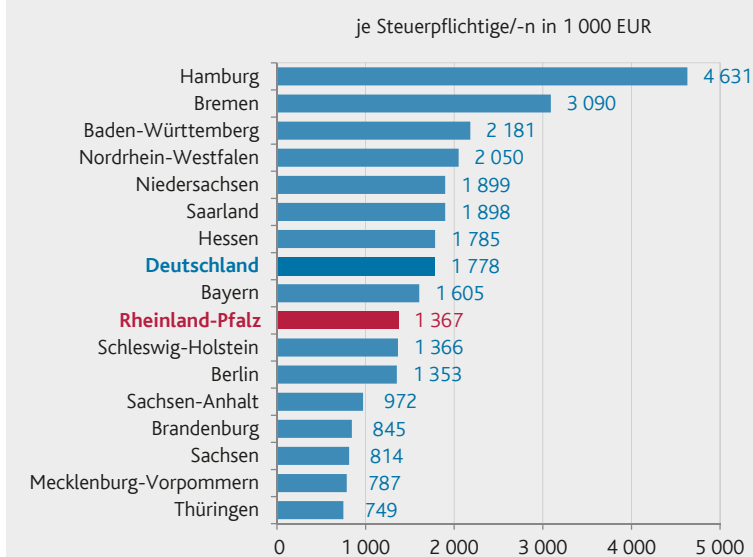
T 21

Vorangemeldete Umsätze aus Lieferungen und Leistungen sowie Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer 2013 nach Bundesländern

Bundesland	Umsätze aus Lieferungen und Leistungen				Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer			
	insgesamt	je Steuerpflichtige/-n	Veränderung zu		insgesamt	je Steuerpflichtige/-n	Veränderung zu	
			2004	2012			2004	2012
	Mill. EUR	EUR	%		Mill. EUR	EUR	%	
Baden-Württemberg	974 244	2 180 917	36,7	0,9	145 573	325 876	63,0	0,5
Bayern	968 665	1 604 621	35,3	1,0	148 392	245 816	61,4	1,0
Berlin	193 823	1 353 239	68,2	10,6	36 366	253 901	132,5	14,2
Brandenburg	77 152	845 298	46,1	1,6	13 413	146 956	77,9	4,3
Bremen	69 275	3 089 600	34,8	2,0	9 676	431 540	56,4	-0,7
Hamburg	422 306	4 630 599	49,9	-2,8	72 583	795 875	86,5	-2,4
Hessen	442 683	1 784 688	19,0	-3,1	74 876	301 865	48,7	-3,9
Mecklenburg-Vorpommern	43 684	786 617	39,0	-1,9	6 272	112 940	57,0	0,2
Niedersachsen	521 947	1 899 329	33,3	1,4	76 025	276 650	57,8	1,3
Nordrhein-Westfalen	1 375 216	2 050 440	20,8	-0,5	241 404	359 932	57,6	-1,8
Rheinland-Pfalz	212 027	1 367 387	36,5	0,1	33 888	218 548	61,6	-0,1
Saarland	66 290	1 897 741	48,5	-5,7	11 039	316 023	63,6	-9,0
Sachsen	122 218	813 843	38,1	0,7	26 228	174 651	112,4	5,9
Sachsen-Anhalt	65 115	971 967	49,4	1,6	10 394	155 151	70,1	1,2
Schleswig-Holstein	153 994	1 365 522	42,2	1,1	23 260	206 255	58,3	-0,1
Thüringen	56 929	748 849	29,5	1,2	9 059	119 163	46,9	1,8
Deutschland	5 765 567	1 777 555	32,6	0,2	938 447	289 328	64,0	-

G 10

Vorangemeldete Umsätze aus Lieferungen und Leistungen 2013 nach Bundesländern



In Rheinland-Pfalz wurden 2013 Umsätze aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von insgesamt 212 Milliarden EUR vorangemeldet. Das waren 0,1 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Je Steuerpflichtige bzw. Steuerpflichtigen waren es knapp 1,4 Millionen Euro. Damit liegt Rheinland-Pfalz unter dem Bundesdurchschnitt.

Die Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer belief sich in Rheinland-Pfalz 2013 auf insgesamt 34 Milliarden Euro. Pro Kopf ergab sich ein Wert von 218 500 Euro.

T 22

Vorangemeldete Umsätze aus Lieferungen und Leistungen 2010–2013 nach Umsatzgrößenklassen

Umsätze	2010	2011	2012	2013			
				insgesamt	je Steuerpflichtige/-n	Anteil insgesamt	Veränderung zu 2010
				1 000 EUR	EUR	%	
Unter 50 000 EUR	1 408 339	1 366 197	1 362 178	1 336 122	31 756	0,6	-5,1
50 000 – 100 000 EUR	2 281 839	2 263 387	2 249 095	2 233 469	71 885	1,1	-2,1
100 000 – 250 000 EUR	5 637 301	5 729 677	5 760 271	5 725 303	159 947	2,7	1,6
250 000 – 500 000 EUR	6 195 429	6 402 524	6 460 530	6 500 813	352 921	3,1	4,9
500 000 – 1 000 000 EUR	7 964 903	8 172 988	8 338 342	8 301 151	698 985	3,9	4,2
1 000 000 – 2 000 000 EUR	9 322 252	9 891 799	10 008 192	10 052 557	1 394 639	4,7	7,8
2 000 000 – 5 000 000 EUR	13 939 675	14 749 283	14 658 577	14 986 528	3 078 580	7,1	7,5
5 000 000 – 10 000 000 EUR	11 656 866	12 249 085	12 426 497	12 328 893	6 914 690	5,8	5,8
10 000 000 – 25 000 000 EUR	15 629 052	16 382 637	16 758 980	17 271 201	15 243 778	8,1	10,5
25 000 000 – 50 000 000 EUR	11 810 882	13 878 536	13 388 240	14 032 396	34 647 891	6,6	18,8
50 000 000 – 100 000 000 EUR	13 820 595	14 979 022	14 601 241	14 663 560	70 160 574	6,9	6,1
100 000 000 – 250 000 000 EUR	18 034 101	18 673 686	18 371 643	18 144 847	149 957 413	8,6	0,6
250 000 000 EUR und mehr	74 351 666	85 308 085	87 472 992	86 449 946	891 236 557	40,8	16,3
Insgesamt	192 052 898	210 046 906	211 856 777	212 026 786	1 367 385	100	10,4

T 23

Vorangemeldete Umsätze aus Lieferungen und Leistungen 2010–2013 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig ¹	2010	2011	2012	2013			
				insgesamt	je Steuerpflichtige/-n	Anteil insgesamt	Veränderung zu 2010
				1 000 EUR	EUR	%	
Verarbeitendes Gewerbe	86 658 075	96 217 556	94 899 740	93 835 594	6 969 887	44,3	8,3
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	51 188 752	54 783 912	56 212 843	55 984 767	1 827 955	26,4	9,4
Baugewerbe	11 455 800	12 814 512	13 610 455	13 950 515	789 771	6,6	21,8
Energieversorgung	5 823 946	6 330 196	6 919 642	7 349 023	2 605 113	3,5	26,2
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	6 219 354	6 840 708	6 645 271	6 587 435	344 747	3,1	5,9
Information und Kommunikation	4 615 982	4 869 293	5 152 805	5 224 901	1 140 559	2,5	13,2
Verkehr und Lagerei	4 346 431	4 679 719	4 615 592	4 604 376	961 850	2,2	5,9
Gesundheits- und Sozialwesen	3 451 426	3 610 545	3 875 902	4 086 849	2 049 573	1,9	18,4
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	3 279 259	3 698 173	3 684 332	3 643 202	443 968	1,7	11,3
Gastgewerbe	2 847 997	3 007 757	3 052 661	3 111 832	230 626	1,5	9,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	2 810 346	2 872 597	2 884 324	3 114 896	215 713	1,5	10,8
Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	1 938 794	2 145 063	2 117 587	2 049 811	3 640 872	1,0	5,7
Insgesamt	192 052 898	210 046 906	211 856 777	212 026 786	1 367 385	100	10,4
1 WZ 2008.							

T 24

Vorangemeldete Umsätze aus Lieferungen und Leistungen sowie Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer 2013 nach Verwaltungsbezirken

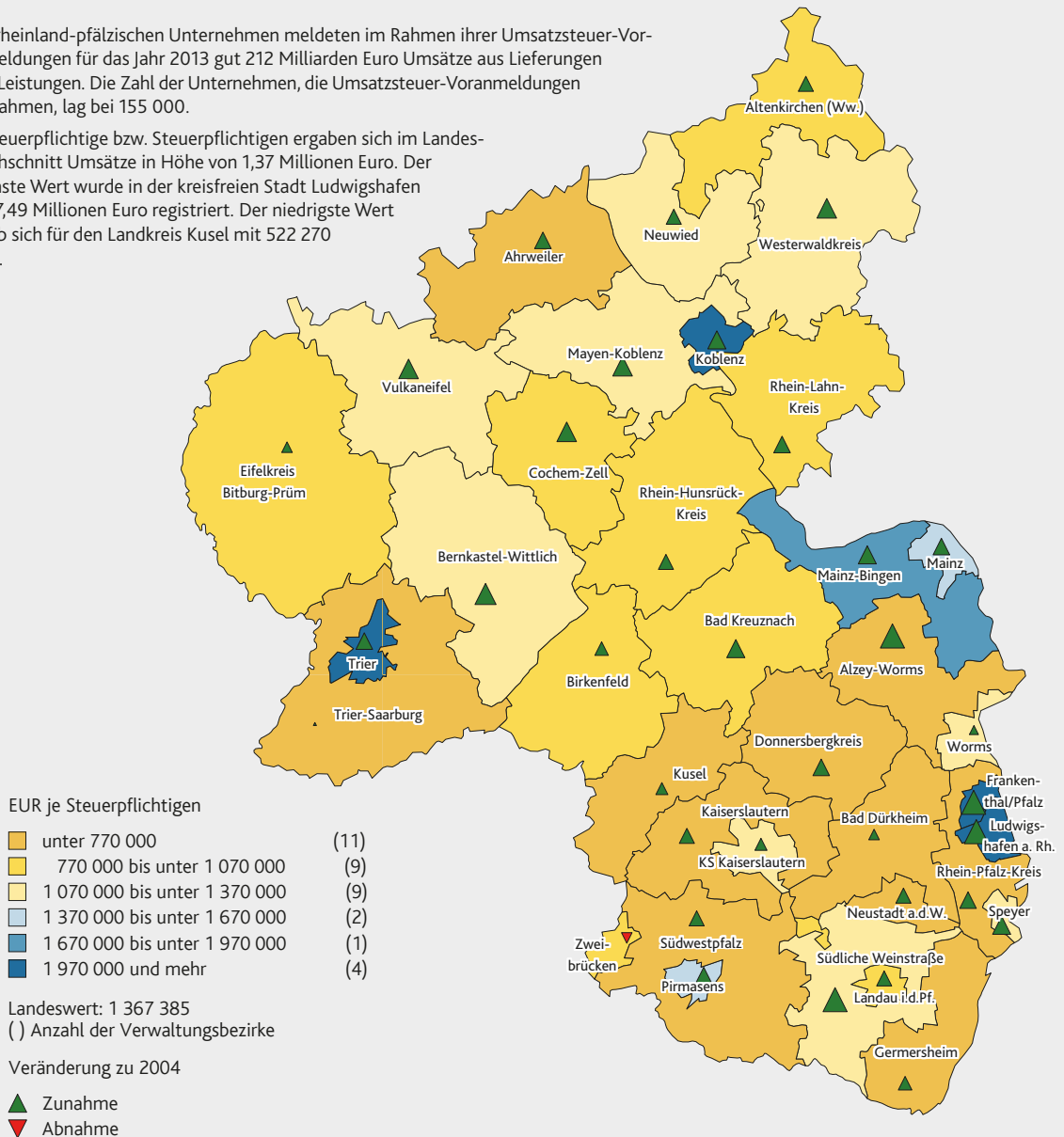
Verwaltungsbezirk	Steuer- pflichtige	Umsätze aus Lieferungen und Leistungen				Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer		
		ins- gesamt	je Steuer- pflichtige/-n	Veränderung zu 2012	Anteil an insgesamt	ins- gesamt	je Steuer- pflichtige/-n	Veränderung zu 2012
	Anzahl	1 000 EUR	EUR	%		1 000 EUR	EUR	%
Frankenthal (Pfalz), St.	1 477	2 941 493	1 991 532	4,7	1,4	413 412	279 900	3,0
Kaiserslautern, St.	3 471	3 918 251	1 128 854	-2,2	1,8	578 761	166 742	-0,4
Koblenz, St.	4 521	12 529 144	2 771 321	1,3	5,9	2 134 961	472 232	2,3
Landau i. d. Pfalz, St.	2 046	1 973 014	964 327	-10,3	0,9	349 324	170 735	-9,2
Ludwigshafen a. Rh., St.	4 237	31 742 787	7 491 807	1,6	15,0	4 723 162	1 114 742	3,2
Mainz, St.	8 073	12 545 336	1 553 987	-3,7	5,9	1 931 099	239 205	-5,8
Neustadt a. d. Weinstr., St.	2 434	1 872 966	769 501	5,4	0,9	326 219	134 026	6,1
Pirmasens, St.	1 640	2 286 162	1 394 001	-0,8	1,1	311 577	189 986	-1,4
Speyer, St.	2 173	2 495 319	1 148 329	1,2	1,2	398 826	183 537	3,8
Trier, St.	4 648	19 349 578	4 162 990	-1,3	9,1	3 336 931	717 928	-4,8
Worms, St.	2 973	3 631 284	1 221 421	6,3	1,7	539 119	181 338	13,9
Zweibrücken, St.	1 125	1 093 642	972 126	-32,5	0,5	173 457	154 184	-10,9
Ahrweiler	5 438	3 506 319	644 781	4,6	1,7	554 025	101 880	4,5
Altenkirchen (Ww.)	4 652	4 493 492	965 927	1,3	2,1	742 736	159 660	0,2
Alzey-Worms	5 519	3 741 879	677 999	-3,3	1,8	634 806	115 022	-5,6
Bad Dürkheim	5 728	3 243 522	566 257	3,7	1,5	533 240	93 094	2,9
Bad Kreuznach	6 112	5 673 146	928 198	-0,1	2,7	887 879	145 268	-0,9
Bernkastel-Wittlich	5 075	5 873 556	1 157 351	2,7	2,8	802 101	158 049	1,6
Birkenfeld	3 149	2 464 498	782 629	-0,6	1,2	406 582	129 115	-0,7
Cochem-Zell	2 960	2 356 936	796 262	0,2	1,1	355 443	120 082	1,6
Donnersbergkreis	2 425	1 551 657	639 859	-5,1	0,7	235 985	97 313	-8,8
Eifelkreis Bitburg-Prüm	3 903	3 820 196	978 785	-5,6	1,8	595 030	152 455	-1,5
Germersheim	4 277	2 826 277	660 808	3,8	1,3	469 149	109 691	4,7
Kaiserslautern	3 408	2 077 455	609 582	-0,4	1,0	327 466	96 087	1,6
Kusel	1 888	986 050	522 272	0,4	0,5	152 991	81 033	2,2
Mainz-Bingen	8 649	15 670 547	1 811 833	-1,3	7,4	2 759 882	319 098	-1,7
Mayen-Koblenz	7 866	10 301 072	1 309 569	0,9	4,9	1 672 943	212 680	-0,6
Neuwied	7 466	10 044 870	1 345 415	0,7	4,7	1 480 268	198 268	-
Rhein-Hunsrück-Kreis	4 210	4 064 183	965 364	-2,0	1,9	633 303	150 428	1,7
Rhein-Lahn-Kreis	4 448	4 100 313	921 833	-1,2	1,9	716 287	161 036	-2,7
Rhein-Pfalz-Kreis	4 937	3 450 237	698 853	-2,2	1,6	518 362	104 995	-3,5
Südliche Weinstraße	5 157	6 772 683	1 313 299	13,0	3,2	1 070 090	207 502	8,7
Südwestpfalz	3 239	2 236 083	690 362	-2,5	1,1	364 043	112 394	-3,3
Trier-Saarburg	4 973	3 142 089	631 830	3,5	1,5	462 320	92 966	2,0
Vulkaneifel	2 506	2 686 162	1 071 892	-3,4	1,3	486 999	194 333	-4,3
Westerwaldkreis	8 257	10 564 588	1 279 471	0,1	5,0	1 808 980	219 084	1,7
Rheinland-Pfalz	155 060	212 026 786	1 367 385	0,1	100	33 887 758	218 546	-0,1
kreisfreie Städte	38 818	96 378 976	2 482 842	-0,5	45,5	15 216 848	392 005	-0,3
Landkreise	116 242	115 647 810	994 888	0,5	54,5	18 670 910	160 621	0,1

K 5

Vorangemeldete Umsätze aus Lieferungen und Leistungen 2013 nach Verwaltungsbezirken

Die rheinland-pfälzischen Unternehmen meldeten im Rahmen ihrer Umsatzsteuer-Voranmeldungen für das Jahr 2013 gut 212 Milliarden Euro Umsätze aus Lieferungen und Leistungen. Die Zahl der Unternehmen, die Umsatzsteuer-Voranmeldungen vornahm, lag bei 155 000.

Je Steuerpflichtige bzw. Steuerpflichtigen ergaben sich im Landesdurchschnitt Umsätze in Höhe von 1,37 Millionen Euro. Der höchste Wert wurde in der kreisfreien Stadt Ludwigshafen mit 7,49 Millionen Euro registriert. Der niedrigste Wert ergab sich für den Landkreis Kusel mit 522 270 Euro.



T 25

Nachlassgegenstände, Nachlassverbindlichkeiten und Reinnachlass 2014 nach Größenklassen des Reinnachlasses

Reinnachlass	Gesamtwert der Nachlass- gegenstände	Darunter					Gesamtwert der Nachlass- verbindlich- keiten	Rein- nachlass
		Land- und forstwirt- schaftliches Vermögen	Grund- vermögen	Betriebs- vermögen	Bank- guthaben	börsennotierte Wertpapiere, Anteile, Genuss- scheine usw.		
		1 000 EUR						
Unter 5 000 EUR	71 511	448	8 023	11 702	4 811	10 559	81 544	-10 033
5 000 – 10 000 EUR	1 319	.	686	.	523	-	1 205	114
10 000 – 50 000 EUR	25 422	.	10 530	.	10 247	1 587	14 170	11 251
50 000 – 100 000 EUR	62 869	833	26 281	1 101	25 608	5 316	21 542	41 328
100 000 – 200 000 EUR	143 922	2 036	62 110	175	59 918	13 158	32 424	111 499
200 000 – 300 000 EUR	129 253	2 086	53 107	3 784	46 014	15 924	23 581	105 672
300 000 – 500 000 EUR	218 320	3 932	76 539	2 679	86 821	36 468	29 181	189 139
500 000 – 2 500 000 EUR	735 889	5 815	259 319	37 630	183 628	202 365	101 437	634 452
2 500 000 – 5 000 000 EUR	186 557	394	49 131	32 709	34 740	55 299	30 720	155 837
5 000 000 EUR und mehr	408 408	1 452	58 134	125 339	66 123	107 980	40 138	368 271
Insgesamt	1 983 470	17 233	603 859	215 421	518 434	448 655	375 941	1 607 529

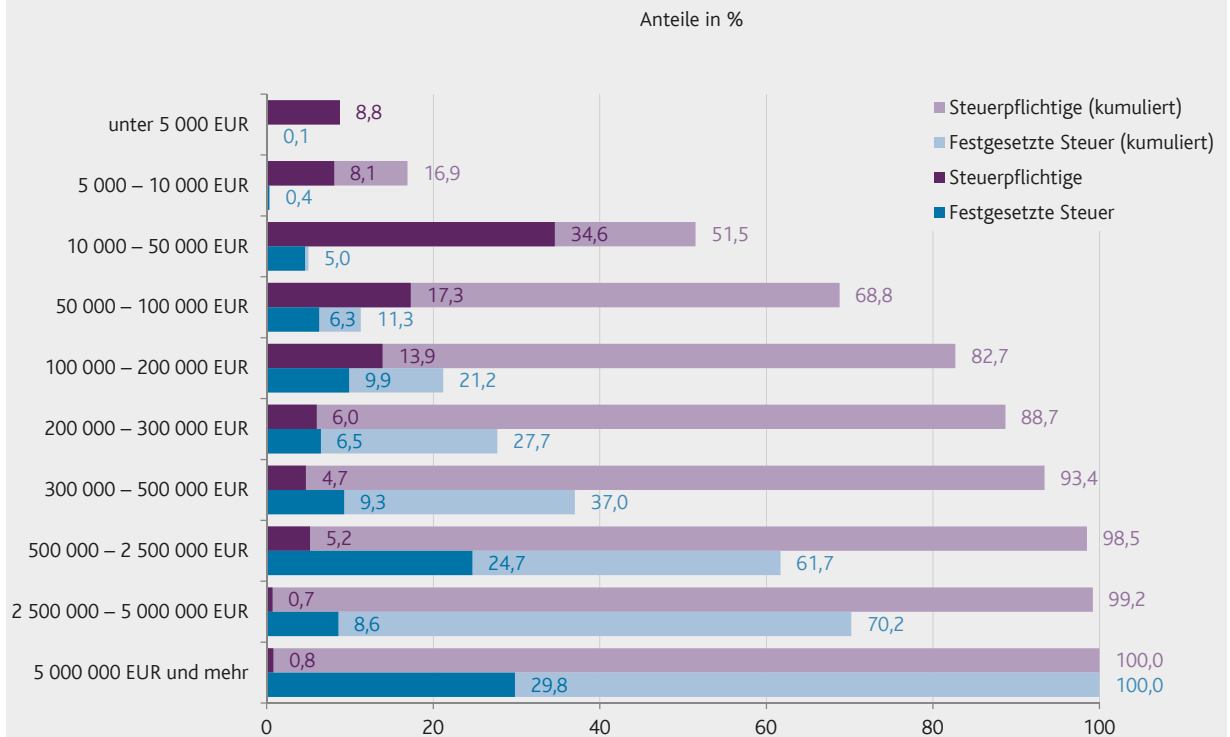
T 26

Unbeschränkt steuerpflichtige Erwerbe von Todes wegen und Schenkungen 2014 nach Größenklassen des steuerpflichtigen Erwerbs

Steuerpflichtiger Erwerb	Insgesamt				Erwerbe von Todes wegen		Schenkungen	
	steuerpflichtiger Erwerb		festgesetzte Steuer		steuer- pflichtiger Erwerb	festgesetzte Erb-schaft- steuer	steuer- pflichtiger Erwerb	festgesetzte Schenk- ungs- steuer
	ins- gesamt	je Steuer- pflichtige/-n	ins- gesamt	je Steuer- pflichtige/-n				
Unter 5 000 EUR	1 586	2	299	-	1 167	224	420	75
5 000 – 10 000 EUR	4 695	7	954	1	3 738	796	957	158
10 000 – 50 000 EUR	71 734	26	13 602	5	59 104	11 841	12 630	1 761
50 000 – 100 000 EUR	98 684	72	18 817	14	82 735	16 920	15 949	1 897
100 000 – 200 000 EUR	155 381	143	29 425	27	125 906	26 638	29 475	2 787
200 000 – 300 000 EUR	115 494	246	19 286	41	88 376	17 652	27 118	1 633
300 000 – 500 000 EUR	141 907	384	27 709	75	110 977	24 189	30 930	3 520
500 000 – 2 500 000 EUR	414 426	1 021	73 557	181	287 268	60 022	127 158	13 535
2 500 000 – 5 000 000 EUR	184 225	3 412	25 478	472	100 578	19 398	83 647	6 080
5 000 000 EUR und mehr	1 600 874	26 244	88 654	1 453	180 425	39 639	1 420 450	49 014
Insgesamt	2 789 006	355	297 779	38	1 040 271	217 319	1 748 735	80 460

G 11

Unbeschränkt steuerpflichtige Erwerbe von Todes wegen und Schenkungen 2014 nach Größenklassen des steuerpflichtigen Erwerbs



8

Datenquellen

Statistik	Tabelle	Grafik	Karten	Übersicht
Rechnungsergebnisse/Vierteljährliche Kassenergebnisse des Landes bzw. der Gemeinden/Gemeindeverbände	T 1 bis T 4, T 6	G 1, G 2	K 1	-
Lohn- und Einkommensteuerstatistik	T 1, T 5, T 7 bis T 9, T 11, T 12	G 3 bis G 5	K 2	Ü 1
Statistik der Personengesellschaften/Gemeinschaften	T 10	-	-	-
Körperschaftsteuerstatistik	T 1, T 5, T 13 bis T 16	G 6, G 7	K 3	-
Gewerbesteuerstatistik	T 1, T 5, T 17 bis T 20	G 8, G 9	K 4	-
Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen)	T 21 bis T 24	G 10	K 5	-
Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen)	T 1, T 5	-	-	-
Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik	T 1, T 5, T 25 bis T 26	G 11	-	-

Statistiken

Den Steuerstatistiken kommen zwei bedeutende Funktionen zu: zum einen dienen sie als eine wichtige Informations- und Entscheidungsgrundlage, insbesondere für die Beobachtung und die gezielte Steuerung der Einnahmen und der Belastungswirkungen der einzelnen Steuern; zum anderen bilden sie die Grundlage für finanzpolitische Aufgaben wie die Durchführung der Lohnsteuererlegung oder die Ermittlung der Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer.

Die Steuerstatistiken beinhalten Angaben aus den bei den Finanzverwaltungen der Länder für die einzelnen Steuerarten durchgeführten Besteuerungsverfahren und sind damit jeweils Sekundärerhebungen. Die rechtliche Grundlage der Steuerstatistiken bildet das Gesetz über Steuerstatistiken (Steuerstatistikgesetz, StStatG) vom 11. Oktober 1995 (BGBl. I, S. 1250, 1409) in seiner jeweils gültigen Fassung. Die Finanzstatistiken bieten ergänzend Angaben über die kassenmäßigen Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte. Diese Angaben werden aus dem Rechnungswesen der Gebietskörperschaften gewonnen, denen die Einnahmen zufließen, sodass auch die Finanzstatistiken als Sekundärerhebungen einzuordnen sind. Die rechtliche Grundlage der Finanzstatistiken bildet das Gesetz über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistikgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 2006 (BGBl. I, S. 438) in seiner jeweils gültigen Fassung.

Die in den Steuerstatistiken abgebildeten Steuerfestsetzungen und die in den Finanzstatistiken dargestellten Steuereinnahmen weisen für ein- und dasselbe Jahr betragsmäßige Unterschiede auf. Die zeitliche Abgrenzung bei den Steuerstatistiken erfolgt nach dem Zeitraum, für den die Steuer veranlagt wird, während sie bei den Finanzstatistiken nach dem Zeitraum vorgenommen wird, in dem die Steuern den Gebietskörperschaften zufließen. Dies ist bedeutsam, da die festgesetzten Steuerbeträge in den Kassen der öffentlichen Haushalte nicht in demjenigen Jahr eingehen, auf das sich die Festsetzung bezieht,

wenn die Festsetzung erst nach Ablauf des betreffenden Jahres erfolgen kann. Darüber hinaus wird das ursprüngliche Steueraufkommen durch komplexe vertikale und horizontale Verteilungsvorgänge, insbesondere durch den Länderfinanzausgleich und den kommunalen Finanzausgleich, verändert, die sich in den Steuereinnahmen niederschlagen. Aus diesem Grund ist bei den Steuereinnahmen zusätzlich zwischen den Steuereinnahmen vor und den Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung zu differenzieren.

Steuerstatistiken sind vom Gesetzgeber nur für die bedeutendsten Steuerarten angeordnet. Aktuell werden Statistiken über die Umsatzsteuer (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 StStatG), die Lohn- und Einkommensteuer (§ 1 Abs. 1 Nr. 2 StStatG), die Körperschaftsteuer (§ 1 Abs. 1 Nr. 3 StStatG), die Gewerbesteuer (§ 1 Abs. 1 Nr. 6 StStatG) und die Erbschaft- und Schenkungsteuer (§ 1 Abs. 1 Nr. 7 StStatG) durchgeführt. Die Finanzstatistiken halten dagegen Angaben zu sämtlichen Steuerarten bereit. Die Ergebnisse der Steuerstatistiken stehen erst zu einem verhältnismäßig späten Zeitpunkt zur Verfügung, da der Abschluss der Veranlagungs- bzw. Feststellungsarbeiten bei der Finanzverwaltung teilweise erst etwa dreieinhalb bis vier Jahre nach dem Ende des Veranlagungs- bzw. Feststellungszeitraums erfolgen kann. Ausnahmen bilden die Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen) und die Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik. Die Ergebnisse der Finanzstatistiken stehen dagegen zeitlich deutlich früher zur Verfügung, weil die Jahresabschlüsse der öffentlichen Haushalte bereits etwa ein halbes Jahr bzw. Dreivierteljahr nach Jahresende aufgestellt sein müssen.

Die **Bundesstatistik zur Lohn- und Einkommensteuer** wurde bis zum Berichtsjahr 2010 dreijährlich und wird beginnend mit dem Berichtsjahr 2012 jährlich angefertigt. In die Statistik sind zum einen diejenigen natürlichen Personen einbezogen, für die für das Berichtsjahr eine Einkommensteueranmeldung durchgeführt wurde, und zum anderen auch diejenigen natürlichen Personen, die zwar Lohnsteuer entrichtet haben, aber nicht zur Einkommensteuer ver-

anlagt wurden. Angaben über die nichtveranlagten Personen liegen seit dem Berichtsjahr 2004 aufgrund der Einführung des Verfahrens ElsterLohn nahezu vollständig vor. In der Statistik abgebildet werden u. a. der Bruttolohn, die Einkünfte, das Einkommen, das zu versteuernde Einkommen mit den im Besteuerungsverfahren festgestellten Angaben sowie die Wohnsitzgemeinde, die Art des freien Berufs, die Steuerpflicht, die Steuerklasse und die Veranlagungsart. Zusammenveranlagte Ehepaare gelten als ein Steuerpflichtiger.

Die **Statistik über die Personengesellschaften und Gemeinschaften** wurde bis zum Berichtsjahr 2007 dreijährlich und wird seit dem Berichtsjahr 2008 jährlich durchgeführt. Gegenstand der Darstellung sind die Einkünfte der Personengesellschaften und Gemeinschaften mit den im Besteuerungsverfahren festgestellten Angaben sowie der Sitz, die Rechtsform, die Anzahl der Beteiligten und der Wirtschaftszweig der Gesellschaft. Personengesellschaften und Gemeinschaften sind selbst nicht steuerpflichtig. Die von ihnen erzielten Einkünfte werden vielmehr gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 AO durch eine einheitliche und gesonderte Gewinnfeststellung festgestellt und bei den Gesellschaftern im Rahmen der Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer versteuert. In der Statistik kann dementsprechend keine festgesetzte Steuer auf die Einkünfte der Personengesellschaften und Gemeinschaften nachgewiesen werden. Gleiches gilt für die Bundesstatistik zur Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer.

Die **Körperschaftsteuerstatistik** wurde bis zum Berichtsjahr 2013 dreijährlich und wird seit dem Berichtsjahr 2014 jährlich erhoben. Das Erhebungsprogramm beinhaltet die Einkünfte, das Einkommen der körperschaftsteuerpflichtigen juristischen Personen, das zu versteuernde Einkommen, die Sondervergünstigungen und die festgesetzte Körperschaftsteuer mit den im Besteuerungsverfahren festgestellten Angaben. Ferner werden der Sitz der Körperschaften, die Rechtsform, das Organschaftsverhältnis, der Wirtschaftszweig, die Art der Steuerpflicht sowie die Veranlagungsart in die Erhebung einbezogen. Während in der Bundesstatistik zur Körperschaftsteuer bis einschließlich dem Veranlagungsjahr 2007 von den steuerpflichtigen Körperschaften lediglich ausgewählte Kennzahlen aus dem Festsetzungsverfahren der Finanzverwaltung erhoben und ausgewertet wurden, werden seit dem Veranlagungsjahr 2010 sämtliche Kennzahlen erfasst und aufbereitet.

Die **Gewerbesteuerstatistik** wurde bis zum Berichtsjahr 2010 dreijährlich und wird seit dem Berichtsjahr 2011 jährlich durchgeführt. Das Erhebungsprogramm umfasst den Gewinn bzw. Verlust des (gewerbesteuerpflichtigen) Gewerbebetriebs, die Hinzurechnungs- und Kürzungsbeträge, den Gewerbeertrag, die Freibeträge und den Steuermessbetrag mit den im Besteuerungsverfahren festgestellten Angaben sowie in Fällen der Zerlegung die auf die beteiligten Gemeinden entfallenden Zerlegungsanteile. Die festgesetzte Steuer ist nicht Gegenstand der Gewerbesteuerstatistik, da die Festsetzung der Hebesätze und die sich daran anschließende Festsetzung der Steuer nicht von der Finanzverwaltung vorgenommen wird, sondern von den Gemeindeverwaltungen. Neben den genannten Wertmerkmalen werden Ordnungsmerkmale wie Sitz des Gewerbebetriebs, Rechtsform, Art der Ertragsteuerpflicht und Wirtschaftszweig erfasst.

Die **Bundesstatistik über die Umsatzsteuer-Voranmeldungen** wird seit dem Berichtsjahr 1996 jährlich erstellt. In der Statistik werden alle Unternehmen erfasst, die im Berichtsjahr Umsatzsteuer-Voranmeldungen abgegeben haben. Nicht enthalten sind sogenannte Kleinunternehmer, d. h. Unternehmen, deren Umsatz nach § 19 Abs. 1 Satz 2 UStG zuzüglich der darauf entfallenden Steuer im vorangegangenen Kalenderjahr 17 500 Euro (seit dem 1. Januar 2003) nicht überstiegen hat und im laufenden Kalenderjahr 50 000 Euro voraussichtlich nicht übersteigen wird. Ebenso nicht enthalten sind Jahreszahler gemäß § 19 Abs. 2 Satz 3 UStG und Unternehmen, die nahezu ausschließlich steuerfreie Umsätze tätigen bzw. bei denen keine Steuerzahllast entsteht. Die Statistik informiert über die steuerbaren Umsätze (ohne Einfuhrumsätze), die Umsatzsteuer und die Vorsteuer mit den im Besteuerungsverfahren festgestellten Angaben sowie über den Sitz des Unternehmens, die Rechtsform, das Organschaftsverhältnis und den Wirtschaftszweig.

Die **Bundesstatistik über die Umsatzsteuer-Veranlagungen** wurde zum Berichtsjahr 2006 neu eingeführt. In der Statistik werden alle Unternehmen abgebildet, die im Berichtsjahr eine Umsatzsteuererklärung abgegeben haben. Somit sind auch diejenigen Unternehmen enthalten, die in der Bundesstatistik über die Umsatzsteuer-Voranmeldungen fehlen, weil eine Voranmeldungsspflicht nicht gegeben ist. Die Statistik ist zudem auch durch einen größeren Katalog an Merkmalen gekennzeichnet, da vom Steuerpflichtigen im Rahmen der Umsatzsteuererklärung deutlich mehr Angaben zu tätigen sind als im Rahmen der Umsatzsteuer-Voranmeldung. Ungeachtet dessen liefert auch die Statistik – wie die Bundesstatistik über die Umsatzsteuer-Voranmeldungen – Informationen über die steuerbaren Umsätze (ohne Einfuhrumsätze), die Umsatzsteuer und die Vorsteuer mit den im Besteuerungsverfahren festgestellten Angaben sowie Informationen über den Sitz des Unternehmens, die Rechtsform, das Organschaftsverhältnis und den Wirtschaftszweig.

Die **Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik** wurde zwischen den Berichtsjahren 1995 und 2007 fünfjährlich durchgeführt. Seit dem Berichtsjahr 2008 erfolgt die Erstellung jährlich. In der Statistik werden alle steuerpflichtigen Erwerbe erfasst, für die im Berichtsjahr Erbschaft- oder Schenkungsteuer festgesetzt wurde. Ab dem Berichtsjahr 2008 wird auch das Vermögen bestimmter Stiftungen und Vereine erfasst, welches in Zeitabständen von 30 Jahren der Besteuerung unterliegt. In den Veröffentlichungen werden steuerpflichtige Erwerbe, die aufgrund von Freibeträgen zu keiner Steuerfestsetzung geführt haben, nicht nachgewiesen. Zudem bleiben auch Änderungsfestsetzungen unberücksichtigt, durch die Erstfestsetzungen vorangegangener Jahre modifiziert wurden. Erhoben werden neben dem steuerpflichtigen Erwerb auch die Steuerklasse des Erwerbers, der Steuersatz und die festgesetzte Steuer mit den im Besteuerungsverfahren festgestellten Angaben sowie die Erwerbsart, das Jahr der Entstehung der Steuer und die Art der Steuerpflicht.

Die Statistiken über die Rechnungsergebnisse des Landes bzw. der Gemeinden/Gemeindeverbände (**Haushaltsrechnungstatistik**) werden in jährlichem Turnus erstellt. Das Erhebungsprogramm beinhaltet die Ist-Einnahmen und Ist-Ausgaben bzw. die Ein- und Auszahlungen

Metadaten

nach den Jahresabschlüssen des Landes bzw. der Gemeinden/Gemeindeverbände in der Gliederung entsprechend der jeweils gültigen Haushaltssystematik. Die Statistiken über die vierteljährlichen Kassenergebnisse des Landes bzw. der Gemeinden/Gemeindeverbände (**Kassenstatistik**) werden in vierteljährlichem Turnus angefertigt. Sie geben Auskunft über die Ist-Einnahmen und Ist-Ausgaben bzw. die Ein- und Auszahlungen nach den Kassenergebnissen des Landes bzw. der Gemeinden/Gemeindeverbände in der Gliederung entsprechend der jeweils gültigen Haushaltssystematik. Insbesondere werden in den Statistiken die Steuereinnahmen des Landes bzw. der Gemeinden/Gemeindeverbände abgebildet. Die Ergebnisse der Statistiken über die Kassenergebnisse liegen zeitlich deutlich früher vor als die Ergebnisse der Statistiken über die Rechnungsergebnisse.

Kassenmäßige Steuereinnahmen/Steuereinnahmen vor Steuerverteilung. Die kassenmäßigen Steuereinnahmen bestehen aus Gemeinschaftsteuern, Bundessteuern, Zöllen, Landessteuern und Gemeindesteuern. Aufgrund unzureichender Datenlage kann die Entstehung dieser Steuereinnahmen jedoch teilweise nicht auf bestimmte Bundesländer zurückgeführt werden. Konkret muss bei den Zöllen, den Bundessteuern und den Einfuhrumsatzsteuern (Teil der Gemeinschaftsteuern) die ländergenaue Zuordnung offen bleiben. Diese nicht zuordenbaren Steuereinnahmen machen circa ein Viertel der Gesamteinnahmen aus. Alle ländergenaue Darstellungen und Zahlen des Jahrbuchs beziehen sich daher auf die restlichen länderindividuell zuordenbaren kassenmäßigen Steuereinnahmen.

Glossar

Abgerundeter Gewerbeertrag

Gemäß § 7 Gewerbesteuergesetz (GewStG) der nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes (EStG) oder des Körperschaftsteuergesetzes (KStG) zu ermittelnde Gewinn aus dem Gewerbebetrieb, vermehrt um die in § 8 GewStG aufgeführten Hinzurechnungen und vermindert um die in § 9 GewStG bezeichneten Kürzungen. Er bezieht die Ertragskraft des steuerpflichtigen Gewerbebetriebs, und zwar unabhängig davon, an wen die Erträge verteilt werden. Der abgerundete Gewerbeertrag ist der Gewerbeertrag auf volle 100 EUR nach unten abgerundet.

Einkommen

Das Einkommen nach § 2 Abs. 4 EStG errechnet sich als der Gesamtbetrag der Einkünfte, vermindert um die Sonderausgaben und die außergewöhnlichen Belastungen. Sonderausgaben stellen dabei gemäß § 10 ff. EStG Ausgaben dar, die weder als Betriebsausgaben oder Werbungskosten abzugsfähig sind. Außergewöhnliche Belastungen sind gemäß § 33 ff. EStG den Umständen nach notwendige Aufwendungen, die dem Steuerpflichtigen zwangsläufig erwachsen und denen er sich nicht entziehen kann.

Einkommensteuer

Gemeinschaftsteuer, die auf das Einkommen von natürlichen Personen erhoben wird. Steuerträger und Steuerschuldner sind die natürlichen Personen, die Einkünfte gemäß § 2 Abs. 1 EStG erzielen. Die Steuerbemessungsgrundlage ist das zu versteuernde Einkommen. Der Tarif der Einkommensteuer verläuft progressiv und ist in § 32a EStG festgelegt. Bei Ehegatten, die nach den §§ 26 und 26b EStG zusammen zur Einkommensteuer veranlagt werden, kommt der Splitting-Tarif zur Anwendung.

Erbschaftsteuer/Schenkungsteuer

Steuer auf Erwerbe von Todes wegen und die Schenkungsteuer eine Steuer auf unentgeltliche Zuwendungen unter Lebenden. Steuerschuldner ist gemäß § 20 Abs. 1 Erbschaftsteuer- und

Schenkungssteuergesetz (ErbStG) jeweils der Erwerber, bei Schenkungen auch der Schenker. Die Bemessungsgrundlage ist jeweils der steuerpflichtige Erwerb gemäß § 10 ErbStG. Der Steuertarif ist in § 19 ErbStG festgelegt und weist Steuersätze aus, die von der Steuerklasse sowie vom Wert der steuerpflichtigen Erwerbe abhängen.

Gemeindesteuern

Steuern, deren Aufkommen gemäß Art. 106 Abs. 6 GG ausschließlich den Gemeinden zusteht. Zu den Gemeindesteuern zählen u. a. die Gewerbesteuer und die Realsteuern, d.h. die Grundsteuern A und B. Die Gewerbesteuer stellt in Deutschland die wichtigste originäre Einnahmequelle der Gemeinden dar und bildet somit die Hauptquelle zur Finanzierung der kommunalen Aufgaben.

Gemeinschaftsteuern

Steuern, deren Aufkommen gemäß Art. 106 Abs. 3 GG dem Bund, den Ländern und teilweise auch den Gemeinden gemeinschaftlich zu festgelegten Anteilen zusteht. Zu den Gemeinschaftsteuern gehören die Steuern mit dem größten Aufkommen wie z.B. die veranlagte Einkommensteuer, die Lohnsteuer und die Umsatzsteuer.

Gesamtbetrag der Einkünfte (Einkommensteuer)

Der Gesamtbetrag der Einkünfte nach § 2 Abs. 3 EStG entspricht der Summe der Einkünfte, vermindert um den Altersentlastungsbetrag gemäß § 24a EStG, den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende gemäß § 24b EStG und den Abzug für Land- und Forstwirte nach § 13 Abs. 3 EStG. Es handelt sich dabei um eine Zwischengröße zur Berechnung des zu versteuernden Einkommens, die einen festen und zentralen Bestandteil des Veröffentlichungsprogramms der amtlichen Statistik darstellt.

Gesamtbetrag der Einkünfte (Körperschaftsteuer)

Der Gesamtbetrag der Einkünfte nach § 8 Abs. 1 KStG bestimmt sich nach den Vorschriften des EStG und des KStG. Der Ausgangspunkt der Ermittlung ist der Gewinn bzw. Verlust laut Steuerbilanz. Das Berechnungsschema ist in vielen Punkten anders als das

der Einkommensteuer, da bei Körperschaften insbesondere die Abzugspositionen mit subjektivem Bezug (z.B. außergewöhnliche Belastungen und Sonderausgaben) fehlen. Das aktuell gültige vollständige Berechnungsschema findet sich in R29 Körperschaftsteuer-Richtlinien (KStR).

Gewerbesteuer

Gemeindesteuer, der insbesondere jeder stehende im Inland betriebene Gewerbebetrieb gemäß § 2 Abs. 1 S. 1 Gewbesteuergesetz (GewStG) unterliegt. Besteuert wird die Ertragskraft des Gewerbebetriebs. Steuerschuldner ist gemäß § 5 GewStG der Unternehmer, für dessen Rechnung das Gewerbe betrieben wird. Die Steuerbemessungsgrundlage ist der Gewerbeertrag gemäß § 6 GewStG. Der Steuertarif ergibt sich aus der Steuermesszahl gemäß § 11 Abs. 2 GewStG (3,5 Prozent seit dem 1. Januar 2008) und dem von jeder Gemeinde individuell festzulegenden Hebesatz (§ 16 GewStG).

Körperschaftsteuer

Gemeinschaftsteuer, die auf das Einkommen der juristischen Personen erhoben wird. Steuerträger und Steuerschuldner sind die in § 1 KStG aufgeführten Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die Einkünfte gemäß § 2 Abs. 1 EStG erzielen. Die Steuerbemessungsgrundlage ist das zu versteuernde Einkommen gemäß § 7 Abs. 2 KStG. Der Steuertarif verläuft linear und beträgt seit dem Veranlagungszeitraum 2008 nur noch 15 Prozent des zu versteuernden Einkommens.

Landessteuern

Steuern, deren Aufkommen gemäß Art. 106 Abs. 2 GG ausschließlich den Ländern zusteht. Zu den Landessteuern zählen u.a. die Erbschaftsteuer und die Schenkungsteuer.

Lohnsteuer

Besondere Erhebungsform der Einkommensteuer für Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit. Der Steuerträger, d.h. der letztlich wirtschaftlich Belastete, ist der/die Arbeitnehmer/-in. Der Steuerschuldner, d. h. der gesetzlich Verpflichtete, hingegen ist der Arbeitgebende, der die Lohnsteuer für Rechnung des Arbeitnehmers bei jeder Lohnzahlung vom Arbeitslohn einzubehalten hat. Die Steuerbemessungsgrundlage ist der Arbeitslohn, den der Arbeitnehmer/-in bezieht. Der Steuertarif entspricht dem der Einkommensteuer. Die Lohnsteuer ist in den §§ 38 ff. EStG geregelt.

Die Lohnsteuer ist vom Arbeitgebenden zu berechnen, einzubehalten, beim Betriebsstättenfinanzamt anzumelden und an dieses abzuführen. Seit Januar 2005 sind die Lohnsteueranmeldungen ausschließlich auf elektronischem Weg (ELSTER) an die Finanzämter zu übermitteln. Seit 2013 bilden die elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmale (ELSTAM) Grundlage für die Berechnung der Lohnsteuer. Die Lohnsteuer wird bei einer späteren Einkommensteuerveranlagung als Steuervorauszahlung auf die Einkommensteuer angerechnet.

Reinnachlass

Differenz zwischen dem Gesamtwert der Nachlassgegenstände und dem Gesamtwert der Nachlassverbindlichkeiten. Nachlassgegenstände sind dabei das Guthaben bzw. Vermögen, das der Erblasser hinterlässt, wobei von der Finanzverwaltung unterschieden wird zwischen land- und forstwirtschaftlichem Vermögen, Grundvermögen, Betriebsvermögen und übrigem Vermögen. Nachlassverbindlichkeiten stellen die Erwerbslasten dar, die den Erwerb von Todes wegen schmälern.

Steuermessbetrag

Gemäß § 11 Abs. 1 Satz 2 GewStG durch Anwendung der Steuermesszahl auf den Gewerbeertrag zu ermitteln. Der Gewerbeertrag ist dazu gemäß § 11 Abs. 1 Satz 3 GewStG auf volle 100 Euro nach unten abzurunden und bei natürlichen Personen sowie bei Personengesellschaften um einen Freibetrag in Höhe von aktuell 24 500 Euro (vormals 48 000 DM) und bei Unternehmen um einen Freibetrag in Höhe von aktuell 5 000 Euro (seit dem 1. Januar 2009), höchstens jedoch in Höhe des abgerundeten Gewerbeertrags, zu kürzen.

Steuerpflichtiger Erwerb

Gemäß § 10 Abs. 1 ErbStG die Bereicherung des Erwerbers, soweit sie nicht steuerfrei ist. Dabei sind die Nachlassverbindlichkeiten abzugsfähig. Die aktuell gültige exakte Berechnungsvorschrift findet sich in R E 10.1 Erbschaftsteuer-Richtlinien (ErbStR). Der steuerpflichtige Erwerb bildet die Bemessungsgrundlage der Erbschaft- und Schenkungsteuer.

Steuerverteilung

Verteilung der Steuereinnahmen auf Bund, Länder und Gemeinden. Sie dient einerseits dem Ausgleich der Steuerkraft zwischen den Kommunen und zwischen den Ländern (horizontaler Ausgleich) und andererseits dem Ausgleich der Steuerkraft zwischen Bund, Ländern und Kommunen (vertikaler Ausgleich). Zur Steuerverteilung gehören u.a. der Länderfinanzausgleich und der kommunale Finanzausgleich.

Summe der Einkünfte

Ergibt sich bei der Einkommensteuer aus der Addition der Einkünfte aus den sieben Einkunftsarten gemäß § 2 Abs. 1 EStG. Dies sind die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, die Einkünfte aus Gewerbebetrieb, die Einkünfte aus selbstständiger Arbeit, die Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit, die Einkünfte aus Kapitalvermögen, die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung und die sonstigen Einkünfte im Sinne des § 22 EStG.

Unbeschränkte Steuerpflicht

Gemäß § 1 EStG natürliche Personen, die im Inland einen Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben. Unbeschränkt einkommensteuerpflichtig sind darüber hinaus auch deutsche Staatsangehörige, die im Inland weder einen Wohnsitz noch ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, aber zu einer inländischen juristischen Person

Metadaten

des öffentlichen Rechts in einem Dienstverhältnis stehen und dafür Arbeitslohn aus einer inländischen öffentlichen Kasse beziehen.

Umsatzsteuer

Der Umsatzsteuer unterliegen die in § 1 Abs. 1 UStG aufgeführten Umsätze. Steuerschuldner ist gemäß § 13a Abs. 1 Nr. 1 UStG grundsätzlich der Unternehmer, der die Lieferung oder sonstige Leistung ausführt. Die Steuerbemessungsgrundlage ist gemäß § 10 Abs. 1 UStG der Umsatz, der nach dem Entgelt bemessen wird. Der Steuertarif ist gemäß § 12 UStG seit dem 1. Januar 2007 durch einen Steuersatz von 19 Prozent und einen ermäßigten Steuersatz von sieben Prozent charakterisiert. Daneben gibt es zahlreiche Steuerbefreiungen, vgl. § 4 UStG.

8 Umsätze aus Lieferungen und Leistungen

Gemäß § 3 Abs. 1 UStG Leistungen, durch die der Unternehmer oder ein vom Unternehmer beauftragter Dritter den Abnehmer oder einen vom Abnehmer beauftragten Dritten befähigt, im eigenen Namen über einen Gegenstand zu verfügen. Sonstige Leistungen sind gemäß § 3 Abs. 9 UStG Leistungen, die keine Lieferungen sind. Die Umsätze aus Lieferungen und Leistungen sind die vom Volumen her bedeutendsten der in § 1 Abs. 1 UStG aufgeführten Umsätze.

Umsatzsteuer-Voranmeldung

Gemäß § 18 UStG müssen von Unternehmern monatlich oder vierteljährlich abgegeben werden. In der Umsatzsteuererklärung nach Ablauf des Jahres werden die bereits im Rahmen der Voranmeldungen geleisteten Zahlungen angerechnet. Durch die Abgabe von Umsatzsteuer-Voranmeldungen wird u.a. erreicht, dass der Unternehmer seine Umsatzsteuerlast gleichmäßiger über das ganze Jahr verteilen und so Zahlungsschwierigkeiten am Ende des Jahres vermeiden kann.

Vorsteuer

Der Vorsteuerabzug gemäß § 15 UStG bezeichnet das Recht eines Unternehmers, die ihm in Rechnung gestellte Umsatzsteuer als sogenannte Vorsteuer mit der von ihm vereinnahmten Umsatzsteuer zu verrechnen. Durch den Vorsteuerabzug wird sichergestellt, dass die Umsatzsteuer wirtschaftlich nur vom Endverbraucher bzw. von Unternehmen getragen wird, die nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt sind. Dabei ist jeweils nur der Mehrwert der Besteuerung unterworfen, der auf jeder Herstellungs- oder Handelsstufe entsteht.

Zerlegungen

Unterhält ein Gewerbebetrieb zur Ausübung des Gewerbes Betriebsstätten in mehreren Gemeinden, so ist der Steuermessbetrag gemäß § 28 Abs. 1 GewStG in die auf die einzelnen Gemeinden entfallenden Anteile zu zerlegen. Das gilt auch in den Fällen, in denen eine Betriebsstätte sich über mehrere Gemeinden erstreckt oder eine Betriebsstätte innerhalb eines Erhebungszeitraums von einer Gemeinde in eine andere Gemeinde verlegt worden ist. Der Zerlegungsmaßstab ist in § 29 GewStG festgelegt.

Zu versteuerndes Einkommen

Das zu versteuernde Einkommen nach § 2 Abs. 5 EStG ist definiert als das Einkommen, vermindert um die Kinderfreibeträge nach § 32 Abs. 6 EStG und um die sonstigen vom Einkommen abzuziehenden Beträge. Es bildet die Bemessungsgrundlage für die tarifliche Einkommensteuer. Das aktuell gültige vollständige Berechnungsschema von der Summe der Einkünfte zum zu versteuernden Einkommen ist durch große Komplexität gekennzeichnet und kann in R2 Einkommensteuer-Richtlinien (EStR) nachgelesen werden.

Internet

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/finanzen-steuern-personal

Pressemitteilungen

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/finanzen-steuern-personal/pressemitteilungen

Statistische Berichte

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/finanzen-steuern-personal/statistische-berichte

Beiträge in den Statistischen Monatsheften

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/finanzen-steuern-personal/monatsheftbeitraege

Karten

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/finanzen-steuern-personal/karten

Übersichtstabellen

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/finanzen-steuern-personal/tabellen

Regionaldatenbanken

www.statistik.rlp.de/regionaldaten/meine-heimat

Kurzpräsentationen

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/finanzen-steuern-personal/kurzpraesentationen



9. Wahlen



Inhaltsverzeichnis

Tabellen

T 1: Landtagswahlen 1947–2011 nach Parteien	313
T 2: Sitzverteilung im Landtag Rheinland-Pfalz 1947–2011 nach Parteien	314
T 3: Sitzverteilung im Landtag 1947–2011 nach Parteien und Frauenanteil	315
T 4: Landtagswahl vom 27. März 2011 nach Parteien und Verwaltungsbezirken	316
T 5: Stadtrats- und Kreistagswahlen vom 25. Mai 2014 nach Parteien und Verwaltungsbezirken	318
T 6: Landesergebnis der Kommunalwahlen (Stadtrats- und Kreistagswahlen) 1948–2014 nach Parteien	320
T 7: Verbandsgemeinderatswahlen 1969–2014 nach Parteien	321
T 8: Gemeinde-/Stadtratswahlen 1948–2014 nach Parteien	322
T 9: Wahlen zum Bezirkstag des Bezirksverbandes Pfalz 1951–2014 nach Parteien	323
T 10: Bundestagswahlen in Rheinland-Pfalz 1949–2013 nach Parteien.....	324
T 11: Sitzverteilung im Deutschen Bundestag 1949–2013 nach Parteien	326
T 12: Abgeordnete aus Rheinland-Pfalz im Deutschen Bundestag 1949–2013 nach Parteien	327
T 13: Bundestagswahl vom 22. September 2013 nach Parteien und Verwaltungsbezirken	328
T 14: Europawahlen in Rheinland-Pfalz 1979–2014 nach Parteien	330
T 15: Sitzverteilung der deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament 1979–2014	330
T 16: Europawahl vom 25. Mai 2014 nach Parteien und Verwaltungsbezirken	332

Grafiken

G 1: Wahlbeteiligung bei Landtags-, Kommunal-, Bundestags- und Europawahlen 1964–2014	311
G 2: Briefwähler/-innen bei Landtags-, Bundestags- und Europawahlen 1957–2014	312
G 3: Frauen in kommunalen Vertretungsorganen 1969–2014	312
G 4: Sitzverteilung im Landtag Rheinland-Pfalz 2011 nach Parteien	314
G 5: Stadtratswahlen der kreisfreien Städte und Kreistagswahlen 1948–2014 nach Parteien	320
G 6: Verbandsgemeinderatswahlen 1969–2014 nach Parteien	321
G 7: Gemeinde-/Stadtratswahlen 1948–2014 nach Parteien	322
G 8: Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 nach Bundesländern	324
G 9: Bundestagswahlen in Rheinland-Pfalz 1949–2013 nach Parteien	325
G 10: Mandatsträgerinnen bei der Bundestagswahl 2013 nach Bundesländern	326
G 11: Sitzverteilung der Abgeordneten im Deutschen Bundestag 2013 nach Parteien	327
G 12: Sitzverteilung der deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament 2014	331

Karten

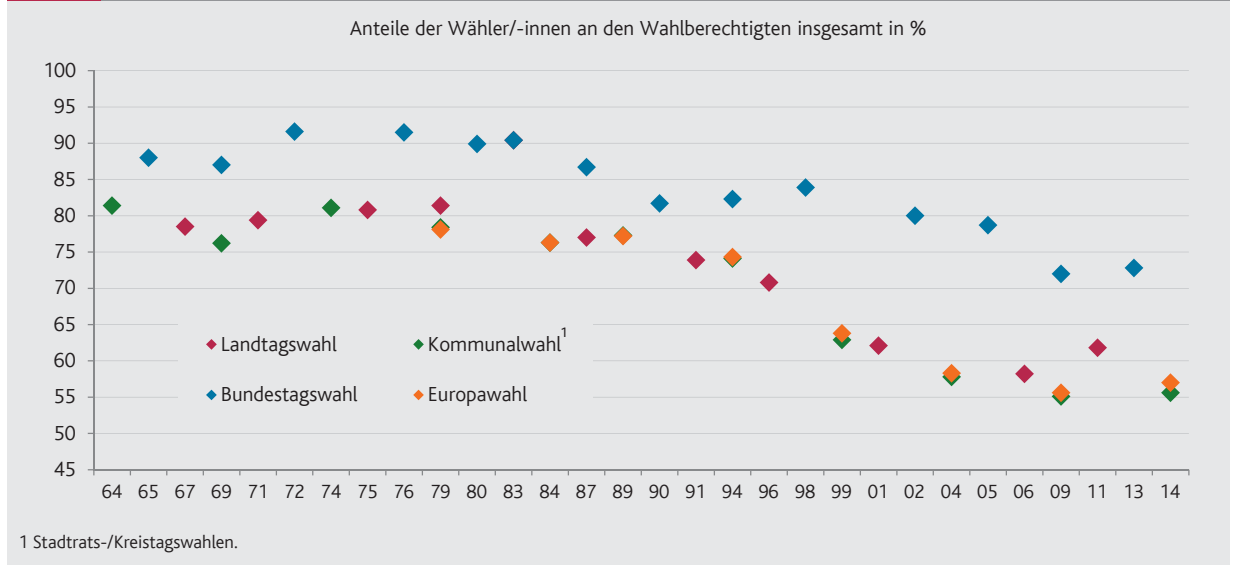
K 1: Mehrheiten bei der Landtagswahl vom 27. März 2011 nach Wahlkreisen	317
K 2: Mehrheiten bei den Stadtrats- und Kreistagswahlen vom 25. Mai 2014 nach Verwaltungsbezirken	319
K 3: Mehrheiten bei der Bundestagswahl vom 22. September 2013 nach Wahlkreisen	329
K 4: Mehrheiten bei der Europawahl vom 25. Mai 2014 nach Verwaltungsbezirken	333

Metadaten

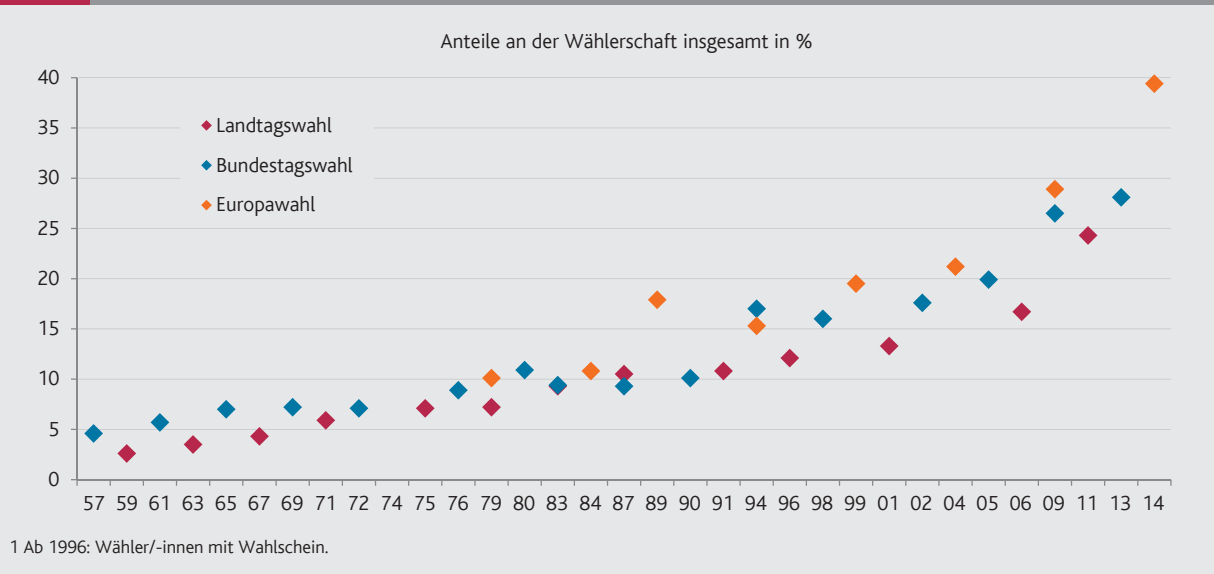
Datenquellen	334
Methodik	334
Glossar	334
Internet	335

- Bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag ist die Wahlbeteiligung im Vergleich zu anderen Wahlen am höchsten. Sie betrug bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 insgesamt 72,8 Prozent.
- An der Europawahl und den Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 nahmen lediglich 57 bzw. 55,6 Prozent aller Wahlberechtigten teil.
- Bei der Landtagswahl 2011 betrug die Wahlbeteiligung 61,8 Prozent.
- Der Anteil der Wahlberechtigten, die an den Wahlen durch Briefwahl teilnehmen, ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen.
- Bei der Bundestagswahl 2013 betrug der Briefwahlanteil 28 Prozent und bei der Europawahl 2014 lag er bei 39,4 Prozent.
- Der Frauenanteil im derzeitigen rheinland-pfälzischen Landtag ist mit 41,6 Prozent seit dem Jahr 1947 am höchsten.
- Auch im Deutschen Bundestag ist der Frauenanteil mit 36,3 Prozent seit 1949 der höchste.
- Der Frauenanteil in den kommunalen Vertretungsorganen hat sich seit 1999 kaum verändert. Er ist in den kreisfreien Städten und Landkreisen mit 28 Prozent am höchsten. In den übrigen kommunalen Räten liegt er bei 20,3 bzw. 20,8 Prozent.

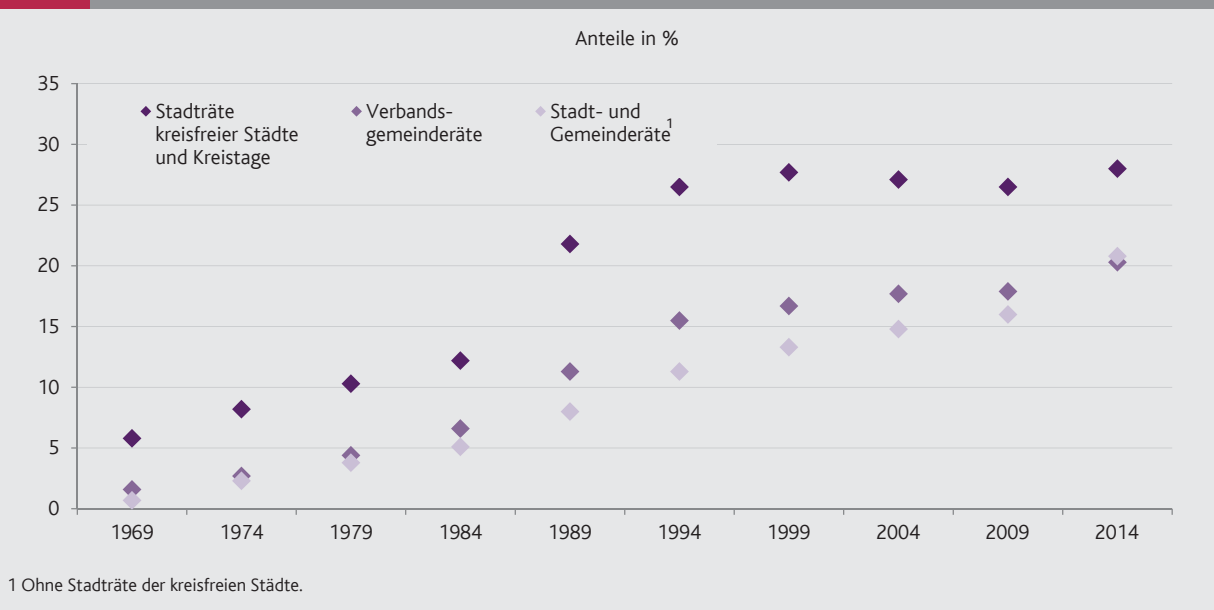
G 1 Wahlbeteiligung bei Landtags-, Kommunal-¹, Bundestags- und Europawahlen 1964–2014



G 2 Briefwähler/-innen bei Landtags-¹, Bundestags- und Europawahlen 1957–2014



G 3 Frauen in kommunalen Vertretungsorganen 1969–2014



T 1

Landtagswahlen 1947–2011 nach Parteien

Wahl-jahr	Wahl-berechtigte	Wahl-beteiligung	Insgesamt	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	Sonstige Parteien und Wähler-vereinigungen
	Anzahl	%	Gültige Stimmen ¹					
			Anzahl	%				
1947	1 666 547	77,9	1 161 052	47,2	34,3	9,8	-	8,7
1951	2 021 104	74,8	1 437 250	39,2	34,0	16,7	-	10,1
1955	2 151 228	76,0	1 583 829	46,8	31,7	12,7	-	8,8
1959	2 266 778	77,2	1 712 354	48,4	34,9	9,7	-	7,0
1963	2 363 313	75,5	1 752 486	44,4	40,7	10,1	-	4,8
1967	2 387 307	78,5	1 843 959	46,7	36,8	8,3	-	8,2
1971	2 584 585	79,4	2 026 372	50,0	40,5	5,9	-	3,5
1975	2 648 336	80,8	2 120 481	53,9	38,5	5,6	-	1,9
1979	2 717 051	81,4	2 184 540	50,1	42,3	6,4	-	1,2
1983	2 811 399	90,4	2 515 393	51,9	39,6	3,5	4,5	0,5
1987	2 866 516	77,0	2 177 314	45,1	38,8	7,3	5,9	2,9
1991	2 928 865	73,9	2 125 407	38,7	44,8	6,9	6,5	3,2
1996	2 987 099	70,8	2 063 726	38,7	39,8	8,9	6,9	5,7
2001	3 025 090	62,1	1 833 846	35,3	44,7	7,8	5,2	6,9
2006	3 075 577	58,2	1 753 110	32,8	45,6	8,0	4,6	9,0
2011	3 088 199	61,8	1 868 187	35,2	35,7	4,2	15,4	9,4
	Anzahl	%	Sitze im Landtag					
			Anzahl					
1947	1 666 547	77,9	101	48	34	11	-	8
1951	2 021 104	74,8	100	43	38	19	-	-
1955	2 151 228	76,0	100	51	36	13	-	-
1959	2 266 778	77,2	100	52	37	10	-	1
1963	2 363 313	75,5	100	46	43	11	-	-
1967	2 387 307	78,5	100	49	39	8	-	4
1971	2 584 585	79,4	100	52	42	6	-	-
1975	2 648 336	80,8	100	55	40	5	-	-
1979	2 717 051	81,4	100	51	43	6	-	-
1983	2 811 399	90,4	100	57	43	-	-	-
1987	2 866 516	77,0	100	48	40	7	5	-
1991	2 928 865	73,9	101	40	47	7	7	-
1996	2 987 099	70,8	101	41	43	10	7	-
2001	3 025 090	62,1	101	38	49	8	6	-
2006	3 075 577	58,2	101	38	53	10	-	-
2011	3 088 199	61,8	101	41	42	-	18	-

1 Ab 1991 Landesstimmen.

T 2

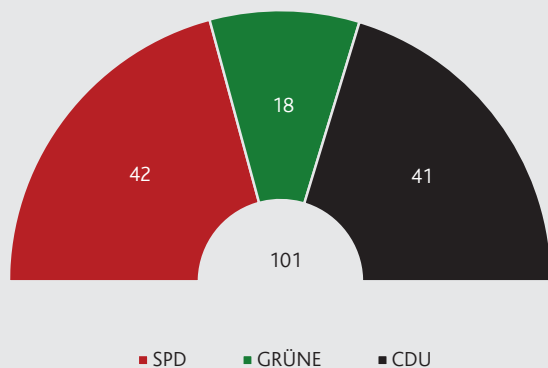
Sitzverteilung im Landtag Rheinland-Pfalz 1947–2011 nach Parteien

Wahl-jahr	Sitze		CDU		SPD		FDP		GRÜNE		KPD	DRP	NPD
	ins-gesamt	darunter: Wahlkreis-mandate	ins-gesamt	darunter: Wahlkreis-mandate	ins-gesamt	darunter: Wahlkreis-mandate	ins-gesamt	darunter: Wahlkreis-mandate	ins-gesamt	darunter: Wahlkreis-mandate	ins-gesamt	ins-gesamt	ins-gesamt
1947	101	-	48	-	34	-	11	-	-	-	8	-	-
1951	100	-	43	-	38	-	19	-	-	-	-	-	-
1955	100	-	51	-	36	-	13	-	-	-	-	-	-
1959	100	-	52	-	37	-	10	-	-	-	-	1	-
1963	100	-	46	-	43	-	11	-	-	-	-	-	-
1967	100	-	49	-	39	-	8	-	-	-	-	-	4
1971	100	-	52	-	42	-	6	-	-	-	-	-	-
1975	100	-	55	-	40	-	5	-	-	-	-	-	-
1979	100	-	51	-	43	-	6	-	-	-	-	-	-
1983	100	-	57	-	43	-	-	-	-	-	-	-	-
1987	100	-	48	-	40	-	7	-	5	-	-	-	-
1991	101	51	40	14	47	37	7	-	7	-	-	-	-
1996	101	51	41	27	43	24	10	-	7	-	-	-	-
2001	101	51	38	21	49	30	8	-	6	-	-	-	-
2006	101	51	38	18	53	33	10	-	-	-	-	-	-
2011	101	51	41	28	42	23	-	-	18	-	-	-	-

9

G 4

Sitzverteilung im Landtag Rheinland-Pfalz 2011 nach Parteien



Im 16. rheinland-pfälzischen Landtag sitzen 101 Abgeordnete. Die SPD stellt mit 42 Abgeordneten die stärkste Fraktion. Von den sozialdemokratischen Abgeordneten wurden 23 direkt gewählt. Die CDU ist mit 41 Abgeordneten vertreten, von denen 28 ein Direktmandat erhalten haben. Von den Grünen sitzen 18 Abgeordnete im Landtag.

T 3

Sitzverteilung im Landtag 1947–2011 nach Parteien und Frauenanteil

Wahl- jahr	Sitze		CDU		SPD		FDP		GRÜNE		Sonstige	
	ins- gesamt	darunter: Frauen	ins- gesamt	darunter: Frauen	ins- gesamt	darunter: Frauen	ins- gesamt	darunter: Frauen	ins- gesamt	darunter: Frauen	ins- gesamt	darunter: Frauen
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1947	101	5,9	48	8,3	34	5,9	11	-	-	-	8 ¹	-
1951	100	6,0	43	4,7	38	10,5	19	-	-	-	-	-
1955	100	6,0	51	3,9	36	11,1	13	-	-	-	-	-
1959	100	7,0	52	5,8	37	10,8	10	-	-	-	1 ²	-
1963	100	4,0	46	2,2	43	7,0	11	-	-	-	-	-
1967	100	5,0	49	6,1	39	5,1	8	-	-	-	4 ³	-
1971	100	6,0	52	7,7	42	4,8	6	-	-	-	-	-
1975	100	8,0	55	10,9	40	5,0	5	-	-	-	-	-
1979	100	10,0	51	11,8	43	9,3	6	-	-	-	-	-
1983	100	11,0	57	10,5	43	11,6	-	-	-	-	-	-
1987	100	15,0	48	18,8	40	12,5	7	-	5	20,0	-	-
1991	101	21,8	40	20,0	47	23,4	7	-	7	42,9	-	-
1996	101	29,7	41	24,4	43	30,2	10	30,0	7	57,1	-	-
2001	101	28,7	38	23,7	49	32,7	8	12,5	6	50,0	-	-
2006	101	35,6	38	28,9	53	41,5	10	30,0	-	-	-	-
2011	101	41,6	41	34,1	42	45,2	-	-	18	50,0	-	-

1 KPD. – 2 DRP. – 3 NPD.

T 4

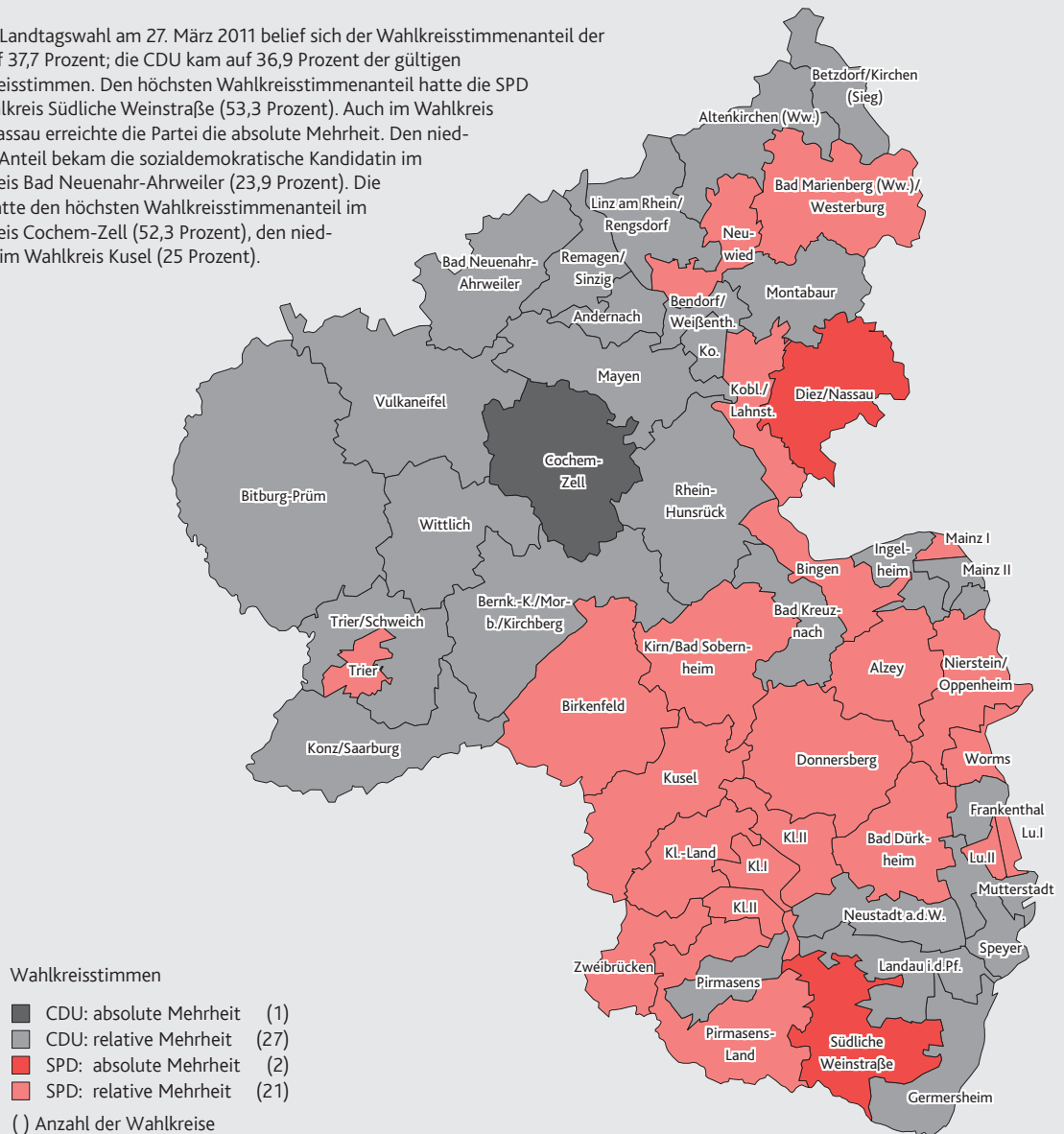
Landtagswahl vom 27. März 2011 nach Parteien und Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Wahl- berech- tigte	Wahl- beteili- gung	Landesstimmen						
			ungültig	gültig					
				insgesamt	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	Sonstige
	Anzahl	%		Anzahl	%				
Frankenthal (Pfalz), St.	33 912	57,8	2,2	19 190	39,2	35,6	3,1	12,4	9,7
Kaiserslautern, St.	73 749	53,0	1,9	38 298	26,6	39,5	4,4	16,7	12,8
Koblenz, St.	82 456	58,1	1,6	47 156	35,4	29,8	5,5	18,8	10,4
Landau i. d. Pfalz, St.	34 037	60,1	1,8	20 106	28,8	36,4	4,0	22,1	8,7
Ludwigshafen a. Rh., St.	103 632	54,5	1,9	55 402	28,7	40,7	3,3	14,7	12,6
Mainz, St.	142 042	65,2	1,4	91 393	29,8	30,0	5,1	26,1	8,9
Neustadt a. d. Weinstr., St.	41 236	63,5	1,9	25 667	35,9	32,5	4,1	17,4	10,0
Pirmasens, St.	32 749	53,6	4,5	16 777	33,8	41,6	3,7	8,3	12,5
Speyer, St.	36 641	58,0	1,7	20 913	30,6	34,2	3,3	21,0	10,9
Trier, St.	81 445	56,3	1,5	45 197	31,1	31,8	3,9	24,3	9,0
Worms, St.	59 749	56,5	2,9	32 764	31,8	41,4	3,8	14,9	8,1
Zweibrücken, St.	27 112	52,4	2,3	13 892	25,2	43,9	5,3	13,1	12,5
Ahrweiler	100 006	61,5	1,8	60 435	44,7	26,6	4,8	16,8	7,1
Altenkirchen (Ww.)	102 523	57,6	2,0	57 919	40,0	33,2	4,5	14,4	7,8
Alzey-Worms	96 823	64,9	2,3	61 343	31,7	39,7	4,1	15,1	9,4
Bad Dürkheim	104 668	66,8	2,0	68 483	33,0	36,8	4,5	14,7	11,0
Bad Kreuznach	121 239	64,0	2,0	76 019	35,9	39,8	4,3	13,2	6,8
Bernkastel-Wittlich	89 212	61,9	3,3	53 446	41,6	30,9	5,0	13,4	9,1
Birkenfeld	67 800	55,7	1,8	37 071	37,8	39,8	3,6	11,0	7,8
Cochem-Zell	51 611	64,8	2,7	32 564	47,4	30,5	4,9	10,7	6,6
Donnersbergkreis	59 355	62,2	2,2	36 121	28,5	41,5	3,8	13,7	12,6
Eifelkreis Bitburg-Prüm	73 611	62,2	2,8	44 488	36,2	29,4	4,1	13,0	17,2
Germersheim	93 192	62,0	1,9	56 640	33,7	38,4	3,8	13,4	10,8
Kaiserslautern	82 472	62,9	2,3	50 695	32,9	40,8	3,4	11,6	11,3
Kusel	59 524	61,3	2,5	35 596	25,2	46,3	2,9	13,3	12,3
Mainz-Bingen	155 256	67,7	1,7	103 386	33,5	35,4	4,4	19,4	7,4
Mayen-Koblenz	166 512	59,7	1,8	97 677	41,0	33,7	4,2	13,9	7,1
Neuwied	138 475	59,7	2,0	81 080	37,3	35,5	4,2	15,3	7,7
Rhein-Hunsrück-Kreis	81 173	64,4	2,4	51 057	38,0	34,2	5,9	14,1	7,7
Rhein-Lahn-Kreis	97 934	62,0	2,7	59 034	31,3	42,3	4,0	14,1	8,3
Rhein-Pfalz-Kreis	115 264	67,5	2,0	76 315	35,4	35,6	3,9	15,4	9,6
Südliche Weinstraße	86 778	68,3	2,4	57 889	33,9	38,4	4,2	15,2	8,3
Südwestpfalz	81 072	66,3	3,0	52 102	36,9	37,9	4,6	9,7	10,9
Trier-Saarburg	110 777	64,6	2,2	69 943	36,9	34,1	3,5	16,0	9,5
Vulkaneifel	49 442	60,7	2,5	29 294	42,9	29,3	4,6	12,0	11,1
Westerwaldkreis	154 720	61,3	2,1	92 835	39,3	33,6	4,4	14,1	8,5
Rheinland-Pfalz	3 088 199	61,8	2,1	1 868 187	35,2	35,7	4,2	15,4	9,4
kreisfreie Städte	748 760	58,1	1,9	426 755	31,1	35,1	4,3	19,2	10,3
Landkreise	2 339 439	63,0	2,2	1 441 432	36,5	35,9	4,2	14,3	9,1

K 1

Mehrheiten bei der Landtagswahl vom 27. März 2011 nach Wahlkreisen

Bei der Landtagswahl am 27. März 2011 belief sich der Wahlkreisstimmenanteil der SPD auf 37,7 Prozent; die CDU kam auf 36,9 Prozent der gültigen Wahlkreisstimmen. Den höchsten Wahlkreisstimmenanteil hatte die SPD im Wahlkreis Südliche Weinstraße (53,3 Prozent). Auch im Wahlkreis Diez/Nassau erreichte die Partei die absolute Mehrheit. Den niedrigsten Anteil bekam die sozialdemokratische Kandidatin im Wahlkreis Bad Neuenahr-Ahrweiler (23,9 Prozent). Die CDU hatte den höchsten Wahlkreisstimmenanteil im Wahlkreis Cochem-Zell (52,3 Prozent), den niedrigsten im Wahlkreis Kusel (25 Prozent).



T 5

Stadtrats- und Kreistagswahlen vom 25. Mai 2014 nach Parteien und Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Gültige Stimmen						Sitze					
	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	DIE LINKE	Sonstige	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	DIE LINKE	Sonstige
	%						Anzahl					
Stadtratswahlen												
Frankenthal (Pfalz), St.	47,2	26,1	3,0	7,6	5,4	10,7	21	12	1	3	2	5
Kaiserslautern, St.	29,4	35,4	6,6	11,6	7,4	9,6	15	19	3	6	4	5
Koblenz, St.	36,1	24,6	4,2	13,9	4,3	16,8	21	14	2	8	2	9
Landau i. d. Pfalz, St.	31,6	31,0	3,2	14,5	-	19,7	14	14	1	6	-	9
Ludwigshafen a. Rh., St.	33,0	34,5	3,7	8,9	4,0	15,9	20	21	2	5	2	10
Mainz, St.	30,3	27,7	5,0	20,1	4,6	12,3	18	17	3	12	3	7
Neustadt a. d. Weinstr., St.	36,4	23,7	5,0	13,0	3,4	18,4	16	10	2	6	2	8
Pirmasens, St.	40,9	28,0	4,1	4,6	5,6	16,9	18	12	2	2	2	8
Speyer, St.	32,6	23,0	3,2	14,5	4,9	21,8	15	10	1	6	2	10
Trier, St.	34,3	26,2	2,8	16,6	5,5	14,6	20	15	2	9	3	7
Worms, St.	31,8	34,2	6,2	12,0	3,6	12,1	17	18	3	6	2	6
Zweibrücken, St.	29,4	34,7	6,0	11,4	6,7	11,8	12	14	2	4	3	5
Kreistagswahlen												
Ahrweiler	45,7	19,1	4,6	10,2	2,1	18,4	21	9	2	5	1	8
Altenkirchen (Ww.)	43,0	33,8	3,9	6,9	3,7	8,7	20	15	2	3	2	4
Alzey-Worms	30,9	34,7	4,1	9,1	3,2	18,0	14	16	2	4	2	8
Bad Dürkheim	37,2	27,8	4,3	8,9	2,7	19,2	18	13	2	4	1	8
Bad Kreuznach	37,4	34,5	4,4	8,1	3,5	12,2	19	17	2	4	2	6
Bernkastel-Wittlich	46,1	22,9	6,7	8,2	3,2	13,0	19	10	3	3	1	6
Birkenfeld	34,6	35,9	6,3	5,0	4,6	13,5	14	15	3	2	2	6
Cochem-Zell	51,6	23,5	2,9	5,0	2,8	14,2	20	9	1	2	1	5
Donnersbergkreis	28,2	34,2	4,0	8,7	3,7	21,2	11	13	2	3	1	8
Eifelkreis Bitburg-Prüm	45,0	25,4	4,5	9,3	2,8	12,9	19	11	2	4	1	5
Germersheim	40,6	26,6	3,6	8,0	2,6	18,7	18	12	2	4	1	9
Kaiserslautern	37,3	33,5	2,6	6,1	5,0	15,5	16	14	1	3	2	6
Kusel	28,6	40,2	3,6	7,5	5,7	14,5	11	15	1	3	2	6
Mainz-Bingen	37,0	35,8	4,2	12,7	-	10,2	18	18	2	6	-	6
Mayen-Koblenz	44,6	28,7	3,1	7,9	2,6	13,1	22	14	2	4	1	7
Neuwied	41,8	31,0	3,5	8,2	3,0	12,6	21	15	2	4	2	6
Rhein-Hunsrück-Kreis	43,1	28,7	6,3	7,4	3,9	10,6	18	12	3	3	2	4
Rhein-Lahn-Kreis	33,7	38,6	2,6	6,6	3,4	15,1	14	17	1	3	1	6
Rhein-Pfalz-Kreis	38,9	29,3	4,2	11,8	-	15,8	19	15	2	6	-	8
Südliche Weinstraße	37,6	27,5	4,2	9,8	2,7	18,3	16	12	2	4	1	7
Südwestpfalz	40,2	29,5	5,0	6,3	3,4	15,7	17	12	2	3	1	7
Trier-Saarburg	41,5	24,3	2,8	8,5	2,7	20,2	20	11	1	4	1	9
Vulkaneifel	44,0	23,8	4,1	6,1	3,8	18,2	17	9	2	2	1	7
Westerwaldkreis	44,9	28,9	3,8	7,4	3,6	11,5	22	14	2	4	2	6
Rheinland-Pfalz	38,6	29,8	4,1	9,5	3,2	14,7	631	494	70	160	58	247
kreisfreie Städte	33,4	29,1	4,5	13,8	4,6	14,6	207	176	24	73	27	89
Landkreise	40,0	30,0	4,1	8,4	2,9	14,7	424	318	46	87	31	158

T 6

Landesergebnis der Kommunalwahlen (Stadtrats- und Kreistagswahlen) 1948–2014 nach Parteien

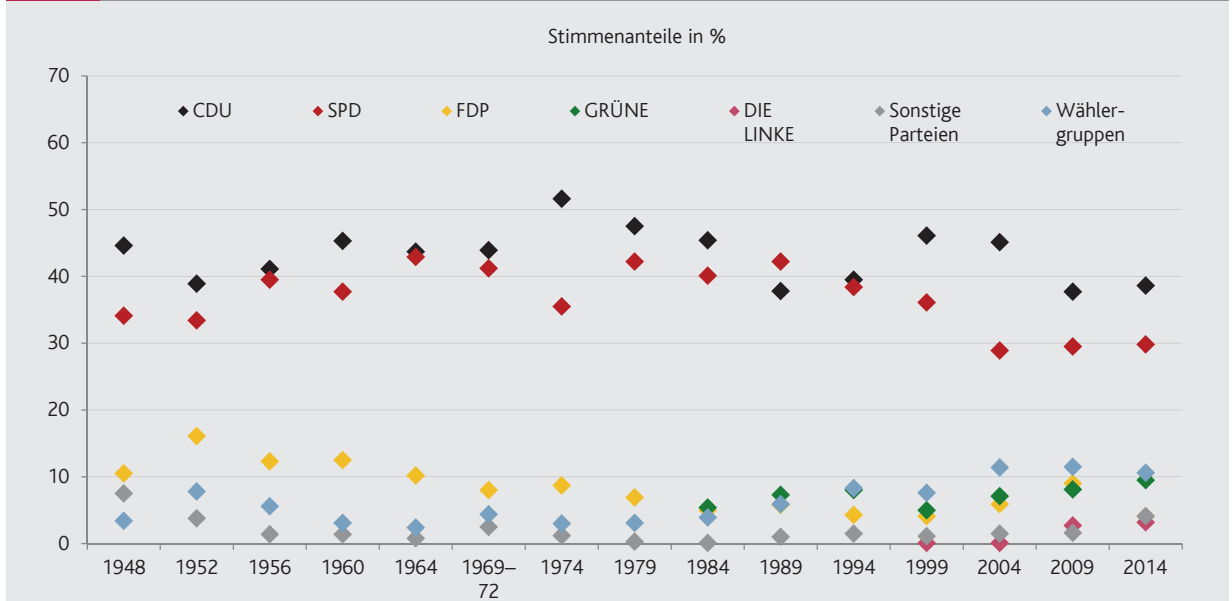
Wahl-jahr	Wahl-berechtigte	Wahl-beteili-gung	Gültige Stimmen							
			insgesamt	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	DIE LINKE	sonstige Parteien	Wähler-gruppen
	Anzahl	%	Anzahl	%						
1948	1 828 973	73,7	1 213 182	44,6	34,1	10,5	-	-	7,5	3,4
1952	2 072 836	79,3	1 549 147	38,9	33,4	16,1	-	-	3,8	7,8
1956	2 175 170	79,6	1 658 155	41,1	39,5	12,3	-	-	1,4	5,6
1960	2 288 068	79,7	1 749 902	45,3	37,7	12,5	-	-	1,4	3,1
1964	2 362 936	81,4	1 860 628	43,7	42,9	10,2	-	-	0,8	2,4
1969–72 ¹	2 441 284	76,2	1 801 082	43,9	41,2	8,0	-	-	2,5	4,4
1974	2 633 981	81,1	2 088 438	51,6	35,5	8,7	-	-	1,2	3,0
1979	2 716 672	78,4	2 078 448	47,5	42,2	6,9	-	-	0,3	3,1
1984	2 827 414	76,3	2 070 587	45,4	40,1	5,0	5,4	-	0,1	3,9
1989	2 877 143	77,2	2 144 643	37,8	42,2	5,8	7,3	-	1,0	5,9
1994	2 962 730	74,1	2 118 129	39,5	38,4	4,3	8,0	-	1,5	8,3
1999	3 071 058	62,9	1 868 025	46,1	36,1	4,1	5,0	0,1	1,1	7,6
2004	3 121 528	57,8	1 732 641	45,1	28,9	5,9	7,1	0,1	1,5	11,4
2009	3 167 364	55,1	1 684 031	37,7	29,5	9,0	8,1	2,7	1,6	11,5
2014	3 195 776	55,6	1 721 522	38,6	29,8	4,1	9,5	3,2	4,1	10,6

¹ Aufgrund der Verwaltungsreform im Zeitraum 1969 bis 1972.

9

G 5

Stadtratswahlen der kreisfreien Städte und Kreistagswahlen 1948–2014 nach Parteien



T 7

Verbandsgemeinderatswahlen 1969–2014 nach Parteien

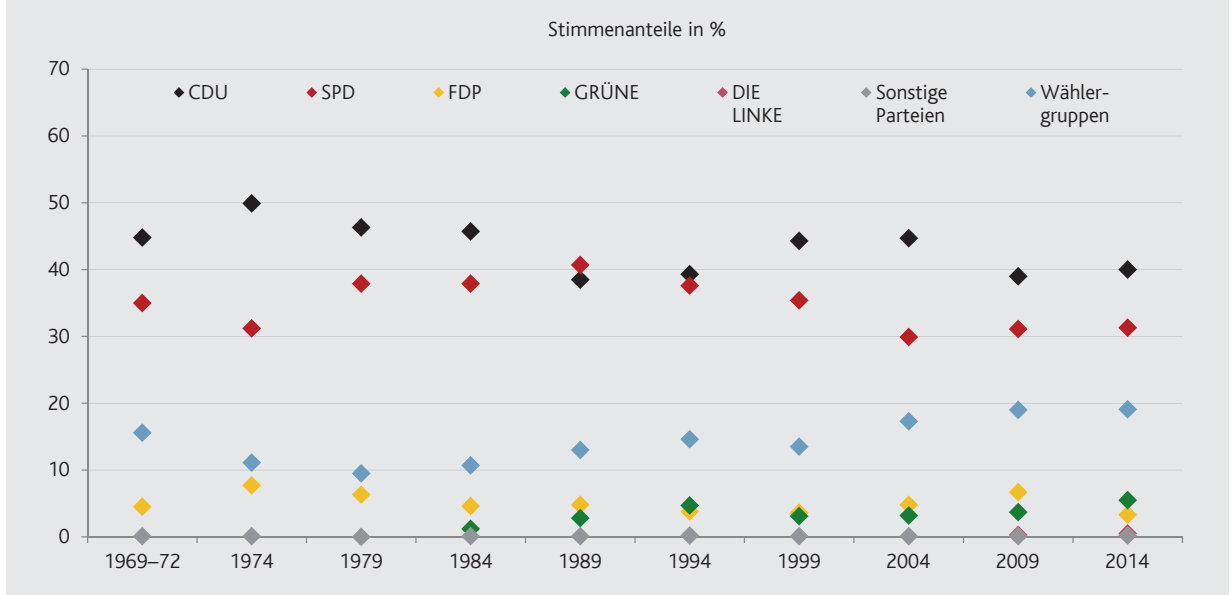
Wahl-jahr	Wahl-berechtigte	Wahl-beteili-gung	Gültige Stimmen							
			insgesamt	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	DIE LINKE	sonstige Parteien	Wähler-gruppen
	Anzahl	%	Anzahl	%						
1969–72 ¹	1 465 103	75,8	1 078 292	44,8	35,0	4,5	-	-	0,1	15,6
1974	1 504 319	84,2	1 229 278	49,9	31,2	7,7	-	-	0,1	11,1
1979	1 551 142	82,3	1 238 560	46,3	37,9	6,3	-	-	-	9,5
1984	1 634 870	80,4	1 257 696	45,7	37,9	4,6	1,2	-	0,1	10,7
1989	1 667 733	81,4	1 313 488	38,5	40,7	4,8	2,8	-	0,1	13,0
1994	1 740 680	78,5	1 324 831	39,3	37,6	3,8	4,7	-	0,2	14,6
1999	1 813 915	69,2	1 218 662	44,3	35,4	3,6	3,1	-	0,1	13,5
2004	1 865 444	63,6	1 144 120	44,7	29,9	4,8	3,2	-	0,1	17,3
2009	1 888 921	60,8	1 113 163	39,0	31,1	6,7	3,7	0,3	0,1	19,0
2014	1 925 011	60,9	1 139 578	40,0	31,3	3,3	5,5	0,5	0,2	19,1

1 Aufgrund der Verwaltungsreform im Zeitraum 1969 bis 1972.

9

G 6

Verbandsgemeinderatswahlen 1969–2014 nach Parteien



T 8

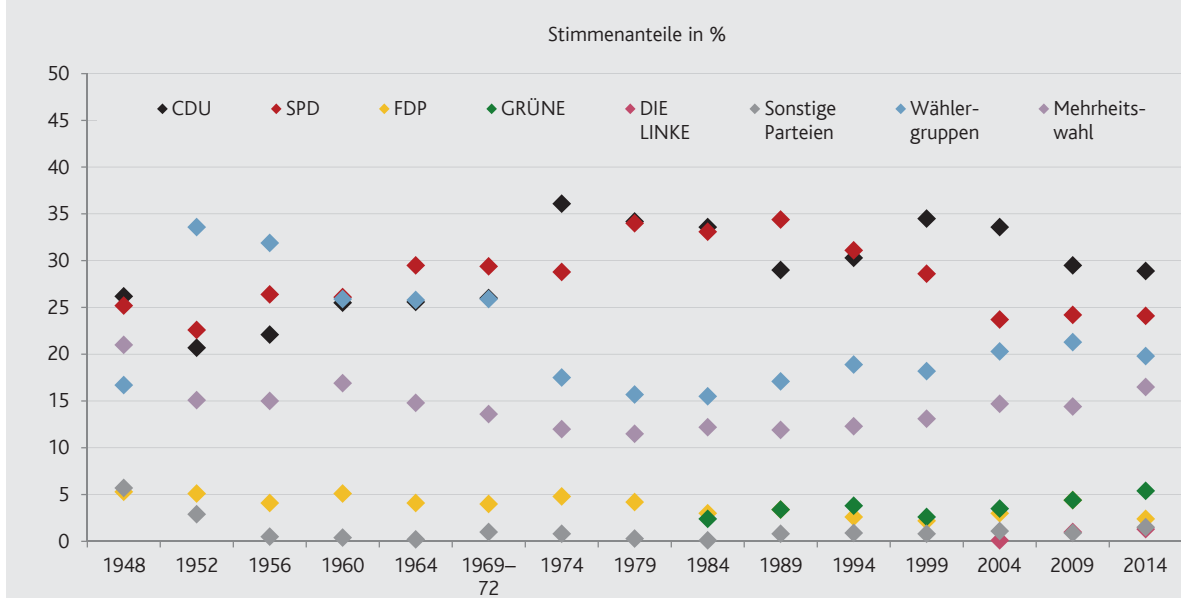
Gemeinde-/Stadtratswahlen¹ 1948–2014 nach Parteien

Wahl-jahr	Wahl-berechtigte	Wahl-beteiligung	Gültige Stimmen								
			insgesamt	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	DIE LINKE	sonstige Parteien	Wähler-gruppen	Mehrheits-wahl
	Anzahl	%	Anzahl	%							
1948	1 824 782	73,7	1 227 711	26,2	25,2	5,3	-	-	5,7	16,7	21,0
1952	2 065 102	79,4	1 565 451	20,7	22,6	5,1	-	-	2,9	33,6	15,1
1956	2 166 198	79,7	1 658 190	22,1	26,4	4,1	-	-	0,5	31,9	15,0
1960	2 276 850	79,9	1 746 879	25,5	26,1	5,1	-	-	0,4	25,9	16,9
1964	2 350 019	81,6	1 852 231	25,6	29,5	4,1	-	-	0,2	25,8	14,8
1969–72 ²	2 371 432	77,3	1 768 352	26,0	29,4	4,0	-	-	1,0	25,9	13,6
1974	2 629 061	81,1	2 081 295	36,1	28,8	4,8	-	-	0,8	17,5	12,0
1979	2 711 819	78,5	2 065 343	34,2	34,0	4,2	-	-	0,3	15,7	11,5
1984	2 822 815	76,3	2 077 479	33,6	33,1	3,0	2,4	-	0,1	15,5	12,2
1989	2 868 620	77,3	2 151 854	29,0	34,4	3,4	3,4	-	0,8	17,1	11,9
1994	2 953 449	74,3	2 130 685	30,3	31,1	2,6	3,8	-	0,9	18,9	12,3
1999	3 057 533	63,1	1 876 482	34,5	28,6	2,2	2,6	-	0,8	18,2	13,1
2004	3 110 861	57,9	1 745 732	33,6	23,7	3,0	3,5	0,1	1,1	20,3	14,7
2009	3 157 574	55,3	1 686 108	29,5	24,2	4,4	4,4	1,0	0,9	21,3	14,4
2014	3 187 265	55,6	1 724 295	28,9	24,1	2,4	5,4	1,3	1,5	19,8	16,5

1 Einschließlich Stadtratswahlen der kreisfreien Städte. – 2 Aufgrund der Verwaltungsreform im Zeitraum 1969 bis 1972.

G 7

Gemeinde-/Stadtratswahlen 1948–2014 nach Parteien



T 9

Wahlen zum Bezirkstag des Bezirksverbandes Pfalz 1951–2014 nach Parteien

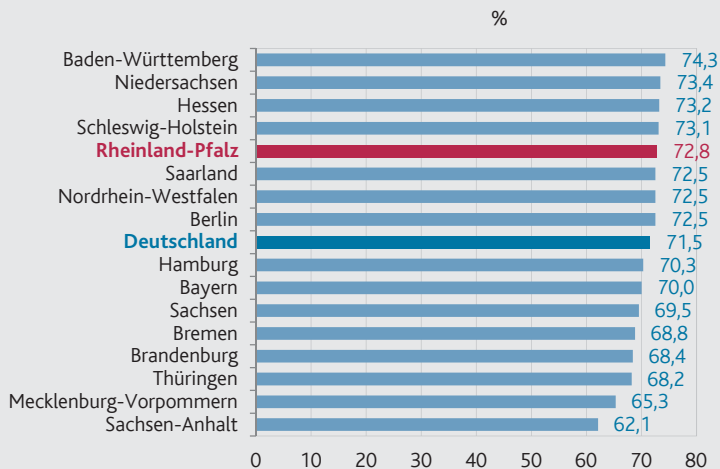
Wahl- jahr	Wahl- berechtigte	Wahl- beteili- gung	Gültige Stimmen							
			insgesamt	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	DIE LINKE	sonstige Parteien	Wähler- gruppen
	Anzahl	%	Anzahl	%						
1951	706 571	76,2	508 981	31,0	41,8	16,3	-	-	10,9	-
1952	734 868	80,8	554 926	33,7	42,3	18,7	-	-	5,3	-
1956	785 309	79,5	593 469	36,3	46,1	12,9	-	-	3,6	1,2
1960	832 524	79,4	633 198	38,1	43,9	11,2	-	-	6,7	-
1964	859 725	80,8	670 391	37,7	48,3	10,2	-	-	3,7	-
1969	859 150	78,0	645 639	37,1	45,4	7,3	-	-	8,5	1,7
1974	944 941	81,2	748 453	48,4	40,6	8,5	-	-	2,4	-
1979	973 885	78,3	740 043	46,0	46,9	7,1	-	-	-	-
1984	1 007 658	76,3	748 781	42,5	43,1	4,5	6,7	-	-	3,2
1989	1 022 856	76,7	764 367	34,7	44,3	5,8	7,2	-	8,0	-
1994	1 049 226	74,1	758 218	36,6	40,9	3,8	8,3	-	5,1	5,3
1999	1 053 896	63,4	650 556	44,4	38,3	3,7	4,8	-	4,3	4,5
2004	1 061 570	58,9	601 551	42,8	29,3	6,0	7,2	-	5,8	8,9
2009	1 065 628	56,0	576 659	35,7	31,1	9,8	7,6	4,4	3,8	7,7
2014	1 060 459	56,5	580 697	37,3	30,4	3,7	9,5	4,0	8,5	6,6

T 10 Bundestagswahlen in Rheinland-Pfalz 1949–2013 nach Parteien

Wahl-jahr	Wahl-berechtigte	Wahl-betei-ligung	Gültige Zweitstimmen						
			insgesamt	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	DIE LINKE ¹	Sonstige
	Anzahl	%	Anzahl	%					
1949	1 900 797	79,6	1 431 556	49,0	28,6	15,8	-	-	6,6
1953	2 143 337	86,0	1 775 363	52,1	27,2	12,1	-	-	8,6
1957	2 237 023	88,3	1 899 005	53,7	30,4	9,8	-	-	6,1
1961	2 348 108	88,2	1 969 933	48,9	33,5	13,2	-	-	4,4
1965	2 403 771	88,0	2 055 730	49,3	36,7	10,2	-	-	3,8
1969	2 410 176	87,0	2 056 100	47,8	40,1	6,3	-	-	5,8
1972	2 623 690	91,6	2 377 861	45,9	44,9	8,1	-	-	1,1
1976	2 676 952	91,5	2 429 253	49,9	41,7	7,6	-	-	0,9
1980	2 759 777	89,9	2 451 560	45,6	42,8	9,8	1,4	-	0,5
1983	2 816 929	90,4	2 501 671	49,6	38,4	7,0	4,5	-	0,5
1987	2 874 920	86,7	2 461 976	45,1	37,1	9,1	7,5	-	1,3
1990	2 935 588	81,7	2 363 719	45,6	36,1	10,4	4,0	0,2	3,6
1994	2 985 384	82,3	2 426 232	43,8	39,4	6,9	6,2	0,6	3,1
1998	3 016 036	83,9	2 491 752	39,1	41,3	7,1	6,1	1,0	5,4
2002	3 051 076	80,0	2 402 786	40,2	38,2	9,3	7,9	1,0	3,3
2005	3 084 171	78,7	2 377 339	36,9	34,6	11,7	7,3	5,6	3,9
2009	3 103 878	72,0	2 193 129	35,0	23,8	16,6	9,7	9,4	5,6
2013	3 092 424	72,8	2 214 497	43,3	27,5	5,5	7,6	5,4	10,6

1 Bis 2002: PDS.

G 8 Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 nach Bundesländern

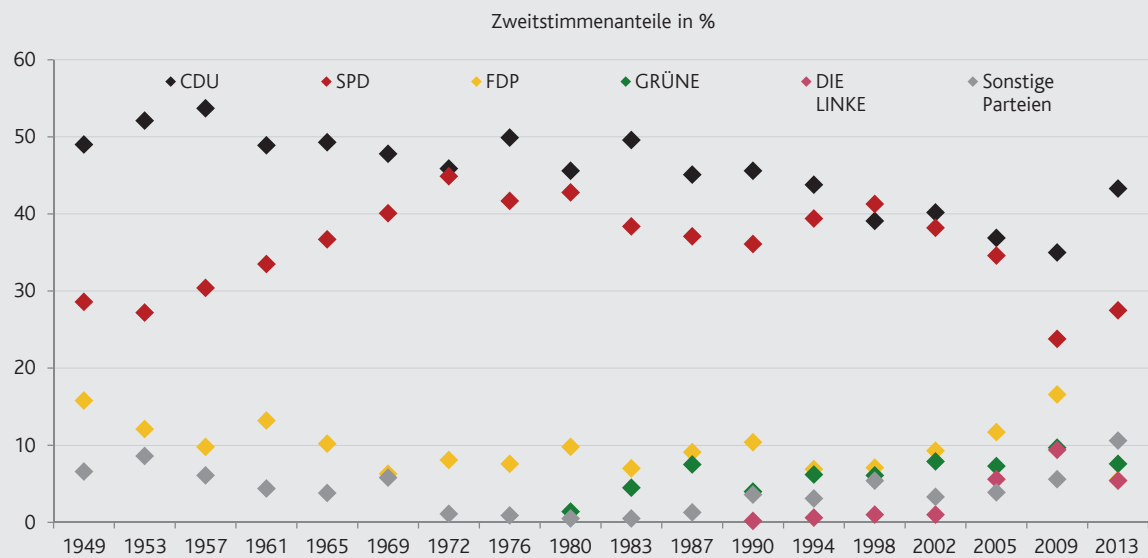


Bei der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag machten bundesweit 71,5 Prozent der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch. In Rheinland-Pfalz gingen die Wahlberechtigten häufiger zur Wahl: Mit einer Wahlbeteiligung von 72,8 Prozent lagen die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer im Ländervergleich an fünfter Stelle. Die höchste Wahlbeteiligung hatte Baden-Württemberg mit einem Wert von 74,3 Prozent. Die niedrigste Wahlbeteiligung vermeldete Sachsen-Anhalt mit lediglich 62,1 Prozent.

Quelle: Bundeswahlstatistik, eigene Berechnungen

G 9

Bundestagswahlen in Rheinland-Pfalz 1949–2013 nach Parteien



T 11

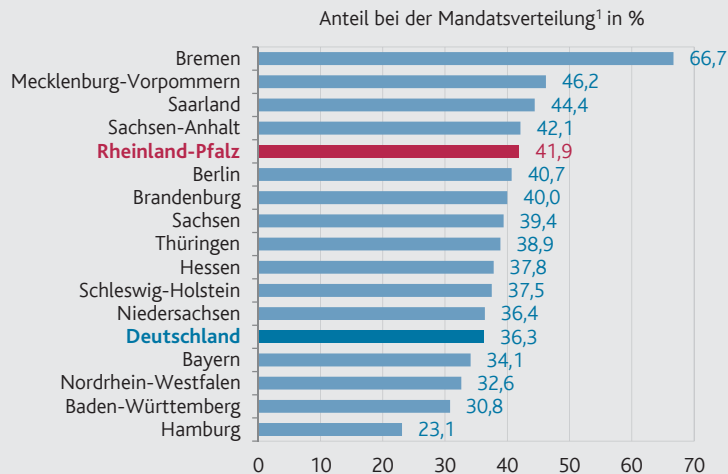
Sitzverteilung im Deutschen Bundestag 1949–2013 nach Parteien

Wahl-jahr	Sitze		CDU/CSU		SPD		FDP		GRÜNE		DIE LINKE ¹		Sonstige	
	ins-gesamt	darunter: Frauen	ins-gesamt	darunter: Frauen	ins-gesamt	darunter: Frauen	ins-gesamt	darunter: Frauen	ins-gesamt	darunter: Frauen	ins-gesamt	darunter: Frauen	ins-gesamt	darunter: Frauen
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1949	410	7,1	141	7,8	136	9,6	53	1,9	-	-	-	-	80	5,0
1953	509	8,8	249	7,6	162	13,0	53	5,7	-	-	-	-	45	4,4
1957	519	9,2	277	7,9	181	12,2	43	7,0	-	-	-	-	18	5,6
1961	521	8,3	251	7,2	203	10,3	67	6,0	-	-	-	-	-	-
1965	518	6,9	251	6,0	217	8,8	50	4,0	-	-	-	-	-	-
1969	518	6,6	250	5,6	237	7,6	31	6,5	-	-	-	-	-	-
1972	518	5,8	234	6,4	242	5,4	42	4,8	-	-	-	-	-	-
1976	518	7,3	254	7,5	224	6,7	40	10,0	-	-	-	-	-	-
1980	519	8,5	237	7,6	228	8,3	54	13,0	-	-	-	-	-	-
1983	520	9,8	255	6,7	202	10,4	35	8,6	27	37,0	-	-	1	-
1987	519	15,4	234	7,7	193	16,1	48	12,5	42	57,1	-	-	2	50,0
1990	662	20,5	319	13,8	239	27,2	79	20,3	8	37,5	17	47,1	-	-
1994	672	26,3	294	14,3	252	33,7	47	17,0	49	59,2	30	43,3	-	-
1998	669	30,8	245	18,4	298	35,2	43	20,9	47	57,4	36	55,6	-	-
2002	603	32,2	248	22,2	251	37,8	47	21,3	55	58,2	2	100	-	-
2005	614	31,8	226	19,9	222	36,0	61	24,6	51	56,9	54	48,1	-	-
2009	622	32,8	239	20,1	146	38,4	93	24,7	68	54,4	76	52,6	-	-
2013	631	36,3	311	24,7	193	41,9	-	-	63	55,5	64	56,2	-	-

1 Bis 2002: PDS.

G 10

Mandatsträgerinnen bei der Bundestagswahl 2013 nach Bundesländern



Rund 36 Prozent der Abgeordneten im aktuellen Bundestag sind Frauen. Rheinland-Pfalz hat mit 42 Prozent weiblichen Abgeordneten überdurchschnittlich viele Frauen in den Bundestag entsendet. Das ist gegenüber der Bundestagswahl 2009 ein leichter Anstieg um 1,3 Prozent.

Im Vergleich der Bundesländer belegt Rheinland-Pfalz damit den fünften Rang. Den mit Abstand höchsten Frauenanteil hat Bremen mit fast 67 Prozent. Den niedrigsten Wert weist ebenfalls ein Stadtstaat aus: In Hamburg beträgt der Anteil der Frauen an den Abgeordneten lediglich 23 Prozent.

1 Zu Beginn der Wahlperiode.
Quelle: Bundestagswahlstatistik, eigene Berechnungen

T 12

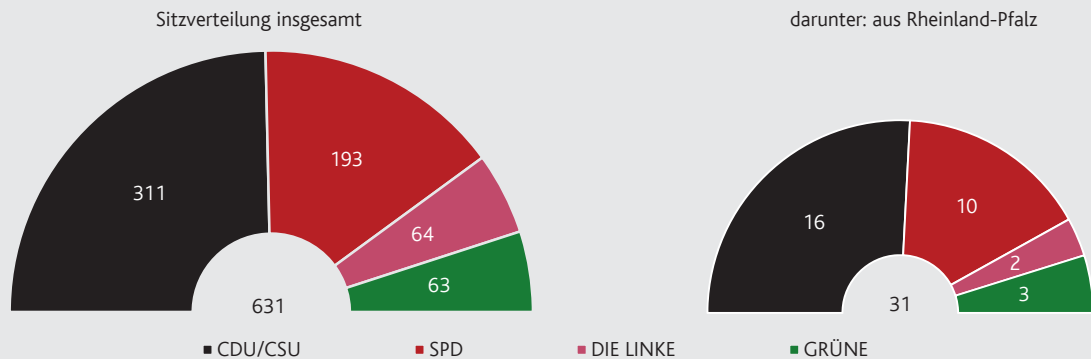
Abgeordnete aus Rheinland-Pfalz im Deutschen Bundestag 1949–2013 nach Parteien

Wahl-jahr	Sitze		CDU		SPD		FDP	GRÜNE	DIE LINKE ¹	KPD
	ins-gesamt	darunter: Wahlkreis-mandate	ins-gesamt	darunter: Wahlkreis-mandate	ins-gesamt	darunter: Wahlkreis-mandate	insgesamt			
1949	25	15	13	11	7	4	4	-	-	1
1953	31	15	18	13	9	2	4	-	-	-
1957	31	15	18	12	10	3	3	-	-	-
1961	31	15	16	10	11	5	4	-	-	-
1965	31	16	16	11	12	5	3	-	-	-
1969	31	16	16	10	13	6	2	-	-	-
1972	31	16	15	7	14	9	2	-	-	-
1976	31	16	16	10	13	6	2	-	-	-
1980	32	16	15	10	14	6	3	-	-	-
1983	31	16	16	11	12	5	2	1	-	-
1987	32	16	15	11	12	5	3	2	-	-
1990	34	16	17	12	13	4	4	-	-	-
1994	33	16	15	12	14	4	2	2	-	-
1998	34	16	14	6	15	10	3	2	-	-
2002	30	15	13	8	12	7	3	2	-	-
2005	31	15	12	10	11	5	4	2	2	-
2009	32	15	13	13	8	2	5	3	3	-
2013	31	15	16	14	10	1	-	3	2	-

1 Bis 2002: PDS.

G 11

Sitzverteilung der Abgeordneten im Deutschen Bundestag 2013 nach Parteien



Im 18. Deutschen Bundestag sitzen 631 Abgeordnete. Die CDU/CSU stellt mit 311 Personen die größte Fraktion. Die Sozialdemokraten haben 193 Sitze, die Partei DIE LINKE 64 Sitze und GRÜNE 63 Sitze. Rheinland-Pfalz ist mit insgesamt 31 Bundestagsabgeordneten vertreten. Davon kommen 16 aus der CDU, zehn von der SPD, drei von den GRÜNEN und zwei von der Partei DIE LINKE.

T 13

Bundestagswahl vom 22. September 2013 nach Parteien und Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Wahl- berech- tigte	Wahl- beteili- gung	Zweitstimmen							
			ungültig	gültig						
				insgesamt	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	DIE LINKE	Sonstige
	Anzahl	%		Anzahl	%					
Frankenthal (Pfalz), St.	34 091	68,5	1,8	22 944	43,3	27,3	5,0	6,8	6,1	11,5
Kaiserslautern, St.	73 692	65,3	1,7	47 323	36,1	30,0	5,2	8,7	8,1	11,9
Koblenz, St.	85 008	70,6	1,2	59 246	42,8	26,3	5,7	9,6	5,9	9,7
Landau i. d. Pfalz, St.	34 637	71,0	1,6	24 221	36,8	26,5	6,5	13,4	5,7	11,1
Ludwigshafen a. Rh., St.	104 215	67,0	1,7	68 644	35,1	31,4	4,7	7,4	6,5	14,9
Mainz, St.	144 870	75,5	1,2	108 051	36,0	26,3	6,4	15,5	6,0	9,8
Neustadt a. d. Weinstr., St.	41 459	74,3	1,6	30 298	44,5	24,2	6,0	10,0	4,8	10,5
Pirmasens, St.	32 266	63,8	2,8	20 018	40,7	29,7	5,0	3,6	7,6	13,4
Speyer, St.	36 773	71,6	1,7	25 899	40,1	25,7	5,0	10,4	6,7	12,1
Trier, St.	81 697	69,2	1,2	55 853	38,6	26,6	5,3	12,8	7,5	9,2
Worms, St.	59 536	67,8	2,1	39 509	38,5	30,7	5,1	7,7	5,9	12,1
Zweibrücken, St.	26 956	65,2	2,1	17 193	37,2	31,2	4,9	6,3	8,2	12,2
Ahrweiler	100 486	75,3	1,3	74 623	50,1	22,0	6,4	6,9	4,7	9,9
Altenkirchen (Ww.)	101 640	71,3	1,4	71 419	45,9	28,9	4,5	5,8	5,4	9,5
Alzey-Worms	96 910	74,4	1,7	70 868	39,1	30,6	6,1	7,8	4,8	11,6
Bad Dürkheim	104 815	75,4	1,5	77 842	43,0	27,9	6,1	7,4	4,5	11,1
Bad Kreuznach	121 082	72,4	1,8	86 128	41,1	31,2	5,8	7,0	5,4	9,5
Bernkastel-Wittlich	87 870	72,4	1,7	62 540	49,7	23,1	6,4	6,2	4,9	9,7
Birkenfeld	66 391	67,2	2,1	43 676	41,1	31,8	5,1	5,0	6,5	10,5
Cochem-Zell	50 837	74,6	1,7	37 277	55,9	21,0	5,9	4,8	4,1	8,3
Donnersbergkreis	58 996	71,2	2,0	41 139	36,6	32,7	4,9	7,1	6,1	12,6
Eifelkreis Bitburg-Prüm	73 484	71,9	1,8	51 869	51,5	22,6	6,2	6,5	4,1	9,1
Germersheim	94 121	72,5	1,7	67 047	44,0	26,0	5,6	7,0	4,6	12,8
Kaiserslautern	81 916	73,0	2,0	58 597	41,8	29,8	4,4	5,9	6,6	11,5
Kusel	58 590	72,5	2,2	41 571	32,9	36,4	3,6	5,8	9,1	12,2
Mainz-Bingen	156 932	78,5	1,4	121 483	41,3	27,2	6,6	10,1	4,8	10,0
Mayen-Koblenz	166 969	72,3	1,4	118 904	48,1	26,8	5,0	6,3	4,5	9,3
Neuwied	138 693	72,9	1,3	99 737	45,3	28,3	4,8	6,5	5,1	10,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	80 609	73,5	1,9	58 133	45,9	27,2	6,2	6,2	5,0	9,5
Rhein-Lahn-Kreis	97 109	72,5	1,7	69 234	40,7	31,3	4,9	7,0	5,3	10,8
Rhein-Pfalz-Kreis	116 419	78,2	1,6	89 596	43,7	26,2	5,7	7,6	4,3	12,5
Südliche Weinstraße	87 379	75,3	1,9	64 576	43,5	25,9	6,7	8,1	4,7	11,1
Südwestpfalz	80 288	76,3	2,6	59 621	46,0	26,5	5,5	4,5	5,7	11,8
Trier-Saarburg	112 106	75,5	2,3	82 671	47,6	26,1	4,7	7,3	5,4	8,9
Vulkaneifel	48 954	71,4	1,6	34 400	54,0	21,9	6,0	5,1	4,7	8,3
Westerwaldkreis	154 628	73,7	1,4	112 347	47,3	26,6	5,3	5,9	5,0	9,9
Rheinland-Pfalz	3 092 424	72,8	1,7	2 214 497	43,3	27,5	5,5	7,6	5,4	10,6
kreisfreie Städte	755 200	69,8	1,6	519 199	38,4	27,9	5,5	10,4	6,5	11,2
Landkreise	2 337 224	73,8	1,7	1 695 298	44,8	27,4	5,5	6,8	5,1	10,4

K 3

Mehrheiten bei der Bundestagswahl vom 22. September 2013 nach Wahlkreisen

Bei der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013 wurde die CDU in Rheinland-Pfalz mit einem Zweitstimmenanteil von 43,3 Prozent erneut stärkste Partei. Der Stimmenanteil der SPD lag bei 27,5 Prozent. Das beste Ergebnis erreichte die CDU im Wahlkreis Bitburg (52,2 Prozent), das schlechteste im Wahlkreis Kaiserslautern (35,9 Prozent). Die SPD konnte ihr höchstes Ergebnis im Wahlkreis Kaiserslautern erzielen (32,7 Prozent), am schlechtesten schnitt sie im Wahlkreis Bitburg ab (22,3 Prozent).



T 14 Europawahlen in Rheinland-Pfalz 1979–2014 nach Parteien

Wahl-jahr	Wahl-berechtigte	Wahl-beteili-gung	Gültige Stimmen						
			insgesamt	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	DIE LINKE ¹	Sonstige
	Anzahl	%	Anzahl	%					
1979	2 726 474	78,1	2 085 336	49,2	41,1	6,4	2,4	-	0,9
1984	2 837 671	76,3	2 081 817	46,6	38,6	5,0	6,6	-	3,2
1989	2 888 854	77,2	2 182 162	38,7	40,2	5,7	7,3	-	8,0
1994	2 980 932	74,3	2 144 767	40,7	38,2	4,0	8,7	0,4	8,0
1999	3 015 747	63,8	1 876 005	50,0	35,2	3,7	5,2	0,8	5,2
2004	3 068 126	58,3	1 709 057	47,4	25,7	6,5	9,1	1,2	10,2
2009	3 104 297	55,6	1 657 035	39,8	25,7	11,2	9,5	3,5	10,3
2014	3 093 894	57,0	1 721 464	38,4	30,7	3,7	8,1	3,7	15,4

1 Bis 2004: PDS.

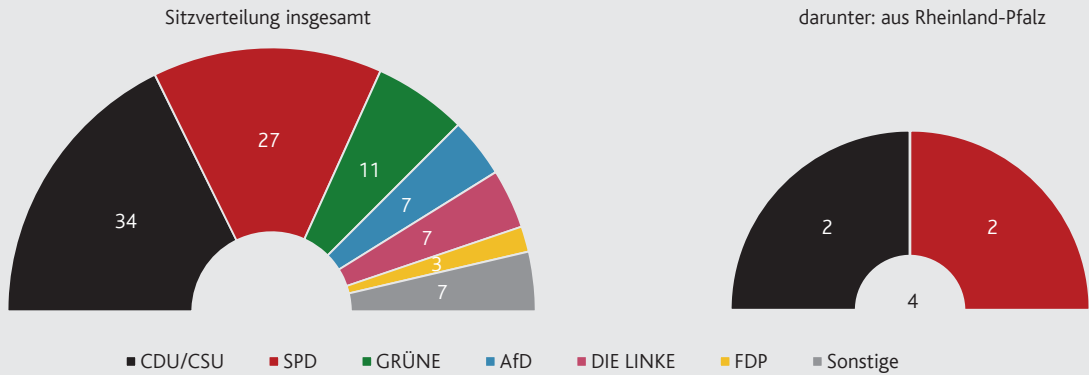
T 15 Sitzverteilung der deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament 1979–2014

Wahl-jahr	Sitze		CDU/CSU ¹		SPD		GRÜNE		FDP		DIE LINKE ²	Sonstige
	ins-gesamt	darunter: aus RLP	ins-gesamt	darunter: aus RLP	ins-gesamt	darunter: aus RLP	ins-gesamt	darunter: aus RLP	ins-gesamt	darunter: aus RLP	ins-gesamt	darunter: aus RLP
1979	78	5	40	3	34	2	-	-	4	-	-	-
1984	78	6	39	3	32	2	7	1	-	-	-	-
1989	78	5	31	2	30	2	7	1	4	-	-	6
1994	99	6	47	3	40	3	12	-	-	-	-	-
1999	99	7	53	4	33	3	7	-	-	-	6	-
2004	99	4	49	3	23	1	13	-	7	-	7	-
2009	99	6	42	3	23	2	14	-	12	1	8	-
2014	96	4	34	2	27	2	11	-	3	-	7	14

1 CSU nur in Bayern. – 2 Bis 2004: PDS.

G 12

Sitzverteilung der deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament 2014



Deutschland konnte 96 Abgeordnete in das 8. Europäische Parlament entsenden: Davon kommen 29 aus der CDU, 27 von der SPD, elf von den GRÜNEN, jeweils sieben von der AfD und der Partei DIE LINKE, fünf von der CSU, drei von der FDP und jeweils eine bzw. einen von der FAMILIE, den FREIEN WÄHLERN, der NPD, der ÖDP, der PARTEI, den PIRATEN und der Tierschutzpartei.

Rheinland-Pfalz stellt jeweils zwei Mandatsträger der CDU und der SPD.

T 16

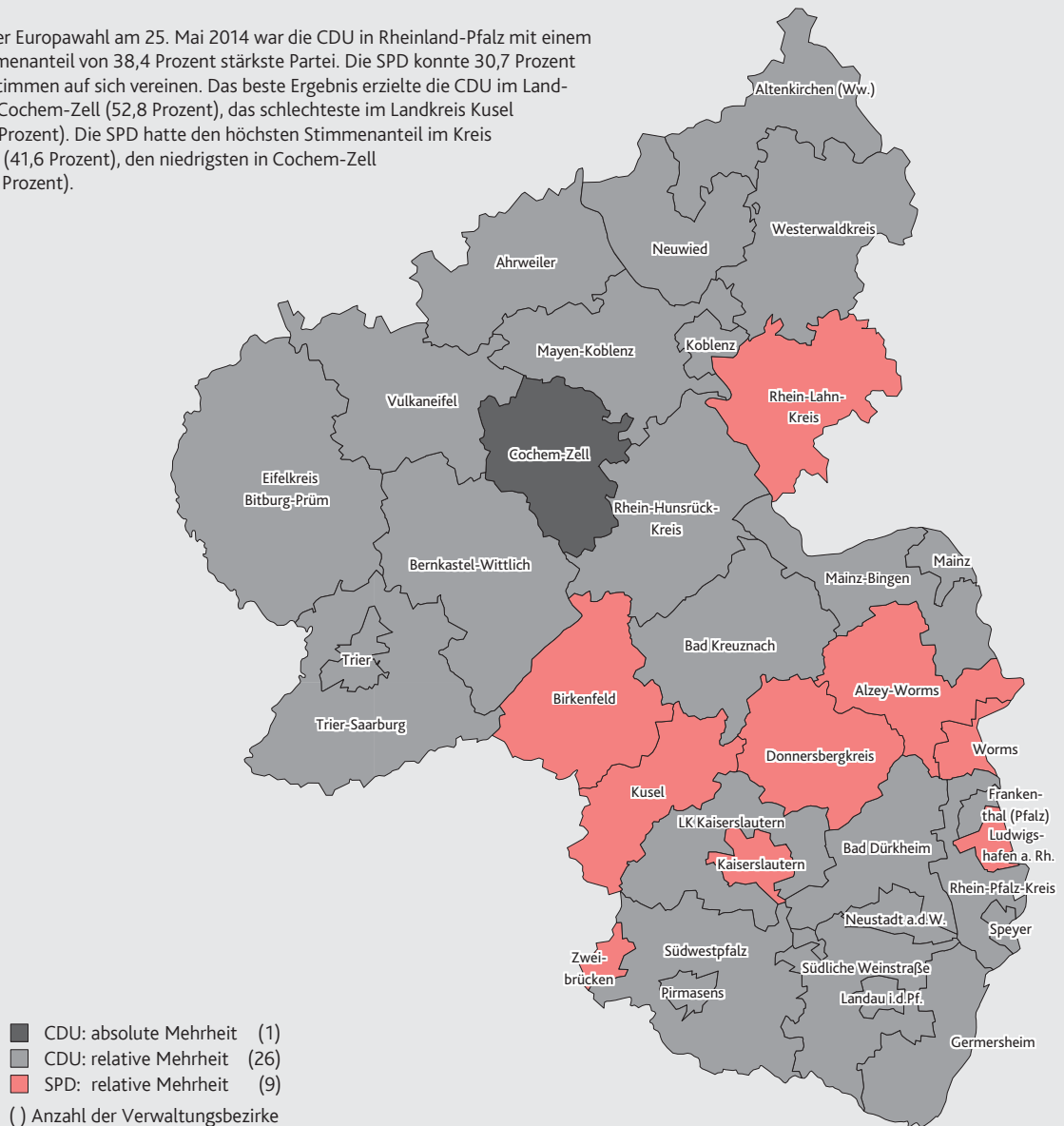
Europawahl vom 25. Mai 2014 nach Parteien und Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Wahl- berech- tigte	Wahl- beteili- gung	Stimmen							
			ungültig	gültig						
	Anzahl	%		insgesamt	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	DIE LINKE	Sonstige
				Anzahl	%					
Frankenthal (Pfalz), St.	34 215	48,1	1,8	16 169	39,9	29,4	3,2	6,8	4,6	16,1
Kaiserslautern, St.	73 674	43,7	1,5	31 664	29,3	32,9	4,1	10,3	6,3	17,2
Koblenz, St.	84 878	49,3	1,3	41 311	38,1	27,4	4,3	12,0	4,8	13,4
Landau i. d. Pfalz, St.	35 005	54,7	1,7	18 816	30,6	30,4	3,6	15,0	4,0	16,3
Ludwigshafen a. Rh., St.	104 309	45,0	1,8	46 110	30,2	35,2	3,1	7,9	4,4	19,2
Mainz, St.	146 148	55,1	1,1	79 605	30,0	28,9	4,3	17,4	5,2	14,2
Neustadt a. d. Weinstr., St.	41 441	55,1	1,6	22 485	37,3	27,5	4,6	11,2	3,4	16,1
Pirmasens, St.	32 144	44,9	2,7	14 055	38,5	31,2	3,6	4,0	5,0	17,8
Speyer, St.	36 768	50,1	1,4	18 170	33,0	29,4	3,7	13,1	5,0	15,9
Trier, St.	81 791	48,6	1,4	39 173	34,7	27,9	3,3	14,8	5,5	13,7
Worms, St.	59 521	48,8	2,2	28 440	33,2	33,6	4,1	9,0	3,7	16,2
Zweibrücken, St.	26 888	43,7	2,1	11 495	29,3	37,3	3,6	7,3	5,7	16,7
Ahrweiler	100 539	57,4	1,9	56 637	45,5	24,3	4,7	7,9	3,0	14,6
Altenkirchen (Ww.)	101 504	55,3	2,1	54 897	41,4	32,2	3,3	6,0	3,4	13,6
Alzey-Worms	97 080	60,9	2,8	57 519	33,0	34,1	4,2	7,9	3,6	17,2
Bad Dürkheim	104 828	60,3	2,2	61 860	36,1	31,1	4,3	7,9	2,9	17,7
Bad Kreuznach	121 149	58,6	2,4	69 272	35,4	35,2	4,2	7,1	3,6	14,5
Bernkastel-Wittlich	87 851	59,6	3,2	50 625	46,7	25,6	4,6	6,3	3,1	13,8
Birkenfeld	66 293	53,0	3,0	34 056	35,4	36,1	4,5	5,1	4,6	14,3
Cochem-Zell	50 665	63,6	3,2	31 187	52,8	22,9	3,5	4,9	2,9	13,1
Donnersbergkreis	58 725	59,2	2,8	33 809	30,3	35,9	3,8	6,9	3,9	19,2
Eifelkreis Bitburg-Prüm	73 408	62,8	3,6	44 467	48,0	26,2	3,4	6,9	2,4	13,1
Germersheim	94 277	57,8	2,3	53 258	38,5	29,8	3,5	6,7	3,1	18,4
Kaiserslautern	81 706	61,6	3,1	48 758	35,3	34,0	2,6	5,7	4,0	18,5
Kusel	58 242	61,4	3,5	34 500	27,7	41,6	2,3	5,6	5,0	17,9
Mainz-Bingen	157 364	62,7	2,0	96 658	36,7	31,4	4,2	10,4	3,2	14,1
Mayen-Koblenz	166 771	55,5	2,1	90 517	44,6	29,7	3,1	6,7	3,0	12,8
Neuwied	138 629	54,2	1,9	73 796	39,5	31,6	3,6	6,9	3,5	14,8
Rhein-Hunsrück-Kreis	80 424	61,7	2,5	48 355	41,9	30,6	4,3	5,9	3,7	13,5
Rhein-Lahn-Kreis	96 743	58,8	2,4	55 553	35,0	36,1	3,0	6,7	3,6	15,6
Rhein-Pfalz-Kreis	116 626	59,5	1,9	68 113	37,8	30,6	3,7	7,8	2,8	17,2
Südliche Weinstraße	87 691	63,3	2,8	53 911	37,9	29,6	4,0	8,4	2,9	17,2
Südwestpfalz	80 182	66,9	4,1	51 438	40,9	29,8	3,5	4,6	3,4	17,8
Trier-Saarburg	112 654	61,5	3,0	67 262	44,7	27,7	2,7	7,5	3,0	14,3
Vulkaneifel	48 766	60,6	3,4	28 553	48,6	25,7	3,6	5,5	3,5	13,1
Westerwaldkreis	154 995	58,9	2,5	88 970	43,8	29,0	3,4	6,4	3,4	13,9
Rheinland-Pfalz	3 093 894	57,0	2,4	1 721 464	38,4	30,7	3,7	8,1	3,7	15,4
kreisfreie Städte	756 782	49,3	1,6	367 493	33,0	30,5	3,9	12,1	4,9	15,7
Landkreise	2 337 112	59,5	2,6	1 353 971	39,9	30,8	3,7	7,0	3,3	15,3

K 4

Mehrheiten bei der Europawahl vom 25. Mai 2014 nach Verwaltungsbezirken

Bei der Europawahl am 25. Mai 2014 war die CDU in Rheinland-Pfalz mit einem Stimmenanteil von 38,4 Prozent stärkste Partei. Die SPD konnte 30,7 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Das beste Ergebnis erzielte die CDU im Landkreis Cochem-Zell (52,8 Prozent), das schlechteste im Landkreis Kusel (27,7 Prozent). Die SPD hatte den höchsten Stimmenanteil im Kreis Kusel (41,6 Prozent), den niedrigsten in Cochem-Zell (22,9 Prozent).



Datenquellen

Statistik	Tabelle	Grafik	Karten	Übersicht
Statistik der Landtagswahlen	T 1 bis T 4	G 1, G 2, G 4	K 1	-
Statistik der Kommunalwahlen	T 5 bis T 8	G 1, G 3, G 5 bis G 7	K 2	-
Statistik der Bezirkstagswahlen	T 9	-	-	-
Statistik der Bundestagswahlen	T 10 bis T 13	G 1, G 2, G 8 bis G 11	K 3	-
Statistik der Europawahlen	T 14 bis T 16	G 1, G 2, G 12	K 4	-

Methodik

9

Die Ergebnisse der Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen in Rheinland-Pfalz werden vom Statistischen Landesamt zusammengestellt und veröffentlicht. Zu berücksichtigen sind hierbei die unterschiedlichen Wahlsysteme der einzelnen Wahlen. Während die Wähler bei der Europawahl nur eine Stimme vergeben können, ist bei der Bundestags- und Landtagswahl die Vergabe von zwei Stimmen (Wahlkreis und Landesliste) möglich. Bei den Wahlen zu den kommunalen Vertretungsorganen verfügen die Wähler über so viele Stimmen wie Ratsmitglieder zu wählen sind. Hiermit verbunden ist zugleich die Besonderheit des Kumulierens und Panaschierens. Dies bedeutet, dass bis zu drei Stimmen an eine/n Bewerber/-in vergeben werden können und darüber hinaus die Wahl einzelner Bewerber/-innen aus unterschiedlichen Wahlvorschlägen möglich ist.

Aufgrund dieser Besonderheit ist eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu den kommunalen Vertretungsorganen mit anderen Wahlen nur bedingt möglich. Für eine Vergleichbarkeit werden sogenannte „gewichtete Ergebnisse“ dargestellt. Die gewichteten Ergebnisse werden ermittelt, indem die gültigen Stimmzettel im Verhältnis der Stimmenzahl der einzelnen Wahlvorschlagsträger aufgeteilt werden. Daraus ergibt sich folgender Berechnungsmodus:

$$\frac{\text{Zahl der gültigen Stimmzettel} \times \text{Zahl der Stimmen der Parteien}}{\text{Gesamtzahl der Stimmen}}$$

Glossar

Briefwähler/-innen

Als Briefwähler/-innen werden in das Wählerverzeichnis eingetragene Wahlberechtigte bezeichnet, die aufgrund eines zuvor beantragten Wahlscheins ihr Wahlrecht bereits im Vorfeld des Wahltermins per „Briefwahl“ ausgeübt haben.

Wahlberechtigte

Personen, die das formelle und materielle Wahlrecht besitzen und damit aktiv an der Wahl teilnehmen können. Diese Berechtigung ist an Bedingungen geknüpft, die am Tag der Wahl erfüllt sein müssen.

Ihr Wahlrecht wahrnehmen können alle Deutschen, die am Wahltag 18 Jahre alt sind und die je nach Wahl variierenden Seßhaftigkeitsvoraussetzungen erfüllen; in der Regel müssen sie seit drei Monaten im Wahlgebiet ihren Wohnsitz haben.

Bei Kommunalwahlen haben grundsätzlich auch alle Staatsangehörigen anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union das Wahlrecht. Bei der Europawahl bedarf es eines besonderen Antrags.

Darüber hinaus darf kein Ausschluss vom Wahlrecht vorliegen.

Wahlkreismandat

Sowohl bei der Bundestagswahl als auch bei der Landtagswahl ist aufgrund des personalisierten Verhältniswahlrechts das gesamte Wahlgebiet in Wahlkreise gegliedert. Dort treten Wahlkreisbewerber/-innen an. In das Parlament zieht derjenige direkt ein, der die meisten Stimmen erhalten hat.

Zweitstimme/Landesstimme

Die für jeden Wahlvorschlagsträger abgegebenen Zweit- oder Landesstimmen führen zu einem Anteil an den zu vergebenden Mandaten im Parlament. Bei Bundestags- und Landtagswahlen müssen zudem besondere Hürden („Sperrklausel“) überwunden werden.

Internet

www.wahlen.rlp.de

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/wahlen

Pressemitteilungen

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/wahlen/pressemitteilungen

Beiträge in den Statistischen Monatsheften

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/wahlen/monatsheftbeitraege

Regionaldatenbanken

www.statistik.rlp.de/regionaldaten/meine-heimat

Analysen

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/wahlen/analysen

Kurzpräsentationen

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/wahlen/kurzpraesentationen

Gemeinschaftsveröffentlichungen

www.statistik-portal.de

www.bundeswahlleiter.de





10. Justiz



Inhaltsverzeichnis

Tabellen

T 1: Ausgewählte Kennzahlen zur Justiz in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1990–2014	340
T 2: Verurteilte Personen 2013 nach Bundesländern	341
T 3: Angezeigte Straftaten 2004–2014	342
T 4: Angezeigte Straftaten 2004–2014 nach Art der strafbaren Handlung	343
T 5: Abgeurteilte Personen 2004–2014 nach Straftaten und Geschlecht	344
T 6: Verurteilte Personen 2014 nach Straftaten und angeordneter Strafe	345
T 7: Justizvollzugsanstalten und deren Belegung 2004–2014 nach Geschlecht und Vollzugsart	345
T 8: In Justizvollzugsanstalten einsitzende Strafgefangene Ende März 2014 nach Straftat, Geschlecht und angeordneter Strafe	346
T 9: Geschäftsanfall bei ordentlichen Gerichten 2006–2014	347
T 10: Geschäftsanfall bei Fachgerichten 2007–2014	349

Grafiken

G 1: Verurteilte 2004–2014 nach Straftaten	339
G 2: Verurteilte Jugendliche mit deutscher Staatsangehörigkeit 2013 nach Bundesländern	341

Übersichten

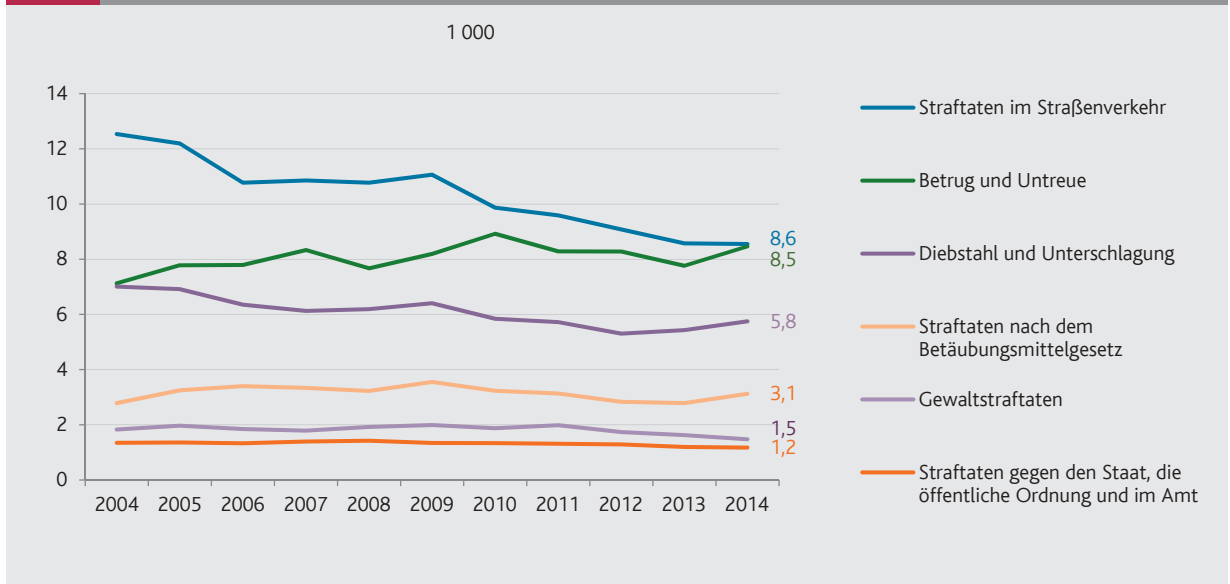
Ü 1: Strafverfolgung 2014	342
Ü 2: Straftaten nach dem Strafgesetzbuch	351

Metadaten

Datenquellen	350
Statistiken	350
Glossar	351
Internet	352

- Mehr als 264 500 Straftaten wurden 2014 in Rheinland-Pfalz zur Anzeige gebracht.
- Die Schadenssumme beläuft sich auf 330 Millionen Euro.
- Die Polizei ermittelte 114 000 Tatverdächtige, darunter rund 3 100 Kinder und fast 10 000 Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren.
- Im Jahr 2014 wurden in Rheinland-Pfalz 36 300 Personen rechtskräftig verurteilt, das sind fast drei Prozent mehr als im Jahr zuvor, aber nahezu 15 Prozent weniger als vor zehn Jahren.
- Die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer sind – gemessen am Bundesdurchschnitt – in geringerem Umfang in gerichtliche Prozessstreitigkeiten verwickelt. Mit Ausnahme der Streitigkeiten in Familiensachen liegt die Prozessquote je 100 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner immer unter dem Bundeswert.
- In fast 7 000 Fällen mussten die Familienrichter die elterliche Sorge neu regeln.
- Die Verfahren zum Schutz vor Gewalt und Nachstellung haben sich gegenüber 2006 nahezu vervierfacht.
- Urteilsverfahren vor dem Arbeitsrichter werden in der Regel innerhalb eines Vierteljahres entschieden. Klagen vor dem Sozialgericht sind bis zur Entscheidung mehr als ein Jahr anhängig.
- Im Jahr 2014 wurden von den Verwaltungsgerichten 1 200 Asylhauptverfahren und 600 Eilanträge zu Asylsachen entschieden. Das sind zwölf bzw. 75 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

10

G 1 Verurteilte 2004–2014 nach Straftaten


T 1

Ausgewählte Kennzahlen zur Justiz in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1990–2014

Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz						Deutschland	
		1990	2000	2006	2010	2013	2014	2013	2014
Angezeigte Straftaten	Anzahl	202 766	270 202	298 818	279 826	267 441	264 553	5 961 662	6 082 064
Messzahl	1990=100	100	133,3	147,4	138,0	131,9	130,5	x	x
je 100 000 Einwohner/-innen	Anzahl	5 434	6 703	7 362	6 974	6 688	6 623	7 404	7 530
Aufklärungsquote	%	51,2	58,9	62,6	62,5	60,9	61,9	54,5	54,9
Abgeurteilte Personen	Anzahl	47 518	45 376	47 228	48 255	43 339	44 247	935 788	...
eingestellte Verfahren	%	11,7	12,1	11,2	14,4	15,5	15,0	15,5	...
verurteilte Personen	Anzahl	39 847	38 834	40 907	40 008	35 343	36 313	755 938	...
Messzahl	1990=100	100	97,5	102,7	100,4	88,7	91,1	x	x
je 100 000 Strafmündige	Anzahl	1 257	1 138	1 168	1 141	1 007	1 033	1 172	...
Frauen	%	17,8	16,4	17,9	19,1	19,6	20,0	19,4	...
Männer	%	82,2	83,6	82,1	80,9	80,4	80,0	80,6	...
Justizvollzugsanstalten am 31.12.	Anzahl	10	11	10	10	10	10	186	184
Plätze	Anzahl	3 423	3 446	3 871	3 807	3 592	3 403	76 556	75 793
Einsitzende Strafgefangene am 31.3.	Anzahl	2 193	3 081	3 446	3 033	2 889	2 763	56 641	54 515
Frauen	%	3,9	4,2	5,1	5,3	5,5	6,0	5,6	5,7
Männer	%	96,1	95,8	94,9	94,7	94,5	94,0	94,4	94,3
Erledigte Verfahren bei Gerichten									
Amtsgerichte									
Zivilprozesssachen (Verfahren)	Anzahl	67 513	70 603	65 590	60 585	55 976	54 202	1 138 823	...
je 100 000 Einwohner/-innen	Anzahl	1 809,3	1 750,8	1 617,7	1 511,8	1 403,4	1 354,8	1 410,0	...
durchschnittliche Verfahrensdauer	Monate	4,2	4,2	4,4	4,4	4,5	4,7	4,8	...
Familiensachen (Verfahren)	Anzahl	23 101	28 094	28 793	34 113	33 620	32 247	668 713	...
je 100 000 Einwohner/-innen	Anzahl	619,1	696,7	710,2	851,2	842,9	806,0	828,0	...
durchschnittliche Verfahrensdauer	Monate	.	.	8,1	7,4	6,7	6,3	6,9	...
Strafverfahren	Anzahl	32 965	33 266	36 048	33 424	28 363	27 985	700 394	...
je 100 000 Einwohner/-innen	Anzahl	883,4	824,9	889,1	834,0	711,1	699,5	867,2	...
durchschnittliche Verfahrensdauer	Monate	4,5	4,3	4,8	4,4	4,5	4,2	3,8	...
Bußgeldverfahren	Anzahl	19 684	15 424	15 104	15 747	11 484	12 854	343 927	...
je 100 000 Einwohner/-innen	Anzahl	527,5	382,5	372,5	392,9	287,9	321,3	425,8	...
durchschnittliche Verfahrensdauer	Monate	2,4	2,3	2,8	3,4	3,4	3,3	2,8	...
Sozialgerichte (Klagen)	Anzahl	.	12 649	15 361	17 517	16 605	16 083	392 252	...
je 100 000 Einwohner/-innen	Anzahl	.	313,7	378,9	437,1	416,3	402,0	485,7	...
durchschnittliche Verfahrensdauer	Monate	.	.	.	12,8	12,4	12,3	14,4	...
Arbeitsgerichte (Urteilsverfahren) ¹	Anzahl	.	21 994	20 378	17 610	17 043	16 657	403 457	...
je 100 000 Einwohner/-innen	Anzahl	.	545,4	502,6	439,4	427,3	416,3	500,7	...
durchschnittliche Verfahrensdauer	Monate	.	.	.	3,1	2,9	2,8	3,1	...
Verwaltungsgerichte (Hauptverfahren)	Anzahl	6 087	7 130	4 474	3 174	3 280	3 492	146 278	...
je 100 000 Einwohner/-innen	Anzahl	163,1	176,8	110,3	79,2	82,2	87,3	181,1	...
durchschnittliche Verfahrensdauer	Monate	11,0	7,3	4,6	4,6	5,2	5,5	8,7	...
Finanzgerichte (Klagen)	Anzahl	1 650	1 979	1 561	1 567	1 477	1 426	39 364	...
je 100 000 Einwohner/-innen	Anzahl	44,2	49,1	38,5	39,1	37,0	35,6	48,7	...
durchschnittliche Verfahrensdauer	Monate	14,6	16,0	18,6	15,9	14,9	14,0	15,9	...

1 Einschließlich Eilsachen.

T 2

Verurteilte Personen 2013 nach Bundesländern

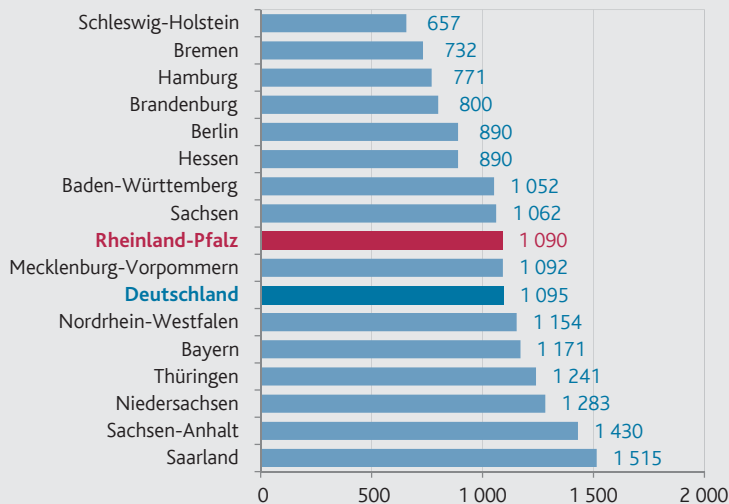
Bundesland	Insgesamt					Verurteilte Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit				
	Anzahl	Veränderung zu 2008	davon			Anzahl	Anteil an insgesamt in %	Jugend- liche je 100 000 der entsprechenden Altersgruppe	Heran- wachsende	Erwachsene
			Jugend- liche %	Heran- wachsende %	Erwachsene %					
Baden-Württemberg	105 316	-10,6	5,5	9,8	84,6	72 492	68,8	1 051,8	2 337,8	826,2
Bayern	122 693	-8,1	5,9	9,6	84,6	86 484	70,5	1 170,9	2 417,4	793,0
Berlin	38 119	-26,7	2,9	5,0	92,1	26 561	69,7	889,8	1 831,1	1 013,6
Brandenburg	19 264	-32,9	3,0	6,1	90,9	16 186	84,0	800,5	2 298,8	726,3
Bremen	8 294	-10,4	2,7	6,3	91,0	6 199	74,7	731,6	2 105,9	1 205,7
Hamburg	18 150	-21,1	3,5	5,9	90,6	11 672	64,3	771,0	1 728,8	866,8
Hessen	49 851	-11,8	5,1	7,3	87,6	33 502	67,2	890,1	1 670,8	682,0
Mecklenburg-Vorpommern	15 974	-15,5	3,0	6,1	90,9	14 647	91,7	1 092,0	3 065,0	1 004,2
Niedersachsen	71 237	-17,7	6,9	9,6	83,5	57 790	81,1	1 283,4	2 382,1	821,2
Nordrhein-Westfalen	162 973	-10,7	5,9	8,7	85,3	120 494	73,9	1 153,7	2 116,3	804,9
Rheinland-Pfalz	35 343	-12,3	5,8	9,3	85,0	28 437	80,5	1 089,5	2 236,4	808,8
Saarland	9 996	-20,3	6,3	8,9	84,8	7 972	79,8	1 514,9	2 396,3	887,1
Sachsen	42 679	-8,9	2,7	6,9	90,4	37 265	87,3	1 061,8	3 604,3	1 007,2
Sachsen-Anhalt	19 221	-18,2	4,6	8,4	87,0	17 870	93,0	1 430,2	3 645,6	825,0
Schleswig-Holstein	16 420	-20,7	5,3	9,0	85,6	14 025	85,4	656,6	1 476,7	559,6
Thüringen	20 408	-7,3	3,7	7,0	89,3	19 300	94,6	1 241,0	3 489,6	954,9
Deutschland	755 938	-13,6	5,2	8,5	86,3	570 896	75,5	1 094,8	2 279,8	822,2

10

G 2

Verurteilte Jugendliche mit deutscher Staatsangehörigkeit 2013 nach Bundesländern

je 100 000 Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren



In Rheinland-Pfalz wurden 2013 mehr als 2 000 Jugendliche (5,8 Prozent) im Alter zwischen 14 und 17 Jahren verurteilt. Nur in Niedersachsen, dem Saarland, Nordrhein-Westfalen und Bayern war der Anteil der Jugendkriminalität höher.

Gleiches gilt auch für die 18- bis 20-Jährigen. Nahezu jeder 10. Verurteilte gehörte zu dieser Personengruppe. Nur in Baden-Württemberg, Niedersachsen und Bayern wurden noch höhere Anteilswerte registriert.

Diese Aussage relativiert sich bei Betrachtung der sogenannten Verurteiltenziffer (ausländische Straftäter werden nicht berücksichtigt). Im Jahr 2013 kamen auf 100 000 deutsche Jugendliche 1 090 Verurteilte. Rheinland-Pfalz liegt damit knapp unter dem Bundesdurchschnitt (1 095) und im Ländervergleich im Mittelfeld.

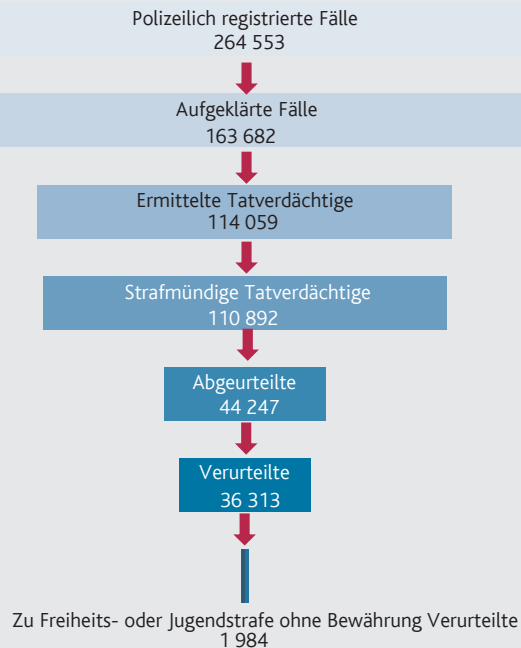
T 3 Angezeigte Straftaten 2004–2014

Merkmal	Einheit	2004	2010	2013	2014	Einheit	Veränderung 2014 zu	
							2004	2013
Angezeigte Straftaten	Anzahl	300 548	279 826	267 441	264 553	%	-12,0	-1,1
je 100 000 Einwohner/-innen	Anzahl	7 405	6 974	6 688	6 623	%	-10,6	-1,0
Aufklärungsquote	%	59,8	62,5	60,9	61,9	Prozentpunkte	2,1	1,0
Schadenssumme ¹	Mill. EUR	388,3	519,4	344,6	331,8	%	-14,6	-3,7
Betroffene Opfer (Fallzahlen)	Anzahl	319 526	298 477	289 259	287 253	%	-10,1	-0,7
natürliche Personen	Anzahl	196 053	181 654	184 065	178 405	%	-9,0	-3,1
Staat	Anzahl	42 683	46 531	38 992	43 918	%	2,9	12,6
Firmen, andere juristische Personen	Anzahl	75 114	66 489	63 267	62 210	%	-17,2	-1,7
unbekannt	Anzahl	5 676	3 803	2 935	2 720	%	-52,1	-7,3

¹ Geldwert des rechtswidrig erlangten Gutes.

10

Ü 1 Strafverfolgung 2014



T 4

Angezeigte Straftaten 2004–2014 nach Art der strafbaren Handlung

Strafbare Handlung	2004	2012	2013	2014			
				insgesamt	je 100 000 Einwohner/ -innen	Veränderung zu	
						2004	2013
Anzahl							
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	3 485	2 296	2 325	2 377	60	-31,8	2,2
darunter							
sexueller Missbrauch von Kindern	1 006	689	654	659	16	-34,5	0,8
sexuelle Nötigung/Vergewaltigung	815	689	581	602	15	-26,1	3,6
Straftaten gegen das Leben	207	132	76	102	3	-50,7	34,2
darunter							
Mord	41	35	15	20	1	-51,2	33,3
Totschlag, Tötung auf Verlangen	109	57	41	57	1	-47,7	39,0
Vorsätzliche Körperverletzung	26 848	30 243	29 881	28 607	716	6,6	-4,3
darunter: gefährliche und schwere Körperverletzung, Vergiftung	7 768	7 293	6 906	6 304	158	-18,8	-8,7
Straftaten gegen die persönliche Freiheit	9 408	10 495	10 495	10 430	261	10,9	-0,6
Diebstahl	110 541	84 200	85 782	84 650	2 119	-23,4	-1,3
darunter							
Wohnungseinbruchsdiebstahl	8 262	5 479	5 858	5 819	146	-29,6	-0,7
Ladendiebstahl	19 145	12 352	13 157	12 998	325	-32,1	-1,2
aus oder an Kraftfahrzeugen	24 278	12 407	13 178	12 573	315	-48,2	-4,6
Fahrraddiebstahl	9 583	7 279	6 975	7 943	199	-17,1	13,9
Raub, räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kraftfahrer	1 845	1 636	1 590	1 441	36	-21,9	-9,4
Vermögens- und Fälschungsdelikte	63 362	52 838	53 714	50 549	1 266	-20,2	-5,9
darunter							
Betrug	51 643	42 098	43 021	39 756	995	-23,0	-7,6
Unterschlagung	5 362	5 963	6 100	5 935	149	10,7	-2,7
Urkundenfälschung	2 675	2 875	2 413	2 513	63	-6,1	4,1
Sachbeschädigung	31 435	31 143	29 790	27 719	694	-11,8	-7,0
Straftaten gegen die Umwelt	2 974	3 058	2 641	2 662	67	-10,5	0,8
Rauschgiftdelikte nach dem Betäubungsmittelgesetz	17 542	13 777	14 178	16 561	415	-5,6	16,8
Sonstige Straftaten	32 901	37 657	36 969	39 455	988	19,9	6,7
Straftaten insgesamt	300 548	267 471	267 441	264 553	6 623	-12,0	-1,1

T 5 Abgeurteilte Personen 2004–2014 nach Straftaten und Geschlecht

Straftat ¹	Einheit	2004	2012	2013	2014	Einheit	Veränderung 2014 zu	
							2004	2013
Straftaten nach dem Strafgesetzbuch (ohne Straftaten im Straßenverkehr)	Anzahl	29 649	29 608	28 810	29 230	%	-1,4	1,5
Frauen	Anteil in %	69,1	72,7	73,8	73,8	Prozentpunkte	4,7	0,1
Männer	Anteil in %	59,0	64,0	64,7	64,1	Prozentpunkte	5,2	-0,6
Straftaten gegen den Staat, die öffentliche Ordnung und im Amt	Anzahl	1 669	1 716	1 613	1 604	%	-3,8	-0,6
Frauen	Anteil in %	4,8	4,5	4,4	4,6	Prozentpunkte	-0,2	0,2
Männer	Anteil in %	3,1	3,6	3,6	3,4	Prozentpunkte	0,2	-0,2
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	Anzahl	535	461	465	460	%	-13,9	-1,1
Frauen	Anteil in %	0,2	0,2	0,1	0,1	Prozentpunkte	-0,1	-0,0
Männer	Anteil in %	1,3	1,2	1,3	1,3	Prozentpunkte	-0,0	-0,0
andere Straftaten gegen die Person	Anzahl	7 505	7 944	7 790	7 219	%	-3,8	-7,3
Frauen	Anteil in %	8,7	10,0	10,3	9,2	Prozentpunkte	0,5	-1,1
Männer	Anteil in %	16,7	19,5	19,9	18,1	Prozentpunkte	1,4	-1,8
Diebstahl und Unterschlagung	Anzahl	7 862	6 526	6 569	6 981	%	-11,2	6,3
Frauen	Anteil in %	22,4	19,1	20,6	20,2	Prozentpunkte	-2,2	-0,4
Männer	Anteil in %	14,8	13,4	13,8	14,7	Prozentpunkte	-0,1	0,9
Raub, räuberische Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer	Anzahl	505	447	477	496	%	-1,8	4,0
Frauen	Anteil in %	0,3	0,4	0,4	0,5	Prozentpunkte	0,2	0,1
Männer	Anteil in %	1,2	1,1	1,3	1,3	Prozentpunkte	0,1	0,0
andere Vermögens-, Eigentums- und Urkundendelikte	Anzahl	10 856	12 222	11 682	12 248	%	12,8	4,8
Frauen	Anteil in %	31,8	38,1	37,7	38,9	Prozentpunkte	7,1	1,2
Männer	Anteil in %	20,3	24,5	24,3	24,9	Prozentpunkte	4,6	0,6
gemeingefährliche Straftaten außer im Straßenverkehr	Anzahl	717	292	214	222	%	-69,0	3,7
Frauen	Anteil in %	0,9	0,4	0,2	0,3	Prozentpunkte	-0,7	0,0
Männer	Anteil in %	1,6	0,7	0,6	0,6	Prozentpunkte	-1,0	0,0
Straftaten im Straßenverkehr sowie Regelungen des Straßenverkehrsgesetzes	Anzahl	13 434	9 971	9 382	9 472	%	-29,5	1,0
Frauen	Anteil in %	20,8	17,4	17,8	17,5	Prozentpunkte	-3,4	-0,3
Männer	Anteil in %	28,9	23,3	22,6	22,4	Prozentpunkte	-6,5	-0,2
Straftaten nach anderen Bundes- und Landesgesetzen	Anzahl	5 772	5 465	5 147	5 545	%	-3,9	7,7
Frauen	Anteil in %	10,1	9,9	8,4	8,7	Prozentpunkte	-1,3	0,3
Männer	Anteil in %	12,2	12,7	12,7	13,5	Prozentpunkte	1,3	0,8
Straftaten insgesamt	Anzahl	48 855	45 044	43 339	44 247	%	-9,4	2,1
Frauen	Anteil in %	100	100	100	100	Prozentpunkte	x	x
Männer	Anteil in %	100	100	100	100	Prozentpunkte	x	x

1 Zur Abgrenzung siehe Metadaten.

T 6 Verurteilte Personen 2014 nach Straftaten und angeordneter Strafe

Straftat ¹	Ins- gesamt	Davon nach				Darunter: waren vorbestraft
		allgemeinem Strafrecht		Jugendstrafrecht		
		Freiheitsstrafe ²	Geldstrafe	Jugendstrafe	Zuchtmittel ³	
	Anzahl	%				
Straftaten nach dem Strafgesetzbuch (ohne Straftaten im Straßenverkehr)	22 871	19,4	67,8	3,2	9,5	56,8
Straftaten gegen den Staat, die öffentliche Ordnung und im Amt	1 174	16,3	71,0	2,0	10,6	52,1
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	376	50,3	33,8	7,7	8,2	34,6
andere Straftaten gegen die Person	4 768	24,5	56,8	4,6	14,1	58,9
Diebstahl und Unterschlagung	5 750	22,2	61,4	3,6	12,7	58,0
Raub, räuberische Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer	407	49,1	3,2	38,8	8,8	60,7
andere Vermögens-, Eigentums- und Urkundendelikte	10 219	13,4	80,1	0,8	5,7	56,4
gemeingefährliche Straftaten außer im Straßenverkehr	177	27,1	61,6	6,2	5,1	50,3
Straftaten im Straßenverkehr sowie Regelungen des Straßenverkehrsgesetzes	8 554	7,6	88,0	0,2	4,2	32,9
Straftaten nach anderen Bundes- und Landesgesetzen	4 888	22,0	67,6	1,8	8,6	51,7
Straftaten insgesamt	36 313	17,0	72,5	2,3	8,2	50,5

1 Zur Abgrenzung siehe Metadaten. – 2 Einschließlich Strafarrrest. – 3 Einschließlich Erziehungsmaßregeln.

T 7 Justizvollzugsanstalten und deren Belegung 2004–2014 nach Geschlecht und Vollzugsart

Jahr	Justiz- vollzugs- anstalten	Insgesamt				Geschlossener Vollzug		Offener Vollzug	
		Plätze	Belegung am Jahresende			Plätze	Belegung am Jahresende	Plätze	Belegung am Jahresende
			zusammen	Frauen	Männer				
	Anzahl			%			Anzahl		
2004	10	3 871	3 582	4,8	95,2	3 406	3 510	465	72
2005	10	3 871	3 622	5,0	95,0	3 406	3 557	465	65
2006	10	3 871	3 550	5,3	94,7	3 406	3 490	465	60
2007	10	3 871	3 371	5,0	95,0	3 406	3 319	465	52
2008	10	3 608	3 143	5,3	94,7	3 133	3 093	475	50
2009	10	3 605	3 129	5,0	95,0	3 130	3 079	475	50
2010	10	3 807	3 100	5,6	94,4	3 332	3 058	475	42
2011	10	3 835	2 958	5,6	94,4	3 360	2 873	475	85
2012	10	3 534	2 987	5,1	94,9	3 059	2 927	475	60
2013	10	3 592	2 852	5,5	94,5	3 123	2 785	469	67
2014	10	3 403	2 832	6,3	93,7	3 115	2 776	288	56

T 8

In Justizvollzugsanstalten einsitzende Strafgefangene Ende März 2014 nach Straftat, Geschlecht und angeordneter Strafe

Straftat ¹	Insgesamt	Frauen	Männer	Angeordnete Straftat		
				Freiheits- strafe ²	Jugend- strafe ³	Sicherungs- verwahrung
	Anzahl	%				
Straftaten nach dem Strafgesetzbuch (ohne Straftaten im Straßenverkehr)	2 225	6,2	93,8	83,3	14,6	2,1
Straftaten gegen den Staat, die öffentliche Ordnung und im Amt	57	3,5	96,5	89,5	10,5	-
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	260	1,5	98,5	77,7	11,5	10,8
andere Straftaten gegen die Person	622	3,5	96,5	86,5	12,9	0,6
Diebstahl und Unterschlagung	521	6,7	93,3	84,3	15,7	-
Raub, räuberische Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer	355	3,4	96,6	69,3	27,0	3,7
andere Vermögens-, Eigentums- und Urkundendelikte	377	16,2	83,8	93,4	6,6	-
gemeingefährliche Straftaten außer im Straßenverkehr	33	9,1	90,9	78,8	18,2	3,0
Straftaten im Straßenverkehr sowie Regelungen des Straßenverkehrsgesetzes	126	1,6	98,4	94,4	5,6	-
Straftaten nach anderen Bundes- und Landesgesetzen	412	6,3	93,7	95,4	4,6	-
Straftaten insgesamt	2 763	6,0	94,0	85,6	12,7	1,7
1 Zur Abgrenzung siehe Metadaten. – 2 Einschließlich Jugendstrafe bei Verurteilten, die aus dem Jugendstrafvollzug ausgenommen sind. – 3 Einschließlich Freiheitsstrafen, die in einer Jugendstrafanstalt vollzogen werden.						

T 9

Geschäftsanfall bei ordentlichen Gerichten 2006–2014

Vorgang	2006	2010	2013	2014		
				insgesamt	Veränderung zu	
					2006	2013
	Anzahl			%		
Zivilprozesssachen						
Amtsgerichte						
erledigte Verfahren	65 590	60 585	55 976	54 202	-17,4	-3,2
darunter						
Wohnungsmiet- und sonstige Mietsachen	11 284	12 666	12 358	12 241	8,5	-0,9
Kaufsachen	7 432	7 664	8 845	8 749	17,7	-1,1
Verkehrsunfallsachen	5 383	6 521	6 760	6 973	29,5	3,2
Honorarforderungen	2 699	2 506	2 333	2 363	-12,4	1,3
Ansprüche aus Versicherungsverträgen	2 315	1 805	1 771	1 674	-27,7	-5,5
Landgerichte						
erstinstanzliche Verfahren	17 176	15 585	15 187	14 499	-15,6	-4,5
darunter						
Miet-, Kredit- und Leasingsachen	2 490	2 473	1 972	1 901	-23,7	-3,6
Bau- und Architektensachen	1 764	1 543	1 615	1 570	-11,0	-2,8
Kaufsachen	938	1 449	1 512	1 486	58,4	-1,7
Verkehrsunfallsachen	530	960	1 198	1 204	127,2	0,5
Berufungsverfahren	3 018	2 760	2 679	2 687	-11,0	0,3
darunter						
Wohnungsmiet- und sonstige Mietsachen	482	478	487	466	-3,3	-4,3
Kaufsachen	351	161	166	203	-42,2	22,3
Verkehrsunfallsachen	458	425	440	437	-4,6	-0,7
Nachbarschaftssachen	74	69	60	57	-23,0	-5,0
Oberlandesgerichte						
Berufungsverfahren	2 755	2 197	2 670	2 489	-9,7	-6,8
Familiensachen						
Amtsgerichte						
erledigte Verfahren	28 973	34 113	33 620	32 247	11,3	-4,1
darunter						
Versorgungsausgleich	12 024	12 368	12 281	10 948	-8,9	-10,9
Regelung der elterlichen Sorge	3 956	6 307	6 592	6 950	75,7	5,4
Unterhalt für das Kind	4 095	4 061	3 686	3 558	-13,1	-3,5
Unterhalt für den/die Ehegatten/-in bzw. Lebenspartner/-in	4 167	3 229	2 781	2 737	-34,3	-1,6
Maßnahme zum Schutz vor Gewalt und Nachstellung	649	2 054	2 552	2 527	289,4	-1,0

noch:
T 9

Geschäftsanfall bei ordentlichen Gerichten 2006–2014

Vorgang	2006	2010	2013	2014		
				insgesamt	Veränderung zu	
					2006	2013
	Anzahl				%	
noch: Familiensachen						
Oberlandesgerichte						
Berufungsverfahren und Beschwerden gegen Endentscheidungen	1 438	1 416	1 434	1 398	-2,8	-10,3
darunter						
Scheidungs- und andere Ehesachen	51	64	76	54	5,9	-29,9
Versorgungsausgleich	298	294	403	398	33,6	0,8
Regelung der elterlichen Sorge	156	220	278	294	88,5	-5,8
Unterhalt für das Kind	334	304	207	180	-46,1	-22,4
Unterhalt für den/die Ehegatten/-in bzw. Lebenspartner/-in	460	325	209	201	-56,3	-8,2
Straf- und Bußgeldverfahren						
Amtsgerichte						
Strafverfahren	36 048	33 424	28 363	27 985	-22,4	-7,6
darunter Verfahren wegen						
vorsätzlicher Körperverletzung	3 934	4 275	3 549	3 323	-15,5	-10,7
Diebstahl und Unterschlagung	5 660	4 953	4 260	4 590	-18,9	0,9
Betrug und Untreue	4 843	4 593	4 329	4 759	-1,7	9,1
Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz	3 194	2 671	2 224	2 545	-20,3	10,4
Verkehrsstraftaten	6 992	6 114	4 848	4 885	-30,1	-11,1
Wirtschafts- und Steuerstrafsachen	660	570	465	513	-22,3	-18,3
Bußgeldverfahren	15 104	15 747	11 484	12 854	-14,9	-1,8
Landgerichte						
erstinstanzliche Strafverfahren	778	663	588	578	-25,7	-4,1
Berufungen in Strafverfahren	2 403	2 369	1 981	2 005	-16,6	-0,9
Oberlandesgerichte						
Revisionen in Strafverfahren	263	298	243	268	1,9	3,1
Rechtsbeschwerden in Bußgeldsachen	258	356	279	340	31,8	9,0
darunter: Verfahren, die eine im Straßenverkehr begangene Ordnungswidrigkeit betrafen	243	342	271	328	35,0	11,2

T 10 Geschäftsanfall bei Fachgerichten 2007–2014

Vorgang	2007	2010	2013	2014		
				insgesamt	Veränderung zu	
					2007	2013
				Anzahl	%	
Sozialgerichtsbarkeit						
Sozialgerichte						
Klagen	14 463	17 517	16 605	16 083	11,2	-3,1
Eilsachen	1 497	1 984	1 715	1 590	6,2	-7,3
Landessozialgericht						
Berufungen	1 745	1 570	1 649	1 482	-15,1	-10,1
Beschwerdeverfahren	476	540	569	616	29,4	8,3
Eilsachen	325	291	293	348	7,1	18,8
Arbeitsgerichtsbarkeit						
Arbeitsgerichte						
Urteilsverfahren ¹	18 282	17 610	17 043	16 657	-8,9	-2,3
Beschlussverfahren ¹	572	382	327	306	-46,5	-6,4
Landesarbeitsgericht						
Berufungsverfahren ¹	868	728	561	657	-24,3	17,1
Verwaltungsgerichtsbarkeit						
Verwaltungsgerichte						
Hauptverfahren	3 860	3 174	3 280	3 492	-9,5	6,5
darunter: Asylverfahren	747	859	1 079	1 209	61,8	12,0
Eilsachen	1 523	2 131	2 360	2 483	63,0	5,2
darunter: Asylverfahren	210	259	333	584	178,1	75,4
Oberverwaltungsgericht						
Berufungen	776	625	627	598	-22,9	-4,6
Eilsachen	392	569	444	366	-6,6	-17,6
Finanzgerichtsbarkeit						
Finanzgericht						
Hauptverfahren	1 590	1 567	1 477	1 426	-10,3	-3,5
Eilsachen	175	192	172	177	1,1	2,9
1 Einschließlich Eilsachen.						

Datenquellen

Statistik	Tabelle	Grafik	Karten	Übersicht
Polizeiliche Kriminalstatistik des Landes Rheinland-Pfalz	T 1, T 3, T 4, T 5	-	-	Ü 1
Strafverfolgungsstatistik	T 1, T 2, T 6,	G 1, G 2	-	-
Strafvollzugsstatistik	T 1, T 7, T 8	-	-	-
Justizgeschäftsstatistiken	T 1, T 9	-	-	-

Statistiken

Die im Statistischen Landesamt erstellten Rechtspflegestatistiken lassen sich in zwei Gruppen aufteilen:

- Justizgeschäftsstatistiken, in denen der Geschäftsanfall bei Staatsanwaltschaften und Gerichten erfasst wird. Dazu gehören:

- Statistik bei den Staats- und Anwaltschaften,
- Statistik über Straf- und Bußgeldverfahren,
- Statistik über Zivilsachen,
- Statistik über Familiensachen,
- Statistik in der Verwaltungsgerichtsbarkeit,
- Statistik in der Finanzgerichtsbarkeit,
- Statistik in der Sozialgerichtsbarkeit,
- Statistik in der Arbeitsgerichtsbarkeit.

- Rechtspflegestatistiken im engeren Sinne, die auch als Personenstatistiken bezeichnet werden. Hierzu zählen insbesondere:

- Strafverfolgungsstatistik,
- Strafvollzugsstatistik,
- Polizeiliche Kriminalstatistik.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik wird vom Landeskriminalamt erstellt. Die deutsche Gerichtsbarkeit gliedert sich in folgende fünf Zweige:

- Ordentliche Gerichtsbarkeit (Zivil- und Strafgerichte einschließlich der Staats- und Anwaltschaften),
- Verwaltungsgerichtsbarkeit,
- Finanzgerichtsbarkeit,
- Sozialgerichtsbarkeit,
- Arbeitsgerichtsbarkeit.

Ü 2

Straftaten nach dem Strafgesetzbuch

Eine Verurteilung kann nur nach den Strafvorschriften eines Gesetzes erfolgen. In der Regel finden die Bestimmungen des Strafgesetzbuches Anwendung. Einzelne Vorschriften werden zu Hauptgruppen oder Abschnitten zusammengefasst. Aber auch andere Bundes- und Landesgesetze können Strafvorschriften beinhalten, auf deren Grundlage eine rechtskräftige Aburteilung erfolgt (z. B. Straßenverkehrsgesetz).

Straftat	Vorschriften des Strafgesetzbuches
Straftaten nach dem Strafgesetzbuch (ohne Straftaten im Straßenverkehr)	§§ 80-357, außer §§ 142, 315b-316 sowie §§ 222, 229 und 323a, wenn diese nicht in Verbindung mit einem Verkehrsunfall begangen wurden
Straftaten gegen den Staat, die öffentliche Ordnung und im Amt	§§ 80-168, 331-358
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	§§ 174-184 f.
Andere Straftaten gegen die Person	§§ 169-173, 185-241a
Diebstahl und Unterschlagung	§§ 242-248 c
Raub, räuberische Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer	§§ 249-255, 316a
Andere Vermögens-, Eigentums- und Urkundendelikte	§§ 257-305a
Gemeingefährliche Straftaten – außer im Straßenverkehr	§§ 306-330a
Straftaten im Straßenverkehr	§§ 142, 222, 229, 315b-316, 323a StVG

Der Geschäftsanfall der Gerichte wird in den Justizgeschäftsstatistiken erfasst, wobei jeweils die Zahl der erledigten Verfahren sowie Zugang und Bestand unerledigter Verfahren erhoben werden.

Die **Strafverfolgungsstatistik** beruht auf den Meldungen der Staatsanwaltschaften über die nach allgemeinem Strafrecht sowie die nach Jugendstrafrecht rechtskräftig Abgeurteilten. Erhebungsmerkmale sind insbesondere die dem Verfahren zugrunde liegende Straftat, die gerichtliche Entscheidung bzw. – bei Verurteilten – die erkannte Strafe sowie Alter, Geschlecht und Nationalität.

Die **polizeiliche Kriminalstatistik** wird vom Landeskriminalamt erstellt und weist im Gegensatz zur Strafverfolgungsstatistik sämtlich bekannt gewordenen Straftaten aus, also auch jene, bei denen

kein Täter ermittelt werden konnte (Anzeigen gegen Unbekannt) oder bei denen ein Verfahren nicht eröffnet wurde. Nicht enthalten sind im Wesentlichen Verstöße gegen strafrechtliche Landesgesetze, Staatsschutzdelikte sowie Verkehrsdelikte. Soweit ein Verurteilter mehrere Straftaten begangen hat, werden diese in der Kriminalstatistik jeweils einzeln gezählt, wogegen in der Strafverfolgungsstatistik eine personenbezogene Nachweisung der Abgeurteilten erfolgt.

Die **Strafvollzugsstatistik** gibt einen Überblick über die Zahl der Justizvollzugsanstalten und deren Belegungskapazität, den Bestand sowie die Zu- und Abgänge an Gefangenen und Verwahrten. Für die einsitzenden Strafgefangenen werden darüber hinaus persönliche und kriminologische Merkmale erhoben.

Glossar

Abgeurteilte Personen

Zu den abgeurteilten Personen zählen Angeklagte, gegen die Strafbefehle erlassen oder bei denen das Strafverfahren nach Eröffnung des Hauptverfahrens durch Urteil oder Einstellungsbeschluss rechtskräftig abgeschlossen wurde. Ihre Zahl setzt sich zusammen aus den Verurteilten und aus Personen, die freigesprochen, bei denen das Verfahren eingestellt oder andere Entscheidungen getroffen wurden.

Allgemeines Strafrecht

Wird bei Erwachsenen oder Heranwachsenden (soweit diese nach ihrer Persönlichkeitsentwicklung den Erwachsenen gleichstehen) angewendet. Nach allgemeinem Strafrecht hauptsächlich vorgesehene Sanktionen sind Freiheitsstrafe und Geldstrafe.

Erziehungsmaßregeln

Erziehungsmaßregeln können im Rahmen des Jugendstrafrechts allein oder in Verbindung mit Zuchtmitteln vom Jugendgericht verhängt werden. Hierzu zählen die Erteilung von Weisungen, Erziehungsbeistandschaft und Heimerziehung einschließlich sonstiger betreuter Wohnformen, wie die Unterbringung in einer Familie (§§ 10, 12 JGG). Weisungen sind Gebote und Verbote, welche die Lebensführung der Jugendlichen regeln. Im Rahmen der Erziehungsbeistandschaft werden die Sorgeberechtigten bei der Erziehung unterstützt.

Freiheitsstrafe

Zeitlich befristete Strafe, wenn das Gesetz nicht lebenslange Freiheitsstrafe androht. Das Höchstmaß liegt derzeit bei fünfzehn Jahren, das Mindestmaß bei einem Monat (§ 38 StGB).

Geldstrafe

Sie bemisst sich in Tagessätzen (§ 40 StGB). Bei der Festsetzung der Höhe und Anzahl der Tagessätze werden die persönlichen und finanziellen Verhältnisse des Täters berücksichtigt.

Gewaltverbrechen

Straftaten, die vorsätzlich unter Einsatz roher körperlicher Gewalt gegen Personen begangen werden.

Heranwachsende

Personen, die zur Zeit der Tat zwischen 18 und 20 Jahre alt waren. Sie können nach allgemeinem oder nach Jugendstrafrecht abgeurteilt werden. Grundlage für die Entscheidung des angewendeten Strafrechts ist die persönliche Reife des Straftäters.

Jugendliche

Personen, die zur Zeit der Tat 14 bis 17 Jahre alt waren. Ihre Aburteilung erfolgt ausschließlich nach Jugendstrafrecht.

Jugendstrafe

Schwerste Form der Bestrafung nach dem Jugendgerichtsgesetz (JGG). Die übrigen Sanktionen (Zuchtmittel und Erziehungsmaßregeln) haben nicht die Rechtswirkung einer Strafe und führen auch zu keiner Eintragung in das Strafregister. Das Höchstmaß der Jugendstrafe beträgt zehn Jahre, das Mindestmaß sechs Monate.

Jugendstrafrecht

Wird ausschließlich bei Jugendlichen und Heranwachsenden, die nach ihrer sittlichen und geistigen Entwicklung einem Jugendlichen gleichstehen, angewendet. Nach Jugendstrafrecht vorgesehene Sanktionen sind Jugendstrafe, Zuchtmittel und Erziehungsmaßregeln.

Sicherungsverwahrung

Ein Straftäter, gegen den Sicherungsverwahrung angeordnet wird, verbleibt in Verwahrung, nachdem er eine verhängte Freiheitsstrafe verbüßt hat, sofern seine Gefährlichkeit nach Auffassung des Gerichts noch fortbesteht bzw. die Nichtgefährlichkeit nicht zweifelsfrei geklärt ist.

Metadaten

Strafgefangene

Personen, die in den Justizvollzugsanstalten eine Freiheits- oder Jugendstrafe verbüßen. Dazu zählen auch Einsitzende, die zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe oder Sicherungsverwahrung verurteilt wurden.

Strafmündigkeit

Fähigkeit, strafrechtlich verantwortlich zu sein. Sie beginnt mit 14 Jahren. Kinder unter 14 Jahre sind schuldunfähig und damit strafunmündig.

Straftat

Ist eine konkrete, nach gesetzlich festgelegten Strafbestimmungen rechtswidrige und schuldhafte Tat.

Zuchtmittel

Richter/-innen ahnden die Straftat mit Zuchtmitteln, wenn Jugendstrafe nicht geboten ist, dem Jugendlichen aber eindringlich zum Bewusstsein gebracht werden muss, dass er für das von ihm begangene Unrecht einzustehen hat. Hierzu zählen Verwarnung (§ 14 JGG), Erteilung von Auflagen (§ 15 JGG) und Jugendarrest (§ 16 JGG). Es können mehrere Zuchtmittel und Erziehungsmaßnahmen nebeneinander angeordnet werden.

Internet

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/rechtspflege

www.lka.de

Pressemitteilungen

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/rechtspflege/pressemitteilungen

Statistische Berichte

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/rechtspflege/statistische-berichte

Kurzpräsentationen

www.statistik.rlp.de/gesellschaft-und-staat/rechtspflege/kurzpraesentationen

Gemeinschaftsveröffentlichungen

www.statistik-portal.de



11. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen



Inhaltsverzeichnis

Tabellen

T 1: Ausgewählte Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen für Rheinland-Pfalz und für Deutschland 1991–2014	356
T 2: Bruttoinlandsprodukt 2014 nach Bundesländern	357
T 3: Bruttowertschöpfung 2014 nach Bundesländern und Wirtschaftsbereichen	358
T 4: Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts 1991–2013	359
T 5: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen 1991–2014 nach Wirtschaftsbereichen	361
T 6: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung preisbereinigt 1991–2014 nach Wirtschaftsbereichen	361
T 7: Arbeitnehmerentgelt 1991–2014 nach Wirtschaftsbereichen	362
T 8: Einkommen und Sparen der privaten Haushalte 1991–2013	362
T 9: Neue Anlagen 1991–2012 nach Wirtschaftsbereichen	363
T 10: Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen 2013 nach Verwaltungsbezirken	364
T 11: Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen 2013 nach Wirtschaftsbereichen und Verwaltungsbezirken	366
T 12: Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2013 nach Verwaltungsbezirken	368

Grafiken

G 1: Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2004–2014	355
G 2: Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt 2014 nach Bundesländern	357
G 3: Bruttowertschöpfung 2004 und 2014 nach Wirtschaftsbereichen	358

Übersichten

Ü 1: Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts 2012	360
Ü 2: Schematische Darstellung wichtiger Begriffe der VGR	370

Karten

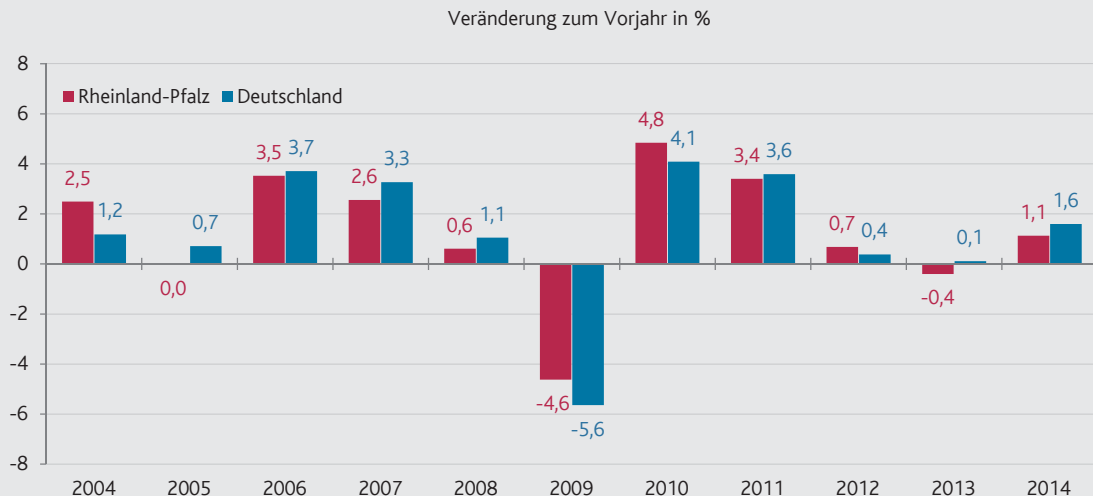
K 1: Bruttoinlandsprodukt 2013 nach Verwaltungsbezirken	365
K 2: Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe 2013 nach Verwaltungsbezirken	367
K 3: Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2013 nach Verwaltungsbezirken	369

Metadaten

Datenquellen	370
Methodik	370
Glossar	371
Internet	374

- Das Bruttoinlandsprodukt stieg in Rheinland-Pfalz 2014 preisbereinigt um 1,1 Prozent. Der Zuwachs war etwas niedriger als im Bundesdurchschnitt. Wachstumsimpulse kamen überwiegend aus den Dienstleistungsbereichen.
- In jeweiligen Preisen betrug der Wert der erbrachten wirtschaftlichen Leistung 127,6 Milliarden Euro.
- Der Anteil am deutschen Bruttoinlandsprodukt lag bei 4,4 Prozent.
- Erwerbstätige am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz erwirtschafteten im Durchschnitt 64 853 Euro.
- Im Jahr 2013 wurden 41 Prozent des rheinland-pfälzischen Bruttoinlandsprodukts in den kreisfreien Städten erbracht. Allein in den drei größten Städten Koblenz, Ludwigshafen und Mainz wurden 24 Prozent erwirtschaftet.
- Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen lag 2013 in den kreisfreien Städten mit 69 308 Euro deutlich über dem rheinland-pfälzischen Durchschnitt von 63 653 Euro. Der Pro-Kopf-Wert der Städte wurde maßgeblich von der Stadt Ludwigshafen beeinflusst.
- Jeder Rheinland-Pfälerin bzw. jedem Rheinland-Pfälzer stand 2013 ein durchschnittliches Einkommen von 21 352 Euro für Konsum- oder Sparzwecke zur Verfügung. Das höchste Pro-Kopf-Einkommen hatte der Landkreis Mainz-Bingen mit 25 687 Euro; während in Ludwigshafen durchschnittlich 17 525 Euro zur Verfügung standen.

G 1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2004–2014



T 1 Ausgewählte gesamtwirtschaftliche Kennzahlen für Rheinland-Pfalz und für Deutschland 1991–2014

Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz						Deutschland	
		1991	2000	2005	2010	2013	2014	2013	2014
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen	Mrd. EUR	...	94,2	100,9	114,4	124,2	127,6	2 809,5	2 903,8
Arbeitsproduktivität									
je Erwerbstätige/-n	EUR	...	52 171	55 296	59 965	63 653	64 853	66 448	68 081
je geleisteter Arbeitsstunde der Erwerbstätigen	EUR	...	36,70	40,41	44,18	47,93	48,35	48,77	49,66
Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen	Mrd. EUR	...	85,0	91,3	102,9	111,7	114,8	2 525,6	2 611,8
darunter									
Verarbeitendes Gewerbe	Anteil ¹ in %	...	27,2	26,0	25,6	25,4	25,2	22,2	22,2
Baugewerbe	Anteil ¹ in %	...	4,9	3,8	4,7	4,8	5,0	4,6	4,8
Dienstleistungsbereiche	Anteil ¹ in %	...	63,1	65,3	65,2	64,6	65,0	68,4	68,5
Geleistetes Arbeitnehmerentgelt	Mrd. EUR	...	49,8	51,0	56,9	63,2	65,7	1 426,2	1 478,8
Lohnkosten									
je Arbeitnehmer/-in	EUR	...	30 872	31 526	33 572	36 220	37 231	37 707	38 664
je geleisteter Arbeitsstunde der Arbeitnehmer/-innen	EUR	...	23,46	24,79	26,46	28,96	29,41	29,21	29,70
Lohnstückkosten									
Personenkonzept	2010=100	...	94,7	96,0	100	106,5	109,1	106,4	108,3
Stundenkonzept	2010=100	...	95,7	96,5	100	105,7	108,0	105,8	107,5
Bruttolöhne und -gehälter	Mrd. EUR	...	39,7	41,0	45,8	51,4	53,4	1 163,3	1 207,7
Verdienst									
je Arbeitnehmer/-in	EUR	...	24 638	25 320	27 014	29 421	30 284	30 755	31 578
je geleisteter Arbeitsstunde der Arbeitnehmer/-innen	EUR	...	18,73	19,91	21,29	23,53	23,92	23,82	24,26
Bruttonationaleinkommen in jeweiligen Preisen	Mrd. EUR	2 881,9	2 972,2
je Einwohner/-in ³	EUR	35 101	36 067
Volkseinkommen	Mrd. EUR	...	77,1	87,4	98,2	107,1	...	2 099,9	2 172,9
je Einwohner/-in ³	EUR	...	19 118	21 535	24 499	26 773	...	25 577	26 368
Empfangenes Arbeitnehmerentgelt	Mrd. EUR	...	56,7	59,0	66,9	73,9	...	1 428,3	1 481,1
je Arbeitnehmer/-in (Inländer)	EUR	...	32 277	33 425	36 041	38 734	...	37 817	38 779
unbereinigte Lohnquote (Anteil am Volkseinkommen)	%	...	73,6	67,5	68,1	69,0	...	68,0	68,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	Mrd. EUR	...	20,4	28,4	31,3	33,2	...	671,6	691,9
Anteil am Volkseinkommen	%	...	26,4	32,5	31,9	31,0	...	32,0	31,8
Bruttoanlageinvestitionen	Mrd. EUR	...	22,6	18,7	22,2	555,8	581,0
Investitionsquote	%	...	24,0	18,6	19,4	19,8	20,0
Konsumausgaben des Staates	Mrd. EUR	...	18,7	20,5	24,9	541,2	561,5
Private Konsumausgaben	Mrd. EUR	...	59,7	67,1	72,9	79,4	...	1 571,5	1 604,7
je Einwohner/-in ³	EUR	...	14 812	16 540	18 189	19 856	...	19 141	19 473
Primäreinkommen der privaten Haushalte	Mrd. EUR	...	77,2	85,0	94,1	103,3	...	2 011,7	2 065,3
je Einwohner/-in ³	EUR	...	19 153	20 937	23 487	25 846	...	24 502	25 062
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	Mrd. EUR	...	64,1	73,3	79,1	85,4	...	1 681,3	1 722,2
je Einwohner/-in ³	EUR	...	15 908	18 068	19 730	21 352	...	20 478	20 898
Sparen ²	Mrd. EUR	...	6,1	7,7	8,6	8,5	...	157,0	165,6
je Einwohner/-in ³	EUR	...	1 511	1 885	2 148	2 131	...	1 912	2 010
Sparquote	%	...	9,3	10,2	10,6	9,7	...	9,1	9,4

1 An der Bruttowertschöpfung insgesamt. – 2 Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. – 3 Fortschreibung auf Basis der jeweils vorangegangenen Volkszählung.

T 2

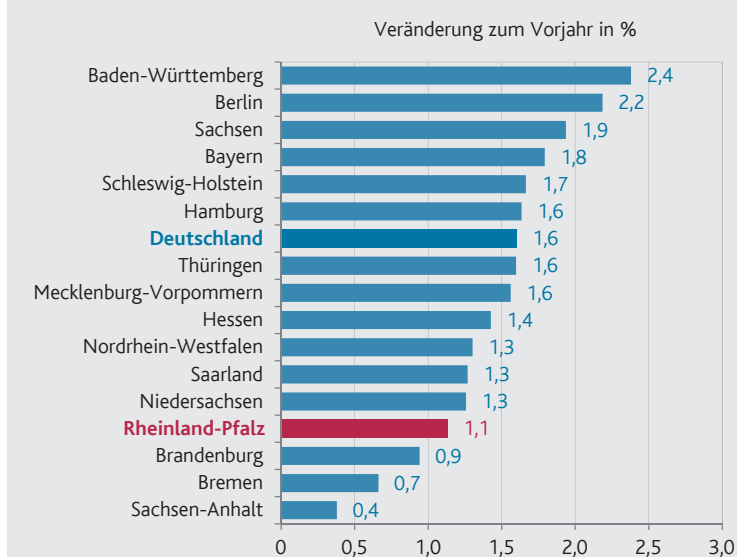
Bruttoinlandsprodukt 2014 nach Bundesländern

Bundesland	Mrd. EUR	In jeweiligen Preisen					Preisbereinigt, verkettet		
		Veränderung zu			Anteil an Deutschland	je Einwohner/-in ¹	je Erwerbstätige/-n	Wert	je Erwerbstätige/-n
		1991	2004	2013					
		%							
						EUR		Messzahl: 2010=100	
Baden-Württemberg	438,3	...	32,0	4,1	15,1	...	72 805	107,9	102,3
Bayern	521,9	...	33,8	3,5	18,0	...	72 874	109,6	103,7
Berlin	117,3	...	37,7	4,4	4,0	...	64 956	105,9	99,1
Brandenburg	61,9	...	29,1	2,6	2,1	...	57 037	102,1	101,8
Bremen	30,2	...	22,8	2,8	1,0	...	71 839	105,2	100,8
Hamburg	103,1	...	20,3	3,7	3,6	...	86 430	102,5	97,1
Hessen	250,5	...	19,1	3,2	8,6	...	75 708	103,8	99,7
Mecklenburg-Vorpommern	38,5	...	24,4	3,1	1,3	...	52 595	101,7	104,3
Niedersachsen	253,6	...	32,3	2,8	8,7	...	64 526	106,4	101,2
Nordrhein-Westfalen	624,7	...	24,9	3,1	21,5	...	68 752	103,5	100,1
Rheinland-Pfalz	127,6	...	27,3	2,7	4,4	31 837	64 853	104,9	101,7
Saarland	33,5	...	22,8	3,0	1,2	...	64 473	103,5	102,8
Sachsen	108,7	...	28,0	3,8	3,7	...	53 745	106,5	104,1
Sachsen-Anhalt	55,6	...	21,3	1,7	1,9	...	55 137	100,4	102,4
Schleswig-Holstein	84,0	...	24,2	3,4	2,9	...	62 593	106,5	103,5
Thüringen	54,3	...	26,1	3,3	1,9	...	51 845	105,5	105,2
Deutschland	2 903,8	...	28,1	3,4	100	35 237	68 081	105,8	101,7

¹ Die hier verwendeten Angaben zu den Einwohnern basieren auf Daten der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage früherer Zählungen. Auf dieser Basis liegen nicht für alle Bundesländer Einwohnerzahlen vor.

G 2

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt 2014 nach Bundesländern

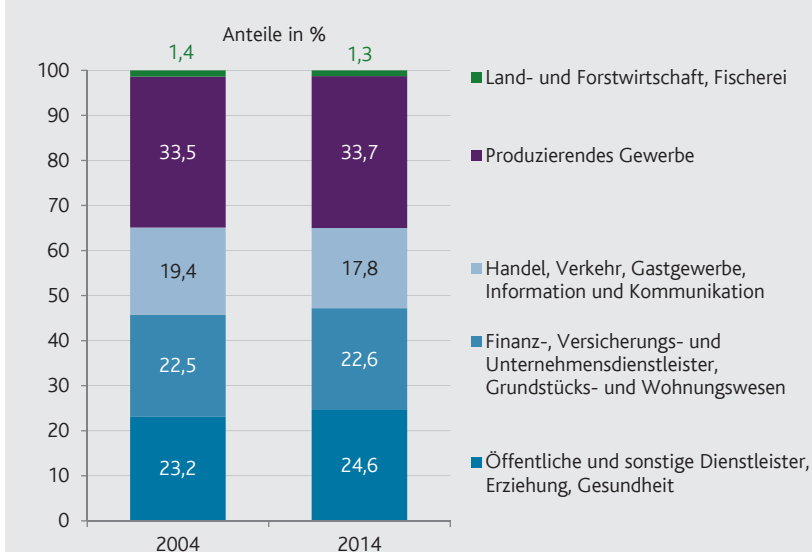


Das Wirtschaftswachstum hat in Rheinland-Pfalz 2014 nach zwei schwächeren Jahren wieder an Dynamik gewonnen. Nachdem das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt 2012 nur um 0,7 Prozent gestiegen und 2013 sogar um 0,4 Prozent gesunken ist, nahm die Wirtschaftsleistung 2014 um 1,1 Prozent zu. Dazu haben sowohl das Produzierende Gewerbe als auch die Dienstleistungsbereiche beigetragen. Aus der Industrie kamen nur moderate Wachstumsimpulse.

In jeweiligen Preisen ist die Summe der im Land erbrachten wirtschaftlichen Leistung um 3,4 Milliarden Euro bzw. 2,7 Prozent auf 127,6 Milliarden Euro gestiegen.

T 3 Bruttowertschöpfung 2014 nach Bundesländern und Wirtschaftsbereichen

Bundesland	Insgesamt	Veränderung zu		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereiche	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereiche
		2004	2013						
	Mrd. EUR	%	Anteil an insgesamt in %			Anteil an Deutschland in %			
Baden-Württemberg	394,2	31,1	4,2	0,5	39,7	59,8	10,0	19,5	13,2
Bayern	469,4	32,8	3,6	0,8	34,3	64,9	19,5	20,1	17,0
Berlin	105,5	36,7	4,4	0,0	16,4	83,6	0,0	2,2	4,9
Brandenburg	55,7	28,1	2,6	1,9	27,4	70,7	5,2	1,9	2,2
Bremen	27,2	21,9	2,8	0,1	26,3	73,6	0,1	0,9	1,1
Hamburg	92,8	19,4	3,8	0,1	16,8	83,1	0,3	1,9	4,3
Hessen	225,3	18,3	3,3	0,4	25,0	74,6	4,1	7,0	9,4
Mecklenburg-Vorpommern	34,6	23,5	3,2	3,1	22,4	74,5	5,4	1,0	1,4
Niedersachsen	228,1	31,3	2,9	1,5	32,4	66,1	16,7	9,2	8,4
Nordrhein-Westfalen	561,8	24,0	3,1	0,4	28,4	71,2	12,0	19,9	22,3
Rheinland-Pfalz	114,8	26,3	2,8	1,3	33,7	65,0	7,5	4,8	4,2
Saarland	30,2	21,9	3,1	0,2	35,2	64,6	0,3	1,3	1,1
Sachsen	97,7	27,1	3,8	0,9	31,8	67,3	4,5	3,9	3,7
Sachsen-Anhalt	50,0	20,4	1,7	2,1	33,1	64,9	5,1	2,1	1,8
Schleswig-Holstein	75,6	23,3	3,4	1,4	24,8	73,8	5,3	2,3	3,1
Thüringen	48,9	25,2	3,4	1,6	33,2	65,2	3,8	2,0	1,8
Deutschland	2 611,8	27,1	3,4	0,8	30,7	68,5	100	100	100

G 3 Bruttowertschöpfung 2004 und 2014 nach Wirtschaftsbereichen


Im Jahr 2014 wurden 65 Prozent der rheinland-pfälzischen Wertschöpfung in den Dienstleistungsbereichen und knapp 34 Prozent im Produzierenden Gewerbe erwirtschaftet. Damit hat das Produzierende Gewerbe in Rheinland-Pfalz ein höheres Gewicht als im Bundesdurchschnitt (31 Prozent). Mit 1,3 Prozent ist der Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der gesamten Wertschöpfung gering, jedoch hat der primäre Sektor in Rheinland-Pfalz nach wie vor ein größeres Gewicht als in Deutschland insgesamt (0,8 Prozent).

T 4

Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts¹ 1991–2013

Merkmal	1991	2000	2005	2010	2012	2013		
						insgesamt	Messzahl	Veränderung zu 2012
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts								
Produktionswert	.	.	.	207,4	223,2
– Vorleistungen	.	.	.	104,5	113,2
= Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen insgesamt	...	85,0	91,3	102,9	110,0	111,7	108,5	1,6
+ Gütersteuern abzüglich Subventionen	...	9,2	9,6	11,5	12,5	12,6	109,2	0,8
= Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	...	94,2	100,9	114,4	122,4	124,2	108,6	1,5
Verteilung des Bruttoinlandsprodukts								
Empfanges Arbeitnehmerentgelt	...	56,7	59,0	66,9	71,3	73,9	110,4	3,6
+ Unternehmens- und Vermögenseinkommen	...	20,4	28,4	31,3	32,7	33,2	106,1	1,4
= Volkseinkommen (Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten)	...	77,1	87,4	98,2	104,0	107,1	109,0	2,9
+ Produktions- und Importabgaben abzüglich Subventionen	...	9,2	9,6	11,2	12,4	12,5	111,1	0,9
= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen zu Marktpreisen)	...	86,2	97,0	109,4	116,4	119,5	109,3	2,7
+ Abschreibungen
= Bruttonationaleinkommen zu Marktpreisen
– Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt
= Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	...	94,2	100,9	114,4	122,4	124,2	108,6	1,5
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts								
private Konsumausgaben	...	59,7	67,1	72,9	77,2	79,4	108,9	2,9
+ Konsumausgaben des Staates	...	18,7	20,5	24,9	26,1
+ Bruttoanlageinvestitionen ²	...	22,6	18,7	22,2	24,5
+ Außenbeitrag, Vorratsveränderung, sonstige Restposten	...	-6,8	-5,4	-5,6	-5,3
= Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	...	94,2	100,9	114,4	122,4	124,2	108,6	1,5
1 In jeweiligen Preisen. – 2 Einschließlich Saldo aus Käufen und Verkäufen gebrauchter Anlagen.								

1 In jeweiligen Preisen. – 2 Einschließlich Saldo aus Käufen und Verkäufen gebrauchter Anlagen.

Entstehung	Verteilung	Verwendung
Produktionswert aller Wirtschaftsbereiche 223,2 Mrd. EUR	Empfanges Arbeitsnehmerentgelt 71,3 Mrd. EUR	Private Konsumausgaben 77,2 Mrd. EUR
	+	
	Unternehmens- und Vermögenseinkommen 32,7 Mrd. EUR	+
	= Volkseinkommen 104,0 Mrd. EUR	
	+	Konsumausgaben des Staates 26,1 Mrd. EUR
	Produktions- und Importabgaben an den Staat 13,4 Mrd. EUR	
	+	+
	-	
Vorleistungen 113,2 Mrd. EUR	Subventionen vom Staat 1,0 Mrd. EUR	Bruttoanlageinvestitionen 24,5 Mrd. EUR
= Bruttowertschöpfung 110,0 Mrd. EUR	= Primäreinkommen 116,4 Mrd. EUR	
+	+	+
	Abschreibungen ...	
	= Bruttonationaleinkommen (Inländer) ...	
	-	
	Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt ...	
Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen 12,5 Mrd. EUR		Außenbeitrag, Vorratsveränderung, sonstige Restposten -5,3 Mrd. EUR
= Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen 122,4 Mrd. EUR		

T 5

**Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen 1991–2014
nach Wirtschaftsbereichen**

Wirtschaftsbereich	1991	2000	2005	2010	2013	2014			
						ins- gesamt	Veränderung zu 2013	Anteil an insgesamt	je Erwerbs- tätige/-n
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	...	94,2	100,9	114,4	124,2	127,6	2,7	x	64 853
– Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen	...	9,2	9,6	11,5	12,6	12,8	2,2	x	x
= Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen	...	85,0	91,3	102,9	111,7	114,8	2,8	100	58 331
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	...	1,2	1,2	1,2	1,6	1,5	-8,4	1,3	34 394
Produzierendes Gewerbe	...	30,1	30,5	34,6	37,9	38,7	2,2	33,7	75 557
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	...	25,9	27,0	29,8	32,5	33,0	1,5	28,8	84 770
Verarbeitendes Gewerbe	...	23,1	23,8	26,4	28,4	29,0	2,0	25,2	79 346
Baugewerbe	...	4,2	3,5	4,8	5,4	5,7	6,0	5,0	46 342
Dienstleistungsbereiche	...	53,6	59,6	67,1	72,2	74,6	3,3	65,0	52 827
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	...	16,6	17,8	19,4	20,0	20,4	2,3	17,8	41 209
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen	...	17,6	20,8	23,3	25,2	25,9	2,9	22,6	98 673
Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	...	19,5	21,1	24,4	27,0	28,3	4,5	24,6	43 237

11

T 6

**Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung preisbereinigt 1991–2014
nach Wirtschaftsbereichen**

Wirtschaftsbereich	1991	2000	2005	2010	2013	2014			
						ins- gesamt	Veränderung zu 2013	je Erwerbstätige/-n	
								2010=100	Veränderung zu 2013
						%		%	
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	...	91,9	93,6	100	103,7	104,9	1,1	101,7	0,3
– Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen	...	106,0	97,7	100	103,3	105,5	2,1	x	x
= Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen	...	90,6	93,2	100	103,7	104,8	1,0	101,6	0,2
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	...	85,3	98,9	100	103,1	104,9	1,7	103,5	-1,4
Produzierendes Gewerbe	...	97,4	95,9	100	105,2	105,9	0,7	102,1	0,1
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	...	95,9	97,3	100	106,0	106,4	0,4	102,7	0,2
Verarbeitendes Gewerbe	...	94,4	96,0	100	105,9	107,0	1,0	103,3	0,6
Baugewerbe	...	108,6	87,3	100	100,4	102,4	2,0	98,4	0,6
Dienstleistungsbereiche	...	87,6	92,0	100	102,9	104,1	1,2	101,1	0,4
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	...	84,4	91,8	100	100,3	101,3	1,0	97,3	-0,7
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen	...	86,9	93,1	100	105,6	106,5	0,9	102,9	2,0
Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	...	91,0	91,3	100	102,4	104,1	1,6	102,0	0,7

T 7 Arbeitnehmerentgelt 1991–2014 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	1991	2000	2005	2010	2013	2014			
						insgesamt	Veränderung zu 2013	Anteil an insgesamt	je Arbeit- nehmer/-in
Mrd. EUR						%		EUR	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	...	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	6,8	0,8	21 936
Produzierendes Gewerbe	...	19,5	18,9	20,5	23,2	24,0	3,5	36,5	50 291
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	...	16,0	15,7	17,1	19,4	20,1	3,4	30,6	52 990
Verarbeitendes Gewerbe	...	14,8	14,6	15,9	18,2	18,8	3,5	28,6	52 899
Baugewerbe	...	3,6	3,1	3,5	3,7	3,9	4,0	5,9	39 824
Dienstleistungsbereiche	...	29,8	31,8	35,9	39,6	41,2	4,0	62,7	32 587
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	...	10,0	10,5	11,6	12,5	12,8	2,9	19,6	29 392
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen	...	4,5	5,2	5,9	7,1	7,4	3,1	11,2	33 766
Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	...	15,3	16,1	18,4	19,9	21,0	5,0	31,9	34 458
Insgesamt	...	49,8	51,0	56,9	63,2	65,7	3,9	100	37 231
Nachrichtlich: Bruttolöhne und -gehälter	...	39,7	41,0	45,8	51,4	53,4	4,0	81,3	30 284

T 8 Einkommen und Sparen der privaten Haushalte¹ 1991–2013

Merkmal	1991	2000	2005	2010	2012	2013			
						insgesamt	Veränderung zu		je Ein- wohner/-in
							2003	2012	
	Mrd. EUR					%		EUR	
Empfangenes Arbeitnehmerentgelt	...	56,7	59,0	66,9	71,3	73,9	25,9	3,6	x
+ Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	...	9,0	9,4	9,2	9,5	10,0	12,7	5,5	x
+ Vermögenseinkommen (Saldo)	...	11,5	16,6	18,0	19,7	19,5	32,3	-1,4	x
= Primäreinkommen	...	77,2	85,0	94,1	100,6	103,3	25,6	2,8	25 846
+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	...	18,0	20,6	22,6	22,9	23,4	16,5	2,4	x
darunter für									
Alters- und Hinterbliebenenversorgung	...	11,8	13,0	14,0	14,5	14,8	14,4	1,7	x
Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe	...	2,3	3,4	3,1	2,7	2,8	-4,5	5,6	x
+ Empfangene sonstige laufende Transfers	...	3,5	4,0	3,9	4,2	4,3	12,0	2,7	x
– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	...	9,2	8,9	10,4	11,8	12,1	34,2	2,2	x
– Geleistete Sozialbeiträge	...	22,0	23,6	27,7	29,1	30,0	29,5	3,1	x
– Geleistete sonstige laufende Transfers	...	3,4	3,7	3,5	3,5	3,6	-1,6	2,0	x
= Verfügbares Einkommen	...	64,1	73,3	79,1	83,1	85,4	21,3	2,7	21 352
– Konsumausgaben der privaten Haushalte ¹	...	59,7	67,1	72,9	77,2	79,4	24,1	2,9	19 856
+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	...	1,7	1,4	2,4	2,5	2,5	87,0	0,1	x
= Sparen	...	6,1	7,7	8,6	8,5	8,5	10,1	0,1	2 131

¹ Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

T 9 Neue Anlagen 1991–2012 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	1991	2000	2005	2010	2011	2012		
						insgesamt	Aus- rüstungen	Bauten
	In jeweiligen Preisen (Mill. EUR)							
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	...	334	492	494	469	526	414	112
Produzierendes Gewerbe	...	5 715	4 702	5 839	6 182	6 538	5 544	995
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	...	5 369	4 516	5 601	5 900	6 177	5 245	933
Verarbeitendes Gewerbe	...	4 371	3 613	4 262	4 516	5 031	4 766	265
Baugewerbe	...	346	186	237	283	361	299	62
Dienstleistungsbereiche	...	17 011	14 002	16 542	18 514	18 159	5 784	12 375
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	...	2 598	1 851	2 802	2 859	2 729	1 856	874
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmens- dienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen	...	10 957	8 948	10 008	11 422	11 290	1 813	9 477
darunter: Grundstücks- und Wohnungswesen	...	8 436	7 678	7 912	9 555	9 273	34	9 239
Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	...	3 455	3 204	3 732	4 233	4 139	2 115	2 025
Insgesamt	...	23 060	19 197	22 875	25 166	25 223	11 742	13 482
	Preisbereinigt (Kettenindex: 2010=100)							
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	...	79,0	110,0	100	92,6	101,5	92,6	159,0
Produzierendes Gewerbe	...	106,8	85,8	100	104,0	107,9	111,6	90,9
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	...	104,8	86,0	100	103,4	106,2	110,3	87,6
Verarbeitendes Gewerbe	...	112,1	89,9	100	104,2	113,8	114,8	98,0
Baugewerbe	...	151,5	81,2	100	117,4	147,9	139,3	211,7
Dienstleistungsbereiche	...	111,5	92,3	100	109,6	105,2	106,4	104,7
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	...	90,1	67,0	100	101,0	95,3	102,3	83,0
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmens- dienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen	...	124,0	100,5	100	111,2	107,3	96,5	109,8
darunter: Grundstücks- und Wohnungswesen	...	124,8	111,4	100	117,2	110,5	79,7	110,7
Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	...	95,7	90,5	100	111,5	106,9	121,6	94,7
Insgesamt	...	109,7	91,0	100	107,8	105,8	108,2	103,8

T 10

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen 2013 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Insgesamt	Veränderung zu		Anteil am Land	Je Erwerbstätige/-n			
		2003	2012		absolut	Veränderung zu		Messzahl: Land=100
						2003	2012	
	Mill. EUR	%			EUR	%		
Frankenthal (Pfalz), St.	1 516	29,3	0,9	1,2	66 379	22,4	1,4	104,3
Kaiserslautern, St.	3 983	12,3	3,8	3,2	59 088	7,0	5,5	92,8
Koblenz, St.	7 039	16,3	3,1	5,7	69 076	8,6	1,7	108,5
Landau i. d. Pfalz, St.	1 693	31,7	4,1	1,4	57 734	16,4	4,3	90,7
Ludwigshafen a. Rh., St.	11 939	30,6	-3,0	9,6	98 149	19,8	-4,7	154,2
Mainz, St.	10 955	27,8	3,8	8,8	71 993	14,4	3,0	113,1
Neustadt a. d. Weinstr., St.	1 482	17,9	5,1	1,2	53 690	18,2	4,5	84,3
Pirmasens, St.	1 367	10,9	0,7	1,1	50 708	8,6	1,5	79,7
Speyer, St.	2 308	41,6	6,1	1,9	61 154	20,7	4,6	96,1
Trier, St.	4 267	20,4	2,9	3,4	54 443	14,3	2,8	85,5
Worms, St.	2 817	37,6	0,6	2,3	65 766	23,1	-0,0	103,3
Zweibrücken, St.	1 337	27,6	2,8	1,1	58 723	24,2	3,4	92,3
Ahrweiler	2 841	32,3	1,9	2,3	56 482	23,3	1,4	88,7
Altenkirchen (Ww.)	3 017	21,5	0,1	2,4	55 736	15,7	1,3	87,6
Alzey-Worms	2 905	29,9	1,1	2,3	64 457	14,4	2,8	101,3
Bad Dürkheim	2 664	22,3	1,3	2,1	57 602	15,7	1,4	90,5
Bad Kreuznach	4 247	30,8	0,2	3,4	56 655	21,2	0,8	89,0
Bernkastel-Wittlich	3 124	28,8	2,3	2,5	54 238	18,4	2,0	85,2
Birkenfeld	2 106	17,0	1,3	1,7	56 803	20,8	3,8	89,2
Cochem-Zell	1 625	21,3	1,2	1,3	53 752	17,3	0,9	84,4
Donnersbergkreis	1 823	35,0	3,6	1,5	60 447	20,2	2,8	95,0
Eifelkreis Bitburg-Prüm	2 706	39,1	8,3	2,2	65 714	28,2	9,1	103,2
Germersheim	4 010	39,0	-1,5	3,2	68 304	21,2	-2,2	107,3
Kaiserslautern	2 031	34,3	4,2	1,6	59 264	26,1	2,9	93,1
Kusel	1 128	10,2	1,2	0,9	53 851	17,1	4,2	84,6
Mainz-Bingen	6 061	51,8	-2,8	4,9	79 995	29,2	-5,0	125,7
Mayen-Koblenz	5 843	26,9	5,0	4,7	60 759	14,3	1,8	95,5
Neuwied	4 990	20,3	-0,9	4,0	60 545	15,2	-1,1	95,1
Rhein-Hunsrück-Kreis	2 964	31,6	-0,7	2,4	57 794	21,8	-0,8	90,8
Rhein-Lahn-Kreis	2 868	21,0	1,1	2,3	58 546	16,0	1,4	92,0
Rhein-Pfalz-Kreis	2 384	22,6	1,9	1,9	54 791	4,1	1,7	86,1
Südliche Weinstraße	2 500	31,4	5,2	2,0	57 421	16,3	4,4	90,2
Südwestpfalz	1 403	17,0	-0,4	1,1	57 410	23,6	1,7	90,2
Trier-Saarburg	2 544	36,8	3,9	2,0	50 850	13,4	3,9	79,9
Vulkaneifel	1 677	25,0	2,6	1,3	55 568	12,3	2,6	87,3
Westerwaldkreis	6 084	34,3	0,8	4,9	65 279	29,1	1,1	102,6
Rheinland-Pfalz	124 247	27,8	1,5	100	63 653	18,0	1,2	100
kreisfreie Städte	50 703	25,1	1,7	40,8	69 308	15,6	1,1	108,9
Landkreise	73 545	29,7	1,3	59,2	60 263	19,7	1,2	94,7

K 1 Bruttoinlandsprodukt 2013 nach Verwaltungsbezirken

In Rheinland-Pfalz wurde 2013 ein nominales Bruttoinlandsprodukt in Höhe von 124,2 Milliarden Euro erwirtschaftet. Je Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen ergab sich eine Wirtschaftsleistung von durchschnittlich 63 653 Euro.

In den kreisfreien Städten lag der Pro-Kopf-Wert mit 69 308 Euro deutlich über dem Wert in den Landkreisen (60 260 Euro). In Ludwigshafen überstieg die Wirtschaftsleistung je Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen mit 98 149 Euro den Landesdurchschnitt um 54 Prozent. Der niedrigste Pro-Kopf-Wert wurde mit 50 708 in der kreisfreien Stadt Pirmasens erwirtschaftet.

EUR je Erwerbstätige/-n

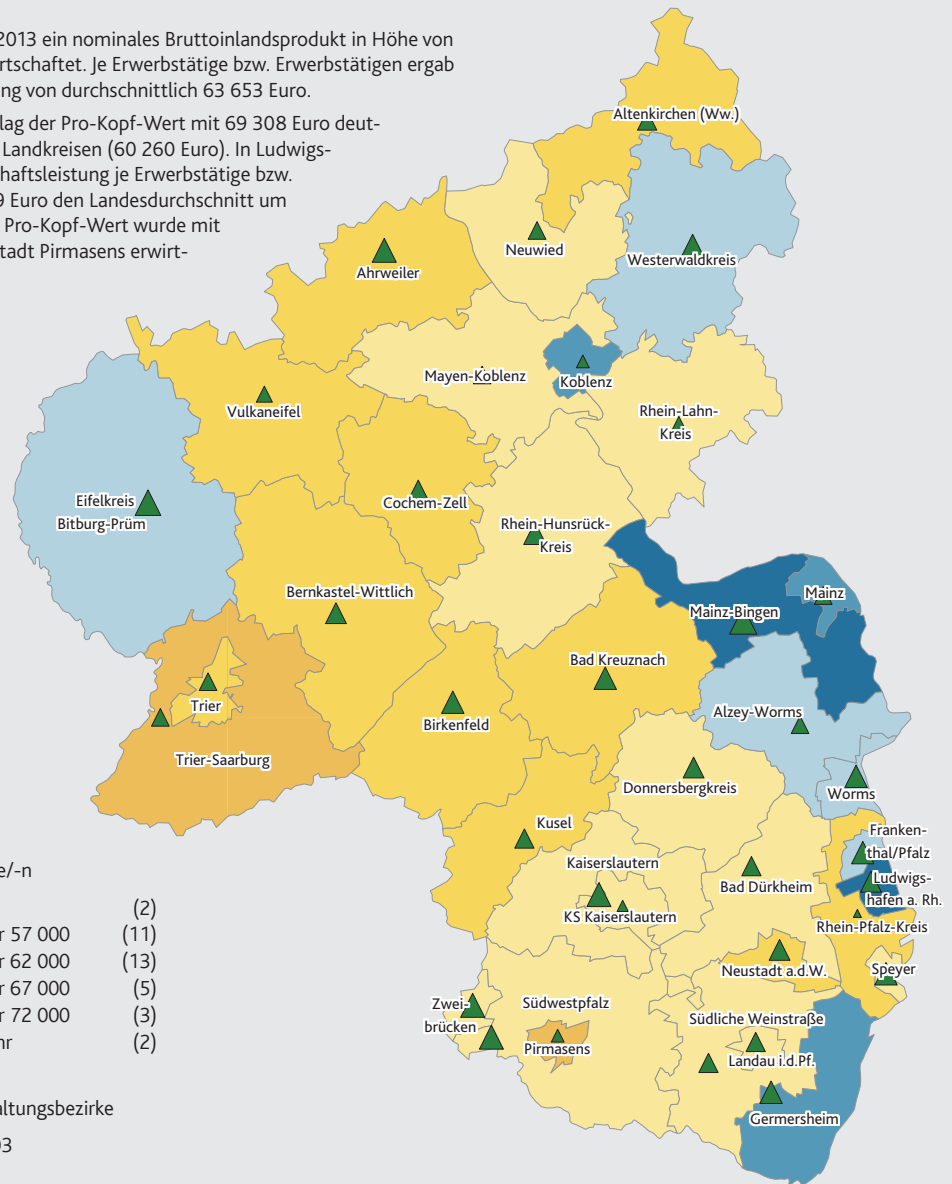
unter 52 000	(2)
52 000 bis unter 57 000	(11)
57 000 bis unter 62 000	(13)
62 000 bis unter 67 000	(5)
67 000 bis unter 72 000	(3)
72 000 und mehr	(2)

Landeswert: 63 653

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2003

▲ Zunahme



T 11

Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen 2013 nach Wirtschaftsbereichen und Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Insgesamt	Veränderung zu		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produ- zierendes Gewerbe	Dienst- leistungs- bereiche	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produ- zierendes Gewerbe	Dienst- leistungs- bereiche
		2003	2012						
	Mill. EUR	%		Anteil an insgesamt in %			Anteil am Land in %		
Frankenthal (Pfalz), St.	1 363	28,7	0,9	1,3	43,8	54,9	1,1	1,6	1,0
Kaiserslautern, St.	3 581	11,8	3,8	0,1	25,2	74,7	0,2	2,4	3,7
Koblenz, St.	6 328	15,8	3,1	0,2	15,2	84,6	0,6	2,5	7,4
Landau i. d. Pfalz, St.	1 522	31,1	4,2	1,1	20,0	79,0	1,0	0,8	1,7
Ludwigshafen a. Rh., St.	10 733	30,0	-2,9	0,2	68,8	31,1	1,0	19,5	4,6
Mainz, St.	9 848	27,2	3,9	0,2	14,9	84,9	1,0	3,9	11,6
Neustadt a. d. Weinstr., St.	1 332	17,4	5,2	2,4	15,7	81,9	1,9	0,6	1,5
Pirmasens, St.	1 229	10,4	0,8	0,3	29,7	70,1	0,2	1,0	1,2
Speyer, St.	2 074	41,0	6,2	0,1	31,8	68,1	0,1	1,7	2,0
Trier, St.	3 836	19,9	2,9	0,1	22,9	77,0	0,3	2,3	4,1
Worms, St.	2 532	36,9	0,7	1,3	43,1	55,6	2,0	2,9	2,0
Zweibrücken, St.	1 202	27,1	2,9	0,4	39,8	59,9	0,3	1,3	1,0
Ahrweiler	2 554	31,7	2,0	1,3	24,3	74,4	2,0	1,6	2,6
Altenkirchen (Ww.)	2 712	20,9	0,2	0,9	38,9	60,2	1,5	2,8	2,3
Alzey-Worms	2 612	29,3	1,2	6,5	22,8	70,7	10,3	1,6	2,6
Bad Dürkheim	2 394	21,8	1,4	4,7	25,2	70,1	6,8	1,6	2,3
Bad Kreuznach	3 818	30,2	0,2	1,8	29,9	68,4	4,1	3,0	3,6
Bernkastel-Wittlich	2 808	28,2	2,4	2,0	40,4	57,6	3,5	3,0	2,2
Birkenfeld	1 893	16,5	1,4	1,1	31,2	67,7	1,3	1,6	1,8
Cochem-Zell	1 461	20,8	1,3	2,5	21,4	76,1	2,2	0,8	1,5
Donnersbergkreis	1 639	34,4	3,7	2,3	43,0	54,7	2,2	1,9	1,2
Eifelkreis Bitburg-Prüm	2 432	38,5	8,4	3,9	43,7	52,4	5,8	2,8	1,8
Germersheim	3 605	38,4	-1,5	1,8	54,0	44,3	3,8	5,1	2,2
Kaiserslautern	1 826	33,7	4,3	1,1	25,5	73,4	1,2	1,2	1,9
Kusel	1 014	9,7	1,2	2,3	22,2	75,5	1,4	0,6	1,1
Mainz-Bingen	5 449	51,1	-2,7	2,6	41,6	55,8	8,7	6,0	4,2
Mayen-Koblenz	5 252	26,4	5,0	0,9	37,9	61,2	3,0	5,2	4,5
Neuwied	4 485	19,8	-0,9	0,7	36,4	63,0	1,8	4,3	3,9
Rhein-Hunsrück-Kreis	2 664	31,1	-0,6	1,9	32,6	65,5	3,1	2,3	2,4
Rhein-Lahn-Kreis	2 579	20,5	1,2	1,3	32,0	66,7	2,0	2,2	2,4
Rhein-Pfalz-Kreis	2 143	22,1	1,9	5,9	24,1	70,0	7,7	1,4	2,1
Südliche Weinstraße	2 248	30,8	5,3	5,8	29,8	64,4	7,9	1,8	2,0
Südwestpfalz	1 261	16,5	-0,3	2,7	28,5	68,8	2,1	0,9	1,2
Trier-Saarburg	2 287	36,1	4,0	2,3	27,5	70,2	3,1	1,7	2,2
Vulkaneifel	1 507	24,4	2,7	2,3	32,6	65,1	2,1	1,3	1,4
Westerwaldkreis	5 469	33,7	0,8	0,8	34,3	64,9	2,5	5,0	4,9
Rheinland-Pfalz	111 694	27,2	1,6	1,5	33,9	64,6	100	100	100
kreisfreie Städte	45 580	24,5	1,8	0,4	33,6	66,1	9,7	40,4	41,7
Landkreise	66 114	29,1	1,4	2,3	34,2	63,6	90,3	59,6	58,3

K 2

Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe 2013 nach Verwaltungsbezirken

Das Produzierende Gewerbe trug in Rheinland-Pfalz 2013 knapp 34 Prozent zur gesamten Wirtschaftsleistung bei. Der Anteil der Dienstleistungsbereiche lag bei 65 Prozent, in der Land- und Forstwirtschaft wurden 1,5 Prozent der Wertschöpfung erwirtschaftet. Ein besonders hohes Gewicht hat das Produzierende Gewerbe in Ludwigshafen (69 Prozent), während die Dienstleistungsbereiche dort nur von unterdurchschnittlicher Bedeutung sind (31 Prozent). Das geringste Gewicht hatte das Produzierende Gewerbe in der Landeshauptstadt Mainz mit einem Wertschöpfungsanteil von nur 15 Prozent.

Anteil an der Bruttowertschöpfung insgesamt in %

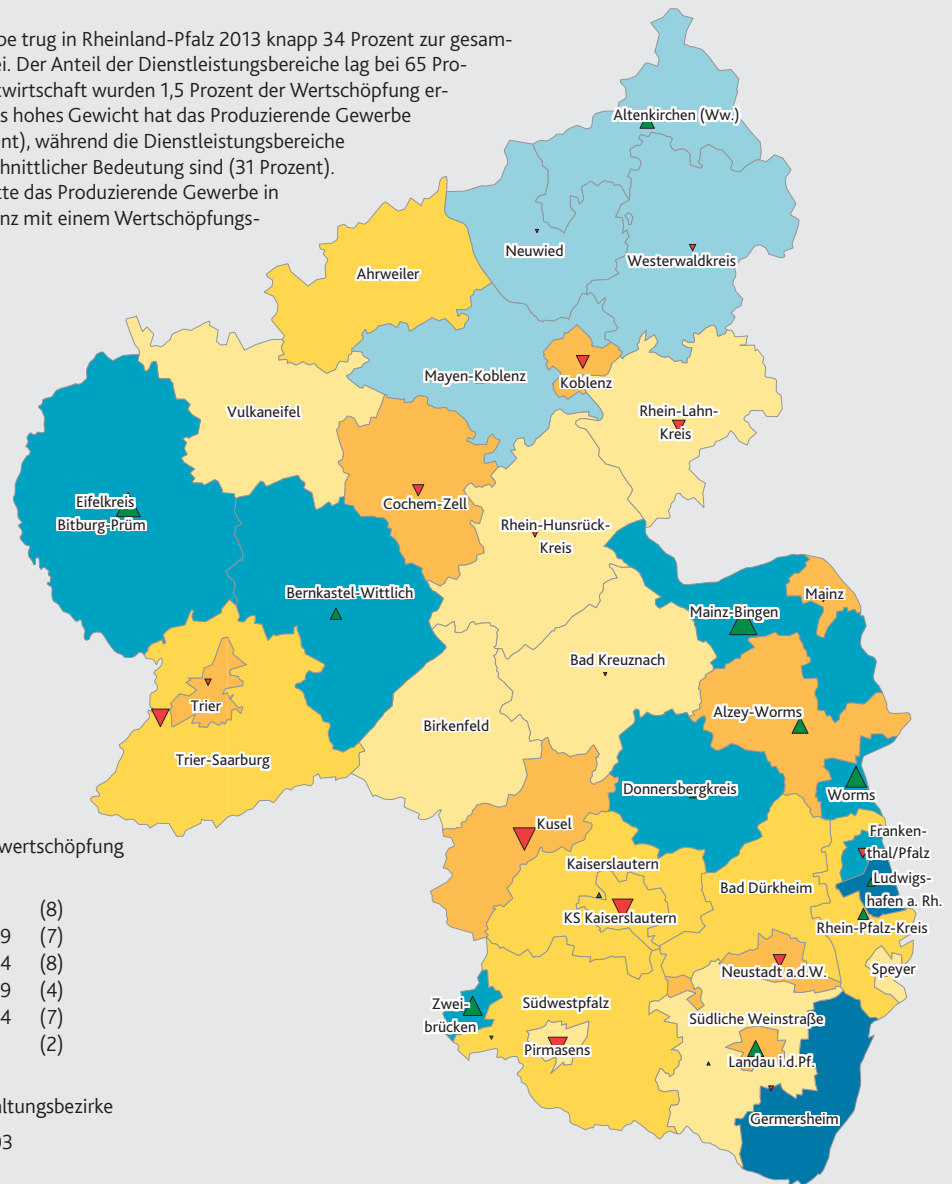
unter 24	(8)
24 bis unter 29	(7)
29 bis unter 34	(8)
34 bis unter 39	(4)
39 bis unter 44	(7)
44 und mehr	(2)

Landeswert: 33,9

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2003

▲ Zunahme
▼ Abnahme



T 12

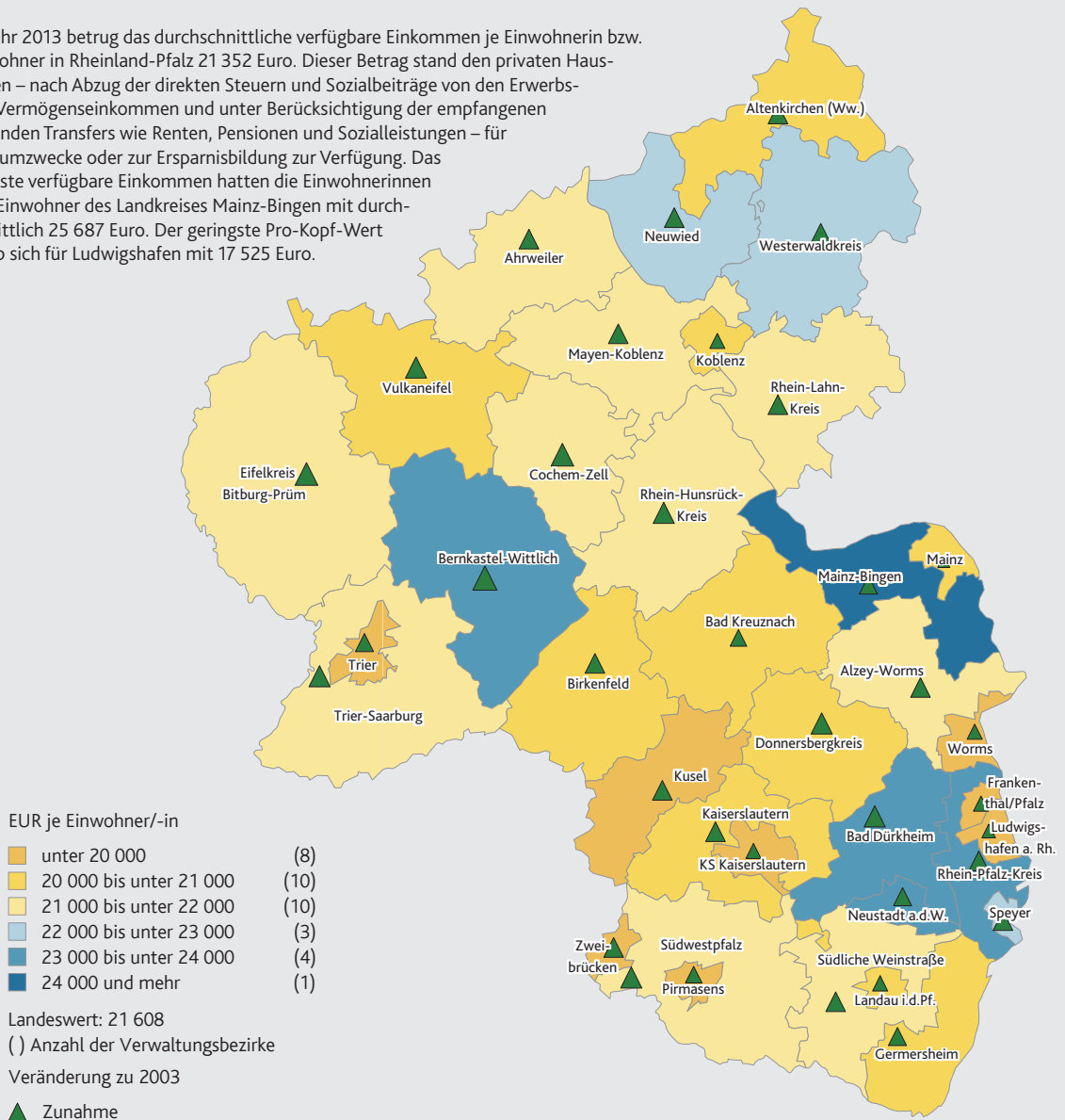
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2013 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Insgesamt	Veränderung zu		Anteil am Land	Je Einwohner/-in			
		2003	2012		absolut	Veränderung zu		Messzahl:
						2003	2012	
	Mill. EUR	%			EUR	%		Land=100
Frankenthal (Pfalz), St.	929	16,6	2,5	1,1	19 513	16,8	1,7	91,4
Kaiserslautern, St.	1 798	15,2	2,2	2,1	18 023	14,8	2,2	84,4
Koblenz, St.	2 208	16,7	2,4	2,6	20 282	15,6	1,2	95,0
Landau i. d. Pfalz, St.	913	21,9	2,3	1,1	20 709	14,6	1,9	97,0
Ludwigshafen a. Rh., St.	2 939	16,8	2,1	3,4	17 525	13,3	1,3	82,1
Mainz, St.	4 186	20,7	2,3	4,9	20 606	10,4	1,5	96,5
Neustadt a. d. Weinstr., St.	1 267	20,7	2,1	1,5	23 929	23,0	2,1	112,1
Pirmasens, St.	774	4,8	1,8	0,9	19 586	17,3	2,5	91,7
Speyer, St.	1 127	24,2	2,3	1,3	22 514	24,6	2,4	105,4
Trier, St.	2 092	29,0	3,0	2,5	19 751	21,8	2,6	92,5
Worms, St.	1 569	18,4	2,4	1,8	19 056	16,6	2,0	89,2
Zweibrücken, St.	659	18,4	3,1	0,8	19 567	25,4	3,3	91,6
Ahrweiler	2 776	21,7	2,5	3,3	21 842	25,2	2,5	102,3
Altenkirchen (Ww.)	2 606	17,8	2,3	3,1	20 107	24,8	3,0	94,2
Alzey-Worms	2 668	22,7	3,4	3,1	21 415	24,4	3,4	100,3
Bad Dürkheim	3 152	25,3	2,7	3,7	23 791	27,4	2,6	111,4
Bad Kreuznach	3 254	16,1	2,7	3,8	20 970	18,3	2,8	98,2
Bernkastel-Wittlich	2 571	30,4	2,7	3,0	23 518	36,2	3,0	110,1
Birkenfeld	1 696	12,6	2,2	2,0	20 928	24,7	3,2	98,0
Cochem-Zell	1 341	24,6	2,6	1,6	21 488	31,8	3,3	100,6
Donnersbergkreis	1 507	20,2	2,7	1,8	20 091	26,7	3,1	94,1
Eifelkreis Bitburg-Prüm	1 989	31,2	4,7	2,3	21 138	33,7	4,6	99,0
Germersheim	2 616	22,1	3,1	3,1	20 810	21,1	2,7	97,5
Kaiserslautern	2 105	19,0	2,8	2,5	20 259	26,0	3,3	94,9
Kusel	1 368	15,0	2,7	1,6	19 335	26,4	3,7	90,6
Mainz-Bingen	5 245	24,6	2,8	6,1	25 687	20,9	2,3	120,3
Mayen-Koblenz	4 454	21,5	2,8	5,2	21 273	23,6	2,9	99,6
Neuwied	3 968	19,9	2,4	4,6	22 093	23,8	2,8	103,5
Rhein-Hunsrück-Kreis	2 191	22,2	2,6	2,6	21 830	29,1	3,1	102,2
Rhein-Lahn-Kreis	2 608	15,9	2,5	3,1	21 457	23,5	3,0	100,5
Rhein-Pfalz-Kreis	3 567	25,5	2,8	4,2	23 740	23,8	2,2	111,2
Südliche Weinstraße	2 392	23,1	2,9	2,8	21 865	24,3	2,7	102,4
Südwestpfalz	2 052	17,7	2,4	2,4	21 177	27,4	3,3	99,2
Trier-Saarburg	3 075	32,3	3,9	3,6	21 441	28,2	3,7	100,4
Vulkaneifel	1 255	20,1	2,8	1,5	20 907	28,5	3,5	97,9
Westerwaldkreis	4 463	22,4	2,3	5,2	22 682	26,4	2,5	106,2
Rheinland-Pfalz	85 380	21,3	2,7	100	21 352	23,1	2,7	100
kreisfreie Städte	20 461	19,1	2,4	24,0	19 757	16,1	1,8	92,5
Landkreise	64 920	22,1	2,8	76,0	21 910	25,5	3,0	102,6

K 3

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2013 nach Verwaltungsbezirken

Im Jahr 2013 betrug das durchschnittliche verfügbare Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner in Rheinland-Pfalz 21 352 Euro. Dieser Betrag stand den privaten Haushalten – nach Abzug der direkten Steuern und Sozialbeiträge von den Erwerbs- und Vermögenseinkommen und unter Berücksichtigung der empfangenen laufenden Transfers wie Renten, Pensionen und Sozialleistungen – für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung. Das höchste verfügbare Einkommen hatten die Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises Mainz-Bingen mit durchschnittlich 25 687 Euro. Der geringste Pro-Kopf-Wert ergab sich für Ludwigshafen mit 17 525 Euro.



Datenquellen

Statistik	Tabelle	Grafik	Karten	Übersicht
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	T 1 bis T 12	G 1 bis G 3	K 1 bis K 3	Ü 1, Ü 2

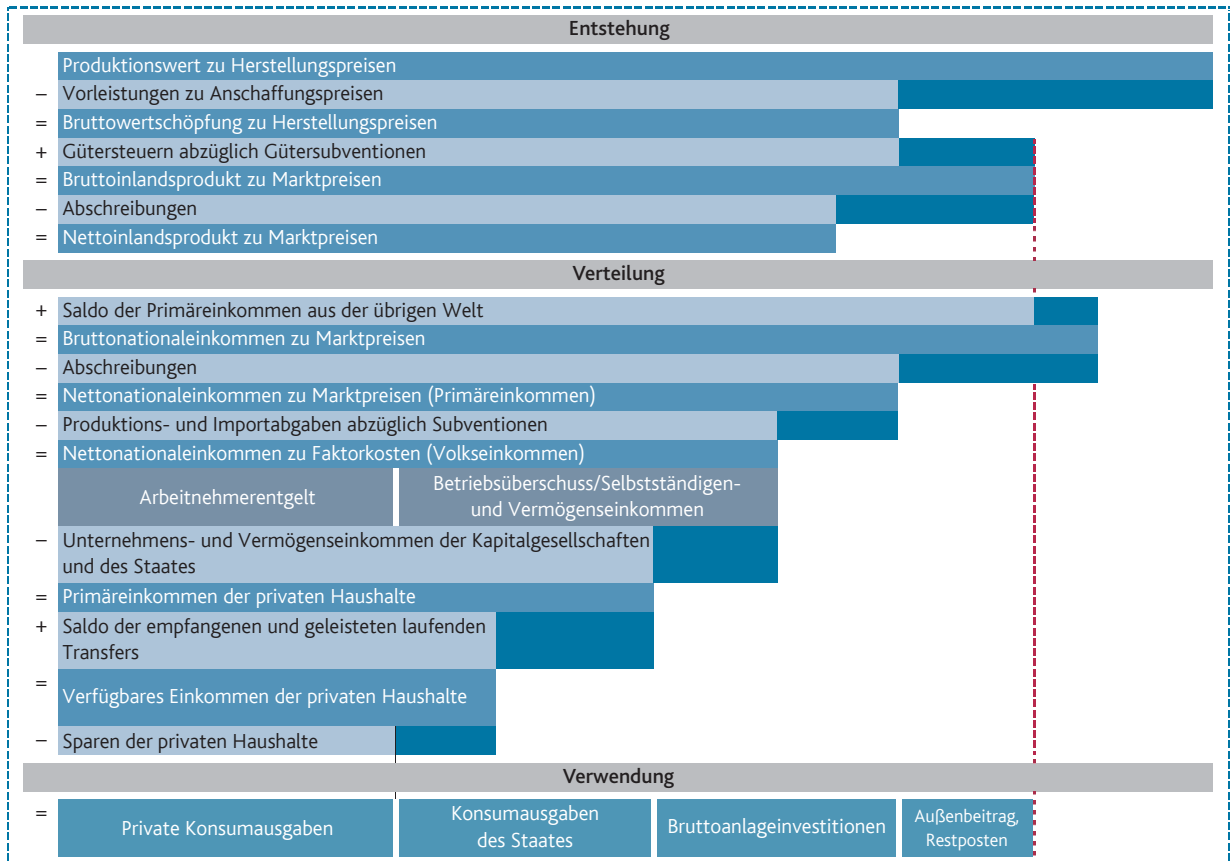
Methodik

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) stellen ein Auswertungssystem dar, in dem das Datenmaterial einer Vielzahl von Wirtschafts- und Finanzstatistiken nach einheitlichen Konzepten zu einem konsistenten Rechenwerk zusammengeführt wird. Als Ergebnis sollen die VGR ein möglichst vollständiges Gesamtbild des

Wirtschaftsprozesses und der ökonomischen Aktivitäten in einer Volkswirtschaft liefern. Im Rahmen der Inlandsproduktberechnungen werden Angaben zur Entstehung, Verteilung und Verwendung (Drei-Seiten-Rechnung) des Bruttoinlandsprodukts ermittelt.

Ü 2 Schematische Darstellung wichtiger Begriffe der VGR

11



Das Bruttoinlandsprodukt und die meisten seiner Komponenten lassen sich sowohl nominal (in jeweiligen Preisen) als auch preisbereinigt darstellen. Nominale Veränderungen können sowohl Folge von Mengen- als auch von Preisänderungen sein. Reale Veränderungen sind um die Preisänderungen bereinigt und geben somit nur die mengenmäßige Entwicklung wieder. Die preisbereinigten Ergebnisse der VGR werden entsprechend internationaler Konventionen und verbindlicher europäischer Rechtsvorschriften nicht mehr in Preisen eines festen Preisbasisjahres ausgedrückt, sondern stets in Preisen des jeweiligen Vorjahres (also z. B. Ergebnisse für das Jahr 2010 in Preisen von 2009). Durch Verkettung werden für jedes Merkmal vergleichbare lange Zeitreihen ermittelt.

Die Berechnungen erfolgen auf der Basis des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010), dessen Anwendung mit der Verordnung (EU) Nr. 549/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 für die EU-Mitgliedstaaten rechtsverbindlich vorgeschrieben ist. Die einheitliche Methodik soll sicherstellen, dass europaweit harmonisierte Ergebnisse für politische und wirtschaftliche Entscheidungen verwendet werden. Zuständig für die regionalen Berechnungen unterhalb der Bundesebene ist der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, dem alle statistischen Landesämter

angehören. Die entsprechenden Bezugswerte (Erwerbstätige, Arbeitnehmer/-innen, geleistete Arbeitsstunden), die die Grundlage für die Berechnung der Durchschnittswerte bilden, werden vom Arbeitskreis "Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder" bereitgestellt.

Im Rahmen von sogenannten großen Revisionen werden die Ergebnisse der VGR (einschließlich Erwerbstätigenrechnung) grundlegend überarbeitet. Nachdem die Revision 2011 in erster Linie der Umstellung der VGR auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) diente, war der Hauptanlass für die Revision 2014 die europaweite Einführung des neuen Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010), das das bisherige ESGV 1995 ablöst. Die quantitativ größte Konzeptänderung in der Revision 2014 ist die Behandlung von Forschung und Entwicklung als Anlageinvestitionen. Daneben wurden, wie im Rahmen großer Revisionen üblich, auch methodische Weiterentwicklungen vorgenommen und neue statistische Basisdaten in die Berechnungsverfahren integriert.

Die hier nachgewiesenen Werte sind Ergebnisse der Revision 2014. Die Länderergebnisse sind abgestimmt auf den Berechnungsstand August 2014 bzw. Februar 2015, die Kreisergebnisse sind abgestimmt auf den Berechnungsstand August 2014 des Statistischen Bundesamtes.

Glossar

Arbeitnehmer/-innen

Personen, die zeitlich überwiegend als Arbeiter/-innen, Angestellte/-r, Beamte/-innen, Richter/-innen, Berufssoldaten/-innen, Soldaten/-innen auf Zeit, Wehr- oder Zivildienstleistende, Auszubildende, Praktikanten/-innen oder Volontäre/-innen in einem Arbeits- bzw. Dienstverhältnis stehen. Eingeschlossen sind auch Heimarbeiter und ausschließlich marginal Beschäftigte.

Arbeitnehmerentgelt

Dazu zählen sämtliche Geld- und Sachleistungen, die den Arbeitnehmern aus den Arbeits- oder Dienstverhältnissen zugeflossen sind. Es setzt sich zusammen aus den Bruttolöhnen und -gehältern (Löhne und Gehälter vor Abzug der Sozialbeiträge der Arbeitnehmer und der Lohnsteuer) sowie den tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträgen der Arbeitgeber. Es wird entstehungsseitig nachgewiesen als das von inländischen Arbeitgebern geleistete Arbeitnehmerentgelt (Inlandskonzept) oder verteilungsseitig als das von den inländischen privaten Haushalten empfangene Arbeitnehmerentgelt (Inländerkonzept).

Arbeitsproduktivität

Die Arbeitsproduktivität bezeichnet das Verhältnis der preisbereinigten wirtschaftlichen Leistung (Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung) zum Arbeitseinsatz. Dabei wird der Arbeitseinsatz in Erwerbstätigenstunden oder nach der Anzahl der Erwerbstätigen

gemessen. Infolge moderner Beschäftigungsverhältnisse (z. B. Teilzeit) ist die auf die Erwerbstätigenstunden bezogene Wirtschaftsleistung das zutreffendere Produktivitätsmaß. Bei dieser Berechnung wird der gesamte reale Ertrag der wirtschaftlichen Tätigkeit ausschließlich auf den Produktionsfaktor Arbeit bezogen, also ohne Berücksichtigung des Kapitals und der unternehmerischen Leistung.

Bruttoanlageinvestitionen

Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen die Käufe neuer Anlagen (einschließlich aller eingeführten und selbst erstellten Anlagen) sowie die Käufe abzüglich Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land. Als Anlagen werden alle dauerhaften reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen mit Ausnahme nur militärisch nutzbarer Anlagen und der Güter, die in den privaten Konsum eingehen. Die neuen Anlagen gliedern sich in Ausrüstungen (wie Maschinen, Geräte, Fahrzeuge) und sonstige Anlagen (z. B. Computersoftware, Nutztiere und Nutzpflanzen) sowie Bauten (Wohn- und Nichtwohnbauten sowie sonstige Bauten wie Straßen, Brücken, Kanäle).

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet („Inland“) produzierten Waren und Dienstleistungen (Produktionswert) abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Vorleistungen). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in einer Periode somit in erster Linie ein Produktionsindikator

Metadaten

(Inlandskonzept). Ausgehend von der in tiefer wirtschaftssystematischer Gliederung ermittelten Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen aller Wirtschaftsbereiche ergibt sich durch Addition des Saldos aus Gütersteuern und Gütersubventionen das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen. Die Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts dient als Messgröße für das Wirtschaftswachstum.

Bruttonationaleinkommen

Das Bruttonationaleinkommen zu Marktpreisen ist gleich dem Primäreinkommen der inländischen Wirtschaftseinheiten einschließlich der Abschreibungen. Es ergibt sich aus dem Bruttoinlandsprodukt abzüglich der an die übrige Welt geleisteten Primäreinkommen und zuzüglich der aus der übrigen Welt empfangenen Primäreinkommen (Inländerkonzept). Das Nationaleinkommen ist demnach in erster Linie kein Produktions-, sondern ein Einkommensindikator. Nach Abzug der Abschreibungen ergibt sich das aussagekräftigere Netto-nationaleinkommen.

Bruttowertschöpfung

Sie umfasst den im Produktionsprozess geschaffenen Mehrwert und ergibt sich als Differenz zwischen den Produktionswerten und den Vorleistungen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Die Bruttowertschöpfung ist zu Herstellungspreisen bewertet, berücksichtigt also die empfangenen Gütersubventionen, nicht jedoch die zu zahlenden Gütersteuern. Die Aufsummierung der Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche ergibt die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung.

Erwerbstätige

Zu den Erwerbstätigen zählen alle Personen, die als Arbeitnehmer/-in oder als Selbstständige bzw. als mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit, der Regelmäßigkeit und der Bedeutung dieser Tätigkeit für den Lebensunterhalt. Im Falle mehrerer Tätigkeiten wird der Erwerbstätiger nur einmal gezählt (Personenkonzept).

Die Darstellung der Erwerbstätigkeit erfolgt als durchschnittliche Größe des jeweiligen Berichtszeitraumes nach dem Inlandskonzept (Erwerbstätige am Arbeitsort). Erfasst werden alle Personen, die im jeweiligen Gebiet ihren Wohn- und Arbeitsort haben, zuzüglich der außerhalb dieses Gebiets wohnenden Personen, die als Einpendler/-innen in diese Region ihren Arbeitsort erreichen. Nicht erfasst werden Erwerbstätige des Abschnitts U der Wirtschaftszweigsystematik (WZ 2008) „Exterritoriale Organisationen und Körperschaften“.

Geleistete Arbeitsstunden (Arbeitsvolumen)

Beinhalten die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, die als Arbeitnehmer/-innen (Arbeiter/-innen, Angestellte, Beamte/-innen, geringfügig Beschäftigte, Soldaten/-innen) oder

als Selbstständige bzw. als mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben. Hierzu zählen auch die geleisteten Arbeitsstunden von Personen mit mehreren gleichzeitigen Beschäftigungsverhältnissen. Nicht zum Arbeitsvolumen gehören hingegen die bezahlten, aber nicht geleisteten Arbeitsstunden, beispielsweise Jahresurlaub, Elternzeit, Feiertage, Kurzarbeit oder krankheitsbedingte Abwesenheit. Das Arbeitsvolumen wird als Jahressumme nach dem Inlandskonzept (Arbeitsortkonzept) nachgewiesen.

Gütersteuern

Zu den Gütersteuern zählen alle Steuern und ähnlichen Abgaben, die pro Einheit einer produzierten oder gehandelten Ware oder Dienstleistung zu entrichten sind. Sie umfassen die nicht abziehbare Umsatzsteuer, Importabgaben (z.B. Zölle) und sonstige Gütersteuern (Verbrauchssteuern wie Mineralöl- und Tabaksteuer, Vergünstigungssteuern, Versicherungssteuer usw.).

Gütersubventionen

Die Gütersubventionen werden wie Gütersteuern pro Einheit einer produzierten oder eingeführten Ware oder Dienstleistung gewährt und umfassen Importsubventionen und sonstige Gütersubventionen (z.B. direkte Exportsubventionen).

Investitionsquote

Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt.

Kettenindex

Ein Kettenindex ergibt sich aus der Multiplikation von Teilindizes (Wachstumsfaktoren), die sich jeweils auf das Vorjahr beziehen und somit ein jährlich wechselndes Wägungsschema haben. Er wird auf ein Referenzjahr bezogen (derzeit 2010) und gibt für das jeweilige Berichtsjahr an, wie sich z.B. das preisbereinigte Wirtschaftswachstum seit dem Referenzjahr entwickelt hat.

Konsumausgaben des Staates

Sie entsprechen dem Wert der Güter, die vom Staat selbst produziert werden, (jedoch ohne selbst erstellte Anlagen und Verkäufe) sowie den Ausgaben für Güter, die als soziale Sachtransfers den privaten Haushalten für ihren Konsum zur Verfügung gestellt werden.

Lohnquote (unbereinigt)

Anteil des empfangenen Arbeitnehmerentgelts am Volkseinkommen.

Lohnstückkosten

Die Lohnstückkosten bezeichnen die Relation der Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer/-in [Personenkonzept] bzw. Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde [Stundenkonzept]) zur Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt – preisbereinigt, verkettet – je Erwerbstätigen [Personenkonzept] bzw. je Erwerbstätigenstunde [Stundenkonzept]).

Primäreinkommen

Einkommen, das gebietsansässige Einheiten aufgrund ihrer unmittelbaren Teilnahme am Produktionsprozess erhalten, sowie das Einkommen, das der Eigentümer eines Vermögenswerts oder eines nicht produzierten Sachvermögensgegenstands als Gegenleistung dafür erhält, dass er diese einer anderen institutionellen Einheit zur Verfügung stellt. Es entspricht dem Bruttonationaleinkommen ohne die Abschreibungen (= Nettonationaleinkommen zu Marktpreisen) bzw. dem Volkseinkommen zuzüglich dem Saldo aus Produktions- und Importabgaben und Subventionen.

Primäreinkommen der privaten Haushalte

Das Primäreinkommen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) enthält die Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen, die den inländischen privaten Haushalten zugeflossen sind. Zu diesen Einkommen gehören das empfangene Arbeitnehmerentgelt, die Selbstständigeneinkommen der Einzelunternehmen und Selbstständigen, die auch eine Vergütung für die mithelfenden Familienangehörigen enthalten, der Betriebsüberschuss aus der Produktion von Dienstleistungen aus eigengenutztem Wohneigentum sowie die netto empfangenen Vermögenseinkommen.

Private Konsumausgaben

Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke. Neben den tatsächlichen Käufen, zu denen u.a. Entgelte für häusliche Dienste gehören, sind auch bestimmte unterstellte Käufe enthalten, wie z.B. der Eigenverbrauch der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen sowie sogenannte Naturalentgelte für Arbeitnehmer/-innen (z.B. Deputate). In den

privaten Konsumausgaben sind auch die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck enthalten. Diese bestehen aus dem Eigenverbrauch sowie aus den Ausgaben für Güter, die als soziale Sachtransfers den privaten Haushalten für ihren Konsum zur Verfügung gestellt werden.

Sparen der privaten Haushalte

Der nicht konsumierte Teil des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche stellt das Sparen der privaten Haushalte dar. Die Relation aus dem so ermittelten Sparen zu dem verfügbaren Einkommen (letzteres erhöht um die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche) wird als Sparquote der privaten Haushalte bezeichnet.

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Es ergibt sich dadurch, dass dem Primäreinkommen einerseits die monetären Sozialleistungen und sonstigen laufenden Transfers hinzugefügt werden, die die privaten Haushalte überwiegend vom Staat empfangen, und andererseits Einkommen- und Vermögensteuern, Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers abgezogen werden, die von den privaten Haushalten zu leisten sind. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte entspricht damit dem Einkommen, das den privaten Haushalten letztendlich zufließt und das sie für Konsum- und Sparzwecke verwenden können.

Volkseinkommen (Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten)

Das Volkseinkommen ist die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern letztlich zugeflossen sind. Es umfasst das von Inländern empfangene Arbeitnehmerentgelt sowie die Unternehmens- und Vermögenseinkommen.

Internet

[www.statistik.rlp.de/wirtschaft/
volkswirtschaftliche-gesamtrechnungen](http://www.statistik.rlp.de/wirtschaft/volkswirtschaftliche-gesamtrechnungen)

Pressemitteilungen

[www.statistik.rlp.de/wirtschaft/
volkswirtschaftliche-gesamtrechnungen/pressemitteilungen](http://www.statistik.rlp.de/wirtschaft/volkswirtschaftliche-gesamtrechnungen/pressemitteilungen)

Statistische Berichte

[www.statistik.rlp.de/wirtschaft/
volkswirtschaftliche-gesamtrechnungen/statistische-berichte](http://www.statistik.rlp.de/wirtschaft/volkswirtschaftliche-gesamtrechnungen/statistische-berichte)

Beiträge in den Statistischen Monatsheften

[www.statistik.rlp.de/wirtschaft/
volkswirtschaftliche-gesamtrechnungen/monatsheftbeitraege](http://www.statistik.rlp.de/wirtschaft/volkswirtschaftliche-gesamtrechnungen/monatsheftbeitraege)

Übersichtstabellen

[www.statistik.rlp.de/wirtschaft/
volkswirtschaftliche-gesamtrechnungen/basisdaten-regional](http://www.statistik.rlp.de/wirtschaft/volkswirtschaftliche-gesamtrechnungen/basisdaten-regional)

Regionaldatenbanken

www.statistik.rlp.de/regionaldaten/meine-heimat

Analysen

[www.statistik.rlp.de/wirtschaft/
volkswirtschaftliche-gesamtrechnungen/analysen](http://www.statistik.rlp.de/wirtschaft/volkswirtschaftliche-gesamtrechnungen/analysen)

Kurzpräsentationen

[www.statistik.rlp.de/wirtschaft/
volkswirtschaftliche-gesamtrechnungen/kurzpraesentationen](http://www.statistik.rlp.de/wirtschaft/volkswirtschaftliche-gesamtrechnungen/kurzpraesentationen)

Gemeinschaftsveröffentlichungen

www.vgrdl.de
www.statistik-portal.de



12. Erwerbstätigkeit



Inhaltsverzeichnis

Tabellen

T 1:	Ausgewählte Kennzahlen zu den Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1991–2014	380
T 2:	Erwerbstätige und Arbeitnehmer/-innen am Arbeitsort 2014 nach Bundesländern	381
T 3:	Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen und der Arbeitnehmer/-innen am Arbeitsort (Arbeitsvolumen) 2014 nach Bundesländern	382
T 4:	Erwerbstätige und Arbeitnehmer/-innen am Arbeitsort 1991–2014 nach Wirtschaftsbereichen	383
T 5:	Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen und der Arbeitnehmer/-innen am Arbeitsort (Arbeitsvolumen) 2004–2014 nach Wirtschaftsbereichen	384
T 6:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort 2004–2014 nach Personengruppen	385
T 7:	Sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort am 30. Juni 2014 nach Wirtschaftszweigen	386
T 8:	Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort 2004–2014 nach Personengruppen	387
T 9:	Arbeitslose, Arbeitslosenquote, Kurzarbeiter/-innen und gemeldete Arbeitsstellen 2004–2014 nach Geschlecht	388
T 10:	Arbeitslose 2009 und 2014 nach ausgewählten Personengruppen	389
T 11:	Erwerbstätige und Arbeitnehmer/-innen am Arbeitsort 2013 nach Verwaltungsbezirken	390
T 12:	Erwerbstätige und geleistete Arbeitsstunden am Arbeitsort 2013 nach Verwaltungsbezirken	392
T 13:	Erwerbstätige am Arbeitsort 2013 nach Wirtschaftsbereichen und Verwaltungsbezirken	394
T 14:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort am 30. Juni 2014 nach Personengruppen und Verwaltungsbezirken	396
T 15:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort und am Wohnort sowie Pendlersaldo am 30. Juni 2014 nach Verwaltungsbezirken	398
T 16:	Arbeitslose und Arbeitslosenquote 2014 nach Personengruppen und Verwaltungsbezirken	400
T 17:	Ausgewählte Kennzahlen zur Erwerbsbeteiligung in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1991–2014	402
T 18:	Bevölkerung 2008 und 2013 nach Erwerbsbeteiligung und Bundesländern	403
T 19:	Frauen 2008 und 2013 nach Erwerbsbeteiligung und Bundesländern	404
T 20:	Erwerbstätigenquote 2004–2014 nach Altersgruppen und Geschlecht	405
T 21:	Erwerbslosenquote 2004–2014 nach Altersgruppen und Geschlecht	406
T 22:	Nichterwerbspersonen 2004–2014 nach Altersgruppen und Geschlecht	407
T 23:	Erwerbstätige, Erwerbslose und Nichterwerbspersonen 2014 nach höchstem allgemeinen Schulabschluss und Geschlecht	408
T 24:	Erwerbstätige, Erwerbslose und Nichterwerbspersonen 2014 nach höchstem beruflichen Abschluss und Geschlecht	409
T 25:	Erwerbstätige, Erwerbslose und Nichterwerbspersonen 2014 nach persönlichem monatlichen Nettoeinkommen und Geschlecht	410
T 26:	Erwerbstätige 2005–2014 nach Arbeitszeiten und Geschlecht	411
T 27:	Erwerbslose am Wohnort 2004–2014 nach Art der gesuchten Tätigkeit und Geschlecht	412
T 28:	Erwerbslose und Nichterwerbspersonen mit früherer Erwerbstätigkeit 2014 nach früherem Wirtschaftsbereich und Geschlecht	413
T 29:	Kernerwerbstätige 2004–2014 nach Beschäftigungsform und Geschlecht	414
T 30:	Personal im öffentlichen Dienst des Landes sowie der kommunalen Gebietskörperschaften 2004–2014 nach Dienstverhältnis und Beschäftigungsumfang	415

Grafiken

G 1:	Erwerbstätige am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2004–2014	379
G 2:	Erwerbstätige am Arbeitsort 2014 nach Bundesländern	381
G 3:	Erwerbstätige am Arbeitsort 2004 und 2014 nach Wirtschaftsbereichen	382

G 4: Erwerbstätige, sozialversicherungspflichtig, marginal Beschäftigte und Selbstständige am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2004–2014	385
G 5: Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2004–2014	388
G 6: Arbeitslosenquote 2008–2014 nach Altersgruppen und Nationalität	389
G 7: Erwerbsquote 2013 nach Bundesländern	403
G 8: Frauenerwerbsquote 2013 nach Bundesländern	404
G 9: Personal im öffentlichen Dienst des Landes sowie der kommunalen Gebietskörperschaften 2004–2014 nach Beschäftigungsumfang	415
Übersichten	
Ü 1: Veröffentlichungsquellen der Erwerbstätigkeit	378
Ü 2: Schematische Darstellung wichtiger Begriffe der Erwerbstätigkeit	417
Karten	
K 1: Marginal Beschäftigte 2013 nach Verwaltungsbezirken	391
K 2: Arbeitsplatzdichte 2013 nach Verwaltungsbezirken	393
K 3: Erwerbstätige im Produzierenden Gewerbe 2013 nach Verwaltungsbezirken	395
K 4: Beschäftigungsquote 2014 nach Verwaltungsbezirken	397
K 5: Pendlersaldo am 30. Juni 2014 nach Verwaltungsbezirken	399
K 6: Arbeitslosenquote 2014 nach Verwaltungsbezirken	401
Metadaten	
Datenquellen	416
Statistiken	416
Glossar	417
Internet	420

Erwerbstätigkeit

Betrachtung am Arbeitsort

Quelle: Erwerbstätigenrechnung (ETR)

Erwerbstätige und Arbeitsvolumen

Merkmale:

Stellung im Beruf
Wirtschaftsbereiche

Quelle: Beschäftigungsstatistik der
Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Merkmale:

Geschlecht
Altersgruppen
Nationalität
Beschäftigungsumfang
Wirtschaftsbereiche

Betrachtung am Wohnort

Quelle: Mikrozensus

Erwerbstätige/Erwerbslose/Nichterwerbspersonen

Merkmale:

Geschlecht
Altersgruppen
Höchster allgemeinbildender Schulabschluss
Höchster beruflicher Abschluss
Bildungsstand
Quelle des Lebensunterhalts
Stellung im Beruf
Art der ausgeübten Tätigkeit
Art des Arbeitsvertrags
Persönliches monatliches Nettoeinkommen
Normalerweise geleistete Wochenarbeitszeit
Wirtschaftsbereiche
Berufsordnung
u. a.

Quelle: Beschäftigungsstatistik der
Bundesagentur für Arbeit

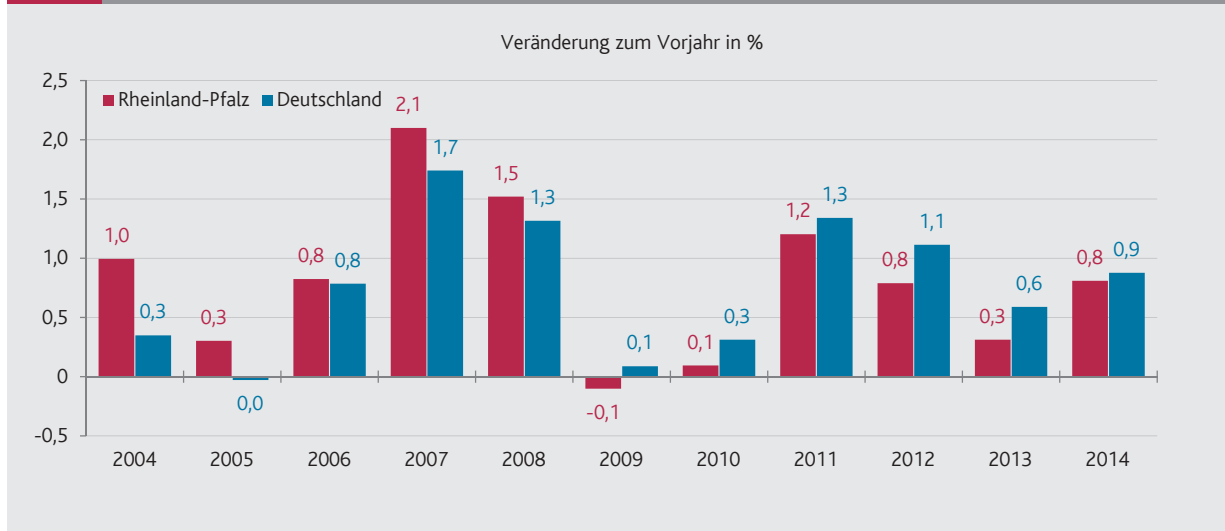
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Merkmale:

Geschlecht
Altersgruppen
Nationalität
Beschäftigungsumfang

- Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte in Rheinland-Pfalz 2014 einen neuen Höchststand. Insgesamt hatten hier im Jahresdurchschnitt knapp 1,97 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort.
- Mit durchschnittlich 1341 Stunden lag das Arbeitsvolumen pro Kopf in Rheinland-Pfalz leicht unter dem Bundesdurchschnitt von 1371 Stunden.
- Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort erreichte mit gut 1,32 Millionen ein neues Rekordniveau.
- Gut ein Viertel der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist teilzeitbeschäftigt.
- Im Jahresdurchschnitt 2014 waren weniger Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen als 2013 (–619 bzw. –0,5 Prozent). Die Arbeitslosenquote lag bei 5,4 Prozent (Deutschland: 6,7 Prozent).
- Immer mehr Frauen gehen einer Erwerbstätigkeit nach. Der Anteil der weiblichen Erwerbstätigen ist seit 2008 um 2,8 Prozentpunkte gestiegen.
- Das Ausbildungsniveau der Erwerbstätigen im Land hat sich 2013 weiter erhöht. Der Anteil der Erwerbstätigen mit Fachhochschul- oder Hochschulreife ist seit 2008 um 4,9 Prozentpunkte, der Anteil derjenigen mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss um 1,4 Prozentpunkte gestiegen.
- Der Anteil der Erwerbstätigen in sogenannten atypischen Beschäftigungsformen (z. B. geringfügige entlohnte Beschäftigung) ist erneut gesunken. Er lag 2013 bei 23 Prozent.

G 1 Erwerbstätige am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2004–2014



T 1

Ausgewählte Kennzahlen zu den Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1991–2014

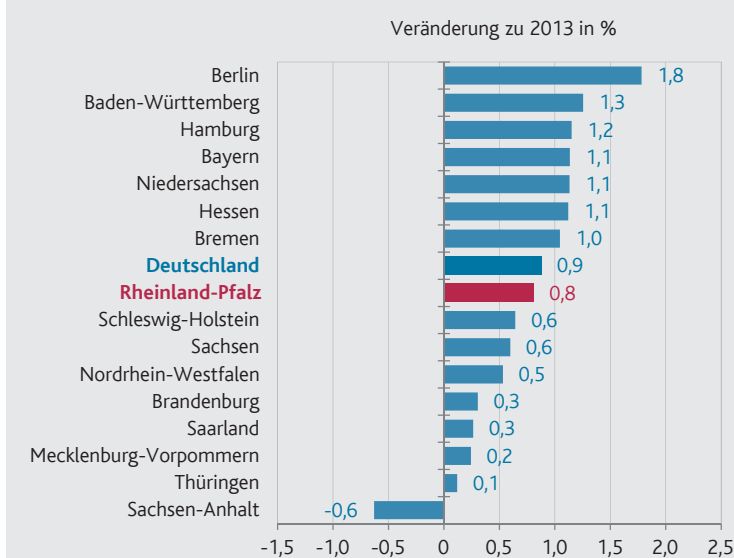
Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz						Deutschland	
		1991	2000	2005	2010	2013	2014	2013	2014
Erwerbstätige am Arbeitsort	1 000	1 679	1 806	1 826	1 908	1 952	1 968	42 281	42 652
Messzahl	2010=100	88,0	94,7	95,7	100	102,3	103,1	103,1	104,0
je 1 000 Einwohner/-innen im erwerbsfähigen Alter (Arbeitsplatzdichte)	Anzahl	.	674	686	724	736	...	770	...
Arbeitnehmer/-innen am Arbeitsort	1 000	1 480	1 613	1 618	1 694	1 745	1 763	37 824	38 247
Messzahl	2010=100	87,4	95,2	95,5	100	103,0	104,1	103,5	104,7
Anteil an den Erwerbstätigen	%	88,1	89,3	88,6	88,8	89,4	89,6	89,5	89,7
Selbstständige und mithelfende Familienangehörige	1 000	199	193	207	214	207	204	4 457	4 405
Messzahl	2010=100	93,3	90,3	96,9	100	96,6	95,5	99,3	98,2
Anteil an den Erwerbstätigen	%	11,9	10,7	11,4	11,2	10,6	10,4	10,5	10,3
Arbeitsvolumen (geleistete Arbeitsstunden)	Mill. Std.	.	2 568	2 498	2 589	2 592	2 639	57 608	58 476
Messzahl	2010=100	.	99,2	96,5	100	100,1	101,9	101,0	102,6
je Erwerbstätigen	Stunden	.	1 422	1 368	1 357	1 328	1 341	1 363	1 371
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SVB) am Arbeitsort	1 000	.	1 195	1 156	1 230	1 299	1 321	29 616	30 175
Messzahl	2010=100	.	97,1	94,0	100	105,6	107,4	105,9	107,9
Anteil an den Erwerbstätigen	%	.	66,1	63,3	64,5	66,6	67,2	70,0	70,7
Vollzeitbeschäftigte SVB am Arbeitsort	1 000	.	981	914	942	941	951	21 841	22 091
Vollzeitbeschäftigtenquote (VZB/SVB)	%	.	82,1	79,1	76,6	72,4	72,0	73,7	73,2
Teilzeitbeschäftigte SVB am Arbeitsort	1 000	.	202	227	272	341	353	7 424	7 740
Teilzeitbeschäftigtenquote (TZB/SVB)	%	.	16,9	19,6	22,1	26,3	26,7	25,1	25,6
SVB am Arbeitsort 55 Jahre und älter	1 000	.	113	121	178	222	238	4 865	5 209
Anteil an den SVB	%	.	9,4	10,5	14,5	17,1	18,0	16,4	17,3
Auszubildende SVB am Arbeitsort	1 000	.	67	71	72	67	71	1 361	1 374
Ausbildungsquote (Azubi/SVB)	%	.	5,6	6,2	5,8	5,2	5,4	4,6	4,6
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort	1 000	.	225	253	262	267	269	5 066	5 087
Anteil an den SVB	%	.	18,8	21,9	21,3	20,5	20,4	17,1	16,9
Im Nebenjob geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort	1 000	.	.	77	105	120	125	2 333	2 424
Anteil an den SVB	%	.	.	6,6	8,5	9,3	9,5	7,9	8,0
Arbeitslose	1 000	82,3	138,4	178,5	120,0	116,4	115,7	2 950,3	2 898,4
Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen)	%	.	7,3	8,8	5,7	5,5	5,4	6,9	6,7
Gemeldete Arbeitsstellen	1 000	17,4	23,3	10,9	16,9	21,2	23,6	457,0	490,3

T 2 Erwerbstätige und Arbeitnehmer/-innen am Arbeitsort 2014 nach Bundesländern

Bundesland	Erwerbstätige					darunter: Arbeitnehmer/-innen					
	1 000	Veränderung zu			Anteil an Deutschland	1 000	Veränderung zu			Deutschland	Erwerbstätigen
		1991	2004	2013			1991	2004	2013		
		%					%				
Baden-Württemberg	6 019,7	16,6	9,2	1,3	14,1	5 428,1	16,6	10,0	1,5	14,2	90,2
Bayern	7 162,2	18,5	12,1	1,1	16,8	6 352,0	20,8	13,6	1,5	16,6	88,7
Berlin	1 805,4	6,0	16,1	1,8	4,2	1 577,4	-0,1	16,1	2,1	4,1	87,4
Brandenburg	1 085,2	-8,8	5,3	0,3	2,5	954,6	-15,6	4,8	0,4	2,5	88,0
Bremen	420,9	6,1	7,0	1,0	1,0	386,6	3,5	8,1	1,2	1,0	91,8
Hamburg	1 193,4	16,9	14,9	1,2	2,8	1 073,6	14,1	15,2	1,4	2,8	90,0
Hessen	3 308,7	12,1	7,3	1,1	7,8	2 971,5	11,1	8,1	1,4	7,8	89,8
Mecklenburg-Vorpommern	731,6	-12,5	1,0	0,2	1,7	662,5	-17,2	1,8	0,4	1,7	90,6
Niedersachsen	3 930,6	19,4	10,2	1,1	9,2	3 529,8	20,1	10,7	1,4	9,2	89,8
Nordrhein-Westfalen	9 085,8	12,8	6,9	0,5	21,3	8 240,8	11,9	7,4	0,7	21,5	90,7
Rheinland-Pfalz	1 967,7	17,2	8,1	0,8	4,6	1 763,4	19,2	9,0	1,0	4,6	89,6
Saarland	520,3	7,8	1,4	0,3	1,2	477,7	8,3	2,4	0,3	1,2	91,8
Sachsen	2 021,6	-10,4	4,8	0,6	4,7	1 793,9	-16,0	4,6	0,9	4,7	88,7
Sachsen-Anhalt	1 008,7	-21,0	-0,3	-0,6	2,4	916,9	-24,5	0,4	-0,5	2,4	90,9
Schleswig-Holstein	1 342,3	10,3	7,1	0,6	3,1	1 182,5	9,6	7,1	1,0	3,1	88,1
Thüringen	1 047,9	-14,6	2,8	0,1	2,5	935,7	-19,2	2,6	0,4	2,4	89,3
Deutschland	42 652,0	10,0	8,4	0,9	100	38 247,0	8,6	9,0	1,1	100	89,7

12

G 2 Erwerbstätige am Arbeitsort 2014 nach Bundesländern



Im Jahr 2014 hatten 1,97 Millionen Personen ihren Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz. Damit erreichte die Zahl der Erwerbstätigen einen neuen Höchststand. Gegenüber dem Vorjahr waren es 15 800 mehr (+0,8 Prozent). Der Zuwachs konzentrierte sich auf den Dienstleistungssektor; hier waren 11 600 Personen mehr beschäftigt als ein Jahr zuvor. Im Produzierenden Gewerbe ist die Zahl der Beschäftigten um 2 800 gestiegen. Zu einer deutlichen Zunahme um 1 300 Arbeitsplätzen kam es auch im Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei.

T 3

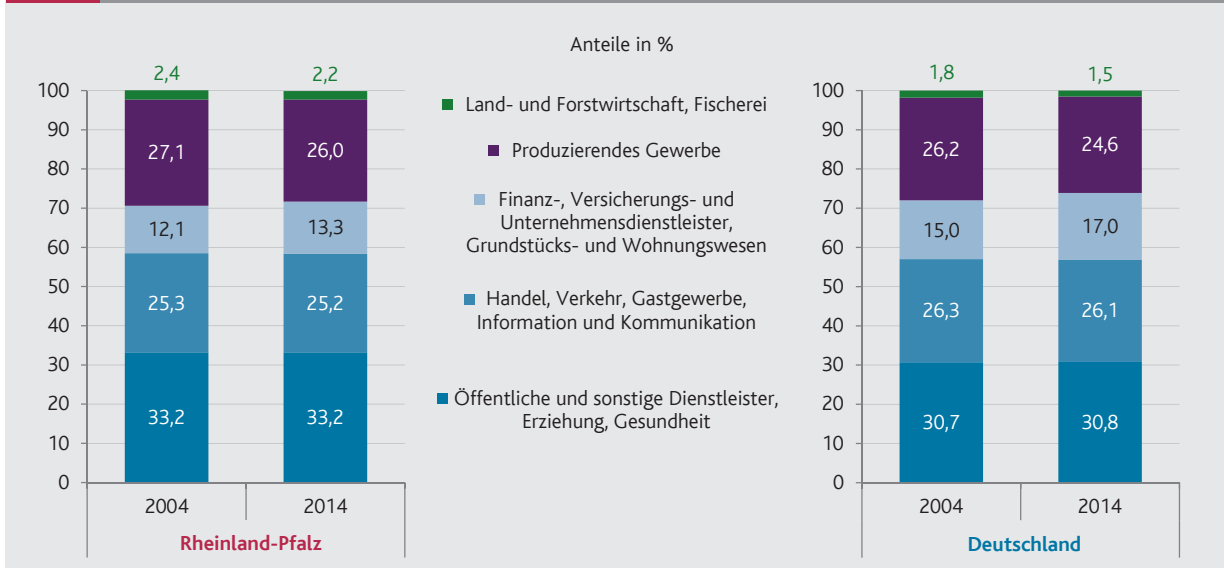
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen und der Arbeitnehmer/-innen am Arbeitsort (Arbeitsvolumen) 2014 nach Bundesländern

Bundesland	Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen					Darunter: der Arbeitnehmer/-innen				
	Mill. Stunden	Veränderung zu		Anteil an Deutschland	je Erwerbstätige/-n	Mill. Stunden	Veränderung zu		Anteil an Deutschland	je Arbeitnehmer/-in
		2004	2013				2004	2013		
		%			Stunden		%			Stunden
Baden-Württemberg	8 204,6	6,1	1,3	14,0	1 363	7 038,8	8,3	1,6	14,1	1 297
Bayern	9 860,1	8,4	1,7	16,9	1 377	8 248,4	11,9	2,2	16,6	1 299
Berlin	2 544,4	9,7	2,3	4,4	1 409	2 106,3	10,5	2,8	4,2	1 335
Brandenburg	1 568,4	-0,8	1,8	2,7	1 445	1 308,6	-1,0	2,3	2,6	1 371
Bremen	559,5	2,9	1,1	1,0	1 329	493,7	5,5	1,3	1,0	1 277
Hamburg	1 676,4	11,7	2,0	2,9	1 405	1 445,0	13,1	2,6	2,9	1 346
Hessen	4 538,9	3,2	1,7	7,8	1 372	3 875,4	5,0	2,1	7,8	1 304
Mecklenburg-Vorpommern	1 045,6	-5,1	1,5	1,8	1 429	906,8	-3,7	1,9	1,8	1 369
Niedersachsen	5 316,3	7,4	1,5	9,1	1 353	4 524,9	9,4	1,9	9,1	1 282
Nordrhein-Westfalen	12 124,1	3,6	1,4	20,7	1 334	10 462,7	5,0	1,8	21,0	1 270
Rheinland-Pfalz	2 639,1	5,1	1,8	4,5	1 341	2 232,7	7,6	2,3	4,5	1 266
Saarland	692,8	-3,1	1,1	1,2	1 331	608,8	-0,8	1,2	1,2	1 274
Sachsen	2 895,9	-0,6	1,6	5,0	1 432	2 443,9	-0,3	2,2	4,9	1 362
Sachsen-Anhalt	1 448,9	-6,3	0,2	2,5	1 436	1 265,4	-5,0	0,6	2,5	1 380
Schleswig-Holstein	1 836,9	4,0	1,3	3,1	1 368	1 521,9	5,5	1,9	3,1	1 287
Thüringen	1 523,8	-2,4	0,8	2,6	1 454	1 299,9	-2,2	1,3	2,6	1 389
Deutschland	58 475,6	4,5	1,5	100	1 371	49 783,3	6,3	1,9	100	1 302

12

G 3

Erwerbstätige am Arbeitsort 2004 und 2014 nach Wirtschaftsbereichen



T 4

Erwerbstätige und Arbeitnehmer/-innen am Arbeitsort 1991–2014 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	1991	2000	2010	2013	2014				
					ins- gesamt	Veränderung zu			Anteil an insgesamt
						1991	2004	2013	
	1 000				%				
Erwerbstätige									
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	65,8	45,0	43,3	42,6	43,9	-33,2	1,2	3,1	2,2
Produzierendes Gewerbe	590,9	529,6	493,8	509,3	512,1	-13,3	3,9	0,6	26,0
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	468,6	402,7	375,8	388,2	389,3	-16,9	2,5	0,3	19,8
Verarbeitendes Gewerbe	439,9	376,8	352,4	363,8	365,1	-17,0	2,6	0,4	18,6
Baugewerbe	122,3	126,9	118,0	121,0	122,8	0,4	8,8	1,4	6,2
Dienstleistungsbereiche	1 022,5	1 231,4	1 370,6	1 400,1	1 411,7	38,1	10,0	0,8	71,7
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	409,7	454,1	476,3	487,1	495,7	21,0	7,6	1,8	25,2
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen	140,8	203,2	253,5	265,2	262,4	86,3	19,5	-1,1	13,3
öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	472,0	574,0	640,8	647,8	653,7	38,5	8,3	0,9	33,2
Insgesamt	1 679,1	1 806,0	1 907,7	1 951,9	1 967,7	17,2	8,1	0,8	100
darunter: Arbeitnehmer/-innen									
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	15,1	16,7	20,1	21,8	23,6	55,8	26,5	8,1	1,3
Produzierendes Gewerbe	561,8	497,0	458,8	473,9	476,8	-15,1	3,6	0,6	27,0
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	454,0	391,2	364,7	377,6	379,0	-16,5	3,1	0,4	21,5
Verarbeitendes Gewerbe	425,8	365,8	341,8	353,6	355,4	-16,5	3,3	0,5	20,2
Baugewerbe	107,8	105,7	94,2	96,4	97,7	-9,3	5,5	1,4	5,5
Dienstleistungsbereiche	902,8	1 099,2	1 214,9	1 249,7	1 263,1	39,9	10,9	1,1	71,6
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	348,6	390,6	412,5	427,5	436,8	25,3	10,1	2,2	24,8
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen	112,8	168,3	208,1	219,6	218,1	93,4	20,7	-0,7	12,4
öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	441,5	540,3	594,3	602,6	608,1	37,8	8,2	0,9	34,5
Insgesamt	1 479,7	1 612,8	1 693,8	1 745,4	1 763,4	19,2	9,0	1,0	100

T 5

Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen und der Arbeitnehmer/-innen am Arbeitsort (Arbeitsvolumen)
2004–2014 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	2004	2010	2013	2014				
				ins- gesamt	Veränderung zu		Anteil an insgesamt	je Erwerbs- tätige/-n
					2004	2013		
	Mill. Stunden			%			Stunden	
Erwerbstätige								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	76,6	71,7	67,8	69,0	-9,9	1,8	2,6	1 572
Produzierendes Gewerbe	740,9	731,5	743,8	762,1	2,9	2,5	28,9	1 488
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	558,8	536,0	550,2	563,6	0,9	2,4	21,4	1 448
Verarbeitendes Gewerbe	521,7	500,8	514,0	526,7	1,0	2,5	20,0	1 443
Baugewerbe	182,1	195,6	193,6	198,5	9,0	2,6	7,5	1 617
Dienstleistungsbereiche	1 692,6	1 786,1	1 780,5	1 807,9	6,8	1,5	68,5	1 281
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	642,1	654,3	645,5	653,8	1,8	1,3	24,8	1 319
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen	299,5	343,8	351,3	354,7	18,4	1,0	13,4	1 352
öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	750,9	788,0	783,7	799,4	6,5	2,0	30,3	1 223
Insgesamt	2 510,0	2 589,4	2 592,1	2 639,1	5,1	1,8	100	1 341
darunter: Arbeitnehmer/-innen								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	21,4	24,2	26,0	27,8	29,7	7,1	1,2	1 180
Produzierendes Gewerbe	669,1	653,5	667,6	685,5	2,4	2,7	30,7	1 438
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	532,4	511,6	527,1	541,3	1,7	2,7	24,2	1 428
Verarbeitendes Gewerbe	496,5	477,5	491,9	505,5	1,8	2,8	22,6	1 422
Baugewerbe	136,7	141,9	140,5	144,2	5,5	2,7	6,5	1 475
Dienstleistungsbereiche	1 384,3	1 471,3	1 489,2	1 519,4	9,8	2,0	68,1	1 203
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	493,9	511,0	516,9	526,3	6,6	1,8	23,6	1 205
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen	216,0	251,2	262,3	268,0	24,1	2,2	12,0	1 229
öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	674,3	709,1	710,1	725,1	7,5	2,1	32,5	1 192
Insgesamt	2 074,8	2 149,1	2 182,8	2 232,7	7,6	2,3	100	1 266

12

T 6

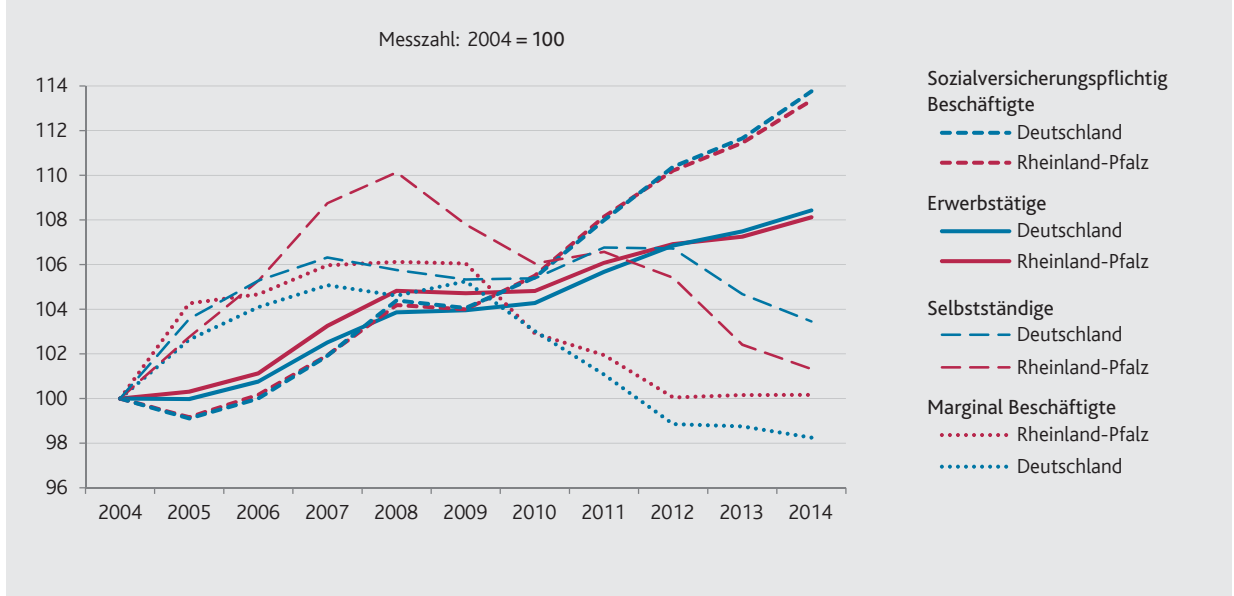
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort 2004–2014¹ nach Personengruppen

Jahr	Insgesamt ²	Und zwar								
		Frauen	Männer	Deutsche	Ausländer/-innen	Vollzeit-beschäftigte	Teilzeit-beschäftigte	unter 25-jährige	55-jährige und Ältere	Auszubildende
	Anzahl	%								
2004	1 165 779	44,6	55,4	94,1	5,8	79,8	19,0	13,4	9,7	6,1
2005	1 156 042	45,0	55,0	94,2	5,8	79,1	19,6	13,1	10,5	6,2
2006	1 167 706	44,8	55,2	94,1	5,9	78,7	20,0	13,0	11,2	6,1
2007	1 188 378	44,5	55,5	93,9	6,0	78,4	20,3	13,1	12,0	5,9
2008	1 214 586	44,8	55,2	93,8	6,2	78,2	20,6	13,1	12,8	5,8
2009	1 212 369	45,6	54,4	93,8	6,1	77,4	21,3	12,9	13,8	6,3
2010	1 229 894	45,7	54,3	93,7	6,2	76,6	22,1	12,7	14,5	5,8
2011	1 260 649	45,6	54,4	93,4	6,5	.	.	12,5	15,2	5,2
2012	1 284 872	45,8	54,2	93,0	7,0	.	.	12,3	16,1	5,2
2013	1 299 299	46,1	53,9	92,5	7,4	72,4	26,3	11,9	17,1	5,2
2014	1 321 470	46,2	53,8	92,0	8,0	72,0	26,7	11,7	18,0	5,4

1 30.06. – 2 Einschließlich Fälle ohne Angaben zur Nationalität bzw. Arbeitszeit.

G 4

Erwerbstätige, sozialversicherungspflichtig, marginal Beschäftigte und Selbstständige am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2004–2014



T 7

Sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort am 30. Juni 2014 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	SVB	Veränderung zu 2009	Anteil an insgesamt	Darunter: Teilzeitbeschäftigte		Geringfügig entlohnte Beschäftigte	Veränderung zu 2009	Anteil an insgesamt
				Anteil an SVB	Anteil an insgesamt			
	Anzahl		%			Anzahl	%	
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	13 372	23,6	1,0	18,0	0,7	6 605	16,4	1,7
Produzierendes Gewerbe	421 571	4,4	31,9	9,7	11,6	53 631	5,5	13,6
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	3 174	-4,0	0,2	7,3	0,1	411	-8,3	0,1
Verarbeitendes Gewerbe	315 157	3,3	23,8	9,4	8,4	34 342	2,8	8,7
Energieversorgung	9 318	5,3	0,7	10,7	0,3	405	-1,7	0,1
Wasserversorgung, Entsorgung und Ähnliches	10 101	11,6	0,8	9,2	0,3	1 229	13,5	0,3
Baugewerbe	83 821	8,1	6,3	11,1	2,6	17 244	11,2	4,4
Dienstleistungsbereiche	886 499	11,2	67,1	35,0	87,7	334 510	9,0	84,7
Handel; Reparatur von Kraftfahrzeugen	183 210	5,1	13,9	32,3	16,7	68 866	0,5	17,4
Verkehr und Lagerei	59 956	17,3	4,5	21,4	3,6	28 928	5,7	7,3
Gastgewerbe	41 589	12,7	3,1	43,3	5,1	50 609	19,3	12,8
Information und Kommunikation	30 351	5,9	2,3	19,9	1,7	9 115	52,2	2,3
Finanz- und Versicherungs- dienstleistungen	34 848	-6,3	2,6	29,1	2,9	3 635	0,2	0,9
Grundstücks- und Wohnungswesen	5 632	11,2	0,4	35,1	0,6	11 417	13,9	2,9
freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	63 346	24,0	4,8	25,5	4,6	18 268	3,7	4,6
sonstige Unternehmens- dienstleistungen	71 430	35,0	5,4	28,2	5,7	33 719	10,7	8,5
öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	83 445	0,2	6,3	36,7	8,7	11 702	5,4	3,0
Erziehung und Unterricht	54 841	24,5	4,1	56,4	8,8	11 496	11,3	2,9
Gesundheits- und Sozialwesen	199 394	12,9	15,1	41,7	23,5	37 488	5,2	9,5
Kunst, Unterhaltung und Erholung	9 987	20,0	0,8	33,4	0,9	11 027	17,1	2,8
sonstige Dienstleistungen	38 064	1,3	2,9	38,7	4,2	21 245	-2,6	5,4
private Haushalte	2 807	34,4	0,2	61,1	0,5	16 995	34,4	4,3
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	7 599	-9,0	0,6	12,9	0,3	-	-	-
Insgesamt ¹	1 321 470	9,0	100	26,7	100	394 818	8,5	100

¹ Einschließlich Fälle "ohne Angabe" zur wirtschaftlichen Gliederung.

T 8

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort 2004–2014¹ nach Personengruppen

Personengruppe	2004	2005	2013	2014		
				insgesamt	Veränderung zu	
					2004	2013
	Anzahl			%		
Insgesamt ²	249 963	252 857	266 840	269 483	7,8	1,0
Frauen	176 904	178 256	177 331	177 492	0,3	0,1
Männer	73 059	74 601	89 509	91 991	25,9	2,8
unter 25-Jährige	46 090	44 844	55 658	58 094	26,0	4,4
darunter: unter 20-Jährige	24 593	22 597	28 327	29 892	21,5	5,5
55-Jährige und Ältere	73 713	75 159	94 512	97 815	32,7	3,5
Deutsche	233 957	235 536	244 001	244 998	4,7	0,4
Frauen	165 520	166 153	161 475	160 644	-2,9	-0,5
Männer	68 437	69 383	82 526	84 354	23,3	2,2
Ausländer/-innen ²	15 660	16 853	21 992	23 583	50,6	7,2
Frauen	11 140	11 750	15 206	16 143	44,9	6,2
Männer	4 520	5 103	6 786	7 440	64,6	9,6
	Anteil an insgesamt in %			Prozentpunkte		
Insgesamt ²	100	100	100	100	x	x
Frauen	70,8	70,5	66,5	65,9	-4,9	-0,6
Männer	29,2	29,5	33,5	34,1	4,9	0,6
unter 25-Jährige	18,4	17,7	20,9	21,6	3,1	0,7
darunter: unter 20-Jährige	9,8	8,9	10,6	11,1	1,3	0,5
55-Jährige und Ältere	29,5	29,7	35,4	36,3	6,8	0,9
Deutsche	93,6	93,1	91,4	90,9	-2,7	-0,5
Frauen	66,2	65,7	60,5	59,6	-6,6	-0,9
Männer	27,4	27,4	30,9	31,3	3,9	0,4
Ausländer/-innen ²	6,3	6,7	8,2	8,8	2,5	0,5
Frauen	4,5	4,6	5,7	6,0	1,5	0,3
Männer	1,8	2,0	2,5	2,8	1,0	0,2

1 30.06. – 2 Einschließlich Fälle "ohne Angabe" zur Nationalität.

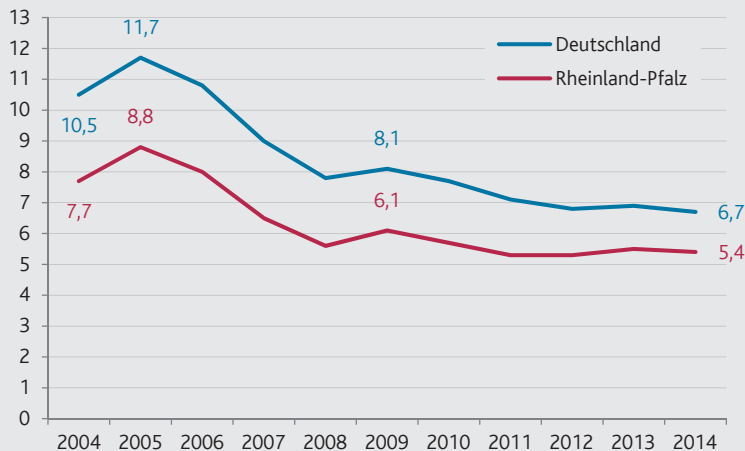
T 9 Arbeitslose, Arbeitslosenquote, Kurzarbeiter/-innen und gemeldete Arbeitsstellen 2004–2014¹ nach Geschlecht

Jahr	Arbeitslose ²			Arbeitslosenquote ^{2,3}			Kurzarbeiter/-innen		Gemeldete Arbeitsstellen
	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Männer	
	Anzahl	%					Anzahl	%	
2004	155 415	42,8	57,2	7,7	7,2	8,1	6 844	81,5	11 063
2005	178 511	46,3	53,7	8,8	8,9	8,7	5 613	81,6	10 889
2006	162 927	48,3	51,7	8,0	8,3	7,6	2 589	80,1	11 993
2007	133 401	50,4	49,6	6,5	7,1	6,0	2 526	85,7	14 139
2008	116 094	49,7	50,3	5,6	6,0	5,3	4 624	86,2	15 726
2009	127 231	45,4	54,6	6,1	6,0	6,2	42 440	81,9	13 307
2010	119 953	46,0	54,0	5,7	5,7	5,8	21 009	80,7	16 944
2011	111 074	47,2	52,8	5,3	5,4	5,2	5 754	80,1	20 988
2012	111 083	47,1	52,9	5,3	5,3	5,2	4 447	86,1	21 513
2013	116 360	46,4	53,6	5,5	5,4	5,5	3 423	84,8	21 221
2014	115 741	46,4	53,6	5,4	5,3	5,4	2 407	87,2	23 602

1 Jahresdurchschnitt. – 2 Ab 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. – 3 Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen der jeweils betrachteten Personengruppe.

G 5 Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2004–2014

Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen in %



Im Jahresdurchschnitt 2014 lag die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Rheinland-Pfalz bei 115 700, das waren gut 600 bzw. 0,5 Prozent weniger als im Jahr zuvor (Deutschland: –1,8 Prozent). Die Arbeitslosenquote hat sich in Rheinland-Pfalz um 0,1 Prozentpunkte auf 5,4 Prozent verringert. Im längerfristigen Vergleich liegt die Quote weiterhin auf einem niedrigen Niveau und auch deutlich unterhalb des bundesdurchschnittlichen Werts von 6,7 Prozent. Im Ländervergleich hat Rheinland-Pfalz die drittniedrigste Arbeitslosenquote hinter Bayern und Baden-Württemberg.

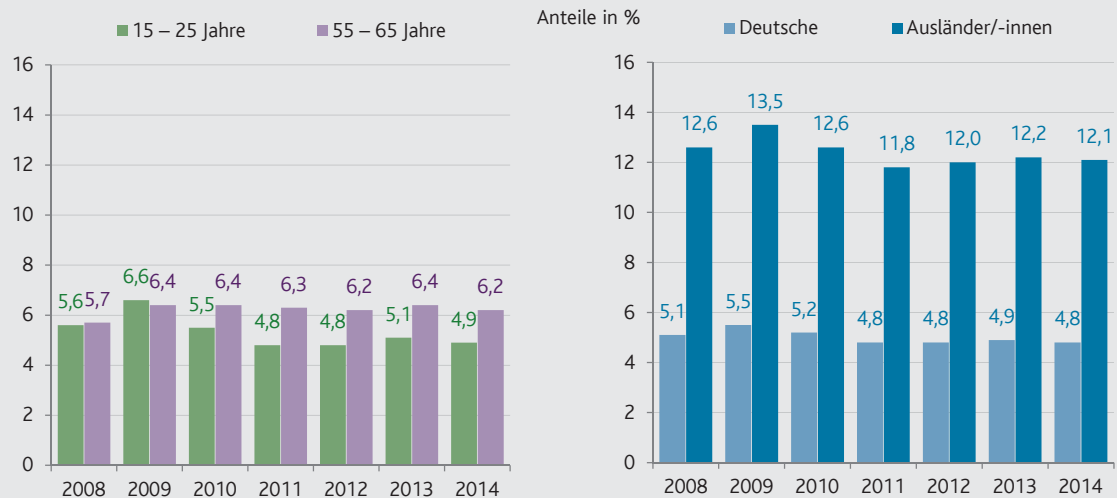
T 10 Arbeitslose 2009 und 2014¹ nach ausgewählten Personengruppen

Personnengruppe	2009			2014			Veränderung 2014 zu 2009	
	Arbeitslose	Anteil an insgesamt	Arbeitslosenquote ²	Arbeitslose	Anteil an insgesamt	Arbeitslosenquote ²	Arbeitslose	Arbeitslosenquote ²
	Anzahl	%		Anzahl	%			Prozentpunkte
Arbeitslose insgesamt	127 231	100	6,1	115 741	100	5,4	-9,0	-0,7
Frauen	57 735	45,4	6,0	53 744	46,4	5,3	-6,9	-0,7
Männer	69 496	54,6	6,2	61 998	53,6	5,4	-10,8	-0,8
SGB III (Arbeitslosenversicherung)	52 877	41,6	2,5	44 689	38,6	2,1	-15,5	-0,4
SGB II (Grundsicherung)	74 354	58,4	3,6	71 053	61,4	3,3	-4,4	-0,3
unter 25-Jährige	16 769	13,2	6,6	12 138	10,5	4,9	-27,6	-1,7
50- bis unter 65-Jährige	33 186	26,1	6,2	37 939	32,8	5,6	14,3	-0,6
darunter: 55- bis unter 65-Jährige	18 224	14,3	6,4	23 669	20,4	6,2	29,9	-0,2
Deutsche	108 201	85,0	5,5	95 638	82,6	4,8	-11,6	-0,7
Ausländer/-innen	18 888	14,8	13,5	20 003	17,3	12,1	5,9	-1,4
Langzeitarbeitslose	36 189	28,4	.	39 318	34,0	.	8,6	.
Schwerbehinderte	6 261	4,9	.	6 973	6,0	.	11,4	.

¹ Jahresdurchschnitt. – ² 2 Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen der jeweils betrachteten Personengruppe.

12

G 6 Arbeitslosenquote 2008–2014 nach Altersgruppen und Nationalität



T 11

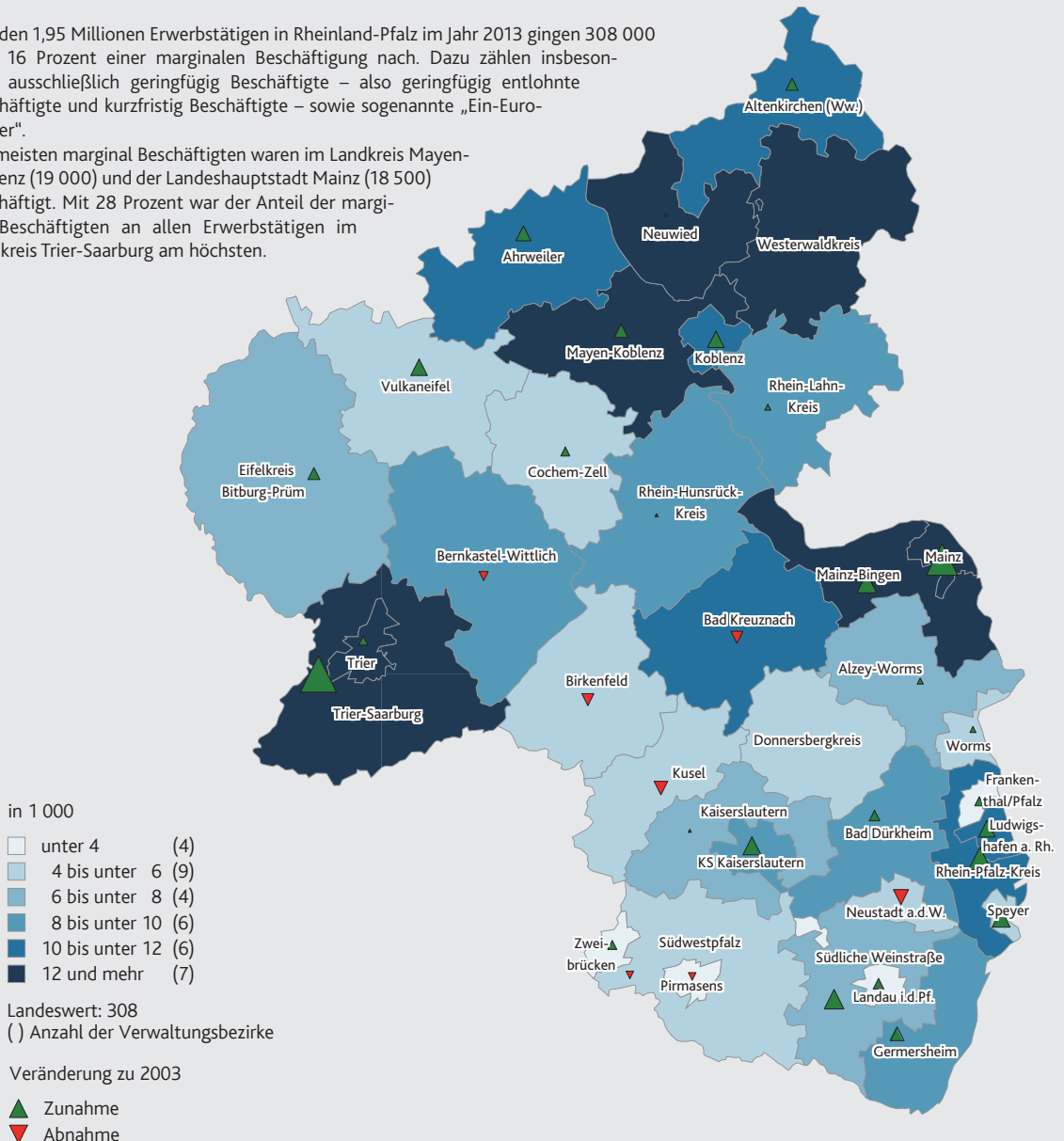
Erwerbstätige und Arbeitnehmer/-innen am Arbeitsort 2013 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Insgesamt		Darunter					
	Erwerbs- tätige	Anteil am Land	Arbeit- nehmer/ -innen	Anteil am Land	Anteil an den Erwerbstätigen	darunter		
						marginal Beschäftigte	Anteil am Land	Anteil an den Erwerbstätigen
	1 000	%	1 000	%		1 000	%	
Frankenthal (Pfalz), St.	22,8	1,2	20,6	1,2	90,4	3,0	1,0	13,0
Kaiserslautern, St.	67,4	3,5	62,0	3,6	92,0	10,0	3,2	14,8
Koblenz, St.	101,9	5,2	94,8	5,4	93,1	10,9	3,6	10,7
Landau i. d. Pfalz, St.	29,3	1,5	26,3	1,5	89,9	3,9	1,3	13,2
Ludwigshafen a. Rh., St.	121,6	6,2	114,9	6,6	94,5	11,4	3,7	9,4
Mainz, St.	152,2	7,8	141,2	8,1	92,8	18,5	6,0	12,2
Neustadt a. d. Weinstr., St.	27,6	1,4	24,2	1,4	87,8	4,2	1,4	15,2
Pirmasens, St.	26,9	1,4	24,4	1,4	90,5	3,4	1,1	12,6
Speyer, St.	37,7	1,9	34,8	2,0	92,1	4,3	1,4	11,4
Trier, St.	78,4	4,0	72,4	4,2	92,4	12,6	4,1	16,1
Worms, St.	42,8	2,2	38,7	2,2	90,4	5,6	1,8	13,1
Zweibrücken, St.	22,8	1,2	20,8	1,2	91,5	2,7	0,9	12,0
Ahrweiler	50,3	2,6	43,5	2,5	86,5	10,0	3,3	20,0
Altenkirchen (Ww.)	54,1	2,8	48,4	2,8	89,5	10,9	3,5	20,2
Alzey-Worms	45,1	2,3	37,9	2,2	84,0	7,7	2,5	17,2
Bad Dürkheim	46,2	2,4	39,2	2,2	84,7	8,6	2,8	18,6
Bad Kreuznach	75,0	3,8	66,6	3,8	88,9	11,8	3,8	15,8
Bernkastel-Wittlich	57,6	3,0	50,5	2,9	87,7	8,8	2,9	15,3
Birkenfeld	37,1	1,9	33,1	1,9	89,3	5,9	1,9	15,8
Cochem-Zell	30,2	1,5	26,2	1,5	86,6	5,6	1,8	18,5
Donnersbergkreis	30,2	1,5	26,7	1,5	88,6	4,5	1,5	15,1
Eifelkreis Bitburg-Prüm	41,2	2,1	35,3	2,0	85,7	7,2	2,4	17,6
Germersheim	58,7	3,0	53,1	3,0	90,5	8,1	2,6	13,8
Kaiserslautern	34,3	1,8	29,5	1,7	86,1	6,0	2,0	17,6
Kusel	20,9	1,1	18,2	1,0	87,0	4,2	1,4	20,1
Mainz-Bingen	75,8	3,9	65,3	3,7	86,2	12,4	4,0	16,3
Mayen-Koblenz	96,2	4,9	85,9	4,9	89,4	19,0	6,2	19,8
Neuwied	82,4	4,2	73,1	4,2	88,7	12,4	4,0	15,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	51,3	2,6	45,8	2,6	89,4	8,3	2,7	16,1
Rhein-Lahn-Kreis	49,0	2,5	43,3	2,5	88,4	8,6	2,8	17,6
Rhein-Pfalz-Kreis	43,5	2,2	37,4	2,1	86,0	10,1	3,3	23,2
Südliche Weinstraße	43,5	2,2	37,3	2,1	85,6	7,3	2,4	16,8
Südwestpfalz	24,4	1,3	20,4	1,2	83,4	4,7	1,5	19,2
Trier-Saarburg	50,0	2,6	43,4	2,5	86,8	13,8	4,5	27,6
Vulkaneifel	30,2	1,5	26,8	1,5	88,8	5,3	1,7	17,6
Westerwaldkreis	93,2	4,8	83,0	4,8	89,1	16,1	5,2	17,3
Rheinland-Pfalz	1 951,9	100	1 745,4	100	89,4	308,0	100	15,8
kreisfreie Städte	731,6	37,5	675,3	38,7	92,3	90,5	29,4	12,4
Landkreise	1 220,4	62,5	1 070,1	61,3	87,7	217,5	70,6	17,8

K 1 Marginal Beschäftigte 2013 nach Verwaltungsbezirken

Von den 1,95 Millionen Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz im Jahr 2013 gingen 308 000 bzw. 16 Prozent einer marginalen Beschäftigung nach. Dazu zählen insbesondere ausschließlich geringfügig Beschäftigte – also geringfügig entlohnte Beschäftigte und kurzfristig Beschäftigte – sowie sogenannte „Ein-Euro-Jobber“.

Die meisten marginal Beschäftigten waren im Landkreis Mayen-Koblenz (19 000) und der Landeshauptstadt Mainz (18 500) beschäftigt. Mit 28 Prozent war der Anteil der marginal Beschäftigten an allen Erwerbstätigen im Landkreis Trier-Saarburg am höchsten.



T 12 Erwerbstätige und geleistete Arbeitsstunden am Arbeitsort 2013 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Erwerbstätige				Geleistete Arbeitsstunden			
	insgesamt	Veränderung zu		Arbeitsplatz- dichte ¹	insgesamt	Veränderung zu		je Erwerbs- tätige/-n
		2003	2012			2003	2012	
	1 000	%		Anzahl	Mill. Std.	%		Stunden
Frankenthal (Pfalz), St.	22,8	5,6	-0,5	750	30,9	...	-1,2	1 353
Kaiserslautern, St.	67,4	4,9	-1,7	1 013	88,7	...	-2,4	1 316
Koblenz, St.	101,9	7,1	1,3	1 391	140,5	...	0,9	1 379
Landau i. d. Pfalz, St.	29,3	13,2	-0,1	981	38,7	...	-1,7	1 319
Ludwigshafen a. Rh., St.	121,6	9,0	1,8	1 140	166,9	...	1,3	1 372
Mainz, St.	152,2	11,7	0,8	1 065	203,6	...	-1,0	1 338
Neustadt a. d. Weinstr., St.	27,6	-0,2	0,6	820	36,7	...	-0,7	1 329
Pirmasens, St.	26,9	2,1	-0,8	1 063	36,2	...	-0,9	1 344
Speyer, St.	37,7	17,3	1,4	1 154	50,6	...	0,7	1 341
Trier, St.	78,4	5,4	0,1	1 035	102,0	...	-0,8	1 302
Worms, St.	42,8	11,7	0,6	805	58,0	...	-0,6	1 353
Zweibrücken, St.	22,8	2,7	-0,5	1 022	31,1	...	-1,8	1 364
Ahrweiler	50,3	7,3	0,5	621	66,0	...	-0,7	1 311
Altenkirchen (Ww.)	54,1	5,0	-1,2	638	70,0	...	-1,3	1 293
Alzey-Worms	45,1	13,6	-1,7	529	60,4	...	-2,8	1 340
Bad Dürkheim	46,2	5,7	-0,0	542	60,8	...	-0,8	1 314
Bad Kreuznach	75,0	7,9	-0,7	739	98,9	...	-0,5	1 320
Bernkastel-Wittlich	57,6	8,8	0,3	788	78,1	...	-0,3	1 355
Birkenfeld	37,1	-3,1	-2,4	707	49,0	...	-3,2	1 322
Cochem-Zell	30,2	3,4	0,2	751	39,6	...	-1,6	1 310
Donnersbergkreis	30,2	12,3	0,7	599	40,0	...	-0,1	1 327
Eifelkreis Bitburg-Prüm	41,2	8,5	-0,8	642	55,3	...	-1,6	1 344
Germersheim	58,7	14,7	0,7	689	79,5	...	0,5	1 354
Kaiserslautern	34,3	6,5	1,3	495	45,4	...	0,8	1 323
Kusel	20,9	-5,9	-3,0	443	26,6	...	-3,3	1 271
Mainz-Bingen	75,8	17,5	2,3	557	100,7	...	1,3	1 329
Mayen-Koblenz	96,2	11,1	3,1	691	123,6	...	1,9	1 286
Neuwied	82,4	4,5	0,1	705	110,0	...	-0,8	1 335
Rhein-Hunsrück-Kreis	51,3	8,1	0,1	763	68,8	...	-0,8	1 342
Rhein-Lahn-Kreis	49,0	4,3	-0,3	617	64,1	...	-1,2	1 309
Rhein-Pfalz-Kreis	43,5	17,8	0,2	447	56,3	...	-1,0	1 295
Südliche Weinstraße	43,5	13,0	0,8	605	58,1	...	-0,1	1 335
Südwestpfalz	24,4	-5,3	-2,1	385	32,2	...	-3,2	1 318
Trier-Saarburg	50,0	20,6	0,0	517	61,3	...	-1,2	1 225
Vulkaneifel	30,2	11,3	0,0	768	40,1	...	-0,7	1 330
Westerwaldkreis	93,2	4,0	-0,3	705	123,5	...	-1,1	1 325
Rheinland-Pfalz	1 951,9	8,3	0,3	736	2 592,1	...	-0,5	1 328
kreisfreie Städte	731,6	8,2	0,6	1 056	983,8	...	-0,4	1 345
Landkreise	1 220,4	8,4	0,2	623	1 608,3	...	-0,6	1 318

1 Erwerbstätige am Arbeitsort je 1 000 Einwohner/-innen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

K 2 Arbeitsplatzdichte 2013 nach Verwaltungsbezirken

In Rheinland-Pfalz kamen 2013 auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner im erwerbsfähigen Alter 736 Erwerbstätige. Typischerweise ist die Arbeitsplatzdichte in den kreisfreien Städten höher als in den Landkreisen, da viele Beschäftigte in die Städte pendeln. Im Durchschnitt der kreisfreien Städte lag die Arbeitsplatzdichte bei 1 056 Erwerbstätigen, in den Landkreisen bei 623 Erwerbstätigen. Den höchsten Wert wies die Stadt Koblenz auf, hier kamen 1 391 Erwerbstätige auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 15 bis 65 Jahren. Den niedrigsten Wert verzeichnete der Landkreis Südwestpfalz (385).

Erwerbstätige am Arbeitsort je 1 000
Einwohner/-innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren

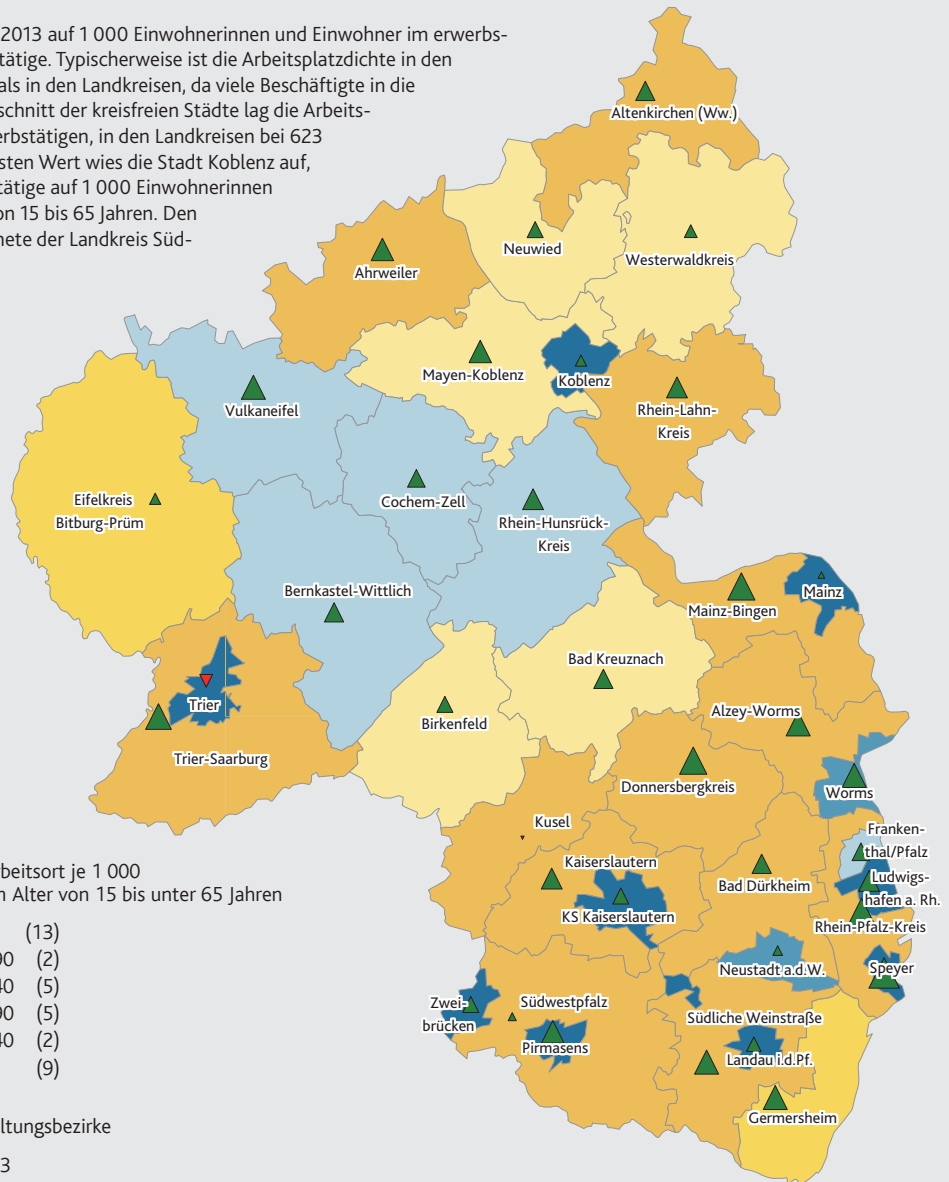
unter 640	(13)
640 bis unter 690	(2)
690 bis unter 740	(5)
740 bis unter 790	(5)
790 bis unter 840	(2)
840 und mehr	(9)

Landeswert: 736

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2003

- ▲ Zunahme
- ▼ Abnahme



T 13

Erwerbstätige am Arbeitsort 2013 nach Wirtschaftsbereichen und Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produ- zierendes Gewerbe	Dienst- leistungs- bereiche	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produ- zierendes Gewerbe	Dienst- leistungs- bereiche
	1 000	Anteil an insgesamt in %			Anteil am Land in %		
Frankenthal (Pfalz), St.	22,8	1,0	32,8	66,2	0,6	1,5	1,1
Kaiserslautern, St.	67,4	0,1	19,6	80,3	0,2	2,6	3,9
Koblenz, St.	101,9	0,3	12,1	87,6	0,6	2,4	6,4
Landau i. d. Pfalz, St.	29,3	1,3	15,5	83,2	0,9	0,9	1,7
Ludwigshafen a. Rh., St.	121,6	0,3	42,2	57,5	0,7	10,1	5,0
Mainz, St.	152,2	0,2	10,0	89,7	0,8	3,0	9,8
Neustadt a. d. Weinstr., St.	27,6	2,5	16,1	81,4	1,6	0,9	1,6
Pirmasens, St.	26,9	0,2	26,6	73,1	0,1	1,4	1,4
Speyer, St.	37,7	0,1	18,9	80,9	0,1	1,4	2,2
Trier, St.	78,4	0,4	16,0	83,7	0,7	2,5	4,7
Worms, St.	42,8	1,2	25,4	73,4	1,2	2,1	2,2
Zweibrücken, St.	22,8	0,5	28,9	70,6	0,3	1,3	1,1
Ahrweiler	50,3	2,6	22,8	74,6	3,0	2,3	2,7
Altenkirchen (Ww.)	54,1	1,2	37,0	61,8	1,5	3,9	2,4
Alzey-Worms	45,1	6,8	23,5	69,7	7,2	2,1	2,2
Bad Dürkheim	46,2	5,7	21,3	73,0	6,2	1,9	2,4
Bad Kreuznach	75,0	2,4	24,9	72,7	4,2	3,7	3,9
Bernkastel-Wittlich	57,6	4,5	35,3	60,2	6,1	4,0	2,5
Birkenfeld	37,1	1,2	30,7	68,1	1,1	2,2	1,8
Cochem-Zell	30,2	4,6	18,2	77,2	3,2	1,1	1,7
Donnersbergkreis	30,2	2,5	34,6	62,9	1,8	2,0	1,4
Eifelkreis Bitburg-Prüm	41,2	5,3	33,3	61,3	5,1	2,7	1,8
Germersheim	58,7	3,1	44,8	52,0	4,3	5,2	2,2
Kaiserslautern	34,3	1,4	25,6	73,0	1,1	1,7	1,8
Kusel	20,9	2,5	23,9	73,6	1,2	1,0	1,1
Mainz-Bingen	75,8	3,8	27,7	68,5	6,8	4,1	3,7
Mayen-Koblenz	96,2	1,3	26,9	71,7	3,0	5,1	4,9
Neuwied	82,4	1,0	31,6	67,4	1,9	5,1	4,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	51,3	1,9	29,3	68,8	2,3	3,0	2,5
Rhein-Lahn-Kreis	49,0	1,5	27,4	71,1	1,7	2,6	2,5
Rhein-Pfalz-Kreis	43,5	13,6	23,0	63,5	13,9	2,0	2,0
Südliche Weinstraße	43,5	5,9	26,4	67,7	6,0	2,3	2,1
Südwestpfalz	24,4	2,9	29,9	67,2	1,7	1,4	1,2
Trier-Saarburg	50,0	4,3	26,1	69,5	5,1	2,6	2,5
Vulkaneifel	30,2	2,8	27,7	69,5	2,0	1,6	1,5
Westerwaldkreis	93,2	0,9	34,9	64,2	2,0	6,4	4,3
Rheinland-Pfalz	1 951,9	2,2	26,1	71,7	100	100	100
kreisfreie Städte	731,6	0,5	20,9	78,6	7,8	30,0	41,1
Landkreise	1 220,4	3,2	29,2	67,6	92,2	70,0	58,9

K 3

Erwerbstätige im Produzierenden Gewerbe 2013 nach Verwaltungsbezirken

Insgesamt 509 300 Personen waren 2013 im Produzierenden Gewerbe beschäftigt, das waren 26 Prozent aller Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz. Im Durchschnitt der Landkreise liegt der Anteil mit 29 Prozent höher als in den kreisfreien Städten mit 21 Prozent.

Den höchsten Anteil an Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe gab es 2013 in Ludwigshafen mit 42 Prozent. In der Landeshauptstadt Mainz war dagegen nur jede bzw. jeder Zehnte im Produzierenden Gewerbe tätig.

Anteil an allen Erwerbstätigen
in %

unter 16	(4)
16 bis unter 21	(4)
21 bis unter 26	(8)
26 bis unter 31	(11)
31 bis unter 36	(6)
36 und mehr	(3)

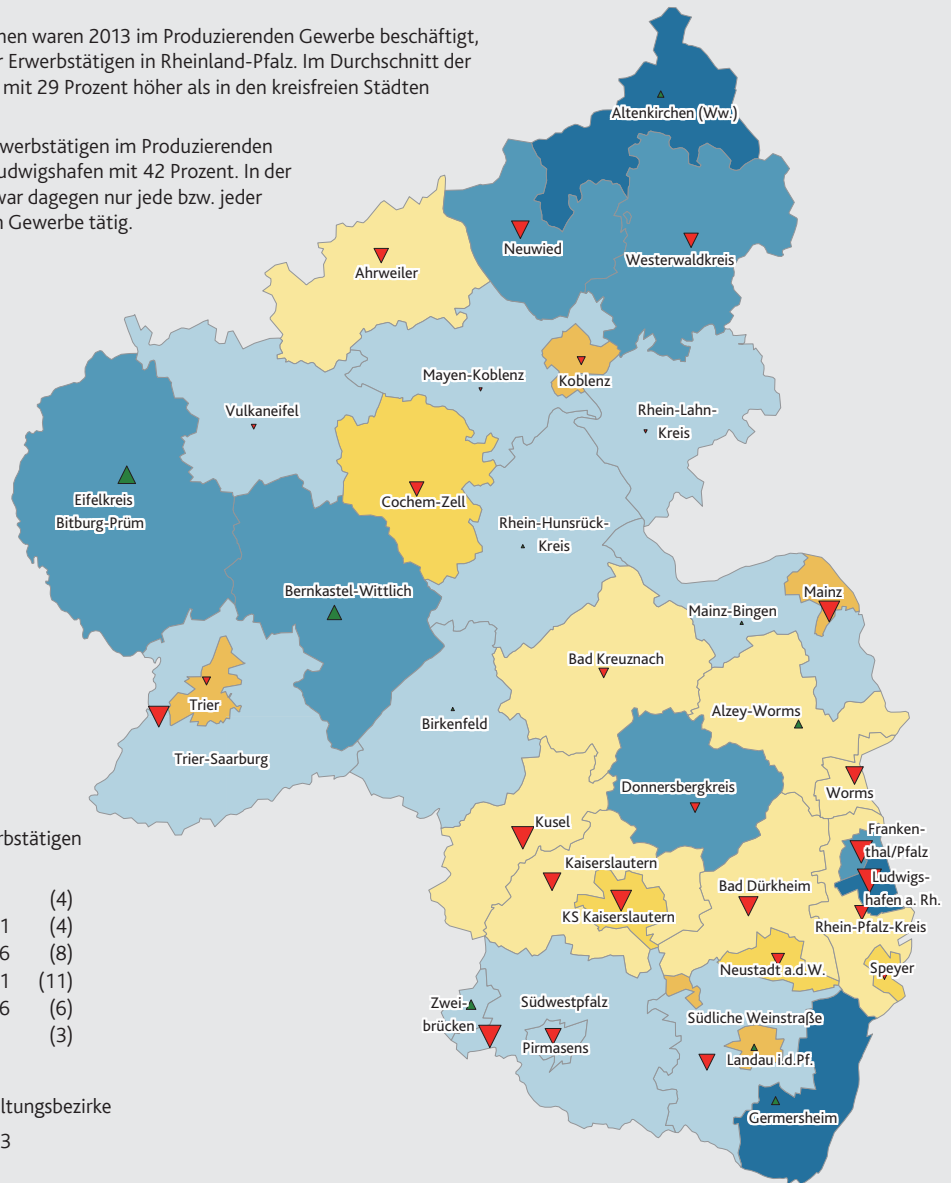
Landeswert: 26,1

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2003

▲ Zunahme

▼ Abnahme



T 14

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort am 30. Juni 2014
nach Personengruppen und Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Ins- gesamt ¹	Und zwar								
		Frauen	Männer	Deutsche	Ausländer/ -innen	Vollzeit- beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte	unter 25- jährige	55-jährige und Ältere	Auszu- bildende
	Anzahl	%								
Frankenthal (Pfalz), St.	15 876	44,0	56,0	89,0	11,0	75,2	24,4	11,6	19,4	5,5
Kaiserslautern, St.	49 742	45,6	54,4	93,6	6,3	72,3	27,5	10,1	19,2	4,6
Koblenz, St.	69 164	48,5	51,5	94,4	5,6	73,0	26,0	11,4	18,1	5,8
Landau i. d. Pfalz, St.	20 709	52,8	47,2	92,4	7,5	66,7	33,2	12,2	17,3	6,1
Ludwigshafen a. Rh., St.	98 842	39,1	60,9	88,8	11,2	77,8	20,9	10,6	17,2	5,3
Mainz, St.	106 652	50,5	49,5	89,6	10,4	68,9	30,2	10,5	17,1	4,1
Neustadt a. d. Weinstr., St.	16 524	55,3	44,7	90,1	9,9	68,2	31,3	13,6	17,6	7,9
Pirmasens, St.	19 894	50,2	49,8	95,6	4,4	69,6	26,3	10,4	20,4	6,1
Speyer, St.	26 791	50,4	49,6	90,1	9,8	70,5	29,5	12,6	17,8	5,3
Trier, St.	52 902	51,7	48,3	94,8	5,2	68,7	29,7	13,2	18,6	6,1
Worms, St.	31 695	44,2	55,8	88,4	11,6	72,2	25,7	13,3	17,4	5,5
Zweibrücken, St.	14 485	43,4	56,6	91,4	8,6	75,5	24,0	10,6	19,8	5,3
Ahrweiler	31 051	47,4	52,6	92,2	7,7	71,9	28,0	12,6	17,8	6,2
Altenkirchen (Ww.)	34 965	42,2	57,8	94,9	5,1	75,1	23,4	13,8	17,0	5,8
Alzey-Worms	28 182	49,6	50,4	89,3	10,7	70,4	29,6	11,5	16,9	5,4
Bad Dürkheim	29 881	51,5	48,5	90,1	9,9	67,1	31,1	11,0	18,6	5,0
Bad Kreuznach	50 374	47,6	52,4	93,1	6,8	69,8	27,5	11,2	18,5	5,3
Bernkastel-Wittlich	37 847	43,7	56,3	93,7	6,3	73,6	24,9	12,6	18,0	5,5
Birkenfeld	25 470	48,0	52,0	96,9	3,1	71,6	27,3	11,0	22,2	5,8
Cochem-Zell	18 132	52,4	47,6	93,0	7,0	62,9	35,2	12,9	19,2	6,0
Donnersbergkreis	21 084	42,9	57,1	93,9	6,0	71,2	24,6	10,3	18,6	4,8
Eifelkreis Bitburg-Prüm	27 000	43,5	56,5	94,1	5,9	74,7	24,6	15,6	18,2	7,3
Germersheim	43 101	35,2	64,8	86,1	13,8	78,0	22,0	10,3	17,9	3,8
Kaiserslautern	24 089	49,1	50,9	93,4	6,6	68,5	28,1	10,3	19,8	4,6
Kusel	12 065	54,9	45,1	95,7	4,2	64,6	35,1	11,6	19,7	5,9
Mainz-Bingen	51 767	48,4	51,6	89,9	10,0	71,6	28,1	10,5	16,3	4,7
Mayen-Koblenz	63 550	43,1	56,9	94,0	5,9	73,4	24,7	11,9	17,3	5,4
Neuwied	56 616	45,2	54,8	93,8	6,2	73,0	25,2	11,7	18,0	5,3
Rhein-Hunsrück-Kreis	33 588	42,3	57,7	94,8	5,1	73,6	24,9	12,2	18,5	6,0
Rhein-Lahn-Kreis	30 503	48,9	51,1	93,6	6,4	70,0	28,6	12,5	18,5	5,2
Rhein-Pfalz-Kreis	25 986	45,4	54,6	81,4	18,5	72,3	27,7	10,8	17,3	4,4
Südliche Weinstraße	28 136	48,4	51,6	89,9	10,1	68,5	28,6	11,7	17,8	4,9
Südwestpfalz	14 781	49,4	50,6	94,8	5,2	68,4	31,6	10,4	19,7	5,3
Trier-Saarburg	28 496	46,4	53,6	93,4	6,6	71,5	27,4	13,6	17,7	6,2
Vulkaneifel	18 570	45,6	54,4	95,3	4,7	71,6	24,6	13,5	18,2	5,9
Westerwaldkreis	62 960	42,8	57,2	93,2	6,8	75,0	24,1	12,8	17,3	5,9
Rheinland-Pfalz	1 321 470	46,2	53,8	92,0	8,0	72,0	26,7	11,7	18,0	5,4
kreisfreie Städte	523 276	47,2	52,8	91,3	8,6	72,0	26,9	11,3	17,9	5,3
Landkreise	798 194	45,6	54,4	92,4	7,6	72,0	26,6	11,9	18,0	5,4

¹ Einschließlich Fälle ohne Angaben zur Nationalität bzw. Arbeitszeit.

K 4 Beschäftigungsquote 2014 nach Verwaltungsbezirken

Auf 100 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren kommen 55 Beschäftigte mit Wohnort im Land. Die Spannweite der Beschäftigungsquote reicht von 60 Beschäftigten je 100 Einwohnerinnen und Einwohnern im Rhein-Pfalz-Kreis bis zu 41 Beschäftigten in der kreisfreien Stadt Trier. Neben der Wirtschaftsstruktur in den einzelnen Regionen wird die Quote insbesondere durch die Pendlerströme beeinflusst. Im Westen des Landes spielen beispielsweise Auspendlerinnen und Auspendler nach Luxemburg eine große Rolle.

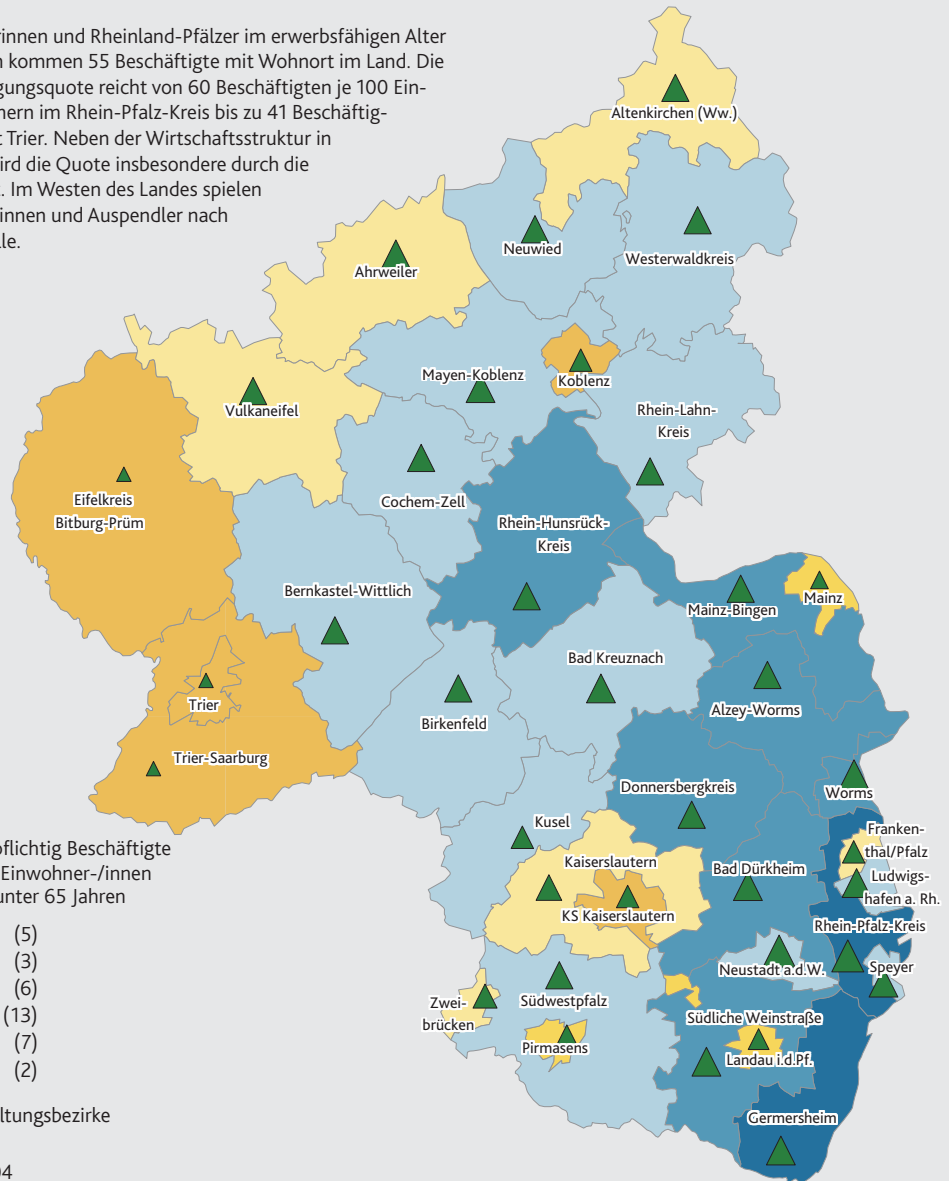
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
am Wohnort je 100 Einwohner/-innen
im Alter von 15 bis unter 65 Jahren

unter 51	(5)
51 bis unter 53	(3)
53 bis unter 55	(6)
55 bis unter 57	(13)
57 bis unter 59	(7)
59 und mehr	(2)

() Anzahl der Verwaltungsbezirke
Landeswert: 54,8

Veränderung zu 2004

▲ Zunahme



T 15

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort und am Wohnort sowie Pendlersaldo
am 30. Juni 2014 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Am Arbeitsort	Am Wohnort	Pendler- saldo ¹	Veränderung 2014 zu 2004			Einpender- quote ²	Auspender- quote ³
				am Arbeitsort	am Wohnort	Pendler- saldo		
	Anzahl	Anzahl		%	%	Anzahl	%	
Frankenthal (Pfalz), St.	15 876	16 558	-705	5,4	8,6	-505	66,4	67,9
Kaiserslautern, St.	49 742	32 576	17 113	3,0	10,5	-1611	58,4	36,6
Koblenz, St.	69 164	37 198	31 903	13,5	17,2	2 794	66,6	38,0
Landau i. d. Pfalz, St.	20 709	15 885	4 790	20,0	17,2	1 126	67,5	57,9
Ludwigshafen a. Rh., St.	98 842	59 622	39 100	11,3	15,1	2 206	68,9	48,7
Mainz, St.	106 652	75 207	31 316	12,4	18,3	167	62,9	47,6
Neustadt a. d. Weinstr., St.	16 524	18 967	-2 504	6,1	16,1	-1 731	55,8	61,8
Pirmasens, St.	19 894	13 145	6 731	3,2	2,8	261	58,1	36,7
Speyer, St.	26 791	18 605	8 145	23,8	11,7	3 187	67,0	52,7
Trier, St.	52 902	31 302	21 538	10,8	18,9	193	56,2	26,1
Worms, St.	31 695	30 421	1 179	18,7	16,3	673	50,4	48,6
Zweibrücken, St.	14 485	11 965	2 503	12,1	8,5	651	61,7	53,7
Ahrweiler	31 051	44 185	-13 163	13,2	12,7	-1 349	28,5	49,8
Altenkirchen (Ww.)	34 965	46 477	-11 539	7,9	10,1	-1 664	30,9	48,0
Alzey-Worms	28 182	48 994	-20 864	22,3	13,8	- 799	44,3	68,1
Bad Dürkheim	29 881	48 922	-19 113	10,2	11,6	-2 353	41,5	64,4
Bad Kreuznach	50 374	56 861	-6 547	16,8	13,0	673	30,7	38,7
Bernkastel-Wittlich	37 847	40 963	-3 185	18,1	15,0	538	24,3	30,2
Birkenfeld	25 470	28 846	-3 385	5,1	5,5	-267	22,6	31,7
Cochem-Zell	18 132	22 616	-4 514	9,3	11,5	-510	29,2	43,4
Donnersbergkreis	21 084	28 679	-7 618	19,0	8,9	1 023	36,1	53,1
Eifelkreis Bitburg-Prüm	27 000	28 899	-1 967	13,5	10,4	475	23,5	28,8
Germersheim	43 101	51 247	-8 225	17,7	16,0	- 565	46,8	55,4
Kaiserslautern	24 089	37 809	-13 765	12,6	9,7	-659	46,9	66,3
Kusel	12 065	26 183	-14 129	2,0	3,9	- 773	28,3	67,0
Mainz-Bingen	51 767	79 494	-27 818	23,2	14,0	-85	46,9	65,5
Mayen-Koblenz	63 550	77 848	-14 398	19,6	14,3	670	40,3	51,4
Neuwied	56 616	65 003	-8 454	5,2	11,4	-3 868	37,7	45,9
Rhein-Hunsrück-Kreis	33 588	38 435	-4 899	11,8	10,5	- 353	26,6	36,0
Rhein-Lahn-Kreis	30 503	44 171	-13 731	12,6	8,0	93	33,5	54,2
Rhein-Pfalz-Kreis	25 986	58 827	-32 936	23,8	16,4	-3 302	53,2	79,5
Südliche Weinstraße	28 136	41 162	-13 101	21,4	15,4	-550	46,3	63,5
Südwestpfalz	14 781	35 973	-21 217	2,1	8,1	-2 403	31,5	71,9
Trier-Saarburg	28 496	44 545	-16 113	21,5	9,8	932	36,2	59,3
Vulkaneifel	18 570	21 420	-2 885	16,8	12,8	207	29,0	38,6
Westerwaldkreis	62 960	74 705	-11 825	13,8	13,7	-1 371	28,8	40,1
Rheinland-Pfalz	1 321 470	1 453 715	-134 282	13,4	12,7	-8 849	x	x
kreisfreie Städte	523 276	361 451	x	11,6	14,9	x	x	x
Landkreise	798 194	1 092 264	x	14,6	12,0	x	x	x

1 Einpender minus Auspender. – 2 Anteil der Einpender/-innen über die Grenzen des jeweiligen Verwaltungsbezirks an der Zahl der SVB am Arbeitsort. – 3 Anteil der Auspender/-innen über die Grenzen des jeweiligen Verwaltungsbezirks an der Zahl der SVB am Wohnort.

K 5 Pendlersaldo am 30. Juni 2014 nach Verwaltungsbezirken

Die Arbeitsmärkte in Rheinland-Pfalz und in den umliegenden Regionen sind eng miteinander verflochten; es gibt eine große Zahl von sogenannten Berufspendlerinnen und -pendlern. Im Jahr 2014 pendelten täglich 290 800 Beschäftigte aus Rheinland-Pfalz aus und 156 500 in das Land ein. Daraus ergibt sich ein Auspendlerüberschuss von 134 300 Beschäftigten. Innerhalb des Landes werden die höchsten Einpendlerüberschüsse in den kreisfreien Städten Ludwigshafen und Koblenz erreicht. Hohe Einpendlerüberschüsse sind charakteristisch für die kreisfreien Städte, während Auspendlerüberschüsse typisch für ländliche Gebiete sind.

Pendlersaldo

■ Negativer Saldo (152)

■ Positiver Saldo (39)

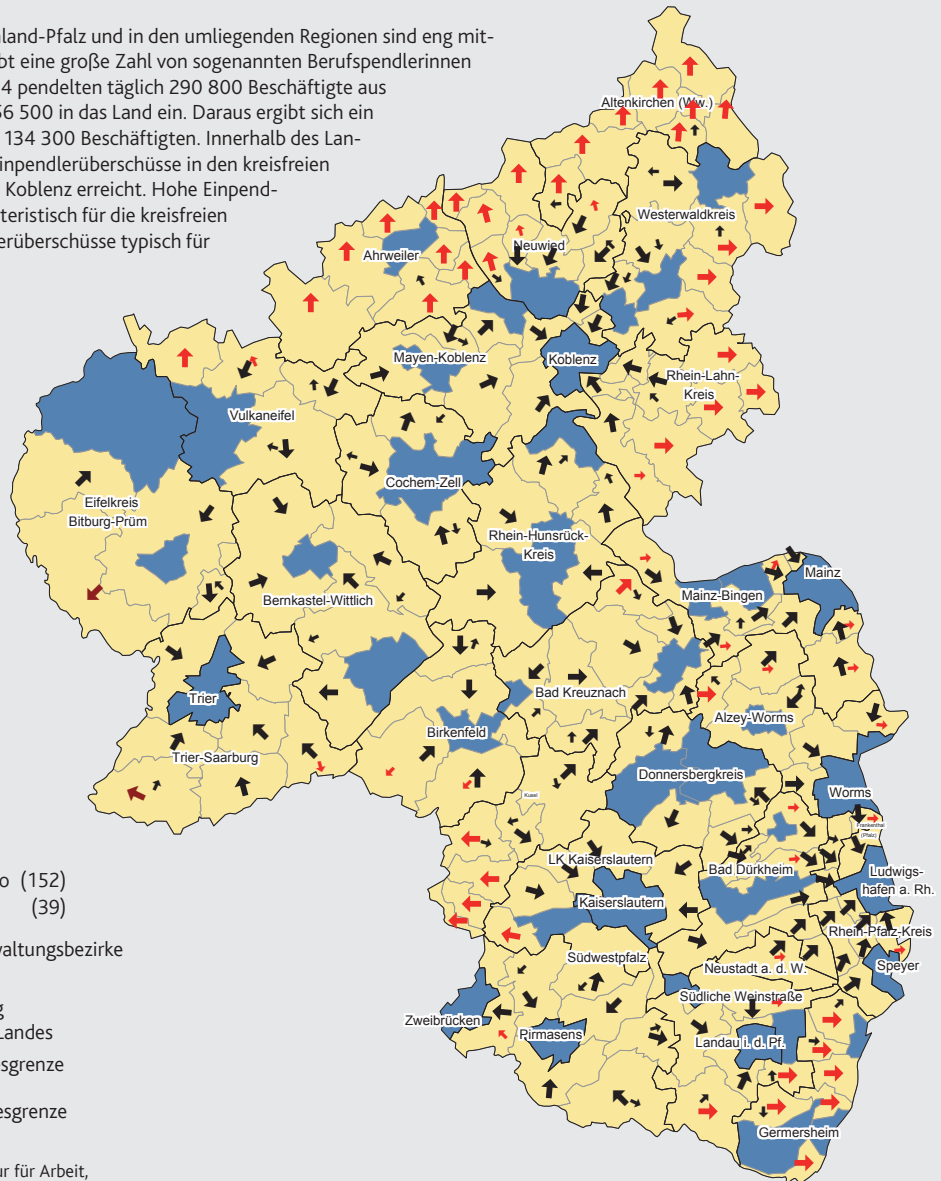
() Anzahl der Verwaltungsbezirke

➡ Pendelrichtung
innerhalb des Landes

➡ über die Landesgrenze

➡ über die Bundesgrenze

Quelle: Bundesagentur für Arbeit,
Inspection Générale de la Sécurité Sociale, Luxembourg



T 16

Arbeitslose und Arbeitslosenquote 2014¹ nach Personengruppen und Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Arbeits- lose	Veränderung zu		ins- gesamt	Arbeitslosenquote ²				
		2005	2013		und zwar				
	Anzahl				Frauen	Männer	Ausländer/ -innen	15 – 25- jährige	55 – 65- jährige
					%				
Frankenthal (Pfalz), St.	1 733	-31,1	3,6	7,2	7,8	6,7	12,8	6,8	7,8
Kaiserslautern, St.	5 268	-13,9	-2,6	10,3	10,2	10,4	17,2	8,4	12,4
Koblenz, St.	3 895	-39,3	5,0	6,8	6,3	7,2	16,2	5,5	7,3
Landau i. d. Pfalz, St.	1 222	-26,7	5,0	5,2	4,9	5,4	12,9	4,4	6,4
Ludwigshafen a. Rh., St.	7 676	-24,5	1,1	9,1	9,8	8,5	14,6	7,5	8,0
Mainz, St.	7 023	-24,6	5,9	6,4	6,0	6,7	13,5	4,9	7,3
Neustadt a. d. Weinstr., St.	1 562	-34,6	-4,0	5,6	5,5	5,8	9,4	4,2	5,8
Pirmasens, St.	2 694	-30,7	-0,6	13,1	12,5	13,7	25,1	13,0	13,0
Speyer, St.	1 708	-33,3	1,2	6,4	6,1	6,6	14,3	5,6	6,6
Trier, St.	3 087	-32,3	-1,9	5,6	4,8	6,3	11,0	4,5	5,7
Worms, St.	3 676	-23,7	0,6	8,4	9,0	8,0	16,4	8,6	8,2
Zweibrücken, St.	1 396	-41,0	-0,9	7,8	7,7	7,9	16,9	7,6	9,1
Ahrweiler	2 755	-44,4	-5,4	4,2	3,8	4,5	10,9	3,7	5,0
Altenkirchen (Ww.)	3 812	-41,8	-3,6	5,5	5,9	5,2	11,9	4,2	6,6
Alzey-Worms	3 050	-44,9	-3,7	4,4	4,6	4,3	9,7	4,8	5,5
Bad Dürkheim	2 842	-34,0	-2,3	4,1	4,2	4,1	8,3	3,6	4,9
Bad Kreuznach	5 864	-26,1	0,6	7,1	7,3	7,0	15,9	6,8	7,7
Bernkastel-Wittlich	2 384	-31,3	1,8	3,9	3,8	4,0	9,6	3,9	5,3
Birkenfeld	2 960	-35,4	1,6	6,9	6,9	6,9	16,9	7,3	7,2
Cochem-Zell	1 276	-43,7	-4,3	3,9	3,7	4,0	8,9	3,4	5,3
Donnersbergkreis	2 230	-41,6	-5,7	5,5	5,7	5,3	11,7	5,6	6,3
Eifelkreis Bitburg-Prüm	1 653	-34,9	1,0	3,3	2,9	3,6	8,3	3,0	3,4
Germersheim	3 222	-31,9	-1,3	4,5	4,7	4,3	8,4	4,2	5,8
Kaiserslautern	3 107	-30,0	-1,5	5,7	5,7	5,7	12,6	5,9	6,4
Kusel	1 839	-48,3	-4,6	4,9	4,5	5,2	10,8	5,2	7,4
Mainz-Bingen	4 627	-34,9	-3,3	4,1	4,0	4,3	9,7	4,8	4,5
Mayen-Koblenz	5 493	-43,8	-1,8	4,8	4,8	4,9	12,6	5,0	5,6
Neuwied	5 617	-39,3	1,4	5,9	5,9	6,0	16,0	5,3	7,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	2 616	-41,9	-2,3	4,6	4,8	4,5	11,9	4,7	5,8
Rhein-Lahn-Kreis	2 794	-48,0	0,5	4,3	4,3	4,4	11,8	2,8	4,9
Rhein-Pfalz-Kreis	3 054	-34,9	0,6	3,6	3,8	3,5	5,3	3,2	4,7
Südliche Weinstraße	2 395	-32,6	0,4	4,1	4,2	4,1	9,3	4,6	5,0
Südwestpfalz	2 446	-48,6	-4,5	4,7	4,4	5,0	9,5	4,7	7,0
Trier-Saarburg	2 826	-18,7	1,1	3,6	3,3	3,9	10,6	3,2	4,3
Vulkaneifel	1 541	-34,5	-1,3	4,7	4,7	4,8	9,7	4,1	6,4
Westerwaldkreis	4 399	-46,4	-2,7	4,0	4,1	4,0	9,5	3,2	4,9
Rheinland-Pfalz	115 741	-35,2	-0,5	5,4	5,3	5,4	12,1	4,9	6,2
kreisfreie Städte	40 940	-27,9	1,3	7,5	7,4	7,7	14,4	6,3	8,0
Landkreise	74 802	-38,6	-1,5	4,7	4,6	4,7	10,4	4,4	5,6

1 Jahresdurchschnitt. – 2 Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen der jeweils betrachteten Personengruppe.

K 6 Arbeitslosenquote 2014 nach Verwaltungsbezirken

Die Zahl der Arbeitslosen lag 2014 in Rheinland-Pfalz bei 115 740 Personen, die Arbeitslosenquote betrug 5,4 Prozent. Die Quote gibt den Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen an. Sie lag im Durchschnitt der kreisfreien Städte mit 7,5 Prozent deutlich höher als in den Landkreisen mit 4,7 Prozent.

Die mit Abstand höchste Arbeitslosenquote wurde 2014 in der kreisfreien Stadt Pirmasens mit 13,1 Prozent registriert. Im Eifelkreis Bitburg-Prüm lag der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen dagegen nur bei 3,3 Prozent.

Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen in %

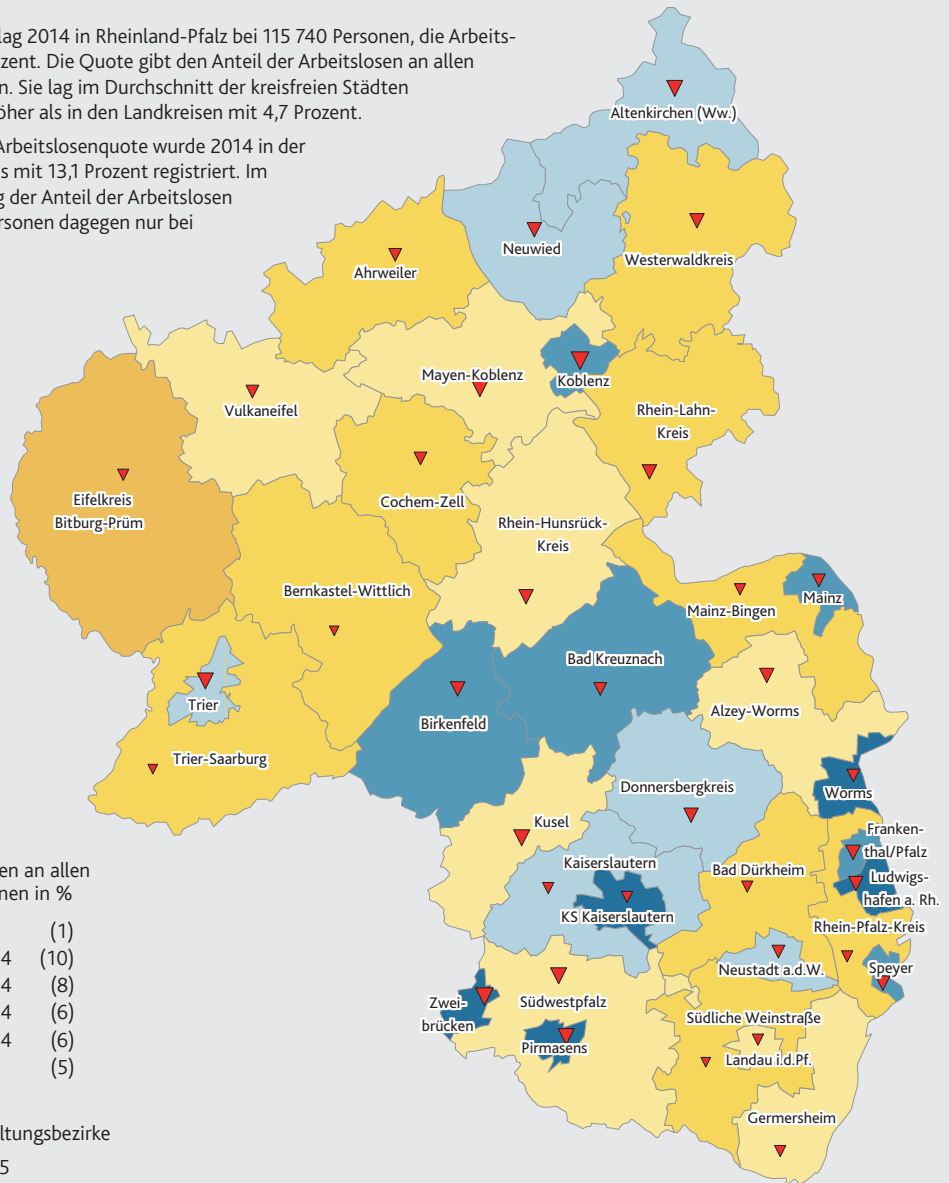
unter 3,4	(1)
3,4 bis unter 4,4	(10)
4,4 bis unter 5,4	(8)
5,4 bis unter 6,4	(6)
6,4 bis unter 7,4	(6)
7,4 und mehr	(5)

Landeswert: 5,4

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2005

▼ Abnahme



T 17 Ausgewählte Kennzahlen zur Erwerbsbeteiligung in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1991–2014

Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz						Deutschland	
		1991	2000	2005	2010	2013	2014	2013	2014
Bevölkerung insgesamt	1 000	3 775,8	4 027,9	4 060,2	4 004,8	3 990,6	3 996,3	80 611,0	...
Erwerbspersonen	1 000	1 832,9	1 935,5	1 979,6	2 031,5	2 047,6	2 046,7	41 799,0	...
Erwerbsquote	%	48,5	48,1	48,8	50,7	51,3	51,2	51,9	...
Erwerbstätige ¹	1 000	1 741,5	1 808,6	1 802,0	1 920,2	1 965,9	1 985,5	39 618,0	...
Erwerbstätigenquote ¹	%	46,1	44,9	44,4	47,9	49,3	49,7	49,1	...
Erwerbslose	1 000	91,4	126,9	177,6	111,3	81,7	79,2	2 181,0	...
Erwerbslosenquote	%	2,4	3,2	4,4	2,8	2,0	2,0	2,7	...
Nichterwerbspersonen	1 000	1 942,9	2 092,4	2 080,6	1 973,3	1 943,0	1 931,6	38 812,0	...
Nichterwerbspersonenanteil	%	51,5	51,9	51,2	49,3	48,7	48,3	48,1	...
Frauen insgesamt	1 000	1 943,7	2 055,0	2 069,1	2 038,2	2 034,5	2 035,0	41 157,0	...
Frauenerwerbsquote	%	37,6	40,0	42,3	45,2	46,3	46,7	47,1	...
Frauenerwerbstätigenquote ¹	%	35,2	37,4	38,5	42,8	44,5	45,0	44,8	...
Frauenerwerbslosenquote	%	2,4	2,6	3,8	2,4	1,8	1,6	2,3	...
Nichterwerbspersonenanteil der Frauen	%	62,4	60,0	57,7	54,8	53,7	53,3	52,9	...
Auszubildende insgesamt ¹	1 000	84,2	78,3	74,5	76,9	83,1	83,3	1 482,0	...
Frauen	%	45,8	45,7	43,9	43,7	45,1	42,9	43,9	...
Männer	%	54,2	54,4	56,0	56,2	54,9	57,1	56,1	...
1 Am Wohnort.									

Info

Nach dem Labour-Force-Konzept der ILO, das dem Mikrozensus und der EU-Arbeitskräfteerhebung zugrunde liegt, gliedert sich die Bevölkerung nach ihrer Beteiligung am Erwerbsleben in Erwerbstätige, Erwerbslose und Nichterwerbspersonen, wobei Erwerbstätige und Erwerbslose zu den Erwerbspersonen zusammengefasst werden.

Die Erwerbsquote misst den prozentualen Anteil der Erwerbspersonen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe; die Erwerbstätigenquote misst entsprechend den prozentualen Anteil der Erwerbstätigen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

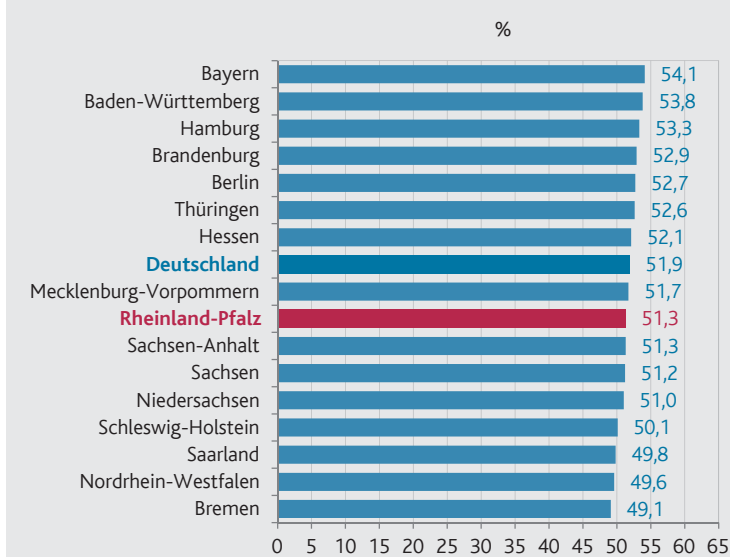
Die Arbeitslosenquote misst den Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen.

T 18 Bevölkerung 2008 und 2013 nach Erwerbsbeteiligung und Bundesländern

Bundesland	2008	2013								
	Bevölkerung insgesamt	Erwerbspersonen			Nicht- erwerbs- personen	Erwerbspersonen			Nicht- erwerbs- personen	
		ins- gesamt	Erwerbs- tätige ¹	Erwerbs- lose		ins- gesamt	Erwerbs- tätige ¹	Erwerbs- lose		
		%				Veränderung zu 2008 in Prozentpunkten				
	1 000									
Baden-Württemberg	10 751	10 599	53,8	52,0	1,8	46,2	1,6	2,0	-0,4	-1,6
Bayern	12 526	12 556	54,1	52,5	1,6	45,9	1,6	2,2	-0,6	-1,6
Berlin	3 424	3 396	52,7	47,3	5,5	47,3	0,7	3,1	-2,4	-0,7
Brandenburg	2 529	2 448	52,9	49,1	3,8	47,1	-1,9	0,5	-2,4	1,9
Bremen	662	655	49,2	45,6	3,5	51,0	1,1	2,1	-1,0	-1,0
Hamburg	1 772	1 743	53,4	50,8	2,5	46,7	1,0	2,2	-1,2	-1,0
Hessen	6 071	6 029	52,1	49,9	2,3	47,9	1,6	2,6	-1,0	-1,6
Mecklenburg-Vorpommern	1 672	1 598	51,7	46,5	5,2	48,3	-2,7	0,1	-2,8	2,7
Niedersachsen	7 964	7 784	51,0	48,5	2,5	49,0	2,3	3,3	-1,0	-2,3
Nordrhein-Westfalen	17 971	17 553	49,6	46,7	2,9	50,4	1,0	1,7	-0,7	-1,0
Rheinland-Pfalz	4 039	3 991	51,3	49,3	2,1	48,7	0,9	1,7	-0,8	-0,9
Saarland	1 035	992	49,8	46,9	2,9	50,2	2,5	2,9	-0,5	-2,6
Sachsen	4 205	4 044	51,2	47,2	4,0	48,8	-1,8	1,1	-2,9	1,8
Sachsen-Anhalt	2 397	2 250	51,3	46,7	4,7	48,7	-1,8	1,2	-3,0	1,8
Schleswig-Holstein	2 837	2 810	50,1	47,7	2,4	49,9	-0,4	0,6	-1,0	0,3
Thüringen	2 278	2 164	52,6	49,5	3,1	47,4	-0,8	1,7	-2,6	0,8
Deutschland	82 135	80 611	51,9	49,1	2,7	48,1	0,9	2,0	-1,1	-0,9

1 Am Wohnort.

G 7 Erwerbsquote 2013 nach Bundesländern



Die Erwerbsquote gibt den Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung an. Mit einer Erwerbsquote von 51,3 Prozent an der Gesamtbevölkerung belegte Rheinland-Pfalz 2013 Rang 9 im Vergleich der Bundesländer. In Deutschland insgesamt lag die Erwerbsquote mit 51,9 Prozent etwas höher. Die höchsten Quoten wurden mit 54,1 Prozent in Bayern und 53,8 Prozent in Baden-Württemberg erreicht. In Bremen, dem Saarland und Nordrhein-Westfalen lagen die Quoten dagegen jeweils unter 50 Prozent.

T 19

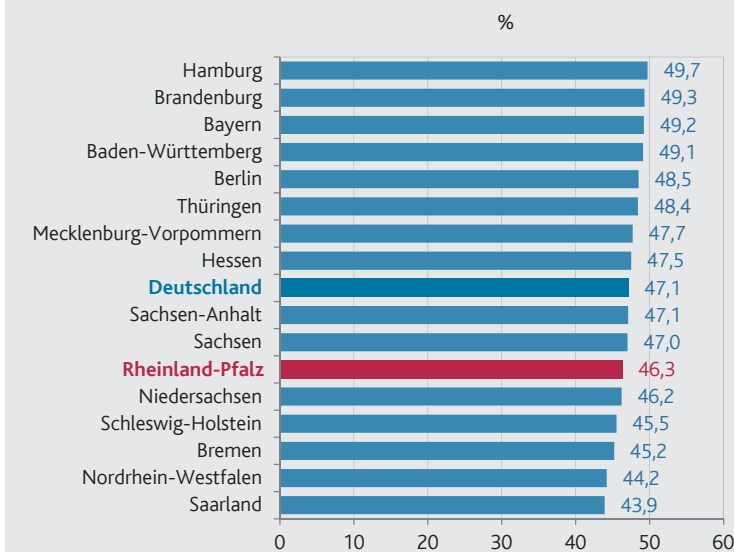
Frauen 2008 und 2013 nach Erwerbsbeteiligung und Bundesländern

Bundesland	2008	2013								
	Frauen insgesamt	Erwerbspersonen			Nicht- erwerbs- personen	Erwerbspersonen			Nicht- erwerbs- personen	
		ins- gesamt	Erwerbs- tätige ¹	Erwerbs- lose		ins- gesamt	Erwerbs- tätige ¹	Erwerbs- lose		
		%				Veränderung zu 2008 in Prozentpunkten				
	1 000									
Baden-Württemberg	5 468	5 389	49,1	47,5	1,7	50,9	2,4	3,0	-0,6	-2,4
Bayern	6 387	6 387	49,2	47,6	1,5	50,8	2,5	3,2	-0,7	-2,5
Berlin	1 748	1 740	48,5	44,1	4,4	51,5	0,9	2,9	-2,0	-0,9
Brandenburg	1 276	1 243	49,3	46,0	3,2	50,8	-1,2	1,2	-2,5	1,2
Bremen	341	335	45,2	42,1	3,3	54,9	3,0	3,1	0,1	-2,8
Hamburg	906	896	49,7	47,8	2,0	50,3	2,9	3,9	-1,1	-2,9
Hessen	3 099	3 077	47,5	45,6	1,9	52,6	2,5	3,5	-1,1	-2,4
Mecklenburg-Vorpommern	843	811	47,7	43,4	4,3	52,3	-2,0	0,9	-2,9	2,0
Niedersachsen	4 056	3 971	46,2	44,1	2,1	53,8	3,3	4,3	-0,9	-3,3
Nordrhein-Westfalen	9 209	9 007	44,2	41,9	2,3	55,8	2,0	2,8	-0,8	-2,0
Rheinland-Pfalz	2 057	2 035	46,3	44,5	1,8	53,7	2,1	2,8	-0,8	-2,1
Saarland	532	509	43,9	41,5	2,4	56,2	2,9	3,3	-0,5	-3,0
Sachsen	2 152	2 067	47,0	43,3	3,7	53,0	-1,2	1,3	-2,5	1,1
Sachsen-Anhalt	1 225	1 149	47,1	42,7	4,4	52,9	-1,7	1,4	-3,2	1,7
Schleswig-Holstein	1 448	1 442	45,5	43,4	1,9	54,5	0,5	1,5	-1,1	-0,5
Thüringen	1 155	1 099	48,4	45,3	3,0	51,6	-	2,7	-2,8	-
Deutschland	41 904	41 157	47,1	44,8	2,3	52,9	1,7	2,9	-1,2	-1,7

1 Am Wohnort.

G 8

Frauenerwerbsquote 2013 nach Bundesländern



Im Jahr 2013 zählten 46,3 Prozent aller Frauen in Rheinland-Pfalz zu den Erwerbspersonen. Das bedeutet Rang 11 im Ländervergleich. Im Bundesdurchschnitt lag die Frauenerwerbsquote bei 47,1 Prozent. Die höchste Frauenerwerbsquote wurde mit 49,7 Prozent in Hamburg, die niedrigste im Saarland mit 43,9 Prozent registriert.

Im Vergleich zu 2008 ist der Anteil der weiblichen Erwerbspersonen hierzulande um zwei Prozentpunkte gestiegen. Im Bundesdurchschnitt lag der Anstieg bei 1,7 Prozentpunkten.

T 20 Erwerbstätigenquote 2004–2014 nach Altersgruppen und Geschlecht

Altersgruppen	2004	2005	2010	2013	2014		
					insgesamt	Veränderung zu	
						2004	2009
	%					Prozentpunkte	
Insgesamt							
15 – 25 Jahre	41,6	44,4	48,2	48,8	47,4	5,8	1,0
25 – 35 Jahre	74,8	72,7	79,8	80,0	82,0	7,2	5,0
35 – 45 Jahre	81,5	81,1	84,8	86,0	85,6	4,1	0,8
45 – 55 Jahre	77,4	78,4	82,6	84,8	84,6	7,2	2,4
55 – 65 Jahre	41,2	47,2	58,1	63,4	65,0	23,8	8,0
65 Jahre und älter	3,3	3,7	4,2	5,1	5,5	2,1	0,8
Insgesamt	50,6	52,0	55,3	56,6	57,0	6,4	2,4
Frauen							
15 – 25 Jahre	38,4	40,9	46,8	47,4	45,1	6,8	0,4
25 – 35 Jahre	67,0	64,7	74,4	73,3	78,0	11,1	6,0
35 – 45 Jahre	72,3	73,0	78,1	79,7	79,5	7,3	1,8
45 – 55 Jahre	68,7	71,1	77,3	80,6	80,2	11,4	3,9
55 – 65 Jahre	32,0	37,3	48,6	55,3	57,2	25,2	10,7
65 Jahre und älter	2,2	2,8	2,9	3,4	3,5	1,2	0,4
Zusammen	42,7	44,8	49,0	50,7	51,3	8,6	3,4
Männer							
15 – 25 Jahre	44,8	47,6	49,4	50,1	49,6	4,9	1,6
25 – 35 Jahre	82,6	80,8	85,4	86,9	85,9	3,3	3,7
35 – 45 Jahre	90,2	88,7	91,4	92,1	91,7	1,5	-0,1
45 – 55 Jahre	86,2	85,9	88,0	89,0	89,1	2,9	1,0
55 – 65 Jahre	50,3	56,9	67,3	71,6	72,7	22,4	6,0
65 Jahre und älter	4,8	4,8	6,0	7,3	8,0	3,2	1,3
Zusammen	58,9	59,7	61,9	62,8	63,0	4,1	1,3

T 21 Erwerbslosenquote 2004–2014 nach Altersgruppen und Geschlecht

Altersgruppen	2004	2005	2010	2013	2014		
					insgesamt	Veränderung zu	
						2004	2009
	%					Prozentpunkte	
Insgesamt							
15 – 25 Jahre	6,2	7,3	4,9	4,1	3,8	-2,3	-1,8
25 – 45 Jahre	6,2	7,2	4,4	3,3	3,3	-2,8	-1,6
45 – 65 Jahre	5,7	5,8	3,8	2,6	2,4	-3,3	-1,4
Insgesamt	6,0	6,7	4,3	3,1	3,0	-3,0	-1,6
Frauen							
15 – 25 Jahre	(5,0)	6,9	(4,0)	(3,7)	(3,8)	(-1,2)	(-0,6)
25 – 45 Jahre	5,3	6,3	4,1	3,2	2,5	-2,8	-2,1
45 – 65 Jahre	4,8	4,8	3,2	2,2	2,1	-2,7	-1,1
Zusammen	5,0	5,8	3,7	2,8	2,6	-2,5	-1,4
Männer							
15 – 25 Jahre	7,2	7,7	5,7	4,6	(-3,9)	(-3,4)	(-2,9)
25 – 45 Jahre	7,0	8,1	4,7	3,4	4,1	-2,9	-1,3
45 – 65 Jahre	6,7	6,3	4,5	2,9	2,7	-3,9	-1,6
Zusammen	6,9	7,3	4,8	3,4	3,4	-3,5	-1,8

T 22

Nichterwerbspersonen 2004–2014 nach Altersgruppen und Geschlecht

Altersgruppen	2004	2005	2010	2013	2014		
					insgesamt	Veränderung zu	
						2004	2009
	Anteil an der Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppe in %					Prozentpunkte	
Insgesamt							
15 – 25 Jahre	52,2	48,3	47,0	47,1	48,7	-3,5	0,8
25 – 35 Jahre	18,0	19,8	15,3	16,4	14,5	-3,5	-2,4
35 – 45 Jahre	13,1	11,9	11,1	11,0	11,2	-1,9	0,2
45 – 55 Jahre	16,3	15,2	13,1	12,4	12,9	-3,4	-0,7
55 – 65 Jahre	53,8	47,9	38,5	34,3	32,6	-21,1	-7,0
65 Jahre und älter	96,7	96,3	95,8	94,8	94,5	-2,2	-0,8
Insgesamt	44,8	42,8	41,5	41,0	40,7	-4,1	-1,2
Frauen							
15 – 25 Jahre	56,6	52,2	49,2	48,9	51,1	-5,6	0,2
25 – 35 Jahre	26,8	29,0	21,0	23,2	19,6	-7,2	-3,3
35 – 45 Jahre	23,1	20,5	18,2	17,5	17,8	-5,3	-0,3
45 – 55 Jahre	25,5	22,7	18,9	16,8	17,6	-7,9	-2,4
55 – 65 Jahre	64,4	58,6	49,1	42,9	40,8	-23,6	-9,9
65 Jahre und älter	97,8	97,2	97,1	96,6	96,5	-1,3	-0,4
Zusammen	53,6	50,8	48,3	47,2	46,8	-6,8	-2,3
Männer							
15 – 25 Jahre	48,1	44,7	44,9	45,3	46,4	-1,6	1,3
25 – 35 Jahre	9,1	10,4	9,4	9,5	9,5	0,4	-1,2
35 – 45 Jahre	3,7	3,6	4,3	4,7	4,6	0,9	0,4
45 – 55 Jahre	6,9	7,3	7,4	8,0	8,1	1,2	0,8
55 – 65 Jahre	43,3	37,4	28,4	25,5	24,5	-18,7	-4,6
65 Jahre und älter	95,2	95,2	94,0	92,6	92,0	-3,2	-1,3
Zusammen	35,6	34,4	34,4	34,5	34,3	-1,3	0,1

12

T 23

Erwerbstätige, Erwerbslose und Nichterwerbspersonen 2014 nach höchstem allgemeinen Schulabschluss und Geschlecht

Abschlussarten	Erwerbstätige ¹			Erwerbslose			Nichterwerbspersonen		
	insgesamt	Anteil an insgesamt	Veränderung zu 2009	insgesamt	Anteil an insgesamt	Veränderung zu 2009	insgesamt	Anteil an insgesamt	Veränderung zu 2009
	1 000	%	Prozentpunkte	1 000	%	Prozentpunkte	1 000	%	Prozentpunkte
Insgesamt									
Mit allgemeinem Abschluss ²	1 923,1	97,9	0,5	69,6	89,8	-1,3	1 215,3	94,4	0,1
Hauptschulabschluss	646,1	32,9	-5,8	36,6	47,2	-6,9	767,7	59,6	-3,9
Realschulabschluss	602,0	30,7	1,5	19,1	24,6	2,7	204,5	15,9	1,3
(Fach-)Hochschulreife	683,0	34,8	5,4	13,8	17,8	3,0	241,8	18,8	3,1
Ohne allgemeinen Abschluss	41,0	2,1	-0,5	(7,9)	(10,2)	(1,3)	71,9	5,6	-0,1
Insgesamt ²	1 964,1	100	x	77,5	100	x	1 287,2	100	x
Frauen									
Mit allgemeinem Abschluss ²	895,6	98,3	0,4	31,1	95,7	2,6	725,3	94,4	-0,3
Hauptschulabschluss	257,3	28,3	-6,3	15,8	48,6	0,7	468,5	61,0	-3,7
Realschulabschluss	322,6	35,4	0,6	(9,4)	(28,9)	(1,2)	135,4	17,6	1,0
(Fach-)Hochschulreife	315,0	34,6	6,2	(5,8)	(17,8)	(0,6)	120,5	15,7	2,9
Ohne allgemeinen Abschluss	15,1	1,7	-0,4	/	/	/	43,3	5,6	0,3
Zusammen ²	910,7	100	x	32,5	100	x	768,6	100	x
Männer									
Mit allgemeinem Abschluss ²	1 036,5	97,6	0,6	38,5	85,6	-4,2	490,0	94,5	0,6
Hauptschulabschluss	388,8	36,6	-5,5	20,8	46,2	-12,4	299,2	57,7	-4,2
Realschulabschluss	279,4	26,3	1,8	(9,7)	(21,6)	(3,8)	69,1	13,3	2,0
(Fach-)Hochschulreife	368,0	34,6	4,5	(7,9)	(17,6)	(4,4)	121,3	23,4	3,1
Ohne allgemeinen Abschluss	25,9	2,4	-0,6	(6,5)	(14,4)	(4,2)	28,7	5,5	-0,6
Zusammen ²	1 062,4	100	x	45,0	100	x	518,7	100	x
1 Am Wohnort. – 2 Zur Abgrenzung siehe Metadaten.									

T 24

Erwerbstätige, Erwerbslose und Nichterwerbspersonen 2014 nach höchstem beruflichen Abschluss und Geschlecht

Abschlussarten	Erwerbstätige ¹			Erwerbslose			Nichterwerbspersonen		
	insgesamt	Anteil an insgesamt	Veränderung zu 2009	insgesamt	Anteil an insgesamt	Veränderung zu 2009	insgesamt	Anteil an insgesamt	Veränderung zu 2009
	1 000	%	Prozentpunkte	1 000	%	Prozentpunkte	1 000	%	Prozentpunkte
Insgesamt									
Mit Berufsabschluss ²	1 611,6	81,3	2,0	45,8	57,8	3,3	772,2	55,2	4,7
Lehre/Berufsausbildung	1 048,6	52,9	-2,0	37,1	46,8	-0,2	585,1	41,8	2,5
Fachschulabschluss, Meister/Technikerausbildung oder Ähnliches	214,2	10,8	2,9	/	/	/	73,0	5,2	1,2
Fachhochschul-/Hochschulabschluss, Promotion	344,7	17,4	1,1	(5,6)	(7,1)	(2,2)	112,4	8,0	1,3
Ohne Berufsabschluss	371,7	18,7	-2,0	33,4	42,2	-3,3	627,1	44,8	-4,7
Insgesamt ²	1 983,3	100	x	79,2	100	x	1 399,3	100	x
Frauen									
Mit Berufsabschluss ²	730,7	79,8	2,2	19,4	57,9	2,5	395,4	48,1	5,4
Lehre/Berufsausbildung	492,4	53,8	-3,8	15,8	47,2	0,8	322,7	39,2	3,5
Fachschulabschluss, Meister-/Technikerausbildung oder Ähnliches	90,6	9,9	4,4	/	/	/	26,7	3,2	1,5
Fachhochschul-/Hochschulabschluss, Promotion	146,0	15,9	1,7	/	/	/	45,1	5,5	0,8
Ohne Berufsabschluss	185,0	20,2	-2,2	14,1	42,1	-2,5	426,9	51,9	-5,4
Zusammen ²	915,7	100	x	33,5	100	x	822,3	100	x
Männer									
Mit Berufsabschluss ²	880,9	82,5	1,9	26,4	57,8	4,0	376,8	65,3	3,1
Lehre/Berufsausbildung	556,3	52,1	-0,6	21,3	46,6	-1,1	262,3	45,5	0,7
Fachschulabschluss, Meister/Technikerausbildung oder Ähnliches	123,7	11,6	1,8	/	/	/	46,3	8,0	0,7
Fachhochschul-/Hochschulabschluss, Promotion	198,5	18,6	0,7	/	/	/	67,3	11,6	1,9
Ohne Berufsabschluss	186,7	17,5	-1,9	19,3	42,2	-4,0	200,2	34,7	-3,1
Zusammen ²	1 067,6	100	x	45,7	100	x	577,0	100	x

1 Am Wohnort. – 2 Zur Abgrenzung siehe Metadaten.

12

T 25

**Erwerbstätige, Erwerbslose und Nichterwerbspersonen¹ 2014
nach persönlichem monatlichen Nettoeinkommen und Geschlecht**

Nettoeinkommen	Erwerbstätige ²			Erwerbslose			Nichterwerbspersonen		
	insgesamt	Anteil an insgesamt	Veränderung zu 2009	insgesamt	Anteil an insgesamt	Veränderung zu 2009	insgesamt	Anteil an insgesamt	Veränderung zu 2009
	1 000	%	Prozentpunkte	1 000	%	Prozentpunkte	1 000	%	Prozentpunkte
Insgesamt									
Unter 900 EUR	405,8	21,8	-5,1	42,5	73,9	-3,1	492,2	45,5	-4,4
900 – 1 500 EUR	435,9	23,4	-2,9	11,2	19,5	1,6	311,3	28,8	-0,5
1 500 – 2 000 EUR	384,7	20,7	1,4	/	/	/	128,3	11,9	1,9
2 000 – 2 600 EUR	294,8	15,8	2,2	/	/	/	79,4	7,3	1,4
2 600 EUR und mehr	339,9	18,3	4,4	/	/	/	71,2	6,6	1,5
Insgesamt ³	1 861,2	100	x	57,5	100	x	1 082,5	100	x
Frauen									
Unter 900 EUR	294,2	34,1	-9,1	18,4	76,7	-2,7	351,7	58,5	-6,1
900 – 1 500 EUR	263,0	30,5	-0,6	/	/	/	156,1	25,9	2,1
1 500 – 2 000 EUR	152,6	17,7	3,8	/	/	/	44,5	7,4	1,7
2 000 – 2 600 EUR	81,8	9,5	2,6	/	/	/	28,5	4,7	1,0
2 600 EUR und mehr	71,7	8,3	3,3	-	-	-	20,8	3,5	1,2
Zusammen ³	863,4	100	x	24,0	100	x	601,7	100	x
Männer									
Unter 900 EUR	111,6	11,2	-2,2	23,9	71,3	-4,5	140,3	29,2	-2,1
900 – 1 500 EUR	172,9	17,3	-5,0	(6,4)	(19,1)	(1,6)	155,2	32,3	-3,9
1 500 – 2 000 EUR	232,0	23,3	-0,5	/	/	/	83,8	17,4	2,1
2 000 – 2 600 EUR	213,0	21,3	2,0	/	/	/	50,9	10,6	2,0
2 600 EUR und mehr	268,2	26,9	5,7	/	/	/	50,4	10,5	1,9
Zusammen ³	997,8	100	x	33,5	100	x	480,8	100	x

¹ Nur Personen mit Angaben zum Einkommen. – ² Am Wohnort. – ³ Zur Abgrenzung siehe Metadaten.

T 26 Erwerbstätige¹ 2005–2014 nach Arbeitszeiten und Geschlecht

Arbeitszeit ²	2005	2010	2013	2014		
				insgesamt	Veränderung zu	
					2005	2009
	% ³				Prozentpunkte	
Insgesamt						
Samstagsarbeit	47,2	46,8	45,6	44,9	-2,3	-2,4
Sonn-/Feiertagsarbeit	26,9	28,0	28,0	27,9	1,0	0,7
Abendarbeit	41,5	42,8	40,8	40,2	-1,2	-2,7
Nachtarbeit	14,3	14,6	13,8	13,8	-0,5	0,1
Wechselschicht	13,0	14,7	14,4	14,6	1,7	0,8
Frauen						
Samstagsarbeit	42,7	43,1	42,4	42,1	-0,5	-2,3
Sonn-/Feiertagsarbeit	24,2	26,1	26,9	27,0	2,8	1,3
Abendarbeit	34,7	37,2	35,9	35,4	0,8	-1,4
Nachtarbeit	8,5	9,2	9,4	8,9	0,5	0,5
Wechselschicht	10,6	13,3	13,4	13,1	2,5	0,5
Männer						
Samstagsarbeit	50,8	49,9	48,4	47,3	-3,4	-2,3
Sonn-/Feiertagsarbeit	29,0	29,7	28,9	28,7	-0,3	0,4
Abendarbeit	46,8	47,5	45,1	44,3	-2,5	-3,6
Nachtarbeit	18,9	19,0	17,7	17,9	-1,0	-0,1
Wechselschicht	14,9	15,9	15,4	16,0	1,1	1,1
1 Am Wohnort. – 2 Mehrfachnennungen möglich. – 3 Anteil an den Erwerbstätigen bzw. erwerbstätigen Frauen und Männer insgesamt.						

1 Am Wohnort. – 2 Mehrfachnennungen möglich. – 3 Anteil an den Erwerbstätigen bzw. erwerbstätigen Frauen und Männer insgesamt.

T 27 Erwerbslose am Wohnort 2004–2014 nach Art der gesuchten Tätigkeit und Geschlecht

Art der gesuchten Tätigkeit	2004	2005	2010	2013	2014		
					insgesamt	Veränderung zu	
						2004	2009
					%Prozentpunkte		
Insgesamt							
Vollzeittätigkeit	63,0	53,1	46,7	47,0	45,3	-17,7	-0,4
Teilzeittätigkeit	13,1	14,7	19,0	18,8	(13,3)	(0,2)	(-4,2)
Vollzeit-, ggf. Teilzeittätigkeit	19,8	26,0	29,7	27,1	27,0	7,2	-4,1
Teilzeit-, ggf. Vollzeittätigkeit	(4,1)	6,2	(4,6)	/	/	/	/
Sowohl Vollzeit- als auch Teilzeittätigkeit	-	-	-	(7,0)	(10,0)	-	-
Frauen							
Vollzeittätigkeit	40,2	33,6	32,3	(29,7)	(30,1)	(-10,2)	(5,3)
Teilzeittätigkeit	27,1	30,5	38,7	40,3	(23,4)	(-3,7)	(-10,7)
Vollzeit-, ggf. Teilzeittätigkeit	24,9	25,6	29,0	(30,0)	(27,2)	(2,3)	(-3,5)
Teilzeit-, ggf. Vollzeittätigkeit	/	(10,2)	/	/	/	/	/
Sowohl Vollzeit- als auch Teilzeittätigkeit	-	-	-	/	/	-	-
Männer							
Vollzeittätigkeit	79,5	72,5	65,1	69,9	56,6	-22,8	-4,6
Teilzeittätigkeit	/	/	/	/	/	/	/
Vollzeit-, ggf. Teilzeittätigkeit	16,2	27,5	34,9	30,1	27,0	10,8	-4,2
Teilzeit-, ggf. Vollzeittätigkeit	/	/	/	/	/	/	/
Sowohl Vollzeit- als auch Teilzeittätigkeit	-	-	-	/	/	-	-

T 28

**Erwerbslose und Nichterwerbspersonen¹ mit früherer Erwerbstätigkeit 2014
nach früherem Wirtschaftsbereich und Geschlecht**

Wirtschaftsbereich	Erwerbslose			Nichterwerbspersonen		
	insgesamt	Anteil an insgesamt	Veränderung zu 2009	insgesamt	Anteil an insgesamt	Veränderung zu 2008
	1 000	%	Prozentpunkte	1 000	%	Prozentpunkte
Insgesamt						
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	/	/	/	29,3	2,7	-1,1
Produzierendes Gewerbe	23,6	33,6	-1,9	348,7	32,6	-3,3
Handel, Gastgewerbe, Reparatur von Kraftfahrzeugen	19,5	27,8	3,2	224,1	20,9	3,4
Verkehr, Kommunikation	(5,7)	(8,1)	(-1,8)	66,2	6,2	-0,3
Sonstige Dienstleistungen	21,4	30,5	0,4	402,0	37,6	1,3
Frauen						
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	/	/	/	15,3	1,4	-0,6
Produzierendes Gewerbe	/	/	/	134,1	12,5	-2,3
Handel, Gastgewerbe, Reparatur von Kraftfahrzeugen	9,4	13,4	-0,3	159,8	14,9	1,7
Verkehr, Kommunikation	/	/	/	21,6	2,0	-0,3
Sonstige Dienstleistungen	13,9	19,8	3,6	269,7	25,2	0,8
Männer						
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	/	/	/	14,0	1,3	-0,5
Produzierendes Gewerbe	19,2	27,4	1,5	214,6	20,1	-1,0
Handel, Gastgewerbe, Reparatur von Kraftfahrzeugen	10,1	(14,4)	(3,5)	64,3	6,0	1,7
Verkehr, Kommunikation	/	/	/	44,6	4,2	-
Sonstige Dienstleistungen	(7,5)	(10,7)	(-3,4)	132,3	12,4	0,5
1 Am Wohnort.						

12

T 29 Kernerwerbstätige^{1, 2} 2004–2014 nach Beschäftigungsform und Geschlecht

Beschäftigungsform	2004	2005	2010	2013	2014		
					insgesamt	Veränderung zu	
						2004	2009
%					Prozentpunkte		
Insgesamt							
Selbstständige	10,9	11,4	10,5	10,0	10,1	-1,3	-0,6
Abhängig Beschäftigte	89,1	88,6	89,5	89,3	89,5	0,9	0,3
in einem Normalarbeitsverhältnis	68,9	66,0	64,8	66,7	66,2	0,3	0,6
atypisch Beschäftigte	20,2	22,6	24,7	22,6	23,3	0,6	-0,3
und zwar ³							
befristet Beschäftigte	5,6	7,2	7,4	6,4	6,9	-0,3	-
Teilzeitbeschäftigte	15,5	16,5	16,8	16,1	15,8	-0,7	-1,0
geringfügig Beschäftigte	5,3	7,0	7,3	7,2	7,5	0,4	0,1
Frauen							
Selbstständige	7,2	7,8	7,3	6,6	7,0	-0,8	-0,4
Abhängig Beschäftigte	92,8	92,2	92,7	93,4	93,0	0,8	0,4
in einem Normalarbeitsverhältnis	55,5	52,5	53,5	56,6	56,7	4,2	3,7
atypisch Beschäftigte	37,2	39,7	39,2	36,9	36,3	-3,4	-3,3
und zwar ³							
befristet Beschäftigte	6,1	7,5	8,1	7,3	7,0	-0,4	-0,6
Teilzeitbeschäftigte	32,8	34,2	32,8	30,9	29,9	-4,2	-3,2
geringfügig Beschäftigte	10,9	13,9	12,8	12,6	13,1	-0,8	-0,1
Männer							
Selbstständige	13,7	14,2	13,2	13,1	12,8	-1,4	-0,7
Abhängig Beschäftigte	86,3	85,8	86,8	86,9	87,2	1,4	0,7
in einem Normalarbeitsverhältnis	79,0	76,5	74,2	76,0	74,9	-1,6	-1,1
atypisch Beschäftigte	7,4	9,3	12,6	10,9	12,3	3,0	1,8
und zwar ³							
befristet Beschäftigte	5,2	6,9	6,8	5,7	6,8	-0,1	0,5
Teilzeitbeschäftigte	2,5	2,7	3,5	3,7	3,8	1,1	0,4
geringfügig Beschäftigte	(1,0)	1,7	2,7	2,7	2,7	(1,1)	0,1

1 Zur Abgrenzung siehe Metadaten. – 2 Am Wohnort. – 3 Mehrfachnennungen möglich.

T 30

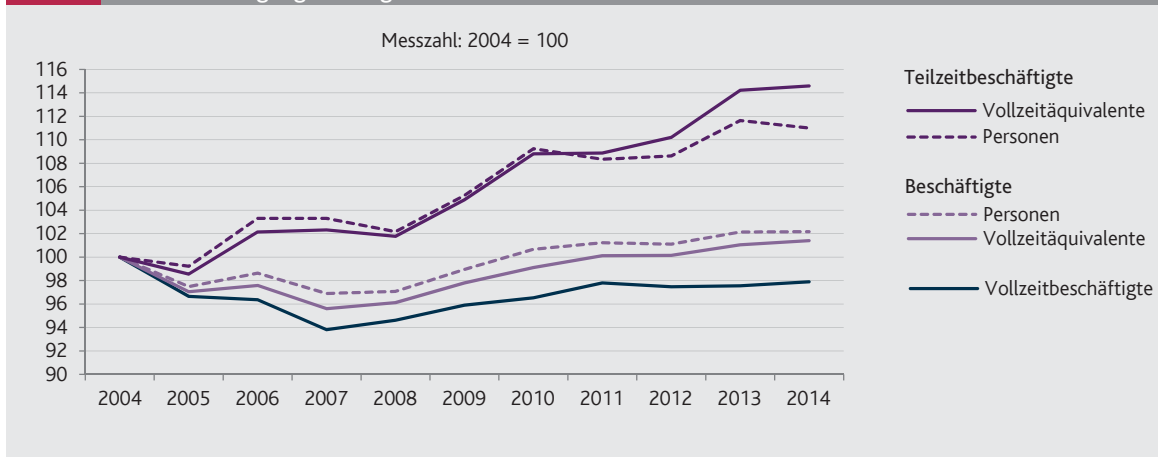
Personal im öffentlichen Dienst des Landes sowie der kommunalen Gebietskörperschaften 2004–2014 nach Dienstverhältnis und Beschäftigungsumfang

Dienstverhältnis Beschäftigungsumfang	Personal					Vollzeitäquivalente				
	2004	2013	2014			2004	2013	2014		
	Anzahl			Veränderung zu		Anzahl			Veränderung zu	
				2004	2013				2004	2013
			%					%		
Land und kommunale Gebietskörperschaften										
Insgesamt	160 569	163 993	164 040	2,2	0,0	137 135,0	138 574,8	139 060,1	1,4	0,4
Beamte/-innen/Richter/-innen	76 419	78 036	76 983	0,7	-1,3	68 909,4	69 554,1	68 995,5	0,1	-0,8
Arbeitnehmer/-innen	84 150	85 957	87 057	3,5	1,3	68 225,6	69 020,7	70 064,6	2,7	1,5
Vollzeitbeschäftigte	108 317	105 658	106 037	-2,1	0,4	108 317,0	105 658,0	106 037,0	-2,1	0,4
Teilzeitbeschäftigte	52 252	58 335	58 003	11,0	-0,6	28 818,0	32 916,8	33 023,1	14,6	0,3
Land										
Zusammen	99 286	96 907	95 783	-3,5	-1,2	86 347,1	83 506,7	82 972,2	-3,9	-0,6
Beamte/-innen/Richter/-innen	67 139	68 694	67 691	0,8	-1,5	60 270,2	60 872,7	60 341,0	0,1	-0,9
Arbeitnehmer/-innen	32 147	28 213	28 092	-12,6	-0,4	26 076,8	22 634,0	22 631,2	-13,2	-0,0
Vollzeitbeschäftigte	69 367	65 430	65 180	-6,0	-0,4	69 367,0	65 430,0	65 180,0	-6,0	-0,4
Teilzeitbeschäftigte	29 919	31 477	30 603	2,3	-2,8	16 980,1	18 076,7	17 792,2	4,8	-1,6
Kommunale Gebietskörperschaften										
Zusammen	61 283	67 086	68 257	11,4	1,7	50 787,9	55 068,1	56 087,9	10,4	1,9
Beamte/-innen/Richter/-innen	9 280	9 342	9 292	0,1	-0,5	8 639,2	8 681,4	8 654,5	0,2	-0,3
Arbeitnehmer/-innen	52 003	57 744	58 965	13,4	2,1	42 148,7	46 386,7	47 433,4	12,5	2,3
Vollzeitbeschäftigte	38 950	40 228	40 857	4,9	1,6	38 950,0	40 228,0	40 857,0	4,9	1,6
Teilzeitbeschäftigte	22 333	26 858	27 400	22,7	2,0	11 837,9	14 840,1	15 230,9	28,7	2,6

12

G 9

Personal im öffentlichen Dienst des Landes sowie der kommunalen Gebietskörperschaften 2004–2014 nach Beschäftigungsumfang



Datenquellen

Statistik	Tabelle	Grafik	Karten	Übersicht
Erwerbstätigenrechnung	T 1 bis T 5, T 11 bis T 13	G 1 bis G 4	K 1 bis K 3	Ü 1
Beschäftigungsstatistik (Bundesagentur für Arbeit)	T 6 bis T 8, T 14, T 15	G 4	K 4, K 5	Ü 1
Arbeitslosenstatistik (Bundesagentur für Arbeit)	T 9, T 10, T 16	G 5, G 6	K 6	-
Mikrozensus	T 17 bis T 29	G 7, G 8	-	Ü 1
Personalstandstatistik	T 30	G 9	-	-

Statistiken

Zur Darstellung der Erwerbstätigkeit stehen verschiedene Datenquellen zur Verfügung. Soweit in diesem Kapitel Ergebnisse in wirtschaftssystematischer Gliederung dargestellt werden, basieren sie auf der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Bei der **Erwerbstätigenrechnung** handelt es sich um ein Rechenmodell, in das alle aktuell verfügbaren erwerbsstatistischen Datenquellen für die laufende Berechnung von Erwerbstätigenzahlen sowie des Arbeitsvolumens auf Länder- und Kreisebene einfließen. Die Berechnungen erfolgen auf der Basis des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) durch den für die regionalen Berechnungen unterhalb der Bundesebene zuständigen Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“. Bei den dargestellten Ergebnissen der Erwerbstätigenrechnung handelt es sich um Jahresdurchschnittsangaben am Arbeitsort (Inlandskonzept), d. h., die Angaben beziehen sich auf Erwerbstätige, die – unabhängig von ihrem Wohnort – ihren Arbeitsplatz im jeweiligen Gebiet hatten. Nach den Definitionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gehören Beschäftigte bei extraterritorialen Organisationen und Körperschaften nicht zu den Erwerbstätigen im Inland.

Im Rahmen von sogenannten großen Revisionen werden die Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung grundlegend überarbeitet. Nachdem die Revision 2011 in erster Linie der Umstellung auf die neue Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) diente, war der Hauptanlass für die Revision 2014 die europaweite Einführung des neuen Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010), das das bisherige ESVG 1995 ablöst. Daneben wurden, wie im Rahmen großer Revisionen üblich, auch methodische Weiterentwicklungen vorgenommen und neue statistische Basisdaten in die Berechnungsverfahren integriert. Dazu gehören insbesondere die revidierten Ergebnisse der Beschäftigungsstatistik.

Die nachgewiesenen Werte sind Ergebnisse der Revision 2014. Die Länderergebnisse sind abgestimmt auf den Berechnungsstand Februar 2015, die Kreisergebnisse sind abgestimmt auf den Berechnungsstand August 2014 des Statistischen Bundesamtes.

Ergebnisse der **Beschäftigungsstatistik** über die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten werden von der Bundesagentur für Arbeit bereitgestellt. Auf der Basis der Meldungen zur Sozialversicherung wird vierteljährlich mit sechs Monaten Wartezeit der Bestand der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ermittelt. Grundlage der Statistik bildet das integrierte Meldeverfahren zur Sozialversicherung, in das alle Arbeitnehmer/-innen einbezogen sind, die der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung unterliegen. Das Meldeverfahren umfasst auch die geringfügig entlohnte Beschäftigung nach der sogenannten Minijob-Regel. Die Ergebnisse der Beschäftigungsstatistik können sowohl am Arbeitsort als auch am Wohnort nachgewiesen werden. Die hier nachgewiesenen Werte sind Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik. Die Beschäftigungsdaten wurden rückwirkend ab 1999 revidiert.

Ebenfalls von der Bundesagentur für Arbeit wird die **Arbeitslosenstatistik** erstellt. Bei den Daten zur Arbeitslosigkeit und zur Kurzarbeit handelt es sich um Jahresdurchschnittswerte.

Der **Mikrozensus** wird als laufende Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt seit 1957 durchgeführt. Das Fragenprogramm ist hinsichtlich der in den einzelnen Jahren zu erhebenden Tatbestände und Periodizitäten festgelegt. Neben dem jährlichen Grundprogramm werden eine Reihe von Merkmalen nur im Abstand von vier Jahren erhoben. Rechtsgrundlage ist das Mikrozensusgesetz in der jeweils gültigen Fassung.

Der Mikrozensus ist eine Stichprobenerhebung mit einem Auswahlatz von einem Prozent der Bevölkerung. Mit der Hochrechnung werden die Ergebnisse des Mikrozensus an die Eckwerte der Bevölkerungsfortschreibung nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit (Deutsch/Nicht-Deutsch) angepasst. Die im Mikrozensus erfassten Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen haben ihren Wohnort in Rheinland-Pfalz. Unerheblich ist, ob ihr Arbeitsort innerhalb oder außerhalb von Rheinland-Pfalz liegt.

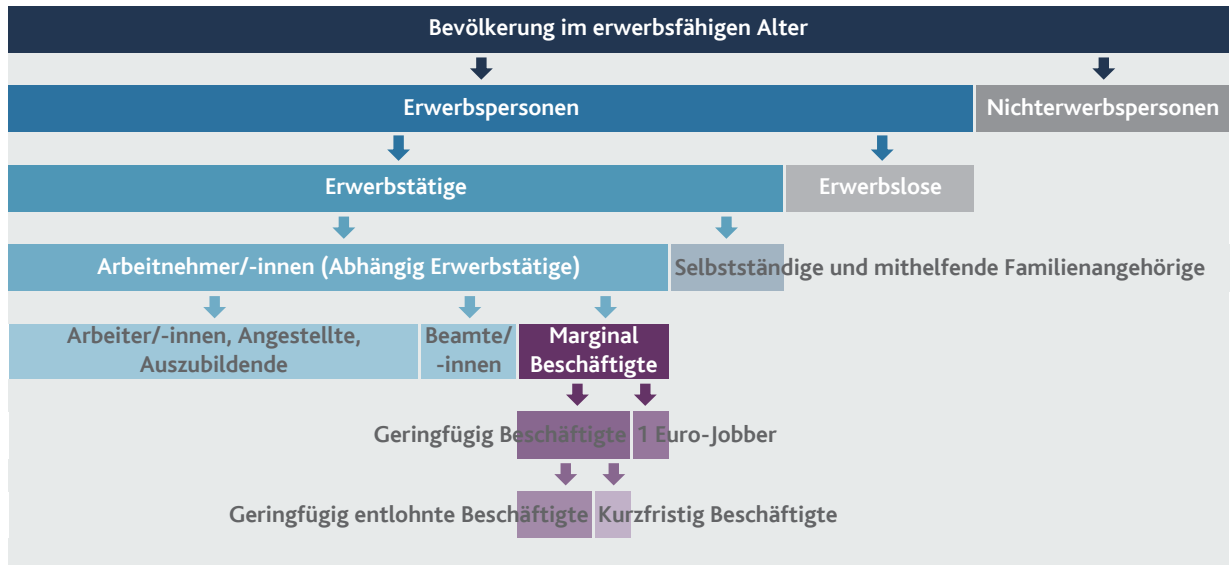
Zum 9. Mai 2011 haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder im Rahmen einer Volks-, Gebäude und Wohnungszählung, dem Zensus 2011, aktualisierte Zahlen für die Fortschreibung des „Bevölkerungsstandes/Wohngebäude- und Wohnungsbestands“ erhoben. Die Ergebnisse des Mikrozensus sind für Deutschland und

die anderen Bundesländer für alle dargestellten Jahre auf Basis der Volkszählung 1987 mit den jährlich fortgeschriebenen Veränderungen hochgerechnet. Für Rheinland-Pfalz sind die Ergebnisse bis zum Jahr 2011 ebenfalls auf Basis der Volkszählung 1987 hochgerechnet. Ab dem Jahr 2012 wurden die Ergebnisse für Rheinland-Pfalz, soweit nicht anders angegeben, auf Basis des Zensus 2011 mit den jährlich fortgeschriebenen Veränderungen hochgerechnet.

Die **Personalstandstatistik** erfasst jährlich das Personal des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände, der Zweckverbände sowie der öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit Sitz in Rheinland-Pfalz (ohne die Einheiten mit Bundesbeteiligung). Hierbei werden jeweils die Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten, untergliedert nach Beamten/-innen, Richter/-innen und Arbeitnehmer/-innen ermittelt. Berichtszeitpunkt ist der 30. Juni des Berichtsjahres.

Ü 2

Schematische Darstellung wichtiger Begriffe der Erwerbstätigkeit



12

Glossar

Arbeitslose

Personen, die vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder nur eine weniger als 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung ausüben, eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung suchen, den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit oder des Jobcenters zur Verfügung stehen, also arbeitsfähig und -bereit sind, nicht jünger als 15 Jahre sind und die Altersgrenze für den Renteneintritt noch nicht erreicht haben. Hierzu zählen keine Schüler/-innen, Studierende oder Teilnehmer/-innen an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung sowie Personen, die arbeitsunfähig erkrankt sind.

Arbeitslosengeld

Arbeitslosengeld I (nach SGB III) ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. Sie soll der/-demjenigen, die

eine Arbeit verloren haben und vorübergehend keine Arbeitsstelle finden können, teilweise den Lohnausfall ersetzen. Arbeitslosengeld II (nach SGB II) bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung; die Geldleistungen dienen der Sicherung des eigenen Lebensunterhalts.

Arbeitslosenquote

Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen.

Arbeitnehmer/-innen

Zu den Arbeitnehmer/-innen zählen alle Personen, die zeitlich überwiegend als Arbeiter/-in, Angestellte/-r, Beamte/-r, Richter/-in, Berufssoldat/-in, Soldat/-in auf Zeit, Wehr- oder Zivil- bzw. Bundesfreiwilligendienstleistende/-r, Auszubildende/-r, Praktikant/-in oder Volontär/-in in einem Arbeits- bzw. Dienstverhältnis

Metadaten

stehen. Eingeschlossen sind auch Heimarbeiter/-innen und ausschließlich marginal Beschäftigte.

Arbeitsplatzdichte

Erwerbstätige am Arbeitsort bezogen auf 1 000 Einwohner/-innen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren (Jahresdurchschnitt).

Berufsabschluss

Ausgewiesen wird die Bevölkerung ab 15 Jahren ohne Personen, die sich noch in schulischer oder beruflicher Ausbildung befinden, nach dem jeweils höchsten beruflichen Abschluss. Die Kategorie "mit Berufsabschluss" enthält neben den Personen mit den gesondert aufgeführten Abschlussarten auch Personen, die keine Angaben zur Art des Abschlusses gemacht haben. Die Kategorie "Insgesamt" bzw. "Zusammen" enthält neben den Personen mit Berufsabschluss und den Personen ohne Berufsabschluss auch diejenigen, die keine Angaben darüber gemacht haben, ob sie überhaupt einen Abschluss besitzen, sowie Personen, die eine Anlernausbildung, ein berufliches Praktikum oder ein Berufsvorbereitungsjahr absolviert haben, da durch diese kein berufsqualifizierender Abschluss erworben wird.

Erwerbsbeteiligung

Die Bevölkerung gliedert sich gemäß dem Labour-Force-Konzept der International Labour Organization (ILO) nach ihrer Erwerbsbeteiligung in Erwerbstätige, Erwerbslose und Nichterwerbspersonen.

Erwerbslose

Personen, die normalerweise erwerbstätig sind und zurzeit nur vorübergehend – da sie noch keinen neuen Arbeitsplatz gefunden haben – aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind sowie Schulentlassene, die sich um eine Lehr-/Arbeitsstelle bemühen. Die Bezeichnung „erwerbslos“ ist unabhängig davon, ob jemand als Arbeitsloser oder Arbeitsuchender gemeldet ist. Personen, die normalerweise keinem Erwerb nachgehen, z. B. nicht berufstätige Ehepartner/-innen, gelten nicht als erwerbslos.

Erwerbspersonen

Erwerbstätige und Erwerbslose.

Erwerbsquote

Anteil der Erwerbspersonen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

Erwerbstätige

Alle Personen im Alter ab 15 Jahren, die als Arbeitnehmer/-in oder als Selbstständiger bzw. als mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit, der Regelmäßigkeit und der Bedeutung dieser Tätigkeit für den Lebensunterhalt. Im Falle mehrerer Tätigkeiten wird der Erwerbstätige nur einmal gezählt (Personenkonzept).

Erwerbstätigenquote

Anteil der Erwerbstätigen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

Geleistete Arbeitsstunden (Arbeitsvolumen)

Tatsächlich geleistete Arbeitszeit der Erwerbstätigen. Hierzu zählen auch die geleisteten Arbeitsstunden von Personen mit mehreren gleichzeitigen Beschäftigungsverhältnissen. Nicht zum Arbeitsvolumen gehören hingegen die bezahlten, aber nicht geleisteten Arbeitsstunden, beispielsweise Jahresurlaub, Elternzeit, Feiertage, Kurzarbeit oder krankheitsbedingte Abwesenheit. Das Arbeitsvolumen wird als Jahressumme nach dem Inlandskonzept nachgewiesen (Arbeitsortprinzip).

Gemeldete Arbeitsstellen

Zur Besetzung gemeldete Arbeitsplätze mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als sieben Kalendertagen. Dabei handelt es sich um die von Arbeitgebern bei den Arbeitsagenturen der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten und zur Vermittlung freigegebenen Stellen. Aufgrund einer nicht vorhandenen Meldepflicht von offenen Stellen kann es sich dabei aber nur um einen Teilbereich des vorhandenen gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots handeln.

Geringfügig entlohnte Beschäftigte

Beschäftigte, bei denen das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung regelmäßig im Monat bestimmte Einkommenshöchstgrenzen (seit 1. Januar 2013: 450 Euro) nicht übersteigt (Minijob). Die Ausübung einer geringfügig entlohten Beschäftigung ist ausschließlich oder neben einer sozialversicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung (Nebenjob) möglich, ohne dass sie durch die Zusammenrechnung mit der Hauptbeschäftigung voll sozialversicherungspflichtig wird. Personen mit einem Nebenjob werden sowohl unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten als auch unter den geringfügig entlohten Beschäftigten nachgewiesen.

Kernerwerbstätige

Erwerbstätige im Alter von 15 bis 64 Jahren ohne Personen in Bildung und Ausbildung sowie ohne Wehr-, Zivil- oder Freiwilligendienstleistende.

Kurzarbeiter/-in

Beschäftigte Arbeitnehmer/-innen, bei denen wegen eines vorübergehenden Arbeitsausfalls mehr als zehn Prozent der betriebsüblichen Arbeitszeit ausfallen und die Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben.

Kurzfristig Beschäftigte

Personen, die eine Beschäftigung ausüben, die aufgrund ihrer Art (z. B. saisonale Arbeit) oder vertraglich innerhalb eines Kalenderjahres auf längstens zwei Monate oder 50 Arbeitstage begrenzt ist.

Marginal Beschäftigte

Personen, die als Arbeiter/-innen und Angestellte/-r keine voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben, jedoch nach dem Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation als Erwerbstätige gelten, wenn sie in einem einwöchigen Berichtszeitraum wenigstens eine Stunde gegen Entgelt gearbeitet haben. Dazu zählen in Deutschland insbesondere ausschließlich geringfügig

Beschäftigte – also geringfügig entlohnte Beschäftigte und kurzfristig Beschäftigte – sowie Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante (sogenannte „Ein-Euro-Jobs“).

Nichterwerbspersonen

Personen, die keine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen und somit weder erwerbstätig noch erwerbslos sind.

Pendler/-in

Einpendler/-innen sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die nicht am Arbeitsort wohnen. Die Einpendlerquote bezeichnet den Anteil der Einpendler/-innen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort. Auspendler/-innen sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die nicht am Wohnort arbeiten. Die Auspendlerquote bezeichnet den Anteil der Auspendler/-innen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort.

Personal im öffentlichen Dienst

Erfasst werden die Beschäftigten, die in einem unmittelbaren Dienst- oder Arbeitsvertragsverhältnis des Landes, der Gemeinden oder Gemeindeverbände stehen und in der Regel Gehalt, Vergütung oder Lohn aus Haushaltsmitteln dieser Stelle beziehen. Ohne mittelbar Beschäftigte (u.a. Universitäten, Landeskrankenhaus).

Schulabschluss

Ausgewiesen wird die Bevölkerung ab 15 Jahren ohne Personen, die sich noch in schulischer Ausbildung befinden oder noch nicht schulpflichtig sind, nach dem jeweils höchsten beruflichen Abschluss. Die Kategorie "mit Berufsabschluss" enthält neben den Personen mit den gesondert aufgeführten Abschlussarten auch Personen, die keine Angaben zur Art des Abschlusses gemacht haben. Die Kategorie "Insgesamt" bzw. "Zusammen" enthält neben den Personen mit Schulabschluss und den Personen ohne Schulabschluss auch diejenigen, die keine Angaben darüber gemacht haben, ob sie überhaupt einen Abschluss besitzen.

Selbstständige und mithelfende Familienangehörige

Zeitlich überwiegend unternehmerisch oder freiberuflich selbstständig tätige Personen. Hierzu gehören tätige Eigentümer/-innen in Einzelunternehmen und Personengesellschaften, Freiberufler/-innen wie Ärzte/-innen, Anwälte/-innen, Steuerberater/-innen, Architekten/-innen, aber auch alle selbstständigen Handwerker, Handels- bzw. Versicherungsvertreter, Lehrer/-innen, Musiker/-innen, Artisten/-innen, Hebammen, Kranken- sowie Altenpfleger/-innen. Zu den mithelfenden Familienangehörigen werden alle Personen gerechnet, die regelmäßig und zeitlich überwiegend unentgeltlich in einem Betrieb mitarbeiten, der von einem Familienmitglied als Selbstständiger geleitet wird.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Arbeitnehmer/-innen, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die Beitragsanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung oder nach dem Recht der Arbeitsförderung zu zahlen sind; dazu gehören insbesondere auch Auszubildende, Altersteilzeitbeschäftigte, Praktikanten/-innen, Werkstudenten/-innen und Personen, die aus einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis zur Ableistung von gesetzlichen Dienstpflichten (z. B. Wehrübung) einberufen werden. Nicht einbezogen sind dagegen Beamte/-innen, Selbstständige, mithelfende Familienangehörige, Berufs- und Zeitsoldaten sowie Wehr- und Zivildienstleistende. Beim Nachweis der Merkmale sind in der jeweiligen Gesamtzahl die Fälle „ohne Angabe“ mit enthalten.

Vollzeitäquivalente

Summe aller Vollzeitbeschäftigten und der jeweils anteiligen Summe der Teilzeitbeschäftigten je nach Beschäftigungsumfang. Durch die damit verbundene Umrechnung der Teilzeitarbeitsverhältnisse stellt sie somit eine fiktive Anzahl an Vollzeitbeschäftigten dar.

Internet

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/erwerbstaetigkeit

Pressemitteilungen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/erwerbstaetigkeit/pressemitteilungen

Statistische Berichte

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/erwerbstaetigkeit/statistische-berichte

Beiträge in den Statistischen Monatsheften

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/erwerbstaetigkeit/monatsheftbeitraege

Karten

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/erwerbstaetigkeit/karten

Übersichtstabellen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/erwerbstaetigkeit/basisdaten-regional

Analysen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/erwerbstaetigkeit/analysen

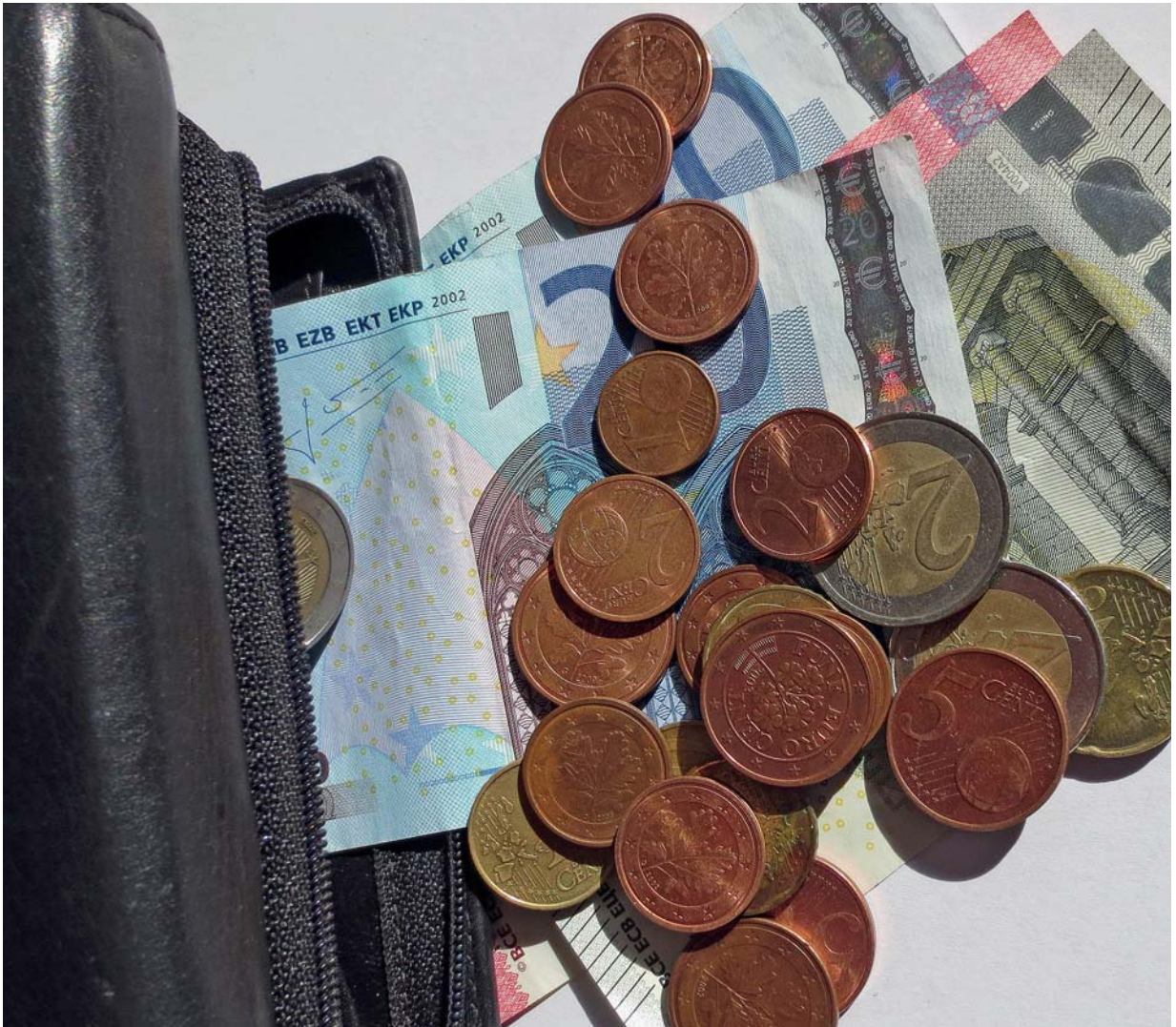
Kurzpräsentationen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/erwerbstaetigkeit/kurzpraesentationen

Gemeinschaftsveröffentlichungen

www.aketr.de

www.statistik-portal.de



13. Verdienste, Arbeitskosten und -zeiten



Inhaltsverzeichnis

Tabellen

T 1:	Ausgewählte Kennzahlen zu den Verdiensten, Arbeitskosten und -zeiten in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1990–2014	424
T 2:	Durchschnittlicher Bruttostundenverdienst und bezahlte Wochenarbeitszeit der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer/-innen 2014 nach Geschlecht und Bundesländern	425
T 3:	Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen 2014 nach Geschlecht und Bundesländern	426
T 4:	Bezahlte Wochenarbeitszeit und Bruttoverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe 2014 nach Geschlecht und ausgewählten Wirtschaftszweigen	427
T 5:	Bezahlte Wochenarbeitszeit und Bruttoverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen in den Dienstleistungsbereichen 2014 nach Geschlecht und ausgewählten Wirtschaftszweigen	428
T 6:	Bezahlte Wochenarbeitszeit und Bruttoverdienst teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe 2014 nach Geschlecht und ausgewählten Wirtschaftszweigen	431
T 7:	Bezahlte Wochenarbeitszeit und Bruttoverdienst teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen in den Dienstleistungsbereichen 2014 nach Geschlecht und ausgewählten Wirtschaftszweigen	432
T 8:	Bruttomonatsvergütung der tariflich Beschäftigten im öffentlichen Dienst in den Ländern im Tarifbereich West ab 1. Januar 2014 und 1. März 2015 nach Entgeltgruppen	433
T 9:	Monatliche Dienstbezüge der Landesbeamten/-innen ab 1. März 2015 nach Besoldungsgruppen	433
T 10:	Bruttomonatsverdienst der Arbeitnehmer/-innen 2010 nach Beschäftigungsumfang, Geschlecht, Altersgruppen, Dauer der Unternehmenszugehörigkeit und Unternehmensgröße	434
T 11:	Beschäftigte mit Niedriglohn 2010 nach Beschäftigungsform, Geschlecht, Altersgruppen, Ausbildung, Art des Arbeitgebers und Betriebsgrößenklassen	435
T 12:	Arbeitskosten je Vollzeiteinheit 2012 nach Wirtschaftsbereichen und Kostenarten	436

Grafiken

G 1:	Reallohn- und Produktivitätsentwicklung in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2010–2014	423
G 2:	Gender Pay Gap 2014 nach Bundesländern	425
G 3:	Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen 2014 nach Bundesländern	426
G 4:	Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen 2014 nach Wirtschaftszweigen und Geschlecht	429
G 5:	Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen 2014 nach Wirtschaftszweigen	430
G 6:	Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen 2014 nach Leistungsgruppen	430
G 7:	Beschäftigte mit Niedriglohn 2010 nach ausgewählten Berufen	435
G 8:	Struktur der Arbeitskosten 2012	436

Metadaten

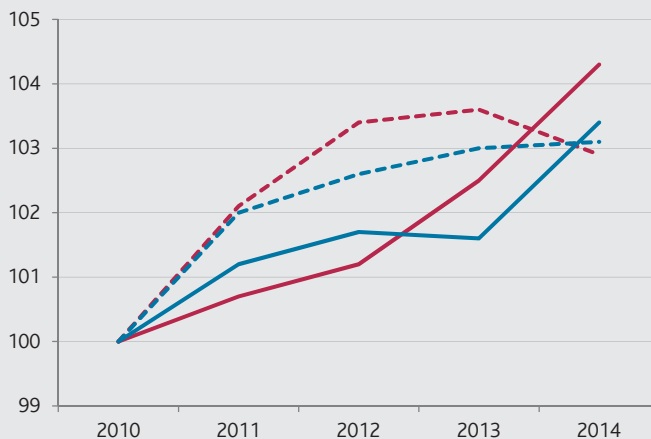
Datenquellen	437
Statistiken	437
Glossar	437
Internet	438

- Die Reallöhne in Rheinland-Pfalz stiegen 2014 um 1,8 Prozent.
- Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst ohne Sonderzahlungen lag für Vollzeitbeschäftigte bei 3 478 Euro. Hinzu kamen durchschnittlich 319 Euro monatlich an Sonderzahlungen.
- Der Gender Pay Gap, der Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern, betrug 22 Prozent.
- Einen geringen Bruttomonatsverdienst gab es im Bereich Verkehr und Lagerei mit 2 748 Euro.
- Einen relativ hohen Verdienst erzielten dagegen Beschäftigte im Bereich Finanz- und Versicherungsdienstleistungen mit 4 902 Euro.
- Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber wendeten 2012 netto durchschnittlich 31,26 Euro für eine geleistete Arbeitsstunde auf.
- Im Produzierenden Gewerbe beliefen sich die Kosten pro geleisteter Arbeitsstunde auf 35,61 Euro, im Dienstleistungsbereich auf 28,92 Euro.

G 1

Reallohn- und Produktivitätsentwicklung in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2010–2014

Messzahl: 2010=100



--- Arbeitsproduktivität Rheinland-Pfalz

--- Arbeitsproduktivität Deutschland

— Reallohnindex Rheinland-Pfalz

— Reallohnindex Deutschland

Die Arbeitsproduktivität berechnet sich als Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet) je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen.

Der Reallohnindex wird als Quotient aus dem Index der Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen (für Vollzeit-, Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte) und dem Verbraucherpreisindex gebildet.

T 1

Ausgewählte Kennzahlen zu den Verdiensten, Arbeitskosten und -zeiten in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1990–2014

Merkmal ¹	Einheit	Rheinland-Pfalz						Deutschland	
Verdienste und Arbeitszeiten ²		1990	2000	2007	2008	2013	2014	2013	2014
Nominallohnindex	2010=100	.	.	93,8	96,4	108,4	111,4	107,4	110,2
Veränderung zum Vorjahr	%	.	.	.	2,8	2,7	2,8	1,4	2,6
Reallohnindex	2010=100	.	.	97,0	97,3	102,5	104,3	101,6	103,4
Veränderung zum Vorjahr	%	.	.	.	0,3	1,3	1,8	-0,1	1,7
Durchschnittliche Bruttojahresverdienste ^{3,5}	EUR	23 961	31 838	39 491	40 648	45 476	45 572	45 523	46 575
Veränderung zum Vorjahr	%	5,5	2,5	.	2,9	3,1	0,2	1,2	2,3
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste ^{4,5}	EUR	.	2 393	3 006	3 089	3 456	3 478	3 449	3 527
Veränderung zum Vorjahr	%	.	2,2	.	2,8	3,0	0,6	1,7	2,3
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste ^{4,5}	EUR	10,24	14,39	17,77	18,26	20,43	20,43	20,31	20,74
Veränderung zum Vorjahr	%	5,1	2,2	.	2,7	2,8	-	1,6	2,1
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Stunden	40,1	38,3	38,9	38,9	38,9	39,2	39,1	39,1
Arbeitskosten ⁶		1992	1996	2000	2004	2008	2012	2008	2012
Bruttoarbeitskosten	EUR	.	45 037	46 094	46 643	48 594	54 380	48 766	52 895
Veränderung zu 2004	%	x	x	x	x	4,2	16,6	3,5	12,2
Nettoarbeitskosten	EUR	.	45 020	46 071	46 524	48 518	54 283	48 676	52 816
Bruttoverdienste	EUR	.	34 001	34 494	34 849	36 773	40 939	37 550	40 644
Veränderung zu 2004	%	x	x	x	x	5,5	17,5	6,5	15,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	EUR	.	9 271	9 311	11 527	11 457	12 995	10 892	11 883
Veränderung zu 2004	%	x	x	x	x	-0,6	12,7	-6,0	2,6
Personalnebenkosten	EUR	.	20 309	21 120	20 010	20 993	23 946	20 734	22 610
Lohnnebenkosten	EUR	11 821	13 441	11 216	12 252
Nachrichtlich: Nettoarbeitskosten je geleistete Stunde	EUR	.	27,02	28,38	26,80	27,79	31,26	28,09	30,70

1 Zur Abgrenzung und zur Periodizität siehe Metadaten. – 2 Bis 2000: Nur Produzierendes Gewerbe; ab 2007 auch Dienstleistungsbereich. – 3 Einschließlich Sonderzahlungen. – 4 Ohne Sonderzahlungen. – 5 Vollzeitbeschäftigte. – 6 Bis 2000: Nur Produzierendes Gewerbe; ab 2004 auch Dienstleistungsbereich.

T 2

Durchschnittlicher Bruttostundenverdienst¹ und bezahlte Wochenarbeitszeit der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer/-innen 2014 nach Geschlecht und Bundesländern

Bundesland	Bruttostundenverdienst				Bezahlte Wochenarbeitszeit			
	insgesamt	Veränderung zu 2013	Frauen	Männer	insgesamt	Veränderung zu 2013	Frauen	Männer
	EUR	%	EUR		Stunden	%	Stunden	
Baden-Württemberg	22,31	1,5	18,48	23,85	38,9	-0,3	38,8	39,0
Bayern	21,66	2,0	18,62	22,90	39,1	0,3	38,9	39,2
Berlin	19,93	2,2	18,60	20,83	39,2	-	39,1	39,2
Brandenburg	16,58	1,7	16,14	16,83	39,7	0,5	39,6	39,8
Bremen	21,76	0,8	18,56	23,08	38,3	-0,3	37,5	38,6
Hamburg	23,25	1,3	20,28	24,77	39,1	0,3	38,9	39,2
Hessen	22,82	2,1	19,98	24,04	39,2	-	39,0	39,3
Mecklenburg-Vorpommern	15,59	1,6	15,09	15,89	39,6	-	39,4	39,6
Niedersachsen	19,77	1,8	17,34	20,70	39,1	-	38,7	39,3
Nordrhein-Westfalen	21,78	2,8	19,22	22,85	39,0	0,3	38,7	39,1
Rheinland-Pfalz	20,43	-	17,97	21,40	39,2	0,8	38,9	39,3
Saarland	20,29	1,8	17,52	21,34	38,9	0,3	38,9	38,9
Sachsen	16,05	2,0	15,28	16,45	39,5	-	39,4	39,6
Sachsen-Anhalt	15,88	2,0	15,33	16,19	39,8	0,3	39,6	39,8
Schleswig-Holstein	19,10	1,8	17,10	19,93	39,4	0,3	39,0	39,6
Thüringen	15,96	4,5	15,71	16,09	39,4	-0,3	39,2	39,5
Deutschland	20,74	2,1	18,18	21,87	39,1	-	38,9	39,2

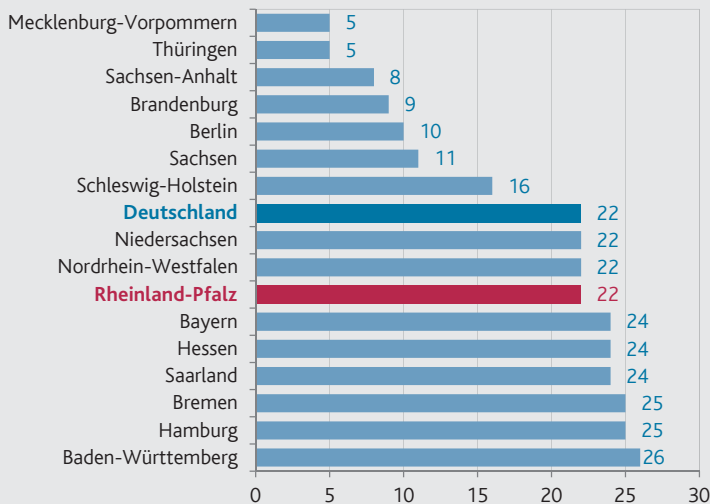
1 Ohne Sonderzahlungen.

13

G 2

Gender Pay Gap 2014 nach Bundesländern

Abstand der Verdienste der Frauen zu den Verdiensten der Männer in %



Der sogenannte Gender Pay Gap, d. h. der prozentuale Unterschied zwischen den durchschnittlichen Stundenverdiensten von Frauen und Männern, lag 2014 in Rheinland-Pfalz bei 22 Prozent.

Als "Equal Pay Day" für das Jahr 2014 wurde der 20. März 2015 berechnet. Dieses Datum markiert den Tag des Jahres, bis zu dem Frauen über den Jahreswechsel hinaus arbeiten müssten, um den gleichen durchschnittlichen Verdienst wie Männer zu erzielen.

T 3

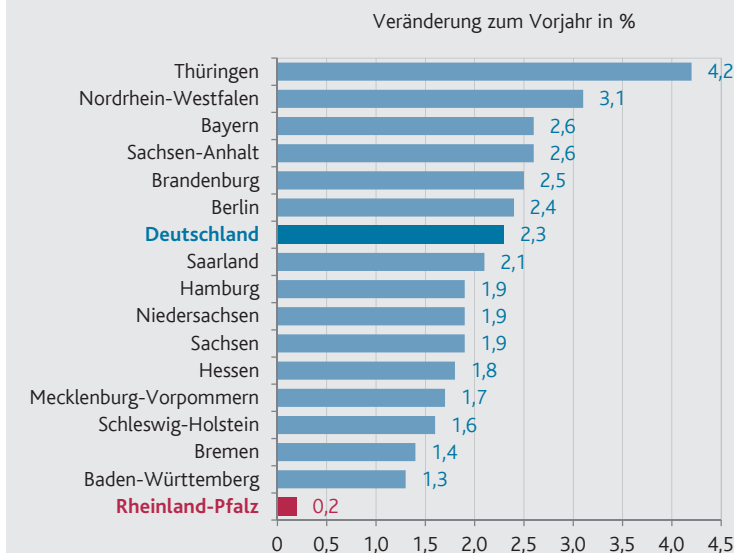
Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen 2014
nach Geschlecht und Bundesländern

Land	Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen					Darunter: Sonderzahlungen		
	insgesamt	Veränderung zu 2013	Frauen	Männer	Anteil Frauen- verdienst	insgesamt	Frauen	Männer
	EUR	%	EUR		%	EUR		
Baden-Württemberg	4 174	1,3	3 375	4 498	75,0	400	263	455
Bayern	4 118	2,6	3 454	4 392	78,6	440	310	493
Berlin	3 696	2,4	3 391	3 905	86,8	306	234	(355)
Brandenburg	3 053	2,5	2 936	3 119	94,1	189	160	206
Bremen	3 979	1,4	3 303	4 265	77,4	(361)	/	396
Hamburg	4 413	1,9	3 736	4 762	78,5	463	312	542
Hessen	4 350	1,8	3 698	4 633	79,8	461	316	524
Mecklenburg-Vorpommern	2 822	1,7	2 719	2 886	94,2	144	136	149
Niedersachsen	3 652	1,9	3 130	3 855	81,2	293	212	324
Nordrhein-Westfalen	4 068	3,1	3 524	4 297	82,0	376	288	414
Rheinland-Pfalz	3 798	0,2	3 266	4 009	81,5	319	231	355
Saarland	3 733	2,1	3 174	3 945	80,5	303	214	337
Sachsen	2 939	1,9	2 765	3 033	91,2	183	149	202
Sachsen-Anhalt	2 914	2,6	2 790	2 985	93,5	170	149	182
Schleswig-Holstein	3 526	1,6	3 102	3 705	83,7	257	205	279
Thüringen	2 901	4,2	2 819	2 945	95,7	167	140	182
Deutschland	3 881	2,3	3 328	4 127	80,6	354	253	399

13

G 3

Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst¹ vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen 2014
nach Bundesländern



Durchschnittlich verdienten Vollzeitbeschäftigte 2014 in Rheinland-Pfalz einschließlich Sonderzahlungen 3 798 Euro. Sie lagen damit 83 Euro unter dem Bundesdurchschnitt. Wesentlich höhere Verdienste erzielten die Beschäftigten in Hamburg mit 4 413 Euro. Am geringsten war der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst mit 2 822 Euro in Mecklenburg-Vorpommern.

Die größten Steigerungen des Monatsgehalts gab es 2014 mit +4,2 Prozent in Thüringen.

¹ Einschließlich Sonderzahlungen.

T 4

Bezahlte Wochenarbeitszeit und Bruttoverdienst¹ vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe 2014 nach Geschlecht und ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Bezahlte Wochen- arbeitszeit	Bruttostundenverdienst		Bruttomonatsverdienst		Bruttojahresverdienst	
		insgesamt	Veränderung zu 2013	insgesamt	Veränderung zu 2013	insgesamt	Veränderung zu 2013
	Stunden	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Produzierendes Gewerbe	38,5	24,94	1,5	4 175	2,4	50 101	2,4
Frauen	38,0	21,95	3,6	3 621	4,1	43 450	4,0
Männer	38,6	25,45	1,2	4 271	2,1	51 256	2,1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	41,4	22,24	-0,4	4 001	2,6	48 010	2,6
Frauen	38,6	21,94	2,7	3 682	2,6	44 178	2,5
Männer	41,8	22,28	-0,7	4 045	2,6	48 535	2,6
Verarbeitendes Gewerbe	38,3	26,15	1,8	4 353	2,5	52 237	2,5
Frauen	37,8	22,07	3,3	3 628	3,7	43 534	3,7
Männer	38,4	26,93	1,5	4 495	2,3	53 940	2,3
darunter							
Chemische Industrie	38,0	35,65	2,1	5 879	3,0	70 547	3,0
Frauen	38,3	30,16	1,6	5 016	2,4	60 187	2,4
Männer	37,9	36,67	2,0	6 038	3,0	72 452	3,0
Maschinenbau	38,7	25,63	-2,1	4 309	1,4	51 714	1,4
Frauen	37,6	22,84	0,7	3 732	3,2	44 790	3,2
Männer	38,8	25,92	-2,5	4 370	1,0	52 437	1,0
Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie	36,9	28,33	1,9	4 547	2,4	54 564	2,4
Frauen	36,6	25,53	3,9	4 056	4,3	48 671	4,3
Männer	37,0	28,61	1,6	4 597	2,1	55 160	2,1
Energieversorgung	38,7	(29,97)	(0,3)	(5 040)	(1,7)	(60 485)	(1,7)
Frauen	38,4	25,61	7,1	4 278	9,6	51 341	9,7
Männer	38,8	(31,31)	(-0,2)	(5 277)	(1,0)	(63 325)	(1,0)
Wasserversorgung und Entsorgung	40,0	19,97	8,1	3 473	8,3	41 681	8,3
Frauen	39,2	(20,63)	/	(3 510)	(11,9)	(42 126)	(11,9)
Männer	40,1	(19,89)	(7,7)	3 469	8,0	41 630	8,0
Baugewerbe	39,3	19,09	1,8	3 257	3,2	39 083	3,2
Frauen	39,2	(19,17)	(3,8)	(3 262)	(3,5)	(39 139)	(3,5)
Männer	39,3	19,08	1,6	3 257	3,2	39 079	3,2
Nachrichtlich:							
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereiche zusammen	39,2	22,31	-0,4	3 798	0,2	45 572	0,2
Frauen	38,9	19,34	-0,4	3 266	-0,1	39 192	-0,1
Männer	39,3	23,48	-0,6	4 009	0,1	48 106	0,1

1 Einschließlich Sonderzahlungen.

T 5

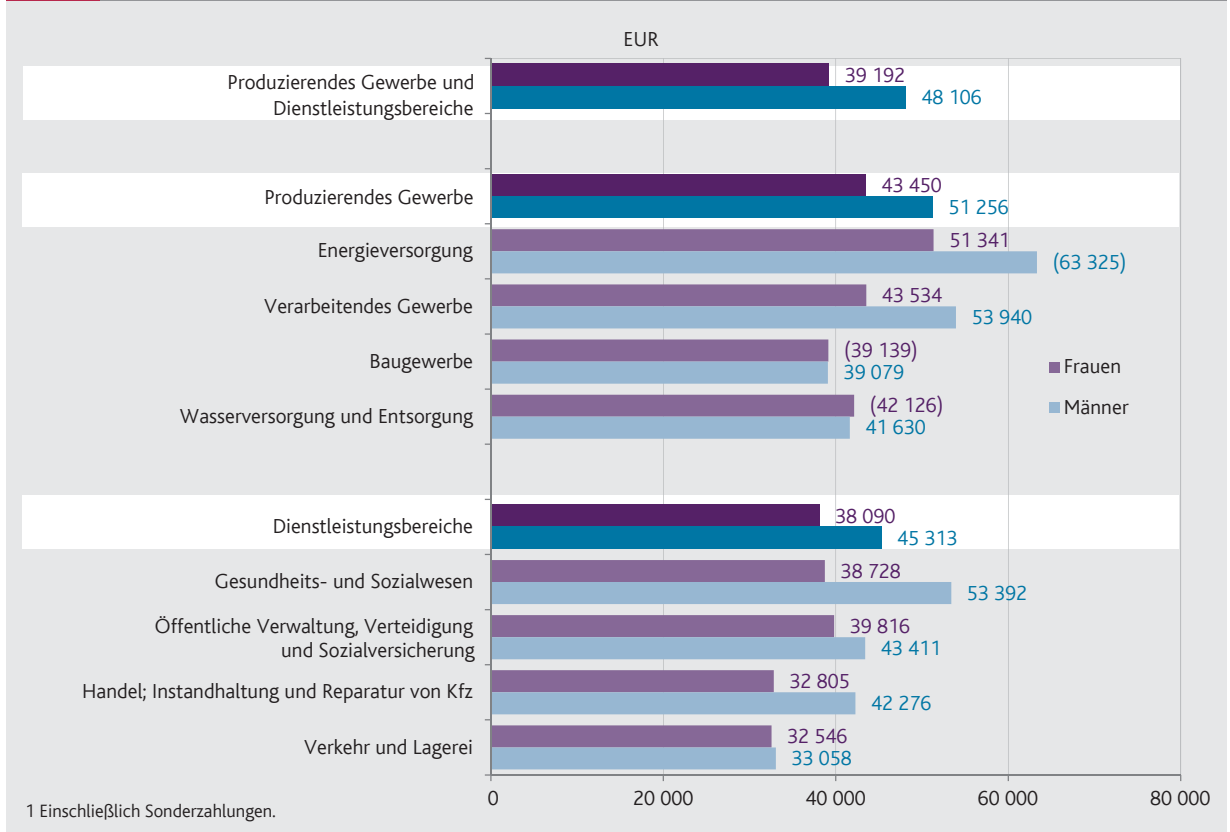
Bezahlte Wochenarbeitszeit und Bruttoverdienst¹ vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen in den Dienstleistungsbereichen 2014 nach Geschlecht und ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Bezahlte Wochen- arbeitszeit	Bruttostundenverdienst		Bruttomonatsverdienst		Bruttojahresverdienst	
		insgesamt	Veränderung zu 2013	insgesamt	Veränderung zu 2013	insgesamt	Veränderung zu 2013
	Stunden	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Dienstleistungsbereiche	39,6	20,64	-1,7	3 551	-1,2	42 618	-1,2
Frauen	39,1	18,68	-1,5	3 174	-1,2	38 090	-1,2
Männer	39,9	21,78	-2,1	3 776	-1,6	45 313	-1,6
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	39,6	19,01	-8,5	3 275	-7,4	39 300	-7,4
Frauen	38,7	16,28	-13,8	2 734	-13,5	32 805	-13,5
Männer	40,1	20,22	-7,0	3 523	-5,6	42 276	-5,6
Verkehr und Lagerei	41,2	15,35	-7,5	2 748	-7,7	32 982	-7,7
Frauen	39,6	15,78	-7,8	2 712	-7,6	32 546	-7,6
Männer	41,5	15,28	-7,5	2 755	-7,7	33 058	-7,7
Erbringung von Finanz- und Versicherungs- dienstleistungen	38,7	29,17	-	4 902	-0,1	58 827	-0,1
Frauen	38,4	24,07	0,7	4 020	0,3	48 245	0,3
Männer	38,8	32,26	-0,9	5 441	-0,8	65 289	-0,8
Erbringung von freiberuflichen, wissen- schaftlichen und technischen Dienstleistungen	39,4	28,15	2,4	4 823	3,3	57 870	3,3
Frauen	38,8	21,02	3,2	3 547	3,2	42 565	3,2
Männer	39,8	32,43	2,7	5 605	4,0	67 265	4,0
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung	39,8	20,43	2,5	3 536	2,5	42 438	2,5
Frauen	39,4	19,37	2,9	3 318	2,9	39 816	2,9
Männer	40,0	20,83	2,4	3 618	2,4	43 411	2,4
Gesundheits- und Sozialwesen	39,7	21,40	-0,1	3 693	0,4	44 320	0,4
Frauen	39,4	18,85	-0,5	3 227	-0,1	38 728	-0,1
Männer	40,2	25,46	-2,1	4 449	-1,6	53 392	-1,6
Erziehung und Unterricht	39,6	24,01	0,7	4 132	0,7	49 584	0,7
Frauen	39,5	22,37	1,0	3 840	0,9	46 083	0,9
Männer	39,7	26,02	0,4	4 490	0,4	53 882	0,4
Nachrichtlich:							
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereiche zusammen	39,2	22,31	-0,4	3 798	0,2	45 572	0,2
Frauen	38,9	19,34	-0,4	3 266	-0,1	39 192	-0,1
Männer	39,3	23,48	-0,6	4 009	0,1	48 106	0,1

¹ Einschließlich Sonderzahlungen.

G 4

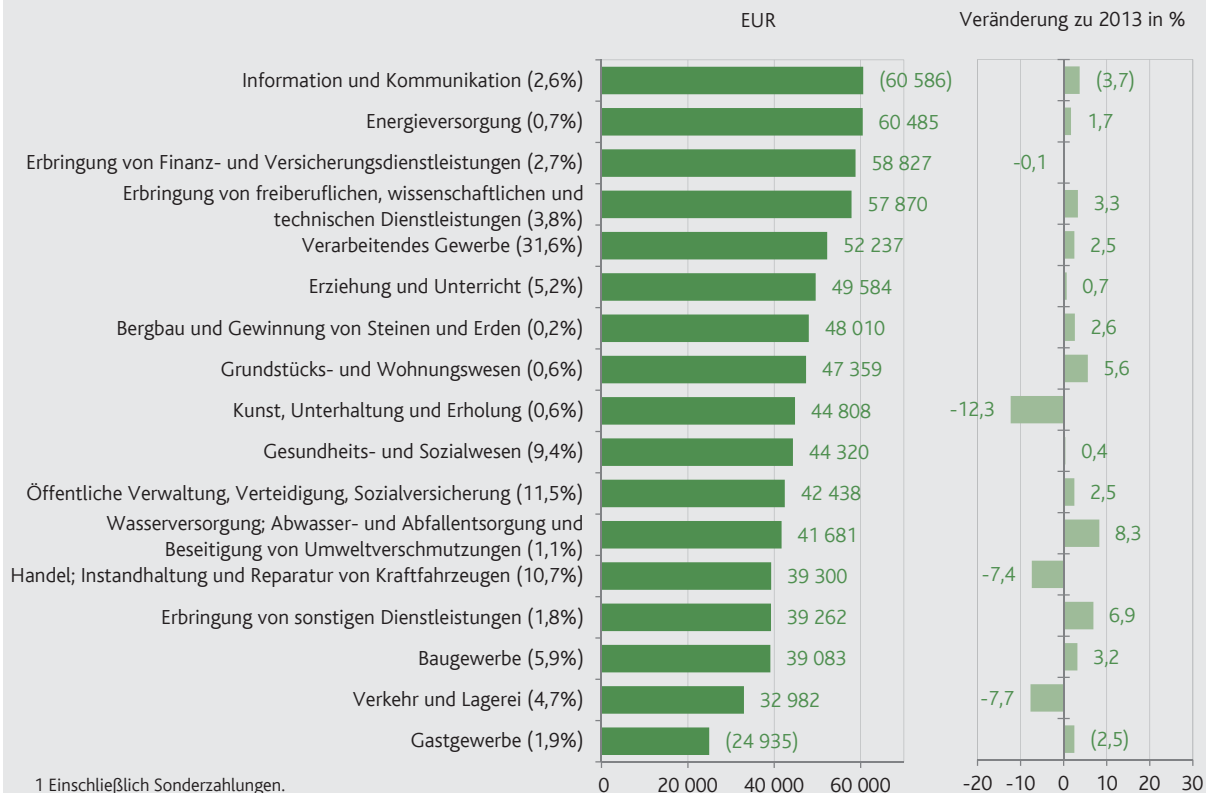
Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst¹ vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen 2014
nach Wirtschaftszweigen und Geschlecht



13

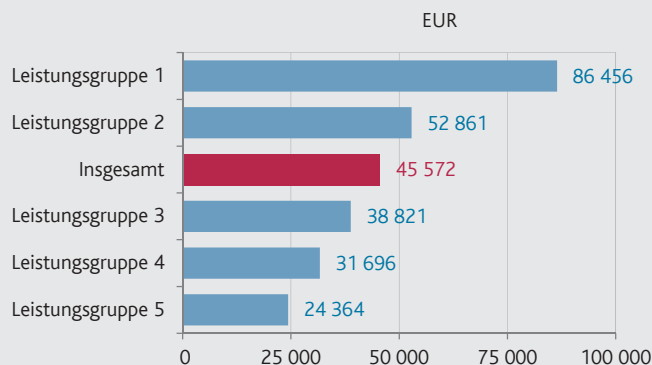
G 5

Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst¹ vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen 2014
nach Wirtschaftszweigen



G 6

Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst¹ vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen 2014
nach Leistungsgruppen



Leistungsgruppen stellen eine Kategorisierung der Tätigkeiten nach der Qualifikation dar:

- 1: Leitende Stellung
- 2: Sehr schwierige bis komplexe oder vielgestaltige Tätigkeiten
- 3: Schwierige Fachtätigkeiten
- 4: Angelernte mit überwiegend einfachen Tätigkeiten
- 5: Ungelernte mit einfachen, schematischen Tätigkeiten

T 6

Bezahlte Wochenarbeitszeit und Bruttoverdienst¹ teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe 2014 nach Geschlecht und ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Bezahlte Wochen- arbeitszeit	Bruttostundenverdienst		Bruttomonatsverdienst		Bruttojahresverdienst	
		insgesamt	Veränderung zu 2013	insgesamt	Veränderung zu 2013	insgesamt	Veränderung zu 2013
		Stunden	EUR	%	EUR	%	EUR
Produzierendes Gewerbe	24,4	20,63	1,8	2 186	2,5	26 229	2,5
Frauen	23,9	20,18	3,0	2 099	3,7	25 192	3,7
Männer	26,0	(22,21)	(-3,0)	(2 511)	(-2,9)	(30 136)	(-2,9)
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	23,1	20,73	3,2	2 080	12,7	24 965	12,7
Frauen	23,1	20,83	1,6	2 090	8,6	25 085	8,6
Männer	23,1	19,60	14,1	1 968	43,0	23 618	43,0
Verarbeitendes Gewerbe	25,5	21,67	2,8	2 397	3,2	28 763	3,2
Frauen	25,0	20,58	2,6	2 234	3,3	26 803	3,3
Männer	27,7	26,24	3,2	3 159	2,5	37 909	2,5
darunter:							
Chemische Industrie	26,5	34,95	4,6	4 019	5,3	48 230	5,3
Frauen	24,7	34,13	4,5	3 666	4,9	43 987	4,9
Männer
Maschinenbau	24,6	19,80	-6,8	2 119	-7,8	25 426	-7,8
Frauen	24,4	19,89	-6,1	2 108	-8,3	25 291	-8,4
Männer	25,9	19,36	-10,4	2 183	-4,7	26 197	-4,7
Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie	26,0	26,59	4,4	3 001	4,0	36 017	4,0
Frauen	24,3	26,14	(4,5)	2 761	4,0	33 134	4,0
Männer	29,3	27,32	4,6	3 476	5,2	41 707	5,2
Energieversorgung	25,0	(24,48)	(7,4)	(2 663)	(11,5)	(31 953)	(11,5)
Frauen	24,5	(23,98)	(6,0)	(2 554)	(9,6)	(30 649)	(9,6)
Männer	32,3	/	/	/	/	/	/
Wasserversorgung und Entsorgung	22,1	(20,45)	(16,1)	(1 960)	(27,9)	(23 521)	(27,9)
Frauen	(21,8)	(20,52)	(17,2)	(1 944)	(27,2)	(23 324)	(27,2)
Männer	/	/	/	/	/	/	/
Baugewerbe	(20,1)	(14,28)	(-4,2)	1 245	0,3	14 937	0,3
Frauen	(18,3)	15,60	0,4	(1 241)	(0,1)	(14 896)	(0,1)
Männer	(22,7)	(12,67)	(-7,1)	(1 250)	(0,6)	(14 998)	(0,6)

1 Einschließlich Sonderzahlungen.

T 7

Bezahlte Wochenarbeitszeit und Bruttoverdienst¹ teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen in den Dienstleistungsbereichen 2014 nach Geschlecht und ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Bezahlte Wochen- arbeitszeit	Bruttostundenverdienst		Bruttomonatsverdienst		Bruttojahresverdienst	
		insgesamt	Veränderung zu 2013	insgesamt	Veränderung zu 2013	insgesamt	Veränderung zu 2013
	Stunden	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Dienstleistungsbereiche	23,7	17,59	0,4	1 810	0,8	21 722	0,8
Frauen	23,6	17,62	0,4	1 806	0,9	21 667	0,9
Männer	24,4	17,37	-	1 844	0,1	22 125	0,1
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	23,9	15,11	0,7	1 568	-1,1	18 816	-1,1
Frauen	23,8	15,10	0,2	1 564	-1,1	18 772	-1,1
Männer	(24,3)	(15,20)	(7,2)	/	/	/	/
Verkehr und Lagerei	21,8	13,50	2,0	1 278	-1,9	15 333	-1,9
Frauen	20,6	14,69	3,7	1 315	-0,6	15 786	-0,6
Männer	23,6	11,88	-2,1	(1 219)	(-4,4)	(14 632)	(-4,4)
Erbringung von Finanz- und Versicherungs- dienstleistungen	23,4	23,15	-0,1	2 350	3,1	28 206	3,1
Frauen	23,2	22,98	-	2 318	3,2	27 816	3,2
Männer	26,6	26,33	-3,1	3 049	-4,0	36 584	-4,0
Erbringung von freiberuflichen, wissen- schaftlichen und technischen Dienstleistungen	24,1	19,10	-0,5	2 000	1,4	24 004	1,4
Frauen	24,3	18,96	0,1	2 001	2,5	24 013	2,5
Männer	22,5	/	/	/	/	/	/
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung	23,1	19,96	3,2	2 005	3,9	24 065	3,9
Frauen	22,9	19,89	3,2	1 975	3,8	23 704	3,8
Männer	26,0	20,63	3,4	2 333	4,5	27 997	4,5
Gesundheits- und Sozialwesen	24,1	18,32	-0,2	1 915	0,3	22 981	0,3
Frauen	23,9	17,95	-0,7	1 868	0,1	22 414	0,1
Männer	25,3	22,19	5,1	2 439	3,2	29 273	3,2
Erziehung und Unterricht	23,0	21,08	1,7	2 109	2,0	25 303	2,0
Frauen	23,2	20,93	1,6	2 111	1,7	25 331	1,7
Männer	21,7	22,24	2,8	2 093	4,0	25 111	4,0

¹ Einschließlich Sonderzahlungen.

T 8

Bruttomonatsvergütung der tariflich Beschäftigten im öffentlichen Dienst in den Ländern¹ im Tarifbereich West ab 1. Januar 2014 und ab 1. März 2015 nach Entgeltgruppen

Entgeltgruppe	Ab 01.01.2014		Ab 01.03.2015			
	Grundentgelt	Endstufe	Grundentgelt	Endstufe	Veränderung zu	
					2013	2014
	EUR				%	
1	1 573,13	1 755,42	1 606,17	1 792,28	5,1	2,1
2	1 766,81	2 336,47	1 803,91	2 385,54	5,1	2,1
3	1 914,92	2 404,82	1 955,13	2 455,32	5,1	2,1
4	1 943,40	2 507,36	1 984,21	2 560,01	5,1	2,1
5	2 045,94	2 626,99	2 088,90	2 682,16	5,1	2,1
6	2 137,09	2 746,61	2 181,97	2 804,29	5,1	2,1
7	2 176,96	2 849,15	2 222,68	2 908,98	5,1	2,1
8	2 325,07	2 991,58	2 373,90	3 054,40	5,1	2,1
9	2 484,57	3 561,24	2 536,75	3 636,03	5,1	2,1
10	2 809,29	4 028,36	2 868,29	4 112,96	5,1	2,1
11	2 917,52	4 330,27	2 978,79	4 421,21	5,1	2,1
12	3 020,06	4 757,50	3 083,48	4 857,41	5,1	2,1
13	3 367,56	4 860,04	3 438,28	4 962,10	5,1	2,1
14	3 652,39	5 179,05	3 729,09	5 287,81	5,1	2,1
15	4 034,04	5 668,97	4 118,75	5 788,02	5,1	2,1

1 Diese Regelung gilt nicht für Berlin und Hessen.

13

T 9

Monatliche Dienstbezüge der Landesbeamten/-innen ab 1. März 2015¹ nach Besoldungsgruppen

Besoldungsgruppe	Niedrigste Dienstaltersstufe			Höchste Dienstaltersstufe		
	Ledige	Verheiratete	Veränderung zu 2014	Ledige	Verheiratete	Veränderung zu 2014
	EUR		%	EUR		%
Einfacher Dienst						
A 3	1 931,77	1 994,27	2,1	2 343,78	2 406,28	2,1
A 4	1 973,81	2 036,31	2,1	2 458,77	2 521,27	2,1
Mittlerer Dienst						
A 5	1 989,10	2 051,60	2,1	2 486,57	2 549,07	2,1
A 6	2 034,29	2 096,79	2,1	2 583,08	2 645,58	2,1
A 7	2 091,25	2 153,75	2,1	2 663,65	2 726,15	2,1
A 8	2 217,21	2 279,71	2,1	2 901,84	2 964,34	2,1
Gehobener Dienst						
A 9	2 320,69	2 383,19	2,1	3 054,50	3 117,00	2,1
A 10	2 462,12	2 524,62	2,1	3 384,89	3 447,39	2,1
A 11	2 831,39	2 893,89	2,1	3 776,95	3 839,45	2,1
A 12	3 041,65	3 104,15	2,1	4 169,00	4 231,50	2,1
Höherer Dienst						
A 13	3 418,06	3 480,56	2,1	4 635,43	4 697,93	2,1
A 14	3 555,59	3 618,09	2,1	5 134,24	5 196,74	2,1
A 15	4 615,76	4 678,26	2,1	5 799,13	5 861,63	2,1
A 16	5 093,29	5 155,79	2,1	6 461,91	6 524,41	2,1

1 Ohne allgemeine Stellenzulage, ohne Kinderzuschlag.

T 10

Bruttomonatsverdienst der Arbeitnehmer/-innen 2010 nach Beschäftigungsumfang, Geschlecht, Altersgruppe, Dauer der Unternehmenszugehörigkeit und Unternehmensgröße

Merkmal	Vollzeit			Teilzeit		
	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer
	EUR					
Altersgruppe						
unter 20 Jahre	1 738	1 739	1 736	(830)	/	/
20 – 25 Jahre	2 118	2 033	2 180	1 108	1 182	948
25 – 30 Jahre	2 531	2 482	2 561	1 336	1 363	1 263
30 – 35 Jahre	2 961	2 819	3 021	1 450	1 436	1 531
35 – 40 Jahre	3 239	3 002	3 312	1 504	1 466	1 810
40 – 45 Jahre	3 428	2 950	3 583	1 593	1 557	1 938
45 – 50 Jahre	3 453	2 961	3 615	1 565	1 537	1 846
50 – 55 Jahre	3 433	2 841	3 649	1 625	1 583	2 043
55 – 60 Jahre	3 358	2 827	3 534	1 525	1 506	1 690
60 – 65 Jahre	3 502	2 769	3 701	1 371	1 336	1 539
65 Jahre und älter	/	.	/	(1 146)	(938)	/
Unternehmenszugehörigkeit						
unter 1 Jahr	2 377	2 174	2 447	1 097	1 124	(1 031)
1 – 2 Jahre	2 846	2 504	3 009	1 237	1 231	1 263
3 – 5 Jahre	2 859	2 510	3 013	1 393	1 374	(1 503)
6 – 10 Jahre	3 178	2 755	3 370	1 521	1 494	(1 732)
11 – 15 Jahre	3 361	2 836	3 555	1 650	1 605	(2 047)
16 – 20 Jahre	3 523	3 047	3 698	1 735	1 679	(2 295)
21 – 25 Jahre	3 741	3 225	3 879	1 769	1 705	2 505
26 – 30 Jahre	3 647	3 323	3 747	1 779	1 732	(2 313)
31 Jahre und mehr	3 469	2 969	3 635	1 603	1 578	1 905
Unternehmensgröße (Zahl der Mitarbeiter/-innen)						
10 – 19	2 828	2 434	2 951	1 400	1 411	(1 329)
20 – 49	2 730	2 328	2 873	1 325	1 328	(1 307)
50 – 99	2 895	2 401	3 072	1 484	1 465	(1 594)
100 – 249	2 948	2 479	3 119	1 423	1 401	/
250 – 499	3 292	2 781	3 502	1 439	1 406	(1 652)
500 – 999	3 459	2 954	3 651	1 622	1 634	(1 525)
1 000 und mehr	3 643	3 205	3 841	1 674	1 647	1 867
Insgesamt	3 176	2 745	3 343	1 512	1 497	1 608

T 11

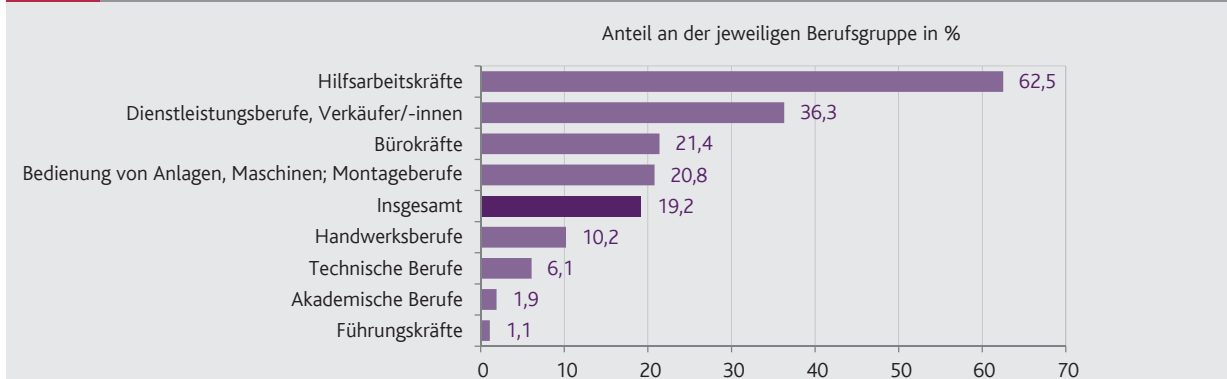
Beschäftigte mit Niedriglohn 2010 nach Beschäftigungsform, Geschlecht, Altersgruppen, Ausbildung, Art des Arbeitgebers und Betriebsgrößenklassen

Merkmal	Insgesamt	Normalarbeits- verhältnis	Atypisch Beschäftigte	Und zwar		
				Teilzeitbe- schäftigte	befristet Beschäftigte	geringfügig Beschäftigte
Insgesamt	19,2	7,5	49,0	16,3	27,9	88,2
Frauen	26,1	12,0	45,7	14,5	29,7	88,7
Männer	13,6	4,9	55,4	33,3	26,3	87,1
Altersgruppe						
15 – 25 Jahre	50,5	24,7	69,7	/	44,6	90,4
25 – 35 Jahre	19,5	8,8	42,0	21,4	17,4	86,0
35 – 45 Jahre	14,3	5,8	39,6	10,8	24,0	87,1
45 – 55 Jahre	15,1	5,9	46,6	15,3	31,4	89,6
55 – 65 Jahre	19,8	7,2	56,4	19,0	/	87,0
Ausbildung						
ohne anerkannte Berufsausbildung	53,8	22,2	78,4	38,9	54,2	91,0
mit Berufsausbildung	13,8	7,0	36,1	12,6	28,8	83,7
mit Hochschulabschluss	1,0	0,2	5,4	1,4	3,4	/
Betriebsgröße (Zahl der Mitarbeiter/-innen)						
unter 50	28,4	15,3	58,5	25,0	/	83,6
50 – 250	28,6	11,7	64,8	27,0	41,4	91,7
250 – 500	22,4	6,1	55,6	/	/	/
500 – 1 000	12,3	5,2	38,6	/	/	/
1 000 und mehr	6,0	0,8	22,8	5,7	15,1	84,5
Arbeitgeber						
Privatwirtschaft	23,7	9,7	58,6	22,8	36,2	88,6
Öffentlicher Bereich	5,1	0,7	17,0	3,6	15,3	82,4

13

G 7

Beschäftigte mit Niedriglohn 2010 nach ausgewählten Berufen

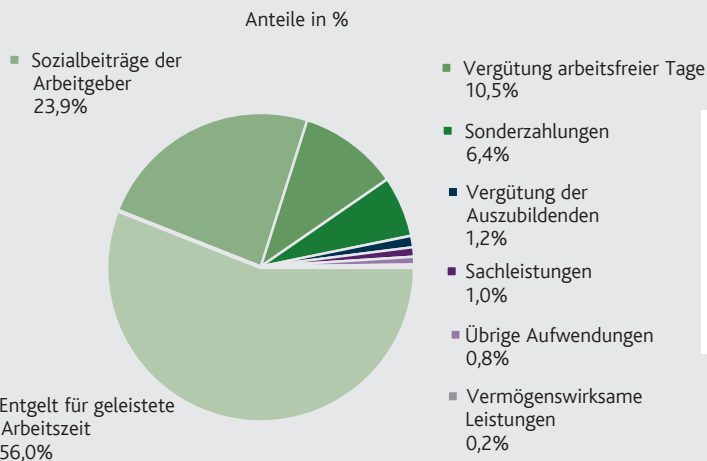


T 12 Arbeitskosten je Vollzeiteinheit 2012 nach Wirtschaftsbereichen und Kostenarten

Kostenart	Insgesamt			Produzierendes Gewerbe			Dienstleistungsbereiche		
	EUR	Anteil an insgesamt	Veränderung zu 2008	EUR	Anteil an insgesamt	Veränderung zu 2008	EUR	Anteil an insgesamt	Veränderung zu 2008
		%			%			%	
Bruttoarbeitskosten insgesamt	54 380	100	11,9	60 873	100	12,2	50 796	100	11,4
Bruttoverdienste	40 939	75,3	11,3	46 103	75,7	11,2	38 088	75,0	11,1
Bruttoverdienste (ohne Auszubildende)	40 294	74,1	11,4	45 574	74,9	11,3	37 380	73,6	11,1
Entgelt für die geleistete Arbeitszeit	30 434	56,0	10,3	32 989	54,2	9,6	29 024	57,1	10,5
Vergütung für nicht gearbeitete Tage	5 718	10,5	12,4	6 229	10,2	8,5	5 435	10,7	14,7
Sonderzahlungen	3 486	6,4	15,7	5 308	8,7	19,3	2 480	4,9	10,3
Sachleistungen	549	1,0	62,4	911	1,5	99,3	(348)	(0,7)	(26,5)
Leistungen zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer	108	0,2	-20,6	136	0,2	-32,0	93	0,2	-7,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	12 995	23,9	13,4	14 132	23,2	15,3	12 367	24,4	12,1
übrige Aufwendungen ¹	446	0,8	22,2	639	1,0	23,4	(340)	(0,7)	(20,1)
Nettoarbeitskosten (Bruttoarbeitskosten abzüglich Lohnsubventionen)	54 283	99,8	11,9	60 817	99,9	12,2	50 676	99,8	11,4
Nachrichtlich:									
Personalnebenkosten	23 946	44,0	14,1	27 884	45,8	15,5	21 772	42,9	12,7
Lohnnebenkosten	13 441	24,7	13,7	14 771	24,3	15,6	12 707	25,0	12,3
Nettoarbeitskosten je geleistete Stunde (einschließlich Auszubildende)	31,26	x	12,5	35,61	x	12,7	28,92	x	12,0

1 Aufwände des Arbeitgebers für Aus- und Weiterbildung, Anwerbungskosten, Berufskleidung, Ausgleichsabgabe nach Schwerbehindertenrecht.

G 8 Struktur der Arbeitskosten 2012



Im Jahr 2012 wendeten die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber netto durchschnittlich 31,26 Euro pro geleistete Arbeitsstunde auf. Davon waren 56 Prozent Entgelt für die geleistete Arbeitszeit. Auf Sozialbeiträge der Arbeitgeber entfielen knapp 24 Prozent und auf die Vergütung für arbeitsfreie Tage gut zehn Prozent.

Datenquellen

Statistik	Tabelle	Grafik	Karten	Übersicht
Verdienststrukturerhebung	T 10 bis T 11	G 2, G 7	-	-
Erhebung über die Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	T 1, T 12	G 8	-	-
Vierteljährliche Verdiensterhebung	T 1 bis T 7	G 1, G 3 bis G 6	-	-
Bundesbesoldungsgesetz	T 9	-	-	-
Entgelttarifvertrag für die Arbeitnehmer/-innen im Bereich der Länder (TV-L)	T 8	-	-	-

Statistiken

In der **Verdienststrukturerhebung** werden alle vier Jahre bei Betrieben und Unternehmen Daten zur Anzahl und zu den Verdiensten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erfasst. Diese sind untergliedert nach Wirtschaftszweigen, Unternehmensgröße und Tarifbindung. Zudem werden persönliche sowie mit dem Arbeitsplatz verbundene Angaben wie Geschlecht, Alter, Ausbildung, Beruf, Leistungsgruppe, Art der Beschäftigung, Arbeitszeit und Unternehmenszugehörigkeit erhoben. Die Verdienststrukturerhebung ermöglicht Aussagen über die Verteilung der Arbeitnehmerverdienste sowie über den Einfluss wichtiger, die individuelle Verdiensthöhe bestimmender Faktoren.

Die Erhebung der Struktur der Arbeitskosten (**Arbeitskostenerhebung**) wird im Abstand von vier Jahren durchgeführt. Die Arbeitskostenerhebung gibt Auskunft über die Höhe und die strukturelle Zusammensetzung der gesamten Kosten des Produktionsfaktors Arbeit. Die Erhebung bildet die Arbeitskosten und Arbeitszeiten in den Betrieben und Unternehmen ab, insbesondere über die Kostenbestandteile, die über die Bruttoverdienste hinausgehen, wie die Sozialleistungen der Arbeitgeber. Sie wird seit 1958 durchgeführt. Im Jahr 2012 wurden in Rheinland-Pfalz rund 1750 Unternehmen befragt. Die Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung 2008 können nicht mit denen früherer Jahre verglichen werden, da erstmals den internationalen Standards entsprechend auch Auszubildende und

Lohnsubventionen einbezogen wurden. Die Arbeitskostenerhebung erfasst nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 Arbeitskosten für alle Branchen der Wirtschaft mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei und Fischzucht. Für einzelne Wirtschaftsbereiche wurden Ergebnisse durch Schätzungen auf Grundlage der auf Personendaten basierenden Personalstandstatistik ermittelt.

Im Rahmen der **Vierteljährlichen Verdiensterhebung** werden in Rheinland-Pfalz gut 2200 Betriebe (ab fünf bzw. zehn Beschäftigten) aus dem Produzierenden Gewerbe und dem Dienstleistungsbereich befragt. Deutschlandweit sind rund 40500 Betriebe in die Vierteljährliche Verdiensterhebung einbezogen. In der Vierteljährlichen Verdiensterhebung werden die Zahl der vollzeit-, teilzeit- und geringfügig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die jeweiligen Bruttoverdienstsummen erfasst. Außerdem werden die Arbeitsstunden für Voll- und Teilzeitbeschäftigte erhoben. Beamtinnen und Beamte der Wirtschaftsabschnitte O "Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung" und P „Erziehung und Unterricht“ werden ebenfalls einbezogen. Das Ziel der Erhebung ist die Gewinnung zuverlässiger Daten über das Niveau und die kurzfristige Veränderung der Bruttoverdienste von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Glossar

Bundesbesoldungsgesetz

Das Bundesbesoldungsgesetz regelt die Dienstbezüge für die Bediensteten des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der sonstigen Selbstverwaltungskörperschaften.

Bruttoverdienste

Zu den Bruttoverdiensten zählen das Entgelt für die geleistete Arbeitszeit, Sonderzahlungen, vermögenswirksame Leistungen,

Vergütung für nicht gearbeitete Tage sowie Sachleistungen. Die Bruttoverdienste der Auszubildenden werden getrennt von den Bruttoverdiensten aller anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfasst.

Entgelttarifvertrag für die Arbeitnehmer/-innen im Bereich der Länder (TV-L)

Ausführliche Informationen zum TV-L finden sich in der Tarifiedatenbank auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes.

Metadaten

Lohnnebenkosten

Arbeitskosten abzüglich der Bruttoverdienste.

Personalnebenkosten

Arbeitskosten abzüglich des Entgelts für die geleistete Arbeitszeit.

Reallohnindex

Quotient aus dem Index der Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen (für Vollzeit-, Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte) und dem Verbraucherpreisindex. Der Verbraucherpreisindex wird monatlich, der Index der Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen vierteljährlich berechnet. Um ebenfalls Quartalsdurchschnitte für den Verbraucherpreisindex zu erhalten, wird zunächst das arithmetische Mittel des Verbraucherpreisindex für die drei Monate eines jeweiligen Quartals berechnet.

Sozialbeiträge der Arbeitgeber

Die Sozialbeiträge der Arbeitgeber sind alle Aufwendungen der Arbeitgeber, um ihren Arbeitnehmer/-innen Anspruch auf Sozialleistungen zu sichern. Zu dieser Kostenart zählen die tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträge sowie die Sozialbeiträge der Arbeitgeber für Auszubildende.

Vollzeiteinheit

Vollzeiteinheiten sind alle Vollzeitbeschäftigten sowie die entsprechend ihrer Arbeitszeit in Vollzeitarbeitsplätze umgerechneten Teilzeitbeschäftigten und geringfügig Beschäftigten.

Internet

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/verdienste-und-arbeitskosten

Pressemitteilungen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/verdienste-und-arbeitskosten/pressemitteilungen

Statistische Berichte

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/verdienste-und-arbeitskosten/statistische-berichte

Beiträge in den Statistischen Monatsheften

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/verdienste-und-arbeitskosten/monatsheftbeitraege/

Analysen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/verdienste-und-arbeitskosten/analysen

Kurzpräsentationen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/verdienste-und-arbeitskosten/kurzpraesentationen

Gemeinschaftsveröffentlichungen

www.statistik-portal.de



14. Preise



Inhaltsverzeichnis

Tabellen

T 1: Ausgewählte Kennzahlen zur Preisentwicklung in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1995–2014	442
T 2: Gesamtlebenshaltung sowie ausgewählte Güter- und Dienstleistungsgruppen 2014 nach Bundesländern	443
T 3: Ausgewählte Preisindizes für Deutschland 2006–2014	444
T 4: Verbraucherpreisindizes ausgewählter Güter- und Dienstleistungsgruppen 2004–2014 nach Jahren und Monaten	446
T 5: Kaufwerte für Bauland 2014 nach Verwaltungsbezirken	448
T 6: Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke 2014 nach Verwaltungsbezirken	450

Grafiken

G 1: Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2014 nach Monaten	441
G 2: Gesamtlebenshaltung 2014 nach Bundesländern	443
G 3: Verbraucherpreisindex 2014 nach Güter- und Dienstleistungsgruppen	445
G 4: Durchschnittliche Jahresteuersraten in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2004–2014	445
G 5: Durchschnittliche Kaufwerte für baureifes Land in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2004–2014	447
G 6: Durchschnittliche Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2004–2014	447

Übersichten

Ü 1: Wägungsschema des Verbraucherpreisindex (Wägungsanteile)	452
---	-----

Karten

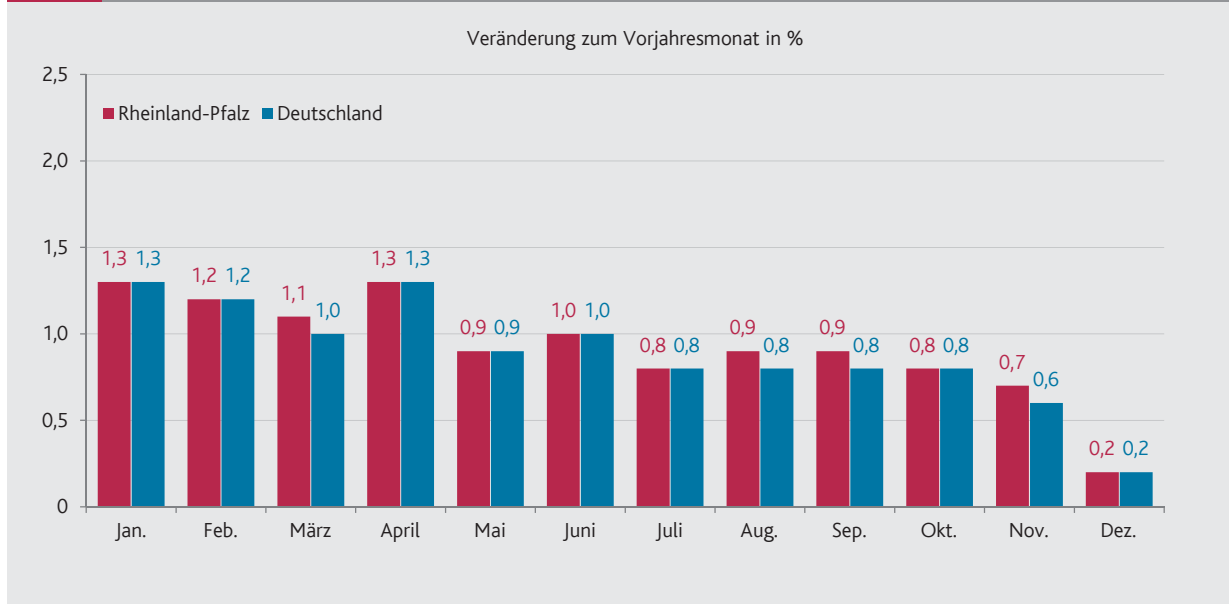
K 1: Durchschnittliche Kaufwerte für baureifes Land 2014 nach Verwaltungsbezirken	449
K 2: Durchschnittliche Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke insgesamt 2014 nach Verwaltungsbezirken	451

Metadaten

Datenquellen	454
Statistiken	454
Glossar	455
Internet	455

- Die Verbraucherpreise stiegen 2014 gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Prozent.
- Der Anstieg war deutlich geringer als in den Vorjahren.
- Wesentliche Ursache für die moderate Preisentwicklung waren die um 5,1 Prozent gesunkenen Preise für Mineralölprodukte (davon Kraftstoffe: –4,1 Prozent; Heizöl: –8,3 Prozent).
- Überdurchschnittliche Preissteigerungen gab es mit +3,4 Prozent bei alkoholischen Getränken und Tabakwaren.
- Die Preise für die Gütergruppe „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“ erhöhten sich um 0,9 Prozent.
- Durchschnittlich 129 Euro wurden für einen Quadratmeter baureifes Land bezahlt; das waren 8,4 Prozent mehr als im Vorjahr.
- 4 840 landwirtschaftliche Grundstücke wechselten 2014 den Eigentümer.

G 1 Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2014 nach Monaten



T 1

Ausgewählte Kennzahlen zur Preisentwicklung in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1995–2014

Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz						Deutschland	
		1995	2000	2005	2010	2013	2014	2013	2014
Verbraucherpreisindex									
Gesamtlebenshaltung	2010=100	81,7	86,8	93,5	100	105,8	106,8	105,7	106,6
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke		84,5	85,7	90,1	100	110,4	111,0	110,4	111,5
Alkoholische Getränke und Tabakwaren		63,8	69,0	88,1	100	108,0	111,7	107,0	110,3
Bekleidung und Schuhe		92,8	95,7	96,1	100	103,7	104,3	104,4	105,5
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe		76,9	83,8	91,4	100	107,3	108,3	107,5	108,4
Möbel, Leuchten, Geräte und anderes Haushaltszubehör		91,3	92,8	93,5	100	102,7	103,2	102,1	102,5
Gesundheitspflege		68,6	75,7	94,3	100	100,2	102,6	99,4	101,4
Verkehr		69,5	78,8	89,6	100	107,6	107,4	107,5	107,3
Nachrichtenübermittlung		155,0	121,5	114,0	100	93,4	92,3	93,4	92,3
Freizeit, Unterhaltung und Kultur		97,1	101,2	99,6	100	103,3	104,9	103,1	104,4
Bildungswesen		118,3	144,1	157,9	100	106,0	106,2	95,1	93,1
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen		82,4	86,5	93,1	100	107,1	109,2	106,0	108,2
Andere Waren und Dienstleitungen		78,7	84,2	91,8	100	103,9	105,3	104,3	106,1
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	Veränderung zum Vorjahr in %	.	-0,9	0,3	1,0	3,8	0,5	3,9	1,0
Alkoholische Getränke und Tabakwaren		.	1,2	8,4	1,8	2,0	3,4	2,1	3,1
Bekleidung und Schuhe		.	-0,1	-0,5	0,8	0,6	0,6	1,1	1,1
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe		.	2,8	2,8	0,9	1,8	0,9	2,0	0,8
Möbel, Leuchten, Geräte und anderes Haushaltszubehör		.	-	-0,1	1,0	1,1	0,5	1,0	0,4
Gesundheitspflege		.	0,9	2,5	0,8	-3,7	2,4	-3,7	2,0
Verkehr		.	4,5	3,9	3,6	0,2	-0,2	-0,2	-0,2
Nachrichtenübermittlung		.	-11,0	-1,8	-2,2	-1,5	-1,2	-1,5	-1,2
Freizeit, Unterhaltung und Kultur		.	0,1	-1,0	-0,2	2,5	1,5	2,5	1,3
Bildungswesen		.	1,6	1,7	-13,4	1,3	0,2	1,2	-2,1
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen		.	0,2	0,3	1,1	2,7	2,0	2,3	2,1
Andere Waren und Dienstleitungen		.	2,4	0,4	1,7	1,8	1,3	1,7	1,7
Kaufwerte für baureifes Land									
Kauffälle	Anzahl	9 322	7 843	7 351	5 470	5 294	5 601	74 873	76 223
Fläche	1 000 m²	7 520	5 882	4 782	3 670	3 723	3 942	73 908	75 874
Kaufwert	EUR je m²	56	80	97	115	119	129	134	139
Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke									
Veräußerungsfälle	Anzahl	4 656	4 592	3 754	5 158	4 694	4 841	45 061	46 011
Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdIN)	ha	3 087	3 222	2 945	3 957	3 927	3 919	101 558	108 940
Kaufwert je ha FdIN	EUR	9 622	9 466	8 546	10 017	11 684	12 092	16 381	18 099

T 2

Gesamtlebenshaltung sowie ausgewählte Güter- und Dienstleistungsgruppen 2014 nach Bundesländern

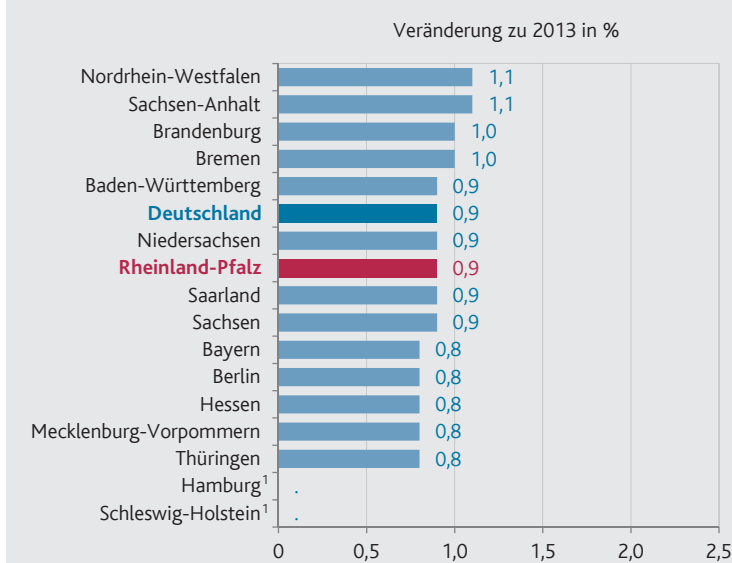
Bundesland	Gesamt- lebenshaltung	Darunter				
		Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe	Verkehr	Freizeit, Unterhaltung und Kultur	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör
		Veränderungen des Indexwertes zu 2013 in %				
Baden-Württemberg	0,9	1,0	-0,2	1,3	0,5	0,4
Bayern	0,8	0,7	-	1,2	1,0	0,4
Berlin	0,8	0,5	-0,4	1,6	0,6	-0,1
Brandenburg	1,0	0,4	-0,1	1,5	0,5	0,9
Bremen	1,0	2,2	-0,3	1,5	0,4	0,9
Hamburg ¹
Hessen	0,8	0,9	-0,4	1,0	0,7	0,2
Mecklenburg-Vorpommern	0,8	0,4	-0,6	1,6	0,5	0,5
Niedersachsen	0,9	0,7	-0,2	1,2	1,1	0,4
Nordrhein-Westfalen	1,1	1,0	-0,3	1,3	1,6	0,6
Rheinland-Pfalz	0,9	0,9	-0,2	1,5	0,5	0,5
Saarland	0,9	0,7	-0,2	1,5	1,0	0,8
Sachsen	0,9	0,3	-0,3	1,8	1,1	1,1
Sachsen-Anhalt	1,1	0,5	-0,3	1,8	1,3	0,9
Schleswig-Holstein ¹
Thüringen	0,8	0,3	0,1	1,7	0,6	-
Deutschland	0,9	0,8	-0,2	1,3	1,0	0,4

1 Hamburg und Schleswig-Holstein veröffentlichen keinen eigenen Verbraucherpreisindex.

14

G 2

Gesamtlebenshaltung 2014 nach Bundesländern



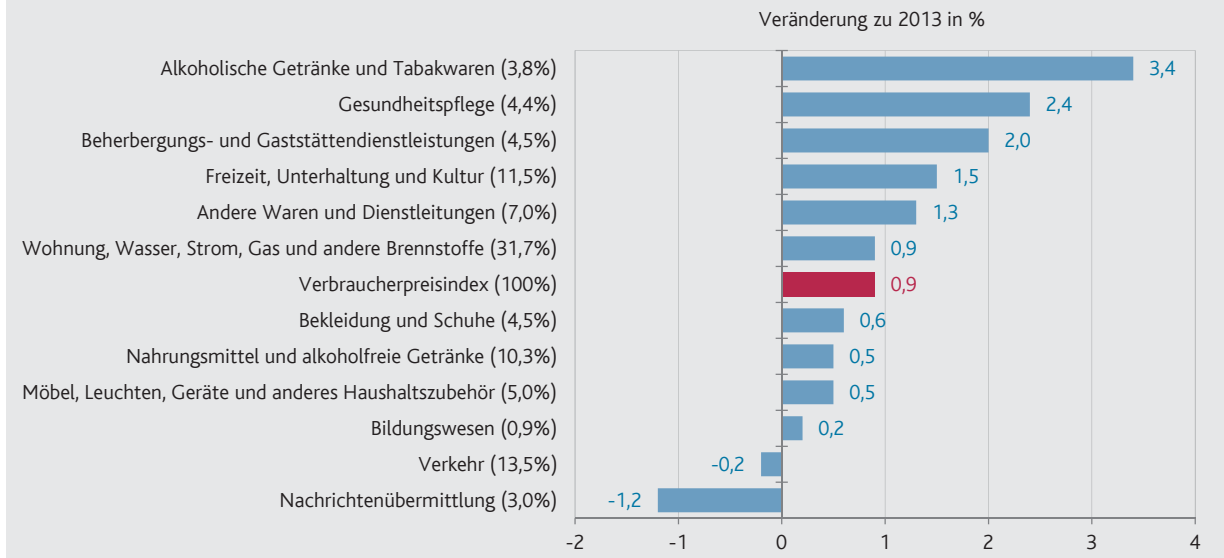
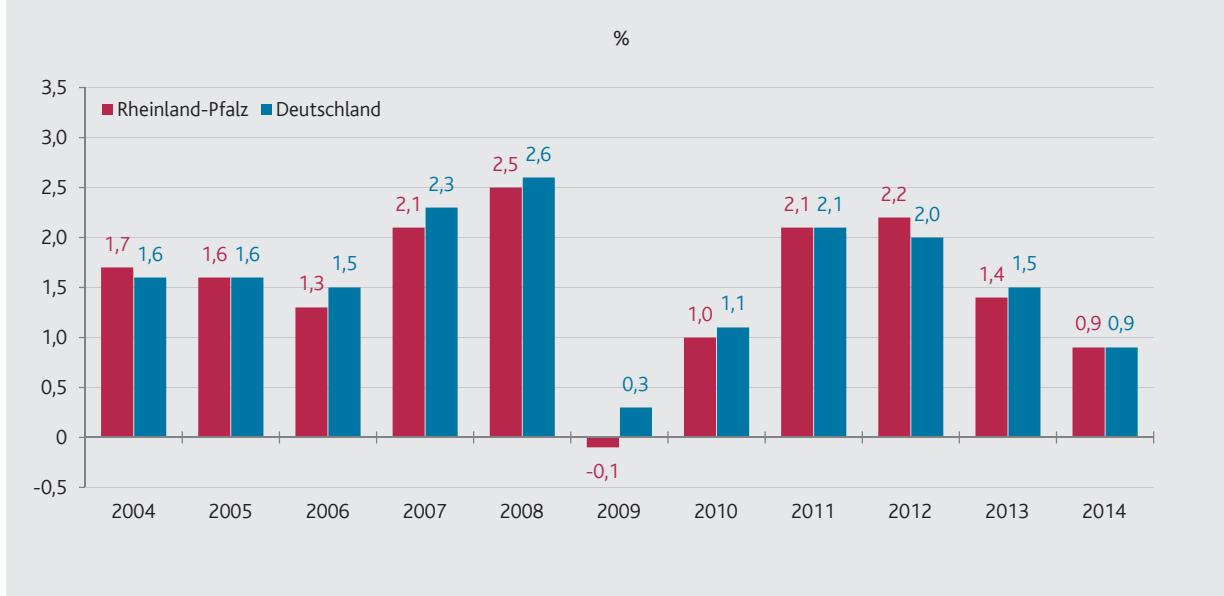
Deutschlandweit stiegen die Lebenshaltungskosten 2014 um 0,9 Prozent. Besonders gering war der Anstieg mit +0,8 Prozent in Bayern, Berlin, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen. Die höchsten Steigerungen gab es mit +1,1 Prozent in Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt.

In fast allen Bundesländern gab es sinkende Preise im Bereich Verkehr. Grund hierfür waren die rückläufigen Mineralölpreise. Sehr unterschiedliche Entwicklungen gab es dagegen bei den Kosten für die Gütergruppe „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“. So stiegen die Preise rund ums Wohnen in Sachsen und Thüringen lediglich um 0,3 Prozent, während der Zuwachs in Bremen 2,2 Prozent betrug.

1 Hamburg und Schleswig-Holstein veröffentlichen keinen eigenen Verbraucherpreisindex.

T 3 Ausgewählte Preisindizes für Deutschland 2006–2014

Merkmal	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Verbraucherpreisindizes (2010=100)									
Gesamtindex	93,9	96,1	98,6	98,9	100	102,1	104,1	105,7	106,6
darunter									
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	90,9	94,4	100,1	98,8	100	102,8	106,3	110,4	111,5
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe	93,6	95,4	98,6	99,0	100	103,1	105,4	107,5	108,4
Verkehr	92,0	95,5	98,6	96,7	100	104,5	107,7	107,5	107,3
Preisindizes für Bauleistungen an Bauwerken (2010=100)									
Wohngebäude									
Bauleistungen am Bauwerk	89,5	95,4	98,2	99,0	100	102,8	105,4	107,5	109,4
Rohbauarbeiten	89,8	95,8	98,9	99,1	100	102,8	105,3	107,1	108,7
Ausbauarbeiten	89,2	95,1	97,6	99,0	100	102,7	105,5	107,9	110,0
Nichtwohngebäude									
Bürogebäude	88,7	94,8	97,9	98,8	100	103,0	105,5	107,6	109,6
gewerbliche Betriebsgebäude	88,1	94,4	97,9	99,0	100	103,2	105,8	107,8	109,7
Sonstige Bauwerke									
Straßenbau	87,4	93,2	97,2	99,4	100	102,5	106,3	108,9	110,3
Ortskanäle	89,8	95,0	97,8	99,5	100	101,9	104,5	106,4	108,0
Preisindizes für gewerbliche Produkte (2010=100)									
Gewerbliche Erzeugnisse	96,2	97,5	102,8	98,5	100	105,3	107,0	106,9	105,8
Energie	96,7	95,9	108,3	99,3	100	109,7	113,0	112,0	108,5
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	95,1	98,7	101,3	96,0	100	105,6	105,8	104,6	103,5
Erzeugnisse der Investitionsgüterproduzenten	97,7	98,3	99,2	100,0	100	101,2	102,2	103,0	103,5
Erzeugnisse der Gebrauchsgüterproduzenten	94,4	95,9	98,3	99,7	100	101,7	103,3	104,3	105,7
Erzeugnisse der Verbrauchsgüterproduzenten	95,4	97,1	101,0	99,4	100	103,8	106,8	109,0	109,5
Index der Großhandelsverkaufspreise (2010=100)									
Gesamtindex	93,7	96,9	102,1	95,1	100	105,8	108,0	107,4	106,1
darunter									
Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	90,4	93,9	99,6	97,8	100	104,9	107,7	111,5	111,8
Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	96,0	96,2	97,0	98,7	100	101,6	103,4	104,0	104,5
sonstiger Großhandel	91,5	95,0	103,9	90,0	100	110,5	112,5	109,5	107,0

G 3 Verbraucherpreisindex 2014 nach Güter- und Dienstleistungsgruppen

G 4 Durchschnittliche Jahresteuerraten in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2004–2014


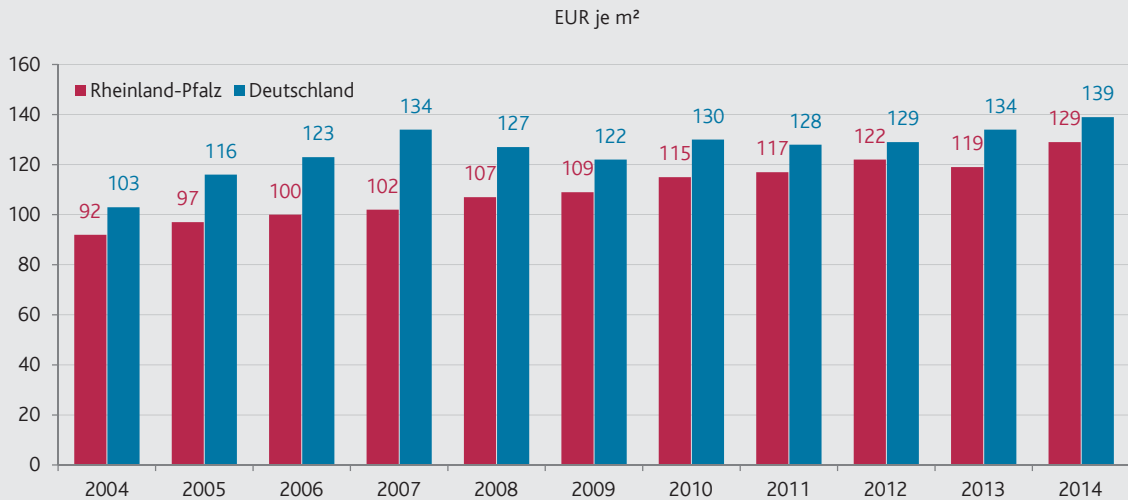
T 4

Verbraucherpreisindizes ausgewählter Güter- und Dienstleistungsgruppen 2004–2014 nach Jahren und Monaten

Jahr Monat	Gesamt- lebenshaltung		Darunter					
			Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe	Verkehr	Kraftfahrer- preisindex	Haushalts- energie	Netto- kaltmiete
	2010=100	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %						
2004	92,0	1,7	-0,2	1,0	2,6	2,5	3,3	0,5
2005	93,5	1,6	0,3	2,8	3,9	3,6	12,0	0,6
2006	94,7	1,3	2,0	3,0	2,5	2,4	10,6	0,6
2007	96,7	2,1	3,4	1,8	3,7	4,0	4,1	0,9
2008	99,1	2,5	5,9	3,5	3,3	2,8	11,5	1,3
2009	99,0	-0,1	-1,6	-0,1	-1,8	-2,3	-3,0	0,7
2010	100,0	1,0	1,0	0,9	3,6	3,8	0,2	0,8
2011	102,1	2,1	2,4	2,9	4,4	4,6	9,8	1,1
2012	104,3	2,2	3,9	2,4	2,9	2,2	5,9	1,0
2013	105,8	1,4	3,8	1,8	0,2	-0,3	3,5	1,3
Januar	104,7	1,7	4,1	2,0	1,3	1,0	5,4	1,0
Februar	105,4	1,6	2,7	2,0	1,7	1,2	5,2	1,0
März	105,7	1,4	3,3	1,8	-0,9	-1,7	4,1	1,0
April	105,2	1,1	3,5	1,8	-0,3	-0,6	3,9	1,0
Mai	105,6	1,5	4,5	1,9	0,2	-0,4	4,0	1,1
Juni	105,8	1,9	4,4	2,1	1,3	0,9	4,5	1,3
Juli	106,3	1,9	5,2	2,2	1,0	0,8	4,3	1,5
August	106,2	1,4	4,0	1,8	-	-0,3	2,8	1,4
September	106,2	1,3	4,3	1,9	-0,9	-1,3	3,0	1,5
Oktober	106,0	1,0	3,4	1,4	-1,2	-2,0	1,7	1,3
November	106,1	1,2	2,4	1,5	-0,3	-0,8	1,4	1,4
Dezember	106,7	1,4	3,1	1,8	0,2	-0,3	2,3	1,6
2014	106,8	0,9	0,5	0,9	-0,2	-0,8	-0,2	1,4
Januar	106,1	1,3	1,9	1,1	-0,3	-0,7	-	1,5
Februar	106,7	1,2	2,5	1,1	-0,8	-1,3	-0,1	1,6
März	106,9	1,1	1,1	1,1	-0,1	-0,4	0,2	1,6
April	106,6	1,3	1,0	1,0	-0,6	-1,2	0,2	1,5
Mai	106,5	0,9	0,5	1,1	0,3	-0,2	0,6	1,5
Juni	106,9	1,0	0,1	1,1	0,8	0,6	0,8	1,4
Juli	107,1	0,8	-0,2	0,9	0,5	-0,1	-	1,3
August	107,2	0,9	0,4	0,9	0,3	-0,4	0,2	1,3
September	107,2	0,9	0,5	0,6	-0,2	-0,8	-0,6	1,2
Oktober	106,9	0,8	0,4	0,8	-0,2	-0,7	-1,0	1,5
November	106,8	0,7	-0,3	0,7	-0,1	-0,8	-0,7	1,3
Dezember	106,9	0,2	-1,0	0,2	-2,4	-3,4	-3,0	1,4

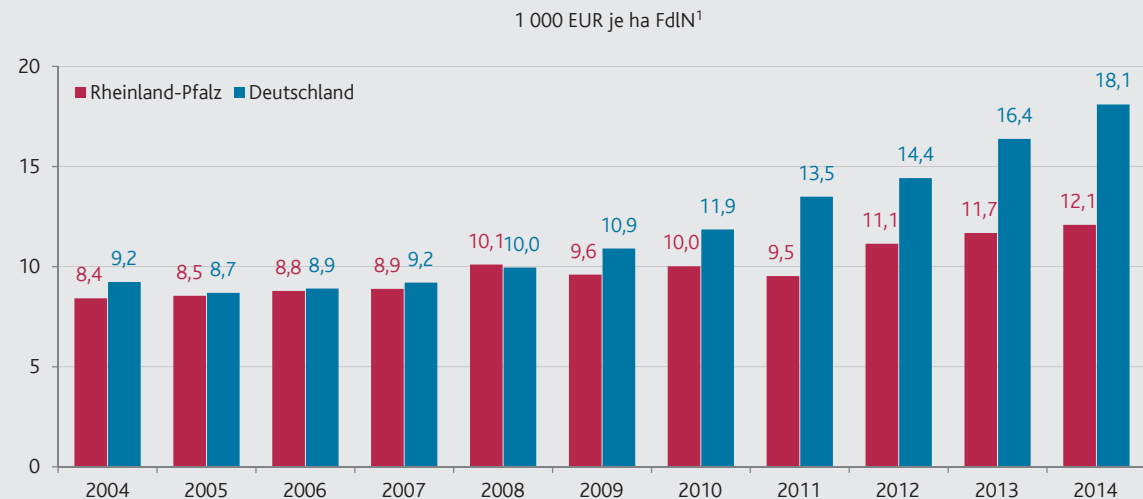
G 5

Durchschnittliche Kaufwerte für baureifes Land in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2004–2014



G 6

Durchschnittliche Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2004–2014

¹ Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung.

14

T 5 Kaufwerte für Bauland 2014 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Insgesamt			Darunter baureifes Land				
	Kauffälle	Fläche	Kaufsumme	Kauffälle	Fläche	Kaufwert		
	Anzahl	1 000 m²	1 000 EUR	Anzahl	1 000 m²	EUR je m²	Veränderung zu 2004 in %	Rang
Frankenthal (Pfalz), St.	49	201	24 938	44
Kaiserslautern, St.	65	228	9 878	51	39	164	10,3	10
Koblenz, St.	73	115	17 595	51
Landau i. d. Pfalz, St.	65	81	13 327	49	46	242	34,2	3
Ludwigshafen a. Rh., St.	68	60	12 012	64	51	213	-23,7	6
Mainz, St.	99	209	86 572	74	96	648	90,4	1
Neustadt a. d. Weinstr., St.	52	72	8 794	37	25	224	-6,4	4
Pirmasens, St.	38	84	2 656	31	24	70	36,4	21
Speyer, St.	17	36	4 911	9
Trier, St.	62	95	17 172	54
Worms, St.	72	80	11 915	68	47	195	20,9	7
Zweibrücken, St.	37	32	2 026	32	23	75	-15,2	20
Ahrweiler	268	525	22 628	224	149	98	27,2	16
Altenkirchen (Ww.)	190	245	8 299	172	140	44	1,4	28
Alzey-Worms	235	168	20 417	216	126	137	1,8	12
Bad Dürkheim	239	178	28 658	221	136	187	-4,0	9
Bad Kreuznach	232	239	23 002	212	146	115	29,4	13
Bernkastel-Wittlich	226	293	10 330	173	137	58	41,3	23
Birkenfeld	86	101	3 034	79
Cochem-Zell	161	169	4 801	134	99	42	2,1	29
Donnersbergkreis	109	70	6 186	103	64	93	34,1	17
Eifelkreis Bitburg-Prüm	223	262	11 193	206	187	53	114,0	27
Germersheim	272	191	27 725	248	125	190	19,2	8
Kaiserslautern	188	161	13 468	166	117	105	13,5	15
Kusel	112	94	4 790	101	79	54	48,7	26
Mainz-Bingen	361	285	49 641	324	195	219	8,9	5
Mayen-Koblenz	449	372	31 152	383	229	113	16,7	14
Neuwied	234	234	15 133	204	152	86	13,7	18
Rhein-Hunsrück-Kreis	236	269	11 100	200	152	57	10,2	24
Rhein-Lahn-Kreis	144	129	8 702	134	95	85	41,9	19
Rhein-Pfalz-Kreis	325	212	39 802	299	140	249	4,3	2
Südliche Weinstraße	251	173	22 961	230	132	154	23,1	11
Südwestpfalz	187	168	8 010	174	131	57	14,6	24
Trier-Saarburg	384	476	36 734	352
Vulkaneifel	141	150	3 320	132	110	28	8,7	30
Westerwaldkreis	394	442	24 740	350	277	67	11,9	22
Rheinland-Pfalz	6 344	6 899	647 620	5 601	3 942	129	40,8	.
kreisfreie Städte	697	1 294	211 794	564	467	305	36,3	.
Landkreise	5 647	5 606	435 826	5 037	3 476	106	33,5	.

K 1

Durchschnittliche Kaufwerte für baureifes Land 2014 nach Verwaltungsbezirken

Der Kaufwert für baureifes Land lag in Rheinland-Pfalz 2014 durchschnittlich bei 129 Euro je Quadratmeter. Zum baureifen Land zählen voll erschlossene, unbebaute Grundstücke, bei denen eine Bebauung sofort möglich ist. Der durchschnittliche Quadratmeterpreis in den kreisfreien Städten (305 Euro) überstieg den Kaufpreis in den Landkreisen (106 Euro) deutlich. Die höchsten Preise wurden mit über 648 Euro je Quadratmeter in der Landeshauptstadt Mainz gezahlt, der Stadt mit der höchsten Bevölkerungsdichte im Land. Im Landkreis Vulkaneifel lag der Kaufpreis mit 28 Euro am niedrigsten.

EUR je m²

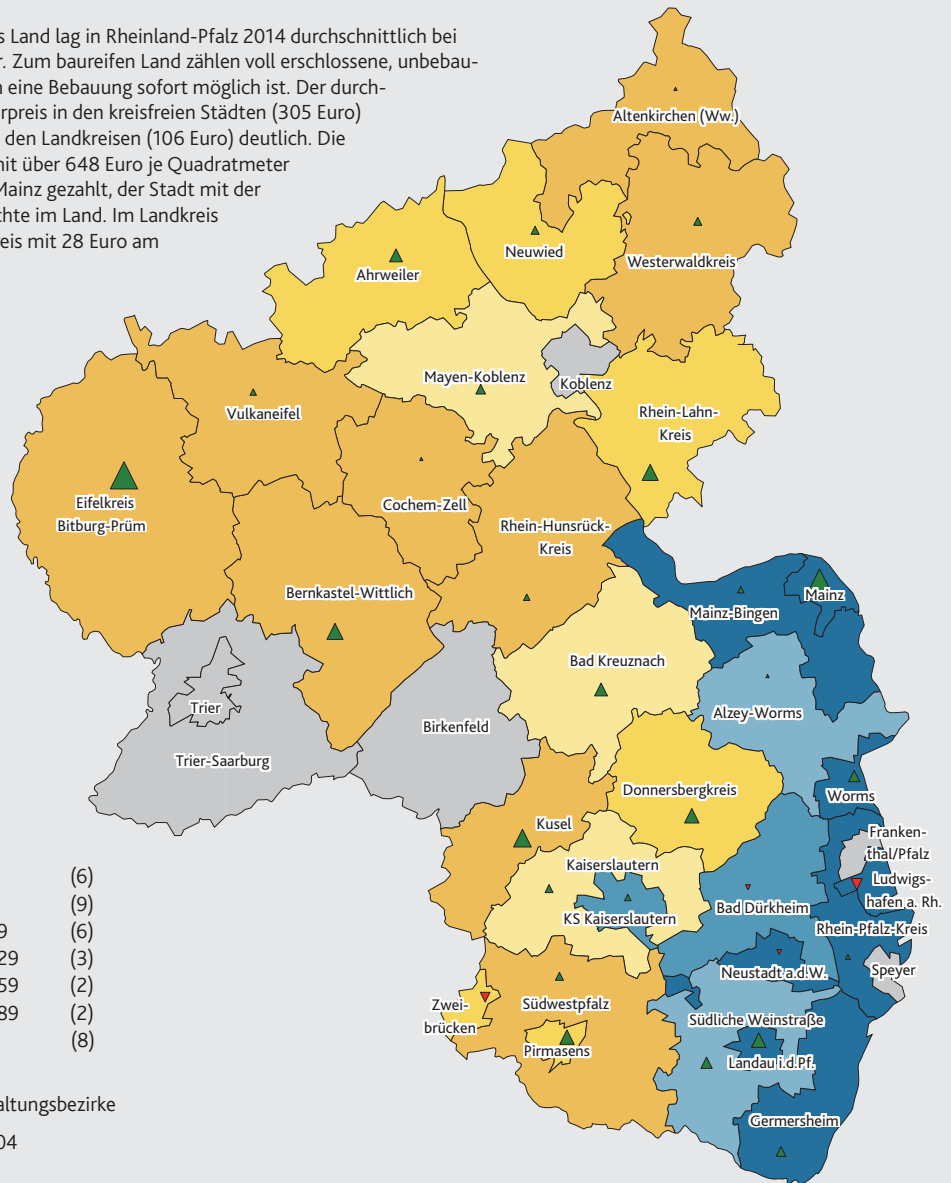
geheim	(6)
unter 69	(9)
69 bis unter 99	(6)
99 bis unter 129	(3)
129 bis unter 159	(2)
159 bis unter 189	(2)
189 und mehr	(8)

Landeswert: 129

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2004

- ▲ Zunahme
▼ Abnahme



T 6

Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke 2014 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Veräußerungs- fälle	FdIN ¹	Kauf- summe	Kaufwert je ha FdIN ¹			Durchschnittliche Ertragsmesszahl
	Anzahl	ha	1 000 EUR	EUR	Veränderung zu 2004 in %	Rang	je ha FdIN ¹ in 100
Frankenthal (Pfalz), St.	10	10	436	42 507	.	3	72
Kaiserslautern, St.	5	3	43	15 524	.	15	60
Koblenz, St.	22	5	160	30 509	-23,0	5	68
Landau i. d. Pfalz, St.	23	8	138	17 324	55,4	14	85
Ludwigshafen a. Rh., St.	16	6	290	45 665	-11,6	2	62
Mainz, St.	19	17	1 041	62 982	17,5	1	74
Neustadt a. d. Weinstr., St.	28	15	270	17 947	-19,7	13	53
Pirmasens, St.	15	5	46	8 455	-44,1	29	39
Speyer, St.	6	2	63	28 059	-	8	67
Trier, St.	5	1	14	10 950	2,6	19	41
Worms, St.	43	18	503	28 478	68,7	6	74
Zweibrücken, St.	34	31	300	9 735	1,9	25	42
Ahrweiler	154	122	1 504	12 358	12,2	17	39
Altenkirchen (Ww.)	199	181	1 705	9 412	28,2	26	41
Alzey-Worms	142	105	2 690	25 564	79,4	9	70
Bad Dürkheim	98	67	1 893	28 445	47,9	7	69
Bad Kreuznach	238	136	977	7 167	41,1	33	46
Bernkastel-Wittlich	288	252	2 090	8 299	62,8	30	40
Birkenfeld	91	70	340	4 840	2,5	35	36
Cochem-Zell	146	128	1 337	10 472	58,7	22	40
Donnersbergkreis	171	159	1 712	10 793	-15,6	20	47
Eifelkreis Bitburg-Prüm	303	568	6 109	10 749	67,2	21	35
Germersheim	186	87	1 928	22 031	43,9	11	69
Kaiserslautern	124	82	454	5 570	-7,2	34	42
Kusel	232	167	729	4 363	3,8	36	38
Mainz-Bingen	130	90	2 128	23 634	24,8	10	66
Mayen-Koblenz	243	194	3 974	20 475	62,6	12	53
Neuwied	121	79	900	11 450	9,7	18	46
Rhein-Hunsrück-Kreis	149	224	1 734	7 753	47,8	31	39
Rhein-Lahn-Kreis	282	228	1 960	8 601	18,7	28	46
Rhein-Pfalz-Kreis	146	70	2 167	31 027	17,7	4	65
Südliche Weinstraße	271	113	1 628	14 366	37,6	16	69
Südwestpfalz	179	137	1 009	7 347	22,2	32	40
Trier-Saarburg	174	139	1 360	9 763	37,3	24	38
Vulkaneifel	184	207	1 786	8 630	47,6	27	36
Westerwaldkreis	364	193	1 970	10 229	36,8	23	39
Rheinland-Pfalz	4 841	3 919	47 386	12 092	43,7	.	45
kreisfreie Städte	226	122	3 305	27 174	12,6	.	61
Landkreise	4 615	3 797	44 081	11 609	44,8	.	44
1 Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung.							

Ü 1 Wägungsschema des Verbraucherpreisindex (Wägungsanteile)

Hauptgruppen	Dreisteller	Viersteller
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (10,3%)	Nahrungsmittel (9,1%)	Fleisch- und Fleischwaren (2,1%)
		Brot und Getreideerzeugnisse (1,7%)
		Molkereiprodukte und Eier (1,4%)
		Gemüse (1,1%)
		Obst (0,9%)
		Sonstige (1,9%)
	Alkoholfreie Getränke (1,2%)	Kaffee, Tee und Kakao (0,4%)
		Mineralwasser, Limonaden, Säfte (0,8%)
Alkoholische Getränke und Tabakwaren (3,8%)	Tabakwaren (2,1%)	Tabakwaren (2,1%)
	Alkoholische Getränke (1,7%)	Bier (0,9%)
		Wein (0,6%)
		Sonstige (0,2%)
Bekleidung und Schuhe (4,5%)	Bekleidung (3,6%)	Bekleidungsartikel (3,3%)
	Schuhe (0,9%)	Sonstige (0,3%)
		Schuhe, Zubehör, Reparatur (0,9%)
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe (31,7%)	Wohnungsmiete (21,0%)	Wohnungsmiete (21,0%)
	Strom, Gas und andere Brennstoffe (6,8%)	Strom (2,6%)
		Zentralheizung, Fernwärme und andere (1,5%)
		Gas (1,4%)
		Sonstige (1,2%)
	Wasserversorgung und andere Dienstleistungen für die Wohnung (3,1%)	Wasser und Abwasser (1,8%)
		Müllabfuhr und andere Dienste (1,3%)
	Instandhaltung und Reparatur der Wohnung (0,8%)	Dienstleistungen für Instandhaltung, Reparatur (0,4%)
Möbel, Leuchten, Geräte und anderes Haushaltszubehör (5%)	Möbel, Leuchten, Teppiche und andere Bodenbeläge (2,0%)	Möbel und Einrichtungsgegenstände (1,7%)
	Haushaltsgeräte (1%)	Sonstige (0,2%)
		Elektrische und andere Haushaltsgroßgeräte (0,7%)
	Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung (0,8%)	Sonstige (0,3%)
	Sonstige (1,2%)	Verbrauchsgüter (0,5%)
Gesundheitspflege (4,4%)	Medizinische Erzeugnisse, Geräte und Ausrüstungen (2,0%)	Dienstleistungen von Haushaltshilfen (0,3%)
		Sonstige (1,2%)
	Ambulante Gesundheitsdienstleistungen (1,8%)	Pharmazeutische Erzeugnisse (1%)
	Stationäre Gesundheitsdienstleistungen (0,7%)	Sonstige (0,9%)
		Ärztliche Dienstleistungen (1%)
		Sonstige (0,8%)
		Stationäre Gesundheitsdienstleistungen (0,7%)

noch:
Ü 1

Wägungsschema des Verbraucherpreisindex (Wägungsanteile)

Hauptgruppen	Dreisteller	Viersteller
Verkehr (13,5%)	Waren und Dienstleistungen für Fahrzeuge (7,9%)	Kraft- und Schmierstoffe (3,9%)
		Wartung und Reparatur (1,9%)
		Sonstige (2,1%)
	Kauf von Fahrzeugen (3,3%)	Kauf von Kraftwagen (3,0%)
		Sonstige (0,3%)
	Verkehrsdienstleistungen (2,3%)	Personenbeförderung Schienenverkehr (0,7%)
Nachrichten- übermittlung (3,0%)	Telekommunikationsdienstleistungen (2,6%)	Telekommunikationsdienstleistungen (2,6%)
	Post- und Kurierdienstleistungen (0,2%)	Post- und Kurierdienstleistungen (0,2%)
	Telefone und andere Geräte für Kommunikation (0,2%)	Telefone und andere Geräte für Kommunikation (0,2%)
Freizeit, Unterhaltung und Kultur (11,5%)	Freizeit- und Kulturdienstleistungen (3,3%)	Kulturdienstleistungen (1,6%)
	Pauschalreisen (2,7%)	Sonstige (1,7%)
	Andere Güter für Freizeit und Gartenpflege (2,1%)	Pauschalreisen (2,7%)
		Erzeugnisse und Verbrauchsgüter für Gartenpflege (0,7%)
	Sonstige (3,4%)	Sonstige (1,4%)
Bildungswesen (0,9%)	Bildungsdienstleistungen Tertiärbereich (0,4%)	Bildungsdienstleistungen Tertiärbereich (0,4%)
	Sonstige (0,5%)	Dienstleistungen Elementar und Primärbereich (0,3%)
		Sonstige (0,2%)
Beherbergungs- und Gaststätten- dienstleistungen (4,5%)	Verpflegungsdienstleistungen (3,4%)	Restaurants, Cafés, Straßenverkauf und Ähnliches (3,0%)
	Beherbergungsdienstleistungen (1,0%)	Kantinen und Mensen (0,4%)
Andere Waren und Dienstleistungen (7,0%)	Versicherungsdienstleistungen (2,3%)	Beherbergungsdienstleistungen (1,0%)
		Für die Gesundheit (1%)
		Für den Verkehr (0,6%)
	Körperpflege (2,3%)	Sonstige (0,6%)
		Friseur- und andere Dienstleistungen (1,0%)
	Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (1,1%)	Sonstige (1,3%)
	Persönliche Gebrauchsgegenstände (0,6%)	Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (1,1%)
	Sonstige (0,8%)	Persönliche Gebrauchsgegenstände (0,6%)
		Sonstige (0,8%)

Datenquellen

Statistik	Tabelle	Grafik	Karte	Übersicht
Verbraucherpreisindex	T 1 bis T 4	G 1 bis G 4	-	Ü 1
Statistik der Bauleistungspreise	T 3	-	-	-
Statistik der Erzeugerpreise	T 3	-	-	-
Statistik der Großhandelsverkaufspreise	T 3	-	-	-
Statistik der Kaufwerte für Bauland	T 1, T 5	G 5	K 1	-
Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz	T 1, T 6	G 6	K 2	-

Statistiken

Der **Verbraucherpreisindex** (VPI) misst die durchschnittliche Preisentwicklung von Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Zu diesem Zweck erheben in Rheinland-Pfalz jeweils um die Monatsmitte 17 Preisermittler/-innen im Auftrag des Statistischen Landesamtes die Preise für etwa 700 Waren und Dienstleistungen in elf Berichtsgemeinden in mehr als 2000 Berichtsstellen (z.B. Kaufhäuser). Insgesamt werden monatlich rund 20 000 Einzelpreise erhoben. Hinzu kommen Auswertungen von Katalogen, Tarifwerken, Gebührenordnungen sowie Internetangeboten.

Bei der **Statistik der Bauleistungspreise** werden zur Darstellung der Entwicklung der Baupreise in vierteljährlichem Turnus (Februar, Mai, August, November) bei ausgewählten Baufirmen die Preise verschiedener Bauleistungen erhoben. Diese bilden die Grundlage für die Berechnung der Preisindizes für Bauwerke. Nachgewiesen werden Preisindizes für Neubauten in konventioneller Bauart (Wohngebäude, Nichtwohngebäude, sonstige Bauwerke) und Preisindizes für die Instandhaltung von Wohngebäuden.

Die **Statistiken der Erzeuger- und Großhandelsverkaufspreise** beruhen auf den monatlichen Preismeldungen einer repräsentativen Auswahl gewerblicher Unternehmen. Aus diesen Angaben werden vom Statistischen Bundesamt Indizes der Erzeugerpreise verschiedener gewerblicher Produkte sowie Indizes der Großhandelsverkaufspreise von Rohstoffen, Halb- und Fertigwaren berechnet.

Der **Statistik der Kaufwerte für Bauland** liegen die Veräußerungsmeldungen der Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse für Grundstückswerte bei den Kataster- und Stadtvermessungsämtern zugrunde. Die Kaufwerte für Bauland beziehen sich auf unbebaute Grundstücke mit einer Fläche ab 100 Quadratmetern. Einer Einbeziehung der bebauten Grundstücke steht die Schwierigkeit entgegen, dass die Kaufverträge in der Regel keine Aufteilung zwischen dem für Grund und Boden einerseits und dem für Gebäude bzw. Gebäudereste andererseits gezahlten anteiligen Kaufpreis enthalten. Die aufgeführten Grundstückspreise verstehen sich ohne Nebenkosten (z.B.

Vermessungskosten, Notariats- und Gerichtsgebühren, Grunderwerbsteuer) und ohne Erschließungskosten, sofern diese nicht bereits Bestandteil des Kaufpreises sind.

Grundsätzlich sind die ausgewiesenen durchschnittlichen Kaufwerte für einen zeitlichen Vergleich nur bedingt geeignet, weil die statistischen Massen, aus denen sie ermittelt werden, sich in jedem Jahr aus anders gearteten Einzelfällen zusammensetzen. Die Statistik der Kaufwerte für Bauland hat daher mehr den Charakter einer Grundeigentumswechselstatistik als den einer Preisstatistik. Aus methodischen Gründen werden nur durchschnittliche Kaufwerte, nicht jedoch Indizes wie bei den Preisstatistiken errechnet und nachgewiesen. Der Grund liegt darin, dass sich jedes Grundstück nach Größe, Lage, Verkehrsanbindung usw. von jedem anderen Grundstück unterscheidet und sich alle kauftfallspezifischen Eigenschaften auf den jeweiligen Preis auswirken. Darüber hinaus werden die Kaufpreise durch Angebot und Nachfrage auf dem Grundstücksmarkt beeinflusst, der örtlich und regional sehr unterschiedlich sein kann. Bei den Baulandarten wird nach baureifem Land, Rohbauland und sonstigem Bauland (Industrieland, Land für Verkehrszwecke, Freiflächen) unterschieden.

Die **Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz** beinhaltet alle Veräußerungsfälle, bei denen die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung mindestens zehn Ar groß ist. Die ausgewiesenen Kaufwerte stellen auch hier keine Preise im üblichen Sinne der Preisstatistik dar, vielmehr handelt es sich um durchschnittliche Kaufwerte von Grundstücken unterschiedlicher Güte und Lage. Insbesondere die Bodengüte kann bei landwirtschaftlichen Grundstücken preisbestimmend sein. Ein Indikator für die Bodengüte ist die Ertragsmesszahl.

Glossar

Ertragsmesszahl

Produkt aus der Fläche eines Grundstücks in Ar und der Acker- bzw. Grünlandzahl der Bodenschätzung.

Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung

Fläche des Acker- und des Grünlandes, die bei der Einheitsbewertung zur „landwirtschaftlichen Nutzung“ gehören. Sie deckt sich nicht

mit der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) der Agrarstatistik, die u.a. auch die Rebflächen, Obstanlagen sowie die Flächen des Erwerbsgartenbaues umfasst.

Gesamtfläche

Volle Flächengröße eines veräußerten Grundstücks ohne Rücksicht auf die Nutzung.

Internet

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/preise

Pressemitteilungen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/preise/pressemitteilungen

Statistischen Berichte

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/preise/statistische-berichte

Beiträge in den Statistischen Monatsheften

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/preise/monatsheftbeitraege/

Übersichtstabellen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/preise/zeitreihen-land

Regionaldatenbanken

www.statistik.rlp.de/regionaldaten/meine-heimat

Analysen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/preise/analysen

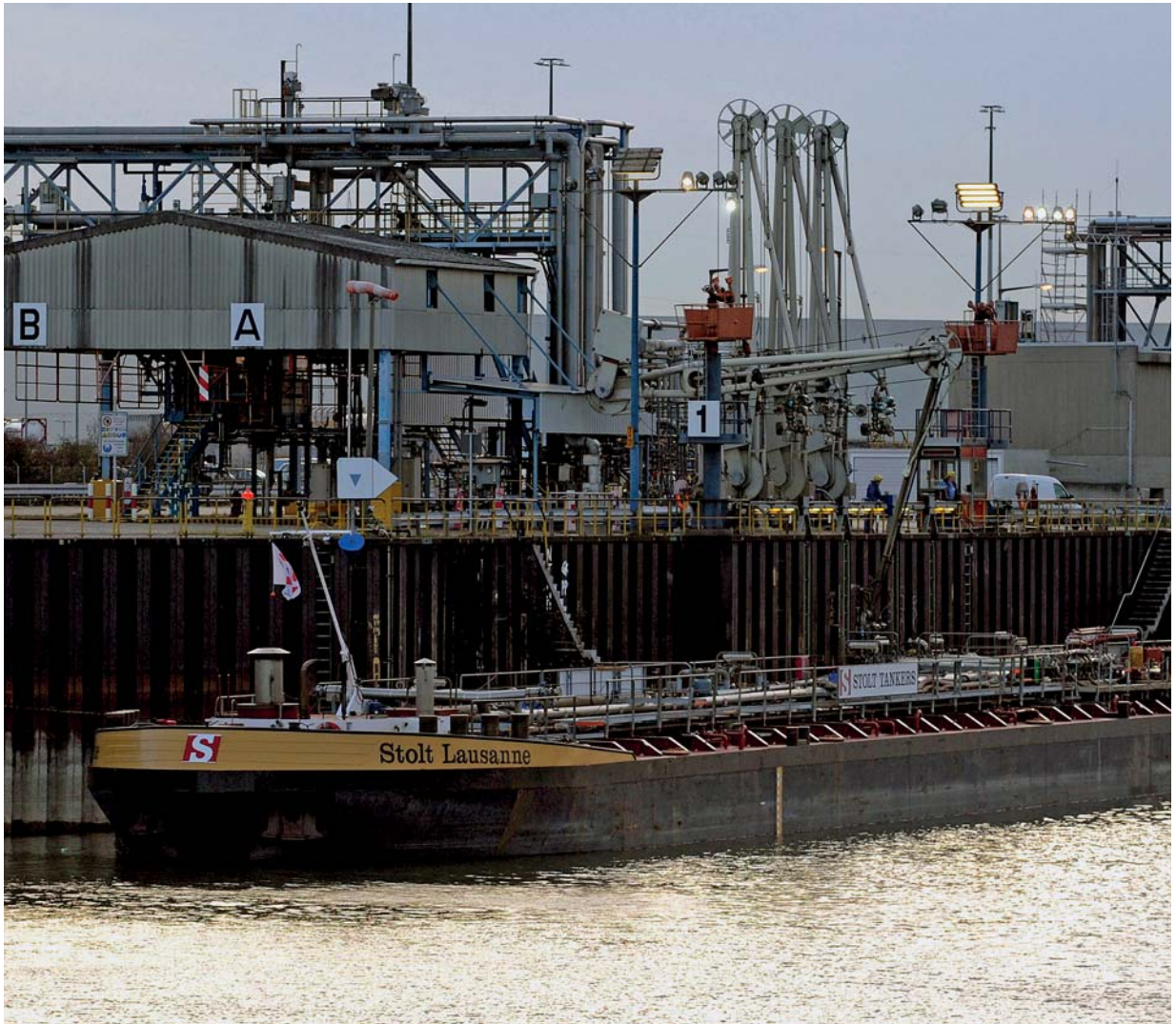
Kurzpräsentationen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/preise/kurzpraesentationen

Gemeinschaftsveröffentlichungen

www.statistik-portal.de





15. Außenhandel



Inhaltsverzeichnis

Tabellen

T 1: Ausgewählte Kennzahlen zum Außenhandel von Rheinland-Pfalz und von Deutschland 1990–2014	460
T 2: Ausfuhr 2004–2014 nach Bundesländern	461
T 3: Einfuhr 2004–2014 nach Bundesländern	462
T 4: Außenhandel 2004–2014 nach Kontinenten und ausgewählten Staaten	463
T 5: Ausfuhr 2004–2014 nach ausgewählten Warengruppen und Warenuntergruppen	465
T 6: Einfuhr 2004–2014 nach ausgewählten Warengruppen und Warenuntergruppen	466

Grafiken

G 1: Außenhandel in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1990–2014	459
G 2: Ausfuhr 2014 nach Bundesländern	461
G 3: Einfuhr 2014 nach Bundesländern	462
G 4: Ausfuhr 2014 nach Zielländern	464
G 5: Einfuhr 2014 nach Herkunftsländern	464
G 6: Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz und aus Deutschland 2014 nach Güterhauptgruppen	465
G 7: Einfuhr nach Rheinland-Pfalz und nach Deutschland 2014 nach Güterhauptgruppen	466

Metadaten

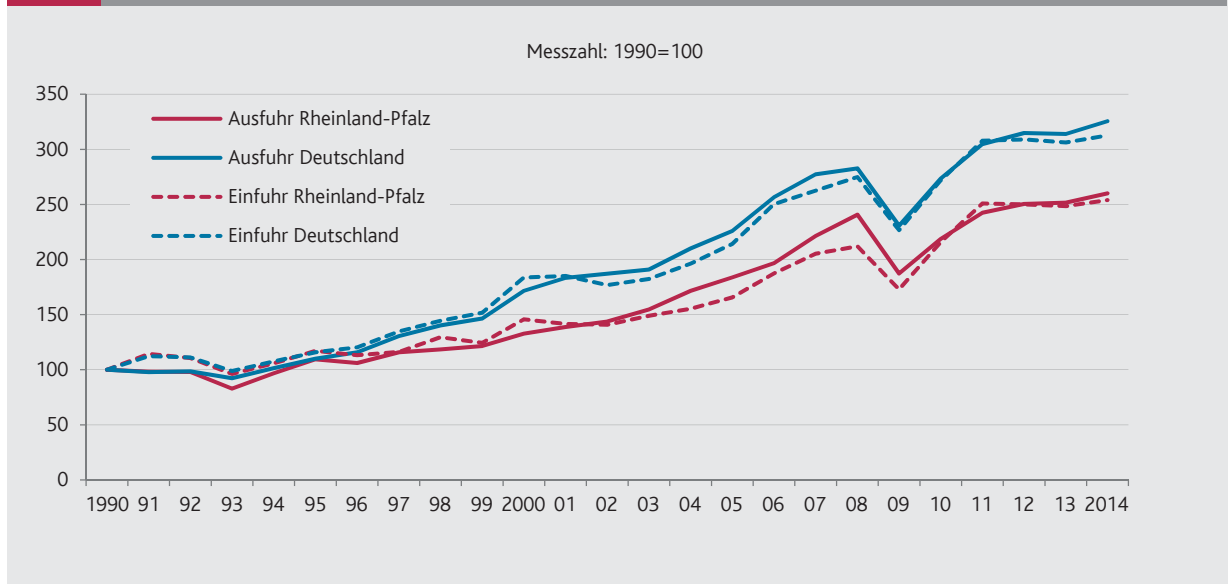
Datenquellen	467
Statistiken	467
Glossar	467
Internet	468

- Der rheinland-pfälzische Export ist im fünften Jahr in Folge gewachsen (+3,4 Prozent gegenüber 2013). Es wurden Güter im Wert von 48,1 Milliarden Euro ausgeliefert. Damit wurde ein neuer Höchstwert erzielt.
- Exportiert werden vor allem Vorleistungsgüter (Anteil am gesamten Export: 45 Prozent) und Investitionsgüter (30 Prozent).
- Die Ausfuhr von Vorleistungsgütern ging leicht um 0,4 Prozent zurück, die von Investitionsgütern stieg dagegen um 6,3 Prozent.
- Wichtigste Absatzgebiete sind die Mitgliedsländer der Europäischen Union mit einem Anteil von 60 Prozent am gesamten Ausfuhrwert. Die Warenausfuhr in die Eurozone stieg um 1,9 Prozent.
- Die wichtigsten Abnehmerländer sind Frankreich, die USA und das Vereinigte Königreich.
- Nach leichten Rückgängen in den Jahren 2012 und 2013 stieg der rheinland-pfälzische Import 2014 um 2,3 Prozent auf 31,9 Milliarden Euro und erreichte damit ebenfalls einen Höchstwert.
- Die Einfuhr von Vorleistungsgütern (Anteil am gesamten Import: 46 Prozent) ging um 2,4 Prozent zurück, während die Einfuhr von Investitionsgütern fast unverändert blieb.
- Die Wareneinfuhr aus den EU-Ländern (Anteil: 65 Prozent) erhöhte sich um 2,3 Prozent.

G 1

Außenhandel in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1990–2014

15



T 1

Ausgewählte Kennzahlen zum Außenhandel von Rheinland-Pfalz und von Deutschland 1990–2014

Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz						Deutschland	
		1990	2000	2005	2010	2013	2014 ^p	2013	2014 ^p
Ausfuhr									
Insgesamt	Mrd. EUR	18,5	24,5	34,0	40,4	46,5	48,1	1 093,1	1 133,5
	1990=100	100	132,7	183,8	218,7	251,6	260,0	314,0	325,6
Exportquote ¹	%	36,6	40,6	46,9	50,2	52,5	53,1	45,8	46,3
Europa	Anteil in %	75,5	73,2	73,2	69,1	68,5	68,1	68,4	68,0
	1990=100	100	128,7	178,3	200,3	228,2	234,7	276,3	284,7
darunter: EU 28	Anteil in %	85,1	89,7	88,7	87,1	86,1	87,8	83,3	85,2
	1990=100	100	135,7	185,8	205,1	230,8	242,1	271,4	286,1
darunter: Eurozone	Anteil in %	63,7	65,3	63,6	63,4	60,5	59,9	53,9	53,8
	1990=100	100	132,0	178,1	199,4	216,6	220,6	238,3	245,0
darunter: Frankreich	Anteil in %	19,6	18,7	17,2	15,9	16,2	15,5	13,4	13,2
	1990=100	100	122,9	156,2	162,1	188,3	185,0	231,1	235,9
USA	Anteil in %	6,0	7,9	8,3	8,6	8,8	9,5	8,2	8,5
	1990=100	100	172,4	253,8	310,1	367,2	408,9	371,8	399,8
Vereinigtes Königreich	Anteil in %	9,5	7,4	7,9	6,0	6,2	7,0	6,9	7,4
	1990=100	100	104,3	154,0	137,9	164,8	191,8	267,1	297,4
Vorleistungsgüter ²	Anteil in %	44,4	46,0	46,0	48,4	46,5	44,8	33,7	32,7
	1990=100	100	137,4	190,3	238,1	263,2	262,3	320,3	322,6
Investitionsgüter	Anteil in %	38,1	28,8	28,8	27,0	29,6	30,4	44,3	44,3
	1990=100	100	100,2	138,8	154,7	195,0	207,2	305,8	317,0
Konsumgüter ³	Anteil in %	14,8	21,5	21,5	20,9	20,5	20,7	16,9	16,7
	1990=100	100	192,5	266,7	308,8	347,5	363,4	333,0	343,0
Einfuhr									
Insgesamt	Mrd. EUR	12,6	18,3	20,8	27,1	31,2	31,9	898,2	916,6
	1990=100	100	145,8	165,7	215,8	248,4	254,0	306,3	312,6
Europa	Anteil in %	72,4	79,2	77,7	73,4	73,5	74,4	70,6	71,0
	1990=100	100	159,7	178,0	218,9	252,4	261,0	297,6	305,5
darunter: EU 28	Anteil in %	84,6	91,0	90,3	84,5	87,9	87,0	81,0	82,0
	1990=100	100	171,7	190,0	218,6	262,4	268,4	279,0	289,9
darunter: Eurozone	Anteil in %	69,4	70,0	70,7	66,4	67,4	65,4	54,0	54,0
	1990=100	100	161,2	181,3	209,6	244,9	245,8	246,3	252,8
darunter: Frankreich	Anteil in %	19,1	17,6	17,1	13,6	12,6	12,3	10,1	10,4
	1990=100	100	147,2	159,7	156,0	167,0	168,7	190,2	200,7
USA	Anteil in %	6,0	5,6	6,1	6,6	7,2	6,5	5,4	5,3
	1990=100	100	135,4	168,2	238,1	296,7	276,4	255,3	255,4
Vereinigtes Königreich	Anteil in %	4,7	4,1	3,7	3,3	3,8	4,0	4,7	4,6
	1990=100	100	128,7	130,8	151,8	201,7	218,8	222,3	221,1
Vorleistungsgüter ²	Anteil in %	44,5	50,9	50,9	54,4	48,3	46,1	43,8	41,5
	1990=100	100	166,7	189,4	263,5	269,5	263,2	327,5	316,8
Investitionsgüter	Anteil in %	26,2	21,9	21,9	19,2	23,4	22,9	28,3	28,9
	1990=100	100	122,0	138,7	158,3	222,0	222,3	282,5	293,9
Konsumgüter ³	Anteil in %	22,6	16,6	16,6	16,3	17,9	18,8	19,4	19,7
	1990=100	100	107,1	121,7	155,3	197,2	211,6	303,5	314,1

1 Im Verarbeitenden Gewerbe. – 2 Einschließlich Energie. – 3 Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

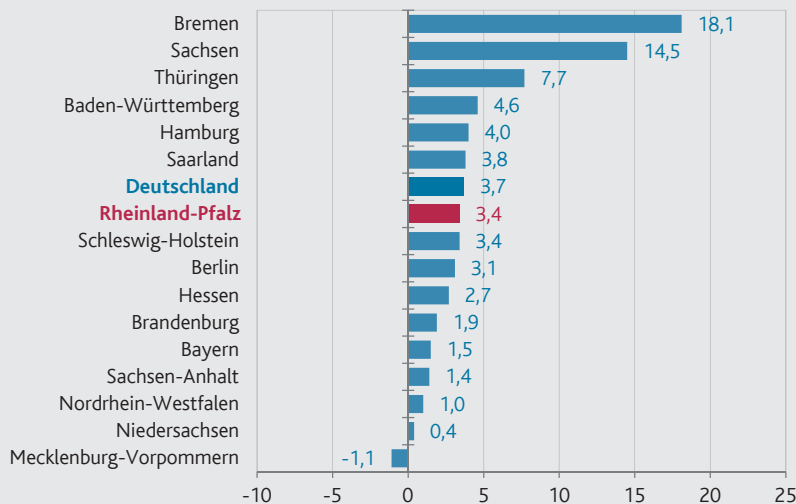
T 2 Ausfuhr 2004–2014 nach Bundesländern

Bundesland	2004	2005	2010	2013	2014 ^p					
					ins- gesamt	Veränderung zu		Anteil an Deutschland	Ausfuhr je Erwerbstätige/-n	
						2004	2013		1 000 EUR	Rang
	Mill. EUR				%					
Baden-Württemberg	113 395	123 144	152 722	173 299	181 251	59,8	4,6	16,0	30,1	3
Bayern	117 493	126 891	144 011	166 390	168 907	43,8	1,5	14,9	23,6	6
Berlin	10 040	9 964	12 041	12 926	13 324	32,7	3,1	1,2	7,4	16
Brandenburg	5 390	6 658	12 245	12 933	13 183	144,6	1,9	1,2	12,1	14
Bremen	11 754	12 533	13 995	14 668	17 326	47,4	18,1	1,5	41,2	2
Hamburg	20 698	22 245	35 576	49 180	51 146	147,1	4,0	4,5	42,9	1
Hessen	37 157	39 461	51 244	56 946	58 487	57,4	2,7	5,2	17,7	10
Mecklenburg-Vorpommern	2 998	2 889	6 034	7 298	7 221	140,8	-1,1	0,6	9,9	15
Niedersachsen	56 358	60 346	65 843	77 409	77 754	38,0	0,4	6,9	19,8	8
Nordrhein-Westfalen	133 886	144 811	160 233	178 806	180 521	34,8	1,0	15,9	19,9	7
Rheinland-Pfalz	31 725	33 981	40 426	46 507	48 099	51,6	3,4	4,2	24,4	5
Saarland	10 336	11 557	12 982	13 286	13 788	33,4	3,8	1,2	26,5	4
Sachsen	16 260	17 696	24 743	31 430	35 990	121,3	14,5	3,2	17,8	9
Sachsen-Anhalt	6 174	7 720	12 560	14 801	15 002	143,0	1,4	1,3	14,9	11
Schleswig-Holstein	14 579	16 283	18 262	18 970	19 622	34,6	3,4	1,7	14,6	12
Thüringen	7 357	7 859	10 823	12 114	13 047	77,3	7,7	1,2	12,5	13
Deutschland ¹	731 479	786 200	951 959	1 093 115	1 133 540	55,0	3,7	100	26,6	x

1 Einschließlich Waren, die keinem Bundesland zugeordnet werden können.

G 2 Ausfuhr 2014 nach Bundesländern

Veränderung zu 2013 in %



Die rheinland-pfälzischen Unternehmen haben 2014 Waren im Wert von 48,1 Milliarden Euro ausgeführt. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das eine Steigerung um 3,4 Prozent und Rang sieben im Vergleich der Bundesländer.

Die Exportquote der Industrie, also der Anteil ihres Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, beträgt 53 Prozent. Im Bundesländervergleich ist das die vierthöchste Exportquote. Im Bundesdurchschnitt liegt die Exportquote bei 46 Prozent.

T 3

Einfuhr 2004–2014 nach Bundesländern

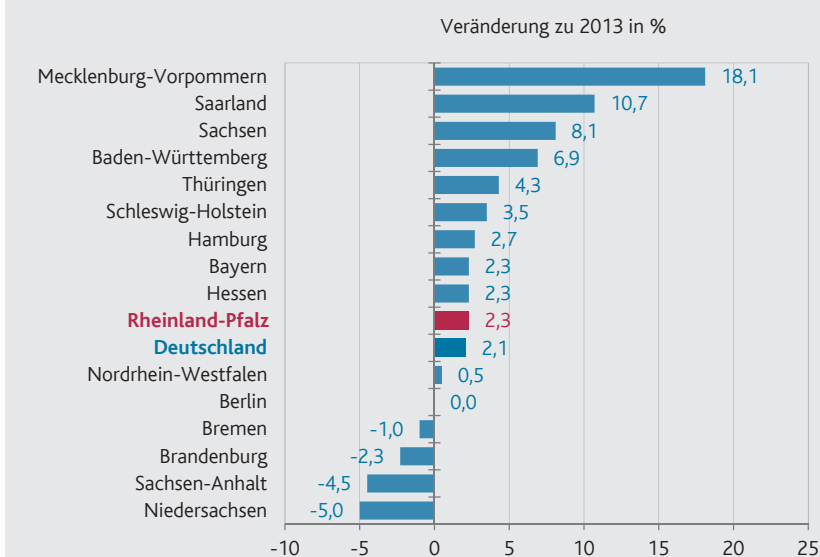
Bundesland	2004	2005	2010	2013	2014 ^p					
					ins- gesamt	Veränderung zu		Anteil an Deutschland	Einfuhr je Erwerbstätige/-n	
						2004	2013		1 000 EUR	Rang
	Mill. EUR				%					
Baden-Württemberg	90 058	98 730	126 295	140 873	150 596	67,2	6,9	16,4	25,0	3
Bayern	94 006	99 273	129 429	146 767	150 183	59,8	2,3	16,4	21,0	7
Berlin	6 480	7 066	9 505	9 730	9 734	50,2	0,0	1,1	5,4	16
Brandenburg	6 720	8 547	14 443	18 668	18 248	171,5	-2,3	2,0	16,8	9
Bremen	10 470	11 198	12 563	13 697	13 558	29,5	-1,0	1,5	32,2	2
Hamburg	41 594	46 661	67 324	68 904	70 783	70,2	2,7	7,7	59,3	1
Hessen	53 985	56 087	67 847	78 882	80 699	49,5	2,3	8,8	24,4	5
Mecklenburg-Vorpommern	2 186	2 669	3 931	4 425	5 225	139,0	18,1	0,6	7,1	15
Niedersachsen	49 810	54 666	72 583	82 455	78 326	57,3	-5,0	8,5	19,9	8
Nordrhein-Westfalen	138 422	150 117	176 562	205 642	206 593	49,2	0,5	22,5	22,7	6
Rheinland-Pfalz	19 502	20 798	27 086	31 184	31 914	63,6	2,3	3,5	16,2	10
Saarland	9 576	10 034	10 783	11 466	12 695	32,6	10,7	1,4	24,4	4
Sachsen	9 831	10 628	16 903	18 989	20 531	108,8	8,1	2,2	10,2	13
Sachsen-Anhalt	5 421	7 524	11 936	16 783	16 029	195,7	-4,5	1,7	15,9	11
Schleswig-Holstein	16 843	18 285	19 663	19 192	19 863	17,9	3,5	2,2	14,8	12
Thüringen	5 175	5 672	6 755	8 293	8 649	67,1	4,3	0,9	8,3	14
Deutschland ¹	579 861	631 496	801 442	898 164	916 636	58,1	2,1	100	21,5	x

1 Einschließlich Waren, die keinem Bundesland zugeordnet werden können.

15

G 3

Einfuhr 2014 nach Bundesländern



Die rheinland-pfälzischen Unternehmen haben 2014 Waren im Wert von 31,9 Milliarden Euro eingeführt. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Plus von 2,3 Prozent. Damit liegt Rheinland-Pfalz an zehnter Stelle im Vergleich der Bundesländer. Im Bundesdurchschnitt nahm der Wert der Einfuhren um 2,1 Prozent zu.

T 4

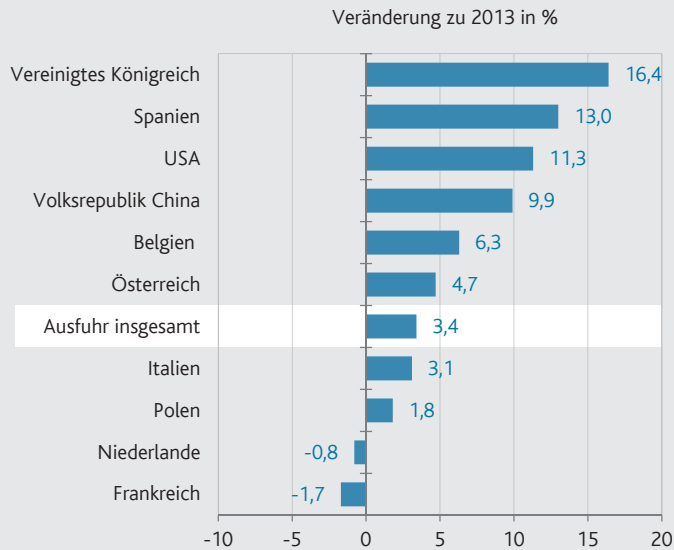
Außenhandel 2004–2014 nach Kontinenten und ausgewählten Staaten

Kontinente Staaten		2004	2005	2010	2013	2014 ^p			
						insgesamt	Veränderung zu		Anteil am Land
							2004	2013	
Mill. EUR						%			
Europa	Ausfuhr	23 257	24 870	27 941	31 834	32 747	40,8	2,9	68,1
	Einfuhr	15 497	16 167	19 887	22 926	23 703	52,9	3,4	74,4
Frankreich	Ausfuhr	4 278	4 276	4 437	5 154	5 065	18,4	-1,7	10,5
	Einfuhr	3 040	2 766	2 703	2 893	2 922	-3,9	1,0	9,2
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	2 559	2 691	2 410	2 880	3 352	31,0	16,4	7,0
	Einfuhr	762	767	889	1 182	1 283	68,4	8,5	4,0
Italien	Ausfuhr	2 352	2 396	2 959	2 614	2 696	14,6	3,1	5,6
	Einfuhr	1 266	1 341	1 608	1 961	1 968	55,4	0,3	6,2
Niederlande	Ausfuhr	1 849	1 860	2 457	2 696	2 675	44,7	-0,8	5,6
	Einfuhr	2 183	2 620	2 738	3 057	3 079	41,0	0,7	9,7
Belgien	Ausfuhr	1 547	1 684	2 067	2 239	2 381	53,9	6,3	5,0
	Einfuhr	2 229	2 232	2 879	3 565	3 465	55,4	-2,8	10,9
Spanien	Ausfuhr	1 962	2 045	2 056	2 061	2 328	18,6	13,0	4,8
	Einfuhr	867	787	978	1 309	1 264	45,8	-3,4	4,0
Österreich	Ausfuhr	1 531	1 498	1 628	1 773	1 856	21,3	4,7	3,9
	Einfuhr	630	635	977	1 005	1 029	63,3	2,4	3,2
Polen	Ausfuhr	782	932	1 291	1 694	1 724	120,6	1,8	3,6
	Einfuhr	518	552	851	1 167	1 323	155,6	13,3	4,1
Schweiz	Ausfuhr	874	997	1 284	1 395	1 411	61,5	1,2	2,9
	Einfuhr	540	612	1 633	1 690	1 850	242,6	9,5	5,8
Tschechische Republik	Ausfuhr	550	651	813	1 122	1 376	150,0	22,6	2,9
	Einfuhr	501	443	576	809	910	81,9	12,5	2,9
Russische Föderation	Ausfuhr	477	613	851	1 252	948	98,9	-24,2	2,0
	Einfuhr	426	565	955	439	512	20,1	16,7	1,6
Türkei	Ausfuhr	425	587	777	1 008	946	122,5	-6,1	2,0
	Einfuhr	155	217	258	372	379	144,6	1,7	1,2
Afrika	Ausfuhr	729	772	989	1 179	1 264	73,3	7,2	2,6
	Einfuhr	369	414	473	837	608	64,6	-27,4	1,9
Amerika	Ausfuhr	3 605	4 002	5 429	6 363	6 579	82,5	3,4	13,7
	Einfuhr	1 597	1 884	2 747	3 009	2 926	83,2	-2,8	9,2
USA	Ausfuhr	2 543	2 836	3 466	4 104	4 569	79,7	11,3	9,5
	Einfuhr	1 132	1 266	1 791	2 231	2 079	83,7	-6,8	6,5
Asien	Ausfuhr	3 833	3 995	5 693	6 757	7 112	85,5	5,3	14,8
	Einfuhr	1 975	2 284	3 925	4 355	4 591	132,4	5,4	14,4
Volksrepublik China	Ausfuhr	654	652	1 417	1 770	1 945	197,3	9,9	4,0
	Einfuhr	773	1 026	1 795	1 934	1 948	152,0	0,8	6,1
Japan	Ausfuhr	604	590	773	972	947	56,9	-2,5	2,0
	Einfuhr	327	337	363	479	628	91,9	31,0	2,0

15

G 4

Ausfuhr 2014 nach Zielländern



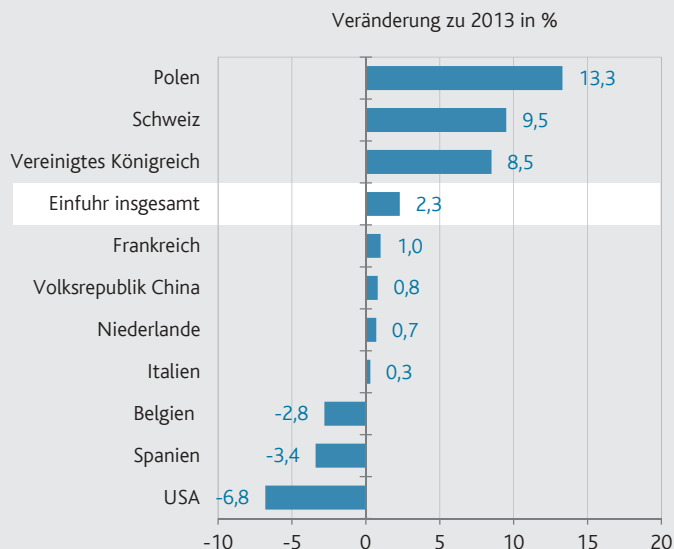
Der rheinland-pfälzische Export ist 2014 im fünften Jahr in Folge gewachsen. Die wichtigsten Absatzmärkte der rheinland-pfälzischen Unternehmen liegen naturgemäß in Europa. Insgesamt werden 68 Prozent der ausgeführten Waren hier abgesetzt.

Der mit Abstand wichtigste ausländische Absatzmarkt ist Frankreich. Im Jahr 2014 wurden Waren im Wert von fast 5,1 Milliarden Euro in das Nachbarland ausgeführt, das sind jedoch 1,7 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Weitere wichtige Abnehmerländer sind die USA und das Vereinigte Königreich.

15

G 5

Einfuhr 2014 nach Herkunftsländern



Fast drei Viertel der Importe kommen aus einem europäischen Land. Die wichtigsten Handelspartner sind die Nachbarländer Belgien (elf Prozent), Niederlande (9,7 Prozent) und Frankreich (9,2 Prozent). Die stärksten Zuwächse verzeichneten Polen (+13 Prozent), die Schweiz (+9,5 Prozent) und das Vereinigte Königreich (+8,5 Prozent).

T 5

Ausfuhr 2004–2014 nach ausgewählten Warengruppen und Warenuntergruppen

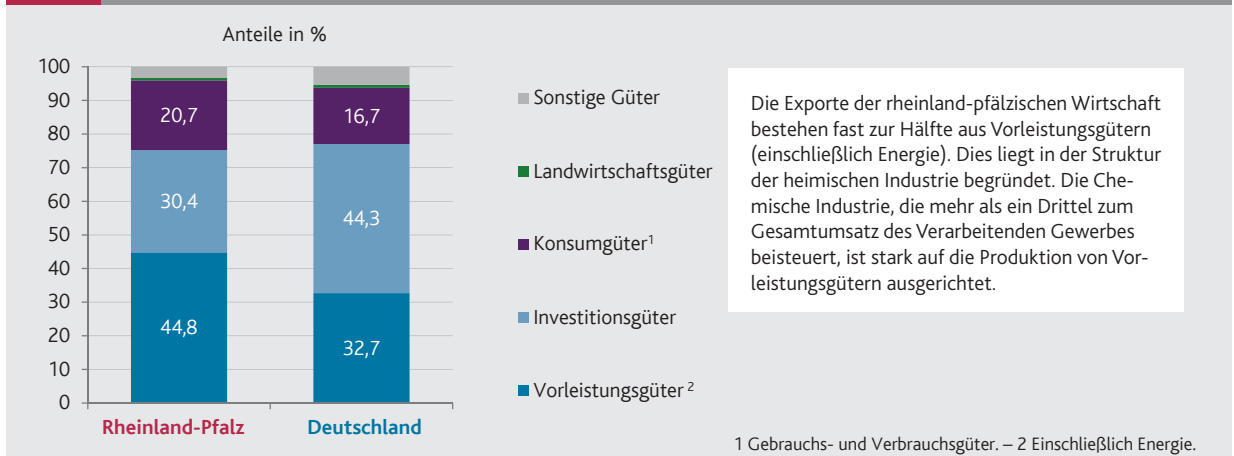
Warengruppen Warenuntergruppen	2004	2005	2010	2013	2014 ^p			
					insgesamt	Veränderung zu		Anteil am Land
						2004	2013	
		Mill. EUR				%		
Ausfuhr								
Vorleistungsgüter ¹	14 594	15 631	19 557	21 618	21 540	47,6	-0,4	44,8
Investitionsgüter	9 137	9 787	10 904	13 745	14 606	59,9	6,3	30,4
Konsumgüter ²	6 821	7 306	8 459	9 517	9 955	45,9	4,6	20,7
Ernährungswirtschaft	1 987	2 217	3 382	3 529	3 455	73,9	-2,1	7,2
Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	417	426	696	790	745	78,6	-5,7	1,5
Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	671	700	821	1 006	986	47,0	-2,0	2,1
Genussmittel	887	1 079	1 856	1 720	1 701	91,7	-1,1	3,5
Gewerbliche Wirtschaft	29 268	31 218	36 619	42 480	43 736	49,4	3,0	91,0
Rohstoffe	282	208	270	269	275	-2,3	2,4	0,6
Halbwaren	1 277	1 293	1 819	2 036	1 876	46,9	-7,9	3,9
Fertigwaren	27 709	29 717	34 530	40 175	41 585	50,1	3,5	86,5
Vorerzeugnisse	8 427	8 629	10 947	11 324	11 074	31,4	-2,2	23,0
Kunststoffe	2 425	2 280	2 797	3 040	3 086	27,2	1,5	6,4
chemische Vorerzeugnisse	2 278	2 468	3 113	3 348	3 274	43,7	-2,2	6,8
Enderzeugnisse	19 283	21 088	23 583	28 850	30 511	58,2	5,8	63,5
pharmazeutische Erzeugnisse	1 443	1 878	2 738	3 850	4 326	199,8	12,4	9,0
chemische Enderzeugnisse	1 216	1 338	1 859	2 771	2 733	124,8	-1,4	5,7
Lastkraftwagen und Spezialfahrzeuge	4 226	4 494	3 519	5 126	5 031	19,0	-1,9	10,5

1 Einschließlich Energie. – 2 Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

15

G 6

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz und aus Deutschland 2014 nach Güterhauptgruppen



T 6

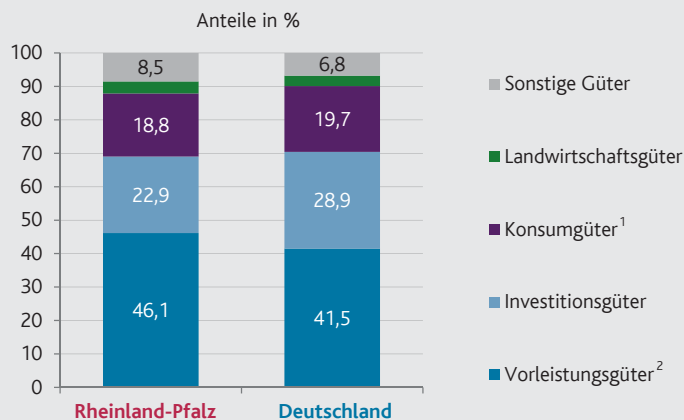
Einfuhr 2004–2014 nach ausgewählten Warengruppen und Warenuntergruppen

Warengruppen Warenuntergruppen	2004	2005	2010	2013	2014 ^p			Anteil am Land
					insgesamt	Veränderung zu		
						2004	2013	
	Mill. EUR					%		
Einfuhr								
Vorleistungsgüter ¹	9 923	10 586	14 726	15 063	14 709	48,2	-2,4	46,1
Investitionsgüter	4 269	4 555	5 199	7 293	7 303	71,1	0,1	22,9
Konsumgüter ²	3 236	3 452	4 406	5 596	6 003	85,5	7,3	18,8
Ernährungswirtschaft	2 121	2 021	2 591	3 204	3 146	48,3	-1,8	9,9
Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	333	329	424	579	617	85,4	6,6	1,9
Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	1 048	946	1 212	1 417	1 294	23,5	-8,7	4,1
Genussmittel	716	712	923	1 153	1 209	69,0	4,9	3,8
Gewerbliche Wirtschaft	16 699	18 152	23 630	26 662	26 816	60,6	0,6	84,1
Rohstoffe	612	769	1 088	522	489	-20,1	-6,4	1,5
Halbwaren	2 302	2 672	3 521	3 725	3 441	49,5	-7,6	10,8
Fertigwaren	13 785	14 711	19 021	22 415	22 886	66,0	2,1	71,8
Vorerzeugnisse	3 639	3 855	5 662	6 448	6 535	79,6	1,4	20,5
Kunststoffe	618	695	1 086	1 348	1 210	96,0	-10,2	3,8
chemische Vorerzeugnisse	1 284	1 268	1 730	1 838	1 894	47,5	3,0	5,9
Enderzeugnisse	10 146	10 856	13 359	15 967	16 351	61,2	2,4	51,3
pharmazeutische Erzeugnisse	323	414	638	978	1 231	281,5	25,9	3,9
chemische Enderzeugnisse	499	457	739	1 011	1 013	103,1	0,2	3,2
Lastkraftwagen und Spezialfahrzeuge	970	931	703	1 014	924	-4,8	-8,9	2,9

1 Einschließlich Energie. – 2 Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

G 7

Einfuhr nach Rheinland-Pfalz und nach Deutschland 2014 nach Güterhauptgruppen



Auch bei den Importen dominieren die Vorleistungsgüter (einschließlich Energie). Sie hatten 2014 einen Anteil von 46 Prozent an der gesamten rheinland-pfälzischen Einfuhr.

Wichtige Vorleistungsgüter, die von den rheinland-pfälzischen Unternehmen im Ausland eingekauft werden, sind „Anorganische Grundstoffe und Chemikalien“ (7,8 Prozent aller Importe) und „Mineralölerzeugnisse“ (5,4 Prozent).

1 Gebrauchs- und Verbrauchsgüter. – 2 Einschließlich Energie.

Datenquellen

Statistik	Tabelle	Grafik	Karten	Übersicht
Außenhandelsstatistik	T 1 bis T 6	G 1 bis G 7	-	-

Statistiken

Die **Außenhandelsstatistik** erfasst den Warenverkehr mit dem Ausland. Die Statistik wird zentral vom Statistischen Bundesamt erhoben und aufbereitet. Sie ist nach Warenarten und nach Herkunfts- bzw. Zielländern gegliedert. Nachgewiesen werden alle körperlich ein- und ausgehenden Waren sowie elektrischer Strom. Dienstleistungen aller Art sind grundsätzlich nicht Gegenstand der Außenhandelsstatistik. Eine Ausnahme sind Veredelungsgeschäfte im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Warenbewegungen; diese werden in der Außenhandelsstatistik erfasst und nachgewiesen. Bei einem Vergleich der Ein- und Ausfuhrergebnisse für Rheinland-Pfalz ist zum einen zu beachten, dass die Einfuhren nach dem System des „Generalhandels“, die Ausfuhren dagegen nach dem System des „Spezialhandels“ nachgewiesen werden. Folglich enthalten die rheinland-pfälzischen Ausfuhren nicht die Ausfuhren von Waren aus Lagern. Zum anderen sind in der rheinland-pfälzischen Einfuhr auch Waren enthalten, die über Rheinland-Pfalz als erstes bekanntes Zielland in andere Bundesländer oder wieder ins Ausland weitergeleitet werden. Aus diesen beiden Gründen ist eine Saldierung der Aus- und Einfuhrergebnisse methodisch nicht sinnvoll.

Seit der Einführung des EU-Binnenmarktes im Jahr 1993 wird in der Außenhandelsstatistik zwischen **Intrahandelsstatistik** (Warenverkehr zwischen EU-Staaten) und **Extrahandelsstatistik** (Warenverkehr mit Drittländern) unterschieden. Während die statistischen Angaben zum Extrahandel im Rahmen der Zollverfahren ermittelt werden, übermitteln die Unternehmen ihre Warenbewegungen im Handel mit EU-Mitgliedstaaten (Intrahandel) direkt an das Statistische

Bundesamt. Von der Auskunftspflicht sind Privatpersonen ausgenommen. Die Befreiung gilt auch für Auskunftspflichtige, deren im Intrahandel getätigte jährliche Versendung in andere Mitgliedstaaten oder Eingänge aus anderen Mitgliedstaaten den Wert von 500 000 Euro im Vorjahr nicht überschritten hat. Zur Extrahandelsstatistik sind Warensendungen bis zu einem Wert von 1000 Euro nicht anzumelden, soweit das Gesamtgewicht der Sendung 1000 Kilogramm nicht übersteigt.

Ab dem Berichtsjahr 2011 werden die Außenhandelsergebnisse monatlich revidiert. Die erste Revision eines Berichtsmonats findet zusammen mit der Aufbereitung des zweiten Folgemonats statt. Insgesamt werden für jeden Berichtsmonat sechs aufeinanderfolgende monatliche Revisionen durchgeführt. Im Oktober des Folgejahres erfolgt noch eine zusätzliche Jahresrevision. Die Ergebnisse werden dann als endgültig betrachtet. Das neue Revisionsverfahren wird erstmals mit Berichtsmonat März 2011 angewandt.

In den Tabellen und Grafiken sind die Warenwerte der Ausfuhren bzw. der Einfuhren nachgewiesen. Entsprechend den internationalen Standards wird als Warenwert der statistische Wert zugrunde gelegt. Dies ist der Wert der Waren an der deutschen Außengrenze. Der Statistische Wert ergibt sich in der Regel aus dem in Rechnung gestellten Entgelt für eine Ware beim Kauf im Einfuhrgeschäft oder beim Verkauf einer Ware im Ausfuhrgeschäft, wobei eine Kostenabgrenzung frei deutscher Grenze vorzunehmen ist. Zölle, Steuern oder andere Abgaben sind nicht im statistischen Wert enthalten.

Glossar

Ausfuhren (Export)

Die Ausfuhren umfassen alle Waren, die in Rheinland-Pfalz erzeugt, bearbeitet oder verarbeitet und ins Ausland geliefert werden.

Einfuhren (Import)

Die Einfuhren umfassen alle Waren, die aus dem Ausland nach Rheinland-Pfalz eingehen.

Eurozone

Gruppe der EU-Staaten, die den Euro als offizielle Währung haben.

Extrahandel

Warenverkehr mit den sogenannten Drittländern (Nicht-EU-Staaten). Die Erhebung der Extrahandelsdaten erfolgt über die Zollverwaltung zum Zeitpunkt der Erledigung der gesetzlich vorgeschriebenen Einfuhr- und Ausfuhrformlichkeiten.

Die statistischen Meldungen sind integraler Bestandteil der Zollanmeldungen und werden von den Zollstellen auf Vollständigkeit sowie offensichtliche Fehler geprüft und täglich dem Statistischen Bundesamt übermittelt.

Metadaten

Generalhandel

Der Generalhandel umfasst alle nach Rheinland-Pfalz eingehenden und aus Rheinland-Pfalz ausgehenden Waren. Die rheinland-pfälzischen Einfuhrzahlen umfassen die Ergebnisse des Generalhandels.

Intrahandel

Warenverkehr mit den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Im Intrahandel übermitteln die beteiligten Unternehmen ihre Daten in Form einer Direktanmeldung an das Statistische Bundesamt.

Spezialhandel

Der Spezialhandel umfasst im Wesentlichen nur die Waren, die zum Gebrauch, Verbrauch, zur Be- oder Verarbeitung in Rheinland-Pfalz eingehen und die Waren, die aus der Erzeugung und der Be- oder Verarbeitung in Rheinland-Pfalz stammen und ausgehen. Im Unterschied zum Generalhandel sind die Einfuhren und Ausfuhren von Waren auf bzw. aus Lager im Spezialhandel nicht enthalten. Dagegen enthält der Spezialhandel die Überführung (Einfuhren) aus Lagern in den freien Verkehr oder in die aktive Veredelung. Die rheinland-pfälzischen Ausfuhrzahlen umfassen die Ergebnisse des Spezialhandels.

Internet

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/aussenhandel

Pressemitteilungen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/aussenhandel/pressemitteilungen

Statistische Berichte

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/aussenhandel/statistische-berichte

Beiträge in den Statistischen Monatsheften

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/aussenhandel/monatsheftbeitraege

Übersichtstabellen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/aussenhandel/basisdaten-land

Analysen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/aussenhandel/analysen

Kurzpräsentationen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/aussenhandel/kurzpraesentationen

Gemeinschaftsveröffentlichungen

www.statistik-portal.de



16. Umwelt



Inhaltsverzeichnis

Tabellen

T 1: Ausgewählte Kennzahlen zur Umwelt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1991–2014	474
T 2: Umweltwirtschaftliche Kennzahlen 2010–2013 nach Bundesländern	475
T 3: Abfälle 2013 nach Bundesländern	476
T 4: Eingesammelte Haushaltsabfälle 2006–2013 nach Abfallarten	477
T 5: Entsorgung angelieferter Abfälle 2013 nach Anlagearten und ausgewählten Abfallkapiteln	478
T 6: In Rheinland-Pfalz erzeugte und in Deutschland entsorgte gefährliche Abfälle 2013 nach Verbleib und ausgewählten Abfallkapiteln	479
T 7: Aufkommen von Haushaltsabfällen bei den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern 2013 nach Verwaltungsbezirken	480
T 8: Wasseraufkommen, -gewinnung und -abgabe der öffentlichen Wasserversorgung 2004–2013	482
T 9: Klärschlamm Entsorgung der öffentlichen Kläranlagen 2006–2013 nach Entsorgungswegen	483
T 10: Wasseraufkommen der nichtöffentlichen Wasserversorgung 2010 und 2013 nach Wirtschaftszweigen	483
T 11: Öffentliche Abwasserentsorgung 2004–2013	484
T 12: Durchschnittliche Entgelte für die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung 2005–2013 nach Bestandteilen	485
T 13: Wassergewinnung und Wasserabgabe der öffentlichen Wasserversorgung 2013 nach Verwaltungsbezirken	486
T 14: Trinkwasserentgelte für Haushalte 2005–2013 nach Verwaltungsbezirken	488
T 15: Abwasseraufkommen der öffentlichen Kläranlagen und Kanalnetz 2013 nach Verwaltungsbezirken	490
T 16: Umweltschutzinvestitionen der Betriebe im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) 2013 nach Wirtschaftszweigen	492
T 17: Verwendung bestimmter klimawirksamer Stoffe 2008–2013 nach Verwendungsarten	492
T 18: Betriebe und Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz 2013	493
T 19: Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz 2013 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen und Umweltbereichen	493
T 20: Umweltschutzinvestitionen im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) 2008–2013 nach Verwaltungsbezirken	494
T 21: Betriebe, Beschäftigte und Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz 2013 nach Verwaltungsbezirken	496

Grafiken

G 1: Von den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern eingesammelte Abfälle in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2013 nach Abfallarten	473
G 2: Wasserverbrauch privater Haushalte 2013 nach Bundesländern	475
G 3: Abfallaufkommen 2013 nach Bundesländern	476
G 4: Angelieferte Abfälle 2013 nach Entsorgungsanlagen	477
G 5: Wassergewinnungsanlagen der öffentlichen Wasserversorgung 2013 nach Größenklassen	482
G 6: Verbrauchsabhängige Entgelte (netto) für Trinkwasser je Kubikmeter in Gemeinden 2013 nach Entgeltklassen	485

Karten

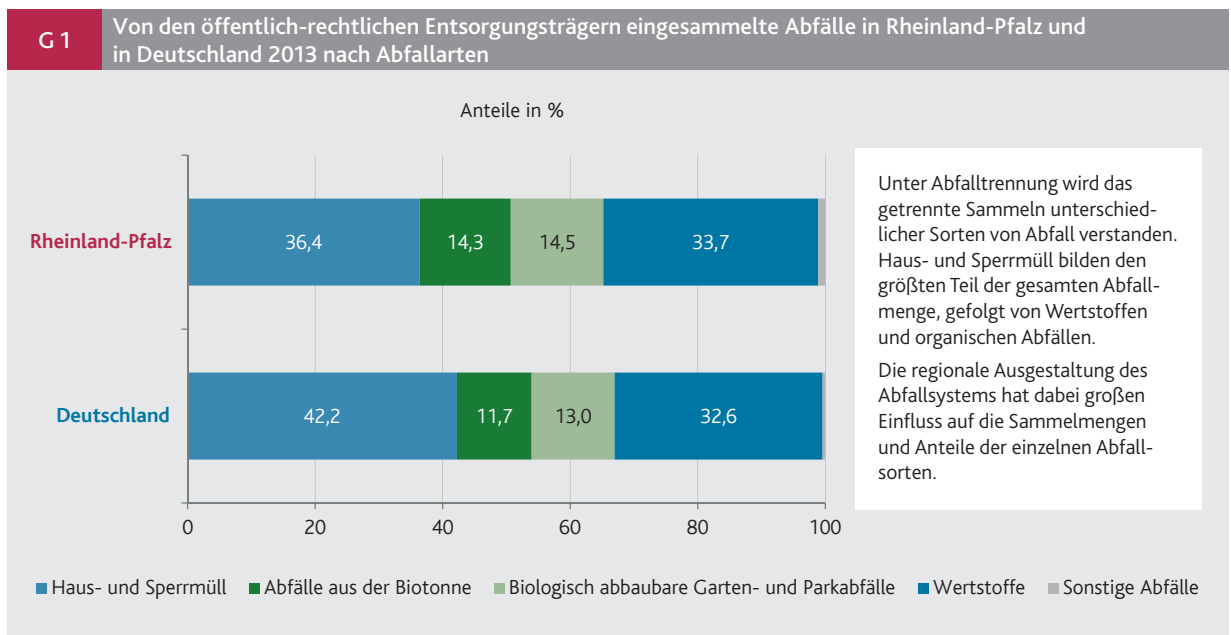
K 1: Aufkommen an Haushaltsabfällen 2013 nach Verwaltungsbezirken	481
K 2: Wasserverbrauch 2013 nach Verwaltungsbezirken	487
K 3: Trinkwasserentgelte für Haushalte 2013 nach Verwaltungsbezirken	489
K 4: Öffentliche Kläranlagen 2013 nach Verwaltungsbezirken	491
K 5: Umweltschutzinvestitionen im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) 2013 nach Verwaltungsbezirken	495
K 6: Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz 2013 nach Verwaltungsbezirken	497

Metadaten

Datenquellen	498
Statistiken	498
Glossar	500
Internet	502



- Im Jahr 2013 wurde je Rheinland-Pfälzerin bzw. Rheinland-Pfälzer rund eine halbe Tonne Haushaltsabfälle eingesammelt.
- Rheinland-pfälzische Entsorgungsanlagen nahmen über 17 Millionen Tonnen Abfälle an; Bau- und Abbruchabfälle hatten daran mit mehr als sechzig Prozent den größten Anteil.
- Für die öffentliche Wasserversorgung wird vorwiegend Grundwasser genutzt.
- Klärschlamm aus öffentlichen Kläranlagen wird überwiegend landwirtschaftlich verwertet.
- Sowohl die Trinkwasser- als auch die Abwasserentgelte sind in den letzten zehn Jahren gestiegen.
- Ein Haushalt mit 80 Kubikmeter Wasserverbrauch zahlte 2013 durchschnittlich 213 Euro für seine Wasserversorgung.
- Der durchschnittliche Pro-Kopf-Verbrauch von Trinkwasser lag 2013 bei 119 Liter am Tag.
- Rund 17 Prozent der gesamten Investitionen der Betriebe im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe dienten dem Umweltschutz. Die Schwerpunkte der Investitionen lagen in den Bereichen Gewässer- und Klimaschutz.
- Die rheinland-pfälzische Umweltbranche erzielte 2013 knapp 5,3 Milliarden Euro Umsatz.



T 1

Ausgewählte Kennzahlen zur Umwelt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1991–2014

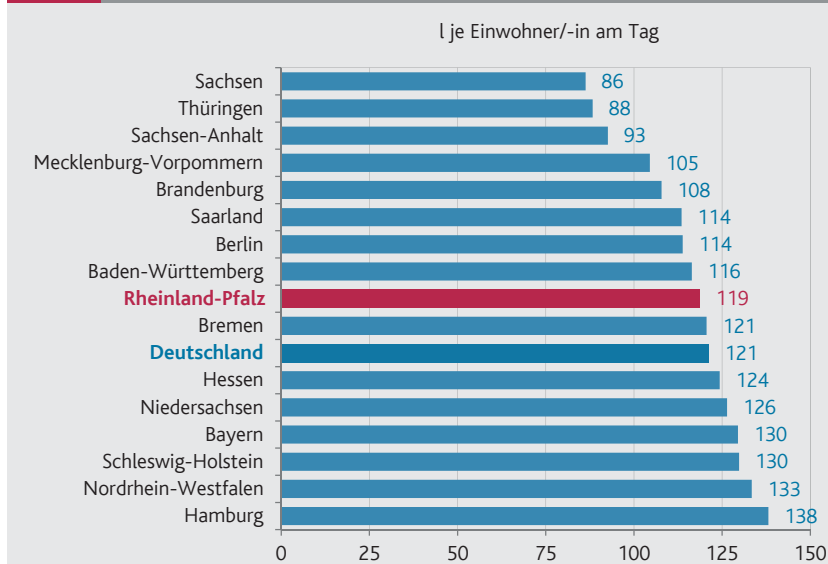
Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz						Deutschland	
		1991	2000	2005	2010	2013	2014	2013	2014
Trinkwasserentgelte je Haushalt mit 80 m³ Wasserverbrauch	EUR 2005=100	.	.	177,38 100	195,24 110,1	213,11 120,1	...	206,18 111,3	...
Abwasserentgelte für Haushalte je m³	EUR 2005=100	.	.	1,87 100	1,97 105,3	2,04 109,1
Aufkommen an Haushaltsabfällen je Einwohner/-in	kg/Jahr 2005=100	.	.	498,4 100	514,7 103,3	511,3 102,6	524,2 105,2	453,4 100,3	...
Umweltschutzinvestitionen der Betriebe des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe)	Mill. EUR	.	.	.	409,2	651,5
Anteil an Investitionen der Betriebe des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) insgesamt	%	.	.	.	12,9	17,1
Umweltumsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen ¹	Mill. EUR	.	.	1 421,5	3 900,3	5 257,7	...	66473,6	...
Darunter: Umweltumsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen im Verarbeitenden Gewerbe ¹	Mill. EUR	.	.	1 067,1	2 737,8	3 972,7	...	51238,7	...
Anteil des Umweltumsatzes mit Waren, Bau- und Dienstleistungen im Verarbeitenden Gewerbe am Umsatz insgesamt ¹	%	.	.	1,5	3,5	4,3	...	3,0	...
Beschäftigte (Vollzeitäquivalente) in der Umweltbranche	Anzahl	.	.	.	14 061	18 020	...	258 736	...
Umweltumsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen je Vollzeitäquivalent	1 000 EUR	.	.	.	277	292	...	257	...
		1991	1995	1998	2001	2010	2013	2010	2013
Wasserverbrauch von Haushalten ² je Einwohner/-in	l pro Tag 1991=100	138,3 100	129,6 93,7	127,3 92,0	124,5 90,0	119,1 86,1	118,6 85,8	120,7 83,8	121,2 84,1

¹ Vergleichbarkeit aus methodischen Gründen eingeschränkt. – ² Einschließlich Kleingewerbe.

T 2 Umweltwirtschaftliche Kennzahlen 2010–2013 nach Bundesländern

Bundesland	Wasserver- brauch von Haushalten ¹	Entgelte für					Umwelt- schutzin- vestitionen ^{3, 4}	Haushalts- abfälle ⁵
		Trinkwasserversorgung ²		Abwasserversorgung ²				
		verbrauchs- abhängig	verbrauchs- unabhängig	verbrauchs- abhängig	Niederschlags- wasserentgelt	Grund- gebühr		
	l je Kopf	EUR je m³	EUR je Jahr	EUR je m³	EUR je m²	EUR je Jahr	%	kg je Kopf
Baden-Württemberg	116	2,01	33,14	2,25	0,11	1,82	6,3	442
Bayern	130	1,45	45,19	1,81	0,27	8,62	6,6	471
Berlin	114	2,17	17,58	2,46	1,90	16,00	13,1	406
Brandenburg	108	1,52	79,62	3,34	0,33	66,42	16,8	393
Bremen	121	1,98	28,62	2,98	-	-	6,5	437
Hamburg	138	1,72	62,92	2,67	-	-	19,8	452
Hessen	124	1,98	33,86	2,66	0,35	1,98	10,8	461
Mecklenburg-Vorpommern	105	1,61	87,57	2,69	0,26	69,43	20,5	427
Niedersachsen	126	1,23	61,74	2,29	0,25	10,40	8,5	502
Nordrhein-Westfalen	133	1,62	118,90	2,46	0,92	3,73	8,2	463
Rheinland-Pfalz	119	1,70	77,42	1,97	0,42	6,79	16,2	511
Saarland	114	1,87	96,99	3,23	0,58	3,06	10,5	492
Sachsen	86	1,92	114,21	2,50	0,55	59,18	9,0	321
Sachsen-Anhalt	93	1,64	101,84	3,15	0,59	60,79	14,9	450
Schleswig-Holstein	130	1,42	47,17	2,10	0,26	37,80	14,5	471
Thüringen	88	2,00	126,07	2,19	0,25	50,61	14,1	408
Deutschland	121	1,69	70,98	2,36	0,49	15,39	9,4	453

1 2013; einschließlich Kleingewerbe. – 2 2013; für private Haushalte. – 3 2010. – 4 Anteil an den Investitionen im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) insgesamt. – 5 2013.

G 2 Wasserverbrauch privater Haushalte¹ 2013 nach Bundesländern

Pro Kopf verbrauchten die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer 2013 im Durchschnitt täglich 119 Liter Trinkwasser. Dies entspricht in etwa dem Inhalt einer mittelgroßen Badewanne.

Im Vergleich der Bundesländer zeigen sich große Unterschiede beim Wasserverbrauch. Dieser wird z. B. durch den Anteil des Kleingewerbes oder das Alter des Leitungsnetzes beeinflusst. In den neuen Bundesländern gibt es weniger Kleingewerbe und ein moderneres Leitungsnetz, was zu einem geringeren Pro-Kopf-Verbrauch führt.

1 Einschließlich Kleingewerbe.

T 3 Abfälle 2013 nach Bundesländern

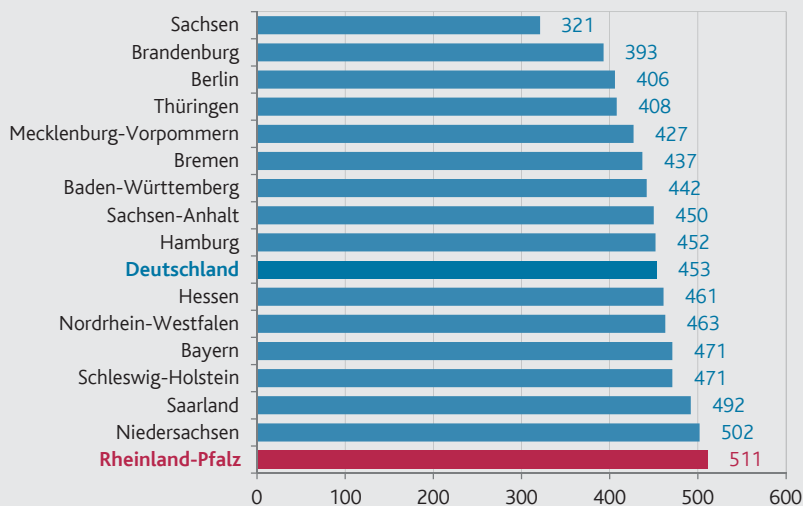
Bundesland	Entsorgung von Abfällen ¹		Aufkommen von Haushaltsabfällen ²				Erzeugte gefährliche Abfälle
	ins-gesamt	Anteil an Deutschland	ins-gesamt	darunter			
				Haus- und Sperrmüll	organische Abfälle ³	Wertstoffe ³	
	1 000 t	%	kg je Einwohner/-in				1 000 t
Baden-Württemberg	49 762	12,7	442	143	129	168	2 299
Bayern	69 995	17,8	471	166	142	159	2 295
Berlin	4 582	1,2	406	253	39	113	899
Brandenburg	18 526	4,7	393	210	47	135	886
Bremen	2 701	0,7	437	231	84	121	392
Hamburg	4 368	1,1	452	290	41	120	841
Hessen	35 866	9,1	461	196	126	139	1 579
Mecklenburg-Vorpommern	8 039	2,0	427	231	59	136	281
Niedersachsen	32 351	8,2	502	189	147	164	2 807
Nordrhein-Westfalen	75 726	19,3	463	213	108	141	4 864
Rheinland-Pfalz	17 157	4,4	511	186	147	172	1 296
Saarland	5 148	1,3	492	188	143	161	343
Sachsen	17 400	4,4	321	150	48	122	826
Sachsen-Anhalt	26 201	6,7	450	206	108	135	1 284
Schleswig-Holstein	11 647	3,0	471	224	95	151	480
Thüringen	12 831	3,3	408	187	86	131	370
Deutschland	392 300	100	453	191	112	148	21 741

1 An Entsorgungsanlagen angeliefert. – 2 Bei den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern. – 3 Getrennt erfasst.

G 3 Abfallaufkommen 2013 nach Bundesländern

16

kg je Einwohner/-in



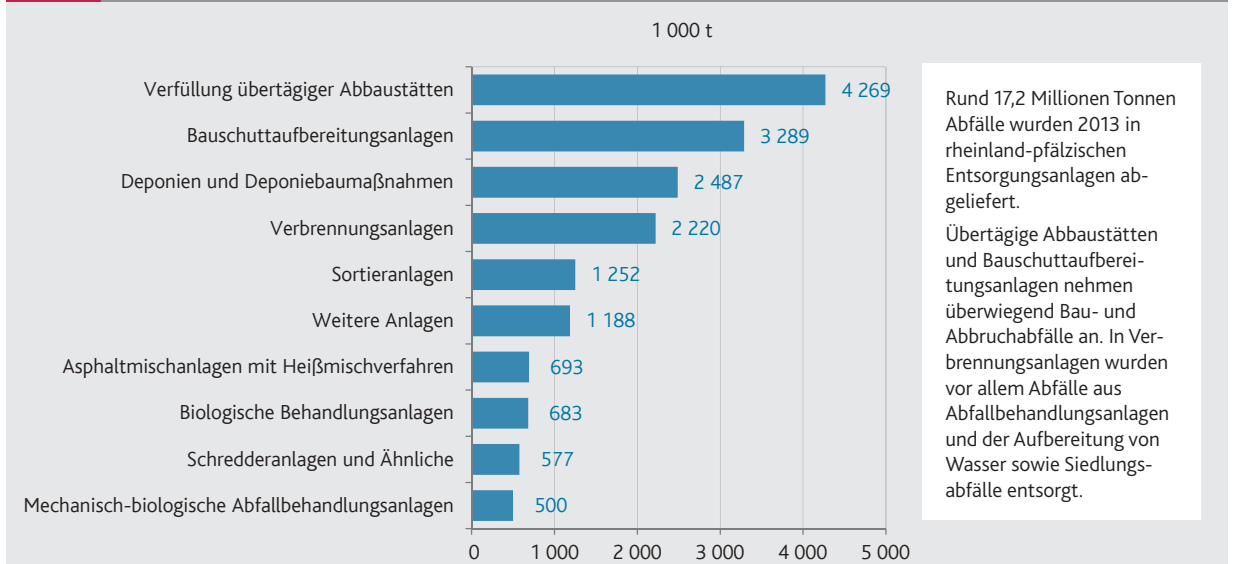
In Rheinland-Pfalz wurde 2013 das bundesweit höchste Aufkommen an Haushaltsabfällen verzeichnet. Die Spannweite zwischen den Bundesländern basiert zum Teil auf unterschiedlichen Sammelsystemen. So erfassen die Entsorgungsträger z. B. in unterschiedlichem Maße hausmüllähnliche Gewerbeabfälle.

Bei der Zusammensetzung der Abfallmenge zeigt sich, dass der Anteil der Wertstoffe sowie der organischen Abfälle in Rheinland-Pfalz überdurchschnittlich hoch ist, wohingegen die Menge an Haus- und Sperrmüll niedriger ist als im Bundesdurchschnitt.

T 4 Eingesammelte Haushaltsabfälle 2006–2013 nach Abfallarten

Abfallart	2006	2011	2012	2013				
				insgesamt	Veränderung zu		Anteil an insgesamt	je Einwohner/-in
					2006	2012		
	1 000 t				%			kg
Haus- und Sperrmüll	800,5	766,9	747,7	742,9	-7,2	-0,6	36,4	186,0
Getrennt erfasste								
Abfälle aus der Biotonne	.	296,0	296,2	292,0	.	-1,4	14,3	73,1
biologisch abbaubare Garten- und Parkabfälle	.	291,8	291,4	296,7	.	1,8	14,5	74,3
Wertstoffe	677,1	699,2	688,9	688,1	1,6	-0,1	33,7	172,3
darunter: Altpapier	347,0	356,1	349,1	340,9	.	-2,4	16,7	85,3
Sonstige Abfälle	17,7	17,0	20,1	22,4	27,0	11,4	1,1	5,6
Insgesamt	2 030,9	2 070,8	2 044,2	2 042,1	0,6	-0,1	100	511,3

G 4 Angelieferte Abfälle 2013 nach Entsorgungsanlagen



T 5

Entsorgung angelieferter Abfälle 2013 nach Anlagearten und ausgewählten Abfallkapiteln

Abfallkapitel ¹	Ins- gesamt	Anteil an insgesamt	Deponien und Deponie- baumaß- nahmen	Verfüllung übertägiger Abbau- stätten	Bauschutt- aufberei- tungs- anlagen ²	Ver- brennungs- anlagen	Sortier- anlagen	Übrige Anlagen
	1 000 t	%	1 000 t					
Insgesamt	17 157,4	100	2 486,8	4 269,1	3 982,7	2 220,2	1 251,6	2 946,9
darunter								
Abfälle aus Landwirtschaft, Gartenbau, Teichwirtschaft, Forstwirtschaft, Jagd	116,8	0,7	-	-	-	31,3	6,4	79,2
Abfälle aus der Holzbearbeitung und der Herstellung von Platten, Möbeln, Zellstoffen, Papier und Pappe	509,8	3,0	0,4	-	-	459,2	10,6	39,5
Abfälle aus organisch-chemischen Prozessen	177,5	1,0	-	-	-	137,6	0,7	39,2
Verpackungsabfall, Aufsaugmassen, Wischtücher, Filtermaterialien und Schutzbekleidung (a. n. g.)	801,6	4,7	0,6	-	-	70,1	662,6	68,3
Abfälle, die nicht anderswo im Verzeichnis aufgeführt sind	339,4	2,0	7,9	-	-	17,2	4,5	309,8
Bau- und Abbruchabfälle (einschließlich Aushub von verunreinigten Standorten)	10 476,8	61,1	1 861,4	4 263,5	3 512,3	89,7	190,3	559,6
Abfälle aus Abfallbehandlungsanlagen, öffentlichen Abwasserbehandlungs- anlagen sowie der Aufbereitung von Wasser für den menschlichen Gebrauch und Wasser für industrielle Zwecke	2 225,8	13,0	491,1	0,0	470,5	994,2	95,5	174,5
Siedlungsabfälle (Haushaltsabfälle und ähnliche gewerbliche und industrielle Abfälle sowie Abfälle aus Einrichtungen), einschließlich getrennt gesammelter Fraktionen	1 790,3	10,4	9,7	-	-	396,9	279,7	1 104,1
1 Gemäß Europäischem Abfallverzeichnis. – 2 Einschließlich Asphaltmischanlagen mit Heißmischverfahren.								

T 6

In Rheinland-Pfalz erzeugte und in Deutschland entsorgte gefährliche Abfälle 2013 nach Verbleib und ausgewählten Abfallkapiteln

Abfallkapitel ¹	Ins- gesamt	Veränderung zu		Anteil an insgesamt	Davon entsorgt in		
		2005	2012		Rheinland- Pfalz	Nachbar- ländern ²	übrigen Bundesländern
	t	%					
Insgesamt	1 296 248,7	-25,6	-2,4	100	62,3	31,4	6,3
darunter							
Abfälle aus anorganisch- chemischen Prozessen	33 808,5	.	-18,9	2,6	3,9	92,3	3,9
Abfälle aus organisch-chemischen Prozessen	84 486,4	90,4	10,7	6,5	15,6	55,1	29,3
Abfälle aus thermischen Prozessen	22 436,7	10,8	-20,4	1,7	20,1	73,6	6,3
Abfälle aus Prozessen der mechanischen Formgebung sowie der physikalischen und mechanischen Oberflächen- bearbeitung von Metallen und Kunststoffen	43 617,9	22,1	3,6	3,4	41,8	54,0	4,2
Ölabfälle und Abfälle aus flüssigen Brennstoffen	55 288,2	-12,1	-4,6	4,3	40,8	45,8	13,5
Abfälle, die nicht anderswo im Verzeichnis aufgeführt sind	68 003,1	-3,1	-7,0	5,2	48,9	38,9	12,2
Bau- und Abbruchabfälle (einschließlich Aushub von verunreinigten Standorten)	734 236,9	-40,0	-4,3	56,6	85,8	12,9	1,4
Abfälle aus Abfallbehandlungsanlagen, öffentlichen Abwasserbehandlungs- anlagen sowie der Aufbereitung von Wasser für den menschlichen Gebrauch und Wasser für industrielle Zwecke	201 727,1	-3,2	6,5	15,6	31,0	57,0	12,1

1 Gemäß Europäischem Abfallverzeichnis. – 2 Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Saarland.

T 7

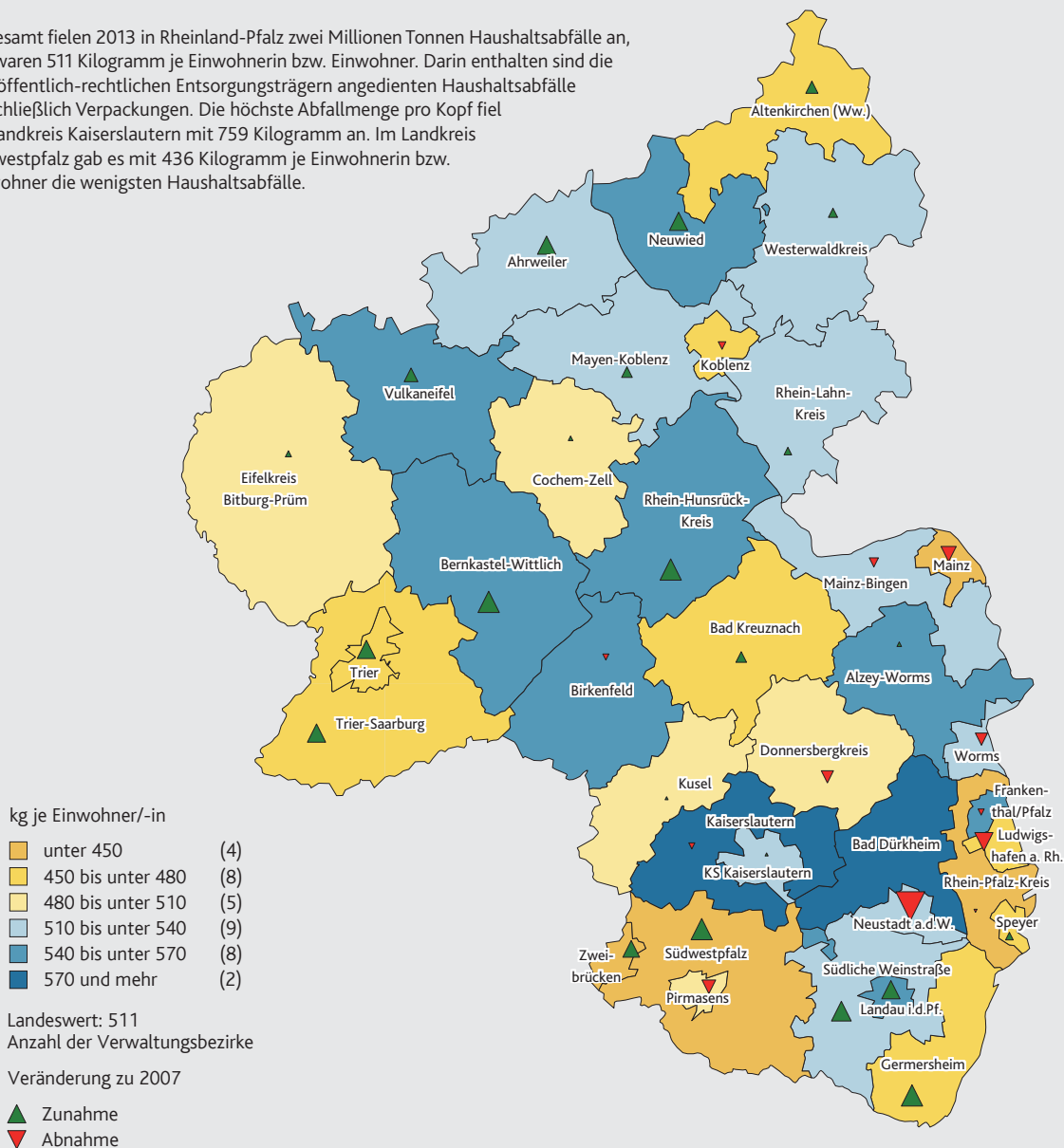
Aufkommen von Haushaltsabfällen bei den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern 2013
nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Ins- gesamt	Anteil am Land	Verände- rung zu 2007	Je Einwoh- ner/-in	Haus- und Sperrmüll	Getrennt erfasste			Sonstige Abfälle
						organische Abfälle	Wertstoffe		
	t	%	kg		insgesamt		darunter: Altpapier		
							%		
Frankenthal (Pfalz), St.	26 654	1,3	-0,7	563,1	41,7	26,4	31,4	15,0	0,5
Kaiserslautern, St.	52 444	2,6	-0,1	539,8	48,1	19,2	31,5	15,7	1,2
Koblenz, St.	50 315	2,5	2,1	454,8	44,7	18,4	36,7	18,4	0,2
Landau i. d. Pfalz, St.	24 373	1,2	11,0	556,1	27,2	35,4	36,8	16,7	0,6
Ludwigshafen a. Rh., St.	76 707	3,8	-11,0	474,9	47,3	20,2	32,3	16,5	0,3
Mainz, St.	89 834	4,4	-4,3	439,8	45,7	20,7	32,0	18,1	1,5
Neustadt a. d. Weinstr., St.	27 041	1,3	-22,7	516,1	41,6	16,3	41,3	18,8	0,9
Pirmasens, St.	19 738	1,0	-9,2	492,2	37,2	24,2	37,9	18,6	0,7
Speyer, St.	23 809	1,2	-0,0	478,7	38,0	24,7	36,0	19,8	1,3
Trier, St.
Worms, St.	42 125	2,1	-7,1	524,6	39,9	26,7	32,9	15,8	0,5
Zweibrücken, St.	15 311	0,7	5,7	449,2	42,7	23,8	33,0	17,4	0,5
Ahrweiler	65 409	3,2	6,2	518,7	41,7	23,7	33,6	15,1	1,1
Altenkirchen (Ww.)	59 103	2,9	-0,0	460,4	25,3	38,5	34,7	19,1	1,5
Alzey-Worms	70 170	3,4	0,4	560,4	36,1	33,2	30,0	13,5	0,7
Bad Dürkheim	77 016	3,8	-1,1	587,7	32,2	31,1	35,7	17,4	1,0
Bad Kreuznach	74 002	3,6	2,6	476,5	31,7	26,6	40,4	17,0	1,2
Bernkastel-Wittlich	60 702	3,0	10,5	548,6	34,5	31,1	33,5	17,1	1,0
Birkenfeld	43 836	2,1	-8,0	543,4	26,0	41,3	32,1	14,4	0,6
Cochem-Zell	31 819	1,6	-1,6	503,4	39,9	25,3	34,0	17,8	0,9
Donnersbergkreis	36 763	1,8	-7,8	488,9	34,4	28,5	36,2	19,5	1,0
Eifelkreis Bitburg-Prüm	48 745	2,4	2,6	506,9	52,4	21,1	25,3	14,4	1,2
Germersheim	59 615	2,9	11,4	475,3	28,5	32,4	37,5	16,9	1,7
Kaiserslautern	79 057	3,9	-4,8	759,3	28,5	37,1	32,2	15,6	2,2
Kusel	34 370	1,7	-4,8	483,4	41,6	24,0	33,6	17,0	0,8
Mainz-Bingen	105 928	5,2	-1,9	520,9	24,6	33,2	41,8	18,6	0,3
Mayen-Koblenz	107 921	5,3	2,1	514,4	44,9	22,9	31,0	16,6	1,2
Neuwied	97 820	4,8	7,2	545,1	25,8	41,6	31,4	14,7	1,2
Rhein-Hunsrück-Kreis	56 311	2,8	8,7	558,8	18,7	48,9	31,9	16,3	0,5
Rhein-Lahn-Kreis	63 390	3,1	-1,8	522,3	39,4	31,0	29,0	14,9	0,6
Rhein-Pfalz-Kreis	65 742	3,2	-0,3	441,0	31,5	24,4	43,1	21,8	1,1
Südliche Weinstraße	55 869	2,7	9,5	512,4	27,5	34,5	36,5	18,6	1,5
Südwestpfalz	42 135	2,1	6,2	436,2	40,5	17,5	40,9	20,8	1,1
Trier-Saarburg
Vulkaneifel	33 287	1,6	2,7	547,8	45,2	26,8	26,9	12,3	1,0
Westerwaldkreis	106 178	5,2	1,0	534,4	40,8	29,6	27,5	15,7	2,1
Trier, St./Trier-Saarburg	118 596	5,8	11,9	471,4	41,7	26,3	30,4	14,7	1,6
Rheinland-Pfalz	2 042 136	100	0,7	511,3	36,4	28,8	33,7	16,7	1,1
kreisfreie Städte ¹	448 350	22,0	-4,8	486,6	43,2	22,1	33,9	17,2	0,8
Landkreise ¹	1 475 189	72,2	1,7	522,9	33,9	31,1	33,9	16,7	1,2

¹ Ohne gemeinsames Entsorgungsgebiet Trier St./Trier-Saarburg.

K 1 Aufkommen an Haushaltsabfällen 2013 nach Verwaltungsbezirken¹

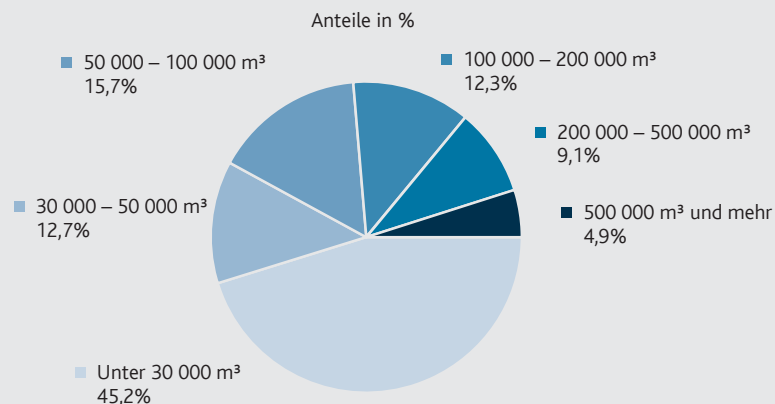
Insgesamt fielen 2013 in Rheinland-Pfalz zwei Millionen Tonnen Haushaltsabfälle an, das waren 511 Kilogramm je Einwohnerin bzw. Einwohner. Darin enthalten sind die den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern angedienten Haushaltsabfälle einschließlich Verpackungen. Die höchste Abfallmenge pro Kopf fiel im Landkreis Kaiserslautern mit 759 Kilogramm an. Im Landkreis Südwestpfalz gab es mit 436 Kilogramm je Einwohnerin bzw. Einwohner die wenigsten Haushaltsabfälle.



T 8 Wasseraufkommen, -gewinnung und -abgabe der öffentlichen Wasserversorgung 2004–2013

Wasserversorgung	2004	2007	2010	2013			
				insgesamt	Veränderung zu		Anteil an insgesamt
	Mill. m³				2004	2010	
%							
Wasseraufkommen und -gewinnung							
Wasseraufkommen insgesamt	318,0	307,6	304,2	303,1	-4,7	-0,4	100
Eigengewinnung	258,9	250,0	246,7	244,8	-5,4	-0,8	80,8
Fremdbezug	59,1	57,5	57,4	58,3	-1,4	1,6	19,2
Wassergewinnung							
aus rheinland-pfälzischen Anlagen	242,1	234,5	231,2	229,1	-5,4	-0,9	75,6
Grundwasser	173,0	165,4	164,4	163,2	-5,7	-0,7	53,8
Quellwasser	35,5	34,6	32,5	32,5	-8,5	-	10,7
Oberflächenwasser	33,6	34,5	34,2	33,4	-0,6	-2,3	11,0
aus Anlagen außerhalb Rheinland-Pfalz	16,8	15,5	15,6	15,7	-6,5	0,6	5,2
Wasserabgabe							
Wasserabgabe insgesamt	318,6	308,2	304,7	303,8	-4,6	-0,3	100
An Letztverbraucher in							
Rheinland-Pfalz	229,3	221,0	216,5	214,7	-6,4	-0,8	70,7
Haushalte und Kleingewerbe	179,9	174,5	174,0	172,4	-4,2	-0,9	56,7
sonstige Abnehmer	49,3	46,5	42,6	42,3	-14,2	-0,7	13,9
anderen Bundesländern	2,9	2,8	2,8	2,7	-6,9	-3,6	0,9
Zur Weiterverteilung	56,5	55,0	53,5	55,0	-2,7	2,8	18,1
Wasserwerkseigenverbrauch/Wasserverluste	29,9	29,5	31,9	31,4	5,0	-1,6	10,3

G 5 Wassergewinnungsanlagen der öffentlichen Wasserversorgung 2013 nach Größenklassen



In Rheinland-Pfalz gibt es viele kleine Wassergewinnungsanlagen, in denen weniger als 30 000 Kubikmeter Wasser gewonnen wird. Ihr Anteil an allen Wassergewinnungsanlagen liegt bei 45 Prozent, an der insgesamt gewonnenen Wassermenge allerdings nur fünf Prozent.

T 9 Klärschlamm Entsorgung der öffentlichen Kläranlagen 2006–2013 nach Entsorgungswegen

Entsorgungsweg	2006	2010	2012	2013			
				insgesamt	Veränderung zu		Anteil an insgesamt
					2006	2012	
Trockenmasse in t				%			
Stoffliche Verwertung zusammen	68 295	64 225	63 204	63 940	-6,4	1,2	74,9
landwirtschaftliche Verwertung	61 998	58 290	57 399	57 391	-7,4	-0,0	67,3
landschaftsbauliche Maßnahme	3 379	2 541	2 696	2 968	-12,2	10,1	3,5
sonstige stoffliche Verwertung	2 918	3 394	3 109	3 581	22,7	15,2	4,2
Thermische Entsorgung	23 196	21 305	21 078	21 090	-9,1	0,1	24,7
Sonstige Klärschlamm Entsorgung	-	-	-	301	x	x	0,4
Insgesamt	91 491	85 530	84 282	85 331	-6,7	1,2	100

T 10 Wasseraufkommen der nichtöffentlichen Wasserversorgung 2010 und 2013 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	2010	2013						
	Wasseraufkommen insgesamt	Verän- derung zu 2010	Anteil an insgesamt	Eigengewinnung				Fremd- bezug
				ins- gesamt	darunter			
					Grund- wasser	Oberflächen- wasser		
	1 000 m³	%	1 000 m³					
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	x	15 732	x	0,9	5 411	5 134	83	10 321
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	11 329	15 975	41,0	0,9	15 939	2 458	13 442	36
Verarbeitendes Gewerbe	1 580 619	1 400 514	-11,4	81,1	1 373 426	48 638	1 319 017	27 088
darunter								
Nahrungs- und Futtermittelindustrie	16 825	17 244	2,5	1,0	12 999	1 803	11 196	4 245
Getränkeherstellung	10 252	10 596	3,4	0,6	8 430	3 141	1 428	2 166
Papier- und Pappeindustrie	22 203	22 605	1,8	1,3	20 064	3 716	15 267	2 541
Chemische Industrie	1 487 655	1 311 549	-11,8	75,9	1 298 416	31 598	1 266 079	13 133
Pharmazeutische Industrie	2 148	2 416	12,5	0,1	1 532	174	1 358	884
Gummi- und Kunststoffwarenindustrie	7 691	7 286	-5,3	0,4	6 620	588	6 021	665
Glas- und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	5 591	4 727	-15,4	0,3	3 994	3 563	418	734
Metallerzeugungs- und Metallbearbeitungsindustrie	23 992	19 839	-17,3	1,1	18 964	2 635	16 328	875
Energieversorgung	310 012	217 192	-29,9	12,6	215 853	1 308	214 545	1 339
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung	40 446	40 194	-0,6	2,3	39 870	638	39 225	324
Sonstige Wirtschaftszweige	26 443	37 910	43,4	2,2	31 973	8 792	17 521	5 937
darunter: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	14 473	19 499	34,7	1,1	18 320	3 060	14 424	1 179
Insgesamt	1 973 676	1 727 517	-12,5	100	1 682 473	66 968	1 603 834	45 044

T 11 Öffentliche Abwasserentsorgung 2004–2013

Abwasserentsorgung	Einheit	2004	2010	2013	Einheit	Veränderung 2013 zu	
						2004	2010
Bevölkerung	Anzahl	4 061 105	4 006 995	3 988 588	%	-1,8	-0,5
Anschlussgrad der Bevölkerung an die Kanalisation	%	98,9	99,3	99,4	Prozentpunkte	0,5	0,1
Kanalisation und zentrale Kläranlagen ¹	%	98,7	99,2	99,4	Prozentpunkte	0,7	0,2
mechanische Kläranlagen	%	0,1	0,0	0,0	Prozentpunkte	-0,1	-0,0
biologische Anlagen ohne weitergehende Behandlung	%	4,8	2,8	2,1	Prozentpunkte	-2,7	-0,7
biologische Anlagen mit weitergehender Behandlung	%	93,8	96,4	97,2	Prozentpunkte	3,4	0,8
Denitrifikation ²	%	89,9	93,4	95,3	Prozentpunkte	5,4	1,9
Phosphor-Entfernung ²	%	78,3	82,0	84,8	Prozentpunkte	6,5	2,8
Denitrifikation und Phosphor-Entfernung ²	%	76,5	80,6	84,0	Prozentpunkte	7,5	3,4
Kanalnetz	km	30 215	32 188	33 012	%	9,3	2,6
Mischsystem	km	21 463	21 843	22 000	%	2,5	0,7
Trennsystem	km	8 752	10 344	11 012	%	25,8	6,5
Schmutzwasserkanal	km	4 998	5 832	6 203	%	24,1	6,4
Regenwasserkanal	km	3 754	4 512	4 809	%	28,1	6,6
Regenentlastungsanlagen	Anzahl	6 187	6 700	6 993	%	13,0	4,4
Volumen	m³	2 797 910	3 274 637	3 421 051	%	22,3	4,5
Öffentliche Kläranlagen ¹	Anzahl	777	705	680	%	-12,5	-3,5
Behandlungsverfahren							
nur mechanisch	Anzahl	20	5	1	%	-95,0	-80,0
biologisch ohne weitergehende Behandlung	Anzahl	233	161	134	%	-42,5	-16,8
biologisch mit weitergehender Behandlung	Anzahl	524	539	545	%	4,0	1,1
Denitrifikation ²	Anzahl	415	445	474	%	14,2	6,5
Phosphor-Entfernung ²	Anzahl	310	346	393	%	26,8	13,6
Denitrifikation und Phosphor-Entfernung ²	Anzahl	278	313	367	%	32,0	17,3
Ausbaugröße (Kapazität) in Einwohnerwerten ¹	Anzahl	7 146 813	7 118 206	7 008 510	%	-1,9	-1,5
Angeschlossene Einwohnerwerte ¹	Anzahl	5 495 477	5 355 940	5 408 962	%	-1,6	1,0
angeschlossene Einwohnergleichwerte	Anzahl	1 721 126	1 620 460	1 688 277	%	-1,9	4,2
angeschlossene Einwohner/-innen	Anzahl	3 774 351	3 735 480	3 720 685	%	-1,4	-0,4
Abwasseraufkommen ¹	1 000 m³	475 484	525 371	545 785	%	14,8	3,9
Schmutzwasser	1 000 m³	230 477	227 328	232 401	%	0,8	2,2
Fremdwasser	1 000 m³	99 332	111 750	119 660	%	20,5	7,1
Niederschlagswasser	1 000 m³	145 675	186 293	193 724	%	33,0	4,0

1 Ab 2010 ohne Kleinkläranlagen. – 2 Mehrfachzählungen möglich.

T 12

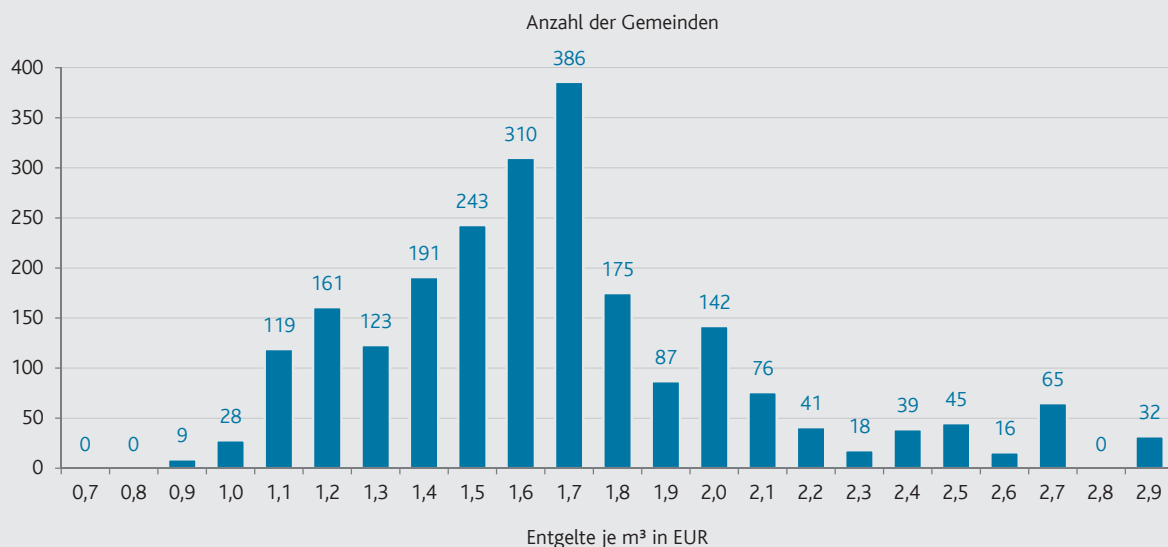
Durchschnittliche Entgelte für die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung 2005–2013 nach Bestandteilen

Jahr	Trinkwasserentgelte			Abwasserentgelte		
	verbrauchs- abhängig	verbrauchs- unabhängig	Jahresentgelt bei 80 m³ Jahresverbrauch	verbrauchs- abhängig	Niederschlagswasserentgelt versiegelter oder sonstiger Fläche	Grundgebühr
	EUR je m³	EUR je Jahr	EUR	EUR je m³	EUR je m²	EUR je Jahr
2005	1,50	57,28	177,38	1,87	0,40	.
2010	1,60	66,96	195,24	1,97	0,42	.
2011	1,62	69,42	198,99	1,99	0,43	8,92
2012	1,65	73,06	204,75	2,03	0,44	9,13
2013	1,70	77,42	213,11	2,04	0,44	9,51
Messzahl: 2005=100						
2010	106,7	116,9	110,1	105,3	105,0	.
2011	108,0	121,2	112,2	106,4	107,5	.
2012	110,0	127,5	115,4	108,6	110,0	.
2013	113,3	135,2	120,1	109,1	110,0	.

G 6

Verbrauchsabhängige Entgelte (netto) für Trinkwasser je Kubikmeter in Gemeinden 2013 nach Entgeltklassen

16



T 13

Wassergewinnung und Wasserabgabe der öffentlichen Wasserversorgung 2013 nach Verwaltungsbezirken¹

Verwaltungsbezirk	Wassergewinnung					Wasserabgabe an Letztverbraucher				
	ins-gesamt		Anteil an insgesamt	darunter		ins-gesamt	Anteil an insgesamt	Haushalte und Kleingewerbe		sonstige Abnehmer
				Grund-wasser	Quell-wasser			zusammen	je ² Einwohner/-in	
	Anlagen	1 000 m³	%			1 000 m³	%	1 000 m³	l jeTag	1 000 m³
Frankenthal (Pfalz), St.	11	3 665	1,6	100	-	2 719	1,3	2 245	130,5	474
Kaiserslautern, St.	26	8 076	3,5	75,6	24,4	6 016	2,8	3 812	107,8	2 204
Koblenz, St.	7	5 760	2,5	1,7	-	6 153	2,9	5 245	130,8	908
Landau i. d. Pfalz, St.	17	1 302	0,6	51,8	48,2	2 610	1,2	2 043	128,5	567
Ludwigshafen a. Rh., St.	25	12 243	5,3	100	-	10 733	5,0	7 794	132,9	2 939
Mainz, St.	3	178	0,1	100	-	12 423	5,8	10 312	139,1	2 111
Neustadt a. d. Weinstr., St.	21	4 260	1,9	99,8	0,2	2 864	1,3	2 332	122,3	532
Pirmasens, St.	3	194	0,1	100	-	2 284	1,1	1 848	126,3	436
Speyer, St.	5	2 786	1,2	100	-	3 057	1,4	2 462	135,7	595
Trier, St.	8	896	0,4	92,5	7,5	6 246	2,9	4 340	111,9	1 906
Worms, St.	-	-	-	-	-	4 963	2,3	4 107	141,1	856
Zweibrücken, St.	6	1 966	0,9	100	-	1 865	0,9	1 560	126,3	305
Ahrweiler	23	4 988	2,2	72,8	27,1	6 327	2,9	5 605	122,3	722
Altenkirchen (Ww.)	34	1 069	0,5	94,8	5,2	5 509	2,6	4 999	107,0	510
Alzey-Worms	21	12 788	5,6	98,4	1,6	6 464	3,0	5 140	112,7	1 324
Bad Dürkheim	106	7 325	3,2	84,5	15,5	7 570	3,5	5 977	125,0	1 593
Bad Kreuznach	129	10 233	4,5	87,7	12,3	7 817	3,6	6 553	115,8	1 264
Bernkastel-Wittlich	135	7 940	3,5	64,8	35,2	7 000	3,3	4 769	118,2	2 231
Birkenfeld	74	6 003	2,6	6,1	55,6	3 953	1,8	3 044	103,4	909
Cochem-Zell	43	1 779	0,8	21,3	28,0	3 589	1,7	2 466	106,9	1 123
Donnersbergkreis	27	1 985	0,9	93,6	6,4	3 466	1,6	2 959	107,8	507
Eifelkreis Bitburg-Prüm	77	8 933	3,9	80,7	19,3	6 399	3,0	3 894	111,6	2 505
Germersheim	29	7 222	3,2	100	-	6 503	3,0	5 560	122,1	943
Kaiserslautern	62	8 479	3,7	94,8	5,2	6 006	2,8	5 142	135,6	864
Kusel	8	2 696	1,2	99,1	0,9	3 398	1,6	2 890	111,0	508
Mainz-Bingen	68	14 148	6,2	11,2	3,1	9 983	4,7	8 381	113,4	1 602
Mayen-Koblenz	60	16 755	7,3	67,7	5,5	11 220	5,2	8 926	116,9	2 294
Neuwied	96	9 850	4,3	87,8	12,2	8 568	4,0	7 619	116,4	949
Rhein-Hunsrück-Kreis	43	2 415	1,1	96,3	3,7	5 281	2,5	4 125	112,3	1 156
Rhein-Lahn-Kreis	184	5 695	2,5	56,8	23,9	5 729	2,7	4 674	105,8	1 055
Rhein-Pfalz-Kreis	32	8 183	3,6	100	-	7 650	3,6	6 820	125,8	830
Südliche Weinstraße	130	7 958	3,5	39,1	60,9	5 749	2,7	4 643	116,8	1 106
Südwestpfalz	70	7 388	3,2	83,0	17,0	4 310	2,0	3 835	108,8	475
Trier-Saarburg	115	14 431	6,3	38,4	14,0	6 634	3,1	5 614	107,0	1 020
Vulkaneifel	105	8 550	3,7	78,1	21,9	4 180	1,9	2 725	122,8	1 455
Westerwaldkreis	232	11 005	4,8	74,2	25,8	9 441	4,4	7 943	109,6	1 498
Rheinland-Pfalz	2 035	229 144	100	71,2	14,2	214 679	100	172 403	118,6	42 276
kreisfreie Städte	132	41 326	18,0	79,8	6,5	61 933	28,8	48 100	128,8	13 833
Landkreise	1 903	187 818	82,0	69,3	15,9	152 746	71,2	124 303	115,1	28 443

¹ Einschließlich Gewinnungsanlagen von Versorgungsunternehmen mit Sitz in anderen Bundesländern. – ² Versorgtem.

K 2 Wasserverbrauch 2013 nach Verwaltungsbezirken

Insgesamt wurden 2013 rund 172,4 Millionen Kubikmeter Wasser von Haushalten und Kleingewerbe verbraucht. Der Pro-Kopf-Verbrauch lag bei durchschnittlich 118,6 Liter am Tag. In den kreisfreien Städten ist der Verbrauch mit 129 Litern je Einwohnerin bzw. Einwohner deutlich höher als in den Landkreisen (115 Liter). Ein Grund dafür dürfte die größere Zahl von kleingewerblichen Betrieben in den kreisfreien Städten sein. Der höchste Durchschnittsverbrauch wurde für Worms mit 141 Litern pro Kopf errechnet. Den geringsten Wert wies der Landkreis Birkenfeld mit 103 Litern auf.

l je Einwohner/-in am Tag

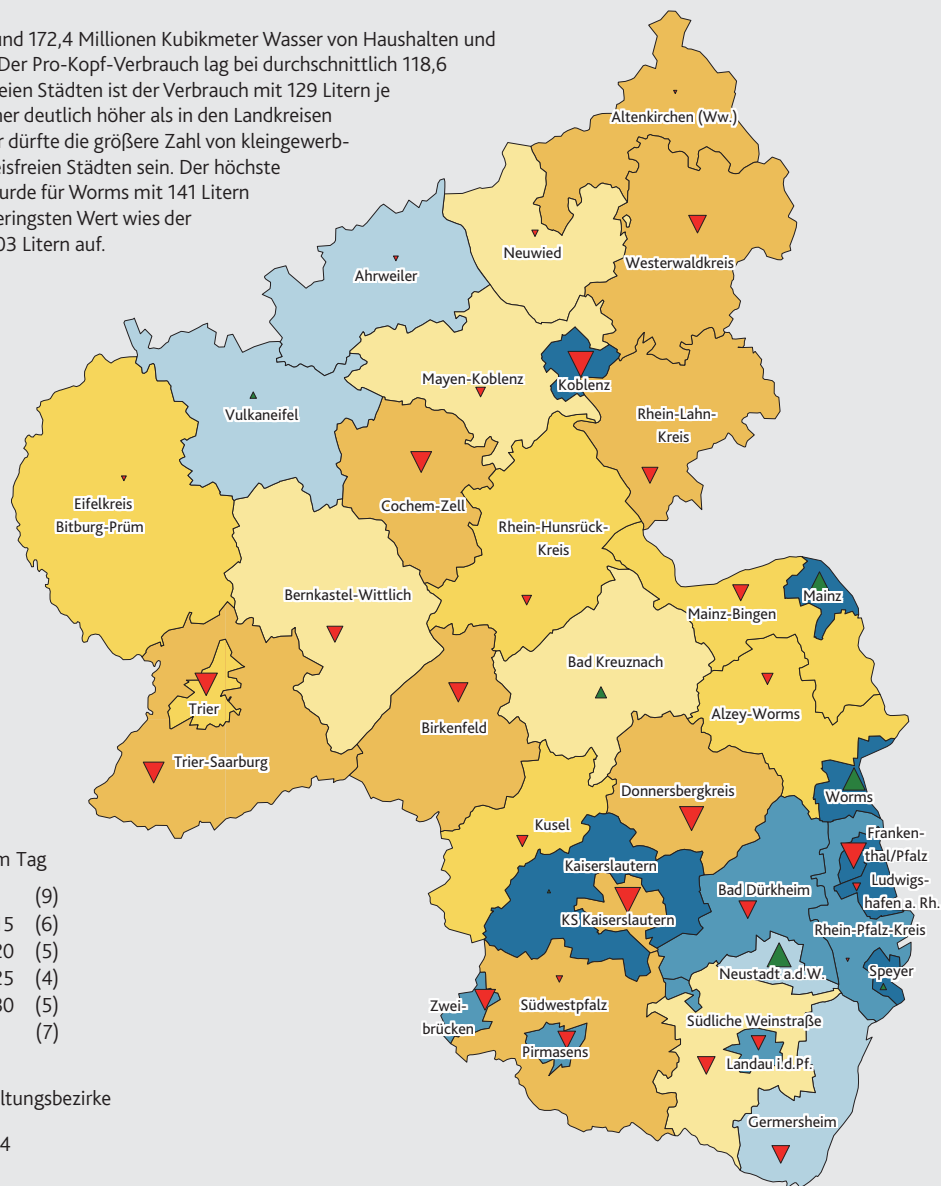
- | | |
|-------------------|-----|
| unter 110 | (9) |
| 110 bis unter 115 | (6) |
| 115 bis unter 120 | (5) |
| 120 bis unter 125 | (4) |
| 125 bis unter 130 | (5) |
| 130 und mehr | (7) |

Landeswert: 118,6

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2004

- ▲ Zunahme
▼ Abnahme



T 14

Trinkwasserentgelte für Haushalte 2005–2013¹ nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	2005	2010	2012	2013				
	Jahresentgelt bei 80 m³ Jahresverbrauch				Veränderung zu		verbrauchs- abhängig	verbrauchs- unabhängig
	EUR				2005	2012		
	EUR				%		EUR je m³	EUR
Frankenthal (Pfalz), St.	120,48	128,98	149,80	180,62	49,9	20,6	1,46	64,20
Kaiserslautern, St.	132,77	145,68	185,29	200,70	51,2	8,3	1,77	59,46
Koblenz, St.	171,41	188,53	197,09	202,23	18,0	2,6	1,83	55,85
Landau i. d. Pfalz, St.	148,73	161,84	178,12	193,62	30,2	8,7	1,84	46,38
Ludwigshafen a. Rh., St.	152,88	202,34	213,84	218,33	42,8	2,1	1,92	65,11
Mainz, St.	283,38	284,73	285,19	258,48	-8,8	-9,4	1,77	117,24
Neustadt a. d. Weinstr., St.	150,87	161,14	161,14	192,07	27,3	19,2	1,79	49,11
Pirmasens, St.	154,72	177,62	187,25	205,44	32,8	9,7	1,93	51,36
Speyer, St.	148,73	148,73	148,73	148,73	-	-	1,53	26,32
Trier, St.	217,04	218,25	218,62	223,10	2,8	2,0	1,75	82,71
Worms, St.	161,01	193,25	195,48	199,43	23,9	2,0	1,77	58,19
Zweibrücken, St.	159,00	158,94	158,94	179,76	13,1	13,1	1,77	38,52
Ahrweiler	224,15	237,40	246,82	257,33	14,8	4,3	2,00	97,16
Altenkirchen (Ww.)	213,64	235,68	246,63	249,15	16,6	1,0	1,81	104,36
Alzey-Worms	190,90	189,67	189,10	205,10	7,4	8,5	1,57	79,75
Bad Dürkheim	161,58	182,20	191,74	195,73	21,1	2,1	1,77	54,33
Bad Kreuznach	208,40	229,24	237,30	248,33	19,2	4,6	1,99	89,26
Bernkastel-Wittlich	137,17	146,77	150,59	158,05	15,2	5,0	1,36	49,54
Birkenfeld	216,71	293,34	319,80	330,13	52,3	3,2	2,78	107,99
Cochem-Zell	144,52	125,73	156,49	162,48	12,4	3,8	1,20	66,61
Donnersbergkreis	184,21	227,90	239,84	244,39	32,7	1,9	2,00	84,66
Eifelkreis Bitburg-Prüm	191,33	214,69	219,27	227,91	19,1	3,9	1,77	86,04
Germersheim	126,44	132,96	133,20	145,89	15,4	9,5	1,31	41,29
Kaiserslautern	153,29	173,91	180,97	188,02	22,7	3,9	1,64	57,16
Kusel	156,81	183,62	203,83	212,84	35,7	4,4	1,94	57,72
Mainz-Bingen	193,89	194,87	197,91	214,36	10,6	8,3	1,65	82,02
Mayen-Koblenz	156,31	174,46	188,95	206,95	32,4	9,5	1,46	90,08
Neuwied	197,10	220,66	235,68	251,49	27,6	6,7	1,75	111,65
Rhein-Hunsrück-Kreis	172,78	190,52	203,04	209,61	21,3	3,2	1,49	90,35
Rhein-Lahn-Kreis	209,67	244,89	258,41	266,34	27,0	3,1	2,00	106,19
Rhein-Pfalz-Kreis	131,87	134,42	138,34	147,62	11,9	6,7	1,17	53,84
Südliche Weinstraße	161,41	174,04	181,80	195,24	21,0	7,4	1,63	64,89
Südwestpfalz	169,34	189,41	202,88	206,18	21,8	1,6	1,51	85,64
Trier-Saarburg	163,19	185,42	198,95	207,61	27,2	4,4	1,62	78,31
Vulkaneifel	155,27	176,84	177,16	190,37	22,6	7,5	1,57	65,12
Westerwaldkreis	163,93	186,04	194,86	200,39	22,2	2,8	1,52	78,76
Rheinland-Pfalz	177,38	195,24	204,75	213,11	20,1	4,1	1,70	77,42
kreisfreie Städte	183,11	200,01	209,24	212,55	16,1	1,6	1,66	65,59
Landkreise	175,46	193,62	203,21	213,30	21,6	5,0	1,56	74,67

¹ Stichtag jeweils 1. Januar.

K 3

Trinkwasserentgelte für Haushalte 2013 nach Verwaltungsbezirken

Für einen Kubikmeter Trinkwasser musste ein rheinland-pfälzischer Haushalt im Jahr 2013 durchschnittlich 1,70 Euro aufwenden. Daneben fiel eine verbrauchsunabhängige Grundgebühr in Höhe von 77,42 Euro pro Jahr an. Die Modellrechnung für einen Musterhaushalt in Rheinland-Pfalz mit einem Jahresverbrauch von 80 Kubikmetern Trinkwasser ergibt eine Belastung von 213 Euro. Der günstigste Preis errechnet sich für den Landkreis Germersheim mit durchschnittlich knapp 146 Euro, am meisten mussten die Haushalte im Landkreis Birkenfeld mit 330 Euro zahlen.

EUR je Haushalt
mit einem Verbrauch von 80 m³ pro Jahr

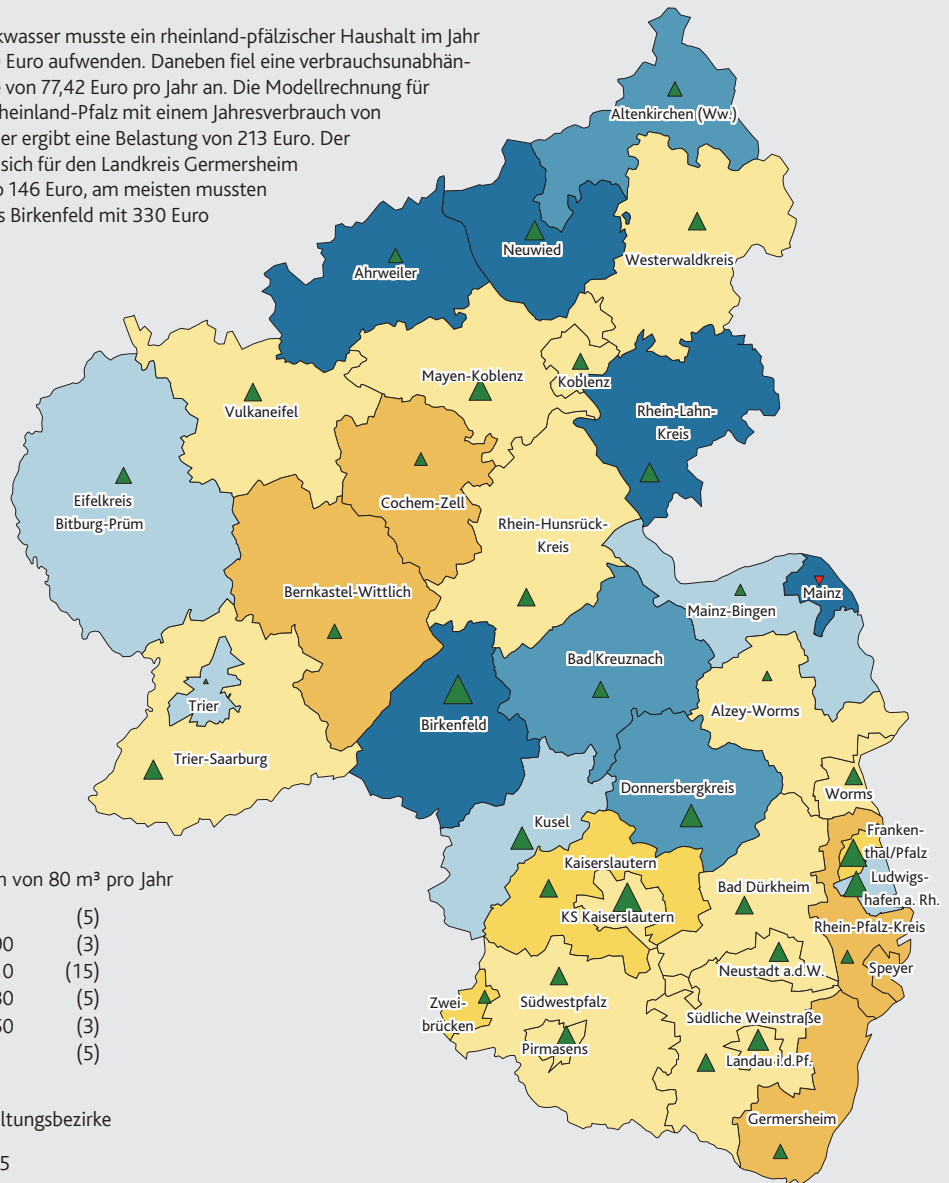
unter 170	(5)
170 bis unter 190	(3)
190 bis unter 210	(15)
210 bis unter 230	(5)
230 bis unter 250	(3)
250 und mehr	(5)

Landeswert: 213

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2005

- ▲ Zunahme
- ▼ Abnahme



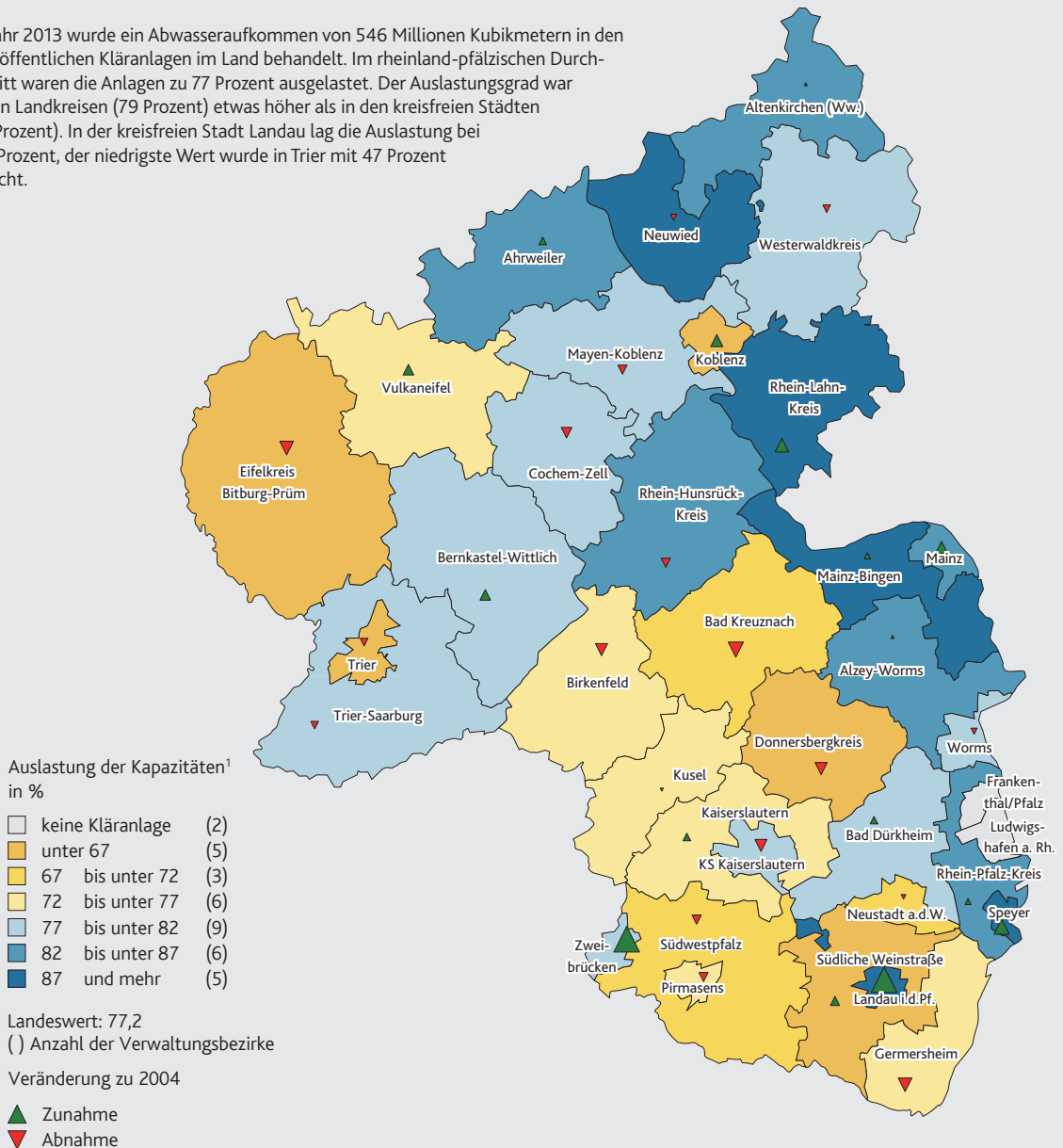
T 15 Abwasseraufkommen der öffentlichen Kläranlagen und Kanalnetz 2013 nach Verwaltungsbezirken¹

Verwaltungsbezirk	Kläranlagen	Abwasseraufkommen insgesamt	Anteil an insgesamt	Veränderung zu 2010	Häusliches und betriebliches Schmutzwasser	Fremd- und Niederschlagswasser	Länge des Kanalnetzes insgesamt	Mischkanalisation	Trennkanalisation	
									Schmutzwasserkanal	Regenwasserkanal
	Anzahl	1 000 m³			%		km		%	
Frankenthal (Pfalz), St.	-	-	-	-	-	-	171,7	95,4	3,7	0,9
Kaiserslautern, St.	1	24 591	4,5	0,7	49,8	50,2	502,7	74,8	10,9	14,2
Koblenz, St.	1	13 615	2,5	8,6	56,7	43,3	537,1	49,2	21,7	29,1
Landau i. d. Pfalz, St.	2	6 834	1,3	0,9	38,1	61,9	250,7	79,7	7,3	13,0
Ludwigshafen a. Rh., St.	-	-	-	-	-	-	521,2	82,3	7,7	10,0
Mainz, St.	1	20 511	3,8	-1,1	70,1	29,9	675,3	72,8	12,0	15,2
Neustadt a. d. Weinstr., St.	2	5 036	0,9	-2,1	59,9	40,1	288,4	52,8	21,5	25,7
Pirmasens, St.	4	5 729	1,0	-14,9	46,3	53,7	275,7	71,4	14,1	14,4
Speyer, St.	1	5 981	1,1	12,6	70,1	29,9	209,2	66,4	16,3	17,2
Trier, St.	3	13 251	2,4	6,1	61,4	38,6	482,1	79,1	10,0	10,9
Worms, St.	1	10 968	2,0	2,0	71,8	28,2	401,0	87,7	3,7	8,6
Zweibrücken, St.	1	6 444	1,2	5,0	41,0	59,0	262,0	63,9	13,5	22,6
Ahrweiler	16	15 958	2,9	8,8	49,0	51,0	1 302,2	53,6	27,7	18,7
Altenkirchen (Ww.)	14	24 912	4,6	-0,6	35,5	64,5	1 714,2	63,1	23,4	13,6
Alzey-Worms	14	14 865	2,7	7,0	40,0	60,0	919,8	75,9	13,6	10,5
Bad Dürkheim	17	12 697	2,3	-3,2	53,3	46,7	867,4	66,0	19,0	15,0
Bad Kreuznach	19	24 450	4,5	-4,7	38,1	61,9	1 391,9	73,2	13,9	12,9
Bernkastel-Wittlich	53	17 707	3,2	12,8	42,0	58,0	1 310,1	59,7	22,0	18,3
Birkenfeld	24	21 963	4,0	-0,6	25,6	74,4	962,9	67,5	16,7	15,8
Cochem-Zell	39	11 444	2,1	12,3	35,3	64,7	762,3	63,2	20,1	16,8
Donnersbergkreis	21	6 118	1,1	1,3	48,5	51,5	831,0	50,0	31,1	18,9
Eifelkreis Bitburg-Prüm	83	17 000	3,1	13,2	31,5	68,5	1 683,3	44,1	41,3	14,5
Germersheim	14	16 373	3,0	20,4	49,4	50,6	751,0	62,3	20,0	17,8
Kaiserslautern	22	15 435	2,8	-1,6	49,8	50,2	1 029,0	61,2	21,7	17,1
Kusel	17	11 416	2,1	0,3	33,6	66,4	777,1	78,5	10,7	10,7
Mainz-Bingen	12	18 794	3,4	3,9	56,0	44,0	1 334,9	72,5	14,5	13,0
Mayen-Koblenz	24	23 468	4,3	6,6	45,4	54,6	1 553,0	67,0	17,5	15,6
Neuwied	25	24 033	4,4	7,4	46,0	54,0	1 535,4	77,7	13,3	9,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	31	17 778	3,3	6,6	28,7	71,3	1 272,3	66,2	18,3	15,5
Rhein-Lahn-Kreis	32	17 990	3,3	-0,5	45,7	54,3	1 120,9	73,6	14,6	11,7
Rhein-Pfalz-Kreis	8	12 309	2,3	5,0	51,6	48,4	783,5	74,3	13,8	11,8
Südliche Weinstraße	12	10 776	2,0	-3,6	43,9	56,1	923,7	65,2	16,5	18,3
Südwestpfalz	34	13 816	2,5	0,6	39,6	60,4	912,7	66,5	20,8	12,7
Trier-Saarburg	41	22 953	4,2	13,3	28,9	71,1	1 577,3	63,7	20,5	15,8
Vulkaneifel	33	12 955	2,4	8,9	30,7	69,3	1 006,5	59,1	27,5	13,4
Westerwaldkreis	58	47 615	8,7	3,0	22,1	77,9	2 112,6	74,7	13,1	12,1
Rheinland-Pfalz	680	545 785	100	3,9	42,6	57,4	33 012,1	66,6	18,8	14,6
kreisfreie Städte	17	112 960	20,7	1,7	58,0	42,0	4 577,1	72,4	12,1	15,6
Landkreise	663	432 825	79,3	4,5	38,6	61,4	28 435,0	65,7	19,9	14,4

¹ Die regionale Zuordnung erfolgt nach dem Standort.

K 4 Öffentliche Kläranlagen 2013 nach Verwaltungsbezirken

Im Jahr 2013 wurde ein Abwasseraufkommen von 546 Millionen Kubikmetern in den 680 öffentlichen Kläranlagen im Land behandelt. Im rheinland-pfälzischen Durchschnitt waren die Anlagen zu 77 Prozent ausgelastet. Der Auslastungsgrad war in den Landkreisen (79 Prozent) etwas höher als in den kreisfreien Städten (73 Prozent). In der kreisfreien Stadt Landau lag die Auslastung bei 105 Prozent, der niedrigste Wert wurde in Trier mit 47 Prozent erreicht.



T 16

**Umweltschutzinvestitionen der Betriebe im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) 2013
nach Wirtschaftszweigen**

Wirtschaftszweig	Betriebe	Investi- tionen insgesamt	Umweltschutzinvestitionen					
			zusammen	Anteil an insgesamt	Verände- rung zu 2012	darunter		Anteil an den Investitionen insgesamt
						Gewässer- schutz	Klima- schutz	
	Anzahl	1 000 EUR		%		1 000 EUR		%
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	17	28 638	2 544	0,4	51,0	1 415	508	8,9
Verarbeitendes Gewerbe	316	2 988 231	293 821	45,1	26,3	102 685	84 169	9,8
darunter								
Chemische Industrie	33	1 148 735	234 493	36,0	40,4	94 463	52 794	20,4
Glas-, Glaswaren-, Keramikindustrie	35	127 299	8 519	1,3	71,5	1 544	2 983	6,7
Energieversorgung	29	325 123	16 639	2,6	-0,1	555	15 221	5,1
Wasserversorgung, Abwasser- und Abfall- entsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	351	475 495	338 520	52,0	4,3	255 903	5 477	71,2
Wasserversorgung	10	123 924	400	0,1	-73,4	121	278	0,3
Abwasserentsorgung	230	279 803	268 321	41,2	0,6	255 743	3 928	95,9
Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen, Rückgewinnung/Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Entsorgung	111	71 767	69 800	10,7	23,6	39	1 270	97,3
Insgesamt	713	3 817 487	651 524	100	13,2	360 558	105 374	17,1

16

T 17

Verwendung bestimmter klimawirksamer Stoffe 2008–2013 nach Verwendungsarten

Jahr	Ins- gesamt	Kältemittel					Treib- mittel ¹	Sonstiges Mittel	Stoffart	
		insgesamt	Erstfüllung von Anlagen			Instandhaltung von bestehenden Anlagen			FKW, H-FKW	Blends
			zu- sammen	Neu- anlagen	umgerüstete Anlagen					
		Menge in t								
2008	547,0	232,9	177,4	171,4	6,1	55,5	314,0	0,0	452,8	94,2
2009	461,2	145,5	77,5	70,4	7,1	68,0	315,7	-	379,9	81,3
2010	478,7	158,7	85,5	76,1	9,3	73,3	319,9	-	386,3	92,4
2011	582,6	171,7	100,0	91,4	8,6	71,7	410,9	-	483,7	98,9
2012	544,3	177,2	102,6	93,7	8,9	74,6	367,1	-	439,4	104,8
2013	543,4	154,8	84,7	76,8	8,0	70,0	388,6	-	451,8	91,6
		Treibhauspotenzial in t (1 000 CO ₂ -Äquivalente)								
2008	809,1	400,7	299,3	286,3	13,0	101,4	408,2	0,3	588,8	220,3
2009	691,0	280,6	154,4	138,6	15,9	126,2	410,4	-	494,2	196,8
2010	722,2	306,3	167,5	146,3	21,2	138,7	415,9	-	502,7	219,5
2011	867,4	333,2	193,4	173,4	19,9	139,8	534,2	-	631,4	236,1
2012	823,9	346,7	202,5	181,8	20,7	144,3	477,2	-	571,5	252,4
2013	907,7	352,0	198,6	175,7	22,9	153,3	555,7	-	647,8	259,9

¹ Bei der Herstellung von Kunst- und Schaumstoffen sowie Aerosolen.

T 18 Betriebe und Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz 2013

Umweltbereich	Betriebe ¹	Umsatz						
		insgesamt	Anteil an insgesamt	darunter: im Ausland	Waren	Bau-leistungen	Dienst-leistungen	Kombinationen aus Waren, Bau- und Dienstleistungen
	Anzahl	1 000 EUR	%		1 000 EUR			
Abfallwirtschaft	108	270 739	5,1	61,3	120 020	2 374	13 273	135 072
Abwasserwirtschaft	298	579 036	11,0	21,8	189 124	240 098	39 061	110 763
darunter: Kanalisationssysteme	198	441 268	8,4	19,9	147 214	230 790	15 015	48 249
Lärmbekämpfung	85	258 098	4,9	44,1	217 421	18 360	17 080	5 237
Luftreinhaltung	58	923 211	17,6	48,1	857 986	1 895	8 437	54 894
Arten- und Landschaftsschutz	68	17 726	0,3	1,2	389	3 798	13 519	20
Schutz und Sanierung von Boden, Grund- und Oberflächenwasser	94	183 683	3,5	25,4	146 727	7 728	13 981	15 247
Klimaschutz	447	2 948 026	56,1	35,8	2 092 786	265 621	79 807	509 813
darunter								
Windenergie	32	436 508	8,3	1,9	11 491	29 810	24 092	371 116
Solarenergie	149	187 682	3,6	8,6	32 808	100 923	8 925	45 027
Verbesserung der Energieeffizienz	190	2 197 068	41,8	46,3	2 017 398	94 112	20 261	65 297
Umweltbereichsübergreifend	46	77 204	1,5	51,4	47 469	2 350	23 967	3 417
Insgesamt	896	5 257 733	100	37,9	3 671 922	542 224	209 124	834 463
1 Mehrfachzählungen möglich.								

T 19 Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz 2013 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen und Umweltbereichen

Wirtschaftszweig	Ins- gesamt	Verän- derung zu 2012	Anteil an insgesamt	Darunter					Beschäftigte für den Umweltschutz
				Abfallwirt- schaft	Abwasser- wirtschaft	Lärmbe- kämpfung	Luftrein- haltung	Klima- schutz	
	1 000 EUR	%					Anzahl		
Insgesamt	5 257 733	-5,4	100	5,1	11,0	4,9	17,6	56,1	18 020
Verarbeitendes Gewerbe	3 972 708	2,2	75,6	6,2	6,5	5,5	22,2	54,7	11 717
Chemische Industrie	849 416	17,9	16,2	0,2	0,2	3,6	-	95,8	1 356
Glas-, Glaswaren- und Keramikindustrie	486 767	6,3	9,3	3,6	13,0	0,8	47,1	35,2	1 494
Maschinenbau	1 202 181	-12,7	22,9	18,4	6,2	0,0	1,9	69,5	3 358
Fahrzeugbau	617 454	8,7	11,7	0,2	-	0,3	97,7	-	1 572
Baugewerbe	628 970	-21,3	12	1,8	42,7	2,9	2,5	45,3	3 739
Tiefbau	301 431	-31,5	5,7	0,8	70,8	3,1	-	23,5	1 678
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe	298 366	-6,0	5,7	2,9	12,2	2,3	5,2	69,1	1 888
Dienstleistungen	642 812	-23,0	12,2	2,1	8,2	3,2	4,2	74,2	2 522

T 20

**Umweltschutzingestitionen im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) 2008–2013
nach Verwaltungsbezirken**

Verwaltungsbezirk	2008	2010	2012	2013					
	Umweltschutzingestitionen insgesamt			Veränderung zu 2012	Anteil an insgesamt	darunter		Anteil an den Gesamtinvestitionen	
						Gewässerschutz	Klimaschutz		
	1 000 EUR			%		1 000 EUR		%	
Frankenthal (Pfalz), St.	2 612	2 567	2 103	3 401	61,7	0,5	1 712	608	10,1
Kaiserslautern, St.	4 940	9 766	7 171	12 915	80,1	2,0	8 642	197	11,9
Koblenz, St.	8 849	3 762	6 617	8 512	28,6	1,3	6 833	1 101	12,6
Landau i. d. Pfalz, St.	24 878	5 320	7 976	9 350	17,2	1,4	5 020	9	24,7
Ludwigshafen a. Rh., St.	121 700	68 622	176 303	244 899	38,9	37,6	100 381	56 649	21,3
Mainz, St.	37 304	14 487	11 843	10 131	-14,5	1,6	3 870	1 383	9,9
Neustadt a. d. Weinstr., St.	9 013	171	.	159	.	0,0	72	4	1,7
Pirmasens, St.	9 348	6 331	5 239	7 583	44,7	1,2	5 173	1 411	24,0
Speyer, St.	5 546	3 393	5 505	4 897	-11,0	0,8	3 494	129	10,0
Trier, St.	48 265	20 219	13 622	20 315	49,1	3,1	8 640	2 998	18,5
Worms, St.	10 647	5 045	9 261	8 889	-4,0	1,4	3 161	2 379	10,8
Zweibrücken, St.	6 329	4 267	.	13 105	.	2,0	10 982	689	26,2
Ahrweiler	11 607	5 367	6 851	9 347	36,4	1,4	7 235	295	14,6
Altenkirchen (Ww.)	9 067	9 287	13 112	12 883	-1,7	2,0	9 336	923	14,9
Alzey-Worms	4 431	5 560	10 812	12 825	18,6	2,0	10 235	743	17,4
Bad Dürkheim	6 360	9 727	9 046	10 552	16,6	1,6	6 983	2 468	14,5
Bad Kreuznach	10 107	9 051	8 899	13 544	52,2	2,1	9 232	1 242	14,8
Bernkastel-Wittlich	12 053	10 969	10 221	10 175	-0,5	1,6	6 277	2 920	8,4
Birkenfeld	8 256	8 000	9 064	7 841	-13,5	1,2	3 452	2 509	12,4
Cochem-Zell	9 877	3 556	4 852	4 174	-14,0	0,6	3 620	332	25,6
Donnersbergkreis	14 437	8 426	11 910	8 661	-27,3	1,3	5 275	246	10,7
Eifelkreis Bitburg-Prüm	16 756	18 471	16 245	11 342	-30,2	1,7	9 474	1 238	14,0
Germersheim	11 979	9 921	24 069	12 939	-46,2	2,0	5 291	3 430	6,1
Kaiserslautern	29 691	5 879	12 643	10 996	-13,0	1,7	9 549	34	31,8
Kusel	7 114	10 814	7 188	7 850	9,2	1,2	7 360	160	33,5
Mainz-Bingen	20 123	14 939	26 771	18 142	-32,2	2,8	12 701	1 814	9,2
Mayen-Koblenz	24 533	13 480	17 350	26 533	52,9	4,1	6 828	9 352	16,3
Neuwied	19 161	23 799	23 748	24 735	4,2	3,8	20 404	1 821	23,6
Rhein-Hunsrück-Kreis	11 486	15 541	9 624	11 123	15,6	1,7	3 483	795	10,9
Rhein-Lahn-Kreis	13 993	11 218	14 379	21 019	46,2	3,2	13 662	772	29,8
Rhein-Pfalz-Kreis	14 627	7 740	12 250	12 553	2,5	1,9	5 877	442	51,4
Südliche Weinstraße	7 268	13 877	14 954	7 803	-47,8	1,2	5 531	1 521	19,1
Südwestpfalz	6 019	3 680	5 853	6 459	10,4	1,0	5 804	197	30,3
Trier-Saarburg	15 217	19 425	15 699	11 186	-28,7	1,7	9 523	1 459	18,6
Vulkaneifel	5 199	4 645	5 732	5 399	-5,8	0,8	4 117	749	13,8
Westerwaldkreis	23 346	21 854	33 255	29 290	-11,9	4,5	21 329	2 356	20,7
Rheinland-Pfalz	602 139	409 175	575 652	651 524	13,2	100	360 558	105 374	17,1
kreisfreie Städte	289 431	143 950	251 126	344 156	37,0	52,8	157 980	67 557	18,8
Landkreise	312 707	265 226	324 527	307 371	-5,3	47,2	202 578	37 818	15,5

K 5

Umweltschutzingestitionen im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) 2013 nach Verwaltungsbezirken

Die im Bereich des Produzierenden Gewerbes für den Umweltschutz getätigten Investitionen betrugen 2013 rund 651,5 Millionen Euro, das waren 17 Prozent der Gesamtinvestitionen. Den mit Abstand höchsten Anteil hatten die Umweltschutzingestitionen im Rhein-Pfalz-Kreis, dort entfiel mehr als die Hälfte der gesamten Investitionen (51 Prozent) auf diesen Bereich. In der kreisfreien Stadt Neustadt flossen dagegen nur 1,7 Prozent der Investitionen insgesamt in den Umweltschutz.

Anteil der Umweltschutzingestitionen
an den Investitionen insgesamt in %

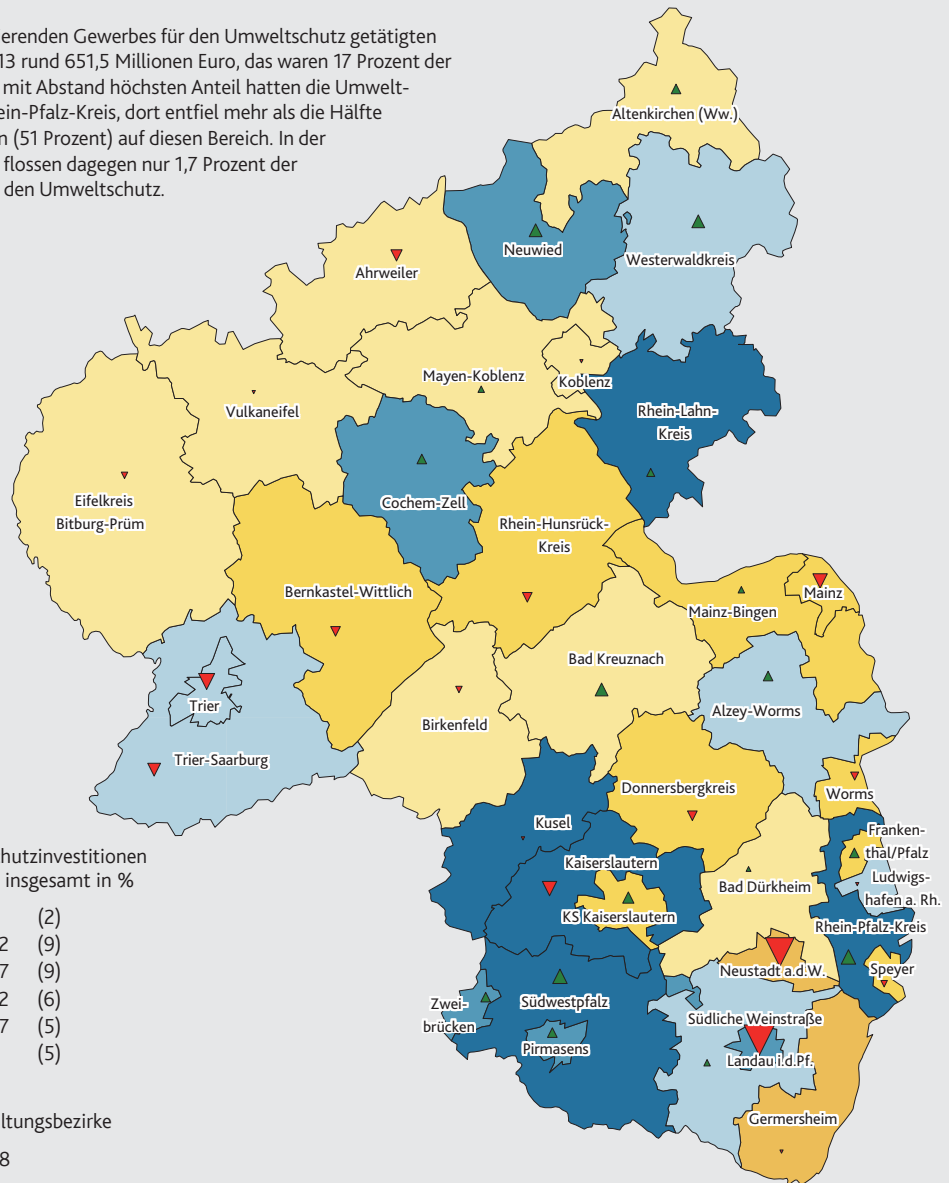
unter 7	(2)
7 bis unter 12	(9)
12 bis unter 17	(9)
17 bis unter 22	(6)
22 bis unter 27	(5)
27 und mehr	(5)

Landeswert: 17,1

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2008

- ▲ Zunahme
- ▼ Abnahme



T 21

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz 2013
nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Betriebe	Beschäftigte ¹ für den Umweltschutz	Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz		
			insgesamt	Veränderung zu 2012	Anteil am Landeswert
	Anzahl		1 000 EUR	%	
Frankenthal (Pfalz), St.	15	443	109 656	23,0	2,1
Kaiserslautern, St.	27	745	271 201	0,5	5,2
Koblenz, St.	29	154	17 481	-29,6	0,3
Landau i. d. Pfalz, St.	12	163	39 870	-23,3	0,8
Ludwigshafen a. Rh., St.	25	1 437	859 099	12,4	16,3
Mainz, St.	39	648	105 647	-5,1	2,0
Neustadt a. d. Weinstr., St.	12	114	26 200	-10,0	0,5
Pirmasens, St.	11	145	36 629	-0,9	0,7
Speyer, St.	14	327	124 001	1,0	2,4
Trier, St.	34	165	27 169	43,0	0,5
Worms, St.	11	63	11 858	-43,5	0,2
Zweibrücken, St.	8	68	11 179	-19,4	0,2
Ahrweiler	24	221	28 943	14,0	0,6
Altenkirchen (Ww.)	27	760	148 723	71,9	2,8
Alzey-Worms	25	1 076	496 531	-25,9	9,4
Bad Dürkheim	18	468	74 726	-28,8	1,4
Bad Kreuznach	36	608	141 626	34,1	2,7
Bernkastel-Wittlich	42	857	116 626	-5,8	2,2
Birkenfeld	19	233	30 722	-4,9	0,6
Cochem-Zell	16	73	9 635	-27,3	0,2
Donnersbergkreis	20	2 013	821 028	-10,5	15,6
Eifelkreis Bitburg-Prüm	25	675	93 921	-13,6	1,8
Germersheim	16	102	14 027	-34,2	0,3
Kaiserslautern	26	280	49 895	18,1	0,9
Kusel	10	98	29 484	10,2	0,6
Mainz-Bingen	36	215	26 710	0,7	0,5
Mayen-Koblenz	49	729	209 423	-42,6	4,0
Neuwied	41	258	30 613	-17,6	0,6
Rhein-Hunsrück-Kreis	44	742	148 656	5,2	2,8
Rhein-Lahn-Kreis	19	164	22 713	10,4	0,4
Rhein-Pfalz-Kreis	19	372	55 819	19,8	1,1
Südliche Weinstraße	19	1 588	647 940	10,6	12,3
Südwestpfalz	12	136	24 735	1,3	0,5
Trier-Saarburg	21	243	49 706	-16,1	0,9
Vulkaneifel	19	94	15 478	-31,0	0,3
Westerwaldkreis	76	1 543	330 065	-17,3	6,3
Rheinland-Pfalz	896	18 020	5 257 733	-5,4	100
kreisfreie Städte	237	4 472	1 639 990	5,5	31,2
Landkreise	659	13 548	3 617 745	-9,7	68,8
1 Vollzeitäquivalente.					

K 6

Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz 2013 nach Verwaltungsbezirken

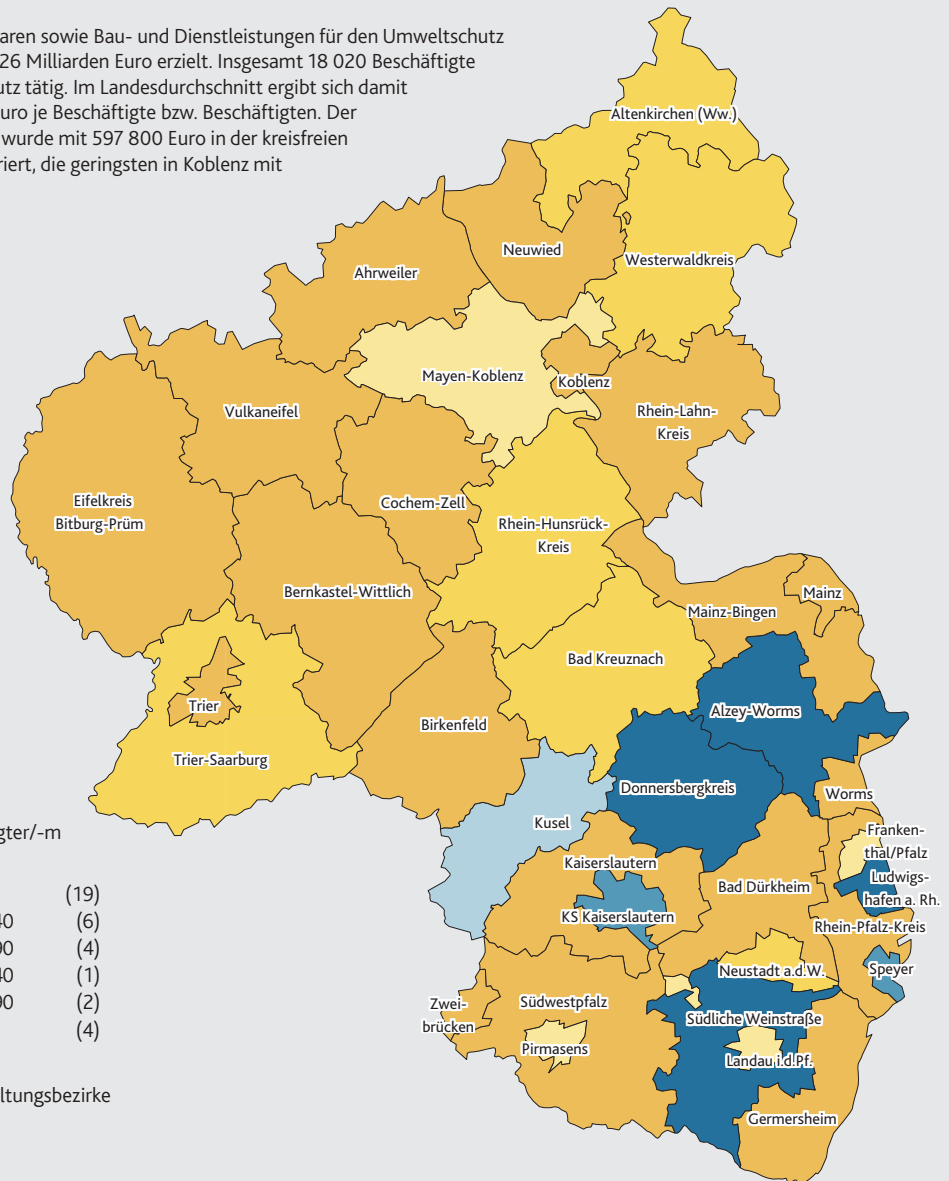
Im Jahr 2013 wurde mit Waren sowie Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz ein Umsatz in Höhe von 5,26 Milliarden Euro erzielt. Insgesamt 18 020 Beschäftigte waren für den Umweltschutz tätig. Im Landesdurchschnitt ergibt sich damit ein Umsatz von 292 000 Euro je Beschäftigte bzw. Beschäftigten. Der höchste Pro-Kopf-Umsatz wurde mit 597 800 Euro in der kreisfreien Stadt Ludwigshafen registriert, die geringsten in Koblenz mit 113 500 Euro.

Umsatz je Beschäftigter/-m
in 1 000 EUR

unter 190	(19)
190 bis unter 240	(6)
240 bis unter 290	(4)
290 bis unter 340	(1)
340 bis unter 390	(2)
390 und mehr	(4)

Landeswert: 292

() Anzahl der Verwaltungsbezirke



Datenquellen

Statistik	Tabelle	Grafik	Karten	Übersicht
Erhebung der öffentlich-rechtlichen Abfallentsorgung	T 1 bis T 4, T 7	G 1, G 3	K 1	-
Erhebung der Abfallentsorgung	T 3, T 5	G 4	-	-
Erhebung der gefährlichen Abfälle, über die Nachweise zu führen sind	T 3, T 6	-	-	-
Erhebungen der öffentlichen Wasserversorgung und der öffentlichen Abwasserentsorgung	T 1, T 2, T 8, T 11, T 13, T 15	G 2, G 5	K 2, K 4	-
Erhebung der Wasser- und Abwasserentgelte	T 1, T 2, T 12, T 14	G 6	K 3	-
Erhebung der öffentlichen Abwasserentsorgung - Klärschlamm	T 9	-	-	-
Erhebung der nichtöffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung	T 10	-	-	-
Erhebung der Investitionen für den Umweltschutz	T 1, T 2, T 16, T 20	-	K 5	-
Erhebung der Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz	T 1, T 18, T 19, T 21	-	K 6	-
Erhebung bestimmter klimawirksamer Stoffe	T 17	-	-	-

Statistiken

Die von den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern eingesammelten Haushaltsabfälle werden seit dem Berichtsjahr 2004 mit der **Erhebung der öffentlich-rechtlichen Abfallentsorgung** jährlich bei der für die Erstellung der Siedlungsabfallbilanz des Landes Rheinland-Pfalz zuständigen Stelle erhoben. Als Datenquellen dienen die nach dem Landesabfallwirtschaftsgesetz erstellten Bilanzen der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger. Nachgewiesen werden ausschließlich bestimmte haushaltsspezifische Abfallarten des Kapitels 20 (Siedlungsabfälle) und der Gruppe 15 01 (Verpackungen) des Europäischen Abfallverzeichnisses (EAV). Einbezogen werden auch Verpackungen, die von Rücknahmesystemen gemäß § 6 (3) der Verpackungsverordnung (Duales System) eingesammelt werden.

Die **Erhebung der Abfallentsorgung** findet jährlich bei den Betreibern von zulassungsbedürftigen Entsorgungsanlagen, die Abfälle von Dritten übernehmen oder eigene Produktionsabfälle einsetzen, statt. In die Ergebnisdarstellung werden auch die Angaben aus der **Erhebung über die Aufbereitung und Verwertung von Bau- und Abbruchabfällen** einbezogen. Diese Erhebung findet nur alle zwei Jahre statt, so dass in den Jahren, in denen die Erhebung nicht durchgeführt wird, die Ergebnisse des Vorjahres einfließen. In der Regel handelt es sich um Anlagen mit einer entsprechenden Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz. Die Erhebungen geben Aufschluss über Art, Menge, Herkunft und Verbleib der entsorgten Abfälle. Seit 2004 werden auch Abfälle einbezogen, die dem Nachweisverfahren für gefährliche Abfälle (Abfallbegleitscheinsystem) unterliegen. Das gilt seit dem Berichtsjahr 2010 auch für die Abfallentsorgung in Bauschuttanlagen sowie übertägigen Abbaustätten, in denen Abfälle verwertet bzw. verfüllt werden. Zu den Abfallentsorgungsanlagen zählen Abfallbeseitigungsanlagen (Deponien und ther-

mische Behandlungsanlagen wie Abfallverbrennungsanlagen und Müllheizkraftwerke) und Abfallbehandlungsanlagen, in denen Abfälle mit chemisch-physikalischen, biologischen oder mechanischen Verfahren oder Kombinationen dieser Verfahren behandelt werden (chemisch/physikalische Behandlungsanlagen, Schredderanlagen, biologisch/mechanische Restmüllbehandlungsanlagen, Bodenbehandlungsanlagen, Kompostierungsanlagen, Demontagebetriebe für Altfahrzeuge, Sortieranlagen und sonstige Behandlungsanlagen wie Zerlegeeinrichtungen für Elektro-/Elektronikschrutt). Abfallanlieferungen an Sammelstellen und Zwischenlager werden nicht einbezogen. Dennoch können Abfallmengen mehrfach enthalten sein, wenn sie beispielsweise zuerst an eine biologisch/mechanische Restmüllbehandlungsanlage angeliefert und nach der Behandlung einer Deponie zugeführt wurden.

Die jährliche **Erhebung der gefährlichen Abfälle, über die Nachweise zu führen sind**, gibt einen Überblick über die Art, Menge, Herkunft und den Verbleib der angefallenen und entsorgten gefährlichen Abfälle. Grundlage ist das von der Sonderabfall-Management-Gesellschaft Rheinland-Pfalz mbH (SAM), der nach § 2 Abs. 2 der Landesverordnung über die Zentrale Stelle für Sonderabfälle zuständigen Behörde, bereitgestellte Datenmaterial. Es beinhaltet neben den hoheitlich vorliegenden nationalen Abfallbegleitscheinen auch Daten der hoheitlich nicht vorliegenden jedoch über die SAM aufgrund der Andienungspflicht abgerechneten Begleitscheine. Nicht berücksichtigt werden firmenintern entsorgte gefährliche Abfälle sowie die ins Ausland exportierten Abfälle und freiwillige Rücknahmen gemäß § 26 Kreislaufwirtschaftsgesetz.

In den **Erhebungen der öffentlichen Wasserversorgung und der öffentlichen Abwasserentsorgung** werden alle drei Jahre die

Gemeinden, Verbandsgemeinden und sonstigen Betreiber von öffentlichen Wasserversorgungs- und -gewinnungsanlagen bzw. Abwasserbehandlungsanlagen wie Sammelkanalisationen und Kläranlagen befragt. Seit 2010 werden Kleinkläranlagen nicht mehr erfasst. Insofern ist die Vergleichbarkeit zu früheren Erhebungen geringfügig eingeschränkt. Der Berechnung der an zentrale Abwasserentsorgungsanlagen angeschlossenen Bevölkerung liegt eine rheinland-pfälzische Sonderaufbereitung zugrunde.

Die Entgelte werden seit 2007 im dreijährigen Turnus mit der **Erhebung der Wasser- und Abwasserentgelte** für das Berichtsjahr und die zwei vorhergehenden Jahre erhoben. Auskunftspflichtig sind Anstalten, Körperschaften, Unternehmen und andere Einrichtungen, die Anlagen für die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung betreiben, beziehungsweise die für die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung zuständigen Gebietskörperschaften. Bei den Trinkwasserentgelten werden das verbrauchsabhängige sowie das verbrauchsunabhängige Entgelt (z. B. für die Zählermiete) erfasst. Letzteres soll sich auf einen typischen Haushalt in der Gemeinde beziehen. Im Vergleich zum Trinkwasser ist die Entgeltstruktur in der Abwasserentsorgung deutlich differenzierter. Die verschiedenen Bestandteile können sich auf Mengen oder Flächen beziehen oder auch flächen- und mengenunabhängig sein. Die verbrauchsabhängige Komponente umfasst sowohl die Entgelte, die sich auf den Schmutz- und Abwasseranfall beziehen, als auch sonstige mengenbezogene Entgelte. Grundlage für das Schmutz- und Abwasser bildet im Regelfall der – gegebenenfalls um einen pauschalen Abschlag reduzierte – Frischwasserverbrauch. Flächenbezogene Abwasserentgelte werden für Schmutzwasser und/oder für Niederschlags- bzw. Oberflächenwasser erhoben. Für Niederschlags- bzw. Oberflächenwasser können sie in Form von wiederkehrenden Beiträgen und/oder als wiederkehrende Gebühr anfallen. Während eine Gebühr nur für die Inanspruchnahme einer konkreten Leistung erhoben werden kann (hier: die Abnahme des Abwassers), müssen wiederkehrende Beiträge für die Bereitstellung einer Leistung bezahlt werden. D. h., ein wiederkehrender Beitrag muss auch dann entrichtet werden, wenn eine Abwasserentsorgung möglich ist, aber noch nicht vom Verbraucher benötigt wird, weil z. B. das Gebäude noch gar nicht errichtet wurde. Diese Entgeltbestandteile beziehen sich im Detail auf unterschiedliche Flächen wie z. B. auf die Abflussfläche, die bebaubare Fläche oder die befestigte Fläche. Für die Darstellung werden die Beiträge und Gebühren zusammengefasst. Als weitere Möglichkeit kann eine flächen- und mengenunabhängige Pauschale erhoben werden. Einmalige Zahlungen wie Anschlussgebühren werden nicht einbezogen. Die Berechnung der Durchschnittspreise für Landkreise und das Land erfolgt, indem die Werte mit den Einwohnerzahlen gewichtet werden. Ausgewiesen sind jeweils die Bruttoentgelte (einschließlich Mehrwertsteuer).

Die Klärschlamm Entsorgung von öffentlichen Kläranlagen wird seit dem Berichtsjahr 2006 jährlich in der **Erhebung der öffentlichen Abwasserentsorgung – Klärschlamm** erfasst. Ausgewertet wird dazu das bei den Genehmigungsbehörden vorliegende Datenmaterial. Nicht einbezogen ist die Klärschlamm Entsorgung von industriellen

Kläranlagen, auch wenn diese öffentliches Abwasser übernehmen und von Kläranlagen mit weniger als 1000 Einwohnerwerten aus dem Zuständigkeitsbereich der Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) Nord.

Mit der **Erhebung der nichtöffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung** werden seit dem Berichtsjahr 2007 alle drei Jahre Betriebe und Einrichtungen befragt, die mindestens 2 000 Kubikmeter (bis zum Jahr 2010: Landwirtschaft mindestens 10 000 Kubikmeter) Wasser im Erhebungsjahr gewinnen bzw. Wasser oder Abwasser von mindestens 2 000 Kubikmeter direkt in ein Oberflächengewässer oder in den Untergrund einleiten. Hinzukommen Betriebe (bis zum Jahr 2010: Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden), die Wasser aus dem öffentlichen Netz oder von anderen Betrieben in Höhe von mindestens 10 000 Kubikmeter beziehen.

Die jährliche **Erhebung der Investitionen für den Umweltschutz** erfasst Umweltschutzinvestitionen bei Unternehmen und Betrieben des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe). Sie wird in engem Zusammenhang mit den **Allgemeinen Investitionserhebungen** durchgeführt und auch mit diesen ausgewertet. Somit folgt der Berichtskreis den Abgrenzungen der allgemeinen Investitionserhebungen. Aufgrund methodischer Änderungen ist die Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen vor 2011 nur eingeschränkt möglich.

Die jährliche **Erhebung der Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz** erstreckt sich auf Betriebe des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden, des Verarbeitenden Gewerbes und Baugewerbes, sofern sie Waren herstellen und Bauleistungen erbringen, die ausschließlich dem Umweltschutz dienen. Des Weiteren umfasst sie Architektur- und Ingenieurbüros, Institute und Einrichtungen, die technische, physikalische und chemische Untersuchungen, Beratungen und andere Dienstleistungen für den Umweltschutz bieten. Nachgewiesen werden Waren, Bau- und Dienstleistungen, die der Emissionsminderung bzw. dem Klimaschutz dienen. Unter Emissionsminderung ist dabei die Vermeidung, Verminderung bzw. Beseitigung von umweltschädigenden Einflüssen aus Produktion und Konsum zu verstehen. Nicht darunter fallen Waren, Bau- und Dienstleistungen, die dem Arbeitsschutz dienen, Energieerzeugnisse, Entsorgungsdienstleistungen oder reine Handelsleistungen sowie Umsätze aus der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien.

Die jährliche **Erhebung bestimmter klimawirksamer Stoffe** richtet sich an Unternehmen, die bestimmte klimawirksame Stoffe (Fluoride der aliphatischen und cyclischen Kohlenwasserstoffe mit bis zu sechs Kohlenstoffatomen) herstellen bzw. in Mengen von mehr als 20 Kilogramm pro Stoff und Jahr zur Herstellung, Instandhaltung oder Reinigung von Erzeugnissen verwenden. Die Ergebnisse werden zur Darstellung des Treibhauspotenzials (GWP/CO₂-Äquivalent) dieser Stoffe benötigt. Die Stoffe werden insbesondere als Kältemittel, Treibmittel in Aerosolerzeugnissen und bei der Verschäumung von Kunst- und Schaumstoffen sowie als Löse- und Löschmittel eingesetzt.

Glossar

Abfälle

Alle Stoffe oder Gegenstände deren sich ihr Besitzer entledigt, entledigen will oder entledigen muss. Die Abgrenzung erfolgt gemäß der §§ 2 und 3 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes. Es wird unterschieden zwischen Abfällen zur Verwertung und Abfällen zur Beseitigung.

Abfallkapitel

Oberste Gliederungsebene des Europäischen Abfallverzeichnisses (EAV) gemäß Verordnung vom 10. Dezember 2001. Das EAV 2002 ist ein gemeinschaftlich harmonisiertes Abfallverzeichnis, das regelmäßig auf der Grundlage neuer Erkenntnisse geprüft und ggf. geändert wird. Es gliedert sich in Abfallkapitel, Abfallgruppen und Abfallarten.

Abfallwirtschaft

Umfasst die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes. Ausgenommen sind Entsorgungsdienstleistungen (Umsätze, die direkt mit der Abfallsammlung, -behandlung und/oder -beseitigung erzielt werden).

Abwasserwirtschaft

Maßnahmen zur Verminderung der Abwassermenge bzw. Abwasserfracht (Verringerung oder Beseitigung von Feststoffen und gelösten Stoffen sowie zur Verringerung der Wärmemenge). Einzu beziehen sind auch Technologien, die der Wasserkreislaufführung dienen. Ausgenommen hiervon sind Entsorgungsdienstleistungen (Umsätze, die direkt mit der Abwasser-sammlung, -behandlung und/oder -beseitigung erzielt werden).

Abwasseraufkommen

Gesamtheit des unverschmutzt und verschmutzt abgeleiteten Wassers (einschließlich Fremd- und Niederschlagswasser).

Arten- und Landschaftsschutz

Maßnahmen und Aktivitäten, die auf den Schutz und die Wiederansiedlung von Tier- und Pflanzenarten, den Schutz und Wiederherstellung von Ökosystemen und Lebensräumen sowie den Schutz und die Wiederherstellung von natürlichen und semi-natürlichen Landschaften abzielen.

Biologische Abwasserreinigung

Durch aeroben und/oder anaeroben Abbau, Aufbau neuer Zellsubstanz und Adsorption an Bakterienflocken oder biologischen Basen (z.B. in Belebungsanlagen) werden gelöste Schmutzstoffe, Kolloide und Schwebstoffe aus dem Abwasser entfernt.

Blends

Blends sind Gemische oder Zubereitungen aus zwei oder mehr Stoffen, die mindestens einen klimawirksamen Stoff enthalten. Sie

werden als Ersatzstoffe für die verbotenen FCKW – vorwiegend als Kältemittel – eingesetzt. Die GWP-Werte/CO₂-Äquivalente der Blends werden aus den in ihnen enthaltenen Stoffen ermittelt.

Europäisches Abfallverzeichnis (EAV)

Das EAV basiert auf der Abfallverzeichnisverordnung. Es ist ein gemeinschaftlich harmonisiertes Abfallverzeichnis, das regelmäßig auf der Grundlage neuer Erkenntnisse geprüft und gegebenenfalls geändert wird und gliedert sich in Abfallkapitel, Abfallgruppen und Abfallarten.

FKW (vollhalogenierte Fluorkohlenwasserstoffe) und H-FKW (teilhalogenierte Fluorkohlenwasserstoffe)

FKW sind Kohlenwasserstoffe, deren Wasserstoffatome vollständig durch Fluoratome ersetzt sind. H-FKW sind Kohlenwasserstoffe, deren Wasserstoffatome teilweise durch Fluoratome ersetzt sind. Sie besitzen unterschiedliche GWP-Werte/CO₂-Äquivalente und tragen zur Erwärmung, d.h. zum sogenannten Treibhauseffekt, bei.

Gefährliche Abfälle

Die mit einem Sternchen versehenen Abfallarten in der Abfallverzeichnisverordnung.

Getrennt erfasste organische Abfälle

Abfälle aus der Biotonne (EAV-Nummer 20 03 01 04) und biologisch abbaubare Garten- und Parkabfälle (EAV-Nummer 20 02 01), z.B. aus Grünschnittsammlungen.

Getrennt gesammelte Wertstoffe

Verpackungen (EAV-Nummer 15 01) sowie andere getrennt gesammelte Fraktionen (EAV-Nummer 20 01) aus Glas, Papier, Pappe und Kartonagen, Metallen, Holz, Kunststoffen und Textilien.

Gewinnungsanlagen

Die Wassergewinnungsanlagen wurden 2010 in der Erhebung der öffentlichen Wasserversorgung erstmals entsprechend dem Anlagenkataster der Wasserwirtschaftsverwaltung erfasst. Zuvor konnten die Auskunftgebenden Anlagen zusammenfassen, wenn sie Wasser mit gleicher Beschaffenheit aus einem zusammenhängenden Vorkommen gewannen.

Grundwasser

Wasser, welches unterirdische Hohlräume zusammenhängend ausfüllt und nur der Erdschwere unterliegt, ohne natürlichen Austritt.

Haushaltsabfälle

Umfassen die den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern ange-dienten Haushaltsabfälle einschließlich Verpackungen, die von

Rücknahmesystemen gemäß § 6 (3) der Verpackungsverordnung eingesammelt werden. Das Aufkommen wird erfasst in der Gliederung nach Abfallarten des Europäischen Abfallverzeichnisses (EAV).

Haus- und Sperrmüll

Zum Haus- und Sperrmüll gehören in Abhängigkeit vom jeweiligen Sammelsystem in regional unterschiedlichem Umfang auch zusammen mit Hausmüll eingesammelte hausmüllähnliche Gewerbeabfälle.

Kanalisation

Leitungssystem, das ausschließlich zum Sammeln und Ableiten von Abwasser bestimmt ist. Die Gesamtkanalisation (einschließlich Verbindungssammler) setzt sich aus Anlagen der Misch- und Trennkanalisation zusammen.

Kläranlage

Anlage zur Behandlung bzw. Reinigung von Abwasser, welche entweder auf mechanischen oder biologischen Verfahrensweisen mit bzw. ohne weitergehende chemisch-physikalische Behandlung beruht.

Klärschlamm

Aus dem Abwasser abtrennbare, wasserhaltige Stoffe, ausgenommen sind Rechen-, Sieb- und Sandfanggut, jedoch einschließlich der bei der Abwasser- und Klärschlammbehandlung zugegebenen Hilfsmittel. Ab 2001 wird nur noch Klärschlamm aus der biologischen Abwasserbehandlung statistisch erfasst.

Klimaschutz

Dem Klimaschutz dienen Maßnahmen und Aktivitäten zur Vermeidung oder Verminderung der Emission von Treibhausgasen (nach Kyoto-Protokoll: Kohlendioxid, Methan, Distickstoffoxid, teilhalogenierte Fluorkohlenwasserstoffe, perfluorierte Kohlenwasserstoffe, Schwefelhexafluorid). Hierzu zählen auch Maßnahmen zur Nutzung von erneuerbaren Energien und zum Einsparen von Energie sowie zur Steigerung der Energieeffizienz.

Klimawirksame Stoffe

Ausschließlich voll- und teilhalogenierte Fluorkohlenwasserstoffe (FKW, H-FKW) mit bis zu sechs Kohlenstoffatomen. FKW und H-FKW gehören nicht zu den ozonschichtschädigenden Stoffen; sie fördern aber den Treibhauseffekt.

Lärmbekämpfung

Hierzu zählen Maßnahmen, die Geräusche verringern oder vermeiden sowie deren Entstehung und Ausbreitung verhindern. Einzubeziehen sind auch Maßnahmen zum Schutz vor Erschütterungen. Es sind nur solche Waren, Bau- und Dienstleistungen einzubeziehen, die nicht aus Gründen des Arbeitsschutzes vorgenommen wurden.

Luftreinhaltung

Maßnahmen und Aktivitäten zur Beseitigung, Verringerung oder Vermeidung von luftfremden Stoffen (Rauch, Ruß, Staub, Gase,

Aerosole, Dämpfe oder Geruchsstoffe) in Abgas und Abluft. Es sind nur solche Maßnahmen einzubeziehen, die nicht aus Gründen des Arbeitsschutzes vorgenommen wurden.

Letztverbraucher

Abnehmer, mit denen die Wasserversorgungsunternehmen das abgegebene Wasser unmittelbar abrechnen. Die Wasserabgabe von Wasserverbänden und Genossenschaften an die Mitgliedsgemeinden ist keine Abgabe an Letztverbraucher, sondern zur Weiterleitung, sofern die Mitgliedsgemeinden die Wasserabrechnung mit dem Letztverbraucher selbst vornehmen.

Mischkanalisation

Kanalnetz, in dem Schmutz- und Niederschlagswasser gemeinsam abgeleitet wird.

Oberflächenwasser

Wasser natürlicher und künstlicher oberirdischer Gewässer, wie Flüsse, Seen, Teiche, Talsperren. Sofern nicht getrennt ausgewiesen, beinhalten die Angaben auch Uferfiltrat und angereichertes Grundwasser.

Quellwasser

An einem bestimmten Ort auf natürliche Weise oder mittels künstlicher Fassung austretendes Grundwasser.

Öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger

Hierzu gehören die kreisfreien Städte und Landkreise, soweit nichts anderes bestimmt ist. Sie entsorgen im Rahmen der Überlassungspflichtigen Abfälle aus ihrem Zuständigkeitsbereich. Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger müssen Abfallbilanzen erstellen. Sie können Dritte mit der Erfüllung der Aufgaben beauftragen.

Schutz und Sanierung von Boden, Grund- und Oberflächenwasser

Maßnahmen und Aktivitäten, welche darauf abzielen, das Eindringen von Schadstoffen zu verhindern, Böden und Gewässer zu reinigen und den Boden vor Erosion und anderweitiger physischer Degradation sowie vor Versalzung zu schützen. Hierzu zählt auch die Überwachung und Kontrolle der Boden- und Grundwasserverschmutzung. Ausgenommen sind Entsorgungsdienstleistungen.

Treibhauspotenzial – GWP (Global Warming Potential)

Der GWP-Wert eines Stoffes gibt sein Treibhauspotenzial relativ zum Treibhauspotenzial von Kohlendioxid (CO₂) an, dessen Wert mit 1,0 definiert wird.

Trennkanalisation

Kanalnetz, in dem Schmutz- und Niederschlagswasser getrennt gesammelt und abgeleitet werden. Hierbei wird das Schmutzwasser einer Kläranlage zugeführt, während das Niederschlagswasser in der Regel ungereinigt in ein Gewässer gelangt oder versickert.

Metadaten

Trockenmasse

Die Trockenmasse ist die Masse des Klärschlammes ohne Wasseranteil. Sie umfasst auch die bei der Abwasser- und Klärschlammbehandlung zugegebenen Hilfsmittel.

Übertägige Abbaustätten

Als übertägige Abbaustätten werden Gruben/Tagebaue bezeichnet, aus denen Rohstoffe (z. B. Sand, Kies, Ton, Braunkohle) gewonnen werden oder gewonnen wurden.

Uferfiltrat

Wasser, das den Wassergewinnungsanlagen durch das Ufer eines Flusses oder Sees im Untergrund nach relativ kurzer Bodenpassage zusickert und sich mit dem anstehenden Grundwasser vermischt. Es wird in seiner Beschaffenheit wesentlich von der des Oberflächenwassers bestimmt.

Umweltschutzinvestitionen

Von den Gesamtinvestitionen zählen diejenigen zu den Investitionen für den Umweltschutz, die mit der ausschließlichen oder überwiegen- den Zielsetzung „Umweltschutz“ getätigt werden. Die Abgrenzung folgt den Kapiteln 3 und 4 der VDI-Richtlinie 3800 „Ermittlung der Aufwendungen für Maßnahmen zum betrieblichen Umweltschutz“ vom Dezember 2001.

Wasseraufkommen

Gesamtwassermenge aus der Eigengewinnung bzw. -förderung und dem Fremdbezug. Die Eigengewinnung setzt sich aus Grund-, Quell- und Oberflächenwasser zusammen.

Internet

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/umwelt

Pressemitteilungen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/umwelt/pressemitteilungen

Statistischen Berichte

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/umwelt/statistische-berichte

Beiträge in den Statistischen Monatsheften

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/umwelt/monatsheftbeitraege

Übersichtstabellen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/umwelt/basisdaten-regional

Regionaldatenbanken

www.statistik.rlp.de/regionaldaten/meine-heimat

Kurzpräsentationen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/umwelt/kurzpraesentationen

Entgelte

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/umwelt/wasser-und-abwasserentgelte

Gemeinschaftsveröffentlichungen

www.statistik-portal.de



17. Landwirtschaft



Inhaltsverzeichnis

Tabellen

T 1: Ausgewählte Kennzahlen zur Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1991–2014	506
T 2: Landwirtschaftliche Kennzahlen 2014 nach Bundesländern	507
T 3: Produktionswerte pflanzlicher und tierischer Erzeugung 2003–2013	508
T 4: Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche 2000–2014 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche und sozialökonomischem Betriebstyp	509
T 5: Landwirtschaftliche Betriebe 2013 nach der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung und Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche	510
T 6: Betriebe mit Weinbau und Rebfläche 1999–2013 nach Größenklassen der Rebfläche und sozialökonomischem Betriebstyp	510
T 7: Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben 1999–2013 nach Beschäftigtengruppen	511
T 8: Landwirtschaftliche Berufsbildung der Betriebsleiter/-innen in landwirtschaftlichen Betrieben 1999–2013 nach höchster Bildungsstufe	511
T 9: Landwirtschaftliche Betriebe, landwirtschaftlich genutzte Fläche und Viehbestand 2010 nach Verwaltungsbezirken	512
T 10: Landwirtschaftlich genutzte Fläche 2000–2014 nach ausgewählten Kultur- und Fruchtarten	514
T 11: Erntemenge von Feldfrüchten und Futterpflanzen 2013 und 2014 nach Fruchtarten.....	515
T 12: Bestockte Rebfläche der Keltertrauben 2000–2014 nach ausgewählten Rebsorten	516
T 13: Erntemenge von Weinmost 2013 und 2014 nach ausgewählten Rebsorten	517
T 14: Weinerzeugung und Weinbestand 2000–2014 nach Weinarten, Qualitätsstufen und Herkunft	518
T 15: Anbauflächen von Gemüse 2004–2014	519
T 16: Anbauflächen von Obst 1997–2012	519
T 17: Erntemenge von Gemüse 2013 und 2014	520
T 18: Erntemenge von Obst 2013 und 2014	520
T 19: Holzeinschlag 2000–2014 nach Holz- und Besitzarten	521
T 20: Viehbestand 2004–2014 nach ausgewählten Tierarten	522
T 21: Erzeugung von Milch, Fleisch und Eiern 2000–2014	522

Grafiken

G 1: Landwirtschaftliche Betriebe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2013 nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung	505
G 2: Landwirtschaftliche Betriebe 2014 nach Bundesländern	507
G 3: Landwirtschaftliche Betriebe 2003 und 2013 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche und sozialökonomischem Betriebstyp	509
G 4: Erntemenge und Hektarerträge von Getreide 1990–2014	515
G 5: Weinmosternte 2004–2014 nach ausgewählten Rebsorten	517
G 6: Weinerzeugung 2004–2014 nach Mostarten.....	518
G 7: Anbau von Gemüse auf dem Freiland 1990–2014 nach Gemüsegruppen	521

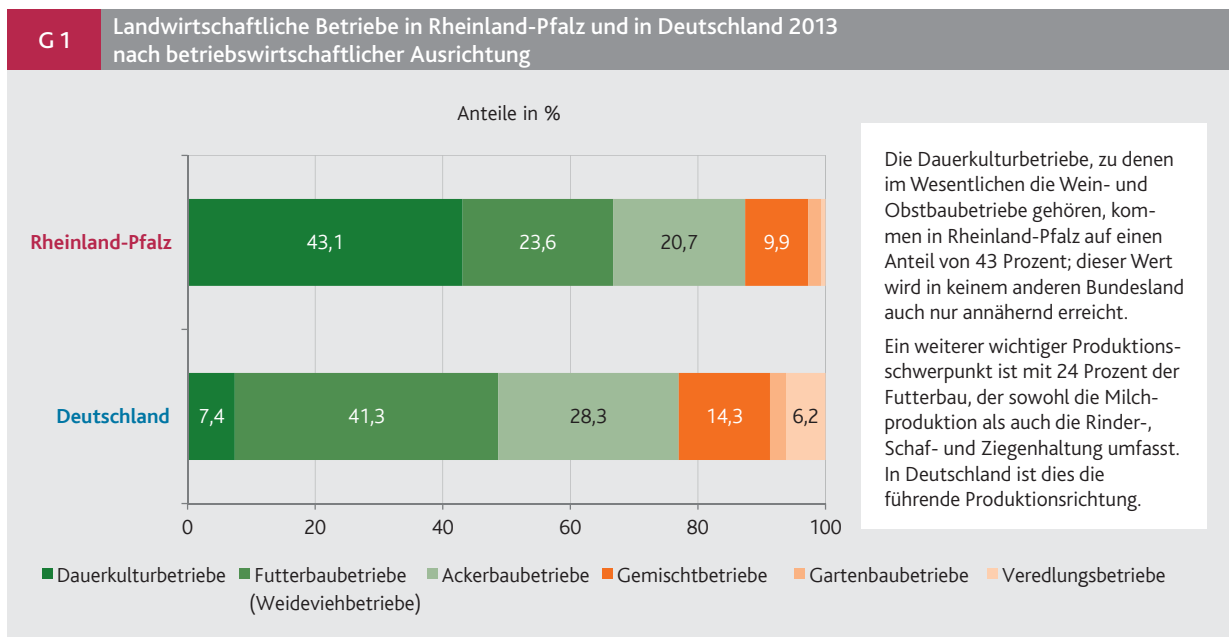
Karten

K 1: Landwirtschaftliche Erzeugnisse 2010	513
---	-----

Metadaten

Datenquellen	523
Statistiken	523
Glossar	525
Internet	528

- Die landwirtschaftlichen Betriebe werden immer größer. Die durchschnittliche Flächenausstattung eines rheinland-pfälzischen Betriebes stieg seit 1991 von 14 auf 37 Hektar.
- Knapp ein Viertel der Betriebe bewirtschaftet weniger als fünf Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche.
- Der Wein ist die wichtigste Produktionsrichtung in der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft: Rund 44 Prozent aller Betriebe bewirtschaften Rebflächen.
- Öko-Betriebe bewirtschafteten 2013 eine Fläche von insgesamt 47 300 Hektar; dies entspricht 6,7 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Das ist ein neuer Rekordwert.
- Die Beschäftigung von Saison- oder Aushilfskräften ist in der Landwirtschaft von großer Bedeutung: Mehr als die Hälfte der Arbeitskräfte ist nur saisonal beschäftigt.
- Zwei Drittel aller Betriebsleiter verfügen über eine landwirtschaftliche Berufsbildung.
- Neun Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche werden Weinbaulich genutzt.
- Mehr als ein Viertel der Rebfläche ist mit Riesling bestockt.
- Der Rotweinanteil hat sich auf ein Drittel eingependelt.
- Die Viehbestände nehmen langfristig ab. Nur noch 38 Prozent der Betriebe halten Vieh.



T 1

Ausgewählte Kennzahlen zur Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1991–2014

Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz						Deutschland	
		1991	1999	2005	2010	2013	2014	2013	2014
Anteil an der Bruttowertschöpfung ¹	%	1,9	1,5	1,3	1,3	1,2	1,3	0,8	0,8
Anteil an den Erwerbstätigen ²	%	4,2	3,0	2,7	2,0	1,7	1,7	1,4	...
Landwirtschaftliche Betriebe	1 000	51,5	35,5	27,3	20,6	19,1	18,8	285,0	286,8
	1991=100	100	68,9	53,1	39,9	37,0	36,5	46,2	46,5
Durchschnittliche Betriebsgröße	ha/LF	13,9	20,2	26,1	34,3	37,1	37,4	58,6	58,3
Anteil Haupterwerbsbetriebe ³	%	42,1	38,7	41,6	46,7	47,9	.	48,4	.
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	1 000 ha	716,6	715,8	713,8	705,2	707,0	703,5	16 699,6	16 724,8
	1991=100	100	99,9	99,6	98,4	98,7	98,2	98,1	98,2
Ackerland	%	58,0	55,7	55,6	57,0	58,1	58,3	71,1	71,0
Dauergrünland	%	31,4	33,9	34,7	33,1	31,9	31,7	27,7	27,8
Dauerkulturen	%	10,4	10,2	9,6	9,9	10,0	10,0	1,2	1,2
Durchschnittlicher Ertrag von Getreide ⁴	dt/ha	51,5	58,5	56,2	63,9	69,8	65,8	71,9	78,4
Betriebe mit Viehhaltung	1 000	24,1	15,0	10,8	8,1	7,2	.	199,2	.
	1991=100	100	62,4	44,7	33,5	29,9	.	.	.
Großvieheinheiten je 100 Hektar LF	Anzahl	.	84	76,0	75,0	74,0	.	106,0	.
Rinderbestand ⁵	1 000	520,2	457,2	389,7	368,9	344,9	368,2	12 370,7	12 742,2
Schweinebestand ⁵	1 000	488,2	379,3	315,9	258,2	214,4	203,9	28 697,4	28 339,0
Betriebe mit Rebflächen	1 000	22,3	16,1	12,0	9,4	8,5	8,2	18,7	18,6
Anteil an allen landwirtschaftlichen Betrieben	%	43,4	45,3	43,8	45,6	44,4	43,8	6,6	6,5
Bestockte Rebfläche	1 000 ha	66,7	66,8	63,7	63,9	64,0	64,1	102,4	102,4
Anteil Rotwein	%	11,1	17,4	32,1	30,6	30,6	30,2	35,5	35,1
Anteil an Deutschland	%	64,2	64,1	62,4	62,5	62,5	62,5	x	x
Durchschnittlicher Ertrag von Weinmost	hl/ha	115,2	122,9	95,4	73,6	92,5	97,0	84,8	92,0

1 Weitere Informationen siehe Kapitel VGR. – 2 Mikrozensus. – 3 An Einzelunternehmen. – 4 Ohne Körnermais und Corn-Cob-Mix. –
 5 März bzw. Mai; 2014: November.

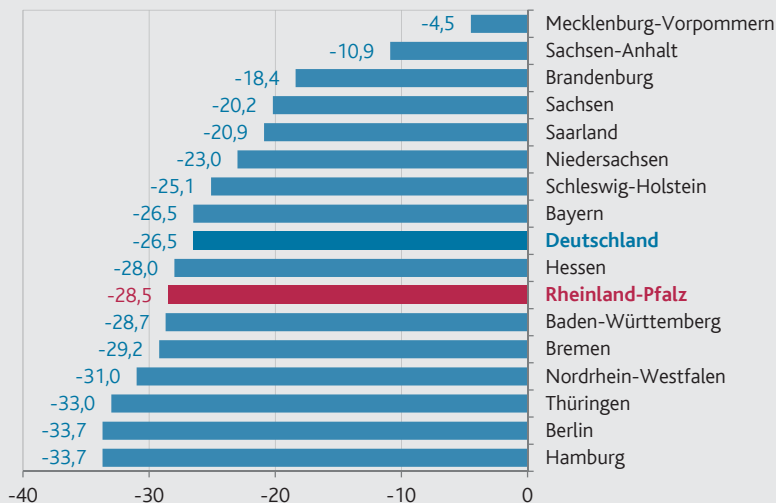
T 2 Landwirtschaftliche Kennzahlen 2014 nach Bundesländern

Bundesland	Landwirtschaftliche Betriebe	Betriebsgröße	LF	Darunter			Ökologisch bewirtschaftete LF ¹	Viehbestand ²			
				Ackerland	Dauergrünland	Dauerkulturen		Rinder		Schweine	
				1 000	ha	1 000 ha		1 000	%	1 000	%
Baden-Württemberg	42,3	34	1 422,0	57,8	38,6	3,5	8,7	1 015,8	8,0	1 936,9	6,8
Bayern	93,2	34	3 141,2	66,1	33,5	0,4	6,9	3 231,6	25,4	3 401,6	12,0
Berlin	0,1	20	2,0	60,0	35,0	0,0	15,0	0,8	0,0	.	.
Brandenburg	5,4	243	1 313,6	78,3	21,4	0,3	10,5	568,1	4,5	851,1	3,0
Bremen	0,2	43	8,5	21,2	78,8	-	11,8	10,1	0,1	.	.
Hamburg	0,7	21	14,4	39,6	46,5	14,6	6,9	6,3	0,0	.	.
Hessen	16,9	45	768,0	62,4	36,8	0,8	10,6	468,1	3,7	609,1	2,1
Mecklenburg-Vorpommern	4,9	274	1 340,3	80,2	19,5	0,2	9,0	565,6	4,4	853,5	3,0
Niedersachsen	41,1	64	2 625,9	71,8	27,4	0,8	3,1	2 651,3	20,8	8 826,9	31,1
Nordrhein-Westfalen	34,8	42	1 460,1	72,3	26,6	1,1	4,3	1 463,4	11,5	7 357,7	26,0
Rheinland-Pfalz	18,8	37	703,5	58,3	31,7	10,0	6,7	368,2	2,9	203,9	0,7
Saarland	1,3	60	77,5	48,1	51,2	0,5	11,9	51,0	0,4	5,9	0,0
Sachsen	6,2	146	904,2	79,1	20,3	0,6	3,9	510,6	4,0	679,1	2,4
Sachsen-Anhalt	4,3	272	1 169,1	85,3	14,5	0,2	4,6	352,7	2,8	1 247,4	4,4
Schleswig-Holstein	13,3	75	993,6	67,3	32,0	0,7	3,6	1 130,7	8,9	1 512,0	5,3
Thüringen	3,5	223	781,0	78,4	21,3	0,3	5,1	347,8	2,7	853,8	3,0
Deutschland ³	286,8	58	16 724,8	71,0	27,8	1,2	6,3	12 742,2	100	28 339,0	100

1 2013. – 2 03.11. – 3 Schweine ohne Stadtstaaten.

G 2 Landwirtschaftliche Betriebe 2014 nach Bundesländern

Veränderung der Zahl der Betriebe zu 2005 in %



Im Jahr 2014 wurden in Rheinland-Pfalz noch 18 800 landwirtschaftliche Betriebe registriert. Während die Zahl der Betriebe in den letzten Jahren erheblich gesunken ist, hat sich die landwirtschaftlich genutzte Fläche nur geringfügig verringert. Somit ist die durchschnittliche Betriebsgröße deutlich gestiegen.

T 3

Produktionswerte pflanzlicher und tierischer Erzeugung 2003–2013

Erzeugnis	2003	2005	2010	2012	insgesamt	2013 ¹		
						Veränderung zu		Anteil an insgesamt
						2003	2012	
	1 000 EUR					%		
Produktionswert insgesamt ²	2 086 807	2 001 574	2 176 716	2 614 348	2 859 063	37,0	9,4	100
darunter								
pflanzliche Erzeugung	1 537 729	1 480 056	1 659 477	2 005 763	2 182 520	41,9	8,8	76,3
darunter: Getreide	237 411	132 503	236 334	309 285	351 947	48,2	13,8	12,3
darunter								
Weizen	96 982	62 541	137 052	148 727	177 814	83,3	19,6	6,2
Gerste	100 010	49 701	59 003	94 058	111 001	11,0	18,0	3,9
Hülsenfrüchte	3 277	882	786	1 019	1 274	-61,1	25,1	0,0
Hackfrüchte	92 733	93 194	123 265	89 681	94 527	1,9	5,4	3,3
darunter								
Kartoffeln	43 746	28 584	89 365	53 918	63 022	44,1	16,9	2,2
Zuckerrüben	48 987	64 610	33 899	35 763	31 505	-35,7	-11,9	1,1
Handelsgewächse	38 170	32 849	63 102	66 092	76 989	101,7	16,5	2,7
darunter: Ölsaaten und Ölfrucht	29 062	25 874	56 316	64 285	74 143	155,1	15,3	2,6
darunter: Raps und Rübsen	28 392	25 495	55 654	63 638	73 189	157,8	15,0	2,6
Frischgemüse	191 765	237 981	294 285	433 923	432 942	125,8	-0,2	15,1
Frischobst	44 429	45 976	24 788	24 783	43 969	-1,0	77,4	1,5
Weinmost und Wein	720 574	731 744	659 639	783 969	853 634	18,5	8,9	29,9
Futterpflanzen	96 753	102 632	168 462	199 926	244 090	152,3	22,1	8,5
Baumschulerzeugnisse	36 919	36 489	22 485	22 780	24 616	-33,3	8,1	0,9
Blumen und Zierpflanzen	60 903	50 161	59 346	70 077	51 078	-16,1	-27,1	1,8
tierische Erzeugung	453 026	420 577	408 330	433 720	495 488	9,4	14,2	17,3
darunter								
Rinder und Kälber	88 357	78 490	68 075	86 776	101 065	14,4	16,5	3,5
Schweine	57 099	63 784	50 288	48 123	53 931	-5,5	12,1	1,9
Schafe und Ziegen	10 717	7 977	3 883	4 694	2 384	-77,8	-49,2	0,1
Geflügel	8 034	7 489	9 712	8 895	6 067	-24,5	-31,8	0,2
Rohmilch	251 947	229 196	242 525	250 284	299 770	19,0	19,8	10,5
Eier	14 952	8 108	17 022	12 479	11 430	-23,6	-8,4	0,4

1 Berechnungsstand März 2015. – 2 In jeweiligen Herstellungspreisen.

T 4

Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche 2000–2014 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche und sozialökonomischem Betriebstyp

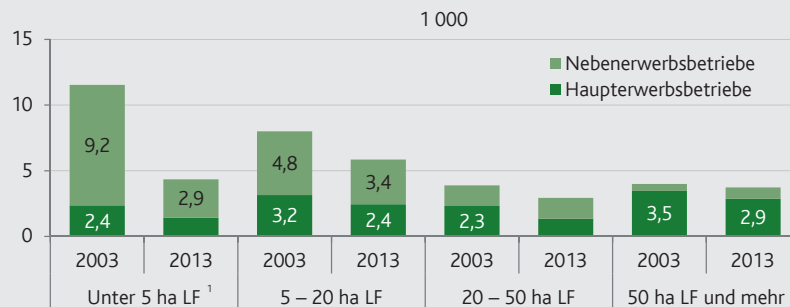
Größenklasse der LF von ... ha	2000 ¹	2005 ¹	2010	2013 ¹	2014 ¹			
					insgesamt	Veränderung zu		Anteil an insgesamt
						2004 ¹	2013 ¹	
Betriebe	1 000					%		
Unter 5 ²	14,6	10,0	5,5	4,6	4,6	-58,5	-0,1	24,6
5 – 10	4,8	3,8	3,3	3,1	2,9	-25,5	-4,1	15,6
10 – 20	5,0	3,9	3,7	3,5	3,4	-16,8	-3,6	18,0
20 – 50	5,0	3,9	3,4	3,3	3,3	-18,7	-0,2	17,6
50 – 100	3,1	2,9	2,6	2,5	2,6	-13,0	3,3	13,7
100 – 200	1,2	1,6	1,6	1,7	1,6	6,5	-5,3	8,3
200 und mehr	0,1	0,2	0,4	0,4	0,4	93,5	4,8	2,2
Insgesamt	33,9	26,3	20,6	19,1	18,8	-32,5	-1,3	100
Haupterwerbsbetriebe	.	10,1	8,7	8,1
Nebenerwerbsbetriebe	.	14,3	9,9	8,8
LF	1 000 ha					%		
Unter 5 ²	29,6	20,6	11,4	9,9	9,6	-58,4	-2,2	1,4
5 – 10	35,0	26,8	24,1	22,4	21,4	-24,4	-4,4	3,0
10 – 20	73,2	57,8	54,2	51,0	49,3	-17,9	-3,4	7,0
20 – 50	164,1	131,2	112,9	108,4	109,0	-19,3	0,6	15,5
50 – 100	222,0	204,3	188,7	178,1	184,9	-12,3	3,8	26,3
100 – 200	161,0	209,2	219,4	229,0	215,0	8,9	-6,1	30,6
200 und mehr	30,9	63,8	94,5	108,2	114,3	107,7	5,6	16,2
Insgesamt	715,8	713,8	705,2	707,0	703,5	-0,9	-0,5	100
Haupterwerbsbetriebe	.	455,1	412,8	403,2
Nebenerwerbsbetriebe	.	165,7	173,9	164,5
Durchschnittliche Betriebsgröße	21,1	27,1	34,3	37,1	37,4	46,9	0,8	x

1 Stichprobenerhebung. – 2 Vergleichbarkeit aufgrund geänderter unterer Erhebungsgrenzen eingeschränkt.

17

G 3

Landwirtschaftliche Betriebe 2003 und 2013 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche und sozialökonomischem Betriebstyp



Haupterwerbsbetriebe sind mit durchschnittlich 50 Hektar deutlich größer als Nebenerwerbsbetriebe (19 Hektar).

1 Vergleichbarkeit aufgrund geänderter unterer Erhebungsgrenzen eingeschränkt.

T 5

Landwirtschaftliche Betriebe 2013 nach der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung und Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche

Größenklasse der LF von ... ha	Insgesamt	Und zwar							
		Ackerbau	Gartenbau	Dauerkultur	Futterbau	Veredlung	Viehhaltung- verbund	Pflanzenbau- verbund	Pflanzenbau- Viehhaltung
	1 000	%							
Unter 5	4,6	/	5,1	89,3	3,9	/	-	/	/
5 – 10	3,1	21,6	0,8	51,3	22,0	/	/	/	/
10 – 20	3,5	25,0	/	41,2	27,4	/	/	/	/
20 – 50	3,3	30,1	1,5	24,2	28,7	0,8	/	5,2	8,9
50 – 100	2,5	29,2	/	7,2	39,7	1,6	/	7,3	12,9
100 – 200	1,7	31,1	0,8	3,5	38,3	1,8	/	7,4	16,2
200 und mehr	0,4	36,2	2,5	2,0	28,6	0,5	/	4,8	23,0
Insgesamt	19,1	20,7	2,0	43,1	23,6	0,7	/	3,1	6,4

T 6

Betriebe mit Weinbau und Rebfläche 1999–2013 nach Größenklassen der Rebfläche und sozialökonomischem Betriebstyp

Rebfläche von ... ha	1999	2005 ¹	2010	2013 ¹			
				insgesamt	Veränderung zu		Anteil an insgesamt
					2003	2010	
Betriebe	1 000				%		
Unter 1 ²	4,8	3,1	1,5	1,1	-68,1	-25,1	13,4
1 – 2	2,9	1,7	1,5	1,3	-40,2	-14,2	15,1
2 – 3	1,7	1,3	1,0	0,9	-30,4	-9,9	10,7
3 – 5	2,1	1,5	1,4	1,2	-32,9	-11,9	14,1
5 – 10	2,8	2,1	1,9	1,7	-23,6	-8,2	20,2
10 und mehr	1,7	2,0	2,1	2,2	11,9	4,0	26,4
Insgesamt	16,1	11,8	9,4	8,5	-35,0	-9,8	100
Haupterwerbsbetriebe	6,8	5,2	4,6	4,2	-27,8	-7,8	49,7
Nebenerwerbsbetriebe	8,2	5,5	3,7	3,1	-50,1	-17,3	36,2
Rebfläche	1 000 ha				%		
Unter 1 ²	2,9	1,9	1,1	0,8	-63,3	-26,1	1,2
1 – 2	4,1	2,4	2,1	1,8	-41,0	-14,7	2,9
2 – 3	4,3	3,1	2,5	2,3	-29,0	-9,3	3,5
3 – 5	8,3	6,0	5,3	4,6	-32,8	-11,7	7,3
5 – 10	19,6	15,4	13,5	12,5	-22,6	-7,8	19,5
10 und mehr	26,7	34,0	38,9	41,9	26,8	7,8	65,6
Insgesamt	65,9	62,7	63,4	63,9	-0,9	0,9	100
Haupterwerbsbetriebe	44,2	41,5	39,0	38,0	-12,8	-2,5	59,5
Nebenerwerbsbetriebe	11,8	8,7	8,9	7,9	-11,9	-11,0	12,4
Durchschnittliche Betriebsgröße	4,1	5,3	6,8	7,6	52,4	11,8	x

1 Stichprobenerhebung. – 2 Vergleichbarkeit aufgrund geänderter unterer Erhebungsgrenzen eingeschränkt.

T 7 Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben 1999–2013¹ nach Beschäftigtengruppen

Arbeitskräfte	1999 ²	2005 ²	2010	2013 ²			
				insgesamt	Veränderung zu		Anteil an insgesamt
					2003 ²	2010	
1 000				%			
Insgesamt	123,2	108,3	99,4	90,5	-18,6	-8,9	100
Familienarbeitskräfte ³	60,7	49,1	37,0	32,6	-39,6	-11,9	36,0
vollzeitbeschäftigt	14,3	12,0	12,4	11,3	-14,2	-8,7	12,5
Frauen	1,6	2,1	3,1	2,8	13,5	-11,5	3,0
Männer	12,8	9,9	9,3	8,6	-20,4	-7,7	9,5
teilzeitbeschäftigt	46,3	37,1	24,6	21,3	-47,8	-13,6	23,5
Frauen	20,7	16,9	10,4	8,9	-52,7	-14,2	9,8
Männer	25,6	20,2	14,3	12,4	-43,7	-13,2	13,7
Frauen	22,3	19,1	13,5	11,6	-45,1	-13,6	12,9
Männer	38,4	30,1	23,6	21,0	-36,0	-11,0	23,2
Ständig beschäftigte familienfremde Arbeitskräfte	9,7	9,7	10,8	11,5	31,8	6,9	12,7
vollzeitbeschäftigt	6,2	5,3	5,8	6,7	25,6	14,2	7,4
Frauen	1,4	1,2	1,3	1,4	16,2	12,2	1,6
Männer	4,7	4,1	4,6	5,2	28,4	14,7	5,8
teilzeitbeschäftigt	3,5	4,4	4,9	4,9	41,3	-1,8	5,4
Frauen	1,7	2,2	2,5	2,4	30,4	-6,4	2,6
Männer	1,8	2,2	2,4	2,5	53,5	3,1	2,8
Frauen	3,1	3,3	3,8	3,8	24,6	-0,1	4,2
Männer	6,6	6,4	7,0	7,7	35,6	10,7	8,5
Nichtständige Arbeitskräfte	52,9	49,5	51,6	46,4	-4,4	-10,1	51,3
Betriebliche Arbeitsleistung (AK-Einheiten) insgesamt	40,4	36,7	37,9	36,9	-7,5	-2,5	x

1 Vergleichbarkeit aufgrund methodischer Änderungen eingeschränkt. – 2 Stichprobenerhebung. – 3 Nur betriebliche Tätigkeit.

T 8 Landwirtschaftliche Berufsbildung der Betriebsleiter/-innen in landwirtschaftlichen Betrieben 1999–2013¹ nach höchster Bildungsstufe

Berufsbildung	1999 ²	2005 ²	2010	2013 ²			
				insgesamt	Veränderung zu		Anteil an insgesamt
					2005 ²	2010	
	1 000				%		
Landwirtschaftliche Berufsbildung	20,5	17,6	13,2	12,7	-27,6	-3,7	66,8
Berufsschule/Berufsfachschule	2,9	1,7	0,9	0,8	-50,9	-2,4	4,4
Berufsausbildung/Lehre	3,4	3,2	2,1	1,8	-44,1	-15,6	9,5
Landwirtschaftsschule	6,7	4,8	3,2	3,0	-36,9	-4,4	15,9
Fortbildung zum Meister/Fachagrarwirt	5,3	5,0	4,3	4,1	-18,1	-5,1	21,4
Höhere Landbau-/Technikerschule, Fachakademie	1,3	1,4	1,5	1,6	17,5	10,3	8,6
Fachhochschule, Ingenieurschule	0,7	0,8	0,9	0,9	12,0	9,8	5,0
Universität, Hochschule	0,3	0,6	0,4	0,4	-34,8	-3,3	2,2
Ausschließlich praktische landwirtschaftliche Erfahrung	12,0	8,7	7,3	6,3	-27,6	-13,7	33,2
Insgesamt	32,5	26,3	20,6	19,1	-27,6	-7,3	100

1 Vergleichbarkeit aufgrund methodischer Änderungen eingeschränkt. – 2 Stichprobenerhebung.

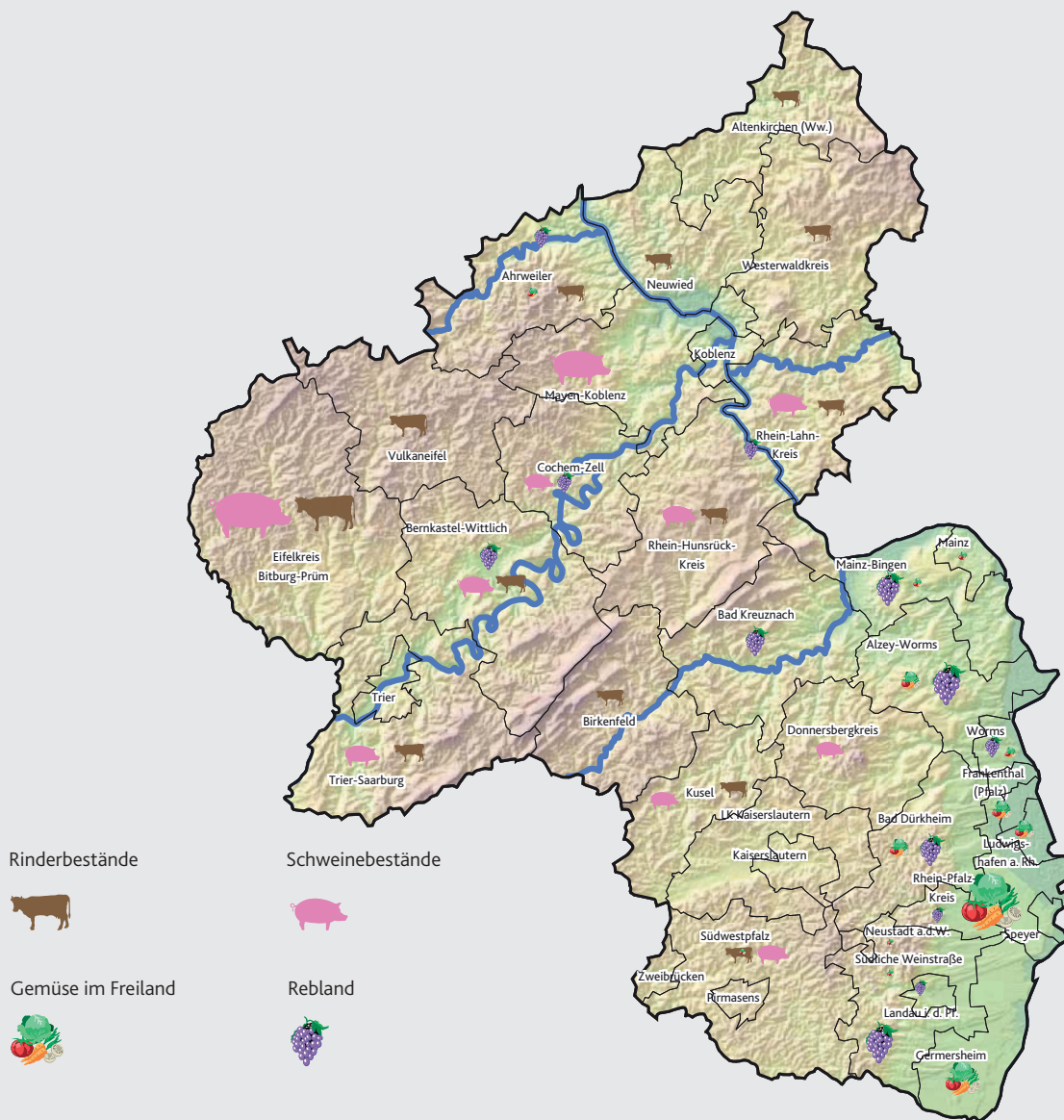
T 9

Landwirtschaftliche Betriebe, landwirtschaftlich genutzte Fläche und Viehbestand 2010
nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Landwirt- schaftliche Betriebe	Betriebs- größe	LF	Darunter		Ökologisch bewirtschaft- ete Fläche	Großvieheinheiten		Rinder	Schweine
				Acker- land	Dauer- grünland		insgesamt	je 100 ha LF		
	Anzahl	ha	%			Anzahl				
Frankenthal (Pfalz), St.	41	57	2 345	97,2	.	28,0	82	52	-	.
Kaiserslautern, St.	22	49	1 080	67,3	30,8	.	400	49	308	.
Koblenz, St.	72	27	1 977	79,9	11,6	1,8	303	37	242	.
Landau i. d. Pfalz, St.	210	10	2 071	30,7	.	4,0	82	62	-	.
Ludwigshafen a. Rh., St.	43	39	1 683	97,5	.	8,5	146	30	.	78
Mainz, St.	150	32	4 829	69,8	4,0	2,6	248	24	.	259
Neustadt a. d. Weinstr., St.	263	12	3 194	31,1	.	5,4	336	49	249	.
Pirmasens, St.	33	34	1 132	58,7	39,9	.	630	69	642	1 321
Speyer, St.	22	26	581	88,6	10,0	-	105	45	.	-
Trier, St.	59	33	1 960	44,2	.	-	605	73	.	.
Worms, St.	183	38	6 950	67,9	.	4,0	208	18	55	167
Zweibrücken, St.	50	58	2 900	67,9	31,9	9,1	2 054	74	1 971	3 794
Ahrweiler	584	33	19 526	45,6	50,7	3,5	10 170	74	11 722	2 682
Altenkirchen (Ww.)	418	39	16 400	26,7	73,1	10,8	15 529	99	18 921	.
Alzey-Worms	1 464	28	40 750	66,8	0,7	3,7	3 245	72	412	1 152
Bad Dürkheim	999	17	17 356	40,1	7,7	5,2	1 033	37	502	1 676
Bad Kreuznach	1 038	31	32 045	62,8	22,2	5,7	7 606	43	7 837	5 210
Bernkastel-Wittlich	1 678	21	34 703	45,8	44,0	5,5	20 271	75	24 206	12 854
Birkenfeld	327	63	20 475	46,8	53,1	7,7	11 849	67	13 342	7 820
Cochem-Zell	954	25	23 405	72,6	20,9	3,7	7 751	51	8 176	10 119
Donnersbergkreis	530	62	32 607	82,0	16,5	4,1	8 409	45	7 342	14 277
Eifelkreis Bitburg-Prüm	1 501	52	78 436	46,7	53,2	4,0	87 514	119	102 475	64 965
Germersheim	381	45	17 064	86,0	10,0	3,9	2 078	42	1 506	4 493
Kaiserslautern	337	54	18 033	56,4	43,4	5,6	9 057	62	9 546	6 030
Kusel	355	68	24 055	56,1	43,9	9,8	11 887	59	12 867	11 007
Mainz-Bingen	1 520	21	32 196	57,7	4,5	3,3	2 448	36	1 492	1 445
Mayen-Koblenz	706	53	37 175	83,4	13,9	2,5	11 863	56	9 369	35 059
Neuwied	387	43	16 491	41,1	57,9	8,5	11 808	82	13 731	2 441
Rhein-Hunsrück-Kreis	818	45	36 459	70,3	29,1	3,5	15 014	60	16 470	12 693
Rhein-Lahn-Kreis	544	50	27 126	71,0	28,5	5,4	11 976	57	11 658	16 892
Rhein-Pfalz-Kreis	307	55	16 794	95,1	2,9	4,7	625	28	379	1 322
Südliche Weinstraße	1 584	14	22 925	42,3	9,4	4,6	1 780	39	1 500	364
Südwestpfalz	456	42	18 929	57,7	42,3	6,3	13 822	80	15 132	15 949
Trier-Saarburg	1 315	25	32 749	48,9	40,8	4,1	19 130	77	21 491	14 689
Vulkaneifel	655	48	31 467	29,6	70,3	4,7	26 343	91	31 264	.
Westerwaldkreis	558	49	27 353	25,3	73,9	15,8	19 965	83	23 261	1 565
Rheinland-Pfalz	20 564	34	705 223	57,0	33,1	5,4	336 371	75	368 880	258 166
kreisfreie Städte	1 148	27	30 702	65,0	11,6	6,7	5 199	52	4 279	6 590
Landkreise	19 416	35	674 521	56,6	34,1	5,3	331 173	76	364 601	251 576

K 1

Landwirtschaftliche Erzeugnisse 2010



17

T 10

Landwirtschaftlich genutzte Fläche 2000–2014 nach ausgewählten Kultur- und Fruchtarten

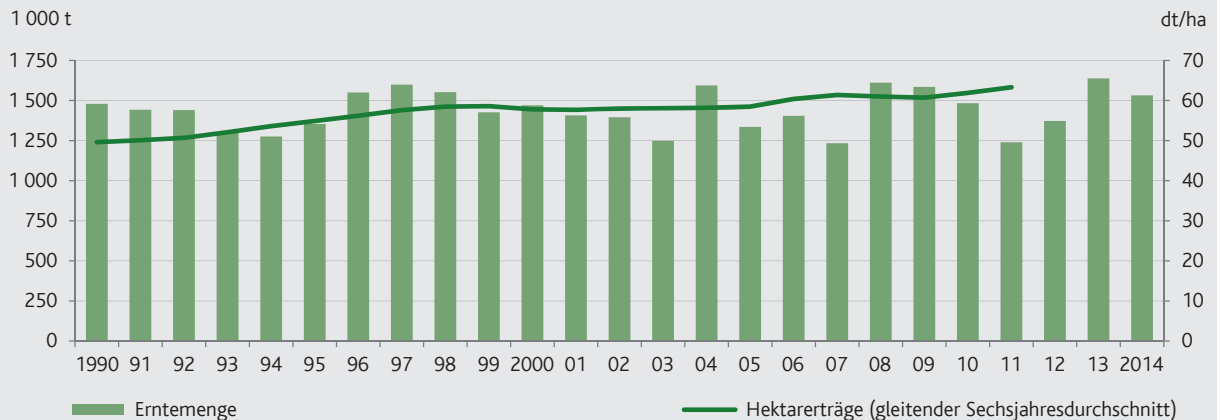
Kulturart Fruchtart	2000 ¹	2005 ¹	2010	2013 ¹	2014 ¹			Anteil an insgesamt
					insgesamt	Veränderung zu		
						2005 ¹	2013 ¹	
	1 000 ha					%		
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	715,8	713,8	705,2	707,0	703,5	-1,4	-0,5	100
darunter								
Ackerland	400,9	396,8	401,8	410,5	410,0	3,3	-0,1	58,3
Getreide zur Körnergewinnung	256,9	244,0	241,2	245,6	244,5	0,2	-0,5	34,8
darunter								
Weizen	100,0	102,1	119,9	120,5	119,9	17,5	-0,5	17,0
Triticale	14,5	12,9	17,1	20,1	17,3	34,1	-13,7	2,5
Roggen und Wintermeng- getreide	17,1	11,1	11,2	15,3	10,7	-3,6	-30,0	1,5
Wintergerste	35,1	33,3	35,6	32,3	35,3	6,2	9,3	5,0
Sommergerste	71,1	68,0	41,1	39,2	42,7	-37,2	9,0	6,1
Hafer	11,9	8,8	6,2	5,9	5,8	-34,5	-1,6	0,8
Sommermengsgetreide	2,3	1,5	1,0	1,6	1,1	-24,5	-26,4	0,2
Körnermais ²	4,7	6,3	8,8	10,5	11,2	78,0	7,1	1,6
Hackfrüchte	32,6	31,0	25,8	25,8	25,6	-17,3	-0,6	3,6
darunter								
Kartoffeln	9,7	8,4	7,6	7,9	7,3	-12,5	-7,8	1,0
Zuckerrüben	22,3	22,3	18,0	17,5	18,0	-19,1	2,8	2,6
Hülsenfrüchte	4,5	2,7	1,7	1,5	1,8	-33,4	23,7	0,3
Gemüse, Erdbeeren und sonstige Gartengewächse	10,0	11,8	14,1	14,5	14,3	21,3	-0,8	2,0
Handelsgewächse	34,5	40,7	48,1	47,6	47,0	15,3	-1,3	6,7
darunter: Winterraps	27,8	34,7	45,7	45,6	45,3	30,5	-0,7	6,4
Pflanzen zur Grünernte	33,5	35,7	56,4	63,4	63,9	78,9	0,8	9,1
darunter								
Leguminosen zur Ganz- pflanzenernte	8,5	8,4	8,5	9,7	10,5	24,9	8,1	1,5
Grasanbau auf dem Ackerland	9,0	7,5	14,6	18,0	15,9	112,9	-11,5	2,3
Silomais	15,4	18,6	28,9	33,4	33,1	77,4	-0,9	4,7
Flächen, für die eine Still- legungsprämie gezahlt wird ³	28,7	30,8	11,8	8,8	9,2	-70,1	5,3	1,3
Obstanlagen	6,5	5,3	5,3	5,2	5,3	-0,4	0,9	0,8
Rebfläche	65,7	62,7	63,4	63,9	64,0	2,0	0,1	9,1
Baumschulen	0,7	0,6	0,7	0,8	0,7	11,4	-10,2	0,1
Dauergrünland	241,1	247,7	233,3	225,8	222,7	-10,1	-1,4	31,7

1 Stichprobenerhebung. – 2 Einschließlich Corn-Cob-Mix. – 3 Einschließlich sonstige Brache, ohne Anbau nachwachsender Rohstoffe.

T 11 Erntemenge von Feldfrüchten und Futterpflanzen 2013 und 2014 nach Fruchtarten

Fruchtart	D	D	D	2013	2014		
	2000/2005	2005/2010	2008/2013		insgesamt	Veränderung	
						zum D 2008/2013	zu 2013
	1 000 t					%	
Getreide insgesamt ¹	1 408,8	1 442,5	1 488,5	1 638,4	1 532,8	3,0	-6,4
darunter							
Weizen	635,3	749,0	804,5	927,9	855,8	6,4	-7,8
darunter: Winterweizen	617,6	731,8	783,5	905,8	832,8	6,3	-8,1
Roggen und Wintermenggetreide	81,7	74,5	82,5	102,9	70,0	-15,1	-32,0
Gerste	553,3	490,4	462,8	445,3	469,9	1,5	5,5
Wintergerste	199,3	222,5	214,6	219,7	229,4	6,9	4,4
Sommergerste	354,0	267,9	248,2	225,6	240,5	-3,1	6,6
Hafer	46,1	31,6	28,2	29,1	27,6	-2,1	-5,5
Triticale	83,4	92,1	105,8	125,6	104,4	-1,3	-16,9
Futtererbsen	14,0	5,4	4,1	4,7	4,6	12,3	-2,0
Winterraps	97,3	158,4	160,9	187,1	194,9	21,2	4,2
Körner Sonnenblumen	2,1	1,5	1,3	2,0	1,2	-3,7	-38,4
Körnermais ²	52,9	64,7	86,3	91,3	115,0	33,3	26,0
Kartoffeln	296,2	292,6	298,7	286,3	285,2	-4,5	-0,4
Zuckerrüben	1 305,9	1 267,4	1 295,9	1 234,2	1 517,8	17,1	23,0
Raufutter (Trockenmasse)	1 481,2	1 305,8	1 355,9	1 509,2	1 539,3	13,5	2,0
Silomais	762,9	1 085,6	1 329,9	1 243,1	1 628,4	22,4	31,0

1 Ohne Körnermais und Corn-Cob-Mix sowie anderes Getreide. – 2 Einschließlich Corn-Cob-Mix.

G 4 Erntemenge und Hektarerträge von Getreide 1990–2014¹

1 Ohne Körnermais und Corn-Cob-Mix.

T 12

Bestockte Rebfläche der Keltertrauben 2000–2014 nach ausgewählten Rebsorten

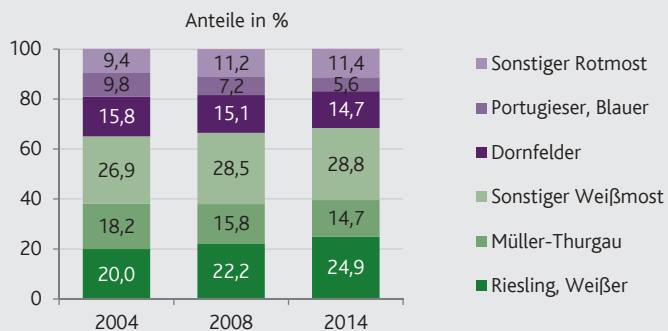
Rebsorte	2000	2005	2009	2013	insgesamt	2014		Anteil an insgesamt
						Veränderung zu		
						2004	2013	
	ha					%		
Weißweinrebsorten	53 774	43 227	44 364	44 428	44 716	2,1	0,6	69,8
Riesling, Weißer	15 212	14 446	16 291	16 869	17 029	20,0	0,9	26,6
Müller-Thurgau	12 595	8 663	8 481	7 974	7 933	-12,4	-0,5	12,4
Silvaner, Grüner	4 811	3 701	3 560	3 342	3 291	-14,8	-1,5	5,1
Ruländer	1 110	2 319	2 543	3 029	3 276	69,3	8,1	5,1
Burgunder, Weißer	1 346	1 856	2 322	2 758	2 856	63,3	3,6	4,5
Kerner	5 335	3 399	2 848	2 317	2 231	-39,6	-3,7	3,5
Chardonnay	477	827	993	1 320	1 370	75,9	3,8	2,1
Scheurebe	2 730	1 678	1 456	1 239	1 202	-33,6	-3,0	1,9
Bacchus	2 356	1 360	1 138	963	927	-37,3	-3,7	1,4
Sauvignon blanc	8	126	373	593	632	603,4	6,5	1,0
Gewürztraminer	487	501	532	580	596	20,7	2,7	0,9
Elbling	968	576	543	502	503	-16,6	0,2	0,8
Huxelrebe	1 232	709	611	519	490	-36,6	-5,6	0,8
Ortega	989	684	593	508	490	-31,6	-3,7	0,8
Morio-Muskat	1 036	567	483	406	393	-35,4	-3,2	0,6
Faberrebe	1 468	745	544	403	373	-55,2	-7,4	0,6
Muskateller	38	56	89	131	145	201,7	10,5	0,2
Auxerrois	27	76	104	125	128	97,2	2,2	0,2
Siegerrebe	160	114	101	94	92	-21,8	-2,5	0,1
Cabernet blanc	.	0	23	69	79	x	14,9	0,1
Reichensteiner	238	124	96	68	63	-53,8	-7,4	0,1
Würzer	104	69	64	60	59	-17,9	-2,1	0,1
Sonstige	1 046	628	574	557	558	-16,2	0,3	0,9
Rotweinrebsorten	12 884	20 456	19 631	19 591	19 338	-3,8	-1,3	30,2
Dornfelder	3 949	7 626	7 348	7 495	7 390	-2,8	-1,4	11,5
Spätburgunder, Blauer	2 753	3 867	3 909	4 111	4 163	13,0	1,3	6,5
Portugieser, Blauer	4 642	4 446	3 860	3 359	3 188	-29,2	-5,1	5,0
Regent	276	1 626	1 581	1 543	1 521	-1,7	-1,4	2,4
Saint Laurent	242	635	633	625	617	-0,4	-1,3	1,0
Merlot	73	350	396	482	490	49,8	1,7	0,8
Cabernet Sauvignon	79	244	259	306	311	34,5	1,5	0,5
Müllerrebe	222	264	260	252	247	-5,9	-1,9	0,4
Dunkelfelder	223	306	277	247	239	-21,2	-3,0	0,4
Frühburgunder, Blauer	67	194	207	209	205	19,1	-1,8	0,3
Acolon	18	177	181	183	180	15,9	-1,3	0,3
Cabernet Dorsa	14	128	139	153	155	50,3	1,5	0,2
Cabernet Mitos	16	146	147	147	145	5,3	-1,1	0,2
Heroldrebe	174	153	125	106	103	-36,0	-3,5	0,2
Sonstige	135	297	307	373	381	33,8	2,3	0,6
Insgesamt	66 658	63 683	63 995	64 019	64 054	0,3	0,1	100

T 13 Erntemenge von Weinmost 2013 und 2014 nach ausgewählten Rebsorten

Rebsorte	D 2000/2009	D 2004/2013	2013	2014			
				insgesamt	Veränderung		Anteil an insgesamt
	zum D 2004/2013	zu 2013					
	1 000 hl			%			
Weißweinrebsorten	4 294,1	3 910,1	3 731,3	4 135,6	5,8	10,8	68,3
darunter							
Riesling, Weißer	1 302,9	1 291,1	1 175,7	1 505,9	16,6	28,1	24,9
Müller-Thurgau	1 127,4	964,8	974,5	887,2	-8,0	-9,0	14,7
Silvaner, Grüner	411,0	352,7	324,7	328,1	-7,0	1,0	5,4
Ruländer	142,0	192,7	228,8	272,6	41,5	19,1	4,5
Burgunder, Weißer	149,3	183,0	219,5	270,4	47,7	23,2	4,5
Kerner	334,2	246,6	191,1	212,4	-13,8	11,2	3,5
Scheurebe	158,3	118,7	87,8	108,1	-8,9	23,1	1,8
Chardonnay	54,3	68,6	75,6	93,0	35,7	23,0	1,5
Bacchus	145,2	104,7	85,5	78,9	-24,6	-7,7	1,3
Sauvignon blanc	6,7	18,2	34,7	53,6	194,1	54,5	0,9
Huxelrebe	64,4	49,9	37,6	43,6	-12,6	16,1	0,7
Gewürztraminer	31,0	31,3	32,1	35,0	11,8	8,8	0,6
Ortega	44,9	37,7	38,3	29,5	-21,8	-23,0	0,5
Rotweinrebsorten	1 990,5	2 125,9	1 993,6	1 918,9	-9,7	-3,7	31,7
darunter							
Dornfelder	874,8	990,9	925,1	887,3	-10,5	-4,1	14,7
Spätburgunder, Blauer	286,2	310,4	300,9	346,2	11,5	15,1	5,7
Portugieser, Blauer	563,1	470,8	361,1	341,4	-27,5	-5,5	5,6
Regent	88,1	134,3	166,4	118,3	-11,9	-28,9	2,0
Saint Laurent	39,1	47,5	42,0	49,5	4,3	17,8	0,8
Insgesamt	6 284,6	6 036,0	5 725,0	6 054,5	0,3	5,8	100

17

G 5 Weinmosternte 2004–2014 nach ausgewählten Rebsorten



Knapp 6,1 Millionen Hektoliter Weinmost wurden 2014 geerntet. Damit lag die Erntemenge 0,3 Prozent über der Durchschnittsmenge der Jahre 2004 bis 2013.

Trotz einer großen Vielfalt bei den Rebsorten entfällt gut die Hälfte der Weinmosternte auf nur drei Rebsorten: Riesling, Müller-Thurgau und Dornfelder.

T 14

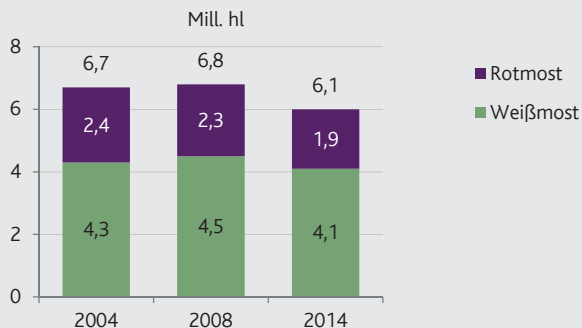
Weinerzeugung und Weinbestand 2000–2014 nach Weinarten, Qualitätsstufen und Herkunft

Weinart Herkunft	2000	2005	2010	2013	2014			
					insgesamt	Veränderung zu		Anteil an insgesamt
						2004	2013	
1 000 hl					%			
Weinerzeugung								
Weißwein	5 022,2	3 922,4	2 915,6	3 730,0	4 133,3	-4,6	10,8	68,0
Rotwein	1 680,5	2 181,4	1 664,1	1 997,9	1 948,7	-17,3	-2,5	32,0
Wein/Landwein	735,9	296,4	120,6	312,2	328,2	-42,5	5,1	5,4
Qualitätswein	4 611,2	3 996,6	3 539,1	4 518,2	4 868,2	4,4	7,7	80,0
Prädikatswein	1 355,7	1 810,9	920,0	897,5	885,6	-39,1	-1,3	14,6
Insgesamt	6 702,8	6 103,8	4 579,7	5 727,9	6 082,0	-9,1	6,2	100
Weinbestand								
Bestand beim Erzeuger	5 119,5	3 519,1	3 406,4	2 730,3	2 630,0	-23,4	-3,8	44,4
aus EU-Mitgliedstaaten einschließlich Deutschland	5 119,4	3 518,8	3 406,2	2 729,2	2 627,8	-23,5	-3,9	44,4
Drittländern	0,1	0,3	0,2	1,1	2,2	x	50,7	0,0
Bestand beim Großhandel	4 141,4	3 745,9	3 466,0	3 192,5	3 285,8	-8,6	2,8	55,5
aus Deutschland	2 546,5	2 231,2	2 064,1	1 626,8	1 619,5	-15,5	-0,5	27,4
aus anderen EU-Mitgliedstaaten	1 267,5	1 160,4	1 093,7	1 287,7	1 331,4	1,2	3,3	22,5
Drittländern	327,3	354,2	308,1	278,1	334,9	-8,4	17,0	5,7
Traubenmost (ohne Süßreserve)	3,0	1,6	1,5	2,2	2,2	-79,8	2,0	0,0
Insgesamt	9 263,9	7 266,6	6 873,9	5 925,0	5 918,0	-16,0	-0,1	100
darunter								
Weißwein ¹	6 727,7	3 915,4	3 646,4	3 419,7	3 437,4	-13,4	0,5	58,1
Rotwein ¹	1 411,6	2 425,1	2 412,0	2 503,1	2 478,4	17,9	-1,0	41,9

¹ Vor 2013 ohne Schaumwein.

G 6

Weinerzeugung 2004–2014 nach Mostarten



Die Weinerzeugung schwankt jährlich aufgrund der Witterung. Im Jahr 2014 erzeugten die weinbauenden Betriebe und Kellereien in Rheinland-Pfalz aus der Traubenernte des Jahres 2014 rund 6,08 Millionen Hektoliter Wein. Damit blieb die Weinerzeugung leicht unter dem zehnjährigen Durchschnitt von 6,11 Millionen Hektoliter.

Von der gesamten Weinerzeugung entfielen 68 Prozent auf Weißwein; der Rotweinanteil hat sich auf etwa ein Drittel eingependelt.

T 15 Anbauflächen¹ von Gemüse 2004–2014

Gemüsegruppen Gemüseart	2004	2005 ²	2010 ²	2013 ²	2014 ²			
					insgesamt	Veränderung zu		Anteil an insgesamt
						2004	2013 ²	
	ha				%			
Kohlgemüse zusammen	2 748	2 795	2 415	2 769	2 563	-6,7	-7,5	13,4
darunter: Blumenkohl	1 568	1 477	1 305	1 399	1 340	-14,5	-4,2	7,0
Blatt- und Stängelgemüse zusammen	4 678	4 873	6 332	6 613	6 434	37,5	-2,7	33,5
darunter								
Feldsalat	947	824	1 080	906	1 032	9,0	13,9	5,4
Spinat	560	587	646	536	479	-14,5	-10,6	2,5
Rucolasalat	212	242	428	341	505	137,6	48,0	2,6
Kopfsalat	695	772	710	595	508	-26,9	-14,7	2,6
Spargel	944	1 052	1 110	1 433	1 349	42,9	-5,9	7,0
Wurzel- und Knollengemüse zusammen	6 606	6 905	7 628	8 320	8 142	23,3	-2,1	42,4
darunter								
Möhren und Karotten	1 809	1 696	1 752	1 732	1 672	-7,6	-3,5	8,7
Radies	2 318	2 527	2 782	2 600	2 588	11,6	-0,5	13,5
Bundzwiebeln (Frühlingszwiebeln)	693	945	1 311	1 590	1 728	149,4	8,7	9,0
Speisezwiebeln	1 170	1 068	1 178	1 640	1 411	20,6	-14,0	7,4
Fruchtgemüse zusammen	617	814	988	1 153	1 228	98,9	6,5	6,4
Hülsenfrüchte zusammen	301	267	381	536	405	34,6	-24,5	2,1
Sonstige Gemüsearten	382	448	401	410	419	9,9	2,3	2,2
Insgesamt ³	15 331	16 101	18 145	19 800	19 191	25,2	-3,1	100

1 Bei den Anbauflächen ist die Mehrfachnutzung der Grundfläche durch Vor-, Zwischen- und Nachkultur berücksichtigt. – 2 Stichprobenerhebung. – 3 Bis 2009 einschließlich Schnittlauch und Petersilie.

T 16 Anbauflächen von Obst 1997–2012

Obstart	1997	2002	2007	2012			
				insgesamt	Veränderung zu		Anteil an insgesamt
					1997	2007	
	ha				%		
Baumobst insgesamt ¹	5 176	4 858	4 283	3 679	-28,9	-14,1	100
darunter							
Äpfel	2 018	1 823	1 608	1 355	-32,9	-15,7	36,8
Birnen	281	256	210	189	-32,7	-9,8	5,1
Süßkirschen	377	416	473	496	31,6	4,9	13,5
Sauerkirschen	1 305	1 133	826	617	-52,7	-25,3	16,8
Pflaumen und Zwetschen	964	984	986	836	-13,3	-15,2	22,7
Mirabellen und Renekloden	135	159	181	185	37,0	2,2	5,0
Strauchbeeren	.	.	.	209	.	.	x
Erdbeeren insgesamt	.	.	.	702	.	.	100
darunter: im Freiland	444	495	629	693	56,1	10,2	98,7

1 Bis 2002 einschließlich Aprikosen, Pfirsiche und Walnüsse.

T 17 Erntemenge von Gemüse 2013 und 2014¹

Gemüseart	D 2000/2005	D 2005/2010	D 2008/2013	2013	2014		
					insgesamt	Veränderung	
	1 000 t					zum D 2008/2013	zu 2013
					%		
Insgesamt	350,2	500,4	584,0	630,0	623,2	6,7	-1,1
darunter							
Möhren und Karotten	74,5	84,8	88,1	93,6	94,6	7,5	1,1
Bundzwiebeln (Frühlingszwiebeln)	.	.	63,5	75,4	75,9	19,5	0,6
Speisewiebeln	48,0	56,2	64,6	73,5	67,3	4,1	-8,5
Radies	70,1	75,9	73,5	54,1	58,7	-20,1	8,5
Porree (Lauch)	9,1	19,9	32,1	46,2	44,2	37,8	-4,2
Blumenkohl	39,4	40,5	41,3	41,8	44,2	7,1	5,8
Rettich (ohne Meerrettich)	14,3	13,4	12,7	18,1	23,9	87,7	32,0
Knollensellerie	7,2	10,9	15,1	/	21,3	40,8	x
Kopfsalat	22,3	23,3	22,0	21,2	19,3	-12,1	-9,0
Kohlrabi	9,9	12,2	15,3	18,1	17,4	13,5	-4,1
Zucchini	.	.	12,6	13,6	12,6	-0,3	-7,8
Kürbis ²	.	.	8,8	/	12,3	39,0	x
Chinakohl	8,2	12,3	12,9	14,6	11,1	-13,5	-23,9
Lollosalat	3,3	8,7	11,5	11,8	11,1	-3,7	-6,5
Zuckermais	.	.	9,4	/	7,9	-15,7	x
Endiviensalat	3,4	4,9	6,8	/	6,3	-8,7	x

¹ Zur Vergleichbarkeit siehe Metadaten. – ² Ab 2005 Speisekürbis.

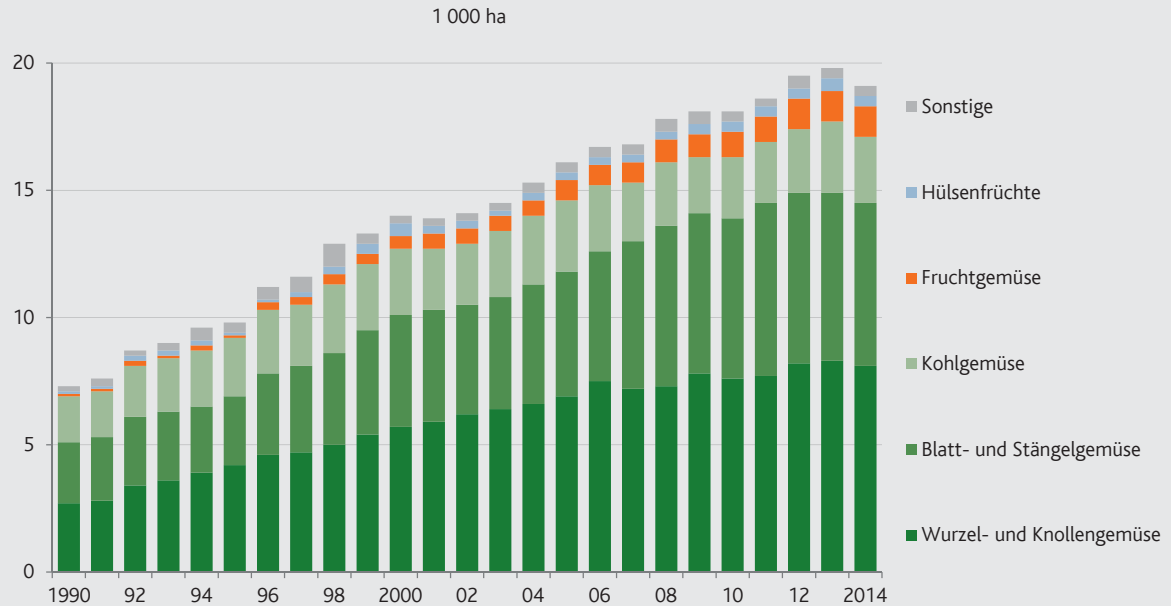
T 18 Erntemenge von Obst 2013 und 2014

Obstart	D 2000/2005	D 2005/2010	D 2008/2013	2013	2014		
					insgesamt	Veränderung	
		zum D 2008/2013	zu 2013				
	t					%	
Baumobst insgesamt ¹	73 780,9	70 300,5	61 425,9	64 999,4	64 313,8	4,7	-1,1
darunter							
Äpfel	46 381,2	39 010,8	33 624,9	36 128,8	33 583,1	-0,1	-7,0
Birnen	4 589,6	4 323,5	3 693,3	4 155,8	4 029,2	9,1	-3,0
Süßkirschen	2 508,9	2 731,9	2 595,3	2 818,2	3 738,4	44,0	32,7
Sauerkirschen	8 672,2	7 736,0	5 780,4	4 849,8	5 475,7	-5,3	12,9
Pflaumen und Zwetschen	9 761,3	14 145,3	13 241,8	13 273,0	14 549,3	9,9	9,6
Mirabellen und Renekloden	1 326,0	2 254,5	2 490,1	3 773,8	2 938,0	18,0	-22,1
Strauchbeeren	.	.	.	1 019,1	1 015,9	.	-0,3
Erdbeeren insgesamt	.	.	.	4 721,4	5 576,0	.	18,1
darunter: im Freiland	3 421,4	4 604,7	4 199,3	4 497,5	5 288,3	25,9	17,6

¹ Bis 2005 einschließlich Aprikosen, Pfirsiche und Walnüsse.

G 7

Anbau von Gemüse auf dem Freiland 1990–2014 nach Gemüsegruppen



T 19

Holzeinschlag 2000¹–2014 nach Holz- und Besitzarten

17

Holzart Besitzart	2000	2005	2010	2013	2014			
					insgesamt	Veränderung zu		Anteil an insgesamt
						2000	2013	
	1 000 fm					%		
Laubholz	762	1 221	1 136	1 188	1 253	64,3	5,5	37,0
Eiche, Roteiche	214	335	238	258	267	24,9	3,5	7,9
Buche, übrige Laubhölzer	548	886	898	930	986	79,7	6,0	29,1
Nadelholz	1 261	3 436	4 391	2 233	2 135	69,3	-4,4	63,0
Fichte, Tanne, Douglasie	861	2 903	3 828	1 767	1 682	95,3	-4,8	49,7
Kiefer, Lärche	400	533	563	466	453	13,3	-2,9	13,4
Insgesamt	2 023	4 657	5 527	3 421	3 388	67,4	-1,0	100
Bundeswald	.	91	47	42	61	.	44,8	1,8
Landeswald	848	1 300	1 481	1 174	1 164	37,2	-0,9	34,3
Körperschaftswald	1 123	2 114	3 249	1 655	1 680	49,6	1,5	49,6
Privatwald	52	1 152	750	550	483	x	-12,2	14,3

¹ Für den Bundeswald liegen keine Werte für 2000 vor (Fehlmenge etwa 50 000 fm). Für den Privatwald liegen für 2000 nur die Werte der über Landesforsten eingeschlagenen Menge vor (Fehlmenge etwa 250 000 fm).

T 20 Viehbestand 2004–2014¹ nach ausgewählten Tierarten

Tierart	2004	2005	2013	2014		
				insgesamt	Veränderung zu	
					2004	2013
	1 000				%	
Rinder	397,4	389,7	363,5	368,2	-7,4	1,3
darunter: Milchkühe	125,2	122,4	119,4	119,9	-4,2	0,4
Schweine	324,0	315,9	204,7	203,9	-37,1	-0,4
darunter: Zuchtsauen	28,9	28,2	14,8	14,4	-50,2	-2,6
Schafe	128,8	121,9	64,4	62,9	-51,2	-2,4

1 Zur Vergleichbarkeit siehe Metadaten. 2004: November und 2005: Mai.

T 21 Erzeugung von Milch, Fleisch und Eiern 2000–2014

Merkmal	Einheit	2000	2005	2013	2014	Einheit	2014	
							Veränderung zu	
							2004	2013
Milcherzeugung ¹	1 000 t	775,3	797,4	833,3	869,0	%	10,3	4,3
Schlachtungen	1 000	1 352,8	1 209,4	1 242,3	1 286,4	%	5,2	3,5
darunter								
Rinder (einschließlich Kälber)	1 000	117,0	110,0	74,4	77,4	%	-31,9	4,1
Schweine	1 000	1 164,9	1 042,3	1 144,7	1 187,3	%	12,3	3,7
Schafe (einschließlich Ziegen)	1 000	69,7	56,4	22,6	20,8	%	-59,9	-7,8
Schlachtmenge	1 000 t	142,0	129,3	129,4	135,1	%	2,9	4,4
darunter								
Rinder (einschließlich Kälber)	1 000 t	34,9	33,1	22,4	23,5	%	-30,5	5,1
Schweine	1 000 t	105,5	95,0	106,4	111,0	%	15,1	4,3
Schafe (einschließlich Ziegen)	1 000 t	1,3	1,1	0,4	0,4	%	-56,1	-1,8
Eiererzeugung ²	1 000	163 573	123 167	174 266	181 169	%	58,3	4,0

1 Ab 2010 Quelle: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung; Gemelk von Kühen, Schafen, Ziegen und Büffeln. – 2 In Betrieben mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen.

Datenquellen

Statistik	Tabelle	Grafik	Karte	Übersicht
Landwirtschaftliche Gesamtrechnung	T 3	-	-	-
Landwirtschaftszählung (LZ) und Agrarstrukturerhebung (ASE)	T 1, T 2, T 4, T 5, T 7, T 8, T 9, T 20	G 1, G 3	K 1	-
Weinbauerhebung	T 6	-	-	-
Bodennutzungshaupterhebung	T 1, T 2, T 4, T 10	G 2	-	-
Ernte- und Betriebsberichterstattung	T 1, T 11, T 18	G 4	-	-
Rebflächenerhebung	T 1, T 12	-	-	-
Erhebung der Weinernte (Traubenerntemeldung)	T 1, T 13	G 5	-	-
Erhebung der Weinerzeugung	T 14	-	-	-
Erhebung der Weinbestände	T 14	G 6	-	-
Gemüseerhebung	T 15, T 16, T 17, T 18	G 7	-	-
Baumobstanbauerhebung	T 16	-	-	-
Erhebung über Strauchbeeren	T 16, T 18	-	-	-
Holzschlagsstatistik	T 19	-	-	-
Viehbestandserhebungen	T 1, T 2, T 20	-	-	-
Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatik	T 21	-	-	-
Milchstatistik	T 21	-	-	-
Erhebung in Unternehmen mit Legehennenhaltung	T 21	-	-	-
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	T 1	-	-	-
Erwerbstätigenrechnung	T 1	-	-	-

Statistiken

Der Produktionswert, die Vorleistungen sowie die Wertschöpfung für den Wirtschaftsbereich Landwirtschaft (ohne Garten- und Landschaftsbau, Forstwirtschaft und Fischerei) wird seit 1991 nach den Regeln des Europäischen Systems volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) im Rahmen der **Regionalen Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung** (RLGR) ermittelt. Seit Einführung des ESVG 1995 ist die Produktion bzw. die Wertschöpfung der Landwirtschaft zu Herstellungspreisen zu bewerten. Beispielsweise sind Gütersubventionen, wie die im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU bis 2004 ausbezahlten Flächenbeiträgen für Feldkulturen, für die jeweiligen Erzeugnisse (z. B. Getreide) zum Produktionswert hinzuzuaddieren (zu Erzeugerpreisen). Die produktspezifischen Steuern und Abgaben (Gütersteuern) vermindern dagegen den Produktionswert. Im Produktionswert und bei den Vorleistungen werden ferner innerlandwirtschaftliche Umsätze sowie ein Teil der Produktion, der vom selben Betrieb als Vorleistung verwendet wird (z. B. als Futtermittel vorgesehenes Getreide) berücksichtigt. Nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten gehen ebenfalls in die LGR ein, wenn sie untrennbar mit dem landwirtschaftlichen Betrieb verbunden sind. Die Berechnungen zur RLGR erfolgen zentral durch das Statistische Landesamt Baden-Württemberg.

Mit der **Landwirtschaftszählung** (LZ) findet in der Regel alle zehn Jahre eine umfassende allgemeine Erhebung über die Struktur der landwirtschaftlichen Produktionsstätten statt. Erhebungsmerkmale sind z. B. Arbeitskräfte, Berufsbildung oder Zuordnung zu den sozial-ökonomischen Betriebstypen. In den Zwischenjahren werden zur laufenden Beobachtung der Strukturveränderungen in der Landwirtschaft zusätzlich **Agrarstrukturerhebungen** (ASE) in einem dreijährigen Rhythmus durchgeführt (bis 2007 zweijährlich). Die LZ bzw. ASE befragt seit 2010 Betriebe ab fünf Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) oder ab zehn Hektar Waldfläche. Betriebe unter fünf Hektar LF werden einbezogen, wenn der Sonderkulturanbau bzw. die Viehbestände festgelegte Schwellenwerte übersteigen. Zwischen 1999 und 2009 waren Betriebe ab zwei Hektar LF auskunftspflichtig oder wenn sie auf Flächen von mindestens 30 Ar im Freiland oder drei Ar unter Glas Sonderkulturen anbauten oder die Viehbestände festgelegte Größenordnungen überschritten.

Mit der **Weinbauerhebung** wurden bis 1999 spezielle Strukturerhebungen durchgeführt. Sie wurden durch eine Fortschreibung der Ergebnisse mit den Daten der ASE ersetzt. Für 2010 wurden alle Betriebe mit Rebflächen in der Landwirtschaftszählung ausgewertet (zwischen 1999 und 2007 Betriebe mit bestockter Rebfläche ab 30 Ar).

Metadaten

Die **Bodennutzungshaupterhebung** liefert jährlich repräsentative Ergebnisse über die Bodennutzung der landwirtschaftlichen Betriebe. Zusätzlich werden die Zahl und Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe dargestellt. Der Berichtskreis entspricht seit 1999 dem der ASE. Zuvor wurden auch sonstige Bewirtschafter von Flächen einbezogen.

Für die **Ernte- und Betriebsberichterstattung** melden ehrenamtlich tätige Berichtersteller/-innen auf freiwilliger Basis Hektarerträge für Feldfrüchte und Grünland, Baumobst sowie Weinmost. Mithilfe der Ertragsschätzungen und den bei den Anbauerhebungen ermittelten Anbaumängeln werden die Erntemengen berechnet. Endgültige Ertragsschätzungen werden in bedeutsamen Teilbereichen durch Erntemessungen ergänzt.

Die durch Anpflanzungen und Rodungen eingetretenen Änderungen der Rebflächen und Rebsorten werden jährlich sekundärstatistisch aus den Daten der für Verwaltungszwecke eingerichteten und von der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz geführten EG-Weinbaukartei in der **Rebflächenenerhebung** ermittelt. Meldepflichtig sind dabei alle Weinbaubetriebe, die mehr als zehn Ar Rebfläche bewirtschaften. Weinbaubetriebe, die unter dieser Grenze liegen, sind meldepflichtig, sofern sie Trauben, Maische, Most oder Wein vermarkten.

Das endgültige Ernteergebnis für Weinmost wird seit 1994 durch eine sekundärstatistische Auswertung der Traubenerntemeldung (**Erhebung der Weinernte**), die Bestandteil der EG-Weinbaukartei ist, ermittelt. Alle Trauben erzeugenden Betriebe müssen eine Traubenerntemeldung abgeben, sofern sie nicht ihr gesamtes Erntegut an eine Genossenschaft oder eine nach dem Marktstrukturgesetz anerkannte Erzeugergemeinschaft liefern. In diesem Fall übernehmen die Genossenschaften bzw. Erzeugergemeinschaften die Meldeverpflichtung. Ferner muss jeder eine Meldung abgeben, der Traubenmost oder Wein aus zugekauften Erzeugnissen herstellt. Werden weniger als zehn Hektoliter Wein aus zugekauften Erzeugnissen hergestellt, so ist er nur dann meldepflichtig, wenn eine Vermarktung eines Teils oder der gesamten Menge erfolgt.

Für die **Erhebung der Weinerzeugung** meldet jeder, der Traubenmost, Süßreserve oder Wein aus Produkten des eigenen Betriebes oder aus zugekauften Erzeugnissen hergestellt hat. Es sind lediglich diejenigen Most- oder Weinmengen nicht enthalten, die in Betrieben erzeugt werden, die weniger als zehn Ar Rebfläche bewirtschaften oder weniger als zehn Hektoliter Weinmost oder Wein aus zugekauften Produkten erzeugen und ihre Weinerzeugung nicht vermarkten.

Bei der **Erhebung der Weinbestände** werden die Weinbestände zum Ende des jeweiligen Weinwirtschaftsjahres erfasst. Die Daten basieren auf den Angaben natürlicher und juristischer Personen, die gewerbsmäßig Wein be- oder verarbeiten, lagern oder damit handeln. Seit 2002 werden nur noch die Bestände dargestellt, wenn sie 100 Hektoliter und mehr umfassen.

Der Anbau von Gemüse und Erdbeeren wird jährlich mit der **Gemüseerhebung** erfasst. Alle vier Jahre erfolgt dies allgemein, in den Zwischenjahren repräsentativ. Seit 2012 werden landwirtschaftliche Betriebe erfasst, die Gemüse oder Erdbeeren auf Flächen von mindestens 0,5 Hektar im Freiland oder mindestens 0,1 Hektar unter

hohen begehbaren Schutzabdeckungen (z. B. Gewächshäuser) anbauen. Zuvor wurden landwirtschaftliche Betriebe mit einer LF von zwei Hektar und mehr, die Gemüse und Erdbeeren zum Verkauf anbauen, einbezogen. Hinzu kamen Gemüse- und Erdbeeren anbauende Betriebe mit einer LF von unter zwei Hektar, die Sonderkulturen im bestimmten Umfang anbauen, oder deren Viehbestände festgelegte Größenordnungen überschritten. Die Erntemengen werden seit 2012 zusammen mit den Anbauflächen erhoben. Sie umfassen die marktfähige Ware, unabhängig davon, ob die Ernte tatsächlich auf den Markt gelangt oder nicht. Die Ernteberichterstattung über Gemüse ist dafür entfallen. Bei zeitlichen Vergleichen ist diese methodische Umstellung sowie ein geänderter Erhebungsbereich zu berücksichtigen.

Die Baumobstflächen werden in der **Baumobstanbauerhebung** alle fünf Jahre erfasst. Seit 2012 werden in die Erhebung nur noch Betriebe einbezogen, die mindestens 50 Ar Baumobstflächen wirtschaftlich nutzen (vorher 30 Ar). Mithilfe der Baumobstflächen und der im Rahmen der Ernte- und Betriebsberichterstattung für Obst gemeldeten Hektarerträge werden die Erntemengen berechnet.

Die Anbauflächen und Erntemengen von Strauchbeeren wurden erstmals für das Berichtsjahr 2012 mit der **Erhebung über Strauchbeeren** erfasst. Seitdem erfolgt sie jährlich in Betrieben mit Strauchbeerenflächen von mindestens 0,5 Hektar im Freiland und/oder 0,1 Hektar unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen.

Die Angaben zur mengenmäßigen Erzeugung der Forstwirtschaft werden in Rheinland-Pfalz jährlich vom Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten zur Verfügung gestellt. Berichtszeitraum für die **Holzeinschlagsstatistik** ist das jeweilige Kalenderjahr. Vor 2002 umfasste der Berichtszeitraum die Monate Oktober bis September. Ausgewertet wird die „Holzbuchführung“ der Landesforstverwaltung. Sie enthält Daten über den Landeswald und teilweise über den Körperschaftswald. Der Privatwald sowie der nicht erfasste Körperschaftswald wird weitgehend geschätzt.

Viehbestandserhebungen werden seit 2010 im November bei Schweinen und Schafen auf repräsentativer Basis durchgeführt. Einbezogen werden Betriebe mit mindestens 50 Schweinen oder zehn Zuchtsauen bzw. mindestens 20 Schafen. Für die Ermittlung der Rinderbestände wird seit 2008 das Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere (HI-Tier) herangezogen. Diese Erhebungen lösten das frühere System der Viehbestandserhebungen ab. Bei zeitlichen Vergleichen sind geänderte Erhebungsbereiche und Erhebungsstichtage zu beachten. Im Jahr 2010 wurden die Viehbestände zusätzlich im Rahmen der Landwirtschaftszählung zum Stichtag 1. März erfasst.

In der **Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik** wird die Zahl der in- und ausländischen Schlachtungen, die der Schlacht tier- und/oder Fleischuntersuchung unterliegen, gezählt. Zur Ermittlung der Fleischherzeugung werden Angaben über die Schlachtgewichte herangezogen, die aus den wöchentlichen Preismeldungen nach den Vorschriften der 1. Fleischgesetz-Durchführungsverordnung hervorgehen.

Seit 2010 wertet die Bundesanstalt für Ernährung mit der **Milchstatistik** monatlich die an Molkereien angelieferte Milch auf Basis der von

den Molkereien nach der Marktordnungswaren-Meldeverordnung zu erstattenden Meldungen aus. Zusätzlich erfolgen Schätzungen für die nicht an die Molkereien gelieferte Milch.

Seit 1987 werden die Angaben zur Eierzeugung mit der **Erhebung in Unternehmen mit Legehennenhaltung** in Betrieben mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen monatlich erhoben.

Glossar

Ackerland

Fläche der landwirtschaftlichen Feldfrüchte einschließlich Hopfen, Tabak, Gemüse, Erdbeeren, Zierpflanzen und sonstige Gartengewächse im feldmäßigen Anbau und im Erwerbsgartenbau (auch unter Glas). Ackerflächen mit Obstbäumen als Nebennutzung zählen ebenso zum Ackerland.

Anbaufläche (Gemüse, Blumen und Zierpflanzen)

Im Gegensatz zur Grundfläche umfasst die Anbaufläche von Gemüse und Zierpflanzen einschließlich Blumen auch die Mehrfachnutzung einer Fläche durch Vor-, Zwischen- und Nachkultur. Die Anbaufläche einer Kultur ist also mindestens so groß wie ihre Grundfläche, bei mehrfachem Anbau entsprechend größer.

AK-Einheit

Maßeinheit der Arbeitsleistung einer im landwirtschaftlichen Betrieb vollbeschäftigten und nach ihrem Alter voll leistungsfähigen Arbeitskraft.

Arbeitskräfte

Personen ab 15 Jahren, die im landwirtschaftlichen Betrieb tätig sind. Sie gliedern sich in Familienarbeitskräfte und familienfremde Arbeitskräfte. Familienarbeitskräfte sind Betriebsinhaber/-innen, mitarbeitende Familienangehörige und Verwandte der Betriebsinhaber/-innen, die dem Betriebshaushalt angehören.

Alle Arbeitskräfte in Betrieben mit der Rechtsform Personengesellschaft werden den familienfremden Arbeitskräften zugeordnet. Hierzu zählen auch im Betrieb mitarbeitende Verwandte und Verschwägte der Betriebsinhaber/-innen, die nicht dem Betriebshaushalt angehören. Nicht zu den betrieblichen Arbeitskräften gehören Personen, die im Rahmen der Nachbarschaftshilfe oder im Auftrag von Lohnunternehmen im Betrieb arbeiten. Bei den ständig Beschäftigten liegt ein unbefristetes oder auf mindestens sechs Monate (vor 2010 drei Monate) abgeschlossenes Arbeitsverhältnis zum Betrieb vor.

Baumobst

Ertragsfähige und noch nicht ertragsfähige Anlagen von Obstbäumen ohne Unterkultur oder als Hauptnutzung mit Unterkultur (auf Äckern, Wiesen oder Viehweiden, auf denen die Arbeiten hauptsächlich auf die Bedürfnisse der Obstkulturen ausgerichtet sind). Nicht zu den Baumobstanlagen zählen Obstbäume in Haus- und Nutzgärten.

Beerenobst

Ertragsfähige und noch nicht ertragsfähige Anlagen von Obststräuchern ohne Unterkultur oder als Hauptnutzung mit Unterkultur (auf Äckern,

Wiesen oder Weiden). Zu den Beerenobstanlagen zählt u. a. auch der Holunder. Nicht zu den Beerenobstanlagen zählen Erdbeeren sowie Beerenobstanlagen in Haus- und Nutzgärten.

Bestockte Rebfläche (Keltertrauben)

Ertragsrebfläche und noch nicht im Ertrag stehende Rebfläche (Jungfelder).

Betrieb

Technisch-wirtschaftliche Einheit, die für Rechnung eines/-r Inhabers/-in (Betriebsinhabers/-in) bewirtschaftet wird, einer einheitlichen Betriebsführung untersteht und land- und/oder forstwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringt. Eine Gewinnabsicht ist nicht erforderlich.

Betriebswirtschaftliche Ausrichtung (BWA)

Ziel der BWA ist es, die Betriebe nach dem Produktionsschwerpunkt und wirtschaftlicher Betriebsgröße zu kennzeichnen und zu gruppieren, sodass mehr oder weniger homogene Betriebsgruppen entstehen. Die Einteilung der Betriebe erfolgt in verschiedenen stark differenzierten Betriebsgruppen und -klassen. Dazu werden die Standardoutputs der einzelnen Produktionsverfahren ins Verhältnis zum gesamten Standardoutput des Betriebes gesetzt. Eine spezialisierte Ausrichtung liegt vor, wenn mindestens zwei Drittel des Standarddeckungsbeitrages aus dem jeweiligen Produktionsverfahren stammen. Die erste Stufe unterscheidet folgende Hauptausrichtungen:

- Ackerbau,
- Gartenbau,
- Dauerkultur,
- Futterbau (Weidevieh),
- Veredlung,
- Pflanzenbauverbund,
- Viehhaltungsverbund,
- Pflanzenbau-Viehhaltung.

Dauergrünland

Grünlandflächen, die dauernd, d.h. fünf Jahre oder länger ohne Unterbrechung durch andere Kulturen, zur Futtergewinnung durch Abmähen oder Abweiden genutzt werden, einschließlich Grünlandflächen, die nach der 2005 in Kraft getretenen Betriebsprämienregelung vorübergehend aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommen werden. Hierzu gehören Wiesen, Weiden, ertragsarmes Dauergrünland und aus der Erzeugung genommenes Grünland mit Beihilfeanspruch. Nicht zum Dauergrünland zählen der Grasanbau auf dem Ackerland und Grünlandflächen mit Obstbäumen als Hauptnutzung (Obstanlagen).

Metadaten

Dauerkulturen

Zu den Dauerkulturen gehören Rebflächen, Obstanlagen, Baumschulen, Nüsse, Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes und andere Dauerkulturen wie z. B. Korbweiden- und Pappelanlagen.

Einzelunternehmen

Betriebe, deren Inhaber/-innen Einzelpersonen sowie Ehepaare oder Geschwister sind (ohne Gesellschaftsvertrag).

Ertragsrebfläche

Bestockte Rebfläche ab dem zweiten Weinwirtschaftsjahr nach der Pflanzung.

Futterpflanzen

Hierzu zählen alle Kulturen, die in grünem Zustand als Ganzpflanze geerntet werden. Die Nutzung kann sowohl für Futter- als auch Energiezwecke erfolgen. Dazu gehören Getreide zur Ganzpflanzenernte, Silomais einschließlich Lieschkolbenschrot, Leguminosen zur Ganzpflanzenernte, Feldgras und Grasanbau auf dem Ackerland und andere Pflanzen zur Ganzpflanzenernte, wie z. B. Phacelia.

Großvieheinheit (GV)

Umrechnungsschlüssel für die verschiedenen Nutztvieharten auf der Basis des Lebendgewichtes der einzelnen Tierarten. Eine GV entspricht ca. 500 kg Lebendgewicht. So entspricht z. B.:

- 1 Milchkuh = 1 GV,
- 1 Zuchtschwein = 0,3 GV,
- 1 Mastschwein = 0,16 GV,
- 1 Schaf älter als 1 Jahr = 0,1 GV,
- 1 Legehenne = 0,004 GV.

Kulturart

Gliederungsmerkmal der landwirtschaftlich genutzten Fläche nach der Nutzungsrichtung z. B. Ackerland, Rebfläche.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)

Acker- und Dauergrünland, Haus- und Nutzgärten, Obstanlagen, Baumschulen, Rebflächen, Dauerkulturen unter Glas oder anderen begehbaren Schutzabdeckungen, Nüsse, Haus- und Nutzgärten, Korbweiden- und Pappelanlagen sowie Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes.

Landwirtschaftlicher Betrieb

Betrieb, dessen Erzeugungsschwerpunkt bei der Landwirtschaft einschließlich des Obst-, Garten- und Weinbaus liegt. Eine Gewinnabsicht ist nicht erforderlich.

Legenhennen

Hennen ab einem halben Jahr und älter, die zur Produktion von Eiern bestimmt sind; ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner.

Obstanlagen

Ertragsfähige und noch nicht ertragsfähige Anlagen mit Obstbäumen und -sträuchern ohne Unterkultur oder als Hauptnutzung mit Unterkultur auf Äckern, Wiesen oder Weiden. Nicht dazu zählen Erdbeeren und Obstbäume bzw. -sträucher in Haus- und Nutzgärten.

Ökologischer Betrieb

Ein Betrieb, der nach den geltenden Richtlinien der „Verordnung (EG) 834/2007 des Rates vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen“ wirtschaftet.

Ökologischer Landbau

Landbau mit weitgehendem Verzicht auf den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln, die auf chemisch-synthetischem Weg hergestellt werden. Die Anforderungen an die ökologische Erzeugung und Vermarktung sind seit 1992 auf europäischer Ebene geregelt, aktuell in der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91. Nach der genannten EG-Verordnung kann auch für nur einen Produktionsbereich eines Betriebes die ökologische Bewirtschaftung eingeführt werden.

Produktionswert

Die Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs einschließlich Garten- und Weinbau, ohne Forstwirtschaft und Fischerei (Produktionswert) umfasst die Verkäufe von landwirtschaftlichen Erzeugnissen an andere Wirtschaftsbereiche sowie andere landwirtschaftliche Einheiten, den Eigenverbrauch, die Vorratsveränderungen bei pflanzlichen und tierischen Produkten, die selbst erstellten Anlagen (Vieh), die Dienstleistungen auf der landwirtschaftlichen Erzeugerstufe (Neuanpflanzungen von Dauerkulturen), den innerbetrieblichen Verbrauch an selbst erzeugten Futtermitteln (Futtergetreide, Silage, Heu) sowie die landwirtschaftlichen Lohnarbeiten (die auch von gewerblichen Lohnunternehmen durchgeführt werden können) und die nicht trennbaren nichtlandwirtschaftlichen Nebentätigkeiten (z. B. Ferien auf dem Bauernhof).

Raufutter

Hektarertrag bzw. Erntemenge (auf Trockenmasse umgerechneter Grünmasseertrag) von Wiesen, Mähweiden, Grasanbau auf dem Ackerland, Klee, Klee gras und Klee-Luzerne-Gemisch sowie Luzerne.

Rebfläche

Bestockte und nicht bestockte Rebfläche unabhängig von der Verwendung (Kelter- bzw. Tafeltrauben).

Sozialökonomischer Betriebstyp

Die sozialökonomische Betriebstypisierung unterscheidet die landwirtschaftlichen Betriebe in Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe und

beschränkt sich auf die Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen, die auch als Familienbetriebe bezeichnet werden. Ein Haupterwerbsbetrieb liegt vor, wenn der Anteil des betrieblichen Einkommens am Gesamteinkommen mindestens 50 Prozent beträgt. Nebenerwerbsbetriebe sind dementsprechend alle übrigen Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen. Zwischen 1997 und 2007 lag ein Haupterwerbsbetrieb vor, wenn ein Betrieb von 1,5 und mehr Vollarbeitskräften (AK-Einheiten) bewirtschaftet wurde oder über 0,75 bis unter 1,5 AK-Einheiten verfügte und der Anteil des betrieblichen Einkommens am Gesamteinkommen mindestens 50 Prozent betrug.

Standardoutput

Standardisierte Rechengröße, die für die Eingruppierung der landwirtschaftlichen Betriebe nach ihrer betriebswirtschaftlichen Ausrichtung ermittelt wird und gleichzeitig zur Darstellung der wirtschaftlichen Betriebsgröße landwirtschaftlicher Betriebe dient. Der Output eines landwirtschaftlichen Erzeugnisses (pflanzlich oder tierisch) ist der Geldwert der landwirtschaftlichen Bruttoerzeugung zu Ab-Hof-Preisen. Die Bruttoerzeugung schließt Verkäufe, interne Verwendung, Eigenverbrauch und Bestandsveränderungen ein. Berücksichtigt wird sowohl der Wert der Haupterzeugnisse als auch der etwaiger Nebenerzeugnisse. Nicht berücksichtigt werden Direktzahlungen (gekoppelte, entkoppelte oder sonstige Zahlungen), Mehrwertsteuer und produktspezifische Steuern. Der Ab-Hof-Preis bezeichnet den Preis eines Erzeugnisses vor etwaigen Abzügen für Transport- oder Vertriebskosten. Kann ein Erzeugnis in einer Region nicht ohne Verpackung verkauft werden, sollte der Ab-Hof-Preis dem Preis des verpackten Erzeugnisses entsprechen.

Da für die Mehrzahl der Betriebe die betriebsindividuellen Outputs nicht zur Verfügung stehen, wird mit den durchschnittlichen Werten für eine Region gerechnet. Diese werden als Standardoutput bezeichnet.

Dieser wird je Einheit angegeben und deckt einen Erzeugungszeitraum von zwölf Monaten ab. In der pflanzlichen Erzeugung wird er in der Regel auf einen Hektar bezogen; in der tierischen Erzeugung auf ein Stück Vieh. Um die Auswirkungen kurzzeitiger konjunkturell bedingter Schwankungen zu glätten, wird ein fünfjähriger Durchschnitt gebildet.

Der Standardoutput je Hektar oder Tiereinheit wurde mit den Angaben des Betriebes multipliziert und anschließend die einzelnen Werte zur Gesamtsumme des Betriebes addiert. Dieser Wert bestimmt dann die wirtschaftliche Betriebsgröße des Betriebes und ist maßgebend für die Eingruppierung der landwirtschaftlichen Betriebe nach der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung.

Vollzeitbeschäftigte

Ab 2010 gelten Personen als vollzeitbeschäftigt, wenn sie im Berichtszeitraum 40 oder mehr Stunden je Woche beschäftigt sind. Vor 2010 zählten Familienarbeitskräfte zu den Vollzeitbeschäftigten, die im Berichtszeitraum mindestens 42 Stunden pro Woche oder 240 Vollarbeitstage im Betrieb beschäftigt waren. Familienfremde Arbeitskräfte galten zwischen 1991 und 2007 als vollzeitbeschäftigt, wenn sie mindestens 38 Stunden bzw. 220 Vollarbeitstage im landwirtschaftlichen Betrieb tätig waren.

Waldfläche

Holzbodenfläche und zum Betrieb gehörende Pflanzgärten. Zur Holzbodenfläche gehören auch Wege unter fünf Meter Breite, Kahlfächen, die wieder aufgeforstet werden (Blößen), sowie gering bestockte und unbestockte Flächen (Nichtwirtschaftswald, Holzlagerplätze), deren Größe den Zuwachs nicht wesentlich mindert. Ebenfalls dazu gehören Windschutz- und bewaldete Grenzstreifen, Bäume und Büsche mit einer Umtriebszeit von mehr als 20 Jahren zur Energieerzeugung.

Internet

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/landwirtschaft

Pressemitteilungen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/landwirtschaft/pressemitteilungen

Statistische Berichte

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/landwirtschaft/statistische-berichte

Beiträge in den Statistischen Monatsheften

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/landwirtschaft/monatsheftbeitraege

Karten

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/landwirtschaft/karten

Übersichtstabellen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/landwirtschaft/tabellen

Regionaldatenbanken

www.statistik.rlp.de/regionaldaten/meine-heimat

Analysen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/landwirtschaft/analysen

Kurzpräsentationen

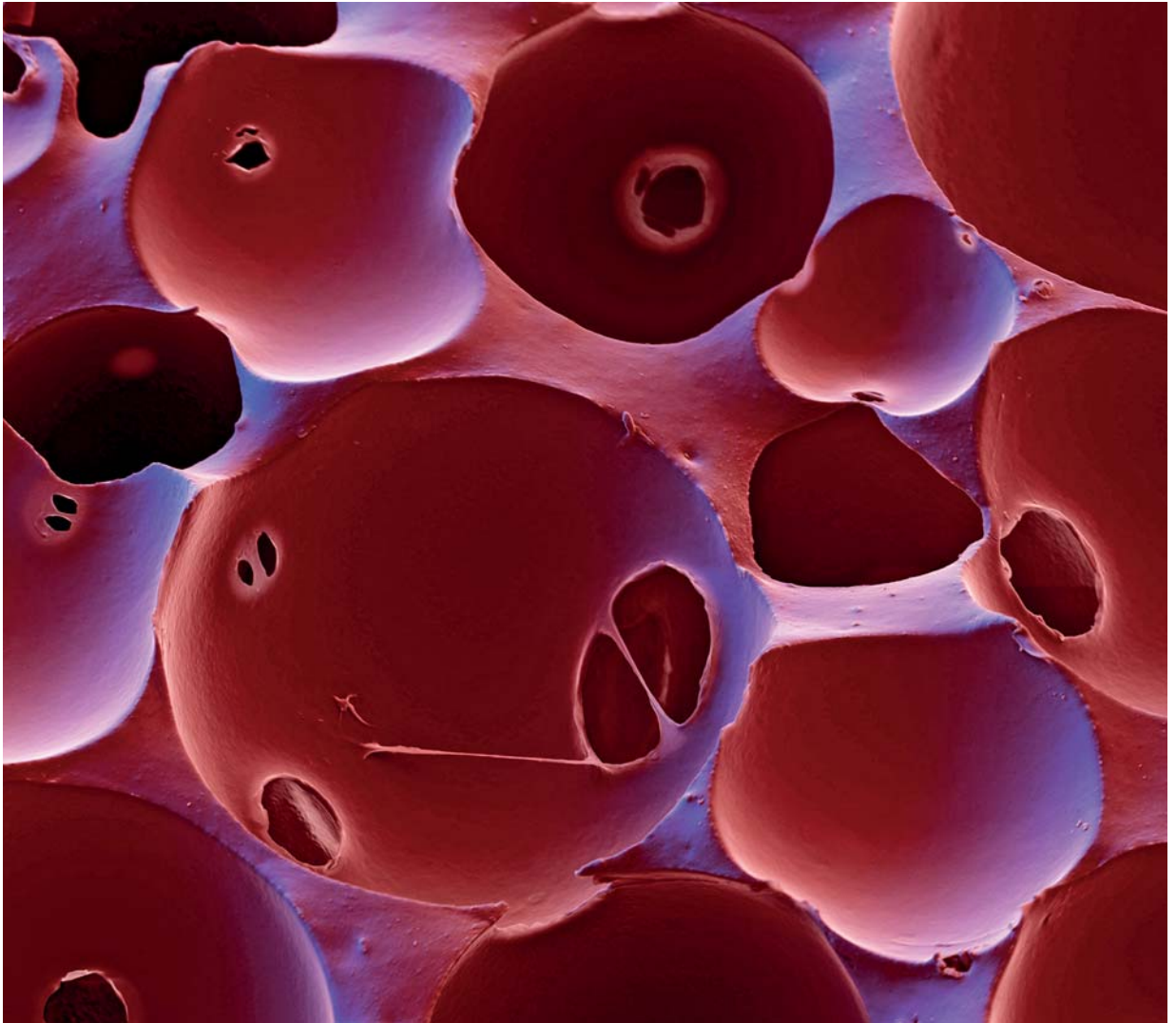
www.statistik.rlp.de/wirtschaft/landwirtschaft/kurzpraesentationen

Gemeinschaftsveröffentlichungen

www.statistik-portal.de

Sonstige

www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Landwirtschaft/LGR



18. Verarbeitendes Gewerbe



Inhaltsverzeichnis

Tabellen

T 1: Ausgewählte Kennzahlen zum Verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1990–2014	532
T 2: Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe 2014 nach Bundesländern	533
T 3: Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe 2004–2014	534
T 4: Betriebe, Beschäftigte, Entgelte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe 2014 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen	535
T 5: Beschäftigte, Entgelte, Entgeltquote, Umsatz und Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe 2014 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen	538
T 6: Bruttoanlageinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe 2013 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen	539
T 7: Betriebe, Beschäftigte, Entgelte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe 2014 nach Verwaltungsbezirken	540
T 8: Beschäftigte, Entgelte, Umsatz und Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe 2014 nach Verwaltungsbezirken	542
T 9: Bruttoanlageinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe 2013 nach Verwaltungsbezirken	544

Grafiken

G 1: Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2014 nach Wirtschaftszweigen	531
G 2: Exportquote 2014 nach Bundesländern	533
G 3: Produktivität im Verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2004–2014	534
G 4: Umsatz, Betriebe und Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe 2004–2014	535
G 5: Kurzfristige Veränderung des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2014 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen	536
G 6: Langfristige Veränderung des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2014 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen	537
G 7: Exportquote 2014 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen	538
G 8: Bruttoanlageinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe 2012–2013 nach Wirtschaftshauptgruppen	539

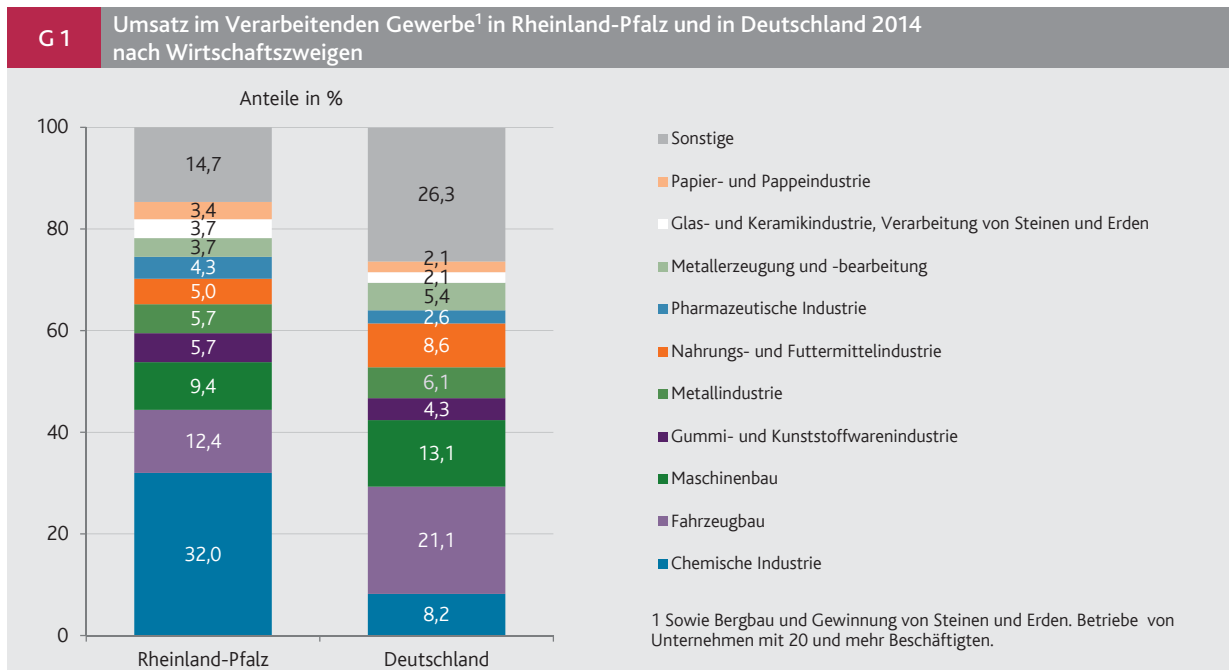
Karten

K 1: Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe 2014 nach Verwaltungsbezirken	541
K 2: Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe 2014 nach Verwaltungsbezirken	543
K 3: Investitionsquote im Verarbeitenden Gewerbe 2013 nach Verwaltungsbezirken	545

Metadaten

Datenquellen	546
Statistiken	546
Glossar	547
Internet	547

- Die rheinland-pfälzische Industrie erwirtschaftete 2014 einen Umsatz von insgesamt 90,5 Milliarden Euro.
- Im Vergleich zum Vorjahr sank der Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz um 1,4 Prozent, während er im Bundesdurchschnitt um 0,6 Prozent stieg.
- Die Industrie in Rheinland-Pfalz hat eine überdurchschnittliche Exportquote (53 Prozent). Nur in Bremen, Baden-Württemberg und Berlin ist die Exportquote höher.
- Die Chemische Industrie bleibt 2014 die umsatzstärkste Branche der rheinland-pfälzischen Industrie. An zweiter Stelle folgt der Fahrzeugbau.
- Mehr als 289 000 Menschen arbeiteten 2014 in der rheinland-pfälzischen Industrie. Gegenüber 2013 ist ein leichter Anstieg erkennbar.
- Knapp die Hälfte der Beschäftigten in der Industrie arbeitet in den vier größten Branchen Chemische Industrie, Fahrzeugbau, Maschinenbau und Metallindustrie.
- In der Chemischen Industrie ist die Produktivität deutlich höher als in anderen Branchen: Im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes lag der Umsatz je Beschäftigten bei 312 000 Euro. In der Chemischen Industrie lag der Pro-Kopf-Wert doppelt so hoch.



T 1

Ausgewählte Kennzahlen zum Verarbeitenden Gewerbe¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1990–2014

Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz						Deutschland	
		1990	1995	2005	2010	2013	2014	2013	2014
Anteil an der Gesamtwirtschaft									
Betriebe ²	Anteil in %	.	.	.	8,2	8,0	...	6,8	...
SV-Beschäftigte ²	Anteil in %	.	.	.	27,3	26,9	...	24,3	...
Umsatz ³	Anteil in %	.	-	46,3	45,7	45,3	44,8	35,2	...
Betriebe ⁴	Anzahl	2 614	2 239	2 106	2 196	2 240	2 202	45 424	45 253
Beschäftigte ⁵	1 000	385,9	325,6	275,0	275,0	287,2	289,2	6 007,8	6 074,9
je Betrieb ⁵	Anzahl	147,6	145,4	130,6	125,2	128,2	131,3	132,3	134,2
Entgelte	Mrd. EUR	9,9	10,3	10,6	11,2	13,1	13,4	267,8	277,6
je Beschäftigte/-n	EUR	25 574,4	31 726,2	38 393,4	40 570,0	45 539,7	46 333,2	44 575,7	45 696,0
Entgeltquote ⁶	%	18,8	18,8	15,2	14,1	14,3	14,8	15,3	15,8
Umsatz ⁷	Mrd. EUR	52,5	54,9	69,5	78,9	91,8	90,5	1 750,1	1 760,1
je Betrieb	Mill. EUR	20,1	24,5	33,0	35,9	41,0	41,1	38,5	38,9
je Beschäftigte/-n	1 000 EUR	136	169	253	287	320	313	291	290
Chemische Industrie	Mill. EUR	14 947,7	15 618,7	21 895,1	.	30 571,2	28 940,2	147 211,4	145 169,7
Fahrzeugbau	Mill. EUR	8 961,8	8 088,9	11 061,1	8 999,0	11 631,8	11 255,7	364 438,9	370 977,9
Maschinenbau	Mill. EUR	4 442,1	4 173,4	6 059,3	6 627,0	8 205,2	8 511,4	222 820,9	230 732,6
Gummi- und Kunststoffwarenindustrie	Mill. EUR	2 910,8	3 212,3	4 138,5	4 820,8	5 193,9	5 132,6	74 275,4	75 697,1
Nahrungs- und Futtermittelindustrie	Mill. EUR	4 998,7	5 979,7	6 510,9	4 211,2	4 548,7	4 550,7	154 849,3	151 388,9
Auslandsumsatz ⁷	Mrd. EUR	19,2	21,6	32,6	39,6	48,2	48,0	800,8	815,6
Exportquote	%	36,6	39,3	46,9	50,2	52,5	53,1	45,8	46,3
Chemische Industrie	%	56,4	57,3	62,2	.	69,1	70,2	58,0	58,5
Fahrzeugbau	%	40,1	52,0	54,5	53,3	62,4	64,9	64,5	63,9
Maschinenbau	%	47,3	46,6	59,0	60,9	63,9	64,0	60,6	60,8
Gummi- und Kunststoffwarenindustrie	%	30,8	28,8	45,7	41,0	39,3	37,9	36,8	36,9
Nahrungs- und Futtermittelindustrie	%	11,4	20,0	14,9	22,9	24,4	25,1	21,1	21,6

1 Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. – 2 Quelle: Unternehmensregister. – 3 Quelle: Umsatzsteuerstatistik (Vorankündigungen). – 4 Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 5 30.09. – 6 Anteil der Entgelte am Gesamtumsatz. – 7 Ohne Umsatzsteuer.

T 2

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe¹ 2014 nach Bundesländern

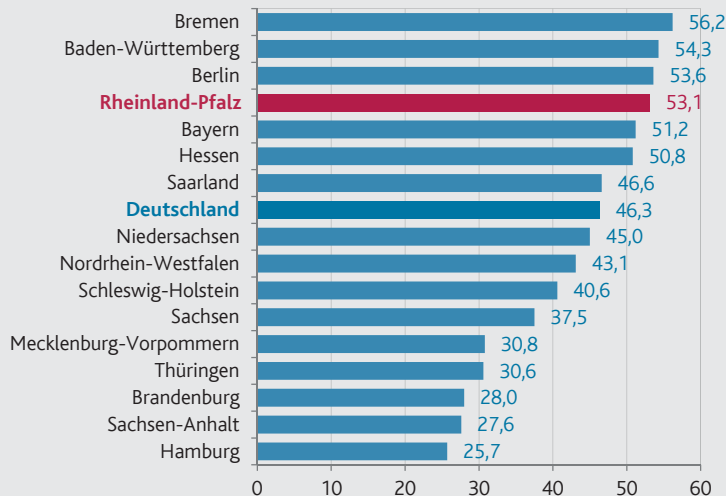
Bundesland	Betriebe ²	Beschäftigte ²		Entgelte		Umsatz ³		Auslandsumsatz ³	
	Anzahl	1 000	Veränderung zu 2013	Mrd. EUR	Veränderung zu 2013	Mill. EUR	Veränderung zu 2013	Mill. EUR	Veränderung zu 2013
			%		%		%		%
Baden-Württemberg	8 257	1 235	1,2	60,7	3,8	150 090	4,7	178 172	7,9
Bayern	6 996	1 221	1,9	58,7	4,7	328 578	-3,1	168 155	-5,0
Berlin	730	93	1,1	4,5	3,4	24 149	3,9	12 949	4,8
Brandenburg	1 200	99	0,4	3,4	2,5	26 031	2,0	7 295	1,1
Bremen	275	51	-1,8	2,7	2,8	23 474	0,6	13 190	2,6
Hamburg	445	86	1,5	5,1	4,1	79 153	-4,7	20 348	2,8
Hessen	2 840	406	1,2	19,4	3,9	112 152	1,6	57 023	1,6
Mecklenburg-Vorpommern	696	56	0,4	1,6	4,0	14 009	5,0	4 321	12,2
Niedersachsen	3 569	530	1,6	24,5	4,6	196 427	2,6	88 408	4,1
Nordrhein-Westfalen	10 038	1 220	0,3	55,8	2,2	337 697	-0,7	145 613	0,4
Rheinland-Pfalz	2 202	289	0,7	13,4	2,4	90 487	-1,4	48 020	-0,3
Saarland	487	92	-0,4	4,1	2,0	26 376	4,7	12 283	5,0
Sachsen	3 050	271	2,6	9,0	5,8	60 917	4,0	22 842	10,1
Sachsen-Anhalt	1 480	134	1,6	4,3	4,5	41 747	-2,5	11 517	-0,4
Schleswig-Holstein	1 213	122	-0,5	5,3	2,7	38 623	4,8	15 677	6,2
Thüringen	1 775	169	0,2	5,2	2,9	32 054	0,8	9 816	2,7
Deutschland	45 253	6 075	1,1	277,6	3,7	1 760 139	0,6	815 360	1,9

1 Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 30.09. – 3 Ohne Umsatzsteuer.

G 2

Exportquote 2014 nach Bundesländern

Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz
im Verarbeitenden Gewerbe¹ in %



Rheinland-Pfalz hat unter den Flächenländern die zweithöchste Exportquote – hinter Baden-Württemberg. An der Spitze liegen die Stadtstaaten Bremen und Berlin. In Hamburg wird dagegen nur ein Viertel des Industrieumsatzes mit ausländischen Geschäftspartnern erwirtschaftet.

Im Jahr 2010, dem Jahr nach der Wirtschafts- und Finanzkrise, überschritt die rheinland-pfälzische Exportquote erstmals die 50-Prozent-Marke. Die Exportquoten der östlichen Bundesländer liegen alle deutlich unter 40 Prozent.

1 Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

T 3

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe¹ 2004–2014

Jahr	Betriebe ²	Beschäftigte ²	Entgelte	Entgelt- quote ³	Umsatz ⁴				
					ins- gesamt	davon		Export- quote	je Beschäf- tigte/-n
						Inlandsumsatz	Auslandsumsatz		
	Anzahl	Mill. EUR	%		Mill. EUR			%	EUR
2004	2 179	282 410	10 607	16,0	66 090	35 837	30 254	45,8	234 023
2005	2 106	275 021	10 559	15,2	69 478	36 912	32 567	46,9	252 629
2006	2 033	272 887	10 616	14,4	73 922	38 879	35 042	47,4	270 888
2007	2 113	280 906	11 067	13,8	80 354	41 466	38 888	48,4	286 052
2008	2 170	283 947	11 528	14,0	82 372	42 635	39 737	48,2	290 097
2009	2 186	275 119	11 108	16,7	66 582	35 565	31 018	46,6	242 012
2010	2 196	275 006	11 157	14,1	78 879	39 303	39 576	50,2	286 828
2011	2 219	283 362	12 146	13,7	88 564	43 541	45 023	50,8	312 547
2012	2 228	286 779	12 723	14,2	89 666	43 121	46 545	51,9	312 666
2013	2 240	287 222	13 080	14,3	91 785	43 615	48 169	52,5	319 560
2014	2 202	289 155	13 397	14,8	90 487	42 467	48 020	53,1	312 936

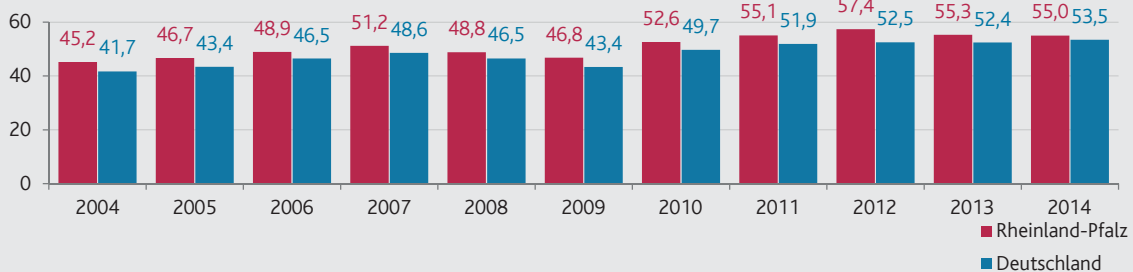
Veränderung zum Vorjahr									
%				Prozentpunkte	%			Prozentpunkte	%
2005	-3,4	-2,6	-0,5	-0,8	5,1	3,0	7,6	1,1	8,0
2006	-3,5	-0,8	0,5	-0,8	6,4	5,3	7,6	0,5	7,2
2007	3,9	2,9	4,2	-0,6	8,7	6,7	11,0	1,0	5,6
2008	2,7	1,1	4,2	0,2	2,5	2,8	2,2	-0,2	1,4
2009	0,7	-3,1	-3,6	2,7	-19,2	-16,6	-21,9	-1,6	-16,6
2010	0,5	-0,0	0,4	-2,6	18,5	10,5	27,6	3,6	18,5
2011	1,0	3,0	8,9	-0,4	12,3	10,8	13,8	0,6	9,0
2012	0,4	1,2	4,8	0,5	1,2	-1,0	3,4	1,1	0,0
2013	0,5	0,2	2,8	0,1	2,4	1,1	3,5	0,6	2,2
2014	-1,7	0,7	2,4	0,5	-1,4	-2,6	-0,3	0,6	-2,1

¹ Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – ² 30.09. – ³ Anteil der Entgelte am Gesamtumsatz. – ⁴ Ohne Umsatzsteuer.

G 3

Arbeitsproduktivität im Verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2004–2014

Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen in EUR



T 4

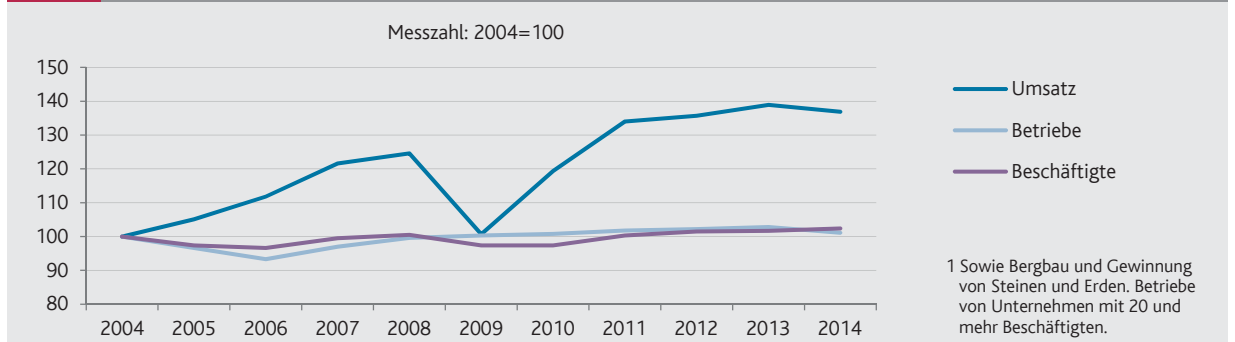
**Betriebe, Beschäftigte, Entgelte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe¹ 2014
nach ausgewählten Wirtschaftszweigen**

Wirtschaftszweig	Betriebe ²	Beschäftigte ²	Entgelte			Umsatz ³					
			ins-gesamt	Veränderung zu		ins-gesamt	Veränderung zu		darunter: Auslands-umsatz	Veränderung zu	
				2008	2013		2008	2013		2008	2013
	Anzahl	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%				
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	116	1 989	74	5,5	-1,6	346	12,8	-1,5	59	.	-5,6
Verarbeitendes Gewerbe	2 086	287 166	13 324	16,3	2,4	90 141	9,8	-1,4	47 961	.	-0,3
Chemische Industrie	93	48 065	3 145	26,0	-0,8	28 940	32,1	-5,3	20 318	.	-3,8
Fahrzeugbau	56	25 768	1 276	1,6	2,8	11 256	-14,2	-3,2	7 300	0,7	0,6
Maschinenbau	280	38 041	1 810	20,8	2,2	8 511	4,5	3,7	5 448	11,9	4,0
Gummi- und Kunststoffwaren-industrie	174	24 710	955	16,5	4,5	5 133	2,6	-1,2	1 946	-11,4	-4,6
Nahrungs- und Futtermittel-industrie	249	17 787	521	20,9	1,3	4 551	7,2	-	1 143	16,3	2,9
Metallindustrie	326	29 288	1 100	12,4	4,8	5 163	-0,1	2,8	1 738	2,9	7,6
Pharmazeutische Industrie	10	11 879	798	47,1	16,4	3 880	19,8	0,6	2 523	18,3	2,6
Metallerzeugung und Metallbearbeitung	42	8 470	401	-1,0	-3,0	3 353	-12,2	-3,5	1 832	-3,2	-2,9
Papier- und Pappeindustrie	64	9 243	387	13,2	1,8	3 063	5,0	-0,9	961	1,9	-4,2
Glas- und Keramikindustrie, Verar-beitung von Steinen und Erden	206	16 147	724	8,1	1,5	3 349	14,3	4,5	1 180	23,9	5,8
Insgesamt	2 202	289 155	13 397	16,2	2,4	90 487	9,9	-1,4	48 020	20,8	-0,3
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie	1 063	145 943	7 077	16,6	1,1	50 879	17,7	-2,8	28 616	30,2	-1,9
Investitionsgüterproduzenten	651	87 933	4 029	14,1	2,6	23 569	-4,5	-	13 818	6,3	2,2
Gebrauchsgüterproduzenten	62	7 454	270	-1,1	7,0	1 141	-20,1	7,7	495	-12,0	7,0
Verbrauchsgüterproduzenten	426	47 825	2 021	22,4	6,3	14 899	14,1	0,5	5 091	21,4	1,7

¹ Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 30.09. – 3 Ohne Umsatzsteuer.

18

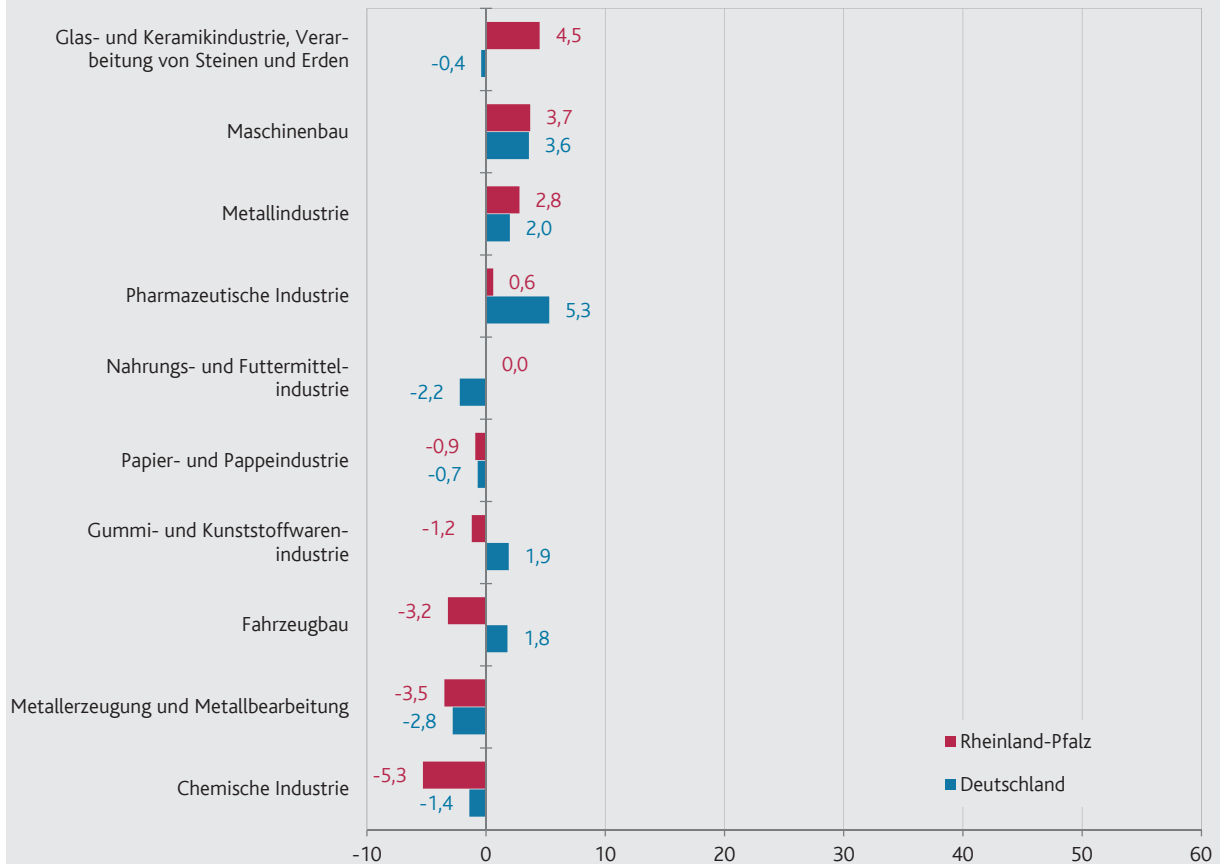
G 4

Umsatz, Betriebe und Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe¹ 2004–2014


G 5

Kurzfristige Veränderung des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2014 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Veränderung zu 2013 in %

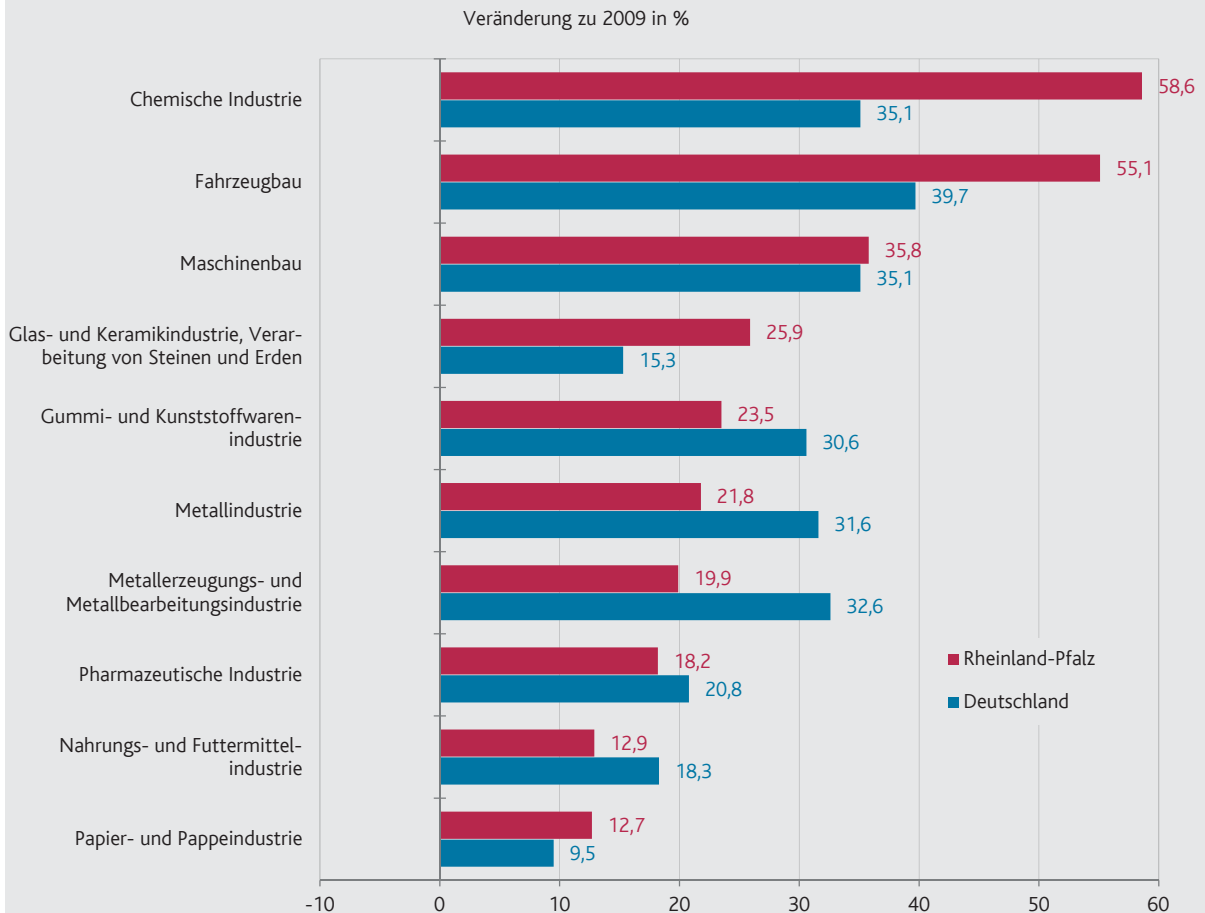


Die rheinland-pfälzische Industrie erzielte 2014 Umsätze in Höhe von 90,5 Milliarden Euro (-1,4 Prozent). Die Auslandsumsätze gingen im Berichtsjahr leicht zurück (-0,3 Prozent). Deutschlandweit stieg der Industriumsatz um 0,6 Prozent, was sich vor allem auf die positive Entwicklung in der Pharmazeutischen Industrie sowie im Maschinenbau zurückführen lässt.

Vier der zehn umsatzstärksten Industriebranchen erzielten 2014 in Rheinland-Pfalz höhere Umsätze als im Vorjahr. Insbesondere die Hersteller von Glas und Keramik sowie der Maschinenbau meldeten überdurchschnittliche Umsatzzuwächse. An dritter Stelle folgte die Metallindustrie, deren Umsatzzuwächse in erster Linie aus deutlich besseren Auslandsgeschäften resultierten.

¹ Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

G 6

Langfristige Veränderung des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2014 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Im längerfristigen Vergleich zum Jahr 2009 konnte die Chemische Industrie in Rheinland-Pfalz mit +59 Prozent das mit Abstand stärkste Umsatzwachstum erzielen. Auf Platz zwei folgte der Fahrzeugbau mit einem Plus von 55 Prozent. Deutschlandweit erzielte der Fahrzeugbau den stärksten Umsatzzuwachs. Die Umsätze der Chemischen Industrie und des Maschinenbaus stiegen gleichermaßen stark. Im rheinland-pfälzischen Maschinenbau wurde das Umsatzniveau des Jahres 2009 durch eine spürbar gestiegene Nachfrage ausländischer Kunden überboten. Der Fahrzeugbau erzielte in Rheinland-Pfalz sowie deutschlandweit deutlich mehr Umsätze. In der Metallindustrie lagen die Umsätze in Rheinland-Pfalz sowie in Deutschland ebenfalls über dem Niveau des Jahres 2009.

¹ Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

T 5

Beschäftigte, Entgelte, Entgeltquote, Umsatz und Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe¹ 2014 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

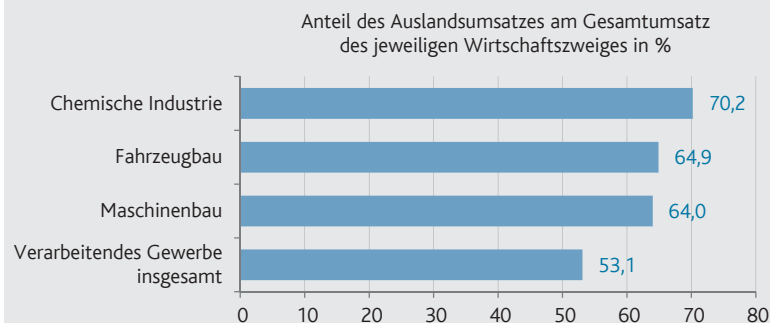
Wirtschaftszweig	Beschäftigte je Betrieb ²	Entgelte		Entgelt- quote	Umsatz ³			Export- quote
		je Beschäf- tigte/-n	Veränderung zu 2013		je Beschäf- tigte/-n	Veränderung zu 2013	je Betrieb	
	Anzahl	EUR	%		EUR	%	1 000 EUR	%
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	17	37 165	-1,6	21,3	174 128	-1,5	2 986	16,9
Verarbeitendes Gewerbe	138	46 397	2,4	14,8	313 897	-1,4	43 212	53,2
Chemische Industrie	517	65 442	-0,8	10,9	602 105	-5,3	311 185	70,2
Fahrzeugbau	460	49 525	2,8	11,3	436 810	-3,2	200 995	64,9
Maschinenbau	136	47 584	2,2	21,3	223 742	3,7	30 398	64,0
Gummi- und Kunststoffwaren- industrie	142	38 651	4,5	18,6	207 712	-1,2	29 498	37,9
Nahrungs- und Futtermittel- industrie	71	29 298	1,3	11,5	255 844	-	18 276	25,1
Metallerindustrie	90	37 541	4,8	21,3	176 288	2,8	15 838	33,7
Pharmazeutische Industrie	1 188	67 165	16,4	20,6	326 631	0,6	388 004	65,0
Metallerzeugung und Metallbearbeitung	202	47 393	-3,0	12,0	395 878	-3,5	79 835	54,6
Papier- und Pappeindustrie	144	41 910	1,8	12,6	331 403	-0,9	47 862	31,4
Glas- und Keramikindustrie, Verarbeitung von Steinen und Erden	78	44 861	1,5	21,6	207 387	4,5	16 256	35,2
Insgesamt	131	46 333	2,4	14,8	312 936	-1,4	41 093	53,1
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie	137	48 494	1,1	13,9	348 621	-2,8	47 863	56,2
Investitionsgüterproduzenten	135	45 819	2,6	17,1	268 031	-	36 204	58,6
Gebrauchsgüterproduzenten	120	36 224	7,0	23,7	153 027	7,7	18 398	43,4
Verbrauchsgüterproduzenten	112	42 262	6,3	13,6	311 524	0,5	34 973	34,2

¹ Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 30.09. – 3 Ohne Umsatzsteuer.

18

G 7

Exportquote 2014 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



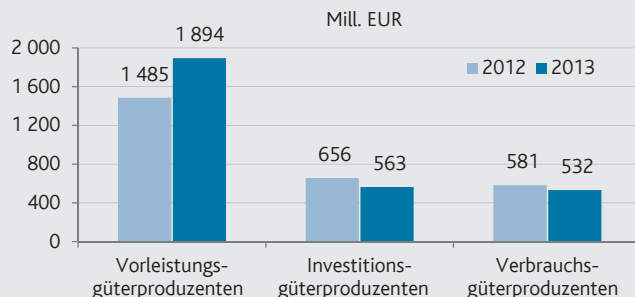
Die Chemische Industrie erwirtschaftete sieben Zehntel ihres Umsatzes mit Geschäftspartnern im Ausland. Weit überdurchschnittlich ist die Exportorientierung auch im Fahrzeugbau sowie im Maschinenbau.

T 6 Bruttoanlageinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe¹ 2013 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Ins- gesamt	Verän- derung zu 2012	Davon					
			Grundstücke mit Bauten	Veränderung zu 2012	Grundstücke ohne Bauten	Veränderung zu 2012	Maschinen, Anlagen	Veränderung zu 2012
	Mill. EUR	%	1 000 EUR	%	1 000 EUR	%	1 000 EUR	%
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	28,6	-14,9	1 101	-44,6	.	.	24 439	-12,3
Verarbeitendes Gewerbe	2 988,2	9,9	392 418	57,3	.	.	2 590 341	5,5
Chemische Industrie	.	.	234 398	x	347	-35,7	.	.
Fahrzeugbau	284,4	-17,8	6 489	.	-	-	277 932	-18,6
Maschinenbau	194,7	-13,9	30 433	-6,9	1 907	40,1	162 336	-15,5
Gummi- und Kunststoffwaren- industrie	192,8	-9,1	23 003	3,5	560	-59,2	169 241	-10,2
Nahrungs- und Futtermittel- industrie	137,7	-21,4	16 214	-54,9	.	.	121 376	-10,8
Metallindustrie	204,4	15,8	23 933	30,7	644	-78,4	179 856	15,8
Pharmazeutische Industrie	150,1	15,9	.	.	-	-	149 526	15,6
Metallerzeugung und Metallbearbeitung	70,8	6,1	6 786	.	-	-	64 047	0,2
Papier- und Pappeindustrie	84,8	-6,2	5 896	.	.	.	78 792	-10,0
Glas- und Keramikindustrie, Verarbeitung von Steinen und Erden	127,3	14,8	119 718	23,8
Insgesamt	3 016,9	9,6	393 520	56,5	8 569	-52,8	2 614 780	5,3
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie	1 894,2	27,5	305 370	x	5 106	-47,4	1 583 768	18,9
Investitionsgüterproduzenten	562,6	-14,2	50 323	8,7	2 822	-42,4	509 465	-15,7
Gebrauchsgüterproduzenten	27,9	-9,6	8 505	.	283	.	19 131	-20,8
Verbrauchsgüterproduzenten	532,1	-8,4	29 323	.	357	.	502 416	-3,9

¹ Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

18

G 8 Bruttoanlageinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe¹ 2012–2013 nach Wirtschaftshauptgruppen

Im Jahr 2013 tätigten die Produzenten von Vorleistungsgütern und Energie Investitionen in Höhe von 1,9 Milliarden Euro. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Plus von 28 Prozent. Investitions- und Verbrauchsgüterproduzenten investierten 562,6 Millionen Euro. Somit wurde gegenüber 2012 rund 14 bzw. 8,4 Prozent weniger investiert.

¹ Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

T 7

Betriebe, Beschäftigte, Entgelte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe¹ 2014 nach Verwaltungsbezirken

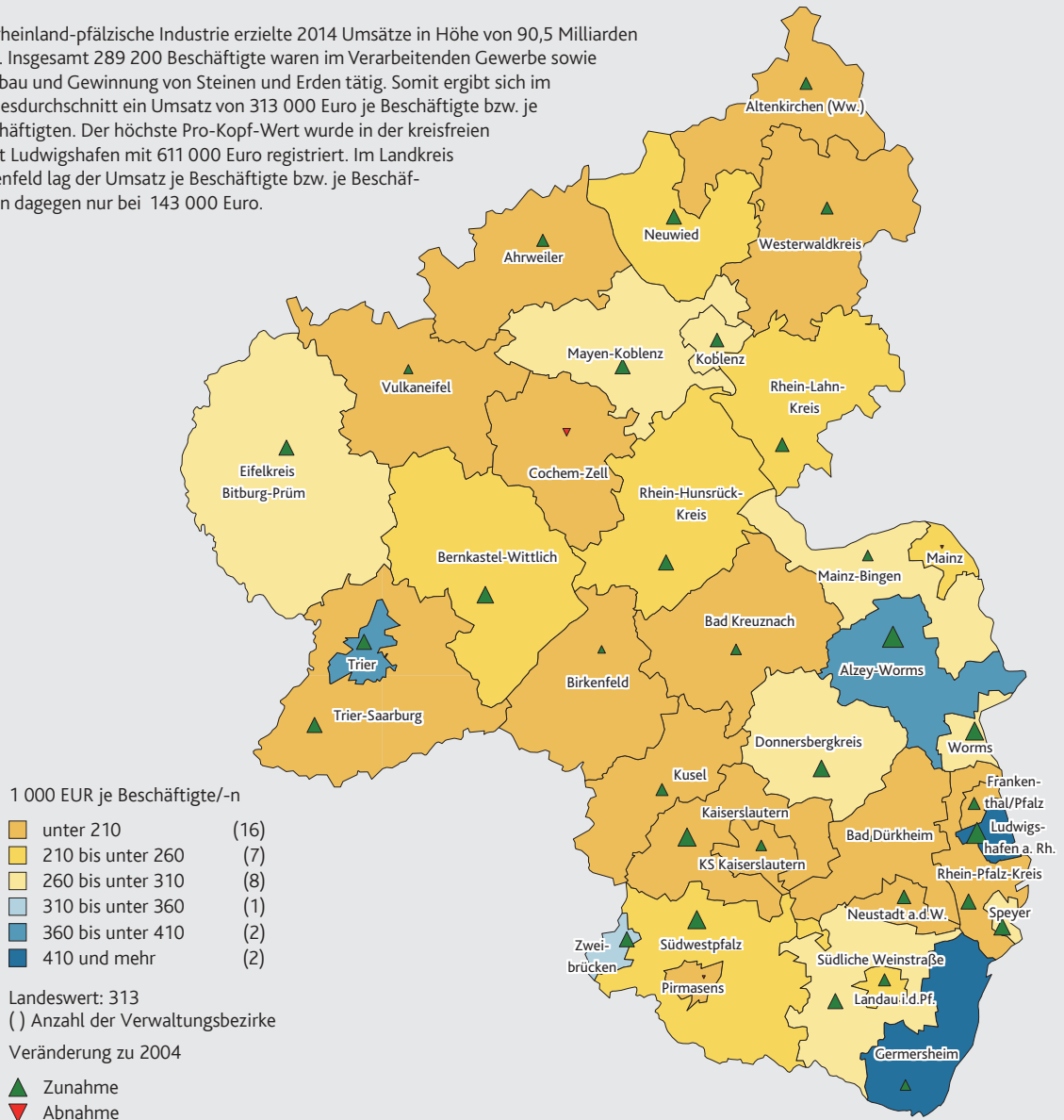
Verwaltungsbezirk	Betriebe ²	Beschäftigte ²	Entgelte	Veränderung zu 2013	Umsatz ³			
					insgesamt	Veränderung zu 2013	Auslands- umsatz	Veränderung zu 2013
	Anzahl		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
Frankenthal (Pfalz), St.	26	5 056	341	5,4	861	-8,2	380	-13,8
Kaiserslautern, St.	47	9 033	409	3,1	1 620	10,2	744	8,8
Koblenz, St.	42	6 453	282	2,4	1 922	0,6	996	6,8
Landau i. d. Pfalz, St.	25	2 350	88	3,5	502	0,9	.	.
Ludwigshafen a. Rh., St.	43	43 168	2 950	0,7	26 370	-5,3	.	.
Mainz, St.	47	7 220	388	0,6	1 661	-0,8	711	0,3
Neustadt a. d. Weinstr., St.	22	1 156	38	-5,9	192	4,0	.	.
Pirmasens, St.	34	4 376	165	-3,0	652	-10,5	231	-16,1
Speyer, St.	29	4 846	244	6,2	1 474	3,5	699	66,4
Trier, St.	58	6 462	293	2,7	2 460	-0,9	639	4,4
Worms, St.	40	6 104	301	2,7	1 868	-1,9	1 179	-3,1
Zweibrücken, St.	30	4 526	222	1,5	1 523	1,4	1 082	0,1
Ahrweiler	55	5 009	194	4,8	977	4,9	332	.
Altenkirchen (Ww.)	138	11 409	428	1,9	2 038	4,0	697	7,7
Alzey-Worms	42	4 009	142	2,9	1 591	2,3	882	1,8
Bad Dürkheim	57	4 365	181	2,6	870	-2,1	258	-2,7
Bad Kreuznach	89	10 827	449	-1,1	2 175	-2,6	958	-5,1
Bernkastel-Wittlich	85	12 068	434	3,8	2 870	0,5	747	4,5
Birkenfeld	64	5 677	175	1,6	810	0,6	.	.
Cochem-Zell	25	1 762	68	0,7	309	2,9	.	.
Donnersbergkreis	43	7 335	304	2,0	2 031	2,6	869	0,3
Eifelkreis Bitburg-Prüm	54	7 538	298	5,1	2 221	0,5	480	0,7
Germersheim	72	17 458	891	2,1	9 294	-4,3	.	.
Kaiserslautern	44	2 996	103	-0,6	512	3,5	130	10,6
Kusel	29	2 435	80	-1,5	415	1,4	.	.
Mainz-Bingen	61	12 484	753	8,4	3 630	-1,9	1 902	-1,2
Mayen-Koblenz	132	14 594	607	4,4	4 387	4,5	2 234	5,6
Neuwied	147	14 679	587	-0,2	3 579	1,2	1 378	0,7
Rhein-Hunsrück-Kreis	74	8 090	307	6,8	1 986	4,9	812	2,3
Rhein-Lahn-Kreis	78	7 319	272	2,8	1 599	1,4	630	6,0
Rhein-Pfalz-Kreis	43	2 697	89	-	463	4,3	124	14,7
Südliche Weinstraße	55	5 401	215	5,4	1 562	-	569	3,4
Südwestpfalz	46	2 707	86	-0,1	575	0,8	235	-4,2
Trier-Saarburg	67	6 141	219	5,1	1 243	7,9	666	5,6
Vulkaneifel	54	4 625	175	4,0	913	-3,3	211	-13,7
Westerwaldkreis	205	16 780	618	2,6	3 331	-	1 126	-7,7
Rheinland-Pfalz	2 202	289 155	13 397	2,4	90 487	-1,4	48 020	-0,3
kreisfreie Städte	443	100 750	5 721	1,5	41 103	-3,4	26 079	-1,2
Landkreise	1 759	188 405	7 677	3,1	49 384	0,3	21 941	0,8

1 Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 30.09. – 3 Ohne Umsatzsteuer.

K 1

Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe¹ 2014 nach Verwaltungsbezirken

Die rheinland-pfälzische Industrie erzielte 2014 Umsätze in Höhe von 90,5 Milliarden Euro. Insgesamt 289 200 Beschäftigte waren im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden tätig. Somit ergibt sich im Landesdurchschnitt ein Umsatz von 313 000 Euro je Beschäftigte bzw. je Beschäftigten. Der höchste Pro-Kopf-Wert wurde in der kreisfreien Stadt Ludwigshafen mit 611 000 Euro registriert. Im Landkreis Birkenfeld lag der Umsatz je Beschäftigte bzw. je Beschäftigten dagegen nur bei 143 000 Euro.



¹ Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

T 8

Beschäftigte, Entgelte, Umsatz und Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe¹ 2014
nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Beschäftigte je Betrieb ²	Entgelte		Entgelt- quote	Umsatz ³			Export- quote
		je Beschäf- tigte/-n	Veränderung zu 2013		je Beschäf- tigte/-n	Veränderung zu 2013	je Betrieb	
	Anzahl	EUR	absolut	%	EUR	absolut	1 000 EUR	%
Frankenthal (Pfalz), St.	194	67 416	6 094	39,6	170 267	-7 530	33 110	44,2
Kaiserslautern, St.	192	45 316	1 118	25,3	179 390	15 699	34 477	45,9
Koblenz, St.	154	43 637	1 872	14,7	297 772	7 928	45 751	51,9
Landau i. d. Pfalz, St.	94	37 259	250	17,5	213 463	-4 131	20 066	.
Ludwigshafen a. Rh., St.	1 004	68 348	- 325	11,2	610 850	-41 215	613 236	.
Mainz, St.	154	53 684	952	23,3	230 072	1 004	35 343	42,8
Neustadt a. d. Weinstr., St.	53	33 113	374	20,0	165 732	17 473	8 708	.
Pirmasens, St.	129	37 710	157	25,3	149 103	-11 858	19 190	35,4
Speyer, St.	167	50 393	1 856	16,6	304 073	3 750	50 812	47,5
Trier, St.	111	45 417	1 264	11,9	380 677	-2 789	42 413	26,0
Worms, St.	153	49 249	484	16,1	306 040	-11 136	46 702	63,1
Zweibrücken, St.	151	49 023	1 132	14,6	336 512	7 411	50 768	71,1
Ahrweiler	91	38 660	732	19,8	195 105	3 907	17 769	34,0
Altenkirchen (Ww.)	83	37 521	468	21,0	178 632	5 789	14 768	34,2
Alzey-Worms	95	35 477	634	8,9	396 945	4 834	37 889	55,4
Bad Dürkheim	77	41 357	1 242	20,7	199 373	-3 394	15 268	29,6
Bad Kreuznach	122	41 452	480	20,6	200 846	- 858	24 433	44,1
Bernkastel-Wittlich	142	35 929	1 194	15,1	237 814	539	33 764	26,0
Birkenfeld	89	30 878	100	21,7	142 616	- 957	12 651	.
Cochem-Zell	70	38 682	- 657	22,1	175 404	796	12 363	.
Donnersbergkreis	171	41 447	534	15,0	276 893	5 050	47 233	42,8
Eifelkreis Bitburg-Prüm	140	39 598	258	13,4	294 640	-11 571	41 130	21,6
Germersheim	242	51 021	1 342	9,6	532 353	-20 515	129 081	.
Kaiserslautern	68	34 519	101	20,2	170 905	7 364	11 637	25,4
Kusel	84	32 939	- 636	19,3	170 290	1 682	14 298	.
Mainz-Bingen	205	60 353	1 927	20,8	290 823	-20 106	59 519	52,4
Mayen-Koblenz	111	41 604	870	13,8	300 612	6 567	33 236	50,9
Neuwied	100	39 995	1 093	16,4	243 805	9 973	24 346	38,5
Rhein-Hunsrück-Kreis	109	37 911	480	15,4	245 515	-1 353	26 841	40,9
Rhein-Lahn-Kreis	94	37 136	1 726	17,0	218 426	7 223	20 496	39,4
Rhein-Pfalz-Kreis	63	32 969	- 151	19,2	171 815	6 276	10 776	26,7
Südliche Weinstraße	98	39 867	462	13,8	289 238	-12 025	28 403	36,4
Südwestpfalz	59	31 931	958	15,0	212 593	8 257	12 511	40,9
Trier-Saarburg	92	35 694	337	17,6	202 484	7 101	18 559	53,6
Vulkaneifel	86	37 835	463	19,2	197 512	-12 311	16 916	23,1
Westerwaldkreis	82	36 851	472	18,6	198 539	-2 690	16 251	33,8
Rheinland-Pfalz	131	46 333	792	14,8	312 936	-6 624	41 093	53,1
kreisfreie Städte	227	56 783	813	13,9	407 974	-14 644	92 784	63,4
Landkreise	107	40 745	833	15,5	262 114	-1 830	28 075	44,4

1 Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 30.09. – 3 Ohne Umsatzsteuer.

K 2

Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe¹ 2014 nach Verwaltungsbezirken

Die Exportquote, also der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, lag 2014 in Rheinland-Pfalz bei 53 Prozent. In den kreisfreien Städten war der Auslandsanteil mit durchschnittlich 63 Prozent deutlich höher als in den Landkreisen mit 44 Prozent. Die höchste Exportquote wurde in der kreisfreien Stadt Ludwigshafen registriert. Am niedrigsten war der Anteilswert im Landkreis Kusel.

Anteil des Auslandsumsatzes
am Gesamtumsatz in %

unter 38	(16)
38 bis unter 43	(6)
43 bis unter 48	(5)
48 bis unter 53	(3)
53 bis unter 58	(2)
58 und mehr	(4)

Landeswert: 53,1

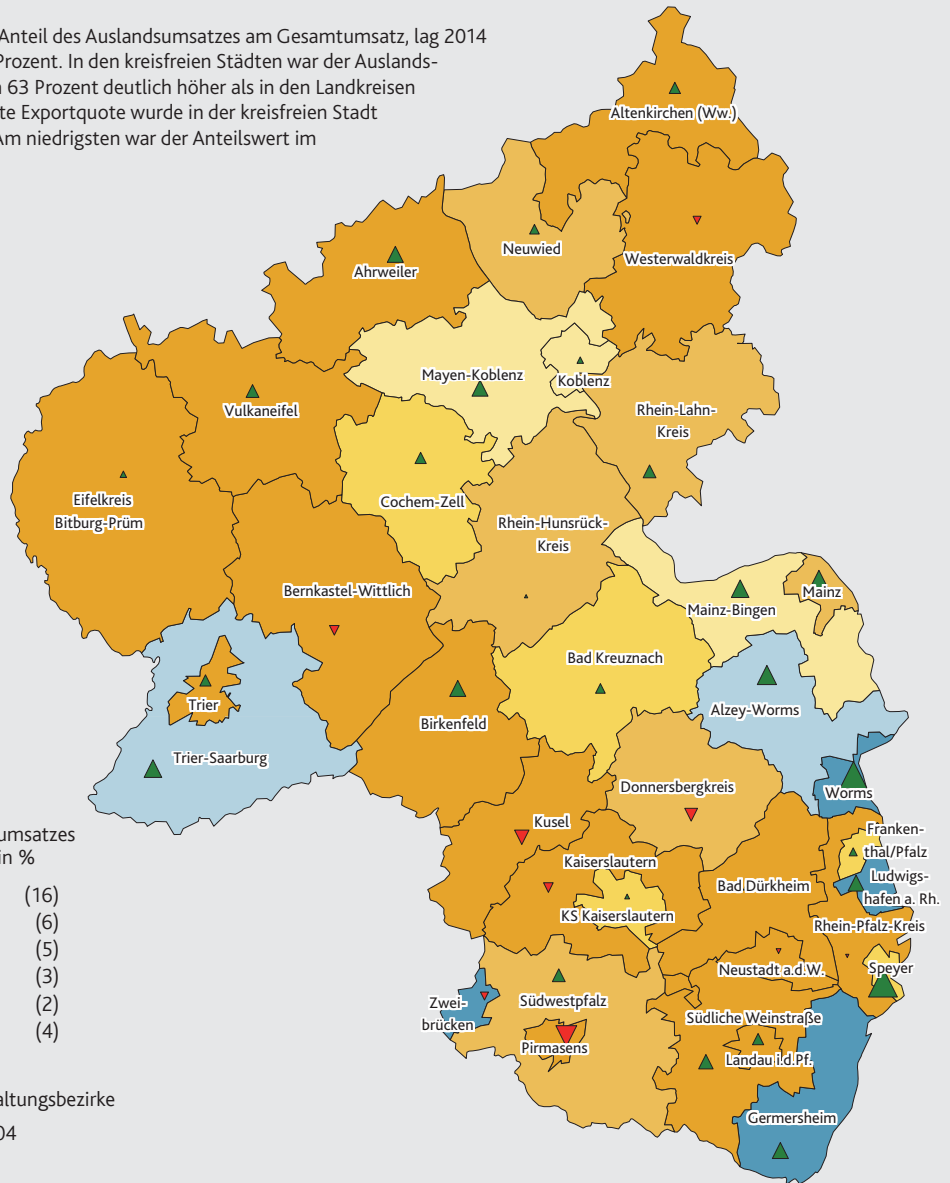
() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2004

▲ Zunahme

▼ Abnahme

¹ Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.



T 9

Bruttoanlageinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe¹ 2013 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Insgesamt		Davon					
	1 000 EUR	Veränderung zu 2012	Grundstücke mit Bauten	Veränderung zu 2012	Grundstücke ohne Bauten	Veränderung zu 2012	Maschinen, Anlagen	Veränderung zu 2012
		%	1 000 EUR	%	1 000 EUR	%	1 000 EUR	%
Frankenthal (Pfalz), St.	22 034	-5,5	1 372	.	-	-	20 661	.
Kaiserslautern, St.	-	-	.	.
Koblenz, St.	33 998	-20,2	33 199	.
Landau i. d. Pfalz, St.	22 169	59,3	.	.	-	-	20 828	50,8
Ludwigshafen a. Rh., St.
Mainz, St.	54 363	24,0	.	.	-	-	44 626	11,9
Neustadt a. d. Weinstr., St.	5 451	1 679	-33,5
Pirmasens, St.	21 790	5,9	20 354	20,3
Speyer, St.	41 606	-23,0	3 208	.	.	.	37 886	-25,8
Trier, St.	56 598	-11,0	51 440	-16,4
Worms, St.	61 938	-2,9	60 226	7,2
Zweibrücken, St.	33 720	48,1	526	.	-	-	33 195	48,4
Ahrweiler	44 747	1,5	35 955	9,8
Altenkirchen (Ww.)	66 508	-5,8	6 143	76,6	702	58,8	59 662	-10,6
Alzey-Worms	38 305	59,3	34 436	47,3
Bad Dürkheim	56 841	130,0	2 903	-0,9	.	.	53 937	147,6
Bad Kreuznach	71 411	-0,8	2 766	.	.	.	68 542	4,4
Bernkastel-Wittlich	107 508	-7,5	90 896	-11,3
Birkenfeld	30 456	1,4	29 476	3,2
Cochem-Zell	9 795	71,7	9 779	.
Donnersbergkreis	71 453	30,8	9 772	58,9	.	.	61 567	28,7
Eifelkreis Bitburg-Prüm	64 536	-27,9	5 928	-75,6	-	.	58 608	-10,1
Germersheim
Kaiserslautern	-	.	.	.
Kusel	13 394	15,6	4 913	.	.	.	8 082	-20,0
Mainz-Bingen	173 566	-15,4	579	-31,6	.	.	172 425	-15,6
Mayen-Koblenz	120 145	4,6	9 818	-28,4	.	.	109 406	9,7
Neuwied	70 413	-29,7	9 198	-49,6	104	-96,0	61 111	-23,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	62 935	-18,2	14 865	.	.	.	47 871	-31,2
Rhein-Lahn-Kreis	45 224	8,4	39 780	12,8
Rhein-Pfalz-Kreis	8 318	-21,6	6 584	.
Südliche Weinstraße	27 654	-30,3	25 051	-22,3
Südwestpfalz	12 043	-23,3	11 996	-21,2
Trier-Saarburg	43 050	8,7	1 451	.	.	.	41 550	6,7
Vulkaneifel	32 023	-23,8	1 143	.	259	.	30 620	-6,7
Westerwaldkreis	104 897	-20,5	16 929	-8,1	1 409	-42,0	86 559	-22,1
Rheinland-Pfalz	3 016 869	9,6	393 520	56,5	8 569	-52,8	2 614 780	5,3
kreisfreie Städte	1 530 460	38,4	259 855	183,9	1 387	-77,8	1 269 218	25,9
Landkreise	1 486 408	-9,7	133 664	-16,4	7 181	-39,7	1 345 563	-8,8

¹ Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

K 3

Investitionsquote im Verarbeitenden Gewerbe¹ 2013 nach Verwaltungsbezirken

Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe investierten 2013 gut drei Milliarden Euro. Die Investitionsquote, d. h. der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Gesamtumsatz, erreichte im Landesdurchschnitt 3,3 Prozent. Die höchste Investitionsquote wurde mit 6,4 Prozent im Landkreis Bad Dürkheim erzielt. Im Landkreis Südliche Weinstraße betrug der Anteil der Investitionen am Gesamtumsatz dagegen lediglich 1,8 Prozent.

Anteil der Bruttoanlageinvestitionen
am Umsatz in %

unter 2,0	(3)
2,0 bis unter 2,5	(6)
2,5 bis unter 3,0	(6)
3,0 bis unter 3,5	(10)
3,5 bis unter 4,0	(6)
4,0 und mehr	(5)

Landeswert: 3,3

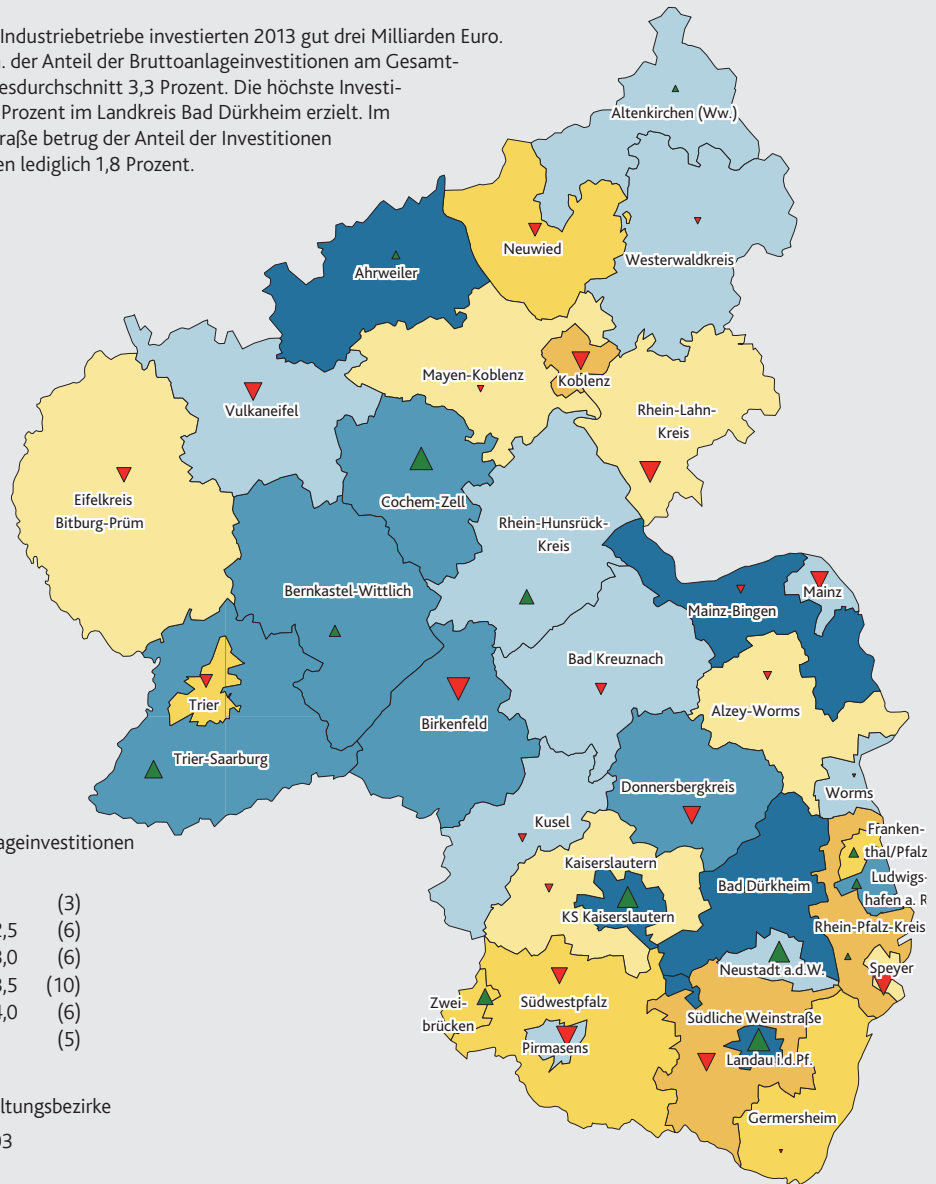
() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2003

▲ Zunahme

▼ Abnahme

¹ Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.



Datenquellen

Statistik	Tabelle	Grafik	Karte	Übersicht
Monats- und Jahresbericht für Betriebe	T 1 bis T 5, T 7, T 8	G 1, G 2, G 4 bis G 7	K 1, K 2	-
Investitionserhebung für Betriebe	T 6, T 9	G 8	K 3	-
Umsatzsteuerstatistik	T 1	-	-	-
Unternehmensregister	T 1	-	-	-
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	-	G 3	-	-

Statistiken

Das Verarbeitende Gewerbe sowie der Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden (kurz: Verarbeitendes Gewerbe) sind Teilbereiche des Produzierenden Gewerbes, das zudem das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung umfasst.

Zum Verarbeitenden Gewerbe gehören alle Institutionen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Erzeugnisse zu bearbeiten oder verarbeiten, und zwar in der Regel mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren.

Im Verarbeitenden Gewerbe werden monatliche, vierteljährliche und jährliche Erhebungen bei Betrieben und Unternehmen durchgeführt. Die Ergebnisse aus Zeitreihen sind nicht über alle Jahre vergleichbar: Ab 1995 erfolgte die Abgrenzung nach der Wirtschaftszweigsystematik 1993 (WZ 1993), ab 1997 wurde der Berichtskreis um Betriebe aus der Handwerkszählung 1995 erweitert, seit 2008 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008. Die in der WZ 2008 aufgeführten wirtschaftlichen Tätigkeiten sind durch das neue Systematische Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (GP 2009) definiert.

Der **Monatsbericht für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes** erfasst die Beschäftigten, Arbeitsstunden, Entgelte und den Umsatz. Diese Kennzahlen dienen sowohl der kurzfristigen Konjunkturanalyse als auch der mittel- und langfristigen Beobachtung von Wachstumsprozessen und Strukturveränderungen. Berichtspflichtig sind alle Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen. Die Ergebnisse der Statistik werden von gesetzgebenden Körperschaften, Bundes- und Landesregierungen, Verbänden, Kammern sowie sonstigen Institutionen genutzt und sind Grundlage für zahlreiche wirtschaftspolitische Entscheidungen.

Der **Jahresbericht für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes** erfasst die Beschäftigten, Entgelte sowie den Umsatz und umschließt grundsätzlich den gesamten Betrieb (einschließlich aller produzierenden und nicht produzierenden Teile), um ein Gesamtbild der Tätigkeit des meldenden Betriebes zu bekommen. Berichtspflichtig sind die Betriebe mit 20 bis 49 tätigen Personen.

Die **Produktionserhebungen** gliedern sich in die monatliche und vierteljährliche Produktionserhebung. Berichtspflichtig sind monatlich die Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen. Die übrigen Betriebe müssen nur vierteljährlich Menge und Wert der von ihnen hergestellten Produkte melden. Die Ergebnisse der monatlichen und der vierteljährlichen Produktionserhebungen werden vierteljährlich zu einem Gesamtergebnis für alle Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten zusammengeführt.

Im Rahmen der jährlichen **Investitionserhebung** werden **Einbetriebsunternehmen** des Verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr tätigen Personen befragt. Bei Mehrbetriebsunternehmen des Produzierenden Gewerbes mit 20 und mehr tätigen Personen werden alle produzierenden Betriebe erfasst, und zwar unabhängig von der Zahl ihrer Beschäftigten. Darüber hinaus werden bei Mehrbetriebsunternehmen außerhalb des Produzierenden Gewerbes alle Betriebe in die Berichterstattung einbezogen, die ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt in Verarbeitenden Gewerbe haben und in denen 20 und mehr Personen tätig sind.

Die öffentlichen Versorgungsbetriebe und die Betriebe des Baugewerbes sind in die Erhebung grundsätzlich nicht einbezogen.

Abweichend von der Erfassungsgrenze von 20 und mehr Beschäftigten liegt zur besseren Darstellung des Strukturverlaufs bei Branchen mit überwiegend kleineren Betriebs-/Unternehmensgrößen die Erfassungsgrenze bei zehn und mehr Beschäftigten. Es handelt sich um folgende Klassen der WZ 2008:

- 08.11 – Gewinnung von Naturwerksteinen und Natursteinen, Kalk- und Gipsstein, Kreide und Schiefer,
- 08.12 – Gewinnung von Kies und Sand, Ton und Kaolin,
- 10.91 – Herstellung von Futtermitteln für Nutztiere,
- 10.92 – Herstellung von Futtermitteln für sonstige Tiere,
- 11.06 – Herstellung von Malz,
- 16.10 – Sägewerke,
- 23.63 – Herstellung von Frischbeton (Transportbeton).

Glossar

Auslandsumsatz

Erlöse für direkte Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie Lieferungen an inländische Firmen, die die bestellten Waren ohne weitere Be- oder Verarbeitung exportieren. Als Umsatz mit dem nicht zur Eurozone gehörenden Ausland gilt der Umsatz mit allen Staaten, die nicht der Eurozone angehören. Zur Eurozone zählen: Belgien, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien und Zypern.

Beschäftigte

Tätige Inhaber/-innen, unbezahlt mithelfende Familienangehörige, Auszubildende, Arbeiter/-innen und Angestellte einschließlich der vorübergehend abwesenden Personen (z. B. wegen Krankheit oder Urlaub).

Betrieb

Örtliche Produktionseinheit einschließlich der in der Nähe liegenden Hilfs- und Nebenbetriebe, wenn sie unter derselben technischen und organisatorischen Leitung stehen. Örtlich getrennte Hauptverwaltungen von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes werden als eigenständige Betriebe dieses Bereichs erfasst. Die Ergebnisse für Betriebe (einschließlich baugewerblicher und sonstiger Betriebsteile) werden nach Wirtschaftszweigen dargestellt. Dabei werden kombinierte Betriebe, die mehreren Wirtschaftszweigen angehören, jeweils in ihrer Gesamtheit demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt.

Bruttoanlageinvestitionen

Aktiviere Bruttozugänge an Sachanlagen einschließlich selbst erstellter und noch im Bau befindlicher Anlagen, jedoch ohne Erwerb von

Beteiligungen, Wertpapieren, Konzessionen, Patenten, Lizenzen, von ganzen Unternehmen und Betrieben, und ohne die Investitionen in ausländische Zweigniederlassungen. Anzahlungen sind nur einzu-beziehen, soweit sie abgerechneten Teilen von im Bau befindlichen Anlagen entsprechen und aktiviert sind.

Entgelte

Die Entgelte entsprechen der Bruttolohn- und Bruttogehaltssumme. Dies ist die Bruttosumme ohne Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung. Lohn- und Gehaltszuschläge (einschließlich Gratifikationen) sind einbezogen. Nicht erfasst sind dagegen allgemeine soziale Aufwendungen sowie Vergütungen, die als Spesenersatz anzusehen sind.

Entgeltquote

Anteil der Entgelte am Gesamtumsatz

Exportquote

Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz

Umsatz

Erlöse aus eigenen Erzeugnissen und industriellen oder handwerklichen Dienstleistungen, außerdem aus dem Verkauf von Handelsware und aus sonstigen nicht industriellen oder nicht handwerklichen Tätigkeiten. Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, die Summe der Rechnungsendbeträge (ohne Umsatzsteuer) der im Berichtszeitraum abgerechneten Lieferungen und Leistungen an Dritte einschließlich etwa darin enthaltener Verbrauchssteuern und Kosten für Fracht, Porto und Verpackung, auch wenn diese gesondert berechnet werden.

Internet

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/industrie-bau-handwerk

Pressemitteilungen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/industrie-bau-handwerk/pressemitteilungen

Statistische Berichte

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/industrie-bau-handwerk/statistische-berichte

Beiträge in den Statistischen Monatsheften

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/industrie-bau-handwerk/monatsheftbeitraege

Übersichtstabellen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/industrie-bau-handwerk/basisdaten-land

Analysen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/industrie-bau-handwerk/analysen

Kurzpräsentationen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/industrie-bau-handwerk/kurzpraesentationen

Gemeinschaftsveröffentlichungen

www.statistik-portal.de





19. Energie



Inhaltsverzeichnis

Tabellen

T 1: Ausgewählte energiewirtschaftliche Kennzahlen für Rheinland-Pfalz und Deutschland 1990–2012	554
T 2: Primärenergieverbrauch 1990–2012 nach Bundesländern	555
T 3: Energiebilanz 2012	557
T 4: Primärenergieverbrauch 2002–2012 nach Energieträgern	559
T 5: Primärenergieverbrauch erneuerbarer Energieträger 2002–2012	560
T 6: Endenergieverbrauch 2002–2012 nach Energieträgern	561
T 7: Endenergieverbrauch 2002–2012 nach Verbrauchergruppen	562
T 8: CO ₂ -Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch (Quellenbilanz) 2002–2012 nach Emittentensektoren	563
T 9: CO ₂ -Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch (Quellenbilanz) 2002–2012 nach Energieträgern	564
T 10: CO ₂ -Emissionen aus dem Endenergieverbrauch (Verursacherbilanz) 2002–2012 nach Emittentensektoren	565
T 11: CO ₂ -Emissionen aus dem Endenergieverbrauch (Verursacherbilanz) 2002–2012 nach Energieträgern	566
T 12: Strom- und Wärmeerzeugung für die allgemeine Versorgung 2004–2014 nach Energieträgern	567
T 13: Absatz und Erlöse von Strom 2003–2013 nach Abnehmern	568
T 14: Absatz und Erlöse von Gas 2003–2013 nach Abnehmern	568
T 15: Stromeinspeisung in das Netz der allgemeinen Versorgung 2013 nach Energieträgern	569
T 16: Energieerzeugung im Verarbeitenden Gewerbe 2007–2013 nach Energieträgern	569
T 17: Betriebe, Beschäftigte, Umsatz und Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe 2013 nach Wirtschaftszweigen	570
T 18: Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien 2007–2013 nach Energieträgern	571
T 19: Betriebe und Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe 2013 nach Verwaltungsbezirken	572
T 20: Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien 2007–2013 nach Verwaltungsbezirken	574

Grafiken

G 1: Primärenergieverbrauch in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2012 nach Energieträgern	553
G 2: Primärenergieverbrauch aus erneuerbaren Energieträgern 2012 nach Bundesländern	555
G 3: Primärenergieverbrauch in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2002–2012	556
G 4: Primärenergieverbrauch 2002–2012 nach Energieträgern	559
G 5: Primärenergieverbrauch erneuerbarer Energieträger 2002–2012	560
G 6: Endenergieverbrauch 2002–2012 nach Energieträgern	561
G 7: Endenergieverbrauch 2002–2012 nach Verbrauchergruppen	562
G 8: CO ₂ -Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch (Quellenbilanz) 2002–2012 nach Emittentensektoren	563
G 9: CO ₂ -Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch (Quellenbilanz) 2002–2012 nach Energieträgern	564
G 10: CO ₂ -Emissionen aus dem Endenergieverbrauch (Verursacherbilanz) 2002–2012 nach Emittentensektoren	565
G 11: CO ₂ -Emissionen aus dem Endenergieverbrauch (Verursacherbilanz) 2002–2012 nach Energieträgern	566
G 12: Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien 2007–2013 nach Energieträgern	571

Übersichten

Ü 1: Energiefluss für Rheinland-Pfalz 2012	558
--	-----

Karten

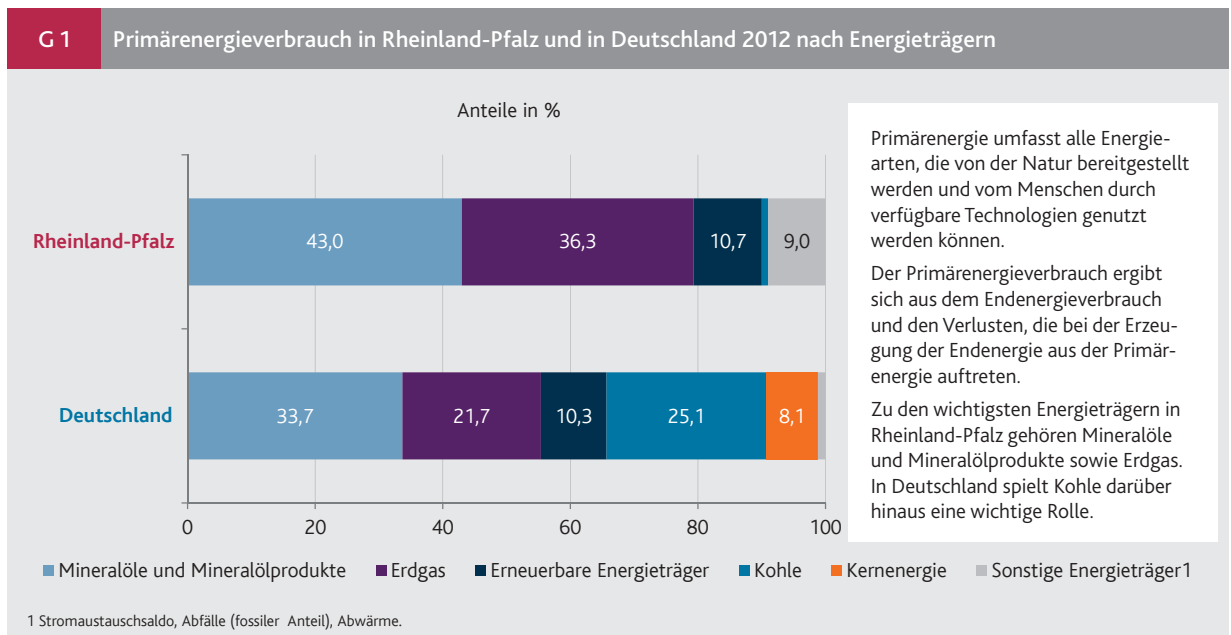
K 1: Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe 2013 nach Verwaltungsbezirken	573
K 2: Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energiequellen 2013 nach Verwaltungsbezirken	575

Metadaten

Datenquellen	576
Statistiken	576
Glossar	577
Internet	579



- Im Jahr 2012 entfielen 4,7 Prozent des Primärenergieverbrauchs in Deutschland auf Rheinland-Pfalz.
- Der Anteil erneuerbarer Energieträger am Primärenergieverbrauch in Rheinland-Pfalz erhöhte sich 2012 auf fast elf Prozent.
- Auf Mineralöle und Mineralölprodukte sowie Erdgas entfallen rund zwei Drittel des Endenergieverbrauchs, der Anteil von Strom macht nur rund ein Fünftel aus.
- Das Verarbeitende Gewerbe verbraucht durchschnittlich 1100 Gigajoule Energie je Beschäftigten.
- Die Chemische Industrie bestimmt die Energieverwendung im Verarbeitenden Gewerbe.
- Der Primär- und der Endenergieverbrauch sind gegenüber 1990 gestiegen, der energiebedingte Ausstoß von Kohlendioxid ist dagegen gesunken.



T 1

Ausgewählte energiewirtschaftliche Kennzahlen für Rheinland-Pfalz und Deutschland 1990–2012

Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz						Deutschland	
		1990	2000	2005	2010	2011	2012	2011	2012
Primärenergieverbrauch	1990=100	100	112,1	112,4	116,1	109,5	109,0	91,2	90,2
je Einwohner/-in	GJ	154,9	160,8	160,1	167,6	158,8	158,1	169,3	167,0
Energieproduktivität	2000=100	.	100	102,0	105,1	115,0	116,7	120,4	122,6
Primärenergieverbrauch aus erneuerbaren Energieträgern	2000=100	.	100	205,0	523,3	510,8	555,1	351,1	332,4
Anteil am Primärenergieverbrauch	%	0,9	1,9	3,8	9,5	9,8	10,7	10,8	10,3
Bruttostromerzeugung	1990=100	100	114,3	161,1	221,4	219,6	236,9	114,2	114,5
Bruttostromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern	1990=100	100	163,7	270,0	501,6	553,0	677,6	628,4	728,4
Anteil an der Bruttostromerzeugung	%	11,7	16,7	19,6	26,5	29,4	33,4	19,7	22,8
Bruttostromverbrauch	1990=100	100	109,1	109,9	106,1	106,1	105,4	112,5	109,7
Anteil erneuerbarer Energieträger am Bruttostromverbrauch	%	3,2	4,8	7,9	15,2	16,7	20,6	20,2	24,0
Endenergieverbrauch	1990=100	100	116,8	110,4	115,3	107,8	106,2	93,8	94,2
Endenergieverbrauch aus erneuerbaren Energieträgern	2000=100	.	100	333,9	979,8	936,8	941,2	277,8	285,5
Anteil am Endenergieverbrauch	%	0,4	0,7	2,4	6,7	6,8	6,9	6,3	6,4
Endenergieverbrauch der Industrie	1990=100	100	127,8	94,9	114,3	112,8	110,0	88,5	86,9
Anteil am Endenergieverbrauch	%	31,7	34,7	27,2	31,4	33,1	32,8	29,7	29,0
Endenergieverbrauch des Verkehrs	1990=100	100	129,1	129,2	127,8	128,0	124,5	107,9	107,6
Anteil am Endenergieverbrauch	%	24,4	27,0	28,6	27,0	29,0	28,6	28,9	28,7
Endenergieverbrauch privater Haushalte und Kleinverbraucher ¹	1990=100	100	102,0	111,1	109,2	93,0	93,3	89,4	91,7
Anteil am Endenergieverbrauch	%	43,9	38,4	44,2	41,6	37,9	38,6	41,4	42,3
Endenergieverbrauch privater Haushalte	2000=100	.	100	110,1	110,9	91,4	90,7	90,3	93,9
je Einwohner/-in	GJ	.	31,4	34,3	35,0	29,0	28,7	29,0	30,1
Anteil am Endenergieverbrauch	%	.	25,4	29,6	28,6	25,2	25,4	26,3	27,2
CO ₂ -Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch ²	1990=100	100	105,3	94,7	97,7	91,2	91,4	77,2	78,4
je Einwohner/-in	t	7,3	7,2	6,4	6,7	6,3	6,3	9,4	9,5

¹ Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und übrige Verbraucher. – ² Ohne Emissionen aus dem internationalen Luftverkehr.

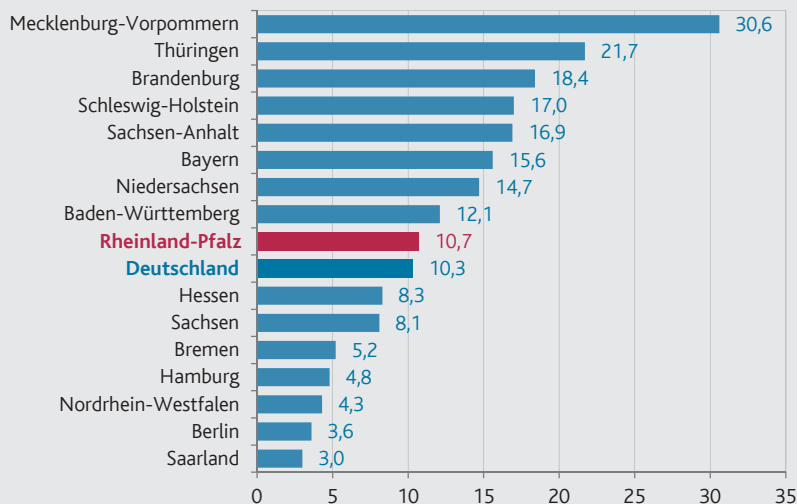
T 2 Primärenergieverbrauch 1990–2012 nach Bundesländern

Bundesland	1990	2000	2005	2011	2012		
	TJ				Anteil an Deutschland ¹	Veränderung zu 1990	
						%	
Baden-Württemberg	1 429 676	1 560 553	1 657 113	1 434 738	1 392 815	9,9	-2,6
Bayern	1 783 586	2 037 324	2 008 059	2 037 593	2 021 521	14,4	13,3
Berlin	356 208	331 518	297 784	279 867	298 897	2,1	-16,1
Brandenburg	873 163	617 903	671 781	677 480	681 505	4,8	-21,9
Bremen	162 328	166 187	145 631	158 944	160 418	1,1	-1,2
Hamburg	239 643	.	227 869	232 245	240 956	1,7	0,5
Hessen	929 860	1 032 436	1 036 955	881 108	852 772	6,1	-8,3
Mecklenburg-Vorpommern	244 423	167 139	171 554	.	196 630	1,4	-19,6
Niedersachsen	1 433 444	1 459 738	.	1 348 722	1 330 633	9,5	-7,2
Nordrhein-Westfalen	3 967 517	3 954 658	4 027 920	4 253 260	4 199 283	29,9	5,8
Rheinland-Pfalz	578 471	648 238	650 062	633 640	630 660	4,5	9,0
Saarland	275 161	271 186	289 438	259 691	268 225	1,9	-2,5
Sachsen	924 431	578 638	631 502	605 585	612 496	4,4	-33,7
Sachsen-Anhalt	721 961	442 793	490 839	513 206	515 522	3,7	-28,6
Schleswig-Holstein	589 056	586 638	569 814	414 720	418 214	3,0	-29,0
Thüringen	354 526	224 078	248 551	237 603	241 498	1,7	-31,9
Deutschland	14 905 237	14 400 802	14 558 358	13 599 334	13 447 059	100	-9,8

1 Summe der Bundesländer. – Quellen: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, für Deutschland Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

G 2 Primärenergieverbrauch aus erneuerbaren Energieträgern 2012 nach Bundesländern

Anteil am gesamten Primärenergieverbrauch in %



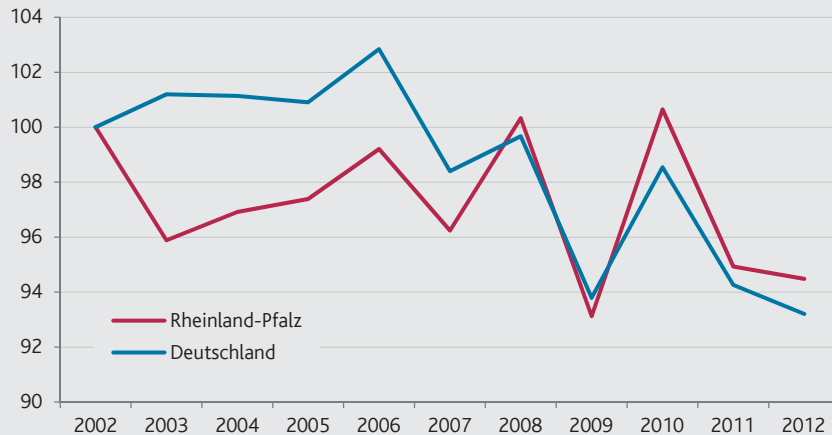
Als erneuerbare Energieträger werden natürliche Energievorkommen bezeichnet, die entweder permanent vorhanden oder in überschaubaren Zeiträumen regenerierbar sind. Dazu zählen Solarenergie, Wind- und Wasserkraft, Deponie- und Klärgas, Geothermie, Umgebungswärme und Biomasse.

Der Ausbau erneuerbarer Energien kann dazu beitragen, den anthropogenen Treibhauseffekt zu begrenzen und die Abhängigkeit von Energieimporten zu mindern.

G 3

Primärenergieverbrauch in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2002–2012

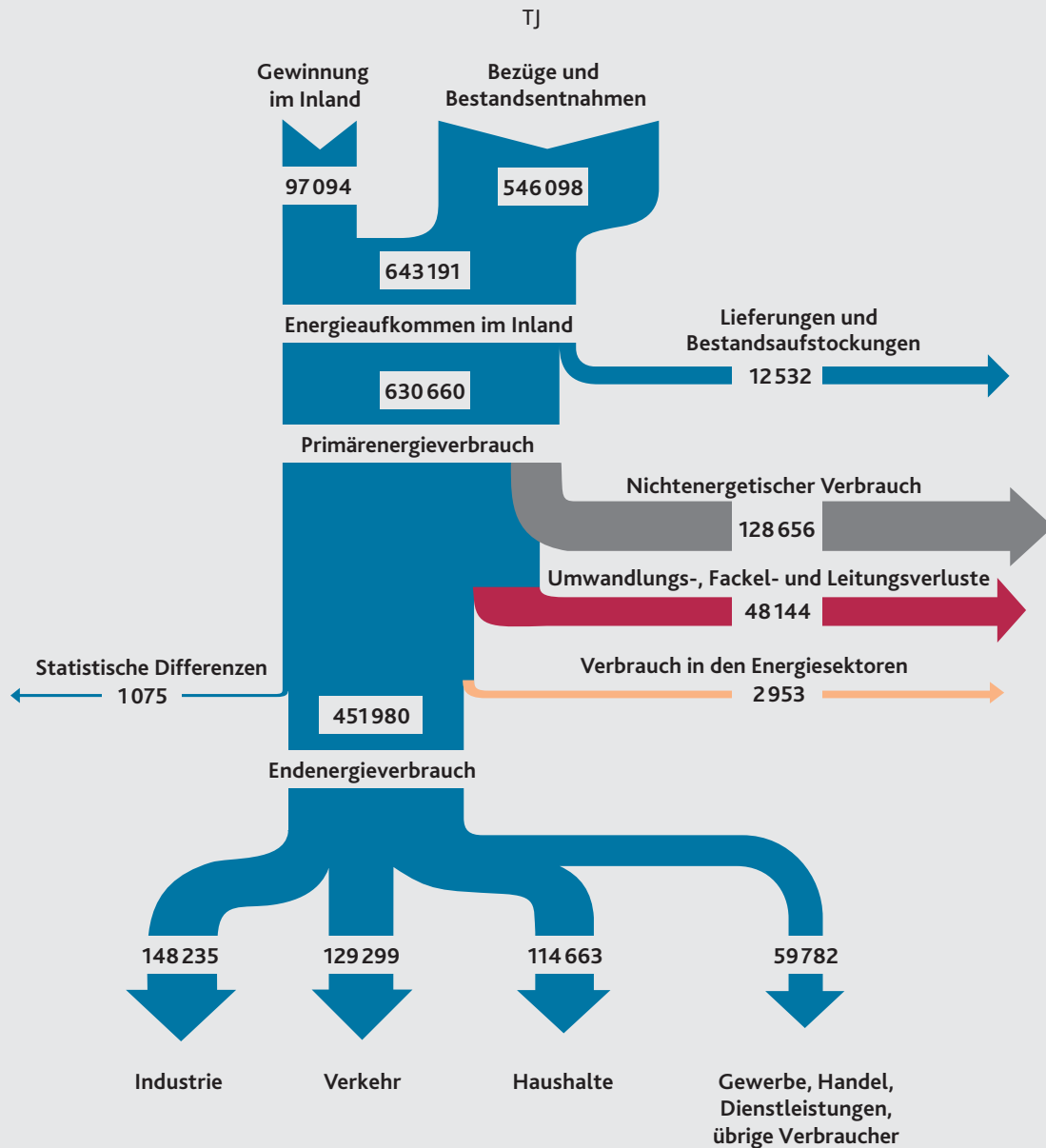
Messzahl: 2002=100



Der Primärenergieverbrauch ist starken Schwankungen unterworfen. Im Jahr 2012 lag er in Rheinland-Pfalz 5,5 Prozent niedriger als zehn Jahre zuvor. In Deutschland verringerte sich der Primärenergieverbrauch im gleichen Zeitraum um 6,8 Prozent.

T 3 Energiebilanz 2012

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	Darunter				
		Kohle	Mineralöle, -produkte	Erdgas	erneuerbare Energieträger	Strom
	TJ					
Primärenergiebilanz						
Gewinnung	97 094	-	9 008	96	70 986	-
+ Bezüge	542 094	6 168	267 222	229 066	-	39 638
+ Bestandsentnahmen	4 004	39	3 874	-	36	-
= Energieaufkommen	643 191	6 207	280 104	229 162	71 022	39 638
– Lieferungen über die Grenzen von Rheinland-Pfalz	12 423	-	9 008	-	3 415	-
– Bestandsaufstockungen	109	-	-	109	-	-
= Primärenergieverbrauch	630 660	6 207	271 096	229 053	67 607	39 638
Umwandlungsbilanz und nichtenergetischer Verbrauch						
Primärenergieverbrauch	630 660	6 207	271 096	229 053	67 607	39 638
– Umwandlungseinsatz	125 402	1 714	4 745	69 591	36 037	-
+ Umwandlungsausstoß	79 592	-	-	-	-	63 687
– Energieverbrauch im Umwandlungsbereich	2 953	-	8	327	119	1 665
– Fackel- und Leitungsverluste	2 335	-	-	8	88	1 235
= Energieangebot nach Umwandlungsbilanz	579 562	4 493	266 343	159 127	31 362	100 426
– Nichtenergetischer Verbrauch	128 656	77	93 036	35 544	-	-
+ Statistische Differenzen	1 075	-	-	-	-	-
= Endenergieverbrauch	451 980	4 416	173 307	123 583	31 362	100 426
Industrie ¹	148 235	3 447	4 108	68 776	3 509	53 022
darunter: Herstellung von chemischen Grundstoffen	65 605	636	1 114	32 936	422	23 288
Verkehr	129 299	-	120 776	147	6 637	1 738
darunter: Straßenverkehr	119 902	-	113 213	147	6 542	-
Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und übrige Verbraucher	174 445	969	48 423	54 660	21 216	45 666
1 Verarbeitendes Gewerbe, Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau.						

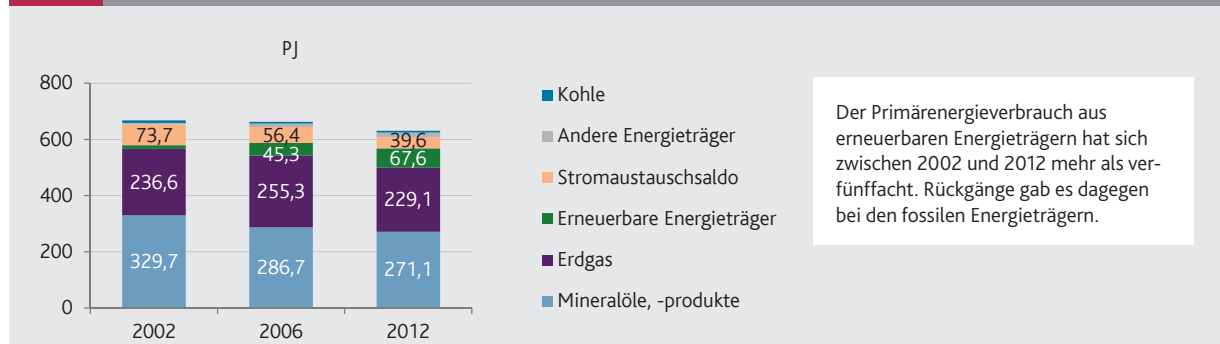


T 4 Primärenergieverbrauch 2002–2012 nach Energieträgern

Jahr	Insgesamt	Kohle	Mineralöle, -produkte	Erdgas	Erneuerbare Energieträger	Strom ¹	Andere Energieträger
TJ							
2002	667 494	8 924	329 733	236 635	12 972	73 689	5 542
2003	640 031	8 801	304 816	237 853	14 234	70 380	3 947
2004	646 897	6 727	301 811	241 125	20 989	66 312	9 933
2005	650 062	5 031	293 922	249 870	24 968	64 420	11 851
2006	662 179	5 909	286 668	255 322	45 255	56 398	12 627
2007	642 394	6 156	265 685	246 377	54 723	52 515	16 939
2008	669 703	7 118	289 451	253 923	53 939	47 582	17 691
2009	621 614	5 834	254 885	240 617	57 015	41 898	21 365
2010	671 811	7 124	272 125	262 427	63 732	44 524	21 879
2011	633 640	6 686	268 724	232 847	62 206	44 920	18 257
2012	630 660	6 207	271 096	229 053	67 607	39 638	17 058
Anteil an insgesamt in %							
2002	100	1,3	49,4	35,5	1,9	11,0	0,8
2003	100	1,4	47,6	37,2	2,2	11,0	0,6
2004	100	1,0	46,7	37,3	3,2	10,3	1,5
2005	100	0,8	45,2	38,4	3,8	9,9	1,8
2006	100	0,9	43,3	38,6	6,8	8,5	1,9
2007	100	1,0	41,4	38,4	8,5	8,2	2,6
2008	100	1,1	43,2	37,9	8,1	7,1	2,6
2009	100	0,9	41,0	38,7	9,2	6,7	3,4
2010	100	1,1	40,5	39,1	9,5	6,6	3,3
2011	100	1,1	42,4	36,7	9,8	7,1	2,9
2012	100	1,0	43,0	36,3	10,7	6,3	2,7

¹ Austauschsaldo aus Bezügen und Lieferungen.

G 4 Primärenergieverbrauch 2002–2012 nach Energieträgern

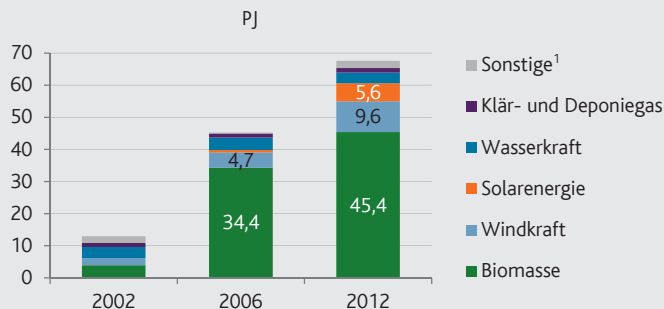


T 5 Primärenergieverbrauch erneuerbarer Energieträger 2002–2012

Jahr	Insgesamt	Wasserkraft	Windkraft	Biomasse ¹	Solarenergie	Klär- und Deponiegas	Sonstige ²
TJ							
2002	12 972	3 491	2 180	3 947	.	1 239	2 114
2003	14 234	2 871	2 643	7 148	.	1 218	355
2004	20 989	3 227	3 502	11 694	273	2 087	206
2005	24 968	3 502	3 602	16 054	403	1 197	210
2006	45 255	3 893	4 704	34 353	765	1 241	298
2007	54 723	3 914	5 763	42 348	1 060	1 186	451
2008	53 939	4 076	5 958	40 172	1 414	1 231	1 089
2009	57 015	3 433	6 012	43 065	2 041	1 333	1 130
2010	63 732	4 012	6 224	47 868	3 027	1 355	1 247
2011	62 206	2 718	8 055	43 794	4 575	1 297	1 767
2012	67 607	3 326	9 573	45 411	5 637	1 378	2 282
Anteil an insgesamt in %							
2002	100	26,9	16,8	30,4	.	9,6	16,3
2003	100	20,2	18,6	50,2	.	8,6	2,5
2004	100	15,4	16,7	55,7	1,3	9,9	1,0
2005	100	14,0	14,4	64,3	1,6	4,8	0,8
2006	100	8,6	10,4	75,9	1,7	2,7	0,7
2007	100	7,2	10,5	77,4	1,9	2,2	0,8
2008	100	7,6	11,0	74,5	2,6	2,3	2,0
2009	100	6,0	10,5	75,5	3,6	2,3	2,0
2010	100	6,3	9,8	75,1	4,7	2,1	2,0
2011	100	4,4	12,9	70,4	7,4	2,1	2,8
2012	100	4,9	14,2	67,2	8,3	2,0	3,4

1 Ab 2003 feste und flüssige Biomasse, Biogas sowie biogener Anteil des Abfalls. – 2 Ab 2004 Umweltwärme, Geothermie.

G 5 Primärenergieverbrauch erneuerbarer Energieträger 2002–2012



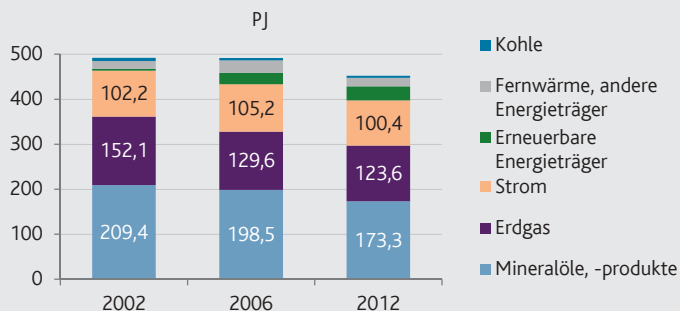
Der Zuwachs bei den erneuerbaren Energieträgern ist hauptsächlich auf den kräftigen Zuwachs beim Verbrauch von Biomasse zurückzuführen. Der Anteil der Biomasse am gesamten Primärenergieverbrauch aus erneuerbaren Energieträgern ist im betrachteten Zeitraum von 30 auf 67 Prozent gestiegen.

1 Ab 2004 Umweltwärme, Geothermie.

T 6 Endenergieverbrauch 2002–2012 nach Energieträgern

Jahr	Insgesamt	Kohle	Mineralöle, -produkte	Erdgas	Erneuerbare Energieträger	Strom	Fernwärme	Andere Energieträger
TJ								
2002	492 053	7 284	209 353	152 058	3 993	102 164	17 202	.
2003	461 627	7 716	210 509	117 505	4 206	103 306	18 386	.
2004	470 084	4 533	202 821	127 156	7 855	103 190	18 378	6 152
2005	469 700	3 496	196 541	133 076	11 124	105 438	13 095	6 931
2006	491 671	5 248	198 452	129 603	25 475	105 165	22 364	5 365
2007	472 031	5 420	171 267	129 578	29 013	103 931	23 830	8 992
2008	489 642	5 463	187 504	134 122	27 506	102 171	25 034	7 843
2009	468 296	4 149	178 874	133 528	27 278	94 985	19 294	10 187
2010	490 794	4 947	179 878	145 837	32 648	101 395	15 867	10 222
2011	458 785	4 398	177 399	123 801	31 216	101 361	12 948	7 661
2012	451 980	4 416	173 307	123 583	31 362	100 426	9 919	8 966
Anteil an insgesamt in %								
2002	100	1,5	42,5	30,9	0,8	20,8	3,5	.
2003	100	1,7	45,6	25,5	0,9	22,4	4,0	.
2004	100	1,0	43,1	27,0	1,7	22,0	3,9	1,3
2005	100	0,7	41,8	28,3	2,4	22,4	2,8	1,5
2006	100	1,1	40,4	26,4	5,2	21,4	4,5	1,1
2007	100	1,1	36,3	27,5	6,1	22,0	5,0	1,9
2008	100	1,1	38,3	27,4	5,6	20,9	5,1	1,6
2009	100	0,9	38,2	28,5	5,8	20,3	4,1	2,2
2010	100	1,0	36,7	29,7	6,7	20,7	3,2	2,1
2011	100	1,0	38,7	27,0	6,8	22,1	2,8	1,7
2012	100	1,0	38,3	27,3	6,9	22,2	2,2	2,0

G 6 Endenergieverbrauch 2002–2012 nach Energieträgern



Die beim Verbraucherinnen und Verbrauchern ankommende Energie wird als Endenergie bezeichnet. Es ist der Teil der Primärenergie, welcher dem Endkunden nach Abzug von Transport- und Umwandlungsverlusten zur Verfügung steht.

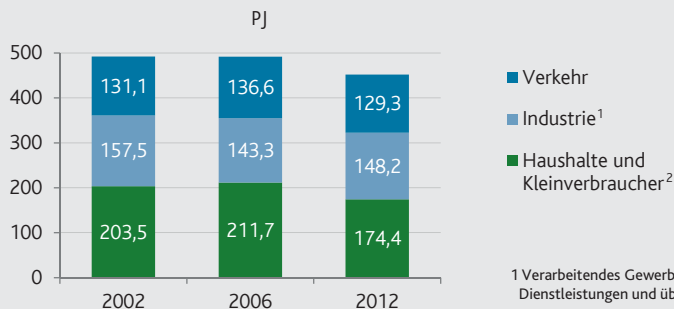
Bei den fossilen Energieträgern ist generell ein Rückgang festzustellen. Die erneuerbaren Energieträger verzeichneten einen kräftigen Zuwachs; ihr Anteil ist aber im Vergleich zu den fossilen Energieträgern immer noch gering.

T 7 Endenergieverbrauch 2002–2012 nach Verbrauchergruppen

Jahr	Insgesamt	Industrie ¹	Verkehr				Haushalte	Klein- verbraucher ²
			zusammen	darunter				
				Straßen- verkehr	Schienen- verkehr	Luftverkehr		
	TJ							
2002	492 053	157 475	131 116	125 066	2 439	3 010	137 240	66 222
2003	461 627	132 915	134 373	126 698	2 439	4 591	130 244	64 095
2004	470 084	125 768	138 392	129 268	2 775	5 641	139 035	66 889
2005	469 700	127 881	134 194	124 675	2 549	6 131	139 121	68 503
2006	491 671	143 340	136 619	124 608	2 645	8 631	142 260	69 451
2007	472 031	158 911	135 496	123 739	2 528	8 798	118 026	59 599
2008	489 642	155 704	133 390	122 040	2 472	8 533	135 387	65 161
2009	468 296	145 392	132 082	120 775	2 204	8 387	129 403	61 419
2010	490 794	153 998	132 682	121 415	2 285	8 324	140 164	63 951
2011	458 785	151 967	132 944	121 832	2 523	7 909	115 511	58 364
2012	451 980	148 235	129 299	119 902	2 547	6 084	114 663	59 782
	Anteil an insgesamt in %							
2002	100	32,0	26,6	25,4	0,5	0,6	27,9	13,5
2003	100	28,8	29,1	27,4	0,5	1,0	28,2	13,9
2004	100	26,8	29,4	27,5	0,6	1,2	29,6	14,2
2005	100	27,2	28,6	26,5	0,5	1,3	29,6	14,6
2006	100	29,2	27,8	25,3	0,5	1,8	28,9	14,1
2007	100	33,7	28,7	26,2	0,5	1,9	25,0	12,6
2008	100	31,8	27,2	24,9	0,5	1,7	27,7	13,3
2009	100	31,0	28,2	25,8	0,5	1,8	27,6	13,1
2010	100	31,4	27,0	24,7	0,5	1,7	28,6	13,0
2011	100	33,1	29,0	26,6	0,5	1,7	25,2	12,7
2012	100	32,8	28,6	26,5	0,6	1,3	25,4	13,2

1 Verarbeitendes Gewerbe, Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau. – 2 Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und übrige Verbraucher.

G 7 Endenergieverbrauch 2002–2012 nach Verbrauchergruppen



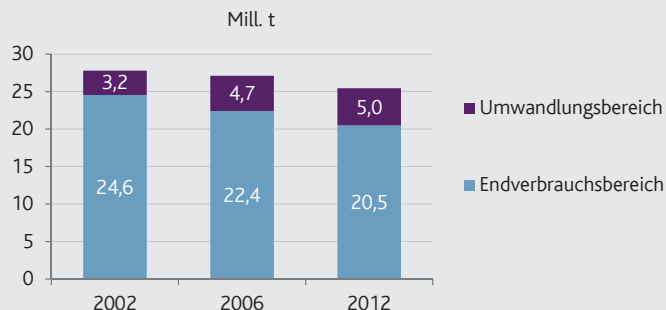
Im Vergleich zu 2002 ist der Endenergieverbrauch um acht Prozent gesunken. Den größten Verbrauchsrückgang realisierten die Haushalte und Kleinverbraucher. Diese verbrauchen zusammen genommen die meiste Energie. Zweitstärkste Verbrauchergruppe ist die Industrie, gefolgt vom Verkehrssektor.

1 Verarbeitendes Gewerbe, Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau. – 2 Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und übrige Verbraucher.

T 8 CO₂-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch (Quellenbilanz) 2002–2012 nach Emittentensektoren

Jahr	Insgesamt	Umwandlungsbereich		Endverbrauchsbereich			
		zusammen	darunter: aus der Stromerzeugung	zusammen	Industrie ¹	Verkehr	Haushalte und Kleinverbraucher ²
	1 000 t						
2002	27 793	3 231	2 918	24 562	5 690	9 456	9 416
2003	26 787	4 042	2 565	22 746	4 072	9 690	8 984
2004	26 432	3 931	2 878	22 501	3 878	9 805	8 818
2005	26 399	4 050	3 183	22 349	3 963	9 372	9 015
2006	27 110	4 698	3 649	22 411	3 910	9 308	9 193
2007	25 596	4 892	3 803	20 704	4 629	9 158	6 917
2008	27 453	5 275	4 082	22 178	4 597	9 107	8 474
2009	26 181	4 895	3 883	21 287	4 530	9 063	7 694
2010	27 336	5 054	4 060	22 282	5 094	9 078	8 110
2011	25 537	4 694	3 820	20 843	5 044	9 104	6 694
2012	25 451	4 960	3 659	20 492	4 941	8 834	6 717
	Anteil an insgesamt in %						
2002	100	11,6	10,5	88,4	20,5	34,0	33,9
2003	100	15,1	9,6	84,9	15,2	36,2	33,5
2004	100	14,9	10,9	85,1	14,7	37,1	33,4
2005	100	15,3	12,1	84,7	15,0	35,5	34,1
2006	100	17,3	13,5	82,7	14,4	34,3	33,9
2007	100	19,1	14,9	80,9	18,1	35,8	27,0
2008	100	19,2	14,9	80,8	16,7	33,2	30,9
2009	100	18,7	14,8	81,3	17,3	34,6	29,4
2010	100	18,5	14,9	81,5	18,6	33,2	29,7
2011	100	18,4	15,0	81,6	19,8	35,7	26,2
2012	100	19,5	14,4	80,5	19,4	34,7	26,4

1 Verarbeitendes Gewerbe, Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau. – 2 Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und übrige Verbraucher.

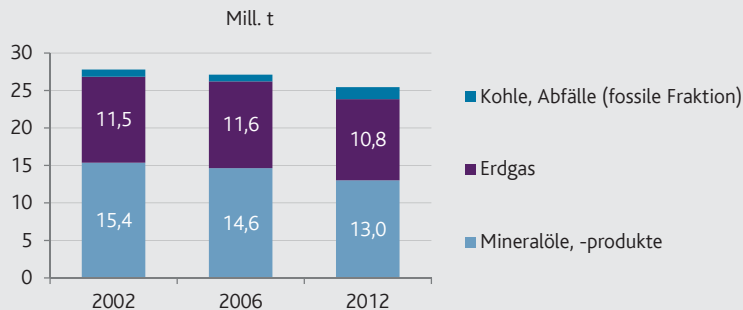
G 8 CO₂-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch (Quellenbilanz) 2002–2012 nach Emittentensektoren

Die Darstellung der energiebedingten CO₂-Emissionen erfolgt quellenbezogen und beruht auf dem Primärenergieverbrauch gemäß der Energiebilanz. Die quellenbezogene Darstellung bedeutet, dass die Emissionen am Ort der Entstehung nachgewiesen werden. Der Großteil der CO₂-Emissionen entsteht im Bereich des Endverbrauchs (Haushalte und Kleinverbraucher, Industrie sowie Verkehr). Die Emissionen im Umwandlungsbereich stammen überwiegend aus der heimischen Stromerzeugung.

T 9 CO₂-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch (Quellenbilanz) 2002–2012 nach Energieträgern

Jahr	Insgesamt	Steinkohle	Braunkohle	Mineralöle, -produkte	Erdgas	Abfälle ¹
1 000 t						
2002	27 793	339	530	15 368	11 461	96
2003	26 787	379	476	15 442	10 491	.
2004	26 432	371	273	14 905	10 746	137
2005	26 399	256	229	14 448	11 256	210
2006	27 110	215	360	14 637	11 591	307
2007	25 596	365	226	12 608	11 671	726
2008	27 453	357	320	13 785	12 250	740
2009	26 181	209	346	13 146	11 724	756
2010	27 336	299	382	13 219	12 475	961
2011	25 537	267	369	13 033	10 889	978
2012	25 451	215	383	13 016	10 837	1 001
Anteil an insgesamt in %						
2002	100	1,2	1,9	55,3	41,2	0,3
2003	100	1,4	1,8	57,6	39,2	.
2004	100	1,4	1,0	56,4	40,7	0,5
2005	100	1,0	0,9	54,7	42,6	0,8
2006	100	0,8	1,3	54,0	42,8	1,1
2007	100	1,4	0,9	49,3	45,6	2,8
2008	100	1,3	1,2	50,2	44,6	2,7
2009	100	0,8	1,3	50,2	44,8	2,9
2010	100	1,1	1,4	48,4	45,6	3,5
2011	100	1,0	1,4	51,0	42,6	3,8
2012	100	0,8	1,5	51,1	42,6	3,9

1 Fossile Fraktion.

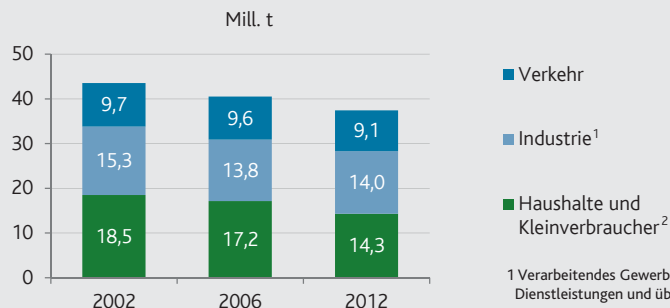
G 9 CO₂-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch (Quellenbilanz) 2002–2012 nach Energieträgern

Der Rückgang der CO₂-Emissionen resultiert hauptsächlich aus dem verringerten Verbrauch von Mineralölen und Mineralölprodukten. Neben den erdölbasierten Energieträgern stellt die Verbrennung von Erdgas die zweite bedeutende Emissionsquelle von CO₂ dar.

T 10 CO₂-Emissionen aus dem Endenergieverbrauch (Verursacherbilanz) 2002–2012 nach Emittentensektoren

Jahr	Insgesamt	Industrie ¹	Verkehr		Haushalte und Kleinverbraucher ²	Nachrichtlich: CO ₂ -Emissionen
			zusammen	darunter: Straßenverkehr		
	1 000 t					t je Einwohner/-in
2002	43 543	15 307	9 729	9 119	18 507	10,7
2003	42 231	14 597	9 951	9 233	17 683	10,4
2004	41 460	13 519	10 133	9 270	17 808	10,2
2005	40 234	12 931	9 651	8 802	17 651	9,9
2006	40 525	13 764	9 609	8 566	17 152	10,0
2007	38 504	14 639	9 446	8 424	14 419	9,5
2008	39 026	14 118	9 376	8 407	15 533	9,7
2009	36 694	12 778	9 297	8 353	14 619	9,1
2010	38 710	13 973	9 323	8 375	15 414	9,7
2011	37 870	14 479	9 384	8 424	14 006	9,5
2012	37 422	14 006	9 112	8 278	14 304	9,4
	Anteil an insgesamt in %					
2002	100	35,2	22,3	20,9	42,5	x
2003	100	34,6	23,6	21,9	41,9	x
2004	100	32,6	24,4	22,4	43,0	x
2005	100	32,1	24,0	21,9	43,9	x
2006	100	34,0	23,7	21,1	42,3	x
2007	100	38,0	24,5	21,9	37,4	x
2008	100	36,2	24,0	21,5	39,8	x
2009	100	34,8	25,3	22,8	39,8	x
2010	100	36,1	24,1	21,6	39,8	x
2011	100	38,2	24,8	22,2	37,0	x
2012	100	37,4	24,3	22,1	38,2	x

1 Verarbeitendes Gewerbe, Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau. – 2 Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und übrige Verbraucher.

G 10 CO₂-Emissionen aus dem Endenergieverbrauch (Verursacherbilanz) 2002–2012 nach Emittentensektoren

Die CO₂-Emissionen sanken zwischen 2002 und 2012 in allen Bereichen des Endverbrauchs. Den stärksten Rückgang gab es bei den privaten Haushalten und den Kleinverbrauchern. Dort gingen die Emissionen um gut ein Fünftel zurück.

1 Verarbeitendes Gewerbe, Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau. – 2 Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und übrige Verbraucher.

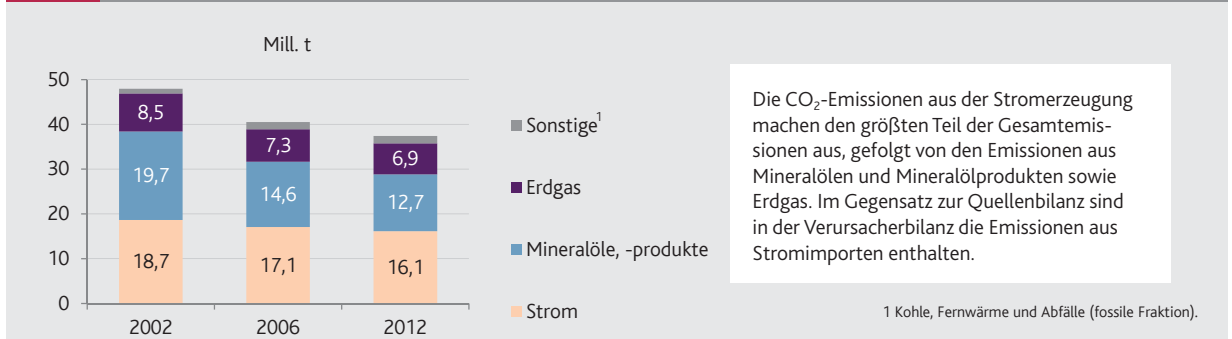
T 11

CO₂-Emissionen aus dem Endenergieverbrauch (Verursacherbilanz) 2002–2012 nach Energieträgern

Jahr	Insgesamt	Steinkohle	Braunkohle	Mineralöle, -produkte	Erdgas	Strom	Fernwärme und Abfälle ¹
1 000 t							
2002	43 543	276	435	19 729	8 516	18 668	313
2003	42 231	293	460	15 412	6 582	18 008	1 476
2004	41 460	169	273	14 858	7 122	17 929	1 107
2005	40 234	114	229	14 401	7 454	17 038	997
2006	40 525	154	360	14 572	7 259	17 074	1 105
2007	38 504	297	226	12 557	7 257	16 723	1 443
2008	39 026	248	286	13 727	7 530	15 668	1 567
2009	36 694	102	306	13 085	7 496	14 413	1 293
2010	38 710	147	339	13 170	8 188	15 454	1 412
2011	37 870	103	330	12 988	6 954	16 196	1 300
2012	37 422	91	344	12 696	6 939	16 135	1 217
Anteil an insgesamt in %							
2002	100	0,6	1,0	45,3	19,6	42,9	0,7
2003	100	0,7	1,1	36,5	15,6	42,6	3,5
2004	100	0,4	0,7	35,8	17,2	43,2	2,7
2005	100	0,3	0,6	35,8	18,5	42,3	2,5
2006	100	0,4	0,9	36,0	17,9	42,1	2,7
2007	100	0,8	0,6	32,6	18,8	43,4	3,7
2008	100	0,6	0,7	35,2	19,3	40,1	4,0
2009	100	0,3	0,8	35,7	20,4	39,3	3,5
2010	100	0,4	0,9	34,0	21,2	39,9	3,6
2011	100	0,3	0,9	34,3	18,4	42,8	3,4
2012	100	0,2	0,9	33,9	18,5	43,1	3,3

1 Fossile Fraktion.

G 11

CO₂-Emissionen aus dem Endenergieverbrauch (Verursacherbilanz) 2002–2012 nach Energieträgern

T 12 Strom- und Wärmeerzeugung für die allgemeine Versorgung 2004–2014 nach Energieträgern¹

Merkmal	2004	2011	2013	2014		
				insgesamt	Veränderung zu 2013	Anteil an insgesamt
	1 000 kWh				%	
Stromerzeugung						
Bruttostromerzeugung	8 009 790	5 022 958	5 692 052	3 856 574	-32,2	100
Eigenverbrauch	193 464	147 435	181 543	169 054	-6,9	4,4
Nettostromerzeugung	7 816 326	4 875 523	5 510 508	3 687 520	-33,1	95,6
darunter						
Erdgas	6 642 051	3 543 406	3 565 057	1 921 769	-46,1	49,8
Wasserkraft	924 242	717 056	1 159 926	984 485	-15,1	25,5
biogene Stoffe	47 708	213 087	244 194	250 080	2,4	6,5
Siedlungs- und Industrieabfälle	71 602	153 243	241 101	275 285	14,2	7,1
Dampf	83 424	157 178	190 345	128 064	-32,7	3,3
Wärmeerzeugung						
Nettowärmeerzeugung	4 612 434	2 356 136	3 031 136	2 443 101	-19,4	100
darunter						
Erdgas	4 069 787	1 432 100	1 470 158	1 029 676	-30,0	42,1
biogene Stoffe	13 097	118 594	175 059	163 315	-6,7	6,7
Siedlungs- und Industrieabfälle	14 451	426 248	900 919	766 133	-15,0	31,4
Dampf	362 533	129 063	221 777	223 844	0,9	9,2
1 Ohne Erzeugung in Anlagen des Verarbeitenden Gewerbes.						

T 13 Absatz und Erlöse von Strom 2003–2013 nach Abnehmern

Abnehmer	2003	2010	2012	2013		
				insgesamt	Veränderung zu 2012	Anteil an insgesamt
	1 000 kWh			%		
Stromabsatz an Letztverbraucher	26 373 699	22 161 037	20 909 205	21 842 593	4,5	100
Verarbeitendes Gewerbe ¹	12 766 625	9 786 265	7 856 357	8 075 483	2,8	37,0
Haushaltskunden	7 776 623	6 902 706	6 743 425	6 591 824	-2,2	30,2
sonstige Letztverbraucher	5 830 451	5 472 066	6 309 423	7 175 286	13,7	32,8
	1 000 EUR			%		
Erlöse aus dem Stromabsatz	2 154 290	2 983 567	3 213 195	3 548 442	10,4	100
Verarbeitendes Gewerbe ¹	576 977	934 664	831 510	884 070	6,3	24,9
Haushaltskunden	1 026 013	1 289 195	1 429 406	1 531 971	7,2	43,2
sonstige Letztverbraucher	551 300	759 708	952 279	1 132 401	18,9	31,9
	Cent je kWh			%		
Durchschnittserlöse aus dem Stromabsatz	8,2	13,5	15,4	16,3	5,7	x
Verarbeitendes Gewerbe ¹	4,5	9,6	10,6	11,0	3,4	x
Haushaltskunden	13,2	18,7	21,2	23,2	9,6	x
sonstige Letztverbraucher	9,5	13,9	15,1	15,8	4,6	x

1 Einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

T 14 Absatz und Erlöse von Gas 2003–2013 nach Abnehmern

Abnehmer	2003	2010	2012	2013		
				insgesamt	Veränderung zu 2012	Anteil an insgesamt
	1 000 kWh			%		
Gasabsatz an Letztverbraucher	73 077 123	78 373 675	69 965 345	73 962 341	5,7	100
Produzierendes Gewerbe	51 473 645	55 889 716	49 950 992	52 240 407	4,6	70,6
Verarbeitendes Gewerbe ¹	41 803 160	46 880 991	42 089 966	43 971 617	4,5	59,5
Haushaltskunden	15 997 968	17 374 637	15 244 681	16 181 924	6,1	21,9
sonstige Letztverbraucher	5 605 510	5 109 322	4 769 672	5 540 010	16,2	7,5
	1 000 EUR			%		
Erlöse aus dem Gasabsatz	1 665 088	2 487 358	2 575 084	2 716 938	5,5	100
Produzierendes Gewerbe	844 692	1 378 432	1 456 839	1 525 761	4,7	56,2
Verarbeitendes Gewerbe ¹	701 741	1 219 973	1 289 816	1 366 066	5,9	50,3
Haushaltskunden	633 448	883 854	880 674	893 705	1,5	32,9
sonstige Letztverbraucher	186 948	225 072	237 571	297 472	25,2	10,9
	Cent je kWh			%		
Durchschnittserlöse aus dem Gasabsatz	2,3	3,2	3,7	3,7	-0,2	x
Produzierendes Gewerbe	1,6	2,5	2,9	2,9	0,1	x
Verarbeitendes Gewerbe ¹	1,7	2,6	3,1	3,1	1,4	x
Haushaltskunden	4,0	5,1	5,8	5,5	-4,4	x
sonstige Letztverbraucher	3,3	4,4	5,0	5,4	7,8	x

1 Einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

T 15 Stromeinspeisung¹ in das Netz der allgemeinen Versorgung 2013 nach Energieträgern

Energieträger	Einspeisende Anlagen	Leistung der einspeisenden Anlagen	Stromeinspeisung	
			insgesamt	Anteil
	Anzahl	MW	1 000 kWh	%
Konventionelle Energieträger	.	.	8 426 660	56,2
Erneuerbare Energien	84 492	4 407	6 451 856	43,0
darunter				
Wasserkraft	215	244	1 237 647	8,3
Windkraft	1 369	2 307	3 041 916	20,3
Fotovoltaik	82 563	1 697	1 369 808	9,1
Biomasse	81	67	334 637	2,2
Biogas	225	73	415 459	2,8
Deponiegas	22	9	20 868	0,1
Abfälle/Klärschlamm	.	.	122 475	0,8
Insgesamt	.	.	15 000 991	100

1 Ohne Einspeisungen von Energieversorgungsunternehmen.

T 16 Energieerzeugung im Verarbeitenden Gewerbe¹ 2007–2013 nach Energieträgern

Merkmal	2007	2010	2012	2013		
				insgesamt	Veränderung zu 2012	Anteil an insgesamt
	Anzahl			%		
Betriebe insgesamt	19	19	20	20	-	x
	MWh			%		
Nettostromerzeugung insgesamt	3 420 592	7 484 829	6 815 846	7 176 535	5,3	100
darunter						
Erdgas, Erdöl	2 505 964	6 905 565	6 168 382	6 508 186	5,5	90,7
Siedlungs- und Industrieabfälle	186 512	159 616	127 459	.	.	.
sonstige hergestellte Gase	417 651	180 657	157 758	153 766	-2,5	2,1
feste biogene Stoffe	51 421	73 489	70 650	69 267	-2,0	1,0
	%			Prozentpunkte		
Anteil an insgesamt im Land erzeugten Strom ²	22,9	45,3	38,5	.	.	x
Anteil Kraft-Wärme-Kopplung	99,3	97,9	95,8	96,3	0,5	x
	MWh			%		
Nettowärmeerzeugung insgesamt	7 186 201	11 193 703	11 727 712	12 252 236	4,5	100
darunter						
Erdgas, Erdöl	5 124 334	8 994 545	9 250 584	9 615 578	3,9	78,5
Siedlungs- und Industrieabfälle	769 606	1 077 267	1 065 347	.	.	.
sonstige hergestellte Gase	759 952	587 087	872 208	985 356	13,0	8,0
feste biogene Stoffe	201 288	235 223	202 855	231 597	14,2	1,9
	%			Prozentpunkte		
Anteil Kraft-Wärme-Kopplung	98,3	98,3	97,0	99,1	2,1	x

1 Einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Kraftwerke mit einer Engpasseleistung von über 1 MW elektrisch. – 2 Gemessen an der Bruttostromerzeugung nach der Energiebilanz.

T 17

**Betriebe, Beschäftigte, Umsatz und Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe¹ 2013
nach Wirtschaftszweigen**

Wirtschaftszweig	Betriebe	Beschäftigte	Umsatz	Energieverbrauch ²			
				insgesamt	Anteil an insgesamt	je 1 000 EUR Umsatz	je Beschäftigte/-n
	Anzahl		1 000 EUR	GJ	%	GJ	
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2 240	287 222	91 784 650	321 299 164	100	3,5	1 119
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	113	2 011	351 711	1 591 586	0,5	4,5	791
darunter: Gewinnung von Steinen und Erden	109	1 945	.	1 535 157	0,5	.	789
Verarbeitendes Gewerbe	2 127	285 211	91 432 939	319 707 578	99,5	3,5	1 121
darunter							
Nahrungs- und Futtermittelindustrie	255	17 724	4 548 701	8 512 814	2,6	1,9	480
Getränkeherstellung	46	5 539	2 416 409	2 211 764	0,7	0,9	399
Textilindustrie	20	1 948	395 421	856 509	0,3	2,2	440
Leder- und Schuhindustrie	28	2 545	505 488	89 193	0,0	0,2	35
Holz-, Korb- und Korkwarenindustrie (ohne Möbel)	74	6 253	1 282 072	3 351 883	1,0	2,6	536
Papier- und Pappeindustrie	67	9 353	3 092 210	17 375 833	5,4	5,6	1 858
Druckindustrie; Vervielfältigung von Datenträgern	51	3 508	408 554	368 357	0,1	0,9	105
Chemische Industrie	94	47 696	30 571 184	229 887 786	71,5	7,5	4 820
Pharmazeutische Industrie	10	11 279	3 856 556	3 585 945	1,1	0,9	318
Gummi- und Kunststoffwarenindustrie	178	24 658	5 193 864	8 370 212	2,6	1,6	339
Glas, Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	201	16 200	3 205 551	17 896 755	5,6	5,6	1 105
Metallerzeugungs- und Metallbearbeitungsindustrie	44	8 914	3 475 612	9 198 440	2,9	2,6	1 032
Metallerzeugnisse	324	28 568	5 022 087	4 720 494	1,5	0,9	165
Datenverarbeitungsgeräte u. a.	52	6 139	854 837	338 748	0,1	0,4	55
Elektrische Ausrüstungen	76	9 327	1 721 030	666 001	0,2	0,4	71
Maschinenbau	289	37 658	8 205 184	2 857 079	0,9	0,3	76
Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie	59	25 434	11 631 818	4 141 405	1,3	0,4	163
sonstiger Fahrzeugbau	11	2 719	654 462	200 289	0,1	0,3	74
Möbelindustrie	34	3 527	532 474	533 546	0,2	1,0	151
Herstellung sonstiger Waren	83	4 893	874 922	199 440	0,1	0,2	41
Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	118	8 675	1 173 039	191 459	0,1	0,2	22

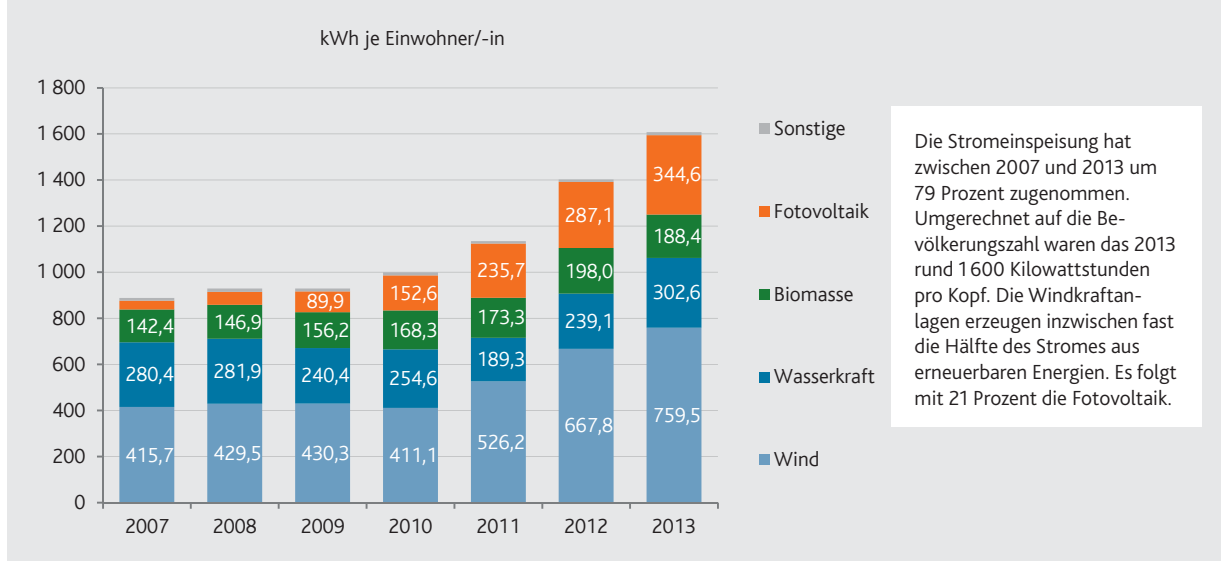
1 Einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. – 2 Einschließlich nichtenergetischer Verbrauch.

T 18 Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien¹ 2007–2013 nach Energieträgern

Energieträger	2007	2010	2012	2013			
				insgesamt	pro Kopf	Veränderung zu 2012	Anteil an insgesamt
Mill. kWh				kWh	%		
Wind	1 681,8	1 645,9	2 664,8	3 033,9	759,5	13,9	47,2
Wasserkraft	1 134,4	1 019,2	953,9	1 208,9	302,6	26,7	18,8
Biomasse	576,1	673,9	790,3	752,4	188,4	-4,8	11,7
Fotovoltaik	154,8	610,9	1 145,5	1 376,4	344,6	20,2	21,4
Sonstige	47,4	52,5	42,2	51,4	12,9	21,8	0,8
Insgesamt	3 594,5	4 002,5	5 596,6	6 422,9	1 608,0	14,8	100

¹ Netzeinspeisungen nach dem Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG) sowie aus Wasserkraftwerken ab einer Leistung von fünf MW.

G 12 Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien 2007–2013 nach Energieträgern



T 19 Betriebe und Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe¹ 2013 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Betriebe	Energie- verbrauch insgesamt	Veränderung zu		Anteil am Land	Darunter			Je Beschäf- tigte/-n
			2007	2012		Erdgas	Strom	Heizöl	
		GJ	%			GJ			
Frankenthal (Pfalz), St.	27	869 720	-11,5	3,0	0,3	463 911	341 305	9 581	165
Kaiserslautern, St.	47	2 126 657	-25,6	-0,1	0,7	679 346	1 088 399	16 368	237
Koblenz, St.	43	3 050 130	1,1	5,2	0,9	.	1 159 611	.	463
Landau i. d. Pfalz, St.	24	762 910	17,6	-1,7	0,2	450 897	291 091	20 869	334
Ludwigshafen a. Rh., St.	41	220 860 258	12,6	3,3	68,7	106 903 560	22 562 675	750 062	5 174
Mainz, St.	51	6 125 874	-4,9	-4,1	1,9	2 939 993	2 105 160	.	838
Neustadt a. d. Weinstr., St.	21	115 812	32,5	70,5	0,0	79 427	34 340	1 055	93
Pirmasens, St.	36	600 820	-2,5	-2,6	0,2	135 719	377 595	17 100	133
Speyer, St.	29	475 491	31 780	.
Trier, St.	60	1 494 261	-34,6	6,6	0,5	799 763	643 575	38 046	231
Worms, St.	42	7 087 611	-9,7	4,1	2,2	.	2 281 718	32 226	1 181
Zweibrücken, St.	30	389 360	-2,1	3,1	0,1	146 274	156 669	11 272	85
Ahrweiler	55	1 401 771	14,3	3,2	0,4	883 743	472 121	37 365	288
Altenkirchen (Ww.)	139	1 518 755	-15,7	-2,9	0,5	602 403	751 367	121 591	134
Alzey-Worms	42	1 898 521	1,3	-4,1	0,6	813 833	436 678	115 296	479
Bad Dürkheim	56	5 294 551	8,3	2,5	1,6	.	901 992	21 290	1 207
Bad Kreuznach	92	4 147 238	0,3	10,3	1,3	1 943 553	1 951 352	51 186	375
Bernkastel-Wittlich	86	2 874 311	7,2	3,2	0,9	793 658	1 708 985	176 733	239
Birkenfeld	65	798 190	8,4	10,6	0,2	190 136	361 908	139 671	142
Cochem-Zell	24	447 421	-56,3	-6,7	0,1	.	258 612	26 507	260
Donnersbergkreis	45	514 725	1 131 413	48 700	.
Eifelkreis Bitburg-Prüm	53	1 105 357	-18,6	-31,7	0,3	245 939	400 337	70 811	153
Germersheim	69	8 937 611	19,8	3,6	2,8	.	2 557 382	90 165	509
Kaiserslautern	47	1 122 508	182,0	7,6	0,3	130 370	320 732	17 014	371
Kusel	29	548 622	-19,7	-4,4	0,2	243 074	250 125	8 531	226
Mainz-Bingen	62	793 020	74 174	.
Mayen-Koblenz	137	13 594 174	-8,9	-0,0	4,2	6 424 355	3 854 995	121 866	952
Neuwied	159	5 050 004	-15,0	-6,1	1,6	1 895 888	1 440 662	75 327	334
Rhein-Hunsrück-Kreis	75	958 616	7,7	9,4	0,3	260 264	449 103	91 078	125
Rhein-Lahn-Kreis	81	3 177 206	3,2	5,9	1,0	2 169 800	652 609	36 519	426
Rhein-Pfalz-Kreis	43	283 949	-6,1	-5,6	0,1	130 782	114 883	31 470	106
Südliche Weinstraße	56	560 059	58 739	.
Südwestpfalz	49	254 730	-12,6	1,7	0,1	44 798	162 214	39 964	91
Trier-Saarburg	68	920 685	7,6	10,8	0,3	.	384 094	158 868	156
Vulkaneifel	53	2 765 935	28,7	26,0	0,9	441 054	632 234	66 351	615
Westerwaldkreis	204	5 304 045	-12,4	-4,7	1,7	3 455 518	1 663 069	127 577	320
Rheinland-Pfalz	2 240	321 299 164	8,1	2,9	100	150 217 332	53 727 574	2 833 623	1 119
kreisfreie Städte	451	118 814 767	31 517 626	1 026 829	.
Landkreise	1 789	31 402 565	22 209 948	1 806 794	.

1 Einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

K 1

Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe¹ 2013 nach Verwaltungsbezirken

In den 2 240 Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden lag der Energieverbrauch im Jahr 2013 bei insgesamt 321 Millionen Gigajoule.

Je Beschäftigte bzw. Beschäftigten ergibt sich im Landesdurchschnitt ein Wert von 1 119 Gigajoule. Der mit Abstand höchste Pro-Kopf-Verbrauch wurde in Ludwigshafen mit 5 174 Gigajoule registriert. In Zweibrücken lag der Energieverbrauch dagegen bei 85 Gigajoule je Beschäftigte bzw. Beschäftigten.

GJ je Beschäftigte/-n

unter 100	(3)
100 bis unter 600	(25)
600 bis unter 1 100	(5)
1 100 bis unter 1 600	(2)
1 600 und mehr	(1)

Landeswert: 1 119

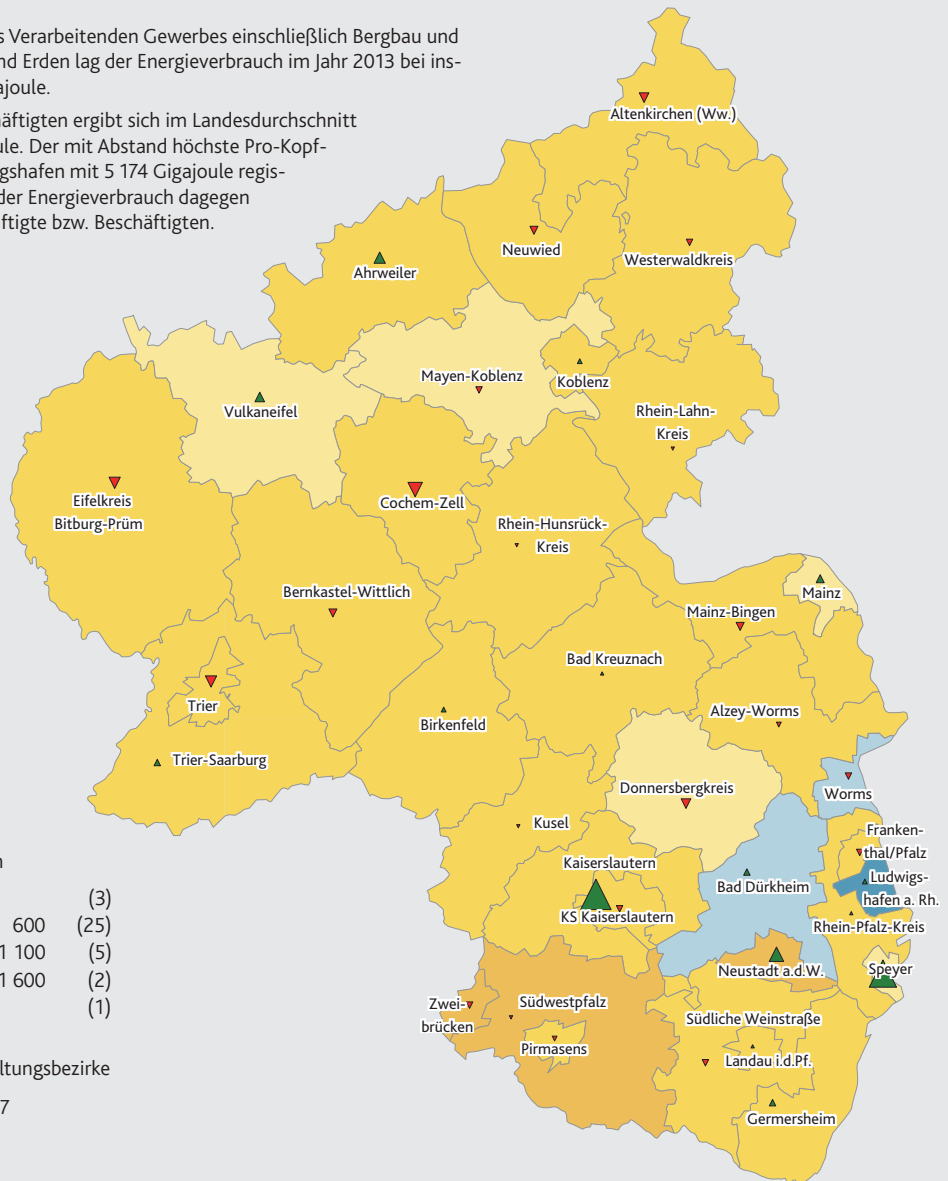
() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2007

▲ Zunahme

▼ Abnahme

¹ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden.



T 20 Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien¹ 2007–2013 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	2007	2010	2012	2013			
	insgesamt				pro Kopf	Veränderung zu 2012	Anteil am Land
	Mill. kWh				kWh	%	
Frankenthal (Pfalz), St.	12,3	15,6	18,8	20,8	438,6	10,5	0,3
Kaiserslautern, St.	27,0	26,5	38,0	37,8	389,4	-0,5	0,6
Koblenz, St.	73,3	70,6	68,4	86,2	779,2	26,0	1,3
Landau i. d. Pfalz, St.	4,1	25,3	30,2	35,1	801,2	16,2	0,5
Ludwigshafen a. Rh., St.	3,0	6,5	18,5	25,1	155,5	35,9	0,4
Mainz, St.	24,1	31,6	42,0	41,9	205,0	-0,3	0,7
Neustadt a. d. Weinstr., St.	3,9	9,0	14,3	14,3	273,8	0,4	0,2
Pirmasens, St.	3,9	5,3	10,3	10,8	269,2	5,1	0,2
Speyer, St.	1,9	5,4	8,7	8,3	167,5	-4,4	0,1
Trier, St.	88,4	91,2	91,1	117,8	1 098,8	29,4	1,8
Worms, St.	33,1	24,9	62,3	68,2	849,2	9,5	1,1
Zweibrücken, St.	1,0	10,1	13,3	14,2	415,3	6,5	0,2
Ahrweiler	8,2	18,3	54,7	55,8	442,1	1,9	0,9
Altenkirchen (Ww.)	35,5	43,7	66,3	70,0	545,6	5,6	1,1
Alzey-Worms	117,7	155,2	306,2	410,6	3 279,1	34,1	6,4
Bad Dürkheim	45,2	53,8	75,3	80,0	610,6	6,2	1,2
Bad Kreuznach	62,0	74,2	104,6	125,7	809,5	20,2	2,0
Bernkastel-Wittlich	358,3	382,7	421,9	471,6	4 262,4	11,8	7,3
Birkenfeld	119,2	117,9	141,1	148,8	1 844,0	5,4	2,3
Cochem-Zell	340,7	365,3	417,8	495,6	7 979,1	18,6	7,7
Donnersbergkreis	73,5	71,3	122,1	153,0	2 035,4	25,3	2,4
Eifelkreis Bitburg-Prüm	415,8	464,0	659,7	664,0	6 905,0	0,6	10,3
Germersheim	44,3	78,7	82,2	99,9	796,5	21,5	1,6
Kaiserslautern	100,9	127,1	158,2	166,1	1 595,1	5,0	2,6
Kusel	58,9	83,7	115,5	119,5	1 681,4	3,5	1,9
Mainz-Bingen	78,5	101,6	152,3	295,2	1 452,0	93,9	4,6
Mayen-Koblenz	156,4	159,5	210,5	234,9	1 119,7	11,6	3,7
Neuwied	90,8	68,0	79,3	93,8	522,6	18,2	1,5
Rhein-Hunsrück-Kreis	130,6	204,5	548,5	693,6	6 809,3	26,5	10,8
Rhein-Lahn-Kreis	79,5	80,2	91,3	98,4	810,3	7,8	1,5
Rhein-Pfalz-Kreis	31,0	51,5	79,4	79,8	535,4	0,5	1,2
Südliche Weinstraße	39,1	49,8	81,0	92,6	848,9	14,2	1,4
Südwestpfalz	31,1	78,6	117,6	134,8	1 395,2	14,6	2,1
Trier-Saarburg	462,3	458,1	564,7	644,8	4 467,4	14,2	10,0
Vulkaneifel	177,9	150,1	207,2	197,4	3 247,8	-4,8	3,1
Westerwaldkreis	261,3	242,6	323,1	316,6	1 593,1	-2,0	4,9
Rheinland-Pfalz	3 594,5	4 002,5	5 596,6	6 422,9	1 608,0	14,8	100
kreisfreie Städte	276,0	322,0	415,9	480,5	467,2	15,6	7,5
Landkreise	3 318,5	3 680,4	5 180,7	5 942,3	2 003,6	14,7	92,5

¹ Netzeinspeisungen nach dem Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG) sowie aus Wasserkraftwerken ab einer Leistung von fünf MW.

K 2

Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien 2013 nach Verwaltungsbezirken

Im Jahr 2013 wurden in Rheinland-Pfalz 6 423 Millionen Kilowattstunden Strom aus erneuerbaren Energiequellen in das Leitungsnetz eingespeist. Fast die Hälfte der gesamten Einspeisungen (47 Prozent) entfielen auf Windkraft, 21 Prozent auf Fotovoltaik, 19 Prozent auf Wasserkraft und zwölf Prozent auf Biomasse.

Pro Kopf werden im Landesdurchschnitt 1 608 Kilowattstunden aus erneuerbaren Energiequellen eingespeist. Die Spannweite reicht von 156 Kilowattstunden in der kreisfreien Stadt Ludwigshafen bis zu 7 980 Kilowattstunden im Landkreis Cochem-Zell.

kWh je Einwohner/-in

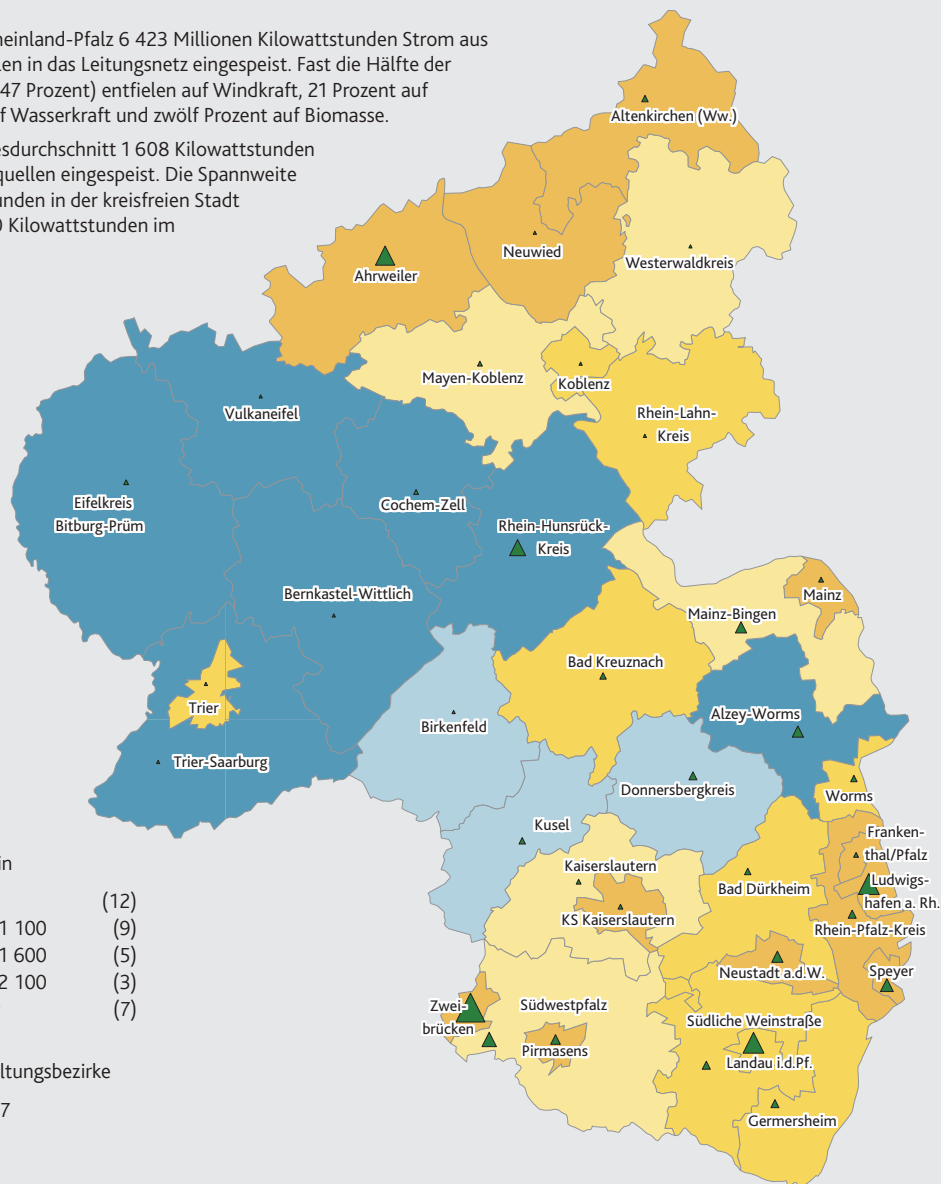
unter 600	(12)
600 bis unter 1 100	(9)
1 100 bis unter 1 600	(5)
1 600 bis unter 2 100	(3)
2 100 und mehr	(7)

Landeswert: 1 608

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2007

- ▲ Zunahme
- ▼ Abnahme



Datenquellen

Statistik	Tabelle	Grafik	Karten	Übersicht
Energiebilanz	T 1 bis T 7	G 1 bis G 7	-	Ü 1
CO ₂ -Bilanzen	T 8 bis T 11	G 8 bis G 11	-	-
Monatsbericht über die Elektrizitäts- und Wärmezeugung der Stromerzeugungsanlagen für die allgemeine Versorgung	T 12	-	-	-
Erhebung über Stromerzeugungsanlagen der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden	T 16	-	-	-
Erhebung über Stromabsatz und Erlöse der Elektrizitätsversorgungsunternehmen sowie der Stromhändler	T 13	-	-	-
Erhebung über Aufkommen und Abgabe von Gas sowie Erlöse der Gasversorgungsunternehmen und der Gashändler	T 14	-	-	-
Erhebung der Stromeinspeisung bei Netzbetreibern	T 15	-	-	-
Erhebung über die Energieverwendung der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden	T 17, T 19	-	K 1	-
Auswertung der Stromeinspeisung aus Erneuerbaren Energien	T 18, T 20	G 12	K 2	-

Statistiken

Die Elektrizitäts- und Wärmezeugung in den Kraftwerken der allgemeinen Versorgung wird im **Monatsbericht über die Elektrizitäts- und Wärmezeugung der Stromerzeugungsanlagen für die allgemeine Versorgung** erfasst. Meldepflichtig sind Unternehmen und Betriebe von Energieversorgungsunternehmen (EVU) mit Stromerzeugungsanlagen (Kraftwerken), die im allgemeinen eine elektrische Engpassleistung von einem Megawatt und mehr ausweisen.

In der **Erhebung über Stromerzeugungsanlagen der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden** werden Kraftwerke einbezogen, über die ein EVU keine Verfügungsbefugnis besitzt. Hierzu gehören z.B. die Anlagen von Betrieben des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden sowie des Verarbeitenden Gewerbes zur eigenen Versorgung (Industriekraftwerke). Im Gegensatz zu der monatlich stattfindenden Erhebung der Elektrizitäts- und Wärmezeugung der Stromerzeugungsanlagen für die allgemeine Versorgung werden die Industriekraftwerke (mit einer elektrischen Engpassleistung von einem Megawatt und mehr) nur einmal im Jahr befragt. Der wirtschaftliche Schwerpunkt des Verfügungsberechtigten an einem Kraftwerk bestimmt damit, in welche Erhebung die Stromerzeugungsanlage einbezogen wird. Durch Ausgründungen, Übernahmen oder Fusionen kann es zu einem Wechsel des wirtschaftlichen Schwerpunkts kommen, sodass die zeitliche Vergleichbarkeit eingeschränkt ist.

Die **Erhebung über Stromabsatz und Erlöse der Elektrizitätsversorgungsunternehmen sowie der Stromhändler und Erhebung**

über Aufkommen und Abgabe von Gas sowie Erlöse der Gasversorgungsunternehmen und der Gashändler werden jährlich bei Energieversorgungsunternehmen durchgeführt. Zu berücksichtigen ist, dass es durch die Liberalisierung der Energiemärkte den Versorgungsunternehmen zunehmend erschwert wird, die detaillierten Meldepflichten zu erfüllen.

Im **Rahmen der Erhebung der Stromeinspeisung bei Netzbetreibern** melden die Betreiber von Stromnetzen für die allgemeine Versorgung jährlich die physikalische Stromeinspeisung aller Erzeuger, z.B. auch von privaten Fotovoltaikanlagen. Die regionale Zuordnung erfolgt nach dem Einspeisepunkt und nicht nach dem Standort der Stromerzeugungsanlage. Nicht enthalten sind Einspeisungen in geschlossene Verteilernetze (§ 110 Energiewirtschaftsgesetz). Bei zeitlichen Vergleichen ist zu beachten, dass bis einschließlich zum Berichtsjahr 2011 insbesondere die Einspeisung von Kraftwerken der EVU aus konventionellen Energieträgern nicht berücksichtigt wurde.

Mit der **Erhebung über die Energieverwendung der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden** wird der großen Bedeutung der Industrie als Energieverbraucher Rechnung getragen. Zum Berichtskreis gehören sämtliche Betriebe von Unternehmen des Wirtschaftsbereichs Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, wenn in diesen Unternehmen mindestens 20 Personen tätig sind. Hinzu kommen Betriebe von Mehrbetriebsunternehmen mit mindestens 20 tätigen Personen, sofern der Unternehmensschwerpunkt außerhalb des Produzierenden Gewerbes liegt. Bei Branchen mit

überwiegend kleineren Betriebsgrößen wurde die Erfassungsgrenze auf zehn und mehr tätige Personen herabgesetzt.

Die Übertragungsnetzbetreiber sind nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) verpflichtet, im Internet die nach dem EEG geförderten Stromeinspeisungen in der **Auswertung der Stromeinspeisungen aus Erneuerbaren Energien** zu veröffentlichen. Die vom Erzeuger selbst verbrauchten Strommengen sind nicht enthalten. Die im Internet zugänglichen Daten enthalten u. a. Angaben zur Anschrift, sodass sie über die Postleitzahl regionalisiert werden können. Im Regelfall geben die Anschriften die Standorte der Anlagen wieder. In Einzelfällen ist aber auch die Anschrift des Einspeisepunktes hinterlegt. Zu beach-

ten ist in diesem Zusammenhang, dass die Netzbetreiber vor deren Veröffentlichung im Internet nicht zur Plausibilisierung ihrer Daten verpflichtet sind. Der Datenbestand wird vor der Auswertung noch um die Stromeinspeisung von nicht nach dem EEG geförderten Wasserkraftwerken mit einer Leistung über fünf Megawatt ergänzt. Gegenüber der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, wie sie in der Energiebilanz nachgewiesen wird, bestehen methodische Unterschiede, sodass eine direkte Vergleichbarkeit nicht gegeben ist. So berücksichtigt die Energiebilanz über die Wasserkraftwerke hinausgehend weitere Strommengen aus erneuerbaren Energien, die nicht nach dem EEG gefördert werden.

Glossar

Bruttostromerzeugung

Die Bruttostromerzeugung ist die in einer bestimmten Zeitspanne erzeugte elektrische Arbeit. In der Energiebilanz entspricht die Bruttostromerzeugung der insgesamt erzeugten Strommenge (Umwandlungsausstoß) aller stromerzeugenden Anlagen.

Bruttostromverbrauch

Der Bruttostromverbrauch ergibt sich in der Energiebilanz aus dem Endenergieverbrauch von Strom zuzüglich des Stromverbrauchs im Umwandlungsbereich und der Leitungsverluste.

CO₂-Bilanzen

Den Berechnungen liegen die energiebedingten Kohlendioxidemissionen aus dem Primär- bzw. Endenergieverbrauch der Energiebilanz zugrunde. Dafür wird mit spezifischen, auf den Heizwert eines Energieträgers bezogenen Emissionsfaktoren (z. B. g CO₂ je kWh) der Energieverbrauch in CO₂-Emissionen umgerechnet. Einbezogen werden ausschließlich Emissionen der fossilen Energieträger Kohle, Erdgas, Mineralöl und deren kohlenstoffhaltigen Produkte. Als nicht CO₂-wirksam werden die erneuerbaren Energieträger eingestuft. Auch nichtenergetisch verwendete Energiemengen werden nicht berücksichtigt.

- Bei der **Quellenbilanz** beziehen sich die Emissionen auf den Primärenergieverbrauch im Land, unterteilt nach den Bereichen Umwandlung und Endenergieverbrauch. Unberücksichtigt bleiben dabei die mit dem Importstrom zusammenhängenden Emissionen, denen kein Primärenergieverbrauch im Land zugrunde liegt. Dagegen werden Emissionen, die auf die Erzeugung des exportierten Stroms zurückzuführen sind, in vollem Umfang nachgewiesen. Die Quellenbilanz ermöglicht Aussagen über die Gesamtmenge des im Land emittierten CO₂. Wegen des Stromaußenhandels sind jedoch keine direkten Rückschlüsse auf den durch das Verbrauchsverhalten der Endenergieverbraucher verursachten Beitrag zu den CO₂-Emissionen eines Landes möglich.
- Bei der **Verursacherbilanz** beziehen sich die Emissionen auf den Endenergieverbrauch im Land. Im Unterschied zur Quellenbilanz

werden in der Verursacherbilanz die Emissionen des Umwandlungsbereichs nicht ausgewiesen, sondern nach dem Verursacherprinzip den Endverbrauchern zugeordnet. Beim Energieträger Strom erfolgt die Anrechnung der Emissionsmenge auf der Grundlage des Brennstoffverbrauchs aller Stromerzeugungsanlagen im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.

Durchschnittserlöse

Die Durchschnittserlöse werden aus den Erlösen und dem Strom- bzw. Gasabsatz berechnet. Sie ergeben weder die absolute Höhe noch die Veränderungen der Verbraucherpreise wider, die aus Arbeits-, Mess- und Grundpreisen bei gleichem Jahresverbrauch ermittelt werden.

Energiebilanz

In der Energiebilanz werden in Form einer Matrix das Aufkommen, die Umwandlung und die Verwendung von Energieträgern in einem Wirtschaftsgebiet für einen bestimmten Zeitraum nachgewiesen. Die Bilanzierung gliedert sich in:

- **Primärenergiebilanz:** Bilanz der ersten Stufe. Sie setzt sich zusammen aus der Gewinnung von Primärenergieträgern im Land, den Bezügen und Lieferungen über die Landesgrenzen sowie Bestandsveränderungen.
- **Umwandlungsbilanz:** In der Umwandlungsbilanz werden Einsatz und Ausstoß der verschiedenen Umwandlungsprozesse sowie der Verbrauch an Energieträgern in der Energiegewinnung und im Umwandlungsbereich erfasst, ebenso Fackel- und Leitungsverluste.
- **Endenergieverbrauch:** Verwendung von Energieträgern in den einzelnen Verbrauchergruppen, soweit sie unmittelbar der Erzeugung von Nutzenergie dienen. Der Endenergieverbrauch ist energetisch und energieökonomisch somit noch nicht die letzte Stufe der Energieverwendung. Es folgen noch die Nutzenergiestufe und die Energiedienstleistungen.

Energieproduktivität

Die Energieproduktivität ist eine Kennzahl für den effizienten Umgang mit den Energieressourcen. Sie setzt das Bruttoinlandsprodukt ins

Metadaten

Verhältnis zum Primärenergieverbrauch und gibt Auskunft über die Wirtschaftsleistung je Einheit verbrauchter Primärenergie.

Energieträger

Als Energieträger werden alle Quellen oder Stoffe bezeichnet, in denen Energie mechanisch, thermisch, chemisch oder physikalisch gespeichert ist.

Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe

Gesamtverbrauch an Energie für Fabrikation, Heizung, Strom-, Gas- und Dampferzeugung usw. (energetisch und nichtenergetisch). Soweit Energieträger als Brennstoff in eigenen Anlagen zur Stromerzeugung eingesetzt werden, kann der Energieverbrauch Doppelzählungen enthalten. Es wird sowohl der Energiegehalt des eingesetzten Brennstoffs als auch der erzeugte und selbst verbrauchte Strom erfasst.

Energieversorgungsunternehmen (EVU)

Natürliche und juristische Personen, die Energie an andere liefern, ein Energieversorgungsnetz betreiben oder an einem Energieversorgungsnetz als Eigentümer Verfügungsbefugnis besitzen.

Engpassleistung

Es handelt sich um die Dauerleistung einer Anlage, die unter Normalbedingungen erreichbar ist. Sie ist durch den leistungsschwächsten Anlagenteil (Engpass) begrenzt. Kurzfristig nicht einsatzfähige Anlageteile mindern die Engpassleistung nicht. Bei KWK-Anlagen wird zwischen elektrischer und thermischer Engpassleistung unterschieden.

Erlöse Gasabsatz

Die Erlöse beinhalten die Netznutzungsentgelte und die Erdgassteuer. Nicht einbezogen ist die Mehrwertsteuer.

Erlöse Stromabsatz

In die Erlöse werden die Netznutzungsentgelte, die Stromsteuer, die Konzessionsabgaben sowie die Ausgleichsabgaben nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und dem Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz (KWK) eingerechnet. Die Mehrwertsteuer sowie die Stromsteuererstattungen nach dem Stromsteuergesetz sind nicht enthalten.

Erneuerbare Energien

Erneuerbare Energieträger sind natürliche Energievorkommen, die entweder permanent vorhanden oder in überschaubaren Zeiträumen regenerierbar sind. Im Unterschied dazu stehen fossile Energieträger (wie Kohle, Erdöl, Erdgas) oder spaltbare Elemente, die an begrenzte Stoffvorräte gebunden sind. Zu den erneuerbaren Energien zählen Solarenergie (Fotovoltaik, Solarthermie), Wind- und Wasserkraft, Deponie- und Klärgas, Geothermie, Umgebungswärme (Umweltwärme) und Biomasse.

Gasabsatz

Ausgewiesen ist der Gasabsatz an inländische Endabnehmer. Durchleitungsmengen sind ebenso wie die Abgabe an Wiederverkäufer in den Angaben nicht enthalten. Einbezogen ist jedoch die unternehmensinterne Abgabe an die Betriebszweige Elektrizitäts- und Wärmeversorgung. Die Umrechnungen in kWh erfolgte auf der Grundlage des Brennwertes (oberer Heizwert, Hs). Einbezogen ist sowohl die Abgabe von Naturgas (Erdgas, Bioerdgas, Grubengas und Klärgas) als auch von hergestellten Gasen (Raffineriegas und Normgas, Flüssiggas, Kokereigas und übriges Gas auf Öl- und Kohlebasis).

Haushaltskunden

Letztverbraucher, die Energie überwiegend für den Eigenverbrauch im Haushalt oder für den einen Jahresverbrauch von 10 000 Kilowattstunden nicht übersteigenden Eigenverbrauch für berufliche, landwirtschaftliche oder gewerbliche Zwecke kaufen.

Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)

Gleichzeitige Nutzung der eingesetzten Energie als mechanische oder elektrische Energie und nutzbare Wärme.

Nettostromerzeugung

Die Nettostromerzeugung ist die Bruttostromerzeugung vermindert um den Kraftwerkseigenverbrauch und Pumpstromverbrauch.

Nettowärmeerzeugung

Die Nettowärmeerzeugung ist die von einem Heizkraftwerk an ein Netz oder einen Produktionsprozess abgegebene und gemessene Wärme. Sie setzt sich zusammen aus der Enthalpie des Vorlaufs abzüglich der Enthalpien des Rücklaufs und des Zusatzwassers. Damit wird indirekt die über die Antriebsenergie der Fernwärmepumpen zugeführte Energie mit erfasst.

Nichtenergetische Verwendung

Bei der nichtenergetischen Verwendung werden Energieträger als Rohstoff (z. B. Raffineriegas und Flüssiggas als Rohstoff chemischer Prozesse oder Koks als Reduktionsmittel bei der Roheisenerzeugung) eingesetzt.

Stromabsatz

Ausgewiesen ist der Stromabsatz an inländische Letztverbraucher. Nicht dargestellt sind die Abgabe an andere Energieversorgungsunternehmen sowie der Eigenbetriebsverbrauch der Unternehmen.

Umrechnung

Eine Kilowattstunde (kWh) entspricht 3 600 Kilojoule (kJ) oder 3,6 Megajoule (MJ).

1 000 MJ entsprechen einem Gigajoule (GJ), 1 000 GJ einem Terajoule (TJ) und 1 000 TJ einem Petajoule (PJ).

Internet

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/energie

Pressemitteilungen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/energie/pressemitteilungen

Statistische Berichte

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/energie/statistische-berichte

Beiträge in den Statistischen Monatsheften

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/energie/monatsheftbeitraege

Karten

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/energie/karten

Übersichtstabellen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/energie/tabellen

Kurzpräsentationen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/energie/kurzpraesentationen

Zahlen für Deutschland und andere Bundesländer

www.ag-energiebilanzen.de

www.lak-energiebilanzen.de

www.ugrdl.de





20. Baugewerbe



Tabellen

T 1: Ausgewählte Kennzahlen zum Bauhaupt- und Ausbaugewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1990–2014	584
T 2: Betriebe, Beschäftigte, Entgelte und Umsatz im Bauhauptgewerbe im Juni 2014	585
T 3: Betriebe, Beschäftigte, geleistete Arbeitsstunden, Umsatz und Auftragseingang im Bauhauptgewerbe 2004–2014	586
T 4: Betriebe, Beschäftigte, geleistete Arbeitsstunden und Entgelte im Juni 2014 sowie Umsatz 2013 im Bauhauptgewerbe nach Wirtschaftszweigen	587
T 5: Unternehmen, Beschäftigte, Gesamtleistung und Bruttoanlageinvestitionen im Bauhauptgewerbe 2013 nach Wirtschaftszweigen	588
T 6: Betriebe, Beschäftigte im Juni 2014, geleistete Arbeitsstunden und Entgelte im 2. Quartal 2014 sowie Umsatz 2013 im Ausbaugewerbe nach Wirtschaftszweigen	589
T 7: Betriebe, Beschäftigte, geleistete Arbeitsstunden, Entgelte und Umsatz im Ausbaugewerbe 2004–2014	590
T 8: Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz und Bruttoanlageinvestitionen im Ausbaugewerbe 2013 nach Wirtschaftszweigen	591
T 9: Unternehmen, Beschäftigte, Entgelte, Gesamtleistung und Bruttoanlageinvestitionen im Baugewerbe 2013 nach Verwaltungsbezirken	592
T 10: Betriebe, Beschäftigte, geleistete Arbeitsstunden und Entgelte im Juni 2014 sowie Umsatz 2013 im Bauhauptgewerbe nach Verwaltungsbezirken	594
T 11: Betriebe, Beschäftigte im Juni 2014, geleistete Arbeitsstunden und Entgelte im 2. Quartal 2014 sowie Umsatz 2013 im Ausbaugewerbe nach Verwaltungsbezirken	596

Grafiken

G 1: Umsatz im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2013 nach Beschäftigtengrößenklassen	583
G 2: Beschäftigte im Bauhauptgewerbe im Juni 2014 nach Bundesländern	585
G 3: Umsatz, geleistete Arbeitsstunden und Auftragseingang im Bauhauptgewerbe 2014 nach Bauarten	586
G 4: Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz und Bruttoanlageinvestitionen im Ausbaugewerbe 2003–2013	589
G 5: Unternehmen, Beschäftigte und Umsatz im Ausbaugewerbe 2013 nach Wirtschaftszweigen	591

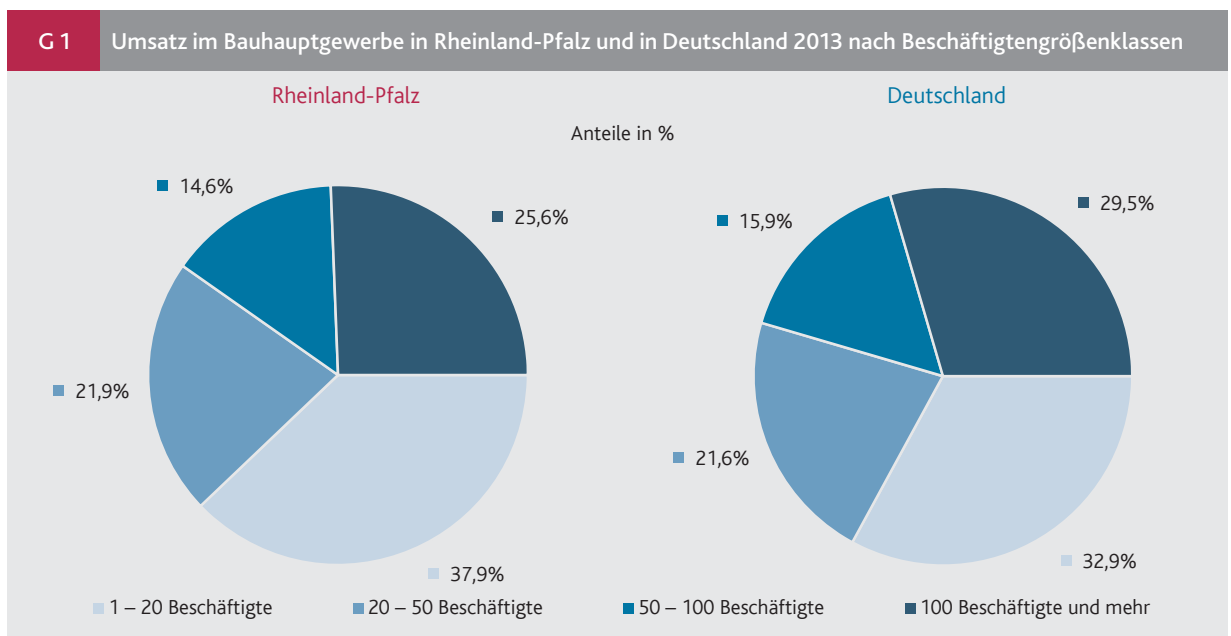
Karten

K 1: Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen im Bauhauptgewerbe 2013 nach Verwaltungsbezirken	593
K 2: Beschäftigte im Bauhauptgewerbe am 30. Juni 2014 nach Verwaltungsbezirken	595
K 3: Beschäftigte im Ausbaugewerbe am 30. Juni 2014 nach Verwaltungsbezirken	597

Metadaten

Datenquellen	598
Statistiken	598
Glossar	599
Internet	600

- Das rheinland-pfälzische Baugewerbe konnte 2014 aufgrund der positiven Entwicklung im Ausbaugewerbe und im Bauhauptgewerbe einen Umsatzanstieg verzeichnen.
- Der Zuwachs im Ausbaugewerbe resultierte vor allem aus der steigenden Geschäftstätigkeit im Bereich der sonstigen Bauinstallation.
- Das Umsatzplus im Bauhauptgewerbe ergab sich in erster Linie aus besseren Geschäften im Hochbau. Aber auch der Tiefbau registrierte eine Umsatzsteigerung.
- Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe, die ein Indikator für die künftige Umsatzentwicklung sind, stiegen 2014 bei Hoch- und Tiefbau gleich stark.
- In der Gliederung nach Bauart und Auftraggeber fielen im Bauhauptgewerbe der öffentliche Hochbau sowie der öffentliche Tiefbau hinter ihre Vorjahresergebnisse zurück. Zuwächse verbuchten vor allem der gewerbliche Tiefbau und Hochbau.
- Ein Drittel der Investitionen im Bauhauptgewerbe fließt in den Bau von Straßen und im Ausbaugewerbe in den Bereich Gas-, Wasser-, Heizungs-, Lüftungs- und Klimainstallation.



T 1

Ausgewählte Kennzahlen zum Bauhaupt- und Ausbaugewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1990–2014¹

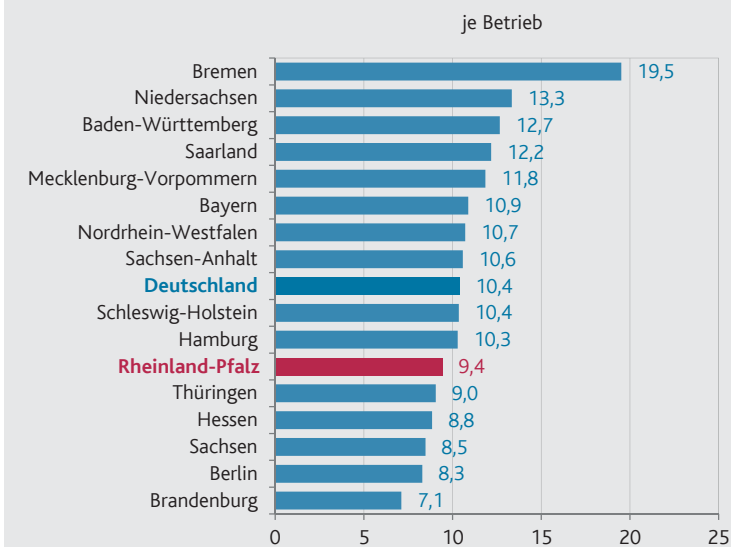
Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz						Deutschland	
		1990	2000	2005	2010	2013	2014	2013	2014
Baugewerbe insgesamt									
Anteil des Baugewerbes an der Gesamtwirtschaft									
Betriebe ²	%	.	.	.	10,3	10,7	...	10,2	...
SV-Beschäftigte ²	%	.	.	.	6,5	6,5	...	5,7	...
Umsatz ³	%	.	7,2	5,8	6,0	6,6	...	4,4	...
Betriebe ⁴	Anzahl	894	931	692	718	795	794	15 714	15 917
Beschäftigte ^{4,5}	Anzahl	50 209	40 353	26 477	31 733	34 630	34 453	735 388	741 255
je Betrieb	Anzahl	56,2	43,3	38,3	44,2	43,6	43,4	46,8	46,6
Entgelte	Mill. EUR	1 113,2	1 152,5	858,9	978,0	1 144,2	1 181,1	23 629,7	24 722,3
je Beschäftigte/-n	EUR	22 171,2	28 560,3	32 440,5	30 820,9	33 041,3	34 281,1	32 132,2	33 352,0
Entgeltquote	%	33,0	27,4	26,2	24,3	25,0	24,9	23,5	23,5
Umsatz ⁶	Mill. EUR	3 369,4	4 210,7	3 272,5	4 029,6	4 575,0	4 751,0	100 376,0	105 007,5
je Betrieb	Mill. EUR	3,8	4,5	4,7	5,6	5,8	6,0	6,4	6,6
je Beschäftigte/-n	1 000 EUR	67,1	104,3	123,6	127,0	132,1	137,9	136,5	141,7
Bauhauptgewerbe									
Betriebe ⁴	Anzahl	682	528	372	356	380	383	7 522	7 649
Beschäftigte ^{4,5}	Anzahl	40 968	26 003	17 565	18 505	19 151	18 898	401 998	407 212
je Betrieb	Anzahl	60,1	49,2	47,2	52,0	50,4	49,3	53,4	53,2
Entgelte	Mill. EUR	925,1	787,6	553,8	603,7	670,1	700,4	13 701,1	14 381,9
je Beschäftigte/-n	EUR	22 581,0	30 290,3	31 530,1	32 624,2	34 989,6	37 060,2	34 082,5	35 317,9
Entgeltquote	%	33,0	26,5	24,4	22,7	22,9	23,0	22,0	22,1
Umsatz ⁶	Mill. EUR	2 805,8	2 974,8	2 270,5	2 656,5	2 926,3	3 050,9	62 358,1	65 084,8
Wohnungsbau	%	.	17,3	13,1	11,2	16,1	15,6	20,2	20,9
gewerblicher Bau	%	.	36,9	30,4	31,4	33,6	34,4	43,9	43,7
öffentlicher Bau und Straßenbau	%	.	45,8	56,6	57,4	50,3	50,1	35,9	35,5
je Betrieb	1 000 EUR	4 114,1	5 634,1	6 103,4	7 462,0	7 700,9	7 965,8	8 290,1	8 508,9
je Beschäftigte/-n	1 000 EUR	68,5	114,4	129,3	143,6	152,8	161,4	155,1	159,8
Ausbaugewerbe									
Betriebe ⁴	Anzahl	212	403	320	362	415	411	8 192	8 268
Beschäftigte ^{4,5}	Anzahl	9 241	14 350	11 488	13 228	15 479	15 555	326 621	334 043
je Betrieb	Anzahl	43,6	35,6	27,9	36,5	37,3	37,8	39,9	40,4
Entgelte	Mill. EUR	188,1	364,9	305,1	374,3	474,1	480,7	9 928,6	10 340,4
je Beschäftigte/-n	EUR	20 354,6	25 425,5	34 234,7	28 298,1	30 630,7	30 904,6	29 780,7	30 955,4
Entgeltquote	%	33,4	29,5	30,4	27,3	28,8	28,3	26,1	25,9
Umsatz ⁶	Mill. EUR	563,6	1 235,9	1 002,1	1 373,1	1 648,7	1 700,1	38 018,0	39 922,7
je Betrieb	1 000 EUR	2 658,3	3 066,8	3 131,5	3 793,1	3 972,7	4 136,5	4 640,9	4 828,6
je Beschäftigte/-n	1 000 EUR	61,0	86,1	112,4	103,8	106,5	109,3	116,4	119,5
1 Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Quelle: Unternehmensregister. – 3 Quelle: Umsatzsteuerstatistik (Vorankmeldungen). – 4 30.06. – 5 Bau- bzw. ausbaugewerbliche Beschäftigte. – 6 Bau- bzw. ausbaugewerblicher Umsatz ohne Umsatzsteuer.									

1 Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Quelle: Unternehmensregister. – 3 Quelle: Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen). – 4 30.06. – 5 Bau- bzw. ausbaugewerbliche Beschäftigte. – 6 Bau- bzw. ausbaugewerblicher Umsatz ohne Umsatzsteuer.

T 2 Betriebe, Beschäftigte, Entgelte und Umsatz im Bauhauptgewerbe¹ im Juni 2014

Bundesland	Betriebe ²		Beschäftigte ²		Entgelte		Umsatz ³				
	ins-gesamt		Veränderung zu 2013		ins-gesamt		Veränderung zu 2013		Wohnungs-bau	gewerb-licher Bau	öffent-licher Bau ⁴
	1 000		%		Mill. EUR		%		%		
Baden-Württemberg	7,2	91,7	2,1	238,8	6,8	1 093,3	-2,2	38,9	33,4	27,7	
Bayern	13,3	144,8	0,6	370,2	5,6	1 812,5	2,5	39,7	33,3	27,0	
Berlin	2,5	21,0	-0,9	47,4	2,4	237,6	-14,4	37,0	44,9	18,1	
Brandenburg	4,8	34,2	0,8	68,7	3,8	330,2	-1,9	38,2	33,1	28,7	
Bremen	0,2	2,9	-12,5	8,3	-11,5	39,8	-9,1	23,2	38,6	38,3	
Hamburg	0,8	8,7	-5,4	26,8	1,2	147,6	-12,2	27,5	40,6	32,0	
Hessen	5,9	52,2	-0,6	121,3	2,5	571,0	2,0	35,4	35,3	29,3	
Mecklenburg-Vorpommern	1,4	16,0	0,7	34,6	4,5	155,3	-14,7	35,8	30,5	33,7	
Niedersachsen	6,3	83,6	1,4	219,5	7,0	961,5	-0,2	37,0	35,8	27,2	
Nordrhein-Westfalen	11,9	127,9	-1,9	331,1	0,9	1 345,1	-2,8	36,3	40,2	23,5	
Rheinland-Pfalz	4,1	39,0	0,7	98,1	4,9	416,7	-0,8	34,3	27,2	38,6	
Saarland	0,7	9,0	6,0	23,2	5,1	92,6	10,7	27,8	30,9	41,3	
Sachsen	6,8	57,4	-0,6	117,7	4,4	542,5	-4,9	25,0	44,4	30,6	
Sachsen-Anhalt	2,8	29,8	-2,0	64,9	2,9	276,0	-1,9	25,0	39,8	35,2	
Schleswig-Holstein	2,2	23,1	-1,1	56,7	3,9	276,9	6,9	48,3	29,0	22,6	
Thüringen	3,0	27,0	-2,6	56,2	0,4	266,6	0,4	24,3	33,0	42,7	
Deutschland	74,0	768,2	-0,1	1 883,5	4,1	8 565,2	-1,3	36,0	35,7	28,4	

1 Alle Betriebe. – 2 30.06. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Und Straßenbau.

G 2 Beschäftigte im Bauhauptgewerbe¹ im Juni 2014 nach Bundesländern

In den 4 137 Betrieben des rheinland-pfälzischen Baugewerbes waren 2014 insgesamt fast 39 000 Beschäftigte tätig. Damit hatte jeder Betrieb durchschnittlich 9,4 Beschäftigte; etwas weniger als im Bundesdurchschnitt.

Die mit Abstand größten Betriebe gab es in Bremen mit 19,5 Beschäftigten je Betrieb, dabei hat dieser Stadtstaat aber auch die wenigsten Betriebe. Die niedrigste Beschäftigtenzahl je Betrieb verzeichnete das Baugewerbe in Brandenburg. Dort gab es durchschnittlich nur sieben Beschäftigte in einem Betrieb.

1 Alle Betriebe.

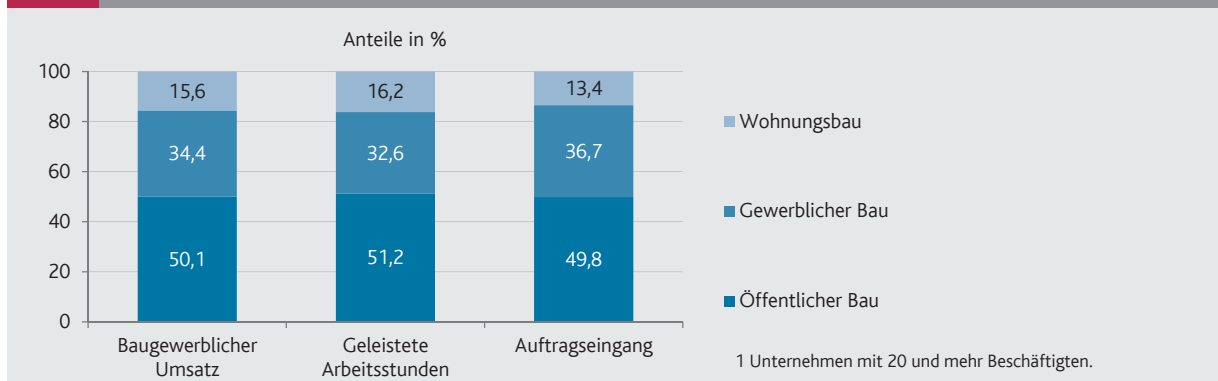
T 3

Betriebe, Beschäftigte, geleistete Arbeitsstunden, Umsatz und Auftragseingang im Bauhauptgewerbe 2004–2014¹

Jahr	Betriebe ²	Beschäftigte ²	Geleistete Arbeitsstunden	Gesamtumsatz ³	Baugewerblicher Umsatz ³	Auftragseingang ³
	Anzahl		1 000	Mill. EUR		
2004	407	19 320	22 846,0	2 574,0	2 540,5	1 930,7
2005	372	17 565	20 709,0	2 306,8	2 270,5	1 955,4
2006	346	17 242	21 006,4	2 587,1	2 549,1	2 158,9
2007	349	17 706	21 399,2	2 610,0	2 530,3	2 308,5
2008	346	17 715	21 529,8	2 829,1	2 703,3	2 434,3
2009	350	17 834	21 195,2	2 892,2	2 780,1	2 247,7
2010	356	18 505	21 049,2	2 781,5	2 656,5	2 240,6
2011	361	18 834	23 559,5	3 012,0	2 888,7	2 412,2
2012	388	19 243	22 954,8	2 950,3	2 827,4	2 484,9
2013	380	19 151	23 024,4	3 043,7	2 926,3	2 426,2
2014	383	18 898	23 628,0	3 158,3	3 050,9	2 577,0
Veränderung zum Vorjahr in %						
2005	-8,6	-9,1	-9,4	-10,4	-10,6	1,3
2006	-7,0	-1,8	1,4	12,2	12,3	10,4
2007	0,9	2,7	1,9	0,9	-0,7	6,9
2008	-0,9	0,1	0,6	8,4	6,8	5,4
2009	1,2	0,7	-1,6	2,2	2,8	-7,7
2010	1,7	3,8	-0,7	-3,8	-4,4	-0,3
2011	1,4	1,8	11,9	8,3	8,7	7,7
2012	7,5	2,2	-2,6	-2,0	-2,1	3,0
2013	-2,1	-0,5	0,3	3,2	3,5	-2,4
2014	0,8	- 1,3	2,6	3,8	4,3	6,2

1 Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 30.06. – 3 Ohne Umsatzsteuer.

G 3

Umsatz, geleistete Arbeitsstunden und Auftragseingang im Bauhauptgewerbe¹ 2014 nach Bauarten


T 4

Betriebe, Beschäftigte, geleistete Arbeitsstunden und Entgelte im Juni 2014 sowie Umsatz 2013 im
Bauhauptgewerbe¹ nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	30.06.2014		Juni 2014				2013	
	Betriebe	Beschäftigte	geleistete Arbeitsstunden		Entgelte		baugewerblicher Umsatz ²	
			insgesamt	Veränderung zu 2013	insgesamt	Veränderung zu 2013	insgesamt	Veränderung zu 2012
	Anzahl		1 000	%	1 000 EUR	%	1 000 EUR	%
Hochbau								
Bau von Gebäuden	950	9 468	947,1	-8,3	23 190,4	-0,3	1 357 573,4	-1,5
Bau von Gebäuden ohne Fertigteilbau	897	9 039	903,8	-7,7	21 927,9	0,4	1 277 938,0	-0,4
Errichtung von Fertigteilbauten	53	429	43,3	-19,9	1 262,5	-10,3	79 635,3	-16,4
Tiefbau								
Bau von Straßen und Bahnverkehrsstrecken	194	6 290	713,0	-7,5	20 763,1	4,0	949 075,6	-4,5
darunter: Bau von Straßen	174	5 628	640,8	-7,9	18 064,0	3,1	.	.
Leitungstiefbau und Kläranlagenbau	104	2 606	311,2	-7,7	7 355,0	1,2	378 788,0	-20,2
darunter								
Rohrleitungstiefbau, Brunnen- und Kläranlagenbau	67	1 929	217,4	-0,9	5 495,2	9,4	.	.
Kabelnetzleitungstiefbau	37	677	93,8	-20,3	1 859,9	-17,1	.	.
Sonstiger Tiefbau	284	3 515	379,3	3,1	9 140,7	12,1	410 260,2	1,7
Vorbereitende Baustellenarbeiten								
Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten	210	1 295	150,5	11,3	2 806,9	17,1	157 271,7	23,1
darunter: Abbrucharbeiten	120	788	.	.	1 649,7	.	.	.
Sonstige spezialisierte Bautätigkeiten	2 395	15 823	1 608,1	0,3	34 871,0	7,1	1 543 304,6	4,9
Dachdeckerei und Zimmerei	1 443	9 225	948,5	-2,1	18 822,2	5,9	866 248,3	-1,7
Dachdeckerei und Bauspenglerei	970	6 478	676,8	-4,1	13 651,4	4,5	605 979,1	-2,6
Zimmerei und Ingenieurholzbau	473	2 747	271,7	3,5	5 170,8	9,6	260 269,2	0,4
sonstige Bautätigkeiten a. n. g.	952	6 598	659,6	3,9	16 048,9	8,6	677 056,2	14,8
Gerüstbau	180	1 546	159,6	8,0	2 838,3	10,3	.	.
Schornstein-, Feuerungs- und Industrieofenbau	31	110	8,3	-84,0	239,3	-88,0	.	.
Baugewerbe a. n. g.	741	4 942	491,7	13,0	12 971,3	27,1	.	.
Bauhauptgewerbe insgesamt	4 137	38 997	4 109,1	-3,2	98 127,2	4,9	4 796 273,4	-1,1

1 Alle Betriebe. – 2 Ohne Umsatzsteuer.

T 5

Unternehmen, Beschäftigte, Gesamtleistung und Bruttoanlageinvestitionen im Bauhauptgewerbe¹ 2013
nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Unter- nehmen	Beschäftigte ²		Gesamtleistung ³			Bruttoanlage- investitionen ³	
	insgesamt	Veränderung zu 2012		insgesamt	Veränderung zu 2012	darunter: Jahres- bauleistung	insgesamt	Veränderung zu 2012
	Anzahl	%		1 000 EUR	%		1 000 EUR	%
Hochbau								
Bau von Gebäuden	92	4 511	0,3	827 451,1	1,2	99,2	10 349,1	-50,0
Bau von Gebäuden ohne Fertigteilbau	87	4 304	-2,0	786 960,6	-2,2	.	9 289	.
Errichtung von Fertigteilbauten	5	207	97,1	40 490,5	216,4	.	1059,9	.
Tiefbau								
Bau von Straßen und Bahnverkehrsstrecken	67	5 505	-2,2	995 336,9	0,8	91,6	32 469,0	-14,8
darunter: Bau von Straßen	56	4 907	-2,4	872 092,5	0,6	.	29 286,4	-7,0
Leitungstiefbau und Kläranlagenbau	42	2 315	9,4	338 125,4	-27,1	.	15 430,8	31,5
darunter								
Rohrleitungstiefbau, Brunnen- und Kläranlagenbau	29	1 737	5,5	237 132,7	-0,2	99,9	11 576,1	27,7
Kabelnetzleitungstiefbau	13	578	22,7	100 992,7	-55,4	.	3 854,7	44,7
Sonstiger Tiefbau	36	1 375	-14,8	155 207,6	-18,8	.	6 695,6	-20,2
Vorbereitende Baustellenarbeiten								
Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten	8	453	17,4	60 596,8	-6,6	.	1 381,0	-45,7
darunter: Abbrucharbeiten	2
Sonstige spezialisierte Bautätigkeiten	119	4 985	2,8	677 481,2	-0,6	88,9	15 831,0	3,5
Dachdeckerei und Zimmerei	62	2 069	2,5	251 096,8	0,5	98,9	5 622,7	-8,2
Dachdeckerei und Bauspenglerei	43	1 446	-4,9	184 720,0	-4,1	99,1	3 551,8	-8,4
Zimmerei und Ingenieurholzbau	19	623	24,8	66 376,8	16,1	98,3	2 070,9	-8,0
sonstige Bautätigkeiten a. n. g.	57	2 916	3,0	426 384,4	-1,3	83,0	10 208,3	11,3
Gerüstbau	13	415	5,3	30 267,4	-12,0	.	.	.
Schornstein-, Feuerungs- und Industrieofenbau	4	314	10,6	78 015,4	19,3	.	.	.
Baugewerbe a. n. g.	40	2 187	1,6	318 101,5	-4,2	98,7	7 825,0	19,2
Bauhauptgewerbe insgesamt	364	19 144	0,2	3 054 199,1	-4,7	94,2	82 156,5	-15,1

1 Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 30.09. – 3 Ohne Umsatzsteuer.

T 6

Betriebe, Beschäftigte im Juni 2014, geleistete Arbeitsstunden und Entgelte im 2. Quartal 2014 sowie Umsatz 2013 im Ausbaugewerbe¹ nach Wirtschaftszweigen

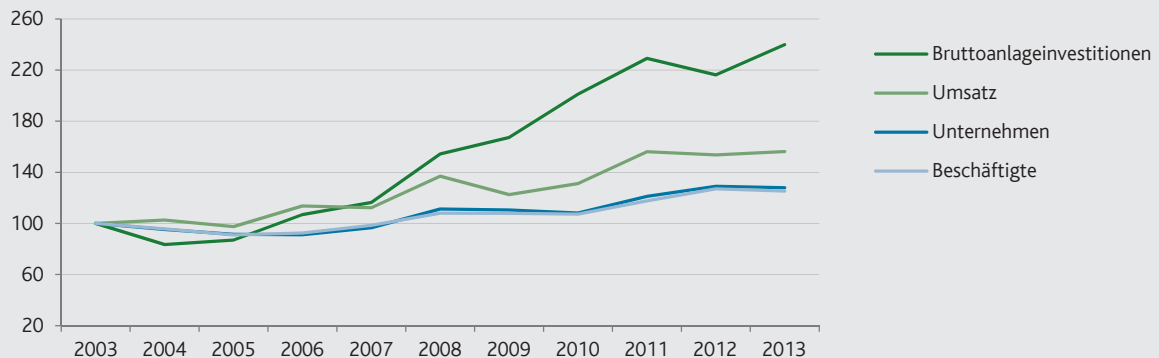
Wirtschaftszweig	30.06.2014		2. Quartal 2014				2013	
	Betriebe	Beschäftigte	geleistete Arbeitsstunden		Entgelte		Gesamtumsatz ²	
			insgesamt	Veränderung zu 2013	insgesamt	Veränderung zu 2013	insgesamt	Veränderung zu 2012
	Anzahl		1 000	%	1 000 EUR	%	1 000 EUR	%
Bauinstallation								
Elektroinstallation	228	6 757	2 166,9	-5,2	49 356,2	2,9	685 450,0	-1,0
Gas-, Wasser-, Heizungs-, Lüftungs- und Klimainstallation	380	8 820	2 578,2	-3,1	59 288,2	2,9	970 622,7	2,2
Sonstige Bauinstallation	63	2 057	648,3	-3,0	18 782,9	-3,2	276 096,3	-8,6
Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung	44	1 338	398,8	1,7	12 153,2	9,3	175 186,2	-2,2
sonstige Bauinstallation	19	719	249,5	-9,6	6 629,6	-20,0	100 910,0	-18,1
Sonstiges Ausbaugewerbe								
Stuckateurgewerbe, Gipserei und Verputzerei	47
Bautischlerei und -schlosserei	97	1 707	534,5	-1,6	10 906,2	5,2	179 102,6	-1,4
Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Tapeziererei	80	1 380	414,3	-0,3	9 774,4	1,7	158 078,4	0,3
Maler- und Glasergerwerbe	154	2 856	960,9	-6,0	17 569,3	-4,5	212 109,9	-3,4
darunter: Maler- und Lackierergewerbe	144
Sonstiges Ausbaugewerbe	3
Ausbaugewerbe insgesamt	1 052	24 577	7 589,5	-4,6	172 167,4	0,7	2 562 504,9	-1,6

1 Betriebe von Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten. – 2 Ohne Umsatzsteuer.

G 4

Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz und Bruttoanlageinvestitionen im Ausbaugewerbe¹ 2003–2013

Messzahl: 2003=100



1 Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

20

T 7

Betriebe, Beschäftigte, geleistete Arbeitsstunden, Entgelte und Umsatz im Ausbaugewerbe 2004–2014¹

Jahr	Betriebe ²	Beschäftigte ²		Geleistete Arbeitsstunden	Entgelte	Gesamt- umsatz ³	Darunter: ausbaugewerblich
		insgesamt	darunter: gewerbliche Arbeitnehmer/- innen	im 2. Vierteljahr		im jeweiligen Vorjahr	
		Anzahl		1 000		1 000 EUR	
2004	875	18 846	14 346	5 647	117 610	1 604 168	1 565 859
2005	825	17 980	13 661	5 645	114 011	1 579 615	1 538 105
2006	814	17 851	13 560	5 643	113 638	1 551 749	1 514 250
2007	835	18 739	14 264	5 965	119 641	1 777 326	1 740 562
2008	917	20 480	15 400	6 616	131 792	1 846 931	1 812 091
2009	964	21 092	16 168	6 685	133 054	2 099 744	2 052 760
2010	991	21 932	15 950	7 329	144 443	2 161 305	2 114 413
2011	1 029	22 905	16 327	7 617	151 334	2 317 773	2 270 010
2012	1 036	23 843	18 342	7 726	161 698	2 671 429	2 619 948
2013	1 068	24 574	18 144	7 952	170 912	2 602 887	2 550 390
2014	1 052	24 577	18 626	7 590	172 167	2 562 505	2 506 574
Veränderung zum Vorjahr in %							
2005	-5,7	-4,6	-4,8	-0,0	-3,1	-1,5	-1,8
2006	-1,3	-0,7	-0,7	-0,0	-0,3	-1,8	-1,6
2007	2,6	5,0	5,2	5,7	5,3	14,5	14,9
2008	9,8	9,3	8,0	10,9	10,2	3,9	4,1
2009	5,1	3,0	5,0	1,0	1,0	13,7	13,3
2010	2,8	4,0	-1,3	9,6	8,6	2,9	3,0
2011	3,8	4,4	2,4	3,9	4,8	7,2	7,4
2012	0,7	4,1	12,3	1,4	6,8	15,3	15,4
2013	3,1	3,1	-1,1	2,9	5,7	-2,6	-2,7
2014	-1,5	0,0	2,7	-4,6	0,7	-1,6	-1,7

¹ Betriebe von Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten. – 2 30.06. – 3 Ohne Umsatzsteuer.

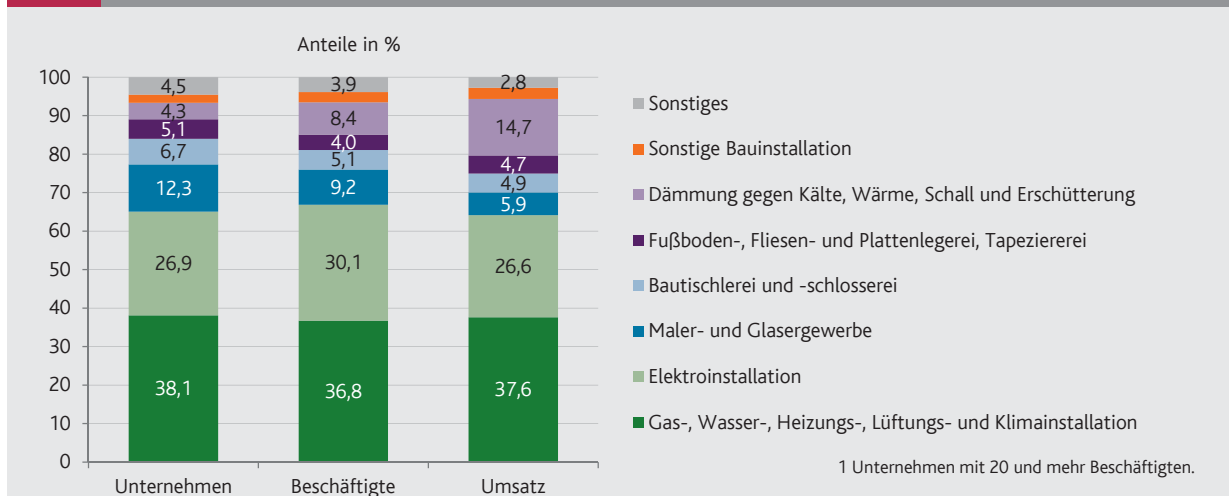
T 8

Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz und Bruttoanlageinvestitionen im Ausbaugewerbe¹ 2013 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Unter- nehmen	Beschäftigte ²		Umsatz ³		Bruttoanlageinvestitionen ³		Miet- investitionen
	insgesamt		Veränderung zu 2012	insgesamt	Veränderung zu 2012	insgesamt	Veränderung zu 2012	insgesamt
	Anzahl		%	1 000 EUR	%	1 000 EUR		1 000 EUR
Bauinstallation								
Elektroinstallation	101	4 649	-3,1	455 439,4	2,3	8 138,8	0,8	.
Gas-, Wasser-, Heizungs-, Lüftungs- und Klimainstallation	143	5 677	2,8	644 923,3	2,5	11 055,5	9,8	1 997,3
Sonstige Bauinstallation	24	1 707	-5,5	301 136,7	8,3	7 667,1	35,3	.
Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung	16	1 302	4,5	251 627,1	22,0	6 611,6	63,0	.
sonstige Bauinstallation	8	405	-27,8	49 509,5	-31,0	1 055,5	-34,5	-
Sonstiges Ausbaugewerbe								
Stuckateurgewerbe, Gipserei und Verputzerei	15
Bautischlerei und -schlosserei	25	782	5,1	84 456,5	0,8	1 896,2	-22,6	.
Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Tapeziererei	19	613	7,0	80 855,7	-6,0	1 523,2	89,8	-
Maler- und Glasergerwerbe	46	1 414	-0,7	100 683,1	-3,9	2 408,3	10,8	266,0
darunter: Maler- und Lackierergewerbe	43	266,0
Sonstiges Ausbaugewerbe	2	-
Ausbaugewerbe insgesamt								
	375	15 442	-1,4	1 714 715,3	1,7	33 450,1	11,0	3 786,7

1 Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 30.09. – 3 Ohne Umsatzsteuer.

G 5

Unternehmen, Beschäftigte und Umsatz im Ausbaugewerbe¹ 2013 nach Wirtschaftszweigen

20

T 9

Unternehmen, Beschäftigte, Entgelte, Gesamtleistung und Bruttoanlageinvestitionen im Baugewerbe¹ 2013
nach Verwaltungsbezirken

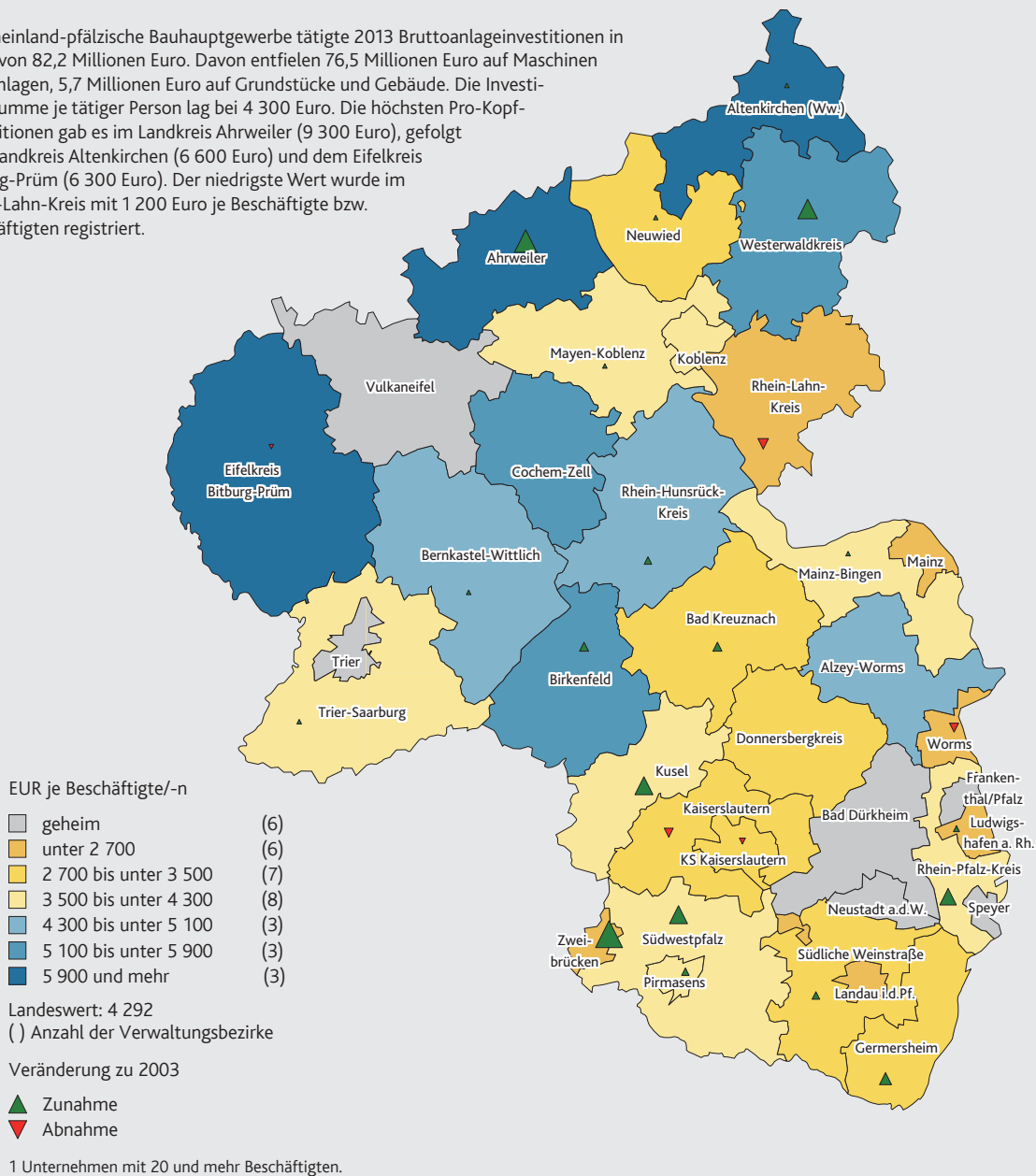
Verwaltungsbezirk	Unternehmen	Beschäftigte ²	Entgelte	Gesamtleistung ³	Bruttoanlageinvestitionen ³	Investitionen in Maschinen und maschinelle Anlagen
	Anzahl			insgesamt		
				1 000 EUR		EUR
Frankenthal (Pfalz), St.	6
Kaiserslautern, St.	12	775	30 126,6	108 645,8	.	.
Koblenz, St.	30	1 210	35 666,7	118 043,2	2 751,5	.
Landau i. d. Pfalz, St.	11	380	12 987,6	43 665,4	587,0	587 000
Ludwigshafen a. Rh., St.	34	2 428	101 237,5	372 232,4	7 998,5	.
Mainz, St.	28	1 551	53 528,5	233 061,0	2 274,6	2 274 601
Neustadt a. d. Weinstr., St.	6
Pirmasens, St.	9	425	12 346,9	50 689,1	.	.
Speyer, St.	8	326	.	49 523,8	.	.
Trier, St.	28	1 094	30 006,2	120 684,6	.	.
Worms, St.	10	482	14 851,2	49 490,6	.	.
Zweibrücken, St.	7	.	11 028,6	.	1 105,8	1 105 781
Ahrweiler	18	722	21 377,9	96 008,2	5 058,9	.
Altenkirchen (Ww.)	24	1 266	43 750,4	219 668,6	8 014,9	.
Alzey-Worms	19	1 174	33 385,9	177 384,1	4 392,9	.
Bad Dürkheim	9	262	7 376,3	35 732,0	.	.
Bad Kreuznach	27	1 293	40 571,7	149 828,3	3 510,0	.
Bernkastel-Wittlich	37	1 436	38 320,4	152 162,6	.	.
Birkenfeld	19	1 049	33 752,9	144 775,9	3 519,7	.
Cochem-Zell	17	999	31 298,4	162 722,9	4 406,4	4 406 386
Donnersbergkreis	9
Eifelkreis Bitburg-Prüm	24	1 164	30 719,6	160 871,8	5 097,0	5 096 975
Germersheim	11	373	11 107,3	38 309,7	978,4	.
Kaiserslautern	23	907	26 049,2	108 309,4	2 145,0	.
Kusel	9	.	.	.	893,6	.
Mainz-Bingen	30	1 472	47 531,9	204 031,7	4 881,8	.
Mayen-Koblenz	39	1 410	42 982,6	226 617,9	4 674,9	.
Neuwied	41	1 695	47 308,5	192 513,8	4 520,2	.
Rhein-Hunsrück-Kreis	33	1 830	62 964,6	301 885,0	7 460,6	.
Rhein-Lahn-Kreis	16	625	18 747,7	76 062,5	1 422,9	.
Rhein-Pfalz-Kreis	17	947	33 714,1	176 030,4	2 937,4	.
Südliche Weinstraße	16	539	15 883,2	68 181,7	1 362,8	1 362 769
Südwestpfalz	14	435	12 378,3	45 523,3	1 440,5	.
Trier-Saarburg	24	1 107	33 930,4	120 322,0	3 437,4	.
Vulkaneifel	11	488	13 723,6	56 090,7	.	.
Westerwaldkreis	63	3 339	106 127,3	518 739,7	14 321,0	.
Rheinland-Pfalz	739	34 586	1 098 582,0	4 768 914,3	115 606,6	104 749 960
kreisfreie Städte	189	9 586	330 805,1	1 276 176,7	23 077,1	.
Landkreise	550	25 000	767 776,9	3 492 737,6	92 529,5	.

1 Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 30.09. – 3 Ohne Umsatzsteuer.

K 1

Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen im Bauhauptgewerbe¹ 2013 nach Verwaltungsbezirken

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe tätigte 2013 Bruttoanlageinvestitionen in Höhe von 82,2 Millionen Euro. Davon entfielen 76,5 Millionen Euro auf Maschinen und Anlagen, 5,7 Millionen Euro auf Grundstücke und Gebäude. Die Investitionssumme je tätiger Person lag bei 4 300 Euro. Die höchsten Pro-Kopf-Investitionen gab es im Landkreis Ahrweiler (9 300 Euro), gefolgt vom Landkreis Altenkirchen (6 600 Euro) und dem Eifelkreis Bitburg-Prüm (6 300 Euro). Der niedrigste Wert wurde im Rhein-Lahn-Kreis mit 1 200 Euro je Beschäftigte bzw. Beschäftigten registriert.



T 10

**Betriebe, Beschäftigte, geleistete Arbeitsstunden und Entgelte 2014 sowie Umsatz 2013
im Bauhauptgewerbe¹ nach Verwaltungsbezirken**

Verwaltungsbezirk	30.06.2014						2013	
	Betriebe	Beschäftigte	geleistete Arbeitsstunden		Entgelte		baugewerblicher Umsatz ²	
			insgesamt	Veränderung zu 2013	insgesamt	Veränderung zu 2013	insgesamt	Veränderung zu 2012
	Anzahl		1 000	%	1 000 EUR	%	1 000 EUR	%
Frankenthal (Pfalz), St.	42	260	27,5	38,8	490,8	34,9	.	.
Kaiserslautern, St.	53	751	75,8	-2,7	2 073,6	7,9	154 304,2	14,1
Koblenz, St.	69	838	95,2	-5,7	2 492,0	8,1	.	.
Landau i. d. Pfalz, St.	35	274	25,1	7,2	596,5	17,2	29 212,9	24,9
Ludwigshafen a. Rh., St.	83	1 048	113,3	-16,8	2 857,2	-5,4	.	.
Mainz, St.	101	955	97,9	-3,4	2 503,9	4,6	132 548,5	0,4
Neustadt a. d. Weinstr., St.	43	336	29,4	-5,7	564,4	-24,3	.	.
Pirmasens, St.	29	377	38,8	-11,1	989,0	-1,6	44 081,8	.
Speyer, St.	31	336	31,3	-2,6	931,0	11,3	.	.
Trier, St.	49	632	65,4	0,0	1 552,4	0,6	.	.
Worms, St.	49	336	37,3	-14,7	693,0	-19,1	.	.
Zweibrücken, St.	22	405	42,4	-7,0	943,7	1,2	.	.
Ahrweiler	179	1 303	131,4	-2,1	3 049,5	11,7	151 572,9	0,5
Altenkirchen (Ww.)	143	1 416	163,0	-2,6	4 310,4	2,1	.	.
Alzey-Worms	133	1 244	138,3	5,0	2 963,9	13,3	.	.
Bad Dürkheim	124	754	79,9	2,6	1 500,8	3,6	68 485,9	-5,9
Bad Kreuznach	140	1 346	143,8	-9,1	3 451,7	3,2	.	.
Bernkastel-Wittlich	160	1 847	196,1	-6,0	4 502,0	10,5	203 823,6	2,3
Birkenfeld	84	890	89,5	-9,7	2 318,3	5,3	110 711,0	-15,4
Cochem-Zell	113	1 322	144,9	-0,6	4 342,0	7,2	183 479,9	-5,5
Donnersbergkreis	65	488	53,5	-5,1	1 089,1	7,4	54 554,6	13,9
Eifelkreis Bitburg-Prüm	122	1 259	138,9	-12,8	3 009,4	-9,1	.	.
Germersheim	125	921	100,0	1,4	1 968,1	12,0	92 727,9	4,2
Kaiserslautern	141	1 145	126,8	3,7	2 637,2	6,9	111 566,7	2,1
Kusel	71	493	49,0	-6,0	1 052,3	2,0	41 446,9	-3,9
Mainz-Bingen	178	1 900	199,2	5,2	5 097,5	12,8	.	.
Mayen-Koblenz	286	2 097	222,4	-5,9	5 412,2	7,4	323 403,3	-31,2
Neuwied	241	1 813	196,6	-1,2	4 527,9	3,9	212 760,3	-4,6
Rhein-Hunsrück-Kreis	187	2 259	219,4	-9,7	5 900,8	-1,5	307 915,1	4,6
Rhein-Lahn-Kreis	139	1 027	112,6	-0,6	2 275,1	3,8	100 639,2	8,3
Rhein-Pfalz-Kreis	122	1 226	122,7	10,7	3 539,9	12,2	178 255,4	12,4
Südliche Weinstraße	117	849	88,2	4,6	1 973,7	8,4	96 991,3	7,4
Südwestpfalz	116	883	91,9	-2,7	1 944,8	11,5	81 556,1	4,5
Trier-Saarburg	164	1 470	147,5	1,1	3 371,2	8,9	139 404,8	.
Vulkaneifel	93	803	89,2	-5,9	1 840,4	-2,6	81 739,3	-5,8
Westerwaldkreis	288	3 694	384,9	-4,5	9 361,5	3,0	.	.
Rheinland-Pfalz	4 137	38 997	4 109,1	-3,2	98 127,2	4,9	4 796 273,4	-1,1
kreisfreie Städte	606	6 548	679,5	-5,8	16 687,7	1,6	859 687,6	7,4
Landkreise	3 531	32 449	3 429,7	-2,7	81 439,5	5,6	3 936 585,8	-2,8

1 Alle Betriebe. – 2 Ohne Umsatzsteuer.

K 2

Beschäftigte im Bauhauptgewerbe¹ am 30. Juni 2014 nach Verwaltungsbezirken

In den 4 100 Betrieben des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes waren 2014 insgesamt 38 700 Beschäftigte tätig. Bezogen auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner ergibt sich ein Wert von 9,7 Beschäftigten. In den Landkreisen sind durchschnittlich fast elf Personen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner im Bauhauptgewerbe tätig, in den kreisfreien Städten sind es hingegen nur 6,3. Der höchste Wert wurde 2014 mit 22 Beschäftigten je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner im Rhein-Hunsrück-Kreis registriert, der niedrigste in der kreisfreien Stadt Worms mit 4,2 Beschäftigten.

je 1 000 Einwohner/-innen

- | | |
|-----------------|------|
| unter 6 | (5) |
| 6 bis unter 8 | (10) |
| 8 bis unter 10 | (8) |
| 10 bis unter 12 | (7) |
| 12 bis unter 14 | (2) |
| 14 und mehr | (4) |

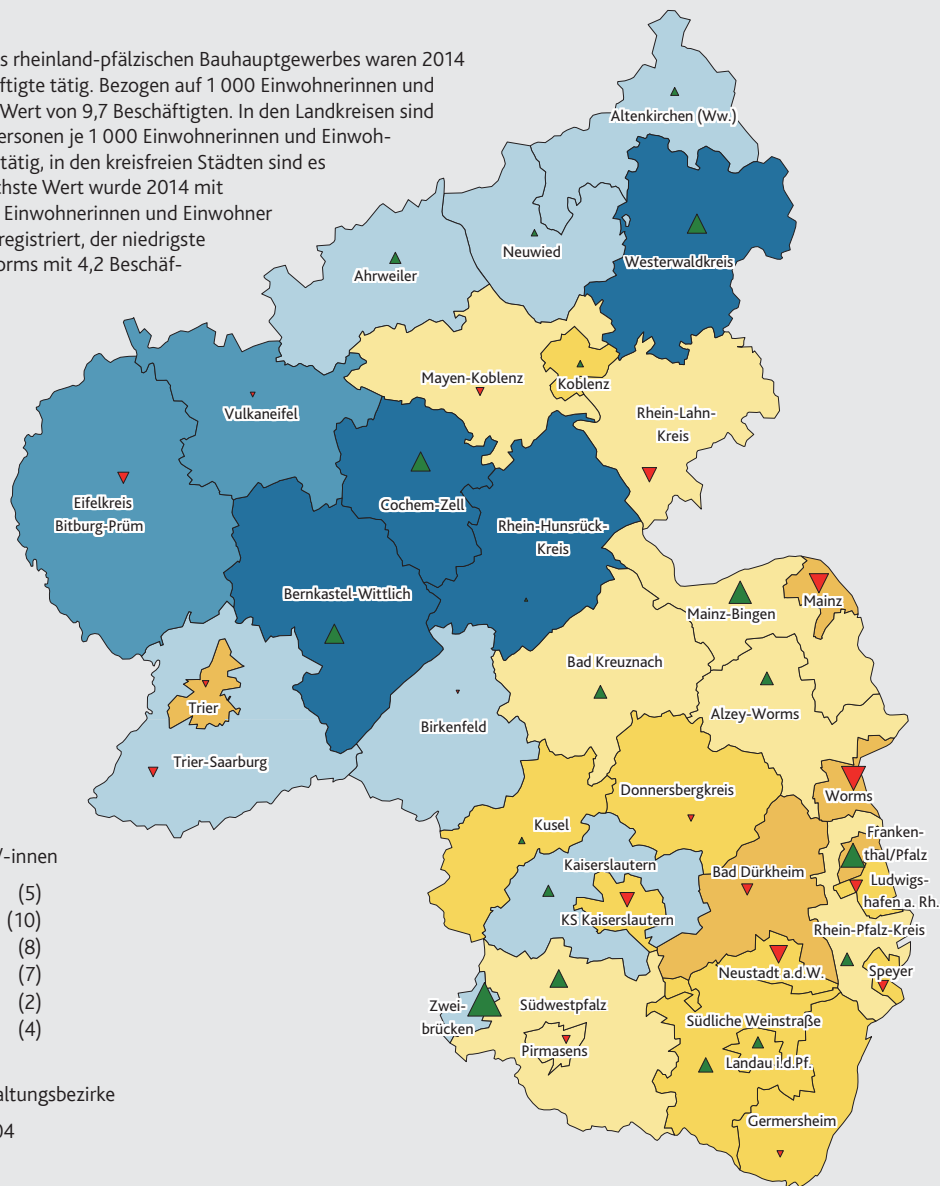
Landeswert: 9,7

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2004

▲ Zunahme

▼ Abnahme

¹ Alle Betriebe.

T 11

Betriebe, Beschäftigte im Juni 2014, geleistete Arbeitsstunden und Entgelte im 2. Quartal 2014 sowie Umsatz 2013 im Ausbaugewerbe¹ nach Verwaltungsbezirken

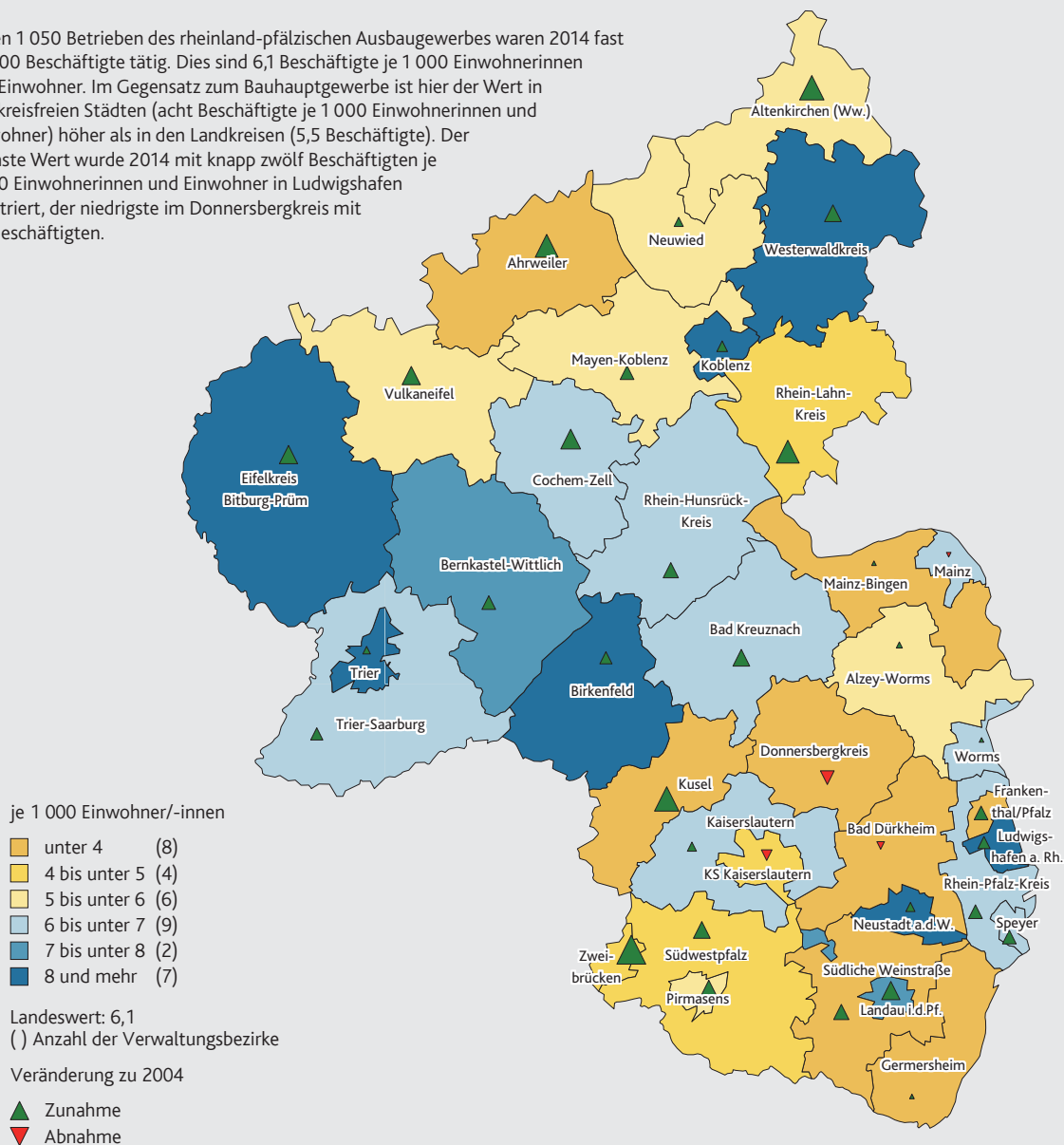
Verwaltungsbezirk	30.06.2014		2. Quartal 2014				2013	
	Betriebe	Beschäftigte	geleistete Arbeitsstunden		Entgelte		Gesamtumsatz ²	
			insgesamt	Veränderung zu 2013	insgesamt	Veränderung zu 2013	insgesamt	Veränderung zu 2012
	Anzahl		1 000	%	1 000 EUR	%	1 000 EUR	%
Frankenthal (Pfalz), St.	10	181	58,3	6,4	1 095,7	6,8	14 842,9	5,4
Kaiserslautern, St.	18	465	162,3	-3,8	3 583,7	-23,1	61 373,5	-32,5
Koblenz, St.	45	1 052	356,5	5,9	7 437,6	9,0	94 600,3	-3,1
Landau i. d. Pfalz, St.	12	333	92,7	-3,4	2 263,3	14,7	34 622,7	-1,4
Ludwigshafen a. Rh., St.	56	1 896	570,1	-17,7	15 962,9	-8,5	209 280,5	-13,1
Mainz, St.	56	1 406	399,2	-0,8	10 875,2	-1,2	155 040,5	5,3
Neustadt a. d. Weinstr., St.	21	574	167,1	-25,1	4 454,2	20,5	60 572,7	35,2
Pirmasens, St.	9	222	61,0	-14,4	1 373,9	-6,2	22 305,8	4,6
Speyer, St.	10	330	116,7	-1,9	3 015,8	0,8	30 277,9	-11,7
Trier, St.	44	1 060	352,6	0,2	7 663,4	10,5	112 696,4	14,1
Worms, St.	18	534	135,5	1,3	3 899,0	8,3	41 644,1	6,6
Zweibrücken, St.	7	157	46,5	-28,9	1 108,6	-21,7	16 060,6	-6,4
Ahrweiler	28	493	136,3	-4,0	2 457,5	-3,7	41 707,6	-1,5
Altenkirchen (Ww.)	31	731	213,5	2,8	4 365,9	12,1	89 657,5	4,5
Alzey-Worms	29	658	227,3	1,5	4 499,7	0,5	64 996,9	-3,8
Bad Dürkheim	22	365	108,7	1,9	2 308,4	-1,0	35 778,4	-9,1
Bad Kreuznach	40	951	288,2	-11,5	6 517,4	-8,0	96 984,3	-5,4
Bernkastel-Wittlich	39	805	251,3	2,0	5 007,2	-1,1	73 174,3	-5,8
Birkenfeld	26	692	208,8	-11,5	4 585,7	-2,2	76 260,8	13,1
Cochem-Zell	19	390	121,6	-1,6	2 298,4	11,8	45 725,9	-8,0
Donnersbergkreis	8	140	39,5	-20,0	1 101,9	3,6	13 091,2	-30,8
Eifelkreis Bitburg-Prüm	36	837	271,2	1,1	5 139,7	-3,8	73 001,4	6,1
Germersheim	21	394	113,2	-16,6	2 424,5	-17,0	41 458,0	-12,4
Kaiserslautern	33	691	210,8	-3,4	4 700,6	6,0	76 897,9	6,2
Kusel	15	251	83,3	-1,9	1 590,7	8,4	23 441,3	3,4
Mainz-Bingen	37	789	259,9	-2,1	5 161,1	-1,5	78 775,4	-7,1
Mayen-Koblenz	57	1 176	370,1	-5,7	7 986,1	-1,1	109 907,9	2,9
Neuwied	40	985	303,7	-2,4	6 210,0	0,2	99 272,4	-6,1
Rhein-Hunsrück-Kreis	36	693	209,6	-2,1	4 405,2	7,8	81 564,0	5,2
Rhein-Lahn-Kreis	25	555	170,5	-4,7	3 759,4	-8,7	63 830,2	-13,3
Rhein-Pfalz-Kreis	35	915	273,5	3,4	7 163,8	19,5	110 994,2	13,2
Südliche Weinstraße	21	405	128,6	18,7	2 534,4	14,0	36 908,4	17,1
Südwestpfalz	25	448	149,2	6,1	2 934,8	13,0	43 213,9	5,8
Trier-Saarburg	46	917	270,5	-7,6	6 355,5	2,5	81 531,4	-10,4
Vulkaneifel	15	310	108,5	-11,4	2 062,4	-2,3	36 643,6	-9,0
Westerwaldkreis	62	1 776	553,3	-4,0	13 863,8	1,5	214 370,1	2,7
Rheinland-Pfalz	1 052	24 577	7 589,5	-4,6	172 167,4	0,7	2 562 504,9	-1,6
kreisfreie Städte	306	8 210	2 518,6	-7,3	62 733,1	-0,5	853 317,7	-3,2
Landkreise	746	16 367	5 070,9	-3,1	109 434,3	1,4	1 709 187,1	-0,7

1 Betriebe von Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten. – 2 Ohne Umsatzsteuer.

K 3

Beschäftigte im Ausbaugewerbe¹ am 30. Juni 2014 nach Verwaltungsbezirken

In den 1 050 Betrieben des rheinland-pfälzischen Ausbaugewerbes waren 2014 fast 24 600 Beschäftigte tätig. Dies sind 6,1 Beschäftigte je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Im Gegensatz zum Bauhauptgewerbe ist hier der Wert in den kreisfreien Städten (acht Beschäftigte je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner) höher als in den Landkreisen (5,5 Beschäftigte). Der höchste Wert wurde 2014 mit knapp zwölf Beschäftigten je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner in Ludwigshafen registriert, der niedrigste im Donnersbergkreis mit 1,9 Beschäftigten.



Datenquellen

Statistik	Tabelle	Grafik	Karte	Übersicht
Monatsbericht im Bauhauptgewerbe	T 1, T 3	G 3	-	-
Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe	T 2, T 4, T 10	G 1, G 2	K 2	-
Jahres- und Investitionserhebung im Bauhauptgewerbe	T 5, T 9	-	K 1	-
Vierteljährlicher Bericht im Ausbaugewerbe	T 1	-	-	-
Jährliche Erhebung im Ausbaugewerbe	T 6, T 7, T 11	-	K 3	-
Jahres- und Investitionserhebung im Ausbaugewerbe	T 8, T 9	G 4, G 5	-	-
Umsatzsteuerstatistik	T 1	-	-	-
Unternehmensregister	T 1	-	-	-

Statistiken

Der **Monatsbericht im Bauhauptgewerbe** dient der Beurteilung der konjunkturellen Lage. Darüber hinaus wird er u. a. zur Berechnung der Produktionsindizes im Baugewerbe, der Bauinvestitionen und der Auftragseingangsindizes verwendet.

Die Ergebnisse der **Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe** dienen der Beurteilung der Struktur des Bauhauptgewerbes. Sie stellen die Grundlage für zahlreiche Entscheidungen der gesetzgebenden Körperschaften, der Bundes- und der Landesregierung, der Bau- und Handwerksverbände, Kammern und anderer Institutionen auf dem Gebiet der gesamten Wirtschaftspolitik, insbesondere im Bereich der Bauwirtschaft dar.

Zur strukturellen Entwicklung in den verschiedenen Bereichen des Baugewerbes stellt die **Jahres- und Investitionserhebung im Bauhauptgewerbe**, ergänzt um die Erhebung bei kleineren Bauunternehmen, detaillierte Angaben über die Beschäftigung, die Investitionstätigkeit sowie die Kosten- und Leistungsgrößen des Baugewerbes zur Verfügung.

Die **Vierteljahreserhebung im Ausbaugewerbe und bei Bauträgern** wird bei allen Betrieben dieses Bereichs mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten durchgeführt. Sie dient der kurzfristigen Beurteilung der konjunkturellen Lage dieses Baubereichs.

Die **jährliche Erhebung im Ausbaugewerbe** liefert wichtige Daten zur Struktur dieses Wirtschaftszweigs. Erhoben werden die Tatbestände der Vierteljahreserhebung mit zusätzlichen Merkmalsausprägungen.

Die **Jahreserhebung einschließlich Investitionserhebung bei Unternehmen des Ausbaugewerbes** liefert Ergebnisse und Informationen über die Struktur, den Umfang und die Entwicklung der Bauleistung, der Beschäftigung sowie der Investitionen und ist somit ein wichtiger Indikator für die Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung sowohl durch staatliche als auch private Institutionen.

Die Statistiken des Baugewerbes basieren auf der **Klassifikation der Wirtschaftszweige**, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Das **Bauhauptgewerbe** wird dargestellt als Zusammenfassung von Gruppen der Abschnitte 41 bis 43 der WZ 2008, die diese für nationale Belange aufbereitete Aggregation selber als Gliederungsebene nicht beinhaltet. Aus dem Abschnitt Hochbau wird die Gruppe 41.2 – Bau von Gebäuden, aus dem Abschnitt Tiefbau die Gruppen 42.1 – Bau von Straßen und Bahnverkehrsstrecken, 42.2 – Leitungstiefbau und Kläranlagenbau und 42.9 – Sonstiger Tiefbau einbezogen. In Abgrenzung zum Ausbaugewerbe umfasst das Bauhauptgewerbe zusätzlich die Gruppe 43.1 – Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten und 43.9 – Sonstige spezialisierte Bautätigkeiten, die zusammengefasst als vorbereitende Bauinstallation bezeichnet werden.

Das **Ausbaugewerbe** umfasst die Gruppen 43.2 – Bauinstallation und 43.3 – Sonstiger Ausbau.

Die Bauberichterstattung schließt sich in ihrer Organisation und ihrem Erhebungsprogramm eng an die übrigen Statistiken des Produzierenden Gewerbes an. Sie gliedert sich in eine laufende monatliche Erhebung im Bauhauptgewerbe und eine vierteljährliche Erhebung im Ausbaugewerbe, die sich an die Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten wendet, sowie eine Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe im Juni eines jeden Jahres, in die auch alle Kleinbetriebe und beim Ausbaugewerbe Betriebe von Unternehmen ab zehn Beschäftigten mit einbezogen werden.

Erhebungsmerkmale der Monats- oder Vierteljahresberichte sind die Beschäftigten, die Arbeitsstunden und Arbeitsentgelte, der Umsatz und beim Bauhauptgewerbe der Auftragseingang. Die Ergebnisse des Monatsberichts im Bauhauptgewerbe werden unter Zugrundelegung der Eckwerte aus der Ergänzungserhebung auf alle Betriebe des Bauhauptgewerbes hochgerechnet.

Der institutionell abgegrenzte Berichtskreis der jährlichen Unternehmens- und Investitionserhebungen umfasst beim Baugewerbe Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt – gemessen an der Zahl der Beschäftigten – im Baugewerbe liegt, einschließlich aller nicht zum Baugewerbe

gehörenden Unternehmensteile, jedoch nicht Zweigniederlassungen im Ausland und land- und forstwirtschaftliche Unternehmensteile. Erhebungsmerkmale sind Beschäftigte, Entgelte, Jahresbauleistung und sonstige Leistungen (beim Ausbaugewerbe der Umsatz) sowie Bruttoanlage- und Mietinvestitionen.

Glossar

Auftragseingang

Alle im Berichtsmonat eingegangenen und vom Betrieb fest akzeptierten Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsverordnung für Bauleistungen, ohne Umsatzsteuer. Um Doppelzählungen zu vermeiden, wird der Auftragseingang nur von dem Betrieb gemeldet, der den Bauauftrag ausführen wird, d.h., an Nachunternehmer zu vergebende Teile von Bauaufträgen werden nicht in die eigene Meldung einbezogen.

Beschäftigte

Tätige Inhaber/-innen, mithelfende Familienangehörige, Auszubildende, Arbeiter/-innen und Angestellte einschließlich der vorübergehend abwesenden Personen (z.B. wegen Krankheit oder Urlaub).

Betrieb

Örtliche Betriebseinheit, als selbstständige Betriebe gelten auch Arbeitsgemeinschaften mit eigener Ertrags- und Aufwandsrechnung (meist Gesellschaften bürgerlichen Rechts) und Baustellen mit eigenem Baubüro in einem anderen Bundesland als dem Sitz des Betriebs.

Bruttoanlageinvestitionen

Bruttozugänge auf den Anlagekonten der Unternehmen einschließlich im Bau befindlicher Anlagen und Ersatzinvestitionen, jedoch ohne aktivierte Forschungs- und Entwicklungskosten und ohne Anzahlungen auf noch nicht gelieferte Investitionsgüter. Der Nachweis erfolgt ohne Umsatzsteuer.

Entgelte

Die Entgelte entsprechen der Bruttolohn- und -gehaltssumme. Dies ist die Bruttosumme ohne Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung. Lohn- und Gehaltszuschläge (einschließlich Gratifikationen) sind einbezogen. Nicht erfasst sind dagegen allgemeine soziale Aufwendungen sowie Vergütungen, die als Spesenersatz anzusehen sind.

Geleistete Arbeitsstunden

Von den Beschäftigten auf Baustellen und Bauhöfen geleistete Arbeitsstunden; abgerechnete, aber nicht geleistete Stunden werden abgesetzt. Für die Zuordnung der Arbeitsstunden zu den verschiedenen Bauarten im Bauhauptgewerbe ist die überwiegende Zweckbestimmung des einzelnen Auftrags maßgebend. Die für die Trümmerbeseitigung und auf Bauhöfen geleisteten Arbeitsstunden werden anteilig auf die Bauarten umgelegt.

Gesamtumsatz

Rechnungsbetrag der Bau- bzw. Ausbauleistungen einschließlich Handelsumsätze und anderer Umsätze (ohne Umsatzsteuer).

Jahresbauleistung

Wert der im Unternehmen geleisteten Bauarbeiten, unabhängig davon, ob sie abgerechnet oder angezahlt sind. Der Nachweis erfolgt ohne Umsatzsteuer.

Mietinvestitionen

Wert der neu gemieteten und gepachteten neuen Sachanlagen ohne gebrauchte Güter. Der Nachweis erfolgt ohne Umsatzsteuer.

Sonstige Leistungen

Umsatz von Erzeugnissen und Leistungen aus Nebenbetrieben ohne Rücksicht auf den Zahlungseingang sowie Umsatz aus Nebengeschäften; Erlöse aus dem Verkauf von Anlagevermögen sind nicht einbezogen. Der Nachweis erfolgt ohne Umsatzsteuer.

Unternehmen

Kleinste rechtlich selbstständige Wirtschaftseinheit.

Internet

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/industrie-bau-handwerk

Pressemitteilungen

[www.statistik.rlp.de/wirtschaft/industrie-bau-handwerk/
pressemitteilungen](http://www.statistik.rlp.de/wirtschaft/industrie-bau-handwerk/pressemitteilungen)

Statistische Berichte

[www.statistik.rlp.de/wirtschaft/industrie-bau-handwerk/
statistische-berichte](http://www.statistik.rlp.de/wirtschaft/industrie-bau-handwerk/statistische-berichte)

Beiträge in den Statistischen Monatsheften

[www.statistik.rlp.de/wirtschaft/industrie-bau-handwerk/
monatsheftbeitraege](http://www.statistik.rlp.de/wirtschaft/industrie-bau-handwerk/monatsheftbeitraege)

Übersichtstabellen

[www.statistik.rlp.de/wirtschaft/industrie-bau-handwerk/
basisdaten-regional](http://www.statistik.rlp.de/wirtschaft/industrie-bau-handwerk/basisdaten-regional)

Analysen

[www.statistik.rlp.de/wirtschaft/industrie-bau-handwerk/
analysen](http://www.statistik.rlp.de/wirtschaft/industrie-bau-handwerk/analysen)

Kurzpräsentationen

[www.statistik.rlp.de/wirtschaft/industrie-bau-handwerk/
kurzpraesentationen](http://www.statistik.rlp.de/wirtschaft/industrie-bau-handwerk/kurzpraesentationen)

Gemeinschaftsveröffentlichungen

www.statistik-portal.de



21. Bautätigkeit



Tabellen

T 1: Ausgewählte Kennzahlen zum Bauen und Wohnen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1990–2014	604
T 2: Wohngebäude- und Wohnungsbestand 2013 nach Bundesländern	605
T 3: Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau 2004–2014 nach Gebäudearten und Bauherren	606
T 4: Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau 2014 nach vorwiegend verwendeter Heizenergie	607
T 5: Baufertigstellungen im Wohn- und Nichtwohnbau 2004–2014	608
T 6: Nicht abgeschlossene Bauvorhaben (Bauüberhang) im Wohn- und Nichtwohnbau 2004–2014	610
T 7: Wohngebäude und Wohnungsbestand 2004–2014	612
T 8: Wohnungsbestand am 9. Mai 2011 nach ausgewählten Merkmalen	614
T 9: Baugenehmigungen neuer Gebäude im Wohnbau 2014 nach Verwaltungsbezirken	616
T 10: Baufertigstellungen neuer Gebäude im Wohnbau 2014 nach Verwaltungsbezirken	618
T 11: Wohngebäude und Wohnungsbestand 2014 nach Verwaltungsbezirken	620

Grafiken

G 1: Baugenehmigungen und Baufertigstellungen 2004–2014	603
G 2: Wohnfläche der Wohnungen 2013 nach Bundesländern	605
G 3: Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau 2004–2014	607
G 4: Baufertigstellungen im Wohn- und Nichtwohnbau 2004–2014	609
G 5: Fertiggestellte Wohngebäude 2004 und 2014 nach Anzahl der Wohnungen	609
G 6: Wohngebäude- und Wohnungsbestand in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2004–2014	612
G 7: Leerstandsquote am 9. Mai 2011 nach Verwaltungsbezirken	615

Übersichten

Ü 1: Bauüberhang an Wohn- und Nichtwohngebäuden 2013 und 2014	611
Ü 2: Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestands zum 31. Dezember 2014	613

Karten

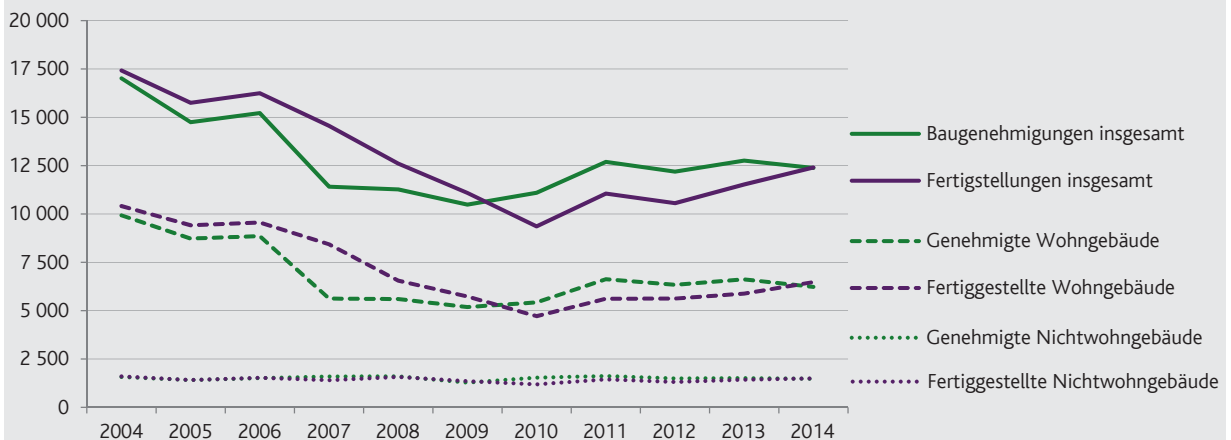
K 1: Baugenehmigungen neuer Gebäude im Wohnbau 2014 nach Verwaltungsbezirken	617
K 2: Fertiggestellte Wohnungen 2014 nach Verwaltungsbezirken	619
K 3: Wohnungsbestand 2014 nach Verwaltungsbezirken	621

Metadaten

Datenquellen	622
Statistiken	622
Glossar	623
Internet	624

- Durchschnittlich standen 2013 jeder Rheinland-Pfälzerin bzw. jedem Rheinland-Pfälzer 53 Quadratmeter Wohnraum zur Verfügung, fast sieben Quadratmeter mehr als im Bundesdurchschnitt.
- Im Jahr 2014 wurden fast 10 000 Baugenehmigungen im Wohnbau erteilt. Knapp zwei Drittel davon betrafen Neubauten und nur ein Drittel Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. Bauherren waren in neun von zehn Fällen private Haushalte.
- Im Nichtwohnbau wurden 2 741 Baugenehmigungen erteilt. In den meisten Fällen betraf das Bauvorhaben ein Handels- oder Lagergebäude (27 Prozent). Der Bauherr war in 65 Prozent der Fälle ein Unternehmen.
- Bei 78 Prozent der 2014 fertiggestellten Wohngebäude handelte es sich um Gebäude mit einer Wohnung.
- Am 31. Dezember 2014 gab es laut Fortschreibung der im Rahmen des Zensus 2011 ermittelten Bestände 1 163 198 Wohngebäude und 2 050 603 Wohnungen.

G 1 Baugenehmigungen und Baufertigstellungen 2004–2014



T 1

Ausgewählte Kennzahlen zum Bauen und Wohnen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
1990–2014

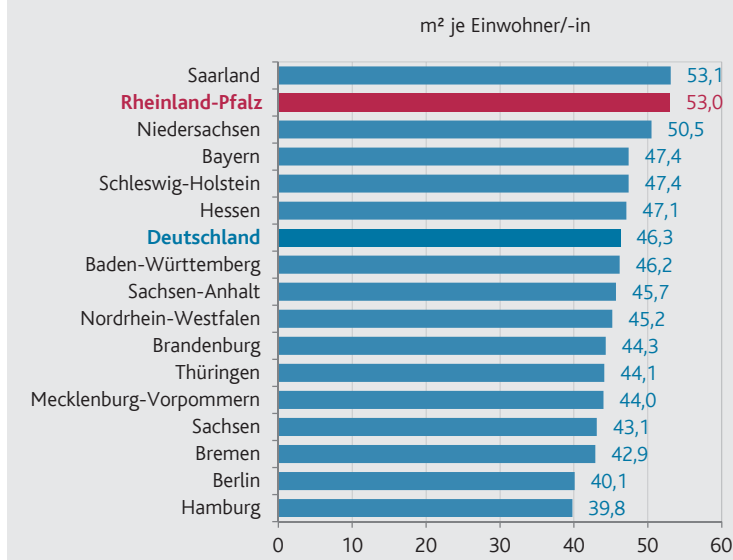
Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz						Deutschland	
		1990	2000	2005	2010	2013	2014	2013	2014
Bautätigkeit									
Baugenehmigungen	2000=100	101,6	100	77,8	53,4	62,4	59,1	64,8	63,6
Baufertigstellungen	2000=100	75,6	100	74,0	40,4	49,9	54,5	54,1	55,9
Bauüberhang	2000=100	83,1	100	70,9	65,5	73,5	71,7	77,4	82,1
Gebäude- und Wohnungsbestand									
Bestand an Wohngebäuden	1 000	927,8	1 045,6	1 096,5	1 133,1	1 156,5	1 163,2	18 521,3	18 628,0
mit 1 Wohnung	Anteil in %	70,0	68,7	68,8	69,1	72,8	72,8	66,5	66,5
mit 2 Wohnungen	Anteil in %	19,9	20,5	20,5	20,4	15,9	15,9	16,6	16,6
mit 3 und mehr Wohnungen	Anteil in %	10,1	10,8	10,6	10,5	11,2	11,2	16,8	16,8
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	246,5	259,2	270,2	283,0	289,5	290,7	228,9	230,6
Bestand an Wohnungen ¹	1 000	1 560,9	1 819,1	1 899,8	1 954,8	2 037,9	2 050,6	40 995,1	41 221,7
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	414,7	450,9	468,1	488,2	510,2	512,6	508,0	508,0
Wohnfläche									
je Wohnung	m²	95,2	96,6	97,9	98,9	103,8	103,9	91,3	91,4
je Einwohner/-in	m²	39,5	43,5	45,8	48,3	53,0	53,3	46,3	46,5
Räume									
je Wohnung	Anzahl	4,8	4,8	4,8	4,9	4,9	4,9	4,4	4,4
je Einwohner/-in	Anzahl	2,0	2,2	2,3	2,4	2,5	2,5	2,2	2,2
1 In Wohn- und Nichtwohngebäuden.									

T 2 Wohngebäude- und Wohnungsbestand 2013 nach Bundesländern

Bundesland	Wohngebäude				Wohnungen ¹				
	Anzahl	Veränderung zu		Anteil an Deutschland	Anzahl	Veränderung zu		Anteil an Deutschland	Wohnfläche je Einwohner/-in
		2003	2013			2003	2013		
		%				%		m²	
Baden-Württemberg	2 357 534	6,1	0,6	12,7	5 123 181	8,9	0,6	12,5	46,2
Bayern	2 948 790	6,2	0,7	15,9	6 160 487	10,4	0,7	15,0	47,4
Berlin	316 047	4,4	0,6	1,7	1 883 161	1,1	0,3	4,6	40,1
Brandenburg	642 947	10,9	0,8	3,5	1 286 521	4,1	0,4	3,1	44,3
Bremen	137 368	4,9	0,3	0,7	351 409	1,3	0,3	0,9	42,9
Hamburg	244 763	6,4	0,8	1,3	917 234	6,8	0,7	2,2	39,8
Hessen	1 364 391	6,6	0,4	7,4	2 953 867	8,0	0,4	7,2	47,1
Mecklenburg-Vorpommern	383 081	8,8	0,7	2,1	886 286	3,8	0,4	2,2	44,0
Niedersachsen	2 178 181	9,5	0,6	11,8	3 863 171	8,3	0,6	9,4	50,5
Nordrhein-Westfalen	3 803 067	8,0	0,5	20,5	8 811 128	8,1	0,4	21,5	45,2
Rheinland-Pfalz	1 156 502	7,5	0,5	6,2	2 037 902	12,0	0,6	5,0	53,0
Saarland	301 330	3,1	0,4	1,6	507 598	2,7	0,4	1,2	53,1
Sachsen	807 852	5,3	0,4	4,4	2 328 770	-0,9	0,1	5,7	43,1
Sachsen-Anhalt	568 101	2,2	0,2	3,1	1 285 208	-3,5	-0,2	3,1	45,7
Schleswig-Holstein	790 638	11,3	0,6	4,3	1 432 182	8,4	0,6	3,5	47,4
Thüringen	520 671	2,7	0,3	2,8	1 167 036	-0,3	0,2	2,8	44,1
Deutschland	18 521 263	7,1	0,5	100	40 995 141	6,8	0,5	100	46,3

1 In Wohn- und Nichtwohngebäuden.

G 2 Wohnfläche der Wohnungen 2013 nach Bundesländern



Die Wohnraumversorgung in Rheinland-Pfalz ist überdurchschnittlich: Jeder Einwohnerin bzw. jedem Einwohner stand 2013 durchschnittlich eine Wohnfläche von 53 Quadratmetern zur Verfügung. Im Vergleich der Bundesländer bedeutet das Platz 2 hinter dem Saarland.

Die überdurchschnittliche Versorgung hierzulande steht in engem Zusammenhang mit der hohen Wohneigentumsquote. Die Wohnfläche der von Eigentümerinnen und Eigentümern selbst genutzten Wohneinheiten ist tendenziell größer als in vermieteten Wohneinheiten.

T 3

Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau 2004–2014 nach Gebäudearten und Bauherren

Gebäudeart Bauherr	2004	2005	2010	2013	insgesamt	2014	
						Veränderung zu	
						2004	2013
Anzahl						%	
Wohnbau							
Wohngebäude insgesamt	14 277	12 241	8 347	9 996	9 640	-32,5	-3,6
mit 1 Wohnung	10 812	9 515	6 392	7 531	7 230	-33,1	-4,0
mit 2 Wohnungen	2 503	1 999	1 192	1 372	1 255	-49,9	-8,5
mit 3 und mehr Wohnungen	957	725	757	1 093	1 135	18,6	4,8
Wohnungen insgesamt	15 582	12 979	9 149	13 953	13 263	-14,9	-4,9
Wohnheime	5	4	8	12	20	300,0	66,7
Art der Baumaßnahmen							
Neubauten	9 931	8 728	5 423	6 621	6 231	-37,3	-5,9
an bestehenden Gebäuden	4 346	3 513	2 924	3 375	3 409	-21,6	1,0
Bauherren							
öffentliche Bauherren	11	11	19	39	35	218,2	-10,3
Unternehmen	1 343	1 537	746	939	1 075	-20,0	14,5
Wohnungsbauunternehmen	1 069	1 063	586	768	892	-16,6	16,1
Immobilienfonds	4	24	9	8	5	25,0	-37,5
sonstige Unternehmen	270	450	151	163	178	-34,1	9,2
private Haushalte	12 901	10 685	7 560	8 990	8 510	-34,0	-5,3
Organisationen ohne Erwerbszweck	22	8	22	28	20	-9,1	-28,6
Nichtwohnbau							
Nichtwohngebäude insgesamt	2 743	2 511	2 747	2 769	2 741	-0,1	-1,0
Anstaltsgebäude	54	51	60	45	52	-3,7	15,6
Büro- und Verwaltungsgebäude	253	205	205	256	276	9,1	7,8
landwirtschaftliche Betriebsgebäude	510	453	531	498	447	-12,4	-10,2
nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude	1 572	1 488	1 434	1 515	1 578	0,4	4,2
darunter							
Fabrik- und Werkstattgebäude	362	364	340	367	393	8,6	7,1
Handels- und Lagergebäude	825	782	743	724	737	-10,7	1,8
Hotels und Gaststätten	137	170	149	175	138	0,7	-21,1
sonstige Nichtwohngebäude	354	314	517	455	388	9,6	-14,7
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	181	206	215	446	277	53,0	-37,9
Art der Baumaßnahmen							
Neubauten	1 564	1 410	1 533	1 510	1 478	-5,5	-2,1
an bestehenden Gebäuden	1 179	1 101	1 214	1 259	1 263	7,1	0,3
Bauherren							
öffentliche Bauherren	269	298	398	361	270	0,4	-25,2
Unternehmen	2 120	1 997	2 107	2 000	1 789	-15,6	-10,6
davon							
Wohnungsbauunternehmen	39	35	54	66	63	61,5	-4,5
Immobilienfonds	6	7	8	19	13	116,7	-31,6
sonstige Unternehmen	2 075	1 955	2 045	1 915	1 713	-17,4	-10,5
private Haushalte	182	91	70	279	546	200,0	95,7
Organisationen ohne Erwerbszweck	172	125	172	129	136	-20,9	5,4

T 4

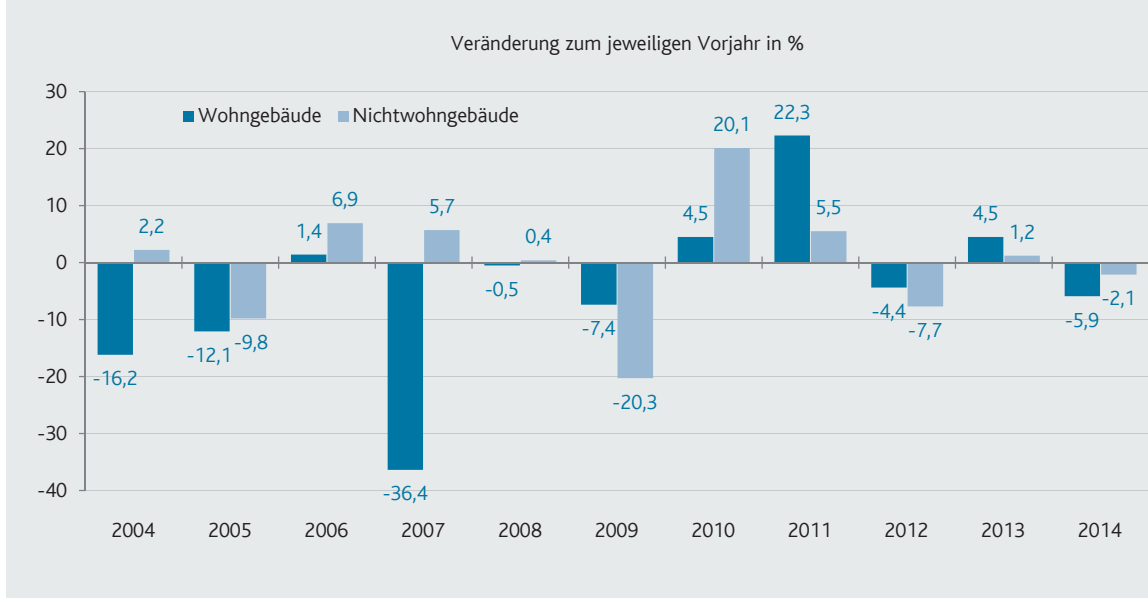
Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau 2014 nach vorwiegend verwendeter Heizenergie

Heizenergie	Heizung			Warmwasserbereitung		
	insgesamt	Anteil an insgesamt	Veränderung zu 2013	insgesamt	Anteil an insgesamt	Veränderung zu 2013
	Anzahl	%		Anzahl	%	
Wohnbau						
Gas	3 049	48,9	-0,8	2 590	41,6	2,6
Umweltthermie	1 888	30,3	-14,3	1 830	29,4	-13,0
Geothermie	473	7,6	-9,2	462	7,4	-8,3
Holz	220	3,5	9,5	186	3,0	4,5
Strom	162	2,6	4,5	253	4,1	-0,8
Sonstige ¹	439	7,0	-6,0	910	14,6	-13,7
Nichtwohnbau						
Gas	393	56,5	-4,8	301	43,0	0,7
Umweltthermie	94	13,5	25,3	80	11,4	56,9
Geothermie	20	2,9	-28,6	12	1,7	-29,4
Holz	41	5,9	5,1	36	5,1	24,1
Strom	42	6,0	-12,5	185	26,4	-8,0
Sonstige ¹	106	15,2	-17,8	86	12,3	-26,5

¹ Öl, Fernwärme, Solarthermie, Biogas, sonstige Biomasse und sonstige Heizenergie.

G 3

Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau 2004–2014

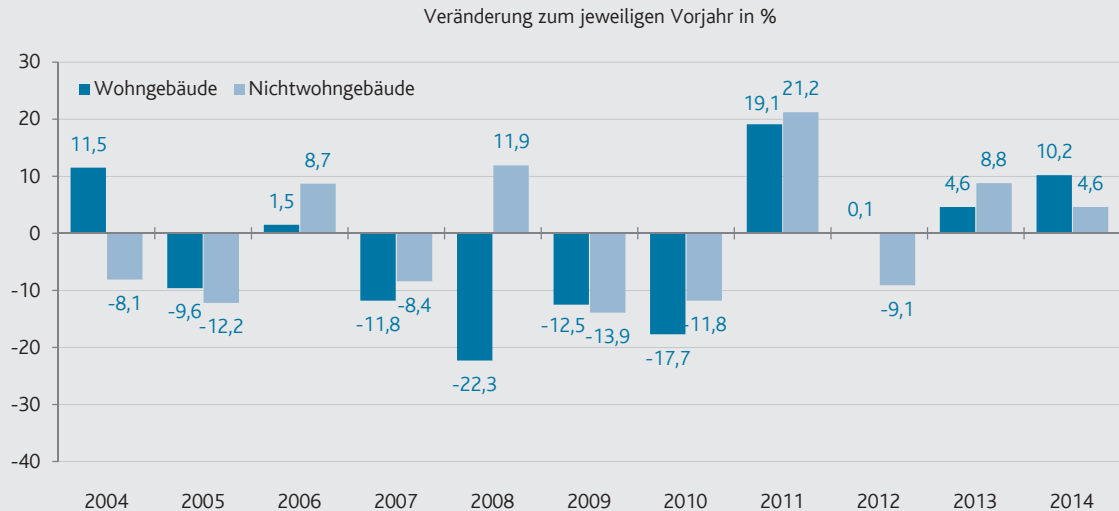


T 5

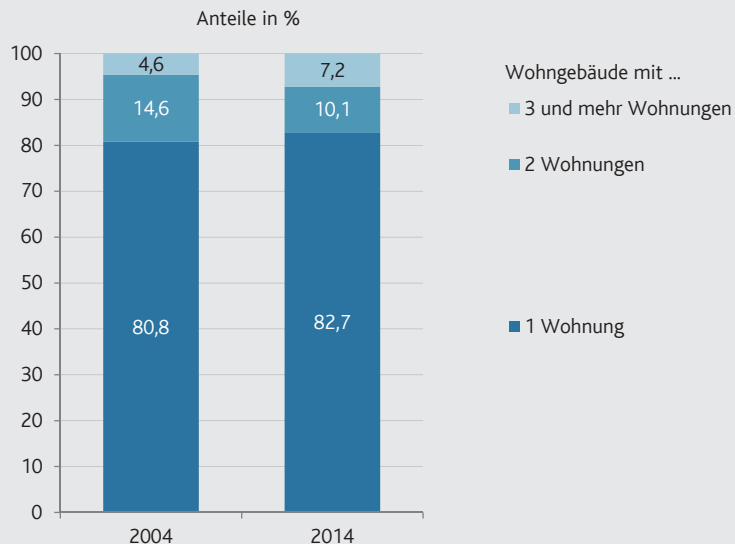
Baufertigstellungen im Wohn- und Nichtwohnbau 2004–2014

Gebäudeart	2004	2005	2010	2013	2014				
					insgesamt	Anteil an insgesamt	Veränderung zu		
							2004	2013	
	Anzahl					%			
Wohnbau									
Wohngebäude insgesamt	14 719	13 264	7 114	8 933	9 669	100	-34,3	8,2	
mit 1 Wohnung	11 054	10 039	5 503	6 909	7 394	76,5	-33,1	7	
mit 2 Wohnungen	2 680	2 386	1 061	1 202	1 281	13,3	-52,2	6,6	
mit 3 und mehr Wohnungen	981	836	546	822	988	10,2	0,7	20,2	
Wohnheime	4	6	8	10	6	0,1	50,0	-40	
Neubauten	10 410	9 414	4 717	5 879	6 476	67,0	-37,8	10,2	
Einzelhaus	7 834	7 251	3 763	4 772	5 197	80,3	-33,7	8,9	
Doppelhaus	1 195	1 023	403	550	607	9,4	-49,2	10,4	
Reihenhaus	1 048	854	385	369	434	6,7	-58,6	17,6	
sonstiger Haustyp	333	286	166	188	238	3,7	-28,5	26,6	
Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	4 309	3 850	2 397	3 054	3 193	33,0	-25,9	4,6	
Wohnungen ¹ insgesamt	16 220	14 333	7 813	11 336	12 202	100	-24,8	7,6	
mit 1 Raum	383	63	266	1 421	562	4,6	46,7	-60,5	
mit 2 Räumen	649	703	428	776	1 045	8,6	61,0	34,7	
mit 3 Räumen	1 411	1 321	922	1 152	1 598	13,1	13,3	38,7	
mit 4 Räumen	1 997	1 654	955	1 323	1 866	15,3	-6,6	41,0	
mit 5 Räumen	3 176	2 899	1 296	1 774	2 025	16,6	-36,2	14,1	
mit 6 Räumen	3 975	3 483	1 799	2 241	2 303	18,9	-42,1	2,8	
mit 7 und mehr Räumen	4 629	4 210	2 147	2 649	2 803	23,0	-39,4	5,8	
Nichtwohnbau									
Nichtwohngebäude insgesamt	2 702	2 491	2 241	2 594	2 738	100	1,3	5,6	
Anstaltsgebäude	67	46	48	42	67	2,4	0,0	59,5	
Büro- und Verwaltungsgebäude	249	228	186	226	257	9,4	3,2	13,7	
landwirtschaftliche Betriebsgebäude	557	489	406	416	508	18,6	-8,8	22,1	
nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude	1 515	1 402	1 228	1 497	1 452	53,0	-4,2	-3,0	
darunter									
Fabrik- und Werkstattgebäude	374	313	293	435	325	11,9	-13,1	-25,3	
Handels- und Lagergebäude	799	737	643	742	732	26,7	-8,4	-1,3	
Hotels und Gaststätten	148	168	144	120	162	5,9	9,5	35,0	
sonstige Nichtwohngebäude	314	326	373	413	454	16,6	44,6	9,9	
Wohnungen	391	155	219	455	370	2,9	-5,4	-18,7	
Art der Baumaßnahmen									
Neubauten	1 602	1 406	1 189	1 425	1 491	54,5	-6,9	4,6	
an bestehenden Gebäuden	1 100	1 085	1 052	1 169	1 247	45,5	13,4	6,7	
1 Ab 2012 einschließlich sonstiger Wohneinheiten, Räume einschließlich Küchen.									

G 4 Baufertigstellungen im Wohn- und Nichtwohnbau 2004–2014



G 5 Fertiggestellte Wohngebäude 2004 und 2014 nach Anzahl der Wohnungen



Im Jahr 2014 wurden 9 640 Wohngebäude mit insgesamt 13 263 Wohnungen fertiggestellt. Bei 75 Prozent der Wohngebäude handelte es sich um Gebäude mit einer Wohnung.

Rund 20 Prozent der Wohnungen hatten sieben oder mehr Räume. Nur einen Raum wiesen 6,3 Prozent der fertiggestellten Wohngebäude auf.

Als Wohngebäude wird ein Gebäude bezeichnet, das gemessen am Anteil der Wohnfläche an der Nutzfläche mindestens zur Hälfte Wohnzwecken dient. Dazu zählen auch Ferien-, Sommer- und Wochenendhäuser mit einer Wohnfläche von 50 Quadratmetern und mehr.

T 6

Nicht abgeschlossene Bauvorhaben (Bauüberhang) im Wohn- und Nichtwohnbau 2004–2014

Gebäudeart	2004	2005	2010	2013	2014			
					insgesamt	Anteil an insgesamt	Veränderung zu	
							2004	2013
Anzahl					%			
Wohnbau								
Baufortschritt								
Bauvorhaben noch nicht begonnen	8 011	8 170	4 199	4 043	4 052	34,7	-49,4	0,2
Bauvorhaben im Bau, noch nicht unter Dach	3 708	3 317	2 510	3 493	3 512	30,1	-5,3	0,5
Bauvorhaben im Bau, unter Dach (rohbaufertig)	6 863	5 916	3 860	4 610	4 101	35,2	-40,2	-11,0
Wohngebäude insgesamt	18 582	17 403	10 569	12 146	11 665	62,9	-37,2	-4,0
mit 1 Wohnung	14 407	13 718	8 491	9 657	9 230	79,1	-35,9	-4,4
mit 2 Wohnungen	3 082	2 724	1 356	1 457	1 350	11,6	-56,2	-7,3
mit 3 und mehr Wohnungen	1 093	961	722	1 032	1 085	9,3	-0,7	5,1
Wohnungen	26 999	24 959	16 020	21 116	20 997	100	-22,2	-0,6
Art der Baumaßnahmen								
Neubauten	18 582	17 403	10 569	12 146	11 665	62,9	-37,2	-4,0
an bestehenden Gebäuden	8 524	8 041	6 090	6 844	6 894	37,1	-19,1	0,7
Nichtwohnbau								
Baufortschritt								
Bauvorhaben noch nicht begonnen	1 585	1 556	1 592	1 582	1 521	48,1	-4,0	-3,9
Bauvorhaben im Bau, noch nicht unter Dach	593	604	592	702	758	24,0	27,8	8,0
Bauvorhaben im Bau, unter Dach (rohbaufertig)	1 025	947	925	1 001	881	27,9	-14,0	-12,0
Nichtwohngebäude	3 203	3 107	3 110	3 285	3 160	57,1	-1,3	-3,8
Anstaltsgebäude	42	49	119	36	31	1,0	-26,2	-13,9
Büro- und Verwaltungsgebäude	261	241	451	255	246	7,8	-5,7	-3,5
landwirtschaftliche Betriebsgebäude	893	830	1 183	953	858	27,2	-3,9	-10,0
nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude	1 763	1 754	2 769	1 751	1 771	56,0	0,5	1,1
darunter								
Fabrik- und Werkstattgebäude	444	457	726	436	463	14,7	4,3	6,2
Handels- und Lagergebäude	938	925	1 309	878	853	27,0	-9,1	-2,8
Hotels und Gaststätten	91	90	352	86	72	2,3	-20,9	-16,3
sonstige Nichtwohngebäude	244	233	810	290	254	8,0	4,1	-12,4
Wohnungen	757	735	604	679	456	100	-39,8	-32,8
Art der Baumaßnahmen								
Neubauten	3 203	3 107	3 110	3 285	3 160	57,1	-1,3	-3,8
an bestehenden Gebäuden	2 206	2 163	2 222	2 418	2 379	42,9	7,8	-1,6

Ü 1

Bauüberhang an Wohn- und Nichtwohngebäuden 2013 und 2014

Bauüberhang am 31.12.2013
24 693

+

Erteilte Baugenehmigungen 2014
12 381

-

Erloschene Baugenehmigungen 2014
569

+

Baufertigstellungen 2014
12 407

=

Bauüberhang am 31.12.2014
24 098

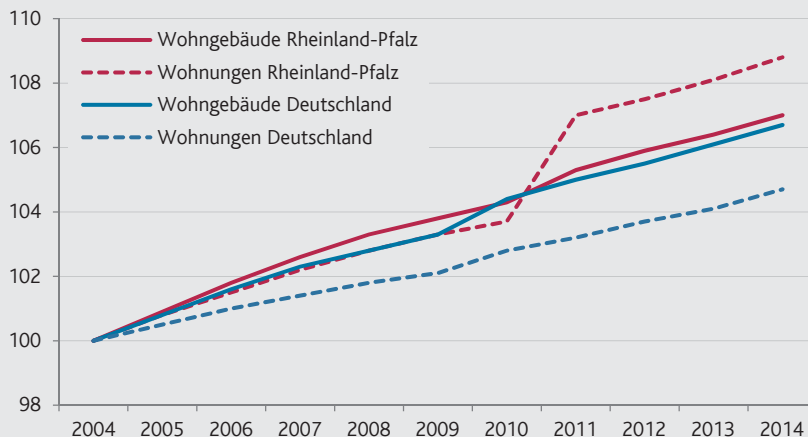
T 7 Wohngebäude und Wohnungsbestand 2004–2014

Gebäudeart	2004	2005	2010	2013	2014			
					insgesamt	Anteil an insgesamt	Veränderung zu	
							2004	2013
	Anzahl					%		
Wohngebäude	1 086 740	1 096 534	1 133 100	1 156 502	1 163 198	100	7,0	0,6
mit 1 Wohnung	747 251	754 577	782 696	841 976	847 173	72,8	13,4	0,6
mit 2 Wohnungen	223 369	225 240	231 383	183 736	184 564	15,9	-17,4	0,5
mit 3 und mehr Wohnungen	116 120	116 717	119 021	129 795	130 462	11,2	12,4	0,5
Wohnheime ¹	.	.	.	995	999	0,1	-	0,4
Wohnungen	1 885 370	1 899 824	1 954 775	2 037 902	2 050 603	100	8,8	0,6
mit 1 Raum	37 032	37 108	38 281	57 666	58 461	2,9	57,9	1,4
mit 2 Räumen	85 250	85 958	88 643	131 327	132 492	6,5	55,4	0,9
mit 3 Räumen	313 907	315 223	320 234	338 105	339 815	16,6	8,3	0,5
mit 4 Räumen	464 539	466 243	472 826	440 809	442 716	21,6	-4,7	0,4
mit 5 Räumen	388 313	391 236	401 570	370 708	372 739	18,2	-4,0	0,5
mit 6 Räumen	281 217	284 700	297 648	300 678	302 968	14,8	7,7	0,8
mit 7 und mehr Räumen	315 112	319 356	335 573	398 609	401 412	19,6	27,4	0,7

1 Ab 2012 einschließlich Wohnheime.

G 6 Wohngebäude- und Wohnungsbestand in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2004–2014

Messzahl: 2004=100



Die Zahl der Wohngebäude und der Wohnungen ist in Rheinland-Pfalz und in Deutschland in den letzten zehn Jahren gestiegen. Dabei hat die Zahl der Wohnungen stärker zugenommen (+8,8 Prozent) als die Zahl der Wohngebäude (+7 Prozent), da sich die Nachfrage vor allem nach kleineren Wohnungen mit einem Raum oder zwei Räumen erhöht hat.

Ü 2

Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestands zum 31. Dezember 2014¹

Gebäudebestand am 31.12.2013
1 156 502

+

Zugang durch Neubau 2014
6 452

+

Zugang durch Baumaßnahmen an
bestehenden Gebäuden 2014
316

+

Sonstiger Zugang 2014

-

Totalabgang 2014
72

+

Abgang durch Baumaßnahmen an
bestehenden Gebäuden 2014

+

Sonstiger Abgang 2014

=

Gebäudebestand am 31.12. 014
1 163 198

¹ Nur Wohngebäude.

T 8

Wohnungsbestand am 9. Mai 2011¹ nach ausgewählten Merkmalen

Merkmal	Wohnungen ²		
	insgesamt	davon	
		bewohnt	leer stehend
	Anzahl	%	
Wohnungen insgesamt	1 885 013	95,7	4,3
Baujahr			
vor 1919	239 198	92,3	7,7
1919–1959	395 740	94,3	5,7
1960–1979	605 597	96,0	4,0
1980–1999	485 281	97,4	2,6
2000 und später	159 197	98,0	2,0
Heizungstyp			
Zentral-, Etagen-, Fern- oder Blockheizung	1 731 226	96,1	3,9
Ofenheizung	137 411	92,2	7,8
keine Heizung	16 376	76,2	23,8
sanitäre Ausstattung			
Badewanne bzw. Dusche und WC vorhanden	1 855 455	95,9	4,1
Badewanne bzw. Dusche oder WC nicht vorhanden	24 567	88,6	11,4
Badewanne bzw. Dusche und WC nicht vorhanden	4 991	51,9	48,1
räumliche Lage			
hoch verdichtet	555 527	96,3	3,7
ländlich	550 158	94,9	5,1
verdichtet	779 328	95,8	4,2

1 Ergebnisse des Zensus 2011. – 2 Wohnungen in Wohngebäuden ohne Wohnheime, Ferien- und Freizeitwohnungen sowie von Diplomaten/-innen sowie Angehörigen ausländischer Streitkräfte genutzte Wohnungen.

Zensus 2011

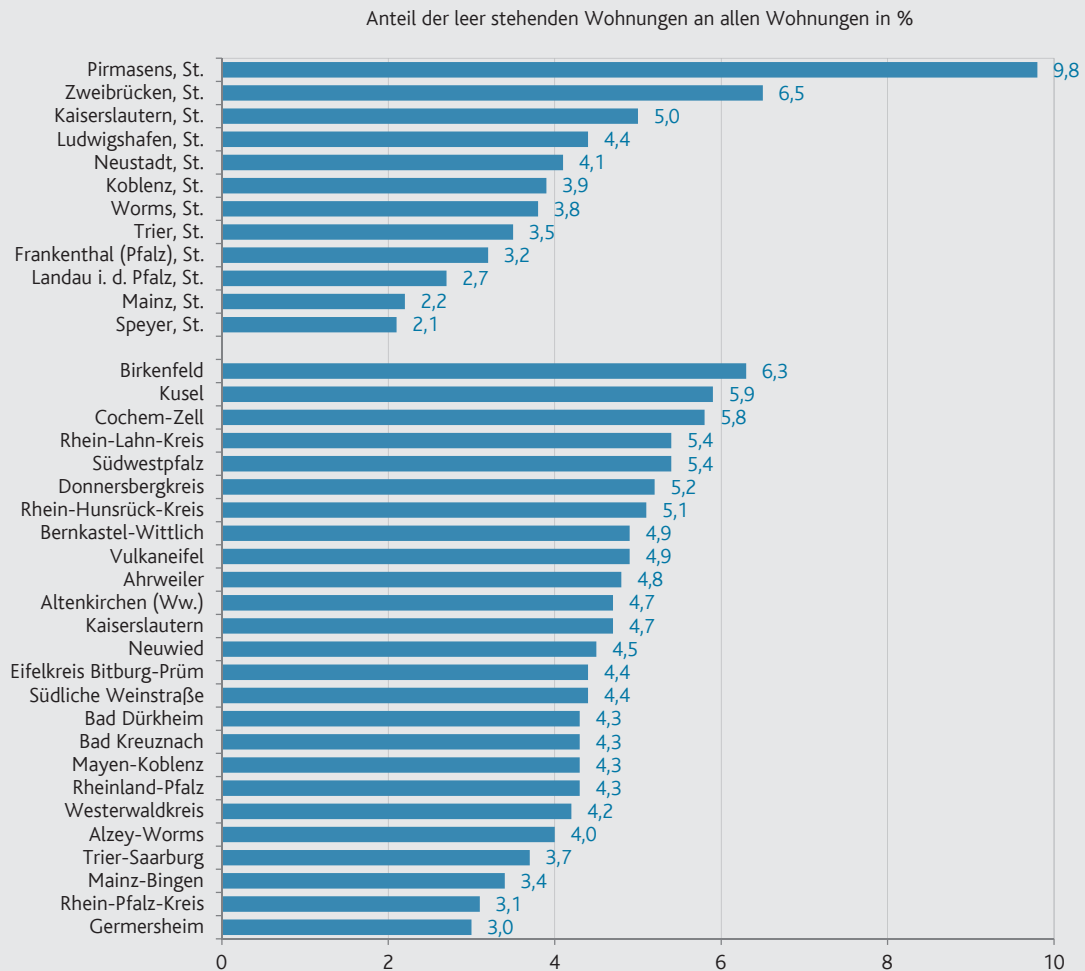
21

Am Stichtag 9. Mai 2011 fand im Rahmen des Zensus 2011 eine Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungszählung statt. Bei dieser Zählung wurden – soweit möglich – bereits vorhandene Daten aus Verwaltungsregistern für statistische Zwecke genutzt. Eine Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis und eine Befragung von Gebäude- und Wohnungseigentümern sowie -verwaltern in Form einer Vollerhebung ergänzten die aus den Registern erhobenen Informationen. Eine traditionelle Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung in Form einer klassischen Vollerhebung wurde in den alten Bundesländern zum letzten Mal 1987, in den neuen Bundesländern zuletzt 1981 durchgeführt. Eine Gebäude- und Wohnungszählung fand nach der Wiedervereinigung 1995 nur in den neuen Bundesländern statt.

Ziel des Zensus 2011 war zum einen die Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahlen. Zum anderen wurden aber auch wichtige Strukturinformationen erhoben, welche einen Überblick ermöglichen, wie die Menschen in Deutschland leben, wohnen und arbeiten.

Die im Rahmen dieser Zählung erhobenen Immobiliendaten ermöglichen es, Bürger/-innen, Entscheidungsträger/-innen aus Politik und Verwaltung sowie weiteren Nutzergruppen einen Überblick über die Gebäude- und Wohnungsstruktur von der Bundes- über die Landes- bis zur Gemeindeebene zu erhalten. Zudem bieten die Ergebnisse der Zählung eine aktualisierte Datenbasis für die laufende Gebäude- und Wohnungsfortschreibung. Der nächste Zensus ist für 2021 geplant.

G 7

Leerstandsquote¹ am 9. Mai 2011² nach Verwaltungsbezirken

Am 9. Mai 2011 standen insgesamt 81331 Wohnungen leer. Das sind 4,3 Prozent des Gesamtbestandes. Besonders ländliche Gebiete sind vom Leerstand betroffen. Der Anteil ungenutzter Wohnungen liegt mit 4,5 Prozent in den Landkreisen um 0,6 Prozentpunkte höher als in den kreisfreien Städten.

Die geringsten Leerstandsquoten gibt es an der Rheinschiene zwischen Germersheim und Mainz-Bingen sowie im Raum Trier. Vergleichsweise viele Wohnungen stehen in Teilen des Hunsrücks, an der zentralen Mittelmosel, im Rhein-Lahn-Kreis und in der Westpfalz leer.

¹ Anteil leer stehender Wohnungen in Wohngebäuden (ohne Wohnheime, Ferien- und Freizeitwohnungen sowie von Diplomaten/-innen oder Angehörigen ausländischer Streitkräfte genutzte Wohnungen). – ² Ergebnisse des Zensus 2011.

T 9

Baugenehmigungen neuer Gebäude im Wohnbau 2014 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Wohngebäude		Wohnungen			Wohnfläche	
	insgesamt	Veränderung zu 2013	insgesamt	je 1 000 Einwohner/-innen	Veränderung zu 2013	je Einwohner/-in	Veränderung zu 2013
	Anzahl	%	Anzahl		%	m²	%
Frankenthal (Pfalz), St.	50	19,0	89	1,9	-15,2	247,6	-5,4
Kaiserslautern, St.	76	-30,3	124	1,3	-40,4	187,3	-32,6
Koblenz, St.	89	58,9	271	2,4	62,3	245,6	69,9
Landau i. d. Pfalz, St.	94	91,8	420	9,5	21,0	766,4	56,4
Ludwigshafen a. Rh., St.	136	-31,3	364	2,2	-4,2	224,2	-27,2
Mainz, St.	140	7,7	937	4,6	-40,8	373,3	-6,1
Neustadt a. d. Weinstr., St.	67	63,4	100	1,9	61,3	242,3	46,1
Pirmasens, St.	17	-32,0	27	0,7	-20,6	91,4	-20,9
Speyer, St.	30	-11,8	36	0,7	-82,4	110,5	-70,9
Trier, St.	59	-37,9	200	1,9	-55,3	172,8	-43,6
Worms, St.	92	19,5	390	4,8	217,1	388,2	103,4
Zweibrücken, St.	38	8,6	62	1,8	51,2	260,0	53,0
Ahrweiler	229	25,1	394	3,1	8,5	402,1	19,9
Altenkirchen (Ww.)	143	0,7	205	1,6	25,8	195,8	-
Alzey-Worms	294	3,5	407	3,2	1,8	424,7	3,4
Bad Dürkheim	248	14,8	445	3,4	41,7	398,5	19,4
Bad Kreuznach	245	9,4	367	2,4	10,9	323,2	9,5
Bernkastel-Wittlich	212	-4,9	340	3,1	6,3	369,7	-0,6
Birkenfeld	58	3,6	60	0,7	-6,3	122,2	5,0
Cochem-Zell	123	29,5	144	2,3	20,0	332,8	25,0
Donnersbergkreis	105	-21,6	121	1,6	-20,9	232,2	-25,4
Eifelkreis Bitburg-Prüm	253	-11,5	364	3,8	-18,9	506,0	-16,0
Germersheim	211	-5,8	293	2,3	-13,6	303,9	-11,4
Kaiserslautern	271	-10,0	320	3,1	-15,1	523,5	-15,5
Kusel	105	-23,4	130	1,8	-27,8	295,8	-27,5
Mainz-Bingen	447	-21,3	924	4,5	-22,5	496,1	-23,6
Mayen-Koblenz	409	3,3	634	3,0	12,4	378,4	5,1
Neuwied	163	-35,8	234	1,3	-31,4	181,1	-29,5
Rhein-Hunsrück-Kreis	179	-22,5	261	2,6	-28,1	339,7	-27,6
Rhein-Lahn-Kreis	83	-16,2	117	1,0	-21,5	129,8	-18,1
Rhein-Pfalz-Kreis	389	-13,9	644	4,3	-7,2	553,4	-10,6
Südliche Weinstraße	251	-2,0	437	4,0	16,8	468,4	6,3
Südwestpfalz	136	-8,1	154	1,6	-11,5	234,1	-12,2
Trier-Saarburg	376	-3,1	680	4,7	16,2	556,2	6,5
Vulkaneifel	99	-22,0	122	2,0	-14,1	283,8	-17,9
Westerwaldkreis	314	2,6	389	2,0	-12,8	293,4	-3,8
Rheinland-Pfalz	6 231	-5,9	11 206	2,8	-8,9	335,9	-6,3
kreisfreie Städte	888	-0,3	3 020	2,9	-18,4	275,8	-3,5
Landkreise	5 343	-6,8	8 186	2,8	-4,8	356,8	-7,0

K 1

Baugenehmigungen neuer Gebäude im Wohnbau 2014 nach Verwaltungsbezirken

In Rheinland-Pfalz wurden 2014 gut 6 200 Baugenehmigungen für neue Wohngebäude erteilt. Insgesamt wurden 5 090 Einfamilienhäuser genehmigt, 590 Häuser mit zwei Wohnungen und 550 Häuser mit drei und mehr Wohnungen.

Landesweit kamen auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner 15,6 genehmigte Wohngebäude. Deutlich über dem Durchschnitt lagen der Eifelkreis Bitburg-Prüm sowie die Landkreise Kaiserslautern, Rhein-Pfalz-Kreis und Trier-Saarburg mit jeweils 26 Baugenehmigungen. Der geringste Wert ergab sich für die kreisfreie Stadt Pirmasens mit 4,2 genehmigten Wohngebäuden.

je 10 000 Einwohner/-innen

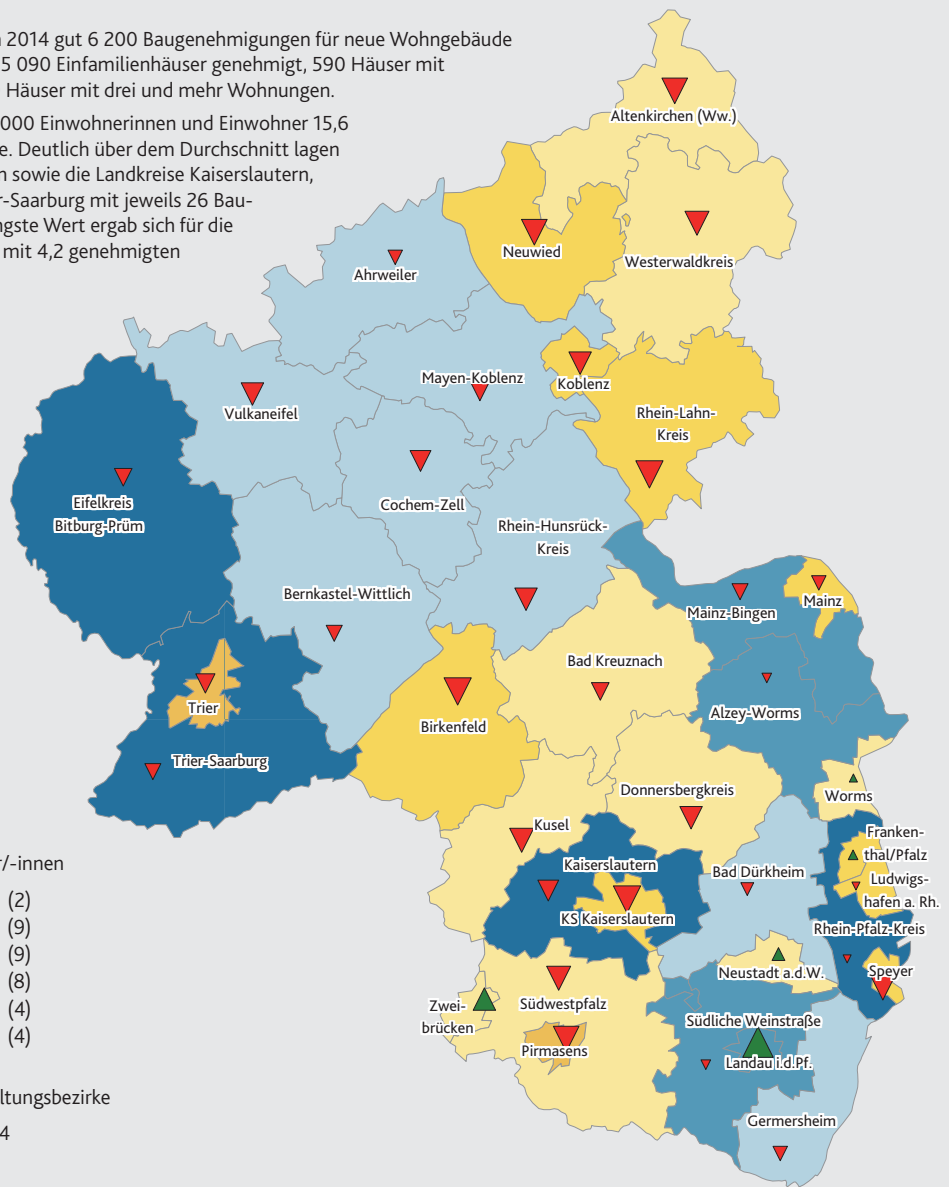
- unter 6 (2)
- 6 bis unter 11 (9)
- 11 bis unter 16 (9)
- 16 bis unter 21 (8)
- 21 bis unter 26 (4)
- 26 und mehr (4)

Landeswert: 15,6

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2004

- ▲ Zunahme
- ▼ Abnahme



T 10

Baufertigstellungen neuer Gebäude im Wohnbau 2014 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Wohngebäude		Wohnungen			Wohnfläche	
	insgesamt	Veränderung zu 2013	insgesamt	je 1 000 Einwohner/-innen	Veränderung zu 2013	je Einwohner/-in	Veränderung zu 2013
	Anzahl	%	Anzahl		%	m²	%
Frankenthal (Pfalz), St.	26	-42,2	43	0,9	-56,1	123,9	-44,7
Kaiserslautern, St.	84	-	195	2,0	-26,4	232,1	-25,4
Koblenz, St.	86	56,4	192	1,7	41,2	187,5	32,8
Landau i. d. Pfalz, St.	50	2,0	269	6,1	-27,5	413,9	21,5
Ludwigshafen a. Rh., St.	179	49,2	404	2,5	113,8	285,9	85,8
Mainz, St.	181	-22,6	982	4,8	-21,9	459,4	15,4
Neustadt a. d. Weinstr., St.	65	32,7	108	2,1	52,1	256,2	49,4
Pirmasens, St.	22	-8,3	29	0,7	-31,0	101,4	-10,4
Speyer, St.	23	-25,8	169	3,4	79,8	311,4	46,8
Trier, St.	105	32,9	293	2,7	-22,5	287,1	-4,5
Worms, St.	32	-60,0	45	0,6	-53,1	78,7	-49,7
Zweibrücken, St.	31	-16,2	36	1,1	-23,4	148,4	-17,7
Ahrweiler	185	-2,6	415	3,3	33,0	372,5	14,1
Altenkirchen (Ww.)	156	77,3	211	1,6	90,1	218,3	81,1
Alzey-Worms	290	36,8	392	3,1	24,1	417,1	30,6
Bad Dürkheim	279	54,1	391	3,0	24,5	401,8	27,9
Bad Kreuznach	172	-1,1	296	1,9	21,3	235,6	4,0
Bernkastel-Wittlich	248	6,9	388	3,5	27,6	443,3	23,2
Birkenfeld	65	-	70	0,9	-10,3	134,1	-0,6
Cochem-Zell	115	2,7	129	2,1	-0,8	300,0	-5,1
Donnersbergkreis	114	5,6	128	1,7	-9,9	257,0	-7,1
Eifelkreis Bitburg-Prüm	273	9,6	374	3,9	-7,4	524,6	-4,8
Germersheim	242	-15,1	365	2,9	-1,9	372,3	-7,6
Kaiserslautern	272	-10,2	332	3,2	-7,5	552,5	-9,3
Kusel	163	29,4	189	2,7	36,0	449,9	41,1
Mainz-Bingen	306	1,3	555	2,7	13,3	309,9	6,4
Mayen-Koblenz	675	110,3	875	4,2	70,2	578,6	104,5
Neuwied	167	-2,3	288	1,6	37,1	204,4	20,6
Rhein-Hunsrück-Kreis	193	20,6	229	2,2	13,9	329,4	22,6
Rhein-Lahn-Kreis	109	70,3	154	1,3	102,6	170,0	92,2
Rhein-Pfalz-Kreis	396	7,6	575	3,8	11,0	502,0	5,3
Südliche Weinstraße	251	20,1	386	3,5	30,4	451,6	23,8
Südwestpfalz	141	-13,5	164	1,7	-9,9	253,5	-13,0
Trier-Saarburg	357	-30,9	527	3,6	-30,0	476,1	-32,7
Vulkaneifel	113	34,5	125	2,1	6,8	305,0	21,3
Westerwaldkreis	310	0,6	388	1,9	-13,0	280,0	-2,5
Rheinland-Pfalz	6 476	10,2	10 711	2,7	6,3	338,1	11,9
kreisfreie Städte	884	-0,3	2 765	2,7	-9,2	274,7	11,8
Landkreise	5 592	12,0	7 946	2,7	13,1	360,1	11,9

K 2 Fertiggestellte Wohnungen 2014 nach Verwaltungsbezirken

Insgesamt wurden 2014 in Rheinland-Pfalz 10 710 Wohnungen fertiggestellt. Darunter waren 5 350 Einfamilienhäuser, rund 1 310 Wohnungen in Zweifamilienhäusern und 4 040 Wohnungen in Gebäuden mit drei und mehr Wohnungen (einschließlich Wohnheime).

Landesweit wurden durchschnittlich 27,7 Wohnungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner fertiggestellt. Der mit Abstand höchste Wert wurde mit 61,6 Wohnungen in der kreisfreien Stadt Landau erreicht, der niedrigste in Worms mit 5,7 Wohnungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

je 10 000 Einwohner/-innen

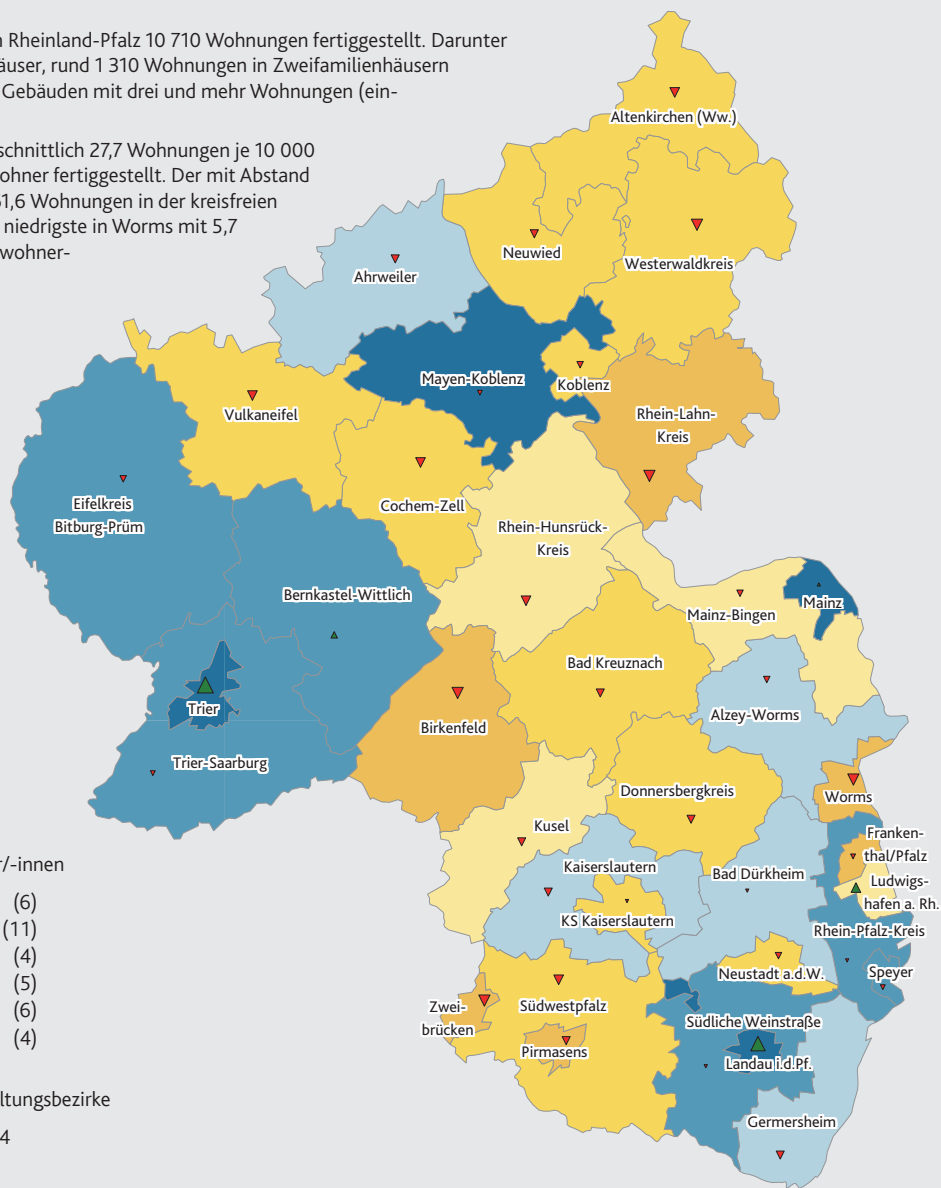
unter 16	(6)
16 bis unter 22	(11)
22 bis unter 28	(4)
28 bis unter 34	(5)
34 bis unter 40	(6)
40 und mehr	(4)

Landeswert: 27,7

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2004

- ▲ Zunahme
- ▼ Abnahme



T 11

Wohngebäude und Wohnungsbestand 2014 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Wohngebäude			Wohnungen				Wohnfläche	
	ins- gesamt	Veränderung zu 2013	Anteil an insgesamt	ins- gesamt	Veränderung zu 2013	Anteil an insgesamt	je 1 000 Ein- wohner/-innen	je Einwoh- ner/-in	Veränderung zu 2013
	Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	m²	%
Frankenthal (Pfalz), St.	8 776	0,3	0,8	24 190	0,2	1,2	509,4	45,9	0,3
Kaiserslautern, St.	19 920	0,4	1,7	57 743	0,4	2,8	593,8	50,3	0,6
Koblenz, St.	20 579	0,4	1,8	60 594	0,4	3,0	546,8	47,1	0,5
Landau i. d. Pfalz, St.	10 165	0,5	0,9	23 553	1,5	1,1	535,4	50,9	1,1
Ludwigshafen a. Rh., St.	27 132	0,7	2,3	83 872	0,5	4,1	516,7	42,8	0,7
Mainz, St.	31 083	0,6	2,7	113 651	1,1	5,5	553,5	43,4	1,2
Neustadt a. d. Weinstr., St.	13 410	0,5	1,2	28 202	0,5	1,4	536,4	53,2	0,6
Pirmasens, St.	10 090	0,2	0,9	24 621	0,1	1,2	613,5	53,9	0,2
Speyer, St.	9 793	0,3	0,8	25 537	0,7	1,2	513,0	46,7	0,8
Trier, St.	20 009	0,6	1,7	60 961	1,0	3,0	567,2	46,4	1,0
Worms, St.	18 565	0,2	1,6	42 094	0,2	2,1	522,1	47,1	0,2
Zweibrücken, St.	9 216	0,3	0,8	18 288	0,2	0,9	539,1	52,8	0,3
Ahrweiler	39 888	0,5	3,4	66 162	0,7	3,2	523,9	54,5	0,8
Altenkirchen (Ww.)	42 697	0,4	3,7	62 075	0,4	3,0	483,6	52,9	0,5
Alzey-Worms	40 118	0,7	3,4	58 174	0,7	2,8	463,0	52,6	0,9
Bad Dürkheim	42 772	0,7	3,7	65 370	0,7	3,2	498,4	55,4	0,9
Bad Kreuznach	47 067	0,4	4,0	77 578	0,6	3,8	498,3	52,9	0,6
Bernkastel-Wittlich	39 240	0,7	3,4	57 735	0,8	2,8	520,6	58,4	0,9
Birkenfeld	27 624	0,2	2,4	44 257	0,2	2,2	549,3	58,1	0,3
Cochem-Zell	22 929	0,5	2,0	32 349	0,4	1,6	521,7	59,5	0,6
Donnersbergkreis	24 833	0,5	2,1	36 510	0,4	1,8	486,1	54,8	0,5
Eifelkreis Bitburg-Prüm	35 175	0,8	3,0	50 446	0,9	2,5	524,4	61,0	1,0
Germersheim	34 818	0,7	3,0	58 833	0,8	2,9	468,4	51,2	0,9
Kaiserslautern	39 380	0,7	3,4	58 728	0,6	2,9	563,8	68,6	0,9
Kusel	26 824	0,6	2,3	37 100	0,5	1,8	523,9	62,4	0,8
Mainz-Bingen	59 111	0,5	5,1	100 252	0,6	4,9	491,8	52,7	0,6
Mayen-Koblenz	64 401	1,1	5,5	105 283	0,9	5,1	501,4	53,1	1,3
Neuwied	54 315	0,3	4,7	88 897	0,4	4,3	495,5	52,5	0,4
Rhein-Hunsrück-Kreis	33 811	0,6	2,9	51 729	0,6	2,5	507,7	57,4	0,7
Rhein-Lahn-Kreis	37 007	0,3	3,2	62 484	0,3	3,0	514,8	54,5	0,4
Rhein-Pfalz-Kreis	45 751	0,9	3,9	71 145	0,9	3,5	475,6	52,7	1,0
Südliche Weinstraße	36 027	0,7	3,1	54 154	0,8	2,6	494,7	55,9	0,9
Südwestpfalz	34 984	0,4	3,0	49 447	0,4	2,4	512,7	59,6	0,5
Trier-Saarburg	47 658	0,8	4,1	70 697	0,9	3,4	488,3	56,9	1,0
Vulkaneifel	23 234	0,5	2,0	32 434	0,5	1,6	534,0	59,9	0,6
Westerwaldkreis	64 796	0,5	5,6	95 458	0,5	4,7	479,6	54,8	0,6
Rheinland-Pfalz	1 163 198	0,6	100	2 050 603	0,6	100	512,6	53,3	0,7
kreisfreie Städte	198 738	0,5	17,1	563 306	0,6	27,5	546,0	46,8	0,7
Landkreise	964 460	0,6	82,9	1 487 297	0,6	72,5	500,9	55,5	0,8

Datenquellen

Statistik	Tabelle	Grafik	Karten	Übersicht
Statistik der Baugenehmigungen	T 1, T 3, T 4, T 9	G 1, G 3	K 1	-
Statistik der Baufertigstellungen	T 1, T 5, T 10	G 1, G 4, G 5	K 2	-
Statistik des Bauüberhangs	T 1, T 6	-	-	Ü 1
Statistik des Bauabgangs	T 1-	-	-	-
Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes	T 1, T 2, T 7, T 11	G 2, G 6	K 3	Ü 2
Gebäude- und Wohnungszählung	T 8	G 7	-	-

Statistiken

Die **Statistik der Baugenehmigungen** wird monatlich für den abgelaufenen Kalendermonat erstellt. Sie erfasst alle genehmigungs- oder zustimmungspflichtigen sowie alle genehmigungsfreien Baumaßnahmen im Hochbau zum Zeitpunkt der Genehmigung oder der Zustimmung bzw. zu dem Zeitpunkt, zu dem sie aufgrund landesrechtlicher Verfahrensvorschriften ausgeführt werden dürfen. Das Erhebungsprogramm der Statistik ist für Neubauten und für Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden unterschiedlich und beinhaltet Angaben zum Bauherrn, zum Gebäude und zum Bauvorhaben.

Um Nachweispflichten gegenüber der EU im Umweltbereich nachzukommen, wurde das Erhebungsprogramm beginnend mit dem Jahr 2012 durch das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen ausgeweitet. Seitdem sind für Neubauten zusätzlich Angaben zur Warmwasseraufbereitung, zum Einsatz von Lüftungs- und Kühlungsanlagen und zur Erfüllung des Gesetzes zur Förderung erneuerbarer Energien im Wärmebereich zu erheben.

Die **Statistik der Baufertigstellungen** wird jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr erstellt. Sie ist über die Bauscheinnummer mit der Statistik der Baugenehmigungen verbunden und erfasst auf Grundlage der genehmigten Baumaßnahmen die fertiggestellten Baumaßnahmen. Das Erhebungsprogramm umfasst den Monat und das Jahr der Bezugsfertigstellung der Baumaßnahmen und darüber hinaus die Änderungen der Erhebungsmerkmale der Statistik der Baugenehmigungen, die sich seit der Einreichung des Erhebungsbogens zur Statistik der Baugenehmigungen ergeben haben.

Die **Statistik des Bauüberhangs** wird jährlich nach dem Stand vom 31. Dezember durchgeführt. Sie gibt auf Grundlage der genehmigten Baumaßnahmen Auskunft über den Fortschritt der noch nicht fertiggestellten Baumaßnahmen am Jahresende. Zur Sicherstellung einer vollständigen Erfassung versendet das Statistische Landesamt ergänzend zum Ende eines jeden Jahres an die Bauämter sogenannte Bauüberhangslisten, in denen von den Bauämtern für jedes genehmigte Bauvorhaben der jeweilige Baufortschritt einzutragen ist. Das Erhebungsprogramm ist auf Angaben zum Baufortschritt sowie auf allgemeine Angaben, z. B. zum Baugrundstück, beschränkt.

Die **Statistik des Bauabgangs** wird monatlich für den abgelaufenen Kalendermonat angefertigt. Sie erfasst alle Gebäude bzw. Gebäudeteile, die durch ordnungsbehördliche Maßnahmen, Schadensfälle oder Abbruch der Nutzung entzogen werden, sowie alle Gebäude bzw. Gebäudeteile, die einer veränderten Nutzung, unterschieden nach der Nutzung zu Wohn- und zu Nichtwohnzwecken, zugeführt werden, und zwar unabhängig davon, ob diese mit Baumaßnahmen verbunden ist. Erfragt werden Angaben zum Umfang des Abgangs, zur Art und zur Ursache des Abgangs, zur Größe des Abgangs sowie zum Eigentümer, zur Art und zum Alter des Gebäudes.

Mit der **Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes** wird der Bestand an Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden, der in der letzten Gebäude- und Wohnungszählung festgestellt worden ist, zum Ende eines jeden Kalenderjahres mit den Ergebnissen der Bautätigkeitsstatistiken kombiniert. Die Fortschreibung stellt somit eine reine Ergebnisermittlung aus vorhandenen statistischen Daten dar, also keine eigenständige statistische Erhebung. Mit wachsendem zeitlichen Abstand vom Stichtag der letzten Gebäude- und Wohnungszählung entstehen dadurch Abweichungen zum tatsächlichen Wohngebäude- und Wohnungsbestand.

Die letzte Gebäude- und Wohnungszählung wurde zum Stichtag 9. Mai 2011 im Rahmen des Zensus 2011 durchgeführt. Anhand dieser Ergebnisse wurde durch Rückrechnungen ein aktueller Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen zum 31. Dezember 2010 ermittelt, der nunmehr die neue Basis für die Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes zum 31. Dezember 2011 usw. darstellt. Die aus der neuen Basis abgeleiteten Ergebnisse sind aufgrund einer neuen Erhebungsmethodik bei der Gebäude- und Wohnungszählung 2011 sowie aufgrund veränderter Begriffsdefinitionen nur bedingt mit den aus der alten Basis abgeleiteten Ergebnissen vergleichbar.

Die **Gebäude- und Wohnungszählung 2011** wurde zum Stichtag 9. Mai 2011 als schriftliche Befragung durchgeführt. Das Ziel dieser Erhebung war die flächendeckende, vollzählige und aktuelle Erfassung der vorhandenen Gebäude mit Wohnraum und bewohnten Unterkünften sowie der darin befindlichen Wohnungen. Die letzten vergleichbaren Bestandsaufnahmen waren für das frühere

Bundesgebiet die Volkszählung 1987 und für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost die Gebäude- und Wohnungszählung 1995. Die

Ergebnisse bilden eine neue Basis für die Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes.

Glossar

Bauabgang

Ein Bauabgang liegt vor, wenn ein Gebäude bzw. Gebäudeteil entweder der Nutzung entzogen wird (Totalabgang) oder einer veränderten Nutzung zugeführt wird (Abgang durch Nutzungsänderung). Ein Totalabgang ist dabei gegeben, wenn die Bausubstanz durch ordnungsbehördliche Maßnahmen, Schadensfälle oder Abbruch beseitigt wird. Ein Abgang durch Nutzungsänderung hingegen tritt ein, wenn eine Wohnfläche in eine gewerblich genutzte Fläche umgewidmet wird oder umgekehrt.

Baufertigstellung

Eine Baufertigstellung ist erreicht, wenn die Arbeiten an einem Bauvorhaben weitgehend abgeschlossen sind und das Gebäude bzw. die Wohnungen bezogen werden oder bei leerstehenden Gebäuden bezugsfertig werden. Entscheidend ist demnach die Ingebrauchnahme des Gebäudes bzw. der Wohnungen und nicht die Schlussabnahme durch die zuständige Bauaufsichtsbehörde. Dabei ist es ohne Bedeutung, ob das Gebäude bereits verputzt ist oder ob noch Schönheitsarbeiten vorzunehmen sind.

Baugenehmigung

Genehmigung zur Durchführung eines Bauvorhabens. Die Errichtung, die Änderung, die Nutzungsänderung und der Abbruch baulicher Anlagen bedürfen der Genehmigung, soweit das Bauvorhaben nicht genehmigungsfrei ist, unter das Freistellungsverfahren fällt oder nicht der Bauaufsicht unterliegt. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn keine baurechtlichen oder sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften entgegenstehen.

Bauherr

Person oder eine Gruppe von Personen, die im eigenen Namen und für eigene oder fremde Rechnung ein Bauvorhaben durchführt oder durchführen lässt. Entscheidend ist dabei die Situation zum Zeitpunkt der Baugenehmigung, unabhängig von einer ggf. beabsichtigten späteren Veräußerung. In der Bautätigkeitsstatistik wird differenziert zwischen öffentlichen Bauherren, Wohnungsunternehmen, Immobilienfonds, sonstigen Unternehmen, privaten Haushalten und Organisationen ohne Erwerbszweck.

Bauüberhang

Wenn für ein Bauvorhaben zwar die Baugenehmigung vorliegt, aber am Ende eines Kalenderjahres noch keine Baufertigstellung erreicht wurde. Dies ist der Fall, wenn das Bauvorhaben entweder noch nicht begonnen wurde, oder wenn das Bauvorhaben zwar begonnen, aber noch nicht fertiggestellt wurde. Ein begonnenes Bauvorhaben wird dabei als unter Dach bezeichnet, wenn das Gebäude bereits im

Rohbau fertiggestellt ist und äußerlich erkennbar ist, dass noch weitere Bauarbeiten auszuführen sind.

Bauvorhaben

Vorhaben, das die Errichtung, die Änderung oder die Nutzungsänderung von baulichen Anlagen zum Inhalt hat. Bauliche Anlagen wiederum sind mit dem Erdboden verbundene, aus Bauprodukten hergestellte Anlagen. Eine Verbindung mit dem Erdboden besteht dabei auch dann, wenn die Anlage durch eigene Schwere auf dem Boden ruht oder wenn sie nach ihrem Verwendungszweck dazu bestimmt ist, überwiegend ortsfest benutzt zu werden.

Gebäude

Selbstständig benutzbares und überdachtes Bauwerk, das auf Dauer errichtet ist, das von Menschen betreten werden kann und das geeignet oder bestimmt ist, dem Schutz von Menschen, Tieren oder Sachen zu dienen. Eine Umschließung durch Wände ist dabei nicht erforderlich. Gebäude beinhalten auch entsprechende unterirdische Bauwerke. In der Bautätigkeitsstatistik wird unterschieden zwischen Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden.

Im Fall einer zusammenhängenden Bebauung, z.B. im Fall von Doppel- und Reihenhäusern, kann es sich bei der baulichen Anlage nicht um ein, sondern auch um mehrere Gebäude handeln. Konkret gilt jeder Teil einer baulichen Anlage als ein einzelnes Gebäude, wenn er von den übrigen Teilen durch eine vom Dach bis zum Keller reichende Brandmauer getrennt ist oder wenn er ein eigenes Erschließungssystem, d.h. einen eigenen Zugang und ein eigenes Treppenhaus, besitzt und für sich alleine benutzbar ist.

Hochbau

Der Hochbau ist das Teilgebiet des Bauwesens, das sich mit der Planung und Errichtung von baulichen Anlagen befasst, die mehrheitlich oberhalb der Geländelinie liegen.

Nichtwohngebäude

Gebäude, das zu mehr als der Hälfte der Nutzfläche, Nichtwohnzwecken dient. Zu den Nichtwohngebäuden zählen Anstaltsgebäude, Büro- und Verwaltungsgebäude, landwirtschaftliche Betriebsgebäude, nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude (z.B. Fabrikgebäude, Handelsgebäude, Hotels und dergleichen) und sonstige Nichtwohngebäude (z.B. Schulgebäude, Kindertagesstätten und Sporthallen).

Primär verwendete Energie

Überwiegende Energiequelle für die Heizung bzw. die Warmwasserbereitung. Für Gebäude, die aufgrund ihrer guten Wärmedämmung

Metadaten

nicht über ein klassisches Heizsystem, sondern nur über Lüftungsanlagen verfügen, ist bei der primär verwendeten Heizenergie „Keine“ anzugeben. Dies trifft beispielsweise für Passivhäuser oder Plus-Energie-Häuser zu. Die primär verwendete Energie ist beim Einsatz von nur einer Energiequelle die alleinige eingesetzte Energie.

Raum

Die Zahl der Räume einer Wohnung umfasst alle Wohn-, Ess- und Schlafzimmer und alle anderen separaten Räume (z. B. bewohnbare Keller- und Bodenräume) von mindestens sechs Quadratmetern Größe sowie abgeschlossene Küchen unabhängig von deren Größe. Bad, Toilette, Flur und Wirtschaftsräume werden grundsätzlich nicht mitgezählt. Ein Wohnzimmer mit einer Essecke, Schlafnische oder Kochnische zählt als ein Raum. Wohnungen, in denen es keine bauliche Trennung der einzelnen Wohnbereiche gibt (z. B. „Loftwohnungen“), bestehen somit aus nur einem Raum.

Sonstige Wohneinheit

Wohneinheit ohne Küche oder Kochnische. Die sonstigen Wohneinheiten werden in der Statistik der Baugenehmigungen ab dem Berichtsjahr 2012 und in der Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes ab dem Berichtsjahr 2011 als Wohnungen erfasst. Dies ist darauf zurückzuführen, dass bedingt durch die Methodik der Gebäude- und Wohnungszählung 2011 eine Unterscheidung zwischen

Wohnungen und sonstigen Wohneinheiten, wie sie vorher gängig war, nicht mehr möglich ist.

Tiefbau

Der Tiefbau ist das Teilgebiet des Bauwesens, das sich mit der Planung und Errichtung von baulichen Anlagen befasst, die an oder unter der Erdoberfläche bzw. unter der Ebene von Verkehrswegen liegen.

Wohngebäude

Ein Wohngebäude ist ein Gebäude, das gemessen am Anteil der Wohnfläche an der Nutzfläche mindestens zur Hälfte Wohnzwecken dient. Zu den Wohngebäuden zählen auch Ferien-, Sommer- und Wochenendhäuser mit einer Wohnfläche von 50 Quadratmetern und mehr.

Wohnung

Eine Wohnung ist die Gesamtheit aller nach außen abgeschlossenen, zu Wohnzwecken bestimmten und in der Regel zusammenliegenden Räumen, die die Führung eines eigenen Haushalts ermöglichen. Eine Wohnung hat einen eigenen Eingang unmittelbar vom Freien, von einem Treppenhaus oder einem Vorraum. Zu einer Wohnung können aber auch außerhalb des eigentlichen Wohnungsabschlusses liegende zu Wohnzwecken ausgebaute Keller- oder Bodenräume (z. B. Mansarden) gehören.

Internet

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/wohnungen-bautaetigkeit

Pressemitteilungen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/wohnungen-bautaetigkeit/pressemitteilungen

Statistische Berichte

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/wohnungen-bautaetigkeit/statistische-berichte

Beiträge in den Statistischen Monatsheften

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/wohnungen-bautaetigkeit/monatsheftbeitraege

Karten

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/wohnungen-bautaetigkeit/karten

Übersichtstabellen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/wohnungen-bautaetigkeit/basisdaten-regional

Kurzpräsentationen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/wohnungen-bautaetigkeit/kurzpraesentationen

Gemeinschaftsveröffentlichungen

www.statistik-portal.de



22. Handwerk



Inhaltsverzeichnis

Tabellen

T 1: Ausgewählte Kennzahlen des Handwerks in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1991–2012	628
T 2: Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im Handwerk insgesamt 2012 nach Bundesländern	629
T 3: Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im Handwerk 2012 nach Gewerbegruppen	631
T 4: Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im zulassungspflichtigen Handwerk 2012 nach Gewerbegruppen und ausgewählten Gewerbebezügen	633
T 5: Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im zulassungsfreien Handwerk 2012 nach Gewerbegruppen und ausgewählten Gewerbebezügen	634
T 6: Auszubildende im Handwerk insgesamt 2004–2014 nach Ausbildungsjahren	636
T 7: Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im Handwerk 2012 nach Handwerkskammerbezirken	637
T 8: Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im Handwerk insgesamt 2012 nach Verwaltungsbezirken	638
T 9: Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im zulassungspflichtigen Handwerk 2012 nach Verwaltungsbezirken	640
T 10: Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im zulassungsfreien Handwerk 2012 nach Verwaltungsbezirken	642

Grafiken

G 1: Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im Handwerk insgesamt 2012 nach Gewerbegruppen	627
G 2: Umsatz im Handwerk insgesamt 2012 nach Bundesländern	629
G 3: Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk 2014 nach Gewerbegruppen	630
G 4: Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk 2014 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen	630
G 5: Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im zulassungspflichtigen und zulassungsfreien Handwerk 2012	632
G 6: Umsätze im zulassungspflichtigen und zulassungsfreien Handwerk 2012 nach Gewerbegruppen	632
G 7: Tätige Personen im zulassungspflichtigen Handwerk 2012 nach den häufigsten Berufen	635
G 8: Tätige Personen im zulassungsfreien Handwerk 2012 nach den häufigsten Berufen	635
G 9: Auszubildende im Handwerk insgesamt 2004–2014 nach Geschlecht	636
G 10: Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im Handwerk insgesamt 2012 nach Handwerkskammerbezirken	637

Übersichten

Ü 1: Gewerbegruppen und Gewerbebezüge im Handwerk	645
---	-----

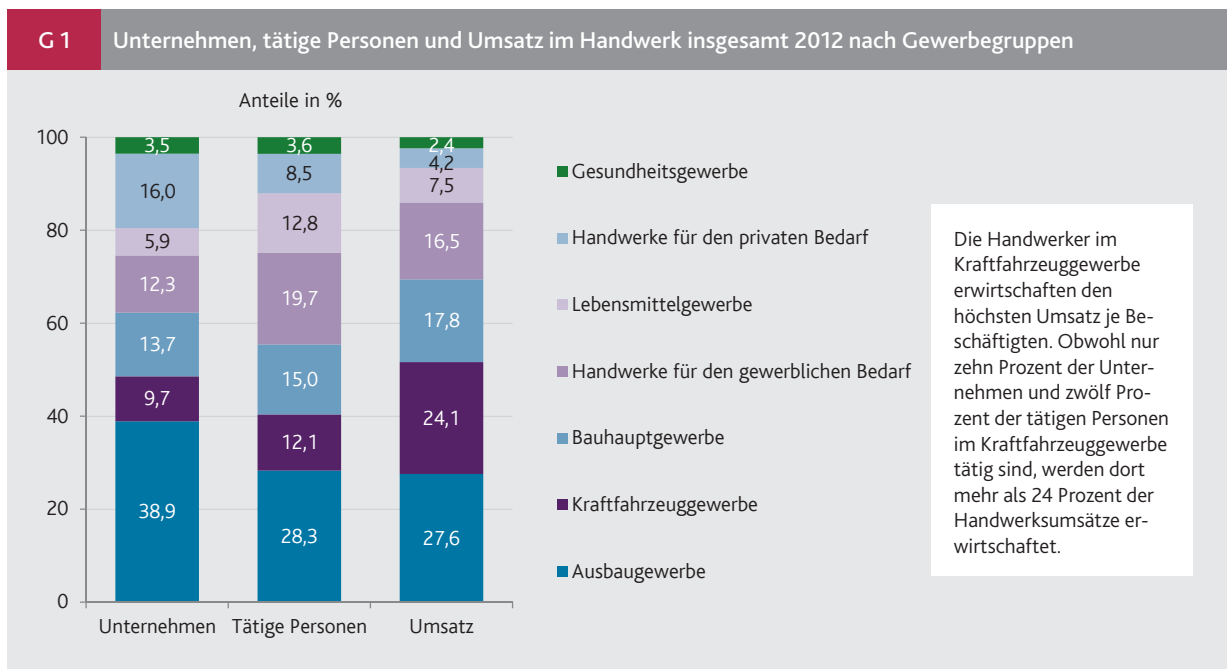
Karten

K 1: Tätige Personen im Handwerk insgesamt 2012 nach Verwaltungsbezirken	639
K 2: Umsatz im zulassungspflichtigen Handwerk 2012 nach Verwaltungsbezirken	641
K 3: Umsatz im zulassungsfreien Handwerk 2012 nach Verwaltungsbezirken	643

Metadaten

Datenquellen	644
Statistiken	644
Glossar	644
Internet	646

- Rund 30 300 Unternehmen waren 2012 dem Handwerk zuzuordnen. Das sind 17 Prozent aller Unternehmen in Rheinland-Pfalz.
- Die Handwerksunternehmen erwirtschafteten insgesamt fast 25 Milliarden Euro und beschäftigten 247 200 Personen.
- Das Handwerk wird in das zulassungspflichtige und das zulassungsfreie Handwerk untergliedert. Zum zulassungspflichtigen Handwerk gehören 84 Prozent der Unternehmen.
- Jedes zweite Handwerksunternehmen ist im Baugewerbe tätig.
- Im Jahr 2014 stiegen die Umsätze im zulassungspflichtigen Handwerk um 1,2 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten war leicht rückläufig.
- Der am häufigsten ausgeübte Handwerksberuf ist der Beruf des Kraftfahrzeugtechnikers.
- Die Zahl der Auszubildenden ist seit Jahren rückläufig. Im Jahr 2012 wurden im Handwerk 8 388 neue Ausbildungsverträge geschlossen. Männer wählten am häufigsten den Beruf des Kraftfahrzeugmechatronikers, Frauen entschieden sich am häufigsten für die Ausbildung zur Friseurin.



T 1

Ausgewählte Kennzahlen des Handwerks in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1991–2012

Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz						Deutschland	
		1991	2000	2005	2010	2011	2012	2011	2012
Unternehmen	Anzahl	.	.	.	30 428	30 279	30 268	580 417	583 668
zulassungspflichtiges Handwerk	Anteil in %	.	.	.	84,5	84,5	84,0	82,1	81,5
zulassungsfreies Handwerk	Anteil in %	.	.	.	15,5	15,5	16,0	17,9	18,5
Bauhauptgewerbe	Anteil in %	.	.	.	13,7	13,8	13,7	13,3	13,3
Ausbaugewerbe	Anteil in %	.	.	.	38,2	38,6	38,9	40,3	40,4
Handwerke für den gewerblichen Bedarf	Anteil in %	.	.	.	12,3	12,3	12,3	13,5	13,5
Kraftfahrzeuggewerbe	Anteil in %	.	.	.	9,6	9,7	9,7	9,3	9,3
Lebensmittelgewerbe	Anteil in %	.	.	.	6,4	6,1	5,9	5,0	4,9
Gesundheitsgewerbe	Anteil in %	.	.	.	3,4	3,5	3,5	3,7	3,7
Handwerke für den privaten Bedarf	Anteil in %	.	.	.	16,3	16,1	16,0	14,9	14,9
Umsatz	Mrd. EUR	.	.	.	23,7	25,5	24,9	512,7	510,1
je Betrieb	1 000 EUR	.	.	.	778,8	841,9	821,1	883,3	873,9
je Beschäftigte/-n	1 000 EUR	.	.	.	98,0	103,0	100,6	101,5	100,4
Beschäftigte	Anzahl	.	.	.	241 919	247 427	247 162	5 050 179	5 079 129
je Betrieb	Anzahl	.	.	.	8	8	8	9	9
SV-Beschäftigte	Anteil in %	.	.	.	71,5	72,2	72,5	73,4	73,6
geringfügig entlohnte Beschäftigte	Anteil in %	.	.	.	15,2	14,9	14,7	14,6	14,4
Auszubildende insgesamt ¹	Anzahl	27 380	30 439	26 147	24 873	23 593	22 524	414 207	400 131
darunter: Frauen	Anteil in %	24,2	21,1	21,8	22,3	21,6	21,2	23,2	22,7
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge ¹	Anzahl	10 859	11 671	9 207	9 084	8 775	8 388	152 838	146 592
darunter: Frauen	Anteil in %	.	23,7	24,5	25,5	23,4	23,8	24,7	24,7

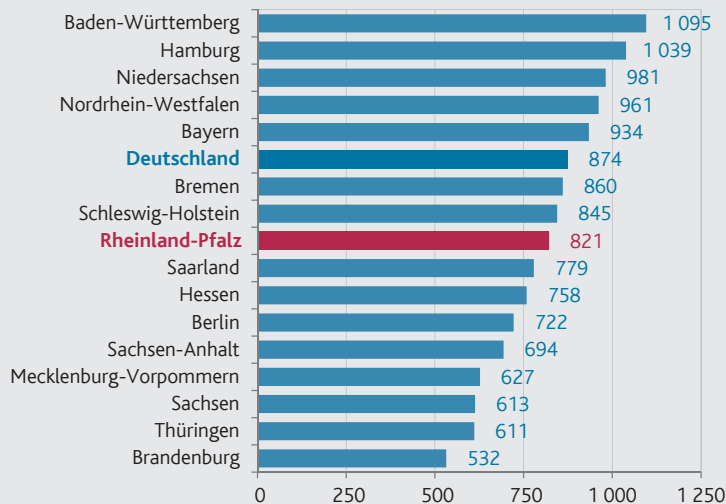
¹ Aus Geheimhaltungsgründen sind die Daten ab 2007 (Absolutwerte) jeweils auf ein Vielfaches von drei gerundet.

T 2 Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im Handwerk insgesamt 2012 nach Bundesländern

Bundesland	Unternehmen		Tätige Personen			Umsatz			
			insgesamt		je Unter-nehmen	insgesamt		je tätige Person	je Unter-nehmen
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	Mrd. EUR	%	1 000 EUR	
Baden-Württemberg	76 046	13,0	717 296	14,1	9	83,3	16,3	116,1	1 095,3
Bayern	105 915	18,1	900 587	17,7	9	98,9	19,4	109,8	933,9
Berlin	16 661	2,9	163 430	3,2	10	12,0	2,4	73,6	721,9
Brandenburg	23 473	4,0	151 926	3,0	6	12,5	2,4	82,2	532,0
Bremen	3 118	0,5	31 185	0,6	10	2,7	0,5	86,0	860,4
Hamburg	8 824	1,5	90 173	1,8	10	9,2	1,8	101,7	1 038,8
Hessen	40 933	7,0	323 780	6,4	8	31,0	6,1	95,9	758,4
Mecklenburg-Vorpommern	13 006	2,2	94 070	1,9	7	8,2	1,6	86,7	627,3
Niedersachsen	48 875	8,4	495 150	9,7	10	48,0	9,4	96,8	981,1
Nordrhein-Westfalen	113 976	19,5	1 079 616	21,3	9	109,6	21,5	101,5	961,3
Rheinland-Pfalz	30 268	5,2	247 162	4,9	8	24,9	4,9	100,6	821,1
Saarland	6 640	1,1	58 046	1,1	9	5,2	1,0	89,1	778,7
Sachsen	38 794	6,6	282 369	5,6	7	23,8	4,7	84,3	613,3
Sachsen-Anhalt	17 989	3,1	142 968	2,8	8	12,5	2,4	87,3	693,7
Schleswig-Holstein	19 602	3,4	169 620	3,3	9	16,6	3,2	97,6	844,5
Thüringen	19 548	3,3	131 751	2,6	7	11,9	2,3	90,6	610,8
Deutschland	583 668	100	5 079 129	100	9	510,1	100	100,4	873,9

G 2 Umsatz im Handwerk insgesamt 2012 nach Bundesländern

je Unternehmen in 1 000 EUR

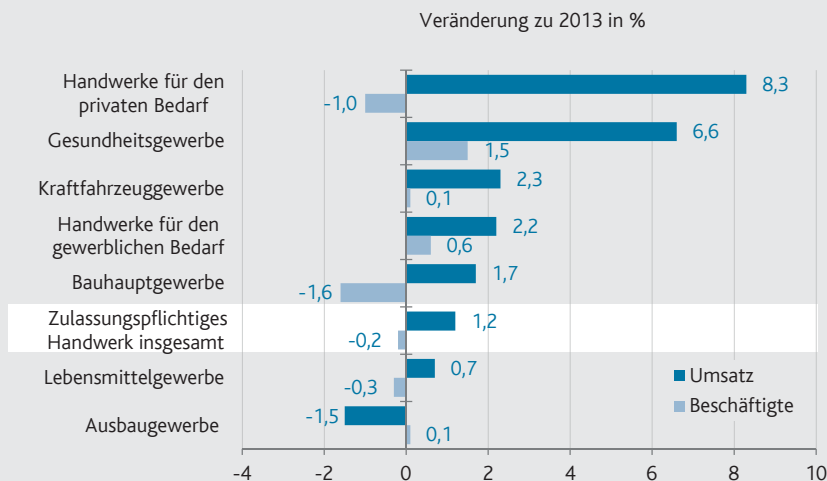


Im Jahr 2012 erwirtschafteten die 30 300 rheinland-pfälzischen Handwerksunternehmen 24,9 Milliarden Euro und damit fünf Prozent des Umsatzes im deutschen Handwerk.

Je Unternehmen ergibt sich ein durchschnittlicher Umsatz in Höhe von 821 100 Euro, das bedeutet Platz acht im Vergleich der Bundesländer. Insgesamt waren 247 200 Personen im Handwerk beschäftigt. Pro Kopf ergibt sich ein Umsatz von 100 600 Euro – Platz 5 im Ländervergleich.

G 3

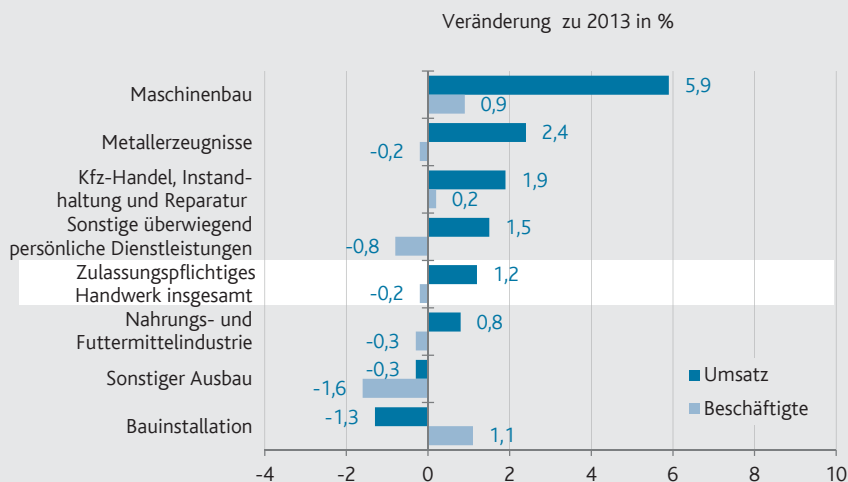
Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk 2014 nach Gewerbegruppen



Die Zahl der Beschäftigten im zulassungspflichtigen Handwerk war 2014 sowohl in Rheinland-Pfalz als auch im gesamten Bundesgebiet fast unverändert (-0,2 bzw. -0,1 Prozent).

Die Entwicklung des Personalstands verlief in den einzelnen Handwerksberufen allerdings sehr unterschiedlich. Die höchsten Zuwächse verzeichneten die Handwerke für das Gesundheitsgewerbe (+1,5 Prozent), den stärksten Personalabbau gab es im Bauhauptgewerbe (-1,6 Prozent).

G 4

Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk 2014 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen¹

Im Jahr 2014 steigerte das zulassungspflichtige Handwerk seine Umsätze um 1,2 Prozent. Deutschlandweit gab es einen Zuwachs um 2,4 Prozent.

Während der Maschinenbau eine kräftige Umsatzsteigerung vorweisen konnte (+5,9 Prozent), mussten die Bauinstallation und der sonstige Ausbau Umsatzeinbußen hinnehmen.

¹ Zur Abgrenzung siehe Metadaten.

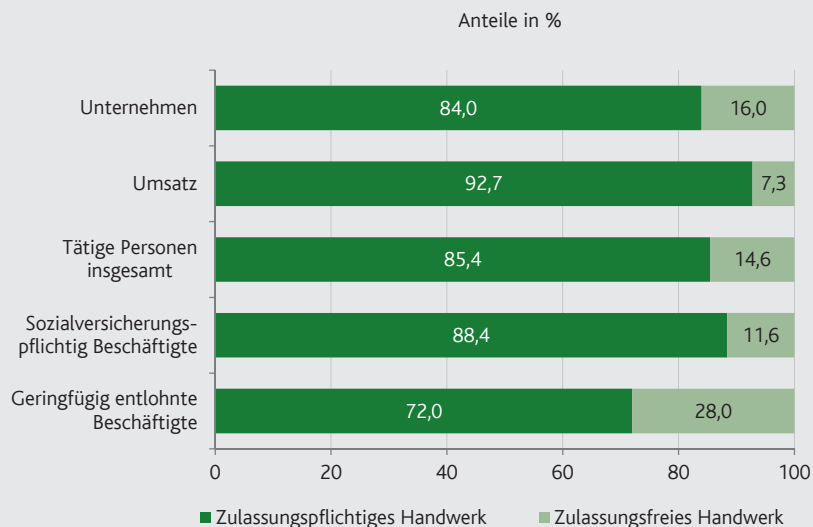
T 3

Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im Handwerk 2012 nach Gewerbegruppen

Gewerbegruppen	Unternehmen		Tätige Personen					Umsatz			
			insgesamt	Beschäftigte		je Unter- nehmen	insgesamt		je tätige Person	je Unter- nehmen	
	sozialversiche- rungspflichtig	geringfügig entlohnte									
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	Mrd. EUR	%	1 000 EUR		
Handwerk insgesamt											
Bauhauptgewerbe	4 144	13,7	37 160	15,0	80,5	7,9	9	4,43	17,8	119,1	1 068,4
Ausbaugewerbe	11 778	38,9	69 933	28,3	73,1	9,4	6	6,85	27,6	98,0	581,9
Handwerke für den gewerblichen Bedarf	3 725	12,3	48 713	19,7	70,3	21,7	13	4,10	16,5	84,2	1 101,2
Kraftfahrzeuggewerbe	2 927	9,7	29 885	12,1	79,1	10,7	10	5,98	24,1	200,1	2 043,1
Lebensmittelgewerbe	1 780	5,9	31 737	12,8	68,6	25,5	18	1,85	7,4	58,3	1 040,2
Gesundheitsgewerbe	1 071	3,5	8 783	3,6	72,1	14,8	8	0,59	2,4	67,1	550,4
Handwerke für den privaten Bedarf	4 843	16,0	20 951	8,5	58,4	17,6	4	1,05	4,2	50,1	216,6
Insgesamt	30 268	100	247 162	100	72,5	14,7	8	24,85	100	100,6	821,1
Zulassungspflichtiges Handwerk											
Bauhauptgewerbe	4 102	16,1	36 960	17,5	80,5	7,9	9	4,40	19,1	119,1	1 073,4
Ausbaugewerbe	8 979	35,3	61 235	29,0	75,7	9,0	7	6,18	26,8	100,9	687,9
Handwerke für den gewerblichen Bedarf	2 703	10,6	26 994	12,8	80,2	9,4	10	3,40	14,8	126,1	1 259,6
Kraftfahrzeuggewerbe	2 927	11,5	29 885	14,2	79,1	10,7	10	5,98	25,9	200,1	2 043,1
Lebensmittelgewerbe	1 732	6,8	31 267	14,8	68,8	25,4	18	1,76	7,6	56,2	1 014,1
Gesundheitsgewerbe	1 071	4,2	8 783	4,2	72,1	14,8	8	0,59	2,6	67,1	550,4
Handwerke für den privaten Bedarf	3 899	15,3	16 022	7,6	57,5	17,3	4	0,74	3,2	46,1	189,5
Zusammen	25 413	100	211 146	100	75,0	12,4	8	23,05	100	109,2	907,0
Zulassungsfreies Handwerk											
Bauhauptgewerbe	42	0,9	200	0,6	65,5	12,0	5	0,02	1,3	121,4	578,0
Ausbaugewerbe	2 799	57,7	8 698	24,2	54,5	12,1	3	0,68	37,5	77,7	241,5
Handwerke für den gewerblichen Bedarf	1 022	21,1	21 719	60,3	58,1	37,1	21	0,70	38,7	32,1	682,1
Kraftfahrzeuggewerbe	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lebensmittelgewerbe	48	1,0	470	1,3	60,2	29,1	10	0,10	5,3	202,4	1 981,6
Gesundheitsgewerbe	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Handwerke für den privaten Bedarf	944	19,4	4 929	13,7	61,4	18,6	5	0,31	17,2	62,9	328,5
Zusammen	4 855	100	36 016	100	57,7	28,3	7	1,80	100	50,1	371,3

G 5

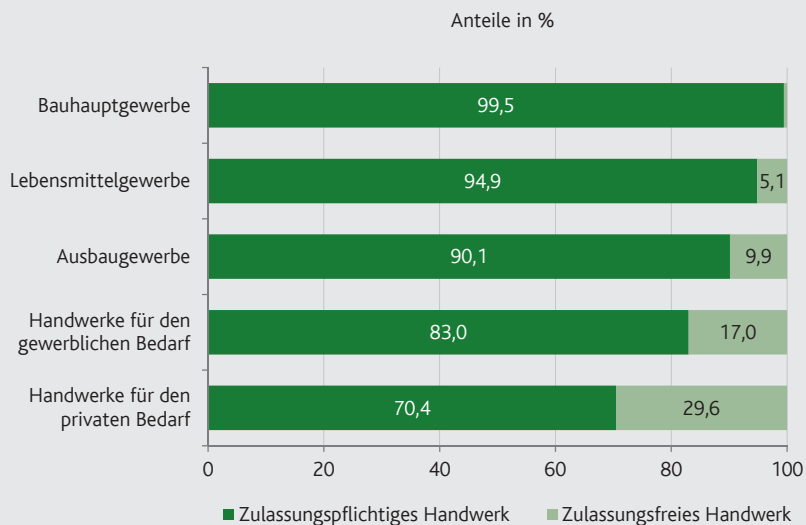
Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im zulassungspflichtigen und zulassungsfreien Handwerk 2012



Von den 151 Handwerksberufen sind insgesamt 41 zulassungspflichtig, die in „gefährdungenbereichen“ ausgeübt werden. Für deren selbstständige Ausübung ist die Eintragung in die Handwerksrolle vorgeschrieben. Voraussetzung hierfür ist eine bestandene Meisterprüfung oder eine vergleichbare Qualifikation. Hierzu gehören beispielsweise Dachdecker, Straßenbauer, Elektrotechniker, Fleischer und Zahntechniker.

G 6

Umsätze im zulassungspflichtigen und zulassungsfreien Handwerk 2012 nach Gewerbegruppen



Das zulassungspflichtige Handwerk erwirtschaftet in allen Gewerbegruppen die höchsten Umsatzanteile. Im Bauhauptgewerbe kommen die Umsätze sogar fast ausschließlich daher. Der höchste Umsatzanteil des zulassungsfreien Handwerks ist bei den Handwerken für den privaten Bedarf anzutreffen. Zu dieser Gewerbegruppe gehören z. B. Fotografinnen und Fotografen sowie Uhrmacherinnen und Uhrmacher.

T 4

Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im zulassungspflichtigen Handwerk 2012
nach Gewerbegruppen und ausgewählten Gewerbezeigen

Gewerbegruppen Gewerbe­zweige	Unternehmen		Tätige Personen					Umsatz			
			insgesamt	Beschäftigte		je Unter- nehmen	insgesamt	je tätige Person	je Unter- nehmen		
				sozialversiche- rungspflichtig	geringfügig entlohnte						
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	Mrd. EUR	%	1 000 EUR		
Bauhauptgewerbe											
darunter											
Maurer und Betonbauer	1 750	42,7	17 696	47,9	82,5	7,1	10	2,37	53,8	134,0	1 354,6
Dachdecker	991	24,2	6 366	17,2	75,2	8,8	6	0,63	14,3	98,7	633,9
Zimmerer	609	14,8	3 499	9,5	71,7	9,9	6	0,35	7,8	98,7	567,1
Ausbaugewerbe											
darunter											
Elektrotechniker	2 366	26,4	20 435	33,4	80,0	8,0	9	2,43	39,4	119,1	1 028,8
Installateur und Heizungsbauer	2 164	24,1	15 273	24,9	76,4	8,9	7	1,60	25,9	104,9	740,3
Tischler	1 857	20,7	11 559	18,9	72,6	10,5	6	1,14	18,5	98,7	614,2
Handwerke für den gewerblichen Bedarf											
darunter											
Metallbauer	1 330	49,2	12 555	46,5	79,8	9,2	9	1,45	42,6	115,6	1 091,5
Feinwerkmechaniker	653	24,2	9 209	34,1	83,6	9,1	14	1,23	36,2	133,7	1 885,0
Informationstechniker	338	12,5	1 765	6,5	69,0	11,3	5	0,19	5,7	109,9	573,7
Kraftfahrzeuggewerbe											
darunter											
Kraftfahrzeugtechniker	2 656	90,7	27 653	92,5	79,3	10,7	10	5,70	95,3	206,1	2 146,1
Karosserie- und Fahrzeugbauer	154	5,3	1 242	4,2	77,1	10,1	8	0,14	2,3	110,1	887,9
Zweiradmechaniker	107	3,7	864	2,9	75,5	11,8	8	0,12	2,1	143,5	1 158,6
Lebensmittelgewerbe											
darunter											
Bäcker	817	47,2	20 658	66,1	69,7	26,2	25	0,88	49,9	42,5	1 073,8
Fleischer	772	44,6	9 300	29,7	68,8	22,5	12	0,83	47,5	89,7	1 080,7
Konditoren	143	8,3	1 309	4,2	54,4	34,0	9	0,04	2,6	34,3	313,8
Gesundheitsgewerbe											
darunter											
Augenoptiker	480	44,8	3 106	35,4	69,3	13,9	6	0,23	38,6	73,2	473,5
Zahntechniker	381	35,6	3 335	38,0	71,1	16,6	9	0,18	29,9	52,9	463,0
Orthopädieschuhmacher	85	7,9	635	7,2	65,4	20,6	7	0,04	7,1	65,5	489,1
Handwerke für den privaten Bedarf											
darunter											
Friseure	3 012	77,3	12 719	79,4	56,4	18,9	4	0,30	41,1	23,9	100,7
Schornsteinfeger	494	12,7	1 219	7,6	49,7	9,5	2	0,08	10,2	61,8	152,6
Steinmetzen und Steinbildhauer	389	10,0

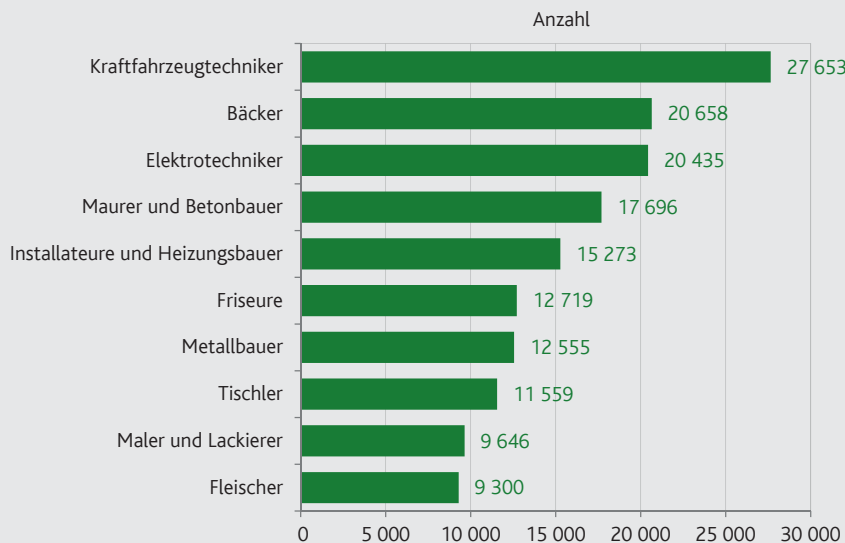
T 5

Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im zulassungsfreien Handwerk 2012 nach Gewerbegruppen und ausgewählten Gewerbebezügen

Gewerbegruppen Gewerbebezüge	Unternehmen		Tätige Personen					Umsatz			
			insgesamt	Beschäftigte		je Unter- nehmen	insgesamt		je tätige Person	je Unter- nehmen	
	sozialversiche- rungspflichtig	geringfügig entlohnte									
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	Mrd. EUR	%	1 000 EUR		
Bauhauptgewerbe											
Betonstein- und Terrazzo- hersteller	42	100	200	100	65,5	12,0	5	0,02	100	121,4	578,0
Ausbaugewerbe											
darunter											
Fliesen-, Platten und Mosaikleger	1 591	56,8	4 230	48,6	50,2	10,5	3	0,29	43,5	69,6	185,0
Raumausstatter	685	24,5	2 260	26,0	53,9	14,6	3	0,15	21,5	64,2	211,9
Parkettleger	209	7,5	624	7,2	57,9	7,9	3	0,05	8,1	87,3	260,6
Estrichleger	192	6,9	846	9,7	64,9	12,4	4	0,11	16,0	128,3	565,1
Rolladen- und Sonnenschutztechniker	122	4,4	738	8,5	66,4	16,5	6	0,07	10,9	99,9	604,2
Handwerke für den gewerblichen Bedarf											
darunter											
Gebäudereiniger	660	64,6	19 043	87,7	55,8	40,6	29	0,43	61,9	22,7	653,8
Schilder- und Licht- reklamehersteller	74	7,2	393	1,8	63,4	16,8	5	0,02	3,6	63,1	335,1
Edelsteinschleifer und -graveure	56	5,5	130	0,6	33,1	18,5	2	0,01	0,9	47,3	109,8
Drucker	52	5,1	791	3,6	80,8	12,4	15	0,10	14,4	126,7	1 927,0
Behälter- und Apparatebauer	47	4,6	216	1,0	69,9	6,5	5	0,02	3,4	108,6	498,9
Modellbauer	31	3,0	315	1,5	80,3	9,5	10	0,03	4,2	92,0	934,9
Buchbinder	27	2,6	106	0,5	53,8	20,8	4	0,00	0,7	47,1	184,8
Lebensmittelgewerbe											
darunter											
Müller	22	45,8	196	41,7	63,3	24,5	9	0,08	83,4	404,5	3 603,9
Brauer und Mälzer	16	33,3	237	50,4	59,5	33,8	15	0,01	13,3	53,3	789,4
Weinküfer	10	20,8	37	7,9	48,6	24,3	4	0,00	3,4	86,5	320,1
Handwerke für den privaten Bedarf											
darunter											
Gold- und Silberschmiede	231	24,5	976	19,8	59,2	16,0	4	0,12	37,8	119,9	506,8
Fotografen	207	21,9	492	10,0	40,0	15,4	2	0,03	8,3	52,1	123,9
Uhrmacher	84	8,9	349	7,1	55,9	18,6	4	0,02	6,9	61,3	254,7
Maßschneider	87	9,2	272	5,5	49,3	17,3	3	0,01	3,4	39,2	122,7
Schuhmacher	77	8,2	160	3,2	39,4	12,5	2	0,01	2,5	47,7	99,1
Textilreiniger	60	6,4	1 846	37,5	74,4	22,3	31	0,08	24,3	40,9	1 257,5
Sattler und Feintäschner	51	5,4	215	4,4	65,1	10,7	4	0,01	4,4	64,1	270,4
Keramiker	29	3,1	157	3,2	56,1	24,2	5	0,01	2,0	40,1	217,2
Kürschner	12	1,3	33	0,7	45,5	18,2	3	0,00	0,5	48,2	132,4

G 7

Tätige Personen im zulassungspflichtigen Handwerk 2012 nach den häufigsten Berufen

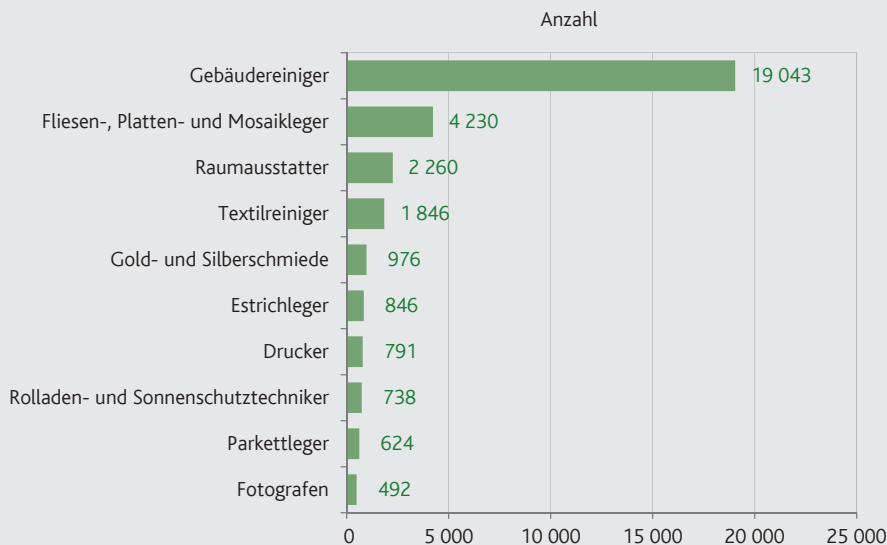


Von den insgesamt 211 100 im zulassungspflichtigen Handwerk tätigen Personen waren 2012 rund 27 700 als Kraftfahrzeugtechniker/-in beschäftigt. Es ist der mit Abstand am häufigsten ausgeübte Handwerksberuf.

Bei den 20 800 Nachwuchskräften, die sich aktuell in einer Handwerksausbildung befinden, ist unter den jungen Männern der Beruf des Elektrotechnikers am beliebtesten. Die jungen Frauen lassen sich am häufigsten zur Friseurin ausbilden.

G 8

Tätige Personen im zulassungsfreien Handwerk 2012 nach den häufigsten Berufen



Auch der Betrieb eines zulassungsfreien Handwerks muss in der zuständigen Handwerkskammer angezeigt werden. Jedoch ist hierfür kein Meisterbrief erforderlich. Dadurch ist die Eintrittshürde für ungelernte Arbeitskräfte und Menschen mit Ausbildungen in anderen Berufen sehr niedrig.

In der Rangfolge der Handwerksberufe des zulassungsfreien Handwerks stehen Gebäudereinigerinnen und -reiniger mit Abstand auf Platz eins. Von ihnen sind 41 Prozent geringfügig beschäftigt.

T 6

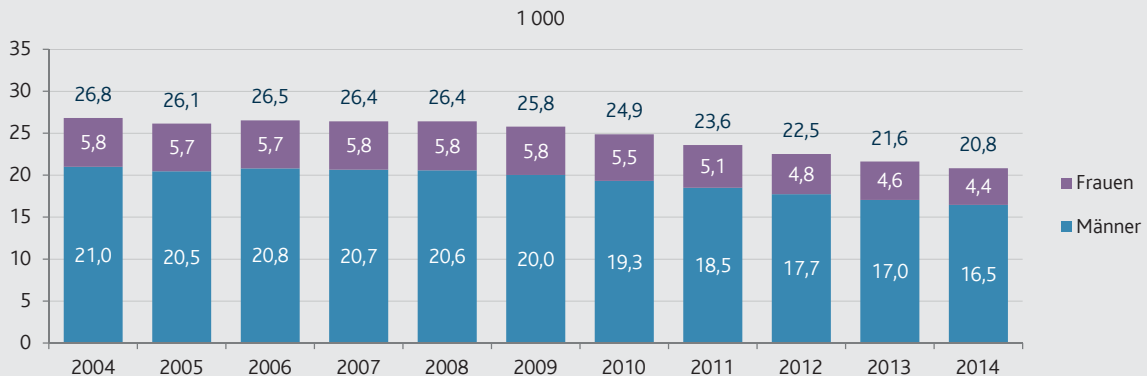
Auszubildende im Handwerk insgesamt 2004–2014 nach Ausbildungsjahren¹

Merkmal	Insgesamt	Davon im ... Ausbildungsjahr				Frauen	Ausländer/ -innen
		1.	2.	3.	4.		
	Anzahl	%					
2004	26 813	30,0	29,4	29,5	11,2	21,7	5,2
2005	26 147	29,2	30,6	30,0	10,2	21,8	4,9
2006	26 532	30,1	29,9	29,4	10,7	21,6	4,7
2007	26 409	32,0	29,7	28,7	9,6	21,8	5,1
2008	26 412	29,2	31,8	29,1	9,9	22,1	4,7
2009	25 779	27,6	30,4	32,0	10,0	22,3	5,0
2010	24 873	28,9	28,8	30,8	11,4	22,3	5,1
2011	23 592	29,5	29,8	29,4	11,3	21,6	5,5
2012	22 524	29,8	30,1	30,0	10,2	21,2	5,8
2013	21 624	29,1	30,4	30,3	10,2	21,2	6,5
2014 ^p	20 829	30,5	28,8	29,9	10,8	21,0	6,6
Veränderung zum Vorjahr in %							
2005	-2,5	-5,0	1,5	-0,8	-10,7	-2,0	-7,4
2006	1,5	4,3	-0,8	-0,5	5,9	0,5	-2,1
2007	-0,5	6,1	-1,2	-2,8	-10,5	0,6	6,3
2008	0,0	-8,9	7,1	1,5	3,6	1,4	-6,3
2009	-2,4	-7,8	-6,6	7,3	-1,6	-1,3	3,6
2010	-3,5	1,3	-8,6	-7,0	9,8	-3,7	-3,0
2011	-5,2	-3,3	-1,8	-9,7	-6,0	-8,1	3,1
2012	-4,5	-3,4	-3,8	-2,6	-14,0	-6,2	1,6
2013	-4,0	-6,3	-3,0	-2,8	-4,1	-4,3	6,4
2014 ^p	-3,7	0,8	-8,6	-5,0	2,3	-4,5	-1,9

¹ Aus Geheimhaltungsgründen sind die Daten ab 2009 (Absolutwerte) jeweils auf ein Vielfaches von drei gerundet.

G 9

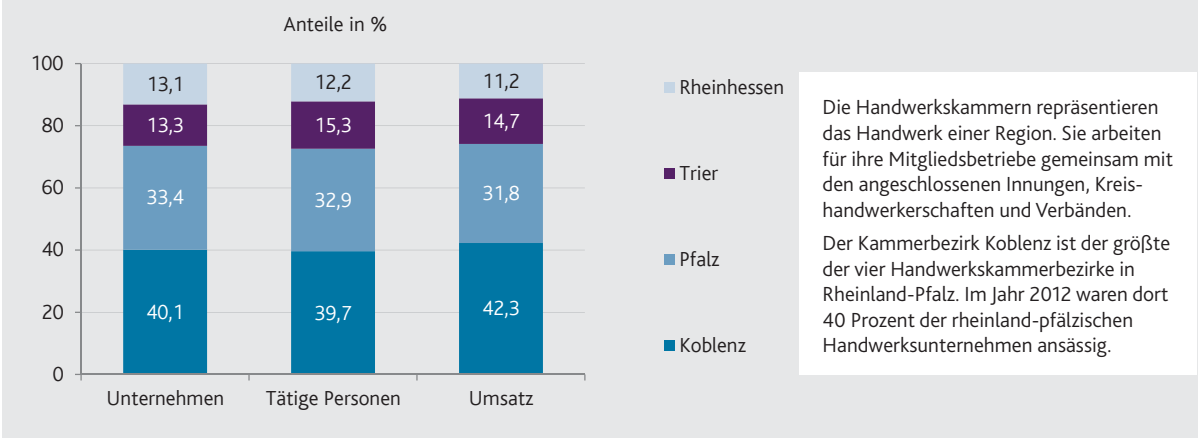
Auszubildende im Handwerk insgesamt 2004–2014 nach Geschlecht



T 7 Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im Handwerk 2012 nach Handwerkskammerbezirken

Handwerkskammerbezirk	Unternehmen		Tätige Personen					Umsatz			
			insgesamt	Beschäftigte		je Unter-nehmen	insgesamt	je tätige Person	je Unter-nehmen		
	sozialversiche- rungspflichtig	geringfügig entlohnte									
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	Mrd. EUR	%	1 000 EUR		
Handwerk insgesamt											
Koblenz	12 149	40,1	98 054	39,7	71,9	15,2	8	10,5	42,3	107,2	865,1
Pfalz	10 111	33,4	81 361	32,9	72,8	14,3	8	7,9	31,8	97,3	782,9
Rheinhausen	3 979	13,1	30 034	12,2	71,0	15,2	8	2,8	11,2	92,5	698,4
Trier	4 029	13,3	37 713	15,3	74,9	14,0	9	3,6	14,7	96,7	905,5
Rheinland-Pfalz	30 268	100	247 162	100	72,5	14,7	8	24,9	100	100,6	821,1
Zulassungspflichtiges Handwerk											
Koblenz	10 339	40,7	84 225	39,9	74,0	13,2	8	9,8	42,7	116,8	951,4
Pfalz	8 408	33,1	69 354	32,8	75,3	12,1	8	7,3	31,6	105,0	865,8
Rheinhausen	3 138	12,3	24 634	11,7	74,8	11,8	8	2,5	11,0	102,7	806,4
Trier	3 528	13,9	32 933	15,6	77,4	11,4	9	3,4	14,8	103,4	964,8
Rheinland-Pfalz	25 413	100	211 146	100	75,0	12,4	8	23,1	100	109,2	907,0
Zulassungsfreies Handwerk											
Koblenz	1 810	37,3	13 829	38,4	59,2	27,2	8	0,7	37,4	48,7	372,3
Pfalz	1 703	35,1	12 007	33,3	58,2	27,2	7	0,6	35,3	53,0	373,4
Rheinhausen	841	17,3	5 400	15,0	53,5	30,3	6	0,2	13,8	46,0	295,5
Trier	501	10,3	4 780	13,3	57,4	31,5	10	0,2	13,6	51,1	487,9
Rheinland-Pfalz	4 855	100	36 016	100	57,7	28,3	7	1,8	100	50,1	371,3

G 10 Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im Handwerk insgesamt 2012 nach Handwerkskammerbezirken



T 8

Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im Handwerk insgesamt 2012 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Unternehmen		Tätige Personen					Umsatz			
			insgesamt		Beschäftigte		je Unter- nehmen	insgesamt		je tätige Person	je Unter- nehmen
	Anzahl	%			sozialversiche- rungspflichtig	geringfügig entlohnte					
			Anzahl	%			Anzahl	Mrd. EUR	%	1 000 EUR	
Frankenthal (Pfalz), St.	275	0,9	2 168	0,9	72,0	14,7	8	0,21	0,9	97,6	769,7
Kaiserslautern, St.	550	1,8	9 168	3,7	78,4	15,3	17	(0,99)	(4,0)	(107,4)	(1791,0)
Koblenz, St.	673	2,2	7 828	3,2	76,8	14,1	12	0,88	3,5	112,1	1 303,7
Landau i. d. Pfalz, St.	316	1,0	3 085	1,2	79,8	9,6	10	0,29	1,2	94,6	923,3
Ludwigshafen a. Rh., St.	825	2,7	11 076	4,5	77,0	15,3	13	0,89	3,6	80,3	1 077,8
Mainz, St.	995	3,3	9 032	3,7	72,6	15,8	9	0,78	3,1	85,8	779,0
Neustadt a. d. Weinstr., St.	413	1,4	3 089	1,2	73,8	12,1	7	0,34	1,4	109,9	822,3
Pirmasens, St.	335	1,1	4 382	1,8	79,0	12,9	13	0,38	1,5	85,9	1 124,1
Speyer, St.	342	1,1	2 573	1,0	74,2	12,0	8	0,33	1,3	129,0	970,7
Trier, St.	604	2,0	7 356	3,0	80,8	10,5	12	0,81	3,2	109,8	1 336,7
Worms, St.	513	1,7	3 574	1,4	68,8	16,5	7	0,30	1,2	84,3	587,2
Zweibrücken, St.	213	0,7	1 835	0,7	75,3	12,5	9	0,18	0,7	97,5	840,4
Ahrweiler	1 180	3,9	6 929	2,8	67,6	14,7	6	0,67	2,7	96,9	569,3
Altenkirchen (Ww.)	1 000	3,3	8 609	3,5	70,4	17,6	9	1,01	4,1	117,4	1 010,4
Alzey-Worms	992	3,3	8 067	3,3	73,4	13,7	8	0,88	3,5	108,7	883,6
Bad Dürkheim	1 048	3,5	6 950	2,8	70,3	14,0	7	0,72	2,9	103,9	689,3
Bad Kreuznach	1 175	3,9	9 394	3,8	72,5	14,4	8	0,85	3,4	90,6	724,3
Bernkastel-Wittlich	969	3,2	9 385	3,8	74,2	14,9	10	0,90	3,6	95,5	925,0
Birkenfeld	749	2,5	5 860	2,4	73,7	13,0	8	0,63	2,5	108,1	845,7
Cochem-Zell	586	1,9	4 618	1,9	67,7	18,9	8	0,37	1,5	80,6	634,9
Donnersbergkreis	605	2,0	3 368	1,4	66,3	15,1	6	0,33	1,3	97,1	540,6
Eifelkreis Bitburg-Prüm	828	2,7	7 769	3,1	75,7	13,3	9	0,89	3,6	113,9	1 069,1
Germersheim	872	2,9	6 293	2,5	71,9	13,8	7	0,60	2,4	96,0	692,7
Kaiserslautern	913	3,0	6 465	2,6	72,2	13,3	7	0,55	2,2	85,8	607,9
Kusel	531	1,8	3 069	1,2	64,6	17,6	6	0,24	1,0	78,9	455,8
Mainz-Bingen	1 479	4,9	9 361	3,8	68,1	15,3	6	0,83	3,3	88,3	558,7
Mayen-Koblenz	1 675	5,5	13 396	5,4	70,0	16,9	8	1,61	6,5	120,5	963,9
Neuwied	1 523	5,0	11 115	4,5	69,7	16,0	7	1,16	4,7	104,2	760,4
Rhein-Hunsrück-Kreis	895	3,0	7 310	3,0	73,0	14,4	8	0,79	3,2	107,6	878,8
Rhein-Lahn-Kreis	942	3,1	7 580	3,1	73,4	13,7	8	0,91	3,7	119,9	964,5
Rhein-Pfalz-Kreis	1 027	3,4	6 822	2,8	67,4	17,1	7	0,81	3,2	118,1	784,6
Südliche Weinstraße	951	3,1	6 065	2,5	69,3	14,4	6	0,63	2,5	103,1	657,7
Südwestpfalz	895	3,0	4 953	2,0	67,8	13,4	6	0,43	1,7	86,6	479,1
Trier-Saarburg	1 097	3,6	9 301	3,8	73,4	14,2	8	0,72	2,9	77,3	655,4
Vulkaneifel	531	1,8	3 902	1,6	66,9	18,8	7	0,34	1,4	87,2	640,6
Westerwaldkreis	1 751	5,8	15 415	6,2	74,2	14,0	9	1,63	6,5	105,5	928,9
Rheinland-Pfalz	30 268	100	247 162	100	72,5	14,7	8	24,85	100	100,6	821,1
kreisfreie Städte	6 054	20,0	65 166	26,4	76,3	13,9	11	6,37	25,6	97,7	1 051,5
Landkreise	24 214	80,0	181 996	73,6	71,2	15,0	8	18,49	74,4	101,6	763,5

K 1

Tätige Personen im Handwerk insgesamt 2012 nach Verwaltungsbezirken

Im Jahr 2012 waren insgesamt 247 200 Personen in den rheinland-pfälzischen Handwerksunternehmen tätig. Diese Zahl umfasst sowohl die sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnenden Beschäftigten als auch die tätigen Inhaberinnen und Inhaber. Je Unternehmen waren im Landesdurchschnitt acht Personen tätig. Die größten Unternehmen gab es in der kreisfreien Stadt Kaiserslautern mit durchschnittlich 17 tätigen Personen. In den Landkreisen Ahrweiler, Donnersbergkreis, Kusel, Mainz-Bingen, Südliche Weinstraße und Südwestpfalz waren dagegen jeweils nur sechs Personen je Unternehmen tätig.

je Unternehmen

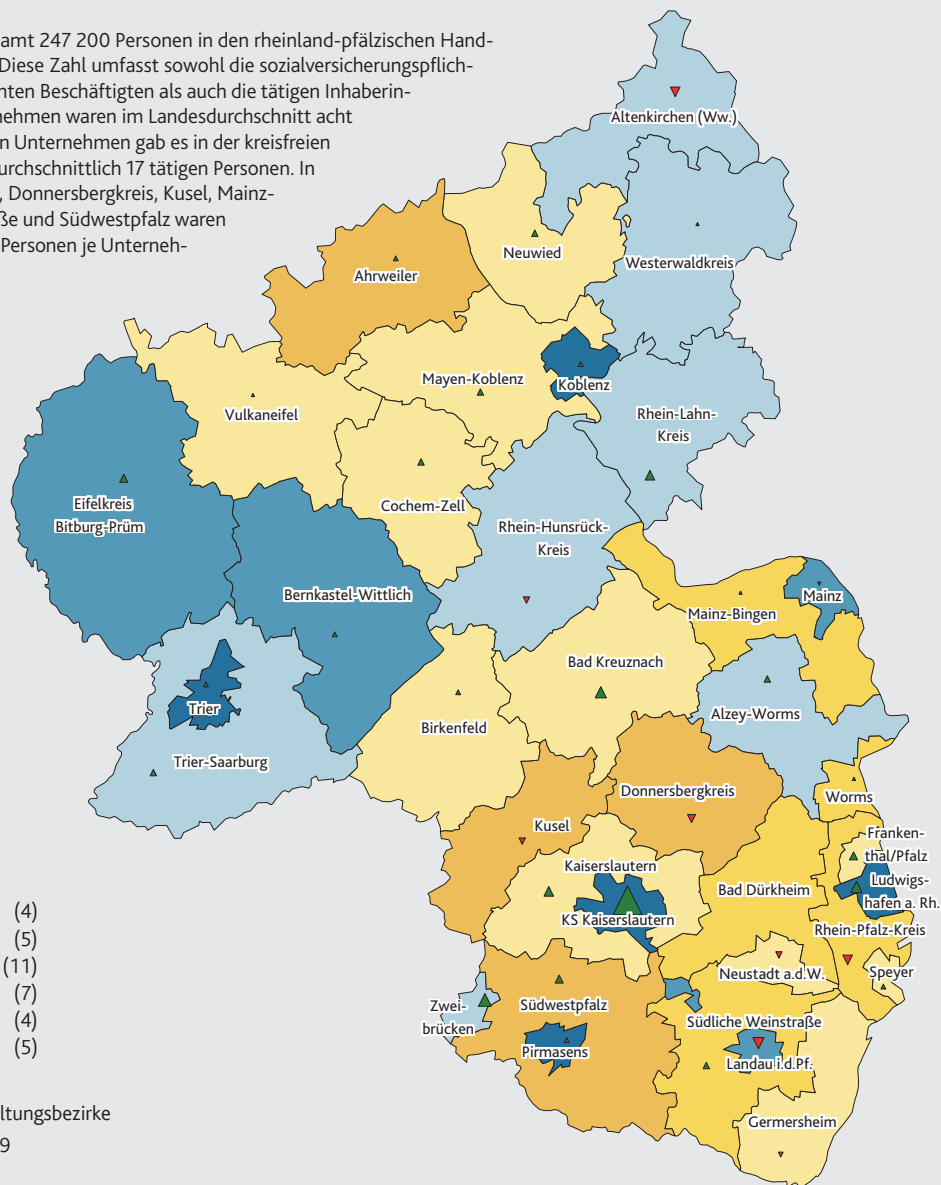
- unter 6 (4)
- 6 bis unter 7 (5)
- 7 bis unter 8 (11)
- 8 bis unter 9 (7)
- 9 bis unter 10 (4)
- 10 und mehr (5)

Landeswert: 8

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2009

- ▲ Zunahme
- ▼ Abnahme



T 9

Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im zulassungspflichtigen Handwerk 2012
nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Unternehmen		Tätige Personen					Umsatz			
			insgesamt		Beschäftigte		je Unter- nehmen	insgesamt		je tätige Person	je Unter- nehmen
	Anzahl	%			sozialversiche- rungspflichtig	geringfügig entlohnte					
			Anzahl	%			Anzahl	Mrd. EUR	%	1 000 EUR	
Frankenthal (Pfalz), St.	207	0,8	1 914	0,9	75,4	13,2	9	0,20	0,9	104,0	961,3
Kaiserslautern, St.	432	1,7	7 219	3,4	84,3	9,5	17	(0,93)	(4,03)	(128,7)	(2150,4)
Koblenz, St.	551	2,2	6 070	2,9	79,3	11,0	11	0,83	3,6	136,2	1 500,7
Landau i. d. Pfalz, St.	245	1,0	2 750	1,3	82,5	8,2	11	0,27	1,2	97,9	1 099,2
Ludwigshafen a. Rh., St.	602	2,4	7 825	3,7	81,6	10,4	13	0,79	3,4	101,5	1 319,1
Mainz, St.	765	3,0	7 041	3,3	77,4	11,1	9	0,69	3,0	98,3	904,3
Neustadt a. d. Weinstr., St.	344	1,4	2 795	1,3	76,0	10,9	8	0,33	1,4	116,5	946,9
Pirmasens, St.	285	1,1	3 990	1,9	81,3	11,1	14	0,36	1,6	90,6	1 267,7
Speyer, St.	259	1,0	2 224	1,1	77,7	10,1	9	0,31	1,4	141,6	1 215,7
Trier, St.	494	1,9	6 491	3,1	82,5	9,5	13	0,73	3,2	112,1	1 472,3
Worms, St.	393	1,5	2 963	1,4	73,3	13,1	8	0,27	1,2	90,9	685,1
Zweibrücken, St.	183	0,7	1 710	0,8	77,0	11,7	9	0,17	0,7	99,3	927,9
Ahrweiler	1 010	4,0	6 225	2,9	69,3	13,9	6	0,64	2,8	102,1	629,4
Altenkirchen (Ww.)	863	3,4	7 724	3,7	72,8	15,7	9	0,96	4,2	124,1	1 110,8
Alzey-Worms	823	3,2	6 466	3,1	77,0	9,7	8	0,81	3,5	125,3	984,4
Bad Dürkheim	863	3,4	6 006	2,8	73,4	11,7	7	0,67	2,9	112,3	781,4
Bad Kreuznach	978	3,8	7 435	3,5	74,8	11,4	8	0,79	3,4	106,8	811,6
Bernkastel-Wittlich	865	3,4	7 882	3,7	77,8	10,6	9	0,84	3,6	106,1	967,2
Birkenfeld	559	2,2	4 833	2,3	76,3	11,6	9	0,53	2,3	110,2	952,6
Cochem-Zell	542	2,1	3 266	1,5	68,4	14,1	6	0,35	1,5	106,1	639,6
Donnersbergkreis	526	2,1	3 100	1,5	67,6	14,9	6	0,29	1,2	92,1	542,7
Eifelkreis Bitburg-Prüm	738	2,9	7 120	3,4	77,1	12,1	10	0,86	3,7	120,4	1 161,3
Germersheim	758	3,0	5 718	2,7	73,7	12,6	8	0,58	2,5	101,0	761,5
Kaiserslautern	786	3,1	5 374	2,5	71,5	13,4	7	0,49	2,1	90,4	618,2
Kusel	466	1,8	2 889	1,4	65,9	17,4	6	0,23	1,0	79,4	492,5
Mainz-Bingen	1 157	4,6	8 164	3,9	71,4	13,8	7	0,76	3,3	93,0	656,3
Mayen-Koblenz	1 441	5,7	12 338	5,8	71,8	16,0	9	1,56	6,8	126,6	1 084,1
Neuwied	1 306	5,1	9 425	4,5	73,2	12,3	7	1,10	4,8	116,4	840,1
Rhein-Hunsrück-Kreis	784	3,1	6 725	3,2	74,6	13,4	9	0,75	3,3	111,6	957,1
Rhein-Lahn-Kreis	818	3,2	6 828	3,2	75,5	12,1	8	0,84	3,7	123,8	1 033,0
Rhein-Pfalz-Kreis	837	3,3	5 877	2,8	71,6	13,7	7	0,76	3,3	128,6	902,8
Südliche Weinstraße	822	3,2	5 433	2,6	70,8	13,6	7	0,51	2,2	93,9	620,9
Südwestpfalz	793	3,1	4 530	2,1	69,2	12,6	6	0,40	1,7	87,9	501,9
Trier-Saarburg	948	3,7	8 012	3,8	75,8	11,9	8	0,66	2,9	82,0	693,3
Vulkaneifel	483	1,9	3 428	1,6	71,1	14,1	7	0,33	1,4	94,9	673,7
Westerwaldkreis	1 487	5,9	13 356	6,3	76,0	12,6	9	1,49	6,5	111,4	1 000,2
Rheinland-Pfalz	25 413	100	211 146	100	75,0	12,4	8	23,05	100	109,2	907,0
kreisfreie Städte	4 760	18,7	52 992	25,1	80,0	10,6	11	5,88	25,5	110,9	1 234,9
Landkreise	20 653	81,3	158 154	74,9	73,4	13,0	8	17,17	74,5	108,6	831,4

K 2

Umsatz im zulassungspflichtigen Handwerk 2012 nach Verwaltungsbezirken

Die Unternehmen des zulassungspflichtigen Handwerks erzielten 2012 Umsätze in Höhe von insgesamt 23 Milliarden Euro. Der Umsatz je tätiger Person – die Umsatzproduktivität – betrug 109 200 Euro. Die höchsten Pro-Kopf-Umsätze erwirtschafteten die Handwerksunternehmen in den kreisfreien Städten Speyer (141 600 Euro) und Koblenz (136 200 Euro). Mit 79 400 Euro je tätiger Person war die Umsatzproduktivität im Landkreis Kusel am niedrigsten.

1 000 EUR je tätiger Person

unter 89	(3)
89 bis unter 99	(9)
99 bis unter 109	(8)
109 bis unter 119	(7)
119 bis unter 129	(7)
129 und mehr	(2)

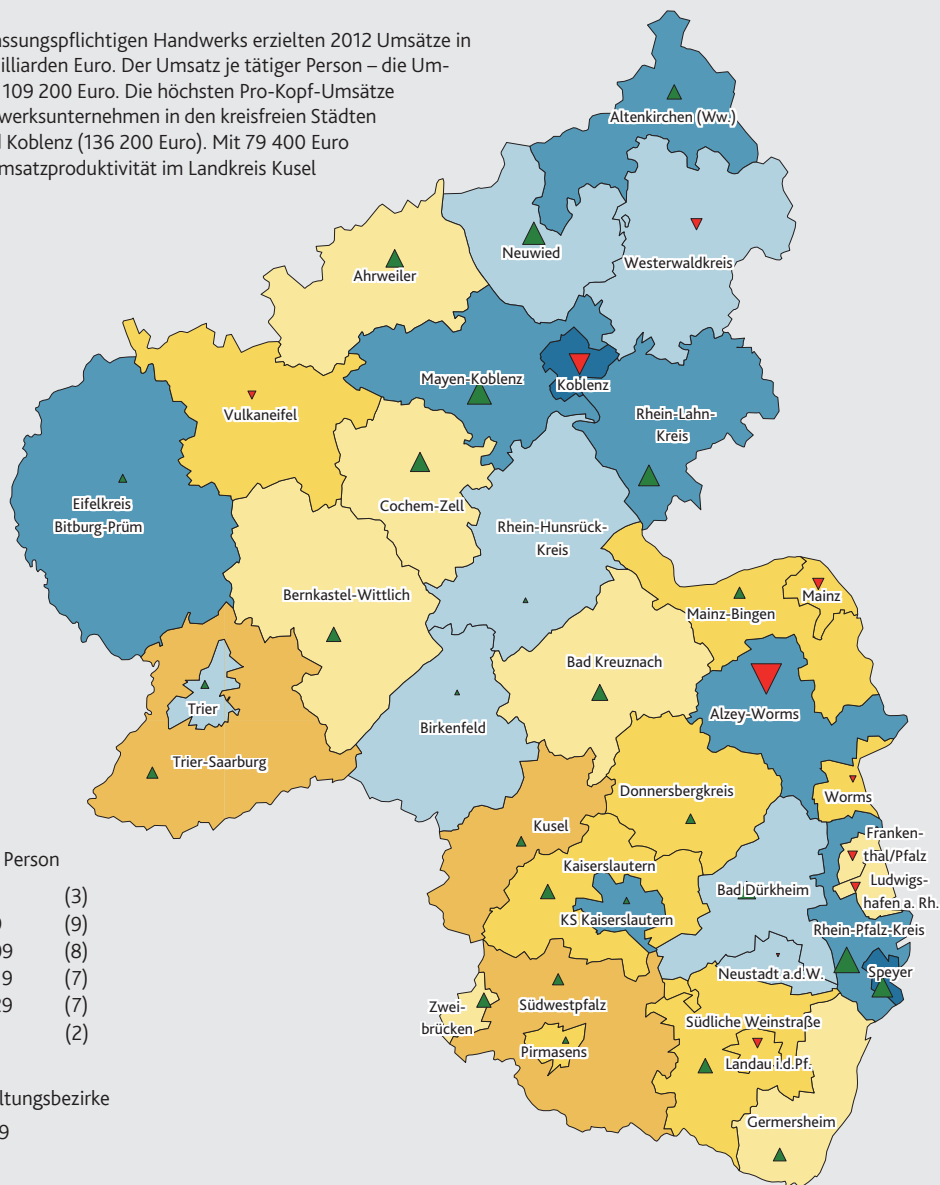
Landeswert: 109

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2009

▲ Zunahme

▼ Abnahme



T 10

Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im zulassungsfreien Handwerk 2012
nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Unternehmen		Tätige Personen					Umsatz			
			insgesamt		Beschäftigte		je Unter- nehmen	insgesamt		je tätige Person	je Unter- nehmen
	Anzahl	%			sozialversiche- rungspflichtig	geringfügig entlohnte					
			Anzahl	%			Anzahl	Mrd. EUR	%	1 000 EUR	
Frankenthal (Pfalz), St.	68	1,4	254	0,7	46,1	26,0	4	0,01	0,7	49,9	186,6
Kaiserslautern, St.	118	2,4	1 949	5,4	56,8	36,8	17	0,06	3,1	28,8	475,5
Koblenz, St.	122	2,5	1 758	4,9	68,1	24,7	14	0,05	2,8	28,7	413,8
Landau i. d. Pfalz, St.	71	1,5	335	0,9	57,6	20,9	5	0,02	1,2	67,0	316,3
Ludwigshafen a. Rh., St.	223	4,6	3 251	9,0	65,7	27,2	15	0,10	5,3	29,3	426,7
Mainz, St.	230	4,7	1 991	5,5	55,4	32,6	9	0,08	4,6	41,8	362,1
Neustadt a. d. Weinstr., St.	69	1,4	294	0,8	53,1	22,8	4	0,01	0,8	47,2	201,2
Pirmasens, St.	50	1,0	392	1,1	55,6	31,1	8	0,02	0,8	38,9	305,2
Speyer, St.	83	1,7	349	1,0	51,6	24,1	4	0,02	0,9	49,0	206,2
Trier, St.	110	2,3	865	2,4	68,3	17,9	8	0,08	4,4	92,5	727,6
Worms, St.	120	2,5	611	1,7	47,1	33,1	5	0,03	1,8	52,4	266,6
Zweibrücken, St.	30	0,6	125	0,3	52,8	23,2	4	0,01	0,5	73,6	306,5
Ahrweiler	170	3,5	704	2,0	52,6	22,4	4	0,04	2,0	51,2	212,1
Altenkirchen (Ww.)	137	2,8	885	2,5	49,5	34,5	6	(0,05)	(2,9)	(58,5)	(377,7)
Alzey-Worms	169	3,5	1 601	4,4	59,0	29,9	9	0,07	3,7	41,4	392,4
Bad Dürkheim	185	3,8	944	2,6	50,5	29,0	5	0,05	2,7	50,9	259,8
Bad Kreuznach	197	4,1	1 959	5,4	64,1	25,5	10	0,06	3,2	29,2	290,7
Bernkastel-Wittlich	104	2,1	1 503	4,2	55,2	37,5	14	0,06	3,3	39,7	574,2
Birkenfeld	190	3,9	1 027	2,9	61,1	19,4	5	0,10	5,6	98,3	531,4
Cochem-Zell	44	0,9	1 352	3,8	66,0	30,5	31	0,02	1,4	18,8	577,3
Donnersbergkreis	79	1,6	268	0,7	51,5	17,2	3	0,04	2,3	155,3	526,7
Eifelkreis Bitburg-Prüm	90	1,9	649	1,8	59,9	25,9	7	0,03	1,6	43,5	313,3
Germersheim	114	2,3	575	1,6	54,3	25,6	5	0,03	1,5	46,6	234,9
Kaiserslautern	127	2,6	1 091	3,0	75,4	12,7	9	0,07	3,8	63,3	543,8
Kusel	65	1,3	180	0,5	43,9	19,4	3	0,01	0,7	69,6	192,6
Mainz-Bingen	322	6,6	1 197	3,3	46,1	25,7	4	0,07	3,7	55,9	207,8
Mayen-Koblenz	234	4,8	1 058	2,9	49,2	27,9	5	0,05	2,9	49,5	223,7
Neuwied	217	4,5	1 690	4,7	50,1	36,6	8	0,06	3,4	36,0	280,4
Rhein-Hunsrück-Kreis	111	2,3	585	1,6	54,9	25,6	5	0,04	2,0	61,8	325,5
Rhein-Lahn-Kreis	124	2,6	752	2,1	54,9	28,1	6	0,06	3,5	84,5	512,2
Rhein-Pfalz-Kreis	190	3,9	945	2,6	41,8	38,0	5	0,05	2,8	53,0	263,7
Südliche Weinstraße	129	2,7	632	1,8	57,1	21,8	5	/	/	/	/
Südwestpfalz	102	2,1	423	1,2	53,2	21,7	4	0,03	1,7	72,9	302,1
Trier-Saarburg	149	3,1	1 289	3,6	59,0	28,5	9	0,06	3,4	47,9	414,4
Vulkaneifel	48	1,0	474	1,3	36,5	53,2	10	0,01	0,8	31,1	306,7
Westerwaldkreis	264	5,4	2 059	5,7	63,1	23,4	8	0,14	7,7	67,6	527,1
Rheinland-Pfalz	4 855	100	36 016	100	57,7	28,3	7	1,80	100	50,1	371,3
kreisfreie Städte	1 294	26,7	12 174	33,8	60,4	28,6	9	0,49	27,1	40,1	376,8
Landkreise	3 561	73,3	23 842	66,2	56,4	28,1	7	1,32	72,9	55,2	369,3

K 3

Umsatz im zulassungsfreien Handwerk 2012 nach Verwaltungsbezirken

Im Jahr 2012 erzielten die Unternehmen des zulassungsfreien Handwerks Umsätze in Höhe von insgesamt 1,8 Milliarden Euro. Der Umsatz je tätiger Person – die Umsatzproduktivität – betrug knapp 50 100 Euro. Die Unternehmen im Donnersbergkreis erwirtschafteten mit durchschnittlich 155 300 Euro die mit Abstand höchsten Pro-Kopf-Umsätze. Im Landkreis Cochem-Zell war die Umsatzproduktivität mit 18 800 Euro je tätiger Person am niedrigsten.

1 000 EUR je tätiger Person

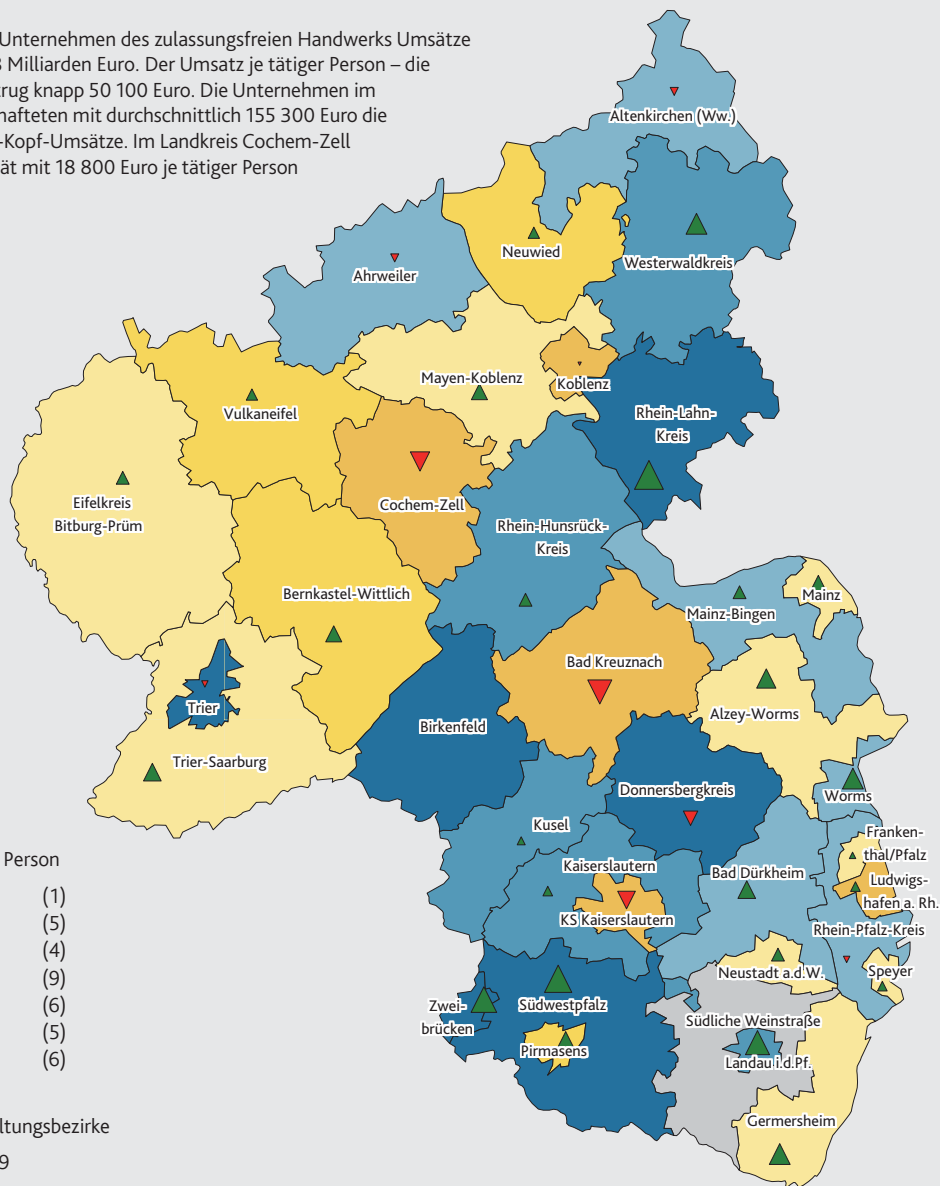
geheim	(1)
unter 30	(5)
30 bis unter 40	(4)
40 bis unter 50	(9)
50 bis unter 60	(6)
60 bis unter 70	(5)
70 und mehr	(6)

Landeswert: 50

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2009

- ▲ Zunahme
▼ Abnahme



Datenquellen

Statistik	Tabelle	Grafik	Karte	Übersicht
Handwerkszählung	T 1 bis T 5, T 7 bis T 10	G 1 bis G 2, G 5 bis G 8, G 10	K 1 bis K 3	Ü 1
Vierteljährliche Handwerksberichterstattung	-	G 3 bis G 4	-	-
Berufsbildungsstatistik	T 1, T 6	G 9	-	-

Statistiken

Die Ergebnisse der jährlichen **Handwerkszählung** liefern Strukturinformationen über das Handwerk in Rheinland-Pfalz und in Deutschland. Im Gegensatz zu den Handwerkszählungen vor dem Berichtsjahr 2008, bei denen alle Handwerksunternehmen befragt wurden, werden die Ergebnisse der Handwerkszählungen ab dem Berichtsjahr 2008 durch die Auswertung des statistischen Unternehmensregisters gewonnen. Dadurch liegen derzeit erst Ergebnisse für das Berichtsjahr 2010 vor. Mit der Umstellung auf eine Auswertung von vorhandenen Datenquellen müssen keine Handwerksunternehmen mehr für diese Statistik befragt werden, sodass die statistischen Ämter eine maximal mögliche Entlastung der Handwerksunternehmen erreichen. Die Handwerkszählung stellt Informationen über selbstständige Handwerksunternehmen des zulassungspflichtigen und des zulassungsfreien Handwerks zur Verfügung. Die zulassungspflichtigen Gewerbebezüge sind in Anlage A, die zulassungsfreien Gewerbebezüge in Anlage B Abschnitt 1 der Handwerksordnung aufgeführt.

Die **Vierteljährliche Handwerksberichterstattung** dient der laufenden Beobachtung der konjunkturellen Entwicklung im zulassungspflichtigen Handwerk.

Seit dem Berichtsjahr 2008 werden hierfür ausschließlich Verwaltungsdaten der Bundesagentur für Arbeit (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte) und der Finanzverwaltung (Umsätze aus den Umsatzsteuer-Voranmeldungen) herangezogen. Ausgewertet werden die Angaben aller über das Unternehmensregister identifizierten Handwerksunternehmen. Es werden Messzahlen und Veränderungsraten für Beschäftigte und Umsatz veröffentlicht. In der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung liegt die Zeitspanne zwischen dem Berichtsquartal und der Veröffentlichung der Daten bei etwa 70 Tagen.

Für die selbstständige Ausübung eines zulassungspflichtigen Handwerks ist die Eintragung in die Handwerksrolle vorgeschrieben. Voraussetzung hierfür ist eine bestandene Meisterprüfung oder eine vergleichbare Qualifikation. Von den insgesamt 151 Handwerksberufen gehören 41 zu den zulassungspflichtigen. Die Ergebnisse der Handwerksberichterstattung werden nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige und nach der Gewerbebezugsklassifikation aufbereitet.

Glossar

Beschäftigte

Die Beschäftigtenangaben der Bundesagentur für Arbeit beruhen auf monatlichen Meldungen der Arbeitgeber zur Sozialversicherung bzw. aus dem Meldeverfahren für geringfügig entlohnte Beschäftigte. Tätige Inhaber, nicht sozialversicherungspflichtige Gesellschafter, mithelfende Familienangehörige sowie kurzfristig geringfügig Beschäftigte fehlen in den Daten der Bundesagentur für Arbeit. Bei der Interpretation des Merkmals „Beschäftigte“ ist zu beachten, dass alle im Unternehmen sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohten Personen erfasst werden, also auch diejenigen, die nicht im handwerklichen Bereich tätig sind (z.B. Verkaufs- und/oder Verwaltungspersonal).

Geringfügig entlohnte Beschäftigte

Alle Arbeitnehmer/-innen, die einer geringfügigen Beschäftigung nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 Sozialgesetzbuch Viertes Buch (SGB IV) nachgehen.

Gewerbebezüge des Handwerks

Die Ergebnisse der Registerauswertung werden nach der Gewerbebezugsklassifikation gemäß Anlage A der Handwerksordnung („Verzeichnis der Gewerbe, die als zulassungspflichtiges Handwerk betrieben werden können“) bzw. Anlage B Abschnitt 1 der Handwerksordnung („Verzeichnis der Gewerbe, die als zulassungsfreies Handwerk betrieben werden können“) ausgewertet. Die Gewerbebezugsklassifikation ist eine Berufsnomenklatur des Handwerks. Die Erhebungseinheit wird hier im Wesentlichen jener Berufsbezeichnung zugeordnet, unter welcher der Inhaber von Unternehmen zulassungspflichtiger bzw. zulassungsfreier Handwerke in die Handwerksrolle bzw. in das Verzeichnis zulassungsfreier Handwerke eingetragen ist.

Die aktuelle Gliederung der Gewerbebezugsklassifikation erlaubt es, Zusammenfassungen sowohl für das zulassungspflichtige als auch für das zulassungsfreie Handwerk zu bilden. Diese Gliederung entspricht den bei den Handwerksverbänden verwendeten Gewerbebezugsklassifikationen.

Ü 1 Gewerbegruppen und Gewerbebezüge im Handwerk

Gewerbegruppen	
Zulassungspflichtiges Handwerk Anlage A der Handwerksordnung	Zulassungsfreies Handwerk Anlage B Abschnitt 1 der Handwerksordnung
Gewerbebezug	Gewerbebezug
I - Bauhauptgewerbe	
Maurer und Betonbauer; Zimmerer, Dachdecker; Straßenbauer; Wärme-, Kälte- und Schallschutzisolierer; Brunnenbauer; Gerüstbauer	Betonstein- und Terrazzohersteller
II - Ausbaugewerbe	
Ofen- und Luftheizungsbauer; Stuckateure; Maler und Lackierer; Klempner; Installateur und Heizungsbauer; Elektrotechniker; Tischler; Glaser	Fliesen-, Platten- und Mosaikleger; Estrichleger; Parkettleger; Rolladen- und Sonnenschutztechniker; Raumausstatter
III - Handwerke für den gewerblichen Bedarf	
Metallbauer; Chirurgiemechaniker; Feinwerkmechaniker; Kälteanlagenbauer; Informationstechniker; Landmaschinenmechaniker; Büchsenmacher; Elektromaschinenbauer; Seiler; Glasbläser und Glasapparatebauer	Behälter- und Apparatebauer; Metallbildner; Galvaniseure; Metall- und Glockengießer; Schneidwerkzeugmechaniker; Modellbauer; Böttcher; Gebäudereiniger; Glasveredler; Feinoptiker; Glas- und Porzellanmaler; Edelsteinschleifer und -graveure; Buchbinder; Drucker; Siebdrucker; Flexografen; Schilder- und Lichtreklamehersteller
IV - Kraftfahrzeuggewerbe	
Karosserie- und Fahrzeugbauer; Zweiradmechaniker; Kraftfahrzeugtechniker; Mechaniker für Reifen- und Vulkanisationstechnik	
V - Lebensmittelgewerbe	
Bäcker; Konditoren; Fleischer	Müller; Brauer und Mälzer; Weinküfer
VI - Gesundheitsgewerbe	
Augenoptiker; Hörgeräteakustiker; Orthopädietechniker; Orthopädieschuhmacher; Zahntechniker	
VII - Handwerke für den privaten Bedarf	
Steinmetzen und Steinbildhauer; Schornsteinfeger; Boots- und Schiffbauer; Friseure	Uhrmacher; Graveure; Gold- und Silberschmiede; Drechsler (Elfenbeinschnitzer) und Holzspielzeugmacher; Holzbildhauer; Korb- und Flechtwerkgestalter; Maßschneider; Textilgestalter (Sticker, Weber, Klöppler, Posamentierer, Stricker); Modisten; Segelmacher; Kürschner; Schuhmacher; Sattler- und Feintäschner; Textilreiniger; Wachszieher; Fotografen; Keramiker; Orgel- und Harmoniumbauer; Klavier- und Cembalobauer; Handzuginstrumentenmacher; Geigenbauer; Bogenmacher; Metallblasinstrumentenmacher; Holzblasinstrumentenmacher; Zupfinstrumentenmacher; Vergolder

Metadaten

Handwerksunternehmen

Unternehmen, die entweder in die Handwerksrolle eingetragen sind oder in das Verzeichnis der Gewerbe, die als zulassungsfreies Handwerk betrieben werden können.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Alle Arbeitnehmer/-innen einschließlich der Auszubildenden, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die von dem/den Arbeitgeber/-innen Beitragsanteile nach dem Recht der Arbeitsförderung zu entrichten sind.

Tätige Personen

Umfasst die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die geringfügig entlohnten Beschäftigten und die tätigen Inhaber/-innen. Die Anzahl der tätigen Inhaber/-innen wird geschätzt.

Umsatz

Die Umsatzdaten der Finanzverwaltungen der Länder basieren auf den Umsatzsteuer-Voranmeldungen der Unternehmen. Die Umsätze von Kleinunternehmen (Umsatz bis zu 17 500 Euro im Vorjahr und voraussichtlich nicht über 50 000 Euro im Berichtsjahr) und Umsätze von Unternehmen, die nahezu ausschließlich steuerfreie Umsätze erzielen oder bei denen keine Steuerzahllast entsteht, sind nicht enthalten (sofern die Unternehmen nicht auf die Steuerbefreiung verzichten). Eine bedeutsame Abweichung von den

bisher erhobenen Umsätzen ergibt sich aufgrund von umsatzsteuerlichen Organschaften. Bei diesen Organschaften handelt es sich um Verbindungen von rechtlich selbstständigen Unternehmen, die steuerrechtlich als ein einziger Schuldner behandelt werden. Für eine Organschaft ist im Datenmaterial der Finanzverwaltungen nur der Organträger mit dem Umsatz der gesamten Organschaft enthalten. Für die ebenfalls zu der Organschaft gehörigen Organgesellschaften gibt es keine Umsatzangaben. Der beim Organträger nachgewiesene Umsatz enthält die konsolidierten Einzelumsätze aller Mitglieder des Organschaftskreises (Organträger und -gesellschaften). Diese konsolidierten Umsätze enthalten zwar die Außenumsätze, nicht aber die Innenumsätze zwischen den einzelnen Mitgliedern der Organschaften. Die Art der Einbeziehung der Organschaftsumsätze ist für Auswertungen der Verwaltungsdaten von großer Bedeutung. Wenn die Umsätze der Organschaften – wie von den Finanzverwaltungen gemeldet – ausgewertet würden, wären die gesamten Umsätze der Organschaft in den Gewerbebezügen und in den Regionen nachgewiesen, denen die Organträger zugeordnet sind. Ferner ist es möglich, dass der Organträger kein Handwerksunternehmen ist und nur die dazugehörigen Organgesellschaften handwerklich tätig sind. In diesem Fall würde der Organschaftsumsatz außerhalb des Handwerks nachgewiesen. Es wird deutlich, dass ohne eine Schätzung des Umsatzes für die einzelnen Organschaftsmitglieder gravierende Verzerrungen der Ergebnisse entstehen können. Um dies zu vermeiden, haben die statistischen Ämter ein Schätzverfahren für den Umsatz aller Organschaftsmitglieder entwickelt, bei dem auch die fehlenden Innenumsätze der Organschaften hinzugeschätzt werden.

Internet

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/industrie-bau-handwerk

Pressemitteilungen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/industrie-bau-handwerk/pressemitteilungen

Statistische Berichte

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/industrie-bau-handwerk/statistische-berichte

Beiträge in den Statistischen Monatsheften

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/industrie-bau-handwerk/monatsheftbeitraege

Übersichtstabellen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/industrie-bau-handwerk/basisdaten-regional

Analysen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/industrie-bau-handwerk/analysen

Kurzpräsentationen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/industrie-bau-handwerk/kurzpraesentationen

Gemeinschaftsveröffentlichungen

www.statistik-portal.de



23. Binnenhandel und Gastgewerbe



Inhaltsverzeichnis

Tabellen

T 1: Ausgewählte Kennzahlen zum Binnenhandel und Gastgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1995–2014	650
T 2: Umsatz und Beschäftigte im Großhandel 2010–2014 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen	651
T 3: Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel 2010–2014 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen	654
T 4: Umsatz und Beschäftigte im Kraftfahrzeughandel 2010–2014 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen	655
T 5: Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe 2010–2014 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen	656
T 6: Unternehmen, Beschäftigte und Umsatz im Binnenhandel und im Gastgewerbe 2013 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen	657
T 7: Warenbestände, Wareneinsatz, Aufwendungen und Investitionen im Binnenhandel und im Gastgewerbe 2013 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen	659

Grafiken

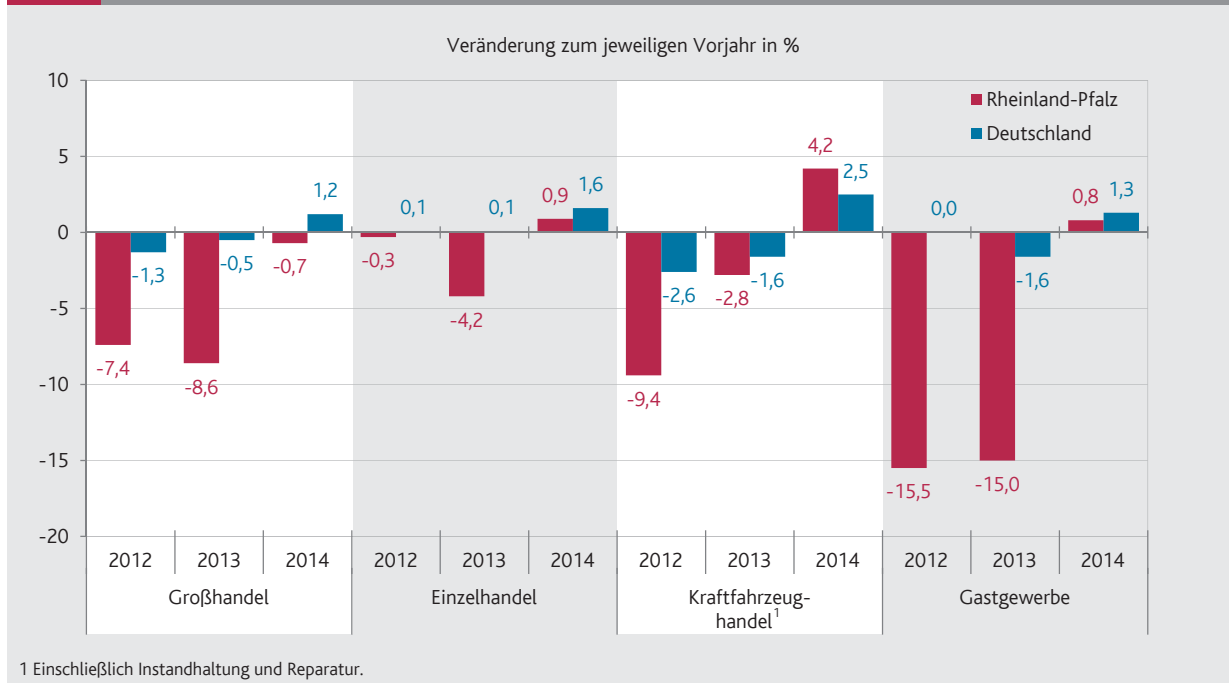
G 1: Umsatz im Binnenhandel und im Gastgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2012–2014	649
G 2: Umsatz und Beschäftigte im Großhandel 2012–2014	652
G 3: Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel 2012–2014	652
G 4: Umsatz und Beschäftigte im Kraftfahrzeughandel 2012–2014	653
G 5: Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe 2012–2014	653
G 6: Beschäftigte im Binnenhandel und im Gastgewerbe 2013 nach Stellung im Unternehmen	658
G 7: Aufwendungen im Binnenhandel 2013	658

Metadaten

Datenquellen	660
Statistiken	660
Glossar	660
Internet	662

- Der Großhandel erwirtschaftete 2014 rund 14 Prozent der gesamten Umsätze der rheinland-pfälzischen Wirtschaft. Im Vergleich zu 2013 setzte er real 0,7 Prozent weniger um als im Jahr zuvor.
- Jedes zehnte Unternehmen ist im Einzelhandel tätig. Die Umsätze im Einzelhandel sanken um 0,9 Prozent.
- Hingegen konnte der Kraftfahrzeughandel – einschließlich Reparatur und Instandhaltung – nach Rückgängen in den beiden Vorjahren 2014 den Umsatz um 4,2 Prozent steigern.
- Nach kräftigen Verlusten in den Jahren 2012 und 2013 verzeichnete das Gastgewerbe 2014 ein leichtes Umsatzplus von 0,8 Prozent.
- In der Gastronomie stiegen die Umsätze um 0,3 Prozent. Im Beherbergungsgewerbe fiel das Umsatzwachstum mit 1,4 Prozent noch etwas stärker aus.

G 1 Umsatz im Binnenhandel und im Gastgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2012–2014



T 1

Ausgewählte Kennzahlen zum Binnenhandel und Gastgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1995–2014

Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz						Deutschland	
		1995	2000	2005	2010	2013	2014	2013	2014
Großhandel									
Anteil an der Gesamtwirtschaft									
Unternehmen ¹	%	.	.	.	5,4	5,0	...	4,8	.
SV-Beschäftigte ¹	%	.	.	.	2,6	4,9	...	5,5	.
Umsatz ²	%	.	15,4	14,9	14,3	14,1	...	19,0	...
Bruttowertschöpfung ³	%	.	3,8	3,9	3,9
Umsatz (real) ⁴	1995=100	100	113,6	104,1	107,6	94,3	93,6	102,7	103,9
Beschäftigte insgesamt ⁴	1995=100	100	96,6	83,6	98,3	103,6	104,8	79,1	79,6
Einzelhandel									
Anteil an der Gesamtwirtschaft									
Unternehmen ¹	%	.	.	.	10,7	10,1	...	10,1	.
SV-Beschäftigte ¹	%	.	.	.	9,8	9,5	...	7,9	.
Umsatz ²	%	.	8,6	7,6	7,2	7,2	...	9,6	...
Bruttowertschöpfung ³	%	.	4,4	3,9	3,5
Umsatz (real) ⁴	1995=100	100	96,7	97,5	101,2	97,9	98,8	96,9	98,5
Beschäftigte insgesamt ⁴	1995=100	100	93,1	94,4	98,3	101,0	102,9	92,1	93,3
Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen									
Anteil an der Gesamtwirtschaft									
Unternehmen ¹	%	.	.	.	3,5	3,7	...	3,1	.
SV-Beschäftigte ¹	%	.	.	.	2,6	2,6	...	2,2	.
Umsatz ²	%	.	5,8	5,2	5,1	5,1	...	3,4	...
Bruttowertschöpfung ³	%	.	1,8	2,4	2,3
Umsatz (real) ⁴	1995=100	100	100,4	111,5	96,7	89,1	92,8	103,4	105,9
Beschäftigte insgesamt ⁴	1995=100	100	84,5	85,9	86,3	89,5	90,0	95,0	95,4
Gastgewerbe									
Anteil an der Gesamtwirtschaft									
Unternehmen ¹	%	.	.	.	9,0	8,5	...	6,8	.
SV-Beschäftigte ¹	%	.	.	.	2,9	2,9	...	3,2	.
Umsatz ²	%	.	1,8	1,6	1,5	1,5	...	1,2	...
Bruttowertschöpfung ³	%	.	1,6	1,6	1,5
Umsatz (real) ⁴	1995=100	100	95,5	85,7	75,8	57,5	58,0	66,3	67,2
Beschäftigte insgesamt ⁴	1995=100	100	84,2	91,3	94,0	93,8	96,0	84,2	85,8

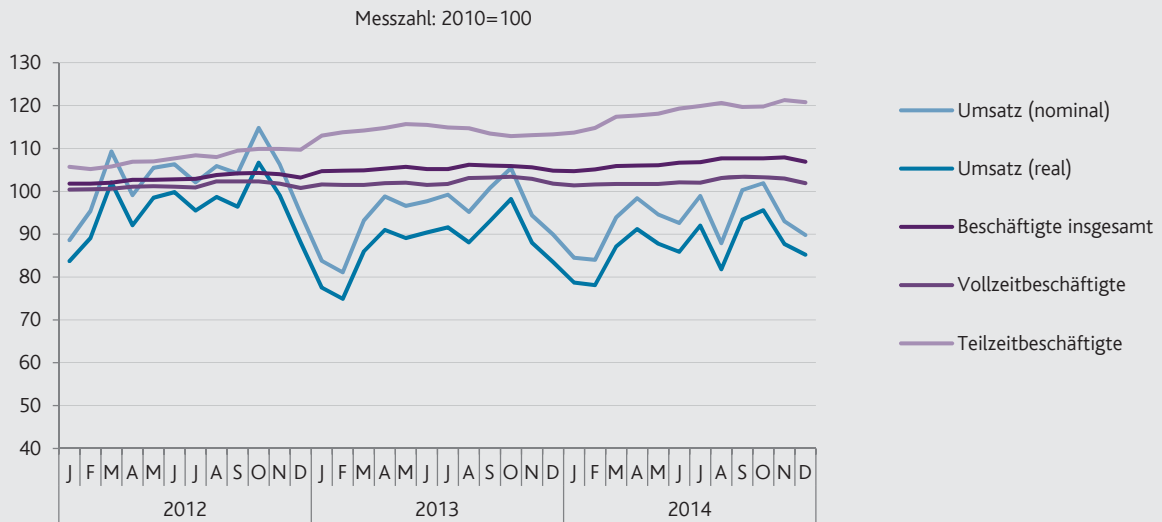
1 Quelle: Unternehmensregister. – 2 Quelle: Umsatzsteuerstatistik (Vor Anmeldungen). – 3 Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. – 4 Quelle: Monatliche Konjunkturerhebung (Indizes, Veränderungsraten).

T 2 Umsatz und Beschäftigte im Großhandel 2010–2014 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	2010	2012	2013	2014	2012	2013	2014
	Messzahl: 2010=100				Veränderung zum Vorjahr in %		
Umsatz (nominal) in jeweiligen Preisen							
Nahrungs- und Genussmittel, Getränke und Tabakwaren	100	94,5	98,1	95,4	-10,5	3,8	-2,8
Gebrauchs- und Verbrauchsgüter	100	109,9	88,8	89,4	4,0	-19,2	0,7
Sonstiger Großhandel (z. B. Mineralöl-erzeugnisse, Baustoffe)	100	99,7	95,8	93,4	-6,6	-3,9	-2,5
Insgesamt	100	102,7	94,7	93,3	-5,3	-7,8	-1,5
Umsatz (real) in Preisen von 2010							
Nahrungs- und Genussmittel, Getränke und Tabakwaren	100	89,0	88,6	85,9	-12,6	-0,4	-3,0
Gebrauchs- und Verbrauchsgüter	100	107,4	86,4	87,2	2,5	-19,6	0,9
Sonstiger Großhandel (z. B. Mineralöl-erzeugnisse, Baustoffe)	100	89,7	87,1	86,2	-9,0	-2,9	-1,0
Insgesamt	100	95,8	87,6	87,0	-7,4	-8,6	-0,7
Beschäftigte insgesamt							
Nahrungs- und Genussmittel, Getränke und Tabakwaren	100	99,0	100,4	100,6	-1,0	1,4	0,2
Gebrauchs- und Verbrauchsgüter	100	102,9	107,2	107,2	-0,1	4,2	-
Sonstiger Großhandel (z. B. Mineralöl-erzeugnisse, Baustoffe)	100	107,8	108,8	109,2	3,5	0,9	0,4
Insgesamt	100	103,0	105,4	106,6	0,5	2,3	1,1
Vollzeitbeschäftigte							
Nahrungs- und Genussmittel, Getränke und Tabakwaren	100	99,6	100,2	100,8	-0,7	0,6	0,6
Gebrauchs- und Verbrauchsgüter	100	97,6	99,5	99,6	-2,2	1,9	0,1
Sonstiger Großhandel (z. B. Mineralöl-erzeugnisse, Baustoffe)	100	106,2	107,3	107,8	2,3	1,0	0,5
Insgesamt	100	101,3	102,2	102,2	-0,7	0,9	-
Teilzeitbeschäftigte							
Nahrungs- und Genussmittel, Getränke und Tabakwaren	100	97,9	101,2	100,3	-1,3	3,4	-0,9
Gebrauchs- und Verbrauchsgüter	100	118,3	128,9	129,0	4,7	9,0	0,1
Sonstiger Großhandel (z. B. Mineralöl-erzeugnisse, Baustoffe)	100	116,0	116,1	116,3	9,3	0,1	0,2
Insgesamt	100	107,8	114,1	118,6	3,4	5,8	3,9

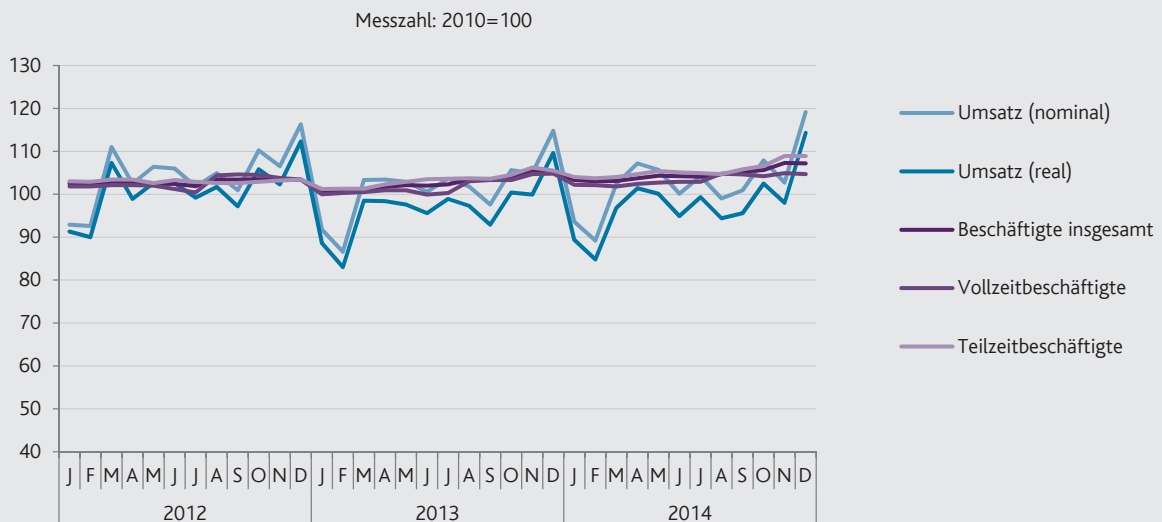
G 2

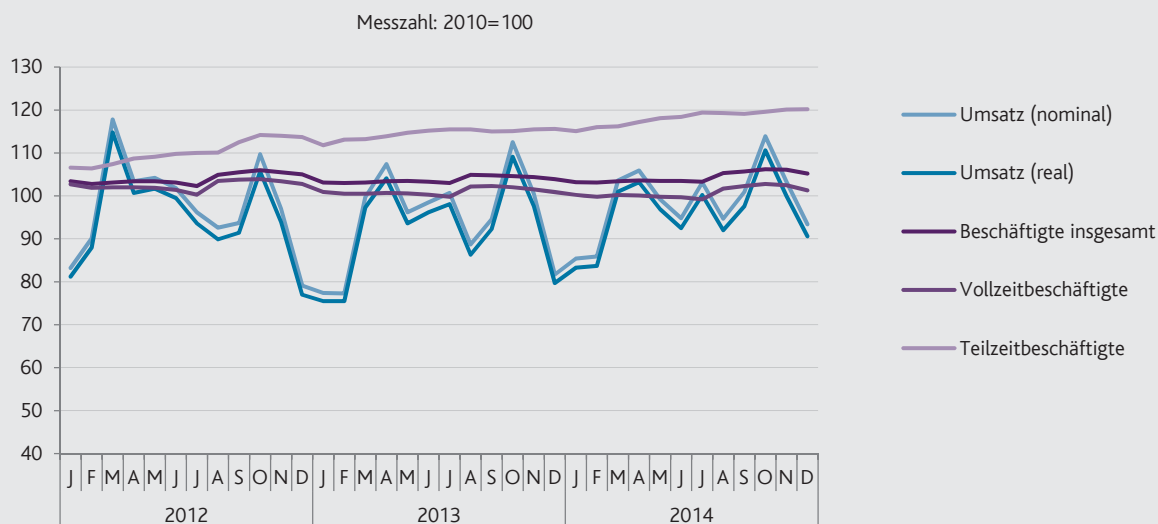
Umsatz und Beschäftigte im Großhandel 2012–2014



G 3

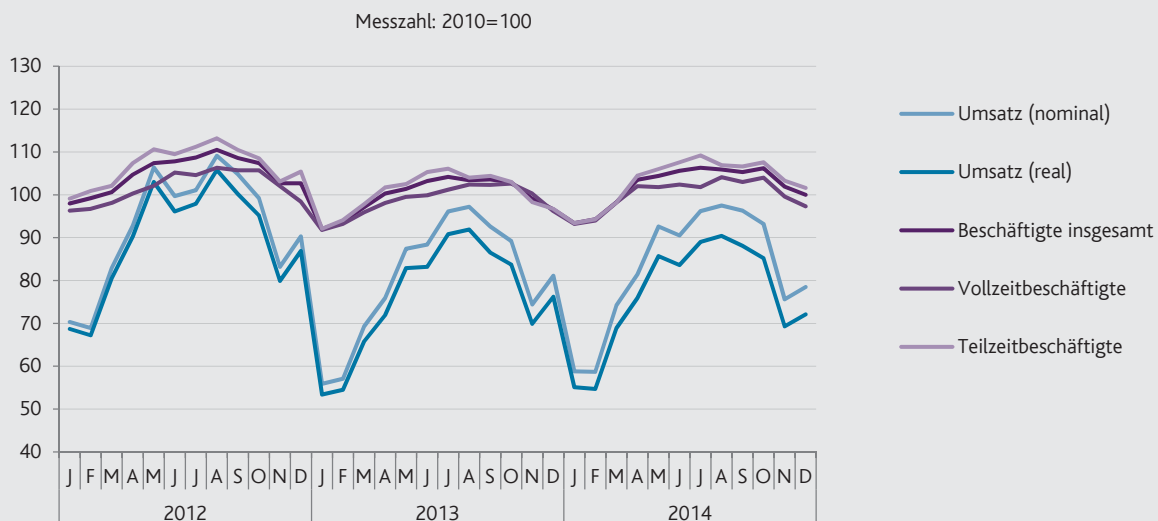
Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel 2012–2014



G 4 Umsatz und Beschäftigte im Kraftfahrzeughandel¹ 2012–2014

1 Einschließlich Instandhaltung und Reparatur.

G 5 Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe 2012–2014



T 3

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel 2010–2014 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	2010	2012	2013	2014	2012	2013	2014
	Messzahl: 2010=100				Veränderung zum Vorjahr in %		
Umsatz (nominal) in jeweiligen Preisen							
Waren verschiedener Art	100	105,6	108,3	109,7	3,5	2,6	1,3
Haushaltsgeräte, Textilien, Heimwerker und Einrichtungsbedarf	100	105,7	98,9	99,7	2,2	-6,4	0,8
Sonstige Güter (z. B. Apotheken, Drogerien, Bekleidung)	100	99,9	90,9	94,1	-2,0	-9,0	3,5
Insgesamt	100	104,3	101,4	102,7	1,7	-2,8	1,3
Umsatz (real) in Preisen von 2010							
Waren verschiedener Art	100	101,0	101,0	101,4	0,9	-	0,4
Haushaltsgeräte, Textilien, Heimwerker und Einrichtungsbedarf	100	103,2	95,6	95,8	0,7	-7,4	0,2
Sonstige Güter (z. B. Apotheken, Drogerien, Bekleidung)	100	96,8	86,9	89,1	-3,7	-10,2	2,5
Insgesamt	100	100,9	96,7	97,6	-0,3	-4,2	0,9
Beschäftigte insgesamt							
Waren verschiedener Art	100	102,1	103,7	106,7	2,0	1,6	2,9
Haushaltsgeräte, Textilien, Heimwerker und Einrichtungsbedarf	100	104,4	105,6	103,9	1,6	1,1	-1,6
Sonstige Güter (z. B. Apotheken, Drogerien, Bekleidung)	100	101,8	98,8	102,3	-1,0	-2,9	3,5
Insgesamt	100	102,9	102,7	104,7	1,3	-0,2	1,9
Vollzeitbeschäftigte							
Waren verschiedener Art	100	102,8	105,5	108,1	3,5	2,6	2,5
Haushaltsgeräte, Textilien, Heimwerker und Einrichtungsbedarf	100	102,8	105,5	105,6	0,2	2,6	0,1
Sonstige Güter (z. B. Apotheken, Drogerien, Bekleidung)	100	100,7	94,8	97,8	-0,5	-5,9	3,2
Insgesamt	100	102,7	101,8	103,3	1,8	-0,9	1,5
Teilzeitbeschäftigte							
Waren verschiedener Art	100	101,9	103,0	106,2	1,5	1,1	3,1
Haushaltsgeräte, Textilien, Heimwerker und Einrichtungsbedarf	100	107,3	106,1	101,3	4,1	-1,1	-4,5
Sonstige Güter (z. B. Apotheken, Drogerien, Bekleidung)	100	102,5	101,2	104,9	-1,3	-1,3	3,7
Insgesamt	100	103,0	103,3	105,6	0,8	0,3	2,2

T 4

Umsatz und Beschäftigte im Kraftfahrzeughandel¹ 2010–2014 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	2010	2012	2013	2014	2012	2013	2014
	Messzahl: 2010=100				Veränderung zum Vorjahr in %		
Umsatz (nominal) in jeweiligen Preisen							
Handel mit Kraftwagen	100	98,7	94,9	101,8	-7,8	-3,9	7,3
Instandhaltung und Reparatur von Kfz	100	86,8	86,6	86,6	-15,8	-0,2	
Handel mit Kfz-Teilen und -zubehör	100	100,1	97,8	97,2	-5,7	-2,3	-0,6
Insgesamt	100	97,4	94,6	98,7	-8,4	-2,9	4,3
Umsatz (real) in Preisen von 2010							
Handel mit Kraftwagen	100	97,2	93,6	100,2	-8,3	-3,7	7,1
Instandhaltung und Reparatur von Kfz	100	85,7	85,7	85,4	-16,1	-	-0,4
Handel mit Kfz-Teilen und -zubehör	100	93,6	91,1	90,7	-8,6	-2,7	-0,4
Insgesamt	100	94,8	92,1	96,0	-9,4	-2,8	4,2
Beschäftigte insgesamt							
Handel mit Kraftwagen	100	102,5	101,2	101,0	-0,2	-1,3	-0,2
Instandhaltung und Reparatur von Kfz	100	100,4	100,9	102,3	-0,7	0,5	1,4
Handel mit Kfz-Teilen und -zubehör	100	113,8	114,3	115,0	10,8	0,4	0,6
Insgesamt	100	104,0	103,7	104,3	1,8	-0,3	0,6
Vollzeitbeschäftigte							
Handel mit Kraftwagen	100	101,5	99,2	98,4	-1,1	-2,3	-0,8
Instandhaltung und Reparatur von Kfz	100	96,1	95,8	96,6	-3,0	-0,3	0,8
Handel mit Kfz-Teilen und -zubehör	100	114,9	113,4	112,6	10,4	-1,3	-0,7
Insgesamt	100	102,5	101,0	100,8	0,6	-1,5	-0,2
Teilzeitbeschäftigte							
Handel mit Kraftwagen	100	107,5	111,1	113,9	4,0	3,3	2,5
Instandhaltung und Reparatur von Kfz	100	112,1	115,7	119,0	6,1	3,2	2,9
Handel mit Kfz-Teilen und -zubehör	100	111,1	117,7	123,6	12,9	5,9	5,0
Insgesamt	100	110,2	114,5	118,2	6,8	3,9	3,2
1 Einschließlich Instandhaltung und Reparatur.							

T 5

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe 2010–2014 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	2010	2012	2013	2014	2012	2013	2014
	Messzahl: 2010=100				Veränderung zum Vorjahr in %		
Umsatz (nominal) in jeweiligen Preisen							
Beherbergungsgewerbe	100	103,5	99,6	103,1	-2,5	-3,8	3,5
Gastronomie	100	86,6	70,3	72,1	-20,0	-18,8	2,6
darunter: Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	100	98,9	93,8	94,7	-9,5	-5,2	1,0
Insgesamt	100	92,4	80,4	82,8	-13,9	-13,0	3,0
Umsatz (real) in Preisen von 2010							
Beherbergungsgewerbe	100	100,6	94,7	96,0	-4,1	-5,9	1,4
Gastronomie	100	83,3	65,9	66,1	-21,7	-20,9	0,3
darunter: Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	100	95,1	87,8	86,7	-11,5	-7,7	-1,3
Insgesamt	100	89,3	75,9	76,5	-15,5	-15,0	0,8
Beschäftigte insgesamt							
Beherbergungsgewerbe	100	102,3	100,4	102,0	-0,9	-1,9	1,6
Gastronomie	100	106,3	99,2	101,9	3,1	-6,7	2,7
darunter: Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	100	108,4	109,5	114,4	3,6	1,0	4,5
Insgesamt	100	104,9	99,8	102,1	1,7	-4,9	2,3
Vollzeitbeschäftigte							
Beherbergungsgewerbe	100	98,7	92,2	95,6	-0,8	-6,6	3,7
Gastronomie	100	105,2	105,2	104,5	-0,1	-	-0,7
darunter: Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	100	106,5	118,6	117,3	0,4	11,4	-1,1
Insgesamt	100	101,8	98,6	100,1	-0,4	-3,1	1,5
Teilzeitbeschäftigte							
Beherbergungsgewerbe	100	107,7	110,6	110,3	-1,0	2,7	-0,3
Gastronomie	100	106,8	96,6	100,8	4,5	-9,6	4,3
darunter: Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	100	109,1	104,5	112,9	5,0	-4,2	8,0
Insgesamt	100	106,8	100,5	103,3	2,9	-5,9	2,8

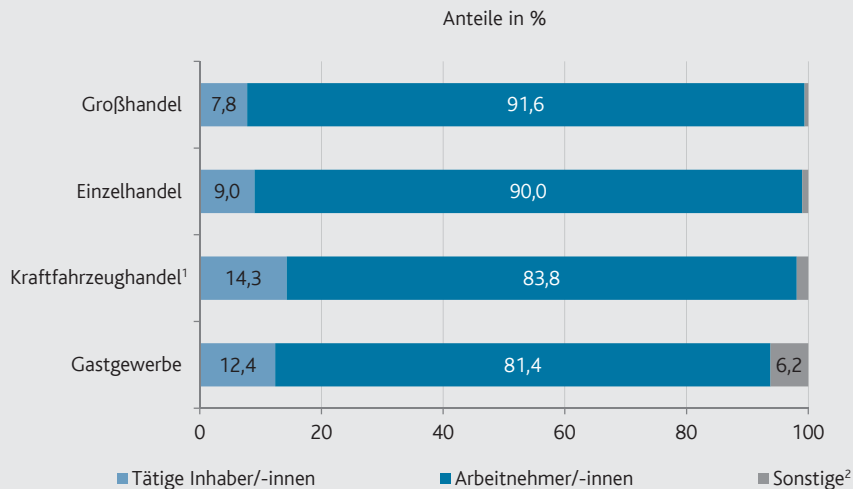
T 6

Unternehmen, Beschäftigte und Umsatz im Binnenhandel und im Gastgewerbe 2013 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Unternehmen		Beschäftigte					Umsatz			
			insgesamt	darunter: Teilzeit- beschäftigte	Stellung im Unternehmen			insgesamt	je		
					tätige Inhaber/ -innen	Arbeit- nehmer/ -innen	sonstige		Beschäftigte/-n	Unternehmen	
	Anzahl	%	Anzahl			Mill. EUR	%	1 000 EUR			
Großhandel											
darunter											
Nahrungs- und Genussmittel, Getränke und Tabakwaren	937	13,2	15 926	5 223	670	15 189	67	6 441	23,3	404	6 877
Gebrauchs- und Verbrauchsgüter	1 312	18,5	18 862	5 601	821	17 932	108	7 939	28,7	421	6 053
Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	804	11,3	7 402	1 446	597	6 703	102	2 133	7,7	288	2 654
Sonstiger Großhandel (z. B. Mineralölerzeugnisse, Baustoffe)	1 435	20,2	20 356	3 691	1 131	19 195	30	9 091	32,9	447	6 334
Insgesamt	7 109	100	71 649	18 625	5 591	65 605	454	27 633	100	386	3 887
Einzelhandel											
darunter											
Waren verschiedener Art	1 431	10,0	67 329	41 916	1 272	65 939	118	9 008	45,1	134	6 293
Haushaltsgeräte, Textilien, Heimwerker und Einrichtungsbedarf	2 298	16,0	22 524	7 753	2 333	20 120	71	3 570	17,9	159	1 554
Sonstige Güter (z. B. Apotheken, Drogerien, Bekleidung)	5 535	38,5	35 821	20 130	5 469	29 955	397	3 589	18,0	100	648
Insgesamt	14 381	100	154 507	83 453	13 903	139 024	1 581	19 992	100	129	1 390
Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen											
Handel mit Kraftwagen	1 841	33,7	19 338	3 124	1 657	17 286	395	5 847	62,6	302	3 176
Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen	2 406	44,0	11 761	2 749	2 338	9 194	229	1 394	14,9	119	580
Handel mit Kfz-Teilen und -zubehör	896	16,4	5 561	1 691	1 061	4 436	63	1 907	20,4	343	2 128
Insgesamt	5 465	100	37 635	7 746	5 392	31 537	707	9 339	100	248	1 709
Gastgewerbe											
davon											
Beherbergungsgewerbe	2 881	24,0	31 559	17 732	2 946	27 976	637	1 051	37,3	33	365
Gastronomie	9 115	76,0	62 535	32 724	8 690	48 601	5 244	1 766	62,7	28	194
darunter: Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	6 137	51,2	42 239	23 056	5 955	33 814	2 470	1 289	45,8	31	210
Insgesamt	11 996	100	94 094	50 456	11 636	76 577	5 881	2 817	100	30	235

G 6

Beschäftigte im Binnenhandel und im Gastgewerbe 2013 nach Stellung im Unternehmen



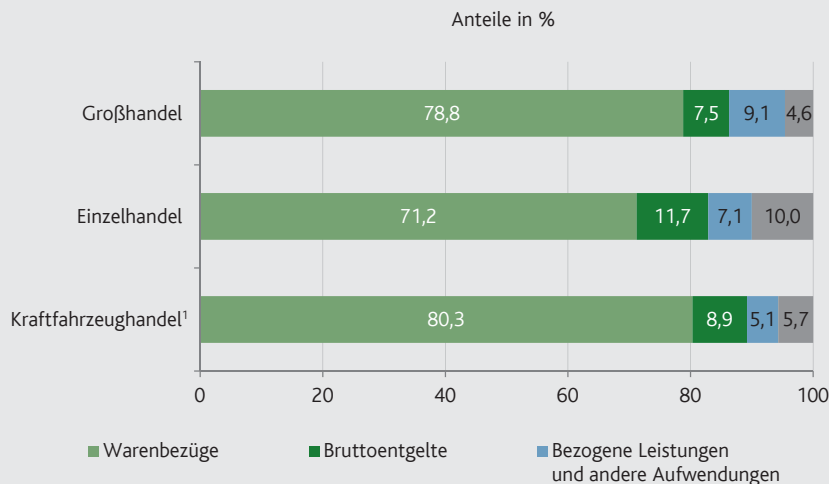
1 Einschließlich Instandhaltung und Reparatur. – 2 Z. B. unbezahlt mithelfende Familienangehörige.

Der Bereich Handel ist ein wichtiger Arbeitgeber. Rund 14 Prozent aller Erwerbstätigen finden hier eine Beschäftigung.

Als Beschäftigte gelten tätige Inhaberinnen und Inhaber, unbezahlt mithelfende Familienangehörige sowie sämtliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Im Gastgewerbe war der Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am niedrigsten.

G 7

Aufwendungen im Binnenhandel 2013



1 Einschließlich Instandhaltung und Reparatur. – 2 Z. B. Mieten, Pachten, Bezüge von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen.

Der Großteil der Aufwendungen im Binnenhandel wird für den Bezug von Waren verwendet. Mit 80 Prozent ist der Anteil im Kraftfahrzeughandel am höchsten.

Die Aufwendungen für die Belegschaften schlagen im Einzelhandel mit rund zwölf Prozent zu Buche, das ist der höchste Wert der Teilbereiche.

T 7

Warenbestände, Wareneinsatz, Aufwendungen und Investitionen im Binnenhandel und im Gastgewerbe 2013
nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Bestand an Handelswaren		Waren-einsatz	Aufwendungen			Investitionen			
	am Jahres-			ins-gesamt	darunter		ins-gesamt	je		
	anfang	ende			Bezüge von Handels-waren	Brutto-entgelte		bezogene Leis-tungen u. Ä.	Beschäf-tigte/-n	je 1 000 EUR Umsatz
Großhandel										
darunter										
Nahrungs- und Genussmittel, Getränke und Tabakwaren	385	383	5 258	6 276	82,0	6,9	6,3	80	5 033	12
Gebrauchs- und Verbrauchsgüter	736	749	5 582	7 533	73,1	7,8	14,5	41	2 180	5
Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	225	216	1 446	2 007	69,9	11,3	11,9	30	4 048	14
Sonstiger Großhandel (z. B. Mineralölerzeugnisse, Baustoffe)	537	522	7 530	8 902	83,5	6,6	6,2	145	7 145	16
Insgesamt	2 030	2 018	21 300	26 580	78,8	7,5	9,1	377	5 257	14
Einzelhandel										
darunter										
Waren verschiedener Art	795	751	7 209	9 201	74,9	10,8	4,3	158	2 342	18
Haushaltsgeräte, Textilien, Heimwerker und Einrichtungsbedarf	551	547	2 387	3 564	65,2	14,0	10,7	99	4 378	28
Sonstige Güter (z. B. Apotheken, Drogerien, Bekleidung)	423	416	2 220	3 282	65,0	13,6	8,8	59	1 654	17
Insgesamt	2 085	2 037	14 477	19 586	71,2	11,7	7,1	370	2 393	18
Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen										
Handel mit Kraftwagen	788	764	5 088	6 004	83,5	8,2	3,9	133	6 876	23
Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen	109	111	810	1 227	60,3	16,8	8,7	39	3 341	28
Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör	234	207	1 563	1 804	84,0	6,2	5,5	14	2 514	7
Insgesamt	1 174	1 126	7 582	9 200	80,3	8,9	5,1	188	5 001	20
Gastgewerbe										
davon										
Beherbergungsgewerbe	32	30	-	856	0,5	29,8	22,2	99	3 137	94
Gastronomie	42	37	-	1 425	1,0	24,4	15,6	62	991	35
darunter: Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	26	21	-	1 025	0,5	24,2	15,9	42	994	33
Insgesamt	74	67	-	2 281	0,8	26,4	18,1	161	1 711	57

23

Datenquellen

Statistik	Tabelle	Grafik	Karte	Übersicht
Monatliche Konjunkturerhebung im Handel	T 1 bis T 4	G 1 bis G 4	-	-
Jährliche Strukturerhebung im Handel	T 6, T 7	G 6, G 7	-	-
Monatliche Konjunkturerhebung im Gastgewerbe	T 1, T 5	G 1, G 5	-	-
Jährliche Strukturerhebung im Gastgewerbe	T 6, T 7	G 6	-	-
Umsatzsteuerstatistik	T 1	-	-	-
Unternehmensregister	T 1	-	-	-
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	T 1	-	-	-

Statistiken

Die **Konjunkturstatistik im Binnenhandel und im Gastgewerbe** bildet kurzfristige Entwicklungen anhand der Konjunkturindikatoren Umsatz und Beschäftigte monatlich ab. Der Ausweis von Landesergebnissen erfolgt in Form von Messzahlen und Veränderungsraten für ausgewählte Wirtschaftszweige. Die Statistik ist als Stichprobenerhebung konzipiert.

Die Erhebung im Binnenhandel und im Gastgewerbe erfolgt bei rechtlich selbstständigen Unternehmen. Im Einzelhandel, im Kraftfahrzeughandel und im Gastgewerbe werden Umsatz und Beschäftigte von den Statistischen Landesämtern erfragt und aufbereitet. Die entsprechenden Daten der Großhändler und Handelsvermittler werden zentral durch das Statistische Bundesamt erhoben und aufbereitet. Die Ergebnisdarstellung erfolgt in Form von Messzahlen und Veränderungsraten. Die Angaben nicht rechtzeitig eingehender Unternehmensmeldungen werden zunächst geschätzt und später anhand eingehender Nachmeldungen korrigiert. Durch den turnusmäßigen Austausch (Rotation) der in die Stichprobe einbezogenen Unternehmen wird die Branchenstruktur möglichst aktuell dargestellt und die Repräsentativität der Ergebnisse gewährleistet. Die Stichprobenrotation führt zu einer Entlastung insbesondere kleinerer und mittlerer Unternehmen von statistischen Berichtspflichten. Zur monatlichen Statistik werden zudem nur Unternehmen mit einem

Jahresumsatz ab 250 000 Euro (Einzelhandel) bzw. 150 000 Euro (Gastgewerbe) aufgefordert.

Mit dem Berichtsmonat September 2012 wurden die monatlichen Statistiken im Kraftfahrzeughandel und im Großhandel von einer Stichprobenerhebung in eine Vollerhebung auf der Grundlage eines sogenannten Mixmodells überführt. Hierbei befragen die statistischen Landesämter große Unternehmen des Kraftfahrzeughandels und das Statistische Bundesamt große Unternehmen des Großhandels direkt. Die Angaben zum Umsatz und zur Anzahl der Beschäftigten der übrigen Unternehmen werden von der Finanzverwaltung und der Bundesagentur für Arbeit geliefert. Im Binnenhandel und im Gastgewerbe wird auf repräsentativer Basis neben der monatlichen Erhebung der Merkmale Umsatz und Beschäftigte auch jährlich eine Unternehmensstatistik, die **Strukturerhebung im Binnenhandel und im Gastgewerbe**, durchgeführt. Sie liefert Strukturdaten wie zum Beispiel Wareneinsatz, Warenbestände, Investitionen und Bruttoentgelte dieses Wirtschaftsbereichs. Der Berichtskreis dieser Jahreserhebung umfasst neben den Einheiten, die bereits monatlich befragt werden, auch Unternehmen, deren Jahresumsatz die oben aufgezeigten Mindestgrenzen unterschreitet. Der Ergebnislagerung liegt die „Systematik der Wirtschaftszweige“, Ausgabe 2008 (WZ 2008) zugrunde.

Glossar

Arbeitnehmer/-innen

Personen, die auf der Grundlage von Arbeitsverträgen ein Entgelt in Form von Gehalt, Lohn, Provision oder Sachleistungen erhalten. Hierzu gehören auch Aushilfskräfte, Auszubildende sowie Teilzeitbeschäftigte einschließlich der geringfügig Beschäftigten. Ebenfalls zählen hierzu Geschäftsführer/-innen von Kapitalgesellschaften (z. B. AG, GmbH) oder andere leitende Personen.

Beschäftigte

Als Beschäftigte gelten tätige Inhaber/-innen, unbezahlt mithelfende Familienangehörige sowie sämtliche Arbeitnehmer/-innen. Dazu gehören auch Auszubildende, vorübergehend Abwesende (z. B. Erkrankung, Urlaub oder Mutterschutz) und alle Teilzeitbeschäftigten einschließlich der geringfügig Beschäftigten. Arbeitskräfte, die von anderen Unternehmen zur Verfügung gestellt werden oder im Auftrag

anderer Unternehmen Reparatur- oder Instandhaltungsarbeiten ausführen, gehören nicht hierzu.

Bezogene Leistungen und andere betriebliche Aufwendungen

Hierzu zählen z. B. die Zahlungen für Leiharbeitnehmer/-innen, die Instandhaltung und Reparatur von Gebäuden und Einrichtungen, die Kosten für Werbung und Geschäftsreisen, Versicherungsbeiträge, Kosten für Steuer- und Rechtsberatung.

Einzelhandel

Verkauf von fertig bezogenen Waren in eigenem Namen an private Haushalte (Letztverbraucher) sowie Verkauf an andere Abnehmer, wenn die Waren überwiegend in einer sonst nur im Einzelhandel üblichen Form abgesetzt werden. Zum Einzelhandel zählen auch Apotheken, Augenoptik- und Hörgeräteakustikgeschäfte. Tankstellen sind auch dem Einzelhandel zugeordnet. Der Handel mit sowie die Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen wird gesondert dargestellt.

Gastgewerbe

Umfasst die kurzzeitige Gewährung von Unterkunft sowie die Bereitstellung von kompletten Mahlzeiten und Getränken zum in der Regel sofortigen Verzehr. Das Gastgewerbe setzt sich zusammen aus den beiden Teilbereichen Beherbergung und Gastronomie.

Großhandel

Verkauf von fertig bezogenen Waren in eigenem Namen an Abnehmer/-innen, die sie weiterverkaufen, verarbeiten oder für sonstige betriebliche Zwecke (z. B. für Investitionen, als Brenn- oder Kraftstoff) verwenden. Eingeschlossen sind auch Lieferungen an Behörden und andere öffentliche Institutionen.

Handelsvermittlung

Betreibt, wer den An- und Verkauf von Handelswaren in fremdem Namen und für fremde Rechnung vermittelt. Zum Umsatz aus der Handelsvermittlung zählen nur die vereinnahmten Provisionen und Kostenvergütungen, nicht jedoch der vermittelte Warenwert.

Handelswaren

Waren, die fertig bezogen und ohne wesentliche, d. h. nicht mehr als handelsübliche, Be- oder Verarbeitung weiter veräußert werden.

Kraftfahrzeughandel

Umfasst alle Tätigkeiten, die sich auf Kraftfahrzeuge einschließlich Lastkraftwagen, Anhänger und Krafträder beziehen, außer deren Herstellung und Vermietung. Neben dem stationären Groß- und Einzelhandel mit Neu- und Gebrauchtfahrzeugen sowie mit Teilen und Zubehör, der Reparatur und Instandhaltung, gehören zu diesem Wirtschaftsbereich auch die Absatzformen Handelsvermittlung sowie der Versand- und Internethandel.

Teilzeitbeschäftigte

Beschäftigte, deren regelmäßige Arbeitszeit kürzer ist als die orts-, branchen- oder betriebsübliche wöchentliche Arbeitszeit (z. B. Aushilfen, Halbtagskräfte und Personen, die nur an bestimmten Wochentagen tätig sind).

Umsatz

Der Umsatz umfasst die vom Unternehmen insgesamt in Rechnung gestellten Beträge (ohne Umsatzsteuer) aus dem Verkauf von Waren und Dienstleistungen an Dritte einschließlich Eigenverbrauch, Verkäufe an Betriebsangehörige sowie einschließlich gesondert in Rechnung gestellter Kosten für Fracht, Porto, Verpackung usw., ohne Rücksicht auf den Zahlungseingang und die Steuerpflicht.

Unternehmen

Kleinste rechtlich selbstständige Einheit, die aus handels- oder gewerbesteuerrechtlichen Gründen Bücher führen oder ähnliche Aufzeichnungen mit dem Ziel einer jährlichen Feststellung des Vermögensstandes machen muss.

Vollzeitbeschäftigte

Beschäftigte, deren regelmäßige Arbeitszeit der orts-, branchen- und betriebsüblichen Wochenarbeitszeit entspricht.

Wareneinsatz

Errechnet sich aus den Warenbezügen zuzüglich der Bestände am Jahresanfang, abzüglich der Bestände am Jahresende. Dies gilt sowohl für den Bestand an Handelswaren als auch für den Bestand an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen.

Internet

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/handel-gastgewerbe

Pressemitteilungen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/handel-gastgewerbe/pressemitteilungen

Statistische Berichte

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/handel-gastgewerbe/statistische-berichte

Beiträge in den Statistischen Monatsheften

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/handel-gastgewerbe/monatsheftbeitraege

Übersichtstabellen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/handel-gastgewerbe/basisdaten-land

Analysen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/handel-gastgewerbe/analysen

Kurzpräsentationen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/handel-gastgewerbe/kurzpraesentationen

Gemeinschaftsveröffentlichungen

www.statistik-portal.de



24. Tourismus



Inhaltsverzeichnis

Tabellen

T 1: Ausgewählte Kennzahlen zum Tourismus in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1992–2014	666
T 2: Gästeankünfte und Übernachtungen 2014 nach Bundesländern	667
T 3: Gästeankünfte 2004–2014 nach Tourismusregionen, Betriebsarten und Gemeindegruppen	669
T 4: Übernachtungen 2004–2014 nach Tourismusregionen, Betriebsarten und Gemeindegruppen	670
T 5: Gästeankünfte und Übernachtungen 2014 nach Herkunftsgebieten	671
T 6: Gästeankünfte und Übernachtungen 2014 in Heilbädern	672
T 7: Gästeankünfte und Übernachtungen auf Camping- und Reisemobilplätzen 2014 nach Herkunftsgebieten	673
T 8: Gästeankünfte und Übernachtungen 2014 nach Verwaltungsbezirken	674
T 9: Gästeankünfte und Übernachtungen von Ausländer/-innen 2014 nach Verwaltungsbezirken	676
T 10: Beherbergungskapazität 2014 nach Verwaltungsbezirken	678

Grafiken

G 1: Gästeankünfte und Übernachtungen 2014 nach Tourismusregionen	665
G 2: Gäste- und Übernachtungsintensität 2014 nach Bundesländern	667
G 3: Gästeankünfte 2013 und 2014 nach Monaten	668
G 4: Übernachtungen 2013 und 2014 nach Monaten	668
G 5: Gästeankünfte und Übernachtungen in Heilbädern und in Rheinland-Pfalz 2004–2014	672
G 6: Gästeankünfte und Übernachtungen auf Camping- und Reisemobilplätzen 2014 nach Tourismusregionen	673

Karten

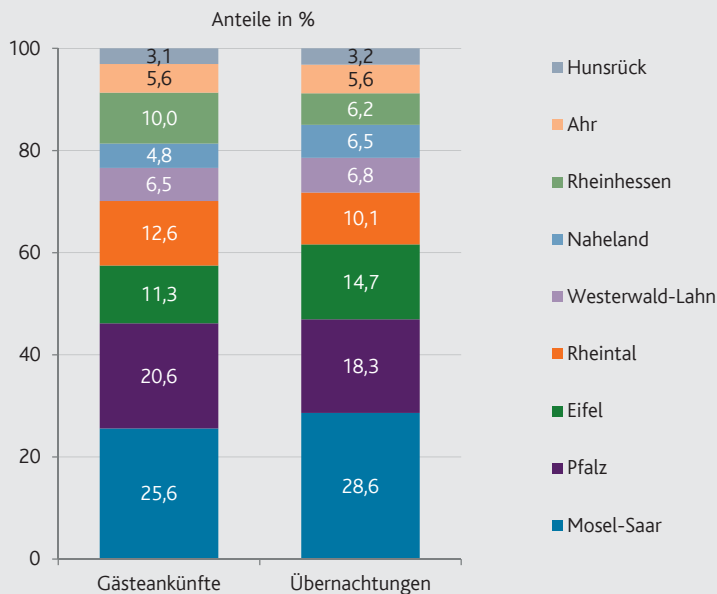
K 1: Gästeintensität 2014 nach Verwaltungsbezirken	675
K 2: Übernachtungsintensität 2014 nach Verwaltungsbezirken	677
K 3: Bettendichte 2014 nach Verwaltungsbezirken	679

Metadaten

Datenquellen	680
Statistiken	680
Glossar	680
Internet	682

- Mehr als 9,1 Millionen Übernachtungsgäste besuchten 2014 Rheinland-Pfalz; sie buchten insgesamt 24,4 Millionen Übernachtungen.
- Die durchschnittliche Verweildauer lag bei 2,7 Tagen.
- Die Tourismusregion Mosel-Saar wies das höchste Gäste- und Übernachtungsvolumen aus, gefolgt von den Regionen Pfalz und Eifel.
- Fast 51 Prozent der Gäste bzw. 36 Prozent der Übernachtungen wurden in den Hotels erfasst.
- Jede fünfte Übernachtung findet in einem Heilbad statt.
- Der Camping- und Reisemobiltourismus spielt für Rheinland-Pfalz eine bedeutende Rolle: Auf den 281 Campingplätzen des Landes wurden mehr als 2,3 Millionen Übernachtungen gezählt.
- Fast 24 Prozent der Übernachtungen werden von Gästen aus dem Ausland gebucht. Die bedeutendsten Herkunftsländer sind die Niederlande, Belgien und Großbritannien.

G 1 Gästeankünfte und Übernachtungen 2014 nach Tourismusregionen



Die Tourismusregion Mosel-Saar ist mit einer Fläche von 1 439 Quadratkilometern die viertkleinste der neun Tourismusregionen.

Bei den Gästen ist diese Region aber die beliebteste in Rheinland-Pfalz. Im Jahr 2014 wurden hier 2,33 Millionen Übernachtungsgäste gezählt (26 Prozent), auf die fast sieben Millionen Übernachtungen entfielen (29 Prozent). Die mittlere Verweildauer lag mit drei Tagen über dem Landesdurchschnitt von 2,7 Tagen.

Gegenüber dem Jahr 2004 hat sich die Zahl der Gäste in der Region um 22 Prozent, die der Übernachtungen um 14 Prozent erhöht.

T 1

Ausgewählte Kennzahlen zum Tourismus in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1992–2014

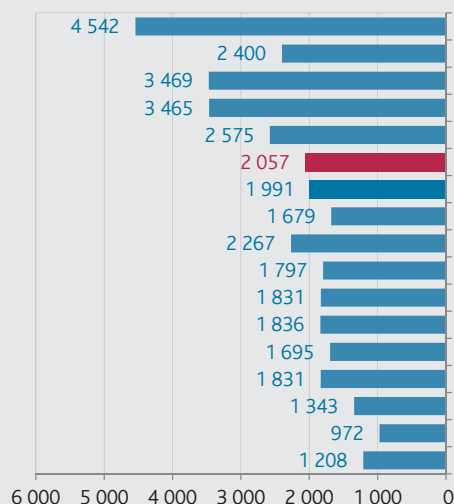
Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz						Deutschland	
		1992	2000	2005	2010	2013	2014	2013	2014
Gästeankünfte	Mill.	6,00	6,99	7,14	7,68	8,06	8,21	155,19	160,79
Messzahl	1992=100	100	116,5	119,0	128,0	134,4	136,8	172,0	178,2
darunter in									
Hotels	%	49,8	54,5	54,6	54,7	56,3	56,1	53,6	53,5
Vorsorge- und Rehabilitationskliniken	%	1,9	1,6	1,4	1,2	1,2	1,2	1,4	1,4
Ferienzentren	%	5,7	5,8	5,7	5,9	5,2	5,1	1,5	1,5
Inländer/-innen	Mill.	4,55	5,44	5,50	5,80	6,21	6,35	123,65	127,79
darunter in									
Hotels	%	49,7	53,4	53,5	54,2	55,8	56,1	51,3	51,2
Vorsorge- und Rehabilitationskliniken	%	2,5	2,0	1,8	1,6	1,5	1,5	1,8	1,7
Ferienzentren	%	3,2	3,5	3,4	3,0	3,0	2,9	1,5	1,5
Ausländer/-innen	Mill.	1,46	1,55	1,64	1,87	1,86	1,85	31,55	33,00
darunter in									
Hotels	%	50,1	58,2	58,3	56,5	57,8	56,3	62,6	62,3
Vorsorge- und Rehabilitationskliniken	%	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1
Ferienzentren	%	13,5	13,7	13,3	14,9	12,7	12,7	1,6	1,7
Gästeintensität (Gäste je 1 000 Einwohner/-innen)	Anzahl	1 546	1 733	1 760	1 918	2 019	2 057	1 923	1 991
Übernachtungen	Mill.	20,27	20,96	19,92	20,57	20,98	21,14	411,78	424,06
Messzahl	1992=100	100	103,4	98,3	101,5	103,5	104,3	129,3	133,2
darunter in									
Hotels	%	33,5	39,8	40,1	40,3	41,6	41,6	40,7	40,8
Vorsorge- und Rehabilitationskliniken	%	13,6	11,4	11,1	10,5	10,1	10,0	11,3	11,1
Ferienzentren	%	10,6	9,9	9,8	10,3	9,8	9,8	2,4	2,4
Inländer/-innen	Mill.	15,34	16,29	15,18	15,18	15,75	15,88	339,86	348,48
Ausländer/-innen	Mill.	4,93	4,68	4,73	5,39	5,22	5,26	71,92	75,58
Übernachtungsintensität (Übernachtungen je 1 000 Einwohner/-innen)	Anzahl	5 223	5 196	4 907	5 138	5 253	5 297	5 102	5 250
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer	Tage	3,4	3,0	2,8	2,7	2,6	2,6	2,7	2,6
Betriebe	Anzahl	4 122	3 983	3 948	3 893	3 678	3 591	52 473	51 865
Betten	1 000	216,7	224,5	228,3	238,1	237,5	233,5	3 563,8	3 563,6
Bettenauslastung	%	25,6	25,6	23,9	23,7	24,2	26,5	34,8	34,4
Campingtourismus									
Gästeankünfte	Mill.	0,54	0,50	0,54	0,64	0,69	0,74	7,53	8,09
Inländer/-innen	%	56,3	61,6	61,0	61,9	63,7	64,5	81,0	82,0
Ausländer/-innen	%	43,7	38,4	39,0	38,1	36,3	35,5	19,0	18,0
Übernachtungen	Mill.	2,09	1,81	1,90	2,08	2,21	2,37	26,00	27,88
Inländer/-innen	%	49,7	56,2	56,5	55,6	57,6	58,2	84,2	85,0
Ausländer/-innen	%	50,3	43,8	43,5	44,4	42,4	41,8	15,8	15,0
Campingplätze	Anzahl	249	251	252	240	204	202	2 818	2 857
Stellplätze	Anzahl	17 679	17 821	17 892	18 244	18 082	18 005	220 749	220 079
Reisemobilplätze	Anzahl	.	.	.	101	80	79	.	.
Stellplätze	Anzahl	.	.	.	2 859	3 373	3 370	.	.

T 2 Gästeankünfte und Übernachtungen 2014 nach Bundesländern

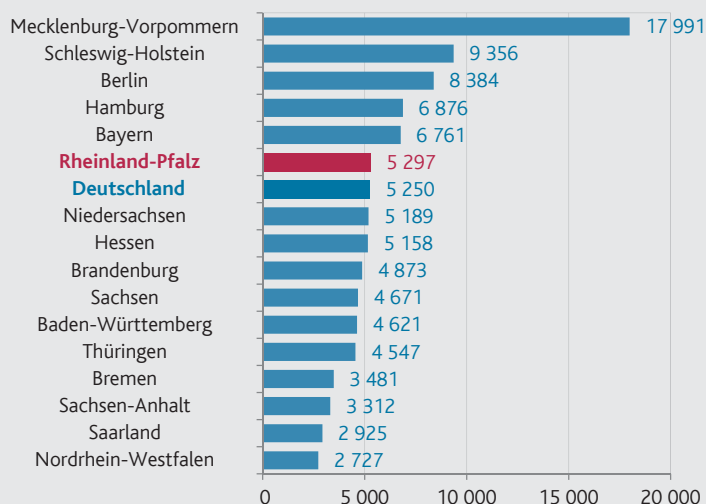
Bundesland	Gästeankünfte					Übernachtungen				
	ins-gesamt	Veränderung zu		je 1 000 Einwohner/-innen	Anteil an Deutschland	ins-gesamt	Veränderung zu		je 1 000 Einwohner/-innen	Anteil an Deutschland
		2004	2013				2004	2013		
	Mill.	%		Anzahl	%	Mill.	%		Anzahl	%
Baden-Württemberg	19,5	36,2	4,4	1 836	12,1	49,1	22,7	2,9	4 621	11,6
Bayern	32,5	36,0	2,7	2 575	20,2	85,2	15,7	1,3	6 761	20,1
Berlin	11,9	100,4	4,8	3 469	7,4	28,7	116,3	6,5	8 384	6,8
Brandenburg	4,4	32,5	4,6	1 797	2,7	11,9	28,9	3,6	4 873	2,8
Bremen	1,2	51,3	6,1	1 831	0,7	2,3	60,9	11,0	3 481	0,5
Hamburg	6,1	85,5	2,9	3 465	3,8	12,0	102,0	3,5	6 876	2,8
Hessen	13,7	35,8	3,5	2 267	8,5	31,2	25,5	2,8	5 158	7,4
Mecklenburg-Vorpommern	7,3	27,0	2,4	4 542	4,5	28,7	17,7	2,0	17 991	6,8
Niedersachsen	13,1	29,8	2,2	1 679	8,1	40,4	17,2	1,3	5 189	9,5
Nordrhein-Westfalen	21,2	36,9	4,2	1 208	13,2	47,9	27,2	3,9	2 727	11,3
Rheinland-Pfalz	8,2	18,0	1,8	2 057	5,1	21,1	6,6	0,8	5 297	5,0
Saarland	1,0	32,1	9,2	972	0,6	2,9	33,7	12,7	2 925	0,7
Sachsen	7,4	32,1	4,5	1 831	4,6	18,9	24,1	3,4	4 671	4,5
Sachsen-Anhalt	3,0	28,3	4,5	1 343	1,9	7,4	26,5	4,2	3 312	1,8
Schleswig-Holstein	6,8	38,6	6,8	2 400	4,2	26,3	19,0	6,2	9 356	6,2
Thüringen	3,7	21,9	2,0	1 695	2,3	9,8	15,1	3,0	4 547	2,3
Deutschland	160,8	38,1	3,6	1 991	100	424,1	25,2	3,0	5 250	100

G 2 Gäste- und Übernachtungsintensität 2014 nach Bundesländern

Gästeankünfte je 1 000 Einwohner/-innen

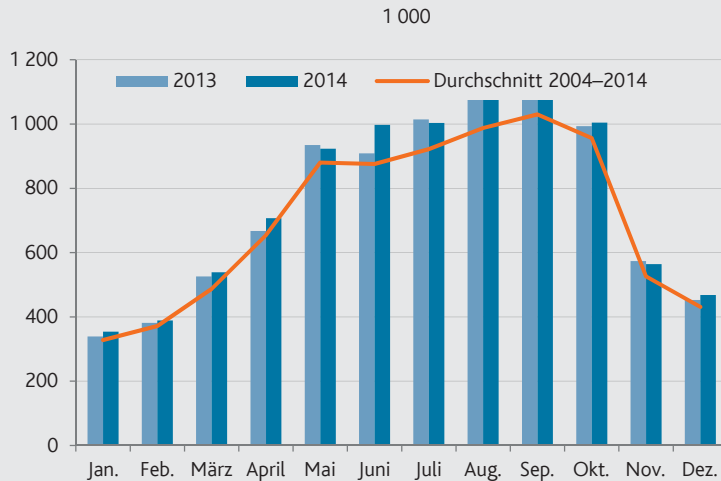


Übernachtungen je 1 000 Einwohner/-innen



G 3

Gästeankünfte 2013 und 2014 nach Monaten



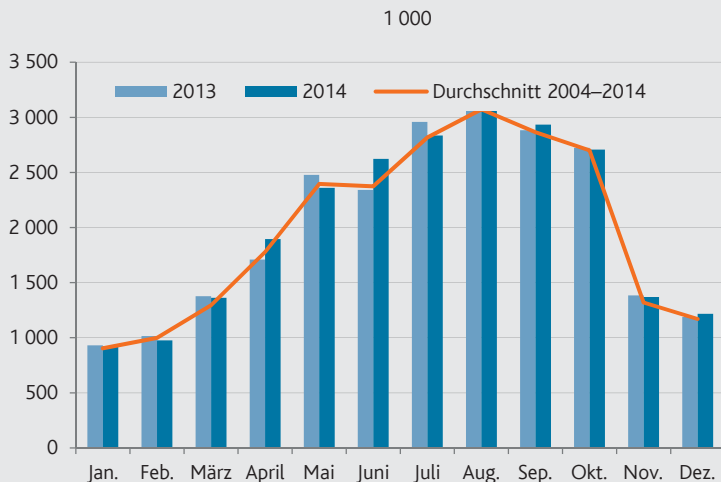
Rheinland-Pfalz wurde in den Jahren 2013 und 2014 jeweils von gut neun Millionen Gästen besucht.

Das höchste Gästeaufkommen wurde in den Monaten Juni bis Oktober registriert. In diesen vier Monaten konnten jeweils mehr als eine Million Besucherinnen und Besucher begrüßt werden. Die niedrigsten Gästezahlen wurden im Januar und im Februar ermittelt.

Die monatlichen Gästezahlen lagen in den letzten beiden Jahren über dem langjährigen Durchschnittswert.

G 4

Übernachtungen 2013 und 2014 nach Monaten



Über 24 Millionen Übernachtungen wurden 2013 und 2014 in den rheinland-pfälzischen Betrieben gezählt. Das höchste Übernachtungsaufkommen entfiel mit über drei Millionen auf den August. In den Monaten Juli und September lagen die Übernachtungszahlen nur knapp darunter. Lediglich im Januar und Februar wurden weniger als eine Million Übernachtungen registriert.

Die monatlichen Übernachtungen lagen in den meisten Monaten über dem langjährigen Durchschnitt.

T 3

Gästeankünfte 2004–2014 nach Tourismusregionen, Betriebsarten und Gemeindegruppen

Tourismusregionen Betriebsarten Gemeindegruppen	2004	2005	2010	2013	2014			
					insgesamt	Veränderung zu		Anteil am Land
	2004	2013						
Anzahl					%			
Tourismusregionen								
Ahr	398 232	404 426	476 835	511 126	511 820	28,5	0,1	5,6
Eifel	990 722	1 008 299	973 132	1 013 026	1 032 158	4,2	1,9	11,3
Hunsrück	271 588	287 157	334 845	301 732	279 572	2,9	-7,3	3,1
Mosel-Saar	1 911 138	1 957 049	2 233 483	2 263 589	2 332 798	22,1	3,1	25,6
Naheland	384 818	385 607	441 951	431 666	434 481	12,9	0,7	4,8
Pfalz	1 594 148	1 634 126	1 733 471	1 839 109	1 879 722	17,9	2,2	20,6
Rheinhausen	673 344	700 543	789 090	891 107	907 871	34,8	1,9	10,0
Rheintal	918 523	965 379	977 478	1 115 018	1 149 703	25,2	3,1	12,6
Westerwald-Lahn	566 003	553 528	565 497	605 409	593 243	4,8	-2,0	6,5
Betriebsarten								
Hotels	3 766 417	3 903 354	4 202 266	4 538 706	4 606 294	22,3	1,5	50,5
Hotels garnis	460 832	475 916	525 111	542 695	550 875	19,5	1,5	6,0
Gasthöfe	312 308	301 472	296 491	284 673	285 101	-8,7	0,2	3,1
Pensionen	279 832	282 476	313 288	348 354	362 714	29,6	4,1	4,0
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime	420 370	426 922	452 439	436 488	443 716	5,6	1,7	4,9
Vorsorge- und Rehabilitationskliniken	102 990	101 269	93 855	94 939	98 628	-4,2	3,9	1,1
Ferienzentren	383 838	407 797	455 771	421 733	419 980	9,4	-0,4	4,6
Ferienhäuser, -wohnungen	152 998	162 549	173 485	175 165	177 856	16,2	1,5	1,9
Jugendherbergen, Hütten u. Ä.	517 383	538 348	525 072	527 317	525 664	1,6	-0,3	5,8
Privatquartiere	752 729	753 285	847 723	909 196	913 834	21,4	0,5	10,0
Campingplätze	558 819	542 726	640 281	692 516	736 706	31,8	6,4	8,1
Gemeindegruppen								
Heilbäder	1 066 937	1 099 828	1 142 660	1 237 611	1 243 868	16,6	0,5	13,6
Luftkurorte	773 954	771 555	763 792	812 663	845 687	9,3	4,1	9,3
Erholungsorte	1 067 263	1 088 015	1 139 481	1 172 647	1 189 431	11,4	1,4	13,0
Fremdenverkehrsorte	3 601 797	3 711 044	4 076 711	4 259 688	4 356 569	21,0	2,3	47,8
Sonstige Gemeinden	1 198 565	1 225 672	1 403 138	1 489 173	1 485 813	24,0	-0,2	16,3
Insgesamt	7 708 516	7 896 114	8 525 782	8 971 782	9 121 368	18,3	1,7	100

T 4 Übernachtungen 2004–2014 nach Tourismusregionen, Betriebsarten und Gemeindegruppen

Tourismusregionen Betriebsarten Gemeindegruppen	2004	2005	2010	2013	2014			
					insgesamt	Veränderung zu		Anteil am Land
	2004	2013						
Anzahl					%			
Tourismusregionen								
Ahr	1 224 702	1 214 508	1 347 513	1 393 487	1 366 951	11,6	-1,9	5,6
Eifel	3 848 996	3 822 255	3 534 141	3 496 780	3 577 051	-7,1	2,3	14,7
Hunsrück	833 277	836 495	847 679	801 253	779 228	-6,5	-2,7	3,2
Mosel-Saar	6 103 142	6 107 527	6 902 378	6 858 617	6 975 248	14,3	1,7	28,6
Naheland	1 558 937	1 567 800	1 695 050	1 599 744	1 575 470	1,1	-1,5	6,5
Pfalz	4 363 068	4 336 083	4 261 019	4 426 284	4 468 673	2,4	1,0	18,3
Rheinessen	1 200 314	1 233 806	1 367 669	1 517 852	1 502 222	25,2	-1,0	6,2
Rheintal	2 155 340	2 222 221	2 194 550	2 425 574	2 474 257	14,8	2,0	10,1
Westerwald-Lahn	1 768 462	1 665 155	1 631 739	1 704 894	1 658 512	-6,2	-2,7	6,8
Betriebsarten								
Hotels	7 807 478	7 982 624	8 288 802	8 730 921	8 803 774	12,8	0,8	36,1
Hotels garnis	983 006	994 773	1 072 921	1 092 048	1 091 884	11,1	-0,0	4,5
Gasthöfe	825 797	802 000	682 620	656 509	651 169	-21,1	-0,8	2,7
Pensionen	916 805	873 704	904 018	952 086	963 794	5,1	1,2	4,0
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime	1 354 228	1 329 485	1 323 212	1 278 032	1 225 175	-9,5	-4,1	5,0
Vorsorge- und Rehabilitationskliniken	2 234 489	2 210 878	2 163 707	2 124 849	2 104 672	-5,8	-0,9	8,6
Ferienzentren	1 904 595	1 943 247	2 119 982	2 058 243	2 067 811	8,6	0,5	8,5
Ferienhäuser, -wohnungen	669 182	682 762	755 491	704 374	701 644	4,9	-0,4	2,9
Jugendherbergen, Hütten u. Ä.	1 197 136	1 202 621	1 179 195	1 170 568	1 158 558	-3,2	-1,0	4,8
Privatquartiere	3 229 540	3 087 956	3 210 664	3 248 303	3 239 473	0,3	-0,3	13,3
Campingplätze	1 933 982	1 895 800	2 081 126	2 208 552	2 369 658	22,5	7,3	9,7
Gemeindegruppen								
Heilbäder	4 707 248	4 669 930	4 665 598	4 706 982	4 663 773	-0,9	-0,9	19,1
Luftkurorte	2 530 868	2 511 873	2 263 594	2 236 269	2 270 479	-10,3	1,5	9,3
Erholungsorte	3 891 087	3 839 283	3 883 916	3 836 648	3 814 079	-2,0	-0,6	15,6
Fremdenverkehrsorte	9 189 678	9 230 386	10 084 188	10 436 389	10 630 016	15,7	1,9	43,6
Sonstige Gemeinden	2 737 357	2 754 378	2 884 442	3 008 197	2 999 265	9,6	-0,3	12,3
Insgesamt	23 056 238	23 005 850	23 781 738	24 224 485	24 377 612	5,7	0,6	100

T 5

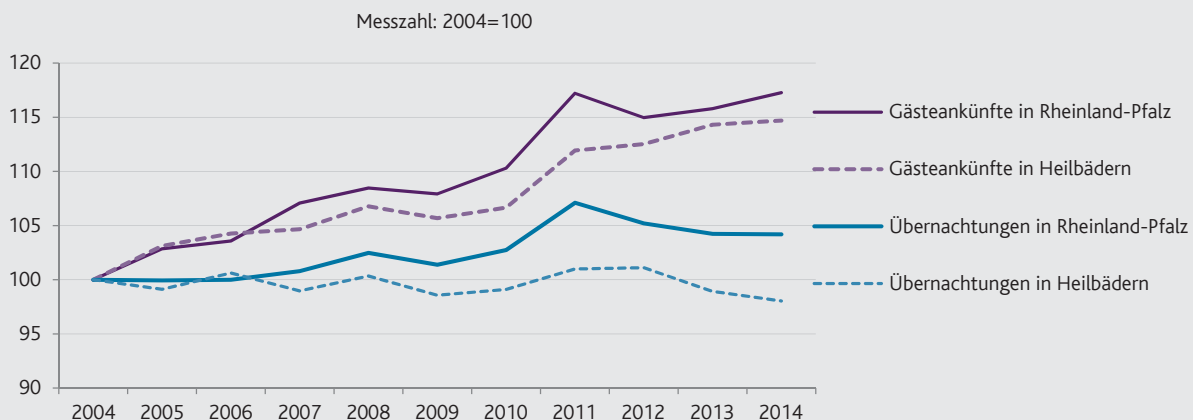
Gästeankünfte und Übernachtungen 2014 nach Herkunftsgebieten

Herkunftsgebiet	Gästeankünfte				Übernachtungen			
	insgesamt	Veränderung zu		Anteil am Land	insgesamt	Veränderung zu		Anteil am Land
		2004	2013			2004	2013	
	Anzahl	%			Anzahl	%		
Deutschland	7 084 817	17,4	2,1	77,7	18 531 043	2,6	0,5	76,0
Ausland	2 036 551	21,5	0,0	22,3	5 846 569	17,2	0,9	24,0
Europa	1 740 011	30,9	1,4	19,1	5 242 184	21,6	1,2	21,5
ausgewählte EU-Staaten								
Niederlande	737 194	30,1	3,9	8,1	2 762 206	19,7	2,1	11,3
Belgien	358 429	45,0	1,2	3,9	986 335	26,8	0,5	4,0
Vereinigtes Königreich	144 743	-12,9	1,4	1,6	342 860	-22,7	-0,1	1,4
Frankreich	72 149	43,8	0,0	0,8	143 093	45,5	-0,8	0,6
Österreich	41 088	55,4	9,0	0,5	94 560	42,8	7,0	0,4
Italien	38 000	10,2	-4,7	0,4	70 927	6,4	-5,8	0,3
Schweden	37 788	22,4	-3,1	0,4	75 981	16,0	-4,2	0,3
Luxemburg	37 304	104,4	4,3	0,4	76 020	77,1	2,3	0,3
Dänemark	33 698	19,4	-1,2	0,4	96 542	21,9	5,0	0,4
Polen	23 301	88,7	-2,9	0,3	79 936	96,5	-3,7	0,3
Spanien	21 818	34,4	-2,5	0,2	42 131	47,0	-7,1	0,2
Finnland	13 353	-17,8	-16,3	0,1	24 552	-2,7	-12,9	0,1
Tschechische Republik	11 788	40,6	5,7	0,1	30 441	56,7	2,8	0,1
Ungarn	6 754	3,8	-8,7	0,1	22 762	11,5	-22,4	0,1
Irland	5 557	22,4	-8,4	0,1	12 991	19,1	-14,2	0,1
Litauen	3 288	.	-29,2	0,0	6 541	.	-26,4	0,0
sonstige europäische Länder								
Schweiz, Liechtenstein	67 420	82,2	5,4	0,7	127 892	70,0	5,5	0,5
Norwegen	18 246	1,4	-15,2	0,2	35 732	-0,5	-16,3	0,1
Russland	15 445	62,2	-18,4	0,2	39 572	38,0	-14,7	0,2
Türkei	4 604	32,1	-1,9	0,1	11 626	34,1	2,3	0,0
Afrika	7 988	81,5	22,1	0,1	17 810	23,2	16,2	0,1
Amerika	179 736	-12,1	-8,5	2,0	394 267	-11,1	-1,5	1,6
USA	149 110	-7,8	-6,2	1,6	337 306	-11,3	0,0	1,4
Kanada	16 427	-34,7	-33,5	0,2	25 769	-24,8	-29,2	0,1
Brasilien	6 653	-46,1	16,9	0,1	14 310	-20,7	19,4	0,1
Asien	91 749	-11,2	-5,4	1,0	165 783	-5,4	0,7	0,7
Volksrepublik China und Hongkong	42 117	-12,1	-5,2	0,5	59 267	-19,6	2,6	0,2
Japan	18 557	-1,2	-5,1	0,2	29 575	-17,1	-3,9	0,1
Arabische Golfstaaten	9 650	-20,7	33,7	0,1	25 323	36,1	28,2	0,1
Israel	4 068	76,0	-7,2	0,0	9 052	78,3	-16,7	0,0
Australien, Neuseeland	16 188	-53,4	-14,9	0,2	25 215	-41,6	-20,6	0,1
Australien	14 254	.	-14,5	0,2	22 116	.	-18,0	0,1
Insgesamt	9 121 368	18,3	1,7	100	24 377 612	5,7	0,6	100

T 6 Gästeankünfte und Übernachtungen 2014 in Heilbädern

Heilbäder	Gästeankünfte				Übernachtungen			
	insgesamt	Veränderung zu		Anteil am Land	insgesamt	Veränderung zu		Anteil am Land
		2004	2013			2004	2013	
	Anzahl	%			Anzahl	%		
Bad Bergzabern	35 349	-20,5	-5,3	0,4	203 157	-33,5	-1,8	0,9
Bad Bertrich	38 633	16,0	7,0	0,5	249 181	-0,2	6,0	1,1
Bad Breisig	32 734	-16,4	-0,3	0,4	81 053	-24,2	4,9	0,4
Bad Dürkheim	107 569	18,3	0,3	1,3	394 196	-13,0	-2,5	1,8
Bad Ems	40 403	44,6	-0,2	0,5	288 444	42,9	-2,9	1,3
Bad Hönningen	10 090	-41,5	-16,8	0,1	29 075	-39,9	-12,9	0,1
Bad Kreuznach	97 181	28,4	0,5	1,2	438 309	6,3	-0,9	2,0
Bad Marienberg (Ww.)	33 561	41,3	13,2	0,4	78 754	-2,4	11,7	0,4
Bad Münster am Stein-Ebernburg	42 644	-8,1	-1,2	0,5	223 453	-28,6	-6,0	1,0
Bad Neuenahr-Ahrweiler	232 585	22,9	-6,5	2,8	746 520	7,2	-5,0	3,4
Bad Sobernheim	41 911	37,1	-0,4	0,5	143 545	3,7	-0,0	0,7
Bernkastel-Kues	191 079	9,7	1,0	2,3	735 751	4,0	-0,6	3,3
Daun	74 520	27,0	9,9	0,9	233 284	4,2	0,3	1,1
Diez	27 483	155,7	13,6	0,3	94 503	12,8	15,2	0,4
Lahnstein	38 239	-8,2	7,8	0,5	98 576	-17,8	8,1	0,4
Manderscheid	30 527	26,5	-1,8	0,4	157 548	13,5	-2,8	0,7
Traben-Trarbach	68 586	13,8	7,9	0,8	184 017	9,2	5,6	0,8
Insgesamt	1 145 047	14,7	0,3	13,7	4 384 728	-2,0	-0,9	19,9

G 5 Gästeankünfte und Übernachtungen in Heilbädern und in Rheinland-Pfalz 2004–2014



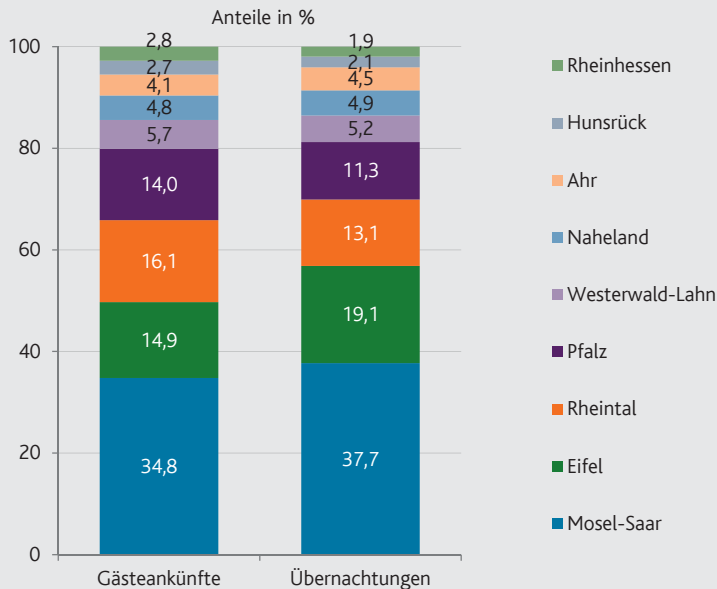
T 7

Gästeankünfte und Übernachtungen auf Camping- und Reisemobilplätzen 2014 nach Herkunftsgebieten

Herkunftsgebiet	Gästeankünfte				Übernachtungen			
	insgesamt	Veränderung zu		Anteil am Land	insgesamt	Veränderung zu		Anteil am Land
		2004	2013			2004	2013	
	Anzahl	%			Anzahl	%		
Insgesamt	736 706	31,8	6,4	100	2 369 658	22,5	7,3	100
Deutschland	475 334	37,9	7,8	64,5	1 380 222	24,7	8,6	58,2
Ausland	261 372	22,1	3,8	35,5	989 436	19,7	5,6	41,8
Niederlande	172 083	8,0	1,5	23,4	756 195	12,2	3,8	31,9
Belgien	31 671	111,7	11,0	4,3	92 859	71,5	7,9	3,9
Vereinigtes Königreich	15 238	38,2	10,0	2,1	43 129	22,1	16,7	1,8
Dänemark	6 617	-2,2	-1,4	0,9	23 479	19,6	12,5	1,0
Schweden	6 639	104,9	4,5	0,9	11 946	99,1	5,4	0,5
Schweiz	5 783	180,3	14,6	0,8	12 335	170,4	18,1	0,5
Frankreich	4 958	73,1	8,8	0,7	11 295	69,6	33,4	0,5
Norwegen	4 008	150,5	1,9	0,5	8 565	169,0	9,3	0,4
Luxemburg	2 681	-1,3	27,6	0,4	6 286	-12,4	21,2	0,3
Italien	2 573	48,0	8,8	0,3	4 064	40,4	6,1	0,2
übrige Länder	9 121	18,5	3,6	1,2	19 283	41,7	6,1	0,8

G 6

Gästeankünfte und Übernachtungen auf Camping- und Reisemobilplätzen 2014 nach Tourismusregionen



Die Region Mosel-Saar spielt auch beim Campingtourismus eine besondere Rolle. Mehr als ein Drittel aller Gäste und Übernachtungen auf Camping- und Reisemobilplätzen entfällt auf diese Tourismusregion. Einen überdurchschnittlichen Anteil der Übernachtungen auf Campingplätzen hat aber auch die Region Eifel: Während ihr Gästeankunftssanteil insgesamt bei 15 Prozent liegt, beträgt der Anteil bei den Übernachtungen auf Campingplätzen 19 Prozent.

Nahezu ein Viertel der Gäste auf Campingplätzen kommt aus den Niederlanden. Bei den Übernachtungen entfällt ein Drittel auf Niederländerinnen und Niederländer.

T 8

Gästeankünfte und Übernachtungen 2014 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Gästeankünfte				Übernachtungen			
	insgesamt	Veränderung zu		Anteil am Land	insgesamt	Veränderung zu		Anteil am Land
		2004	2013			2004	2013	
	Anzahl	%			Anzahl	%		
Frankenthal (Pfalz), St.	44 064	35,0	-5,9	0,5	77 132	13,3	-5,7	0,4
Kaiserslautern, St.	120 834	49,1	25,3	1,4	271 514	87,0	31,1	1,2
Koblenz, St.	337 173	27,2	1,4	4,0	640 089	28,7	2,0	2,9
Landau i. d. Pfalz, St.	40 891	61,4	4,4	0,5	73 662	66,4	11,0	0,3
Ludwigshafen a. Rh., St.	126 010	7,2	-1,6	1,5	237 137	9,6	-6,3	1,1
Mainz, St.	577 238	35,3	1,3	6,9	871 401	20,9	-1,7	4,0
Neustadt a. d. Weinstr., St.	92 346	60,2	-2,5	1,1	219 282	45,8	-2,3	1,0
Pirmasens, St.	27 968	14,1	-2,5	0,3	50 037	12,7	-7,5	0,2
Speyer, St.	155 738	47,4	4,8	1,9	267 190	38,2	3,6	1,2
Trier, St.	397 833	6,6	3,2	4,7	742 358	4,4	1,2	3,4
Worms, St.	68 880	16,3	2,1	0,8	144 112	21,3	3,1	0,7
Zweibrücken, St.	27 645	-5,8	-8,6	0,3	50 228	-5,5	-4,7	0,2
Ahrweiler	548 161	27,8	0,9	6,5	1 424 568	11,0	-2,1	6,5
Altenkirchen (Ww.)	97 797	-10,7	2,3	1,2	222 092	-21,7	1,9	1,0
Alzey-Worms	69 937	15,0	4,5	0,8	128 094	14,5	-1,3	0,6
Bad Dürkheim	343 230	24,7	4,5	4,1	862 057	-4,0	-1,3	3,9
Bad Kreuznach	271 331	17,2	-0,8	3,2	1 013 655	-3,4	-3,7	4,6
Bernkastel-Wittlich	785 938	13,2	0,5	9,4	2 646 306	-4,5	-2,1	12,0
Birkenfeld	123 639	-8,2	-0,9	1,5	437 780	-0,6	-1,9	2,0
Cochem-Zell	682 022	32,4	1,2	8,1	2 209 552	32,2	0,3	10,0
Donnersbergkreis	64 181	15,6	1,4	0,8	134 601	1,0	0,7	0,6
Eifelkreis Bitburg-Prüm	324 421	5,0	-0,8	3,9	817 266	-19,8	1,8	3,7
Germersheim	53 597	12,1	-6,1	0,6	136 097	17,9	-5,0	0,6
Kaiserslautern	89 944	-2,9	-4,3	1,1	258 256	-13,1	0,0	1,2
Kusel	44 724	-7,6	4,6	0,5	98 275	-21,1	5,0	0,4
Mainz-Bingen	220 656	32,1	2,9	2,6	410 627	24,9	-0,1	1,9
Mayen-Koblenz	348 321	31,5	9,3	4,2	776 502	17,1	11,1	3,5
Neuwied	134 208	0,2	-7,0	1,6	282 578	-8,2	-8,6	1,3
Rhein-Hunsrück-Kreis	389 222	25,7	-4,8	4,6	851 692	13,6	-3,4	3,9
Rhein-Lahn-Kreis	250 553	32,2	2,6	3,0	826 240	7,3	0,3	3,8
Rhein-Pfalz-Kreis	79 595	29,1	8,0	0,9	147 873	22,2	7,6	0,7
Südliche Weinstraße	320 845	6,0	0,4	3,8	939 186	-9,3	-0,7	4,3
Südwestpfalz	144 634	-10,1	-0,7	1,7	377 408	-21,6	-4,3	1,7
Trier-Saarburg	361 391	1,7	4,8	4,3	1 244 372	-3,3	2,3	5,7
Vulkaneifel	352 280	-3,7	0,3	4,2	1 443 095	-6,3	3,1	6,6
Westerwaldkreis	267 415	12,8	-1,8	3,2	675 640	0,2	-3,7	3,1
Rheinland-Pfalz	8 384 662	17,3	1,3	100	22 007 954	4,2	-0,0	100
kreisfreie Städte	2 016 620	26,2	2,5	24,1	3 644 142	23,0	1,7	16,6
Landkreise	6 368 042	14,7	0,9	75,9	18 363 812	1,1	-0,4	83,4

K 1

Gästeintensität 2014 nach Verwaltungsbezirken

Die „Gästeintensität“ bezieht die Zahl der Gästeankünfte auf 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner und dient als Indikator für die relative Bedeutung des Tourismus in einer Region. Die durchschnittliche Gästeintensität im Land lag 2014 bei 2 100. Mit 10 760 Gästeankünften je 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohnern wurde der höchste Wert im Landkreis Cochem-Zell registriert. Am niedrigsten war die Gästeintensität im Landkreis Germersheim (430).


Gäste je 1 000 Einwohner/-innen	
unter 700	(5)
700 bis unter 1 400	(12)
1 400 bis unter 2 100	(6)
2 100 bis unter 2 800	(2)
2 800 bis unter 3 500	(5)
3 500 und mehr	(6)


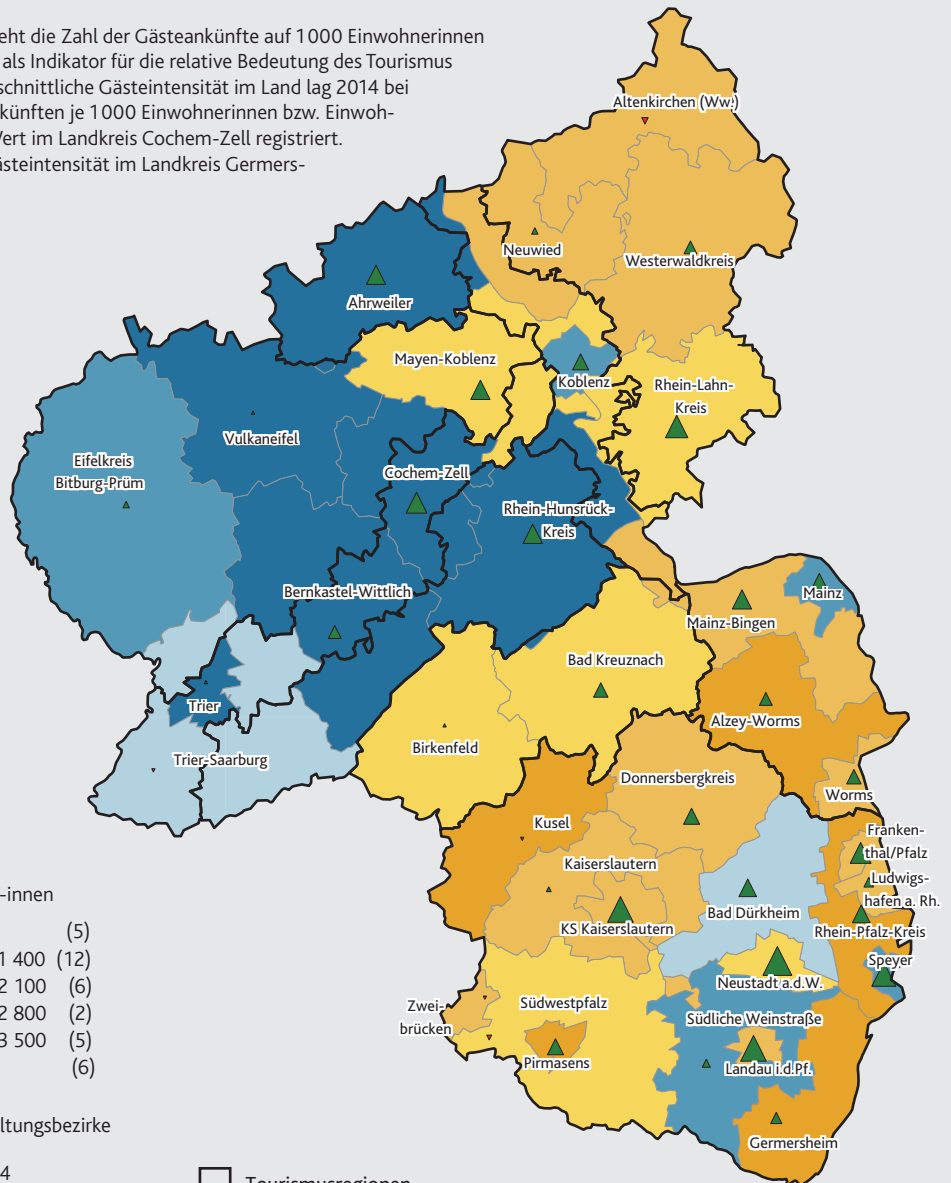
Landeswert: 2 101

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2004

- ▲ Zunahme
- ▼ Abnahme

 Tourismusregionen

 Kreise


T 9

Gästeankünfte und Übernachtungen von Ausländer/-innen 2014 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Gästeankünfte				Übernachtungen			
	insgesamt	Veränderung zu		Anteil am Land	insgesamt	Veränderung zu		Anteil am Land
		2004	2013			2004	2013	
	Anzahl	%			Anzahl	%		
Frankenthal (Pfalz), St.	11 086	75,4	3,6	0,6	16 248	18,4	-6,3	0,3
Kaiserslautern, St.	23 340	19,6	25,5	1,3	91 445	129,2	54,6	1,9
Koblenz, St.	62 598	-3,4	1,2	3,5	113 407	-4,8	0,6	2,3
Landau i. d. Pfalz, St.	4 398	83,1	56,3	0,2	8 672	96,0	55,8	0,2
Ludwigshafen a. Rh., St.	33 751	-22,3	-3,3	1,9	64 171	-1,6	-0,6	1,3
Mainz, St.	157 219	-14,2	-10,3	8,9	251 820	-13,2	-7,7	5,2
Neustadt a. d. Weinstr., St.	7 487	50,2	-22,9	0,4	18 584	51,9	-22,2	0,4
Pirmasens, St.	4 074	46,7	-1,7	0,2	8 319	28,3	-5,0	0,2
Speyer, St.	23 037	98,2	7,8	1,3	38 858	92,8	4,1	0,8
Trier, St.	103 312	-6,2	1,3	5,8	193 196	-12,8	-1,2	4,0
Worms, St.	12 848	70,5	6,4	0,7	33 678	146,9	9,4	0,7
Zweibrücken, St.	5 445	28,4	-13,0	0,3	10 695	16,6	3,7	0,2
Ahrweiler	96 741	49,3	3,5	5,4	221 938	36,8	-0,6	4,6
Altenkirchen (Ww.)	8 963	27,3	6,9	0,5	22 363	37,1	0,6	0,5
Alzey-Worms	6 167	-39,0	5,9	0,3	10 172	-32,5	4,0	0,2
Bad Dürkheim	20 216	24,0	6,0	1,1	47 060	17,8	-4,3	1,0
Bad Kreuznach	19 272	29,2	-3,1	1,1	57 650	26,5	-14,0	1,2
Bernkastel-Wittlich	204 628	74,2	2,3	11,5	631 730	31,3	-1,8	13,0
Birkenfeld	40 277	104,6	-1,8	2,3	180 445	119,8	-4,4	3,7
Cochem-Zell	232 631	70,5	-1,1	13,1	743 110	93,0	-3,6	15,3
Donnersbergkreis	3 753	22,8	3,7	0,2	10 938	-5,0	28,4	0,2
Eifelkreis Bitburg-Prüm	115 839	27,2	1,1	6,5	293 807	-14,3	5,6	6,0
Germersheim	5 320	75,6	-11,9	0,3	13 856	88,8	-20,8	0,3
Kaiserslautern	26 131	-28,4	-15,8	1,5	98 777	-32,3	-8,1	2,0
Kusel	3 715	-3,7	9,2	0,2	9 236	21,0	-1,0	0,2
Mainz-Bingen	34 485	38,1	6,1	1,9	63 053	37,7	-1,7	1,3
Mayen-Koblenz	58 236	20,8	12,5	3,3	144 641	17,3	14,2	3,0
Neuwied	13 766	-5,5	-27,4	0,8	27 274	-16,7	-26,2	0,6
Rhein-Hunsrück-Kreis	129 833	23,3	-9,8	7,3	223 257	13,5	-2,5	4,6
Rhein-Lahn-Kreis	35 336	10,0	-2,5	2,0	89 280	-9,7	-6,9	1,8
Rhein-Pfalz-Kreis	9 011	49,8	-4,8	0,5	19 257	39,9	2,9	0,4
Südliche Weinstraße	13 275	62,7	-1,8	0,7	28 993	39,5	-11,7	0,6
Südwestpfalz	5 889	41,3	-7,2	0,3	13 833	11,6	-19,3	0,3
Trier-Saarburg	118 669	25,3	8,1	6,7	538 430	14,1	4,0	11,1
Vulkaneifel	101 723	-17,2	3,8	5,7	456 403	-16,3	8,0	9,4
Westerwaldkreis	22 708	46,5	0,3	1,3	62 537	48,6	4,6	1,3
Rheinland-Pfalz	1 775 179	21,4	-0,5	100	4 857 133	16,7	0,0	100
kreisfreie Städte	448 595	-2,7	-2,4	25,3	849 093	4,1	1,2	17,5
Landkreise	1 326 584	32,6	0,1	74,7	4 008 040	19,8	-0,2	82,5

K 2 Übernachtungsintensität 2014 nach Verwaltungsbezirken

Die „Übernachtungsintensität“ bezieht die Zahl der Übernachtungen auf 1000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner und dient, ebenso wie die Gästeintensität, als Indikator für die relative Bedeutung des Tourismus in einer Region. Im Landesdurchschnitt kamen 5 515 Übernachtungen auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die höchste Übernachtungsintensität wurde im Landkreis Cochem-Zell erreicht (34 870), die niedrigste im Rhein-Pfalz-Kreis (990).

Übernachtungen
je 1 000 Einwohner/-innen

- unter 1500 (7)
- 1 500 bis unter 3 500 (10)
- 3 500 bis unter 5 500 (6)
- 5 500 bis unter 7 500 (5)
- 7 500 bis unter 9 500 (4)
- 9 500 und mehr (4)

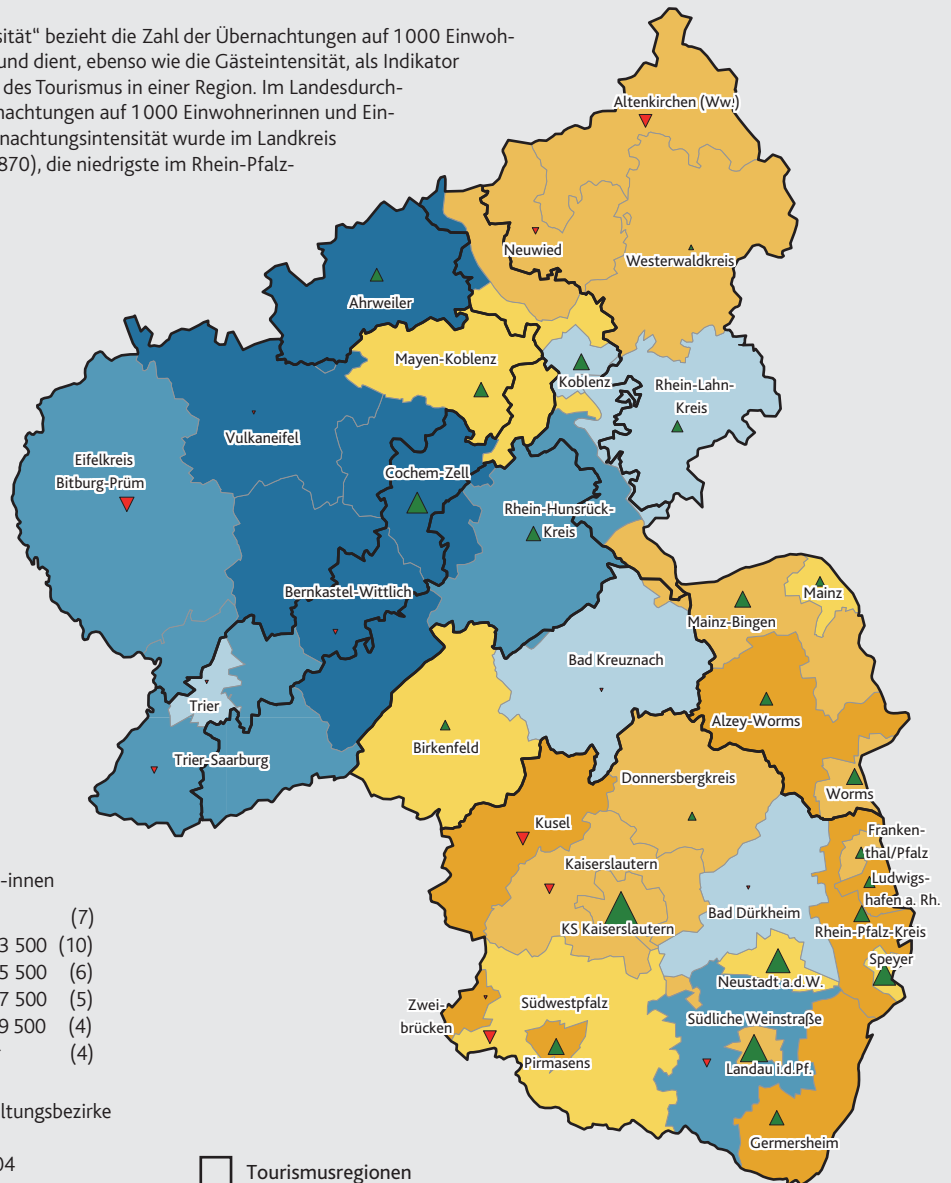
Landeswert: 5 515
() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2004

- ▲ Zunahme
- ▼ Abnahme

□ Tourismusregionen

□ Kreise



T 10 Beherbergungskapazität¹ 2014 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Betriebe ²		Betten					
	insgesamt	Anteil am Land	insgesamt	Veränderung zu		Anteil am Land	Auslastung	je Betrieb
				2004	2013			
	Anzahl	%	Anzahl	%				Anzahl
Frankenthal (Pfalz), St.	6	0,1	656	-4,2	5,3	0,4	32,2	109,3
Kaiserslautern, St.	38	0,3	1 881	33,4	7,1	1,0	39,5	49,5
Koblenz, St.	60	0,5	3 933	6,5	-2,5	2,1	44,6	65,6
Landau i. d. Pfalz, St.	11	0,1	471	-17,1	-11,6	0,3	42,8	42,8
Ludwigshafen a. Rh., St.	27	0,2	1 852	-7,1	-3,9	1,0	35,1	68,6
Mainz, St.	43	0,4	4 863	-1,6	-11,5	2,6	49,1	113,1
Neustadt a. d. Weinstr., St.	177	1,6	1 814	27,8	-5,1	1,0	33,1	10,2
Pirmasens, St.	38	0,3	576	4,9	1,8	0,3	23,8	15,2
Speyer, St.	37	0,3	1 521	44,4	2,6	0,8	48,1	41,1
Trier, St.	76	0,7	4 321	-2,8	3,6	2,3	47,1	56,9
Worms, St.	35	0,3	1 132	8,8	2,4	0,6	34,9	32,3
Zweibrücken, St.	30	0,3	507	17,4	11,2	0,3	27,1	16,9
Ahrweiler	518	4,6	11 474	0,2	-9,1	6,2	34,0	22,2
Altenkirchen (Ww.)	104	0,9	2 786	-20,3	6,7	1,5	21,8	26,8
Alzey-Worms	62	0,6	1 281	18,7	2,9	0,7	27,4	20,7
Bad Dürkheim	451	4,0	6 729	1,3	1,6	3,6	35,1	14,9
Bad Kreuznach	368	3,3	7 366	-17,7	-10,1	4,0	37,7	20,0
Bernkastel-Wittlich	2 218	19,9	21 198	-8,4	-4,3	11,5	34,2	9,6
Birkenfeld	147	1,3	3 775	-8,4	-0,7	2,0	31,8	25,7
Cochem-Zell	1 699	15,2	20 370	18,4	-2,8	11,0	29,7	12,0
Donnersbergkreis	51	0,5	1 278	-11,3	-1,2	0,7	28,9	25,1
Eifelkreis Bitburg-Prüm	413	3,7	8 991	-15,9	1,9	4,9	24,9	21,8
Germersheim	70	0,6	1 379	24,2	4,1	0,7	27,0	19,7
Kaiserslautern	154	1,4	2 713	-8,2	-4,6	1,5	26,1	17,6
Kusel	61	0,5	1 027	-13,3	-2,8	0,6	26,2	16,8
Mainz-Bingen	261	2,3	4 382	12,5	-1,1	2,4	25,7	16,8
Mayen-Koblenz	453	4,1	7 194	-12,9	-0,4	3,9	29,6	15,9
Neuwied	225	2,0	3 568	-31,7	-10,8	1,9	21,7	15,9
Rhein-Hunsrück-Kreis	390	3,5	7 057	-1,3	-4,9	3,8	33,1	18,1
Rhein-Lahn-Kreis	370	3,3	6 870	-2,3	-2,5	3,7	33,0	18,6
Rhein-Pfalz-Kreis	29	0,3	1 132	3,7	0,9	0,6	35,8	39,0
Südliche Weinstraße	888	8,0	9 046	-11,1	-4,2	4,9	28,4	10,2
Südwestpfalz	322	2,9	3 983	-23,3	-1,7	2,2	26,0	12,4
Trier-Saarburg	758	6,8	11 867	-9,9	-0,6	6,4	28,7	15,7
Vulkaneifel	419	3,8	10 679	2,1	-0,6	5,8	37,0	25,5
Westerwaldkreis	160	1,4	5 061	-14,0	-5,5	2,7	36,6	31,6
Rheinland-Pfalz	11 169	100	184 733	-4,4	-3,0	100	32,6	16,5
kreisfreie Städte	578	5,2	23 527	5,8	-2,2	12,7	42,4	40,7
Landkreise	10 591	94,8	161 206	-5,7	-3,1	87,3	31,2	15,2

¹ Ohne Campingplätze. – ² 31.07.; einschließlich Privatquartiere und Kleinbetriebe mit weniger als zehn Fremdenbetten.

Datenquellen

Statistik	Tabelle	Grafik	Karten	Übersicht
Fremdenverkehrs- und Beherbergungsstatistik	T 1 bis T 10	G 1 bis G 6	K 1 bis K 3	-

Statistiken

Die monatlich durchgeführte **Fremdenverkehrs- und Beherbergungsstatistik** informiert über die Zahl der Gästeankünfte und Übernachtungen und ermöglicht damit Aussagen über die kurzfristige Entwicklung der Nachfrage im Beherbergungsgewerbe. Die Angaben über die vorhandenen Bettenkapazitäten geben Auskunft über die Entwicklung des touristischen Angebots. Seit dem 1. Januar 2012 werden bundeseinheitlich von allen Beherbergungsbetrieben mit zehn und mehr Betten monatlich die angekommenen Gäste und deren Übernachtungen, jeweils differenziert nach Herkunftsländern, sowie die Zahl der angebotenen Fremdenbetten erfasst. Bei Camping- bzw. Reisemobilstellplätzen ab zehn Stellplätzen werden die Zahl der Gästeankünfte und Übernachtungen sowie die Zahl der angebotenen Stellplätze erfragt. Weiterhin werden gemäß landesrechtlicher Grundlage in Rheinland-Pfalz in denjenigen Gemeinden, die über ein staatlich verliehenes Prädikat als Fremdenverkehrsgemeinde, Erholungsort, Luftkurort oder Heilbad verfügen, zusätzlich auch die

Privatzimmervermieter und gewerblichen Kleinbetriebe mit weniger als zehn Betten in die Statistik einbezogen.

Werden die rheinland-pfälzischen Tourismusdaten den Ergebnissen von Deutschland oder anderen Bundesländern gegenübergestellt, erfolgt durch Hinzurechnen der Daten des Campingtourismus und Weglassen der Angaben der Privatzimmervermieter und gewerblichen Kleinbetriebe eine Angleichung an die bundesweit geltenden Richtlinien.

Weitere Informationen über die Entwicklung und die Struktur des rheinland-pfälzischen Tourismus können der **Gastgewerbestatistik** entnommen werden. Umsatz und Beschäftigte des Gastgewerbes, differenziert nach Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, werden monatlich auf repräsentativer Basis ermittelt und in Form von Indizes und Veränderungsdaten veröffentlicht. Strukturdaten, wie z.B. Beschäftigte nach der Stellung im Beruf, Warenbestände und Aufwendungen, werden jährlich bei ausgewählten Unternehmen erfragt.

Glossar

Beherbergung

Unterbringung von Personen, die sich vorübergehend an einem anderen Ort als ihrem gewöhnlichen Wohnsitz aufhalten. Der vorübergehende Ortswechsel kann z.B. durch Urlaub und Freizeit, aber auch durch die Wahrnehmung privater und geschäftlicher Kontakte, den Besuch von Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen oder durch Maßnahmen zur Wiederherstellung der Gesundheit veranlasst sein.

Beherbergungsstätten

Betriebe und Betriebsteile, die nach Einrichtung und Zweckbestimmung dazu dienen, zehn und mehr Gäste gleichzeitig vorübergehend zu beherbergen.

Betriebsarten

Gruppierung bzw. Einordnung der Beherbergungsstätten anhand der durch die Klassifikation der Wirtschaftszweige vorgegebenen Kriterien.

Bettenauslastung

Quotient aus tatsächlicher Übernachtungszahl (Zähler) zur Zahl der möglichen Übernachtungen (Nenner).

Bettendichte

Zahl der Betten bezogen auf je 1000 Einwohner/-innen.

Campingplätze

Abgegrenzte Gelände, die zum vorübergehenden Aufstellen von mitgebrachten Wohnwagen, Reise- bzw. Wohnmobilen oder Zelten zugänglich sind. Bei den Campingplätzen ist zwischen „Urlaubscamping“ und „Dauercamping“ zu unterscheiden. Für die Beherbergungsstatistik wird seit Januar 2013 nur noch das Urlaubscamping erfasst. Als Urlaubscamping gilt die Campingplatzbenutzung für einzelne Tage oder Wochen. Dabei wird im Allgemeinen kein pauschales Entgelt, sondern eine nach Dauer der Belegung und Personenzahl gestaffelte Gebühr berechnet.

Erholungs- und Ferienheime

Beherbergungsstätten, die nur bestimmten Personenkreisen – z.B. Mitgliedern eines Vereins oder einer Organisation, Beschäftigten eines Unternehmens, Kindern, Müttern oder Betreuten sozialer Einrichtungen – zugänglich sind, und in denen Speisen und Getränke nur an Hausgäste abgegeben werden.

Erholungsorte

Die staatliche Anerkennung mit der Artbezeichnung Erholungsort setzt eine landschaftlich bevorzugte und klimatisch günstige Lage, für die Ferienerholung geeignete verschiedenartige Einrichtungen,

einen entsprechenden Ortscharakter und eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer von in der Regel mindestens fünf Tagen voraus.

Ferienhäuser, Ferienwohnungen

Beherbergungsstätten, die allen zugänglich sind und in denen Speisen und Getränke nicht abgegeben werden, aber eine Kochgelegenheit vorhanden ist.

Ferienzentren

Beherbergungsstätten, die allen zugänglich sind und dazu dienen, wahlweise unterschiedliche Wohn- und Aufenthaltsmöglichkeiten sowie gleichzeitig Freizeiteinrichtungen in Verbindung mit Einkaufsmöglichkeiten und persönlichen Dienstleistungen zum vorübergehenden Aufenthalt anzubieten. Als Mindestausstattung gilt das Vorhandensein von Hotelunterkunft und anderen Wohngelegenheiten auch mit Kochgelegenheit, einer Gaststätte, von Einkaufsmöglichkeiten zur Deckung des persönlichen Bedarfs und des Freizeitbedarfs sowie von Einrichtungen für persönliche Dienstleistungen (z. B. Massageeinrichtungen, Solarium, Sauna, Friseur) und zur aktiven Freizeitgestaltung (z. B. Schwimmbad, Tennis-, Tischtennis-, Minigolf- oder Trimm-dich-Anlagen).

Fremdenverkehrsorte

Die staatliche Anerkennung mit der Artbezeichnung Fremdenverkehrsgemeinde setzt für die Gäste geeignete verschiedenartige Fremdenverkehrseinrichtungen, wie Wanderwege, Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen, eine im Verhältnis zur Einwohnerzahl beachtliche Beherbergungskapazität oder eine sich aus der vorhandenen Beherbergungskapazität und einem überörtlichen Ausflugsverkehr insgesamt ergebende erhebliche Bedeutung des Fremdenverkehrs voraus. Die Gemeinde soll einen touristisch ansprechenden Gesamteindruck vermitteln.

Gasthöfe

Beherbergungsstätten, die allen zugänglich sind und in denen, neben dem auch für Passanten/-innen zugänglichen Gastraum, in der Regel keine weiteren Aufenthaltsräume zur Verfügung stehen. Bei Gasthöfen übersteigt der Umsatz aus Bewirtung deutlich den aus Beherbergung.

Gästeankünfte

Meldung eines Gastes in einer Beherbergungsstätte, der zum vorübergehenden Aufenthalt ein Gästebett belegt.

Gästeintensität

Kennzahl für die relative Bedeutung des Tourismus in einem Gebiet. Die Gästeankünfte werden auf die Zahl der Einwohner/-innen bezogen.

Gemeindegruppen

In der Beherbergungsstatistik wird bei der Darstellung nach den Gemeindegruppen in prädikatisierte Gemeinden – wie Heilbäder, Luftkurorte, Erholungsorte, Fremdenverkehrsorte – und nicht prädika-

tisierte Orte, die in der Gruppe der sonstigen Gemeinden zusammengefasst werden, unterschieden.

Heilbäder

Die staatliche Anerkennung als Kurort mit der Artbezeichnung Heilbad setzt ein natürliches, zur Heilung, Linderung oder Vorbeugung von Krankheiten geeignetes Kurmittel des Bodens, ein gesundheitsförderndes Klima, verschiedenartige, leistungsfähige Einrichtungen zur Anwendung der Kurmittel mit angemessener kurärztlicher und pflegerischer Betreuung, eine größere Anzahl von Kuranstalten sowie leistungsfähige Betriebe des Hotel- und Gaststättengewerbes und einen dem Kurbetrieb entsprechenden Ortscharakter, der auch durch die Bauleitplanung gesichert sein muss, voraus.

Hotels

Beherbergungsstätten, die allen zugänglich sind, und in denen ein Restaurant – auch für Passanten/-innen – vorhanden ist sowie in der Regel weitere Einrichtungen oder Räume für unterschiedliche Zwecke (z. B. Konferenzen, Seminare, Sport) zur Verfügung stehen.

Hotels garnis

Beherbergungsstätten, die allen zugänglich sind und in denen als Mahlzeit höchstens ein Frühstück angeboten wird.

Jugendherbergen, Hütten u. Ä.

Beherbergungsstätten, die in der Regel eine einfache Ausstattung aufweisen und vorzugsweise Jugendlichen oder Angehörigen der sie tragenden Organisation, z. B. ein Wanderverein, zur Verfügung stehen. Speisen und Getränke werden nur an Hausgäste abgegeben.

Luftkurorte

Die staatliche Anerkennung als Kurort mit der Artbezeichnung Luftkurort setzt ein für die Gesundheitsförderung geeignetes therapeutisches Klima und eine landschaftlich bevorzugte Lage, Einrichtungen, die zur therapeutischen Anwendung des Klimas geeignet sind, leistungsfähige Betriebe des Hotel- und Gaststättengewerbes und einen dem Kurbetrieb entsprechenden Ortscharakter, der auch durch die Bauleitplanung gesichert sein muss, voraus.

Pensionen

Beherbergungsstätten, die allen zugänglich sind und in denen Speisen und Getränke nur an Hausgäste abgegeben werden.

Privatquartiere

Kleinbeherbergungsstätten mit weniger als zehn Betten, die für alle zugänglich sind, und in denen Gäste zum vorübergehenden Aufenthalt gegen Entgelt aufgenommen werden (auch als Bestandteil der Wohnung eines/r Privatvermieters/-in).

Schulungsheime

Beherbergungsstätten, die nach Einrichtung und Zweckbestimmung dazu dienen, Unterricht außerhalb des regulären Schul- und Hochschulsystems anzubieten.

Metadaten

Tourismusregionen

Nichtadministrative Raumeinheit, die sich an naturräumlichen Gegebenheiten orientiert, aber auch Zuständigkeitsbereiche der regionalen Fremdenverkehrsverbände berücksichtigt. Rheinland-Pfalz ist in die folgenden Tourismusregionen gegliedert:

- Ahr,
- Eifel,
- Hunsrück,
- Mosel-Saar,
- Naheland,
- Pfalz,
- Rheinhessen,
- Rheintal und
- Westerwald-Lahn.



Übernachtungen

Die Übernachtungen ergeben sich aus der Belegung eines Gästebetts zum vorübergehenden Aufenthalt. Die Aufenthaltsdauer, gemessen in Tagen, ergibt die Zahl der Übernachtungen je Gast.

Übernachtungsintensität

Kennzahl für die relative Bedeutung des Tourismus in einem Gebiet. Die Übernachtungen werden auf die Zahl der Einwohner/-innen bezogen.

Vorsorge- und Rehabilitationskliniken

Beherbergungsstätten, die unter ärztlicher Leitung stehen und ausschließlich oder überwiegend Kurgästen zur Verfügung stehen. Als Kurgäste gelten Personen, die sich aufgrund einer ärztlichen Verordnung in der Klinik vorübergehend aufhalten. Das Ziel des Aufenthalts ist die Erhaltung oder Wiederherstellung ihrer Gesundheit oder der Berufs- oder Arbeitsfähigkeit sowie die Inanspruchnahme der allgemein angebotenen Kureinrichtungen außerhalb des Beherbergungsbetriebs. Zu den Vorsorge- und Rehakliniken zählen auch Kinderheilstätten, Sanatorien, Kur- oder ähnliche Krankenhäuser. Im Unterschied zur Krankenhausstatistik werden Vorsorge- und Rehakliniken in der Beherbergungsstatistik nur dann erfasst, wenn die dort untergebrachten Personen überwiegend in der Lage sind, während des vorübergehenden Aufenthalts die Klinik zu verlassen und die Tourismusangebote der Gemeinde in Anspruch zu nehmen.

Internet

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/tourismus

Pressemitteilungen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/tourismus/pressemitteilungen

Statistische Berichte

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/tourismus/statistische-berichte

Beiträge in den Statistischen Monatsheften

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/tourismus/monatsheftbeitraege

Übersichtstabellen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/tourismus/basisdaten-regional

Regionaldatenbanken

www.statistik.rlp.de/regionaldaten/meine-heimat

Analysen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/tourismus/analysen

Kurzpräsentationen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/tourismus/kurzpraesentationen

Gemeinschaftsveröffentlichungen

www.statistik-portal.de



25. Sonstige Dienstleistungen



Inhaltsverzeichnis

Tabellen

T 1: Ausgewählte Kennzahlen zu den Dienstleistungen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1990–2013	686
T 2: Bruttowertschöpfung in ausgewählten Dienstleistungsbereichen 2008–2013	688
T 3: Tätige Personen in ausgewählten Dienstleistungsbereichen 2008–2013	689
T 4: Umsatz, Aufwendungen, Bruttoentgelte, Betriebsüberschuss und Bruttoanlageinvestitionen in ausgewählten Dienstleistungsbereichen 2013	690

Grafiken

G 1: Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2013 nach Wirtschaftsabschnitten	685
G 2: Unternehmen in ausgewählten Dienstleistungsbereichen 2013 nach Beschäftigtengrößenklassen	688
G 3: Tätige Personen in ausgewählten Dienstleistungsbereichen 2013 nach Beschäftigtengrößenklassen	689
G 4: Umsatz in ausgewählten Dienstleistungsbereichen 2013 nach Umsatzgrößenklassen	690

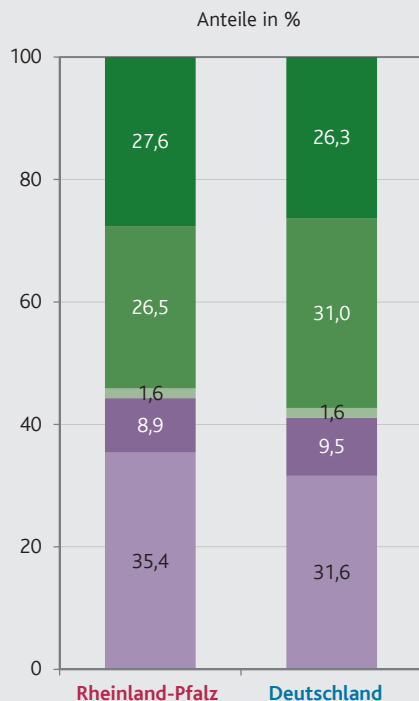
Metadaten

Datenquellen	691
Statistiken	691
Glossar	691
Internet	692

- Auf die Bereiche Handel, Kfz-Handel und Gastgewerbe entfielen 27 Prozent der Bruttowertschöpfung (Deutschland: 33 Prozent). In den sonstigen Dienstleistungsbereichen wurden 45 Prozent der Wertschöpfung erwirtschaftet (Deutschland: 40 Prozent).
- Der Großhandel hatte mit 14 Prozent den größten Anteil am Umsatz der Dienstleistungsbereiche.
- Im Bereich Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen waren zwölf Prozent der Unternehmen tätig.
- Rund 92 Prozent der Umsätze im Bereich Verkehr und Lagerei werden in Unternehmen mit einem Umsatz von einer Millionen Euro und mehr erwirtschaftet.
- Nur 2,4 Prozent der Unternehmen im Bereich Information und Kommunikation haben 50 oder mehr Beschäftigte. In diesen Unternehmen sind jedoch mehr als die Hälfte der tätigen Personen dieses Bereichs beschäftigt.

G 1

Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2013 nach Wirtschaftsabschnitten



- A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
- B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
- C Verarbeitendes Gewerbe
- D Energieversorgung
- E Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen
- F Baugewerbe
- G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen
- I Gastgewerbe
- H Verkehr und Lagerei
- J Information und Kommunikation
- L Grundstücks- und Wohnungswesen
- M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen
- N Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen
- K Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen
- O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung
- P Erziehung und Unterricht
- Q Gesundheits- und Sozialwesen
- R Kunst, Unterhaltung und Erholung
- S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen
- T Private Haushalte und Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt (häusliche Dienste)

T 1

Ausgewählte Kennzahlen zu den Dienstleistungen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1990–2013

Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz						Deutschland	
		1990	2000	2005	2010	2012	2013	2012	2013
Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen									
Unternehmen ¹	Anteil in %	.	.	.	3,5	3,6	3,6	3,1	3,1
SV-Beschäftigte ¹	Anteil in %	.	.	.	2,6	2,6	2,7	2,2	2,2
Umsatz ²	Anteil in %	x	5,8	5,2	5,1	5,1	5,1	3,4	3,4
Großhandel									
Unternehmen ¹	Anteil in %	.	.	.	5,4	5,1	4,9	4,9	4,8
SV-Beschäftigte ¹	Anteil in %	.	.	.	4,8	4,9	4,9	5,6	5,5
Umsatz ²	Anteil in %	.	15,4	14,9	14,3	14,3	14,1	18,4	19,0
Einzelhandel									
Unternehmen ¹	Anteil in %	.	.	.	10,7	10,2	9,9	10,3	10,1
SV-Beschäftigte ¹	Anteil in %	.	.	.	9,8	9,6	9,5	7,9	7,9
Umsatz ²	Anteil in %	.	8,6	7,6	7,2	7,1	7,2	9,5	9,6
Gastgewerbe									
Unternehmen ¹	Anteil in %	.	.	.	9,0	8,5	8,4	6,8	6,8
SV-Beschäftigte ¹	Anteil in %	.	.	.	2,9	2,9	2,9	3,2	3,2
Umsatz ²	Anteil in %	.	1,8	1,6	1,5	1,4	1,5	1,2	1,2
Verkehr und Lagerei									
Unternehmen ¹	Anteil in %	.	.	.	3,2	3,2	3,0	3,3	3,3
SV-Beschäftigte ¹	Anteil in %	.	.	.	4,7	5,0	5,1	5,5	5,5
Umsatz ²	Anteil in %	.	.	.	2,3	2,2	2,2	3,6	3,5
Information und Kommunikation									
Unternehmen ¹	Anteil in %	.	.	.	3,2	3,1	3,0	3,6	3,6
SV-Beschäftigte ¹	Anteil in %	.	.	.	2,7	2,8	2,8	3,3	3,4
Umsatz ²	Anteil in %	.	.	.	2,4	2,4	2,5	3,4	3,4
Grundstücks- und Wohnungswesen									
Unternehmen ¹	Anteil in %	.	.	.	9,3	9,4	9,4	8,9	9,0
SV-Beschäftigte ¹	Anteil in %	.	.	.	0,5	0,5	0,5	0,9	0,9
Umsatz ²	Anteil in %	.	.	.	1,5	1,4	1,5	2,4	2,4
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen									
Unternehmen ¹	Anteil in %	.	.	.	11,9	11,8	11,7	14,1	14,1
SV-Beschäftigte ¹	Anteil in %	.	.	.	4,3	4,5	4,5	6,1	6,2
Umsatz ²	Anteil in %	.	.	.	3,2	3,1	3,1	3,8	3,9
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (z. B. Reisebüros, Gebäudebetreuung)									
Unternehmen ¹	Anteil in %	.	.	.	4,7	5,0	5,0	5,6	5,7
SV-Beschäftigte ¹	Anteil in %	.	.	.	6,1	5,5	5,6	7,5	7,5
Umsatz ²	Anteil in %	.	.	.	1,7	1,7	1,7	2,4	2,3
1 Unternehmensregister. – 2 Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen).									

noch:
T 1

Ausgewählte Kennzahlen zu den Dienstleistungen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1990–2013

Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz						Deutschland	
		1990	2000	2005	2010	2012	2013	2012	2013
Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen									
Beschäftigte insgesamt ¹	2009=100	.	.	.	102,6	107,1	108,0	104,6	105,6
Umsatz ²	2009=100	.	89,3	88,9	102,7	112,5	112,5	105,3	105,2
Großhandel									
Beschäftigte insgesamt ¹	2009=100	.	.	.	103,8	109,0	110,2	104,7	104,3
Umsatz ²	2009=100	.	84,2	92,1	101,5	112,4	110,8	127,8	129,3
Einzelhandel									
Beschäftigte insgesamt ¹	2009=100	.	.	.	97,9	99,3	98,7	105,5	107,3
Umsatz ²	2009=100	.	94,0	87,5	103,3	111,9	113,2	111,3	113,4
Gastgewerbe									
Beschäftigte insgesamt ¹	2009=100	.	.	.	102,0	107,1	108,0	109,7	111,3
Umsatz ²	2009=100	.	95,2	95,1	103,4	110,8	112,9	116,6	120,0
Verkehr und Lagerei									
Beschäftigte insgesamt ¹	2009=100	.	.	.	104,6	115,0	117,4	108,7	110,7
Umsatz ²	2009=100	.	.	.	98,7	104,8	104,5	110,1	108,3
Information und Kommunikation									
Beschäftigte insgesamt ¹	2009=100	.	.	.	105,2	112,5	111,9	105,8	108,3
Umsatz ²	2009=100	.	.	.	100,2	111,9	113,4	104,3	105,0
Grundstücks- und Wohnungswesen									
Beschäftigte insgesamt ¹	2009=100	.	.	.	92,9	95,6	101,7	103,9	106,8
Umsatz ²	2009=100	.	.	.	100,3	103,0	111,2	93,8	95,3
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen									
Beschäftigte insgesamt ¹	2009=100	.	.	.	103,3	111,2	112,2	112,0	115,8
Umsatz ²	2009=100	.	.	.	117,7	125,7	124,6	108,5	109,8
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (z. B. Reisebüros, Gebäudebetreuung)									
Beschäftigte insgesamt ¹	2009=100	.	.	.	124,3	116,2	118,9	123,7	125,7
Umsatz ²	2009=100	.	.	.	111,0	124,9	123,5	117,3	116,7

1 Unternehmensregister. – 2 Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen).

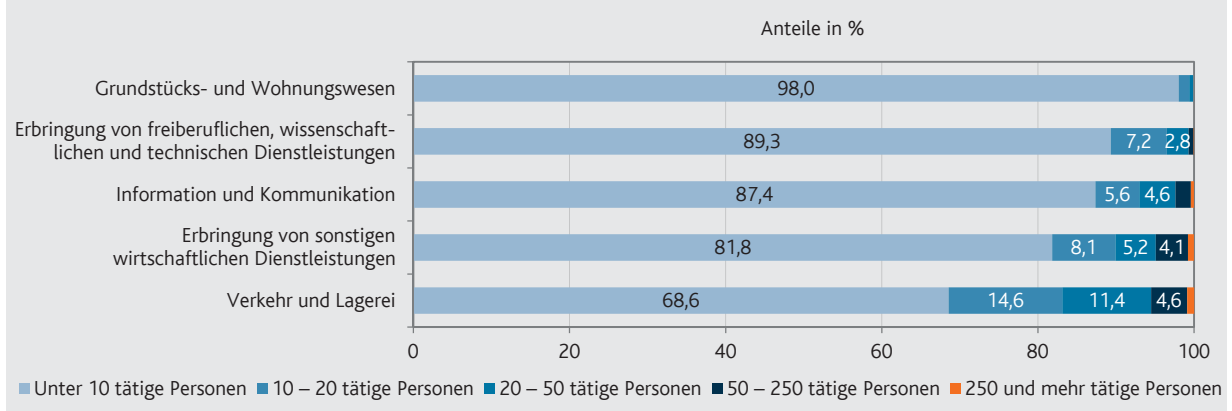
T 2

Bruttowertschöpfung in ausgewählten Dienstleistungsbereichen 2008–2013

Dienstleistungsbereich	2008	2009	2010	2012	2013			
					insgesamt	Anteil an Deutschland	Veränderung zu	
							2008	2012
	1 000 EUR				%			
Verkehr und Lagerei	3 854 702	3 328 854	3 683 389	3 928 940	3 656 792	3,8	-5,1	-6,9
Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	2 681 464	2 389 336	2 646 915	2 910 861	2 477 617	6,7	-7,6	-14,9
Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	890 034	740 679	835 463	829 746	981 782	2,6	10,3	18,3
Post-, Kurier- und Expressdienste	123 292	111 841	134 007	156 066	136 890	1,1	11,0	-12,3
Information und Kommunikation	3 997 164	3 983 200	3 438 955	4 063 057	4 343 941	4,0	8,7	6,9
Rundfunkveranstalter	1 753 388	1 712 662	1 574 907	1 558 141
Telekommunikation	373 384	407 713	117 906	379 913
Informationstechnologie	1 203 163	1 354 917	1 186 722	1 677 392	1 741 976	3,4	44,8	3,9
Grundstücks- und Wohnungswesen	2 152 273	1 808 850	2 021 647	1 577 622	1 953 110	2,8	-9,3	23,8
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	3 578 289	3 367 507	3 466 728	4 266 766	4 511 367	3,3	26,1	5,7
Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	965 257	953 180	959 486	1 036 039	1 089 277	3,1	12,8	5,1
Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung	734 293	666 476	757 516	877 565	974 864	2,9	32,8	11,1
Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	1 125 061	1 066 539	1 048 792	1 321 712	1 361 111	3,5	21,0	3,0
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	2 908 017	2 545 958	2 996 768	2 761 990	2 894 488	3,1	-0,5	4,8
Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	895 441	666 748	879 454	931 957	897 476	3,3	0,2	-3,7
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a.n.g.	864 453	699 675	762 679	505 960	504 042	2,8	-41,7	-0,4

G 2

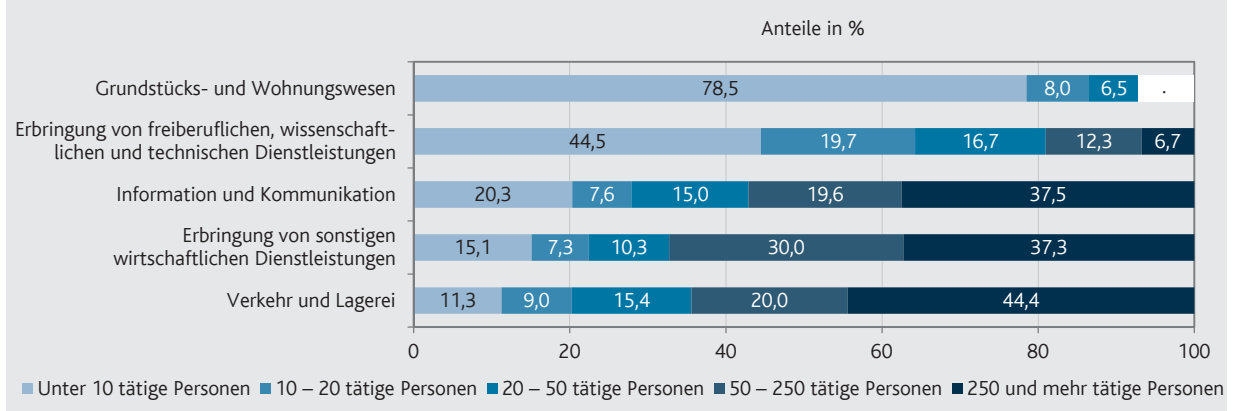
Unternehmen in ausgewählten Dienstleistungsbereichen 2013 nach Beschäftigtengrößenklassen



T 3 Tätige Personen in ausgewählten Dienstleistungsbereichen 2008–2013

Dienstleistungsbereich	2008	2009	2010	2012	2013			
					insgesamt	Anteil an Deutschland	Veränderung zu	
							2008	2012
	Anzahl					%		
Verkehr und Lagerei	79 938	80 667	83 811	86 304	84 314	4,1	5,5	-2,3
Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	52 012	52 429	52 391	53 228	53 157	6,3	2,2	-0,1
Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	15 238	15 426	16 589	15 863	16 944	2,7	11,2	6,8
Post-, Kurier- und Expressdienste	11 532	11 971	13 890	16 249	13 490	2,7	17,0	-17,0
Information und Kommunikation	34 266	34 134	34 914	35 297	37 588	3,4	9,7	6,5
Rundfunkveranstalter	5 228	5 182	5 129	4 814
Telekommunikation	2 596	2 787	2 984	3 722
Informationstechnologie	14 922	14 391	15 252	17 932	18 924	3,1	26,8	5,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	41 817	37 028	19 523	14 969	16 996	3,3	-59,4	13,5
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	63 149	65 537	67 459	73 130	74 959	3,4	18,7	2,5
Rechts- und Steuerberatung,Wirtschaftsprüfung	23 010	23 815	23 851	24 042	24 521	3,9	6,6	2,0
Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung	9 234	10 055	10 623	12 137	12 788	3,1	38,5	5,4
Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	18 074	17 890	18 529	21 686	21 995	3,7	21,7	1,4
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	94 481	89 546	101 761	95 457	95 193	3,2	0,8	-0,3
Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	43 299	38 089	47 133	38 773	36 478	3,9	-15,8	-5,9
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g.	12 395	11 347	12 067	13 860	12 794	2,7	3,2	-7,7

G 3 Tätige Personen in ausgewählten Dienstleistungsbereichen 2013 nach Beschäftigtengrößenklassen



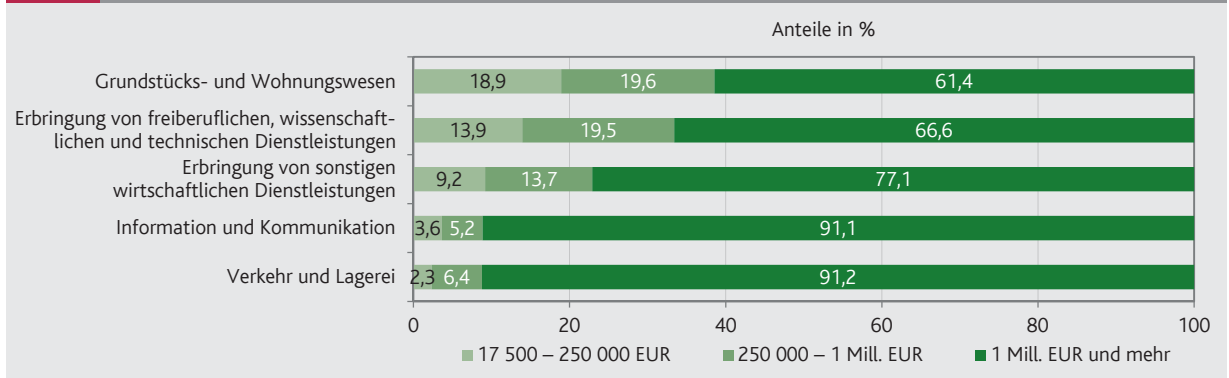
T 4

Umsatz, Aufwendungen, Bruttoentgelte, Betriebsüberschuss und Bruttoanlageinvestitionen in ausgewählten Dienstleistungsbereichen 2013

Dienstleistungsbereich	Umsatz		Aufwendungen				Brutto- entgelte	Betriebs- über- schuss	Brutto- anlage- inves- titionen
	ins- gesamt	je tätige Person	ins- gesamt	Anteil am Umsatz					
				zu- sammen	Personal- aufwand	Material- aufwand			
	1 000 EUR		%			1 000 EUR			
Verkehr und Lagerei	8 964 709	106,3	7 635 583	85,2	26,0	59,2	1 911 009	1 325 122	522 151
Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	6 239 583	117,4	5 478 657	87,8	27,8	60,0	1 425 658	741 891	414 152
Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	2 324 519	137,2	1 828 010	78,6	21,3	57,3	405 572	486 279	99 833
Post-, Kurier- und Expressdienste	238 773	17,7	181 205	75,9	33,8	42,1	63 733	56 270	5 175
Information und Kommunikation	6 389 331	170,0	3 835 502	60,0	27,3	32,7	1 374 692	2 598 701	219 343
Rundfunkveranstalter
Telekommunikation
Informationstechnologie	2 483 606	131,2	1 545 240	62,2	32,8	29,4	700 876	926 805	95 522
Grundstücks- und Wohnungswesen	2 762 919	162,6	933 284	33,8	6,5	27,3	144 230	1 774 174	352 890
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	7 312 400	97,6	4 716 555	64,5	27,0	37,5	1 628 463	2 538 091	284 983
Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	1 391 588	56,8	779 779	56,0	34,9	21,1	394 662	603 559	31 263
Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung	1 581 117	123,6	961 931	60,8	24,9	36,0	327 449	581 425	68 902
Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	2 401 656	109,2	1 716 353	71,5	28,7	42,8	575 832	671 550	86 823
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	4 476 061	47,0	3 193 461	71,3	36,1	35,3	1 317 807	1 279 825	219 211
Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	1 082 385	29,7	923 352	85,3	69,0	16,3	610 981	150 448	6 293
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a.n.g.	1 007 654	78,8	742 464	73,7	24,2	49,5	200 362	260 581	31 444

G 4

Umsatz in ausgewählten Dienstleistungsbereichen 2013 nach Umsatzgrößenklassen



Datenquellen

Statistik	Tabelle	Grafik	Karten	Übersicht
Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich	T 2 bis T 4	G 2 bis G 4	-	-
Umsatzsteuerstatistik	T 1	-	-	-
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	-	G 1	-	-
Unternehmensregister	T 1	-	-	-

Statistiken

Die jährliche **Strukturstatistik im Dienstleistungsbereich** ermöglicht Aussagen über Entwicklungen und strukturelle Veränderungen. Die Ergebnisse der Dienstleistungsstatistik werden von den Landesregierungen und der Bundesregierung als Entscheidungshilfe bei wirtschafts- und strukturpolitischen Maßnahmen, aber auch von den Unternehmen und Verbänden, benötigt. Die Ergebnisse dienen u. a. für Berechnungen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und als Liefermerkmale der Bundesrepublik Deutschland zur Erfüllung der Anforderungen der Europäischen Gemeinschaft zur Berichterstattung im Dienstleistungsbereich.

Die **Konjunkturstatistik im Dienstleistungsbereich** bildet kurzfristige wirtschaftliche Entwicklungen anhand der Konjunkturindikatoren Umsatz und tätige Personen vierteljährlich ab. Erfasst werden die Wirtschaftsabschnitte Verkehr und Lagerei, Information und Kommunikation, Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen.

Die für die Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich auskunftspflichtigen Erhebungseinheiten werden durch eine dreifach geschich-

tete Zufallsstichprobe ermittelt. Die Stichprobe umfasst gemäß Dienstleistungsstatistikgesetz bundesweit höchstens 15 Prozent aller Einheiten der Auswahlgesamtheit. Zur Festlegung der Auswahlgesamtheit dient das bei den Statistischen Ämtern der Länder und des Bundes geführte Unternehmensregister, in dem Informationen (z. B. steuerbarer Umsatz und Wirtschaftszweig) zu Unternehmen mit mehr als 17 500 Euro Jahresumsatz enthalten sind. Damit gehen Unternehmen und Einrichtungen mit einem Jahresumsatz von 17 500 Euro und weniger nicht in die Auswahlgesamtheit ein und werden auch in den Ergebnissen dieser Statistik nicht nachgewiesen.

Unternehmen oder Einrichtungen mit einem Umsatz von unter 250 000 Euro haben nur einen deutlich reduzierten Fragenkatalog zu beantworten, um die Belastung der Auskunftspflichtigen so gering wie möglich zu halten. Aus diesem Grund liegen detaillierte Angaben zu tätigen Personen, den Aufwendungen sowie Investitionen und Beständen nur für Unternehmen oberhalb dieser Umsatzgrenze vor.

Glossar

Bestände

Zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand erworbene Waren und Dienstleistungen, Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, selbst erstellte fertige und unfertige Erzeugnisse, in Arbeit befindliche Aufträge sowie geleistete Anzahlungen auf Gegenstände des Vorratsvermögens. Anschaffungsnebenkosten (Transportkosten, Zölle) werden einbezogen.

Betriebliche Steuern und sonstige öffentliche Abgaben

Steuern, die vom Staat oder den Institutionen der Europäischen Union ohne Gegenleistung im Zusammenhang mit der Beschaffung und Einfuhr von Waren und Erbringung von Dienstleistungen, der Beschäftigung von Arbeitnehmern, dem Eigentum an bzw. der Nutzung von Grund und Boden, Gebäuden oder sonstigen im Geschäftsprozess verwendeten Vermögensgegenständen erhoben werden. Hierzu gehören insbesondere Gewerbesteuer, Kraftfahrzeugsteuer, Grundsteuer

sowie auf selbst erstellte Waren erhobene Verbrauchsteuern und -abgaben. Zu den sonstigen öffentlichen Abgaben zählen öffentliche Gebühren und Beiträge, die für bestimmte Leistungen des Staates bezahlt werden. Nicht angegeben werden Umsatzsteuer, Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie Verbrauchsteuern und Zölle.

Bruttoanlageinvestitionen

Güter, die der Erhaltung, Verbesserung und Erweiterung der (Produktions-)Ausstattung von Unternehmen dienen. Die Investitionen werden „brutto“ ohne abzugsfähige Vorsteuer (Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer), ohne Umbuchung und Berücksichtigung von Erlösen aus Abgängen angegeben. Die erworbenen Güter werden zu Anschaffungskosten und die selbsterstellten Sachanlagen zu Herstellungskosten bewertet, ohne Abzug von Abschreibungen oder sonstigen Wertberichtigungen.

Metadaten

Bruttobetriebsüberschuss

Bruttowertschöpfung abzüglich Personalaufwendungen.

Bruttoentgelte

An die abhängig Beschäftigten geleisteten Bruttoszahlen (Bar- und Sachbezüge), einschließlich aller Zuschläge, Prämien, Zulagen usw., jedoch ohne Arbeitgeberanteile zur gesetzlichen Sozialversicherung. Nicht einbezogen werden die Entgelte für tätige (Mit)Inhaber/-innen sowie mithelfende Familienangehörige, die mit dem betreffenden Unternehmen oder der Einrichtung in keinem vertraglichen Lohn-, Gehalts- oder Ausbildungsverhältnis stehen, sowie der kalkulatorische Unternehmerlohn.

Bruttowertschöpfung

Sie umfasst den im Produktionsprozess geschaffenen Mehrwert und ergibt sich als Differenz zwischen den Produktionswerten und den Vorleistungen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Die Bruttowertschöpfung ist zu Herstellungspreisen bewertet, beinhaltet also die empfangenen Gütersubventionen, nicht jedoch die zu zahlenden Gütersteuern. Die Aufsummierung der Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche ergibt die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung.

Sonstige betriebliche Erträge

Umsatzerlöse oder Einnahmen aus nicht betriebstypischen Nebengeschäften des Unternehmens oder der Einrichtung, wie z. B. Patent- und Lizenzentnahmen oder Kantineerlöse sowie Einnahmen aus Mieten, Pachten und Leasing, sofern es sich bei diesen nicht um Einnahmen im Sinne des Geschäftsgegenstandes handelt (z. B. bei Vermietungs- bzw. Leasinggesellschaften). Nicht einbezogen werden Subventionen, außerordentliche und betriebsfremde Erträge sowie Zins- und ähnliche Erträge (z. B. Kursgewinne, Dividenden, Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen oder aus dem Verkauf von Gegenständen des Anlagevermögens).

Subventionen

Finanzielle Zuwendungen, die Bund, Länder und Gemeinden oder Einrichtungen der Europäischen Union ohne Gegenleistung an das Unternehmen oder die Einrichtung für Forschungs- und

Entwicklungsvorhaben oder für die laufende Geschäftstätigkeit gewähren, um

- die Herstellungskosten zu verringern und/oder
- die Verkaufspreise der Dienstleistungen bzw. Erzeugnisse zu senken und/oder
- eine hinreichende Entlohnung der Produktionsfaktoren zu ermöglichen.

Hierzu zählen auch Zinszuschüsse, Frachthilfen und Lohnkostenzuschüsse sowie Subventionen zur Verringerung der Umweltverschmutzung.

Tätige Personen

Tätige (Mit)Inhaber/-innen und unbezahlt mithelfende Familienangehörige sowie alle voll- und teilzeitbeschäftigten Angestellten, Arbeiter/-innen, Beamte/-innen, Auszubildenden, Studierende, Praktikanten/-innen sowie Volontäre/-innen, die am 30. September des Berichtsjahres in einem Arbeitsverhältnis zum Unternehmen oder zur Einrichtung standen. Zu den tätigen Personen zählen auch vorübergehend abwesende Personen (z. B. Erkrankte, Urlauber, Frauen im Mutterschutz, Personen in Elternzeit mit einer Dauer von weniger als einem Jahr) sowie Personen in Altersteilzeit und im Außendienst. Nicht einbezogen werden im Ausland beschäftigte Personen. Ebenfalls nicht einbezogen werden Arbeitskräfte, die von anderen Unternehmen gegen Entgelt zur Arbeitsleistung überlassen wurden (Leiharbeiter/-innen), freie Mitarbeiter/-innen sowie Personen, die ein Jahr oder länger in Elternzeit sind.

Umsatz oder Einnahmen aus selbstständiger Tätigkeit

Gesamtbetrag (ohne Umsatzsteuer) der abgerechneten Lieferungen und sonstigen Leistungen (auch Eigenverbrauch), einschließlich der Handelsumsätze aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, unabhängig vom Zahlungseingang. Hierzu zählen auch Provisionen aus Vermittlungs- und Kommissionsgeschäften. Mit einbezogen werden in Rechnung gestellte Nebenkosten, wie beispielsweise Reisekosten, Spesen, Fracht, Porto- und Verpackungskosten, sowie der umsatzsteuerfreie Umsatz nach § 4 Umsatzsteuergesetz (UStG). Erlösschmälerungen, wie Preisnachlässe, Rabatte und Skonti, werden abgesetzt.

Internet

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/dienstleistungen

Pressemitteilungen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/dienstleistungen/pressemitteilungen

Statistische Berichte

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/dienstleistungen/statistische-berichte



26. Unternehmen



Inhaltsverzeichnis

Tabellen

T 1: Ausgewählte Kennzahlen zu Unternehmen, Gewerbeanzeigen und Insolvenzen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1991–2014	696
T 2: Unternehmen 2013 nach Bundesländern	697
T 3: Gewerbeanzeigen 2014 nach Bundesländern	698
T 4: Unternehmensinsolvenzen 2014 nach Bundesländern	699
T 5: Unternehmen 2008–2013 nach Wirtschaftszweigen	700
T 6: Unternehmen 2013 nach Wirtschaftszweigen und Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	701
T 7: Gewerbeanmeldungen 2014 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen	702
T 8: Gewerbeabmeldungen 2014 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen	704
T 9: Insolvenzverfahren 2004–2014	705
T 10: Insolvenzen 2005–2014 nach Art des Schuldners und Höhe der voraussichtlichen Forderungen	706
T 11: Insolvenzen 2014 nach Art des Schuldners und der Höhe der voraussichtlichen Forderungen	707
T 12: Unternehmen 2013 nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen und Verwaltungsbezirken	708
T 13: Gewerbeanmeldungen 2014 nach Verwaltungsbezirken	710
T 14: Gewerbeabmeldungen 2014 nach Verwaltungsbezirken	712
T 15: Unternehmensinsolvenzen 2014 nach Höhe der voraussichtlichen Forderungen und Verwaltungsbezirken	714

Grafiken

G 1: Unternehmensinsolvenzen 2010 und 2014 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen	695
G 2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte von rheinland-pfälzischen Mehrländerunternehmen in anderen Bundesländern 2013 nach Bundesländern	697
G 3: Betriebsgründungen 2014 nach Bundesländern	698
G 4: Unternehmensinsolvenzen 2014 nach Bundesländern	699
G 5: Unternehmen 2008 und 2013 nach Wirtschaftszweigen	700
G 6: Unternehmen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2013 nach Wirtschaftszweigen	701
G 7: Betriebsgründungen und sonstige Neugründungen 2014 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen	703
G 8: Voraussichtliche Forderungen und betroffene Beschäftigte aus den Unternehmensinsolvenzen 2004–2014	705

Übersichten

Ü 1: Gewerbeanmeldungen und Gewerbeabmeldungen	717
--	-----

Karten

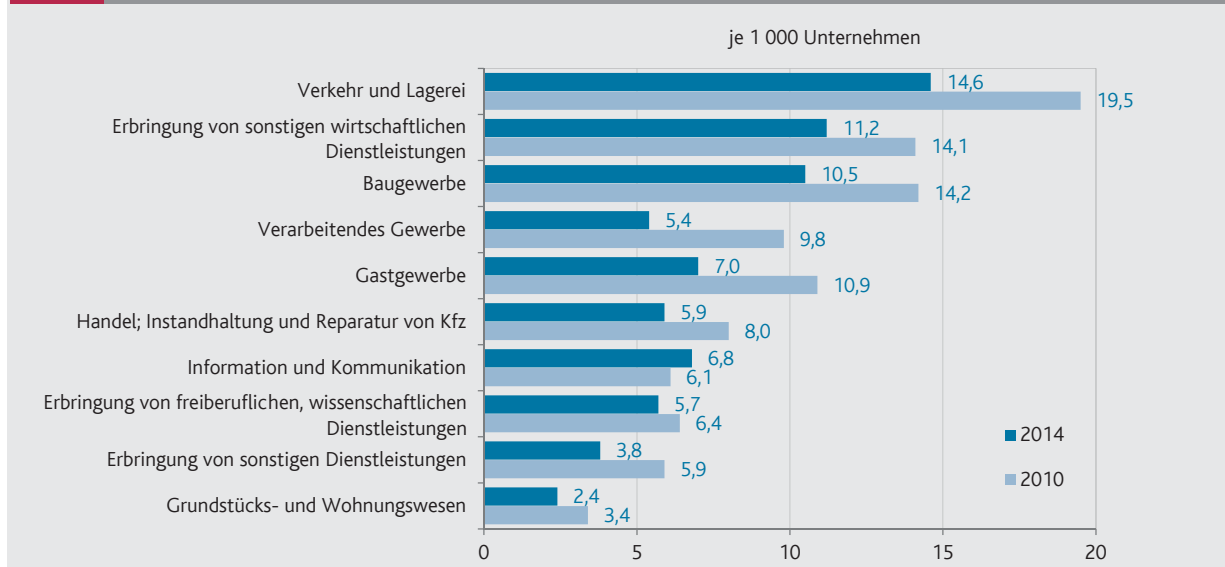
K 1: Unternehmensdichte 2013 nach Verwaltungsbezirken	709
K 2: Gewerbeanmeldungen 2014 nach Verwaltungsbezirken	711
K 3: Gewerbeabmeldungen 2014 nach Verwaltungsbezirken	713
K 4: Unternehmensinsolvenzen 2014 nach Verwaltungsbezirken	715

Metadaten

Datenquellen	716
Statistiken	716
Glossar	718
Internet	720

- Insgesamt gab es 2014 in Rheinland-Pfalz 169 300 Unternehmen, das waren 1,8 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 0,9 Prozent auf 1,17 Millionen.
- Mehr als die Hälfte aller Unternehmen werden ausschließlich vom Inhaber bzw. der Inhaberin geführt.
- Mehr als ein Viertel aller Beschäftigten arbeitete im Verarbeitenden Gewerbe (26 Prozent).
- In Betrieben in anderen Bundesländern beschäftigen rheinland-pfälzische Unternehmen rund 161 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon allein in Nordrhein-Westfalen 31 000.
- Die rheinland-pfälzischen Gewerbeämter verzeichneten 2014 weniger Gewerbeanmeldungen (–2,9 Prozent), aber auch weniger Abmeldungen (–3,6 Prozent).
- Im Jahr 2014 waren 971 rheinland-pfälzische Unternehmen von Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit betroffen. Das war der niedrigste Stand seit 2000.
- Die Insolvenzhäufigkeit, also die Zahl der Insolvenzfälle je 10 000 umsatzsteuervoranmeldungspflichtige Unternehmen, lag im Jahr 2014 in Rheinland-Pfalz mit 63 deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (74).

G 1 Unternehmensinsolvenzen 2010 und 2014 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



T 1

Ausgewählte Kennzahlen zu Unternehmen, Gewerbeanzeigen und Insolvenzen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1991–2014

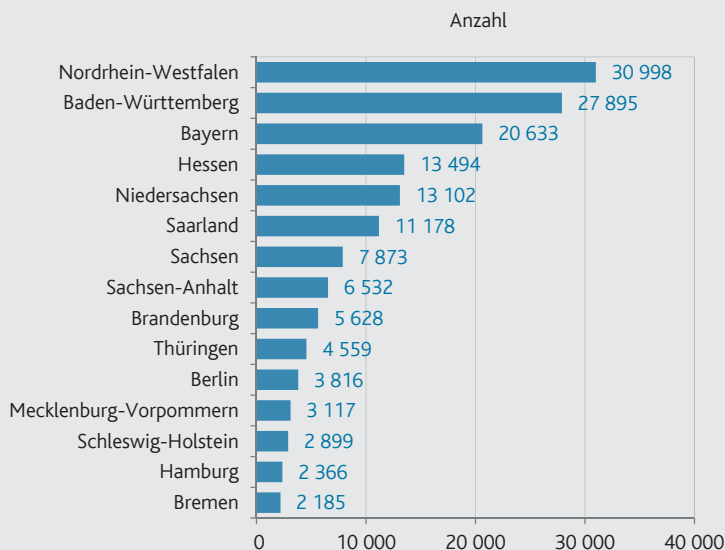
Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz						Deutschland	
		1991	2000	2005	2010	2013	2014	2013	2014
Unternehmen	Anzahl	.	.	.	178 233	169 272	...	3 629 666	...
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	.	.	.	44,5	42,4	...	44,9	...
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	Mill.	.	.	.	1,12	1,17	...	27,25	...
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	.	.	.	279,0	292,6	...	337,4	...
Gewerbeanzeigen									
Anmeldungen	Anzahl	26 915	37 795	43 558	41 205	36 206	35 153	755 048	722 285
Neugründungen	Anzahl	.	.	36 645	34 928	29 758	28 625	615 596	585 656
Betriebsgründungen	Anzahl	.	9 137	7 853	5 949	5 702	5 588	128 675	123 978
je 10 000 Einwohner/-innen	Anzahl	.	22,6	19,3	14,9	14,3	14,0	16,0	15,3
sonstige Neugründungen	Anzahl	.	.	28 792	28 979	24 056	23 037	486 921	461 678
Anteil der Frauen	%	.	.	31,6	31,3	32,3	32,5	29,7	30,3
Abmeldungen	Anzahl	16 377	31 831	34 593	35 202	35 825	34 549	696 335	693 485
vollständige Aufgaben	Anzahl	.	.	27 456	29 086	29 752	28 505	558 008	556 677
Betriebsaufgaben	Anzahl	.	5 500	5 788	5 457	5 427	4 971	115 957	111 152
je 10 000 Einwohner/-innen	Anzahl	.	13,6	14,3	13,6	13,6	12,4	14,4	13,8
sonstige Stilllegungen	Anzahl	.	.	21 668	23 629	24 325	23 534	442 051	445 525
Anteil der Frauen	%	.	.	31,8	32,6	32,3	32,3	30,5	30,3
Saldo der Betriebsgründungen und -aufgaben	Anzahl	.	3 637	2 065	492	275	617	12 718	12 826
Insolvenzen									
Unternehmensinsolvenzverfahren	Anzahl	.	1 087	1 659	1 356	1 085	971	25 995	24 085
je 1 000 Umsatzsteuerpflichtige	Anzahl	.	7,3	11,0	8,8	6,9	6,3	8,0	7,4
betroffene Beschäftigte	Anzahl	.	5 056	6 998	5 253	5 205	4 486	173 541	126 681
voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	.	565,3	785,1	1 171,6	596,3	617,1	28 061,2	25 221,8
Übrige Schuldner									
Verfahren	Anzahl	.	649	4 914	6 680	5 721	5 321	115 337	110 786
Anteil der Verbraucherinsolvenzen	%	.	71,8	64,4	75,5	74,2	72,1	79,1	77,9
je 10 000 Einwohner/-innen	Anzahl	.	1,2	7,8	12,6	10,6	13,3	14,3	13,7
voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	.	88,6	606,4	641,9	492,2	539,7	9 762,5	10 098,3
je Verfahren	1 000 EUR	.	136,6	123,4	96,1	86,0	101,4	84,6	91,2

T 2 Unternehmen 2013 nach Bundesländern

Bundesland	Unternehmen			Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte				
	insgesamt	Veränderung zu 2012	Anteil an Deutschland insgesamt	insgesamt	Veränderung zu 2012	Anteil an Deutschland insgesamt	je Unternehmen	
							insgesamt	Veränderung zu 2012
	Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%
Baden-Württemberg	492 756	-0,3	13,6	3 982 772	1,8	14,6	8	1,8
Bayern	650 580	-1,7	17,9	4 652 742	1,8	17,1	7	1,8
Berlin	170 513	0,9	4,7	1 176 188	2,8	4,3	7	2,8
Brandenburg	99 482	-1,0	2,7	563 776	0,2	2,1	6	0,2
Bremen	27 436	1,6	0,8	275 922	2,5	1,0	10	2,5
Hamburg	105 995	0,2	2,9	891 839	1,6	3,3	8	1,6
Hessen	284 248	-1,3	7,8	2 345 305	0,8	8,6	8	0,8
Mecklenburg-Vorpommern	66 319	-3,5	1,8	394 332	-0,2	1,4	6	-0,2
Niedersachsen	304 178	-1,4	8,4	2 368 691	1,1	8,7	8	1,1
Nordrhein-Westfalen	750 843	-0,5	20,7	6 168 676	0,9	22,6	8	0,9
Rheinland-Pfalz	169 272	-1,8	4,7	1 168 454	0,9	4,3	7	0,9
Saarland	39 754	-1,4	1,1	293 046	0,2	1,1	7	0,2
Sachsen	172 587	-1,1	4,8	1 086 805	1,7	4,0	6	1,7
Sachsen-Anhalt	79 734	-0,7	2,2	548 434	0,1	2,0	7	0,1
Schleswig-Holstein	128 135	-0,5	3,5	773 428	1,1	2,8	6	1,1
Thüringen	87 834	-1,6	2,4	558 969	0,2	2,1	6	0,2
Deutschland	3 629 666	7,9	100	27 249 379	1,3	100	8	1,3

G 2

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte von rheinland-pfälzischen Mehrländerunternehmen in anderen Bundesländern 2013 nach Bundesländern



Große rheinland-pfälzische Unternehmen haben auch in anderen Bundesländern Betriebe. Dort wurden 2013 knapp 161 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

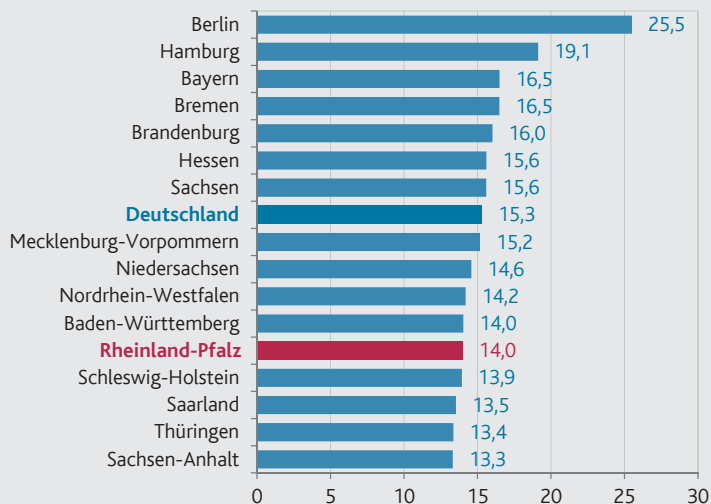
Die meisten Beschäftigten dieser sogenannten Mehrländerunternehmen waren in den Nachbarländern Nordrhein-Westfalen (19 Prozent), Baden-Württemberg (17 Prozent) sowie in Bayern (13 Prozent) tätig.

T 3 Gewerbeanzeigen 2014 nach Bundesländern

Bundesland	Anmeldungen					Abmeldungen				
	ins-gesamt	Veränderung zu 2013	Anteil an Deutschland	darunter		ins-gesamt	Veränderung zu 2013	Anteil an Deutschland	darunter	
				Betriebsgründungen	sonstige Neugründungen				Betriebsaufgaben	sonstige Stilllegungen
	Anzahl			%		Anzahl			%	
Baden-Württemberg	92 014	-5,0	12,2	16,2	60,7	88 815	-2,3	12,8	13,2	62,9
Bayern	125 730	-3,3	16,7	3,9	61,6	112 958	1,5	17,8	15,3	59,9
Berlin	44 924	-2,8	6,0	19,4	72,4	35 251	1,4	5,1	18,8	70,4
Brandenburg	18 015	-1,7	2,4	21,8	55,8	18 062	0,2	2,6	20,8	59,9
Bremen	5 740	-7,5	0,8	18,9	67,7	5 111	7,2	0,7	17,1	70,0
Hamburg	20 264	-10,9	2,7	16,5	70,2	18 219	1,4	2,6	12,5	72,8
Hessen	63 569	-11,3	8,4	14,8	65,7	66 449	-2,8	9,6	13,9	67,1
Mecklenburg-Vorpommern	10 833	-6,4	1,4	22,3	58,1	11 240	-10,3	1,6	22,4	59,7
Niedersachsen	61 661	-2,9	8,2	18,4	61,4	57 544	-1,3	8,3	18,1	61,0
Nordrhein-Westfalen	154 497	-2,8	20,5	2,7	67,3	151 245	0,4	21,7	15,4	67,0
Rheinland-Pfalz	35 153	-2,9	4,9	15,9	65,5	34 549	-3,6	5,0	14,4	68,1
Saarland	7 107	-2,2	0,9	18,9	63,6	6 932	-5,1	0,1	17,9	64,8
Sachsen	30 073	-3,0	4,0	21,0	60,0	30 677	-1,2	4,4	20,2	60,7
Sachsen-Anhalt	12 513	-1,4	1,7	23,9	59,6	14 017	-0,1	2,0	25,3	60,0
Schleswig-Holstein	27 426	-1,1	3,6	14,3	63,7	27 402	9,3	3,9	14,7	64,9
Thüringen	12 766	-9,1	1,7	22,6	57,4	15 014	-2,4	2,2	22,0	58,8
Deutschland	722 285	-4,3	100	17,2	63,9	693 485	-0,4	100	16,0	64,2

G 3 Betriebsgründungen 2014 nach Bundesländern

je 10 000 Einwohner/-innen



In Rheinland-Pfalz gab es 2014 knapp 5 600 Betriebsgründungen. Darunter werden Gründungen von Betrieben mit einer erwarteten größeren wirtschaftlichen Bedeutung verstanden. Sie kann durch eine juristische Person, eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit (Personengesellschaft) oder eine natürliche Person erfolgen. Bei einer natürlichen Person, die eine Hauptniederlassung anmeldet, ist Voraussetzung, dass sie entweder in das Handelsregister eingetragen ist oder aber eine Handwerkskarte besitzt oder mindestens einen Beschäftigten hat.

Bezogen auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner wurden 14 Betriebe gegründet. Dies bedeutet im Ländervergleich Rang 13.

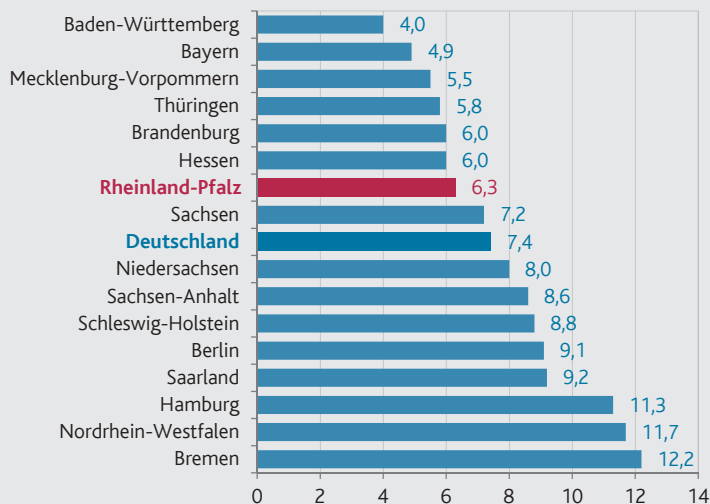
T 4 Unternehmensinsolvenzen 2014 nach Bundesländern

Bundesland	Insgesamt				Eröffnete Verfahren	Mangels Masse abgewiesen	Voraussichtliche Forderungen
	Anzahl	je 1 000 Umsatzsteuerpflichtige ¹	Veränderung zu 2013	Anteil an Deutschland			
			%		Anzahl		Mill. EUR
Baden-Württemberg	1 796	4,0	-11,0	7,5	1 256	540	2 871,2
Bayern	2 947	4,9	-2,4	12,2	2 174	773	3 065,3
Berlin	1 305	9,1	2,1	5,4	817	488	689,7
Brandenburg	544	6,0	-6,8	2,3	440	104	282,6
Bremen	273	12,2	18,2	1,1	198	75	857,3
Hamburg	1 035	11,3	2,6	4,3	870	165	3 580,5
Hessen	1 492	6,0	-10,1	6,2	977	515	929,4
Mecklenburg-Vorpommern	308	5,5	-1,0	1,3	238	70	159,2
Niedersachsen	2 186	8,0	-1,8	9,1	1 559	627	1 987,7
Nordrhein-Westfalen	7 823	11,7	-11,1	32,5	6 031	1 792	4 538,8
Rheinland-Pfalz	971	6,3	-10,5	4,0	678	293	617,1
Saarland	322	9,2	-6,7	1,3	222	100	69,7
Sachsen	1 082	7,2	-13,8	4,5	856	226	3 338,3
Sachsen-Anhalt	573	8,6	-19,1	2,4	434	139	361,1
Schleswig-Holstein	987	8,8	-3,8	4,1	809	178	1 567,8
Thüringen	441	5,8	-0,2	1,8	318	123	306,0
Deutschland	24 085	7,4	-7,3	100	17 877	6 208	25 221,8

1 Unternehmen.

G 4 Unternehmensinsolvenzen 2014 nach Bundesländern

je 1 000 Unternehmen



Die Zahl der Insolvenzen ist 2014 weiter gesunken. Insgesamt 971 Unternehmen stellten einen Insolvenzantrag bei dem jeweils zuständigen Amtsgericht. Das waren 10,5 Prozent weniger als 2013 und der niedrigste Stand seit 2000. In 70 Prozent der Fälle kam es zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens, bei 30 Prozent musste eine Abweisung mangels Masse erfolgen.

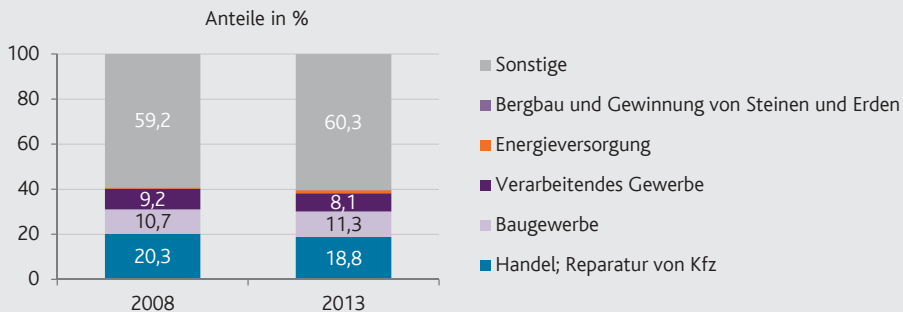
Bezogen auf 1 000 Unternehmen waren 6,3 Unternehmen von Insolvenz betroffen. Nur in sechs Ländern war die Insolvenzhäufigkeit niedriger. Im Bundesdurchschnitt mussten sieben von 1 000 Unternehmen Insolvenz anmelden.

T 5 Unternehmen¹ 2008–2013 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	2008	2009	2010	2012	2013			
					ins- gesamt	Veränderung zu		Anteil an insgesamt
						2008	2012	
					%			
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	175	173	160	148	146	-16,6	-1,4	0,1
Verarbeitendes Gewerbe	16 584	15 810	14 758	14 124	13 676	-17,5	-3,2	8,1
Energieversorgung	853	1 003	1 404	2 342	2 393	180,5	2,2	1,4
Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	867	746	755	691	667	-23,1	-3,5	0,4
Baugewerbe	19 289	19 130	19 205	19 261	19 085	-1,1	-0,9	11,3
Handel; Reparatur von Kraftfahrzeugen	36 390	35 031	34 864	32 611	31 861	-12,4	-2,3	18,8
Verkehr und Lagerei	5 897	5 738	5 782	5 481	5 250	-11,0	-4,2	3,1
Gastgewerbe	16 424	16 085	16 081	14 614	14 440	-12,1	-1,2	8,5
Information und Kommunikation	5 710	5 543	5 677	5 307	5 156	-9,7	-2,8	3,0
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	3 005	2 982	3 094	3 071	2 652	-11,7	-13,6	1,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	16 221	16 321	16 608	16 171	16 159	-0,4	-0,1	9,5
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	20 467	20 601	21 154	20 416	20 139	-1,6	-1,4	11,9
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	7 441	7 821	8 359	8 640	8 662	16,4	0,3	5,1
Erziehung und Unterricht	4 962	4 951	4 944	4 580	4 477	-9,8	-2,2	2,6
Gesundheits- und Sozialwesen	10 725	10 744	10 960	10 885	10 874	1,4	-0,1	6,4
Kunst, Unterhaltung und Erholung	4 463	4 312	4 164	3 993	3 882	-13,0	-2,8	2,3
Sonstige Dienstleistungen	10 097	10 027	10 264	9 960	9 753	-3,4	-2,1	5,8
Insgesamt	179 570	177 018	178 233	172 295	169 272	-5,7	-1,8	100

¹ Unternehmensregister 30.06.2015.

G 5 Unternehmen 2008 und 2013 nach Wirtschaftszweigen



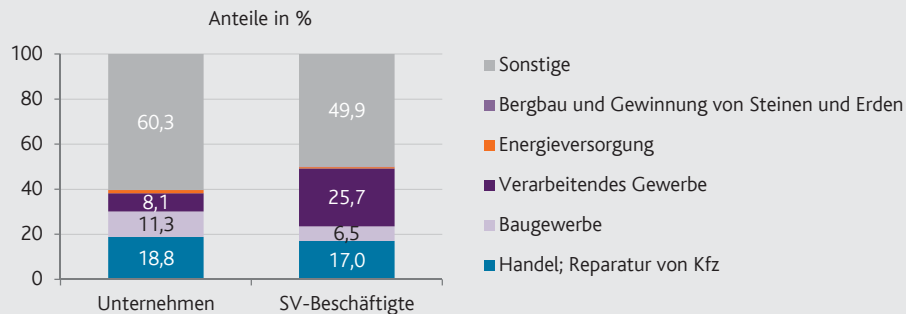
Fast jedes fünfte der insgesamt 169 300 rheinland-pfälzischen Unternehmen war 2013 im Wirtschaftsbereich Handel und Kfz-Reparatur tätig. Zum Baugewerbe gehörten elf Prozent der Unternehmen.

T 6 Unternehmen¹ 2013 nach Wirtschaftszweigen und Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Wirtschaftszweig	Unternehmen							Sozialver- sicherungs- pflichtig Beschäftigte
	ins- gesamt	mit ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigten						
		ohne	1 – 10	10 – 25	25 – 50	50 – 250	250 und mehr	
	Anzahl	Anteile in %						Anzahl
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	146	28,8	41,1	15,8	8,2	4,1	2,1	2 947
Verarbeitendes Gewerbe	13 676	35,9	42,9	11,0	4,1	4,7	1,3	300 764
Energieversorgung	2 393	93,1	4,6	0,8	0,3	0,7	0,5	6 864
Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	667	36,1	36,4	15,9	5,4	5,1	1,0	10 861
Baugewerbe	19 085	40,1	50,4	7,3	1,3	0,8	-	75 876
Handel; Reparatur von Kraftfahrzeugen	31 861	50,8	40,3	6,0	1,7	1,1	0,1	198 463
Verkehr und Lagerei	5 250	39,8	44,3	9,4	3,7	2,6	0,3	58 581
Gastgewerbe	14 440	51,8	43,8	3,1	0,8	0,5	-	33 828
Information und Kommunikation	5 156	63,6	29,1	4,1	1,5	1,4	0,3	32 157
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	2 652	33,9	60,4	1,8	0,8	1,5	1,6	44 858
Grundstücks- und Wohnungswesen	16 159	88,2	11,2	0,5	0,1	-	-	5 652
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	20 139	61,3	33,1	4,3	0,7	0,5	0,1	52 446
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	8 662	52,8	38,4	4,4	2,0	2,1	0,4	64 862
Erziehung und Unterricht	4 477	31,9	43,2	18,9	3,7	1,9	0,4	47 954
Gesundheits- und Sozialwesen	10 874	11,2	71,9	8,9	3,2	3,9	0,9	188 503
Kunst, Unterhaltung und Erholung	3 882	70,2	25,5	2,9	0,8	0,5	0,1	9 545
Sonstige Dienstleistungen	9 753	46,7	48,2	3,3	0,8	0,8	0,1	34 293
Insgesamt	169 272	50,9	40,0	5,7	1,6	1,5	0,3	1 168 454

¹ Unternehmensregister 2015.

G 6 Unternehmen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2013 nach Wirtschaftszweigen



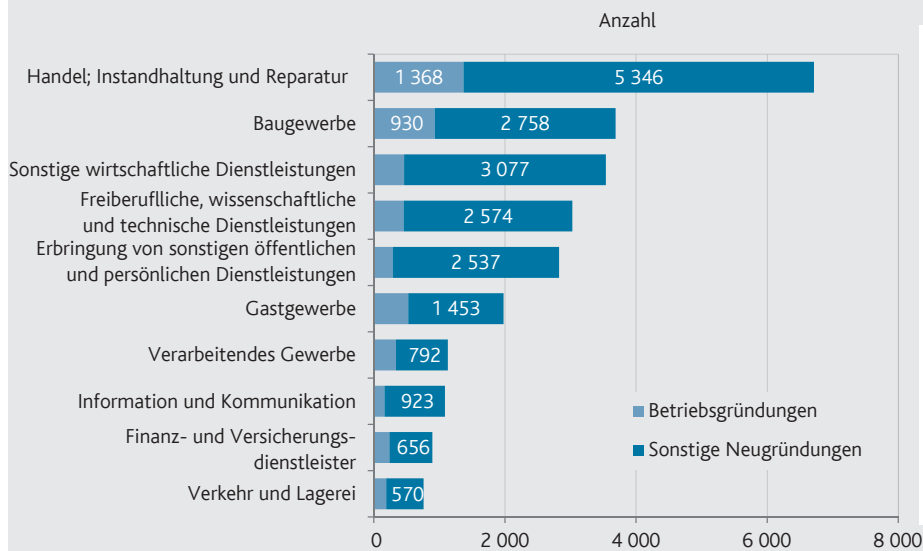
An der Mitarbeiterzahl gemessen gab es die größten Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe. Jeder vierte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte war in diesem Wirtschaftszweig tätig.

T 7 Gewerbeanmeldungen 2014 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Insgesamt			Veränderung zu 2013	Neuerrichtungen			Zuzug	Übernahme
	Anzahl	Anteil an insgesamt in %	je 10 000 Einwohner/ innen		Betriebs- gründung	sonstige Neugründung	Umwand- lung		
				%				Anzahl	
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 430	4,1	3,6	-2,1	343	793	14	178	98
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	12	0,0	0,0	100,0	7	1	-	-	4
darunter: Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	12	0,0	0,0	100,0	7	1	-	-	4
Verarbeitendes Gewerbe	1 418	4,0	3,6	-2,5	336	792	14	178	102
darunter									
Nahrungs- und Futtermittelindustrie	150	0,4	0,4	-10,7	67	49	-	11	23
Getränkeherstellung	30	0,1	0,1	-11,8	10	11	-	3	6
Textilindustrie	128	0,4	0,3	-3,0	7	104	-	15	2
Bekleidungsindustrie	114	0,3	0,3	16,3	13	90	-	10	1
Leder- und Schuhindustrie	16	0,0	0,0	77,8	2	12	-	1	1
Holz-, Korb- und Korkwarenindustrie (ohne Möbel)	43	0,1	0,1	34,4	2	28	-	3	10
Papier- und Pappeindustrie	8	0,0	0,0	14,3	-	5	1	2	-
Druckindustrie; Vervielfältigung von Datenträgern	64	0,2	0,2	-13,5	8	39	-	12	5
Chemische Industrie	19	0,1	0,0	-13,6	8	6	-	4	1
Pharmaindustrie	-	0,0	-	-	-	-	-	-	-
Gummi- und Kunststoffwarenindustrie	23	0,1	0,1	53,3	7	9	3	4	-
Glas- und Keramikindustrie, Verarbeitung von Steinen und Erden	57	0,2	0,1	8,1	20	21	3	8	5
Metallerzeugung und -bearbeitung	2	0,0	0,0	-60,0	1	-	-	-	-
Metallindustrie	218	0,6	0,5	9,5	67	100	2	30	19
Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten u. a.	28	0,1	0,1	12,0	12	7	-	8	1
Herstellung elektrischer Ausrüstungen	14	0,0	0,0	40,0	7	4	-	2	1
Maschinenbau	43	0,1	0,1	-12,2	29	2	1	9	2
Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie	8	0,0	0,0	-46,7	2	2	1	2	1
sonstiger Fahrzeugbau	2	0,0	0,0	-	-	-	1	1	-
Möbelindustrie	17	0,0	0,0	41,7	2	11	-	1	3
Herstellung sonstiger Waren	353	1,0	0,9	5,1	46	252	2	40	13
Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	78	0,2	0,2	-46,9	24	40	-	11	3

G 7

Betriebsgründungen und sonstige Neugründungen 2014 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Bei 20 Prozent der Neugründungen handelte es sich um Betriebe, bei denen sich aufgrund der Rechtsform oder voraussichtlichen Beschäftigtenzahl eine größere wirtschaftliche Relevanz vermuten lässt. 80 Prozent aller Neugründungen waren Gründungen von Kleinunternehmen oder Nebenerwerbsbetrieben. Die meisten Neugründungen wurden im Wirtschaftszweig „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“ registriert.

T 8

Gewerbeabmeldungen 2014 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

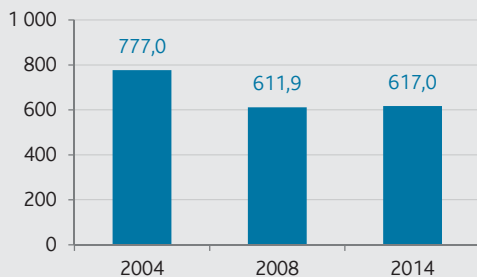
Wirtschaftszweig	Insgesamt			Veränderung zu 2013	Vollständige Aufgaben			Fortzug	Über- gabe
	Anzahl	Anteil an insgesamt in %	je 10 000 Einwohner/ -innen		Betriebs- aufgabe	sonstige Stilllegung	Umwand- lung		
				Anzahl					
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 402	4,1	3,5	-0,1	332	789	13	161	107
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	9	0,0	0,0	-18,2	2	3	1	2	1
darunter: Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	9	0,0	0,0	-18,2	2	3	1	2	1
Verarbeitendes Gewerbe	1 393	4,0	3,5	0,1	330	786	12	159	106
darunter									
Nahrungs- und Futtermittelindustrie	229	0,7	0,6	-1,7	86	114	-	12	17
Getränkeherstellung	26	0,1	0,1	-18,8	5	11	-	4	6
Textilindustrie	70	0,2	0,2	29,6	3	62	-	4	1
Bekleidungsindustrie	99	0,3	0,2	32,0	5	80	-	13	1
Leder- und Schuhindustrie	19	0,1	0,0	-	2	13	2	1	1
Holz-, Korb- und Korkwarenindustrie (ohne Möbel)	37	0,1	0,1	-2,6	7	18	-	3	9
Papier- und Pappeindustrie	3	0,0	0,0	-50,0	-	3	-	-	-
Druckindustrie; Vervielfältigung von Datenträgern	79	0,2	0,2	-19,4	22	40	-	10	7
Chemische Industrie	23	0,1	0,1	4,5	10	9	-	3	1
Pharmaindustrie	1	0,0	0,0	-66,7	1	-	-	-	-
Gummi- und Kunststoffwarenindustrie	16	0,0	0,0	-15,8	7	4	1	2	2
Glas- und Keramikindustrie, Verarbeitung von Steinen und Erden	50	0,1	0,1	-33,3	17	18	2	7	6
Metallerzeugung und -bearbeitung	7	0,0	0,0	133,3	4	2	1	-	-
Metallindustrie	241	0,7	0,6	-2,4	63	124	3	30	21
Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten u. a.	23	0,1	0,1	4,5	6	6	-	10	1
Herstellung elektrischer Ausrüstungen	6	0,0	0,0	-33,3	2	2	-	1	1
Maschinenbau	56	0,2	0,1	9,8	22	13	2	12	7
Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie	10	0,0	0,0	-9,1	3	3	-	3	1
sonstiger Fahrzeugbau	-	0,0	-	-	-	-	-	-	-
Möbelindustrie	26	0,1	0,1	44,4	8	11	-	4	3
Herstellung sonstiger Waren	287	0,8	0,7	23,2	40	199	1	31	16
Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	85	0,2	0,2	-30,3	17	54	-	9	5

T 9 Insolvenzverfahren 2004–2014

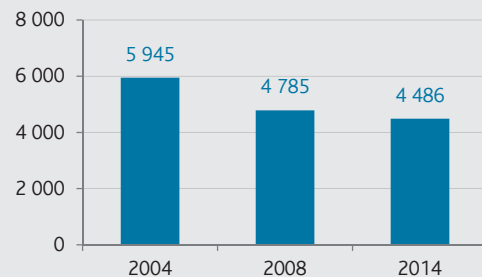
Jahr	Insgesamt	Darunter		Davon			Voraussichtliche Forderungen
		Unternehmen	Verbraucher/ -innen	eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Schuldenbereinigungs- plan der Verbraucher angenommen	
	Anzahl						1 000 EUR
2004	5 476	1 557	2 408	4 416	847	213	1 413 959
2005	6 573	1 659	3 166	5 480	905	188	1 391 548
2006	7 329	1 586	4 032	6 489	656	184	1 577 069
2007	7 379	1 383	4 450	6 622	571	186	1 188 587
2008	7 100	1 279	4 258	6 437	525	138	1 170 623
2009	7 519	1 382	4 482	6 807	562	150	1 789 187
2010	8 036	1 356	5 041	7 241	663	132	1 813 479
2011	7 329	1 225	4 641	6 693	534	102	1 118 682
2012	6 932	1 094	4 518	6 358	490	84	1 726 832
2013	6 806	1 085	4 243	6 169	539	98	1 088 521
2014	6 292	971	3 834	5 664	516	112	1 156 762
	Anteil an insgesamt in %						
2004	100	28,4	44,0	80,6	15,5	3,9	x
2005	100	25,2	48,2	83,4	13,8	2,9	x
2006	100	21,6	55,0	88,5	9,0	2,5	x
2007	100	18,7	60,3	89,7	7,7	2,5	x
2008	100	18,0	60,0	90,7	7,4	1,9	x
2009	100	18,4	59,6	90,5	7,5	2,0	x
2010	100	16,9	62,7	90,1	8,3	1,6	x
2011	100	16,7	63,3	91,3	7,3	1,4	x
2012	100	15,8	65,2	91,7	7,1	1,2	x
2013	100	15,9	62,3	90,6	7,9	1,4	x
2014	100	15,4	60,9	90,0	8,2	1,8	x

G 8 Voraussichtliche Forderungen und betroffene Beschäftigte aus den Unternehmensinsolvenzen 2004–2014

Voraussichtliche Forderungen in Mill. EUR



Betroffene Beschäftigte



T 10

Insolvenzen 2005–2014 nach Art des Schuldners und Höhe der voraussichtlichen Forderungen

Schuldner	2005	2010	2013	2014	
	Anzahl			Veränderung zu 2013 in %	
Unternehmen					
Rechtsform					
Einzelunternehmen, Freie Berufe, Kleingewerbe	801	656	461	369	-20,0
Personengesellschaften	132	96	93	83	-10,8
Kapitalgesellschaften	675	560	515	499	-3,1
sonstige Rechtsformen	51	44	16	20	25,0
Alter des Unternehmens					
unter 8 Jahre	634	534	467	407	-12,8
8 Jahre und mehr	544	496	378	321	-15,1
unbekannt	481	326	240	243	1,3
Unternehmen insgesamt	1 659	1 356	1 085	971	-10,5
Übrige Schuldner					
Natürliche Personen	23	90	36	44	22,2
Nachlässe und sonstige Personen	1 725	1 549	1 442	1 443	0,1
Verbraucher/-innen	3 166	5 041	4 243	3 834	-9,6
Übrige Schuldner insgesamt	4 914	6 680	5 721	5 321	-7,0
Forderungen					
Höhe der Forderungen					
unter 5 000 EUR	219	259	252	243	-3,6
5 000 – 50 000 EUR	2 807	4 230	3 575	3 363	-5,9
50 000 – 250 000 EUR	2 423	2 664	2 264	1 989	-12,1
250 000 – 500 000 EUR	586	488	427	381	-10,8
500 000 – 1 000 000 EUR	297	220	171	164	-4,1
1 000 000 – 5 000 000 EUR	218	135	101	117	15,8
5 000 000 EUR und mehr	23	40	16	35	118,8
Schuldner insgesamt	6 573	8 036	6 806	6 292	-7,6

T 11 Insolvenzen 2014 nach Art des Schuldners und Höhe der voraussichtlichen Forderungen

Schuldner	Insgesamt		Davon			Betroffene Beschäftigte	Voraussichtliche Forderungen	
	Anzahl	Anteil an insgesamt in %	eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Schulden- bereinigungsplan angenommen		insgesamt	Veränderung zu 2013
Unternehmen								
Rechtsform								
Einzelunternehmen, Freie Berufe, Kleingewerbe	369	5,9	5,3	13,4	x	779	88 158	5,5
Personengesellschaften	83	1,3	1,1	3,5	x	612	124 562	95,2
Kapitalgesellschaften	499	7,9	5,4	37,6	x	2 824	383 290	-14,1
sonstige Rechtsformen	20	0,3	0,1	2,3	x	271	21 043	662,4
Alter des Unternehmens								
unter 8 Jahre	407	6,5	4,5	29,7	x	1 391	136 379	-11,8
8 Jahre und mehr	321	5,1	4,5	13,0	x	3 048	347 740	-12,2
unbekannt	243	3,9	3,0	14,1	x	47	132 933	192,7
Unternehmen insgesamt	971	15,4	12,0	56,8	x	4 486	617 052	3,5
Übrige Schuldner								
Natürliche Personen	44	0,7	0,6	1,6	x	x	39 113	53,9
Nachlässe und sonstige Personen	1 443	22,9	21,8	39,1	6,3	x	288 576	31,5
Verbraucher/-innen	3 834	60,9	65,6	2,5	93,8	x	212 021	-14,3
Übrige Schuldner insgesamt	5 321	84,6	88,0	43,2	100	x	539 710	9,6
Forderungen								
Höhe der Forderungen								
unter 5 000 EUR	243	3,9	2,5	15,9	16,1	11	734	-6,9
5 000 – 50 000 EUR	3 363	53,4	54,0	44,6	65,2	155	78 736	-6,8
50 000 – 250 000 EUR	1 989	31,6	32,2	28,5	16,1	986	224 716	-11,8
250 000 – 500 000 EUR	381	6,1	6,2	4,8	2,7	650	131 026	-10,8
500 000 – 1 000 000 EUR	164	2,6	2,6	2,9	x	763	115 103	-1,2
1 000 000 – 5 000 000 EUR	117	1,9	1,8	2,7	x	952	241 284	21,2
5 000 000 EUR und mehr	35	0,6	0,6	0,6	x	969	365 163	27,6
Schuldner insgesamt	6 292	100	100	100	100	4 486	1 156 762	6,3

T 12 Unternehmen¹ 2013 nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen und Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Ins- gesamt	Darunter								SV- Beschäftigte
		verarbei- tendes Gewerbe	Bau- gewerbe	Handel; Reparatur von Kfz	Verkehr und Lagerie	Gast- gewerbe	Information, Kommuni- kation	Dienst- leistungen ²	Gesundheits-, Sozialwesen	
	Anzahl	Anteile in %								Anzahl
Frankenthal (Pfalz), St.	1 789	7,3	10,5	19,2	5,1	8,0	2,4	11,1	9,2	17 663
Kaiserslautern, St.	4 230	5,6	7,1	18,6	3,1	9,0	3,9	15,5	8,9	37 951
Koblenz, St.	5 403	4,5	7,0	18,4	4,2	8,2	4,2	14,9	8,6	68 989
Landau i. d. Pfalz, St.	2 307	6,3	7,3	19,7	1,3	7,2	3,4	15,5	8,2	17 377
Ludwigshafen a. Rh., St.	5 301	5,4	11,8	16,5	4,9	9,2	3,2	12,0	8,6	85 451
Mainz, St.	9 726	4,0	6,0	14,8	3,1	6,6	6,1	17,5	7,6	110 965
Neustadt a. d. Weinstr., St.	2 729	6,0	8,8	17,8	2,4	8,2	3,3	15,9	7,5	11 816
Pirmasens, St.	1 981	8,9	8,4	24,1	3,0	8,1	2,7	11,0	8,4	17 494
Speyer, St.	2 573	6,1	7,4	19,5	2,8	8,9	3,1	13,6	7,6	23 617
Trier, St.	4 825	5,8	6,3	21,7	2,5	8,7	2,5	14,1	8,5	46 979
Worms, St.	3 386	6,5	10,8	19,3	3,3	7,6	3,3	12,9	6,7	26 352
Zweibrücken, St.	1 364	8,0	8,2	20,9	3,3	8,9	3,2	11,8	8,1	10 753
Ahrweiler	6 045	8,3	12,8	18,3	2,6	10,2	2,6	11,0	6,0	24 343
Altenkirchen (Ww.)	5 250	11,6	13,0	19,4	2,7	5,8	2,4	10,3	5,8	29 394
Alzey-Worms	5 089	7,7	12,4	18,8	3,2	6,8	3,4	11,9	5,0	58 771
Bad Dürkheim	5 876	6,8	11,1	17,9	2,8	10,0	3,0	13,0	5,8	25 550
Bad Kreuznach	6 444	8,1	10,8	19,6	3,0	8,2	2,7	12,2	6,7	40 674
Bernkastel-Wittlich	4 894	9,7	12,0	20,2	2,7	13,8	1,4	8,6	5,9	30 912
Birkenfeld	3 539	15,9	10,9	23,1	2,1	7,7	1,7	7,7	6,5	19 179
Cochem-Zell	2 840	7,8	12,3	18,5	2,9	19,6	1,8	6,0	6,4	13 623
Donnersbergkreis	2 672	9,8	11,9	17,2	3,6	8,2	2,3	11,8	6,5	16 382
Eifelkreis Bitburg-Prüm	4 069	9,5	11,3	19,0	3,3	10,3	1,6	7,8	4,8	20 129
Germersheim	4 797	7,6	11,7	19,2	3,8	8,2	2,8	11,1	5,9	21 837
Kaiserslautern	3 892	7,4	15,4	18,7	3,0	9,8	1,9	9,4	6,5	16 252
Kusel	2 147	8,7	14,1	20,7	2,7	9,8	1,8	9,5	7,5	8 937
Mainz-Bingen	8 698	6,5	11,6	15,8	2,8	7,5	5,1	15,3	5,8	54 499
Mayen-Koblenz	8 633	9,6	12,1	20,7	3,6	7,3	2,7	10,9	5,8	54 429
Neuwied	8 378	9,4	14,8	19,4	2,8	6,2	3,1	11,8	5,6	54 810
Rhein-Hunsrück-Kreis	4 588	8,7	13,8	19,1	3,5	8,7	2,6	10,5	5,0	25 730
Rhein-Lahn-Kreis	5 049	8,3	11,5	18,4	2,8	9,1	2,7	11,9	6,5	24 636
Rhein-Pfalz-Kreis	5 516	7,4	12,6	19,4	4,8	7,1	3,3	11,3	5,7	18 914
Südliche Weinstraße	4 847	8,9	12,0	18,4	2,1	11,4	2,9	9,7	5,4	30 249
Südwestpfalz	3 515	10,7	14,7	21,6	2,7	10,2	2,6	8,1	5,3	12 751
Trier-Saarburg	4 874	8,8	13,9	17,6	2,8	10,4	1,9	9,8	6,0	20 426
Vulkaneifel	2 685	9,9	11,8	19,3	3,2	9,9	2,1	9,7	5,4	14 017
Westerwaldkreis	9 321	11,3	12,6	19,1	2,8	5,5	2,9	11,7	5,1	56 603
Rheinland-Pfalz	169 272	8,1	11,3	18,8	3,1	8,5	3,0	11,9	6,4	1 168 454
kreisfreie Städte	45 614	5,6	8,0	18,3	3,3	8,1	3,9	14,5	8,1	475 407
Landkreise	123 658	9,0	12,5	19,0	3,0	8,7	2,7	10,9	5,8	693 047

1 Unternehmensregister 2015. – 2 Freiberufliche und wissenschaftliche Dienstleistungen.

K 1 Unternehmensdichte 2013 nach Verwaltungsbezirken

Im Jahr 2013 gab es 169 270 Unternehmen in Rheinland-Pfalz mit insgesamt 1,17 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die meisten Unternehmen waren in Mainz (9 726) und dem Westerwaldkreis (9 321) ansässig.

Bezogen auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner ergibt sich ein Landesmittel von 42,4 Unternehmen. Die höchste Unternehmensdichte wurde 2013 in der kreisfreien Stadt Landau mit 52,6 Unternehmen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner registriert. Am niedrigsten war der Wert im Landkreis Kusel mit 30,2 Unternehmen.

Unternehmen je
1 000 Einwohner/-innen

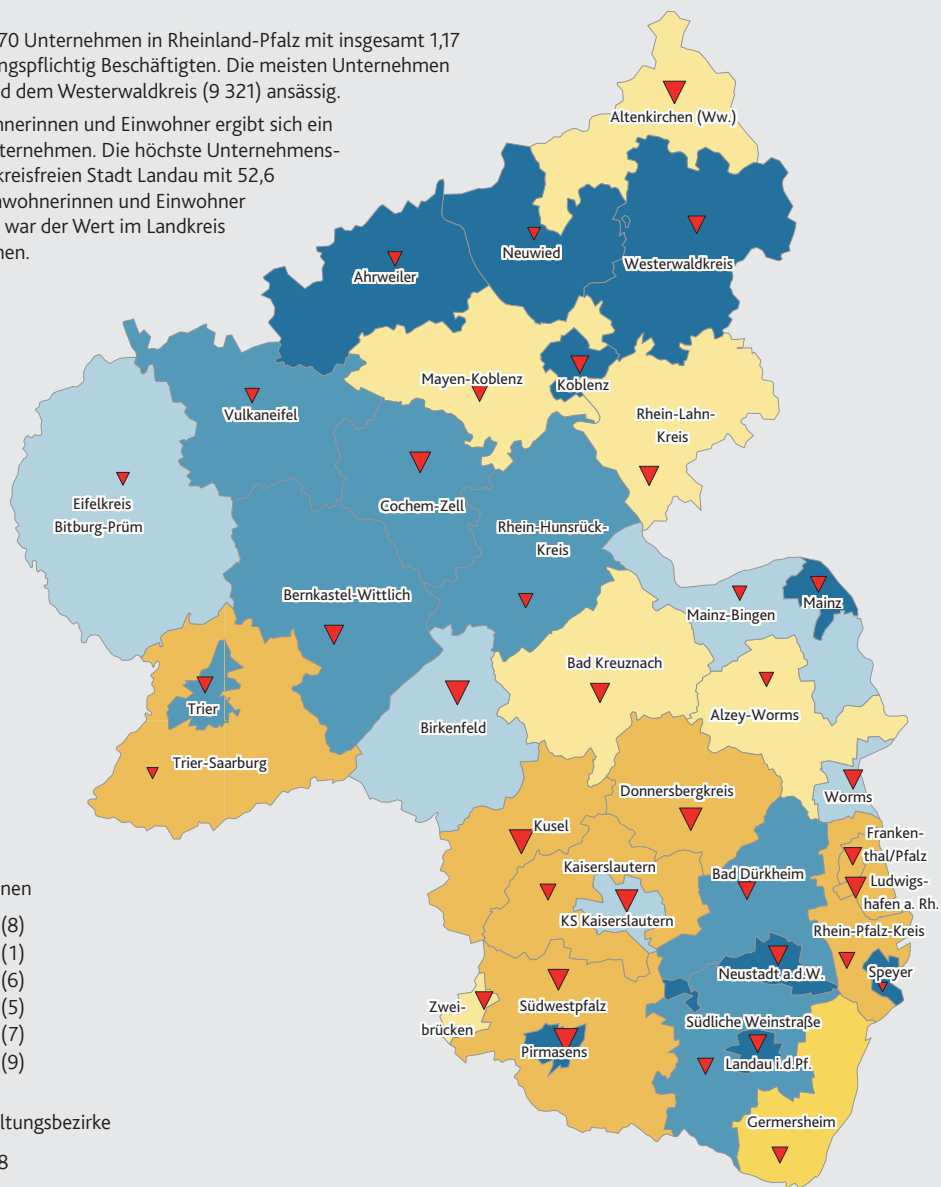
- unter 38 (8)
- 38 bis unter 40 (1)
- 40 bis unter 42 (6)
- 42 bis unter 44 (5)
- 44 bis unter 46 (7)
- 46 und mehr (9)

Landeswert: 42,4

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2008

▼ Abnahme



T 13 Gewerbeanmeldungen 2014 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Insgesamt		Veränderung zu 2013	Neuerichtungen			Zuzug	Übernahme
	Anzahl	Anteil an insgesamt in %		Betriebsgründung	sonstige Neugründung	Umwandlung		
			%				Anteile in %	
Frankenthal (Pfalz), St.	397	1,1	2,1	22,7	57,4	-	12,8	7,1
Kaiserslautern, St.	969	2,8	-9,7	26,9	62,3	0,8	6,5	3,4
Koblenz, St.	1 266	3,6	1,1	17,3	63,6	1,3	7,3	10,5
Landau i. d. Pfalz, St.	323	0,9	-7,2	19,5	65,3	1,2	9,9	4,0
Ludwigshafen a. Rh., St.	1 232	3,5	-8,9	26,7	61,4	0,6	6,1	5,2
Mainz, St.	2 483	7,1	-2,1	18,6	52,4	0,9	18,9	9,1
Neustadt a. d. Weinstr., St.	484	1,4	-6,9	22,1	62,0	0,4	7,4	8,1
Pirmasens, St.	357	1,0	-8,5	17,6	71,4	1,4	6,2	3,4
Speyer, St.	437	1,2	-4,8	23,8	51,3	1,8	13,7	9,4
Trier, St.	937	2,7	7,2	13,6	69,1	0,7	6,3	10,4
Worms, St.	842	2,4	-11,5	17,6	60,9	1,4	7,0	13,1
Zweibrücken, St.	345	1,0	3,6	14,8	77,4	0,3	5,2	2,3
Ahrweiler	1 228	3,5	-0,7	14,7	66,2	0,5	12,8	5,8
Altenkirchen (Ww.)	1 003	2,9	-1,7	11,1	70,0	0,3	13,5	5,2
Alzey-Worms	1 163	3,3	-9,3	16,6	63,7	0,1	13,9	5,7
Bad Dürkheim	1 199	3,4	1,2	16,4	62,8	0,3	15,9	4,6
Bad Kreuznach	1 537	4,4	-1,5	13,4	72,3	0,2	10,5	3,6
Bernkastel-Wittlich	841	2,4	-8,1	11,8	64,9	0,2	9,4	13,7
Birkenfeld	615	1,7	0,5	15,9	70,1	0,7	8,3	5,0
Cochem-Zell	497	1,4	-2,7	13,9	66,6	0,6	9,2	9,9
Donnersbergkreis	571	1,6	2,9	18,6	64,3	0,2	15,1	1,9
Eifelkreis Bitburg-Prüm	638	1,8	-15,4	12,5	67,1	0,2	10,8	9,4
Germersheim	1 027	2,9	-6,7	12,3	72,3	0,3	9,8	5,3
Kaiserslautern	890	2,5	0,1	14,8	67,4	0,8	10,7	6,3
Kusel	459	1,3	-0,4	15,7	69,5	0,2	8,5	6,1
Mainz-Bingen	1 843	5,2	-0,9	16,9	63,0	0,3	14,3	5,5
Mayen-Koblenz	1 677	4,8	-2,5	15,6	66,5	0,2	13,5	4,2
Neuwied	1 652	4,7	-5,0	15,9	65,9	0,4	13,7	4,1
Rhein-Hunsrück-Kreis	864	2,5	-5,3	13,9	71,6	0,1	10,6	3,7
Rhein-Lahn-Kreis	1 054	3,0	-6,7	10,4	69,5	0,8	13,8	5,5
Rhein-Pfalz-Kreis	1 528	4,3	4,4	12,1	71,7	0,1	12,1	4,0
Südliche Weinstraße	899	2,6	-14,3	12,0	68,0	0,4	15,4	4,2
Südwestpfalz	606	1,7	-10,9	12,7	71,3	-	12,7	3,3
Trier-Saarburg	926	2,6	-5,3	12,5	63,8	0,3	15,7	7,7
Vulkaneifel	502	1,4	26,1	16,5	67,3	0,4	9,6	6,2
Westerwaldkreis	1 862	5,3	8,4	14,1	67,5	0,3	13,0	5,2
Rheinland-Pfalz	35 153	100	-2,9	15,9	65,5	0,6	11,9	6,1
kreisfreie Städte	10 072	28,7	-3,9	20,1	60,7	0,9	10,3	8,0
Landkreise	25 081	71,3	-2,5	14,2	67,5	0,3	12,6	5,4

K 2 Gewerbeanmeldungen 2014 nach Verwaltungsbezirken

Insgesamt wurden 2014 knapp 35 200 Gewerbe angemeldet. Dazu zählen Neuerrichtungen – Betriebsgründungen, sonstige Neugründungen und Umwandlungen – sowie Zuzüge und Übernahmen. Je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner wurden im Landesdurchschnitt 88 Gewerbe angemeldet.

Die höchste Quote wurde in der kreisfreien Stadt Mainz mit 122 Anmeldungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner erreicht. Die wenigsten Gewerbeanmeldungen gab es im Landkreis Südwestpfalz mit 63 Meldungen.

je 10 000 Einwohner/-innen

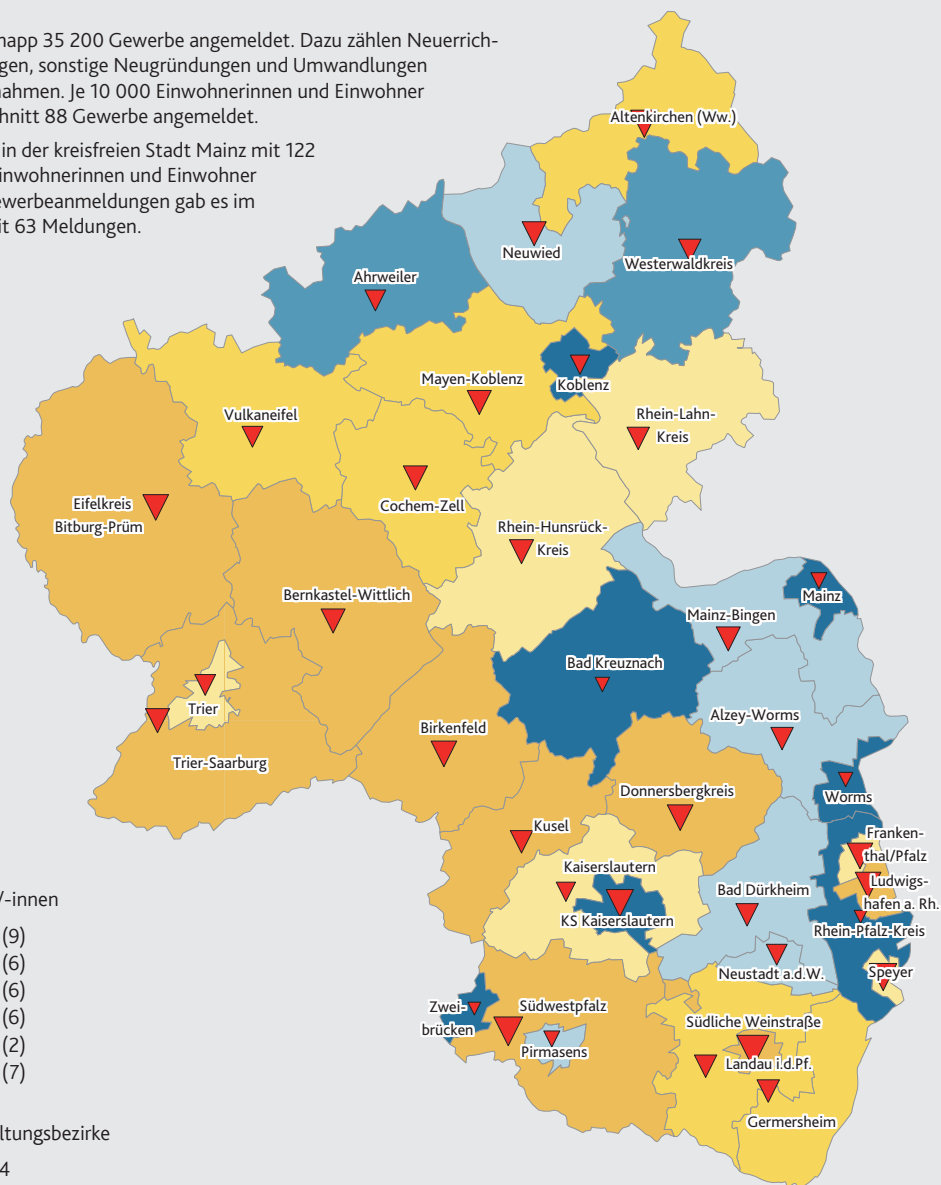
- unter 78 (9)
- 78 bis unter 83 (6)
- 83 bis unter 88 (6)
- 88 bis unter 93 (6)
- 93 bis unter 98 (2)
- 98 und mehr (7)

Landeswert: 88,0

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2004

- ▲ Zunahme
- ▼ Abnahme



T 14 Gewerbeabmeldungen 2014 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Insgesamt		Veränderung zu 2013	Vollständige Aufgaben			Fortzug	Übergabe
	Anzahl	Anteil an insgesamt in %		Betriebsaufgabe	sonstige Stilllegung	Umwandlung		
			%				Anteile in %	
Frankenthal (Pfalz), St.	395	1,1	-3,7	13,7	68,6	-	8,9	8,9
Kaiserslautern, St.	904	2,6	-30,8	18,8	69,9	0,6	7,5	3,2
Koblenz, St.	1 186	3,4	3,7	16,9	58,5	2,5	13,2	8,9
Landau i. d. Pfalz, St.	379	1,1	5,0	12,4	68,9	1,1	14,8	2,9
Ludwigshafen a. Rh., St.	1 413	4,1	-26,4	16,3	71,6	0,6	7,6	3,9
Mainz, St.	1 938	5,6	-8,0	16,7	60,4	1,1	12,3	9,5
Neustadt a. d. Weinstr., St.	481	1,4	4,1	18,5	64,9	0,2	10,4	6,0
Pirmasens, St.	352	1,0	4,5	12,2	79,5	0,3	6,0	2,0
Speyer, St.	391	1,1	-18,4	20,5	57,8	1,5	11,5	8,7
Trier, St.	953	2,8	-10,3	14,8	64,5	0,1	10,1	10,5
Worms, St.	890	2,6	-4,0	12,6	68,5	1,2	8,9	8,8
Zweibrücken, St.	346	1,0	-7,5	17,1	71,1	1,2	7,2	3,5
Ahrweiler	1 138	3,3	-14,1	13,8	65,4	0,6	14,3	5,9
Altenkirchen (Ww.)	1 052	3,0	0,2	14,6	70,2	0,3	9,3	5,5
Alzey-Worms	1 080	3,1	-10,8	12,1	67,5	0,1	15,2	5,1
Bad Dürkheim	1 105	3,2	-7,8	13,2	67,7	0,5	14,3	4,3
Bad Kreuznach	1 476	4,3	2,6	14,9	67,8	0,4	12,3	4,6
Bernkastel-Wittlich	900	2,6	3,2	11,6	69,9	0,4	8,7	9,4
Birkenfeld	608	1,8	6,0	12,8	74,3	0,5	7,1	5,3
Cochem-Zell	482	1,4	-9,4	12,9	69,9	0,6	7,5	9,1
Donnersbergkreis	528	1,5	-3,1	14,2	72,5	0,2	11,2	1,9
Eifelkreis Bitburg-Prüm	730	2,1	-1,6	14,0	68,6	0,4	8,5	8,5
Germersheim	1 052	3,0	0,6	12,1	73,8	0,4	9,9	3,9
Kaiserslautern	850	2,5	4,3	15,5	69,3	0,6	9,8	4,8
Kusel	420	1,2	-10,4	13,8	69,5	0,2	11,0	5,5
Mainz-Bingen	1 985	5,7	9,8	14,4	67,7	0,2	13,4	4,4
Mayen-Koblenz	1 631	4,7	1,8	13,4	69,3	0,2	13,1	3,9
Neuwied	1 811	5,2	2,0	16,7	66,3	1,0	11,4	4,5
Rhein-Hunsrück-Kreis	789	2,3	-5,1	16,5	69,6	0,3	8,4	5,3
Rhein-Lahn-Kreis	1 125	3,3	4,5	13,5	69,2	0,6	11,3	5,4
Rhein-Pfalz-Kreis	1 377	4,0	4,2	12,1	69,9	0,1	14,4	3,6
Südliche Weinstraße	870	2,5	-8,1	10,9	71,6	0,3	13,3	3,8
Südwestpfalz	599	1,7	-3,1	8,5	76,0	-	12,2	3,3
Trier-Saarburg	1 081	3,1	18,4	11,7	69,9	0,3	11,4	6,7
Vulkaneifel	441	1,3	9,2	16,1	65,5	0,5	10,7	7,3
Westerwaldkreis	1 791	5,2	2,5	15,4	66,8	0,6	11,8	5,4
Rheinland-Pfalz	34 549	100	-3,6	14,4	68,1	0,6	11,3	5,7
kreisfreie Städte	9 628	27,9	-11,6	16,1	65,7	1,0	10,1	7,1
Landkreise	24 921	72,1	-0,1	13,7	69,0	0,4	11,7	5,1

K 3 Gewerbeabmeldungen 2014 nach Verwaltungsbezirken

Im Jahr 2014 wurden insgesamt 34 549 Gewerbe abgemeldet. Dazu zählen vollständige Aufgaben – Betriebsaufgaben, sonstige Stilllegungen und Umwandlungen – sowie Fortzüge und Übernahmen. Je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner wurden im Landesdurchschnitt 86,5 Gewerbe abgemeldet.

Die höchste Quote wurde in der kreisfreien Stadt Worms mit 111 Abmeldungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner registriert. Die wenigsten Gewerbeabmeldungen gab es im Landkreis Kusel mit 59 Meldungen.

je 10 000 Einwohner/-innen

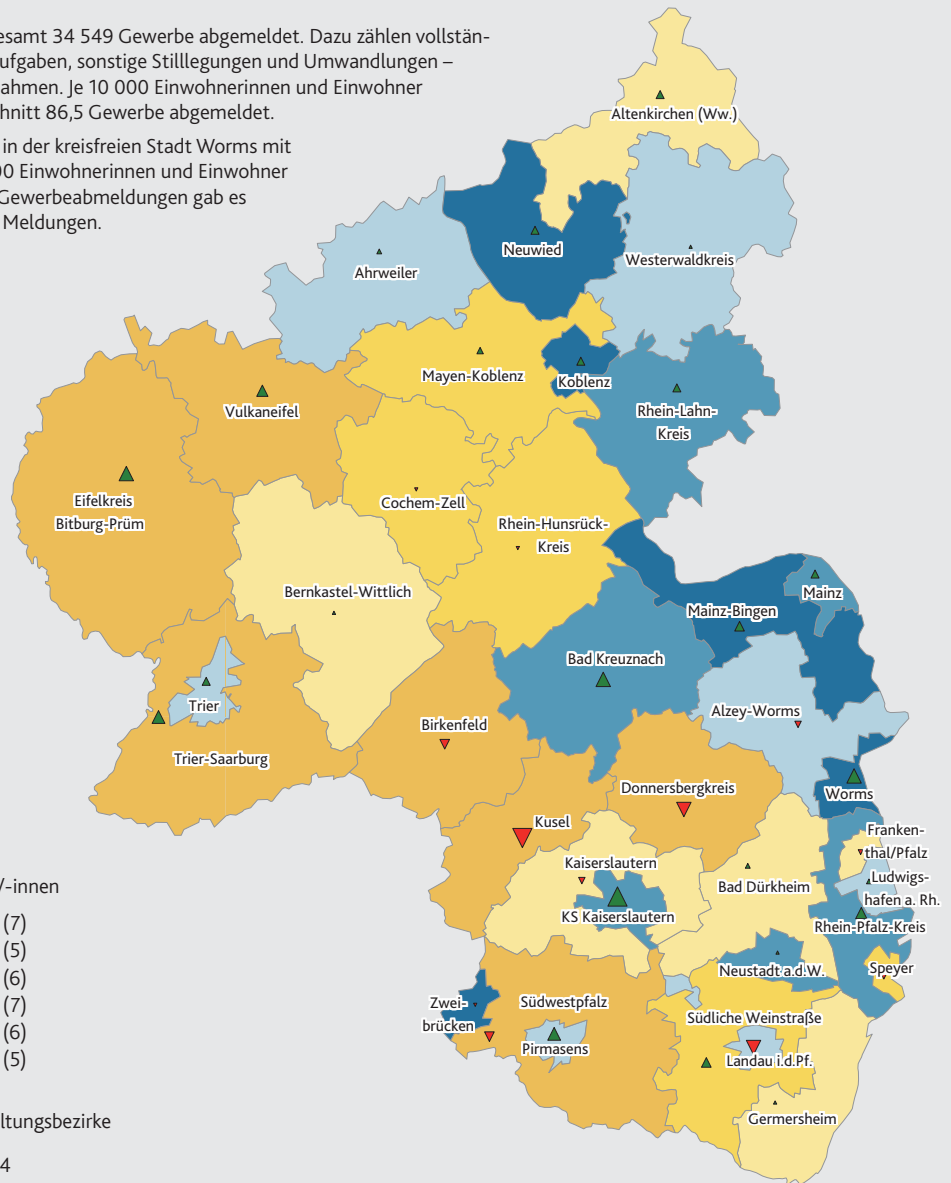
- unter 76 (7)
- 76 bis unter 81 (5)
- 81 bis unter 86 (6)
- 86 bis unter 91 (7)
- 91 bis unter 96 (6)
- 96 und mehr (5)

Landeswert: 86,5

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2004

- ▲ Zunahme
- ▼ Abnahme



T 15 Unternehmensinsolvenzen 2014 nach Höhe der voraussichtlichen Forderungen und Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Insgesamt		Veränderung zu 2013	Davon		Betroffene Beschäftigte	Voraussichtliche Forderungen	
	Anzahl	Anteil an insgesamt in %		eröffnet	mangels Masse abgewiesen		insgesamt	Veränderung zu 2013
Frankenthal (Pfalz), St.	13	1,3	62,5	53,8	46,2	15	3 090	329,2
Kaiserslautern, St.	35	3,6	12,9	85,7	14,3	14	6 286	-5,5
Koblenz, St.	33	3,4	-31,3	72,7	27,3	187	13 807	-17,0
Landau i. d. Pfalz, St.	9	0,9	-10,0	88,9	11,1	205	3 712	-52,9
Ludwigshafen a. Rh., St.	40	4,1	48,1	70,0	30,0	296	34 452	763,0
Mainz, St.	62	6,4	29,2	62,9	37,1	423	59 514	152,6
Neustadt a. d. Weinstr., St.	9	0,9	-10,0	77,8	22,2	119	6 622	64,0
Pirmasens, St.	6	0,6	-40,0	66,7	33,3	3	3 587	- 68,6
Speyer, St.	16	1,6	128,6	81,3	18,8	12	9 518	21,2
Trier, St.	27	2,8	3,8	59,3	40,7	142	10 144	-26,9
Worms, St.	22	2,3	-33,3	59,1	40,9	32	3 251	-57,8
Zweibrücken, St.	8	0,8	-20,0	87,5	12,5	163	62 411	5625,8
Ahrweiler	46	4,7	24,3	73,9	26,1	66	8 979	-31,4
Altenkirchen (Ww.)	26	2,7	-21,2	73,1	26,9	249	20 395	180,0
Alzey-Worms	16	1,6	-51,5	87,5	12,5	192	2 635	-66,5
Bad Dürkheim	21	2,2	-25,0	57,1	42,9	112	12 103	-4,1
Bad Kreuznach	50	5,1	-15,3	66,0	34,0	242	16 967	-88,3
Bernkastel-Wittlich	30	3,1	-6,3	93,3	6,7	172	14 539	15,8
Birkenfeld	21	2,2	-50,0	52,4	47,6	-	4 238	-21,1
Cochem-Zell	13	1,3	30,0	30,8	69,2	40	1 530	-35,8
Donnersbergkreis	11	1,1	83,3	81,8	18,2	-	15 815	678,3
Eifelkreis Bitburg-Prüm	16	1,6	-46,7	81,3	18,8	359	40 436	-3,9
Germersheim	14	1,4	-61,1	92,9	7,1	32	2 714	-50,9
Kaiserslautern	40	4,1	122,2	62,5	37,5	39	12 247	152,6
Kusel	15	1,5	36,4	73,3	26,7	34	3 761	200,6
Mainz-Bingen	37	3,8	-33,9	59,5	40,5	66	10 604	-34,6
Mayen-Koblenz	62	6,4	-10,1	67,7	32,3	149	11 009	-60,2
Neuwied	48	4,9	-35,1	77,1	22,9	199	20 888	-38,7
Rhein-Hunsrück-Kreis	27	2,8	-12,9	81,5	18,5	113	15 434	-78,9
Rhein-Lahn-Kreis	19	2,0	-48,6	68,4	31,6	92	6 825	-35,0
Rhein-Pfalz-Kreis	30	3,1	-	66,7	33,3	38	44 471	72,1
Südliche Weinstraße	17	1,8	-22,7	70,6	29,4	20	3 172	-56,4
Südwestpfalz	13	1,3	-27,8	46,2	53,8	33	2 229	45,3
Trier-Saarburg	21	2,2	50,0	61,9	38,1	160	7 209	323,6
Vulkaneifel	11	1,1	-35,3	81,8	18,2	128	2 996	-48,2
Westerwaldkreis	64	6,6	20,8	71,9	28,1	296	36 297	128,8
Rheinland-Pfalz ¹	971	100	-10,5	69,8	30,2	4 486	617 052	3,5
kreisfreie Städte	280	28,8	4,5	70,0	30,0	1 611	216 394	105,2
Landkreise	668	68,8	-16,1	70,1	29,9	2 831	317 493	-34,0

¹ Einschließlich Unternehmen mit Sitz außerhalb des Bundeslandes und außerhalb Deutschlands.

K 4 Unternehmensinsolvenzen 2014 nach Verwaltungsbezirken

Im Jahr 2014 gingen insgesamt 971 Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens bei den rheinland-pfälzischen Gerichten ein. Auf 1 000 wirtschaftlich aktive Unternehmen entfielen 6,3 Unternehmensinsolvenzen.

Regional betrachtet wurden im Landkreis Kaiserslautern mit 11,7 Fällen je 1 000 wirtschaftlich aktiven Unternehmen die meisten Insolvenzanträge gestellt. Im Landkreis Alzey-Worms mussten nur 2,9 von 1 000 Unternehmen einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens stellen.

je 1 000 Umsatzsteuerpflichtige

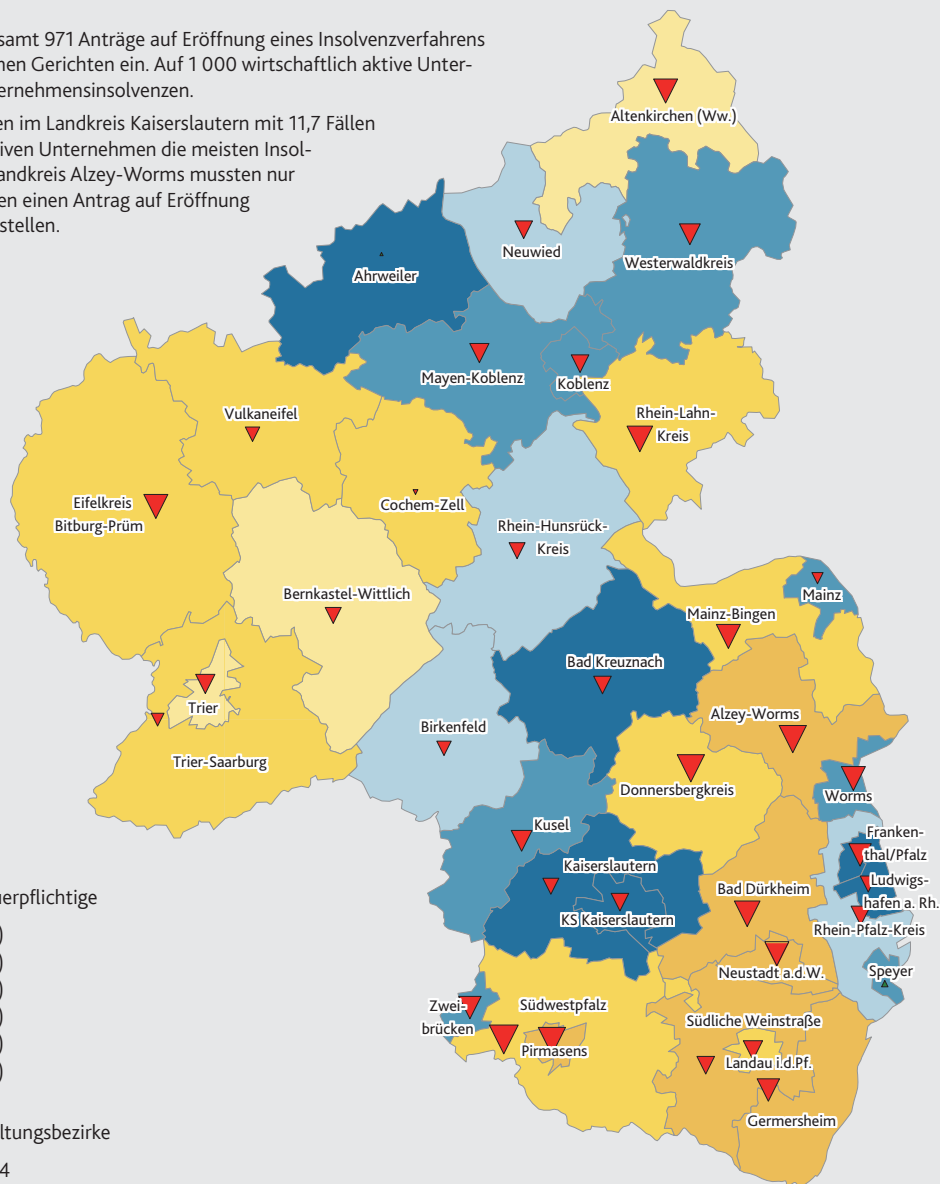
- unter 4 (6)
- 4 bis unter 5 (9)
- 5 bis unter 6 (3)
- 6 bis unter 7 (4)
- 7 bis unter 8 (8)
- 8 und mehr (6)

Landeswert: 6,3

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2004

- ▲ Zunahme
- ▼ Abnahme



Datenquellen

Statistik	Tabelle	Grafik	Karten	Übersicht
Unternehmensregister	T 1, T 2, T 5, T 6, T 12	G 2, G 5, G 6	K 1	-
Gewerbeanzeigenstatistik	T 1, T 3, T 7, T 13, T 14	G 3, G 7	K 2, K 3	-
Insolvenzstatistik	T 1, T 4, T 9, T 10, T 11, T 15	G 1, G 4, G 8	K 4	-

Statistiken

Das **Unternehmensregister** ist eine regelmäßig aktualisierte Datenbank mit Unternehmen und Betrieben aus nahezu allen Wirtschaftsbereichen mit steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Das Unternehmensregister ermöglicht eigenständige Auswertungen und dient als wichtiges Instrument zur rationellen Unterstützung statistischer Erhebungen. Es kann dadurch zur Entlastung der Wirtschaft beitragen.

Registriert sind Unternehmen, die aufgrund ihrer kumulierten Umsatzsteuervoranmeldungen im Berichtsjahr mehr als 17 500 Euro steuerbaren Umsatz aus Lieferungen und sonstigen Leistungen erreicht haben und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigte hatten. Die Erfassungsgrenze nach dem Umsatz lehnt sich an den steuerrechtlichen Grenzwert für Kleinunternehmen an. Es handelt sich um die im Berichtsjahr aktiven Unternehmen, einschließlich der zum Stand der Unternehmensregistrauswertung zwischenzeitlich inaktiven Einheiten.

In den hier veröffentlichten Tabellen bleiben Unternehmen ohne Umsatzsteuerpflicht und ohne sozialversicherungspflichtig Beschäftigte unberücksichtigt. Quellen zur Pflege sind zum einen Dateien aus Verwaltungsbereichen, wie der Bundesagentur für Arbeit oder den Finanzbehörden, und zum anderen Angaben aus einzelnen Bereichsstatistiken, wie z.B. aus Erhebungen des Produzierenden Gewerbes, des Handels, des Dienstleistungsbereichs usw. Das Unternehmensregister wird von den statistischen Ämtern der einzelnen Bundesländer geführt. Das Statistische Bundesamt verfügt über einen bundesweiten Gesamtbestand in Form zusammengespielter Kopien der Länderregister.

Es gibt Einbetriebsunternehmen und Unternehmen mit mehreren Betrieben. Einbetriebsunternehmen werden auch dann erfasst, wenn sie keine sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben, jedoch über steuerbare Umsätze aus Lieferungen und Leistungen für das Berichtsjahr verfügen (z. B. freiberuflich Tätige).

Es werden Ergebnisse für Unternehmen und Betriebe aus nahezu allen Wirtschaftsabschnitten der Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) Systematik nachgewiesen. Die Abschnitte A (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei), O (Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung), T (Private Haushalte) und U (Exterritoriale

Organisationen und Körperschaften) sind mit dem Ziel, die gewerbliche Wirtschaft besser abzubilden, derzeit ausgenommen. Die insgesamt darstellbaren Einheiten umfassen auch Unternehmen, die nur aufgrund ihrer Beschäftigtenzahl erfasst werden.

Unternehmen und Betriebe werden nach dem jeweiligen Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit einem Wirtschaftszweig zugeordnet. Bei Unternehmen mit mehreren Betrieben entspricht die Wirtschaftszweigzuordnung dem Schwerpunkt des gesamten Unternehmens. Einzelne Betriebe eines Unternehmens können auch einem anderen Wirtschaftszweig zugeordnet sein.

Die Zahl der Unternehmen ist z.B. mit der Zahl der Umsatzsteuerpflichtigen aus der Umsatzsteuerstatistik nicht vergleichbar, da zur Abgrenzung neben dem Umsatz auch die Zahl der Beschäftigten berücksichtigt wird. Außerdem bestehen u.a. Unterschiede in der Darstellung von steuerlichen Organschaften und Unternehmen, die nicht im eigenen Bundesland zur Umsatzsteuer veranlagt werden (landesfremde Steuerzahler).

Die **Gewerbeanzeigenstatistik** wird monatlich erstellt. Die Datengrundlage bilden die in einem Monat bei den zuständigen Behörden erstatteten Gewerbeanzeigen. Gewerbeanzeigen sind gemäß § 14 GewO von allen natürlichen und juristischen Personen bei Aufnahme, Änderung oder Aufgabe eines bestehenden Gewerbes, einer Zweigniederlassung oder einer unselbstständigen Zweigstelle zu tätigen. In Rheinland-Pfalz erfolgt dies in der Regel unter Nutzung des Web-Portals Gewerbe-Online. Über dieses Portal gehen dem Statistischen Landesamt die für die Statistik benötigten Angaben medienbruchfrei auf elektronischem Weg zu. Auskunftspflichtig sind die Gewerbetreibenden. Diese kommen ihrer Auskunftspflicht für die Statistik nach, indem sie die Gewerbeanzeige erstatten.

Die Gewerbeanzeigenstatistik liefert Informationen über die Anzahl und die Gründe der erstatteten Gewerbeanmeldungen, -ummeldungen und -abmeldungen, gegliedert nach der Art der Niederlassung, dem Wirtschaftsbereich, der Rechtsform und der Anzahl der tätigen Personen sowie bei Einzelunternehmen zudem nach dem Geschlecht und der Staatsangehörigkeit. Nicht in die Statistik einbezogen sind die Freien Berufe, die Urproduktion (Land- und Forstwirtschaft, Bergbau) und die Versicherungen, da diese nicht der Gewerbeordnung unterliegen. Ferner werden das Automatenaufstellgewerbe und das

Reisegewerbe nicht berücksichtigt, weil die in diesem Bereich tätigen Unternehmen in der Regel mehrere Gewerbemeldungen abgeben.

Die **Statistik über beantragte Insolvenzverfahren** wird monatlich durchgeführt. Die Datengrundlage bilden die in den Akten der Amtsgerichte vorhandenen Angaben über die dort eröffneten Regel-, Verbraucher-, Nachlass- und Gesamtgutinsolvenzverfahren, über sämtliche mangels Masse abgewiesenen Insolvenzverfahren und über sämtliche Insolvenzverfahren, in denen ein gerichtlicher Schuldenbereinigungsplan angenommen wurde. Verfahren, bei denen der Eröffnungsantrag als unbegründet oder unzulässig abgewiesen wurde oder bei denen der Antrag zurückgenommen wurde, fließen nicht in die Statistik ein.

Die Statistik liefert Angaben über die Anzahl der Insolvenzverfahren, über den Eröffnungsgrund, den Antragsteller und die voraussichtlichen Forderungen. Bei Insolvenzverfahren eines Unternehmens liegen zusätzlich Angaben über den Wirtschaftszweig, die Rechtsform, das Gründungsjahr und die Anzahl der Arbeitnehmer vor. Die Angaben werden dem Statistischen Landesamt von den Amtsgerichten in elektronischer Form zugeleitet. Dafür stehen ein elektronischer Fragebogen sowie das Verfahren eSTATISTIK.core zur Verfügung.

Die Ergebnisse der Statistik werden durch die Insolvenzordnung (InsO) determiniert. Novellierungen der Insolvenzordnung, wie sie in den Jahren 1999, 2001 und 2013 erfolgt sind, haben Auswirkungen auf die zeitliche Vergleichbarkeit der Ergebnisse.

Ü 1 Gewerbeanmeldungen und Gewerbeabmeldungen

Gewerbeanmeldung

Neuerrichtung

Zuzug

Übernahme

Neugründung

Umwandlung

Betriebsgründung

Sonstige Neugründung

Klein- unternehmen

Nebenerwerbs- betriebe

Gewerbeabmeldung

Aufgabe

Fortzug

Übergabe

Vollständige Aufgabe

Umwandlung

Betriebsaufgabe

Sonstige Stilllegung

Klein- unternehmen

Nebenerwerbs- betriebe

Glossar

Abweisung eines Insolvenzverfahrens mangels Masse

Ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens ist vom Insolvenzgericht mangels Masse abzuweisen, wenn das Vermögen des Schuldners voraussichtlich nicht ausreichen wird, um die Kosten des Verfahrens zu decken. Die Abweisung unterbleibt, wenn ein ausreichender Geldbetrag vorgeschossen wird oder die Kosten gestundet werden.

Annahme eines Schuldenbereinigungsplans

Ein Schuldenbereinigungsplan ist ein Plan zur Vereinbarung einer Schuldenbereinigung im Vergleichsweg und dient zur Abwendung der Eröffnung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens. Er enthält Regelungen, die unter Berücksichtigung der Gläubigerinteressen sowie der Vermögens-, Einkommens- und Familienverhältnisse des Schuldners dazu geeignet sind, zu einer angemessenen Schuldenbereinigung zu führen, und kann außergerichtlich oder gerichtlich zustandekommen. In der Statistik über beantragte Insolvenzverfahren können systembedingt ausschließlich die Annahmen von gerichtlichen Schuldenbereinigungsplänen nachgewiesen werden.

Ein gerichtlicher Schuldenbereinigungsplan ist vom Schuldner mit dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder unverzüglich nach diesem Antrag vorzulegen und enthält Regelungen, die unter Berücksichtigung der Gläubigerinteressen sowie der Vermögens-, Einkommens- und Familienverhältnisse des Schuldners dazu geeignet sind, zu einer angemessenen Schuldenbereinigung zu führen. Er gilt als angenommen, wenn kein Gläubiger Einwendungen gegen den Schuldenbereinigungsplan erhoben oder wenn mehr als die Hälfte der benannten Gläubiger dem Schuldenbereinigungsplan zugestimmt hat und die Summe der Ansprüche der zustimmenden Gläubiger mehr als die Hälfte der Summe der Ansprüche der benannten Gläubiger beträgt.

Aufgabe eines Gewerbes

Erfolgt entweder durch vollständige Aufgabe oder durch Umwandlung.

Betrieb

Niederlassung an einem bestimmten Ort, einschließlich örtlich und organisatorisch angegliederter Betriebsteile. Dabei kann es sich um eine Hauptniederlassung, eine Zweigniederlassung oder eine unselbstständige Zweigstelle handeln.

Betriebsaufgabe

Aufgabe eines Gewerbebetriebs mit einer erwarteten größeren wirtschaftlichen Bedeutung. Sie kann durch eine juristische Person, eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit (Personengesellschaft) oder eine natürliche Person erfolgen. Bei einer natürlichen Person, die eine Hauptniederlassung abmeldet, ist Voraussetzung, dass sie entweder in das Handelsregister eingetragen war oder aber eine Handwerkskarte

besitzt oder zuletzt mindestens einen Arbeitnehmer/-in beschäftigt hatte.

Betriebsgründung

Gründung eines Betriebes mit einer erwarteten größeren wirtschaftlichen Bedeutung. Sie kann durch eine juristische Person, eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit (Personengesellschaft) oder eine natürliche Person erfolgen. Bei einer natürlichen Person, die eine Hauptniederlassung anmeldet, ist Voraussetzung, dass sie entweder in das Handelsregister eingetragen ist oder aber eine Handwerkskarte besitzt oder mindestens einen Arbeitnehmer/-in beschäftigt.

Eröffnung eines Insolvenzverfahrens

Einem Antrag auf Eröffnung eines Regel- oder Nachlassinsolvenzverfahrens ist vom Insolvenzgericht stattzugeben, wenn er nicht mangels Masse abzuweisen ist. Einem Antrag auf Eröffnung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens oder eines sonstigen Kleinverfahrens ist vom Insolvenzgericht stattzugeben, wenn er nicht mangels Masse abzuweisen ist und wenn kein Schuldenbereinigungsplan angenommen wurde.

Fortzug eines Gewerbes

Verlagerung des Betriebs aus dem Bezirk des nachweisenden Gewerbeamts.

Gewerbe

Nicht sozialwidrige, selbstständige, auf Dauer und Gewinnerzielung angelegte sowie im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgeübte Tätigkeit. Nicht zum Gewerbe zählen u. a. die Urproduktion (z. B. Land- und Forstwirtschaft oder Bergbau), die freien Berufe und die Verwaltung des eigenen Vermögens.

Gewerbeabmeldung

Eine Gewerbeabmeldung betrifft die Aufgabe, den Fortzug oder die Übergabe einer Hauptniederlassung, einer Zweigniederlassung oder einer Zweigstelle eines Gewerbes. Anzeigepflichtige Gewerbebetreibende sind Einzelgewerbebetreibende (d. h. natürliche Personen), geschäftsführende Gesellschafter von Personengesellschaften und juristische Personen, wobei juristische Personen ihrer Gewerbeabmeldungspflicht durch Handeln ihres Vertretungsberechtigten nachkommen.

Gewerbeabmeldung

Eine Gewerbeabmeldung betrifft die Neuerrichtung, den Zuzug oder die Übernahme einer Hauptniederlassung, einer Zweigniederlassung oder einer Zweigstelle eines Gewerbes. Anzeigepflichtige Gewerbebetreibende sind Einzelgewerbebetreibende (d. h. natürliche Personen), geschäftsführende Gesellschafter von Personengesellschaften und juristische Personen, wobei juristi-

sche Personen ihrer Gewerbeanzeigepflicht durch Handeln ihres Vertretungsberechtigten nachkommen.

Gewerbeanzeige

Eine Gewerbeanzeige hat eine Gewerbeanmeldung, eine Gewerbesteuermeldung oder eine Gewerbeabmeldung zum Gegenstand. Es besteht eine Anzeigepflicht.

Insolvenz

Insolvenz eines Schuldners liegt vor bei Zahlungsunfähigkeit, drohender Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung des Schuldners. Der Schuldner ist zahlungsunfähig, wenn er nicht in der Lage ist, die fälligen Zahlungspflichten zu erfüllen. Der Schuldner droht gemäß der Insolvenzverordnung zahlungsunfähig zu werden, wenn er voraussichtlich nicht in der Lage sein wird, die bestehenden Zahlungspflichten zum Zeitpunkt der Fälligkeit zu erfüllen. Überschuldung liegt vor, wenn das Vermögen des Schuldners die bestehenden Verbindlichkeiten nicht mehr deckt, es sei denn, die Fortführung des Unternehmens ist nach den Umständen überwiegend wahrscheinlich.

Insolvenzhäufigkeit

Anzahl der Insolvenzen, bezogen auf 1000 Unternehmen. Die Anzahl der Unternehmen wird dabei der Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen) entnommen.

Insolvenzverfahren

Ein Insolvenzverfahren dient dazu, die Gläubiger eines Schuldners gemeinschaftlich zu befriedigen, indem das Vermögen des Schuldners verwertet und der Erlös verteilt oder in einem Insolvenzplan eine abweichende Regelung insbesondere zum Erhalt des Unternehmens getroffen wird. Dem redlichen Schuldner wird Gelegenheit gegeben, sich von seinen restlichen Verbindlichkeiten zu befreien.

Neuerrichtung eines Gewerbes

Erfolgt entweder durch Neugründung oder durch Umwandlung.

Neugründung eines Gewerbes

Entweder eine Betriebsgründung oder eine sonstige Neugründung.

Regelinsolvenzverfahren

Allgemeines Insolvenzverfahren des deutschen Rechts. Es kommt zur Anwendung, wenn kein besonderes Insolvenzverfahren vorgesehen ist. Besondere Insolvenzverfahren sind das Verbraucherinsolvenzverfahren, das Nachlassinsolvenzverfahren, das Insolvenzverfahren über das Gesamtgut einer fortgesetzten Gütergemeinschaft und das Insolvenzverfahren über das gemeinschaftlich verwaltete Gesamtgut einer Gütergemeinschaft.

Sonstige Neugründung

Gründung eines Kleinunternehmens oder eines Nebenerwerbsbetriebs. Bei der Gründung eines Kleinunternehmens gründet ein Nichtkaufmann eine Hauptniederlassung. Diese ist nicht im

Handelsregister eingetragen, besitzt keine Handwerkskarte und beschäftigt keine Arbeitnehmer/-in.

Sonstige Stilllegung

Eine sonstige Stilllegung ist die Aufgabe eines Kleinunternehmens oder eines Nebenerwerbsbetriebs. Bei der Aufgabe eines Kleinunternehmens gibt ein Nichtkaufmann eine Hauptniederlassung vollständig auf. Diese war nicht im Handelsregister eingetragen, hat keine Handwerkskarte besessen und keine Arbeitnehmer/-in beschäftigt.

Übergabe eines Unternehmens

Liegt vor bei Wechsel der Rechtsform, bei Gesellschafteraustritt sowie infolge Erbfolge, Verkauf oder Verpachtung.

Übernahme

Eine Übernahme eines Unternehmens liegt vor bei Wechsel der Rechtsform, bei Gesellschaftereintritt sowie infolge Erbfolge, Kauf oder Pacht.

Umwandlung eines Unternehmens

Umfasst die Verschmelzung mehrerer Unternehmen zu einem Unternehmen (wobei der übertragende Rechtsträger erlischt), die Aufspaltung eines Unternehmens in mehrere Unternehmen sowie die Aufspaltung oder Ausgliederung von Unternehmensteilen mit dem Ziel der Neugründung (wobei der absplattende Rechtsträger bestehen bleibt).

Unternehmen

Kleinste rechtlich selbstständige Einheit, die aus handels- bzw. steuerrechtlichen Gründen Bücher führt und eine jährliche Feststellung des Vermögensbestandes bzw. des Erfolgs der wirtschaftlichen Tätigkeit vornehmen muss. Das Unternehmen umfasst alle zugehörigen Betriebe in und außerhalb von Rheinland-Pfalz. Auch freiberuflich Tätige werden als eigenständige Unternehmen registriert.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen Arbeitnehmer/-innen, die kranken-, renten- bzw. arbeitslosenversicherungspflichtig sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung entrichtet werden. Angaben über Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten werden von der Bundesagentur für Arbeit jährlich übermittelt. Nachgewiesen werden sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zum Stand 31. Dezember oder ersatzweise an einem anderen Quartalsende des Berichtsjahres. Geringfügig Beschäftigte zählen nicht zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Verbraucherinsolvenzverfahren

Vereinfachtes Insolvenzverfahren. Es kommt seit Ende des Jahres 2001 nicht nur für Verbraucher, sondern auch für ehemals selbstständig Tätige zur Anwendung, deren wirtschaftlichen Verhältnisse

Metadaten

überschaubar sind und gegen die keine Verbindlichkeiten aus Arbeitsverhältnissen bestehen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Schuldners gelten als überschaubar, wenn ihre Verschuldungsstruktur der Verschuldungsstruktur von Verbrauchern im wesentlichen entspricht. Davon ist auszugehen, wenn der Schuldner zum Zeitpunkt der Stellung des Antrags auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens weniger als 20 Gläubiger hatte.

Vollständige Aufgabe

Entweder eine Betriebsaufgabe oder eine sonstige Stilllegung.

Zuzug eines Gewerbes

Verlagerung des Betriebs in den Bereich einer anderen Meldebehörde.

Internet

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/gewerbeanzeigen-insolvenzen

Pressemitteilungen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/gewerbeanzeigen-insolvenzen/pressemitteilungen

Statistische Berichte

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/gewerbeanzeigen-insolvenzen/statistische-berichte

Beiträge in den Statistischen Monatsheften

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/gewerbeanzeigen-insolvenzen/monatsheftbeitraege

Übersichtstabellen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/gewerbeanzeigen-insolvenzen/tabellen

Kurzpräsentationen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/gewerbeanzeigen-insolvenzen/kurzpraesentationen

Gemeinschaftsveröffentlichungen

www.statistik-portal.de



27. Verkehr



Inhaltsverzeichnis

Tabellen

T 1: Ausgewählte Kennzahlen zum Verkehr in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1991–2014	724
T 2: Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte im Straßenverkehr 2014 nach Bundesländern	725
T 3: Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte im Straßenverkehr 2004–2014	726
T 4: Verunglückte im Straßenverkehr 2014 nach Art der Verkehrsbeteiligung, Art der Verletzung und Altersgruppen	726
T 5: Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte im Straßenverkehr 2014 nach ausgewählten Hauptunfallursachen	727
T 6: Beförderungsleistung im Liniennahverkehr 2004–2013 nach Bundesländern	728
T 7: Verkehrsleistungen im Personenverkehr mit Bussen und Bahnen 2013	729
T 8: Personenverkehr 2004–2013 nach Verkehrsmitteln	729
T 9: Personenverkehr an den ausgewählten Flughäfen Hahn und Zweibrücken 2009–2014	729
T 10: Güterumschlag 2013 bzw. 2014 nach Verkehrsarten und Bundesländern	730
T 11: Güterverkehr 2003–2013 nach Verkehrsart	731
T 12: Güterumschlag 2010–2013 nach Verkehrsart und ausgewählten Güterarten	731
T 13: Güterumschlag in der Binnenschifffahrt 2014 nach ausgewählten Häfen	732
T 14: Güterumschlag im Luftverkehr am Flughafen Hahn 2009–2014	732
T 15: Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte 2014 nach Verwaltungsbezirken	734
T 16: Bestand an Kraftfahrzeugen am 1. Januar 2015 sowie Zulassungen und Besitzumschreibungen 2013 nach Verwaltungsbezirken	736

Grafiken

G 1: Getötete im Straßenverkehr 1953–2014	723
G 2: Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden und Getötete 2014 nach Bundesländern	725
G 3: Straßenverkehrsunfälle 2004–2014	726
G 4: Beförderungsleistung im Liniennahverkehr 2013 nach Bundesländern	728
G 5: Güterumschlag 2014 nach Verkehrsarten und Bundesländern	730

Karten

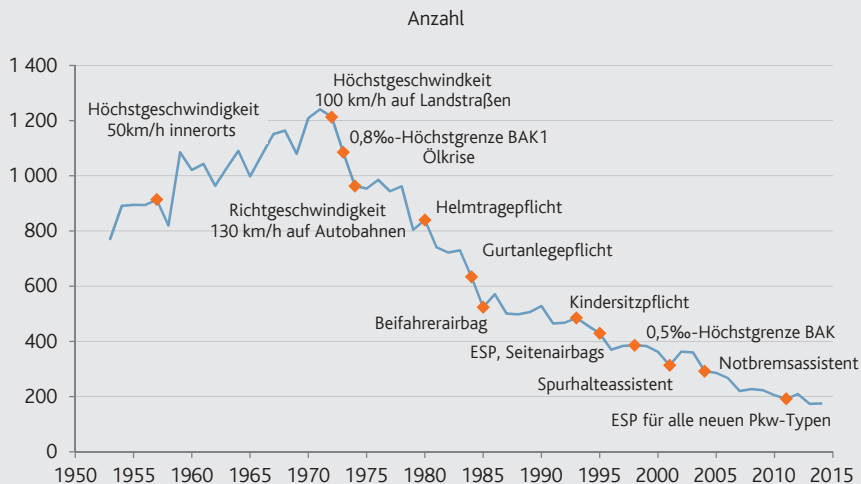
K 1: Durchschnittliche Fahrzeiten zum nächsten Autobahnanschluss 2011 nach Verwaltungsbezirken	733
K 2: Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden 2014 nach Verwaltungsbezirken	735
K 3: Pkw-Bestand am 1. Januar 2015 nach Verwaltungsbezirken	737

Metadaten

Datenquellen	738
Statistiken	738
Glossar	739
Internet	740

- Im Jahr 2014 registrierte die Polizei 131 250 Straßenverkehrsunfälle. Dabei kamen 19 290 Menschen zu Schaden.
- Bei Straßenverkehrsunfällen verloren 175 Menschen ihr Leben. Dies war eine Person mehr als beim bisherigen Tiefstand im Jahr 2013.
- Fast 2,7 Millionen Passagiere nutzten 2014 den Flughafen Hahn.
- In den rheinland-pfälzischen Binnenhäfen wurden 22,5 Millionen Tonnen Fracht umgeschlagen. Den höchsten Anteil hatte mit 7,3 Millionen Tonnen der Hafen Ludwigshafen.
- Anfang 2015 waren in Rheinland-Pfalz 2,4 Millionen Pkw zugelassen. Bezogen auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner ergibt sich eine Pkw-Dichte von 592. Ein Grund für die hohe Pkw-Dichte sind die vielen Pendlerinnen und Pendler und die vergleichsweise langen Arbeitswege.

G 1 Getötete im Straßenverkehr 1953–2014



Auf rheinland-pfälzischen Straßen verloren 2014 insgesamt 175 Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben. Dies ist eine Person mehr als 2013, als der niedrigste Stand seit Einführung der Straßenverkehrsunfallstatistik im Jahr 1953 festgestellt wurde. Verbesserungen der Sicherheitstechnik und des Rettungswesens sowie gesetzliche Regelungen führten dazu, dass die Zahl der Verkehrstoten in den letzten Jahrzehnten tendenziell sank.

1 BAK: Blutalkoholkonzentration.

T 1

Ausgewählte Kennzahlen zum Verkehr in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1991–2014

Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz						Deutschland	
		1991	2000	2005	2010	2013	2014	2013	2014
Straßenverkehrsunfälle									
Polizeilich erfasste Unfälle	Anzahl	122 794	124 609	123 920	131 303	132 481	131 250	2 414 011	2 406 685
Unfälle mit Personenschaden	%	15,0	15,2	13,8	11,2	10,8	11,3	12,1	12,6
schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden ¹	%	-	5,8	6,7	4,9	4,7	4,4	3,3	2,9
sonstige Sachschadensunfälle	%	85,0	79,0	79,5	83,6	84,5	84,4	84,6	84,5
Verunglückte	Anzahl	25 031	25 503	22 774	19 397	18 728	19 290	377 481	392 912
Getötete	%	1,9	1,4	1,3	1,1	0,9	0,9	0,9	0,9
Schwerverletzte	%	26,8	21,5	19,0	18,0	19,0	19,0	17,0	17,2
Leichtverletzte	%	71,4	77,0	79,7	81,0	80,1	80,1	82,1	81,9
Personenverkehr ²									
Beförderte Personen	Mill.	.	.	260	237	228,7	.	11 091,0	.
Busse und Straßenbahnen	%	.	.	97,1	96,3	95,0	.	83,8	.
Eisenbahnverkehr	%	.	.	2,9	3,7	6,1	.	22,4	.
Beförderungsleistung	Mill. Pkm	.	.	2 818	2 469	2 288,0	.	105 640,0	.
Busse und Straßenbahnen	%	.	.	96,5	95,3	85,1	.	50,0	.
Eisenbahnverkehr	%	.	.	3,5	4,7	14,9	.	50,0	.
Güterverkehr ²									
Beförderungsmenge	1 000 t	.	.	342 337	320 251	351 060	.	3 967 302	...
Eisenbahnverkehr	%	.	.	4,3	5,4	5,0	.	9,4	...
Straßenverkehr	%	.	.	88,5	86,8	88,3	.	84,9	...
Binnenschifffahrt	%	.	.	7,1	7,8	6,7	.	5,7	...
Verkehrswege									
Straßen des überörtlichen Verkehrs	km	18 375	18 407	18 427	18 438	18 401	18 391	230 514	230 400
1 Einschließlich Unfälle unter Einwirkung berauschender Mittel. – 2 Ohne Luftverkehr und Seeverkehr.									

1 Einschließlich Unfälle unter Einwirkung berauschender Mittel. – 2 Ohne Luftverkehr und Seeverkehr.

Info

Personenkilometer (Pkm): Maßeinheit für die Beförderungsleistung bei der Ortsveränderung von Personen. Die Beförderungsleistung im Personenverkehr bemisst sich als Produkt der transportierten Personen bzw. Passagiere und der dabei zurückgelegten Entfernung (Abstand von Start- und Zielort) in Kilometern (km).

Tonnenkilometer (Tkm): Maß für die Beförderungsleistung von Gütern, die sogenannte Verkehrsleistung. Die Beförderungsleistung im Güterverkehr errechnet sich als das Produkt der transportierten Masse in Tonnen (t) und der dabei zurückgelegten Wegstrecke in Kilometern (km).

T 2

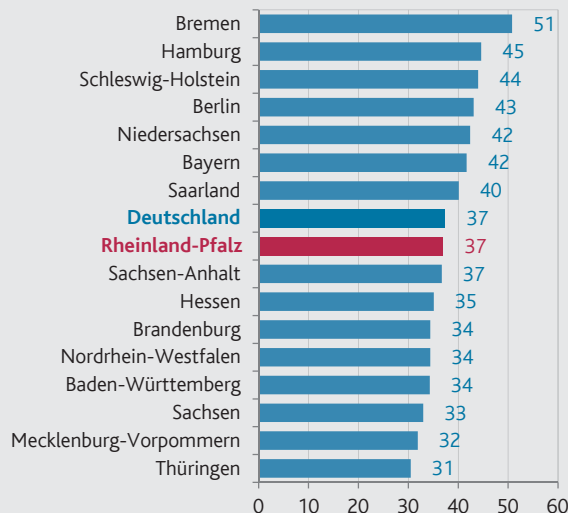
Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte im Straßenverkehr 2014 nach Bundesländern

Bundesland	Straßenverkehrsunfälle				Verunglückte			
	ins- gesamt	davon			ins- gesamt	davon		
		mit Personen- schaden	schwerwiegend, mit Sachschaden	sonstige		Getötete	Schwer- verletzte	Leicht- verletzte
	Anzahl	%			Anzahl	%		
Baden-Württemberg	294 238	12,4	4,5	83,1	47 914	1,0	19,9	79,1
Bayern	368 972	14,2	2,7	83,0	70 153	0,9	16,6	82,5
Berlin	132 717	11,1	0,7	88,2	17 491	0,3	11,6	88,1
Brandenburg	79 286	10,6	3,5	85,9	10 895	1,3	23,0	75,7
Bremen	21 576	15,5	3,7	80,8	3 941	0,3	10,0	89,6
Hamburg	65 734	11,8	2,9	85,2	9 916	0,4	8,2	91,4
Hessen	130 853	16,2	5,1	78,7	28 382	0,8	17,2	82,0
Mecklenburg-Vorpommern	53 059	9,6	2,6	87,7	6 573	1,4	18,7	79,9
Niedersachsen	202 338	16,3	2,4	81,3	43 418	1,0	14,9	84,1
Nordrhein-Westfalen	583 258	10,4	1,7	87,9	77 469	0,7	17,5	81,9
Rheinland-Pfalz	131 250	11,3	4,4	84,4	19 290	0,9	19,0	80,1
Saarland	31 696	12,5	4,1	83,3	5 201	0,6	13,7	85,8
Sachsen	105 577	12,6	4,0	83,3	17 036	1,1	23,9	75,1
Sachsen-Anhalt	73 076	11,3	3,5	85,2	10 613	1,3	21,8	76,9
Schleswig-Holstein	79 333	15,6	2,6	81,8	16 107	0,8	13,2	86,0
Thüringen	53 722	12,3	3,8	83,9	8 513	1,4	21,6	77,0
Deutschland	2 406 685	12,6	2,9	84,5	392 912	0,9	17,2	81,9

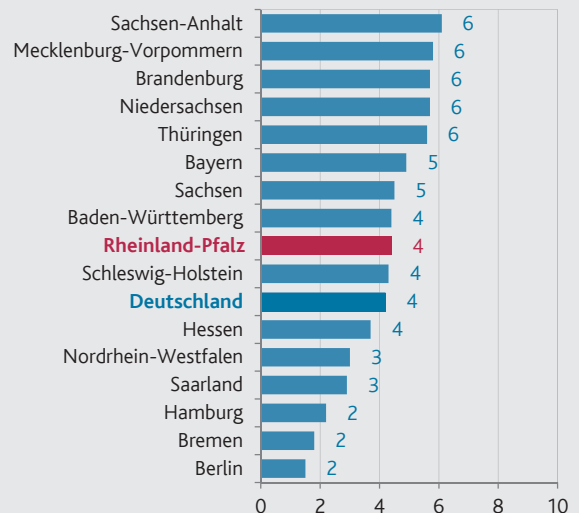
G 2

Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden und Getötete 2014 nach Bundesländern

Unfälle mit Personenschaden je 10 000 Einwohner/-innen



Getötete je 100 000 Einwohner/-innen



T 3 Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte im Straßenverkehr 2004–2014

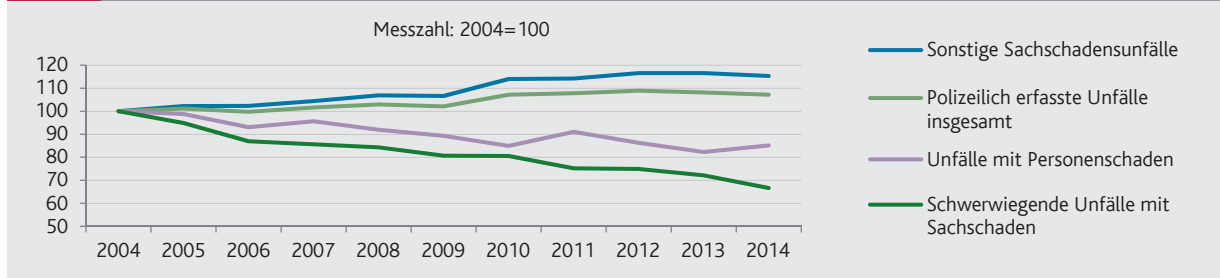
Unfälle	2004	2005	2011	2013	2014		
					insgesamt	Veränderung zu	
						2004	2013
Anzahl					%		
Polizeilich erfasste Unfälle	122 500	123 920	132 073	132 481	131 250	7,1	-0,9
mit Personenschaden	17 369	17 156	15 816	14 288	14 785	-14,9	3,5
schwerwiegend, mit Sachschaden ¹	8 748	9 275	7 353	7 058	6 515	-25,5	-7,7
sonstiger Sachschaden	96 383	97 489	108 904	111 135	109 950	14,1	-1,1
Verunglückte	22 860	22 774	20 705	18 728	19 290	-15,6	3,0
Leichtverletzte	18 054	18 150	16 673	15 000	15 455	-14,4	3,0
Schwerverletzte	4 514	4 338	3 840	3 554	3 660	-18,9	3,0
Getötete	292	286	192	174	175	-40,1	0,6

¹ Einschließlich Unfälle unter Einwirkung berauschender Mittel.

T 4 Verunglückte im Straßenverkehr 2014 nach Art der Verkehrsbeteiligung, Art der Verletzung und Altersgruppen

Art der Verkehrsbeteiligung	Ins- gesamt	Verän- derung zu 2004 ¹	Davon			Darunter: Altersgruppen in Jahren			
			Leicht- verletzte	Schwer- verletzte	Getötete	unter 15	15 – 18	18 – 24	ab 65 und älter
	Anzahl		%						
Insgesamt	19 290	-15,6	80,1	19,0	0,9	6,3	9,1	16,0	10,9
Fahrer/-in und Mitfahrer/-in von									
Fahrrädern ²	2 535	.	77,0	22,5	0,5	14,4	7,7	8,3	17,0
Mofas/Mopeds ³	960	.	76,7	22,8	0,5	1,3	26,6	11,7	10,7
Motorrädern	1 988	.	59,7	38,1	2,2	0,4	17,9	13,4	5,4
Pkw	11 442	-19,1	85,4	13,9	0,7	3,9	6,9	19,9	9,3
Bussen	192	6,1	94,3	5,7	-	26,0	7,8	5,7	24,5
Güterkraftfahrzeugen	542	-22,9	78,6	20,7	0,7	1,5	3,3	12,5	3,5
Fußgänger/-innen ⁴	1 443	.	74,0	24,4	1,7	22,0	8,7	8,0	19,5
sonstige	188	3,3	69,7	27,1	3,2	5,3	5,9	9,6	21,8

¹ Vergleichbarkeit aufgrund veränderter Abgrenzungen nicht möglich. – ² Einschließlich Pedelecs. – ³ Einschließlich E-Bikes und leichten vierradrigen Kfz. – ⁴ Einschließlich Fußgänger/-innen mit Sport- und Spielgeräten.

G 3 Straßenverkehrsunfälle 2004–2014


T 5

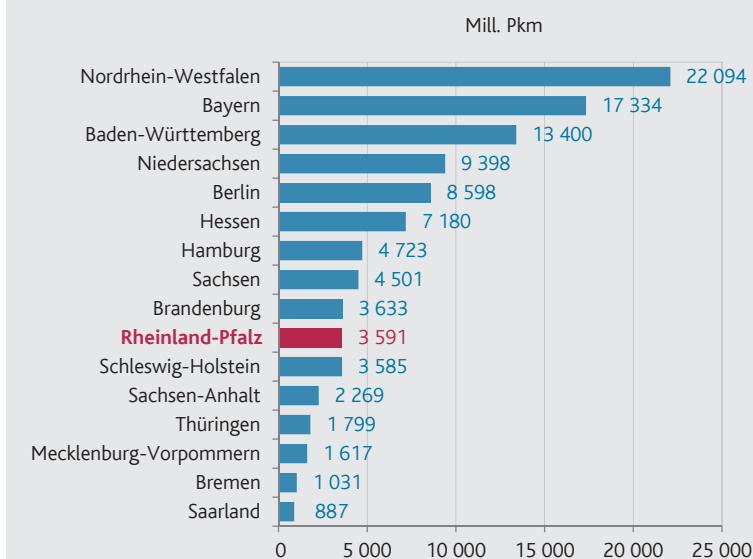
Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte im Straßenverkehr 2014 nach ausgewählten Hauptunfallursachen

Unfallursache	Unfälle mit Personenschaden		Verunglückte				Schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden	
	ins-gesamt	Anteil an insgesamt	ins-gesamt	davon			ins-gesamt	Anteil an insgesamt
				Leicht-verletzte	Schwer-verletzte	Getötete		
	Anzahl	%	Anzahl	%			Anzahl	%
Insgesamt	14 785	100	19 290	80,1	19,0	0,9	6 515	100
darunter								
Fehlverhalten der Fahrzeugführer/-in								
Alkoholeinfluss	737	5,0	947	71,2	27,2	1,6	586	9,0
Einfluss anderer berauschender Mittel	127	0,9	171	70,8	27,5	1,8	91	1,4
sonstige körperliche oder geistige Mängel	253	1,7	315	65,4	32,4	2,2	76	1,2
Benutzen der falschen Fahrbahn	418	2,8	500	84,6	14,0	1,4	60	0,9
Verstoß gegen das Rechtsfahrgebot	674	4,6	998	73,3	24,7	1,9	316	4,9
nicht angepasste Geschwindigkeit mit gleichzeitigem Überschreiten der zulässigen Höchstgeschwindigkeit	229	1,5	337	60,8	34,7	4,5	122	1,9
in anderen Fällen	3 466	23,4	4 595	72,8	25,8	1,4	1 776	27,3
ungenügender Sicherheitsabstand	2 929	19,8	4 126	91,7	8,1	0,2	518	8,0
Überholen								
trotz Gegenverkehr	97	0,7	166	66,9	28,3	4,8	34	0,5
trotz unklarer Verkehrslage	220	1,5	287	75,6	22,3	2,1	121	1,9
sonstige Fehler beim Überholen	179	1,2	230	78,7	20,0	1,3	47	0,7
Nebeneinanderfahren	215	1,5	301	86,4	13,3	0,3	95	1,5
Nichtbeachten								
der Regel „rechts vor links“	349	2,4	437	90,4	9,6	-	257	3,9
der die Vorfahrt regelnden Verkehrszeichen	1 863	12,6	2 568	81,3	18,0	0,7	1 083	16,6
der Regelung durch Polizeibeamte oder Lichtzeichen	157	1,1	227	89,4	10,1	0,4	88	1,4
Fehler								
beim Abbiegen	1 132	7,7	1 574	81,3	18,2	0,4	463	7,1
beim Wenden oder Rückwärtsfahren	564	3,8	648	81,5	17,6	0,9	215	3,3
beim Einfahren in den fließenden Verkehr	577	3,9	662	86,7	12,8	0,5	87	1,3
Falsches Verhalten gegenüber Fußgänger/-in								
an Fußgängerüberwegen	153	1,0	162	69,8	29,6	0,6	-	-
an anderen Stellen	318	2,2	343	79,3	19,8	0,9	-	-
andere Fehler bei/m Fahrzeugführer/-in	2 257	15,3	2 726	1,6	25,6	72,8	628	9,6
Fehlverhalten der Fußgänger/-in								
Fehler beim Überschreiten der Fahrbahn	18	0,1	24	4,2	41,7	54,2	-	-
ohne auf den Fahrzeugverkehr zu achten	166	1,1	191	5,2	32,5	62,3	2	0,0
Straßenverhältnisse								
Schnee, Eis	122	0,8	165	78,2	20,0	1,8	105	1,6
Regen	215	1,5	291	0,3	15,5	84,2	236	3,6
Hindernisse								
Wild auf der Fahrbahn	209	1,4	234	0,9	20,5	78,6	50	0,8

T 6 Beförderungsleistung im Liniennahverkehr 2004–2013 nach Bundesländern

Bundesland	2004	2006	2009	2012	2013			
					insgesamt	darunter: Schienenverkehr	Veränderung zu	
							2004	2012
	Mill. Pkm				%			
Baden-Württemberg	11 431	12 414	12 826	13 264	13 400	8 711	17,2	1,0
Bayern	14 803	15 458	17 392	17 400	17 334	12 008	17,1	-0,4
Berlin	7 336	7 826	8 287	8 384	8 598	7 241	17,2	2,6
Brandenburg	3 178	3 214	3 194	3 282	3 633	2 525	14,3	10,7
Bremen	744	1 078	1 014	1 192	1 031	724	38,6	-13,5
Hamburg	3 741	4 167	4 158	4 541	4 723	3 751	26,2	4,0
Hessen	6 290	6 285	6 759	7 328	7 180	5 058	14,1	-2,0
Mecklenburg-Vorpommern	1 620	1 656	1 548	1 581	1 617	986	-0,2	2,3
Niedersachsen	6 895	7 284	8 114	8 518	9 398	5 624	36,3	10,3
Nordrhein-Westfalen	18 722	20 033	20 879	22 220	22 094	13 080	18,0	-0,6
Rheinland-Pfalz	3 818	3 883	3 909	3 613	3 591	2 025	-5,9	-0,6
Saarland	859	895	968	920	887	341	3,3	-3,6
Sachsen	3 926	4 149	4 213	4 468	4 501	2 958	14,6	0,7
Sachsen-Anhalt	2 418	2 410	2 324	2 288	2 269	1 445	-6,2	-0,8
Schleswig-Holstein	3 295	2 793	3 531	3 543	3 585	1 833	8,8	1,2
Thüringen	1 928	1 902	1 742	1 715	1 799	1 139	-6,7	4,9
Deutschland	91 004	95 445	100 857	104 256	105 640	69 449	16,1	1,3

G 4 Beförderungsleistung im Liniennahverkehr 2013 nach Bundesländern



Die Beförderungsleistung im Personen-nahverkehr wird grundsätzlich anhand des Unternehmenssitzprinzips erfasst. Für den Nachweis der Beförderungsleistung im Ländervergleich findet eine Konsolidierung statt. Die Ergebnisse für Rheinland-Pfalz beinhalten somit auch die Beförderungsleistungen von Unternehmen mit Sitz in anderen Bundesländern, so z. B. auch des Straßenbahnnetzes in Ludwigshafen, das von einem Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg betrieben wird.

T 7 Verkehrsleistungen im Personenverkehr mit Bussen und Bahnen 2013

Verkehrsart	Unternehmen	Fahrgäste	Beförderungsleistung	Fahrzeugleistung	Beförderungsangebot
	Anzahl	1 000	1 000 Pkm	1 000 Fahrzeug-km	1 000 Platz-km
Öffentliche Unternehmen	14	125 088	787 998	45 766	4 494 826
Linienverkehr	13	124 316	778 926	45 579	4 483 305
Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen	8	772	9 071	187	11 521
Gemischtwirtschaftliche Unternehmen	11	40 110	432 495	33 270	2 739 119
Linienverkehr	8	39 993	405 932	32 740	2 700 292
Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen	9	117	26 563	530	38 826
Private Unternehmen	225	67 681	2 056 025	81 653	5 736 252
Linienverkehr	92	64 362	1 103 114	49 519	4 191 724
Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen	192	3 319	952 911	32 134	1 544 528
Unternehmen insgesamt	249	232 879	3 276 517	160 688	12 970 197
Linienverkehr	113	228 671	2 287 972	127 837	11 375 321
Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen	209	4 208	988 545	32 851	1 549 876

T 8 Personenverkehr 2004–2013 nach Verkehrsmitteln

Verkehrsart	2004	2005	2007	2009	2012	2013		
						insgesamt	Veränderung zu	
							2004	2012
Beförderte Personen ¹	1 000					%		
darunter								
Straßenpersonenverkehr	281 052	260 189	265 068	268 668	224 375	228 671	-18,6	1,9
Busse	246 875	222 601	226 030	228 354	199 403	202 439	-18,0	1,5
Straßenbahnen	30 143	30 029	32 200	30 321	11 277	14 802	-50,9	31,3
Eisenbahnverkehr	8 812	7 679	8 735	11 378	15 159	13 937	58,2	-8,1
Beförderungsleistung ¹	Mill. Pkm					%		
darunter								
Busse	2 582	2 563	2 383	2 354	1 983	1 891	-26,8	-4,6
Straßenbahnen	152	155	158	159	55	57	-62,5	3,6
Eisenbahnverkehr	139	100	114	141	376	340	x	x

1 Ohne Luftverkehr.

T 9 Personenverkehr an den ausgewählten Flughäfen Hahn und Zweibrücken¹ 2009–2014

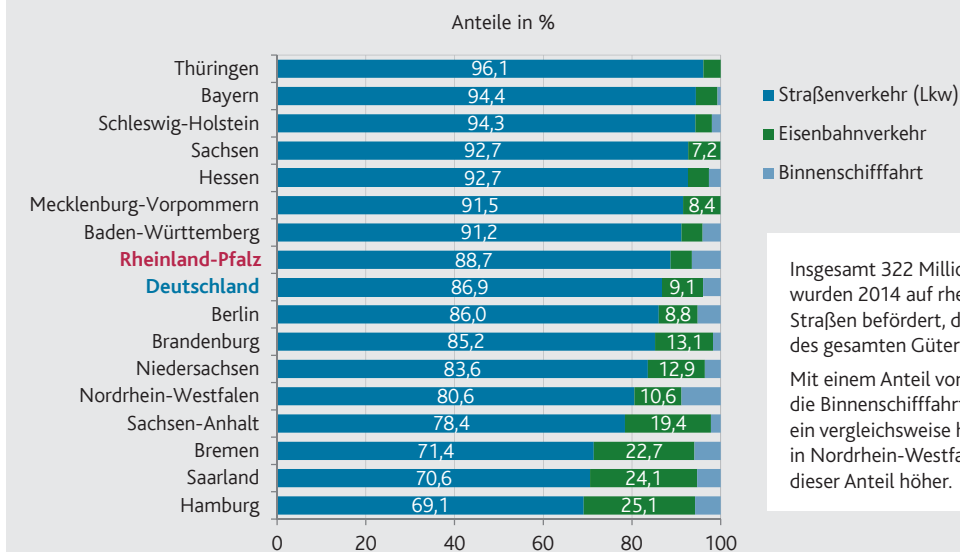
Flughafen	2009	2011	2013	2014			
				insgesamt	Rang in Deutschland	Veränderung zu	
						2009	2013
	1 000					%	
Hahn	3 739	2 888	2 668	2 446	12	-34,6	-8,3
Einsteiger/-innen	1 865	1 406	1 283	1 182	12	-36,6	-7,9
Aussteiger/-innen	1 874	1 424	1 302	1 199	12	-36,0	-7,9
Zweibrücken	315	212	211	206	24	-34,6	-2,4
Einsteiger/-innen	160	106	105	101	24	-36,9	-3,8
Aussteiger/-innen	155	103	104	100	24	-35,5	-3,8

1 Einschließlich Transitverkehr.

T 10 Güterumschlag 2013 bzw. 2014 nach Verkehrsarten und Bundesländern

Bundesland	Eisenbahnverkehr 2013			Binnenschifffahrt 2014			Straßenverkehr 2013		
	insgesamt	Veränderung zu		insgesamt	Veränderung zu		insgesamt	Veränderung zu	
		2003	2012		2004	2013		2003	2012
	1 000 t	%		1 000 t	%		1 000 t	%	
Baden-Württemberg	37 778	41,1	12,8	30 583	-7,1	-5,2	723 159	16,6	1,9
Bayern	53 160	15,9	0,6	8 246	-21,6	9,6	1 024 226	15,6	4,3
Berlin	6 750	65,7	24,1	4 095	34,0	2,7	66 206	-6,9	-2,7
Brandenburg	34 052	43,7	2,7	4 172	9,0	-6,2	221 756	-9,2	2,5
Bremen	18 783	79,2	0,5	4 658	-16,2	-4,7	59 102	8,7	-13,0
Hamburg	46 352	62,9	1,5	11 671	28,9	9,6	127 456	35,0	8,1
Hessen	18 002	25,4	2,6	10 438	-18,2	1,4	358 969	16,0	2,2
Mecklenburg-Vorpommern	12 232	32,6	11,6	36,0	-47,1	2,9	132 610	-0,5	-5,3
Niedersachsen	92 874	85,6	-1,2	26 061	-1,8	1,5	604 143	17,9	-1,6
Nordrhein-Westfalen	147 522	-1,0	-0,5	127 220	1,6	3,4	1 120 492	4,4	1,0
Rheinland-Pfalz	17 489	51,7	5,8	23 324	-4,4	-0,7	321 559	5,5	3,7
Saarland	21 384	-34,3	-16,6	4 577	45,7	-2,6	62 500	-3,4	-1,7
Sachsen	23 041	34,4	-0,4	122	-13,5	-43,0	295 114	-13,5	2,9
Sachsen-Anhalt	59 062	41,5	3,5	6 729	7,6	0,7	239 262	-8,4	2,4
Schleswig-Holstein	7 347	-15,3	-3,7	3 761	9,3	-4,3	186 669	15,8	8,4
Thüringen	7 565	-4,9	-1,1	-	-	-	186 479	-13,3	-2,7
Deutschland	603 393	25,3	0,9	265 692	-0,5	1,5	5 729 702	7,2	1,7

G 5 Güterumschlag 2014 nach Verkehrsarten und Bundesländern



Insgesamt 322 Millionen Tonnen Güter wurden 2014 auf rheinland-pfälzischen Straßen befördert, das waren 89 Prozent des gesamten Güterumschlags.

Mit einem Anteil von 6,5 Prozent hat auch die Binnenschifffahrt in Rheinland-Pfalz ein vergleichsweise hohes Gewicht. Nur in Nordrhein-Westfalen (8,8 Prozent) lag dieser Anteil höher.

T 11 Güterverkehr 2003–2013 nach Verkehrsart

Verkehrsart	2003	2005	2010	2012	2013			
					insgesamt	Anteil an insgesamt	Veränderung zu	
							2003	2012
Beförderungsmenge	1 000 t					%		
Straßenverkehr (Lkw)	304 727	303 033	277 913	310 084	321 559	88,7	5,5	3,7
Binnenschifffahrt	22 789	24 923	25 052	22 571	23 487	6,5	3,1	4,1
Eisenbahnverkehr	11 528	14 880	17 340	16 526	17 489	4,8	51,7	5,8

T 12 Güterumschlag 2010–2013 nach Verkehrsart und ausgewählten Güterarten

Güterarten ¹	2010	2011	2012	2013			
				insgesamt	Anteil	Veränderung zu	
						2010	2012
1 000 t				%			
Binnenschifffahrt							
Kokerei- und Mineralölerzeugnisse	4 973	4 795	4 764	4 751	33,6	-4,5	-0,3
Metalle und Metallerzeugnisse	735	578	785	974	6,6	32,5	24,1
Chemische Erzeugnisse	5 094	5 030	5 201	5 053	17,5	-0,8	-2,8
Fahrzeuge	349	309	331	335	4,5	-4,0	1,2
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei	1 314	1 237	1 411	1 491	11,9	13,5	5,7
Eisenbahnverkehr							
Kokerei- und Mineralölerzeugnisse	472	1 313	1 341	1 264	8,9	167,8	-5,7
Metalle und Metallerzeugnisse	3 162	3 410	9 139	3 129	21,2	-1,0	-65,8
Chemische Erzeugnisse	2 839	2 925	3 027	2 840	9,8	0,0	-6,2
Fahrzeuge	355	331	258	262	3,5	-26,2	1,6
Geräte und Material für die Güterbeförderung	386	283	313	379	4,4	-1,8	21,1
Straßenverkehr							
Metalle und Metallerzeugnisse	11 616	12 681	9 980	10 630	72,2	-8,5	6,5
Chemische Erzeugnisse	22 234	25 883	23 135	20 950	72,6	-5,8	-9,4
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei	11 972	13 748	12 966	10 971	87,3	-8,4	-15,4
Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	93 872	121 512	111 324	118 586	94,8	26,3	6,5
Sekundärrohstoffe, Abfälle	21 933	25 468	20 571	22 827	91,0	4,1	11,0
1 Nach NST 2007.							

1 Nach NST 2007.

T 13 Güterumschlag in der Binnenschifffahrt 2014 nach ausgewählten Häfen

Hafen	Insgesamt	Davon		Anteil an insgesamt	Versand		Empfang	
		Versand	Empfang		Veränderung zu			
					2004	2013	2004	2013
	1 000 t	%						
Insgesamt	22 542	9 760	12 782	100	0,6	-0,9	-10,1	-2,6
darunter								
Andernach	2 794	1 765	1 029	12,4	-1,9	-1,5	4,7	-7,5
Bendorf	1 765	851	914	7,8	-7,2	-7,4	28,2	-2,7
Berghausen	203	24	179	0,9	x	x	x	-62,5
Budenheim	159	-	159	0,7	-	-	-26,4	-4,2
Germersheim	1 450	805	645	6,4	17,0	15,8	3,0	14,4
Koblenz	825	296	529	3,7	-39,0	-3,0	-38,2	0,8
Lahnstein	142	67	75	0,6	-11,8	-21,2	-70,4	-21,1
Linz	116	116	-	0,5	1,8	-24,2	-	-
Ludwigshafen	7 331	2 408	4 923	32,5	31,7	-6,9	-10,0	-0,7
Mainz	2 985	1 280	1 704	13,2	33,2	6,4	-14,2	2,9
Neuwied	110	-	110	0,5	-100,0	-	-70,4	-11,3
Speyer	657	164	493	2,9	19,7	-16,8	7,2	-8,4
Trier	1 183	436	747	5,2	109,6	24,9	8,4	-3,0
Worms	1 392	500	892	6,2	60,8	2,9	21,5	8,8
Wörth	1 107	878	228	4,9	8,1	-4,4	-33,3	0,9

T 14 Güterumschlag im Luftverkehr am Flughafen Hahn 2009–2014

Flughafen	2009	2011	2013	2014				
				insgesamt	Anteil an Deutschland	Rang in Deutschland	Veränderung zu	
							2009	2013
1 000				%			%	
Insgesamt ¹	105,1	284,8	151,0	132,7	2,9	5	26,3	-12,1
Einladungen	50,2	122,1	73,1	74,3	3,2	5	48,0	1,6
Ausladungen	54,9	99,4	60,3	52,7	2,5	5	-4,0	-12,6
1 Einschließlich Transitverkehr.								

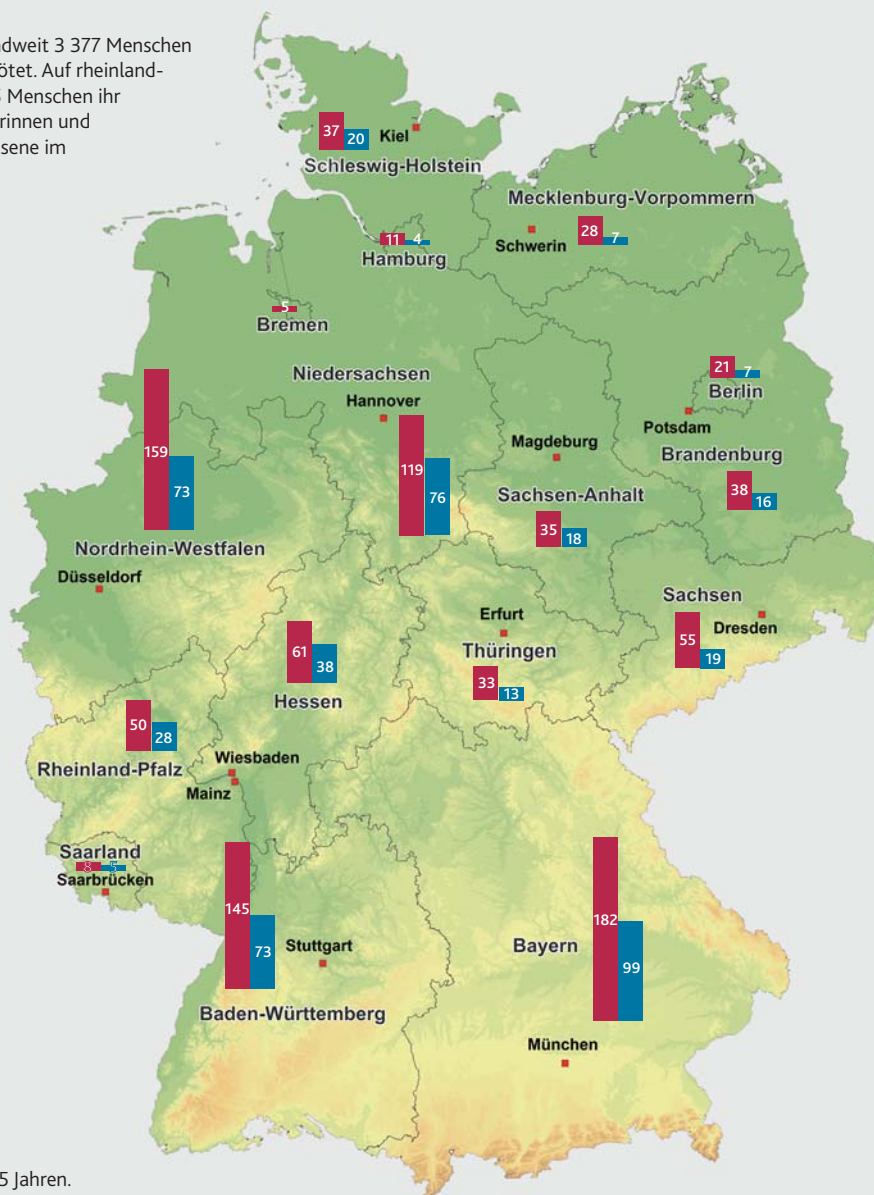
K 1 Bei Straßenverkehrsunfällen getötete Senioren/-innen¹ und junge Erwachsene² 2014 nach Bundesländern

Im Jahr 2014 wurden deutschlandweit 3 377 Menschen bei Straßenverkehrsunfällen getötet. Auf rheinland-pfälzischen Straßen verloren 175 Menschen ihr Leben. Darunter waren 50 Seniorinnen und Senioren sowie 28 junge Erwachsene im Alter von 18 bis unter 25 Jahren.

■ Senioren/-innen
■ Junge Erwachsene

1 Senioren/-innen: ab 65 Jahren.

2 Junge Erwachsene: 18 bis unter 25 Jahren.



T 15 Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte 2014 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Straßenverkehrsunfälle				Verunglückte			
	ins- gesamt	davon			ins- gesamt	davon		
		mit Personen- schaden	schwerwiegend, mit	sonstige		Leicht- verletzte	Schwer- verletzte	Getötete
	Anzahl		%		Anzahl		%	
Frankenthal (Pfalz), St.	1 766	13,1	3,9	83,0	288	85,4	13,9	0,7
Kaiserslautern, St.	4 680	9,2	3,0	87,7	559	90,2	9,5	0,4
Koblenz, St.	5 507	11,1	3,5	85,4	780	89,2	10,4	0,4
Landau i. d. Pfalz, St.	2 127	10,7	4,0	85,3	269	82,9	16,7	0,4
Ludwigshafen a. Rh., St.	6 569	11,7	4,2	84,0	946	85,4	14,2	0,4
Mainz, St.	7 077	11,5	3,5	85,1	971	87,6	12,2	0,2
Neustadt a. d. Weinstr., St.	1 900	11,8	3,8	84,4	301	87,7	12,0	0,3
Pirmasens, St.	1 332	10,1	4,7	85,2	166	80,1	19,3	0,6
Speyer, St.	2 133	13,6	4,5	81,9	341	86,5	13,2	0,3
Trier, St.	4 306	10,8	3,5	85,7	603	86,4	13,3	0,3
Worms, St.	2 637	13,0	4,2	82,8	422	77,3	21,1	1,7
Zweibrücken, St.	1 161	11,6	4,1	84,2	178	79,8	19,1	1,1
Ahrweiler	4 633	13,1	3,6	83,2	792	80,2	19,2	0,6
Altenkirchen (Ww.)	3 830	12,9	4,7	82,4	634	78,2	21,0	0,8
Alzey-Worms	3 046	12,0	5,8	82,2	493	75,7	22,5	1,8
Bad Dürkheim	3 783	11,6	4,5	83,9	550	79,5	19,1	1,5
Bad Kreuznach	4 703	10,8	4,9	84,4	653	82,1	17,2	0,8
Bernkastel-Wittlich	3 921	10,2	5,5	84,4	571	77,6	21,4	1,1
Birkenfeld	2 481	8,7	5,3	86,0	296	79,4	20,3	0,3
Cochem-Zell	2 166	11,4	4,9	83,7	337	71,5	27,0	1,5
Donnersbergkreis	2 138	10,3	3,8	85,8	289	73,7	25,3	1,0
Eifelkreis Bitburg-Prüm	3 635	9,2	3,6	87,3	454	71,4	27,3	1,3
Germersheim	3 645	11,2	4,5	84,3	509	77,8	21,2	1,0
Kaiserslautern	3 686	10,2	4,8	85,0	497	78,5	20,3	1,2
Kusel	2 096	9,2	3,9	87,0	250	70,4	29,2	0,4
Mainz-Bingen	4 961	10,9	4,7	84,4	691	82,1	17,4	0,6
Mayen-Koblenz	6 594	11,8	4,7	83,5	1 058	78,8	20,3	0,9
Neuwied	6 029	12,3	6,1	81,7	1 026	78,3	21,0	0,8
Rhein-Hunsrück-Kreis	3 432	8,8	4,8	86,5	389	80,5	18,3	1,3
Rhein-Lahn-Kreis	3 446	12,1	4,1	83,8	535	80,9	17,9	1,1
Rhein-Pfalz-Kreis	3 429	12,9	5,0	82,0	594	75,8	23,2	1,0
Südliche Weinstraße	3 246	13,2	3,3	83,5	539	69,4	29,5	1,1
Südwestpfalz	2 372	10,4	3,5	86,1	324	77,8	21,3	0,9
Trier-Saarburg	4 072	10,7	3,9	85,4	631	77,0	21,2	1,7
Vulkaneifel	2 360	11,2	3,2	85,6	370	70,5	27,3	2,2
Westerwaldkreis	6 351	11,3	5,4	83,3	984	79,1	19,3	1,6
Rheinland-Pfalz	131 250	11,3	4,4	84,4	19 290	80,1	19,0	0,9
kreisfreie Städte	41 195	11,3	3,8	84,9	5 824	86,0	13,5	0,5
Landkreise	90 055	11,2	4,6	84,1	13 466	77,6	21,3	1,1

1 Einschließlich Unfälle unter Einwirkung berauschender Mittel.

K 2

Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden 2014 nach Verwaltungsbezirken

Im Jahr 2014 registrierte die Polizei auf rheinland-pfälzischen Straßen insgesamt 131 250 Straßenverkehrsunfälle, bei rund elf Prozent dieser Unfälle kamen Menschen zu Schaden. Die meisten der 19 290 Verunglückten wurden leicht verletzt (80 Prozent), 19 Prozent trugen schwere Verletzungen davon und 0,9 Prozent verloren ihr Leben.

Auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen im Landesdurchschnitt 37 Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden. Am geringsten war die Zahl im Landkreis Südwestpfalz (25,5), am höchsten in der kreisfreien Stadt Speyer (58).

je 10 000 Einwohner/-innen

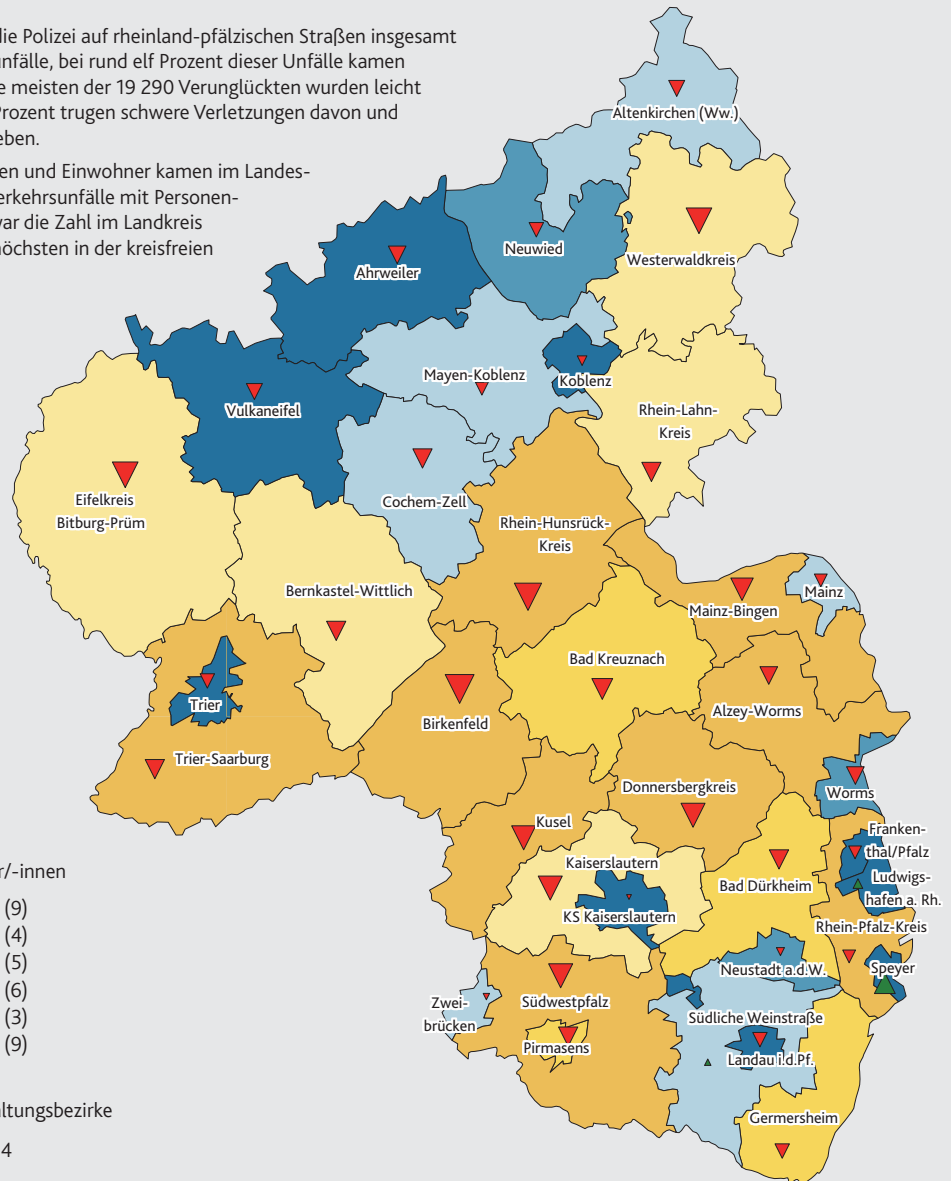
- unter 31 (9)
- 31 bis unter 34 (4)
- 34 bis unter 37 (5)
- 37 bis unter 40 (6)
- 40 bis unter 43 (3)
- 43 und mehr (9)

Landeswert: 37

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2004

- ▲ Zunahme
- ▼ Abnahme



T 16

Bestand an Kraftfahrzeugen am 1. Januar 2015 sowie Zulassungen und Besitzumschreibungen 2013
nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Bestand			Zulassungen ¹			Besitzumschreibungen ¹		
	insgesamt	je 1 000 Einwohner/-innen	darunter: Pkw	insgesamt	je 1 000 Einwohner/-innen	darunter: Pkw	insgesamt	je 1 000 Einwohner/-innen	darunter: Pkw
	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%
Frankenthal (Pfalz), St.	29 145	616	86,6	1 412	29,8	84,8	4 508	95,2	90,7
Kaiserslautern, St.	56 135	578	87,3	6 407	65,9	92,6	8 389	86,3	91,6
Koblenz, St.	67 762	612	85,2	5 872	53,1	85,2	10 084	91,1	88,5
Landau i. d. Pfalz, St.	29 626	676	84,9	2 330	53,2	90,2	4 334	98,9	89,8
Ludwigshafen a. Rh., St.	89 946	557	86,4	5 893	36,5	88,1	15 842	98,1	91,5
Mainz, St.	108 465	531	87,0	7 383	36,1	88,3	15 259	74,7	90,6
Neustadt a. d. Weinstr., St.	36 979	706	84,0	1 821	34,8	85,8	5 470	104,4	88,3
Pirmasens, St.	25 444	634	86,0	1 446	36,1	88,6	4 259	106,2	89,9
Speyer, St.	32 316	650	85,7	2 104	42,3	85,7	5 047	101,5	90,1
Trier, St.	57 786	533	84,7
Worms, St.	50 370	627	84,7	2 362	29,4	81,8	8 298	103,3	89,7
Zweibrücken, St.	23 482	689	85,4	1 082	31,7	82,5	3 524	103,4	89,5
Ahrweiler	96 702	767	80,7	3 800	30,1	82,4	15 432	122,4	87,6
Altenkirchen (Ww.)	95 503	744	81,2	4 204	32,7	83,0	16 724	130,3	88,8
Alzey-Worms	99 495	795	79,2	4 101	32,8	80,9	14 605	116,6	87,7
Bad Dürkheim	101 076	771	83,3	4 683	35,7	84,0	14 441	110,2	88,8
Bad Kreuznach	114 510	737	81,0	4 771	30,7	76,2	17 430	112,2	88,4
Bernkastel-Wittlich	90 534	818	76,9	3 789	34,2	82,0	13 501	122,0	86,6
Birkenfeld	59 807	741	82,8	2 408	29,8	84,8	9 619	119,2	89,6
Cochem-Zell	50 781	817	76,1	2 684	43,2	80,0	8 644	139,2	87,2
Donnersbergkreis	57 340	763	80,9	2 129	28,3	83,9	9 242	122,9	88,2
Eifelkreis Bitburg-Prüm	81 507	848	73,9	3 386	35,2	76,7	12 614	131,2	85,3
Germersheim	92 920	741	82,5	6 623	52,8	87,3	14 378	114,6	89,1
Kaiserslautern	76 971	739	82,9	2 750	26,4	81,6	11 488	110,3	88,8
Kusel	55 246	777	81,9	1 459	20,5	85,7	8 688	122,2	88,5
Mainz-Bingen	156 697	771	82,7	7 595	37,4	87,0	21 331	104,9	88,4
Mayen-Koblenz	154 159	735	83,1	6 938	33,1	82,1	24 685	117,7	87,9
Neuwied	132 511	738	82,9	6 511	36,3	81,6	22 568	125,8	88,6
Rhein-Hunsrück-Kreis	82 458	810	78,4	3 383	33,2	78,7	12 658	124,3	86,5
Rhein-Lahn-Kreis	92 100	759	81,5	4 021	33,1	77,8	14 675	120,9	89,0
Rhein-Pfalz-Kreis	113 002	758	84,0	4 484	30,1	83,2	15 870	106,5	87,9
Südliche Weinstraße	90 882	834	78,4	3 737	34,3	83,7	12 502	114,7	87,7
Südwestpfalz	78 223	810	81,4	2 775	28,7	83,8	11 340	117,4	87,5
Trier-Saarburg	115 576	796	78,6
Vulkaneifel	50 975	839	74,7	1 954	32,2	80,2	7 995	131,6	85,1
Westerwaldkreis	154 649	778	81,1	8 412	42,3	84,0	25 396	127,8	88,5
Rheinland-Pfalz	2 901 080	726	81,8	142 575	35,7	83,9	446 267	111,7	88,4
kreisfreie Städte	723 032	703	84,7	45 978	44,7	86,9	110 441	107,4	89,6
Landkreise	2 178 048	734	80,9	96 597	32,6	82,5	335 826	113,2	88,0







1 Ohne gemeinsame Zulassungsstelle Trier, St./Trier-Saarburg.

K 3 Pkw-Bestand am 1. Januar 2015 nach Verwaltungsbezirken

Anfang 2015 waren in Rheinland-Pfalz 2,4 Millionen Pkw zugelassen. Bezogen auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner ergibt sich eine Pkw-Dichte von 580. Ein Grund für eine hohe Pkw-Dichte ist die vergleichsweise große Zahl an Pendlerinnen und Pendlern und die langen Arbeitswege.

Während im Landkreis Südwestpfalz 659 Pkw auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner kommen, sind es in der Landeshauptstadt Mainz fast 200 weniger (462).



je 1 000 Einwohner/-innen

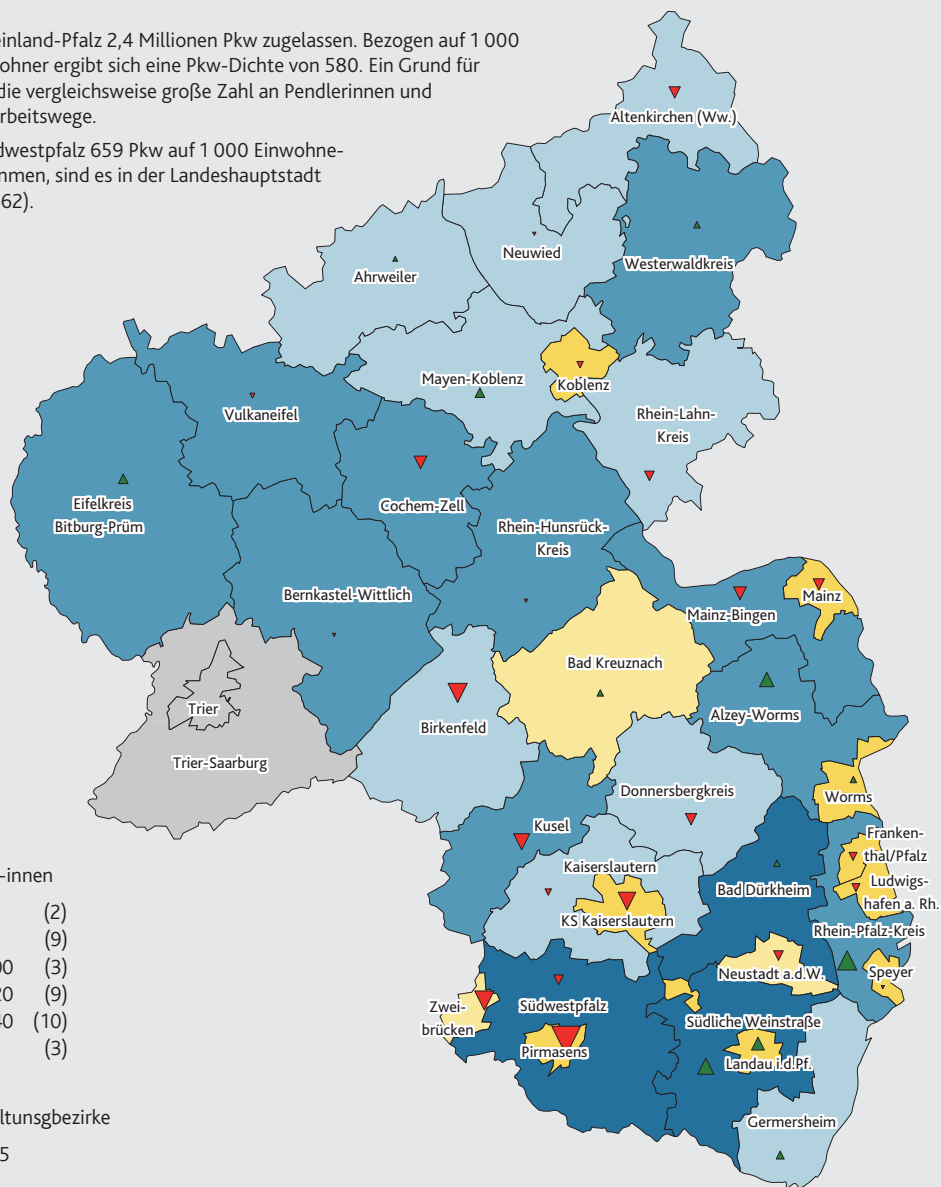
- | | | |
|---|-------------------|------|
|  | ohne Angabe | (2) |
|  | unter 580 | (9) |
|  | 580 bis unter 600 | (3) |
|  | 600 bis unter 620 | (9) |
|  | 620 bis unter 640 | (10) |
|  | 640 und mehr | (3) |

Landeswert: 594,5

() Anzahl der Verwaltungsbezirke

Veränderung zu 2005

-  Zunahme
 Abnahme



Datenquellen

Statistik	Tabelle	Grafik	Karten	Übersicht
Statistik der Straßenverkehrsunfälle	T 1 bis T 6	G 1 bis G 3	K 1	-
Statistik des gewerblichen Personennahverkehrs und des Omnibusfernverkehrs	T 1, T 7 bis T 9	G 4, G 5	-	-
Verkehrsleistungsstatistik im Luftverkehr	T 1, T 9, T 10, T 12, T 15	-	-	-
Güterverkehrsstatistik der Eisenbahn	T 1, T 11 bis T 13	G 6 bis G 8	-	-
Güterverkehrsstatistik der Binnenschifffahrt	T 1, T 11 bis T 14	G 6 bis G 8	-	-
Statistik des Kraftfahrzeug- und Anhängerbestandes	T 16, T 17	-	K 2	-

Statistiken

Die **Statistik der Straßenverkehrsunfälle** wird monatlich als dezentrale Bundesstatistik erstellt. In ihr werden alle Straßenverkehrsunfälle abgebildet, die infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen in Deutschland entstanden sind und die von der Polizei aufgenommen wurden. Die Datengrundlage bilden die Unterlagen der Polizeidienststellen aus den Unfallaufnahmen sowie für die fahrzeugbezogenen Merkmale das Zentrale Fahrzeugregister. In Rheinland-Pfalz werden die Daten aus den Unfallaufnahmen vom Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur an das Statistische Landesamt übersandt. Die fahrzeugbezogenen Merkmale werden vom Kraftfahrt-Bundesamt separat an die Statistischen Landesämter übermittelt. Die Statistik offeriert Angaben zu den Unfällen, den Beteiligten, den Fahrzeugen, den Verunglückten und den Unfallursachen sowie zur Zahl der Benutzer der am Unfall beteiligten Fahrzeuge. Die Verkehrsbeteiligungsarten wurden zum 1. Januar 2014 durch das Statistische Bundesamt aktualisiert."

Die **Statistik des gewerblichen Personennahverkehrs und des Omnibusfernverkehrs** wird als dezentrale Bundesstatistik vierteljährlich, jährlich und fünfjährlich durchgeführt, wobei die fünfjährige Erhebung in den betreffenden Jahren die jährliche Erhebung ersetzt. Für Rheinland-Pfalz werden ausschließlich Unternehmen mit Sitz in Rheinland-Pfalz befragt, die als Betriebsführer oder beauftragte Beförderer öffentlichen Personennahverkehr mit Eisenbahnen, Straßenbahnen oder Omnibussen oder öffentlichen Personenfernverkehr mit Omnibussen betreiben. Zu der jährlichen Statistik werden die Gesamtheit der Unternehmen, die im Jahr der letzten fünfjährigen Erhebung mindestens 250 000 Fahrgäste befördert haben, und zusätzlich – allerdings mit einem reduzierten Merkmalprogramm – eine repräsentative Auswahl der übrigen Unternehmen herangezogen. Die jährliche Erhebung beinhaltet Angaben zu den Fahrgästen, der Beförderungsleistung, dem Beförderungsangebot, den Fahrleistungen und den realisierten Einnahmen. Sie besteht aus einem für alle Unternehmen identischen Fragenkatalog sowie aus einem Fragenkatalog für die größeren Unternehmen. Diese melden zusätzlich für den Liniennahverkehr mit Bussen und Bahnen die Beförderungsleistungen nach Ländern sowie die Fahrleistungen nach Kreisen.

Die **Verkehrsleistungsstatistik im Luftverkehr** ist eine zentrale Bundesstatistik, die im Statistischen Bundesamt erstellt wird. Sie gliedert sich in eine monatliche Erhebung zum gewerblichen Luftverkehr auf den Hauptverkehrsflughäfen, d.h. den Flugplätzen mit einem Verkehrsaufkommen von mehr als 150 000 Fluggasteinheiten, eine jährliche Erhebung zum gewerblichen Luftverkehr auf den übrigen Flugplätzen und eine jährliche Erhebung zum Werkverkehr und sonstigen nichtgewerblichen Luftverkehr. Eine Fluggasteinheit beinhaltet dabei einen Passagier, 100 Kilogramm Fracht oder 100 Kilogramm Post. In den Erhebungen werden alle Starts und Landungen von in- und ausländischen Luftfahrzeugen auf inländischen Flugplätzen erfasst. Überflüge über das Inland bleiben unberücksichtigt. Die Erhebungen zum gewerblichen Luftverkehr geben Auskunft über das Luftfahrzeug, den Flug, die Fluggäste und die Fracht- und Postgüter. Die Daten zum gewerblichen Verkehr an den Hauptverkehrsflughäfen werden den Flugberichten entnommen, die von den Fluggesellschaften für jeden Flug zu erstatten sind und von den Flugplatzunternehmern an das Statistische Bundesamt zu leiten sind.

Die **Güterverkehrsstatistik der Binnenschifffahrt** wird monatlich als dezentrale Bundesstatistik erstellt. In der Statistik werden alle Ankünfte und Abgänge inländischer und ausländischer Binnenschiffe in bzw. von inländischen Binnenhäfen oder sonstigen Lade- und Löschplätzen erfasst, sofern die Schiffe eine Tragfähigkeit von mindestens 50 Tonnen aufweisen und die Güterbeförderung gewerbsmäßig erfolgt. Die Daten zu den Ankünften und Abgängen der Schiffe werden bei den Frachtführern, Verfrachtern oder Schiffsführern erhoben, die für jede Ankunft und jeden Abgang eine sogenannte Zählkarte auszufüllen und bei der Hafenverwaltung abzugeben haben. Die ausgefüllten Zählkarten werden von den Hafenverwaltungen gesammelt und monatlich an das Statistische Landesamt weitergeleitet, in dessen Zuständigkeitsbereich der betreffende Binnenhafen, Lade- oder Löschplatz liegt. Die Daten zum Durchgangsverkehr werden von der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes direkt an das Statistische Bundesamt geleitet. Erhebungsmerkmale sind Angaben über das Schiff, die Fahrt und die eingeladenen, ausgeladenen oder beförderten Güter- und Ladungseinheiten.

Die **Güterverkehrsstatistik der Eisenbahn** wird als zentrale Bundesstatistik monatlich, jährlich und fünfjährlich durchgeführt, wobei die fünfjährliche Erhebung in den Jahren ihrer Durchführung die jährliche Erhebung ersetzt. In die jährliche Erhebung werden alle inländischen und ausländischen Unternehmen einbezogen, die Güterverkehr auf dem inländischen Schienennetz des öffentlichen Verkehrs betreiben und über eine Genehmigung als Eisenbahnverkehrsunternehmen verfügen. Die Hauptfrachtführer übermitteln festgelegte Angaben aus den Frachtbriefen und weitere Angaben an das Statistische Bundesamt. Von den Unternehmen, die im Vorjahr eine Beförderungsleistung von mindestens zehn Millionen Tonnenkilometer oder eine Million Tonnenkilometer im kombinierten Verkehr erbracht haben, sind dies Angaben über die beförderten Güter nach Menge, Beförderungsleistung und Art der Beförderung, die Fahrleistung und das Unternehmen. Die übrigen Unternehmen müssen Angaben zu einem reduzierten Merkmalprogramm liefern.

Die **Straßengüterverkehrsstatistik** wird monatlich vom Kraftfahrt-Bundesamt erstellt. Einbezogen in diese externe Bundesstatistik ist eine repräsentative Auswahl von höchstens fünf Promille der im Zentralen Fahrzeugregister des Kraftfahrt-Bundesamtes geführten Lastkraftwagen und Sattelzugmaschinen, deren zulässiges Gesamtgewicht sechs Tonnen oder deren Nutzlast 3,5 Tonnen übersteigt, sowie die von diesen gezogenen Anhänger und Sattelaufleger. Die Statistik gibt Auskunft über die Transporte inländischer Fahrzeuge im In- und Ausland, und zwar sowohl über den gewerblichen Verkehr als auch über den Werkverkehr. Auskunftspflichtig sind die

Fahrzeughalter oder die unmittelbaren Fahrzeugbesitzer, die ihre Meldung per Fragebogen gegenüber dem Kraftfahrt-Bundesamt abzugeben haben. Erhoben werden Angaben zum Fahrzeug und Angaben zu den im Berichtszeitraum beginnenden Fahrten bis zu ihrem Fahrtende. Die Angaben zu den Fahrten beinhalten u. a. die Verkehrsart (z. B. gewerblicher Verkehr), die Art des beförderten Gutes, das Gewicht des beförderten Gutes, der Ort und der Staat der Be- und Entladung, die zurückgelegte Entfernung und die durchquerten Staaten.

Die **Statistik des Kraftfahrzeug- und Anhängerbestandes** wird als externe Bundesstatistik vom Kraftfahrt-Bundesamt angefertigt. Erfasst werden alle nach der Fahrzeug-Zulassungsverordnung in Deutschland zugelassenen Fahrzeuge einschließlich der außer Betrieb gesetzten Fahrzeuge, denen ein Kennzeichen zugeteilt wurde. Ausgenommen sind die Fahrzeuge der Bundeswehr sowie die Fahrzeuge mit rotem Kennzeichen, Kurzzeitkennzeichen und Ausfuhrkennzeichen. Die Statistik gibt Auskunft über den Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie über die Neuzulassungen, die Besitzumschreibungen und die Außerbetriebsetzungen. Die Angaben zu dem Bestand werden jährlich zum Stichtag 1. Januar und die übrigen Angaben darüber hinaus auch monatlich angeboten. Die für die Erstellung der Statistik benötigten Daten werden dem Zentralen Fahrzeugregister entnommen, welches von den Kraftfahrzeug-Zulassungsstellen mit den entsprechenden Informationen versorgt wird. Für die regionale Zuordnung der Ergebnisse ist der Wohnort des Halters bzw. der Firmensitz, die Niederlassung oder die Dienststelle maßgebend.

Glossar

Beförderte Personen

Zahl der Beförderungsfälle im Personenverkehr. Als Beförderungsfall gilt dabei eine nicht unterbrochene Fahrt einer beförderten Person auf dem Netz eines Unternehmens mit einem verkauften Fahrausweis, aus unentgeltlicher Beförderungsleistung oder mit Freifahrausweis. Eine Person, die mehrere derartige Fahrten unternimmt, wird somit auch entsprechend mehrfach statistisch erfasst.

Beförderungsleistung, Personenkilometer

Produkt aus der Zahl der beförderten Personen und der durchschnittlichen Fahrt- bzw. Reiseweite der beförderten Personen in Kilometern. Sie wird dementsprechend in der Einheit Personenkilometer (Pkm) gemessen. Ein Personenkilometer entspricht dabei der Beförderung einer Person über eine Fahrt- bzw. Reiseweite von einem Kilometer.

Beförderungsleistung, Tonnenkilometer

Produkt aus der Beförderungsleistung und der durchschnittlichen Transportweite in Kilometern. In der Regel wird dabei nur die im Inland zurückgelegte Transportweite berücksichtigt. Die Beförderungsleistung im Güterverkehr wird in Tonnenkilometer (Tkm) gemessen. Ein Tonnenkilometer entspricht dabei der Beförderung einer Menge von einer Tonne über eine Entfernung von einem Kilometer.

Beförderungsmenge

Gewicht der beförderten Güter in Tonnen. Das Beförderungsgewicht beinhaltet dabei stets das Verpackungsgewicht und mit Ausnahme der Seeverkehrsstatistik zusätzlich auch das Eigengewicht der Ladungsträger (z. B. der Container).

Besitzumschreibungen

Halterwechsel bei einem zugelassenen oder außer Betrieb gesetzten Fahrzeug. Bei Abgabe eines gebrauchten Fahrzeugs an einen Händler, z. B. im Zusammenhang mit dem Erwerb eines Neufahrzeugs, wird die Umschreibung erst nach dem Verkauf und der anschließenden Zulassung auf den neuen Halter registriert.

Fahrzeugbestand

Summe aller im Zentralen Fahrzeugregister gespeicherten Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger, ohne die außer Betrieb gesetzten Fahrzeuge. Ein Fahrzeug gilt dabei als außer Betrieb gesetzt, wenn das Fahrzeug vorübergehend oder endgültig abgemeldet wurde, z. B. wegen Verschrottung, Ausfuhr ins Ausland oder ausschließlicher Nutzung auf nicht öffentlichem Gelände. Ein Fahrzeug ist hingegen nicht außer Betrieb gesetzt, wenn es ein Saisonkennzeichen besitzt.

Metadaten

Fahrzeuge, Kraftfahrzeuge, Personenkraftwagen

Fahrzeuge sind Kraftfahrzeuge und ihre Anhänger, wobei unter Kraftfahrzeugen nicht dauerhaft spurgeführte Landfahrzeuge, die durch Maschinenkraft bewegt werden, zu verstehen sind. Anhänger sind zum Anhängen an ein Kraftfahrzeug bestimmte und geeignete Fahrzeuge. Personenkraftwagen sind Kraftfahrzeuge zur Personenbeförderung mit mindestens vier Rädern und mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz.

Fahrzeugzulassungen

Zahl der fabrikneuen Fahrzeuge, die erstmals in Deutschland zugelassen und registriert wurden und ein amtliches Kennzeichen erhalten haben. Die Zulassung eines Fahrzeugs ist Voraussetzung für die Teilnahme am öffentlichen Straßenverkehr.

Güterumschlag

Summe aus den Einladungen und den Ausladungen der beförderten Güter. Im Unterschied zur Beförderungsmenge werden Transporte beim Güterumschlag zweifach erfasst, nämlich ein erstes Mal bei der Einladung und ein zweites Mal bei der Ausladung.

Liniennahverkehr

Beinhaltet alle Linienverkehre, die überwiegend dazu bestimmt sind, die Verkehrsnachfrage im Stadt-, Vorort- oder Regionalverkehr zu befriedigen. Das ist im Zweifel der Fall, wenn in der Mehrzahl der Beförderungsfälle die gesamte Reiseweite 50 Kilometer oder die gesamte Reisezeit eine Stunde nicht übersteigt. Ein Liniennahverkehr ist dabei eine zwischen bestimmten Ausgangs- und Endpunkten eingerichtete regelmäßige Verkehrsverbindung, auf der Fahrgäste an bestimmten Haltestellen ein- und aussteigen können.

Schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden im engeren Sinne

Dazu zählen Unfälle, bei denen als Unfallursache eine Ordnungswidrigkeit (Bußgeld) oder Straftat im Zusammenhang mit der Teilnahme am Straßenverkehr vorliegt, und bei denen gleichzeitig ein Kraftfahrzeug von der Unfallstelle abgeschleppt werden muss, d. h. nicht mehr fahrbereit ist.

In der Statistik der Straßenverkehrsunfälle werden üblicherweise nicht die schwerwiegenden Unfälle mit Sachschaden nachgewiesen, sondern die sogenannten schwerwiegenden Unfälle mit Sachschaden im engeren Sinne. Darunter sind die schwerwiegenden Unfälle mit Sachschaden ohne die sonstigen Unfälle unter dem Einfluss von Alkohol oder anderen berauschenden Mitteln zu verstehen. Die letzteren werden unter den sonstigen Sachschadensunfällen nachgewiesen.

Sonstige Sachschadensunfälle

Hierzu gehören Sachschadensunfälle, bei denen als Ursache eine Ordnungswidrigkeit anzunehmen ist und für die entweder ein Verwarnungs- oder ein Bußgeld festzusetzen ist bzw. Straftaten im Straßenverkehr, bei denen aber alle involvierten Kraftfahrzeuge fahrbereit waren.

Straßenverkehrsunfälle

Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen ein Personen- oder Sachschaden entstanden ist. In der Statistik der Straßenverkehrsunfälle wird unterschieden zwischen Unfällen mit Personenschaden, schwerwiegenden Unfällen mit Sachschaden im engeren Sinne und sonstigen Sachschadensunfällen. Das Kriterium der Zuordnung ist jeweils die schwerste Unfallfolge. Beispielsweise einem Unfall mit nur Sachschaden sind demnach kein/e Verkehrsteilnehmer/-in verunglückt.

Unfälle mit Personenschaden, Verunglückte, Getötete, Schwerverletzte, Leichtverletzte

Ein Unfall mit Personenschaden ist ein Unfall, bei denen Personen verunglückt sind. Verunglückte sind Personen, die infolge eines Unfalls getötet oder verletzt wurden. Getötete sind dabei Personen, die innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall an den Unfallfolgen verstorben sind. Schwerverletzte sind Personen, die unmittelbar nach dem Unfall zur stationären Behandlung in einem Krankenhaus aufgenommen wurden und dort mindestens 24 Stunden verblieben sind. Leichtverletzte sind alle übrigen Verletzten.

Internet

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/verkehr

Pressemitteilungen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/verkehr/pressemitteilungen

Statistische Berichte

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/verkehr/statistische-berichte

Beiträge in den Statistischen Monatsheften

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/verkehr/monatsheftbeitraege

Übersichtstabellen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/verkehr/basisdaten-regional

Regionaldatenbanken

www.statistik.rlp.de/regionaldaten/meine-heimat

Kurzpräsentationen

www.statistik.rlp.de/wirtschaft/verkehr/kurzpraesentationen

Gemeinschaftsveröffentlichungen

www.statistik-portal.de

Bevölkerung nach Region und Geschlecht

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Kreisfreie Städte	1 006 158	1 009 239	1 010 988	1 012 688	1 014 388	1 016 088	1 017 788	1 019 488	1 021 188
Landkreis	47 763	47 827	47 891	47 955	48 019	48 083	48 147	48 211	48 275
Land	99 825	99 794	99 763	99 732	99 701	99 670	99 639	99 608	99 577
Kreisfreie Städte	107 950	107 736	107 521	107 306	107 091	106 876	106 661	106 446	106 231
Frankenthal (Pfalz), St.	41 122	41 089	41 056	41 023	40 990	40 957	40 924	40 891	40 858
Kaiserslautern, St.	162 233	162 458	162 683	162 908	163 133	163 358	163 583	163 808	164 033
Koblenz, St.	182 870	185 293	187 716	190 139	192 562	194 985	197 408	199 831	202 254
Landau i. d. Pfalz, St.	53 917	53 822	53 727	53 632	53 537	53 442	53 347	53 252	53 157
Ludwigshafen a. Rh., St.	45 212	44 822	44 432	44 042	43 652	43 262	42 872	42 482	42 092
Mainz, St.	49 776	49 956	50 136	50 316	50 496	50 676	50 856	51 036	51 216
Neustadt a. d. Weinstr., St.	99 410	100 024	100 638	101 252	101 866	102 480	103 094	103 708	104 322
Pirmasens, St.	80 361	80 625	80 889	81 153	81 417	81 681	81 945	82 209	82 473
Speyer, St.	35 719	35 799	35 879	35 959	36 039	36 119	36 199	36 279	36 359
Trier, St.	3 028 399	3 039 827	3 051 255	3 062 683	3 074 111	3 085 539	3 096 967	3 108 395	3 119 823
Worms, St.	129 462	130 141	130 820	131 499	132 178	132 857	133 536	134 215	134 894
Trararben, St.	137 223	137 659	138 095	138 531	138 967	139 403	139 839	140 275	140 711
Trararben, St.	124 183	125 315	126 447	127 579	128 711	129 843	130 975	132 107	133 239

Anhang

Klassifikationen

Ü 1: Klassifikation der Wirtschaftszweige 743

Ü 2: Aufbau der WZ 2008 anhand eines Beispiels 744

Ü 3: Konjunkturstatistik – Primärerhebungen 745

Ü 4: Strukturstatistik – Primärerhebungen 747

Ü 5: Mixmodelle (Primärerhebung und Verwaltungsdaten) – Registerauswertungen 750

Ü 6: Erhebungen in den Dienstleistungsbereichen – Rahmendaten 751

Ü 7: Unternehmen in den Dienstleistungsbereichen 752

Ü 8: Kurzbezeichnungen und deren zugehörige Bezeichnungen in der WZ 2008 753

Stichwortverzeichnis 754

Fotonachweis 767

Die Aufgabe der Statistik ist es, Informationen in übersichtlicher Form darzustellen. Dazu werden verbindliche Systeme zur Einordnung der verfügbaren statistischen Daten benötigt. Eine Einteilung, die eine vollständige und überschneidungsfreie Erfassung ermöglicht, wird als Klassifikation bezeichnet.

Die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), dient dazu, die wirtschaftliche Tätigkeit statistischer Einheiten, wie z. B. Unternehmen, einheitlich zu erfassen. Die WZ 2008 baut dabei auf der Systematik der Wirtschaftszweige der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2) auf, die mit der Verordnung (EG) NR. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 veröffentlicht wurde. Die Gliederungsstruktur der WZ 2008 ist in Übersicht 2 zusammengefasst. Sie umfasst fünf Ebenen: Abschnitte (Buchstaben-code), Abteilungen (Zweisteller, numerisch), Gruppen (Dreisteller), Klassen (Viersteller) und Unterklassen (Fünfsteller).

In den Veröffentlichungen der VGR werden die Wirtschaftszweige der WZ 2008 auf verschiedenen Ebenen zu Bereichen zusammengefasst.

Ü 1 Klassifikation der Wirtschaftszweige

Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008)			Zusammengefasste Bereiche in der VGR nach WZ 2008	
Abschnitte		Abteilungen	A3	A6
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	01-03	A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ("primärer Sektor")	A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	05-09		B-E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe
C	Verarbeitendes Gewerbe	10-33		
D	Energieversorgung	35		
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	36-39		
F	Baugewerbe	41-43	B-F Produzierendes Gewerbe ("sekundärer Sektor")	F Baugewerbe
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	45-47		G-J Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation
H	Verkehr und Lagerei	49-53		
I	Gastgewerbe	55-56		
J	Information und Kommunikation	58-63		
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	64-66		K-N Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	68		
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	69-75		
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	77-82		
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	84	G-T Dienstleistungsbereiche ("tertiärer Sektor")	O-T Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte mit Hauspersonal
P	Erziehung und Unterricht	85		
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	86-88		
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	90-93		
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	94-96		
T	Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	97-98		
U	Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	99		

Ü 2

Aufbau der WZ 2008 anhand eines Beispiels

F	Baugewerbe			Abschnitt
	41	Hochbau		Abteilung
		41.1	Erschließung von Grundstücken; Bauträger	Gruppe
			41.10 Erschließung von Grundstücken; Bauträger	Klasse
			41.10.1 Erschließung von unbebauten Grundstücken	Unterklasse

Ü 3 Konjunkturstatistik – Primärerhebungen

Statistik	Erhobene Merkmale (Darstellung)	Erhebungsumfang/-methode	Regionalisierungstiefe	Verfügbarkeit der Daten ¹	Nutzung für VGR
Monatliche Produktionsstatistik	Güterart, -menge, -wert (monatlich: Indizes für Hauptgütergruppen/Branchen; jährlich: Absolutwerte)	900 Betriebe Abschneidegrenze: Betriebe ≥ 50 Beschäftigte	Bundesland	t + 35 Tage	
Vierteljährliche Produktionsstatistik	Güterart, -menge, -wert (jährlich: Absolutwerte)	1 200 Betriebe Abschneidegrenze: Betriebe < 50 Beschäftigte			
Monatsbericht im Verarbeitenden Gewerbe	Betriebe, Umsatz, Beschäftigte, Auftragseingang, Entgelte, Arbeitsstunden (Absolutwerte); Auftragseingang (Indizes für Hauptgütergruppen/Branchen)	1 000 Betriebe Abschneidegrenze: Betriebe ≥ 50 Beschäftigte	Bundesland, Kammerbezirke, Landkreise, kreisfreie Städte	vorläufig: t + 35 Tage	x
Monatsbericht im Bauhauptgewerbe	Betriebe, Beschäftigte, Umsatz, Auftragseingang (Absolutwerte)	380 Betriebe Abschneidegrenze: Betriebe ≥ 20 Beschäftigte		endgültig: t + 50 Tage	
Vierteljährliche Erhebung im Ausbaugewerbe	Betriebe, Beschäftigte, Umsatz, Arbeitsstunden, Entgelte (Absolutwerte)	395 Betriebe Abschneidegrenze: Betriebe ≥ 20 Beschäftigte	Bundesland	t + 60 Tage	x
Monatserhebung im Einzelhandel	Voll- und Teilzeitbeschäftigte, Umsatz (Indizes; nominal und real)	1 900 Unternehmen aus geschichteter 9%-Stichprobe Abschneidegrenze: Unternehmen ≥ 250 000 EUR Jahresumsatz	Bundesland	t + 40 Tage	x
Monatserhebung im Gastgewerbe	Voll- und Teilzeitbeschäftigte, Umsatz (Indizes; nominal und real)	220 Unternehmen aus geschichteter 5%-Stichprobe Abschneidegrenze: Unternehmen ≥ 150 000 EUR Jahresumsatz	Bundesland	t + 40 Tage	
Monatserhebung im Tourismus	Gästeankünfte, Übernachtungen nach Herkunftsländern, Betriebe, Betten, Betriebsarten, Gemeindegruppen	4 000 Betriebe/fachliche Betriebsteile; Abschneidegrenze: Betriebe ≥ 10 Betten/Schlafgelegenheiten Rheinland-Pfalz: Kleinbetriebe mit < 10 Betten in Prädikatsgemeinden	Bundesland, Kammerbezirke, Landkreise, kreisfreie Städte, Tourismusregionen, Verbandsgemeinden, Gemeinden	t + 45 Tage	

1 t = Berichtsmonat/-quartal.

Statistik	Erhobene Merkmale	Erhebungsumfang/ -methode	Regionalisie- rungstiefe	Verfügbarkeit der Daten ¹	Nutzung für VGR
Vierteljährliche Verdiensterhebung	Anzahl der Arbeitnehmer/-innen, Bruttoverdienstsumme, bezahlte Arbeitsstunden nach Geschlecht, Leistungsgruppen und Beschäftigungsart	2 200 Stichprobenbetriebe, Abschneidegrenze 5 bzw. 10 Beschäftigte	Bundesland	t + 75 Tage	x
Bauleistungspreise	Preise verschiedener Gewerke sowie Feinbeschreibungen	bei 264 Betrieben werden für 1 436 Bauleistungen Preise erfragt	Bundesland	t + 45 Tage	
Verbraucherpreise	Preise und Feinbeschreibungen für Güter und Leistungen	bei rund 2 000 Berichtsstellen werden monatlich 20 000 Preise erfragt	Bundesland	t + 0 Tage	
Monatsbericht bei Betrieben in der Energie- und Wasserversorgung	Tätige Personen, Entgelte, Arbeitsstunden	180 Betriebe Abschneidegrenze: Betriebe ≥ 20 Beschäftigte	Bundesland	vorläufig: t + 35 Tage	x

1 t = Berichtsmonat/-quartal.

Ü 4 Strukturstatistik – Primärerhebungen

Statistik	Erhobene Merkmale ¹	Erhebungsumfang/ -methode	Regionalisie- rungstiefe	Verfügbarkeit der Daten ²	Nutzung für VGR
Investitionserhebung im Verarbeitenden Gewerbe	Bruttoanlageinvestitionen (Ma- schinen, Anlagen, Grundstücke, Gebäude), Mietinvestitionen	2 000 Betriebe Abschneidegrenze: Betriebe ≥ 20 Beschäftigte	Bundesland, Kammerbezirke, Landkreise, kreisfreie Städte	Basisjahr 2013 t + 11 Monate	x
Monats- und Jahres- bericht im Verar- beitenden Gewerbe	Betriebe, Umsatz, Beschäftigte, Entgelte			Basisjahr 2014 t + 5 Monate	x
Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe	Betriebe, Umsatz, Beschäftigte, Auftragseingang, Arbeitsstunden			Juni 2014 t + 5 Monate	x
Investitionserhebung im Bauhauptgewerbe	Bruttoanlageinvestitionen (Ma- schinen, Anlagen, Grundstücke, Gebäude), Mietinvestitionen, Bauleistungen, Entgelte	340 Unternehmen Abschneidegrenze: 20 und mehr Beschäftigte		Basisjahr 2013 t + 14 Monate	x
Investitionserhebung im Ausbaugewerbe	Bruttoanlageinvestitionen (Ma- schinen, Anlagen, Grundstücke, Gebäude), Mietinvestitionen, Entgelte	355 Unternehmen Abschneidegrenze: 20 und mehr Beschäftigte		Basisjahr 2013 t + 14 Monate	x
Jährliche Erhebung im Ausbaugewerbe	Art der Tätigkeit, Beschäftigte, Arbeitsstunden, Umsatz	1 000 Betriebe Abschneidegrenze: ≥ 10 Beschäftigte		2. Quartal 2015 t + 6 Monate	x
Jahreserhebung im Handel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz	Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz, Warenbestände, Aufwendungen, Investitionen, Wareneinsatz, Rohertrag	3 300 Unternehmen aus geschichteter 9%-Stichprobe	Bundesland	Basisjahr 2014 t + 19 Monate	x
Jahreserhebung im Gastgewerbe	Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz, Warenbestände, Aufwendungen, Investitionen, Rohertrag	500 Unternehmen aus geschichteter 5%-Stichprobe		Basisjahr 2014 t + 19 Monate	
Strukturerhebung im Dienstleistungssektor	Unternehmen, Umsatz, Beschäftigte, Entgelte, Investitionen, Steuern, Subventionen	11 500 Unternehmen aus geschichteter 20%-Stichprobe		Basisjahr 2013 t + 18 Monate	x

1 Veröffentlichung: Absolutwerte, Kennziffern. – 2 t = Berichtsmonat/-quartal.

Statistik	Erhobene Merkmale ¹	Erhebungsumfang/ -methode	Regionalisie- rungstiefe	Verfügbarkeit der Daten ²	Nutzung für VGR
Arbeitskosten- erhebung	Tätige Personen, Bruttoverdienst- summe, Arbeitgeberbeiträge, be- zahlte Stunden, Aufwendungen und Anwartschaften zur betrieb- lichen Altersvorsorge usw.	1 750 Stichprobenunternehmen Abschneidegrenze: 10 Beschäftigte	Bundesland	t + 20 Monate	x
Verdienststruktur- erhebung	Verdienste und Verdienstbe- standteile, Leistungsgruppen, Beruf, Alter, Ausbildungsstand usw. pro Arbeitnehmer/-in	1 800 Stichprobenbetriebe mit 90 000 Arbeitnehmer/-innen		t + 20 Monate	(x) ³
Verdienststruktur- erhebung in der Landwirtschaft		110 Stichprobenbetriebe		t + 5 Monate	
Investitionserhebung bei Unternehmen der Energieversorgung, Wasserversorgung, Abwasser- und Abfall- entsorgung, Beseiti- gung von Umwelt- verschmutzungen	Investitionen, Verkaufserlös aus dem Abgang von Anlagegütern	630 Unternehmen	kreisfreie Städte, Landkreise	t + 18 Monate (an Bereitstellung der Daten der Kostenstruktur- erhebung gebunden)	x
Investitionserhebung bei Betrieben der Ener- gieversorgung, Wasser- versorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Um- weltverschmutzungen	Investitionen, tätige Personen für die Betriebe der Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	40 Betriebe			x
Investitionserhebung der Gasversorgung bei Unternehmen der Erd- gas- bzw. Erdölgas- Gewinnung	Investitionen der Gasversorgung	keine Unternehmen in Rheinland-Pfalz	entfällt		
Investitionserhebung der Gasversorgung bei Unternehmen die Erd- gas- bzw. Erdölgaslei- tungen erstellen oder betreiben	Investitionen der Gasversorgung	keine Unternehmen in Rheinland-Pfalz	entfällt		

1 Veröffentlichung: Absolutwerte, Kennziffern. – 2 t = Berichtsmonat/-quartal. – 3 Für Plausibilitätsprüfungen.

noch:
Ü 4 Strukturstatistik – Primärerhebungen

Statistik	Erhobene Merkmale ¹	Erhebungsumfang/ -methode	Regionalisie- rungstiefe	Verfügbarkeit der Daten ²	Nutzung für VGR
Landwirtschafts- zählung - Haupterhebung	Arbeitskräfte, Beschäftigte, Geschlecht, Geburtsjahr, außerbetriebliche Erwerbstätigkeit, Betriebsleitereigenschaft, Arbeitszeit, Einkommenskombinationen, Schweine, Schafe, Ziegen, Rinder, Einhufer, Geflügel, Berufsbildung, Wirtschaftsdünger, Eigentums- und Pachtverhältnisse, Pachtentgelte, Ökologischer Landbau, Bodennutzung, Anbauflächen, landwirtschaftliche Kulturen, Hofnachfolge, Umsatzbesteuerung, Bewässerung, erneuerbare Energien, Leistungen von Lohnunternehmen und Anderen, sozialökonomische Verhältnisse, Art der Gewinnermittlung, Teilnahme an einer beruflichen Maßnahme der beruflichen Bildung, Bezug von Beihilfen zur Förderung des ländlichen Raums, die Art der Beihilfe	21 000 Landwirtschaftliche Betriebe Abschneidegrenze: mindestens 5 ha LF oder 10 Rinder, 50 Schweine, 10 Zuchtsauen, 20 Schafe, 20 Ziegen, 1 000 Stück Geflügel, 1 ha Dauerkulturen im Freiland oder jeweils 50 Ar Rebfläche, Obstfläche, Hopfenfläche, Tabakfläche, Baumschulfläche, Gemüse- oder Erdbeerfläche im Freiland, 10 Ar Fläche unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen, 10 Ar Produktionsfläche für Speisepilze	Gemeinde	t + 11 (Beginn Ergebnisveröffentlichung)	x
Agrarstruktur- erhebung	siehe "Landwirtschaftszählung - Haupterhebung"; ohne "Hofnachfolge", "Umsatzbesteuerung"; zusätzlich "Maschinen"	7 000 Landwirtschaftliche Betriebe; Abschneidegrenze: siehe "Landwirtschaftszählung - Haupterhebung"	Bundesland (teilweise auch Gemeinden)		x

1 Veröffentlichung: Absolutwerte, Kennziffern. – 2 t = Berichtsmonat/-quartal.

Ü 5 Mixmodelle (Primärerhebung und Verwaltungsdaten) - Registerauswertungen

Statistik	Erhobene Merkmale	Erhebungsumfang/-methode	Rechtsgrundlage	Regionalisierungstiefe	Verfügbarkeit der Daten ¹	Nutzung für VGR
Konjunkturstatistik						
Mixmodell Monatserhebung im Kraftfahrzeughandel	Beschäftigte, Umsatz (Messzahlen, Veränderungsraten)	140 Unternehmen aus Primärerhebung (Abschneidegrenze: ≥ 10 Mill. EUR Jahresumsatz oder ≥ 100 Beschäftigte); übrige Unternehmen: Auswertung von Daten der Finanz- und Arbeitsverwaltung; Vollerhebung > 17 500 EUR Jahresumsatz	Gesetz zur Änderung des Beherbergungs- und des Handelsstatistikgesetzes vom 23.11.2011 in Verbindung mit dem Statistikregistergesetz	Bundesland	t + 60	x
Mixmodell Monatserhebung im Großhandel		223 Unternehmen aus Primärerhebung (Abschneidegrenze: ≥ 20 Mill. EUR Jahresumsatz oder ≥ 100 Beschäftigte); übrige Unternehmen: Auswertung von Daten der Finanz- und Arbeitsverwaltung; Vollerhebung > 17 500 EUR Jahresumsatz				x
Mixmodell Vierteljährliche Konjunkturstatistik im Dienstleistungsbereich		150 Unternehmen aus Primärerhebung (Abschneidegrenze: ≥ 15 Mill. EUR Jahresumsatz oder > 250 Beschäftigte); übrige Unternehmen: Auswertung von Daten der Finanz- und Arbeitsverwaltung; Vollerhebung > 17 500 EUR Jahresumsatz	Verordnung (EG) des Rates über Konjunkturstatistiken, Verwaltungsdatenverwendungsgesetz		t + 70 Tage	in Prüfung
Verwaltungsdatenauswertung Vierteljährliche Handwerksberichterstattung		Auswertung von Daten der Handwerkskammern sowie der Finanz- und Arbeitsverwaltung; Vollerhebung > 17 500 EUR Jahresumsatz	Statistikregistergesetz, Verwaltungsdatenverwendungsgesetz, Handwerkstatistikgesetz		t + 70 Tage	in Prüfung (für Ausbaugewerbe)
Strukturstatistik						
Handwerkszählung (Registerauswertung)	Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz (Absolutwerte)	Auswertung des Unternehmensregisters für das zulassungspflichtige und zulassungsfreie Handwerk gemäß Handwerksordnung; Vollerhebung > 17 500 EUR Jahresumsatz	Statistikregistergesetz, Verwaltungsdatenverwendungsgesetz, Handwerkstatistikgesetz	Bundesland, Kammerbezirke, Landkreise, kreisfreie Städte	Basisjahr 2010 t + 26 Monate	

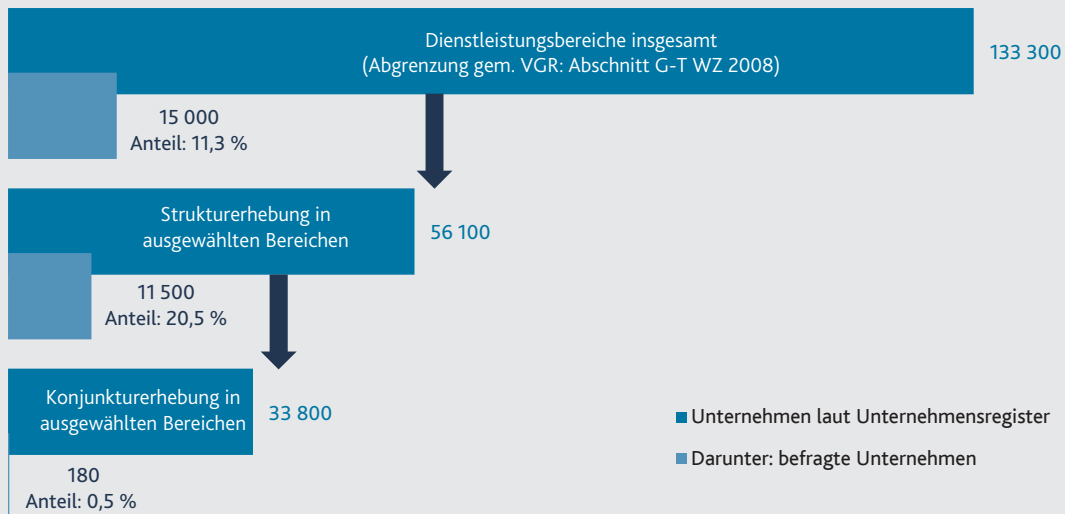
1 t = Berichtsmonat/-quartal.

Ü 6 Erhebungen in den Dienstleistungsbereichen - Rahmendaten

Wirtschaftsbereich	Unternehmen im Unternehmens- register	Darunter: befragte Unternehmen	
	Anzahl	%	
Dienstleistungsbereich insgesamt Abgrenzung gemäß VGR: Abschnitte G bis T, WZ 2008	133 300	15 000	11,3
Strukturerhebung in ausgewählten Dienstleistungsbereichen			
Insgesamt	56 100	11 500	20,5
H - Verkehr und Lagerei	5 300	945	17,8
J - Information und Kommunikation	5 200	1 020	19,6
L - Grundstücks- und Wohnungswesen	16 200	3 170	19,6
M - Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	20 100	4 245	21,1
N - Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	8 700	1 980	22,8
S 95 - Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern	600	140	23,3
Konjunkturerhebung in ausgewählten Dienstleistungsbereichen			
Insgesamt	33 800	180	0,5
H - Verkehr und Lagerei	5 300	70	1,3
J - Information und Kommunikation	5 200	35	0,7
M - Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (ohne 72, 75, 70.1)	18 300	31	0,1
N - Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ohne 77, 81.1, 81.3)	5 000	44	0,9

Ü 7

Unternehmen in den Dienstleistungsbereichen



Zur Vereinfachung wurden für die Darstellung in Tabellen und Grafiken nicht die ausführlichen Bezeichnungen der Klassifikation der Wirtschaftszweige, sondern nur die Abkürzungen gewählt. Die genauen Bezeichnungen sind im Folgenden aufgelistet.

Ü 8 Kurzbezeichnungen und deren zugehörigen Bezeichnungen in der WZ 2008

Kurzbezeichnung im Jahrbuch	WZ 2008	
	Code	Bezeichnung
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	B	Abschnitt B - Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
Verarbeitendes Gewerbe	C	Abschnitt C - Verarbeitendes Gewerbe
Nahrungs- und Futtermittelindustrie	C 10	Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln
Getränkeherstellung	C 11	Getränkeherstellung
Tabakverarbeitung	C 12	Tabakverarbeitung
Textilindustrie	C 13.3	Veredlung von Textilien und Bekleidung
Bekleidungsindustrie	C 14	Herstellung von Bekleidung
Leder- und Schuhindustrie	C 15	Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen
Holz-, Korb- und Korkwarenindustrie (ohne Möbel)	C 16.2	Herstellung von sonstigen Holz-, Kork-, Flecht- und Korbwaren (ohne Möbel)
Papier- und Pappeindustrie	C 17	Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus
Druckindustrie; Vervielfältigung von Datenträgern	C 18	Herstellung von Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern
Kokerei und Mineralölverarbeitung	C 19	Kokerei und Mineralölverarbeitung
Chemische Industrie	C 20	Herstellung von chemischen Erzeugnissen
Pharmazeutische Industrie	C 21	Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen
Gummi- und Kunststoffwarenindustrie	C 22	Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren
Glas- und Keramikindustrie, Verarbeitung von Steinen und Erden	C 23	Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden
Metallerzeugung und -bearbeitung	C 24	Metallerzeugung und -bearbeitung
Metallindustrie	C 25	Herstellung von Metallerzeugnissen
Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten u. a.	C 26	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen
Herstellung elektrischer Ausrüstungen	C 27	Herstellung von elektrischen Ausrüstungen
Maschinenbau	C 28	Maschinenbau
Fahrzeugbau	C 29	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
Sonstiger Fahrzeugbau	C 30	Sonstiger Fahrzeugbau
Möbelindustrie	C 31	Herstellung von Möbeln
Herstellung sonstiger Waren	C 32	Herstellung von sonstigen Waren
Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	C 33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen

A

- Abendgymnasium 112
 Abfälle 473, 476ff, 492, 498, 500f, 564, 566, 569, 731
 Abfallkapitel 478f, 500
 Abfallwirtschaft 493, 500
 Abgeordnete 314, 326f, 330f
 Abgerundeter Gewerbeertrag 293, 295, 306
 Abkürzungen 753
 Absatz 464, 568, 661
 Abschlussart 122ff, 133, 147, 408f, 418f
 Abschlussprüfung 132, 141, 147
 Absolventen 142, 144, 146, 160, 163f
 Abwasseraufkommen 484, 490, 500
 Abwasserentsorgung 475, 485, 492, 498
 Abwasserwirtschaft 493, 500
 Ackerland 506f, 512, 514, 525f
 AFBG 157, 159
 AK-Einheiten 511, 527
 Alleinerziehend 80f, 83f, 86, 95f, 98, 105f, 279f, 306
 Alleinstehend 80, 105ff
 Allgemeinbildende Schule 120, 153, 160
 Allgemeine Krankenhäuser 194, 198, 204
 Allgemeines Strafrecht 350
 Allgemeines Wohngeld 210
 Altenquotient 40, 43, 54, 67f, 71
 Ambulante Pflege 186ff, 190
 Anbauflächen 519
 Angestellte 96f, 99, 108, 371f, 417ff, 547, 599, 692
 Angezeigte Straftaten 340, 342f
 Anlagearten 478
 Arbeiter 96f, 99, 108, 371f, 418f, 547, 599, 692
 Arbeitgeber 106, 307, 371, 418, 422ff, 435f, 438, 547, 599, 644, 646, 658, 692, 719
 Arbeitnehmer 108, 161, 307, 356, 359f, 362, 370ff, 380ff, 390, 415, 417f, 425ff, 434, 436ff, 590, 644, 646, 657f, 660, 691, 717ff, 746
 Arbeitnehmerentgelt 356, 359f, 362, 370f, 373
 Arbeitskosten 422ff
 Arbeitskräfte 402, 511, 525, 527, 635, 660, 688ff, 692
 Arbeitslose 106, 161, 213, 380, 388f, 400f, 416ff
 Arbeitslosengeld 71, 90, 209, 212f, 216, 220, 417
 Arbeitslosenquote 379f, 388f, 400f, 417
 Arbeitsort 372, 376, 379ff, 390, 392ff, 396, 398, 418f
 Arbeitsplatzdichte 380, 393, 418
 Arbeitsproduktivität 356, 371, 373, 423
 Arbeitsstunden 372, 380, 382, 384, 392, 418, 586f, 589f, 594, 596, 598f, 745ff
 Arbeitsvolumen 372, 378ff, 382, 384, 418
 Armutsgefährdung 79, 93f, 105
 Arten- und Landschaftsschutz 493, 500
 Arzt 196f, 200, 203f, 281
 Asylbewerber 212, 215ff, 232ff
 Asylbewerberleistungen 212, 215ff, 216, 233 ff
 Atypisch Beschäftigte 414
 Aufenthaltsdauer 62, 666, 681f
 Aufgabenbereich 241, 244, 247, 249, 263
 Auftragseingang 586, 598f
 Aufwendungen 233, 306, 436, 438, 502, 547, 599, 648, 658f, 661, 690
 Ausbaugewerbe 493, 583f, 589ff, 596ff, 627f, 630, 632ff, 645
 Ausbildung 106, 113, 115, 136ff, 157, 160ff, 379f, 418f, 422, 435, 627f, 635f, 692
 Ausbildungsbereiche 136, 138f, 141, 160
 Ausbildungsberuf 137, 160, 163
 Ausbildungsverträge 113, 136ff, 163, 627f
 Ausfuhren (Export) 459ff, 463ff, 467f
 Ausgaben 152ff, 162, 215, 230, 232f, 237, 239, 242, 245, 248, 263f, 305f, 372f
 Ausländer ... 39ff, 43, 60ff, 70ff, 106f, 120f, 123, 132f, 138f, 146, 163, 385, 387, 389, 396, 400, 636, 666, 676
 Auslandsumsatz 532ff, 538, 543, 547
 Außenhandel 137, 457ff
 Ausstattung 99, 614, 681, 691
 Auszubildende 139, 160, 163, 371, 380, 385, 396, 402, 417f, 436ff, 547, 599, 627f, 636, 646, 660, 692
 Autobahnanschluss 733

B

- Bachelor 147, 160, 163
 BaföG 157, 159
 Bauabgang 613, 622f

Bauen	602, 604	Beschäftigungsumfang	378, 415, 434
Baufertigstellungen	602ff, 611, 613, 618, 622	Besitzarten	521
Baugenehmigungen	602ff, 606, 611, 616f, 622, 624	Besitzumschreibungen	736, 739
Baugewerbe	281, 289, 295, 299, 361ff, 383f, 386, 427, 429ff, 473ff, 492ff, 578, 581ff, 627, 685, 695, 700f, 703, 708, 743f	Besteuerung	280, 308
Baugewerblicher Umsatz	587, 594	Bestockte Rebfläche	506, 516, 525f
Bauhauptgewerbe	583ff, 593ff, 598f, 627f, 630, 632ff, 645	Betreuungsquote	88, 101
Bauherren	602, 606, 623	Betreuungsrelation	148, 160
Bauland	448, 454	Betriebe	296, 473f, 492f, 496, 505ff, 509ff, 518, 522ff, 531ff, 569f, 572, 576, 578, 584ff, 589f, 594ff, 644, 646, 666, 678, 680f, 688ff, 695, 697f, 718ff, 745ff
Baumaßnahmen	242, 245, 248, 603, 606, 608, 610, 613	Betriebliche Steuern	691
Baumobst	519f, 523, 525	Betriebsarten	669f, 680
Bautätigkeit	587f, 602ff	Betriebsaufgabe	696, 717f, 720
Bauüberhang	602, 604, 610f, 622f	Betriebsfläche	27, 31f
Bauvorhaben	602f, 610, 623	Betriebsgröße	435, 506f, 509f, 512, 525, 527
Beamte	96f, 99, 108, 140, 371f, 415, 418, 433, 692, 727	Betriebsgründungen	696, 698, 703
Bedarfsgemeinschaften	220	Betriebsüberschuss	362, 370, 373, 690
Beerenobst	525	Betriebswirtschaftliche Ausrichtung	525
Beförderte Personen	724, 729, 739	Betten	32, 172f, 194f, 197ff, 203f, 666, 678ff, 745
Beförderungsleistung	724, 728f	Bettenauslastung	666, 680
Beförderungsmenge	724, 731	Bettendichte	664, 679f
Befristet Beschäftigte	414	Bevölkerung	35, 39f, 79ff, 85, 93f, 102, 105f, 114ff, 117, 143, 148, 158, 160, 164, 174ff, 181, 189, 203f, 209, 211, 220, 402f, 407, 417ff, 484, 553, 555, 605
Behandelte Patienten	203	Bevölkerungsbewegung	42, 44ff, 57
Behandlungsfälle	168, 193	Bevölkerungsdichte	40, 54f
Beherbergung 97f, 442, 445, 453, 649, 656f, 659, 661, 678, 680ff		Bevölkerungsvorausberechnung	66
Beherbergungskapazität	678, 681	Bezirkstag	323, 334
Beherbergungsstätten	680ff	Bildung	107, 109ff, 241, 244, 247, 378, 418, 442, 445, 453, 511
Bekleidung	97f, 442, 445, 452, 654, 657, 659, 702, 704, 753	Bildungsausländer	142, 160
Belegärzte	203	Bildungsinländer	142, 160
Belegungstage	194, 203	Bildungsstand	114ff, 378
Bereinigte Krankenhauskosten	203	Bildungswesen ... 97f, 107, 112, 152, 162, 241, 244, 247, 442, 445, 453	
Berufe	136, 138f, 141, 160, 202, 281, 435, 635, 718	Binnenhandel	648ff
Berufsausbildung	112, 114, 116, 140, 160, 162f, 409, 435, 511	Binnenschifffahrt	724, 730ff, 738
Berufsbereich	160, 413	Biogas	560, 569, 607
Berufsbildende Schule	132f, 160	Biologische Abwasserreinigung	500
Beschäftigte	147, 165, 190, 371f, 378ff, 381, 385ff, 390f, 396ff, 414f, 417ff, 423, 426, 435, 438, 474, 493, 496f, 511, 525, 531ff, 544, 547, 553, 570, 572f, 578, 583ff, 627f, 630ff, 637f, 640, 642, 644, 646, 650ff, 660f, 680, 686ff, 692, 695ff, 701, 705, 707f, 714, 719	Blends	492, 500
Beschäftigtengrößenklassen	583, 688f	Bodenfläche	26ff, 31
Beschäftigungsform	379, 414, 422, 435	Body-Mass-Index	174, 176, 204
		Bologna-Reform	160
		Briefwähler	312, 334

Stichwortverzeichnis

Bruttoanlageinvestitionen	359f, 370ff, 539, 544f, 547, 588f, 592f, 599, 690f, 747
Bruttoausgaben	210, 214, 217, 222ff, 230f, 242, 245, 248, 252, 263f
Bruttobetriebsüberschuss	692
Bruttoeinnahmen	240, 243, 246, 250, 263
Bruttoentgelte	658, 690, 692
Bruttoinlandsprodukt	152, 355ff, 359ff, 364f, 370ff, 423, 578
Bruttojahresverdienst	424, 427ff
Bruttonationaleinkommen	356, 359f, 370, 372f
Bruttostromerzeugung	554, 567, 569, 577, 579
Bruttostromverbrauch	554, 577
Bruttoverdienste	424, 426ff, 431ff, 436ff
Bruttowertschöpfung	358ff, 366f, 370ff, 506, 534, 650, 685, 688, 692
Bundesbesoldungsgesetz	437
Bundesländer	26, 41f, 79, 81f, 115, 119, 122, 125, 136, 143, 153f, 163, 165, 173ff, 211, 237ff, 254, 273, 278, 286, 292, 298, 324, 326, 341, 357f, 381f, 403f, 417, 425f, 443, 461f, 475f, 479, 482, 486, 507, 533, 553, 555f, 565, 578f, 585, 605, 614, 629, 667, 695, 697ff, 725, 728, 730
Bundestagswahlen	324f, 334
Busse	724, 726, 729, 738

C

Campingplätze	665f, 669f, 673, 680
CO ₂ -Bilanz	576f
CO ₂ -Emissionen	554, 563ff, 577

D

Dauergrünland	506f, 512, 514, 525f
Dauerkulturen	15, 506, 526
Demografischer Wandel	66
Deponiegas	560, 569
Deutscher Bundestag	326f
Deutschlandstipendium	156
Diagnose	177f, 202f, 205

Dienstbezüge	433, 437
Dienstleistungen	97ff, 241, 244, 247, 264, 281, 289, 295, 299, 372f, 386, 413, 428, 430, 432, 452f, 474, 483, 493, 496ff, 500f, 526, 547, 554, 557f, 562ff, 630, 661, 681, 683, 685ff, 695, 700f, 708, 743, 751
Dienstleistungsbereiche	358, 361ff, 383f, 386, 427f, 483, 688ff
Dienstverhältnis	308, 371, 415, 418
Drittmittel	154ff, 161
Duale Oberschule	120f
Durchschnittliche Verweildauer	172f, 178, 193f, 203, 665
Durchschnittsalter	39f, 43, 71
Durchschnittserlöse	568, 577

E

Ehe	79ff, 83, 89, 102ff, 161, 306, 347f, 418, 526
Eier	452, 508, 522, 526
Eigentümer	91, 106ff, 209, 217f, 373, 419, 441, 578
Einbürgerung	63, 71f
Einfuhren (Import)	459f, 462ff, 466ff
Einkommen	91f, 94, 97, 105, 107, 271f, 274ff, 278, 280, 282, 284ff, 304ff, 355f, 359f, 362, 368ff, 372f, 418, 718
Einkommensreichumsquote	94
Einkommensteuer	271f, 274ff, 278, 280, 282ff, 304, 306ff
Einkünfte	90, 271, 278ff, 306ff
Einnahmeart	240, 243, 246, 250, 263
Einnahmen aus selbstständiger Tätigkeit	692
Einpersonenhaushalt	79, 82, 91ff, 105
Einschulung	118f
Einzelhandel	137, 649f, 652, 654, 657ff, 661, 686f
Einzelunternehmen	373, 419, 506, 526f
Eisenbahnverkehr	724, 729ff, 739
Eistag	31
Emittentensektoren	563, 565
Endenergieverbrauch	553f, 557f, 561f, 565f, 577f
Energie	93, 97f, 106, 108, 195, 241, 244, 247, 289, 295, 299, 427, 429ff, 444, 483, 492f, 499, 501, 550ff, 623f, 685, 700f
Energiebilanz	557f, 569, 576ff
Energieerzeugung	527, 569
Energieproduktivität	554, 578
Energieträger	108, 553ff, 557, 559ff, 564, 566f, 569, 571, 577ff

Energieverbrauch 555, 557, 570, 572f, 577f
 Energieversorgungsunternehmen 569, 578
 Entgelte 373, 475, 485, 502, 532ff, 538, 540, 542, 547, 584f, 587,
 589f, 592, 594, 596, 599, 692, 745ff
 Entgeltquote 532, 538, 547, 584
 Entsorgungswege 483
 Erbschaft 271f, 302, 306f
 Erholungs- und Ferienheime 680
 Erholungsfläche 27, 31f
 Erholungsorte 669f, 681
 Erlöse 547, 568, 577f, 599, 691f
 Erneuerbare Energie 93, 108, 553, 555, 559, 561, 569, 578
 Erntemenge 515, 517, 520, 526
 Ersparnis 96
 Ertragsmesszahl 450, 454f
 Ertragsreblfläche 525f
 Erwachsene 93f, 150, 176, 204, 341, 350, 682
 Erwerbsbeteiligung 84, 86, 91f, 94, 106, 117, 402ff, 418
 Erwerbslose 91f, 94, 96, 106f, 161, 378, 402, 406, 408ff, 413, 418
 Erwerbspersonen 380, 388f, 400ff, 417f
 Erwerbsquote 402f, 418
 Erwerbstätige 67, 86, 90ff, 94, 96, 106, 117, 161, 355ff, 361, 364f,
 371ff, 378ff, 390, 392ff, 402ff, 408ff, 416ff, 423,
 461f, 506, 534, 658
 Erwerbstätigenquote 402, 405, 418
 Erwerbstätigenrechnung 416
 Erwerbstätigkeit 84, 86, 90, 107, 372f, 375ff, 749
 Erziehungsmaßregeln 345, 350ff
 Europäisches Abfallverzeichnis (EAV) 500f
 Europäisches Parlament 330f, 334
 Europawahlen 311f, 330, 334
 Eurozone 459f, 467, 547
 Exportquote 460f, 531ff, 538, 542f, 547
 Extrahandel 467
 Extrahaushalte 256, 263f

F

Fachabteilungen 194, 203f
 Fachärzte 203, 281

Fächergruppe 146ff, 155f, 161, 163
 Fachgerichte 349
 Fachhochschule 112, 142, 144f, 148, 157, 161, 511
 Fachoberschule 112, 133, 140
 Fachsemester 159, 161
 Fachstudienanfänger 161
 Fahrzeugbestand 739
 Fahrzeuge 371, 453, 731, 738ff
 Fahrzeugzulassungen 740
 Familien 70f, 75ff, 159, 216, 228, 340, 347f, 372f, 380, 417ff,
 511, 525, 527, 559, 599, 644, 658, 660, 692, 718
 Familienstand 70, 89, 95, 105, 184
 Feldfrüchte 515, 525
 Ferienhäuser 669f, 681
 Ferienwohnungen 681
 Ferienzentren 666, 669f, 681
 Fernwärme 93, 106, 452, 561, 566, 579, 607
 Fertiggestellte Wohnungen und Gebäude 603, 609, 619
 Festgesetzte Einkommensteuer 278, 282ff
 Festgesetzte Körperschaftsteuer 286ff
 Finanzen 144, 235ff
 Finanzverwaltung 241, 244, 247, 249, 280, 307, 646
 FKW 492, 500f
 Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung 442, 447, 455
 Flächennutzung 17f, 27
 Fleisch 452, 522, 633, 635, 645
 Fließgewässer 15, 20f
 Flughäfen 723, 729, 732
 Förderschule 112, 118, 120f, 123f, 160, 164
 Forschung und Entwicklung 152, 154, 241, 244, 247, 249
 Fortgezogene 40, 42, 44, 46, 52f, 58, 704, 712, 718
 Fotovoltaik 569, 571, 578, 569, 571, 578
 Frauen 47, 49, 63, 69, 72, 79f, 89, 95f, 113, 115ff, 120, 123f, 132,
 137ff, 142, 146ff, 156f, 171, 181, 176, 184ff, 193, 198, 209, 213,
 215, 220, 315, 326, 339ff, 344ff, 379, 385, 387ff, 396, 400, 402,
 404ff, 423, 425ff, 431f, 434f, 511, 627f, 635f, 692, 696
 Frauenanteil 181, 311f, 326, 339
 Frauenerwerbsquote 402, 404
 Freiberuflich Tätige 108, 281, 719
 Freie Berufe 138f, 141, 160
 Freie Waldorfschule 120f, 124, 160
 Freiheitsstrafe 342, 345f, 350ff

Stichwortverzeichnis

Freiland	513, 519ff, 523
Freipraktizierende Ärzte	196, 200
Freipraktizierende Zahnärzte	196
Fremdenverkehrsorte	669f, 681
Frosttag	31
Fruchtarten	514f
Frühe Schulabgänger	115
Futterpflanzen	508, 515, 526

G

Ganztagsbetreuung	130
Ganztagsschulangebot	161
Gas	93, 441ff, 452, 501, 553, 555, 557, 559ff, 564, 566ff, 572, 577ff, 583, 589, 591, 607
Gasabsatz	568, 577f
Gästeankünfte	665ff, 671ff, 676, 681
Gästeintensität	666, 675, 681
Gastgewerbe ..	281, 289, 295, 299, 358, 361ff, 382ff, 386, 413, 430, 647ff, 685ff, 695, 700f, 703, 708, 743, 745, 747
Gasthöfe	669f, 681
Gaststätten	97f, 442, 445, 453, 606, 608, 610, 656f, 659, 681
Gaststudium	161
Gebäude	26ff, 31f, 106, 444, 587f, 603ff, 612ff, 618, 620, 623f, 634f, 645, 661, 686f, 691, 747
Gebäude- und Freifläche	27f, 31f
Gebäudearten	602, 606
Geborene	44, 48, 56f, 70, 72, 107, 163
Gebrauchsgüter	99, 289, 295, 444, 535, 538f, 703, 751
Geburtenrate	39f, 47, 69, 72
Gefährdung des Kindeswohls	219
Gefährliche Abfälle	500
Geländeerhebung	19
Geldstrafe	345, 350f
Geleistete Arbeitsstunden	372, 380, 382, 384, 392, 418, 586f, 589f, 594, 596, 599
Gemeindegruppen	669f, 681
Gemeinden ...	30f, 108, 152, 230, 246ff, 263, 272ff, 276f, 306ff, 419, 437, 485, 669f, 681, 692, 745
Gemeindesteuer	274, 306f

Gemeindeverbände	152, 230, 243ff, 249, 255, 263, 272ff, 276f, 304, 417, 419
Gemeinschaftssteuern	272, 274f, 306f
Gemeldete Arbeitsstellen	380, 418
Gemüse	452, 513f, 519ff, 523, 525
Gender Pay Gap	423, 425
Genehmigte Nichtwohngebäude	603
Genehmigte Wohngebäude	603
Generalhandel	468
Geografie	15ff
Geringfügig entlohnte Beschäftigte	418, 644
Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte	239, 242
Gesamtbetrag der Einkünfte	271, 278, 279f, 282, 284ff, 289ff, 306
Gesamteinnahmen der öffentlichen Haushalte	237, 240
Gesamtlebenshaltung	442f
Gesamtleistung	588, 592
Gesamtquotient	67
Gesamtscheidungsquote	89
Gesamtwirtschaft	356, 372, 418, 532, 584, 650, 692
Geschieden	95, 184
Gestorbene	40, 42, 44, 46, 48, 50, 56f, 72, 169, 179ff, 203
Gesundheit	97f, 107, 132f, 140, 146ff, 155f, 160, 162ff, 222, 234, 241, 244, 247, 249, 289, 295, 299, 358, 361ff, 382ff, 386, 428ff, 442, 445, 452f, 627f, 630f, 633, 645, 680ff, 685, 700f, 708, 743
Gesundheitspflege	97f, 442, 445, 452
Gesundheitswesen	107, 132f, 140, 158, 160, 162f, 202
Getötete	723ff, 734, 740
Getränke ...	97f, 441ff, 452, 483, 570, 630, 651, 657, 659, 661, 680f, 702, 704, 753
Getrennt erfasste organische Abfälle	500
Getrennt gesammelte Wertstoffe	500
Gewaltverbrechen	351
Gewerbeabmeldungen	695, 704, 712f, 717
Gewerbeanmeldungen	695, 702, 710f, 717
Gewerbeanzeigen	696, 698
Gewerbegruppen	627, 630, 632ff, 644f
Gewerbesteuer	269, 271f, 274ff, 292, 294, 296f, 306f, 661, 691
Gewerbebezüge	633f, 644, 646
Gewerblicher Bau	584ff
Gewicht	72, 171, 174ff, 203f, 526, 739

Gewinnungsanlagen	482, 500, 502
Gläubiger	95, 106, 256, 718ff
Grad der Behinderung	171, 192, 203ff
Großhandel	444, 454, 518, 649ff, 657ff, 661, 685ff
Großvieheinheiten	506, 512
Grundmittel	152, 154f, 162
Grundschule	112f, 120f, 124ff, 160, 164
Grundsicherung für Arbeitsuchende	209, 211ff, 216, 220, 232ff, 388
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	209f, 212f, 215f, 226f, 232ff
Grundwasser	473, 482ff, 500ff
Gültige Stimmen	313, 318, 320ff, 330
Güterhauptgruppen	465f
Gütersteuern	359ff, 370, 372, 692
Gütersubventionen	360f, 370, 372, 692
Güterumschlag	730ff, 740
Güterverkehr	724, 731, 738f
Gymnasium	112f, 160

H

Habilitation	142, 158, 162
Häfen	464, 723, 732, 738
Handelsvermittlung	661
Handelswaren	661
Handwerk	108, 136, 138f, 141, 160, 164, 419, 435, 546f, 598, 627ff, 718f
Handwerksordnung	160, 164, 632, 644f
Handwerksunternehmen	627, 629, 637, 646
Hartz IV	71, 90, 209, 212, 232ff
Hauptamtliche Ärzte	197, 204
Haupterwerbsbetriebe	506, 509f
Hauptmieter	91, 107
Hauptschulabschluss	113f, 118, 122f, 133, 408
Hauptschule	120f, 124, 160
Hauptwohnsitz	60, 72, 105
Haus- und Sperrmüll	473, 477, 501
Haushalte	79f, 82, 90, 91ff, 96f, 99, 106, 203, 209f, 217f, 233f, 237ff, 263f, 273, 356, 359, 362, 368ff, 370, 373, 386, 474f, 482, 486, 488f, 554, 557f, 562f, 565, 578, 603, 606, 614, 623, 661, 685

Haushaltsabfälle	473f, 476ff, 480f, 501
Haushaltsgerät	97f, 452, 654, 657, 659
Haushaltsgröße	79f, 82, 91f, 95, 218, 234, 556
Haushaltskunden	568, 578
Haushaltsnettoeinkommen	80, 91f, 96f, 105
Hauswirtschaft	88, 136, 138f, 141, 149, 160, 204
Heilbäder	669f, 672, 681
Heiratsalter	80, 89
Heißer Tag	31
Heizenergie	106, 607, 624
Heizöl	93, 441, 563
Hektarerträge	515, 524
Heranwachsende	341, 350f
Herkunftsgebiete	671, 673
Herkunftsländer	464, 665, 680
Herstellungspreise	359, 361, 366, 370, 372, 508, 523, 692
H-FKW	492, 500f
Hilfe zum Lebensunterhalt	210, 212, 214ff, 224, 232, 234
Hilfearten	210, 214, 222, 224
Hochbau	583, 587f, 623
Hochschulen	142, 144, 148, 152, 155ff, 160f, 165, 256
Hochschulpersonal	147f, 158f
Hochschulreife	107, 112, 114, 116, 118, 122ff, 133, 140, 160f, 164f, 379, 408
Hochschulzugangsberechtigung	140, 143, 146, 160ff, 565
Holz	93, 478, 500, 521, 523, 527, 563, 570, 587f, 607, 645, 702, 704
Hotels	606, 608, 610, 623, 665f, 669f, 681
Hotels garnis	669f, 681

I

ICD	204f
Industrie	27, 106, 136ff, 141, 160, 427, 431, 465, 478f, 483, 492f, 531ff, 535ff, 547, 553f, 557f, 562f, 565, 567, 569f, 578, 587f, 630, 702, 704
Innenausstattung	97f
Insolvenzen	695f, 699, 705ff, 714f, 717ff
Integrierte Ausbildungsberichterstattung	162
Integrierte Gesamtschule	120f, 124, 160
Intrahandel	467f

Stichwortverzeichnis

Investitionen 263f, 473ff, 492f, 495, 498f, 502, 539, 544f, 547, 583, 588f, 591f, 659, 661, 691

Investitionsquote 356, 372, 545

ISCED 94, 107f, 116, 162

J

Jahresbauleistung 588, 599

Jahresteuersraten 445

Jugendherbergen, Hütten u. Ä. 669f, 681

Jugendhilfe 107, 161, 228, 230ff

Jugendliche 162, 164, 219, 228, 341, 351f, 681

Jugendquotient 40, 43, 54, 67f, 72

Jugendstrafe 345f, 351f

Jugendstrafrecht 345, 350f

Juniorprofessur 162

Justiz 337ff

Justizvollzugsanstalten 339f, 346, 351

K

Kanalisation 107, 484, 493, 501

Kanalnetz 484, 490, 501

Kapitalrechnung 240, 242f, 245f, 248, 263

Kassenkredite 264

Kassenmäßige Erfassung 263

Kassenmäßige Steuereinnahmen 271, 273, 276

Kassenmäßiges Steueraufkommen 274

Kaufwerte 440ff, 447ff, 454

Keltertrauben 516, 525

Kernhaushalte 243ff, 252, 256, 263f

Kettenindex 361, 363, 372

Kinder 39, 44, 47, 69, 72, 79ff, 83ff, 90ff, 100f, 105ff, 112f, 119, 132, 152, 161, 164, 184, 194, 196, 216, 228, 232f, 279f, 343, 352, 433, 623, 680, 682

Kinder- und Jugendhilfe 107, 232f

Kindertagesbetreuung 87f, 100f, 233

Kindeswohl 219, 232

Kläranlagen 473, 483f, 490f, 587f

Klärschlamm Entsorgung 483

Kleinunternehmen 646, 703, 719

Kleinverbraucher 554, 562f, 565

Klima 15ff, 492ff, 500f, 583, 589, 591, 680f

Klimaschutz 493f, 501

Klimawirksame Stoffe 501

Kohle 500f, 553, 557, 559, 561, 564, 577f

Kolleg 107, 112, 120, 124, 160, 162

Kommunale Gebietskörperschaften 415

Kommunale Vertretungsorgane 310ff, 334

Kommunalwahlen 311, 320, 334

Konsum 96ff, 355, 359f, 362, 370ff, 460, 465f

Konsumausgaben 96ff, 359f, 362, 370, 372f

Konsumausgaben des Staates 359f, 370, 372

Körpermaße 204

Körperschaftsteuer 271f, 275, 286ff, 306f, 691

Kostenarten 171, 195, 422, 436

Kraftfahrzeuge 271, 289, 295, 299, 343, 386, 413, 430, 650, 657, 659, 661, 685ff, 700f, 736, 739f

Kraftfahrzeughandel 649f, 653, 655, 657ff, 661, 686f

Kraft-Wärme-Kopplung 569, 579

Krankenhausdiagnosen 168, 205

Krankenhäuser .. 168f, 171, 173, 177f, 184, 193ff, 198f, 202, 204, 256, 682

Kreistagswahlen 318ff

Kriegsopferfürsorge 212, 216, 233

Kulturart 514, 526

Kurzarbeiter 388, 418

Kurzfristig Beschäftigte 417f

L

Land- und Forstwirtschaft 279f, 302, 307, 358, 361ff, 366, 381ff, 386, 394, 413, 483, 578, 685, 718, 731, 743

Landessteuer 274, 307

Landesstimme 316, 334

Landtag 164, 310ff, 334

Landtagswahlen 310, 313, 334

Landwirtschaft 17f, 27, 32, 107, 138f, 141, 160, 241, 244, 247, 465f, 478, 503ff, 606

Landwirtschaftlich genutzte Fläche 505ff, 509, 512f, 526

Landwirtschaftliche Berufsbildung	511
Landwirtschaftliche Betriebe	505ff, 509f, 512
Landwirtschaftliche Erzeugnisse	513
Landwirtschaftliche Grundstücke	440ff, 447, 450f
Landwirtschaftsfläche	17f, 27, 32
Lärmbekämpfung	493, 501
Laufende Rechnung	240, 242f, 245f, 248, 263
Lebendgeborene	40, 48f, 72
Lebenserwartung	42, 51f, 69, 72
Lebensform	75ff, 79ff
Lebensgemeinschaft	32, 83, 105ff
Lebensunterhalt	71, 90, 108, 161, 209ff, 212, 214ff, 224, 233f, 372, 378, 417f
Leerstandsquote	602, 615
Legehennen	523, 526
Lehre	114, 154, 161f, 203, 419, 511
Lehrkräfte	118, 120, 124, 132, 147, 162, 165
Leichtverletzte	724, 726, 740
Leistungsgruppen	430
Letztverbraucher	482, 486, 501, 568, 578f, 661
Linienverkehr	728, 738, 740
Liquiditätskredite	257, 261, 264
Lohnnebenkosten	424, 436f
Lohnquote	356, 373
Lohnsteuer	271f, 275, 304, 306f, 371
Lohnstückkosten	356, 373
Luftkurorte	669f, 681
Luftreinhaltung	493, 501

M

Mainzer Studienstufe	162
Mandatsträgerinnen	326
Männer	39, 69, 80, 89, 95f, 113, 115ff, 137, 142, 148, 171, 176, 181, 186ff, 193, 198, 209, 213, 215, 340f, 344ff, 385, 387ff, 396, 400, 402, 405ff, 411ff, 423, 425ff, 431f, 434f, 511, 627, 635f
Marginal Beschäftigte	385, 391, 419
Marktpreise	359ff, 364, 370, 372f
Master	147, 160, 163
Median	67, 71, 105
Mehrheiten	317, 319, 329, 333

Mehrheitswahl	322
Mehrländerunternehmen	697
Mehrpersonenhaushalt	80, 82, 91f, 95, 105
Meisterprüfung	141, 632, 644
Miete	107, 217, 658, 692
Mietinvestitionen	591, 599, 747
Migrationshintergrund	40, 60, 72, 94, 107, 113f, 116, 118, 120f, 123, 126ff, 132ff, 163
Mikrozensus	70, 72, 81, 105ff, 158, 161, 163, 202f, 402, 416, 506
Milch	505, 508, 522f, 526
Minderjährige	63, 72, 184, 219
Mindestsicherung	210ff, 216, 234
Mindestsicherungsquote	210
MINT	142, 163
Mischkanalisation	490, 501
Mithelfende Familienangehörige	108, 161, 372, 417ff, 547, 599, 644, 658, 660, 692
Monatliches Nettoeinkommen	378
Mütter	72, 81, 105f, 680

N

Nachlassverbindlichkeiten	302, 307
Nachrichtenübermittlung	97f, 289, 295, 442, 445, 453
Nahrungsmittel	97f, 442ff, 452, 465f, 630
Natürlicher Saldo	40, 45f, 56, 71f
Naturpark	18, 21f, 32
Naturraum	19, 24, 32
Naturschutzgebiet	17f, 21ff, 32
Nebenerwerbsbetriebe	509f, 526f, 703, 717, 719
Nebenwohnsitz	72, 105
Nettoaussgaben der öffentlichen Haushalte	241
Nettoeinkommen	80, 85f, 91f, 96f, 105ff, 378, 410
Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten	359, 370, 373
Nettostromerzeugung	567, 569, 579
Nettowärmeerzeugung	567, 569, 579
Neubau	603, 606, 608, 610, 613
Neue Anlagen	363
Neuerrichtung	702, 710, 717ff
Neugründung	696, 698, 702f, 710, 717, 719
Nicht abgeschlossene Bauvorhaben	610

Stichwortverzeichnis

Nicht ärztliches Personal	197
Nichtenergetische Verwertung	579
Nichtenergetischer Verbrauch	557f
Nichterwerbspersonen	94, 106f, 117, 163, 402ff, 407ff, 413, 417ff
Nichterwerbstätige	96f, 99, 107
Nichtschülerprüfung	122ff
Nichtversetzte	118, 163
Nichtwohnbau	606ff
Niederschlag	18, 24, 32, 475, 484f, 490, 500ff
Niedriglohn	435
Normalarbeitsverhältnis	414, 435

O

Oberflächenwasser	482f, 493, 501f
Obst	21, 32, 452, 455, 505, 507f, 514, 519f, 525f
Obstanlagen	455, 514, 525f
Öffentliche Abwasserbeseitigung	484
Öffentliche Ausgaben	152
Öffentliche Fonds, Einrichtungen, Unternehmen	264
Öffentliche Haushalte	236, 237ff, 241f, 304
Öffentliche Kläranlagen	484, 491
Öffentliche Wasserversorgung,	473, 485
Öffentlicher Bau	584f
Öffentlicher Bereich	435
Öffentlicher Dienst	136, 138f, 141, 160
Öffentlicher Gesamthaushalt	264
Öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger	501
Ökologischer Betrieb	526
Ökologischer Landbau	526
Online-Käufe	98f, 564
Opfer	216, 342
Ordentliche Gerichte	10, 348

P

Paar	80f, 83, 89, 95f, 98, 105ff, 526
Parteien	313ff, 320ff, 325ff
Patienten	177f, 194, 203
Pendler	398f, 419, 723

Pendlersaldo	398f
Pensionen	669f, 681
Personal	88, 144, 147f, 160, 165, 186f, 197f, 242, 252, 415, 419, 743
Personalnebenkosten	424, 436, 438
Personengesellschaften und Gemeinschaften	281
Personenkilometer	724, 728, 739
Personenkraftwagen	99, 740
Personenverkehr	724, 729
Pflanzliche Erzeugung	508
Pflege	105, 186ff, 197f, 203f
Pkw-Bestand	737
Preise	356f, 359ff, 363f, 366, 370ff, 423, 438, 440ff, 445, 452, 527, 534, 577, 651ff
Primäreinkommen	356, 359f, 362, 370, 372f
Primärenergiebilanz	557, 577
Primärenergieverbrauch	553ff, 556f, 563f, 577f
Primarstufe	118, 128ff
Private Konsumausgaben	360, 370, 373
Privathaushalt	79f, 82, 90ff, 96f, 105, 107, 564, 685
Privatquartiere	669f, 681
Produktionswerte	372, 508, 692
Produktivität	371, 423, 531, 534
Produzierendes Gewerbe	358, 361ff, 366, 382ff, 386, 394, 413, 427ff, 431, 436, 568, 743
Professor	147f, 154ff
Promotion	108, 147, 162f
Prüfungsjahr	163
Psychiatrische Krankenhäuser	194

Q

Qualifizierter Sekundarabschluss	112
Qualitätsstufen	518
Quellenbilanz	563f, 566, 577
Quellwasser	482, 486, 501
Quotensummenverfahren	160, 163f

R

Raucher	175f, 204
Raum	24, 32, 604, 608, 612, 615, 624, 681, 749

Reallohnindex	423f, 438
Realschulabschluss	107, 114, 162
Realschule	112, 120f, 124, 126, 133, 160, 164
Realschule plus	113
Rebfläche	27, 455, 506, 510, 514, 516, 525f
Rebsorten	516f
Rechnungsmäßige Erfassung	264
Rechtsform	295, 525, 527, 706f, 719
Regelinsolvenzverfahren	719
Regelschule	118
Regelstudienzeit	142, 160, 163
Regentag	24, 32
Regionale Schule	120f
Reinnachlass	302, 307
Reisemobilplätze	666, 673
Rente	90, 94, 417, 719

S

Sachschaden	724ff, 734, 740
Schenkungen	302f, 306
Schenkungsteuer	275, 304, 306f
Schulabschluss	114, 122, 149, 164, 378, 408, 419
Schulart	112, 121, 124, 126, 153, 160, 164
Schulden	238, 240, 254ff, 264, 705
Schuldenbereinigungsplan	705, 718
Schuldnerberatung	95
Schulentlassene	106, 118, 122ff, 132f, 161, 418
Schüler	112, 118ff, 125f, 128ff, 152f, 163ff, 241, 244, 247, 417
Schullaufbahneempfehlung	164
Schulstrukturenreform	160, 164
Schulstufe	128, 164
Schulungsheime	669f, 682
Schwangerschaftsabbrüche	184f, 202
Schwerbehinderte Menschen	192
Schwerverletzte	724, 726
Schwerwiegende Unfälle	726
Sekundarstufe	118, 128, 130, 162, 164
Selbstständige	94, 96, 106ff, 161, 362, 370, 372f, 380, 414, 418f
SGB II-Quote	220f

Sicherungsverwahrung	351f
Siedlungs- und Verkehrsfläche	17f, 26ff, 32
Sitzverteilung	314f, 326f, 330f
Solidaritätszuschlag	97
Sommertag	32
Sonderzahlungen	423ff, 436ff
Sonnenstunden	18, 32
Sonstige Leistungen	308, 599
Sonstige Neugründungen	703
Sonstige öffentliche Abgaben	691
Sonstige Stilllegung	717, 719
Sonstige Wohneinheit	624
Sozialbeiträge der Arbeitnehmer	371
Soziale Leistungen	216
Soziales	208ff
Sozialgeld	209, 212f, 216, 220
Sozialhilfe	71, 209, 213f, 216, 222ff, 232ff, 362
Sozialökonomischer Betriebstyp	527
Sozialversicherung	97, 106f, 263, 386, 428ff, 432, 437, 547, 599, 644, 685, 692, 743
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	378, 385, 396ff, 418f, 632, 646, 696f, 701, 719
Sparen	356, 362, 370, 373
Spezialhandel	468
Staat	211, 233, 263f, 339, 342, 344ff, 350, 359f, 370, 372f, 691
Staatsangehörigkeit	43, 63f, 71f, 123, 163, 341
Stadtratswahlen	318, 320, 322
Standardoutput	525, 527
Stationäre Pflege	186, 188
Sterbefälle	45, 70f, 202
Sterbetafel	51, 72
Sterbeziffer	72
Steuereinnahmen	272ff, 276f, 307
Steuerfestsetzungen	272, 275
Steuermessbetrag	292f, 295f, 307f
Steuern	97, 107, 240, 243, 246, 250, 267ff, 359ff, 362, 370ff, 527, 547, 578, 661, 691f
Steuerpflichtiger Erwerb	307
Steuerverteilung	272ff, 307
Strafbare Handlung	343
Strafgefangene	340, 346, 351
Strafmündigkeit	352

Stichwortverzeichnis

Straftat	72, 339ff, 348, 350f
Strafverfolgung	338, 342
Straßenverkehr	339, 344ff, 348, 350, 557, 562, 565, 723ff, 730f, 734f, 740
Straßenverkehrsunfälle	724ff, 734f
Strom	93, 442ff, 452, 554, 557, 559, 561, 563, 566ff, 571f, 577ff, 607
Stromabsatz	568, 576, 578f
Stromeinspeisung	569, 571, 574ff
Stromerzeugung	563, 566f, 576ff
Studienanfänger	142ff, 146, 160f, 163f
Studienberechtigte	113, 142, 163f
Studiendauer	161ff
Studienjahr	161, 164
Studierende	142, 144, 146, 148, 152, 154, 156, 160f, 163ff, 241, 244, 247, 417, 692
Subventionen	359f, 370, 373, 692

T

Tabakwaren	97f, 442, 444f, 452, 651, 657, 659
Tagesbetreuung	79, 87
Tagesmütter	88
Tagespflege	87, 233
Tagesväter	88
Tariflich Beschäftigte	433
Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer	124, 132, 147, 162f, 165, 186f, 379f, 385f, 396, 412, 414f, 417, 419, 423, 431, 435, 437, 511, 651ff, 745
Temperatur	31
Tiefbau	493, 587f, 624
Tierarten	522, 526
Tierische Erzeugung	508
Todesursachen	179f, 182, 202, 205f
Totgeborene	48, 72
Tourismus	32, 665ff
Tourismusrregionen	665, 669f, 673, 675, 682, 745
Treibhauspotenzial	492, 501
Trennkanalisation	490, 501
Trinkwasserentgelte	474, 485, 488f

U

Übergewichtige Menschen	174, 176
Übernachtungen	665ff, 670ff, 676f, 680, 682
Umsatz	263f, 274, 298ff, 304, 308, 372, 461, 465, 470, 474, 493, 496f, 500, 531ff, 540ff, 570, 583ff, 594, 596, 599, 627ff, 637f, 640ff, 646, 649ff, 659ff, 681, 686f, 690ff
Umsätze aus Lieferungen und Leistungen	298ff, 308
Umsatzsteuer	271f, 274ff, 298, 300, 306, 308, 372, 532, 534f, 538, 540, 542, 544, 547, 584ff, 594, 596, 599, 646, 661, 686f, 691f, 696, 699, 715, 719
Umsatzsteuer-Voranmeldung	308, 646
Umwandlung	72, 557f, 563, 577f, 710, 712, 717ff
Umwandlungsbilanz	557, 577f
Umwelt	15, 20, 33, 149, 241, 244, 247, 249, 343, 469ff, 560, 578, 607, 685, 692, 700f
Umweltschutz	470, 473ff, 492ff, 502
Umweltschutzinvestitionen	474f, 492, 494f, 502
Unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtige	288
Unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtige	283
Unbeschränkte Steuerpflicht	307
Unfallursachen	738
Ungültige Stimmen	316, 328, 332
Universität	112, 142, 144f, 161, 511
Unternehmen	108, 144, 256, 263f, 271, 274, 289, 295, 305, 307f, 358ff, 370, 373, 382ff, 386, 434, 461f, 464, 466, 468, 523, 531ff, 542ff, 578f, 584, 586, 588ff, 596, 596ff, 603, 606, 623, 627ff, 631ff, 637ff, 640, 642, 644, 646, 649f, 657f, 660f, 680, 685ff, 693ff, 709, 729, 739f, 743, 745, 747, 750ff
Unternehmensinsolvenzen	695, 699, 705, 714f
Unterrichtsstunden	125, 164f

V

Väter	81, 105f
Verarbeitendes Gewerbe	271, 281, 289, 295, 299, 361ff, 383f, 386, 427, 429ff, 483, 492f, 529ff, 557, 562f, 565, 568, 570, 685, 695, 700ff, 708, 743, 753
Verbandsgemeinderatswahlen	321
Verbrauchergruppen	562f, 578
Verbraucherinsolvenzverfahren	718f
Verbraucherpreisindex	423, 438, 441ff, 445f, 452f
Verdienste	422ff

Verfügbares Einkommen	362, 368ff, 373
Verkehr	32, 97f, 241, 244, 247, 249, 256, 289, 295, 299, 347f, 351, 358, 361ff, 382ff, 386, 413, 428ff, 432, 442ff, 453, 468, 554, 557f, 562f, 565, 578, 624, 685ff, 695, 700f, 703, 708, 721ff, 743, 751
Verkehrsarten	730
Verkehrsfläche	17f, 26ff, 32
Verletzung	177ff, 205, 726
Verschuldung	237, 254, 257, 264, 720
Verteilung	249, 273, 307, 359f, 370
Vertragsauflösungsquote	138
Verunglückte	724ff, 734, 738, 740
Verursacherbilanz	565f, 577
Verurteilte Personen	341, 345
Volkseinkommen	356, 359f, 370, 373
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	354ff, 523, 546, 650, 660, 691
Vollstationär	177f, 186, 203f
Vollzeitäquivalente	124, 147f, 160, 165, 415, 474
Vollzeitbeschäftigte	380, 385, 396, 415, 419, 423ff, 438, 527, 651ff, 661
Vollzeiteinheit	422, 436, 438
Vollzeitlehrereinheit	118, 132, 165
Vollzugsart	345
Voraussichtliche Forderungen	705, 714
Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen	202
Vorsorge- und Rehabilitationskliniken	666, 669f, 682
Vorsteuer	298, 300, 308, 691

W

Wägungsanteile	440, 452f
Wägungsschema	372, 452f
Wahlberechtigte	311, 324, 334
Wahlbeteiligung	311, 324
Wahlen	309ff
Wählergruppen	320
Wahlkreismandat	334
Waldfläche	17f, 27, 32, 527
Wanderung	39f, 42, 44ff, 52f, 58f, 69ff, 146, 165
Wanderungssaldo	40, 42, 44ff, 58, 69, 71, 146, 165
Warenbestände	659

Wareneinsatz	659, 661
Warengruppen	465f
Warenuntergruppen	465f
Wärmeerzeugung	567, 576
Wasserabgabe	482, 486, 501
Wasseraufkommen	482f, 502
Wasserfläche	18, 27, 32
Wassergewinnung	482, 486, 500, 502
Weinarten	518
Weinbau	21, 32, 505, 510, 524, 526
Weinbestand	518
Weinerzeugung	518, 523
Weinmost	506, 508, 517
Weiterbildung	148ff, 159, 162, 203, 417, 436
Weiterbildungsmaßnahme	148, 151, 159
Weiterbildungsstunde	149f
Wirtschaftsbereiche	33, 358, 360ff, 366, 372, 378, 382ff, 394, 436, 526, 565, 692, 708
Wochenarbeitszeit	378, 424f, 427f, 431f, 661
Wohnbau	602f, 606ff, 610, 616ff
Wohnen	27, 97f, 443, 602, 604
Wohnfläche	602, 604f, 616, 618, 620, 623f
Wohngeld	209f, 217f, 232, 234
Wohnort	106, 177f, 184, 190, 378, 397f, 402ff, 408ff, 413f, 419, 739
Wohnungsbau	583ff, 606
Wohnungsbestand	602ff, 612ff, 620ff
Wohnungsinstandhaltung	97

Z

Zensus	39ff, 45f, 49f, 52, 54, 56, 58, 64, 80, 102, 603, 614f
Zu versteuerndes Einkommen	279f, 286, 308
Zuchtmittel	345, 350ff
Zugewanderte	60, 72, 107, 163
Zugezogene	40, 42, 44, 46, 52f, 58
Zulassungsfreies Handwerk	632, 637, 645
Zulassungspflichtiges Handwerk	628, 631f, 637, 644f
Zuzug	702, 710, 717f, 720
Zweitstimme	324f, 334

Seite	Motiv	Fotograf/-in
Seite 11	Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes	Iris Stadler
Seite 13	Entspannung am See	Dominik Ketz Fotografie / Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH
Seite 35	Frauen	Marcus Gloger, Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH
Seite 75	Familie	Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH
Seite 109	Kind bei der Einschulung	Thomas Kirschey
Seite 167	Kind im Krankenbett	Thomas Kirschey
Seite 207	Kinder auf einer Wiese	Beate Bayer
Seite 235	Sparschwein und Geld	Simone Emmerichs
Seite 267	Rechenschieber	Romy Siemens
Seite 309	Europäisches Parlament	© European Union 2013 - European Parliament
Seite 337	Kfz Aufbruch	Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes
Seite 353	Steamcracker im BASF-Werk Ludwigshafen	BASF SE
Seite 375	Ausschnitt aus der Fabrikarbeit	BASF SE
Seite 421	Portemonnaie	Simone Emmerichs
Seite 439	Marktstand in Mainz	Romy Siemens
Seite 457	Hafen in Ludwigshafen am Rhein	BASF SE
Seite 469	Wald und Bach	Dominik Ketz, Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH
Seite 503	Apfelblüte	Simone Emmerichs
Seite 529	Superabsorber-Technologie von BASF	BASF SE
Seite 549	Solarzellen	Juwi
Seite 581	Baugerüst vor einem Haus in Bad Ems	Romy Siemens
Seite 601	Bauarbeiten in Bad Ems	Romy Siemens
Seite 625	Dachdecker	Fotolia, photo 5000
Seite 647	Forum Mittelrhein in Koblenz	ECE
Seite 663	Kirschblüte	Dominik Ketz, Bildarchiv Südliche Weinstraße e. V.
Seite 683	Paketsortierung	Deutsche Post AG
Seite 693	Gas- und Dampfturbinen-Anlage in Ludwigshafen	BASF SE
Seite 721	Straße unter der Bunten Kuh	Dominik Ketz, Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH
Seite 741	Datenblatt	Romy Siemens

Impressum

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Referat Veröffentlichungen

Fotonachweise:

1. Reihe:

Dominik Ketz Fotografie (Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH), Romy Siemens, Dominik Ketz (Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH), Thomas Kirsche

2. Reihe:

Fotolia (photo 5000), BASF SE, Beate Bayer, Dominik Ketz (Bildarchiv Südliche Weinstraße e. V.)

3. Reihe:

Juwi, Dominik Ketz (Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH), Romy Siemens, Marcus Gloger (Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH)

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Erscheinungsfolge: jährlich
Redaktionsschluss: Oktober 2015
Erschienen: Dezember 2015

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Statistisches Jahrbuch
ISSN 1863-9100
Bestellnummer: Z2101

Preis: 18 EUR

Für Smartphone-Benutzer:
Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. So gelangen Sie direkt zum Internetangebot des Statistischen Landesamtes.

